Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

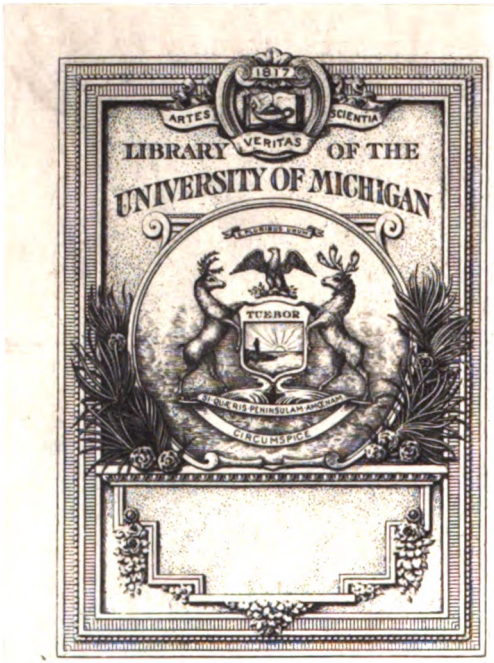
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 1,085,206



Digitized by Google

D
1
.C5

Digitized by Google

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

*

Im Auftrage der
Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas
in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Ost-Europa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig

herausgegeben von

OTTO HOETZSCH

*

3. Jahrgang 1927/28

OST-EUROPA-VERLAG, BERLIN W 35
KÖNIGSBERG PR.

Digitized by Google

Druck: Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G.
Königsberg Pr., Tragheimer Pulverstraße 20

Digitized by Google

Compl. Sets
Harv
8-26-36
32756

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Aufsätze.

Astrow, Wladimir: Wandlungen und Strömungen im sowjetrussischen Geistesleben . . . 26

Auhagen, Otto: Rußlands Wirtschaft unter dem Bolschewismus 119

Borosdin, I.: Die Krim-Republik 327

v. Büchler, Oskar: Die Tätigkeit der Vitebsker Kommission zur Auswahl und Herausgabe alter Urkunden 274

Engel, Robert: Beethoven und Rußland 256

Grosberg, Oskar: Die Landwirtschaft Lettlands 209

Hoetzsch, Otto: Rußlands Außenpolitik und außenpolitische Lage 1

Zehn Jahre Sowjetstaat . . 109

Rußlands Außenpolitik zu Beginn 1928 241

Die osteuropäischen Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens, I. Teil (Finnland, Estland, Lettland) 677
II. Teil (Litauen und Polen) 819

Die russische Historikerwoche und die Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927"; Rede bei der Eröffnungsfeier 745

Seite

Jonas, Hans: Die russische Historikerwoche und die Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927"; Bericht 751

Kahlert, Willy: Danzig (Militärpolitische Betrachtung) . . . 177

Koch, Hans: Die orthodox-autokephale Kirche der Ukraina 833

Langhans, Manfred: Staatspolitische Übersicht über Grundlagen und Rechtsgestaltung der russischen Nationalitätenpolitik 428

Leppmann, Wolfgang: Das polnisch-tschechische Grenzproblem und seine Entwicklung nach dem Weltkrieg 481

Lewin, J.: Die polnische Frage in Rußland während des Weltkrieges 411

Meksin, Jacob: Neue Wege der sowjetrussischen Kinderliteratur 196

Pasche-Oserski, N.: Das neue Strafrecht der Sowjetunion, I. Teil 469
II. Teil 539

Pinkewitsch, A.: Pädagogische Briefe (Dritter Brief): Die soziale Erziehung in der Sowjetunion, I. Teil 697

Digitized by Google

Seite

Pinkewitsch, A.: Pädagogische Briefe (Vierter Brief): Die soziale Erziehung, II. Teil 847

Plaetschke, Bruno: Vom kulturellen Leben in den kleinen autonomen Gebieten des Nordkaukasus . . . . . , 689

v. Poletika, W.: Die geographischen Hauptbesonderheiten Rußlands und ihre negative kulturelle Bedeutung 764

Rabinowitsch, J. M.: Die Rechtslage der staatenlosen russischen Emigranten in Deutschland 617

Roth, Paul: Die innerpolitische Entwicklung in Polen seit dem Staatsstreich Pilsudskis . . . 16

Rothstein, Th.: Die auswärtige Politik der UdSSR 126

Runkel, Adolf: Die Entwicklung der russischen Eisenbahnen im Rahmen der Volkswirtschaft 549

Salomon, Richard: Die Große Sowjet-Enzyklopädie 609

Varga, Eugen: Zehn Jahre Sowjetwirtschaft 135

v. Wedel, Hasso: Die Agrarreform in Polen 343

Zienau, Oswald: Kultureller und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der deutschen Wolga-Republik 45

*

Seite

„Rußland und Osteuropa"
Monatsübersichten.

Innen- und Außenpolitik von Otto Hoetzsch:
52, 145, 279, 362, 432, 495, 558, 625 703, 785

Wirtschaftsumschau von
Otto Auhagen: 376, 441, 508 569, 636, 711, 799
Otto Hoetzsch: 362
Robert Schweitzer: 69, 288

Geistiges Leben von
Arthur Luther: 78, 155, 231 298, 390, 450, 515, 583, 650, 725, 854

*

Bibliographie
bearbeitet von Hans Jonas,
Deutschland
(Januar 1926 bis September 1927)

I. Politik 88, 163
II. Wirtschaft 307
III. Geistiges Leben . . 397, 523

*

Bücherschau: 92, 167, 239, 309, 400 457, 533, 590, 658, 733, 810, 861

Zeitschriftenschau: 95, 169, 314, 402 461, 526, 593, 662, 735, 811, 863

Anstalten zur Osteuropa-Forschung u. Osteuropa-Lehre: 105, 602

Osteuropäische Forschungen: 175

Notizen: 106, 176, 324, 410, 535, 606 673, 743, 817, 870

Anschriften: *Herausgeber:* Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18.
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Berlin W 35, Potsdamer Str. 26b
Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 26b und Königsberg Pr. Fernsprecher: Kurfürst 4681 und 4682, Berlin.

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **INHALT:** **Heft 1**

OTTO HOETZSCH:	Rußlands Außenpolitik und außenpolitische Lage	1
PAUL ROTH:	Die innerpolitische Entwicklung in Polen seit dem Staatsstreich Pilsudskis	16
WLADIMIR ASTROW:	Wandlungen und Strömungen im sowjetrussischen Geistesleben	26
OSWALD ZIENAU:	Kultureller und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der deutschen Wolga-Republik	45
Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:		
	I. Innenpolitik Rußlands von OTTO HOETZSCH	52
	II. Wirtschaftsumschau von ROBERT SCHWEITZER	69
	III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER	78
Bibliographie, bearbeitet von H. JONAS		88
Bücherschau		92
Zeitschriftenschau		95
Anstalten zur Osteuropaforschung		105
Notizen		106

Digitized by Google

Soeben erschien:

Neue Aufschlüsse über die Hohe Politik Rußlands während des Weltkrieges

Das Zaristische Rußland im Weltkriege

(„Царская Россия в мировой войне")

LIX, 337 Seiten. Großoktav

Neue Dokumente aus den Russischen Staatsarchiven

über den Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Italiens in den Weltkrieg

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

In seinem Vorwort schreibt Alfred v. Wegerer:

„. . . Wer die Dokumente über den Kriegsausbruch aus den Farbbüchern der am Kriege beteiligten Großmächte, die 1914 in Konflikt geraten sind, durchgelesen hat, wird in den offiziellen Schriftstücken immer wieder Spuren entdecken, daß mit wenigen Ausnahmen die verantwortlichen Staatsmänner die Pflicht in sich fühlten und auch zum Ausdruck brachten, den Krieg, wenn möglich, doch zu vermeiden. In den vorliegenden Dokumenten, die den Eintritt der genannten Staaten in den Krieg enthalten, wird man vergebens nach derartigen Sentimentalitäten suchen. Nachdem zwischen den Großmächten der Konflikt offen ausgebrochen war, scheint jede Scheu vor dem Kriege an sich geschwunden zu sein, und wir sehen, wie in den Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Italien nur rein materielle Gesichtspunkte die Politik beherrschen. Ungeschickt und brutal tritt der Krieg als Geschäft in Erscheinung. Der ganze hier vorliegende diplomatische Schriftwechsel charakterisiert sich als ein Feilschen der russischen Regierung mit den Regierungen der Länder, die es in den Krieg an seiner Seite hineinziehen will. Unverhüllt zeigen die vorliegenden Dokumente, wie man Monate hindurch angesichts der Verheerungen des Krieges mit kühler Ruhe darüber verhandelte, unter möglichst günstigen Bedingungen ‚zum Kriege zugelassen' zu werden."

Preis in Pappband M. 20.—
Ganzleinen M. 25.—
Halbleder M. 30.—

Bitte verlangen Sie unter Bezugnahme auf diese Anzeige die Buchkarte des Werkes von Ihrem Buchhändler oder vom Verlage

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Wilhelmstr. 66

Digitized by Google

Rußlands Außenpolitik und außenpolitische Lage.

Von Otto Hoetzsch.

Gleichzeitig mit jener Resolution zum Parteistreit und der Erklärung der Opposition dazu (siehe den Monatsbericht in diesem Heft) veröffentlichte das Plenum der Zentralkommission und der Zentralkontrollkommission der bolschewistischen Partei eine Entschließung zur internationalen Lage (Iswestija 10. 8.). Sie enthielt die bekannten Betrachtungen über die chinesische Revolution, die Angriffsgefahr von England her und dergleichen. Bemerkenswert war darin aber der Satz: „Um die Grundlagen des Sowjetstaates zu konsolidieren, muß die Sowjetregierung mit den kapitalistischen Mächten engere Beziehungen aufrecht erhalten." Deutlicher kann die Zwiespältigkeit zwischen kommunistischer Theorie und realpolitischer Praxis und damit zugleich die ganze Schwierigkeit der Position Stalins in der Durchführung des Kompromisses, zu dem er wohl oder sicherlich entschlossen ist, nicht bezeichnet werden. Auch der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik in Rußland, wie er jetzt geworden ist, wird daran ganz klar.

Es ist ferner begreiflich genug, daß sich der Leitung Rußlands in bezug auf die Außenpolitik eine gewisse Nervosität bemächtigt hat. Denn deren Lage ist in den letzten Monaten keineswegs besser geworden. Gewissen Erfolgen (Persien) stehen wachsende Schwierigkeiten und die zunehmende Isolierung gegenüber.

I.

In den offiziellen Beziehungen oder besser Nichtbeziehungen zu England ist keine Änderung eingetreten. Die letzten zwei Monate haben von keiner der beiden Seiten eine Verschärfung, (abgesehen etwa von dem auffälligen Auftreten der englischen Diplomatie gegen den russisch-lettischen Handelsvertrag), aber auch keine Möglichkeit der Wiederannäherung gebracht. Es ist schwer, eine wirkliche Schädigung in wirtschaftlicher Beziehung, die der Bruch Rußland gebracht habe, zu präzisieren, und andererseits steht fest, daß die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und England nach dem Bruch sich doch nicht wesentlich verschlechtert haben. Die Vergleichszahlen des englisch-russischen Handels zwischen August 1926 und 1927

Digitized by Google

ergeben nach englischer Quelle (Daily Expreß 4. 10.) eine Steigerung im August 1927 in der Ausfuhr aus Rußland nach England auf 302 000 Pfund, eine Verminderung in der Ausfuhr aus England nach Rußland auf 95 000 Pfund. Die russische Ausfuhr nach England, die für Rußlands Getreideexport so wichtig ist, hätte also trotz des Abbruches der Beziehungen zugenommen. Das wird auch durch den genossenschaftlichen Geschäftsverkehr bestätigt, der durch den Bruch nicht nachhaltig berührt wurde und in dem die Kredite im alten Umfang nach wie vor eingeräumt werden.

Die nichtoffiziellen politischen Beziehungen sind dadurch verschärft worden, daß der Kongreß der englischen Gewerkschaften in Edinburgh am 6. September das Band zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften zerrissen hat. Wie erinnerlich, hatte sich das bereits im Streit um das anglo-russische Komitee der Gewerkschaften vorbereitet und war an sich keine Überraschung. Nicht in gleicher Schärfe, aber in gleicher Richtung sind dann auch die Erklärungen auf dem Kongreß der Labour-Party in der ersten Oktoberwoche in Blackpool gegangen. Diese Beschlüsse sind ja ein Teil der Vorbereitung für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr. Weder die englische Arbeiterpartei noch die Gewerkschaften wollen den Vorwurf riskieren, daß sie mit den Bolschewisten in Verbindung seien. Aber zugleich bedeuten diese Beschlüsse und Stimmungen auch eine Wandlung im Innern der englischen Arbeiterbewegung selbst, die die in ihr vorhandenen, nach Moskau schauende Linksbewegung damit überwindet und zurückschiebt. Für Rußland ist das jedenfalls ein Verlust und eine Niederlage, so wenig das am Stande der englisch-russischen Beziehungen, wie wir ihn kennzeichneten, etwas ändert.

Nur registrierend verzeichnen wir einen großen Artikel der Iswestija (30. September) über „Indien als Aufmarschgebiet des englischen Imperialismus im Kampf mit der Sowjetunion", der den russisch-englischen Konflikt als unvermeidlich bezeichnet, und die englische Politik in der Rüstung darauf in Indien im einzelnen behandelt, — eine Politik, die nach Ansicht dieses Artikels Erfolge für England erzielt hat.

II.

Die Beziehungen zu Italien haben kein neues Moment gebracht. Der stellvertretende Handelskommissar der Ukraine hat nach einer längeren Reise in Europa mitgeteilt, daß die italienische Regierung eine Garantie für einen Kredit von 200 Millionen Lire für das italienische Rußlandgeschäft übernommen habe. Daß trotz der geschilderten Lage der englisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen Rußland sich auf das äußerste bemüht, in anderen Ländern seine Geschäftsbeziehungen zu fördern, ist ja bekannt.

Digitized by Google

Aber wesentlicher als dies ist der Konflikt mit Frankreich, der seit Anfang September sich immer mehr verschärfend hingezogen hat. Seinen Ausgang hat er genommen von jener Erklärung der Opposition vom 8. August (siehe den Monatsbericht). Dort sind die Stellen aus der Erklärung der Opposition vom 8. August mitgeteilt, die Rakowski mit unterschrieben hat und die die französische Regierung beanstandet, und die hier wiederholt seien: „Alle ehrlichen Proletarier der kapitalistischen Staaten haben die Pflicht, an der Überwindung ihrer Regierungen aktiv mitzuwirken; alle ausländischen Soldaten, die nicht die Sklavenhalter ihrer eigenen Länder unterstützen wollen, sind verpflichtet, in die Reihen der Roten Armee überzugehen, denn die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken ist das Vaterland der Arbeiter." Das französische Außenministerium hat sofort durch seinen Botschafter in Moskau dagegen protestiert, daß der Chef einer diplomatischen Mission bei der französischen Regierung in dieser Weise weltrevolutionäre Propaganda treibe. Tschitscherin hat darauf hin etwas ausgesprochen, was das französische Außenministerium als eine Desavouierung, eine Mißbilligung dieser Äußerung aufgefaßt hat (offiziöse französische Darstellung 3. 9.). Aber das genügte der vom Matin und auch vom Figaro geführten französischen Rechtspresse nicht, die sofort einen Feldzug auf Abberufung des Botschafters eröffnete; auch der Temps (3. 9.) schloß sich dem an und gab der Frage eine besondere Schärfe.

Daran hat sich nun eine wochenlang hinziehende, höchst merkwürdige Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Rußland geschlossen, in der auf der französischen Seite die Rücksicht auf die Wahlen und der Gegensatz gegen den französischen Kommunismus sehr deutlich wurden, auf der russischen Seite die Sorge, daß dem Abbruch der Beziehungen mit England auch der mit Frankreich folgen würde. Während Briand England gegenüber an seinem schon beim englisch-russischen Abbruch ausgesprochenen Standpunkt festhielt, daß Frankreich durchaus unabhängig und selbständig von England in der Gestaltung seiner Beziehungen zu Rußland bleibe und den offenen Bruch mit Rußland vermeiden wollte, war hinter der französischen Rechtskampagne zugleich auch der Einfluß der Petroleuminteressenten erkennbar, genauer gesagt, Sir Henry Deterdings, der die Royal-Dutch-Gruppe führt. Man würde diesen französisch-russischen Streit nicht vollständig beurteilen, wenn man nicht im Auge hielte, daß in ihm auch der große weltumspannende Gegensatz der beiden Gruppen um das russische Petroleum mitspielt, wobei übrigens die Erinnerung an die Konferenz von Genua 1922 und den gleichen Zusammenhang aufsteigt. Auf der russischen Seite wiederum sah man natürlich die Gefahr eines Bruches mit Frankreich, war und ist aber an einer geschickten und entgegenkommenden Haltung gehindert wegen des Zusammenhanges mit

Digitized by Google

dem inneren Streit (Rakowski ist Mitglied der Opposition und auch sachlich spielt das herein). So versuchte man, den russischen Standpunkt zu verstärken, indem in diese Auseinandersetzung die Frage der französisch-russischen Schuldenregelung mit hereingezogen wurde.

Rakowski hat zwei Jahre lang die Interessen seines Staates in Paris geschickt vertreten und sich eine bedeutende Position geschaffen, konnte aber doch mit dem größten Geschick nicht aus der Welt schaffen, daß diese doppelte Buchführung eben nicht möglich ist: auf der einen Seite als Botschafter den friedlichen Beziehungen mit einem anderen Lande zu dienen und auf der anderen als Mitglied der Internationale sich zu Aufrufen zu bekennen, wie der in Rede stehende. Man kann noch so dialektisch geschickt beweisen, daß es sich da nur um theoretische Möglichkeiten handele und niemals um die eines Krieges mit Frankreich. Jene Aufforderung an die Soldaten der fremden Armee, in einem Kriege zur Roten Armee überzulaufen, ist eben mit friedlichen Beziehungen Rußlands zum Auslande und der Arbeit seines Botschafters nicht verträglich. Das ist der über die französisch-russischen Beziehungen hinausgehende, Europa im ganzen interessierende, prinzipielle Teil dieses Kampfes. Man kann auch nicht sagen, daß eine solche Stellungnahme eine durchaus zulässige private parteipolitische Betätigung sei, die keinem Staatsmann verübelt werden dürfe.

Am 15. September gab Litwinow eine Erklärung an die Presse über diesen Kampf ab, die feststellte, daß der Zwischenfall an sich durch die Erklärungen Tschitscherins und Rakowskis erledigt sei und Briand durch diese Erklärungen befriedigt sei. Weiter teilte Litwinow mit, daß Rußland bereit sei, mit Frankreich über einen Nichteinmischungspakt zu verhandeln und zog er nun die Schuldenfrage herein.

Es wurde von ihm der Umriß einer immerhin möglichen Einigung Frankreichs und Rußlands über diese Frage von größter Bedeutung gezeichnet: Rußland bietet 61 Jahreszahlungen von je 60 Millionen Goldfranken, was $^1/_5$ der Vorkriegszinsen entsprechen würde und für Frankreich kein schlechtes Geschäft wäre. Gleichzeitig werden den französischen Industriellen Bestellungen im Betrage von 600 Millionen Goldfranken in Aussicht gestellt. Dafür wurde von Frankreich ein Kredit an Rußland auf 6 Jahre im Betrage von im ganzen 120 Millionen Dollar verlangt.

Am 17. September beschäftigte sich der französische Ministerrat mit der Frage, bei der außerdem noch der russische Vorschlag eines Nichtangriffspaktes mit Frankreich vorlag. Der Vorschlag des Nichteinmischungspaktes wurde nicht beantwortet, da die Sowjetregierung schon am 29. Oktober 1924 diese Verpflichtung bedingungslos übernommen hatte. Dagegen wurde Briand beauftragt, die Verhandlungen über den Nichtangriffs-

Digitized by Google

pakt fortzusetzen, aber „préalablement" im Einverständnis mit Frankreichs östlichen Verbündeten, also Polen und Rumänien. Litwinows Darstellung, als wenn schon eine Einigung in der Schuldenfrage erzielt sei, wurde von französischer Seite widersprochen, worauf die russische Botschaft in Paris eine Note vom 21. September veröffentlichte mit der Behauptung, daß eine Einigung erzielt sei, und mit einem weiteren Entgegenkommen und Vorschlag an die französische Regierung in der folgenden Weise herantrat (wegen der prinzipiellen Bedeutung dessen, wozu Rußland bereit ist, ist die wörtliche Mitteilung notwendig):

„1. Die russische Regierung ist bereit, als Quote für die Regelung der russischen Vorkriegsanleihen in Frankreich zu zahlen: 41 Annuitäten von je 60 Millionen Goldfranken; ferner 10 Annuitäten von je 60 Millionen Goldfranken für die rückständigen Zinsen und als Kompensation für die seit Unterbrechung des Schuldendienstes nicht geleisteten Zahlungen; ferner 10 Annuitäten von je 60 Millonen Goldfranken als weitere Bonifikation.

2. Dieses Abkommen soll revidiert werden, falls die Sowjetregierung den anderen Gläubigerstaaten in der Frage der russischen Vorkriegsanleihen eine günstigere Behandlung als die gewähren würde, die den französischen Gläubigern zuteil werde. In diesem Falle würde das vorliegende Abkommen derart abgeändert werden, daß die französischen Staatsangehörigen eine vollkommen gleiche Behandlung wie die anderer Staaten erhielten.

Was die von Rußland gewünschten Kredite betrifft, so sollen in Frankreich industrielle und Handelskredite eröffnet werden, die für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland unter folgenden Bedingungen bestimmt sind. Der Gesamtbetrag dieser Kredite wird auf 120 Millionen Dollar festgesetzt. Sie sollen in jährlichen Zahlungen von je 20 Millionen Dollar geleistet werden, und zwar während eines Zeitraumes von sechs Jahren. Die Kredite sind ausschließlich bestimmt für Aufträge, die der französischen Industrie erteilt werden, oder für Käufe, die in französischen Häusern getätigt werden; u. a. für Kolonialprodukte, und zwar im Verhältnis von zwei Dritteln für die Aufträge und einem Drittel für die Ankäufe.

Die Sowjetregierung verpflichtet sich, provisorisch in einer Frist von sechs Monaten vom Tage der Überreichung dieser Vorschläge an in einer französischen Bank die Summe von 30 Millionen Goldfranken zu hinterlegen, die die Hälfte der ersten Annuität darstellen, die für die Zahlung an die französischen Inhaber russischer Vorkriegsanleihen bestimmt ist."

Mit diesem Gegenstoß wandte sich Rakowski über die Regierung hinweg direkt an die Rentner und das französische Publikum, denen er diese Aussichten eröffnete, wodurch die Stimmung auf der französischen Seite nun wiederum verschärft wurde.

Am 2. Oktober wurde der französische Botschafter in Moskau beauftragt, auf die schwierige Lage aufmerksam zu machen, in der die französisch-russischen Verhandlungen wären, wenn Rakowski weiter in Paris bliebe. Das war eine höfliche Anregung der Abberufung oder Beurlaubung des französischen Botschafters. Der Schritt erfolgte unter der ununterbrochenen und immer heftiger werdenden Kampagne der französischen Rechtspresse, die entweder Briand treffen wollte ohne Rücksicht auf die Beziehungen zu Rußland oder die russischen Beziehungen zum

Digitized by Google

Bruch treiben wollte ohne Rücksicht auf die Politik Briands. Man konnte das an der Pariser Linkspresse wie „Oeuvre" oder „Volonté" ganz deutlich verfolgen. Die französische Regierung wünschte den Abbruch der Beziehungen nicht, verlangte deshalb die Abberufung Rakowskis auch nicht, sondern erklärte nur, daß dessen Stellung in Paris den Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich nicht günstig sei.

Man kann nicht sagen, daß die russische Diplomatie, also Tschitscherin, darauf sehr geschickt eingegangen sei. Dem Pariser „Soir" (6. 10.) gab er ein Interview, das sehr scharf sagte: Die Sowjetregierung hat niemals ihre Zustimmung zur Abberufung gegeben. Er, Tschitscherin, sei in allen Fragen, die Rakowskis Tätigkeit in Paris betreffen, mit ihm vollkommen solidarisch. Es sei ein sehr ernster politischer Schritt, die Abberufung des Botschafters formell zu veranlassen, was der öffentlichen Meinung in Rußland als unfreundliche Haltung Frankreichs erscheinen könne. Das Interview teilte mit, daß Frankreich zweimal Schritte in der Frage in Moskau unternommen hatte, die als Wunsch nach Abberufung aufgefaßt werden konnten und daß Rußland Rakowski nicht abberufen wolle. Die Schuld für den formellen Abbruch aber suchte Tschitscherin der französischen Politik zuzuschieben. Das französische Außenministerium hat darauf am 8. Oktober die drei den Fall Rokowski betreffenden Dokumente veröffentlicht, die hier auch mitgeteilt seien:

Übergabe folgender Note durch Herbette an Litwinow am 1. Oktober:

„Der französische Ministerrat hält zwar an der Ansicht fest, daß die Frage der Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion in keiner Weise mit einer Personenfrage verbunden werden kann, aber er erkennt einmütig die Notwendigkeit an, im Interesse der laufenden wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen von der Sowjetregierung die Abberufung ihres derzeitigen Botschafters in Paris zu verlangen. Ich bin also beauftragt, in dringlicher Weise darauf zu bestehen, daß dem Wunsche der französischen Regierung unverzüglich entsprochen wird. Ich halte es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die französische Regierung, soweit es von ihr abhängen wird, an der Trennung zwischen dem persönlichen Fall Rakowski und der Frage der Beziehungen beider Länder festhalten wird. Die Ablösung Rakowskis kann der Förderung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nur dienlich sein."

Der Direktor des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten Karachan übergab darauf am 4. Oktober Herbette ein Schreiben Tschitscherins, in dem es hieß:

„Der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, hat der Sowjetregierung den Inhalt Ihrer mündlichen Erklärung vom 1. Oktober mitgeteilt. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß diese Erklärung eine außerordentlich ernste Frage hinsichtlich der Beziehungen beider Länder zueinander aufwirft. Das Verlangen nach Abberufung Rakowskis ist der Sowjetregierung wenig erwünscht; es ist im Hinblick auf die dank der Tätigkeit Rakowskis in der Frage der Regelung der Schulden bereits erzielten Erfolge so unerklärlich und für die Gesamtheit der Besprechungen zwischen den beiden Regierungen sowohl über die Schulden- und Kreditfrage als auch über andere wichtige Fragen so gefährlich, daß ich im Namen meiner Regierung Sie bitte, ein schriftliches Exposé des

Digitized by Google

Beschlusses des französischen Ministerrats und der Gründe, die ihn zu dieser Entscheidung bestimmt haben, abzufassen."

Auf Grund dieser Mitteilung wurde Herbette beauftragt, an den Volkskommissar Tschitscherin folgendes Schreiben vom 7. Oktober zu richten:

„Die Tatsache, daß Rakowski am 8. August eine Erklärung unterzeichnet hat, derzufolge im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion die Proletarier der kapitalistischen Länder an der Niederlage ihrer Regierungen mitarbeiten und die ausländischen Soldaten auf die Seite der Roten Armee übergehen müssen, stellte eine flagrante Verletzung der Verpflichtungen auf Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs dar, die die Sowjetregierung am 9. Oktober 1924 gelegentlich ihrer Anerkennung durch die französische Regierung eingegangen ist. Diese Erklärung löste in Frankreich eine sehr lebhafte und berechtigte Erregung aus, und die französische Botschaft in Moskau ist alsbald aufgefordert worden, eine Desavouierung dieser Doktrin durchzusetzen. Auf Grund des Schrittes der französischen Botschaft hat die Sowjetregierung auch am 9. August die geforderte Desavouierung gegeben. Seit dieser Zeit glaubte die französische Regierung Grund zu der Annahme zu haben, daß die Sowjetregierung die natürlichen Folgerungen aus dieser Desavouierung ziehen würde dadurch, daß sie ihren Vertreter in Paris abberiefe, dessen moralische Autorität von nun ab sehr vermindert war.

Inzwischen ist Rakowski ein zweites Mal aus der Reserve herausgetreten, die ihm sein Amt zur Pflicht macht dadurch, daß er an die Presse über die Regelung der russischen Schulden bei Frankreich ungehörige Mitteilungen ergehen ließ zu dem offenbaren Zweck, private Interessenten in Gegensatz zu der französischen Regierung zu bringen. Diese Erklärungen, die ein formelles Dementi erheischten, haben zwischen der französischen Regierung und der Sowjetbotschaft in Paris eine Polemik ausgelöst, die nicht dazu beitragen konnte, Rakowski weiter als die Persönlichkeit anzusehen, die qualifiziert erschien, die wichtigen zwischen beiden Ländern schwebenden Angelegenheiten zu einem guten Ende zu führen.

Unter diesen Umständen kam die französische Regierung zu der Auffassung, daß sie im Interesse beider Regierungen und des Erfolges ihrer Verhandlungen nicht zulassen könne, daß Rakowski sein Amt in Paris beibehalte. Aus Höflichkeit aber, und um die Aufgabe der Sowjetregierung zu erleichtern, hat die französische Regierung dieser die Initiative und die Wahl der Form der Ablösung ihres Botschafters und seiner Ersetzung durch eine Persönlichkeit, deren Ansehen nicht beeinträchtigt ist, überlassen. Die Sowjetregierung hat sich diesem Vorgehen nicht anschließen zu können geglaubt.

Die französische Regierung erneuert daher durch dieses Schreiben die bereits mündlich am 1. Oktober zum Ausdruck gebrachte Forderung auf Abberufung Rakowskis. Die französische Regierung legt Wert darauf, neuerlich zu betonen, daß die Frage eines Abbruchs der Beziehungen zwischen beiden Ländern in keinem Augenblick gestellt war. Der Fall Rakowski ist und bleibt eine Personenfrage, und die Regelung dieser Frage hat nur den Zweck, den Erfolg der politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen zu ermöglichen, die nur in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen dem Vertreter der Sowjets und der französischen Regierung zu einem guten Ende geführt werden können."

Frankreich wünschte die Abberufung, weil Rakowski die bekannte Unterschrift gegeben hat, weil er die Desavouierung zweideutig ausgelegt hat und weil er die letzten russischen Vorschläge in der Schuldenfrage ohne Zustimmung der französischen Regierung an die französische Bevölkerung und Presse gegeben hat.

Digitized by Google

In dieser Lage kam am 9. Oktober der Besuch Chamberlains in Paris, an dem auch der polnische Außenminister Zaleski teilnahm. In dieser Unterredung ist selbstverständlich der ganze Zusammenhang besprochen worden. Dabei hat Polen einen Bruch zwischen Frankreich und Rußland für sehr unerwünscht erklärt und Briand die Selbständigkeit der französischen Politik gegenüber England in der russischen Politik betont. In der Haltung Frankreichs gehen gegeneinander die Tendenzen gegen den Kommunismus und für eine französisch-polnisch-russische Verständigung, für die ja die russischen Anregungen eines Garantiepaktes eine Brücke wären.

Am 13. berief darauf die Sowjetregierung Rakowski ab; sie teilte das Herbette mit folgender Note mit:

„Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten hat die Sowjetregierung von Ihrer Note vom 7. Oktober in Kenntnis gesetzt und beehrt sich, gemäß der von ihr getroffenen Entscheidung Ihnen nachstehendes mitzuteilen:

Die Sowjetregierung stellt nicht in Abrede, daß die französische Regierung berechtigt ist, die Abberufung des Vertreters eines Auslandsstaates zu verlangen, doch glaubt sie, daß eine derartige Forderung, insbesondere, wenn sie einen Botschafter betrifft, der im Laufe von zwei Jahren im Interesse beider Staaten Verhandlungen von allergrößter Bedeutung, die überaus wesentliche Ergebnisse hatten, erfolgreich führte, ernst begründet sein muß. Die Sowjetregierung muß jedoch erklären, daß sie sich mit den in Ihrer Note dargelegten Gründen nicht einverstanden erklären kann.

Der in Ihrer Note angeführte Vorfall der Unterzeichnung der in Moskau im Rahmen einer innerparteilichen Diskussion vereinbarten Deklaration vom 9. August durch Rakowski war Gegenstand eines Verbalnotenwechsels und von Unterredungen zwischen mir und Ihnen, nach denen Sie, Herr Botschafter, mir am 4. September erklärten, daß Ihre Regierung sich durch die von mir abgegebenen Erklärungen als befriedigt betrachtete und daß der Zwischenfall für erledigt angesehen werden kann. Dies war um so natürlicher und begreiflicher, als Rakowski eine öffentliche Erklärung abgab, die sich mit meinen Erklärungen deckte und volle Einmütigkeit zwischen ihm und mir hinsichtlich der Verurteilung jener Beweggründe und Absichten ergab, die ihm irrtümlich zugeschrieben wurden und die sowohl ich wie er mit den Funktionen eines Botschafters für unvereinbar erachten. Wenn die französische Regierung gemäß Ihrer Erklärung, Herr Botschafter, sich durch die ihr damals abgegebene Erklärung als befriedigt betrachtete, so erscheint es ganz unverständlich, weshalb sie jetzt wiederum auf diese Frage zurückgreift und abermalige Genugtuung verlangt. Offenbar sieht die französische Regierung selbst die Unbegründetheit und Unzulänglichkeit der Gründe für die Abberufung des Sowjetbotschafters ein, wenn sie es jetzt für nötig befand, Rakowski die Veröffentlichung seines Schreibens an de Monzie zum Vorwurf zu machen. Zu diesem Vorfall erlaube ich mir, Ihnen, Herr Botschafter, und Ihrer Regierung vor allem in Erinnerung zu bringen, daß im Laufe der letzten Wochen und Monate ein gewisser Teil der französischen Presse mit Nachrichten operierte, die nur aus offiziellen französischen Quellen geschöpft werden konnten, diese Nachrichten entstellte und verdrehte und Gerüchte über eine völlige Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit der zwischen der sowjetrussischen und der französischen Delegation in der Frage der Entschädigung der französischen Besitzer russischer Vorkriegsanleihen geführten Verhandlungen verbreitete. Diese Gerüchte, die den Zweck verfolgten, das Verhalten unserer Delegation bei den französisch-russischen Verhandlungen und die ernsten Absichten der Regierung der Sowjetunion hinsichtlich einer Beilegung der strittigen Fragen

Digitized by Google

und einer Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich zu diskreditieren, konnten von der Sowjetregierung nicht ignoriert werden. Dieser Umstand veranlaßte Rakowski, seine Mitteilung über die erzielte Verständigung und über die noch übrig gebliebenen Differenzen zu veröffentlichen. Erwähnt man noch die Tatsache, daß Rakowski seine Mitteilung mit Wissen des Vorsitzenden der französischen Delegation de Monzie veröffentlichte, so wird die Gegenstandslosigkeit des Vorwurfes der Illoyalität und Unkorrektheit, der Rakowski gemacht wurde, vollkommen klar.

Indem ich und Litwinow in Unterredungen mit Ihnen, Herr Botschafter, die obigen Erwägungen eingehender darlegten, wiesen wir darauf hin, daß die Abberufung Rakowskis, dessen Bemühungen und Energie die französisch-russische Konferenz die von ihr erzielten Ergebnisse in großem Maße verdankt, die Konferenz selbst moralisch schädigen müsse, und objektiv nicht ohne überaus ungünstige Rückwirkungen auf ihre fernere Arbeit bleiben könne, weshalb es die Sowjetregierung ablehnt, auch nur im entferntesten Maße irgendeine Verantwortung sowohl für die Abberufung Rakowskis als auch die etwaigen Folgen dieser Abberufung zu übernehmen. Zieht man dabei in Betracht, daß die von Ihnen unternommenen Schritte zur Abberufung Rakowskis eingeleitet und begleitet wurden von einer ganz unerhörten Hetze gegen Rakowski und von unzulässigen Beleidigungen gegen ihn von seiten einiger französischer Presseorgane, die lediglich aus offiziellen Quellen informiert werden konnten, so kann von irgendeiner höflichen Form, in die man angeblich die Forderung nach Abberufung Rakowskis kleiden wollte, keine Rede sein.

Sieht man von den in Ihrer Note angeführten und vorstehend analysierten Gründen für eine Abberufung Rakowskis, deren Haltlosigkeit klar ist, ab, so bleibt nur die Tatsache einer formellen Forderung der französischen Regierung auf Abberufung Rakowskis. Die Sowjetregierung stellt nicht in Abrede, daß die französische Regierung berechtigt ist zu verlangen, daß der Botschafter eines Auslandsstaates durch einen anderen Botschafter ersetzt werde. Sie kann die Tatsache einer derartigen Forderung seitens der französischen Regierung nicht unberücksichtgt lassen trotz der Haltlosigkeit der Motive, die der Sowjetregierung dargelegt wurden. Die Sowjetregierung sieht sich infolgedessen gezwungen, Rakowski von den Pflichten eines Botschafters in Frankreich zu entbinden und seinen Nachfolger zu ernennen, für den sie schon jetzt das Agrément der französischen Regierung erbittet."

Rakowski verließ Paris, am 22. wurde der Nachfolger ernannt: Valerian Dowgalewski, 1885 in Bjelaja Zerkow (Gouvernement Kiew) geboren als Sohn eines jüdischen Kleinkaufmanns, 1913 in Toulouse als Elektro-Ingenieur diplomiert, dann in Paris bei einer elektrotechnischen Firma tätig, 1917 nach Rußland zurückgekehrt, 1921 Volkskommissar für Post und Telegraphie, Gesandter in Schweden und seit Februar 1927 Botschafter in Tokio.

Daraus, daß Frankreich sogleich das Agrément erteilte, ging hervor, daß die offizielle französische Politik keineswegs den Bruch wünschte. In russischer Ausdrucksweise: das Trio Chamberlain-Churchill-Deterding hätte also nicht gesiegt. Aber wie nun die russisch-französischen Pourparlers tatsächlich weiter gehen, ist noch ebensowenig zu übersehen, wie die Rückwirkungen des Rakowskifalles auf die Parteiauseinandersetzung in Rußland. Eine Zunahme des russischen Prestiges hat der Fall gewiß nicht gebracht, wenn er auch so nicht in der von Moskau gefürchteten Weise ausging und der Faden mit Paris daran nicht abriß.

Digitized by Google

Die russische Politik wollte alles vermeiden, was den Rechtskreisen Frankreichs den Vorwand zum Bruch geben könnte, aber andererseits auch in der Frage, von der der ganze Streit den Ausgang nahm, nicht weiter entgegenkommen. So ist die prinzipielle Frage ungelöst und nach wie vor ein Grund für die unbedingten Feinde Rußlands zu fernerer Agitation geblieben. Dagegen liegt die Bereitwilligkeit Rußlands, das ja nicht nur den Bruch nicht will, sondern im Gegenteil mit Frankreich in Garantiepakt und Wirtschaftsbeziehungen kommen will, vor, die Schuldenfrage in der gekennzeichneten Weise zu lösen.

Diese seit Jahren behandelten Beziehungen werden durch den Fall Rakowski empfindlich gestört. Sie sind außerordentlich wichtig. Dreht es sich doch bei Frankreich um den Staat, der der weitaus erste Gläubiger des zaristischen Rußlands war und würde damit gleich an der allerwichtigsten Stelle die Frage der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und ihre Regelung entschieden. Für Deutschland träten dann die Bestimmungen des Rapallo-Vertrages in Kraft, daß Deutschland ja auf Forderungen nur verzichtete, unter der Voraussetzung, daß die russische Regierung „auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedige". Die Frage ist jetzt in dem Rakowskistreit so aktuell geworden, wie nie, und interessant ist ihre Behandlung in der Sowjetpresse, die die Annullierung derartiger Verpflichtungen Rußlands entsprechend dem marxistischen Programm in der Theorie in Übereinstimmung bringen muß mit der Bereitwilligkeit, die finanziellen Verpflichtungen Rußlands gleichwohl anzuerkennen. Da der russisch-französische Handel recht geringfügig ist, ist für die Beziehungen zu Frankreich das der weitaus wichtigste Punkt, und man muß sagen, daß hier praktisch die Regierung Stalin doch sehr weit entgegenkommt.

So sonderbar und kleinlich vielerlei in dem Rakowskistreit erscheint, so sind in ihm doch allergrößte politische und wirtschaftliche Fragen beschlossen: Die Frage der russischen Schulden an Frankreich, die Frage eines russisch-französischen Garantiepaktes und die grundsätzliche Frage der Stellung des kommunistischen Rußlands in der bekannten Verbindung mit der dritten Internationale zum übrigen Europa.

III.

Dieser Streit mit Frankreich berührte ebenso die russisch-polnischen Beziehungen wie der Vorschlag eines russisch-französischen Garantiepaktes. Die aus der Ermordung des russischen Gesandten in Warschau entstandene Spannung ist gelöst. Am 17. September wurde die Ernennung des neuen russischen Gesandten vollzogen: D. W. Bogomolow (1890 geboren, in Deutschland kriegsgefangen, seit 1920 im Außenministerium, Geschäftsträger 1922 in Wien und seit 1924 bis zum Bruch erster Sekretär in London).

Digitized by Google

Die auf Polens Antrag in Genf angenommene große Entschließung, die den Angriffskrieg verurteilt, bedeutet für Polen auch in gewissem Sinne die Freiheit zu Paktverhandlungen mit Rußland. In diesen Verhandlungen, die an keiner Stelle in den Randstaaten einen wesentlichen Erfolg gebracht haben, stehen sich immerhin noch die alten Gedanken gegenüber: der polnische Standpunkt eines gemeinsamen Nichtangriffspaktes der Randstaaten mit Rußland, natürlich mit polnischer Führung, und der russische Standpunkt, der nur Pakte mit den einzelnen Staaten abschließen will. An sich ist Polen gewillt und geneigt, mit Rußland zu verhandeln und die Sicherung seiner Ostgrenzen dadurch zu erreichen. Aber die Verhandlungen selber gehen in einem Schneckentempo vorwärts.

Immerhin interessant war, daß im Septemberheft der Zeitschrift „Bibliothèque universelle et Revue de Genêve" S a s o n o w unter dem Titel „Rußland und Polen" sich auf das schärfste gegen die gegenwärtigen Ostgrenzen Polens aussprach und dabei Polens Situation sehr interessant charakterisierte: „Polen, das ein künstliches Gebilde zu sein scheint, bildet jetzt einen Staat zwischen zwei stärkeren Nachbarn, deren jeder an ihn Forderungen hat. Der dritte Nachbar, Litauen, ist noch mehr als irgend ein anderer das Opfer des grenzenlosen polnischen Imperialismus." Von Bedeutung für die russisch-polnischen Beziehungen ist diese Aeußerung natürlich nicht.

(Der Pariser Prozeß gegen den Mörder Petljuras in seiner Bedeutung für die russisch-polnischen Beziehungen wird im nächsten Heft behandelt.)

IV.

Am 12. September teilte Rußland dem V ö l k e r b u n d seine Antwort auf die Mitteilungen der Resolution über die W e l t w i r t s c h a f t s k o n f e r e n z wie folgt mit: „Ich danke für Ihre Mitteilung und halte mich für verpflichtet, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Regierung der USSR ihrerseits mit Interesse Kenntnis genommen hat von der von der Konferenz unternommenen Anstrengung, Richtlinien für das künftige Vorgehen auf dem Gebiete des Handelsverkehrs zwischen den Nationen aufzustellen. Die Regierung der USSR hält jene Schlußfolgerungen der Konferenz, welche die Zustimmung der Mitglieder der Sowjetdelegation gefunden haben und die im Rahmen der von diesen Mitgliedern im Lauf der Arbeiten der Konferenz vorgebrachten Vorbehalte sich in vollständiger Übereinstimmung mit den Ideen befinden, von denen sich die Sowjetunion bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit leiten läßt, der größten Beachtung wert. Infolgedessen beabsichtigt die Regierung der Sowjetunion, die praktische Verwirklichung der oben genannten Beschlüsse zu begünstigen."

Die Entschließung der Völkerbundsversammlung über die Abrüstungskonferenz und das Sicherheitskomitee nimmt auch die

Digitized by Google

Mitarbeit von Staaten, die nicht zum Völkerbund gehören, also auch Rußlands, in Aussicht.

Im übrigen war die Erörterung der westeuropäischen Beziehungen und der Haltung Deutschlands in der Sowjetpresse auf den alten Ton des Mißtrauens und der Furcht vor der imperialistischen Einheitsfront gestimmt mit ununterbrochenen Hinweisen auf eine (nichtbestehende) Kriegsgefahr.

V.

Die chinesische Frage ist sehr stark zurückgetreten. Borodin hat, wie erinnerlich, China mit seinen Beratern verlassen müssen. Die Auseinandersetzungen mit der Kuomingtangpartei werden aufmerksam verfolgt, aber man kann sich nicht darüber täuschen, daß die Sache dort verloren ist. Tsang Kai Yek hat den Platz geräumt, aber nur, damit die beiden Richtungen sich wieder vereinigen könnten. Die Neubildung der Regierung von Nanking gehört gleichfalls in die Reihe der russischen Mißerfolge. Der bisherige Außenminister der Hankauregierung, Eugen Tschen und die Witwe Sun Yan Sens, Sun Tsi Lin, sind nach Moskau gegangen und dort begeistert begrüßt worden. Ihre Äußerungen haben nur das bekannte Bild bestätigt und der Besuch ist auch kein Trost für die Sowjetpolitik, daß in China das Feld verloren gegangen ist.

Dafür ist in Persien ein Erfolg erzielt worden, indem dem Vertrage von 1921 am 1. Oktober 1927 ein neuer russisch-persischer Vertrag gefolgt ist. Es ist ein ganzes Vertragssystem, darin am wichtigsten der Garantie -und Neutralitätsvertrag.

Er setzt den Vertrag vom 26. 2. 1921 fort. Artikel 2: „Jede der vertragschließenden Seiten verpflichtet sich, sich des Angriffs und aller aggressiven Handlungen gegen die andere Seite zu enthalten oder des Einrückenlassens von kriegerischen Kräften in das Gebiet der anderen Seite. Falls die eine der vertragschließenden Seiten dem Angriff, sei es einer oder mehrerer dritten Mächte ausgesetzt ist, so verpflichtet sich die andere vertragschließende Seite Neutralität während des ganzen Konfliktes zu bewahren, wobei die angegriffene Seite diese Neutralität nicht brechen darf, ohne Rücksicht auf irgendwelche strategischen, taktischen oder politischen Vorteile, die ihr daraus erwachsen könnten."

Artikel 3: „Jede der vertragschließenden Mächte verpflichtet sich, weder taktisch noch formell an politischen Allianzen teilzunehmen, die gegen die Sicherheit zu Wasser oder zu Lande der anderen vertragschließenden Seite gerichtet werden, ebenso wie gegen ihre Neutralität oder Souveränität. Außerdem werden sich beide vertragschließenden Mächte der Teilnahme an wirtschaftlichem Boykott und Blockade enthalten, die durch dritte Mächte gegen die eine von ihnen organisiert würden."

Digitized by Google

Artikel 4 enthält den Nichteinmischungspakt. Artikel 5: „Beide vertragschließenden Mächte verpflichten sich, Meinungsverschiedenheiten aller Art, die unter ihnen entstehen könnten und die nicht durch die gewöhnlichen diplomatischen Mittel beseitigt werden könnten, auf eine friedliche Weise zu regeln, wie sie im betreffenden Augenblick geboten erscheint."

Artikel 6: Volle Handlungsfreiheit außerhalb dieser Verpflichtungen. Der Vertrag gilt auf drei Jahre.

In einem Protokoll I erklärt Persien, keine internationale Verpflichtungen zu haben, die dem Vertrag widersprächen, und auch während seiner Dauer keine ähnliche Verpflichtungen zu übernehmen. Die Beilage enthält einen Notenwechsel, der dem zwischen Deutschland und Rußland im Berliner Vertrag nachgebildet ist, und feststellt, daß die Verpflichtungen Persiens gegen den Völkerbund damit nicht berührt würden.

Überhaupt fällt die Ähnlichkeit des russisch-persischen Vertrages mit dem Berliner Vertrag vom 24. April 1926 auf. Der neue Vertrag ist ganz deutlich diesem Schema nachgebildet. Er geht im vierten Artikel (Nichteinmischungspakt) weiter, indem festgelegt wird, daß die Vertragsparteien in ihrem Gebiete keine Organisationen und Gruppen dulden dürfen, die sich den Kampf gegen die Regierung der anderen vertragschließenden Partei mit gewaltsamen Mitteln zum Ziele setzen. Auch verpflichten sich die beiden Seiten, die Anwerbung und Einführung von Truppen, Waffen und Munition für diese Zwecke zu verbieten. Wichtig ist, hervorzuheben, daß der Artikel 5 zwar allgemein eine friedliche Beilegung von Streitfällen in Aussicht nimmt, aber durchaus nicht eine klare Schiedsgerichts- und Vergleichsklausel enthält; er enthält nur einen unzureichenden Ersatz dafür.

Neben diesem Vertrag wurde unterzeichnet eine Note über die Handelsbeziehungen, nach der jährlich für 50 Millionen Rubel persische Waren zum Import nach Rußland freigegeben werden und für 45 Millionen Rubel Waren aus Rußland frei exportiert werden können. Das ist immerhin eine gewisse Durchbrechung des russischen Außenhandelsmonopols. Auch Transitbestimmungen sind darin enthalten. Ein eigentliches Handelsabkommen fehlt aber noch.

Der ganze Abschluß wurde mit begreiflicher Feierlichkeit vollzogen und fügt sich in das schon bestehende Vertragssystem mit der Türkei und Afghanistan in bekannter Weise ein. Die Prawda (4. Oktober) charakterisierte ihn so: „Der Vertrag schafft die Bedingungen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Persien und der Sowjetunion und gibt beiden Staaten eine Rückendeckung. Damit ist Persien die Möglichkeit eines selbständigen Kurses in der Innen- und Außenpolitik garantiert,

Digitized by Google

während England und anderen kapitalistischen Staaten die Möglichkeit genommen wird, Persien als Aufmarschgebiet für ihre imperialistischen Pläne auszunutzen, welche den allgemeinen Frieden bedrohen. Darin liegt die internationale Bedeutung des nunmehr unterzeichneten Vertrages." Wenn auch der Vertrag ein russischer Erfolg ist, so hat England keinen Grund, darüber besonders traurig zu sein. Zwischen England und Rußland bildet sich immer stärker eine Kette von selbständigen Staaten aus Türkei, Afghanistan, Persien, die dadurch das englisch-russische Verhältnis erleichtert, weil sie da Reibungen unmöglich macht. Beide Staaten sind ja zu einer aktiven oder gar erobernden Politik an dieser Stelle Asiens gar nicht in der Lage. Für die Gesamtposition Rußlands heute in der Welt bedeutet dieser neue Vertrag mit Persien nicht allzuviel.

VI.

Die Protestwelle gegen Amerika aus Anlaß der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti schlug natürlich auch nach Rußland hinein, ist aber rasch verebbt. Wichtiger für Rußland ist das, was zwischen England, Amerika und Japan vorgeht.

Das Fiasko der Seeabrüstungskonferenz in Genf wurde ernsthaft und mit unverhohlener Genugtuung verfolgt. Man erkennt den Riß in den englisch-amerikanischen Beziehungen, die Folgen für die Position Japans, und sieht schon eine neue Aufstellung auf dem Schachbrett im fernen Osten, eine Möglichkeit für sich, mit Nordamerika namentlich in engere Beziehung zu kommen. Dafür wird der große Petroleumstreit besonders wichtig genommen. Das Volkskommissariat der Finanzen hat eine statistisch-politische Denkschrift gemacht, die den Standpunkt des russischen Naphtha-Syndikats präzisiert: es möchte keinen Kampf, aber es sei stark genug, einen solchen Kampf aufzunehmen. Bei diesem Kampf zwischen der amerikanischen und der englisch-holländischen Gruppe dreht es sich um den Absatz nach dem nahen und nach dem fernen Osten, und ein gewisser Aktivposten der russischen Außenpolitik liegt in diesen Beziehungen zweifellos.

Daran knüpfen sich Hoffnungen, zu den Vereinigten Staaten die Beziehungen wirtschaftlich wenigstens mehr auszubauen. Mancherlei Anzeichen für wachsende amerikanisch-russische Wirtschaftsbeziehungen sind auch vorhanden. Auch die Handelskredite, die von amerikanischer Seite eingeräumt werden, haben nicht unbeträchtlichen Umfang genommen. Dagegen sind Gerüchte über Anlagen amerikanischer Gelder in Rußland übertrieben und tendenziös. Die Hauptsache bleibt davon nach wie vor das Vertragssystem Harrimans, über dessen wirtschaftliche Effekte die Meinungen noch nicht geklärt sind.

Digitized by Google

VII.

Der Gesamtüberblick ergibt keine besonders günstige Lage der russischen Außenpolitik. Die Position im fernen Osten ist verloren. Die Position im nahen Osten nützt wenig oder nichts. Mit England lebt man in Feindschaft. Mit den Randstaaten gehen die Beziehungen positiv nicht voran. Mit Frankreich erlebte man den Rakowski-Streit. Amerika hält sich zurück. So bleibt nur die Verbindung mit Deutschland.

Den Machthabern im Kreml wird diese mindestens unbehagliche Situation klar und aus allen Gründen unbequem sein. Wie schon erwähnt, ist wohl auch Stalin im Innern entschlossen, einen Kompromiß herbeizuführen, der Rußland und seinem Regime unbedingt notwendig ist und sich eben in den zwei Richtungen des Nichteinmischungspaktes und des Schuldenarrangements bewegen müßte. Die Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen ist auf letzterem Gebiet größer als auf ersterem, wo naturgemäß die Schwierigkeiten von innen heraus, aus der Opposition und überhaupt der Gesamteinstellung der Anhänger, außerordentlich groß sind.

Das Sowjetregime ist keineswegs bereit, vor Europa zu kapitulieren, und es glaubt das Tempo so langsam nehmen zu können, wie es das tatsächlich tut. Auch ist ohne weiteres klar, wie schwierig es für die Moskauer Regierung sein muß, auf die weltrevolutionäre Ideologie und Agitation zu verzichten. Im Kampf gegen die Opposition, die immer entschiedener auftritt und radikaler wird, kann sie sich nur durch Treue gegen die Prinzipien halten. Wenn eine Kombination überhaupt vorstellbar ist, so ist es wohl die, daß Stalin schwerlich in diesen Auseinandersetzungen der Außenpolitik weitergehen wird, ehe er im Dezember die Opposition niedergeworfen hat. Dazu wird er wohl auch hoffen, daß vielleicht eine Wendung in der inneren Politik Englands ihm behilflich sein würde. Ist das so; dann ist für konstruktive Ideen, wie man sie Tschitscherin wohl zuschreibt, überhaupt keine Möglichkeit, und bleibt die außenpolitische Lage Rußlands in der gegenwärtigen Stagnation, droht sie vielmehr, mehr und mehr zu einer schließlich kritischen und gefährlichen Isolierung zu werden.

Abgeschlossen am 27. Oktober 1927.

Digitized by Google

Die innerpolitische Entwicklung in Polen seit dem Staatsstreich Pilsudskis.

Von Dr. Paul Roth.

Die hervorstechendsten Züge der innerpolitischen Entwicklung in Polen seit dem Staatsstreich Pilsudskis vom Mai v. J. sind der Niedergang des Parlamentarismus und die Zersetzung der polnischen Parteien. Um verständlich zu machen, inwieweit eine verhältnismäßig so rasche Entwicklung möglich war, deren Bedingungen und Voraussetzungen natürlich weiter zurückliegen, scheint es angezeigt, zuvor auf einige allgemeine Fragen kurz einzugehen, die hierbei eine wichtige Rolle spielen, nämlich die Entstehung des polnischen Staates, das polnische Parteiwesen und die Minderheiten in Polen.

Die Entstehung des polnischen Staates ist, soweit polnische Faktoren in Frage kommen, nicht durch einen einheitlichen, einem Ziel zustrebenden Willen der Nation erfolgt, sondern im erbitterten Kampf widerstrebender Bewegungen innerhalb des Polentums selbst. Die schärfsten Gegensätze dieser Art, die bis heutigen Tags nachwirken und in der jüngsten Entwicklung in Polen erneut zum Ausdruck kommen, sind verkörpert durch die Namen ihrer Führer Dmowski und Pilsudski. Dmowski war der Führer derjenigen polnischen Richtung, die den Zusammenschluß aller polnischen Gebiete zunächst zu einem autonomen Gebilde im Rahmen des russischen Reichs, späterhin zu einem selbständigen Staat auf der Seite der Ententemächte erstrebte. Diese polnische Orientierung war bewußt gegen Deutschland gerichtet und vertrat den Gedanken, Polen müsse, da Deutschland sein Hauptfeind sei, sich den Rücken durch gute Beziehungen zu Rußland freihalten, eine Theorie, die in diesen Kreisen, die unter der parteipolitischen Führung der Nationaldemokratie stehen, heute noch nachwirkt. In sozialer Hinsicht gehörten zu den Anhängern dieser Richtung das Bürgertum, die mittlere und kleine Industrie, die Handwerker und ein Teil der Intelligenz. Ihr gegenüber stand, zunächst von der Polnischen Sozialistischen Partei geführt, diejenige Bewegung, die von vornherein an die Spitze ihrer Bestrebungen die Gründung eines unabhängigen polnischen Staates stellte und zur Verwirklichung dieses Ziels auch mit den Zentralmächten bis zu einem gewissen Grade zusammenzugehen bereit war. Als der Krieg zu Ende ging, war es diese zweite Richtung unter Führung Pilsudskis, die auf dem polnischen Boden den neuen polnischen Staat begründete, während Dmowski an der Spitze des polnischen Nationalkomitees in Paris sich vergeblich bemühte, die Rolle einer polnischen Regierung im Exil zu spielen. Beide Richtungen mußten miteinander paktieren. Pilsudski wurde zwar das pol-

Digitized by Google

nische Staatsoberhaupt, aber Dmowski der erste Delegierte Polens auf der Friedenskonferenz. Die großen Gegensätze zwischen beiden Richtungen wirkten aber nach und äußerten sich zunächst in einem fortgesetzten scharfen Kampf der Nationaldemokratie gegen Pilsudski, bis dieser im Jahre 1922 darauf verzichtete, bei der Wahl des polnischen Staatspräsidenten zu kandidieren.

Es war in dem neuen polnischen Staat nicht zu erwarten, daß sich alsbald ein reifes politisches Parteiwesen nach dem Muster westeuropäischer Staaten herausbildete. Dazu fehlte es an Einheitlichkeit der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse in den drei Teilgebieten, dazu fehlten für die meisten Parteien die Voraussetzungen einer geschichtlichen politischen Entwicklung und dazu fehlte es schließlich auch an dem allgemeinen Niveau der politischen Bildung. Infolgedessen beschränkten sich große Parteigruppen auf die engherzige Vertretung reiner Standesinteressen ohne allgemeine programmatische Richtlinien für die innere wie für die äußere Politik. Daher war auch eine klare Mehrheitsbildung und damit eine Stabilisierung der Regierungsverhältnisse in dem neuen polnischen Staat außerordentlich schwierig. Unter diesen Umständen erzeugte die Unfruchtbarkeit des Kampfes der Parteien gegeneinander eine gewisse Parteiverdrossenheit und eine Geringschätzung der parlamentarischen Arbeit, die den Boden für das erneute Auftreten Pilsudskis vorbereitete.

Kompliziert wurde das parlamentarische Leben des neuen polnischen Staates durch die Minderheitenfrage. In dem Ende 1922 gewählten polnischen Sejm errangen die zu einem Wahlblock vereinigten nationalen Minderheiten zwar nicht die ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung, aber immerhin rund ein Fünftel sämtlicher Sitze. Wäre es gelungen, diese Minderheiten zur Regierungsbildung heranzuziehen, so hätten sie in den schwankenden Mehrheitsverhältnissen den Ausschlag geben und die sichere Basis einer stabilen Regierung mit zustande bringen können. Der neue polnische Staat verstand es aber nicht, die Minderheiten in dieser Weise zur positiven Mitarbeit zu gewinnen. Im Gegenteil, die polnische Minderheitenpolitik, auf die hier einzugehen nicht der Ort ist, hatte zur Folge, daß fast jede polnische Regierung im Parlament außer den oppositionellen polnischen Parteien noch die Opposition der Minderheiten gegen sich hatte. Daß es auf diese Weise, praktisch gesprochen, im Sejm gewissermaßen eine ständige Oppositionspartei von nahezu 90 Köpfen gab, mußte natürlich das parlamentarische Regime schwer belasten.

Die Folge aller dieser Umstände war, daß die Kabinette in Polen in der Regel weder eine starke Position noch eine lange Lebensdauer hatten, und daß mehr als einmal die innerpolitische Lage das Bild einer völligen Verwirrung zeigte. Man darf die

Digitized by Google

unmittelbare Rückwirkung solcher Verhältnisse auf das gesamte staatliche Leben Polens nicht überschätzen. Tatsache ist aber, daß hieraus sich zum großen Teile erklärt, warum Pilsudski, ohne die parlamentarische Form als solche zu verletzen, seit dem Staatsstreich vom vorigen Mai den Parlamentarismus in der Praxis beiseite schieben konnte.

Pilsudski, der im November 1918 an die Spitze des polnischen Staates getreten und am 20. November 1919 von der polnischen Nationalversammlung einstimmig in dieser Eigenschaft bestätigt worden war, hatte darauf verzichtet, bei der ersten regelrechten Wahl eines polnischen Staatspräsidenten im Dezember 1922 zu kandidieren. Er glaubte nicht, daß diese Stellung ihm eine hinreichende Bewegungsfreiheit bieten würde und vor allem war er verärgert und verbittert über den Kampf, der gegen ihn während seiner Amtszeit als Staatschef geführt worden war. Mit der ihm eigenen Unumwundenheit hat er dies in seinen „Erinnerungen an Narutowicz" ausgesprochen, den am 9. Dezember 1919 gewählten polnischen Staatspräsidenten, der eine Woche nach seiner Wahl von einem nationalistischen Fanatiker erschossen wurde. Pilsudski übernahm dann unter dem Kabinett Sikorski den Posten des Generalstabschefs, quittierte aber seinen Dienst schon im folgenden Frühjahr, als das zweite Kabinett Witos einen Gegner von ihm, den General Szeptycki zum Kriegsminister machte. Von dieser Zeit ab führte Pilsudski auf seiner Besitzung Sulejuwek bei Warschau das Leben eines Privatmannes, der höchstens gelegentlich durch einen politischen Vortrag Aufsehen erregte. Er blieb aber nach wie vor das Haupt ihm unbedingt ergebener Kreise der Armee und der sogenannten Schützenverbände, der ursprünglichen Organisation seiner Anhängerschaft.

Aus dieser Zurückhaltung begann Pilsudski schon Ende 1925 herauszutreten, indem er durch persönliches Eingreifen beim Staatspräsidenten Wojciechowski durchsetzte, daß in dem neu gebildeten Kabinett Skrzynski nicht Sikorski, sondern der Pilsudski unbedingt ergebene, durch seinen Zug gegen Wilna bekannte General Zeligowski das Portefeuille des Kriegsministeriums erhielt. Das Kabinett Skrzynski stürzte Anfang Mai 1926. Die Regierungsbildung übernahm wiederum Witos, den Pilsudski von jeher weder als politisch geeignet noch als persönlich einwandfrei ansah, und die Pilsudskipresse in Warschau begann alsbald mit den schärfsten Angriffen auf das neue Kabinett. Die Regierung erwiderte mit Beschlagnahmungen. Aus diesem Konflikt entstand der Staatsstreich Pilsudskis.

Die Meinungen darüber, ob dieser Staatsstreich programmäßig vorbereitet oder ob er aus den Ereignissen herausgewachsen war, sind geteilt. Das letztere ist wahrscheinlicher. Eine Rolle spielte es dabei auch, daß die Anhänger Pilsudskis

Digitized by Google

ihren Führer persönlich für gefährdet hielten und so ihrerseits zum Vorgehen trieben. Jedenfalls rückte Pilsudski an der Spitze ihm ergebener Regimenter am 12. Mai 1926 von Praga her in Warschau ein, bemächtigte sich in mehrtägigen blutigen Straßenkämpfen gegen die Regierungstruppen der Hauptstadt und erreichte am 14. Mai das am anderen Ende der Stadt gelegene Schloß Belvedere, den provisorischen Sitz der Regierung, die schleunigst flüchtete. Die Regierung gab den Kampf auf, obwohl weitere regierungstreue Truppen von Posen her im Anmarsch waren. Der Staatspräsident und das Kabinett demissionierten und verfassungsgemäß übernahm der Sejm-Präsident Rataj die Funktionen des Staatspräsidenten. Rataj beauftragte mit der Kabinettsbildung Bartel; Pilsudski übernahm in dem neuen Kabinett den Posten des Kriegsministers. Damit war trotz der blutigen Kämpfe, die Hunderte von Toten gekostet hatten, der Staatsstreich in verfassungsmäßige Bahnen geleitet worden; Pilsudski selbst hat von einer „Legalisierung seiner historischen Tat" gesprochen.

Es dauerte noch einige Wochen, bis eine gewisse Beruhigung im Lande eintrat, und besonders aus den früher deutschen Gebieten West-Polens, wie Posen und Kattowitz, kamen entschiedene Kundgebungen gegen Pilsudski und sein Vorgehen. Man war sich aber darüber klar, daß eine Fortsetzung des Bürgerkrieges die schwersten Erschütterungen des Staates zur Folge haben mußte und so verzichteten die nationaldemokratischen Kreise darauf, dem neuen Regime einen gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen. Den Abschluß der Legalisierung des Staatsstreiches bildeten die Neuwahlen des Staatspräsidenten. Diese Wahlen verliefen außerordentlich bezeichnend. Die Nationalversammlung wählte nämlich am 31. Mai mit 292 gegen 193 Stimmen Pilsudski zum Präsidenten. Pilsudski lehnte aber die Annahme der Wahl ab. Er begründete dies in einem sehr charakteristischen Schreiben an den Sejmpräsidenten, in dem er ausführte, er habe kein Vertrauen zu denjenigen, die ihn gewählt hätten. Außerdem biete die Stellung des Staatspräsidenten ihm nicht die Möglichkeit, in der Weise mit greifbaren Erfolgen zu arbeiten, wie er dies brauche. Die Nationalversammlung wählte darauf am folgenden Tage mit fast der gleichen Mehrheit zum Staatspräsidenten den bisherigen Direktor des Stickstoffwerks Chorzow, Professor Moscicki.

Diese Wahl und das Auftreten Pilsudskis vor der Wahl ist bereits für seine Einstellung gegenüber dem parlamentarischen Regime außerordentlich charakteristisch. Es war ohne Zweifel ein empfindlicher Affront für die Nationalversammlung, insbesondere für ihre Mehrheit, die für Pilsudski gestimmt hatte, daß Pilsudski die Wahl ablehnte und wie er sie ablehnte. Noch viel deutlicher wird Pilsudskis Standpunkt aus einer Rede, die er am Tage vor der Wahl vor einer Versammlung von Abgeordneten

Digitized by Google

hielt und in der er wörtlich sagte: „Ich mache noch einen Versuch, ob man in Polen ohne Peitsche regieren kann. Ich will keinen Druck ausüben, aber ich warne Sejm und Senat . . ."

Diese Geringschätzung des Parlaments und eine entsprechende verletzende Behandlung charakterisiert die gesamte Entwicklung vom Staatsstreich ab bis zum heutigen Tage. Die Regierung ließ sich zunächst von dem Parlament besondere Vollmachten durch das Gesetz vom 2. August 1926 bewilligen, das die Regierung ermächtigte, außerhalb der Tagung des Parlaments Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Weitere im gleichen Zusammenhang beschlossene verfassungsändernde Gesetze gaben dem Staatspräsidenten das Recht der Auflösung der Kammern und beschränkten deren Budgetrecht. Von ihrem Dekret-Recht machte die Regierung alsbald mit einem Dekret vom 7. August Gebrauch, das die Wehrmacht betraf und vor allem die Armee dem Kriegsminister unterstellte. Bald darauf aber geriet der Sejm in Konflikt mit der Regierung. Er drückte dem Kultusminister und dem Innenminister, die mit Pilsudski befreundet waren, das Mißtrauen aus, und als der Ministerpräsident Bartel mit dem Bestand des bisherigen Kabinetts erneut vor den Sejm trat, erteilte er dem ganzen Kabinett ein Mißtrauensvotum. Daraufhin übernahm Pilsudski selbst die Kabinettsbildung. Die beiden Kammern wurden jedoch am 2. Oktober nach Hause geschickt, so daß ihnen keine Möglichkeit blieb, zu dem neuen Kabinett Stellung zu nehmen. Diese plötzliche Ausschaltung des Parlaments wiederholte sich noch mehrmals, sobald die Kammern durch Opposition unbequem wurden. Am 25. März 1927 wurden Sejm und Senat vorzeitig geschlossen, um unbequeme Interpellationen abzuschneiden, ebenso am 13. Juli, als Gesetze zur Beratung standen, die der Sejm voraussichtlich nicht im Sinne der Regierung erledigt hätte. Als nun Ende August die aus fast sämtlichen polnischen Parteien bestehende Mehrheit der Kammern unter Berufung auf die Verfassung die erneute Einberufung von Sejm und Senat forderten, gab die Regierung zwar diesem Verlangen statt und ließ die Kammern am 19. September zusammentreten. Da aber die Debatten zeigten, daß das Parlament zu einer sehr scharfen Kritik an der Regierung geneigt war, wurde es bereits am folgenden Tage wieder auf einen Monat vertagt und nach Ablauf dieses Monats schloß die Regierung die Session der Kammer, ohne sie überhaupt zusammentreten zu lassen.

Der Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung des Parlaments entspricht die Einschränkung der Freiheit der öffentlichen Meinung überhaupt. Noch im Jahre 1926 machte die polnische Regierung von ihren Vollmachten durch den Erlaß eines Pressedekrets Gebrauch, das aber, da es nicht die Zustimmung der Kammern fand, mit Ende des Jahres 1926 außer Kraft trat. Darauf erließ die Regierung im Verordnungswege

Digitized by Google

am 10. Mai 1927 ein neues Pressegesetz sowie Strafbestimmungen über die Verbreitung unwahrer Nachrichten und über Beleidigungen. Beide Dekrete gaben die Möglichkeit, die Preßfreiheit in der Praxis in weitem Umfange einzuschränken, und sind auch in diesem Sinne gehandhabt worden. Der Sejm hat zwar in seiner Eintagssitzung vom 19. September 1927 beide Dekrete abgelehnt. Die Regierung hat aber bisher diesem Beschluß nicht stattgegeben.

Pilsudski, der selbstverständlich der führende Geist und die treibende Kraft bei allen diesen Maßnahmen der Regierung war, beschränkte sich jedoch nicht auf die Mattsetzung des Parlaments als solchen, sondern er versuchte auch, Teile der Parteien oder besser gesagt, bestimmte wirtschaftliche Kreise aus den Parteien auf seine Seite zu ziehen. Diese Bestrebungen begannen schon unmittelbar nach dem Staatsstreich vom Mai 1926. Schon um diese Zeit erklärte sich die Spitzenorganisation der Industriellen, der sogenannte Lewiatan-Verband, für ein Zusammengehen mit Pilsudski. Den Kreisen der Industriellen folgten die Konservativen und die Großgrundbesitzer, besonders seit Pilsudski Ende Oktober 1926 auf dem Stammschloß Nieswiez des Fürsten Radziwill eine damals viel Aufsehen erregende Zusammenkunft mit polnischen Magnaten gehabt hatte. Daß Pilsudski diese Kreise auf seine Seite brachte, hatte die sehr bemerkenswerte Nebenwirkung, daß er sich für Wahlagitationen u. dgl. gerade die kapitalkräftigen Elemente sicherte und damit diese Mittel zugleich seinen schärfsten Gegnern, den Nationaldemokraten entzog. Auch in dem Kabinett, das Pilsudski im Herbst 1926 bildete, waren Konservative und Großagrarier vertreten. Die Sympathien dieser Kreise für Pilsudski beruhten u. a. darauf, daß sie von einem starken persönlichen Regime einen Halt gegen ihrer Ansicht nach zu weitgehende soziale Reformen erhofften.

Die Spaltung der Rechtsparteien zog eine Spaltung der Linksparteien nach sich. Die Linksparteien, in erster Linie die Polnische Sozialistische Partei, hatten ursprünglich den Hauptanhang Pilsudskis gestellt und seinen Putsch lebhaft begrüßt. Jetzt mußten sie sehen, daß Pilsudski sich mehr und mehr in sozialem Sinne reaktionären Elementen zuwandte. Zwar behielt Pilsudski in seinem Kabinett auch linksstehende Männer, vor allem den Sozialisten Moraczewski. Aber die Sozialistische Partei konnte bei allen in ihren Reihen für Pilsudski vorhandenen persönlichen Sympathien schließlich nicht umhin, den offiziellen Bruch mit ihm zu vollziehen und zur grundsätzlichen Opposition überzugehen. Moraczewski wurde, als er sich weigerte, sein Portefeuille niederzulegen, Ende September 1927 aus der Partei ausgeschlossen.

Die Zersetzung der bestehenden polnischen Parteien beschränkt sich nicht auf die hier genannten. Es gibt heute kaum

Digitized by Google

eine politische Partei von Bedeutung in Polen, die nicht in ihrer Einstellung zu Pilsudski in sich gespalten wäre. Das trägt natürlich zur Verminderung der Bedeutung und des Einflusses der Parteien, denen es ohnehin von jeher an einer politischen Konsolidierung fehlte, weiter bei, während auf der anderen Seite die Berufsorganisationen und die wirtschaftlichen Verbände an Bedeutung gewinnen. Es ist in dieser Hinsicht charakteristisch, daß die Gewerkschaft der polnischen Eisenbahner, die Pilsudski bei seinem Staatsstreich entschieden unterstützt hatten, ihm im September 1927 ein scharfes Mißtrauensvotum aussprach, was wiederum auf die immer noch zögernde Haltung der Polnischen Sozialistischen Partei zurückwirkte.

War es ein gewisser Erfolg Pilsudskis, die politischen Parteien in dieser Weise zu zerreißen, so gelang es ihm auf der andern Seite nicht, sich zahlenmäßig eine solche Anhängerschaft im Lande zu sichern, daß er etwa bei einer Neuwahl auf eine parlamentarische Mehrheit rechnen konnte. Als Ende Mai 1925 in Warschau und anderen Städten Neuwahlen der Kommunalvertretungen stattfanden, brachten es die Pilsudski-Anhänger trotz aller zur Verfügung stehenden Mittel nirgends auf mehr als ein Zehntel der Sitze, und noch schlechter schnitt die Pilsudskigruppe im Oktober 1927 bei den Kommunalwahlen in Lodz, Kalisch und Lomza ab. Mit Schuld an diesem Mißerfolg ist der Umstand, daß es ein klares Pilsudski-Programm gar nicht gibt. Pilsudski selbst hat in der bereits zitierten Rede vor Abgeordneten der Nationalversammlung Ende Mai 1926 u. a. hervorgehoben: „Ich habe den Schuften, Mördern und Dieben den Krieg erklärt", und dieser Gedanke der „moralischen Sanierung" spielt bei ihm und seinen Anhängern eine große Rolle. Es ist auch gegen Korruption an hohen Stellen der Militär- und Zivilverwaltung an vielen Stellen eingeschritten worden, wenn auch die damit in Zusammenhang stehenden Revirements zugleich das Ziel verfolgten, alle höheren Posten in Armee und Verwaltung in die Hände von Pilsudski-Anhängern zu bringen. Aber außer diesem allgemeinen Gedanken der moralischen Sanierung könnte man als positiven Zug in dem Pilsudski-Programm höchstens noch das Bestreben bezeichnen, eine Verständigung mit den sogenannten slawischen Minderheiten Polens, den Ukrainern und Weißrussen, herbeizuführen. Dieses Bestreben zeigt sich schon bald nach dem Staatsstreich in Verordnungen des Unterrichts-Ministeriums, in Zeitungsgründungen und so fort. Inwieweit es von nachhaltigem Erfolg begleitet ist, bleibt abzuwarten. Auf die deutsche Minderheit in Polen erstrecken sich die Auswirkungen dieses veränderten Kurses in der Minderheitenpolitik nicht. In Oberschlesien ist sogar dank dem Umstand, daß der oberschlesische Wojewode Grazynski sich wegen seiner persönlichen Beziehungen zu Pilsudski gegen die scharfen, auch von polnischen Parteien gegen ihn erhobenen Angriffe halten konnte, eine Periode

Digitized by Google

verschärften Druckes gegen das Deutschtum in der Schule, in der Öffentlichkeit und auf sozialem Gebiet eingetreten.

Die Linksparteien gingen zwar in zunehmendem Maße zur Opposition gegen Pilsudski über, brachten aber bisher keine organisierte Gegenwirkung zustande. Dagegen wurde von Pilsudskis ältesten und unversöhnlichsten Gegnern der Versuch gemacht, ihm eine geschlossene Organisation gegenüberzustellen. Diese Organisation wurde von Dmowski bald nach dem Staatsstreich vom Mai 1926 vorbereitet. Am 4. Dezember 1926 trat sie unter dem Namen „Lager des großen Polens" mit einer Tagung in Posen ins Leben. Es zeigte sich hierbei, daß es sich um eine Organisation nach faschistischem Muster handelte, die bereits in ihren Einzelheiten vorbereitet und durchgeführt war. Soweit programmatische Äußerungen über die Ziele dieser Organisation vorliegen, zeigen sie die enge Verbindung mit der Nationaldemokratie, die sich auch offiziell zu dieser Organisation bekannt hat. Tatsächlich ist das treibende Moment für ihre Bildung aber das Bestreben gewesen, Pilsudski eine organisierte Macht entgegenstellen zu können. Die bereits erwähnten Kommunalwahlen haben freilich den schon seit Jahren festzustellenden Rückgang der Anhängerschaft dieser nationalistischen Gruppen bestätigt, wogegen die Linke, insbesondere die Polnische Sozialistische Partei, einen starken Stimmenzuwachs aufzuweisen hat. Auch die kommunistische Partei verfügt trotz aller Verfolgungen über eine starke Anhängerschaft.

Wenn die Nationaldemokraten vor allem ihrer sozialen Einstellung nach als rechtsstehende Partei bezeichnet werden müssen, so sind sie doch nicht in unserem Sinne konservativ. Die konservativen Gruppen in Polen, die in den letzten Jahren gewisse Fortschritte gemacht haben, stehen außerdem, im Gegensatz zu den Nationaldemokraten, Pilsudski im allgemeinen freundlich gegenüber. In diesem Zusammenhang hat auch die monarchistische Bewegung in Polen, die vor einigen Jahren nur von vereinzelten Outsidern vertreten wurde, immerhin soviel an Anhang gewonnen, daß sie heute als eine wenn auch noch wenig bedeutende politische Bewegung angesprochen werden kann. Auch bei den Monarchisten bestehen begreifliche Sympathien für Pilsudski. Dagegen sind die Beziehungen zwischen dem auch politisch außerordentlich einflußreichen katholischen Klerus und der Pilsudski-Richtung ziemlich kühl.

Das Ergebnis der innerpolitischen Entwicklung in Polen seit dem Staatsstreich vom Mai v. J. läßt sich also folgendermaßen zusammenfassen: Obwohl die parlamentarische Verfassungsform grundsätzlich weiterbesteht und formell auch respektiert wird, entscheidet tatsächlich der Wille Pilsudskis, der es bisher stets verstanden hat, das Parlament beiseite zu schieben, wenn es durch Opposition unbequem zu werden drohte. Die Stellung Pilsudskis als des tatsächlichen Machthabers hat sich dadurch gefestigt, daß

Digitized by Google

die leitenden Stellen in der Armee und der Verwaltung mit seinen Anhängern besetzt sind. In den politischen Parteien geht fast allenthalben ein Prozeß der Zersetzung vor sich, der auf inneren Spaltungen in der Frage der Einstellung zu Pilsudski beruht. Zwar hat die dauernde Nichtachtung des Parlaments in immer stärkerem Maße den Widerspruch der Sejm-Fraktionen hervorgerufen. Eine zielbewußte und geschlossene Gegnerschaft gegen Pilsudski besteht aber nur im nationaldemokratischen Lager. Trotz der überragenden Stellung Pilsudskis bildet seine politische Anhängerschaft jedoch nur einen ziemlich geringen Bruchteil des Volkes.

Es fragt sich nun, wie diese verworrene Situation zu bewerten ist und ob ihr eine günstige oder ungünstige Weiterentwicklung vorausgesagt werden muß. Der bekannte polnische Journalist Smogorzewski überschreibt in seinem vor einigen Monaten erschienenen Buch „La Pologne Restaurée" den in dem vorliegenden Aufsatz behandelten Abschnitt der inneren Geschichte Polens mit „La Consolidation intérieure". Diese Auffassung dürfte reichlich optimistisch sein. Es ist richtig, daß mit der Herabdrückung der Bedeutung des parlamentarischen Lebens auch das Gezänk der Parteien und Parteiführer in Warschau, das früher eine große Rolle spielte, zurückgetreten ist, weil Parlament und Partei zurzeit überhaupt nicht viel zu sagen haben. Es wäre auch möglich, daß, wie Smogorzewski annimmt, das gewaltsame Vorgehen Pilsudskis die Zurückdrängung des reinen Parlamentarismus, für den Polen nach Ansicht Smogorzewskis nicht reif ist, zugunsten einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen und berufsständischen Kräfte einleitet. Es ist auch richtig, daß in den letzten 1½ Jahren in Polen selbst äußerlich eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, teils, weil man sich dem Kommando Pilsudskis fügt, vielleicht sogar dadurch etwas erleichtert ist, daß ein starker Mann für alle die Verantwortung und die Sorgen des Regierens übernimmt, teils auch weil, wenn auch ohne Mitwirkung Pilsudskis, einige allgemeine Ereignisse größerer Bedeutung in diese Zeit fallen, wie der englische Kohlenarbeiterstreik, der die polnische Wirtschaft aus einer sehr gefährlichen Lage rettete, und die Aufnahme Polens in den Völkerbundsrat, die hauptsächlich noch eine Auswirkung der Politik Skrzynski war. Eindrucksvoll wäre auch das zurzeit noch fragliche Zustandekommen einer amerikanischen Anleihe, die zeigen würde, daß amerikanische Banken zu der starken Hand Pilsudskis mehr Vertrauen haben, als zu einem freien demokratischen Regime in Polen, wenn sie sich auch ihr Risiko durch schlechte Emissionsbedingungen und eine Art Finanzkontrolle teuer bezahlen lassen.

Man darf aber auf der andern Seite nicht vergessen, daß in der jetzigen inneren Entwicklung in Polen doch auch gefährliche Momente liegen. Zunächst ist es keine Frage, daß sehr

Digitized by Google

starke Spannungen bestehen, von denen sich nicht voraussagen läßt, wie sie sich einmal auswirken könnten. Da die nationaldemokratischen Kreise, wie bereits erwähnt wurde, bewußt nach faschistischem Muster eine Organisation geschaffen haben, deren naturgemäßes Ziel es sein muß, die Macht im Staate in die Hand zu nehmen, da weiter, wie die jüngsten Kämpfe zwischen Parlament und Regierung zeigen, die parlamentarischen Kreise immer schärfer gegen die Beeinträchtigung der Stellung des Parlaments opponieren, und da auf der andern Seite die gegenwärtige Regierungsgewalt im Grunde doch diktatorisch ausgeübt wird, sind Gegensätze genug vorhanden, die zu schweren inneren Kämpfen führen können. Es ist zweitens ein Mangel des Kurses Pilsudskis, daß es nicht gelungen ist, große positive Leistungen und neue Richtlinien aufzustellen. Als Pilsudski zur Macht kam, erwarteten tatsächlich weite Schichten der Bevölkerung eine Wendung zum Besseren, vor allen Dingen in wirtschaftlicher Hinsicht. Was sich aber tatsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet gebessert hat, ist ohne Zutun der Regierung geschehen, und im übrigen herrscht eine weitgehende Unklarheit über das politische und wirtschaftliche Programm, das die polnische Regierung verfolgt. Man muß in der polnischen Öffentlichkeit annehmen, daß sich diese Regierung insofern von ihren Vorgängerinnen nicht unterscheidet, als auch sie Politik und Wirtschaftspolitik nur von Fall zu Fall ohne größere Ziele und Gesichtspunkte treibt. Endlich ist es charakteristisch und gefährlich zugleich, daß die jetzige polnische Regierung ausschließlich auf Pilsudski ruht. Wie es heißt, soll Pilsudski selbst die Frage Sorge bereiten, was werden soll, wenn er aus irgend einem Grunde aus dem öffentlichen Leben verschwindet. Solange Pilsudski lebt und an dieser Stelle wirkt, kann die Entwicklung in den bisherigen Formen und Methoden noch längere Zeit weitergehen. Nach ihm würde niemand imstande sein, den jetzigen etwas gewaltsamen Burgfrieden aufrecht zu erhalten.

Aus der überragenden Bedeutung, die Pilsudski in dieser ganzen Entwicklung hat, ergibt sich die Frage, worauf denn seine Bedeutung als Person beruht. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Man kann die politischen, staatsmännischen und militärischen Fähigkeiten Pilsudskis günstig einschätzen; eine Erklärung seiner Stellung eines ungekrönten Herrschers bieten sie nicht. Man weiß, daß über seiner Person ein gewisser Nimbus liegt. Pilsudski ist der Mann, der schon zur Russenzeit als Gefangener auf der Zitadelle in Warschau saß, der als erster im Weltkrieg das Schwert zog für ein unabhängiges Polen, der von der deutschen Okkupationsbehörde verhaftet und in der Festung Magdeburg gefangen gehalten wurde, der schließlich beim Zusammenbruch des Okkupationsregiments als Führer an die Spitze des wiedererstehenden polnischen Staates trat — alles das sind Ereignisse, die sich dem Volke eingeprägt haben. Dazu

Digitized by Google

kommt die persönliche Integrität Pilsudskis und seine patriotische Uneigennützigkeit. die noch von niemanden in Zweifel gezogen worden ist. Aber über alle diese Motive hinaus, die auch manche andere Persönlichkeit im heutigen Polen mehr oder weniger für sich geltend machen könnte. müssen in der Person und in der Eigenart Pilsudskis besondere Momente liegen, die ihm seine Herrscherstellung und die blinde Ergebenheit weiter Kreise seiner Anhänger verschafft haben. Das aber dürften wesentlich psychologische Momente sein, die mit einer gewissen Romantik zusammenhängen, in der sich Pilsudski mit der Seele des polnischen Volkes begegnet. Über diese Seite der Persönlichkeit Pilsudskis zu schreiben ist aber um so schwieriger, als Pilsudski selbst den ihm Nahestehenden gegenüber zurückhaltend und verschlossen ist. Im übrigen führt die Frage der Persönlichkeit Pilsudskis auf das alte Problem. welche Rolle der Einzelpersönlichkeit in der Geschichte zukommt. Gerade die Eigenart der polnischen Entwicklung scheint mir zu zeigen, daß, ungeachtet der Stellung, die Pilsudski gerade jetzt in Polen einnimmt, die Persönlichkeit in der Geschichte nicht das führende Moment, sondern Ausdruck und Symbol tieferliegender Kräfte ist.

Wandlungen und Strömungen im sowjetrussischen Geistesleben.

Von Dr. Wladimir Astrow.

„Du hast dir vorgenommen, einen Stein zu zertrümmern, den Menschen aber hast du vergessen . . . Vergessen hast du den Menschen!"

Loginow-Ljessnjak[1]).

Keine Aufgabe ist so schwierig, als eine fremdartige Geisteskultur psychologisch anschaulich und objektiv näherzubringen. Diese Schwierigkeit steigert sich ins Ungemeine, wenn wir es versuchen, in das Seelenbild des heutigen Rußland einzudringen. Die Einfühlung erschwert schon der Umstand, daß die ausschlaggebende kommunistische Intelligenz in ihrem Denken und Streben, Werten und Fühlen auf Voraussetzungen fußt, die denjenigen der nichtkommunistischen Welt strikt zuwiderlaufen. Was die eine schätzt, verwirft die andere. Der Kommunist verhält sich zur übrigen Welt so, wie der alte Ägypter oder Grieche zu den „Barbaren". Das verleitet ihn nicht selten zur absichtlichen Überspitzung der bestehenden Gegensätze. Ein durchschnittlicher Bolschewik schrieb einst in der „Prawda": „Gerade darin besteht unser Verdienst, daß wir die alten Begriffe zer-

[1]) Loginow-Ljessnjak, „Steppenherden", Nowyj Mir, 1927, V, 94.

Digitized by Google

trümmern . . . Es wäre darum ein gröblicher Fehler, die revolutionäre Rolle der sogenannten Zügellosigkeit zu verkennen. In den ersten Revolutionsjahren war es nötig, die Bürgerlichkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu persiflieren, alles „umgekehrt" zu machen . . ."[2]) Solche Neigungen sind bei weitem noch nicht überwunden, trotz auffallender „Europäisierung". Dazu gesellt sich noch die Tatsache, daß die geistigen Verhältnisse in Sowjetrußland sich ganz besonders im Flusse befinden. Die „ideologische Front" zeigt das Bild dauernder Bewegung, Wirrnis und Auflösung. Extreme ringen miteinander.

Gleichwohl ist es unbedingt nötig, mit erhöhter Aufmerksamkeit die Wege und Abwege des sowjetrussischen Geisteslebens zu verfolgen. Schon darum, weil dort grundsätzlich experimentiert wird und grundlegende Entscheidungen fallen. Für jeden, der nicht im Augenblick aufgeht, ist es von äußerster Wichtigkeit, sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob die Schwierigkeiten und Schwankungen, mit denen das kommunistische Rußland ringt, nur vorübergehende Hemmungen, naturgemäße Wachstumsvorgänge darstellen, oder unausbleibliche, innerlich bedingte Zerfallserscheinungen. (Am leichtesten fällt hierbei der siegesstolze Hinweis auf die nunmehr zehnjährige Dauer der kommunistischen Diktatur ins Gewicht. Die „Reaktion" ist eben noch älter, und dessenungeachtet zögern gerade die Bolschewisten nicht, sie als Krankheit zu bekämpfen und ihr Verkümmern als unvermeidlich zu verkünden.)

* * *

Kaum ein anderer hat sich bekanntlich so unablässig und leidenschaftlich mit den Problemen der sozialistisch-kommunistischen Psyche auseinandergesetzt wie Dostojewskij. Er hielt den Sozialismus für eine seelische Unmöglichkeit, er war unerschütterlich überzeugt, daß der Mensch die kommunistische Lebensweise geistig nicht ertragen könnte. Freilich ist er in seinen eigenen Lösungen der sozialen (sowie der geistigen) Krisen der Zeit nicht über eine Apologie der Vergangenheit hinausgekommen[3]); es klingt uns heute merkwürdig, wenn wir ihn allen Ernstes behaupten hören, die russischen Volksmassen wären zufrieden und jedem Umsturz abhold. Tatsache aber ist es, daß gerade das kommunistische Experiment in Sowjetrußland viele psychologische Beobachtungen und kritische Vorhersagen Dostojewskijs in augenfälliger Weise vollauf bestätigt hat.

Die Überspitzung des Kollektivgeistes, die Unterschätzung der Persönlichkeit, die Mißachtung der freien und vollen individuellen Entfaltung, bleibt nach wie vor, allen Ableugnungsversuchen zum Trotz, ein immanenter Wesenszug des Sozialis-

[2]) „Prawda" 1925, 102.

[3]) Vgl. Wladimir Astrow: „Dostojewskij und Holzapfel." Psychokosmos-Verlag. München 1927.

Digitized by Google

mus. Die Masse als solche, die Gemeinschaft an sich, unabhängig vom Werte der sie bildenden Einzelnen, wäre allein schöpferisch, sei höchste Instanz. Nicht einmal die Bedeutung hervorragender Erfinder, wissenschaftlicher und künstlerischer Eigenarten läßt er gelten. „Das gewaltige Kollektiv der Arbeiterkorrespondenten wird ein großes Gemälde des Lebens der Arbeiterklasse erschaffen, ein Gemälde, wie es von keinem einzelnen je geschaffen werden könnte."[4]) In dieser naiv überheblichen Zuversicht spiegelt sich eine ganze Denkweise, die Verkennung der naturgegebenen Anlage und Begabung. Der Vorwurf des Individualismus ist auch heute noch eine gern geschwungene Waffe im Kampfe mit Andersdenkenden. Soziale Erziehung, Abschaffung der Familie u. v. a. soll in Zukunft diesem Grundübel zu Leibe rücken. Dieser „Kollektivismus" ist bekanntlich mit einem krassen Rationalismus, mit einer allgemeinen Nivellierung unzertrennlich verbunden.

Das Utopische und Lebensfeindliche dieser Ideale zu entlarven — diesem Ziele galt Dostojewskijs heißestes Bemühen. „Ich möchte selbstverständlich nicht nur dazu da sein, um ausschließlich meiner Verstandesgabe zu frönen, d. h. höchstens einem Zwanzigstel meiner Lebenskraft, sondern um meine ganze Lebensfähigkeit zu befriedigen", „meine ganze Natur ausleben", — — erklärt er in den „Notizen aus dem Kellerloch". „Mich würde es keineswegs wunder nehmen, wenn mitten aus der allgemeinen künftigen Wohlbedächtigkeit plötzlich irgend ein plebejisch, oder besser gesagt, reaktionär und höhnisch dreinschauender Gentlemen auftauchte, die Hände in die Seiten stemmte und allen erklärte: Sollten wir nicht, meine Herrschaften, all diese Wohlbedächtigkeit auf einmal mit dem Fuße umschmeißen und zum Teufel schicken, einzig und allein, um wieder nach unserem freien Belieben zu leben? Und das allein wäre noch nichts, aber es ist unzweifelhaft, daß er Nachahmer finden wird; so ist der Mensch beschaffen . . . Der Mensch braucht vor allem ein „s e l b s t ä n d i g e s Wollen", er will „das Wichtigste und Teuerste" nicht preisgeben, „nämlich seine Persönlichkeit und seine Individualität."

Verfolgt man nun aufmerksam die sowjetrussische Literatur von heute, so glaubt man es nahezu leibhaftig zu sehen, wie die Vision des Dichters Wirklichkeit wird. Immer und immer aufs neue, immer zahlreicher und ungestümer tauchen „Protestanten" auf, werden Stimmen laut, die nach Fülle des Lebens, nach voller Berücksichtigung der Persönlichkeit, nach Lockerung der durch eine seeleneinschnürende, widernatürliche Ideologie ausgeübten geistigen Blockade lechzend rufen. Wie ein zaghaftes Erwachen und Sichrühren halbverkümmerter seelischer Eigenwerte geht es durch die russische Literatur.

[4]) „Prawda", 1927, 142.

Digitized by Google

Und es ist auch kein Zufall, daß diese innere Wandlung mit der um sich greifenden Enttäuschung, Resignation und Depression weiter Kreise Hand in Hand geht.

* * *

Die Anfänge dieses langsamen Umschwungs liegen freilich weit zurück. Hatte noch Lenin als konsequenter Materialist gemeint, die höchste Aufgabe einer proletarischen Kultur bestünde darin, die Verteilung von Brot und Kohle zu organisieren, so mußte sich nach und nach die Einsicht Bahn brechen, daß selbst eine solche reduzierte Kultur sich nicht ohne leitende Mitwirkung seitens hoch qualifizierter, also entsprechend begabter und geschulter Kräfte verwirklichen lasse. Die „kulturelle Umwälzung" wurde zur dringendsten Tagesforderung erhoben. „Wir sind unausweichlich vor das Problem der Menschenauswahl gelangt", erklärte schon Lenin. Und es ist seither kaum anders geworden. Auf der letzten Rektorenkonferenz erklärte Ljeschawa: „Wir haben das intellektuelle Kapital, dessen Träger die alten Fachleute waren, aufgezehrt." Und „Trud" (12. Juni 1927) hebt es hervor, daß bei dem Wiederaufbau dieser oder jener Wirtschaftsgebiete „nicht das Fehlen der materiellen Basis, sondern der Mangel an qualifizierten Kadern leitenden technischen Personals" das Problem bilde.

Es war auch unausbleiblich, daß die geänderten Lebensbedingungen und das gesteigerte Selbstbewußtsein gewisser Schichten eine wachsende Differenzierung im Gefolge hatten. Die neue, proletarische Herrenschicht sucht entweder die verdrängten „Bourgeois" nachzuahmen, oder aber an die Stelle der früheren Intelligenz zu rücken. Die Partei hatte gehofft, binnen kurzer Frist die „bürgerlichen" Fachleute, Forscher, Erfinder, Künstler durch Abkömmlinge der „eigenen Klasse" zu ersetzen, die Kultur zu „proletarisieren". Es zeigte sich aber bald, daß die Erweiterung des Proletarierhorizontes, die Vermannigfaltigung und Verfeinerung der Bedürfnisse, die Betätigung ehedem hintangehaltener Anlagen, die begabten Individuen genau so über die zurückbleibende Masse hinausheben, wie es auch in nichtkommunistischen Gesellschaftsordnungen der Fall ist. Erst hatte man geglaubt, dieser „Individualisierung", der „Loslösung von der Masse" einen Riegel vorlegen zu können, bald aber mußte man der Entwicklung ihren Lauf lassen. Das Problem der „Emporkömmlinge" („wydwischenzy") wird immer aktueller, der Ruf nach höherer Qualifikation immer dringlicher, die „Förderung der Begabten" auch im egalitären Rußland auf den Schild erhoben.

Die Folgen dieser Entwicklung machten sich bald bemerkbar.

* * *

In einem episch-lyrischen Prolog zu seinem neuesten Roman „Der Dieb" — der bedeutendsten Erscheinung des letzten Jahres

Digitized by Google

auf literarischem Gebiete[5]) — ruft Leonow aus: „Oben wogen Sterne, unten — Menschen: das Leben! Und wie nichtig und leer wäre all dies ohne das Leben geworden! Mit deinem Wesen und deinem Leiden die Welt erfüllend, schaffst du, Mensch, die Welt aufs neue. Du bist das einzige Gefäß, welches Sinn und Geheimnis der Welt enthält." Im Roman selbst heißt es einmal: „Der Mensch wird nicht verwesen . . . Schön ist der Mensch und weise ist er gebaut. Lebendig und warm, sucht und schafft er sich jeden Augenblick einen Götzen, ohne einzusehen, daß er besser sei, als jedes seiner Geschöpfe . Der Mensch lebt, der Götze aber ist tot, auch dann, wenn er herrscht."

Das sind Wendungen, die schließlich auch ein Marxist beherzigen könnte, vorausgesetzt freilich, daß an Stelle des „Menschen" der „Proletarier" oder die Arbeiterklasse gesetzt würde. Für Leonow indes ist auch dieser Götze „tot", trotz seiner Herrschaft. Er meint den Menschen an sich, den „nackten", natürlichen Menschen. Einem seiner Helden, dem Romandichter Firssow legt er folgende Worte in den Mund: „Neulich sagte zu mir eine wichtige Persönlichkeit: . . . ‚Schildern Sie, sagte sie, Kraftnaturen, wühlen Sie nicht im Kleinzeug. Und noch eins: bringen Sie unbedingt etwas Nützliches.' Was aber, wenn meine Neugierde so ungemein dem Menschen und allem was sein ist gilt? . . . ‚Was für einen Menschen aber suchen Sie denn?' fragte sie mich. Der nackte Mensch, so erwiderte ich, interessiert mich."

Noch deutlicher spricht sich Leonow an einer anderen Stelle aus, gelegentlich einer Rundfrage über das Verhältnis des modernen Schriftstellers zu den Klassikern. „Unter klassischer Literatur verstehe ich diejenige, welche das Beste und Unvergeßliche über den Menschen, sein Glauben, Suchen, Irren, seine Freuden und Enttäuschungen gebracht hat. Klassisch ist vornehmlich die Literatur, welche vom Menschen als solchem handelt, sofern er nicht durch irgendwelche Bedingungen, sei es des Zeitalters, des Ortes, des Volkstums oder andere eingeschränkt ist. All diese Bedingungen geben lediglich den Stoff her, aus dem die ewige Gestalt des Menschen auf Erden erschaffen wird."[6])

Vom Standpunkt der offiziellen, leninistischen Doktrin aber gibt es keine verdammenswertere, „idealistische" Häresie, als diese Berufung auf den „ewigen", von den Bedingungen des Klassenwesens unabhängigen Menschen.

---

[5]) Erschienen in „Krassnaja Now" 1927.

[6]) „Na literaturnom postu" 1927, 5/6, 57. — Leonow fügt übrigens noch folgendes hinzu: „Ich nehme an, daß man in der früheren Schule die klassische Literatur gründlich durcharbeitete. In der neuen war ich nicht, denn in die Hochschule wurde ich nach der Revolution nicht aufgenommen." (Leonow ist bürgerlicher Abstammung.) Ein anderer Schriftsteller, Sosulja, schreibt in der gleichen Rundfrage: „Klassiker, das sind jene, welche einst in den Beilagen zur alten „Niwa" erschienen sind, und die neu zu verlegen der Staatsverlag heute verbietet."

Digitized by Google

Leonows Anbetung des Menschen erinnert an Gorkijs Bekenntnis: „Der Mensch — das klingt stolz!". Und es ist auch Gorkij, der heute, den humanen Romain Rolland und andere Menschenfreunde feiernd, erklärt: „Ich begrüße aufrichtig diese (revolutionäre) Arbeit, obschon ich daran denke, daß nicht der Mensch für die Revolution da ist, sondern die Revolution für den Menschen. Und selbstverständlich ist mir die Sinnlosigkeit elementarer und irritierter Gewalten entsetzlich und zuwider. Mir ist das Leben und die Arbeit derjenigen, die in unseren düsteren Tagen rastlos Kulturwerte erzeugen, schmerzhaft teuer."[7])

Und noch ein anderes hat Leonow mit Gorkij gemein. Er erklärt im Roman: „Gegenwärtig tritt alles in die Fugen zurück nach alltäglichen Maßen . . . Alles ordnet und setzt sich . . . Der nackte Mensch verschwindet aus dem Umgang. Um ihn zu suchen, muß man in die tiefsten Niederungen hinabsteigen." Leonow hat somit den Rat der „hochgebildeten Persönlichkeit" nicht befolgt. Nicht kommunistische Kraftmenschen, nicht partei- und klassentreue Puritaner etwa hat er zu Helden auserkoren. Seine Kommunisten sind entweder abstrakt konstruiert, programmatisch-blutleer oder grotesk. Sein Hauptheld ist ein von der Partei Abgefallener, ein aus der Bahn geworfener Meistereinbrecher; einst ein Held des Bürgerkrieges, nunmehr enttäuscht, über den triumphierenden Nep verbittert, einer, der innerhalb der neuen Ordnung der Dinge seinem dumpfen Groll, seiner unverbrauchten Energie — ähnlich wie einst Gorkijs romantische Vagabunden — nur durch Aufknacken von Geldschränken Luft machen kann. Sein Gegenspieler ist ein der Bauernschaft entsprossener. skrupelloser, raffgieriger Sowkapitalist, dem der Dichter aber eine aussichtsreiche Zukunft prophezeit.

Desgleichen hat Leonow auch den Rat mancher wohlmeinenden orthodoxen Kritiker in den Wind geschlagen, welche ihm empfohlen hatten, den entgleisten, verirrten Sohn durch reuige Rückkehr in den Schoß der Partei innerlich und sozial wieder auferstehen zu lassen. Er ließ ihn in der Dunkelheit der Urwälder untertauchen, in der Rückkehr zu Natur und Volk Genesung suchen und finden.

* * *

Der Fall Leonow steht nicht vereinzelt da. Allenthalben beginnt sich das verschüchterte künstlerische Gewissen zu regen. Der Dichter beginnt sich gegen Aufforderungen zu sträuben, wie etwa: „Geben Sie uns an die 500 Zeilen über den Zerfall der alten Lebensformen." („Dies ist keine Anekdote", fügt In. Oksjenow hinzu, „das verlangen die Redakteure, die gleichzeitig Kritiker sind, von den Autoren."[8]) In ihrer Kundgebung verlangt die

[7]) „Krassnaja Now", 1927, 6, 236.
[8]) „Nowyj Mir", 1927, 3, 188.

Digitized by Google

„Perewal"-Gruppe (vorzugsweise Bauerndichter) ausdrücklich, der „soziale Auftrag" solle „dem Gewissen, dem Kunstgefühl" untergeordnet werden. Dies bringt naturgemäß die Orthodoxen in Harnisch. „Wozu diese Gegenüberstellung von ‚Gewissen' und ‚sozialem Auftrag'?" — eifert einer derselben. — „Wem soll dadurch auf höfliche Weise Tür und Tor geöffnet werden? Wozu die heroische Verherrlichung der Oktoberrevolution, wenn es sich herausstellt, daß diese nicht fähig ist, ‚das Gewissen und das Kunstgefühl' sich und ihren Ideen unterzuordnen? Und was soll geschehen, wenn das ‚Kunstgefühl' sich gegen die Hervorbringung einer Millionen verständlichen Form gleichgültig zeigt und sich gegen ‚künstlerische Darstellung der neuen Klassen — der Arbeiter und Bauern' sträubt? Wie soll dann dies heikle Ding angefaßt werden?"[9])

Die Rigoristen kennen und wenden in solchen Fällen das alte, obzwar noch nie bewährte Mittel an: Zensuraufsicht, Verbot, Unterdrückung. Und die Mehrzahl fügt sich — mehr oder weniger willig. O. Brik erzählt im „Nowyj Lef", dem Organ der sehr linksstehenden Futuristen: „Es entwickelt sich der Typus des Schriftstellers, Dramaturgen, Szenaristen, der, bevor er etwas geschrieben hat, eine möglichst große Anzahl von Kontrollinstanzen aufsucht. Er erkundigt sich in der Presseabteilung, im Glawlit,[10]) im Glawrepertkom,[11]) beim Redakteur, beim zweiten Redakteur, beim Sekretär, bei einzelnen „unterrichteten" Genossen, und braut dann mit Hilfe all der aufgeschnappten Mitteilungen und Andeutungen etwas Mittleres, Hundertprozentiges zusammen . . . Als ich in einer Schriftsteller- und Dichterversammlung davon sprach, daß es nicht anginge, Erzählungen und Novellen nach Thesen zu schreiben, sondern daß, umgekehrt, die Thesen auf Grund jener Tatsachen geschrieben werden müßten, die in den Erzählungen und Novellen dem Leben abgelauscht sind, fragte mich ein Hörer naiv und redlich: „Ja, kann man denn über etwas schreiben, worüber noch keine Thesen vorliegen?"[12])

Aber nicht ein jeder ist dazu fähig, die Diskrepanz zwischen Kunst und Parteipolitik derart auf die leichte Achsel zu nehmen, und dies um so mehr, je armseliger die Resultate solcher Dienstfertigkeit ausfallen. Fedin, einer der begabtesten und erfolgreichsten, ehemaliger Kommunist, äußert sich folgendermaßen über die Lage der Kunst: „Jede Epoche hinterläßt Kunstwerke. Jedoch nur solche Kunstwerke werden zu Denkmälern der Epoche, die einem unwillkürlichen Schaffensdrange des Künstlers entsprungen sind. Weder die Erörterungen über die Aufgaben der

[9]) „Swesda", 1927, 4.

[10]) Oberbehörde für Literaturangelegenheiten.

[11]) Hauptausschuß für Repertoireangelegenheiten.

[12]) Zitiert in „Krassnaja Now", 1927, 5, 225.

Digitized by Google

Kunst, noch die Wahrung der Tradition, weder das Laboratorium neuer Kunstgriffe, noch eine Klinik der altersschwachen, — nichts von alledem vermag die Entstehung eines Kunstwerkes zu beschleunigen oder aber zu hintertreiben. — In unseren Tagen wird das Gesagte als literarischer Konservatismus erklingen. Doch vor lauter Anstrengung, die Kunst zu organisieren, hat unsere Zeit so viel Künstler erzeugt, daß der literarische Konservatismus ebenso erfrischend wirken kann wie eine literarische Revolution."[13])

Und ähnlich denkt auch z. B. der proletarische Erzähler Nikiforow: „Es ist sehr zu bedauern, meint er, daß unsere Literatur häufiger die Bedürfnisse des heutigen Tages bedient, — mit dem Anflug einer gewissen Liebedienerei."[14])

Der sowjetrussische Schriftsteller will nicht mehr wie ein Schuljunge über von der Partei gestellte Themata Aufsätze schreiben. Er wird aber auch immer bewußter inne, daß es außerhalb der von der Schulbehörde vorgeschriebenen und zugelassenen Lehrfächer und Denkmethoden noch eine unendliche Welt voller schöpferischer Möglichkeiten gibt. Er will nicht mehr, um ein Bild Dostojewskijs anzuwenden, lediglich als Klaviertaste und Orgelstift dienen.

Hören wir, was ein angesehener sowjetrussischer Kritiker uns über die neueste Phase der proletarischen Dichtung erzählt. „Der proletarischen Literatur der vorhergehenden Jahre fehlte es an konkret und individuell gefärbtem Lyrismus, in welchem das „Allgemeine" mit dem „Persönlichen" verschmolzen wäre. Hatte sich die Poesie der „kosmischen" Periode der proletarischen Literatur durch Abstraktheit der Themen, durch die Vagheit ‚kolossaler' Aufgaben ausgezeichnet, deren Unbestimmtheit durch Übermaß an Rhetorik wettgemacht wurde, so wird die zweite Periode der proletarischen Poesie . . . durch nackten Rationalismus, plump enthüllte Logik, Schematismus der Konstruktion, Aufdringlichkeit des ideologischen Gerüstes, Asketismus der Farben charakterisiert. Alles in ihr war klar, lag offen zutage . . . Sie wandte sich an die Logik des Lesers, nicht an sein Gefühl . . . Der Leser fand in ihr nur das, was er ohnehin längst gekannt hat, höchstens vielleicht etwas praller aufgetragen. Kein Wunder, daß er ihrer bald überdrüssig wurde. Es entstand das Verlangen nach einer anders gearteten, „warmen", emotionell durchtränkten Poesie." Ansätze zu einer solchen synthetischen, lebensvolleren, suggestiveren Dichtung findet der Kritiker bei dem jugendlichen Utkin. Er fühlt sich aber auch zugleich bewogen, diese Entwicklung vor Mißdeutungen in Schutz zu nehmen. „Ist denn der Übergang zu farbigem Reichtum oder sogar zu dekorativer Pracht unbedingt ein Symptom engen Ästhetentums oder des Verfalls?

[13]) „Nowyj Mir", 1927, 3, 177.

[14]) „Na literaturnom postu", 1927, 5/6, 58.

Digitized by Google

Und bedeutet denn wirklich der Drang zur Natur, zur Landschaft, zur Welt der Farben und Töne für die Kunst eine ähnliche Gefahr (der Verweichlichung), wie das Verweilen in Capua für das karthagische Heer?"

Aus analogen Gedankengängen heraus fordert Woronskij die sowjetrussischen, namentlich die proletarischen Dichter auf, ihr künstlerisches Augenmerk mehr als bis jetzt den unterbewußten Abgründen menschlicher Charaktere und Handlungen zuzuwenden. In der Tat können wir es feststellen, daß die Dichter in auffälliger Weise und nicht selten mit unverhohlener Sympathie sich in die „ominösen" persönlichen, „individualistischen" Neigungen und Verirrungen ihrer Helden zu vertiefen beginnen, so roh und schüchtern zuweilen noch die Behandlung dieser, für die Sowjetliteratur neuartigen Probleme ausfällt. In einer Erzählung „Die Verbrechen des Martin Bajmakow" schildert beispielsweise ein junger proletarischer Schriftsteller, B a c h m e t j e w, die Auflehnung eines treuen, jedoch zur Grübelei veranlagten Kommunisten gegen das seelenlose, mechanisierte Verhalten der Partei zu seinen individuellen, innerlichen Nöten und Kollisionen. „Mag die Partei, mögen meine Genossen meinen Körper, sogar mein Leben sich zu eigen machen. Das jedoch, wovon ich spreche, gehört ihnen nicht! Und sie brauchen es nicht! Und es erscheint ihnen ebenso sinnlos, wie . . . sagen wir, meine Nachtträume."[16]) Der Autor tritt auf gegen die offizielle Hintanhaltung des vollen persönlichen Erlebens, gegen die abstrakte Pflichterfüllung. Seine Helden wollen nicht mehr lediglich als Humus für eine ideale Zukunft betrachtet und verwertet werden. Auch hier denkt man unwillkürlich an Dostojewskij, der seinen Raskolnikow ausrufen läßt: „Warum ist der naive Rasumichin über die Sozialisten hergefallen? Sind sie doch ein arbeitsames und geschäftstüchtiges Volk: ‚das allgemeine Wohl' ist ihr Fach. Nein, mir ist das Leben nur ein einziges Mal geschenkt: ich will nicht erst auf das ‚allgemeine Wohl' warten. Ich will selber leben, sonst lebe ich lieber gar nicht."

Noch offener und krasser gelangt im Grunde dasselbe Problem in einer künstlerisch unreifen Erzählung eines anderen Neulings in der Sowjetliteratur, O l j e s c h a, zum Ausdruck. Zwei Gestalten stellt der Autor schroff gegeneinander: den vor Gesundheit strotzenden, siegesbewußten, einfältig selbstzufriedenen, die ideale geistige Mittelmäßigkeit verkörpernden kommunistischen Würdenträger und Tatmenschen — dessen höchste Großtat in der Herstellung einer besonders wohlfeilen und preiswerten Wurstsorte besteht — und seinen Bruder, einen verkommenen Narren und Phantasten, ein Sinnbild der alten, dem Untergang verfallenen Zeit mit ihrem unwiederbringlich verlorenen Reichtum an Poesie und Innenleben. Der Sieg ist freilich der nüchternen,

[16]) Vgl. „Na literaturnom postu", 1927, 13, 37 ff.

Digitized by Google

utilitaristischen, gefühlsleeren, naturlosen, mechanisierten Zeit beschieden, aber der Siegerlohn besteht zugleich in unaushaltbarer, innerer Öde. „Was hast du uns an Stelle unserer Fähigkeit zu lieben, zu hassen, zu hoffen, zu weinen, zu bemitleiden und zu verzeihen zu bieten?" . . . „Eine ganze Reihe menschlicher Empfindungen müßte der Vernichtung anheimfallen . . . Die Gefühle des Mitleids, der Zärtlichkeit, Eifersucht, Liebe, kurzum, nahezu alle Gefühle, aus denen die Seele des Menschen der untergehenden Ära bestanden hatte . . ."[17]) So höhnt verzweiflungsvoll der Vertreter der alten Welt . . .

* * *

Es ist begreiflich, daß eine so tiefgehende Wandlung sich nicht ohne Gegen- und Rückschläge, nicht ohne äußeren wie inneren Kampf vollziehen kann. Interessant ist in dieser Hinsicht eine Erzählung von Gladkow, dem Autor des bekanntgewordenen „Zement", der es sich sichtlich zum Ziele setzt, ein Seismograph der Stimmungen und Strömungen des heutigen Rußland zu sein. Er schildert u. a. das harte Ringen eines ideal gesinnten Komsomolez (kommunistischen Jugendbündlers) gegen tief eingewurzelte Vorurteile, die sich einer freien und vollen Entfaltung seines Wesens entgegenstellen. Er liebt ein junges Mädchen, aber er wehrt sich gegen die unbedingte Hingabe an sein Gefühl, er unterbindet sein Träumen, unterdrückt den ihn überwältigenden Naturgenuß. „Die Natur ist die schädlichste kleinbürgerliche Gewalt. Man muß sie meistern, sonst wirft sie unsereinen, den Proletarier, im Nu um."[18])

Dies ist keinesfalls etwa eine vereinzelte, subjektive Schrulle. Die Verherrlichung der Steinstadt, der rauchenden Schlote, der „stählernen Nachtigall", das Mißtrauen gegen das Land, gegen alles menschlich Unberührte und alles, was der Mensch sich nicht untertan zu machen vermag, gehören mit zum tiefsten Wesen des bolschewistischen Lebensgefühls.[19]) „Ein Theoretiker des Futurismus," erzählt Ljeschnjew, „erklärte einmal, die Liebe zur Natur sei die letzte Zuflucht des Idealismus . . . Dieser Gedanke ist für gewisse Kreise unserer Literaten sehr bezeichnend."[20]) In der Tat konnte man noch vor kurzem bei W. Polonskij, einem der angesehensten kommunistischen Kritiker, folgendes lesen: „Diese (bäuerliche) Romantik poetisiert nicht nur die ländliche Natur: sie ist gegen die Industriestadt zugespitzt . . . Malaschkin selbst . . . sehnt sich nach „Schwarzerde" — nicht umsonst sucht seine Heldin Heilung für ihre Seelenwunden nicht in

[17]) Jurij Oljescha: „Neid". „Krassnaja Now", 1927, 7 u. 8.
[18]) F. Gladkow: „Trunkene Sonne", „Nowyj Mir", 1927, 8, 28.
[19]) Vgl. m. Aufsätze in Osteuropa 1926/27, Heft 1 und 10. („Die Entwicklung der sowjetrussischen Literatur" und „Die Grundprobleme der sowjetrussischen Literatur".)
[20]) „Nowyj Mir", 1927, 7, 172.

Digitized by Google

den Reihen der Kampfgenossen, nicht beim Kollektiv, sondern in der Einsamkeit, irgendwo in einem Tannenwald . . ."[21])

Auch Trotzkij verkündete von jeher das Ideal einer zunehmenden Automatisierung, gleichsam „Taylorisierung" des gesamten Menschenlebens. „Der Mensch (der Zukunft)," so schrieb er einst, „wird ernstlich daran gehen, sich selbst harmonisch auszubilden, in die Bewegung seiner Organe — im Gehen, Spielen, Arbeiten — höchste Ökonomie und Einfachheit einzuführen. Er wird trachten, über seine kaum bewußten und unbewußten Vorgänge: Atmung, Blutkreislauf, Verdauung, Befruchtung, die Herrschaft zu gewinnen, sie bis zu einem gewissen Grade der Kontrolle der Vernunft und des Willens zu unterwerfen. Das Leben, selbst das physiologische, wird kollektivexperimentell werden." Aufschlußreich ist die Stellungnahme Trotzkijs zu einem der schwierigsten Probleme, die die Kulturmenschheit von heute beschäftigen, nämlich, wie es möglich wäre, den geisttötenden Wirkungen der maschinellen Produktionsweise zu entrinnen. Er schreibt: „Wie aber soll man sich mit der Einförmigkeit der durch das (von Trotzkij verherrlichte Fordsche) Laufband entpersönlichten und entseelten Arbeit abfinden?' — so lautet die Frage in einem der mir überreichten Zettel. Dieses Bedenken ist belanglos. Wird es zu Ende gedacht und ausgesprochen, so wendet es sich gegen die Arbeitsteilung und die Maschine überhaupt. Dieser Weg ist reaktionär. Der Sozialismus hat nichts mit Maschinengegnerschaft gemein. Die zentrale, wichtigste, hauptsächlichste Aufgabe besteht darin, die Not zu besiegen . . . Es soll das Wohlsein, die Muße und damit auch die Lebensfreude für alle erobert werden. Eine hohe Produktivität der Arbeit ist ohne Maschinisierung und Automatisierung unerreichbar . . . Die Gleichförmigkeit der Arbeit wird durch deren abgekürzte Dauer und zunehmende Leichtigkeit wettgemacht . . . Die Überfahrt in einem Ruderboot erfordert ein großes persönliches Schaffen. Die Überfahrt auf einem Dampfer ist zwar ‚eintöniger', dafür aber bequemer und sicherer. Wir aber müssen den Ozean menschlicher Not durchqueren . . . Es würde jämmerliche und verächtliche Phantasterei bedeuten, wenn wir glaubten, eine wahrhaft neue Kultur schaffen zu können, ehe man das Wohlergehen, den Überfluß und die Muße der Volksmassen gesichert hat. Unsere Errungenschaften müssen und werden wir am Durchschnitt des Alltagslebens des Arbeiter und Bauern prüfen."[22])

Dies ist konsequenter Materialismus, der nur das eine außer acht läßt, daß die menschlichen Bedürfnisse zu mannigfaltig sind für den zu eng gespannten Rahmen materiellen Wohlseins, daß

[21]) „Nowyj Mir", 1927, 2, 180 (Über Malaschkins Erzählung: „Der Mond von der rechten Seite").

[22]) L. Trotzkij, „Kultur und Sozialismus", „Nowyj Mir", 1927, 1, 180.

Digitized by Google

die Lebensfreude durch Wohlsein und Muße allein noch keineswegs gewährleistet wird. „Man muß sagen," erklärte Bucharin notgedrungen schon 1924, „daß die Bedürfnisse sich derartig entwickelt haben, die Interessen so kompliziert geworden sind und die Arbeit sich dermaßen differenziert hat, daß die Partei der Kompliziertheit der ihrer harrenden Aufgaben Rechnung tragen und dieser Seite ihr ernstliches Augenmerk zuwenden muß."[23])

Immerhin mutet es auch heute noch, angesichts so hoch autoritärer Lehrmeinungen, nahezu als „revolutionärer Konservatismus" an, wenn wir in der genannten Erzählung Gladkows eine Komsomolka (kommunistische Jugendbündlerin) die Natur in Schutz nehmen hören : „Nein, das werde ich nie zugeben . . . Sozialismus ist nicht die rohe Maschine: Sozialismus ist ein Kampf für die Aufhebung der Widersprüche zwischen Mensch und Natur."[24])

Es handelt sich ja auch in Wirklichkeit um mehr als allein um die Natur; in Frage stehen fast alle komplizierteren, geistigeren idealistischen Regungen der menschlichen Natur. Auch die Kunst muß ja beispielsweise noch in Schutz genommen werden vor einer Bilderstürmerei, die auf Marx schwört. So polemisiert z. B. Ljeschnjew gegen den Futurismus: „Die konsequente Anwendung der Grundsätze der ‚Industrialisierung' führt zum Absterben der Kunst." Nach Auffassung der Futuristen müßte die Kunst schon aus ethischen Gründen der Vernichtung anheimfallen. Gan ist nicht der einzige, der überzeugt ist, sie sei „Opium fürs Volk". Sowohl Arwatow als Tretjakow u. a. haben mehrmals auf die Passivität, den ästhetischen Illusionismus, der den Menschen der Wirklichkeit entfremde, sowie auf andere, der Kunst innewohnende Sünden hingewiesen . . . „Der Sozialismus werde sich nicht durch das süße Gift vergiften lassen, welches die Bourgeoisie herstellt." Ljeschnjew geht so weit, gegen die allzu mechanische Auffassung des sozialistischen Ideals zu polemisieren. Er sagt fortfahrend: „Sie (die Futuristen) stellen sich den zukünftigen Menschen als in ununterbrochener Arbeit begriffen vor. Alle seine Verrichtungen sind streng reglementiert und angeordnet. Alles vollzieht sich nach dem Standard. Selbst die Sprache wird zwangsweise dekretiert. Das ganze Leben verwandelt sich in einen ‚rhythmisch organisierten' Prozeß der Werteerzeugung . . ." Diese Auffassung, die den Sozialismus in „ein riesenhaftes Arbeitshaus oder in eine Kaserne" verwandle, lehnt Ljeschnjew als irrig ab. Nach ihm „befreit der Sozialismus von der Sklaverei übermäßiger Arbeit. Er eröffnet der Persönlichkeit die Möglichkeit, alle Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen."[25])

[23]) „Prawda", 1924, 122.
[24]) „Nowyj Mir", 1927, 8, 29.
[25]) „Krassnaja Now", 1927, 5, 233 ff.

Digitized by Google

Es ist nicht unseres Amtes zu untersuchen, wer, der Futurismus (bzw. Trotzkij) oder Ljeschnjew, die richtigere Auffassung vom Sozialismus vertritt. Zweifellos aber ist diese Auseinandersetzung eines der vielen Zeichen der Zeit.

* * *

„Chaos", „prinzipielle Prinzipienlosigkeit": in solchen Worten bezeichnet ein kommunistischer Kritiker die innere Situation auch auf dem Gebiete der plastischen Künste in Sowjetrußland. Es zeigt sich auch hier, daß ein politischer oder sozialer Umsturz allein noch keineswegs genügt, um die Kunst zu befruchten, zu erneuern. Auch hier sieht man sich genötigt, von den Methoden äußerlicher Bevormundung, Organisierung, vom Prokrustesbett einer kunstfremden Doktrin Abstand zu nehmen, ohne daß sich irgendwelche neue und fruchtbarere Wege zeigten. Auch hier greift man nolens volens zu den vielgeschmähten alten Anregungen und Heilmitteln zurück.

„Die einseitige und unkritische Förderung," so schildert, offen genug, ein Artikel in der „Prawda" die Lage,[26]) welche heutzutage Künstlern zuteil wird, die ausschließlich dem Grundsatz revolutionären Inhaltes huldigen (‚Der Zweite Kongreß der Komintern', ‚Das Attentat auf Lenin' usw.), die laute Reklame, die ihnen gemacht, und die hohen Summen, die zum Erwerb ihrer Werke ausgeworfen werden — dies alles konnte nicht folgenlos bleiben. Wohin führt diese Kunstpolitik? Die Folge davon, daß die ‚öffentliche Meinung' und nahezu sämtliche ‚Kritiker' sich rasch umgestellt und die neue Richtung eingeschlagen haben, war, daß sich der Kunst viele Elemente anhefteten und wohlwollende Aufnahme fanden, die es verstanden haben, aus Karriere- und Konjunkturrücksichten, sich den neuen Forderungen anzupassen . . . Die fremden Elemente gedeihen, indes die jugendlichen, aufrichtig suchenden Künstler ins Hintertreffen gedrängt werden. . . Im Resultat nehmen wir im Kunstleben unseres Landes einen Stillstand, wenn nicht gar einen Rückschritt wahr."

Wie vermag man nun die Kunst aus dem Sumpf der „verlogenen Ideologie" zu retten? Es klingt überraschend, wenn wir den Wortführer der welterlösenden „proletarischen Kultur" auf die „reichen Traditionen der mit der Vergangenheit und Gegenwart der Völker der SSSR und namentlich ihrer Bauernschichten verbundenen Volkskunst", „denen die jungen Künstler heute fremd geworden sind", als wichtigste Quelle der Gesundung und normalen Entwicklung hinweisen hören. Freilich ist sich der Autor bewußt, daß seine Meinung eine durchaus ketzerische sei: „Schon die Formulierung dieser Frage allein wird als antimarxistische Häresie aufgefaßt," bemerkt er selbst. Die wirkliche Not ist jedoch so groß, und so wenig kann ihr

[26]) A. Kurella: „Die darstellende Kunst in SSSR". „Prawda", 1927, 169.

Digitized by Google

offenbar mit schrifttreuer Ideologie gesteuert werden, daß derselbe Kritiker es wagt, auch noch an einem anderen Grundpfeiler der orthodoxen Doktrin zu rütteln, nämlich an der Oberhoheit und Unfehlbarkeit des „Massengeschmacks". Er schreibt: „Der Künstler darf sich nicht von der Masse lenken lassen. Im historischen Entwicklungslaufe der Kunst sind hochkünstlerische Werke geschaffen worden, die aber den Massen in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung unzugänglich waren. Der Geschmack der Masse enthält neben Elementen naiver und gesunder Einfachheit auch solche kleinbürgerlich-sentimentaler und falscher Auffassung."

Allerdings gerät hier der kommunistische Autor in offenen Widerspruch mit L e n i n, dem die Zugänglichkeit für die Massen als wesentlichstes Merkmal künstlerischer Vollkommenheit galt. Hier ist eben jener Fall eingetreten, wo sich „das Kunstgefühl gegen die Hervorbringung einer Millionen verständlichen Form gleichgültig zeigt", von dem oben die Rede war. Wie tief der Riß bereits klafft, beweist der Umstand, daß der Kritiker es für nötig hält, vor der einreißenden Versimpelung zu warnen: „Die Organisation der Künstler müßte dafür Sorge tragen, daß die Befassung mit den höheren Problemen der Malerei nicht aufhöre . . . Die Graphik für die augenblicklich wichtigste Kunstbetätigung erklären, hieße dasselbe, wie die Herstellung von Symphonien aufzugeben und lediglich die Harmonika zu pflegen."

Auch hier haben wir es nicht mit einer Sondererscheinung zu tun. Die Stimmen gegen die überhandnehmende Verrohung und geistige Versimpelung mehren sich. „Für diese Richtung (der jungen proletarischen Dichter)" schreibt z. B. D. G o r b k o w,[27]) „ist nicht das Interesse für das wirkliche Leben, sondern für die Hintertreppen des Lebens charakteristisch, nicht für die Psychologie, sondern für das, was man als deren Abfall bezeichnen könnte." . . . „Der Kehricht des Alltags wird von diesen Autoren mit . . . eigentümlich zynischer Eleganz präsentiert." Ähnliche Klagen führt ein Kommunist in der oben erwähnten Erzählung von G l a d k o w: „Unser Komsomol hat sich einen Hooligan- und Diebsjargon angeeignet . . . Das ist ein Zeugnis unserer schrecklichen Unkultur und des Mangels an Selbstachtung."[28])

* * *

Dies führt uns zu einem der heikelsten und heiß diskutierten Probleme des heutigen Rußland: zu der schier unaufhaltsamen sittlichen und namentlich erotischen Verwilderung der „revolutionären" Jugend.

Bekanntlich hat die „materialistische" Überwindung der alten, „bourgeoisen" Moral zu einer Entfesselung sinnlicher Triebe ge-

[27]) „Krassnaja Now", 1926, 12.

[28]) „Nowyj Mir", 1927, 8, 39.

Digitized by Google

führt. Die Theorie, wonach der Befriedigung des Geschlechtstriebes nicht mehr Bedeutung zukäme als etwa der Stillung des Durstes durch ein „Glas Wasser", hat großen Ruhm und ebenso große praktische Verbreitung erlangt. „Wenn ich mein Denken streng dialektisch aufbaue, muß ich unweigerlich der sogenannten Liebe jene idealistische Natur absprechen, welche ihr von bürgerlichen Ideologen zugeschrieben wird" — so formuliert und begründet diese Theorie ein plumper, aber konsequenter Marxist in der zitierten Erzählung von Gladkow.[29]) Gerade diese Erzählung des populären Autors läßt vor unseren Blicken ein geradezu niederschmetterndes Bild jener Zügellosigkeit vorüberrollen. In dem Erholungssanatorium für verantwortliche kommunistische Funktionäre in der Krim, in welchem die Geschichte sich abspielt, herrscht eine „Schamlosigkeit, eine Sauerei", die eine verdiente alte Kommunistin in die Klage ausbrechen läßt: „Im Menschenleben sind Entgleisungen und Abstürze möglich. Diese hat es auch früher gegeben in unserer revolutionären Welt. Doch diese Entgleisungen blieben lange im Gedächtnis haften und hatten große seelische Umwälzungen zur Folge. Heute aber ist es anders. Jetzt scheint eine Lüsternheitsseuche zu wüten. Ich kann den Kampf gegen Vorurteile begreifen. Aber hier — diese anhaltende, schwere Umgestaltung der Moral! Ich weiß nicht, vielleicht bin ich schon zu alt und verstehe nichts von den neuen Beziehungen. Ich bin altgläubig, das ist wahr. Doch Schmutz bleibt immer Schmutz, und Rowdytum, mag es sich noch so revolutionär gebärden, bleibt Rowdytum. Meine revolutionäre Vergangenheit — die Geheimarbeit und das Zuchthaus — scheint mir die schönste Zeit meines Lebens zu sein. Es tut mir leid um meine Vergangenheit."[30])

Hier haben wir die Keimzelle und eine der Ursachen jener zerrüttenden Enttäuschung und Niedergeschlagenheit, die sich immer mehr zu einer tiefdringenden allgemeinen Erkrankung auswächst. „Der sozialistische Aufbau," heißt es in derselben Erzählung, „erfordert nicht allein Vorsicht, Achtsamkeit, kleinliche Sparsamkeit und Pedanterie, sondern auch . . . Enthusiasmus, feurigen Glauben, Heroismus, jenes Pathos, das die Epoche des Bürgerkrieges durchtränkte. Leider merkte ich von solchem Pathos nichts mehr bei unseren Massen und Führern . . . Leugnen sie die Tatsache der allgemeinen massenhaften Erschöpfung? Wodurch erklärt sich die gewaltige Anzahl von Nervenkranken und dann die Trunksucht, Bummelei, das Rowdytum und die spießerhafte Versumpfung?"[31])

Gladkow schildert eine widerliche Szene, in der eine Gruppe kommunistischer Jugendbündler — Insassen des Sanatoriums —

[29]) Ib., 35.
[30]) Ib. 36.
[31]) Ib. 48.

Digitized by Google

eine junge Genossin überfallen: „Hurra, Jungens! Ins Schlepptau genommen! Sie gibt sich mit Masin allein ab . . . Das darf nicht sein! . . . Faß an, wo sie am weichsten ist . . . Treib ihr die Kleinbürgerlichkeit aus . . ." Es ist also kein gewöhnliches, sondern ein ideologisch begründetes Rowdytum, eine Anwendung der revolutionären Moral . . .

Aber nicht allein das ist unheilvoll. Sondern: wie dieses junge Mädchen — ein Ausbund aller kommunistischen Tugenden, nach der Ansicht des Autors, — auf diese Zügellosigkeit reagiert. Der Autor erzählt: „Marussja lachte, atmete schwer, ordnete ihr Haar: ‚Dummköpfe! Schweine! Tölpel!'" . . . Dies Lachen wirkt fast ebenso unheimlich wie der Überfall selbst . . .

Und wie hätte es auch anders kommen können? Ist doch diese kommunistische Jugend in dem „neuen Glauben" erzogen worden, der da lehrt, daß alle Verfeinerung, Verinnerlichung, jede Pflege des Innenlebens, der Gefühle, der poetischen Träumerei, nur Einflüsterungen des bösen individualistischen, idealistischen, kleinbürgerlich-intelligenzlerischen Geistes, kurzum im höchsten Grade unmodern und rückständig seien. Macht sich nicht ein so tonangebender Erzieher dieser Jugend wie Fritsche, über Pilnjaks „‚Qasi-Ideen' von der Geheimnishaftigkeit seines ‚Ich' . . ., der ‚Eros und dem Geheimnis der Romantik' und von der Musik als einem Weg zum ‚Unbegreiflichen' und ‚Irrealen'" lustig? Lehrt er sie nicht, daß vor dem „unerbittlichen und sieghaften" Lauf der „großen sozialistischen Revolution" (des „eisernen Willens des Proletariats und der Organisierung und Kollektivisierung der Produktion und des Lebens") alle „Individualisten, Eigenständigen, Träumer und Phantasten die Waffen strecken müssen" und daß „vor ihrem Realismus und ihrer Logik die intelligenzlerische und bäuerliche Romantik erlischt"?[32])

So müssen in der irregeleiteten und verkrüppelten Seele Zwiespälte und Hemmungen entstehen von der Art, wie sie Gladkow in seiner Erzählung darstellt, und die alle Lebenskraft unweigerlich zersetzen. In absichtlich Turgenjewschen Tönen schildert er die erste tiefere Liebesregung eines kommunistischen Jünglings, aber echt „bolschewistisch" ist die Reaktion, auf die sie in seinem Innern stößt. „Alles war ungewöhnlich und zauberhaft wie in einem Märchen . . . Er hatte den Drang, vor Wonne laut aufzuschreien, diesen Pionieren nachzurennen, die Fahne zu ergreifen, sie hoch emporzuschwingen und Lieder zu singen, wie sie noch nie gesungen wurden. Aber sofort durchzuckte sein Hirn scharf und kalt der Gedanke: Dummheiten, Genosse Masin, Empfindelei. Hast vor einem Mädel den Kopf verloren, wie ein schleimiger Intelligent . . . Du degenerierst, Bursche!"[33])

[32]) „Prawda", 1927, 189.
[33]) „Nowyj Mir", 1927, 8, 30.

Digitized by Google

Allerdings geht in ihm eine Wandlung vor: der „eherne Wille" des Proletariers streckt in Wirklichkeit die Waffen vor der „intelligenzlerischen Romantik". Er gesteht seiner Angebeteten: „Weiß der Teufel, woher das kommt, Marussenzia . . . Zum erstenmal im Leben erfahre ich es, daß die Liebe zu einem Mädel kein Firlefanz sei. Das hätte ich wirklich nicht gedacht! Hielt ich doch bisher alle Mädel für nichtsnutzig und die Arbeit mit ihnen für Puppenspiel. Du nun hast mir den Kopf verwirrt und ohne dich renne ich wie ein abgebrühter Trottel herum."

Aber nicht nur ihm allein, der ganzen „revolutionären Ideologie" ist es ähnlich ergangen. Der Kampf gegen die Theorie des „Wasserglases" gilt heute als eine der dringendsten Aufgaben. Mehr oder weniger hat man es eingesehen, daß die Folgen der „neuen Moral" viel tiefer gehen und viel verheerender sind, als etwa bloß die Unmöglichkeit, die Früchte der freien Liebe staatlich zu versorgen. Und so erleben wir es. das selbst ein so unbedingter Gegner aller Träumerei und Phantasiearbeit, wie Fritsche, sich plötzlich in einen Verfechter des dichterischen Idealismus verwandelt. „Mancher Leser," so schließt er seine Kritik der hier behandelten Erzählung Gladkows, „wird sagen: das ist sentimental, unzeitgemäß, hier tauschen der Komsomolez ‚Romeo' und die Komsomolka ‚Julia' Liebessonette. Wir aber drücken dem Autor die Hand, der es gewagt hat, auf einem Bildgrunde potenzieller Tschubarowsitten zwei lichtvolle jugendliche Gestalten lebensgroß hinzustellen, die die Frische des Meeres atmen, das zu ihren Füßen rollt. Mancher Leser wird sagen: solche Wesen wie Marussja und Jascha gebe es im Leben ja gar nicht. Der Autor hätte sie erfunden . . . Aber auch in diesem Falle könnten wir die Tat des Künstlers begrüßen. Denn wenn die berühmte Phrase eines des Helden von Beaumarchais: ‚verleumdet, verleumdet nur, etwas bleibt immer kleben', Daseinsrecht hat, so darf man mit nicht geringerem Recht (auch diesmal dem Autor) erklären: ‚veredelt, veredelt das Leben und die Menschen — von diesen veredelten Gestalten wird schon irgendetwas im Gemüt und Sinn des Lesers übrigbleiben!' "[34])

Wie weit freilich dem Kampf um Veredlung Erfolg beschieden ist, solange das „streng dialektische", seelennegierende Denken herrscht, solange die Moral so definiert wird: „gut ist, was dem Menschen wohltut, was ihm nützlich. bequem, angenehm ist"[35]) — das ist eine andere Frage.

* * *

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des sowjetrussischen Theaterwesens.

„Um die Probleme des Theaters tobte während des ganzen verflossenen Jahres ein heftiger Kampf" — schreibt W. Knorin.

[34]) „Prawda", 1927, 201.
[35]) „Besboschnik u Stanka", 1927, 3.

Digitized by Google

„. . . Unsere Theaterpolitik trug bisher in der Hauptsache einen konservativ-experimentellen Charakter. Die Organe, denen die Leitung der Theaterpolitik oblag, verfolgten vornehmlich das Ziel, die Theaterwerte der früheren Epoche und die alten Theaterkollektiven in ihrer bisherigen, vorrevolutionären Gestalt zu erhalten, und nur in einem ganz geringen Maße dachten sie an deren Annäherung an unsere sowjetistische Gegenwart . . . Die gesteigerten Bedürfnisse der Arbeitermassen verlangen nunmehr ein entschiedeneres Entgegenkommen an das Proletariat in allen Theatern und eine Änderung unserer Theaterpolitik im Sinne einer größeren Förderung aller revolutionären Versuche."[36]) Es wiederholt sich hier mithin der gleiche Vorgang, wie seinerzeit auf dem Gebiete der Literatur. Die Unfähigkeit der tendenzechten kommunistisch-proletarischen Schaffensrichtung, die Hegemonie von innen her zu erringen, verleitet zu mechanischer Besitzergreifung und zur äußeren Diktatur. „Im Theater bildete sich eine Strömung, welche die Notwendigkeit einer rascheren Annäherung an die aktuellen Bedürfnisse des neuen Publikums unterschätzt. Auf der anderen Seite sind viele Parteigenossen . . . geneigt, den Wert der alten Theaterkultur zu unterschätzen . . ., und messen ausschließlich dem neuen revolutionären und selbsttätigen Theater Wert bei, das in Hinsicht künstlerischer Meisterschaft noch auf einer ungenügend hohen Stufe steht."[37]) Sie fordern eine energischere Anwendung solcher „machtvollen Suggestivmittel, wie die proletarische öffentliche Meinung, Presse, Kritik und die staatliche Aufsicht."

Im Mai d. J. wurde nun von der Abteilung für Agitation und Propaganda des ZK der WKP eine Konferenz abgehalten behufs Festsetzung der Richtlinien der neuen Theaterpolitik. Wie seinerzeit auf der Literaturkonferenz, wurde auch hier eine Resolution gefaßt, welche nach Möglichkeit beiden widerstreitenden Gruppen gerecht werden will. Es liegt uns ein interessanter Artikel A. Lunatscharskijs vor, der die äußerst widerspruchsvolle Situation klar beleuchtet. Er lautet in der Hauptsache wie folgt:

„Denjenigen, die unter der Flagge des objektiven Akademismus der alten, erprobten Theaterwerte . . . gehofft hatten, die Revolution zu ignorieren und die das Bestreben der Sowjetregierung, die alten, ausgezeichneten Theater . . . zu erhalten, dazu ausnutzen wollten, um dem Eindringen des ihnen unliebsamen lebendigen Geistes Widerstand zu leisten — hat die Beratung mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Partei, und mit ihr selbstverständlich die Regierung, die Beschleunigung des einstweilen noch blassen Fortschritts des neuen sozialen Theaters nicht bloß erwarten, sondern auch fordern will.

[36]) „Prawda", 1927, 114.
[37]) Ib.

Digitized by Google

Aber auch diejenigen, die, die Dinge überstürzend, die Zerreißung der alten Fesseln verkündeten und darum bereit waren, die alten Werte in Scherben zu schlagen; denjenigen, die die ganze Vielgestaltigkeit der Kultur und ihrer Probleme in ihrem Werte nicht erkennen; die die Kunst mit dem Maßstab des hundertprozentigen Programms und der engen Agitation messen — auch ihnen wurde mit allem Nachdruck erklärt, daß die alte Kunst, die großen künstlerischen Errungenschaften und hohe Meisterschaft ihren Wert in den Augen der Partei nicht verloren haben, und daß sie sich dessen genau bewußt ist, wie sehr die Triebräder der Agitation im Leeren laufen müssen, wenn es ihnen nicht gelingt, mit ihren Zähnen die verschiedensten Seiten der menschlichen Natur zu erfassen . . .

Wir wollen glauben, daß es uns gelingen werde, auch auf dem Gebiete der Kritik jenem Gemisch von Launenhaftigkeit und Enge ein Ende zu machen, das uns bisher vorzugsweise vorgesetzt zu werden pflegte. Zugleich aber müssen wir auch die andere, gleichfalls sehr wichtige Bedingung berücksichtigen: das Theater darf keinesfalls restlos auf die Behandlung von Tagesfragen reduziert werden. Es darf nicht ausschließlich ein Institut für Propaganda werden.

Worin bestand die außerordentliche Macht der klassischen Literatur? . . . Darin, daß sie den Menschen von allen Seiten erfaßt, auch von den schwächsten. Sie berücksichtigt sowohl seine Wißbegierde, als auch die furchtbar mächtigen Triebe persönlicher Natur: Liebe, Ehrgeiz usf. . . .

Daß das didaktische und aktuelle Theater alle anderen überragt, daß gerade es am leichtesten „Ewigkeitswert" erlangt, das wissen wir genau. Folgt aber daraus, daß wir unsere gesamte Kunst in das Fahrwasser der Politik und des politischen Alltags gewaltsam lenken dürfen? Lassen wir es geschehen, so werden wir unsere Wirkung auf die Massen nicht erhöhen, sondern im Gegenteil bis zum äußersten abschwächen."[38])

In diesen Ausführungen tritt mit seltener Deutlichkeit die unheilbare Diskrepanz des gesamten sowjetrussischen Geisteslebens zutage. An sich gilt das belehrende und aktuelle — gemeint ist das den Parteizwecken und der politischen Propaganda dienende — Theater als höchstes und vollkommenstes. Aber diese ideale Kunst hat nur den einen Mangel: sie vermag nicht zu zünden, sie wirkt nicht auf die Massen, deren Wille es angeblich sei, die Kunst ihrer Politik dienstbar zu machen.

Bemerkenswert ist indessen die Tatsache, daß bei aller Reverenz Lunatscharskijs vor dem Parteiprogramm die Wagschale seiner Ermahnungen offensichtlich sich der Kunst zuneigt, welche den Gesamtmenschen, das von der offiziellen Ideologie eben nicht berücksichtigte volle Leben erfaßt. Denn diese Seite

[38]) „Krassnaja Gaseta", 1927, 232 (1550).

Digitized by Google

des Lebens und Schaffens ist es eben, die unter dem Druck der Doktrin vollends zu verkümmern droht. Auch dies ist ein bedeutsames Zeichen der Zeit.

* * *

Freilich schwankt die Wage immer noch heftig. Noch besitzt die Partei die Gewalt, zu binden und zu lösen. Man kann ja auch die oben angeführten Tatsachen verschieden deuten und werten. Erscheinen sie dem einen als Anzeichen einer neuartigen Entwicklung, welche hemmende Bande zu sprengen sich müht, so können andere sie als aktivistische Überbleibsel einer bereits überwundenen Epoche auffassen. Was nicht geleugnet werden kann, ist indessen die augenfällig anschwellende Macht und Ausbreitung der „revolutionär-konservativen" Tendenzen. Welche der beiden Auffassungen aber recht behalten wird, wird die Zukunft — vielleicht sogar schon die absehbare — lehren.

Kultureller und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der Deutschen Wolgarepublik.

Von Oswald Zienau.

Die Autonome Sozialistische Räterepublik der Wolgadeutschen ist jüngeren Datums: der XI. Rätekongreß des Wolgadeutschen Gebietes im Januar 1924 rief sich aus als I. Rätekongreß der Autonomen Räterepublik der Wolgadeutschen und wählte entsprechend dem Unionvorbilde das Zentrale Exekutiv-Komitee und den Rat der Volkskommissare.

Vom deutschen Komitee mit dem Sitz in Saratow, das den Selbstschutz gegenüber stark bedrückendem Banditenunwesen organisierte, bis zur national-kulturellen Autonomie hat es viele Zwischenstufen der Entwicklung gegeben. Deutschstämmige Bolschewisten haben organisatorisch diese Entwicklung in der Hand gehabt: in Anlehnung an die von der Staatszentrale im Laufe der Zeit mehr und mehr gewährten Minoritätsrechte und -freiheiten wurde die national-kulturelle Selbständigkeit der deutschstämmigen Siedler an der Wolga durchgeführt.

Pokrowsk ist bei der letzlichen Gebietsabrundung und Einbeziehung andersrassiger Splittergruppen das politisch-administrative Zentrum dieser Wolgadeutschen-Republik geworden: eine Kosakenstadt, aus verwaltungs- und verkehrstechnischen Gründen zum politisch-administrativen Zentrum gemacht, also rein äußerlich ohne den geringsten Ausdruck neuorientierten Nationalwillens; eine typische Kosakensiedlung, in der die deutschen Aufschriften zu Ämtern oder Organisationen allein

Digitized by Google

nicht den neuen politischen und kulturellen Sinn vermitteln können. Aber bezeichnend für die erste Richtung und den Umweg, den der deutschstämmige Bolschewismus geht, um zu dem von Natur aus geistig schwerfälligen Kolonisten zu gelangen: denn bislang vollzieht sich diese Entwicklung zu einer national-kulturellen Psyche ohne merkliche Resonanz bei den deutschstämmigen Bauern der Wolgawiesenseite und mit größter Zurückhaltung mehr neugierig betrachtet als gewertet bei den Klein- und Hausgewerblern des Wolgaberglandes.

Losgelöst vom natürlichen Kulturmutterboden, dem ehemaligen Katharinenstadt (heute Marxstadt), und — bolschewistisch gedacht durchaus verständlich — in sicher gewollt losester Verbindung mit diesem, ist der deutsch-bolschewistische Autonomiegedanke nur zu finden in den Köpfen der knappen fünf Prozent Bolschewisten, die zum größten Teile in Pokrowsk domizilieren. Der Wolgakolonist steht zum mindesten in einem sehr lockeren inneren Verhältnis zu der vollzogenen Neuorientierung; denn näher lag ihm in all den Jahren nacktesten Existenzkampfes die Sorge um seine materielle Selbsterhaltung, als daß er sich mit den geistigen Inhalten der staatlichen Neuordnung hätte genügend bekannt machen können. Die Entwicklung zur nationalen Autonomie, die tätige Anteilnahme des Kolonisten auch im fernsten Dorfe am inneren Ausbau der Autonomie zu einem wahren Ausdruck bäuerlichen Nationalkulturwillens, ist für den durch die eigenkulturfeindlichen zarischen Despotien geistig zu schwer mitgenommenen Bauern nicht eine von heute zu morgen gelöste Aufgabe. Die Männer in Pokrowsk, die diese Entwicklung und Anteilnahme lenken und fördern mit allen nur verfügbaren Mitteln, wissen zu gut, durch welche schwierigen Etappen diese national-kulturelle Aufbauarbeit noch zu gehen hat, bis auch nur geringe Erfolge in diesem Sinne vorliegen werden.

Kaum, daß der Wolgakolonist sich seiner deutschen Abstammung noch bewußt ist; eine mehr als 150jährige Russifizierungspolitik, mit allen Schikanen betrieben, hat hier vollen Erfolg gehabt: das Nationalgefühl so gut wie erloschen, die Heimatsprache zu einem deutsch-russischen Kauderwelsch geworden und das Typische in Gestalt und sonstigen Merkmalzeichen ausgelöscht, untergegangen. Wie augenscheinlich das alles wird bei Fahrten durch die deutschen Siedlungen oder am stärksten bei Aufenthalten in ihnen! Alles eigenkulturlich und national Wesentliche ist verschwunden, ist zersetzt von den Einflüssen insbesondere ukrainische Umgebung. Gerechterweise muß bei solchen Feststellungen aber daran erinnert werden, daß wohl keine der deutschen Kolonisationen unter so ungünstigen Entwicklungsverhältnissen zu leiden hatte wie eben die an der Wolga. Waren die Mißernten in der bolschewistischen Epoche wohl am ungeheuerlichsten in ihren Auswirkungen, so waren sie

Digitized by Google

aber nicht die einzigen; seit Beginn der Kolonisation aufgetreten, haben sie mit noch anderen unglücklichen Zusammentreffen oder Folgeerscheinungen die bäuerlichen Wirtschaften nicht erstarken und damit den Bauern selbst nicht wehrhaft genug gegen Kulturunterdrückung sein lassen. Kraftlos geworden in der Seele, kämpft der deutschstämmige Bauer an der Wolga in harter Fron eines widerspenstigen Bodens nur noch um seine nackte Existenz; diese Bodenfron und die Naturkatastrophen vergangener Jahre haben den Wolgakolonisten so gut wie vergessen lassen, daß es neben den leiblichen auch geistige Bedürfnisse gibt, und daß die Erhaltung und der Kampf um bedrohter nationaler Kulturgüter willen etwas durchaus Wesentliches und Wertvolles ist. — Nur wer mit eigenen Augen gesehen hat, welche Tragik dieser Naturbrotkampf in das Leben dieser Menschen und der Gemeinschaft getragen hat, wird ermessen können, welche Riesenaufgabe die Erziehung zu national-kulturlichem Eigenleben ist und unter welch besondern Voraussetzungen diese Aufgabe von den deutschstämmigen Bolschewisten nur durchgeführt werden kann. —

Der Bolschewismus leistet sich eine anerkennenswert weitherzige Behandlung der Nationalitätenfrage; demgemäß stellt auch die Pokrowsker Führerschaft den Nationalcharakter ihrer Selbständigkeitsbewegung in den Vordergrund. Hiermit zusammenhängend ist durchaus ernst zu nehmen und glaubhaft die Beteuerung, daß die eigenkulturliche Erziehung der Wolgakolonisten stärkste Förderung im Rahmen des Möglichen erfahren wird. Zu bedenken ist hierbei nur, daß der Rahmen des Möglichen aber auch gezogen wird durch die bolschewistische Ideologie. Wer längere Zeit hindurch diese deutsche Räterepublik bereist hat, gewinnt den unbedingten Eindruck, daß die betonte Unterstreichung des national-kulturlichen Charakters des wolgadeutschen Rätestaates mehr als Phrase ist!

Es ist schon gesagt, daß Pokrowsk ohne jegliche Note eines geistigen Deutschtums ist; schwer denkbar ist es auch, daß diese alte und wenig saubere Kosakenstadt jemals der geistige Mittelpunkt eines neuerstarkten Nationalbewußtseins und -willens werden könnte. Um so stärker empfindet man aber in dem natürlichen Kulturzentrum des wolgadeutschen Gebietes, in Marxstadt, den Willen zur Betonung nationaler und kultureller Selbständigkeit! Nicht allein, daß das äußere Bild dieser Siedlerstadt ein viel höheres Kulturniveau als Pokrowsk und die anderen nurdeutschen Siedlerstädte im Innengebiet der Räterepublik bezeugt, sondern es ist vor allem die geistige Einstellung zu den nationalkulturlichen Problemen und der aus dieser Psyche erwachsene Impuls, der stark empfindbar die national-kulturellen Wiederaufbauarbeiten vorwärts treibt, die Marxstadt allein zum Ausgangspunkt einer so gearteten Selbständigkeitsbewegung prädestinieren. Offiziell ist diese geistige Wiederaufbauarbeit geleitet und beherrscht von der bolschewistischen Ideologie. Wer tieferen

Digitized by Google

Einblick in den Stand der Beziehungen der deutschstämmigen Bolschewisten zum Kolonisten bekommen hat und hiernach die Entwicklungsmöglichkeiten und die Richtung der so eingeleiteten Kulturarbeit beurteilt, der weiß, daß dieser Weg zum national-kulturellen Wiedererwachen der einzig gegebene ist, daß aber der Erfolg nicht nur die Verankerung der bolschewistischen Ideen sein wird . . .

Selbstverständlich ist, daß die Rätepraxis — und man muß staunen, mit welchem psychologischen Einfühlungsvermögen — den vorliegenden besonderen Verhältnissen und Aufgaben angepaßt worden ist. So erklären sich einige Abweichungen von dem sonst üblichen nationalen und kulturellen Verwaltungsapparat, Abweichungen, die in diesem Falle auf die baldige Gewinnung von Mitarbeitern aus den dem Bolschewismus noch ganz wesensfremden bäuerlichen Schichten abzielen.

In diesen Zusammenhängen muß auch noch von dem wichtigsten Instrument der Verankerung einer neuen Staatsideologie gesprochen werden: der Schule. — Nach Unions-Dekret ist aus dem Schulunterricht die Religionsstunde gestrichen. Aber sonst ist die Schule in der Wolgadeutschen Räterepublik doch noch etwas anderes wie im übrigen bolschewistischen Rußland: ihr Lehrplan ist durchaus eingestellt auf die direkten und hier schon angedeuteten national-kulturellen Aufgaben. Nicht wenige Schulen der deutschen Siedlungen im Wolgagebiet habe ich besucht; und es sei gesagt: der Erziehung zu kulturellem Nationalbewußtsein war ein breiter Raum gegeben! In Marxstadt und in anderen nurdeutschen Kantonstädten zeigten mir Schülerarbeiten im einzelnen und in Ausstellungen zusammengefaßt, von welchem Geiste diese Erziehungsarbeit getragen war: deutsche Sagen und Meistererzählungen in den Heften und Szenen aus deutschen Dichterwerken und deren Porträts mehr als gewollte denn gelungene Bleistiftzeichnungen in nicht oberflächlicher Behandlung sind hoffnungsvolle Anfänge und Früchte dieser Erziehung. Zu bedenken ist dabei, daß der hauptsächlich amtierende Lehrerbestand in der Vorkriegszeit und damit nur russisch in seinen Fächern ausgebildet ist. Wird diese Lehrerschaft ergänzt oder abgelöst durch die im Marxstädter Seminar — mit einem spezifisch deutsch-kulturlichen und deutsch-sprachigen Unterrichtsplane — herangebildete Lehrkräfte, dann wird die Erziehung kommender Kindergenerationen systematische Vertiefung in der oben gekennzeichneten Hinsicht erfahren. —

Vieles, sehr vieles steht in dieser Wolgadeutschen Räterepublik in den ersten Anfängen einer Entwicklung zu national-kultureller Selbständigkeit. Unter der Voraussetzung einer einigermaßen guten Wirtschaftslage werden erst Jahrzehnte einer ungestörten Entwicklung erkennen lassen, wie weit die deutschstämmigen Bolschewisten ihr Vorhaben einer nationalkulturlichen Wiedererweckung der Wolgakolonisten zur Durchführung

Digitized by Google

bringen konnten oder ob sie doch nur die Beauftragten einer Zentrale mit ganz besonders eingestellten Absichten sind. Hauptsächlich ist bei allen möglichen und vielleicht auch gegebenen Einschränkungen und Einwendungen: daß die Räterepublik der Wolgadeutschen den Kern zur Wiedergeburt eines fast vergessenen Deutschtums der Wolgadeutschen in sich trägt! —

* * *

„Selbst bei einer ganzen Reihe positiver Anzeichen kann man doch nicht sagen, daß die Wirtschaftslage der Wolgadeutschen etwa günstig sei. Erstens umfassen diese Anzeichen nicht die gesamte Wirtschaft, und dann müssen uns diese günstigen Einzelerscheinungen nicht von der an sich schweren Lage der Landwirtschaft ablenken, die sich noch immer nicht von den Mißernten der letzten Jahre erholen konnte und die insbesondere noch unter den Folgen der Mißernte von 1924 zu leiden hat, obgleich dieselben durch die Hilfe der Zentralregierung gemindert worden sind. Die Landwirtschaft ist aber die Grundlage der Volkswirtschaft der Räterepublik der Wolgadeutschen. So zeugen denn die günstigen Anzeichen mehr für die Anspannung der Kräfte im Kampfe für die Ordnung und Besserung der Volkswirtschaft als für die tatsächliche Lage derselben."

So ein Quartalsbericht der Statistischen Verwaltung der Wolgadeutschen Räterepublik von Mitte 1925: durchaus kennzeichnend die Lage der Volkswirtschaft der Republik im allgemeinen wie auch die des Kolonisten im besonderen. Dieser Berichtsauszug zeigt, was ich als Bestätigung hierzu auf meinen Kreuz- und Querfahrten im Wolgadeutschengebiet immer wieder erfreulicherweise selbst erfahren konnte: die nichts verschleiernde und nichts beschönigende Offenheit in der Darstellung und Beurteilung der Lage der Volkswirtschaft und des Kolonisten.

Die Alarmmeldungen der „Nachrichten" — des offiziellen Regierungsorgans — über die wiederum hereinbrechende Mißernte und die Darstellung der Panikstimmungen und fluchtartigen Unternehmungen der Kolonisten aus dem Jahre 1924 stehen mir noch vor Augen; 1925 eigentlich das erste Jahr mit einer durchschnittlich guten Ernte. Aber doch noch lange nicht gut genug, um einen Ausgleich bzw. eine merkliche Hebung der Lage der bäuerlichen Wirtschaften herbeiführen zu können. Denn wie sehr die Wirtschaftslage des Wolgakolonisten durch die schnell folgenden Mißernten von 1921 und 1924 in Verbindung mit vielerlei verschärfenden Umständen gesunken ist, ist nicht vorstellbar für denjenigen, der nicht an Ort und Stelle die vernichtenden Wirkungen dieser Natur- und Revolutionserscheinungen kennenlernen konnte. Man muß die greisenhaften Kindergesichter, die furchtbaren Elendsgestalten unter den in den besten Jahren befindlichen Kolonisten gesehen haben, mußte sich

Digitized by Google

von einem frühzeitig gebrechlich Gewordenen sagen lassen, daß „das Brot so rar wie ein weißer Spatz selten gewesen", um das Furchtbare der Lage der Wolgakolonisten und die Unmöglichkeit wirtschaftlichen Emporstiegs mit nur durchschnittlichen Mitteln begreifen zu können.

Mit Ausnahme von wenigen Mennonitensiedlungen, die durch eine besondere Wirtschaftspolitik und gemeindliche Organisation den Auswirkungen der Natur -und Revolutionskatastrophen viel gewappneter begegnen konnten, ist der innere und äußere Zustand der Siedlungen und der der Kolonistenwirtschaft mit nur geringen Ausnahmen ein solcher, daß genereller Neuaufbau in vollem Umfange und die Beschaffung kompletter landwirtschaftlicher Betriebseinrichtungen zur Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit — wovon die Entwicklung der Volkswirtschaft der Wolgadeutschen Republik ganz und gar abhängig ist — notwendig ist. Außer den durch die Moskauer Zentralregierung zur Überwindung der Mißerntefolgen zur Verfügung gestellten Geldern, die augenscheinlich der allergrößten Not abgeholfen haben, hat darüber hinaus die Pokrowsker Regierung Großackergerätschaften aufgekauft und mit Hilfe genossenschaftlicher Bauernorganisationen der Inbetriebnahme zugeführt. Selbstverständlich ist der Kreis der von dieser Gerätezuführung betroffenen Bauern nur ein beschränkter und nicht zureichend zur bemerkenswerten Aufbesserung der Allgemeinwirtschaftslage der Kolonistenschaft. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Lage der Kolonisten und damit der Volkswirtschaft der Wolgarepublik ist, daß Anbaufläche und Viehbestand noch immer stark zurückgeblieben sind gegenüber dem Stande der Vorkriegszeit: Wurden 1910 auf dem Gebiet der deutschen Kolonisation 955 000 Deßjatinen (100 %) bebaut, so 1920 798 000 (83 %), 1923 472 000 (45 %), 1924 556 000 (59 %) und 1925 630 000 (65 %) Deßjatinen. Der Gesamtviehbestand sank von 1916 mit 1 281 917 Stück bis 1924 auf 647 722 (50,5 %) Stück; die Viehhaltung auf einer Bauernwirtschaft ist dementsprechend zurückgegangen von 14,6 auf 7,3 Stück durchschnittlich. Ackervieh — Pferde und Großhornvieh — sind im Herbst 1924 vorhanden: Pferde 29,5 % und Großhornvieh 60,5 % der Friedenshaltung.

Es haben diese Verhältnisse ihren starken Einfluß auf die einzelnen Gesellschaftsgruppen unter der Wolgakolonistenschaft gehabt; der „reiche Bauer" der Vorkriegszeit ist an der Wolga insbesondere eine ausgelöschte Persönlichkeit. Nur in den Fällen, wo die „Großfamilie" Zusammenfassung und rationelle Ausnutzung der Arbeitsmittel und -kräfte erlaubt, bei größerem und verzweigterem Wirtschaftsbetriebe, ist der Wirtschaftswohlstand und -zustand ein über das Allgemeinniveau weit hinausgehender. Begünstigt durch solche wirtschaftsstärkende Voraussetzungen, hat sich hier das bolschewistische Kollektivwirtschafts-

Digitized by Google

system zu einem wirtschaftsfördernden Moment gestaltet: Intensivierung der Bodenbearbeitung und kommerzielle Ausnutzung der agrarischen Produktion haben nicht nur die Wirtschaftssubstanz erhalten, sondern sogar bisweilen nicht unbedeutend vergrößert. Dieses Kolonistenelement bildet — eigenartigerweise! — die Mitgliederschaft der landwirtschaftlichen Genossenschaften, was seine wirtschaftliche Stellung gegenüber dem armen Bauern noch stärker werden läßt. So wird sich ganz selbstverständlich mit der Zeit auch in der Räterepublik der Wolgadeutschen (wie in der übrigen Kolonisation noch stärker fühlbar) die schon bestehende wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den begüterten und den armen Kolonistenbauern verschärfen und zu stark gegensätzlichen Klassenbildungen führen: klar erkennbar weisen die vorhandenen, typisch ausgeprägten Ansätze auf diese Entwicklung hin!

Staatsgüter, eine agrarkulturliche Versuchsstation und Meliorationsunternehmungen größeren Stils sollen allgemein durch wirtschaftspraktische Vorbilder und Förderung die Lage der Landwirtschaft heben. Sind die Staatsgüter noch absolut im anfänglichen Aufbau begriffen und so noch ohne jegliche Bedeutung für die Zweckerfüllung, so sind um so anerkennenswerter die Leistungen der agronomischen Versuchsstation bei Krassny Kut. Diese Anstalt steht unter der wissenschaftlichen Führung bekannter und tüchtiger Agronomen, und der praktische Sinn und Zweck der Anstalt wird dadurch außerordentlich gefördert, daß durch handgreiflichen Anschauungsunterricht theoretische Versuchsergebnisse ausgewertet werden. Wenn der deutsche Kolonist an der Wolga wieder zu einem bodenständigen und witterungsfesten Saatprodukt kommt und damit die Furchtbarkeit der Naturkatastrophen gemindert wird, dann hat diese Versuchsstation hierfür das größte Verdienst aufzuweisen!

Das Wirtschafsbild der Wolgarepublik wird abgerundet durch Erwähnung der textilen Heimindustrie im Kanton Balzer (auf der sogenannten Bergseite der Wolga) und der Industrie in Marxstadt. Eine Fabrik für Landwirtschaftsmaschinen, die an einem besonderen Traktortyp herumkonstruiert, Mühlenbetriebe, Sägewerke und eine Tabakfabrik, die „Machorka" herstellt, sind mit der Balzer Heimindustrie die Zweige der Industriewirtschaft der Räterepublik. Wie die Balzer Heimindustrie, so ist die verstaatlichte Industrie in Marxstadt in ihrem Gedeihen völlig abhängig von der Wirtschaftslage der bäuerlichen Kolonistenschaft, da für irgendwelchen Export die Produkte dieser Industrie nicht geeignet sind. Bei einigermaßen normaler Allgemeinwirtschaftslage ist noch bedeutend ausbaufähig die gut organisierte und eingerichtete Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, die unter der Leitung eines zugewanderten deutschen Ingenieurs steht, der sich in der Betriebsführung von kaufmännischen Kalkulationsgrundsätzen leiten läßt.

Digitized by Google

Es ist die erste Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaft der Kolonistenrepublik gegeben: die von einem starken Wollen und von nicht unbedeutender Wirtschaftsbegabung beherrschte unermüdliche Arbeitskraft der deutschstämmigen Kolonistenbevölkerung. Angespornt durch ein eigenkulturliches Ziel und nicht gehemmt durch nebelhaft-abstrakte Prinzipien und Doktrinen kann ein starkes Eigenwirtschaftsleben zu Wohlstand und Zufriedenheit der deutschstämmigen Kolonisten an der Wolga führen.

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Innere Politik Rußlands.

Von Otto Hoetzsch.

Die diesmalige Übersicht erstreckt sich über zwei Monate. Da diese in der äußeren Politik so viel Stoff gebracht hat, daß der Rahmen eines Monatsberichtes gesprengt wird, wird die außenpolitische Situation Rußlands in einem selbständigen Aufsatz dieses Heftes, die der Randstaaten im nächsten Heft dargestellt. Indem ferner für das einzelne auf die Wirtschaftsumschau verwiesen wird, müssen jedoch hier die größten Linien der wirtschaftlichen Lage doch gezogen werden, weil ohne sie die Schilderung und Beurteilung der innerpolitischen Krise nicht den richtigen Hintergrund erhielte.

I.

Zunächst also die Ernte. Rußland hat zwei aufeinander folgende gute Ernten gehabt; drei aufeinander folgende dieser Art sind immer sehr selten gewesen. Man bezeichnet die diesmalige Ernte, das ganze zusammengenommen, auf unter-mittel und rechnet das Ergebnis um 100—150 Millionen Pud geringer als im Vorjahr, will aber gleichwohl für die Getreideausfuhrkampagne 1927/1928 750 Millionen (670 im Jahre 1926/1927) bereitstellen. Bei der Beurteilung der Ausfuhrmöglichkeiten kommt aber nicht nur der absolute Vorrat für die Ausfuhr in Frage, sondern die nicht zu übersehende Tatsache, daß der Inlandskonsum an Getreide unausgesetzt steigt, und ferner, daß im jetzigen und im neuen Wirtschaftsjahr keine Besserung in der Befriedigung des Warenhungers der Bauern abzusehen ist. Erschwerend kommt ferner zu diesen bekannten älteren Momenten hinzu, daß man immerhin auch wirtschafts- und finanzpolitisch mit der Kriegsgefahr und der Vorbereitung auf sie rechnet. Das bedeutet im ganzen: keine katastrophale Lage, da für das Ernährungsbedürfnis zweifellos genügend Vorrat

Digitized by Google

vorhanden ist, aber mindestens dieselbe, voraussichtlich eine größere Schwierigkeit in der gesamten wirtschaftspolitischen Manipulation.

Das Budget kann für 1926 auf 1927 voraussichtlich in seiner Endsumme (5 Milliarden Rubel, 1 Milliarde mehr als 1925 auf 1926, über dreimal so hoch wie 1922/1923) durchgeführt werden. Die Einnahmen aus direkten Steuern sind befriedigend, weniger die aus indirekten Steuern, befriedigend wiederum die Einnahmen nichtsteuerlicher Art. Zur Beurteilung der Frage, inwieweit der jetzige russische Staat konsolidiert ist, sind selbstverständlich diese einfachen Tatsachen gleichfalls fest im Auge zu halten. Für 1927 auf 1928 liegt vorläufig nur der Entwurf des Budgets vor, der bis 5½ Milliarden Rubel im Gesamtabschluß steigt, 9,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Wiederum ist wichtig darin der Anteil, der in den Ausgaben auf die staatliche Industrie fallen soll: 580 Millionen Rubel = 7,7 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Die Landwirtschaft erhält nur 5,6 Millionen mehr, dagegen sollen für die Elektrifizierung 45 Millionen mehr ausgegeben werden.

Zeugen diese Zahlen von einer Konsolidation der Wirtschaft, freilich mit recht hoher Steuerbelastung, so wird das Bild indes erst vollständig durch den Blick auf die ohne Zweifel, wenn nicht gefährdete, so doch gespannte Währungslage. Dieses Mal ist schon vor dem Beginn der Ernte, der naturgemäß einen großen Bedarf an Geldumlaufsmitteln erfordert, die Summe dieser Geldumlaufsmittel sehr stark erhöht worden. Allein für das dritte Quartal (April, Mai, Juni) des Wirtschaftsjahres wurden an Tscherwoneznoten und Staatsgeld 128,6 Millionen Rubel mehr emittiert und in den folgenden Monaten ist das entsprechend weiter gegangen. Der Reichsbankausweis vom 1. Oktober besagte, daß der Gesamtumlauf an Tscherwoneznoten ist: 1026,5 Millionen Rubel gegen 996,3 Millionen Rubel am 16. September. Allein im September betrug die Emission an derartigen Noten 73,3 Millionen. Das ist noch bedenklicher, da die Handelsbilanz, in die natürlich heute die Ergebnisse der Getreideausfuhr noch nicht eingerechnet werden können, passiv ist und die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank stark vermindert, obwohl man die Bestellungen im Ausland stark eingeschränkt hat. Heute jedenfalls sieht es so aus, als werde auch das vierte Quartal (Juli, August, September) des Wirtschaftsjahres passiv abschließen und die Devisenlage weiter anspannen.

Schließlich das Hauptproblem und der Hauptgegenstand der Sorge und Erörterung: Die Senkung der Produktionskosten und die Steigerung der Produktion in der Industrie aller Grade. Diese Schwierigkeiten sind nach wie vor nicht behoben. Die beabsichtigte Preissenkung hat sich nicht durchführen lassen. Die Löhne sind vielfach umgekehrt schneller gestiegen als die Produktion. Der Wirtschaftsplan nimmt 1927/1928 einen verstärkten Ausbau der Leichtindustrie in Aussicht, ändert somit das frühere

Digitized by Google

Programm auf Kosten der Schwerindustrie ab. Man kommt in dieser ganzen mühseligen statistischen und wirtschaftspolitischen Arbeit nicht vorwärts und das kommende Wirtschaftsjahr wird mindestens die gleiche, wahrscheinlich größere Schwierigkeit für den Aufbau der Sowjetwirtschaft bringen. Das letzte Wort aber über das abgelaufene Wirtschaftsjahr kann erst das Schlußergebnis der Getreideausfuhrkampagne sprechen.

Sieht man im ganzen dieses Bild stärkster gegenseitiger Verschuldung der staatlichen, genossenschaftlichen und anderen Organe, der äußerst geringen Kapitalneubildung, der schwachen Zunahme der Produktivität und der Verwirrung im ganzen Wirtschaftsapparat und Wirtschaftsorganismus an, so ist es ohne Zweifel trübe und von Gefahren und Krisenmomenten nicht frei. Aber es ist nicht überflüssig zu betonen, daß es sich hier um ein ganz überwiegend agrarisches Land handelt, das nach dem Stande der Lebensansprüche seiner Bevölkerung und zugleich nach dem trotz allem günstigen Ernteausfall und der so sichergestellten Ernährung der breiten Massen sehr lange imstande ist, eine solche kritische wirtschaftliche Situation auszuhalten, die in anders organisierten Ländern Europas längst zu Explosionen und revolutionären Ausbrüchen geführt hätte. Die Lage ist so für die Richtung Stalins ohne Zweifel kritisch und dringlich, aber sie gestattet ihm doch noch, sowohl in der äußeren Politik wie in der Auseinandersetzung mit der Opposition, so Schritt für Schritt und langsam, geradezu zögernd vorzugehen, wie er es tut. Auf diesem Hintergrund spielen sich die innenpolitischen Kämpfe nun ab.

II.

Vorbereitungen auf das zehnjährige Jubiläum der Sowjetregierung und auf neue politische Konferenzen gehen durcheinander. Die neue, zweite Session des Zik fand dieses Mal, ab 15. Oktober, in Leningrad statt. Aber auf der Jubiläumsstimmung liegt der Schatten des noch nicht ausgetragenen Parteikampfes. Erst am 1. Dezember soll der Parteikongreß, der 15., wieder zusammentreten, von dem man annimmt, daß er nach Stalins Absicht die endgültige Entscheidung im Kampf mit der Opposition bringen wird. Der Parteikongreß in der Ukraine, in Charkow, soll zum 20. November dem Gesamtkongreß zuvorgehen. Zum 10. Oktober war berufen ein Kongreß der Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die Mitglieder der Stadt- und Dorfsowjets und Wolostkomitees sind — ein bemerkenswertes Zeichen für die Zunahme der Frauenarbeit in diesen Organen, die sich ja auch zahlenmäßig sehr stark bemerkbar gemacht hat. Es ist wohl kein Zufall, daß diese Heranziehung des Frauenelementes gerade jetzt bemerkbar wird, wo man die Frauen wohl auch für die große Parteiauseinandersetzung im Sinne Stalins mobil machen will.

Digitized by Google

In diesen Vorbereitungen ist die bolschewistische Partei heute uneiniger und zersetzter als jemals. Man spürt, wie diese sich jahrelang hinziehenden, immer stärker hervortretenden Konflikte mit der Opposition lähmen, und Europa spürt es vor allem, wie der Parteikonflikt die Sowjetpolitik hindert, das klare Verhältnis zu einem kapitalistischen Ausland zu finden, ohne das weder der Wiederaufbau Rußlands noch gesicherte Beziehungen zwischen Europa und Rußland denkbar sind. Die Dinge liegen doch heute schon so, daß mit einer Spaltung in zwei Parteien immerhin gerechnet werden muß, einer Spaltung, die an frühere Vorgänge sowohl in der russischen Sozialdemokratie, wie etwa auch der deutschen Sozialdemokratie erinnert, die Spaltung sozusagen in einen gemäßigten und einen „unabhängigen" Flügel. Und nicht mehr ist die Diskussion so zurückzudrängen, wie bis in dieses Jahr hinein. Soweit ist die Opposition immerhin schon, daß sie in einem Diskussionsblatt über die Gegenstände der Kongreßtagesordnung ihren Standpunkt aussprechen kann.

Der Ausgang in dieser Auseinandersetzung liegt für die Berichtszeit in den Sitzungen des „Vereinigten Plenums" des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Partei vom 29. Juli bis 9. August in Moskau, an dem auch die Mitglieder der Zentralrevisionskommission teilnahmen. Sie endeten nach dem Referat von Ordschonoskidse mit einer Resolution vom 9. August (Iswestija 10. August), der eine „Erklärung der Opposition" vom 8. August vorausging (Iswestija 11. August). Ein langer Bericht Rykows vor dem „Aktivum" der Moskauer Parteiorganisation am 11. (Iswestija 14. und 17. August) gibt dazu noch wertvolles Material.

Die Opposition hat 1923, als die ersten Schwierigkeiten mit der „Nep" und infolge der Geldreform eintraten, recht eigentlich begonnen. Von vornherein war in ihr Trotzki, trotz Sinowjews Bedeutung im „Komintern", der weitaus bedeutendste Kopf. Die ganze Erörterung dreht sich auch um ihn und den „Trotzkismus". Es ist dazu bekannt, daß man in der Partei Trotzki seine frühere Zugehörigkeit zum Menschewismus nicht vergißt. Man wirft ihm zunächst in praktischer Beziehung „Fraktionsziele" vor, das heißt das Streben, eine eigene Gruppe zu bilden und für sie etwas wie Rechte einer besonderen Gruppe, einer Fraktion in der Partei zu erreichen. Mit dem Wesen der bolschewistischen Partei Rußlands war und ist das allerdings auch nicht verträglich.

Ende 1925, als die Spannung zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern größer wurde, gingen Sinowjew, Kamenew und andere zu Trotzki über. Der 14. Parteikongreß im Dezember 1925 beschäftigte sich mit dieser sogenannten „neuen Opposition", die sich im Frühjahr und Sommer 1926 stärker formierte und, wie die jetzige Resolution vom 9. August sagt, völlig in die „Ideenpositionen des Trotzkismus" einrückte. Im Sommer 1926 bildete sie eine tatsächliche, illegale Fraktionsorganisation; auf deutsch:

Digitized by Google

sie wollte eine neue Partei schaffen. Es fanden statt jene Geheimversammlung (Laschewitsch) im Walde und das öffentliche Auftreten der Oppositionsführer in Arbeiterversammlungen Moskaus und Leningrads im September.

In der „Deklaration" vom 16. Oktober 1926 mußte die Opposition aber das alles abschwören, ganz besonders auch die Unterstützung der aus Partei und Komintern ausgeschlossenen „Ultralinken" (Ruth Fischer, Maslow usw.). Die daraus übernommenen Verpflichtungen hat die Opposition indes nicht gehalten. Sie wurde in ihren Angriffen (Trotzki etwa im Plenum des Komintern im Mai 1927) gegen das „Parteiregime" immer heftiger. Die Gegenseite wirft ihr direkt vor, daß sie Mut dazu aus den internationalen Schwierigkeiten des Sowjetstaates, besonders dem Fehlschlag der Hoffnungen auf die chinesische Revolution, geschöpft habe. Die Opposition stellte ihre Angriffe in der „Erklärung der 83" zusammen und begann damit eine Petitionskampagne in allen Parteistellen, die ihr nach Rykows Mitteilungen immerhin in drei Monaten ein halbes Tausend Unterschriften brachte. Daß Rykow das als unbeträchtlich hinstellt, ist begreiflich. Der Unparteiische aber sieht angesichts der ganzen Verhältnisse darin eine nicht geringe Kraft, die schließlich auch Stalin, wie gleich zu berichten ist, veranlaßt hat, den Bogen nicht durch den Ausschluß Trotzkis und Sinowjews zu überspannen. Gleichzeitig arbeiteten diese, wie auch Rykow mitteilt, mit illegalem Druck von Broschüren und dergleichen und zogen sie die Fäden mit jenen Ausgeschlossenen fester, so daß daraus die Befürchtung entstand, es werde auf die Begründung einer 4. Internationale hingearbeitet.

Im Präsidium der „ZKK" im Juni trat Trotzki mit besonders heftigen Angriffen gegen die Partei auf. Und am 9. Juni fand dann die Demonstration auf dem Jaroslawschen Bahnhof bei der Abreise Smilgas nach Sibirien mit einer Rede Trotzkis statt, die Rykow als ein Ereignis von historischer Bedeutung bezeichnet. „Aus dem Wald auf den Bahnhof", „Laschewitsch im Walde", jetzt „Smilga auf den Schultern Sinowjews und Trotzkis" — es ist allerdings richtig, daß sich darin doch eine für die Parteileitung recht beträchtliche und gefährliche Entwicklung spiegelt zu einer Gruppe, in deren Zentrum als Leiter Trotzki, unterstützt von Sinowjew und Kamenew, steht, links davon die Gruppe Sapronow-Smirnow („Dokument der 15").

Was Trotzki und Sinowjew nun im einzelnen ausgeführt haben, das ist auch heute im Wortlaut nicht veröffentlicht. Im Wortlaut liegt, soweit wir sehen, nur aus dem „Dokument der 15" einiges vor, das Rykow mitteilte, und dessen geistiger Vater Sapronow ist. Da heißt es:

„Die Fortsetzung der bisherigen Parteipolitik droht dahin zu führen, daß die Macht der Diktatur des Proletariats sich mehr und mehr von der Klasse löst, aus der sie hervorgegangen ist, und sich, ohne geradezu die Interessen irgendeiner Klasse zu vertreten, in eine über den Klassen

Digitized by Google

stehende bzw. zwischen ihnen hin und her lavierende Macht verwandelt. Wenn in den letzten Jahren ein schnelleres Anwachsen der kapitalistischen Elemente gegenüber den sozialistischen vor sich geht, so ist die Ursache dafür nicht die objektive Unmöglichkeit eines Aufbaues des Sozialismus, sondern die Politik des Zentralkomitees mit ihren fortgesetzten Konzessionen an das Kleinbürgertum. Die Liquidation der innerparteilichen Demokratie und mit ihr auch der Arbeiterdemokratie seit 1923 hat sich nur als ein Vorwand für die Entwicklung einer bäuerlich-großbäuerlichen Demokratie erwiesen. Die Politik des Zentralkomitees bindet nicht nur die Aktivität des Proletariates, sondern entbindet die Aktivität der nicht proletarischen Klassen." Und über die Bürokratie: „In den letzten Jahren der falschen Politik des Zentralkomitees haben sich die negativen Seiten in dem Apparate vielfach verstärkt. Der Einfluß der kleinen Bürokratie ist gewachsen. Der Kulak erhielt politische Rechte (Zutritt zu den Sowjets). Jetzt sind die bürokratischen Wandlungen schon so weit gegangen, daß darin schon klar die Elemente der kleinbürgerlichen Umbildung hervortreten." Oder über die Rote Armee: „Besonders gefährdet ist die Lage in der Roten Armee. Der Kommandostab ist gegen die Forderungen des Parteiprogrammes über die Notwendigkeit des Klassencharakters und der engen Verbindung der militärischen Formationen mit den Fabriken, Gewerkschaften, Organisationen der Dorfarmut beträchtlich aus alten Offizieren und Kulak-Elementen der Bauernschaft gebildet. Die Begrenzung der Teilnahme von nichtwerktätigen Elementen an der Armee hört immer mehr auf. In den Territorialformationen, besonders der Kavallerie, überwiegt die wohlhabende Bauernschaft, in den unteren Kommandochargen das Kulakentum . . . Der Einfluß des Proletariats in der Armee wird schwächer. Unter diesen Bedingungen droht die Rote Armee zu einem bequemen Werkzeug eines bonapartistischen Streiches zu werden." Und über die GPU: „Ihre Tätigkeit als Nachfolgerin der Tscheka, die im Kampf mit der Gegenrevolution eine der entscheidenden Aufgaben zu erfüllen hatte und diese Aufgabe glänzend löste, ist in der allgemeinen Bürokratisierung immer mehr vom Wege des Schutzes der proletarischen Revolution abgekommen. An Stelle des Kampfes mit der politischen und wirtschaftlichen Gegenrevolution tritt immer mehr ihr Kampf mit der berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiter, die durch die bürokratisch-kleinbürgerliche Weise hervorgerufen wird, und noch mehr mit der Opposition innerhalb der Partei."

Diese Auszüge lassen immerhin Auffassung und Kritik der Opposition erkennen. Man faßt das gern in dem Schlagwort: „Verleumderische Beschuldigung gegen die Partei wegen Thermidorianstwo", in Erinnerung an eine bekannte, immer wieder an die Wand gemalte Parallele oder Parallelgefahr für die russische Revolution aus der Geschichte der großen französischen Revolution. Noch schärfer ist der Vorwurf gegen Trotzki, daß er der Sowjetgewalt in der Auseinandersetzung, dem drohenden Kriege mit der imperialistischen Intervention in den Rücken falle.

Besonders stark ist die Ausdrucksweise in der Erklärung der deutschen Kommunistischen Partei:

„Der Bund Trotzkis und Sinowjews mit den Renegaten Maslow und Ruth Fischer gewinnt eine besonders tiefe, für die Sache des deutschen Kommunismus schädliche Bedeutung, gerade in dem Augenblick, da dem Sowjetbund die Gefahr der Intervention des Krieges droht.

Die Opposition leugnet den revolutionären Charakter der Sowjetgewalt, durch ihre Behauptung betreffend Übergang zum „Thermidor", das heißt zur Reaktion.

Digitized by Google

Die Opposition leugnet den proletarischen Charakter der Sowjetgewalt, indem sie die Beschuldigung von einer Kulaküberwucherung und von einer Antiarbeiterpolitik ausspricht.

Die Opposition leugnet den internationalen Charakter der Sowjetgewalt, indem sie diese als Regime der national-konservativen Beschränktheit bezeichnet.

Die Opposition leugnet den sozialistischen Charakter der Sowjetgewalt, mit ihrem Kampf gegen die Lehren Lenins von dem Aufbau des Sozialismus in dem einen Lande, dem einzigen, in dem die Arbeiterklassen die Gewalt erobert haben.

Der Block mit den ultralinken Agenten der westeuropäischen Bourgeoisie, das ist die Folge unleninischer Auffassung in den Grundfragen. Die ganze Tätigkeit der Führer der Opposition schließt ein die allseitige politische und organisatorische Unterstützung der ausgeschlossenen Renegaten in Deutschland" usw.

Durch alle agitatorische Übertreibung hindurch schimmert doch deutlich durch, wie die Gegensätze tatsächlich liegen, die ihrerseits wieder auf die tatsächliche Entwicklung zurückgehen, die der Sozialismus in Rußland unter Lenin und Stalin gezwungenermaßen hat nehmen müssen.

III.

Die Resolution des „Vereinigten Plenums" vom 9. August (Iswestija 10. 8.) faßt historisch die oben mitgeteilte Entwicklung zusammen, die sich soweit jetzt übersehen läßt, und faßt gleichfalls zusammen die Vorwürfe gegen Trotzki und Sinowjew, die im einzelnen nicht noch einmal wiederholt zu werden brauchen. Die schärfsten Vorwürfe sind der Versuch einer eigenen Fraktions-, also Parteibildung und die Lähmung der Partei gerade im Augenblick großer internationaler Bedrohung. Die Resolution baute gleichwohl eine goldene Brücke, indem sie eine ganze Reihe von Punkten aufzählt, die Trotzki und die Seinen „abzuschwören" hätten. Sie sagt freilich, daß ein erster Versuch der Art, die Erklärung der Opposition vom 16. Oktober 1926, von dieser gerade nicht loyal eingehalten worden sei. Von Ausschlußdrohungen und derart ist aber in der langen Entschließung keine Rede. Doch hat Rykow in der oben zitierten Rede drohend davon und von den Folgen gesprochen, die für die Opposition dann mit dem Verlust der Möglichkeit politischer Tätigkeit verbunden wären.

Dieser Resolution vom 9. August und ihren Forderungen hatte die Opposition am 8. August schon entsprochen. Ihre Erklärung geben wir im Hauptteil wörtlich wieder, weil bestimmte Sätze darin der Ausgang für den russisch-französischen Konflikt um Rakowski geworden sind.

Die Opposition antwortete auf die erste Frage: „Wir stehen unbedingt und ohne Widerspruch für die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes gegen den Imperialismus. Wir sind selbstverständlich bedingungslos und ohne Widerspruch für die Verteidigung des Sowjetstaates, bei der gegebenen Zentralkommission, unter der gegebenen Leitung der Ikki. Wenn die bekannte Stelle über Clemenceau im Brief Trotzkis Grund zu einer

Digitized by Google

nicht richtigen Annahme dieser Analogie geben könnte, so lehnen wir kategorisch diese Auslegung des Satzes ab. Zu gleicher Zeit halten wir unsere Überzeugung aufrecht, daß auch zu Zeiten des Krieges die Partei nicht die Kritik und Verbesserung der Line der Zentralkommission, wenn sie nicht richtig ist, lassen kann.

In unserem Projekt der Resolution zur internationalen Frage geben wir u. a. die folgende Losung aus: „Die Niederlage aller Bourgeoisiestaaten, die gegen die Sowjetunion kämpfen. Jeder ehrliche Proletarier eines kapitalistischen Landes muß aktiv arbeiten für die Niederlage „seiner" Regierung. Der Übergang jedes fremden Soldaten auf die Seite der Roten Armee, der nicht den Gewalträubern „seines" Landes helfen will. Die Sowjetunion ist das Vaterland aller Werktätigen. Wir sind die Verteidiger vom 25. Oktober 1917 an. Unser vaterländischer Krieg (Lenin) wird der Krieg für die Sowjetrepublik sein als Abteilung der Armee des Sozialismus in der Welt. Unser vaterländischer Krieg ist nicht der Übergang zu einem Bourgeoisiestaat, sondern der Übergang zur international-sozialistischen Revolution (Lenin). Wer nicht Verteidiger in bezug auf den Sowjetstaat ist, ist unbedingt Verräter am internationalen Proletariat.

In der Frage des „Thermidor" sagen wir: Im Lande wachsen Elemente für einen Thermidor, die eine genügend ernsthafte soziale Basis haben. Wir zweifeln nicht daran, daß die Partei und das Proletariat auf der Leninschen Linie und mit der Demokratie innerhalb der Partei diese Kräfte unterdrücken werden. Was wir fordern ist, daß die Parteileitung diesen Erscheinungen eine systematisch planmäßige Aufmerksamkeit widmet. Wir lehnen den Gedanken durchaus ab, als wäre unsere bolschewistische Partei, ihre Zentralkommission und Zentralkontrollkommission, eine Thermidorpartei.

Auf die zweite Frage: Wir erkennen an, daß der deutschen kommunstischen Bewegung eine Spaltung und die Bildung zweier Parteien droht. Wir schließen uns den Entschließungen des Komintern über die Unzulässigkeit der Verbindung mit der ausgeschlossenen Gruppe Urbahns und Maslow an . . . Die Bildung einer zweiten Partei in Deutschland würde eine gewaltige Gefahr bedeuten. Wir halten es für notwendig, alle Maßnahmen dagegen zu ergreifen . . .

Auf die dritte Frage: Wir lehnen entschieden irgendwelche Versuche der Bildung einer zweiten Partei ab. Den Weg einer zweiten Partei in der Sowjetunion halten wir unbedingt für den Verderb für die Revolution. Wir werden mit allen Kräften gegen jede Tendenz zu zwei Parteien kämpfen. Ebenso energisch verurteilen wir die Politik der Spaltung. Wir werden alle Beschlüsse der Partei und ihres Zentralkomitees ausführen usw."

Die Erklärung ist unterschrieben von Awedjew, Bakaew, Ewdokimow, Sinowjew, Kamenew, Lisdin, Muralow, Peterson, Pjatakow, Rakowski, Smilga, Solowew und Trotzki. Das sind 13 Namen, unter denen der Name Radeks fehlt.

Die genaue Vergleichung zwischen der Resolution und dieser „Reue-Erklärung" ergibt, daß die Opposition darin das Wesentliche nicht sagt, sondern darum herumgeht. Sie versichert, mit Ausnahme des Punktes über den Willen zur Bildung einer neuen Partei, eigentlich nur Selbstverständlichkeiten und erkennt das Zentralkomitee unter der Führung Stalins an. Mit anderen Worten: Zustande kam nur ein Waffenstillstand. Trotzki gab den linken Flügel preis, aber nichts anderes. Und Stalin

Digitized by Google

hat nicht riskiert, schon in der Mitte des Jahres auf den Bruch hinzutreiben.

Er hat sogar zugeben müssen, daß die Opposition in der Öffentlichkeit ihren Standpunkt mehr vertreten kann als bisher. Es ist wohl eine Art Abmachung zwischen Mehrheit und Opposition, wenn ein Mitglied der Kontrollkommission, Jaroslawsky (Prawda 10. 8.) das folgende mitteilt:

„Die Partei sichert die Drucklegung von Gegenthesen zu, wenn solche von der Opposition eingerichtet werden, und zwar im „Diskussionsblatt" der „Prawda". Die Partei garantiert auch die Erörterung der auf der Tagesordnung des nächsten Kongresses stehenden Fragen in Parteiversammlungen und in der Presse. Es versteht sich aber von selbst, daß die Partei eine Einstellung der parteifeindlichen Ausfälle und Beschuldigungen fordert, ebenso der Angriffe gegen die leitenden Organe und die Komintern. Sie fordert, daß eine Polemik nur im sachlichen Rahmen einer wirklichen Genossengesinnung ohne Schärfen und Übertreibungen geführt werde. Die Opposition war in der Plenartagung unzufrieden damit, daß das Parteistatut den fanatischen Liebhabern von Diskussionen einen so geringen Zeitraum gewährt: sie wollten am liebsten schon zwei bis drei Monate vor dem 15. Parteikongreß mit einer Diskussion loslegen. Wir zweifeln nicht daran, daß etwaige Einzelversuche, uns eine Diskussion zu einem früheren Zeitpunkt als dem von der Plenartagung bestimmten aufzunötigen, eine energische Abfuhr finden werden. Die Partei gedenkt der traurigen Erfahrungen mit früheren Diskussionen. Die Partei darf dieses Experiment nicht wiederholen und sie wird es nicht wiederholen."

Erinnert man sich an die drohende Sprache der Mehrheitspresse vor der Augustauseinandersetzung, die schon von der Ausschließung aus der Partei gesprochen hat, so wundert man sich über diesen Ausgang, der die Parteieinheit äußerlich aufrecht erhielt gegen das Zugeständnis der Diskussionsfreiheit, und zog man daraus den Schluß, daß für Stalin die Lage doch schwieriger gewesen sein muß, daß die Opposition eine überraschende Kraft bewiesen haben muß.

IV.

Man dachte sich wohl die Sache so, daß bis zum 1. Dezember, dem Parteikongreß, die Diskussion wohl weitergeführt werden könnte, aber die Abmachung vom August dafür von der Opposition eingehalten werden würde. Hat man das so angenommen, so hat man sich darin getäuscht.

Noch am 4. August, als Lenins Witwe gegen die Opposition auftrat, glaubte die „Prawda" feststellen zu können:

„Die Opposition verliert nicht nur Mannschaften, sondern auch bedeutende der ganzen Partei bekannte Führer. Als einer der ersten hat der alte Leningrader Bolschewik Badajew die Opposition verlassen, ihm folgten die Genossen Nikolajewa und Salutzki, mit denen die Opposition sich gebrüstet und welche sie gegen die Parteimehrheit ausgespielt hatte. Jetzt ist auch die Genossin Krupskaja (die Witwe Lenins) von der Opposition abgerückt und gegen ihre Wühlarbeit aufgetreten. Ferner hat auch Genosse Ssokolnikow den Bruch mit der Opposition vollzogen, weil er bei der Gründung einer Partei in der Partei nicht mitwirken will. Und endlich liegen auch schon Kollektiverklärungen von ganzen Gruppen vor, welche die Manifeste der Opposition unterzeichnet haben, jetzt aber ihre Unterschriften zurückziehen wollen."

Digitized by Google

Aber im September wurde bekannt, daß illegal und unterirdisch die Opposition gleichwohl weiter arbeitete. So mußte die Kontrollkommission in Leningrad vier Parteigenossen ausschließen und in der Begründung wurden einige interessante Mitteilungen gemacht:

Durch Angabe von drei Parteimitgliedern, die längere Zeit hindurch der Opposition angehörten, sich aber von ihr abgewandt haben, wurde ermittelt, daß in Leningrad und Umgegend unter Leitung der oben genannten vier Kommunisten und unter Beteiligung zahlreicher anderer noch nicht ermittelter Parteimitglieder eine rege Geheimagitation für die Ideen der Opposition betrieben wurde. Der Hauptzweck war die Anwerbung neuer Anhänger für die Opposition. In den Wohnungen der jetzt Ausgeschlossenen fanden Versammlungen „durchaus konspirativer Art" statt, wobei Frumkin als Organisator und auch als Verbreiter der von der Parteileitung verbotenen Literatur eine führende Rolle spielte. Bei dem Verhör durch die Kontrollkommission gaben die Oppositionellen zu, daß Versammlungen stattgefunden hätten, leugneten aber, daß diese irgendwie verschwörerisch gewesen wären. Trotz der wiederholten Befragung weigerten sie sich, den Kreis der Teilnehmer an den Versammlungen bekanntzugeben und verweigerten auch jede Auskunft über die Quelle der „illegalen" Literatur. Die Kontrollkommission verfügte darauf die Ausschließung, während die drei „Reuigen", deren Angaben für die wenigstens teilweise Aufhellung der Affäre von Wert waren, mit einem strengen Verweis davonkamen. Es ist beachtenswert, daß mit Ausnahme Frumkins alle Gemaßregelten der Arbeiterschaft angehören. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter und die Hinneigung großer Arbeitergruppen zur Opposition ist in der Parteipresse in letzter Zeit wiederholt erörtert worden."

Daraus geht hervor, daß die Opposition mit den bekannten Mitteln der Partei vor der Revolution arbeitet, Geheimdruckereien und geheimer Literatur, in der die „Erklärung der 83" eine Hauptrolle spielt. Das ist recht eigentlich wohl das Dokument der Begründung der Opposition und wird in den Geheimversammlungen verlesen, von den Anwesenden unterzeichnet, die damit in die Opposition förmlich eintreten. Damit ist diese schon in der Form einer eigenen Partei tätig.

Der Waffenstillstand des Sommers ist also nicht gehalten worden. Die Opposition setzte ihren Kampf fort. 14 von der Moskauer Kontrollkommission wegen Gründung einer Geheimdruckerei ausgeschlossene Mitglieder legten Revision bei der Zentralkommission ein. Bei der Verhandlung am 19. September traten als Verteidiger Trotzki, Sinowjew und Smilga selber auf. Und Trotzki wiederholte seine scharfen Angriffe gegen die Parteibürokratie, die immer mehr eine Oberschicht werde, die sozial zu einer Zweiteilung der Macht führe, was schließlich auch zu einer Zweiteilung der Macht auf politischem Gebiet führen könnte.

Dies nun, die Entdeckung einer Geheimdruckerei der Opposition und dieses Auftreten Trotzkis im Widerspruch zu seiner Erklärung vom 8. August haben am 27. September zu einem ersten entscheidenden Vorstoß geführt. Der Vollzugs-

Digitized by Google

ausschuß des Komintern schloß Trotzki und Wujowitsch aus diesem Komitee aus. Der Komintern veröffentlichte darüber die folgende Mitteilung, die wieder wichtiges historisches Material bringt (Wortlaut Iswestija 1. 10.):

„Trotz ihrer in der Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission im August übernommenen Verpflichtungen fuhr die Opposition offen fort, eigene Organisationszentren zu bilden, was dem wahren Sachverhalt nach ein Versuch ist, Keime einer zweiten, einer Trotzki-Partei zu schaffen. Gleichzeitig arbeitete die Opposition weiter an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau von Verbindungen mit verschiedenen aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossenen Gruppen in Deutschland und Frankreich. In der Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 27. September erklärte Trotzki, daß die Disziplin der Kommunistischen Partei für ihn nicht bindend sei, und trat für Serebrjakow, Preobraschenski und Scharow ein, die ihren eigenen Worten zufolge Organisatoren der in diesen Tagen aufgedeckten parteifeindlichen Geheimdruckerei waren."

Daran sei noch die Entschließung der Moskauer Ortsgruppe der Partei gegen Trotzki vom 7. Oktober gefügt, die die „Gefechtslage" gut zeichnet. Sie konstatiert

„eine in der Geschichte der bolschewistischen Partei unerhörte Verschärfung der Fraktionstätigkeit der Trotzki-Opposition gegen die Partei und ihr Zentralkomitee, was sich in letzter Zeit gezeigt hat: 1. in der Aufstellung und Verbreitung einer besonderen „Plattform", die tatsächlich ein neues Programm für eine neue Partei bedeutet; 2. in der Einrichtung einer illegalen Geheimdruckerei unter Hinzuziehung von bürgerlichen Intellektuellen; 3. in der dreisten Erklärung Trotzkis, daß die Disziplin der bolschewistischen Partei für ihn nicht verbindlich sei, und in der Erklärung aller Oppositionsvertreter, daß der Beschluß des Zentralkomitees, welcher eine Verbreitung der „Plattform" verbietet, von ihnen nicht befolgt werden würde; 4. in dem unerhört frechen Auftreten der Oppositionsvertreter in den Parteizellen und außerhalb der Partei mit Verleumdungen gegen die leitenden Parteizentren und einzelne Parteiführer. Alle diese Tatsachen sprechen deutlich dafür, daß die Opposition den Weg zur Zertrümmerung der Organisationsprinzipien der bolschewistischen Partei und zur Schaffung einer neuen Trotzkischen Partei betreten hat. Im gegebenen Moment bildet den Hauptpunkt der Wühlarbeit der Opposition die Störung der sachlichen Vorbereitung des 15. Parteikongresses, dessen Zusammensetzung und Beschlüsse die Opposition schon jetzt angreift. Das Plenum des Moskauer Komitees billigt voll und ganz die Ausschließung von Trotzki und Wujowitsch aus dem Exekutivkomitee der Komintern und billigt und unterstützt den Beschluß der Moskauer Kontrollkommission und der Zentralkommission, betreffend die Ausschließung der Sondergruppe aus den Reihen der Partei."

So ist der Endkampf in der bolschewistischen Partei eröffnet und nimmt immer schärfere Formen an. Er richtet sich in erster Linie gegen Trotzki persönlich, während Sinowjew kaum mehr erwähnt wird. In der Pressebehandlung hört man schon, daß Trotzkis Organisation ein Zentrum in Moskau und verschiedene Zweigstellen hat und von ihren Anhängern Beiträge erhält und wie eine sich bildende Partei aufträte. Scharf erklärte Trotzki, daß weder der 15. Kongreß der Partei noch der 11. Kongreß der Komintern für ihn irgendwelche Autorität besäßen.

Digitized by Google

V.

Das ist die Entwicklung bis Mitte Oktober. Aus Raummangel kann erst das nächste Heft den neuen Abschnitt schildern, der durch folgenden K a l e n d e r charakterisiert ist:

12. Oktober: Ausschluß von Preobraschenski, Serebrjakow und Scharow (s. o.) aus der Partei.
15.—20. Oktober: Tagung des „Zik" in Leningrad, zugleich als Beginn der Feiern des zehnjährigen Gedenktages des Novemberumschwungs von 1917.
16. Oktober: Das Leningrader Manifest (mit der Ankündigung des Siebenstundenarbeitstages).
17. Oktober: Ausschluß von Wujowitsch (s. o.) aus der Partei.
23. Oktober: Ausschluß von Trotzki und Sinowjew aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei.
7. November: Zehnjähriges Jubiläum des Sowjetstaates.

In der Berichtszeit hat also der Gegensatz und die Spannung scharf zugenommen, wie vorher wenigstens von außen jahrelang nicht erkennbar war. Der Kampf ist ohne Zweifel für die Einheit der bolschewistischen Partei gefährlich und kritisch und zeigt Anzeichen der Zersetzung und auch vorläufig einer gewissen Unsicherheit in der Führung.

Die Streitgegenstände und Streittheorien werden im einzelnen dabei nicht klarer, aber der G e g e n s a t z als solcher ist klar. Lassen wir den Streit um den „wahren Lenin" ganz beiseite; jede Richtung kann ihn für sich in Anspruch nehmen. Lassen wir auch beiseite, inwieweit und weshalb Trotzki, früher Menschewik, also sozusagen gemäßigt, heute Führer der kommenden „r u s s i s c h e n U n a b h ä n g i g e n" wird. Klar ist, daß er seine Angriffe richtet gegen die praktischen Zugeständnisse an die Bauernschaft und die immer noch bestehende bürgerliche Schicht und gegen eine S o w j e t b ü r o k r a t i e, die sich immer stärker, einfach dadurch, daß sie existiert und arbeitet, „verbürgerlicht". Die Unzahl der Ämter und staatlichen Unternehmungen mit ihrem Schreibwesen und ihrer Statistik hat zu einem gewaltigen Anschwellen des Sowjetapparates geführt. Abbauversuche sind gemacht worden, aber ohne Erfolg. Dieses gewaltige Beamtenwesen hat natürlich ein ebenso gewaltiges Beharrungsvermögen und widersetzt sich dadurch, daß es existiert, der Umwandlung in eine produktiv arbeitende Organisation. Die Führung der Regierung und Partei kann aber andererseits diesen großen Apparat nicht beiseite schieben, ohne selbst die Grundlage ihrer Macht zu erschüttern.

Trotzki deutet an, daß der Gegensatz zu gewaltsamen Ausbruch sogar führen könnte, weshalb eben immer die Erinnerung an den Thermidor oder den Bonapartismus herangeholt wird. Rykow hat aus einer Rede Trotzkis das folgende zitiert:

„In der französischen Revolution ist viel Volk guillotiniert worden. Auch wir haben nicht wenige erschossen. Aber in der französischen Re-

Digitized by Google

volution gab es zwei große Kapitel — das eine ging nach oben, das andere nach unten. Das muß man begreifen. Wenn das Kapitel nach oben ging, guillotinierten die französischen Jakobiner (die damaligen Bolschewisten) Weißgardisten und Girondisten. Auch bei uns hat es ein Kapitel gegeben, wo wir Oppositionellen zu denen gehörten, die füsilierten . . . Später begann in Frankreich ein anderes Kapitel, als die Thermidorianer aus den Reihen der rechten Jakobiner die linken Jakobiner zu erschießen begannen, welche die damaligen Bolschewisten darstellten. Wenn wir füsilierten, dann wußten wir genau, um welches Kapitel es sich handelte, aber darum fürchte ich, daß Ihr Euch anschickt, uns zu füsilieren (vorläufig auf dem Wege parteilicher Maßnahmen): auf Grund des Kapitels vom Thermidor uns zu füsilieren . . ."

Und gegen die Gefahr eines Gewaltstreiches rüstet sich Trotzki, indem er systematisch Unterschriften für sein Programm gegen Stalin sammelt: er hofft 15 000 Unterschriften zu erhalten. Er sieht oder glaubt zu sehen, daß der Kampf gegen ihn mit dem Ziele seiner Ausstoßung erster Schritt eines Planes wäre, den er eben mit einem bonapartistischen Staatsstreich vergleicht. Wenn wohl auch heute noch die Gefahr eines Gewaltstreiches der einen oder anderen Seite nicht direkt akut ist, so zeugt doch die Tatsache, daß davon gesprochen wird, von dem Grade der Spannung und der Gegensätze. Man wird so auf den Parteikongreß im Dezember sehr gespannt sein müssen.

VI.

Und Stalin? Er hat es immerhin für nötig gehalten, was bei ihm eine ganz große Ausnahme ist, in einem langen Interview an eine Delegation amerikanischer Arbeiter stärker an die Öffentlichkeit zu treten, als er bisher für richtig hielt. Die Wiedergabe dieses Interviews füllt in der Iswestija vom 15. 9. zehn große Seiten. Aber es ergibt nicht übermäßig viele Einblicke in diesen Kampf und vor allem in Stalins Stellung dazu. Auf die Frage nach seinem Konflikt mit Trotzki antwortete er nur:

„Die Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und Trotzki sind nicht persönlicher Natur. Wäre es ein persönlicher Streit, dann würde die Partei sich nicht darum kümmern. Ich verstehe die Frage so, daß sie nach den Meinungsverschiedenheiten in der Partei sich erkundigt. Über die Art dieser Meinungsverschiedenheiten haben aber Rykow in Moskau und Bucharin in Leningrad erst kürzlich sehr ausführlich berichtet. Ihre Reden sind veröffentlicht worden. Zu dem dort Gesagten habe ich nichts hinzuzufügen."

Sonst ist bemerkenswert noch die Antwort auf die Frage nach dem Außenhandelsmonopol:

„Es ist eine der unverrückbaren Grundlagen der Politik der Sowjetregierung. Zu der Frage der Delegation, in welchem Maße eine Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der kapitalistischen Industrie anderer Länder möglich sei, erklärte Stalin: „Das Bestehen kapitalistischer und sozialistischer Systeme schließt nicht die Möglichkeit von Verständigungen auf dem Gebiete der Industrie und des Handels und vielleicht auch im Bereiche diplomatischer Beziehungen aus. Ausfuhr und Einfuhr wie auch Kredite sind der geeignetste Boden für derartige Verständigungen. Wir führen eine Friedens-

Digitized by Google

politik und sind bereit, mit bürgerlichen Staaten Nicht-Angriffspakte und bis zur völligen Abschaffung stehender Heere Abrüstungsabkommen abzuschließen. Weitergehende Bedingungen können wir jedoch nicht annehmen."

Stalin ist sich darüber klar, daß die Verbindung mit der 3. Internationale und der Idee von der Weltrevolution, wie sie von Trotzki vertreten wird, die russische Politik nach innen und außen außerordentlich belastet. Er ist wohl auch sowohl in der inneren wie namentlich in der äußeren Politik zu den nötigen Kompromissen selber bereit, trotz seiner Ablehnung Europas und seines Mißtrauens gegen die kapitalistische Welt. Aber die an sich schon schweren Zumutungen an die den Massen eingehämmerten Parteiüberzeugungen werden, je stärker die Opposition wird, um so schwieriger für die Leitung und darum eben ist das Tempo, in dem die Parteileitung namentlich außenpolitisch in dieser Kardinalfrage vorgeht, so außerordentlich langsam.

Stalin ist 1879 als Sohn eines Bauern im Gouvernement Tiflis geboren, war früh Marxist, hat die üblichen Erlebnisse in Sibirien und im Gefängnis durchgemacht, war nach der Februarrevolution erster Sekretär Lenins, dann Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion. Er hat vor allem die Nationalitätenfrage in der bekannten Weise vertreten, hat auch das Kommissariat für nationale Minderheiten geleitet, das nach Begründung der Bundesverfassung aufgelöst wurde und ist heute, wie bekannt, der Generalsekretär der Partei, der nach außen so wenig wie möglich hervortritt, aber dadurch, daß er die Partei vollkommen in der Hand hat, auch den Staat seinerseits beherrscht und beherrschen will. Er kennt Europa nicht, aber das ganze russische Reich durchaus, und das Geheimnis seines Einflusses liegt darin, daß er jederzeit genau weiß, was in der Partei überall vorgeht.

Seine politischen Vorstellungen sind hier oft umrissen worden. Ihm nun wirft die Opposition vor, daß er, indem er sich auf den mittleren Bauern stützt, den Großbauern habe wieder groß werden lassen und daß er die Partei habe bürokratisch erstarren lassen. Er hat jene Tagung im August nicht benutzt, um die Gegner aus dem Zentralkomitee zu entfernen. Die Entwicklung seitdem hat gezeigt, daß sie noch viel rühriger und gefährlicher geworden sind. So wird er heute zweifellos mehr in die Defensive gedrängt sein als vor ein paar Monaten und es wird für ihn alles darauf ankommen, den Parteikongreß entsprechend sicher vorzubereiten. Ein nochmaliges Kompromiß dieses Stils wäre nicht nur seine Niederlage, sondern auch der Bruch in der Partei.

Ob es überhaupt möglich ist, die Einheit der Partei wie bisher aufrecht zu erhalten, ob nicht die ganze Entwicklung schließlich drängt, es auf die Spaltung ankommen zu lassen und dadurch die bisherige Parteidiktatur umzugestalten oder umzubiegen, das ist noch nicht abzusehen. Aber das Fazit im ganzen aus dieser detaillierten Schilderung ist, daß deutlich beweisbare und nicht

Digitized by Google

zu bestreitende Anzeichen einer Parteizersetzung in diesem Sinne vorhanden sind, deren die einheitliche Führung der Partei heute nicht mehr Herr ist oder vorsichtiger ausgedrückt, noch nicht Herr werden will.

VII.

Diese Kämpfe sind so wesentlich und beherrschen das öffentliche Leben Rußlands so vollständig, daß wir alle andere Fragen beiseite lassen, auch so wichtige Fragen, wie die der Stimmung in der Armee, die Herbstmanöver dieser Armee, die Prozesse gegen den General Annenkow (Verurteilung zum Tode 12. August) und gegen die Monarchisten in Leningrad und den Spionageprozeß ebenda gegen die Brüder Prove (Verurteilung zum Tode 24. Oktober). Nur ein sehr wichtiger Vorgang auf kirchlichem Gebiete ist zu verzeichnen, über den die Iswestija (19. 8.) Auskunft gab.

Es ist die Erklärung des Synods der allrussischen rechtgläubigen Kirche über das neue Verhältnis der Kirche zum Sowjetstaat vom 29. Juli 1927. Diese Erklärung ist vom Verweser des Patriarchats, dem Metropoliten Sergius und sieben Erzbischöfen, Mitgliedern des Provisorischen Heiligen Synods unterschrieben, und bedeutet ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Rußland.

Sergius, Metropolit von Nishny-Nowgorod, hat die Nachfolge des Patriarchen Tichon angetreten, nach dem Tode des ersten Nachfolgers des Metropoliten, Peter Krutitzki. Unter diesem war ja das Verhältnis zwischen Sowjetregierung und Kirche etwas milder geworden, aber von Versöhnung und Anerkennung war keine Rede. Das Verhältnis zwischen Sowjetregierung und Kirche blieb das bisherige des Mißtrauens und der Feindseligkeit, der Schwierigkeit der Bewegung für die Kirche, des Kampfes mit der sogenannten lebenden Kirche. Wir können nicht kontrollieren, ob Mitteilungen der „Times“ stimmen, die immerhin wichtig sind, daß nämlich mit der Verschärfung der außenpolitischen Lage Rußlands die Armee der Sowjetregierung nahegelegt habe, sich mit der Kirche zu versöhnen, um auch dieses Element im Falle eines Krieges mit für die allgemeine Stimmung zu gewinnen. Demgemäß habe sich die Sowjetregierung mit Sergius, der nach Krutitzkis Tode provisorisch das Patriarchat übernahm, versöhnt und dieser hat im Mai tatsächlich mit Zustimmung der Regierung eine provisorische Patriarchatssynode gründen können. Das Programm dafür hat Sergius in einer Denkschrift im Mai der Regierung vorgelegt, auf deren Grundlage die Verständigung zustande kam.

Damit ist ein erster Schritt zur neuen Organisation der Kirche getan, die nunmehr eine anerkannte Spitze in dieser Patriarchatssynode hat. Die Kirche bleibt eine private

Digitized by Google

Vereinigung, aber ist legalisiert. Die Leistung von seiten der Kirche ist das Bekenntnis zur Loyalität gegenüber der weltlichen Macht. Die entscheidenden Sätze vom 29. Juli in der Proklamation sind (wir geben das nach der Übersetzung im Oktoberheft der Europäischen Gespräche Seite 540 f. wieder):

„Mit der Errichtung eines provisorischen heiligen Synods an meiner Seite festigt sich die Hoffnung, daß unsere ganze kirchliche Verwaltung in die gehörige Form und Ordnung gebracht wird, wächst auch die Überzeugung, daß es für uns möglich ist, friedlich zu leben und uns in gesetzlichem Rahmen zu betätigen. Auch jetzt, wo wir beinahe das Ziel unserer Anstrengungen erreicht haben, hören die Ausfälle der Feinde jenseits der Grenzen nicht auf: Morde, Brandstiftungen, Überfälle, Sprengungen und ähnliche Erscheinungen des unterirdischen Kampfes stehen uns allen vor Augen; das alles stört den friedlichen Gang des Lebens, indem es eine Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens und voll aller möglichen Verdächtigungen entstehen läßt. Um so notwendiger ist es für unsere Kirche und um so mehr Pflicht für uns alle, für jeden, dem ihre Interessen teuer sind und der sie auf die Bahn einer legalen und friedlichen Existenz führen will — wir sagen: um so mehr ist es Pflicht für uns, jetzt zu zeigen, daß wir im kirchlichen Leben Wirkenden nicht mit den Feinden unseres Sowjetstaates sind und mit den sinnlosen Waffen ihrer Intrigen nichts zu schaffen haben, sondern daß wir mit unserem Volk und unserer Regierung sind.

Unsere Bitte, dem Synod zu gestatten, die Funktion der die rechtgläubige allrussische Kirche verwaltenden Stelle aufzunehmen, war von Erfolg gekrönt. Jetzt besitzt unsere rechtgläubige Kirche in der Union eine nicht nur nach kanonischem Recht, sondern auch nach den bürgerlichen Gesetzen völlig legale zentrale Verwaltung. Und wir hoffen, daß die Legalisierung sich allmählich auch auf unsere niedere kirchliche Verwaltung, die Eparchien, Kreise usw. erstrecken wird.

Wir senden unsere Dankgebete zum Herrn, der unsere heilige Kirche so begnadet. Wir bringen hiermit auch der Sowjetregierung öffentlich unseren Dank zum Ausdruck dafür, daß sie den geistlichen Nöten der rechtgläubigen Bevölkerung solche Aufmerksamkeit zuwendet, und zugleich geben wir der Regierung die Zusicherung, daß wir das uns erwiesene Vertrauen nicht mißbrauchen werden.

Denn wir müssen nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat zeigen: daß treue Bürger der Sowjetunion, die der Sowjetobrigkeit loyal gegenüberstehen, nicht nur solche Leute sein können, die sich zum rechten Glauben gleichgültig verhalten, nicht nur von ihm Abtrünnige, sondern ebensosehr seine eifervollsten Anhänger, denen der Glauben teuer ist, weil er, mit allen seinen Dogmen und Überlieferungen und in seiner ganzen kanonischen und gottesdienstlichen Ausgestaltung, die Wahrheit und das Leben ist.

Wir wollen Rechtgläubige sein und zugleich die Sowjetunion als unsere bürgerliche Heimat anerkennen, deren Freuden und Erfolge unsere Freuden und Erfolge, deren Mißerfolge auch die unsrigen sind. Jeder Schlag der gegen die Union geführt wird, sei es Krieg, Boykott, irgendeine allgemeine Heimsuchung oder einfach ein Mord aus dem Hinterhalt wie der Warschauer, soll von uns empfunden werden als ein Schlag gegen uns. Rechtgläubig, wie wir geblieben sind, erinnern wir uns unserer Pflicht, Bürger der Union zu sein „nicht nur aus Furcht, sondern auch aus Gewissenspflicht", wie uns der Apostel gelehrt hat (Römer 13, 5) und wir hoffen, daß mit Gottes Hilfe, mit Eurer allgemeinen Mitwirkung und Unterstützung diese Aufgabe durch uns gelöst werden wird.

Nur Stubengelehrte können denken, daß eine so riesige Gemeinde wie unsere rechtgläubige Kirche mit ihrer ganzen Organisation im Staate ruhig

Digitized by Google

existieren kann, indem sie sich vor der Obrigkeit verbirgt. Jetzt, wo unser Patriarchat, indem es den Willen des heimgegangenen Patriarchen erfüllt, sich entschieden und unabänderlich auf den Weg der Loyalität begibt, wird den Anhängern der erwähnten Stimmung auferlegt, entweder sich zu bezwingen, das heißt sie müssen, indem sie ihre politischen Sympathien zu Hause lassen, in die Kirche nur den Glauben mitbringen und mit uns nur um des Glaubens willen arbeiten; oder wenn sie sich auf einmal nicht bezwingen können, dürfen sie uns wenigstens nicht stören und müssen sich für eine Weile der Tätigkeit enthalten."

Diese Wendung macht auch zur Notwendigkeit die Auseinandersetzung mit der Geistlichkeit in der Emigration, die in zwei Lager, das konservative unter dem Metropoliten Antonius („Synod" in Jugoslawien) und das liberale unter dem Metropoliten Eulogius, geteilt ist. Sergius fordert die Geistlichkeit im Ausland auf, schriftlich die Loyalität der Sowjetregierung gegenüber für ihre ganze öffentliche Tätigkeit zu erklären.

„Wer eine solche Erklärung nicht abgibt oder ihr zuwiderhandelt, wird aus dem Klerus, der dem Moskauer Patriarchat untersteht, ausgeschlossen werden. Wir meinen, daß wir, nachdem wir eine solche Scheidungslinie gezogen haben, vor jeder Überraschung vom Ausland her gesichert sein werden. Andererseits kann vielleicht unsere Anordnung viele zum Nachdenken veranlassen, ob es nicht auch für sie an der Zeit sei, die Frage ihres Verhältnisses zur Sowjetregierung zu revidieren, damit sie nicht mit ihrer heimatlichen Kirche und ihrer Heimat brechen müssen."

Schließlich soll ein neues zweites Reichskonzil in Aussicht genommen werden, das nunmehr die endgültige zentrale Kirchenverwaltung zu wählen habe und auch die Entscheidung über die sogenannte lebendige Kirche zu fällen hätte. Damit tritt die russische Kirche wieder auf den Plan, in einer ersten neuen Organisation und in einer Zusammenarbeit zwischen Patriarchat, das wieder belebt ist, und Konzil, in dem die Gläubigen selbst mitraten und -taten sollen.

Das ist eine große und bedeutungsvolle Wendung, deren Motivierung die „Iswestija" (19. 8.) ganz klar gibt, daß die Stimmung in Arbeiter- und Bauernkreisen vor den Gefahren von England her die Geistlichen über die notwendige Stellungnahme der Gläubigen gegenüber dem Sowjetstaat aufgeklärt habe und daß daraus der Schritt des Verwesers des Patriarchats sich erkläre. Dieser Kommentar und die Erklärung des Metropoliten stimmen insofern zusammen, daß die Legalisierung der orthodoxen Kirche und auf der anderen Seite die Erklärung der Loyalität für die Sowjetpolitik ein Teil der Vorbereitung auf den Kriegsfall sein soll!

Abgeschlossen 27. Oktober 1927.

Digitized by Google

II. Wirtschaftsumschau.

Von Dr. Robert Schweitzer (in Vertretung).

I. Zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres.

Der Beginn eines neuen Wirtschaftsjahres ist regelmäßig willkommener Anlaß für die Sowjetpresse zu grundsätzlichen Erörterungen über die Wirtschaftsstruktur der Sowjetrepublik. Charakteristisch für die Wirtschaft der Sowjetrepublik ist ein Dualismus. Neben sozialistischen Elementen (Industrie, Banken, Außenhandelsmonopol) bestehen kapitalistische (Landwirtschaft, Privathandel). Man weiß, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie oder, anders ausgedrückt, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung für die Zukunft der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung ist. Es muß zwischen den beiden genannten Zweigen der Volkswirtschaft ein Interessenausgleich gefunden werden. Dieser Interessenausgleich forderte 1921 den Übergang zur neuen ökonomischen Politik, die von Lenin als nötiger Umweg zur Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaftsordnung bezeichnet wurde, jedenfalls aber eine Verbeugung vor dem Individualismus des Bauern darstellte. Welches Verhältnis besteht nun zwischen Industrie und Landwirtschaft zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres? Von dem wachsenden Produktionsergebnis der Volkswirtschaft entfielen 1924/25 auf die Landwirtschaft 67,6 % und auf die Industrie 32,4 %. Die entsprechenden Zahlen für 1925/26 sind 64,1 % und 35,9 %, für 1926/27 62 % und 38 % und für 1927/28 (Kontrollziffern!) 58,9 % und 41,1 %. Der relative Anteil der Landwirtschaft fällt also und der der Industrie steigt. In diesen Zahlen haben wir den Niederschlag der sogenannten Industrialisierung (die Schwerindustrie marschiert an der Spitze). Es ist nun die Frage, ob diese Entwicklung zu dem wünschenswerten Interessenausgleich zwischen Arbeiter und Bauer führen kann. Die Einstellung des Bauern wird zunächst davon abhängen, in welchem Maße die Industrialisierung sein Einkommen beeinflußt. Wie steht es nun damit? Die Steigerung der Einkommen vollzog sich in den letzten Jahren folgendermaßen (prozentual im Vergleich zum Vorjahre): Bei der städtischen Bevölkerung 1925/26 Zunahme um 40 %, 1926/27 um 14,4 % und 1927/28 um 5,9 % (Kontrollziffer!), bei der ländlichen Bevölkerung 1925/26 Zunahme um 24,8 %, 1926/27 um 8,2 % und 1927/28 um 5,1 % (Kontrollziffer!).

Mit der Industrialisierung ging also ein Einkommensausgleich der ländlichen und städtischen Bevölkerung Hand in Hand, was in bezug auf den Interessenausgleich als günstig anzusprechen ist. Letzten Endes ist aber eine vernünftige Einkommensrelation noch nicht das Entscheidende für die Lösung des Problems der Schaffung harmonischer Zusammenarbeit in einem raboče-krestjanskij blok (Arbeiter- und Bauernblock). Das Problem kommt

Digitized by Google

der Lösung erst näher, wenn es der staatlichen Industrie gelingt, die ländliche Bevölkerung in ausreichendem Maße und zu erträglichen Preisen mit Industrieerzeugnissen zu versorgen. Und in dieser Beziehung scheint sich die Lage zu verschlechtern, wie später noch eingehend zu zeigen sein wird.

II. Von der Realisierung der Ernte.

Die Zentralstatistische Verwaltung hat vor kurzem u. a. nähere Angaben über den Rhythmus der Getreidebeschaffungskampagne von 1926/27 im Vergleich mit 1925/26 veröffentlicht. Es ist wichtig, den Rhythmus der letzten Jahre zu kennen, weil durch den Vergleich die Würdigung der monatlichen Ergebnisse der laufenden Kampagne erleichtert wird. Für das Beschaffungsjahr 1925/26 war eine beträchtliche Schwankung zwischen den einzelnen Monaten charakteristisch. Die größte Monatsmenge wurde im September erfaßt. Nach einem vorübergehenden Rückgang von September bis Dezember erfolgte dann ein erneutes Steigen bis Februar, und der Anteil des zweiten Halbjahres am Gesamtaufkauf war größer als der des ersten Halbjahres. Anders 1926/27. Es zeigten sich keine derartigen Schwankungen wie 1925/26. Die größte Monatsmenge brachte wie 1925/26 der September, dann aber zeigt sich ein langsames Fallen bis zum Jahresende, und im Gegensatz zu 1926/27 war das Ergebnis des ersten Halbjahres größer als das des zweiten, was mit den Steuerterminen in Zusammenhang stand. Die Festsetzung der Steuertermine ist ein wichtiger Faktor in der Hand der Regierung für die Einwirkung auf den Gang der Ernteerfassung.

Wie steht es nun mit der diesjährigen Ernterealisierung? Es liegen die Ergebnisse bis zum 1. Oktober d. J. vor. Zunächst die Ergebnisse des August. Er erscheint jeweilig als der erste Monat der Herbsterfassungssaison, und Hauptartikel dieser Saison ist das Getreide. Das Ergebnis der planmäßigen Getreideerfassung im August beziffert sich auf 928 000 t (gegen 737 000 August 1926). Die größte Steigerung gegenüber dem Vorjahre findet sich beim Brotgetreide (Weizen + 26 %, Roggen + 89 %, Gerste allerdings — 71,4 %). Verursacht ist die Augustkonjunktur des Getreidemarktes durch die Fortsetzung der Steigerung der Ankaufspreise bei gleichzeitig sinkenden Kleinhandelspreisen.

Günstige Ergebnisse zeigte, wie in den Vormonaten, der Aufkauf von Häuten, relativ ungünstige der von Eiern und Butter.

Im September wurden 1 607 807 t Getreide (einschl. Ölsaaten) erfaßt, davon 747 547 t Weizen, 356 483 t Roggen und 286 880 t Ölsaaten. Am 1. Oktober waren seit Beginn der Kampagne 2 724 550 t gegenüber 2 535 158 t Getreide angekauft (d. h. 14,7 % mehr als planmäßig vorgesehen). Bemerkenswert ist, besonders im Hinblick auf die obigen Ausführungen, daß, wie in den Vorjahren der September, ein beträchtlich größeres Ergebnis aufweist als der August.

Digitized by Google

Ein Übelstand sind die alljährlich mit der Beschaffungssaison einsetzenden Schwankungen der Aufkaufspreise, die in diesem Jahre noch größer waren als im Vorjahre, was folgende Zahlen beweisen (in Kopeken für die Tonne):

	Roggen		Weizen	
	1926	1927	1926	1927
Juli	403	466	619	631
August (6.—10.)	409	483	636	698
„ (20.—25.)	421	473	659	713
Sept. (6.—10.)	425	463	660	696
„ (20.—25.)	433	449	656	673

Diese Schwankungen zeigen, daß es in bezug auf die Planmäßigkeit des Aufkaufes noch viel zu bessern gibt. Es ist den staatlichen Aufkaufsorganisationen noch nicht gelungen, sich die für eine wirksame Intervention auf dem Getreidemarkte notwendigen Vorräte zu schaffen.

Ferner geben die Zahlen eine Bestätigung der bereits oben erwähnten Tatsache, daß das Preisniveau gegenüber dem Vormonat nicht unwesentlich gestiegen ist. Hand in Hand mit diesem Steigen der Beschaffungspreise vollzog sich im August 1927 eine Senkung der Absatzpreise. Nach den Angaben der Zentralstatistischen Verwaltung fielen die Absatzpreise des Großhandels in bezug auf Roggen um 1,2 % (bei Fleisch Erhöhung um 1,2 %, bei Butter und Eiern um 1,9 %). Bedeutend größer war die Senkung im Bereiche des Kleinhandels. Der Roggenpreis fiel hier um 10.3 %, Weizen um 7,4 %, Hafer um 16,3 % und Gerste um 10,9 %. Diese Erscheinung wird von der Sowjetpresse außerordentlich begrüßt. Und nicht mit Unrecht. Man weiß, daß diese im allgemeinen noch immer viel zu hohe Spanne zwischen Aufkauf- und Absatzpreisen (besonders beim Kleinhandel) den größten Mangel im Bereiche der Ernterealisierung darstellt. Geschrieben ist hierüber schon genug, besonders im letzten Wirtschaftsjahre, das ja allgemein als Rationalisierungsjahr bezeichnet wird. Bedauerlich aber ist nur, daß man gerade an den Punkten, wo eine Rationalisierung am nötigsten war (und hier haben wir eine solche Stelle!), kaum vorwärts gekommen ist. Wir werden im nächsten Abschnitt bei der Industrie eine ähnliche Feststellung machen können. Wenn die oben gekennzeichnete Bewegung des August sich fortsetzen sollte, so wäre für die Durchführung der Rationalisierung schon viel gewonnen.

III. Aus der Industrie.

Nach dem beträchtlichen Rückgang der Produktion im Juni und Juli setzte im August wieder eine Steigerung ein. Die Bruttoproduktion der Schwerindustrie betrug in diesem Monat in Vorkriegswerten 352,2 Millionen Rubel gegen 301,5 Millionen Rubel im Juli (Steigerung um 16,8 %). Davon entfielen auf Produktions-

Digitized by Google

mittelproduktion, die im Juni und Juli um 15 % gesunken war, 209,4 Millionen (gegenüber 190,3 Millionen Rubel im Juli, d. h. Steigerung um 10 %) und auf die Produktion von Gebrauchsgütern, die sich im Juni und Juli um 30 % gesenkt hatte, 142,8 Millionen Rubel (gegenüber 111,1 Millionen Rubel, d. h. Steigerung um 28,5 %).

In den ersten 11 Monaten 1926/27 ist die Bruttoproduktion der Industrie gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mengenmäßig um 19 % (Produktionsmittel um 23,7 % und Gebrauchsgüter um 14,3 %) gestiegen. Da die Veränderung im Arbeiterbestande ganz unbeträchtlich war, bedeutet das eine Erhöhung der Produktivität des Arbeitenden, mit der es in den Sommermonaten relativ schlecht bestellt war.

Im einzelnen geht die Entwicklung der Produktionsergebnisse aus folgender Zahlenzusammenstellung hervor: [1])

	1927 Juli	Aug.1927 Aug. in % z. Vormonat	Aug.1926 Aug.1927 i. % z. Aug.1926	
Steinkohle (1000 t)	2244,9	2433,1	99,6	96,8	125,0
Naphtha (1000 t)	856,4	855,5	99,9	103,2	109,0
Roheisen (1000 t)	244,2	245,1	100,4	102,1	125,9
Stahl (1000 t)	281,2	303,4	107,9	106,6	119,8
Walzwerkserzeugnisse (1000 t)	186,7	219,2	117,4	105,7	114,4
Baumwollgewebe (Mill. m)	138,2	176,2	127,5	132,2	102,8
Wollgewebe (1000 m)	4862	7477	159,7	131,0	140,2
Leingewebe (qm)	7001	9416	134,5	143,3	46.6

Die größte Produktionssteigerung zeigt sich danach bei der Textilindustrie (besonders in der Wollindustrie).

Mehr als dieses absolute Zahlenmaterial interessieren aber nun Beziehungsgrößen. Wir wollen wissen, in welchem Grade diese Produktionsmengen für die Bedarfsdeckung ausreichen. Ein Hilfsmittel für die Beurteilung geben uns die laufenden Berichte der „Ekon. Žizń", in denen die Bruttoproduktion der Summe der gewöhnlichen Abschlüsse (sdelki) und der sogenannten gendogovorov (Generalverträge) gegenübergestellt ist.

Die jährliche Steigerung der Produktion und die der Summe der Geschäftsabschlüsse zeigt folgende Tabelle:

1926/27 in % zu 1925/26:

Bruttoproduktion (umgerechnet auf Großhandelsindex der Zentralstatistischen Verwaltung)

Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
26,5	30,0	29,1	27,8	26,0	24,3	21,3	21,6	21,5	20,9	19,4

Summe der Geschäftsabschlüsse

Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
36,9	38,2	30,2	29,4	27,8	27,7	19,4	21,0	21,5	20,1	21,0

Die Zahlen sehen harmlos aus und stellen doch ein bedenkliches Krankheitssymptom dar. Der Entspannung auf dem Waren-

[1]) Entnommen der Ekon. Žizń vom 27. 9. 1927.

Digitized by Google

markte in der ersten Hälfte 1926/27, die mit einer Ansammlung von Vorräten verbunden war, folgte eine merkliche Entspannung Frühjahr 1927, und gegenwärtig geht es wieder einer merklichen Spannung entgegen. Dieser Wechsel zwischen Unterproduktion und Absatzkrise verträgt sich natürlich absolut nicht mit der sowjetrussischen Planwirtschaft. Diese Entwicklung ist ganz „außerplanmäßig" und verlangt besondere Aufmerksamkeit im Rahmen der russischen Wirtschaftspolitik.

Das gleiche kann von der Selbstkostengestaltung in der Industrie gesagt werden. Hier haben wir den schon oben angedeuteten Kardinalmißstand innerhalb der sowjetrussischen Wirtschaft. Man hatte für das letzte Wirtschaftsjahr neben einer allgemeinen Preissenkung auch eine allgemeine Kostensenkung im Ausmaße von 5 % vorgesehen. In ersterer Hinsicht hatte man auch gewisse Erfolge aufzuweisen, in letzterer aber einen glatten Mißerfolg. Das ist um so bedauerlicher, weil auf die Dauer eine Preissenkung ohne Selbstkostensenkung nicht durchführbar ist. Es kam im Wirtschaftsjahre 1926/27 gar nicht zu einer Senkung der Selbstkosten. Im Vergleiche mit dem Vorjahre erfolgte in der ersten Jahreshälfte sogar eine durchschnittliche Erhöhung der Selbstkosten um 1,1 %. Wichtige Industriezweige wiesen eine mehr oder weniger große Erhöhung ihrer Selbstkosten auf, die Steinkohlenindustrie eine Erhöhung von 2,6 %, die Metallindustrie um 1,44 % und der Erzbergbau des Südens sogar eine solche von 10,7 %. Näheren Aufschluß über die Ursache dieser Erscheinung gibt eine eingehende Kostenanalyse. Sie wird in Sowjetrußland auch in der erforderlichen Spezialisierung aufgestellt. Das Hauptübel liegt in dem zu großen Aufwandsposten tekuščie remonty (laufende Erneuerungen). Während hier nur die Ausgaben für laufende, planmäßige Erneuerungsarbeiten ausgewiesen sein sollten, sind in diesem Posten sehr häufig Ausgaben für außerplanmäßige Erweiterungen der betreffenden Unternehmungen enthalten, die der Entwicklung vorauseilen und wenigstens zunächst im Hinblick auf die Selbstkostengestaltung eine unerträgliche Belastung, eine unverantwortliche Erhöhung des indirekten Aufwandes bedeuten. Erweist sich diese Kapitaldisposition auf lange Sicht als falsch, so wird auch die durch diese Investierung bewirkte finanzielle Anspannung verewigt. Das Kostenbild wird danach bewußt verschleiert. Nach der betriebswirtschaftlichen Pressekritik erfolgt die „Kostenfrisur" im Bereiche des indirekten Aufwandes, weil dieser an dem Mißerfolg der allgemeinen Kostensenkung schuld ist, während auf dem Gebiete des direkten Aufwandes kleine Erfolge erreicht sein sollen. Aber wie dem auch sei, jedenfalls sind in diesem Zusammenhange zwei erhebliche Mißstände zu erkennen: Erstens ist es trotz aller offiziösen Aufforderungen zur Rationalisierung nicht zu einer allgemeinen Kostensenkung gekommen, und zweitens huldigt man auch in der verstaatlichten russischen Industrie in bezug auf die Kosten-

Digitized by Google

rechnung dem „bewährten" Rezept der in Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung mit großer Technik geübten Bilanzverschleierung. Man spielt Versteck, verbirgt unbequem hohe Kostenbeträge dort, wo sie zu den relativ geringsten Beanstandungen führen. Diese Methode ist für die Durchführung der Rationalisierung ganz besonders schädlich. Sie zerstört die für eine zielbewußte Betriebspolitik unbedingt nötige Klarheit und Zuverlässigkeit des Rechnungswesens.

Der STO geißelt öffentlich diese Mißstände und verlangt erneut und mit großer Schärfe die restlose Durchführung der befohlenen Kostensenkung. Die Mittel, die er zur Verwirklichung dieses Zieles vorschlägt, sind nicht uninteressant: weitgehende Kontrollmaßnahmen und Aufklärung des gesamten Betriebspersonals über die außerordentliche Tragweite der Kostensenkung. Dann schreckt er auch nicht davor zurück, die Einführung von Prämien für wirtschaftliches Arbeiten zu verkünden. Durch materielles Interesse am Produktionsprozeß soll der Arbeiter zur Leistungssteigerung veranlaßt werden. Man muß also auch in der sozialisierten Industrie das Interesse durch materielle Sonderzuwendungen wecken. Das verstößt zwar gegen die Theorie, wird aber in Kauf genommen, weil man anders nicht zum Ziele gelangt.

In diesem Zusammenhange interessieren auch die vom Volkskommissar der Finanzen durchgeführten Rentabilitätsberechnungen der Industrie. Die Zahlen von 1925/26 liegen vor. Danach betrug der Gesamtgewinn 429,7 Millionen Rubel (14,6 % der Selbstkosten) und die Rentabilität des Gesamtkapitals der Industrie (Verhältnis von Gewinn zu Gesamtkapital) etwa 8,2 %. Die durchschnittliche Rentabilität der Vorkriegszeit (12,9 %) ist noch nicht erreicht. Zu ihrer Entschuldigung weisen die Leiter der Unternehmungen darauf hin, daß die Rentabilität in dem Rußland der Vorkriegszeit durch die Ausbeutung der arbeitenden Klassen erkauft wurde und daß die Lage heute, relativ betrachtet, schon günstiger als vor dem Kriege sei, weil von den 12,9 % Gewinn der Vorkriegszeit höchstens 7 bis 7,5 % für Zwecke der Ausweitung der Produktionskapazität verwendet wurden und der andere Teil unproduktiven Zwecken diente, während heute der gesamte Gewinn für die Erweiterung der Anlagen Verwendung findet. Der erste Hinweis ist nicht ganz unberechtigt, der letzte aber eine ganz vage Schätzung und eine noch kühnere Behauptung. Die Bestimmung der Gewinnquote, die der Unternehmer der Vorkriegszeit wirklich unproduktiv anlegte, ist jedenfalls sehr schwer durchzuführen.

IV. Vom Binnenhandel.

Der August 1927 zeigte in bezug auf die Lage des Binnenhandels weiteres Anwachsen der Nachfrage nach allen marktgängigen Waren. Hand in Hand damit ging eine Abnahme der

Digitized by Google

Lagervorräte sowohl beim Produzenten wie auch beim Großhandel. Die Gesamtumsätze der Moskauer Warenbörse, der 14 Provinzbörsen und der Nischni-Nowgoroder Messe wuchsen im Vergleiche mit dem Vormonat um 47,7 %. Diese Steigerung geht über die in der entsprechenden Zeit der Vorjahre weit hinaus (August 1926 Steigerung um 17,8 %, August 1925 um 14,5 %). Die Gründe für dieses starke Anwachsen der Nachfrage sind vornehmlich in erhöhter bäuerlicher Kaufkraft zu suchen. Der Bauer hat eine gute Ernte zu realisieren, und vor allem ist der Absatz von Produkten der Viehzucht in diesem Jahre rentabel. Andere konjunkturbelebende Momente sind die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Senkung der Preise für Industrieerzeugnisse.

Im Gegensatz zum Großhandel wird die Lage des Kleinhandels durch geringe Senkung der Umsätze und einigermaßen stabile Lagerbestände charakterisiert. Das hat seinen Grund in dem überall zu beobachtenden Mangel an Industriewaren, besonders an Baumwollwaren und an Schuhzeug. Auf das Bedenkliche der Tatsache des steigenden Warenhungers ist in anderem Zusammenhange schon hingewiesen worden.

Die gegenwärtige Binnenhandelskonjunktur kommt nun auch in den Ergebnissen der Nischni-Nowgoroder Messe zum Ausdruck, über die, soweit die Ergebnisse vor vier Wochen zu überblicken waren, schon in der vorigen Wirtschaftsumschau berichtet wurde. Jetzt ist das Messegeschäft beendet und deshalb ein Gesamtrückblick am Platze. Der Börsenumsatz der Messe beziffert sich auf 169 044 000 Rubel, d. s. 10 % mehr als im Vorjahre. Es ist aber zu beachten, daß diese Ziffer nicht alle Umsätze umfaßt. Es fehlen die innergenossenschaftlichen, die nicht der Börsenregistrierung unterliegen. Sie werden auf etwa 40 Millionen Rubel geschätzt, so daß man letzten Endes zu einem Gesamtumsatz der Messe von 210 Millionen Rubel des Vorjahres kommt. Der oben bereits gekennzeichnete allgemeine Warenmangel ließ das Messegeschäft recht flott vonstatten gehen, schuf aber erklärlicherweise für den Käufer relativ ungünstige Zahlungsbedingungen. Verschärfend wirkte in dieser Beziehung die Kreditrestriktion. Die Kreditversorgung der Messe bezifferte sich in diesem Jahre auf 8 % des Umsatzes gegenüber 25 % des Vorjahres. Eine weitere Folge des Warenmangels ist die Zunahme der Musterkäufe und -verkäufe, sowie der Lieferungsgeschäfte (Barkäufe dieses Jahr nur 17 % des Umsatzes gegenüber 23 % des Vorjahres). Diese Entwicklung ist aber wegen der günstigen Beeinflussung der Aufwandsentwicklung (Ersparung an Transport- und sonstigen Bestandteilen des indirekten Aufwandes) zu begrüßen.

Von der Bedeutung der Messe für die Beziehungen mit den östlichen Ländern ist in der vorigen Wirtschaftsumschau schon die Rede gewesen. In diesem Heft müssen noch einige Ergänzungen gegeben werden. Auf die Länder des Ostens entfielen von dem

Digitized by Google

Gesamtumsatz 42 Millionen Rubel (im Vorjahre 33 Millionen Rubel) und auf den Umsatz der Erzeugnisse der Kustarindustrie (Heim-), der der Messeleitung neben der Pflege der Beziehungen mit den östlichen Ländern besonders am Herzen liegt, etwa 60 Millionen Rubel. Stark aktiv beteiligten sich am Messegeschäft von den östlichen Ländern Persien, West-China und Afghanistan. Ein genaueres Bild über die Umsätze mit dem Osten gibt folgende Zahlenaufstellung:

Umsätze der Nishnij-Nowgoroder Messe.

Gesamtumsatz mit dem Osten	42 102 750	Rubel
davon:		
Export	15 532 363	„
Import	26 569 658	„
Umsätze nach einzelnen Ländern:		
Persien	32 842 154	„
West-China	7 043 685	„
Afghanistan	929 015	„
Irak	827 546	„
Türkei	100 000	„
Mongolei	30 371	„
Ägypten und Arabien	313 750	„
Griechenland	14 500	„

Unter den Importwaren (Wolle, Baumwolle, trockene Früchte, Reis) hob sich in diesem Jahre der relative Anteil von Reis und bei den Exportwaren (Manufakturwaren, Naphthaprodukte, Streichhölzer u. a.) der der Manufakturwaren.

Sehr bedeutsam ist dann, daß im letzten Jahre der Anteil des privaten Handels am Messegeschäft beträchtlich zurückgegangen ist. 1927 stellten nur 721 private Firmen aus gegenüber 1393 im Vorjahre. Die Zufuhr privater Firmen zur diesjährigen Messe belief sich auf 2064 t (d. s. 6 % der Gesamtzufuhrmenge). Auch diese Erscheinung wird von der Messeleitung als Erfolg begrüßt. Dadurch glaubt man die Struktur des Messegeschäfts der allgemeinen Handelsstruktur anzugleichen und damit allem Mißbehagen, mit dem die Regierung in früheren Jahren gerade wegen der starken Beteiligung des privaten Handels das Messegeschäft in Nishnij-Nowgorod betrachtete, den Boden zu entziehen. Diese Überlegung der Messeleitung ist zweifellos richtig, denn die russische Regierung wird und muß auf Grund ihrer grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Einstellung jede Maßnahme begrüßen, die den Einfluß des privaten Handels mindert.

V. Vom Außenhandel.

Die Ergebnisse des Außenhandels über die europäische Grenze liegen für 11 Monate und die des Handels über die asiatische Grenze für 10 Monate des verflossenen Wirtschaftsjahres vor. Für diese Zeit beträgt der gesamte Außenhandelsumsatz

Digitized by Google

1322 Millionen Rubel, davon 691,4 Millionen Export und 630,6 Millionen Import. Es ergibt sich aus diesen Zahlen ein Aktivsaldo von 60,8 Millionen Rubel gegen einen Passivsaldo von 101,6 Millionen für die entsprechende Zeit des Vorjahres. Der Export wuchs um 16,1 %, während der Import um 9,9 % sank. Der gesamte Außenhandelsumsatz wuchs im Vergleiche zum Vorjahre nur um 2,2 %. Diese Quote ist recht niedrig und reicht bei weitem nicht an die planmäßig vorgesehene Ziffer heran. Das ist vom Standpunkt der russischen Volkswirtschaft außerordentlich zu beklagen; denn der Außenhandel ist es, der fast ausschließlich die Mittel für ihren Wiederaufbau und ihren Ausbau liefern muß. Während aber nun die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion sich dem Vorkriegsstande nähern oder ihn zum Teil schon überschritten haben, ist die Lage in bezug auf den Außenhandel weit ungünstiger. Der Anteil Rußlands am Weltgetreideexport betrug 1909—13 (Durchschnitt der Jahre) 27,8 %, 1923/24 nur 8 % und 1926/27 8,3 %. Die Zahlen zeigen, wie weit Rußland noch von seinem Ziele entfernt ist, die alten Absatzmärkte wiederzugewinnen. Die Gründe hierfür liegen teils im Inlande und teils jenseits der Grenze. Die besonderen Verhältnisse in bezug auf die Erfassung der Ernte sind an anderer Stelle bereits erörtert. Jenseits der Grenze handelt es sich um Schwierigkeiten politischer Art.

Besonderes Interesse verdient die Entwicklung des Außenhandels über die asiatische Grenze. Hier versucht die Sowjetregierung ständig an Boden zu gewinnen, was ihr auch gelingt. In den ersten 10 Monaten des Wirtschaftsjahres 1926/27 betrug der russische Außenhandelsumsatz nach dem Osten 140,5 Millionen Rubel, davon der Export 71,3 Millionen und der Import 69,2 Millionen. Die Vorjahreszahl lag beträchtlich tiefer. Ferner ist beachtenswert, daß in diesem Jahre ein Aktivsaldo von 2,1 Millionen Rubel dem vorjährigen Passivsaldo von 12,4 Millionen Rubel gegenübersteht. Außer von der Ausweitung der Beziehungen mit den östlichen Ländern erhofft die Sowjetregierung eine Steigerung ihrer Außenhandelsumsätze noch von den sogenannten „vtorostepennye tovary" (Exportwaren zweiter Ordnung), wie beispielsweise Linsen, Erbsen, Honig u. dgl. Es werden eben alle möglichen Mittel benutzt, um zur Ausfuhrsteigerung zu gelangen und die Verflechtung Rußlands mit der Weltwirtschaft im Interesse des Wiederaufbaues so eng wie möglich zu gestalten.

Angefügt seien hier noch die Teilergebnisse des Außenhandels der letzten Monate. Der Außenhandelsumsatz über die europäische Grenze betrug im August 113,3 Millionen Rubel (Juli 1927 108,9 Millionen Rubel und August 1926 101,3 Millionen). Auf den Export entfielen 49,4 Millionen Rubel (11,7 % weniger als Juli 1927 und etwa gleich der Zahl des August 1926) und auf den Import 63,9 Millionen Rubel (gegenüber Juli 1926 Steigerung von 20,6 % und gegenüber August 1926 eine solche von 22,8 %).

Digitized by Google

Für August ergibt sich demnach also ein Passivsaldo von 14,5 Millionen Rubel (im Juli ein Aktivsaldo von 2,9 Millionen). Besonders zu erwähnen ist, daß der Export von Feldfrüchten im August 1927 gegenüber August 1926 beträchtlich zurückgegangen ist (1 483 000 Rubel gegenüber 10 299 000 Rubel). Dagegen ist die Ausfuhr z. B. von Produkten der Tier- und Geflügelzucht um 1 637 000 Rubel auf 10 768 000 Rubel gestiegen und der Holzexport von 7 270 000 auf 14 023 000. Im Bereiche des Imports sind besonders folgende Posten gestiegen: Maschinen und Apparate von 3 983 000 auf 7 208 000 und elektrotechnisches Material von 1 998 000 auf 4 253 000.

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Ein sehr eigentümliches Buch hat Anatolij Marienhof, einer der Führer der Ultramodernen in der Zeit um 1915, herausgebracht. Es betitelt sich „Romanbeswranja“ („Ein Roman ohne Flunkereien“) und ist in der Tat kein Roman, sondern eine Darstellung des Lebens des Verfassers und seines Kreises, also der Moskauer Literatur-Boheme in den Revolutionsjahren. Im Mittelpunkt steht die Person des Dichters Jesenin, und man muß Marienhof zugestehen, daß das Bild dieses genialen, aber zu früh und zu gründlich entwurzelten Barbaren uns durch seine Darstellung verständlicher wird, uns menschlich näher gerückt wird, wenn sein Schicksal uns auch mehr traurig als tragisch erscheint und wir oft mehr abgestoßen als erschüttert werden. Wie weit Marienhof das im Titel seines Buches ausgedrückte Versprechen wirklich hält, ob er es mit der Wahrheit immer ganz genau nimmt, ist eine Frage für sich, die sich kaum glatt beantworten läßt. Es wird doch wohl auch hier „Dichtung und Wahrheit“ nebeneinander stehen, das Gesamtbild wirkt aber trotz aller grotesken Einzelheiten — oder vielleicht gerade dank diesen Einzelheiten — wahr und echt. Wir sehen diese jungen Dichter auf den Straßen von Moskau und Charkow ihre Verse deklamieren, erleben die Zeit der Schwärmerei für die neue proletarische Kultur mit, wo man selbst dem Zirkus eine hohe Mission zuschrieb und ihn unter staatliche Verwaltung stellte, und wo dann Jesenin allabendlich hoch zu Roß in der Arena erschien und die revolutionäre Zirkuspantomime durch ad hoc verfaßte Verse einleitete. Marienhof schildert aber auch die seltsame Ehe Jesenins mit der jetzt auch hingegangenen Isadora Duncan, diese tragische Farce, bei der es schwer zu sagen ist, was größer war, die Farce oder die Tragik. Er erzählt von einem Apachentanz, den die Duncan vorführte und in dem ein langer rosa Shawl eine große Rolle spielte: mit diesem Shawl erwürgte die Tänzerin

Digitized by Google

ihren Partner (beiläufig: Marienhofs Buch ist vor dem Tode der Duncan erschienen!). Und dann heißt es weiter:

„Der Tanz der Duncan war zu Ende. Auf dem Teppich lag lang ausgestreckt der imaginäre Leichnam ihres imaginären Partners. Jesenin wurde später ihr Gebieter, ihr Herr. Sie küßte wie ein Hund die Hand, die er zum Schlage erhob, und die Augen, in denen öfter als Liebe Haß gegen sie loderte. Und doch war er nur der Partner, der jenem Stück rosa Stoff ähnelte, willenlos und tragisch. Sie tanzte. Sie regierte den Tanz . . ."

Sehr bezeichnend sind auch die mitgeteilten Briefe Jesenins aus Westeuropa. Wer die russische Psyche kennt, dem sagen sie allerdings nichts Neues. Ganz dasselbe haben auch schon Herzen, Tolstoj, Dostojewskij gesagt, wenn auch „mit ein bißchen anderen Worten", nämlich mit nicht so kräftigen wie Jesenin. So schreibt er etwa aus Ostende (9. Juli 1922):

„Da sitze ich nun in Ostende. Vor mir das schäbige Belgische Meer und die stumpfsinnigen Schweineschnauzen der Europäer. Angesichts des Übermaßes an Wein in diesem Lande habe ich das Saufen aufgegeben und trinke nur noch Selterswasser. Dort, in Moskau, bilden wir uns ein, Europa sei das Hauptgebiet für die Verbreitung unserer Ideen und unserer Poesie, hier aber sehe ich: Mein Gott, wie schön und reich ist Rußland in dieser Beziehung. Ich glaube, es gibt kein zweites solches Land und kann auch noch keines geben. Was das rein Äußerliche anbelangt, so erscheint hier alles nach der Verwüstung bei uns schön aufgeräumt und glatt gestrichen. Zuerst würde es dir hier wohl gefallen, aber nachher würdest du, glaube ich, ebenfalls auf dein Knie schlagen und heulen wie ein Hund. Es ist der reine Friedhof. Alle diese Menschen, die schneller laufen als Eidechsen, sind nicht Menschen, sondern Totenwürmer, ihre Häuser sind Särge und der ganze Kontinent ist ein Grabgewölbe. Wer hier einst gelebt hat, ist längst tot, und seiner gedenken nur noch wir. Denn Würmer haben kein Gedächtnis. Nach allem, was ich hier gesehen habe, möchte ich nicht wünschen, daß auch du hierher kommst. Aber komm nur, wenn du Lust hast; ich muß dir nur aufrichtig sagen: wenn ich nach einem Monat noch nicht davongelaufen bin, so wird das ein großes Wunder sein . . ."

Diese Reise ins Ausland hatte bekanntlich auch die Lösung des unnatürlichen Verhältnisses zwischen Jesenin und Isadora Duncan zur Folge.

Die erotischen Probleme beschäftigen die russischen Belletristen immer noch in sehr ausgiebigem Maße. Man hat fast den Eindruck, als lägen die Dinge gegenwärtig ebenso, wie in den Jahren nach 1905, wo auf die Erregung der Revolution eine erotische Welle über ganz Rußland ging, wo Frank Wedekind mit einem Male der am meisten gelesene ausländische Dichter wurde, und Arzybaschew seinen „Sanin" schrieb. Sehr viel Aufsehen machte der Roman von Sergej Malaschkin „Der Mond

Digitized by Google

von rechts", der sich mit dem Liebesleben der russischen Studenten von heute beschäftigt, noch stärker ist ein Roman von N. Nikandrow „Der Weg zum Weibe", der vor allem dadurch von Wert ist, daß er die sozialen Ursachen der abnormen Erscheinungen auf erotischem Gebiete scharf herausarbeitet. Die Hauptrolle spielen hier, wie man sich leicht denken kann, die immer noch unerträglichen Wohnungsverhältnisse in der Großstadt. Von grauenhafter Wirkung ist besonders ein Abschnitt des Romans, der sich „Nachts" betitelt, — die Schilderung nächtlicher Orgien in einem halb zerstörten Hause, dessen Bewohnerinnen, die sich hier verkaufen, nur einen Wunsch, nur eine Sehnsucht haben: einmal wieder in einer menschlichen Wohnung Unterkunft finden zu können.

Der eben erwähnte Sergej Malaschkin will übrigens keineswegs Spezialist für erotische Probleme sein. In einem auf neun Bände angelegten großen Roman, von dem der erste Band erschienen ist, will er ein Bild der ganzen russischen Revolutionsbewegung von ihren Anfängen in den ersten Regierungsjahren Nikolaus II. bis zu ihrem endgültigen Siege geben. Also gewissermaßen ein Seitenstück zu dem Roman des emigrierten Generals Krasnow „Vom Zarenadler zur roten Fahne", nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Malaschkin denkt aber anscheinend noch an einen anderen, größeren Konkurrenten, denn sein Werk trägt den eigentümlichen Titel „Zwei Kriege und zwei Frieden"; natürlich soll der Leser dabei an Tolstojs „Krieg und Frieden" denken. Die Parallele Malaschkin-Krasnow hat aber ungleich mehr Berechtigung als die Malaschkin-Tolstoj. Der erste Teil des Romans hat die Revolution von 1905, ihre Voraussetzungen und unmittelbaren Folgen zum Inhalt; er spielt zum größten Teil in Gesellschaftskreisen, in denen der Verfasser nicht zu Hause ist, und seine Schilderungen des Zarenhofes, der hohen Adelsgesellschaft und des Militärs stehen um nichts höher als Krasnows Schilderungen der „Nihilisten" und der „jüdischen Verschwörer". Leider kommt Malaschkin aber auch bei der Darstellung der oppositionellen Kreise und der Arbeiterschaft nicht über die üblichen Schablonen hinaus, d. h. er zeichnet sie so, wie gerade der unverbildete Geschmack des Arbeiterlesers sie nicht haben will (vgl. meine Übersicht in Nr. 12 des vorigen Jahrgangs, S. 751).

Es tut wohl, nach diesen gequälten Produkten des bloßen Wollens, dem das Können nicht entspricht, sich dem Werke eines Dichters zuzuwenden, der sich der Grenzen seines Schaffens bewußt ist und eben dadurch, so jung er auch noch ist, es erreicht hat, daß, wo „die besten Namen genannt werden", auch der seine nicht fehlen darf. Leonid Leonows neue Erzählung „Der Dieb", die von kleinen Schicksalen kleiner Leute, aber in großzügiger Weise, berichtet, soll an dieser Stelle noch eingehender besprochen werden. Heute mag es bei dem bloßen Hinweis sein Bewenden haben. Leonow liefert einen neuen Beweis dafür, daß

Digitized by Google

auch im kommunistischen Rußland wie im vorrevolutionären der Realismus des Alltags die eigentliche Stärke seiner Erzähler ist und bleibt, die Fähigkeit, die gewöhnlichsten, unbedeutendsten Dinge dem Leser so anschaulich vor Augen zu führen, daß sie wie lebendig wirken. Dieser Realismus ist nicht identisch mit dem Naturalismus, wie er bei uns vor vierzig Jahren gepredigt wurde, der nur auf ein bloßes Kopieren der Wirklichkeit mit allen Zufälligkeiten hinauslief: dieser russische Realismus ist erstens beseelt, und zweitens weiß er sehr genau, daß Kunst soviel bedeutet wie Weglassen des Überflüssigen. Er gibt aber dennoch ein genaues, kein stilisiertes Abbild der Wirklichkeit, und seine Stärke liegt in der glücklichen Aneinanderreihung charakteristisch ausgewählter Details. Diese sind zuerst da, nicht die sogenannte „große Linie", die sich eben erst aus der Komposition, aus der Abstimmung der Einzelheiten aufeinander ergibt.

Dieser „Realismus des Alltags" kennzeichnet auch das Buch eines jüngeren, bisher noch wenig bekannten Erzählers, auf das Professor J. Eichenwald im „Rul" mit Recht hinweist. Es ist die Erzählung „Baklashany" von Sergej Sajaizkij. Baklashany ist der Name einer kleinen Stadt in der Ukraine und der Verfasser zeichnet, wie Eichenwald sagt, „gleichzeitig die Idylle der Kleinstadt mit den weißen Häuschen und blauen Holzkirchen und die sich hier abspielende Tragödie. Denn eine Tragödie muß es hier geben: der Verfasser zeigt ein Städtchen, nachdem der Sturm der Revolution darüber hinweggegangen ist. Vor der Revolution ist keine Idylle zu retten. Und die furchtbaren Spuren der russischen Tragödie in Gestalt von vernichteten Existenzen, körperlich und seelisch verunstalteten Menschen, tief eingewurzelter Grausamkeit verdüstern das friedliche Leben im einsamen, entlegenen Winkel. Aber gerade diese Verbindung harmlosesten Provinzlertums mit der noch nicht kaltgewordenen Asche des Weltbrandes, dieses Spiel der Gegensätze von einfach und kompliziert, lächerlich und grausig, alltäglich und gespenstisch, — das eben macht den Lebensnerv der ganzen, eigenartigen Erzählung aus. Diese Gegensätze ergeben sich schon aus der äußeren Tatsache, daß der Held der Erzählung nach Baklashany aus Moskau gekommen ist. So entrollt sich vor seinen und unseren Blicken ein mit grellen, saftigen Farben gemaltes Bild, das an humoristischen, scharf beobachteten Details reich ist und Gestalten und Situationen vorführt, die wirklich neu sind. So wurde uns in der Literatur bisher noch nie ein Priester vorgeführt der behauptete, die russische Kirche habe gegenwärtig durchaus keine schwere Zeit durchzumachen, denn, ‚was zugrunde geht, ist das Äußere, die Hülle, die Flamme des Geistes aber lodert nur heller, wenn man sie ausblasen . . . Wahrlich, es ist ein Leiden über die Kirche gekommen, dessen sie bedurfte . . . Das äußere Wohlsein ist ihr schlimmster Feind, ein Knecht Satans; aus Kreuzesqualen ward sie geboren und von ihnen lebt sie und wird leben

Digitized by Google

in alle Ewigkeit . . .' Ein qualvolles Liebesdrama, erwachsen aus der Revolution, und ein furchtbarer Tod werden uns in der Erzählung von Sajaizkij gezeigt; doch wir wollen die Nerven der Leser schonen und keine Zitate anführen. Lieber betrachten wir die harmlose Form, die die Revolution neben anderen, traurigen und quälenden Formen angenommen hat, als sie in die Stadt Baklashany kam. Natürlich hat die Stadt auch ein Kino und dessen Besitzer, der Bürger Jakob Bison, wendet sich vor der Vorführung des Films ‚Das Mädchen aus Kalkutta' mit folgender Rede an das Publikum: ‚Genossen, in unserer Zeit des Krachs der Bourgeoisie und des Triumphs des Proletariats, da der geschichtliche Materialismus das ABC für einen jeden geworden ist, der vernünftig zu denken vermag, und da nicht das Bewußtsein das Sein bedingt, sondern das Sein das Bewußtsein, — im Hinblick auf dieses alles frage ich, Genossen: Brauchen wir das Mädchen aus Kalkutta? Ja, wir brauchen es, Genossen! Wir müssen die Schwären des Kapitalismus entblößen, wir müssen uns ehrlich und offen sagen: Nein, das darf nicht so bleiben! Was darf nicht so bleiben? Daß ein Mädchen von den Ausbeutern abhängig ist, sei es auch im fernen Indien! Und nun, Genossen, laßt uns mit einem tiefen Gefühl der Empörung die Schwären des sich zersetzenden Kapitalismus betrachten!'"

* * *

Sehr zahlreich sind die in den letzten Monaten erschienenen Memoirenbücher. In gewissem Sinne ein Seitenstück zu dem oben besprochenen Buch von Marienhof sind die Tagebücher von Valerij Briusow, dem Führer der Moderne um 1900. Auch damals Sturm und Drang, wie anderthalb Jahrzehnte später, auch damals ging die literarische Revolution der politischen voraus, aber wie viel gemessener, man möchte sagen akademischer das Verhalten der älteren Generation, auch als sie jung war. Nicht umsonst hat sich der revolutionäre Symbolist Briusow mit der Zeit immer mehr zum Parnassien ausgebildet, bis dann sein Übergang ins Lager der Bolschewisten allgemeine Verwunderung erregte, — auch bei denen, die diese Frontschwenkung begrüßten, ohne übrigens ein leises Mißtrauen überwinden zu können. Eines aber verbindet Briusow eng mit der Generation der Marienhof und Jesenin — das hypertrophische Bewußtsein der eigenen Größe, das unablässige Bestreben, aufzufallen, zu imponieren, zu verblüffen. Man hat schon bei der Lektüre der Tagebücher des zwanzigjährigen Briusow immer wieder das Gefühl, als wären sie für die künftigen Biographen geschrieben. Es ist ein dauerndes Posieren vor sich selbst, ein beständiges Sich-in-Szene-setzen. Was damit zum Teil wieder versöhnt, ist — und das unterscheidet Briusow vorteilhaft von der jüngeren Generation — das Bewußtsein, daß die hohen Ziele, nach denen er, wenn auch nur zur Befriedigung seines persön-

Digitized by Google

lichen Ehrgeizes, strebt, nur durch ständige, angestrengte Arbeit gewonnen werden können. Er ist unablässig bemüht, sich eine gründliche Bildung anzueignen, er liest ungeheuer viel und es finden sich in dem Tagebuch des jungen Studenten Urteile über zeitgenössische Literatur, die von einer außerordentlichen geistigen Reife und einem sehr entwickelten ästhetischen Feingefühl zeugen. „Meine Jugend ist die Jugend eines Genius. Ich habe bisher so gelebt und gehandelt, daß mein Verhalten nur durch große Taten gerechtfertigt werden kann. Sie müssen vollbracht werden oder ich mache mich lächerlich. Man kann nicht das Fundament zu einem Tempel legen und darauf ein mittelmäßiges Wirtshaus errichten. Ich muß vorwärts gehen, ich habe mich dazu verpflichtet." Aber der „langsame Erfolg", der dem Talent, ja auch dem Genie zuteil wird, ist ihm nicht genug. Er will mehr. Darum schließt er sich der modernen Literaturbewegung an: „Mag sie verkehrt, mag sie lächerlich sein, sie geht vorwärts, sie entwickelt sich und die Zukunft wird mir gehören, besonders wenn sie einen würdigen Führer findet. Und dieser Führer werde ich sein. Ich! Ja, ich!"

Das Bild des Dichters Briusow, das man, auch wenn man ihn persönlich gar nicht kannte, aus seinen Werken gewann, wird durch diese Tagebücher seiner Jugend bestätigt: das Bild eines schöpferisch nicht stark begabten, aber mit einem harten Willen ausgestatteten Menschen, der sich durch Anspannung aller Kräfte zu Höhen emporringt, die ihm eigentlich versagt waren, der den letzten Gipfel aber doch nicht erreicht, nicht nur, weil die Kräfte schließlich doch nicht ausreichten, sondern weil auch das Wollen nicht ganz rein war.

Friedlicher, behaglicher wirken die Memoiren eines anderen Dichters, des bekannten, heute sechzigjährigen Erzählers W. W. Weresajew. Die Schilderung seiner Kindheit und Jugend in einer „intelligenten" Familie einer größeren russischen Provinzstadt (Tula) ist eine äußerst ansprechende Idylle, zugleich typisch für Unzählige, deren früheste Entwicklung sich unter den gleichen Verhältnissen vollzogen hat. Sympathisch berührt auch das „Lob des Alters", das der immer noch lebensfrohe und lebenskräftige Dichter anstimmt. In vielem erinnert sein Memoirenbuch an Korolenkos „Geschichte meines Zeitgenossen"; jedenfalls wäre ihm ein deutscher Übersetzer zu wünschen. Man lernt aus solchen Erinnerungsbüchern den russischen Menschen besser kennen als aus den meisten Romanen.

Ein aufregendes Buch sind daneben wiederum die Memoiren von Lew Tichomirow, einer der merkwürdigsten russischen Persönlichkeiten des vorigen Jahrhunderts. Mitglied der „Narodnaja Wolja", ein glänzender agitatorischer Schriftsteller, Mitunterzeichner des Todesurteils Alexanders II., war er nach der Ermordung des Zaren ins Ausland geflohen und hier vollzog sich lang-

Digitized by Google

sam ein innerer Umschwung, der ihn schließlich dazu führte, ein Begnadigungsgesuch an Alexander III. zu richten und in einer kleinen Schrift (1888) darzulegen: „Warum ich aufhörte, Revolutionär zu sein". Er war kein gewöhnlicher Renegat und noch weniger ein Verräter; sein Gesinnungswechsel entsprach ehrlichster Überzeugung, war das Ergebnis schwerer innerer Kämpfe, von denen Tichomirow sich bis zu seinem Lebensende nicht wieder erholen konnte; der spätere Mitarbeiter der Katkowschen „Moskowskija Wedomosti", der Freund und Gesinnungsgenosse Pobedonoszews war ein seelisch gebrochener Mann, der sich unter seinen neuen Parteifreunden im Grunde ebenso fremd und nicht am Platze fühlte, wie unter den früheren. Seine Erinnerungen sind eben durch die Darstellung innerer Wandlung so außerordentlich wertvoll; sie sind ein erschütterndes menschliches Dokument. Was ihn von der Revolution abstieß, war das Theoretische, Abstrakte, die Alleinherrschaft der Phrase, das Bestreben, dem „Volk" ein „Glück" aufzudrängen, von dem es gar nichts wissen wollte. Alles das wurde ihm klar in den Jahren der Verbannung, im Verkehr mit den Emigranten, die sich immer mehr ins Abstrakte verloren. „Ich lechzte danach, allein zu sein mit etwas Realem, sei's auch nur der Wald, ein Bourgeois, ein Pferd, eine Kuh, gleichviel was, nur fort von diesen Phrasen, diesen Menschen, deren Dummheit mir zum Ekel geworden war . . . Ich verlangte nach dem Realen, wirklich vorhandenen. Das Reale zog mich immer wieder an. Es war mir ein Labsal, zu sehen, wie der Gärtner in der Erde wühlte . . . Ich empfand Ehrfurcht vor dem Baum, der vor meinem Hause wuchs, vor den Ameisen, die in unseren Gemüsebeeten krabbelten: das alles existierte doch wirklich und das alles tat doch in seiner Weise seine Arbeit!" Diese Sehnsucht nach dem „Realen" ist im Grunde nur die Sehnsucht nach der Heimat. Der Gedanke, in der Fremde sterben zu müssen, erfüllt ihn mit Entsetzen. „In diesem sinnlosen Exil sterben, wenn man sich so ganz als Russe fühlt, wenn man Rußland sogar in seinen Schwächen schätzt, wenn man sieht, daß diese Schwächen es keineswegs schänden, seine Kraft aber so gewaltig und erhaben ist!"

Das menschliche Dokument ist aber auch ein geschichtliches Dokument, denn es gibt auch fesselnde Schilderungen des Lebens und Tuns der russischen Revolutionäre jener Zeit, glänzende Charakteristiken der einzelnen Persönlichkeiten, Charakteristiken, die, wie man sich denken kann, oft sehr scharf, aber nie gehässig sind. Das Buch ist im russischen Staatsverlag erschienen, der durch diese Ausgabe jedenfals eine lobenswerte Objektivität bewiesen hat, so daß man es ihm nicht verübeln kann, wenn er den Erinnerungen Tichomirows ein Vorwort von Vera Fiegner vorausschickt, das den russischen Leser davor behüten soll, unberechtigte oder unliebsame Schlußfolgerungen aus dem Buche zu ziehen, eine Aufgabe, deren sich die alte, immer noch junge Frei-

Digitized by Google

heitsheldin mit Geschick und Takt entledigt, allerdings auch ohne tieferes Verständnis für die Seelentragödie Tichomirows.

Aus den Erinnerungen eines anderen Revolutionärs, der seiner Gesinnung bis zuletzt treu geblieben ist, Hermann Lopatin, — sie erscheinen auszugsweise in der Zeitschrift „Krassnaja Now" — erfährt man mancherlei Neues über die Beziehungen Turgenews zu den russischen Radikalen. Turgenew verkehrte in Paris nicht nur sehr viel mit den Umstürzlern, sondern unterstützte auch die von ihnen herausgegebene Zeitschrift „Wperiod" („Vorwärts") mit einem jährlichen Beitrag von 1000 Franken, den er später auf 500 herabsetzte. Selbstverständlich teilte er keineswegs die von der Zeitschrift vertretenen Anschauungen, seine Meinung war vielmehr diese: „Sie schlagen auf die Regierung los und da bin ich bereit, Ihnen mit allem beizustehen, was ich habe!"

Natürlich war die Regierung in Petersburg über diese Beziehungen zu Turgenew unterrichtet und sah es daher sehr ungern, wenn der Dichter, sei es auch nur für ganz kurze Zeit, nach Rußland kam und dort von seinen zahlreichen Verehrern gefeiert wurde. Sie schätzte diese Begeisterung genau so ein wie Turgenew selbst, der einmal zu Lopatin sagte: „Ich verstehe ja sehr gut, daß diese Ehrungen gar nicht mir gelten, sondern daß man sich meiner nur als des Knüppels bedient, mit dem man die Regierung schlagen möchte." So wird auch die kleine Szene begreiflich, die Lopatin bei einem der letzten Besuche Turgenews in Petersburg erlebte. Er selbst befand sich damals unter falschem Namen in Petersburg, und das erste, was Turgenew ihm bei der Begegnung sagte, war der Rat, möglichst schnell die Stadt zu verlassen, da man ihm auf der Spur sei und er jeden Augenblick verhaftet werden könne. Lopatin erklärte aber in Petersburg bleiben zu wollen, da er dem Gewährsmann, auf den sich Turgenew berief, nicht glaubte. Die Folge davon war, daß er in der Tat nach ein paar Tagen verhaftet wurde. Vorher aber suchte er Turgenew noch einmal auf und fand ihn inmitten halb und ganz gepackter Reisekoffer. Er war verblüfft, denn Turgenew hatte die Absicht gehabt, sich diesmal längere Zeit in Rußland aufzuhalten. Er fragte Turgenew, was das bedeute und erhielt darauf diese bezeichnende Antwort: „Nein, mein Lieber, ich kann hier nicht bleiben. Gestern besuchte mich ein Flügeladjutant Seiner Majestät und fragte mich in höchst delikater Weise, wann ich denn ins Ausland zu reisen gedenke; Seine Majestät interessierten sich sehr dafür. Und auf solch eine Frage gibt es nur eine Antwort: ‚Heute oder morgen!' Und dann packt man seine Sachen und reist ab."

* * *

Sehr interessante Mitteilungen über die Arbeiten einer in die Krim entsandten archäologischen Kommission macht in der „Krassnaja Gaseta" der bekannte Kunst-

Digitized by Google

historiker Igor Grabar. Erforscht wurden die in Karasubazar, Bachtschisarai und Umgebung befindlichen Denkmäler islamischer Kunst. Zum erstenmal wurden Aufnahmen von ältesten Mausoleen in der Umgegend von Bachtschisarai gemacht, die aus dem 14. Jahrhundert stammen, ferner der Mausoleen der Chane Hadschi Girej und Mengli Girej in Salanik aus der Zeit um 1500. Sehr eingehend wurde der berühmte, von Puschkin besungene Palast in Bachtschisarai untersucht und dabei nicht nur von neuem bestätigt, daß die Ausmalung des Palastes aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammt und mit dem alten Schmuck des Palastes nichts gemein hat, sondern es wurde auch mit der planmäßigen Wiederherstellung des Palastes in seiner ursprünglichen Gestalt begonnen, wobei zahlreiche Reste der alten Bemalung neu entdeckt wurden.

Das wertvollste Material aber wurde in den Höhlenstädten gefunden, die in den Bergen zwischen Bachtschisarai und Sewastopol gelegen sind. Über die Fresken in diesen Höhlen finden sich gelegentlich Mitteilungen in Fachzeitschriften, bisher aber waren sie noch nie aufgenommen und eingehend beschrieben worden. Jetzt ist diese Arbeit gemacht und auch die Entstehungszeit der Fresken festgestellt, über die bisher völlige Unklarheit geherrscht hatte: sie gehören zum allergrößten Teil dem 14. Jahrhundert an.

Die schönsten Fresken befinden sich in den Höhlentempeln auf den Bergen Tscherkes-Kermen und Mangul-Kal. Auf der Spitze des letztgenannten Berges wurde der Kommission noch eine besondere Überraschung zuteil: sie entdeckte hier zwei Freskenfragmente aus dem 6. Jahrhundert an den Wänden der Basilika, die Kaiser Justinian zu Ehren der Heiligen Konstantin und Helena hier errichtet hatte und die bereits 1913 entdeckt, aber noch nicht im einzelnen untersucht worden war. Eines der Freskenstücke war, als man es ausgrub, nahe daran, völlig auseinanderzufallen, so daß es von der Wand gelöst und nach Moskau gebracht werden mußte. Das andere, weit größere Stück, wurde von dem Zentralmuseum für Tauris in Simferopol übernommen.

* * *

Auf die Totenliste sind diesmal mehrere Namen von Bedeutung zu setzen. Nachträglich wäre noch das bereits im Juli erfolgte Hinscheiden des Malers Wasilij Dmitrijewitsch Polenow zu erwähnen. Er gehörte zu den bedeutendsten Vertretern des Naturalismus in der russischen Malerei, wie er von den 60er Jahren an von den sogenannten „Peredwishniki" (den „Wanderern", so genannt im Hinblick auf die von ihnen alljährlich veranstalteten Wanderausstellungen) geübt wurde, also zu den Werestschagin, Makowskij, Repin usw. Mit besonderer Vorliebe behandelt er biblische Stoffe; ein Zyklus von Gemälden aus dem Leben Jesu umfaßte mehr als 50 Nummern;

Digitized by Google

das bekannteste unter ihnen, „Jesus und die Sünderin", gehört zu den „Glanzstücken" der Moskauer Tretjakow-Galerie. Er behandelte die heiligen Stoffe nicht mit der naiven oder naiv sein sollenden Gläubigkeit der Wasnezow und Nesterow, aber auch nicht mit dem aufdringlichen Rationalismus Werestschagins, der eine Ausstellung seiner religiösen Gemälde im alten Rußland unmöglich machte, sondern betrachtete seine Christusbilder als Historienbilder. Er hielt sich lange in Palästina auf, um die Landschaft genau kennenzulernen, ihre Farben, ihre Lichtverhältnisse, er trieb eifrig Kostüm- und Materialstudien und malte dann den Heiland und die Apostel nicht in den üblichen, traditionellen Gewändern, sondern in der orientalischen Tracht der Zeit der ersten römischen Kaiser. So kam es, daß man sich vor dem oben erwähnten Gemälde der Tretjakow-Galerie immer wieder über die „Echtheit" der Kostümierung stritt und darüber die meisterhafte Komposition des Bildes, die Lichtbehandlung — es war wirklich die heiße Sonne des Südens, die über dieser Gruppe erregter Menschen leuchtete und ihren Gesichtern den eigentümlichen Ausdruck verlieh — übersah.

Im hohen Alter von 83 Jahren starb Anfang September in Petersburg Anatolij Fedorowitsch Koni, einer der bedeutendsten Juristen, glänzendsten Redner und vielseitigsten Schriftsteller Rußlands. Seine juristische Laufbahn begann in den 60er Jahren unmittelbar nach der Durchführung der großen Justizreform Alexanders II., deren begeisterter Anhänger und unentwegter Verteidiger gegen alle Angriffe von reaktionärer Seite Koni sein Leben lang blieb. In den 70er Jahren war er Vorsitzender des Petersburger Gerichts und präsidierte bei der Verhandlung über das Attentat der Wera Sassulitsch gegen den Petersburger Stadthauptmann Trepow, einem der berühmtesten politischen Prozesse jener bewegten Zeit. Die Sassulitsch wurde bekanntlich freigesprochen und dieser Freispruch hatte zur Folge, daß Konis Ernennung zum Justizminister, mit der man schon gerechnet hatte, ausblieb und er noch Jahrzehnte lang im Richteramte tätig war. Er wurde später Mitglied des Senats, der höchsten Apellationsinstanz im alten Rußland, und erst als Greis auch Mitglied des Reichsrates, so daß seine politische Begabung nicht in dem Maße zur Entfaltung kommen konnte, wie es vielleicht zum Heile Rußlands zu wünschen gewesen wäre. Um so bedeutender ist sein literarisches Erbe, — die vielen Bände seiner Erinnerungen, die eine wirkliche Chronik des geistigen Rußland von den 60er Jahren bis in die jüngste Zeit hinein bilden. Fast mit allen Führern dieses geistigen Rußland stand Koni in freundschaftlichen Beziehungen — Politikern, Schriftstellern, Künstlern usw. — und die Charakteristiken, die er von jedem einzelnen gibt, sind durchweg Meisterstücke, Porträts, wie sie nur ein großer Menschenkenner und scharfer Beobachter, der zugleich auch ein echter Künstler ist, entwerfen kann.

Digitized by Google

Ein Künstler auf anderem Gebiete war der am 17. September im französischen Badeorte gestorbene Fürst Alexander Iwanowitsch Sumbatow, allen älteren Moskauer Theaterfreunden unter dem Namen Jushin als vorzüglicher Darsteller klassischer Rollen — von dem Idealisten Tschatzkij in Gribojedows „Verstand schafft Leiden" bis zu Othello und Macbeth — gut bekannt und viel bewundert. Seit 1881 gehörte er dem Ensemble des Moskauer Kleinen Kaiserlichen (jetzt Akademischen) Theaters an, zu dessen Hauptstützen er gehörte; wenige Jahre vor dem Kriege wurde er zum Direktor der Schauspielbühne ernannt und diesen Posten behielt er unter der neuen Herrschaft bei. Der hervorragende Schauspieler war aber zugleich auch ein hochbegabter und erfolgreicher Bühnendichter, der das Repertoire der russischen Theater mit einer ganzen Reihe wirksamer, lebenswahre Gesellschaftsbilder bietender Stücke bereichert hat. Wir behalten uns eine eingehendere Würdigung seiner künstlerischen und schriftstellerischen Persönlichkeit vor.

Bibliographie

bearbeitet von H. Jonas.

A. Deutschland (Januar 1926 bis September 1927).

Veröffentlichungen über Sowjetrußland in deutscher Sprache.

I. Politik (Buchstaben A—L).

Andersen Nexö, Martin: Dem jungen Morgen zu! Schilderungen von einer Rußlandreise. Aus dem Dänischen übersetzt von Berta Selinger. Konstanz 1926. See-Verlag. 191 S.

Die Arbeiter Chinas im Kampf gegen den Imperialismus. Aus dem Bericht der 1. Delegation der Gewerkschaften der Sowjetunion nach China. Mit einem Auszug aus der Rede des Generalsekretärs des Chinesischen Seemannsverbandes, Genossen Tschen Kuen, geh. am 16. März 1927 in Berlin. Berlin 1927. Führer-Verlag. 72 S.

Bakunin, Michael: Michael Bakunins Beichte aus der Peter-Pauls-Festung an Zar Nikolaus I. Gefunden im Geheimschrank des Chefs der 3. Abt. der Kanzlei des früheren Zaren zu Leningrad. Mit Autorisation d. Hrsg. der russischen Originalausgabe W. Polonski erstmalig in deutscher Sprache veröffentlicht von Kurt Kersten. Berlin 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. XXVIII u. 116 S.

Balabanoff, Angelica: Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927. E. Laubscher Verlag. 300 S.

Bender, Julius: Steht die Zeit der Schlacht am Birkenbaum bevor? Nachdenkliches über die von Rußland und den Völkern des Ostens drohende Gefahr des Bolschewismus und eines neuen „Mongolenzuges". Oranienburg 1926. Orania-Verlag. 70 S.

Benjamin, Karl: Aus sibirischer Gefangenschaft durch Sowjetrußland. Darmstadt 1926. Gesellschaft Hessischer Bücherfreunde. 104 S.

Digitized by Google

Bennet, A.: Die Kriegsgefahr, die chinesische Revolution und die kommunistische Internationale. Hamburg 1927. Verlag C. Hoym Nachf. 46 S.

Béraud, Henri: Was ich in Moskau gesehen habe. Uebersetzt aus dem Französischen von Lili Waerndorfer. Wien 1926. Verlag Steyrermühl. 168 S.

Beschlüsse und Resolutionen der vierten Session des Zentralrates der Roten Gewerkschaftsinternationale. Tagung vom 9. bis 15. März 1926 in Moskau. Berlin 1926. Führer-Verlag. 32 S.

Bogolepov, A. A.: Die Rechtsstellung der Ausländer in Sovetrußland. Berlin 1927. Verlag H. Sack. 194 S. (Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, Abt. Recht, N. F. Bd. 4.)

Bojarskaja, Sinaida: Clara Zetkin. Eine Kämpferin. Berlin 1927. Verlag der Jugendinternationale. 32 S. (Sammlung: Roter Trommler, Heft 5).

Braeunlich, P.: Die ernsten Bibelforscher als Opfer bolschewistischer Religionsspötter. Leipzig 1926. M. Heinsius Nachf. 32 S.

Brücken zum Orient. Illustrierte Schriften zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Neu-Asien und Deutschland. Hrsg. von G. Auburtin. Bd. 1, Heft 1. Berlin 1927. Verlag M. Galle. 46 S.

Buchanan, George: Meine Mission in Rußland. Aus dem Englischen übertragen von Else Baronin Werkmann. Berlin 1926. Verlag für Kulturpolitik. 287 S.

Bucharin, Nikolai: Der Weg zum Sozialismus. Wien 1926. Verlag für Literatur und Politik. 126 S.

Bucharin, N.: Die Probleme der chinesischen Revolution. Hamburg. Verlag Carl Hoym. 64 S.

Bucharins Antwort an sozialdemokratische Arbeiter. Berlin 1926. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.

Bykow, P. M.: Das Ende des Zarengeschlechts. Berlin 1926. Neuer Deutscher Verlag. 78 S.

Dan, Theodor: Sowjetrußland wie es wirklich ist. Leitfaden für Rußlanddelegierte. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 130 S.

Dawatz, Wladimir: Fünf Sturmjahre mit General Wrangel. Übertr. von Georg Herzog von Leuchtenberg. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik. VIII und 249 S.

Duncker, Käte: Die Frau in der Sowjetunion. Ein Gespräch. Berlin 1927. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 24 S.

Erler, A.: Das Schicksal der Moskauer Studenten. Tübingen 1926. Verlag Alexander Fischer. 55 S.

Fenner, Heinz: Politisch-statistisches Handbuch der Sowjetunion. Mit einem wirtschaftsstatistischen Anhang. Berlin 1926. Deutscher Überseedienst. 168 S.

Figner, W.: Das Attentat auf den Zaren Alexander II. Berlin 1926. Malik-Verlag. 76 S.

Figner, Wera: Nacht über Rußland. Lebenserinnerungen. Übersetzt aus dem Russischen. Berlin 1926. Malik-Verlag. 416 S.

Freymann, R. von: Der lettländisch-russische Friedensvertrag und seine Verwirklichung. Riga 1927. Verlag G. Löffler. 34 S.

Digitized by Google

Fülöp-Miller, René: Geist und Gesicht des Bolschewismus. Darstellung und Kritik des kulturellen Lebens in Sowjetrußland. Wien 1926. Amalthea-Verlag. 490 S.

Fülöp-Miller, René: Lenin und Gandhi. Wien 1927. Amalthea-Verlag. 306 S.

Genss, A. B.: Was lehrt die Freigabe der Abtreibung in Sowjetrußland? Wien 1926. Agis-Verlag. 38 S.

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution. Unter Mitwirkung von N. Bucharin, Jaroslawski, Krupskaja u. a. Berlin 1927. Neuer Deutscher Verlag. 20 Lieferungen.

Gogel, Sergius: Die Ursachen der russischen Revolution vom Jahre 1917. Eine historisch-soziologische Skizze. Berlin 1926. Verlag H. Sack. 222 S. (Sammlung: Osteuropa-Institut: Quellen und Studien. Abt. Sprachwissenschaft, Literatur und Geschichte, Heft 1.)

Goldmann-Hessenhorst, G. R.: Die Karikatur im Weltkrieg. Rußland. München 1927. Verlag H. Stock. 119 S.

Grinewitsch, W.: Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Berlin 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H. 326 S.

Gumbel, E. J.: Vom Rußland der Gegenwart. Berlin 1927. Verlag E. Laub. 110 S.

Harmsen, Hans: Die Befreiung der Frau. Sowjetrußlands Ehe-, Familien- und Geburtenpolitik. Berlin-Lichterfelde 1926. Verlag E. Runge. 39 S.

Hatschidze, A.: Georgien. Eine wirtschaftspolitische Studie. Innsbruck 1926. Universitätsverlag Wagner. 100 S.

Heifetz, I. J.: Der gewerbliche Rechtsschutz in der UdSSR auf der Grundlage der deutsch-russischen Staatsverträge. Berlin 1926. Verlag R. von Decker. 142 S.

Hirsch, Walter: Fürstenraub und Staatsfinanzen. Was der deutsche Arbeiter vom Finanzwesen in Deutschland und Sowjetrußland wissen muß! Berlin 1926. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 32 S.

Hoffmann, M. D.: Marx — Lenin — Gesell. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Windischleuba (Thür.) 1926. Ring-Verlag. 12 S.

Holitscher, Arthur: Das unruhige Asien. Reise durch Indien — China — Japan. Berlin 1927. Verlag S. Fischer. 341 S.

Hurwicz, Elias: Der neue Osten. Wandlungen und Aussichten. Berlin 1927. Verlag E. S. Mittler & Sohn. VIII und 201 S.

Immanuel, Friedrich: Des Zaren Untergang. Geschichtlicher Roman. Berlin 1926. Veteranendank-Verlag A. Wegener. 304 S.

Japans Außen- und Innenpolitik seit 1868. Ein Überblick. Berlin 1927. Verlag R. Eisenschmidt. 54 S.

Die juristische Literatur der Sowjetunion. Entwicklung und Bibliographie. Herausgegeben von Prof. Dr. E. Kelmann (Kiew) und Rechtsanwalt Dr. H. Freund (Berlin). Berlin 1926. Verlag R. L. Prager. 108 S.

Weiße Justiz und Rote Hilfe! Die Tätigkeit der Roten Hilfe in Deutschland im Jahre 1926. Berlin 1927. Mopr-Verlag. 56 S.

K.: Mit oder gegen Moskau? Eine Mahnung an das deutsche Volk. Dresden 1927. Sibyllenverlag. 219 S.

Digitized by Google

Kalinin, M.: Was tut die Sowjetmacht für die Verwirklichung der Demokratie? Hamburg 1926. Verlag C. Hoym Nachf. 39 S.

Kersten, K.: Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre 1922. Berlin 1925. Verlag Die Schmiede. 163 S.

Kisch, Egon Erwin: Zaren, Popen, Bolschewiken. Berlin 1927. Verlag E. Reiß. VII und 314 S.

Knauss, Robert: Im Großflugzeug nach Peking. Der erste Weltflug der Deutschen Luft-Hansa. Berlin 1927. Verlag Union, Abt. Luftfahrtverlag. 176 S.

Koch-Miesbach, Arthur: Als Arbeiterdelegierter in Rußland. 2. Arbeiterdelegation Sommer 1926. Hamburg 1927. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. 32 S.

Korostovetz, Iwan J.: Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik. Eine kurze Geschichte der Mongolei unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Zeit. Berlin 1926. Verlag Walter de Gruyter & Co. XII und 351 S.

Krupskaja, N.: Mein Leben. Berlin-Schöneberg 1925. Verlag der Jugendinternationale. 19 S.

Lask, Berta: Die Befreiung. 16 Bilder aus dem Leben der deutschen und russischen Frauen 1914—1920. Berlin 1926. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 67 S.

Lask, Berta: Wie Franz und Grete nach Rußland kamen. Erzählung für die Arbeiterjugend und Arbeitereltern. Berlin 1926. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 159 S.

Lenin, W. I.: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Wien-Berlin 1926. Verlag für Literatur und Politik. 132 S.

Lenin, W. I.: Die Kinderkrankheit des „Radikalismus" im Kommunismus. Berlin 1926. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 152 S. (Elementarbücher des Kommunismus, Bd. 9.)

Lenin, W. I.: Lenin ruft die werktätigen Frauen. Artikel Lenins zur Frauenfrage. Erinnerungen an Lenin von Clara Zetkin. Berlin 1926. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 54 S.

Lenin, W. I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. Berlin 1926. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 126 S.

Lenin, W. I.: Über den Krieg. Teil I. Berlin-Schöneberg 1926. Verlag der Jugendinternationale. 93 S. (Bibliothek des jungen Leninisten, Bd. 2.)

Lenin, W. I.: Über Gewerkschaften. Ein Sammelband. Berlin 1927. Verlag für Literatur und Politik. 180 S. (Marxistische Bibliothek, Bd. 10.)

Lenin-Sinowjew: Gegen den Strom. Hamburg-Berlin 1926. Verlag Carl Hoym Nachf. 530 S.

Losowsky, Alexander: Das Englisch-Russische Komitee der Einheit. Berlin 1926. Führer-Verlag. 32 S.

Losowsky, Alexander: Der Kongreß der englischen Trade-Unions in Bournemouth. Vortrag. Berlin 1926. Führer-Verlag. 32 S.

Losowsky, Alexander: Die Lehren des Generalstreiks in England. Deutsche Ausgabe. Berlin 1926. Führer-Verlag. 28 S.

Losowsky, Alexander: Wie kann die Einheit der Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden? Rede, nebst der anschließenden Aussprache mit der Delegation. Berlin 1926. Führer-Verlag. 55 S.

Digitized by Google

Losowsky, Alexander: Ergebnisse und Aussichten der Arbeiten der Roten Gewerkschaftsinternationale. Berlin 1927. Führer-Verlag. 50 S.

Losowsky, Alexander: Vertrustung, Rationalisierung und unsere Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung. Berlin 1927. Führer-Verlag. 47 S.

Losowsky, Alexander: Warum reisen Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland? Berlin 1926. Führer-Verlag. 70 S.

Bücherschau.

Frankenberg, Richard: Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages. Berlin 1927. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. 177 S. Preis brosch. Mk. 7,50.

Die als 24. Schrift der von Dr. Hans Roeseler herausgegebenen Sammlung „Einzelschriften zur Politik und Geschichte" erschienene Arbeit Frankenbergs über das folgenschwere und viel umstrittene Problem der Nichterneuerung des deutsch-russischen Geheimvertrages (1887—1890) stellt eine erweiterte Dissertation der Universität Münster dar. In der gegenwärtigen Fassung war das Buch bereits im Herbst 1925 abgeschlossen. Daher konnte die Literatur der beiden letzten Jahre nicht mehr berücksichtigt werden — ein Mangel, der jedoch durch die gewissenhafte Bearbeitung des bereits vorhanden gewesenen Materials wettgemacht wird.

Nach einer knappen, aber erschöpfenden Charakteristik der auswärtigen Politik des Altkanzlers seit der Begründung des Deutschen Reiches folgt die ausführliche Analyse des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages innerhalb des Systems der Bismarckschen Bündnisverträge. Der zweite Teil der Arbeit behandelt dann das eigentliche Thema — die Kämpfe um die Erneuerung bzw. Nichterneuerung des im Jahre 1890 ablaufenden Vertrages, den Rücktritt der beiden Bismarcks, die verhängnisvolle Rolle Holsteins, sowie die schwerwiegenden außenpolitischen Folgen der „Zerreißung des Drahtes nach Rußland". Am Schluß seines Buches gibt Falkenberg eine scharfe Kritik des neuen Kurses, die in den Worten gipfelt: „Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 war der erste Markstein auf dem Wege, den Herr von Holstein das Deutsche Reich geführt hat, von Fehler zu Fehler, von Niederlage zu Niederlage. Am Endpunkt dieses Weges mußte mit eherner Notwendigkeit die Katastrophe stehen, in deren Verlauf die beiden seit 1890 getrennten Kaisermächte Deutschland und Rußland ihren Untergang fanden." Mögen im einzelnen die Ausführungen Falkenbergs auch nicht immer volle Zustimmung finden, so muß eine vorurteilsfreie Kritik doch zugeben, daß sein Buch sowohl inhaltlich wie stilistisch nicht nur den Historiker und Politiker, sondern auch den gebildeten Laien zu fesseln vermag. I. G.

Dawatz, W.: Fünf Sturmjahre mit General Wrangel. Aus dem Russischen übertragen von Georg Herzog von Leuchtenberg. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik. 249 S.

Von der Person des Generals Wrangel und seiner Armee macht man sich in Deutschland keine rechte Vorstellung. Allgemein dürfte nur bekannt sein, daß die Überreste der Wrangelarmee irgendwo auf dem Balkan ihr Dasein fristen und merkwürdigerweise immer noch eine Art von militärischer Organisation beibehalten haben. Man denkt an Landsknechtsnaturen, die durch jahrelangen Kriegsdienst zu irgendeiner bürgerlichen Betätigung unfähig geworden, aneinander Halt suchen und ihr Heil nur in kriegerischer Verwendung erblicken, sei es auch unter chinesischen Fahnen . . . Das

Digitized by Google

heutige Rußland ist unzweifelhaft interessant und dazu aktuell; man sollte daneben aber auch nicht die Vertreter des Rußland von gestern vergessen, von denen viele Tausende um 147 alte Fahnen und Standarten geschart in seltener innerer Geschlossenheit und hohem Idealismus nicht minder zähe den alten Symbolen huldigen, wie viele ihrer Landsleute in der Union den neuen. Eine große Tragik liegt im Schicksal der Wrangel-Armee und ihrer Führer. Wer dafür Interesse und Verständnis hat, sollte das Buch von Dawatz lesen. Es vermittelt Aufschluß über manche sehr interessante Vorgänge innerhalb der russischen Emigration. Die Übersetzung ist im großen und ganzen gut.

W. A.

Bubnoff, Prof. Dr. S. v.: Der russische Bergbau. (Heft 8 der Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts in Breslau „Das heutige Rußland".) Berlin 1927. Verlag Hermann Sack. 33 S.

Eine knappe und klare Darstellung der russischen Bodenschätze, von denen der Verfasser bekennt, daß die Mär von ihrem Reichtum manche Verwirrung angerichtet habe. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn sich der Verfasser bei dem knappen Raum auf die wichtigsten Bodenschätze beschränkt und mehr die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hervorgehoben hätte, anstatt 64 verschiedene Arten zu behandeln. Publikationen dieser Art sind zweifellos wichtig, aber es wäre interessant, einmal etwas Ausführlicheres über die russischen bergbaulichen Verhältnisse zu lesen. Einzelne Gebiete, wie z. B. die Erdölgewinnung, haben in der deutschen Literatur bereits gute Darstellungen gefunden; bezüglich des Kohlenbergbaues und der Grundlagen der russischen Schwerindustrie hat der Verfasser selbst gute Arbeiten geliefert. Es wäre wünschenswert, eine zusammenfassende Arbeit über alle Gebiete des Bergbaues zu besitzen, in der die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte stärker zur Geltung kommen. Professor v. Bubnoff wäre durchaus dazu berufen.

W. A.

Ostmark. Mittlere Ostmark, Grenzmark Posen-Westpreußen. Herausgegeben vom Deutschen Ostbund, bearbeitet von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke. Berlin-Halensee 1927. Dari-Verlag. 217 S. mit Kunstbeilagen und Illustrationen. Kart. Mk. 4,—, Gzl. geb. Mk. 7,—.

Im ersten Teile des als Werbe- und Aufklärungsbuch gedachten Werkes geben kurze Aufsätze von Dietrich Schäfer, Manfred Laubert, Max Halbe u. a. Sachkennern einen Abriß von der Geschichte der abgetretenen und der im Reichsbesitz verbliebenen Ostgebiete und ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung für Gesamtdeutschland. Daran schließen sich die Darstellungen einer langen Reihe von Kreisen und Städten der heutigen Ostmark. Wenig angehm berührt der unvermittelte Übergang des Textteils in die Anzeigen, die zum Teil sogar in das Inhaltsverzeichnis aufgenommen sind. Ganz vorzüglich ist die Ausstattung des Werkes, das neben acht Kunstbeilagen sehr viele ausgezeichnete Photographien enthält. Diese Aufnahmen aus Natur und Kunst sind wohl geeignet, dem Werbezweck des Buches zu dienen und manches Vorurteil über den deutschen Osten zu berichtigen.

R. R. B.

Zur Besprechung eingegangen:

Academy of Sciences of the Union of the Soviet Socialist Republics: The Pacific. Russian Scientific Investigations. Leningrad 1926. Publishing Office of the Academy. 190 S.

Duncker, Käte: Die Frau in der Sowjetunion. Ein Gespräch. Berlin 1927. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 24 S. Preis: Mk. 0,10.

Digitized by Google

Gorki, Maxim: Matwej Koshemjakin. Erster Band: Der Sohn einer Nonne. Zweiter Band: Im Banne der Kleinstadt. Berlin 1927. Malik-Verlag. 423 S.; 400 S. Preis: Mk. 10,—.

Heberle, Rudolf: Die Deutschen in Litauen. Stuttgart 1927. Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft. 159 S. Schriften des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart. A. Kulturhistorische Reihe. Bd. 19.

Koch-Miesbach, Arthur: Als Arbeiter-Delegierter in Rußland! II. Arbeiter-Delegation Sommer 1926. Hamburg 1927. Verlagsanstalt Auer & Co. 32 S. Preis: Mk. 0,30.

Petrowski, D.: Das Anglo-Russische Komitee und die Opposition in der KPSU. Hamburg-Berlin 1927. Verlag Carl Hoym Nachf. 55 S.

Pokrowski: Geschichte Rußlands. Übers. von Alexandra Ramm. (Etwa 50 Lieferungen.) Lfg. 1—9. Leipzig 1927. Verlag C. L. Hirschfeld. Lfg. je Mk. 0,40.

Rimscha, Hans von: Rußland jenseits der Grenzen 1921—1926. Ein Beitrag zur russischen Nachkriegsgeschichte. Jena 1927. Verlag der Frommanschen Buchhandlung. 237 S. Brosch. Mk. 6,—.

Rommenhöller, C. G.: Groß-Rumänien, seine ökonomische, soziale, finanzielle und politische Struktur, speziell seine Reichtümer. Berlin 1926. Verlag Puttkammer & Mühlbrecht. 735 S.

Talvio, Maila: Die Glocke. Roman. Übers. aus dem Finnischen von Dr. phil. Marta Römer. Braunschweig-Berlin-Hamburg 1927. Verlag Georg Westermann. 377 S. Preis: Mk. 7,50.

Vogl, Carl: Sowjet-Rußland. Wie ein deutscher Pfarrer es sah und erlebte. Verfassung, Arbeiter und Bauern, Kirche und Religion, nationale Minderheiten, Kinder und Schule, Gerichte und Gefängnisse, Zukunft. Leipzig 1927. Verlag Oswald Mutze. 71 S.

* * *

Lewin, J.: Die Volksbildung in Sowjetrußland. Sonderabdruck, Preußische Jahrbücher, Band 210, Heft 1, Oktober 1927, Berlin 1927. Verlag Georg Stilke. S. 34 bis S. 52.

Schweitzer, R.: Leningrad (Handels- und Börsenplatz). Sonderabdruck, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft. Stuttgart 1927. Verlag C. E. Poeschel. S. 1159 bis S. 1166.

Zaitzeff, Leo: Russisches Recht. Das Recht Sowjetrußlands. Sonderabdruck, Handwörterbuch der Rechtswissenschaft. Berlin-Leipzig 1927. Verlag Walter de Gruyter & Co. S. 1 bis S. 22.

* * *

Illustrierte Bücher 18.—20. Jahrhundert. Antiquariats-Katalog 41. K. F. Koehlers Antiquarium. Leipzig, Täubchenweg 21. 80 S.

Moskva. Akc. O-vo v Berline. Katalog Nr. 22. Zima 1927/28. („Moskau" Akt. Ges. in Berlin. Katalog Nr. 22. Winter 1927/28.) Fremdsprachen-Buchhandlung Heinrich Sachs A. G. Berlin SW. 48, Hedemannstr. 26. 61 S.

Digitized by Google

Zeitschriftenschau.

Folgende Zeitschriften sind für die vorliegende Zeitschriftenschau zum ersten Male bearbeitet worden:

Le Correspondant. (Der Korrespondent.) Begründet 1829. Paris.

Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für auswärtige Politik. Hamburg. Herausgegeben von Prof. Dr. A. Mendelssohn Bartholdy. Dr. Walther Rothschilds Verlag, Berlin-Grunewald. V. Jahrgang.

Foreign Affairs. (Auswärtige Angelegenheiten.) Amerikanische Vierteljahreszeitschrft. New York. Herausgegeben von Archibald Cary Coolidge.

Die Friedenswarte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation. Berlin. Herausgegeben von Dr. H. Wehberg. Verlag Hensel & Co., Berlin.

Nord und Süd. Monatsschrift für internationale Zusammenarbeit. Berlin. Herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Stein. Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Przeglad Polityczny. (Politische Rundschau.) Zeitschrift für auswärtige Politik. 4. Jahrgang. Warschau 1927.

Severnaja Azija. (Nord-Asien.) Organ der Gesellschaft zur Erforschung des Urals, Sibiriens und des Fernen Ostens. 3. Jahrgang. Moskau 1927.

Sovremennyja Zapiski. (Zeitgenössische Annalen.) Sozial-politische und literar-historische Revue. 7. Jahrgang. Paris 1927.

Volja Rossii. (Der Wille Rußlands.) Zeitschrift für Politik und Kultur. 6. Jahrgang. Prag 1927. Herausgegeben von V. I. Lebedev, M. L. Slonim, E. A. Stalinskij und V. V. Suchomlin.

Weltwirtschaft. Berlin. Herausgegeben von der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft E. V. Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

Wirtschaftsdienst. Weltwirtschaftliche Nachrichten. Hamburg. Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv und Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Kiel. Verlag: „Wirtschaftsdienst" G. m. b. H., Hamburg.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die drohende Kriegsgefahr. „Die Ergebnisse des Vereinigten Plenums des Zentralkomitees und der Zentral-Kontroll-Kommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion". (K itogam ob'edinennogo plenuma CK i CKK VKP [b].)

Vlast' Sovetov, Nr. 37, 11. September 1927, S. 1/2.

In diesem Leitartikel der Wochenschrift des „Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees" wird ausgeführt: Im Hinblick auf die drohende Kriegsgefahr (Bruch mit England, Gesandtenmord in Polen, englische Provokationen in China) waren die Zentralinstanzen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf ihrer Tagung in den Monaten Juli und August 1927 vor die Aufgabe gestellt, das Land für einen Verteidigungskrieg vorzubereiten und im Zusammenhang damit die Wirtschaft des Staates und seinen Verwaltungsapparat einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Das Plenum, „dieser Stab der Revolution, auf dessen Stimme und Direktiven die Proletarier der ganzen Welt und alle Werktätigen der Sowjetunion hören", stellte fest, daß „ein Krieg in der nächsten Zeit wahrscheinlich ist". Die Partei weiß, daß der Angriff der Bourgeoisie auf den prole-

Digitized by Google

tarischen Staat historisch unabwendbar ist. Aber darüber, wann dieser Angriff beginnt, war man auf der Tagung verschiedener Meinung. Man einigte sich schließlich auf die Formel, daß „das Neue in unseren Beziehungen zu den bürgerlichen Ländern darin besteht, daß in den nächsten Jahren oder sogar im nächsten Jahr der unvermeidliche Krieg zur Tatsache wird". Infolgedessen muß das erste Gebot für jeden Arbeiter und Bauern die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Sowjetrußlands sein. Voraussetzung hierfür ist die Einigkeit des ganzen Landes und vor allem innerhalb der Partei — mehr wird in diesem Artikel über den Parteikonflikt nicht gesagt — und die Stärkung der Beziehungen zu der Arbeiterklasse der ganzen Welt; denn der kommende Krieg wird wahrscheinlich kein nationaler sein, sondern ein Bürgerkrieg der Arbeiter gegen die Bourgeoisie.
Infolge dieser Kriegsgefahr muß das Tempo des Wirtschaftsaufbaues beschleunigt werden. „Hauptaufgabe des nächsten Wirtschaftsjahres ist die Bildung einer ausreichenden Budget-, Valuta-, Getreide-, Waren-, Rohstoff- und Kohlenreserve, die das Land wirtschaftlich monövrierfähig machen und seine Verteidigungsfähigkeit sicherstellen soll. Zur Frage der Sowjet-Verwaltung wurde eine Reihe von Entscheidungen angenommen, durch die die Parteiorganisationen und die Parteizellen zusammen mit dem Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauerninspektion beauftragt werden, die breiten Schichten der Arbeiter und Bauern zum Kampfe gegen die bürokratischen Verirrungen des administrativen Apparates heranzuziehen.
H. J.

Die sozialistische Aufbaupolitik Sowjetrußlands. Von *W. Gurian.*
„Abendland" 1927, Nr. 7, S. 208—211.
Der in Sowjetrußland seit mehreren Monaten mit großer Erbitterung geführte Kampf zwischen der Mehrheit der kommunistischen Partei und der Opposition hat schon öfters die deutsche Presse beschäftigt. Der vorliegende Artikel streift nur kurz die Genesis der Parteispaltung und gibt dann folgende Charakteristik der beiden Richtungen: Der Stalinismus ist im Gegensatz zum Trotzkismus nationalistisch orientiert. Er „rechnet mit der Gegebenheit Sowjetrußlands als eines Bauernstaates, während der Trotzkismus Rußland in ein Teil eines mechanisch aufgebauten, zusammenaddierten Kontinentalstaatenkonzernes verwandeln will". Im Stalinismus sollen „trotz aller marxistisch-ideologischen Verkappungen reale Volkskräfte sich einen Ausdruck verschafft haben, während der Trotzkismus das kluge Produkt des Denkens von Intellektuellen ist". L. J.

Die russische Opposition und die „ultralinken" deutschen Kommunisten. „Die Partei erwartet eine klare Antwort". (Partija ždet jasnogo otveta.)
Bol'ševik, Nr. 17, 15. September 1927, S. 3—9.
Das Organ der kommunistischen Partei der Sowjetunion nimmt in diesem Leitartikel gegen die Beziehungen der Opposition zu den aus dem „Komintern" ausgestoßenen „ultralinken" deutschen Kommunisten Stellung:
Der oppositionelle Block (Trotzki, Sinowjew und die andern) entfernt sich von Tag zu Tag weiter vom Leninismus. In seinem Kampfe gegen den Leninismus ist er ganz in den Sumpf des „ultralinken" Opportunismus hereingeraten. Er hat sich solidarisch erklärt mit den Anschauungen einer Ruth Fischer, eines Maslow und Urbans, die er noch vor kurzem (Resolution des von Sinowjew geleiteten Erweiterten 6. Plenums des Exekutivkomitees des Komintern vom Februar-März 1926, Erklärung der Führer der Opposition vom 16. 10. 26) verworfen hatte. Die „ultralinken" Renegaten ihrerseits haben nichts Eiligeres zu tun gehabt, als die Übereinstimmung ihrer Auffassungen mit denen der Opposition festzustellen. Die Vertreter der russischen Opposition und die „Ultralinken" verlangen jetzt gemeinsam die Wiederaufnahme der Gruppe Ruth Fischer-Maslow in die Reihen der Kommunstischen Internationale, obwohl diese Gruppe ausdrücklich erklärt, daß zwischen ihr und dem Komintern — wie zwischen der

Digitized by Google

Opposition und der Russischen Kommunistischen Partei — „unvereinbare Klassencharaktergegensätze" beständen. Der Komintern wird natürlich diese Forderung ablehnen, die darauf abzielt, unter seinem Schutz den Kommunismus zu bekämpfen und zu zersetzen.
Die von der Gruppe Ruth Fischer behaupteten Klassengegensätze bestreitet er nicht: im Gegensatz zu dem „proletarischen Revolutionscharakter" des Komintern stellen die „Ultralinken" einen „kleinbürgerlichen Antirevolutionscharakter menschewistischen Typs" dar. Genau wie die Menschewiki leugnen sie die von Lenin aufgestellte Theorie, daß in Rußland — dem isolierten Agrarland Rußland, wie sie sagen — ein sozialistischer Staat aufgebaut werden könne. Die unlösbaren Gegensätze zwischen dem Proletariat und den Bauern müßten zum Bankrott der Diktatur des Proletariats in Rußland führen, wenn nicht die Weltrevolution in den nächsten Jahren in einer Reihe kapitalistischer Länder siegreich sein werde. Diese menschewistische Behauptung, daß der Versuch, in dem agrarischen Rußland den Sozialismus aufzubauen, eine Utopie sei, stammt direkt von den Ideologen des russischen Oppositionsblocks.
In Wirklichkeit ist Rußland nur ein „isolierter" Staat in dem Sinne, als er inmitten eines feindseligen imperialistischen Ringes der einzige proletarische Staat ist, mit dem sich die Proletarier und die unterdrückten Völker der ganzen Welt verbunden fühlen. Die ultralinken Renegaten aber versuchen, die Mobilisierung der antiimperialistischen Kräfte zu verhindern und fördern durch ihre Politik die wirtschaftliche, diplomatische und militärische Isolierung der Sowjetunion.
Wenn die Opposition die Einigkeit der Partei und des Komintern auf der Grundlage des Leninismus will, dann hat sie der kategorischen Forderung der Partei bedingungslos nachzukommen, mit den ultralinken Renegaten, diesen Feinden des Kommunismus, ideologisch und organisatorisch zu brechen. „Die Partei erwartet eine unzweideutige Antwort. — Die Opposition ist verpflichtet, sie ihr zu geben." H. J.

Der Freiheitskampf der Ukrainer. Von *Emil Strauß.*
„Die Gesellschaft", 1927, Nr. 9, S. 261—273.
Der Verfasser will durch diesen Artikel die westeuropäische öffentliche Meinung mit dem schweren Kampf bekannt machen, den die ukrainischen Nationalisten mit der Sowjetregierung führen müssen. Ein kurzer Überblick über die historische und nationale Entwicklung der Ukraine vermittelt dem deutschen Leser wertvolles Material; leider sind dem Verfasser dabei einige chronologische Fehler unterlaufen. Es ist ferner zu bemerken, daß Strauß zum Teil einseitig die Politik Sowjetrußlands in der ukrainischen Frage beurteilt; denn obgleich Moskau die Leitung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete unverkennbar an sich gerissen hat, gewährt es der Nachbarrepublik in Kulturfragen eine weitgehende Autonomie. Dieser Irrtum mag dadurch entstanden sein, daß der Verfasser sich auf zum Teil veraltetes Material — das nur bis zum Jahre 1922 geht — stützte. L. J.

Das imperialistische Rußland in China. (Imperialistic Russia in China.) Von *Count Carlo Sforza.*
Foreign Affairs, Vol. VI, Nr. 1, Oktober 1927, S. 67—74.
Moskau zeigt in China zwei Seelen: die der Dritten Internationale, die jetzt ihre Intrigen vom Kreml aus spinnt, weil es ihr nicht gelungen ist, das von Berlin aus zu tun, wie Moskau gehofft hatte, — und eine andere, die sich an die alte Tradition der früheren zaristischen Diplomatie hält, die, vielleicht unbewußt, stets Erfolge am Pazifik suchte, wenn sie im Westen Mißlingen fürchtete. Diese beiden Seelen vereinen sich in China zu einem Ziel: dem Kampf gegen England, als dem lebendigen Symbol des europäischen Liberalismus, und weil England, Beherrscherin Indiens und der Meere, der wahre Beschützer der kleinen Randstaaten Finnland,

Digitized by Google

Estland, Lettland ist. Dessen, was die Russen in der Mongolei und der Mandschurei erreicht haben, könnte sich auch das frühere Kaiserliche Ministerium des Äußeren in Petersburg nur rühmen. Daß die antibolschewistischen Mächte dazu schweigen, liegt, wie die Chinesen behaupten, nur daran, daß die Westmächte gegen Rußland nicht vorgehen wollen wegen Handlungen, die sie nur zu gern selbst verüben möchten.

E. P. B.

II. Wirtschaft.

Die Ergebnisse der Getreidekampagne 1926/27. (Itogi chlebnoj kampanii 1926/27 g.) Von *N. Vinogradskij.*
Ekonomičeskoe Obozrenie, August 1927, S. 83—99.
Obwohl die letzte Getreidebeschaffungskampagne der Regierung etwas höhere Getreidevorräte brachte und etwas höheren Export als im Vorjahre ermöglichte, müssen nach V. die Ergebnisse noch als unzureichend betrachtet werden. Die Hauptschwierigkeit lag in der für Getreideprodukte im Vergleich mit Industrieerzeugnissen und den Produkten der Viehzucht ungünstigen Preisrelation. Dazu kommt, daß die Regierung durchaus noch nicht alle Stadien des Getreideumsatzes beherrscht. Vor allem ist es noch nicht gelungen, die überaus große Spanne zwischen Kleinhandels- und Beschaffungspreisen genügend zu verringern. Zu erwähnen sind dann in diesem Zusammenhange die bekannten Schwierigkeiten, die sich aus der Lage der einzelnen Getreideaufkaufsorten zueinander (Dislokation der Ernte) für die Manövrierung der Regierung mit Vorräten ergeben. Diese Schwierigkeiten sind vorwiegend transporttechnischer Art (die Lage im letzten Jahre allerdings günstiger als im Vorjahre!). Die erwähnten Tatsachen zeigen, welche Aufgaben die russische Wirtschaftspolitik in Zukunft auf dem Gebiete der Getreidebeschaffung zu lösen hat. Als besonderen Erfolg der letzten Kampagne bezeichnet V. die erreichte relative Stabilität der Preise und die im Vergleiche mit den Vorjahren immerhin schon gebesserte Planmäßigkeit in der Organisation.

R. S.

Zur Frage der Gruppierung der Industrieunternehmungen. (K voprosu o gruppirovke promyšlennych zavedenij.) Von *A. Lebedev.*
Vestnik Statistiki, 1927, Nr. 2, S. 148—159.
L. untersucht die Frage der zweckmäßigsten Gruppierung der Industrieunternehmungen im Hinblick auf Produktivitäts- und Rentabilitätsberechnungen. Diesen Untersuchungen liegt Zahlenmaterial aus einem Textiltrust, dem Ivan-Voznesensky Trust, zugrunde. L. gliedert die einzelnen Unternehmungen des Textiltrusts in 5 Gruppen und wählt als Einteilungsprinzip den Grad der Vielgestaltigkeit des Produktionsprozesses. Bei Gruppe I handelt es sich lediglich um Spinnereien oder Webereien, bei Gruppe V um eine Kombination von Produktionsprozessen: Spinnerei, Weberei und Herstellung von Fertigfabrikaten. In tabellarischer Übersicht gibt L. dann die einzelnen Komponenten des Aufwands (gegliedert nach dem Verbrauch von konstantem und variablem Kapital und diese wieder unterteilt). Er erläutert an den Zahlen, wie die Produktivität der Arbeit und der Rentabilität mit der Mannigfaltigkeit der Produktionsprozesse wachsen und wie diese Mannigfaltigkeit wieder mit der Größe des zur Verfügung stehenden Kapitals in funktionaler Beziehung steht. Für Produktivitäts- und Rentabilitätsuntersuchungen sollen also nach L. die industriellen Unternehmungen im Hinblick auf ihre Kapitalausstattung gruppiert werden. Andere Einteilungsprinzipien (beispielsweise nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter) führen mehr oder weniger zu Trugschlüssen.

R. S.

Digitized by Google

Die Bilanz der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union im Jahre 1926. (Bilans Stosunków Gospodarczych Niemiecko-Sowieckich W 1926 r.) Von *S. Litauer.*
Przegląd Polityczny 1927, Band VI, Heft 5.
Aus den von ihm angeführten statistischen Angaben zieht der Verfasser den Schluß, daß der Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjet-Union vom Oktober 1925 auf die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen günstig eingewirkt habe. Dem Abschluß des Vertrages folgten außerdem bedeutsame Kreditabkommen, und zwar noch im Jahre 1925 ein Hundert-Millionen-Kredit zum Warenbezug, der allerdings nicht voll ausgenutzt wurde, und einige Monate später der Dreihundert-Millionen-Kredit, für den die Reichsregierung eine 60 %ige Garantie übernahm. Dieser Kredit wurde sogar um 66 Millionen überschritten. Ein Aktivum in der Bilanz zugunsten Deutschlands bildet ferner die „technische Hilfeleistung", die teilweise vertraglich organisiert ist. Ungünstig haben sich dagegen die deutschen Konzessionen in der Sowjet-Union entwickelt. Von den Konzessionen, deren größte aufgezählt werden, prosperieren eigentlich nur Deruluft und Derutra. Endlich bildet Deutschland eine wichtige Basis für das in der Sowjet-Union operierende amerikanische Kapital. Der Verfasser weist zum Schluß darauf hin, daß bei einem Vergleich mit der Vorkriegszeit berücksichtigt werden müsse, daß ein Teil des früheren deutschen Exports nach Rußland jetzt von den Randstaaten aufgenommen wird. P. R.

Die Finanzierung des sowjetrussischen Handels mit England. (Finansirovanie torgovli S. S. S. R. s Angliej.) Von *M. Londelja.*
Sovetskaja Torgovlja, 8. 9. 1927, S. 9/10.
Vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und England waren in England tätig: die Staatsbank, die Moskauer Volksbank und die Russische Handelsbank (früher Arkos). Als Mittel für die Importfinanzierung kamen in Frage: Lieferkredite, Akzeptkredite der Banken, Diskontkredite und Rembourskredite. Auf die ersten beiden Formen entfielen 1925/26 90 %. Die zweite Gruppe überwog ein wenig. Der relative Anteil der ersten Geruppe war aber im Steigen begriffen. Der Bruch mit England unterbrach die günstige Entwicklung, die kurz zuvor in dem Vertrag mit der Midlandbank, der die erste größte Lücke in die Finanzblockade legte, einen Höhepunkt erreicht hatte. Die Finanzierung des Exports von Rußland nach England vollzog sich durch Brokerkredite, Bankkredite und Käuferkredite. Die Vollfinanzierung vom Ankauf bis zur Realisierung in England (umfassende Vorschüsse, Akkreditivstellung, Lombardierung u. a.) war bei Getreide, Eiern, Butter u. a. verwirklicht. Die Finanzierung weniger wichtiger russischer Exportartikel war relativ teuer. Regel im Exportgeschäft war, nur an solide Firmen zu verkaufen und nur gegen Akzept, Bankgarantie oder Bankakzept. R. S.

Die Arbeit der Banken in der ersten Hälfte 1926/27 und die Perspektiven für die Zukunft. (Rabota bankov v pervoj polovine 1926/27 g. i ich perspektivy na buduščee.) Von *M. N. Sobolev.*
Ekonomičeskoe Obozrenie, Juli 1927, S. 166—179.
S. zeigt zunächst auf dem Wege der Bilanzanalyse die relativ starke Ausstattung der sowjetrussischen Banken mit Fremdkapital (starker Anteil der Budgetgelder an den Passiven!) und spricht dann über die Bedeutung der einzelnen Banken. Wenn man die Kapitalkraft (bilanzmäßig-nominell) als Maßstab nimmt und die gesamte Kapitalkraft aller Kreditinstitute gleich 100 setzt, so ergibt sich am 1. 4. 27, verglichen mit dem 1. 10. 25 (die Zahlen dieses Termins sind eingeklammert), folgendes Bild: Staatsbank 55,2 % (62,9 %), Aktienbanken 13,7 % (15,4 %), Genossenschaftsbanken 3,5 % (3,3 %), Kommunalbanken 10,8 % (7,0 %), landwirtschaftliche Kreditinstitute 16,1 % (10,3 %), Gesellschaften für gegenseitigen Kredit 0,7 % (1,1 %). Bemerkenswert ist die relative Verschlechterung der Lage der

Digitized by Google

Staatsbank. Demgegenüber ist aber darauf hinzuweisen, daß es der Staatsbank gelungen ist, auf Kosten der Aktienbanken freie Gelder in verstärktem Maße an sich zu ziehen. In bezug auf die Kreditversorgung ist für das erste Halbjahr 1926/27 eine Disproportionalität charakteristisch. Die Kreditversorgung durch die Banken war weit reichlicher als die Kontrollziffern vorsahen, während fast alle Zweige der Volkswirtschaft hinter der erwarteten Entwicklung zurückblieben. Für die Abstellung dieses Mißstandes ist die genaue Befolgung der Kreditpläne erforderlich, was bisher versäumt wurde. Aussichten für die nächste Zukunft: Die Überschreitung der Kreditpläne wird zur Kreditrestriktion zwingen. Eine geringe Erleichterung können eine in bescheidenem Umfange mögliche stärkere Notenemission und die Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bringen. R. S.

Arbeitslosenfragen, staatliche Lohnnormierung und Arbeitsschutz in bezug auf Sowjethandelsangestellte. (Voprosy bezraboticy, gosnormirovanija i ochrany truda sovtorgslužaščich.) Von *W. Schmidt.*
Voprosy Truda, Juni 1927, S. 5—12.[1])
Die Arbeiterbörsen registrieren gegenwärtig in bezug auf Sowjethandelsangestellte etwas mehr als 200 000 Arbeitslose. Eine Herabminderung dieser Zahl ist im Hinblick auf die beabsichtigte verstärkte Rationalisierung des gesamten Handelsapparates mit Schwierigkeiten verknüpft. Nach Schmidts Meinung wäre viel geholfen, wenn es gelänge, die Arbeitslosen leichter zum Berufswechsel zu veranlassen. Die traditionelle Trägheit in der beruflichen Umstellung erschwert die richtige Verteilung der Arbeitskraft. Daß die Sowjetregierung im übrigen bestrebt ist, den Arbeitslosen weitgehendst zu helfen, kann nicht bezweifelt werden. Mittel: Milderung der bisher auf Grund der Zwangslage reichlich harten Vorbedingungen für die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung und weiteres Arbeiten in bezug auf Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in Kollektivwirtschaften (weitere Hilfe für die Arbeitslosen durch Versicherungskassen und Gewerkschaften).
Das Ziel der staatlichen Lohnnormierungsbestrebungen ist, die Buntheit der Lohnzahlung für die Angestellten zu beseitigen. Bisheriges System: Den Leitern der staatlichen Unternehmungen wurde ein bestimmter Fonds für die Lohnzahlungen übertragen. Es stand dann in ihrem Belieben, entweder viele Angestellte mit geringem Gehalt oder wenige mit höherem Gehalt zu beschäftigen. Erfolg: Willkür der Leiter. Jetzt will der Staat die Kollektivverträge beseitigen und die Löhne nach Beratung durch die Gewerkschaften normieren.
In bezug auf das Arbeitszeitproblem bleibt es bei dem sechsstündigen Arbeitstag für die breite Masse der Angestellten. Acht Stunden wird nur in den mit der Produktion unmittelbar verbundenen Betrieben gearbeitet (genaue Festlegung dieses Begriffes fehlt!). Das Problem der zweckmäßigsten Geschäftszeiten (Geschäftsbeginn und Ladenschluß) ist vollkommen ungelöst.
Im Hinblick auf den geforderten erhöhten Arbeitsschutz kann Schmidt den Sowjethandelsangestellten keinerlei Hoffnung machen. In dieser Beziehung muß zuerst für die Industriearbeiterschaft gesorgt werden. R. S.

III. Geistiges Leben.

Die nächsten Aufgaben der vorschulischen Erziehungsarbeit. (Bližajšie zadači doškol'noj raboty.) Von *M. Vilenskaja.*
Narodnoe Prosveščenie, 1927, Nr. 5, S. 43—49.
Die letzten Jahre weisen eine erhöhte Aktivität der Frauenorganisationen in Sowjetrußland auf. Es ist selbstverständlich, daß sie die Frage der vor-

[1]) Der Aufsatz ist das umgearbeitete Stenogramm eines Vortrages des Autors auf dem Kongreß der Sowjethandelsangestellten (16. 5. 27).

Digitized by Google

schulischen Erziehung, die allein die Bauern- und Arbeiterfrau entlasten kann, in den Vordergrund ihrer Arbeit gestellt haben. Dank ihrer Hilfe wurde es auch möglich, eine rege Tätigkeit auf diesem Gebiet zu entfalten, insbesondere die Zahl der Sommer-Kinderplätze von ca. 300 im Jahre 1924 — auf 3000 im Jahre 1926 zu erhöhen. Das Bedürfnis ist jedoch auch jetzt noch so groß, daß nicht selten 20 Kinder sich um einen freien Platz im Kindergarten bewerben müssen. Vielen Industriezentren fehlen noch solche Anstalten völlig. Es ist daher nach der Ansicht der Verfasserin unbedingt notwendig, eine intensive Propaganda zu entwickeln und gleichzeitig zu versuchen, mit den Genossenschaften eine Verbindung herzustellen, um eine festere Basis für die vorschulische Erziehung zu schaffen.
L. J.

Die Aufgaben des Volksbildungskommissariats im äußersten Norden.
(Zadači Narkomprosa na Krajnem severe.) Von *A. V. Lunačarskij.*
Severnaja Azia, 1927, Nr. 3, S. 18—22.
In den Tundren und Taigen (Urwäldern) im äußersten Norden Rußlands und Sibiriens hat das Volksbildungskommissariat zusammen mit dem „Hilfskomitee für die Völkerschaften der Nordmarken" (Komitet sodejstvija narodnostjam severnych Okrain) auf einem Gebiet von 10 Millionen Quadratkilometern 150 000 Menschen zu betreuen, die vierzig verschiedenen Nationalitäten angehören und ebensoviele Sprachen sprechen. Die Mehrzahl dieser Stämme sind Nomaden. Intellektuelle gibt es unter ihnen nicht. Ihre Abneigung gegen „die russische Kultur" ist ein Erbteil der Vergangenheit.
Trotz unzureichender Mittel sind bis zum 1. März 1927 56 Schulen eingerichtet worden, darunter 12 Internate. Ihre Zahl muß erhöht werden. Die Lehrerschaft besteht vorläufig ausschließlich aus Russen; diese müssen materiell besser gestellt und in eine engere Verbindung mit den Kulturzentren gebracht werden. Einheimische Lehrer werden jetzt in der Arbeiterfakultät der Nordvölker beim „Institut für orientalische Sprachen" in Leningrad und an der Universität Irkutsk ausgebildet. Im Unterricht und in den Lehrmitteln wird man sich der russischen Sprache bedienen müssen, solange das Problem, für diese Völker eigene Alphabete und ein eigenes Schrifttum zu schaffen, noch ungelöst ist.
H. J.

B. Polen.

Polen und Deutschland.
Przeglad Polityczny 1927, Band VI, Heft 3/4.
Dieses Sonderheft der Warschauer „Politischen Rundschau" beschäftigt sich ausschließlich mit den deutsch-polnischen Beziehungen, und zwar enthält es einen einleitenden programmatischen Artikel, einen Aufsatz von Koskowski über die „Aktion der deutschen Presse gegenüber Polen", einen Aufsatz von Gerlach „Die deutschen Parteien und Polen", eine Darstellung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen von Lenkas sowie Artikel über die Bedeutung des Korridors für Ostpreußen, den Transit durch den Korridor, die schlesische Frage und das provisorische deutsch-polnische Wanderarbeiter-Abkommen.
Der einleitende, programmatische, nichtgezeichnete Artikel, dessen Tendenz die übrigen Artikel sich anschließen, führt folgendes aus: In der disziplinierten und geschlossenen öffentlichen deutschen Meinung wird eine politische Losung zu einem mächtigen Faktor. Hiervon machen die Führer des deutschen Nationalismus ebenso wie in der Vorkriegszeit bewußt Gebrauch. Seit die deutschen Beziehungen zu Frankreich in Locarno und Thoiry eine Änderung erfahren haben, wendet sich diese Politik gegen Polen. Der Reihe nach wurde in diesem Sinne in der deutschen Öffentlichkeit die oberschlesische Frage, die Optantenfrage und die Korridorfrage aufge-

Digitized by Google

worfen und politisch ausgewertet. Polen habe demgegenüber nur eine Forderung, „die genaue, ehrliche und unbedingte Achtung der internationalen Verträge". Für Polen gibt es keine Frage des Korridors und keine Frage der Revision der Grenzen. Es gibt wohl in Deutschland Leute, die zum Wohle des eigenen Volkes eine Annäherung an Polen wünschen, vor allen Dingen auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber ihre Stimme verhallt im Chaos des deutschen Nationalismus. Dieser Nationalismus irrt sich aber, wenn er meint, daß er Polen zur Erfüllung seiner Forderungen bringen wird. P. R.

Unser östlicher Nachbar. Von *Geh. Leg.-Rat Rich. Kuenzer.*
Abendland, 1927, Nr. 8, S. 230—232.
In der Politik, meint der Verfasser, muß die Zukunft und nicht die Vergangenheit die Hauptrolle spielen. Von diesem Standpunkt aus geht er an das Problem der deutsch-polnischen Annäherung heran. Trotz der ungerechten Grenzziehung ist es die Aufgabe Deutschlands, als einer wirtschaftlich und kulturell überlegenen Macht, den ersten Schritt zur Verständigung mit Polen zu machen und dies um so mehr, als „durch den Dawesplan, durch den Vertrag von Locarno und durch unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund es auf lange hinaus besiegelt ist, daß unsere Verbindung mit dem Westen unvergleichlich wichtiger für uns ist als unser Verhältnis zu Rußland". Er warnt vor einer Überschätzung der aktuellen Bedeutung Rußlands, da „die Sowjetmacht trotz der Freundschaft von Rapallo uns zur Zeit des Ruhreinfalles nicht geholfen hat und nicht helfen konnte, uns heute weder militärisch noch in beträchtlichem Maße wirtschaftlich nutzt und auch in absehbarer Zukunft uns nicht helfen wird . . ." Die Verständigungspolitik vom Abschluß eines überaus wichtigen Handelsvertrages bis zur engeren politischen Annäherung an Polen setzt nach der Ansicht des Verfassers keine Anerkennung der heutigen Ostgrenzen voraus. Es handelt sich für ihn nur darum, „durch den starren Blick auf den Korridor die Einsicht in die in der weiteren Ausgestaltung unabsehbaren Zukunftsmöglichkeiten nicht zu verlieren, die ein ehrlicher und nachhaltiger Ausgleich mit Polen uns bieten würde". L. J.

Der polnische Vorschlag. Von *Franciszek Sokal.*
Nord und Süd, Heft 6, Oktober 1927.
Der Verfasser würdigt die Bedeutung des bekannten Vorschlages, den Polen in der letzten Völkerbundstagung vorbrachte und der zu der Verzichterklärung auf jeden Angriffskrieg führte. H. W.

Die Staatsschuld Polens. Von *Dr. E. Kulschewski.*
Wirtschaftsdienst, Heft 40, 7. Oktober 1927, S. 1540—42.
Der Verfasser gibt einen Überblick über die polnische Anleihepolitik seit dem Jahre 1921 und kommt zu dem Ergebnis, daß die Binnenanleihen von 78,85 Millionen Dollar nach dem Stand vom 31. Dezember 1921 auf 39,08 Millionen Dollar nach dem Stand vom 30. Juni 1926 gesunken, die Auslandsanleihen von 283,33 Millionen Dollar auf 351,02 Millionen Dollar angewachsen sind, die Gesamtschuld demnach von 362,18 auf 390,10 Millionen Dollar gestiegen ist. Im Staatshaushalt 1927/28 macht die Tilgung der Staatsschuld 11 % der Ausgaben aus. H. W.

Das Problem der Volksschule. (Zagadnenie szkoly powszechnej.)
Von *Michal Janik.*
Przegląd współczesny, 1927, Nr. 64, S. 265—274.
Das Problem der Volksschule gehört zu den aktuellsten Fragen im öffentlichen Leben Polens. Die verschiedenen Punkte dieser Frage werden jetzt um so lebhafter erörtert, als in der nächsten Zeit eine Reform des allgemeinen Schulwesens, also auch der Volksschule, erwartet wird. Die polnische Volksschule, die nach dem Ministerialprogramm aus 7 Klassen be-

Digitized by Google

steht, wird von den Kindern von ihrem siebenten bis zum vierzehnten Lebensjahre besucht. Das Lehrprogramm, das sich in früheren Zeiten auf Lesen, Schreiben, Religionsunterricht und die Anfänge der Arithmetik beschränkte, ist jetzt bedeutend erweitert worden: es umfaßt verschiedene Zweige der Naturgeschichte, Physik, Chemie (in einer Anzahl der städtischen Volksschule wird bei diesen Fächern die anschaulich-experimentelle Unterrichtsmethode angewendet), allgemeine und polnische Geschichte usw. Die Volksschule, die einen allgemein-bildenden Charakter trägt, sieht ihr Ziel in der Entwicklung des Intellektes der Kinder, die „zum Leben vorbereitet werden sollen". Auch der ethischen Seite der Erziehung wird große Aufmerksamkeit gewidmet. Hier hängt alles von dem Einflusse wirklich begabter Pädagogen ab, die den Kindern als moralisches Beispiel dienen müssen.

Dies ist nun ein Idealbild, das bisher aber nur in den Städten Polens zum Teil verwirklicht worden ist. Der Verfasser bemerkt mit Recht, daß die erfolgreiche Tätigkeit der städtischen Volksschulen von keiner wesentlichen Bedeutung für die Zukunft des Staates sein kann, solange die polnische Landbevölkerung (70 % der Gesamtbevölkerung) keine besser organisierte Schule bekommt, — denn in manchen entlegenen Orten „geht es heute noch wie zu den Zeiten der Piasten zu".

Die Frage, ob die Volksschule mit der höheren Schule unmittelbar zu verbinden ist, so daß der Besuch der letzteren nur nach der Absolvierung der Volksschule möglich wäre, wird jetzt besonders heftig umstritten. In diesem Falle müßten die drei ersten Klassen der höheren Schule, deren Lehrprogramm dem der letzten Klassen der Volksschule ungefähr entspricht, abgeschafft werden. Dies müßte allerdings ganz allmählich durchgeführt werden, denn nicht überall in Polen stehen die Volksschulen auf der gleichen Höhe. Jedenfalls wird die Reform des Schulwesens, die diesen Diskussionen ein Ende setzen wird, mit großer Spannung erwartet. E. S.

Das geistige Niveau der heutigen Abiturienten der höheren Schule.
(Poziom umysłowy dzisieszych maturzystów szkól średnich.)
Von *Wł. Witwicki.*
Przegląd współczesny, 1927, Nr. 59, S. 404 ff.

Das polnische Schulwesen steht im Zeichen der Krise. Eine Vorstellung von dem geistigen Niveau der polnischen Abiturienten gibt uns dieses Referat, das auf Veranlassung der Warschauer Universität am 19. Februar 1927 in der allgemeinen Versammlung der Delegierten des Schuldirektorenverbandes gehalten wurde. Es ist auf den Ergebnissen einer Enquete, die von mehreren Hochschulprofessoren ausgefüllt wurde, und auf den Arbeiten einer Kommission, die sich mit dem Problem der Abiturientenvorbildung speziell beschäftigte, aufgebaut worden. Die Resultate ergeben ein durchaus negatives Bild: einstimmig wird erklärt, daß die Abiturienten, die zu den Hochschulen strömen, zum Universitätsstudium ungenügend vorgebildet sind.

Folgende Lücken der Vorbildung werden festgestellt: mangelhafte Kenntnis der klassischen, sowie der neueren Sprachen, besonders aber der deutschen, und selbst der Muttersprache, die die Abiturienten weder grammatikalisch noch stilistisch beherrschen; auch in allen anderen Schulfachern fehlen ihnen gründliche Kenntnisse der elementaren Tatsachen: die Naturwissenschaften werden gänzlich vernachlässigt. Ferner sind sie nicht gewohnt, selbständig zu arbeiten, zeigen kein ernstes Interesse für die Wissenschaft, und sind auch der akademischen Freiheit nicht gewachsen.

Die Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinungen sieht der Referent in dem allgemeinen Verfall der geistigen Kultur im Lande in der Nachkriegszeit, im reduzierten Schulprogramm, vor allem aber in dem Mangel an guten staatlichen Schulen; dieser Zustand zwingt die Schuljugend, sich an die zahlreichen Privatschulen zu wenden, die in jeder Beziehung nicht auf der Höhe sind, unqualifizierte Lehrer anstellen und nur ihr materielles Interesse im Auge haben.

Digitized by Google

Daß eine Änderung der bestehenden Lage not tut, wird von allen maßgebenden Stellen eingesehen. Die Universitätsprofessoren bringen den Vorschlag, Aufnahmeprüfungen in den Hochschulen einzuführen, da man den Reifezeugnissen keinen Glauben mehr schenken darf. Dagegen meinen einzelne Schulpädagogen, die Universität müsse sich notgedrungen der Schule anpassen. Auch die öffentliche Meinung behauptet: „Die Universität ist nicht für Gelehrtenausbildung da!"
Vor dieser utilitaristisch-unwissenschaftlichen Einstellung und dem modernen Schlagwort: „Die Schule soll die Jugend zum Leben erziehen" — warnt der Referent die Pädagogenversammlung. E. S.

D. Lettland.

Ostseepolitik. Von *Dr. Wilh. Grotkopp.*
Europäische Gespräche 1927, Nr. 4, S. 219—229.
Der Verfasser schildert die heutige außenpolitische Lage der Randstaaten unter Berücksichtigung der Versuche der Großmächte, diese in ihre Machtsphäre einzubeziehen und kommt zu dem Ergebnis, daß die Randstaaten „durch den Egoismus der Großmächte und die Passivität Skandinaviens vor eine Frage von prinzipieller Bedeutung, vor die Wahl zwischen europäisch-demokratischem Kapitalismus und asiatischem Bolschewismus gestellt sind". L. J.

G. Der deutsche Osten.

Ostpreußen und das deutsch-slavische Problem. (La Prusse orientale et le problème germano-slave.) Von *X X X.*
Le Correspondant, Paris, 10. 7. 1927, S. 691—717.
Der ungenannte Verfasser gibt sich als Franzose; aus der Tendenz des Aufsatzes darf geschlossen werden, daß er von einem schon lange in Ostpreußen ansässigen Polen — Königsberger Konsulatsbeamten oder Minderheitsangehörigen — geschrieben ist. Es wird ein von guter Sachkenntnis zeugender Überblick über Geschichte, Verwaltung, Wirtschaft und politischen Aufbau Ostpreußens gegeben. „Das Memelgebiet scheint sich unter der litauischen Herrschaft noch mehr zu germanisieren als unter der deutschen. Man sieht, daß zwischen der Lage dieses Gebietes und der des polnischen Korridors g a r k e i n V e r g l e i c h ist" (S. 695). Ostpreußen sei überwiegend deutsch, die polnische Minderheit betrage 15 %, nicht, wie aus der Abstimmung von 1920 hervorzugehen scheine, 4 %. Die Landflucht aus Ostpreußen ins übrige Reich arbeite dem friedlichen Eindringen der Polen vor, . . . an dem Tage, an dem die Paßschwierigkeiten fielen, könnte nichts die polnischen Landarbeiter hindern, in Massen zu kommen und trotz des Patriotismus der deutschen Gutsbesitzer Arbeit zu finden; „es gibt wirtschaftliche Gesetze, denen man auf die Dauer nicht widersprechen kann" (S. 697). Die politischen Parteien und sonstigen politischen und wirtschaftlichen Organisationen Ostpreußens werden unter genauer Angabe ihrer Führer und der ihnen nahestehenden Presse aufgezählt. Besonders ausführliche Erwähnung findet die Tätigkeit des „Ostpreußischen Heimatbundes". R. R. B.

H. Russische Emigration.

Wesen und Bedeutung des Eurasiatismus. Von *Wl. Iljin.*
Abendland, 1927, Nr. 7, S. 211—212.

Der russische Neunationalismus. — Die Eurasiaten.
Von *Bernhard Histermann.*
Abendland, 1927, Nr. 7, S. 213—214.

Digitized by Google

Das Doppelgesicht des Eurasiatismus. (Dva lika evrasijstva.)
Von *P. Bicilli*
Sovremennyja Zapiski, 1927, Bd. XXXI, S. 421—434.
Die drei Artikel untersuchen die in der Emigration entstandene Bewegung von verschiedenen Standpunkten aus. Iljin sieht in ihr den einzig möglichen Weg, Rußlands Vergangenheit und Zukunft zu verbinden. B. Histermann versucht die Quellen der Bewegung objektiv zu erforschen, jedoch auch ihm scheint es, daß der Einfluß des Eurasiatismus „eines den Zeitbedürfnissen angepaßten Panslavismus" in der Emigration, sowie auch in Sowjetrußland, immer größer wird, was er mit der Erstarkung des Nationalismus in Europa in Zusammenhang bringen will. Er kommt zu dem Ergebnis, daß „auch in Rußland der Nationalfaschismus an Bedeutung zu gewinnen scheint". Bicilli, als Vertreter der russischen demokratischen Kreise, lehnt dagegen den Eurasiatismus ab und übt scharfe Kritik an den theoretischen Voraussetzungen und am Programm der „religiös-faschistischen" Bewegung. L. J.

Über die junge Emigrantenliteratur. (O molodoj emigrantskoj literature.)
Von *S. Postnikov.*
Volja Rossii, 1927, Nr. V—VI, S. 215—225.
Der Verfasser berührt in diesem Artikel eine Frage, die für das kulturelle Leben der russischen Emigration von großer Bedeutung ist, um so mehr als seine Ausführungen nicht nur die junge russische Schriftstellergeneration betreffen, sondern auch in bezug auf die gesamte Emigrantenjugend ihre Gültigkeit behalten. Dies gibt auch dem ganzen Problem eine besonders tragische Note. — Lidija Sejfullina, sagt Postnikov, war nicht ganz im Unrecht, als sie sagte, daß sie die Emigrantenschriftsteller, denen sie auf ihrer Europareise begegnet war, als Ausländer empfand. Dies trifft besonders auf die Jugend zu, bei der die russischen Eindrücke — die Kindheitserinnerungen — sich bereits verwischt haben. Sehr gut charakterisiert diese Lage ein junger, in der Emigration lebender Schriftsteller Evangulow: „Ich beneide die älteren Schriftsteller, die das alte Milieu verwenden können... Was sollen wir aber tun, die vielleicht erst hier, in der Emigration zu beobachten gelernt haben. Was sollen wir tun, wir, deren Umwelt das „Ausland" ist, denen das Leben der Franzosen, der Neger, der Chinesen zugänglicher ist als das andere — das „unsere"?" Und die Literatur der Emigration beweist dies zur Genüge. Diejenigen Werke der jungen Schriftsteller, die das heutige Rußland behandeln, sind meistenteils schwach und gekünstelt. Im allgemeinen überwiegt aber das „ausländische" Element; die Helden wohnen in Berlin, in Paris oder in Tunis, fahren mit der Untergrundbahn oder mit métro und arbeiten als Kinostatisten oder dienen in der Fremdenlegion. Nur die Liebe zu den klassischen Traditionen der russischen Literatur verbindet diese in allen Herrgottsländern zerstreute Jugend. — L. J.

Anstalten zur Osteuropaforschung.

Das Staatliche Wissenschaftliche Institut der Weißrussischen Kultur in Minsk.

Die kulturelle Zentralorganisation Weißrußlands stellt das „Staatliche Wissenschaftliche Institut der Weißrussischen Kultur" („Inbjelkult") dar, das im Februar 1925 in Minsk gegründet wurde.

Seine Aufgabe besteht in einer planmäßigen Untersuchung Weißrußlands unter sprachlichen, literarischen, historischen, ethnographischen, wirtschaftlichen und anderen Gesichtspunkten. Die kulturell-wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts sind auf mehrere Sektionen verteilt. Zum Institut gehört auch der allweißrussische Dichter- und Schriftstellerverband „Molodniak" und eine

Digitized by Google

redaktionelle Verlagssektion, die die Veröffentlichungen des Instituts herausgibt. Ferner besitzt es eine reichhaltige Bibliothek und ein weißrussisches Museum.

Die Entwicklung des Instituts ging mit raschen Schritten vorwärts. Im Juli 1926 zählte es 206 Mitglieder, bald darauf aber bereits 400 (darunter allerdings nur 121 Weißrussen, sonst Polen, Juden und Russen). Sein Etat erreichte im Jahre 1925 die Höhe von 205 272 Rubel.

Das Institut ist bestrebt, vor allem mit den Arbeiter- und Bauernelementen in nahe Berührung zu treten; seine Sitzungen werden deshalb öffentlich und in weißrussischer Sprache abgehalten.

In den einzelnen Sektionen des Instituts herrscht ein reges Leben: u. a. wird die Übersetzung der Klassiker (Euripides, Shakespeare) ins Weißrussische, die Herausgabe weißrussischer „Klassiker" und die Gründung eines nationalen Theaters geplant; manches ist bereits in Angriff genommen.

Was die Veröffentlichungen des Instituts anbetrifft, so hat es, abgesehen von den ersten Bänden des (ethnographischen) „Sbornik" und des „Weißrussischen Archivs" (Bielorußki archiv), die zum Druck bereit sein sollen, bisher nur einige kleine Broschüren herausgegeben und die Mittel, die ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung standen, bei weitem nicht erschöpft. Es darf natürlich nicht vergessen werden, daß das Institut nur auf zwei Jahre seines Bestehens zurückblickt. Die Arbeit, die es leistet, hat eine wichtige kulturelle Bedeutung und soll der jungen weißrussischen Kultur neue Wege weisen.

(Nach „Przeglad wspólczesny", 1927, Nr. 59, S. 512 ff.)

Notizen.

Osteuropäische Forschungen.

Soeben tritt Professor Otto Hoetzsch im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas mit dem ersten Heft einer neuen Folge der Sammlung „Osteuropäische Forschungen" an die Öffentlichkeit. Nach einer durch Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingten längeren Pause empfand es die Gesellschaft als eine Notwendigkeit, für die zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit osteuropäischen Fragen befassen, eine organisierte Publikationsmöglichkeit zu schaffen. Dabei ist an in sich abgeschlossene selbständige und originale Forschungen und Darstellungen gedacht, die die Gebiete: Geschichte, Staatswissenschaft, Volkswirtschaft, Landeskunde, Geographie, Verfassung und Verwaltung und darüber hinaus auch alle anderen Zweige des osteuropäischen Lebens in Gegenwart und Vergangenheit behandeln. Der Begriff Osteuropa wird nicht eng gefaßt: auch den Beziehungen nach dem Nahen und Fernen Osten soll Raum gewährt werden.

Als erste Veröffentlichung der neuen Folge ist — im Osteuropa-Verlag, Berlin W. 35 und Königsberg Pr. — eine Arbeit des Königsberger Privatdozenten Dr. Martin Winkler erschienen: „Peter Jakovlevič Čaadaev. Ein Beitrag zur russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts." Winkler stellt Čaadaev an den Anfang der großen Reihe der geschichtsphilosophischen Denker Rußlands, die versucht haben, Rußlands historische Sendung geschichtsphilosophisch zu deuten. Er sieht in Čaadaev, der in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zwei grundverschiedene Perioden seiner Entwicklung durchgemacht hat, den Vorläufer der beiden Hauptrichtungen russischen Denkens, der Slavophilen und der Westler.

Als zweite Publikation der Sammlung befindet sich im Druck: Dr. Domet Oliantschyn: „Der ukrainische Philosoph des 18. Jahrhunderts, Hryhorij Skoworoda (1722—1794), und seine geistig-kulturelle Umwelt". Ferner sind in Vorbereitung: Dr. Irene Grüning: „Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten vom Berliner Kongreß bis zum Abschluß

Digitized by Google

des franco-russischen Bündnisses". Dr. Evsej Rabinowitsch: „Die russische Zuckerindustrie seit dem Weltkriege". Dr. Woldemar Adermann: „Die russische Baumwollindustrie nach dem Kriege 1917—1925". Dr. Robert Schweitzer: „Die bolschewistische Agrarpolitik mit Berücksichtigung ihres Einflusses auf die Konkurrenzfähigkeit der russischen Landwirtschaft auf dem Weltmarkte". Dr. Ljubow Jacobsohn: „Rußland und Frankreich in den ersten Regierungsjahren der Kaiserin Katharina II. (1762 bis 1772)".

Die Vorbereitungen für das 10jährige Jubiläum der russischen Revolution.

Der zehnte Jahrestag der bolschewistischen Revolution soll in der Zeit vom 7. bis 17. November 1927 in Moskau und allen anderen Städten und Dörfern Sowjetrußlands durch großartige Feiern begangen werden. Den Auftakt bildet eine Jubiläumstagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion, die am 15. Oktober in Leningrad eröffnet wird und auf der die Regierung über die Errungenschaften der letzten zehn Jahre berichtet. Zahlreiche Jubiläumsschriften werden herausgegeben, darunter die Tätigkeitsberichte aller Behörden und u. a. ein von Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften verfaßtes dreibändiges Werk „Wissenschaft und Technik der Sowjetunion 1917—1927". Überall werden Ausstellungen veranstaltet: so zeigt das Moskauer Revolutionsmuseum die Entwicklung von der Februarrevolution bis zur Periode des friedlichen sozialistischen Aufbaus und eine Sonderausstellung „Das revolutionäre China". Die Staatliche Akademie der Kunstwissenschaften bereitet eine große Kunstausstellung „Kultur und Kunst der Völkerschaften der Sowjetunion" vor usw.

Aus dem Ausland werden 1500 Gäste erwartet, hauptsächlich Mitglieder kommunistischer Organisationen, Arbeiterdelegationen, Bauern, die von den landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeladen werden, und Vertreter des Geisteslebens, an die Einladungen der „Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande" ergangen sind.

A. Lunatscharski über die kulturellen Beziehungen zu Deutschland.

Der Volksbildungskommissar A. Lunatscharski hat sich nach Rückkehr von seiner letzten Auslandsreise Vertretern der russischen Presse gegenüber über die kulturellen Beziehungen zu Deutschland folgendermaßen geäußert:

„Die Fragen der kulturellen Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion sind aus dem Stadium der Pläne in das der konkreten Tatsachen übergegangen. Die deutschen Gelehrten kommen unseren Vorschlägen mit dem lebhaftesten Interesse entgegen. Die in Deutschland tätige ‚Gesellschaft zum Studium Osteuropas' genießt großes Ansehen und hat eine ganze Reihe wertvoller Erfolge aufzuweisen. Für die nächste Zeit ist eine Anzahl gemeinsamer Expeditionen in Aussicht genommen, Forschungsaufgaben werden gemeinsam bearbeitet, und die gegenseitige Entsendung wissenschaftlicher Kräfte und besonders jüngerer Gelehrter in die Institute beider Länder wird organisiert. Auf deutscher Seite nehmen die hervorragendsten Staatsmänner mit dem Minister für Volksbildung an der Spitze an dieser kulturellen Annäherung teil, die unzweifelhaft eine große politische Bedeutung hat.

Während meines Aufenthaltes in Berlin besuchte mich der Reichskunstwart Redslob, um mit mir die Beteiligung der Sowjetunion an der Internationalen Kunstausstellung in Dresden zu besprechen. Der Vorsitzende der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Staatsminister Schmidt-Ott, lud mich, Volksgesundheitskommissar Semaschko und eine Reihe russischer und deutscher Gelehrter zu einer Sitzung ein, in der die praktischen Formen der Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland erörtert wurden. Auf vielen deutschen Ausstellungen sind wir in der letzten Zeit vertreten gewesen; unsere Abteilungen auf diesen Ausstellungen waren stets Gegenstand großer Aufmerksamkeit . . ." (Wochenbericht der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Ausland, russ. Ausg. 1927, Nr. 28—29.)

Digitized by Google

Das Schewtschenko-Institut in Kiew.

Das im Jahre 1926 gegründete Schewtschenko-Institut ist ein großes Kulturinstitut, dessen Aufgabe in der Untersuchung und Forschung über das Leben und Schaffen des größten ukrainischen Dichters, T. G. Schewtschenko, und der anderen ukrainischen Schriftsteller besteht. Die Forschungsarbeit geht in sechs Sektionen vor sich. Zwei von ihnen (in Kiew) dienen der Bibliographie Schewtschenkos und der Literatur über Schewtschenko. Die übrigen Sektionen beschäftigen sich mit den Werken Schewtschenkos, der Bibliographie der ukrainischen Literatur vor Schewtschenko und der nachrevolutionären Literatur. Diese letzten vier Sektionen befinden sich in Charkow.

Eröffnung einer jakutischen Nationalbibliothek.

Die Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion hat die Vorbereitungsarbeiten einer jakutischen Nationalbibliothek beendet. Der staatliche Bücherfonds der Bibliothek der Akademie und eine Reihe anderer wissenschaftlicher Institute Leningrads und Moskaus haben der neuen Bibliothek eine große Zahl ihrer Doubletten und eigenen Publikatonen überlassen. Die Hauptverwaltung der wissenschaftlichen Anstalten (Glawnauk) hat der Bibliothek von allen auf dem Territorium der RSFSR erscheinenden Büchern ein Pflichtexemplar zugewiesen. Mit einem Grundstock von 30 000 Bänden wird die Bibliothek in Jakutsk eröffnet.

Die Lage der Griechen in Sowjetrußland.

Auf dem Gebiet der Sowjetunion leben heute über 200 000 Griechen, die weitgehende kulturelle Freiheiten seitens der Sowjetregierung genießen. Eine griechische Kolonie nach der anderen eröffnet jetzt eigene Schulen, Klubs und Genossenschaften. Beim Volksbildungskommissariat in Moskau ist eine griechische Sektion ins Leben gerufen worden, die u. a. in der letzten Zeit in Athen für die Kinder der im Kaukasus und in der Ukraine lebenden griechischen Kolonisten eine große Anzahl Schulbücher eingekauft hat. Für die griechischen Bauern in Südrußland ist ein landwirtschaftlicher Verlag gegründet worden, der Bücher und Lehrmittel in griechischer Sprache herausgibt.

Errichtung eines mongolischen Staatsmuseums in Urga.

Die mongolische Regierung hat die Errichtung eines mongolischen Staatsmuseums in ihrer Hauptstadt Urga (Ulan-Bator) beschlossen. Den Grundstock bildet eine Spende der Russischen Akademie der Wissenschaften, 30 Kisten mit Sammlungen altmongolischer Webereien, Töpferwaren und anderer archäologischer Gegenstände.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegen Prospekte der Firmen Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig, Rabensteinplatz 2 und C. L. Hirschfeld, Verlagsbuchhandlung, Leipzig, Hospitalstraße 10 bei, die wir der Beachtung empfehlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas, Berlin;
für den Anzeigenteil: Alfred Wiechert, Königsberg i. Pr.
Druck: Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G., Königsberg i. Pr., Tragh. Pulverstr. 20

Digitized by Google

Das parteiamtl. Organ der Deutschen Volkspartei

Neustädtische Kirchstraße 15, I
Fernsprecher: Zentrum 6112, 6113, 6114

Erfolgreiche Anzeigenwirkung

Probeexemplare werden kostenlos zugestellt

Soeben gelangt zur Ausgabe Heft 2 der neuen Monatsschrift

Nation und Staat

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von
Jakob Bleyer, Rud. Brandsch,
Paul Schiemann, Joh. Schmidt-Wodder

4 1/3 Bogen Gr. 8°, beste Ausstattung RM. 2.—

Inhalt:

J. Robinsohn: Die Juden Osteuropas als nationale Minderheit. Ulitz: Die Instanzen für den Minderheitenschutz in Oberschlesien. F. K. Hennersdorf: Der Faszismus und Südtirol. R. Brandsch: 5 Jahre deutscher Minderheitenarbeit. G. Grassl: Die Deutschen im Südslawischen Wahlkampf.

Inhalt des 1. Heftes: W. Hasselblatt: Die Kulturautonomie der Slowenen in Kärnten. Dr. E. v. Jakabffy: Mussolini, Mello Franco und die „Times". J. Schmidt-Wodder: Wir Deutschen als Volk. Dr. P. Schiemann: Volksgemeinschaft und Staatsgemeinschaft. Die Lage (u. a. Lettland, Die Litauer in Polen, Memelgebiet). Der III. Kongreß der Organisierten Nationalen Gruppen Europas.

Die neue Zeitschrift wendet sich an die Politiker ohne Unterschied der Nationalität und Parteifärbung, an alle Wissenschaftler, deren Forschungsarbeit mit den nationalen Fragen Europas zusammenhängt, an jeden, der an eine kulturelle Zukunft Europas glaubt.

Univ. Verlagsbuchh. Wilhelm Braumüller
Wien, Leipzig.

Digitized by Google

DER GEOGRAPHISCHE ANZEIGER URTEILT:

Was er über die chinesische Wirtschaft mitteilt, gründet sich auf genaueste Kenntnis und sicheres Urteil. Es findet sich in dem riesigen Stoffgebiete kaum eine Frage, die nicht ihre klare Besprechung fände

NEUERSCHEINUNG

CHINA

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LANDESKUNDE VON

DR. FRIEDRICH OTTE

Bisher Professor der Privatwirtschaftslehre, Reichsuniversität Peking. Vordem stellvertretender Abteilungs-Direktor beim Generalinspektorat der Chinesischen Seezoll-Verwaltung, Peking

Mit einer wirtschaftspolitischen Karte von China, 16 mehrfarbigen Diagrammen und einer Vorrede von Carsun Chang. In Ganzleinen gebunden RM. 20,—

JUSTUS PERTHES GOTHA

Bücher zur Erlernung der slawischen Sprachen

ABICHT, Prof. Dr., Weißruthenische Fibel . . . . . 16 Seiten **0,20**

PRZYSIECKI, T. M., Seminardirektor,
Lehr- und Lernbuch der polnischen Sprache, 3 Teile,
I. Vorkursus: Lautlehre (17.—26. Tausend), 76 Seiten **0,80**
II. Wort- und Satzlehre, 1. Kursus, 4. Auflage, 146 Seiten **1,20**
III. Dasselbe, 2. Kursus, 2. Auflage . . . . 132 Seiten **1,20**
ungemein leicht faßlich, auch zum Selbstunterricht geeignet.

Książka do czytania na stopień średni iwyższy szkół powszechnych dla mniejszości językowej polskiej w Niemczech . Hlwbd. **4,—**

KUTZNER, P., Dolmetscher, **Poln. Handelskorrespondenz.** 124 Seiten **1,60**
2. Auflage. Eine gute Anleitung zur Abfassung polnischer Handelsbriefe.

SCHNEIDER und **PIECHOTA, Huta i Maszyna** . . . 43 Seiten **0,40**
Ein klein. deutsch-polnisches technisch. Wörterbuch f. Bergbau u. Industrie.

SNOWACKI, Dr. Anton, Nowy Elementarz Polki **1,20**

„ „ „ **Czytanki po Elementarzu** **1,60**

KOMISCHKE und **SIKORSKI, Czytanki Szkolne,** 2 Teile, I. Teil **2,50**
II. Teil **3,—**

RAUER A., Prawidla i dyktanda pisowni polskiej **0,20**

BURKHARDT, Geschichte für die deutschen Schulen in Polen **0,70**

KOMISCHKE, Deutsches Lesebuch f. Volksschulen in Polen, I. Teil **2,50**

ZERBE, Polnische Sagengeschichte **0,20**

PLANETORZ, Praktisches Handbuch der russischen Sprache
Für Schule und Selbstunterricht . . . . . 160 Seiten **1,60**

PRIEBATSCH'S BUCHHANDLUNG
BRESLAU UND OPPELN

Digitized by Google

Eine Zeitschrift für deutsch-nordischen Geistesaustausch

Deutsch-Nordische Zeitschrift

Herausgegeben von Prof. D. Dr. **Otto Scheel**, Kiel, unter Mitwirkung von Hauptpastor **Johannes Tonnesen**, Rendsburg und Dr. **Harry Schmidt**, Kiel.

4 Hefte jährlich. Im Jahresbezug Rm. 12,—, Einzelheft Rm. 3,50.
Heft 1 bereits erschienen. Heft 2 erscheint Mitte November.

Die neue Zeitschrift, deren Bedeutung durch Herausgeber und Mitarbeiter gesichert ist, ging hervor aus dem lebhaften Wunsche, die heute vielfach so erörterten Fragen einer deutsch-nordischen Kulturgemeinschaft von höchster Warte aus zu behandeln und die wertvollsten aller neueren geistigen Strömungen zu fördern und zu kräftigen. Die Zeitschrift will das Sammelbecken für alle in dieser Richtung liegenden Bestrebungen sein.

FERDINAND HIRT / BRESLAU, KÖNIGSPLATZ 1

Soeben erschien Heft 7/8 der Literarischen Zeitschrift

Orplid / Herausgeber: Dr. Martin Rockenbach, Köln

Weihnacht der Jugend

Preis des Einzelheftes RM. 2.40. Bezugspreis der Zeitschrift jährlich sechs Doppelhefte RM. 12.00, halbjährlich RM. 6.00
Die Hefte sind auch in der Sammlung „Wege nach Orplid" schön gebunden zum Preise von RM. 3.50 zu beziehen.

Das neue Orplidheft (Doppelheft, Orplid-Verlag Augsburg, Auslieferung M. Gladbach) ist ein Sonderheft „Weihnacht der Jugend". Rechtzeitig auf dem Weihnachtsmarkt, sammelt dieses Heft also junge Dichtung, die sich zur Heilstatsache der Weihnacht gläubig bekennt. Das Heft ist somit ein bedeutsames Zeugnis für die Wirklichkeit christlicher Dichtung in unserer Zeit. Die wichtigsten Mitarbeiter des Heftes sind die Lyriker Konrad Weiß und Heinrich Suso Waldeck, beide „religiöse Dichter im Vollsinn dieses Wortes, der Dramatiker Max Mell und die Erzähler Konrad Zoller und Margarete Windthorst, Otto Brües hat eine größere epische Dichtung beigesteuert. Die kritische Rundschau des Heftes ist, im Hinblick auf den Weihnachtsbücherkauf, besonders reich an wertvollen Hinweisen.

Die letzten Hefte der Zeitschrift: HUMOR IN DER JUNGEN DEUTSCHEN DICHTUNG
RAINER MARIA RILKE / JUNGES RUSSLAND / BAYRISCHE BAUERNDICHTUNG

ORPLID-VERLAG G.m.b.H., Augshurg/Köln/Wien

96|3

Digitized by Google

Neueste Literatur!

Fürst Eugen v. Trubetzkoy

Die religiöse Weltanschauung der altrussischen Ikonenmalerei.

Herausgegeben und eingeleitet von Nikolaus v. Arseniew, Prof. in Königsberg. XI, 99 S., kl. 8°, kart. M. 3.75, geb. M. 4.20.

Die Persönlichkeit und das geistige Werk des Fürsten ist jedoch nicht bloß Russen interessant: er ist einer der besten Einführer in die Welt der geistigen Schönheit, die in der Weltanschauung der Kirche des Morgenlandes gegeben ist, und außerdem ein großer christlicher Philosoph, erfüllt vom Geiste des urchristlichen Realismus, der urchristlichen Siegesfreude, der Freude über die Verklärung der Welt und auch der Materie durch die Siegesmacht Gottes.

Die Staatslehre Wl. Solowjews.

Bearbeitet von Dr. K. Ambrozaitis. Mit Bildnis Solowjews. 111 S., kl. 8°, M. 3, --

Solowjew, ein Sohn des orthodoxischen Ostens, der größte Denker Osteuropas baut aus den neuen Prinzipien ausgehend, seine eigene Moralphilosophie, die mit aller Entschiedenheit denjenigen Sinn des Lebens der Menschheit behauptet und berechtigt, der von der philosophia perennis aufgestellt ist. Die Originalität seiner Staatslehre ist bis jetzt noch von niemand in einem besonderen Werke dargestellt worden.

Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

Entrissene Ostlande

Von

Fr. Braun, Frz. Lüdtke, W. Müller-Bidersdorf

Mit Buchschmuck und 17 Kunstbeilagen von W. Kovella, M. Odoy, R. Reimesch und E. Siesner

XII, 447 S. Großoktav m. 1 Kart. d. deutsch. Ostmark

In Ganzleinen gebunden 8.– RM.

„... Das Werk selbst ist kein politisches, sondern ein kulturelles Buch. Es soll die starken Wurzeln zeigen, die das Deutschtum in den uns entrissenen Ostlanden hat, und in der großen Zahl seiner Beiträge in Poesie und Prosa das Verständnis für die Eigenart dieser Gebiete und ihres bitteren Geschicks wecken. Man muß den Herausgebern und den Mitarbeitern das Zeugnis ausstellen, daß ihnen dies durchaus gelungen ist. Insbesondere verdienen auch die zahlreichen künstlerischen Bilderbeilagen und Vignetten lobende Hervorhebung.

Ost-Europa 2. Jahrgang, Heft 6

*

Früher erschienen in derselben Sammlung:

Schlesien, Schlesiervolk, Oberschlesien

Riesen- und Isergebirge u. a.

Ausführliche Werbeblätter auf Verlangen portofrei

Verlag Friedrich Brandstetter

Leipzig C 1

HANS MÜHLESTEIN

RUSSLAND UND DIE PSYCHOMACHIE EUROPAS

Versuch über den Zusammenhang der religiösen und politischen Weltkrise

X, 240 Seiten 8°. Geheftet M. 4,50, Ganzleinen M. 6,50

„Ein Weltanschauungsbuch, das ich in seinem gezügelten Ungestüm für sehr wichtig halte. Es packt eine für die lebende Menschheit entscheidende Sache, um die täglich mit hundert Zungen ölig und unbestimmt herumgeredet wird, nun einmal wirklich bei der Wurzel ..... Es ist ihm gelungen, das Polypenwesen dieses Problems mit seinen hundert Fangarmen und Saugnäpfen nun wirklich zu packen, so daß kein Zappeln und Verstellen es uns mehr entwinden kann .... Das gesamte Religionsproblem wird geschichtsphilosophisch unerbittlich aufgerollt. Der Verfasser versucht dies, wie ich glaube, bei der ungeheueren Schwierigkeit des Problems mit weitgehendem Gelingen.“ Basler National-Zeitung.

VERLAG O. H. BECK, MÜNCHEN

Digitized by Google

Handels- nnd Wirtschaftsvertrag

zwischen der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und dem Deutschen Reiche v. 12. Oktober 1925 nebst Konsularvertrag

Erläutert von Dr. A. Rapoport und B. Stein
Mitgliedern der Sowjet-Delegation

Gr. 8°, 226 Seiten, auf holzfreiem Papier gedruckt
broschiert Preis Rm. 10,—, in Leinen gebunden Rm. 15,—

Das Buch enthält den vollständigen Text des deutsch-russischen Vertrages vom 12.-Oktober 1925, also den Handels- und Wirtschaftsvertrag sowie den Konsularvertrag nebst dem Nachlaßabkommen und sämtlichen Schlußprotokoll-Bestimmungen mit ausführlichem Kommentar.

Verlag der Handelsvertretung
der Union der SSR in Deutschland, Berlin SW 68

Zu beziehen durch

K. F. KOEHLERS ANTIQUARIUM
LEIPZIG, TÄUBCHENWEG 21
und jede größere Buchhandlung

OSTEUROPÄISCHE BIBLIOGRAPHIE

Herausgegeben vom Europa-Institut in Breslau, III. Jahrgang für das Jahr 1922. Erschienen 1926. 466 Seiten, brosch. Rm. 30,—, geb. Rm. 35,—

IV. Jahrgang für das Jahr 1923 in Vorbereitung

Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slawen

Im Auftrage der Abteilung für Sprachwissenschaft, Literatur und Geschichte
Herausgegeben von
Erdmann Hanisch

1. Jahrgang: Jahresberichte für Kultur und Geschichte der Slawen, brosch. Rm. 6,—
geb. Rm. 8,—
Neue Folge: Band 1 (2 Hefte), 2 (3 Hefte), 3 usf. (je 4 Hefte)

Abonnementspreis für das laufende Jahr (4 Hefte) Rm. 32,—; Einzelpreis der Hefte des laufenden Bandes Rm. 10,—. Preise der ältesen Bände, soweit lieferbar, auf Anfrage. Auch bei späterem Nachbezug der ersch. Hefte eines Jahrganges wird der Abonnementspreis nachträglich in Anrechnung gebracht

In dem unterzeichneten Verlag wird im Laufe des Winters ein nachgelassenes Werk des durch sein Buch über **Panslavismus** wohlbekannten **Dr. Fischel** erscheinen, welches die Würdigung des tschechischen Volkes zum Gegenstand hat. Die Herausgabe besorgt Herr Privatdozent **D. E. Hanisch**

PRIEBATSCH'S BUCHHANDLUNG
BRESLAU UND OPPELN

Digitized by Google

Soeben ist erschienen:

Joseph Görres

Eine Auswahl aus seinen Werken und Briefen

Herausgegeben von Geheimrat Dr. W. Schellberg

Der stattliche Band umfaßt XXXII und 605 Seiten, 20 Bilder und 15 Faksimiles von Handschriften und Erstdrucken auf Tafeln und kostet in lichtechtem Leinenband nur RM. 9,50.

Mit diesem Werk bringen wir zum erstenmal eine Auswahl der Schriften des großen Rheinländers und Katholiken, welche das Wesentliche aus sämtlichen Perioden seines Schaffens umfaßt.

Trotz gedrängter Kürze wird somit ein Bild des **ganzen Görres** geboten, dessen geistiges Schaffen in mehr als einer Hinsicht zu den unvergänglichen Werten des deutschen Schrifttums gehört; namentlich seine Publizistik, die in ihrer Ursprünglichkeit und Lebendigkeit den Gang der Zeitereignisse nicht begleitet sondern mitgestaltet hat, gehört zum Gemeingut des deutschen Volkes.

Die Lektüre von Görres' Schriften ist keine Literaten-Angelegenheit; heute mehr denn je sollte und kann sein Geist praktisch wirksam werden. Ganz besonders kann der katholische Volksteil, der ein Anrecht hat, auf diesen Mann aus seinen Reihen stolz zu sein, viel von ihm lernen.

Dieses Buch gehört daher in die Bibliothek jedes Deutschen, der aus der Vergangenheit praktische Lehren für die Gestaltung und die Möglichkeiten der Gegenwartspolitik ziehen will, und der Sinn für die Erhaltung des Geistesguts der Nation hat.

Zu beziehen durch alle gutgeleiteten Buchhandlungen.

Ausführlicher Prospekt gratis.

Gilde-Verlag G.m.b.H., Köln

Kölner Görres-Haus

Unterzeichneter bestellt hiermit bei der Buchhandlung

.....

aus dem Gilde-Verlag, Köln

Görres, Auswahl aus seinen Werken und Briefen,
in Leinen gebunden zum Preise von RM. 9,50

Unterschrift: .....

Ort und Datum: .....

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **INHALT:** **Heft 2**

OTTO HOETZSCH: Zehn Jahre Sowjetstaat 109
OTTO AUHAGEN: Rußlands Wirtschaft unter dem Bolschewismus 119
TH. ROTHSTEIN: Die äuswärtige Politik der USSR..... 126
EUGEN VARGA: Zehn Jahre Sowjetwirtschaft 135
Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:
I. Monatsbericht über innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 145
II. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 155
Bibliographie, bearbeitet von H. JONAS 163
Bücherschau 167
Zeitschriftenschau 169
Osteuropäische Forschungen 175
Notizen 176

Digitized by Google

„Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte."

Herausgegeben von **Karl Stählin,**
o. Professor für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Berlin.

Der Zweck der Schriftenfolge ist, in zwanglosen Heften russische Quellen in deutscher Übersetzung mit knapper historischer Einführung und dem erforderlichen wissenschaftlichen Apparat sowie einzelne selbständige Aufsätze zur russischen Geschichte zu publizieren und damit das immer noch mangelhafte Verständnis und Interesse eines weiteren Leserkreises für das Wesen und die Entwicklung des großen Ostreiches zu wecken. Die bekannte Sammlung wird in unserem Verlage fortgesetzt.

Soeben erscheint Heft 6:

„War der 1764 getötete Gefangene von Schlüsselburg der russische Exkaiser Iwan VI.?"

Von Universitätsprofessor Dr. **Karl Stählin.**

8°, 32 Seiten, mit acht Faksimiles und zwei Wappenwiedergaben. Steif geh. RM. 2.80.

An der Hand von Dokumenten aus einem deutschen Familienarchiv wird die Frage aufgeworfen und erörtert, ob der durch Kaiserin Elisabeths Thronumwälzung gestürzte Iwan VI., der nur in der Wiege russischer Herrscher war, aus seiner Haft in Dünamünde bei Riga befreit und an seiner Statt das Kind eines schwedischen Gefangenen untergeschoben wurde: eine der bisherigen Forschung völlig unbekannte Episode aus der an abenteuerlichen und spannenden Zügen so reichen russischen Palast- und Intrigengeschichte des 18. Jahrhunderts. Das mit einigen originalgetreuen Wiedergaben von Handschriften und Urkunden ausgestattete Büchlein wird zahlreiche Historiker und Freunde der Geschichte und Kultur jener Epoche stark interessieren.

Im Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 und Königsberg Pr.

NIKOLAI LESSKOW
GESAMMELTE WERKE

In neun Oktavbänden

Übersetzt von J. Günther, H. v. Heiseler, Arthur Luther und Erich Müller

Band I: Geschichten aus der Großstadt. 338 Seiten. / Band II: Geschichten vom Lande. 328 Seiten. / Band III: Legenden. 351 Seiten / Band IV: Geschichten aus alter Zeit. 323 Seiten / Band V: Ein absterbendes Geschlecht. 320 Seiten. / Band VI: Militärische Geschichten. 336 Seiten. / Band VII: Charaktere und Sonderlinge. 382 Seiten. / Band VIII: Die Klerisei. 320 Seiten. Band IX: Am Ende der Welt. Mit einer Biographie Lesskows von Erich Müller. 350 Seiten.

Gesamt-Ausgabe neun Bände in Halbleinen gebunden in Kassette RM. 45,—, neun Bände in Ganzleinen gebunden in Kassette RM. 50,—.
Einzel-Ausgabe (ohne Bandbezeichnung) geheftet jeder Band RM. 3,50, in Halbleinen gebunden jeder Band RM. 5.50, jeder Band in Ganzleinen gebunden RM. 6,—.
Liebhaber-Ausgabe in handgebundenen Halbledereinbänden je RM. 16,—.

„Lesskow war wohl der russischste unter allen russischen Dichtern, sogar russischer als Dostojewskij ... Er wurzelt ganz in der russischen Scholle und der Ausländer lernt das eigentliche Antlitz Rußlands aus seinen Erzählungen viel besser kennen, als aus den Werken Gogols, Dostojewskij's oder Tolstoi's." Alexander Eliasberg.

VERLAG C.H. BECK / MÜNCHEN

Digitized by Google

Zehn Jahre Sowjetstaat.

Von Otto Hoetzsch.

Am 7. und 8. November 1917 ergriff die Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) die politische Macht. Am 8. erging das Dekret, das das Land nationalisierte, und am 9. das Friedens-Angebot an alle Welt. Zugleich sollte die Räteidee das Organisationsprinzip des neuen Staats- und Wirtschaftslebens werden, in dem die Werktätigen zu den Trägern des rein kommunistischen Regimes werden und mit dem sie dieses aufrecht erhalten wollten.

Ich habe damals in meiner Wochenschau der „Kreuz-Zeitung" am 14. November 1917 geschrieben: „In dem Boten der russischen Revolution, den die Bolschewiki in deutscher Sprache in Stockholm herausgeben, schreibt Lenin am 3. November: ‚In Rußland ist diese Revolution zweifelsohne an dem Wendepunkt angelangt. In einem Bauernlande, unter einer revolutionären republikanischen Regierung, die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki unterstützt wird, wächst jetzt ein Bauernaufstand. Daß wir (die Bolschewiki) mit den linken Sozialistenrevolutionären jetzt die Mehrheit in den Arbeiterräten, in der Armee und im Lande haben, unterliegt keinem Zweifel. Die Krise naht der Lösung, die ganze Zukunft der russischen Revolution steht auf dem Spiel.'" So Lenin; ich fuhr fort: „Auf die Zeit zwischen dem 2. und 7. November, d. h. für die Tage, in denen ein allrussischer Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beginnen sollte, wurde allgemein ein Aufstand der Bolschewiki vorausgesagt. Eine Überraschung war der neue Staatsstreich nicht, mit dem die zweite Hauptperiode der russischen Revolution beginnt. — Die Bolschewiki sind keine Partei der Bauern. Sie wollen diese erst gewinnen, indem sie ihnen das Land des Staates, der Kirche, der privaten Grundbesitzer überweisen. Damit verschärfen sie den Klassengegensatz ungeheuer. Und sie verfolgen hier wie für die Staatsverwaltung, die Industrie usw. ein derartig primitives Programm eines schon in den Anarchismus übergehenden extremen Sozialismus, daß man zweifeln kann, ob sie ihre Aufgabe werden erfüllen können. — Daran aber ist kein Zweifel; der sogenannte ‚jusqu'auboutisme', den zuletzt Kornilow verkörperte, ist am Ende; die Massen Rußlands wollen den Frieden. Mit dieser Friedenssehnsucht sind die Bolschewiki nach oben gekommen, auf dem Willen, sie zu befriedigen, ruht allein ihre

Digitized by Google

Macht. — Die neue Umwälzung in Rußland scheint die jetzt oft gehörte Anschauung zu bestätigen, daß Rußland einem hoffnungslosen dauernden Zerfall entgegengeht und auf absehbare Zeit als politisch ernst zu nehmende Macht ausscheide. Wir getrauen uns nicht, derartige Prophezeiungen, die übrigens in den letzten anderhalb Jahrzehnten in bezug auf Rußland recht oft getäuscht haben, so sicher auszusprechen. Niemand vermag zu sagen, was aus der Umwälzung in Rußland herauskommt. Wir haben nur abzuwarten und uns vor voreiligen Festlegungen zu hüten. Für die Zukunft wird die Frage sein, ob Ebene und Flußsystem und Kapitalismus nicht stärker sein werden, als die Mächte der Auflösung und des Zerfalls, die augenblicklich in Rußland herrschen. Und haben wir vielleicht ein Interesse an dauernd ungeordneten Zuständen in Rußland, am Brand im Nachbarhause, von dem die Flammen fortwährend zu uns herüberschlagen können? Zum allermindesten mit dem Block der 80 Millionen Großrussen, der zudem die günstigste, die zentrale Lage in diesem kontinentalen Reiche hat, und von dem sich die 25 bis 30 Millionen Kleinrussischen schwerlich endgültig trennen werden, werden wir nach menschlichem Ermessen immer als mit einer Einheit von sehr bestimmten politischen Tendenzen zu rechnen haben."

* * *

Wie ist das Bild heute? Die Revolution und das Programm der Selbstbestimmung der Nationalitäten lösten den Staat auf. Es schien, als wenn er in die einzelnen Teile, nicht nur Städte. sondern Kreise, Dörfer, ja in die einzelnen sozialen Zellen und Atome zerfallen sollte und so wieder völlig aufgelöst und vernichtet würde, was in sechs Jahrhunderten aufgebaut war. Diese innere Auflösung wurde sowohl von der Entente wie von den russischen Gegnern des Bolschewismus zu ununterbrochenen Angriffen, Interventionen und Bürgerkriegen benutzt, in denen sich das russische Volk zerfleischte.

Aber das Sowjetregime, die bolschewistische Partei, hat sich demgegenüber zu behaupten vermocht. Heute hat die Welt mit einem geschlossenen Staat von 20 Millionen Quadratkilometern und 146 Millionen Einwohnern zu rechnen, der vom Sowjetgedanken und dem Kommunismus repräsentiert und regiert wird. Er hat im Westen die Randgebiete, vor allem Polen verloren, im Osten, was Rußland in der Mandschurei besaß, und auch die ostchinesische Bahn ist mehr oder minder heute ein verlorener Posten. Aber sonst sind die Grenzen des alten Zarenreiches wieder hergestellt. Die alten, in der Lage und Geschichte und Natur des russischen Staates vorhandenen Kräfte und Tendenzen haben zur Zusammenfassung und Wiederherstellung der

Digitized by Google

Einheit vom Kommunismus benutzt werden können. Und auf einem Riesengebiete hat dieser, wie niemals in der Geschichte der Staatsumwälzungen, eine Gelegenheit gehabt, und hatte er so die Möglichkeit, sozialistische Organisation des wirtschaftlichen und sozialen und politischen Lebens zu verwirklichen und die Menschen damit glücklich zu machen.

Es ist bekannt, wie sich der Versuch, gewaltsam mit Enteignung und Terror die Lehren des kommunistischen Manifestes durchzuführen, an den Realitäten gestoßen und wie er über die sogenannte neue ökonomische Politik zu dem Krypto-Kapitalismus geführt hat, der staatlichen Planwirtschaft, die heute die Volkswirtschaft im ganzen gemeinwirtschaftlich zu organisieren strebt, nach äußerster Möglichkeit am Gemeineigentum an den Produktionsmitteln festhält, aber doch nicht eine Wiedererstehung des Kapitalismus, im volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Sinne, hat verhindern können.

Im Grunde ebenso wichtig ist die andere Tendenz und Organisationsform: Den Nationalitätenstaat, der das alte Rußland war und der in ihm durch Tyrannis der großrussischen Nationalität regiert wurde, wiederherzustellen als einen Bund von in sich autonomen Volkstümern, die gleichwohl in der höheren staatlichen Einheit ihre Verbindung, ihre staatliche und wirtschaftliche Lebensform fänden. Um welche Probleme es sich dabei gehandelt hat, zeigt das Ergebnis der ersten Volkszählung, die der Sowjetstaat veranstaltet hat. In ihm zählten:

	Bevölkerung (in Millionen)	Davon in den Städten
Großrußland	100,42	17,14
Ukraine	28,89	5,27
Weißrußland	4,93	0,8
Transkaukasien	5,81	1,37
Usbekistan	4,39	1,03
Turkmenistan	0,88	0,12
	145,32	25,73

Die Zahl der Nationalitäten, welche die Sowjetunion in sich schließt, beträgt 165. Von diesen sind allerdings viele kaum mehr als Völker zu bezeichnen, es handelt sich vielmehr bei ihnen um Reste aussterbender Volksstämme. Der Zahl nach steht an der Spitze des Verzeichnisses der Sowjetunion das großrussische Volk mit 70 Millionen. Es folgen die Ukrainer mit 25 Millionen, die Weißrussen mit mehr als 4 Millionen. Zwischen 3 und 1 Million zählen die Tataren, die Usbeken, die Juden, die Aserbeidshaner, die Moldawanen, die Armenier, die Georgier (Grusinier), die Tschuwaschen und die Deutschen, deren Zahl 1 044 000 beträgt.

Digitized by Google

Es ist bekannt, wie ursprünglich, bei der Entstehung des bolschewistischen Staates, seine Machthaber sich geradezu freuten, mit der Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten die einzelnen Teile auseinanderzusplittern, um auf dem Rest, dem großrussischen Gebiet um so sicherer zu sein, um so reiner die Lehren von Karl Marx und Lenin durchführen zu können. Aber ebenso erinnert man sich heute, wie jene zusammenhaltenden Kräfte, ferner die marxistische Lehre von den großen Wirtschaftsgebieten und schließlich der Machthunger sowohl des russischen Bolschewismus wie des großrussischen Nationalgedankens zum Gegenteil führten, eben zur Wiederherstellung des alten Zarenreiches in jenem nur wenig verringerten Umfang, aber in bezug auf das Verhältnis der Nationalitäten zu einander nach einem ganz anderen Prinzip.

Der Mann, der heute als Generalsekretär der Partei an der Spitze Rußlands steht, Rußland tatsächlich regiert, Stalin, hat an der Ausarbeitung dieser Prinzipien in der Bundesverfassung den stärksten Anteil genommen. Und alle Beobachtungen und Erfahrungen bestätigen, daß der Sowjetstaat das Problem, Nationalitäten und nationale Minderheiten in größerer Wirtschafts- und Staatseinheit ohne Schädigung ihrer nationalen Rechte vereinigt zu halten, besser gelöst hat, als irgend ein anderer Staat in Europa.

* * *

Wir bringen in diesem Heft zwei Beiträge über die wirtschaftliche Entwicklung und die Außenpolitik des Sowjetstaates aus bolschewistischer Feder, von Männern, die an leitender Stelle im Sowjetstaat heute stehen. Mit Temperament und Energie schildern sie die zehn Jahre, die hinter ihnen liegen, vom Standpunkt ihrer Partei als deren überzeugte Anhänger und als Anhänger der sie tragenden Idee. Wir haben an diesen Manuskripten nichts geändert, die in diesem Augenblick besonders interessante Dokumente aus dem Leben des Sowjetstaates heraus sind. Dazu bringt dieses Heft von reichsdeutscher Seite die Betrachtungen über die Wirtschaft von Prof. Auhagen, der soeben von langer Studienreise in Rußland zurückgekehrt ist, und über die Politik hier von mir. Mit dem Verweis auf meine regelmäßigen Monatsübersichten kann ich mich darauf beschränken, die Fragen zu stellen und die Antworten zu suchen, die im Augenblick beim zehnjährigen Jubiläum der Sowjetmacht sich aufdrängen.

* * *

Mit Gewalt ist diese Macht errichtet, mit dem Terror und der Diktatur des Proletariates, der wenigen Führer über das Proletariat, hält sie sich. Der Augenblick ist noch weit entfernt, in dem dieser Zwischenzustand einer Diktatur,

Digitized by Google

der nach Friedrich Engels ja nur kurze Zeit andauern sollte, übergehen könnte in eine freiheitliche Gestaltung des Lebens für vollkommen gleichberechtigte Glieder einer nach marxistischer Lehre ohne Klassenunterschiede, ohne Kapital, ohne Staat existierenden einheitlichen Gesellschaft.

Es war die zweite oder dritte Revolution, wenn wir 1905 als die erste und die Märzrevolution von 1917 als die zweite rechnen. Der übliche Gang der Revolution aber, wie die Geschichte sonst ihn zeigt, hat sich hier bisher nicht bis zu Ende abgespielt. Zwar ging nach dem inneren Gesetz jeder Revolution die Bewegung sehr schnell bis in das Extreme. Aber sie ist dann nicht in die Diktatur des einzelnen umgeschlagen, eines neuen Cäsar, der über Thermidor und Konsulat dann zum Kaiserthrone aufgestiegen wäre. Auch Lenin war nicht in diesem Sinne der Diktator und Stalin ist es erst recht nicht. Was beide waren und sind, sind sie durch die Partei, durch die eigenartige Gemeinschaft revolutions- und doktrinerprobter Männer, die mit einem Orden verglichen werden kann.

An dieser eigenartigen Position nun, die ein Jahrzehnt hat gehalten werden können, nagen und zehren heute nicht die Kräfte der Gegenrevolution und des Cäsarismus, für die die organisatorischen Voraussetzungen offenbar vollständig fehlen, sondern die Kräfte der Entwicklung, der Wirtschaft, und wenn wir die Gegensätze zwischen Mehrheit und Opposition bis soweit deuten dürfen, auch der politischen Freiheit.

* * *

Voraussetzung für das Endgelingen eines solchen gigantischen Versuches kommunistischer Wirtschafts- und Staatsordnung war, daß der Ruf an die Proletarier der Welt, sich zu vereinigen, auch verwirklicht werde. Die Wellen sind nicht weiter gegangen! Das Pendel der sozialistisch-revolutionären Umwälzung ist nicht bis zur äußersten Höhe ausgeschlagen, sondern zurückgegangen. Die Welt sonst hat sich, selbst die Kette der schwachen Randstaaten, des Bolschewismus erwehrt. Ein kapitalistisch-demokratisches oder kapitalistisches Europa liegt auf der einen Seite, nach Süden, von der Türkei über Persien nach Afghanistan, Staaten, in denen der Wille eines einzelnen diktatorisch herrscht und den Bolschewismus fernhält. Und im fernen Osten hat sich die zäh festgehaltene Hoffnung, den Kommunismus dorthin zu verbreiten, als trügerisch erwiesen. Irgendwie bedroht ist von ihm Indien und dadurch England im Ernste nicht, und in China hat die Unabhängigkeitsbewegung die Verbindung mit dem aus Europa kommenden Moskauer Kommunismus abgewehrt. Sowjetrußland ist am zehnten Jahrestag seiner Existenz eine vom Rätegedanken beherrschte, sozialistisch organisierte Insel mitten in einer Welt, die wirtschaftlich vom Kapitalismus und staatlich von nicht-

Digitized by Google

sozialistischen Prinzipien bestimmt wird. Sowjetrußland ist so nach außen in die Defensive gedrängt, in Sorge um seine Selbstbehauptung, in Sorge vor einer Art Kreuzzug einer Welt gegen die bolschewistischen Ideen, während im Innern kraft der Entwicklung sich unweigerlich umgestaltet, was wirtschaftlich und sozial durch den Umsturz des 7. und 8. November hergestellt worden ist.

* * *

Schmal war von vornherein die soziale Basis für den Ideenbau von Karl Marx in dem agrarischen Lande. Mit dem Bund zwischen Arbeitern und Bauern hat Lenin von vornherein operieren müssen. Daß er das tat, war ein Beweis für seine staatsmännischen Fähigkeiten. Daß er es tun mußte, war ein Beweis für die innere Schwäche eines sozialistischen Regimes, das sich ja nach der Lehre von Marx erst am Ende der kapitalistischen Entwicklung durchsetzen sollte. Und das Rußland von 1917 stand noch durchaus im Zeichen des Frühkapitalismus!

Das freilich geschah und das bleibt: die Zertrümmerung des großen, des feudalen Grundbesitzes, der in diesem Lande einer noch schwachen Bourgeoisie im Bunde mit Kaisertum, Armee und Beamtenschaft den Staat noch fast mittelalterlich beherrschte. Die ungeheure agrarische Umwälzung, die das Landdekret vom 8. November einleitete, wird niemals wieder rückgängig gemacht werden können. Grundlegend ist in Rußland die Verteilung des Landes geändert. Der Hunger der Bauern nach Land wurde über alle Wünsche hinaus befriedigt, wirtschaftlich, technisch auch eine Umwälzung von Riesenmaß, die im einzelnen noch längst nicht zur Genüge erkannt und studiert worden ist. Aber das ist ebenso klar: Zu einer kommunistischen Ordnung des Landeigentums und der Bestellung des Landes und der Verwendung der Urproduktion hat diese Umwälzung nicht geführt! Die Bestrebungen darauf sind trotz allen Terrors gescheitert, zunächst am Selbsterhaltungstrieb der Bauern, dann an dem primitiv-kapitalistischen Geiste, der im russischen Bauern, wie in jedem Bauern lebt, und der in dem gewißlich kommunistischen Gedanken nicht abgeneigten Bauern durch die Erfahrungen des Krieges, der Kriegsgefangenschaft, der Nachkriegszeit wachgerufen und stark entwickelt worden ist.

Dafür, für dieses Werden individualistischen Geistes im russischen Bauern vor allem brauchten wir einmal ein wirklich eindringendes und mit Belegen versehenes Studium. Aber einfach schon der Gang der inneren Politik gegenüber dem Bauerntum beweist das ja: die neue ökonomische Politik mit ihren Zugeständnissen auf dem Steuergebiet, die Neuordnung der Währungsverhältnisse, der Kampf um die Preise der von den Bauern benötigten Industriewaren, das Ergebnis schließlich der juristischen Ausgestaltung jenes Landdekretes zum Agrarkodex, von

Digitized by Google

dem man gesagt hat, daß sie geradezu wieder in die Linie der Agrarreform Stolypins zurückbiege.

Für die Masse des russischen Volkes käme so dieser Riesenversuch des Kommunismus, kommt er schließlich genau am entgegengesetzten Ende an, als er wollte und will. Da öffnen sich die Perspektiven: Was wirtschaftlich nicht aufgehalten werden konnte mit diesen Zugeständnissen an den Wirtschaftsegoismus und den privaten Nutzen des Bauern, das muß sich ja auswirken auch sozial, in neuer Bildung von Klassen. So wenig der Bolschewismus dazu geführt hat, daß (nach den Lehren von Karl Marx) der Staat abstürbe, so wenig er dazu geführt hat, daß das Geld abstürbe, so wenig kann er die Bildung neuer Klassen aufhalten. Und in ihnen ist die mächtigste die Bauernschaft.

* * *

Darum geht heute die Sorge und der Kampf. Theoretisch wird der Sozialismus festgehalten und praktisch gilt auch in vieler Beziehung, daß die Gemeinschaft die Produktionsmittel in ihrer Hand hat: Banken und große Industrie und Verkehrsmittel. Das Land hat sie tatsächlich nicht in der Hand und die Zugeständnisse an Geld und Kapital gestatten ihr heute nur noch, eine mühselige Staatsplanwirtschaft aufrechtzubehalten

Diese kämpft um die bekannten Probleme. Sie will jetzt, wie man gesagt hat, nach den Etappen der Zerstörung des Großgrundbesitzes und des Wiederaufbaus die sogenannte „Rekonstruktion" durchführen, die radikale Umgestaltung der Wirtschaft auf Grund der neuen sozialistischen Prinzipien. Aber sie kann tatsächlich nichts anderes tun, als um einige Positionen noch ringen und darum zu ringen, wie sie im Ausgleich zwischen sozialistischer Theorie und kapitalistischer Praxis die Leitung nicht aus der Hand verliere, den heruntergewirtschafteten Produktionsapparat verbessere, den Hunger nach Industriewaren bei den Bauern befriedige, mit den Früchten der Arbeit des Bauern, die sie exportiert, doch im strengsten kapitalistischen Sinne die Sicherheit der Währung und die Aktivität der Handelsbilanz erhalte. Was heute die Sowjetwirtschaft tut und anstrebt, ist, auf das Große gesehen, zweifellos nicht mehr Sozialismus. Das ist eigentlich schon wieder Merkantilismus im Sinne des 16. und 17. Jahrhunderts, im Sinne auch und in der Wirkung einer Staatsbildung, einer national-staatlichen Idee, die sich freilich damit sehr stark und immer mehr vom Marxismus entfernt.

Am Tage des Jubiläums, an dem mit begreiflichem und berechtigtem Stolz auf die große organisatorische Leistung der Wiederherstellung Rußlands im Dienst der sozialistischen Idee hingewiesen werden konnte, steht das Sowjetregime vor den oft geschilderten beiden Problemen: Wie das Tempo einer wirtschaftlichen Entwicklung so beschleunigen, daß das Rad nicht über-

Digitized by Google

haupt still steht, das sich so langsam dreht? Und wie verhindern, daß die soziologische Folge der bisherigen Kompromißpolitik zu einer inneren Umbildung und Umwälzung führt, in der schließlich das zum Bewußtsein selber selbst gekommene Bauerntum, als Bewegung von kapitalistischen Farmern, das sozialistische Regime einfach aus dem Sattel höbe?

Diese Sorgen erfüllen die Partei. Sie begründen den Kampf der Richtungen in ihr. Es ist ein merkwürdiges Schicksal, daß auf den Jubel der Festfeier die tiefen Schatten des Parteikampfes fallen, in dem die Erscheinungen der Zersetzung, die Gefahren der Spaltung unverkennbar hervortreten, in dem schon von der Ausschließung eines der Vorkämpfer jener 7. November-Revolution, Trotzkis, die Rede ist, in der schon Worte fallen, wie Thermidor, Gewaltstreich und dergleichen. Es ist nicht der Kampf der Diadochen schlechthin, der nach Lenins Tode hätte ausbrechen müssen. Diese Formel wird dem Ernst und der Tiefe der Gegensätze im heutigen Rußland nicht gerecht. Und dabei fragt man sich, ob und wie die eine Richtung von der anderen sich trennen soll oder kann. Im gemeinsamen Schicksal sind diese Männer zusammengeschweißt. Durch Jahrzehnte gemeinsamen Schicksals und gemeinsamer Ideen verbunden, sollen sie auseinandergehen, die sie alle wissen, wie die Spaltung gerade die eigentümliche und nur so zu behauptende Position des bolschewistischen Parteistaates in den Grundfesten erschüttern muß. Man glaubt es wohl, daß die Abstimmung über Trotzkis Ausschluß im engsten Kreis der Kommunistischen Partei tiefste Erschütterungen im Inneren der Beteiligten auslösten.

Wird daraus ein Umschwung kommen? In welcher Form? Wo stehen die organisierten Kräfte der Bürokratie und der Armee? Wer sich mit Rußland beschäftigt, weiß, daß er nicht prophezeien darf. Was er sieht, ist, daß trotz allem der Bauer an diesem Regime, das ihm das Land gegeben hat, festhält und interessiert ist und daß das Volk im ganzen von unendlicher Müdigkeit ergriffen ist, daß das Volk, Arbeiter wie Bauern, in Stalin die Ruhe, die Beruhigung sieht.

* * *

Die Weltrevolution ist nach außen nicht weitergegangen. Nicht hat sich Europa umgestaltet in einen Bund der sozialistischen föderativen Republiken, in dem Rußland dann nur ein Glied gewesen wäre und der im ganzen von der dritten Internationale regiert würde.

Eigentümlich und kompliziert ist darum auch das Ergebnis der außenpolitischen Entwicklung dieses Jahrzehnts. In einer Reihe von Verträgen ist Rußland anerkannt, wieder Glied des Staatensystems geworden. Doch hält es sich dem Völkerbund fern, und, was wichtiger ist, steht es in zunehmender

Digitized by Google

Isolierung. Der Kapitalismus draußen ist sein Gegner, die Stimmung der Welt draußen noch mehr. Aber es kann sich nicht abschließen gegen diese kapitalistische Welt. Es muß sich mit ihr auseinandersetzen. Es braucht ihre Hilfe, gerade um sich als Sowjetregime behaupten zu können. Es muß Zugeständnisse an die draußen zwingend geltenden Wirtschaftsgesetze machen, im Handelsvertrag, im Kampf um das Außenhandelsmonopol, in der Schuldenbehandlung, in der Konzession, im Drang nach Krediten und kapitalistischer Hilfe beim Auslande.

So also die Fragen: Todfeindschaft gegen die in diesem Ausland, diesem Europa herrschende Wirtschafts- und Staatsordnung? Oder, wie es auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz formuliert wurde: „Koexistenz und Kooperation", Nebeneinanderbestehen in gegenseitiger Anerkennung verschiedener Staatenordnungen und Zusammenarbeiten? Verhältnis zwischen russischer Staatspolitik und Komintern? Stellung zum Schiedsgerichtsgedanken und zur Friedensordnung, um die Europa ringt? Beteiligung an Weltwirtschaftskonferenz und Weltabrüstungskonferenz? Und wieder greift die Antinomie der inneren Entwicklung hier ein. Wir haben es fortlaufend verfolgt, wie Stalin außenpolitisch durch den Parteikampf im Innern gelähmt wird, der ihm immer eindringlicher und lauter vorhält, daß er im Paktieren mit dem kapitalistischen Ausland die Grundlagen unter den Füßen verliere, daß allein das revolutionäre Prinzip im reinsten Sinne den Bolschewismus in Rußland retten könne.

* * *

Noch nicht entfernt sind die wirtschaftlichen Verluste des Krieges und der Nachkriegszeit ausgeglichen. Noch nicht entfernt ist die politische Stellung wieder gewonnen, die Rußland vor dem Kriege hatte. Aber die physischen Verluste, die Menschenverluste, sind ausgeglichen, und die Geburtenzunahme, die jeder Reisende beobachtet, zeigt die ungebrochene Lebenskraft dieses zwischen Europa und Asien siedelnden russischen Volkes und der mit ihm im Staat verbundenen Nationalitäten.

Mit unendlicher Zerstörung aber der ideellen und kulturellen Werte ist erkauft, was der Kommunismus in Wiedererrichtung des Staatsbaues und Wiederherstellung des Wirtschaftslebens erreicht hat. Noch mehr: Dadurch ist der Zusammenhang Rußlands mit der europäischen Welt gefährdet. Das Sowjetregime wollte eine eigene, neue, proletarische Kultur aufrichten und sieht, das es eine Unmöglichkeit ist. Es sieht, daß es den Zusammenhang mit der europäischen Gedankenwelt schon aus praktischen Gründen braucht. Aber es kann die Freiheit des Geistes nicht gewähren, die dazu notwendig wäre, und der Kampf darum, der Kampf um die darin liegenden inneren Widersprüche gefährdet noch mehr das, was an Kulturgut aus früheren Zeiten

Digitized by Google

erhalten worden ist, droht Rußland in einer Kluft von Europa zu trennen, die in ganz absehbarer Zeit für Rußland selbst sich gefährlich auswirken muß.

* * *

Es war ein Gebot der Not, daß nach der Novemberrevolution von 1917 der Mittelpunkt des Reiches von Petersburg nach Moskau verlegt wurde. Man hat Petersburg in Leningrad umbenannt und so den Abstand der Epochen, den Unterschied einer völlig toten Vergangenheit gegenüber einer lebenssicheren Zukunft scharf bezeichnen wollen. Vorschnelle Betrachtung kam umgekehrt dann auch gleich zu dem Schluß, daß damit Rußland wieder in das Moskauische Zeitalter zurückfalle, in seine Verbindung mit Asien herein, wohin es gehöre. Und doch hat der Bolschewismus den Zusammenhang mit Europa nie abreißen können und auch nicht abreißen wollen. Die Zwischenlage zwischen Europa und Asien bleibt nach wie vor wirksam und die Zwischenlage eines Staatswesens, in dem die Staatsnation, die großrussische Nationalität, trotz aller Mischung zu Europa gehört, Zweig der indogermanischen Rasse ist und so die Richtung seiner Bestimmung zwingend bestimmt sieht.

* * *

Ob man das, was in den zehn Jahren zwischen 1917 und 1927 auf den weiten Ebenen des vom russischen Volk beherrschten Ostens sich abspielte, groß nenne oder klein, ob man diese Vorgänge und Menschen betrachte mit Haß oder Sympathie, und ob man Ergebnisse und Folgen der Novemberrevolution von 1917 hoch einschätze oder gering — niemals werden die Spuren dieses Jahrzehntes im russischen Staat und Volk ausgewischt werden.

Wir wissen nicht, wie die Entwicklung weitergehen wird. Wir glauben zu sehen, daß drüben die Evolution am Werke ist, in einem Gang der Revolution, wie er gezeichnet wurde. Wir wissen bestimmt, daß diese Entwicklung auf den Stand von 1914 niemals wieder zurückgeschraubt werden kann.

Mit der „Zeit der Wirren" im 16. und 17. Jahrhundert, so habe ich das Kapitel „Rußland unter dem Bolschewismus" geschlossen, das ich dem Geschichtswerke Platonows angehängt habe, vergleicht sich von selbst, was Rußland seit 1917 durchgemacht hat. Diese Periode hat damals über ein Menschenalter gedauert. Niemand weiß, wie viele Jahre die Überwindung der neuen Zeit der Wirren beanspruchen wird. Wenn die russische Emigration, in Verzweiflung über ihr Vaterland, aber im Glauben an seine Zukunft, das Wort gern braucht: „Rußland war, aber Rußland wird sein", so steht heute doch unzweifelhaft wieder fest, daß „R u ß l a n d i s t !". Es ist wieder vorhanden. Es ist da als Staat mit alten Tendenzen und neuer Klassenbildung, mit keineswegs verbrauchten physischen und geistigen Kräften

Digitized by Google

seines Volkes und mit einem, trotz Zerstörung und Not, kräftigen Willen zum Leben.

Wir wünschen dem russischen Volke, daß ihm die weitere Entwicklung nicht wieder das Meer von Blut und Tränen bringe, durch das es in diesen zehn Jahren hat hindurchgehen müssen, und daß sich die Weiterentwicklung in friedlicher und menschlicher Form vollziehe. Und wir wünschen, daß die Zusammenarbeit zwischen deutschem und russischem Volke immer enger, die Beziehungen zwischen ihnen beiden in ihrer Interessengemeinschaft und Schicksalsverbundenheit immer enger und fester werden!

Rußlands Wirtschaft unter dem Bolschewismus.

Von Otto Auhagen.

In aufrichtiger Gesinnung hat Deutschland zu der russischen Dezenniumfeier seine Glückwünsche ausgesprochen; wir wissen, wie wichtig das Gedeihen der russischen Wirtschaft für uns selbst ist, und wir sind überzeugt, daß die Union der Räterepubliken uns freundfriedliche Beziehungen sehr viel zuverlässiger verbürgt als das Zarenreich. Trotzdem fordert die historische Gerechtigkeit, bei einem Rückblick auf das erste Jahrzehnt der Räteherrschaft zunächst daran zu erinnern, was der Bolschewismus zerstört hat. Als der Krieg ausbrach, befand sich Rußland in einer Periode hoffnungsvollsten Aufstiegs. Zwar war das Zarenreich immer noch ein Land der Rückständigkeit, keineswegs aber der Stagnation. Wer das heutige Rußland mit dem ehemaligen vergleichen will, darf nicht etwa auf die Zeit Nikolaus' I. oder Alexanders III. und nicht einmal auf das Jahr 1900 zurückgehen, sondern auf die Jahre, die dem japanischen Kriege und der ersten Revolution folgten. Wer heute die russischen Großstädte besucht, stößt auf die Zeugen jenes Aufschwungs in Gestalt monumentaler Paläste von Banken, Handels- und Industrie-Gesellschaften, und auch in größeren Dörfern sind häufig stattliche Gebäude anzutreffen, die von den ländlichen Genossenschaften in den letzten Jahren vor dem Kriege errichtet wurden. Die ganze Volkswirtschaft einschließlich der Landwirtschaft war im Begriff, westeuropäische Formen anzunehmen.

Trotz dieser glänzenden Entwicklung, die auch den breitesten Schichten des Volkes zugute kam, war das Land vom Geist der Revolution unterwühlt; die Umsturzbewegung wurzelte nicht so in der damaligen Lage der Arbeiter und Bauern, wie vielmehr in dem Druck der Vergangenheit und vor allem in gewissen Charakterzügen des russischen Volkes. Durch den Krieg gelangten

Digitized by Google

die revolutionären Tendenzen zum Sieg. Die Zertrümmerung begann; ihr folgte der Wiederaufbau, der aber noch längst nicht so weit gelungen ist, daß die heutige Volkswirtschaft Rußlands sich an Produktivität und innerer Kraft mit der des Jahres 1913 oder auch 1916 vergleichen kann.

Wir wollen aber nicht fragen, was Rußland sein könnte, wenn der Bolschewismus nicht gesiegt hätte; er h a t gesiegt, wir haben mit dem historisch g e g e b e n e n Rußland zu rechnen, und so ist für uns vor allem die Frage wichtig, ob das herrschende System fortschrittsfähig ist. Im Hinblick hierauf ist 1927 nicht mit 1916 zu vergleichen, sondern mit der Zeit der tiefsten Depression, den Jahren 1920 bis 1922.

Der wirtschaftliche Niedergang der ersten Jahre ist sicherlich nicht nur den Methoden sozialistischer Umgestaltung zuzuschreiben, sondern auch der durch den Sieg des Bolschewismus hervorgerufenen Intervention ausländischer Mächte und vor allem der inneren Gegenwehr, die einen beiderseits mit Grausamkeit und Zerstörungswut geführten Bürgerkrieg entfesselte. Dieser Zeitabschnitt ist amtlich als die Periode des „Kriegskommunismus" bezeichnet worden. Meist wird hierin der Versuch erblickt, nachträglich zu verschleiern, daß die Räteherrschaft sofort das doktrinäre Ideal kommunistischer Wirtschaft habe verwirklichen wollen und erst nachträglich den verunglückten Versuch als vorübergehenden Notbehelf abgestempelt habe. Ganz so lagen die Dinge indessen nicht. Anfänglich war Lenin der Überzeugung, daß eine sofortige Vergesellschaftung selbst auf dem Gebiet der Großindustrie nicht opportun sei; er wollte allmählich vorgehen, abwartend, bis eine Gewerbegruppe nach der anderen zur Nationalisierung heranreifte. Die Ereignisse gingen aber über diese Absicht hinweg. Das private Unternehmertum war kein williges Werkzeug des Bolschewismus, der Bürgerkrieg wurde zu einer ernsten Gefahr, man durfte der Bourgeoisie die Fabriken nicht überlassen, und so erfolgte im Sommer 1918 die Verstaatlichung des gesamten Großgewerbes; gleichfalls unter dem Druck des Bürgerkrieges wurde die Freiheit des Handels aufgehoben und das Getreidemonopol eingeführt.

Damit war der Sprung mitten in den sozialistischen Zukunftsstaat vollzogen, und nun gab man sich bald der Hoffnung hin, den Wirtschaftsverkehr vollends nach der Theorie des Kommunismus gestalten zu können. Angestrebt wurde die geldlose Wirtschaft; der Bauer wurde gezwungen, seine Überschüsse unentgeltlich abzugeben, um ebenso unentgeltlich die Überschüsse zu empfangen, die ihm die Stadt versprach, tatsächlich aber schuldig blieb. Man glaubte auf dem geraden Wege zum Endziel zu sein.

Unter diesem Experiment, das mit der menschlichen Natur nicht rechnete, brach die Wirtschaft zusammen. Die Landwirtschaft sank fast auf die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft herab. Der Bauer setzte sich kaum noch einen anderen Zweck

Digitized by Google

als den der Selbstversorgung. Getreidebau und Viehzucht gingen rapide zurück; vor allem wurde der Anbau technischer Kulturen eingeschränkt. Gegen 1913 war 1920 die Versorgung der Industrie mit Flachs auf 25 % gesunken, mit Hanf auf 10 %, mit Baumwolle auf 11 %, mit Zuckerrüben auf 15 %; schon aus diesem Grunde mußten viele Fabriken geschlossen werden. Große Arbeitermassen flüchteten vor dem Nahrungsmangel der Stadt aufs Land; in den Kohlen- und Eisenrevieren wütete der Bürgerkrieg. So schrumpfte die Produktion von Baumwollgarn von 3 035 000 t im Jahre 1913 auf 17 600 t im Jahre 1920/21 ein; in dem Zeitraum von 1913 bis 1921/22 sank die Produktion von Steinkohlen von 29,0 auf 10,2 Millionen Tonnen, Erdöl von 8,8 auf 4,3, Gußeisen von 4,2 auf 0,2. Nach dem Vorkriegswert war die gesamte Produktion der Industrie 1920/21 gegen 1913 auf 17,4 % zurückgegangen. Dabei stand das Schlimmste noch bevor: die Mißernte von 1921, die ein der älteren Vorräte fast gänzlich entblößtes Land traf und jene entsetzliche Hungersnot heraufbeschwor, die z. B. in der Deutschen Wolga-Republik den vierten Teil der Bevölkerung hinwegraffte.

Es ist erstaunlich, daß die Räteherrschaft diese Krise überstanden hat. An vielen Orten führte die Unzufriedenheit des Volkes, auch der Industriearbeiterschaft zu hellem Aufruhr. Daß der Bolschewismus am Ruder blieb, war nur dem Entschluß Lenins zu danken, einen grundsätzlichen Wechsel in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Noch Ende 1920 beschäftigte sich der Rätekongreß mit dem Plan, die bäuerliche Wirtschaft in ein sozialistisches Zwangssystem einzugliedern; nach dem Aufstand von Kronstadt erkannte Lenin, daß mit solchen Versuchen keine Zeit mehr verloren werden durfte. Am 21. März 1921 erfolgte das Dekret, das dem Bauern die freie Verwertung seiner Produktion nach Entrichtung einer Naturalabgabe gestattete. Die Triebfeder zur Hebung der Landwirtschaft war damit wieder in Gang gesetzt. Zugleich war damit in gewissen Grenzen der private Handel wieder zugelassen; die Geldwirtschaft kam wieder zu Ehren. In das System des Kommunismus war eine breite Bresche geschlagen.

Von nun an geht es aufwärts, zumal nach Überstehung der Hungersnot; Landwirtschaft und Industrie beginnen sich gegenseitig zu befruchten. Die „Neue ökonomische Politik" macht der wirtschaftlichen Vernunft immer größere Zugeständnisse. Vor allem gilt es, die bäuerliche Wirtschaft zu festigen. Zwar bleibt der Boden auch weiterhin Nationaleigentum, doch wird er durch den Agrarkodex von 1922 den gegenwärtigen Besitzern (den Gemeinden oder den Individualbesitzern) zu dauernder Nutzung zugesprochen; der Staat gibt es auf, die Bauern durch indirekten Zwang zum Kollektivismus zu bekehren. Beschäftigung von Lohnarbeitern und Vergrößerung der bäuerlichen Wirtschaft durch Pacht, durch den Agrarkodex zunächst noch behindert,

Digitized by Google

werden später in weiten Grenzen zugelassen. Die Staatswirtschaft, die sich bisher auf unbegrenzte Zuschüsse des Fiskus stützte, wird jetzt dem Gebot der Wirtschaftlichkeit unterworfen. Die Rätegüter sollen sich rentabler Wirtschaft befleißigen. Die verstaatlichte Industrie wird zu Trusts und Syndikaten zusammengefaßt, die unter eigener finanzieller Verantwortung, als wenn sie nichts mit dem Staat gemein hätten, zu wirtschaften haben. Zur Ermöglichung rentabler Wirtschaft wird die Arbeitsververfassung reformiert. Der Zeitlohn wird soweit wie irgend möglich sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft durch Stücklohn ersetzt. Scharfe Disziplin wird in den Fabriken eingeführt. Der Staat selbst führt eine geordnete Finanzwirtschaft ein; er verzichtet auf die unbeschränkte Anwendung der Notenpresse und zieht an Steuern soviel aus der Wirtschaft, daß er nicht nur seine Ausgaben für Heer und Verwaltung bestreiten kann, sondern auch große Summen zur Verfügung hat, um die Weiterentwicklung der Wirtschaft zu leiten. Hand in Hand hiermit erfolgt die Reform des Geldwesens; zwar fehlt dem Tscherwonez die internationale Freizügigkeit und sein gesetzlicher Wert ist daher nur fiktiv, trotzdem aber gibt er dem inneren Wirtschaftsverkehr die nötige Stabilität zurück. Auf der Grundlage der gefestigten Währung baut sich ein neues Kreditsystem auf, getragen vor allem von der Staatsbank; für die Bauern sorgt insbesondere die Landwirtschaftliche Zentralbank. Auch das Genossenschaftswesen, das in der Periode des Kriegskommunismus ganz eingeschrumpft war, gelangt zu neuer Entfaltung; die Konsumgenossenschaften beherrschen heute weit über die Hälfte des für sie in Betracht kommenden Warenumsatzes, und auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften befinden sich in gedeihlichem Aufschwung.

Von vornherein war indessen die „Neue Wirtschaftspolitik" nur als Übergangsstadium, als unvermeidlicher Umweg gedacht, nicht als endgültige Preisgabe des kommunistischen Ideals. Die politischen Vorrechte der Arbeiter und Bauern werden nicht angetastet. Der Staat will nur ein Staat des arbeitenden Volkes sein; Ausnutzer fremder Arbeit werden allenfalls geduldet, politisch aber entrechtet. Wenn auch die neue Wirtschaftspolitik vom Arbeiter höhere Leistung fordert, so will sie ihm doch seinen Lohn nicht verkürzen; vielfach ist dieser (auch als Reallohn) höher als vor dem Kriege, zumal bei Einrechnung der viel höheren Gewährungen der Sozialversicherung und der bei vollem Lohn zustehenden Urlaubszeit. Auch nehmen Arbeiter und Bauern heute in viel größerem Umfang an den Kulturgütern und Bildungsmöglichkeiten teil. Die hohen Kosten der Arbeit, hier und da auch die gesteigerten Ansprüche der Werk- und Wohnungshygiene tragen neben den Unvollkommenheiten des „Staatskapitalismus" dazu bei, die Produktionskosten der Industrie und des Bergbaus über die Vorkriegshöhe zu heben. Die Preise für

Digitized by Google

landwirtschaftliche Erzeugnisse werden dagegen vom Staat künstlich niedrig gehalten, und so bildete sich im Sommer 1923 ein starkes Mißverhältnis zwischen Agrar- und Industriepreisen heraus, jene Schere, die seitdem ein Gegenstand besonderer Sorge geblieben ist.

Die guten Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik sind nicht ausgeblieben. Die industrielle Produktion hat quantitativ im allgemeinen — mit der allerdings sehr wichtigen Ausnahme der Eisenindustrie — das Vorkriegsmaß so ziemlich erreicht; wenn trotzdem an vielen Erzeugnissen ein empfindlicher Mangel herrscht, so erklärt sich dies leicht aus der Zunahme der Bevölkerung, aus der politischen Abtrennung wichtiger Produktionszentren (vor allem Lodz) und der Geringfügigkeit der Einfuhr. Die Landwirtschaft unterliegt selbstverständlich den Schwankungen der Ernte; aber auch sie ist nicht mehr allzu weit von der Vorkriegsproduktion entfernt; das noch verbleibende Minus (vielleicht 10 %) fällt allerdings für die Ausfuhr schwer in die Wagschale. Alles in allem aber ist die Lage noch sehr unbefriedigend, wie dies ja auch von höchsten amtlichen Stellen immer wieder anerkannt wird. Durch die hohen Produktionskosten der Industrie und die hohen Zuschläge des staatlichen und genossenschaftlichen Handels wird die Ausfuhr sehr gehemmt, und damit wird auch die Möglichkeit, wichtige Produktionsmittel ohne Inanspruchnahme von Kredit einzuführen, in engen Grenzen gehalten. In der Landwirtschaft könnten sich die Kräfte ganz anders regen, wenn die von ihr benötigten Produktionsmittel in größerem Umfange und zu niedrigerem Preise zur Verfügung ständen.

Die Hoffnung auf eine immer weiter führende Evolution der russischen Wirtschaftspolitik in der 1921 eingeschlagenen Richtung ist nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil: es fehlt nicht an starken Rückschlägen. Es sei an die Zeit erinnert, wo Privatunternehmer, die im Zeichen der NEP gute Geschäfte gemacht hatten, in großer Zahl das Schicksal der Vermögenskonfiskation und der Verschickung erlitten. Wenn das rechtlich Zulässige politisch mißliebig erscheint, so tritt die G. P. U. in Tätigkeit, und so ist Rußland noch weit davon entfernt, ein Rechtsstaat zu sein. Dies übt auf die Entwicklung des Volkes in jeder Beziehung, nicht zum mindesten auf das Wirtschaftsleben einen höchst bedenklichen Druck aus. Rückschrittlich ist auch der Kurs, der neuerdings gegenüber der tüchtigsten Schicht der Bauern eingeschlagen worden ist. Der Begriff des „Kulak" ist sehr erweitert worden. Politisch und wirtschaftlich werden die stärksten Individualitäten, die besten Träger des landwirtschaftlichen Fortschritts unter Druck gehalten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Regierung mit dieser Politik bestrebt ist, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen; die große Autorität Lenins hätte dieses Lavierens kaum bedurft.

Digitized by Google

Trotz aller Mängel des jetzigen Systems vermag ich den Pessimismus nicht zu teilen, mit dem die Zukunft der Rätewirtschaft heute vielfach beurteilt wird. Wieder einmal wird die baldige Katastrophe als unvermeidlich prophezeit (z. B. von Jugow im Novemberheft der „Gesellschaft"). Nirgends in Rußland habe ich das Gefühl gehabt, daß das Land einer Katastrophe entgegengeht; den aktiven Trägern des jetzigen Systems, Beamten, Werkleitern, Arbeitern, Bauern liegen derartige Gedanken fern; bei ihnen herrscht die als Selbstverständlichkeit empfundene Zuversicht, daß es auch in Zukunft, wenn auch vielleicht langsam, langsam aufwärts gehen wird. Schwarzseherische Urteile habe ich nur von solchen gehört, die heute zur Seite gedrängt sind, Personen, denen man menschliches Mitgefühl vielfach in hohem Maße zollen muß, deren Wünsche aber für den Gang der Dinge bedeutungslos sind.

Besonders wird heute darauf hingewiesen, daß der Fortschritt der Industrie, insbesondere die Wiederzunahme ihrer Produktion nur so lange lebhaft sein konnte, als sich die Entwicklung auf die Wiederbenutzung der alten Betriebsanlagen zu stützen vermochte; dieser Prozeß sei jetzt im wesentlichen beendet; nunmehr habe die Industrie mit zunehmender Abnutzung der alten, oft ja sehr alten Anlagen zu tun. Ein riesiges Kapital müsse in kurzer Frist zur Erneuerung aufgewandt werden, vor allem zur Beschaffung von Maschinen aus dem Auslande; Rußlands Ausfuhr sei viel zu gering, um eine derartige Einfuhr in genügendem Umfange zuzulassen; an hinreichende Auslandskredite sei gleichfalls nicht zu denken, und daher müsse die russische Industrie großenteils in naher Zukunft zusammenbrechen. Solche Betrachtungen stützen sich gern auf Äußerungen russischer Publizisten; man muß aber wissen, wie extrem ungünstig oft die Kritik wirtschaftlicher Dinge in russischen Zeitungen und Zeitschriften lautet; wenn das alles zuträfe, so wäre es nur als ein Wunder zu bezeichnen, daß Rußland überhaupt noch lebt.

Die Regierung stellt eine andere Rechnung auf. Danach werfen die meisten Industriezweige beträchtliche Überschüsse ab. Aus diesen Erträgen und den Zuwendungen des Staates, der seinerseits als Steuerfiskus aus der Wirtschaft schöpft, werden gewaltige Summen für Erneuerung und Erweiterung des industriellen Grundkapitals bereitgestellt, die in ihrer Gesamtheit nach der amtlichen Darstellung die Summe der Abnutzung weit überragen. So sollte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr über eine Milliarde Rubel neu investiert werden, in diesem Jahre noch einige Hundert Millionen mehr. Dagegen wird eingewandt, daß die Regierung die Abnutzung viel zu gering einschätze und die wirkliche Neuinvestierung viel geringer sei als nach der buchmäßigen Rechnung, da diese viele faux frais enthalte. Lassen wir die Zahlen beiseite: ziffernmäßig ist es dem Außenstehenden

Digitized by Google

kaum möglich, für einen bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, wer recht hat. Ich stütze mein Urteil auf die große Entwicklungslinie seit 1921 und meinen im Lande gewonnenen Eindruck; danach zweifle ich nicht, daß das Grundkapital der Industrie und des Bergbaus heute einen viel höheren Wert darstellt als 1921, auch wenn für diesen Ausgangspunkt des Vergleichs die zu jener Zeit brachliegenden Anlagen — aber zu einem Wert, der ihrem damaligen Zustande entspricht — in Rechnung gestellt werden.

Erst recht gilt dies für die Landwirtschaft. Zwar klagt der Bauer über unzureichendes Inventar und über dessen starke Abnutzung. Trotzdem stellt das Anlagekapital der russischen Landwirtschaft (Gebäude, Geräte, Maschinen, Vieh usw.) heute einen weit größeren Wert dar als 1922, und diese Zunahme setzt sich von Jahr zu Jahr fort.

Zudem bereitet sich durch die Agrarreform (Landeinrichtung) ein großer Umschwung in der russischen Landwirtschaft vor. Vielleicht schon in einem Jahrzehnt wird diese Reform, wenigstens in ihrem ersten grundlegenden Ansatz, zu Ende geführt sein. Der Bauer zeigt heute einen viel größeren Eifer und viel besseres Verständnis für die Mittel und Wege des Fortschritts als ehedem; es sei darauf hingewiesen, wie empfänglich er für die Bestrebungen der Regierung ist, das Land mit verbessertem Saatgut zu versorgen; auch mit den Traktoren, die alljährlich der Landwirtschaft zu Tausenden zugeführt werden, wissen die Bauern gut umzugehen; um einen Traktor zu erhalten, sind sie gern bereit, Maschinengenossenschaften zu bilden oder auch kollektivistische Wirtschaft zu betreiben. Die heutigen Bodengenossenschaften (ich spreche nicht von dem Kollektivierungsfieber der ersten Revolutionsjahre) sind technisch der gewöhnlichen Bauernwirtschaft bei weitem überlegen. Allerdings fehlt es der landwirtschaftlichen Entwicklung nicht an bedenklichen Seiten; abgesehen von den Hemmungen, denen die kräftigsten Einzelbetriebe unterliegen, ist vor allem der zunehmenden Verzwergung der bäuerlichen Wirtschaft zu gedenken.

Trotzdem ist nach meiner Überzeugung für absehbare Zeit eine Zunahme nicht nur der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch ihrer Überschüsse zu erwarten. Auch die Ausfuhr wird voraussichtlich langsam steigen, vielleicht weniger von Getreide als von Erzeugnissen technischer Kulturen und der Viehzucht. Auch ist mit Sicherheit eine weitere starke Zunahme der Baumwollproduktion und dementsprechend eine Entlastung der Handelsbilanz zu erwarten. Im übrigen führt Rußland nicht nur landwirtschaftliche Erzeugnisse aus, sondern auch Holz, Naphtha und andere Dinge. Ich glaube daher, daß Rußland in der Lage sein wird, die Einfuhr von Maschinen in zunehmendem Maße aus dem Aktivsaldo seiner Handelsbilanz zu bestreiten. Ausländischer Kredit würde ihm ermöglichen, seine Wirtschaft

Digitized by Google

schneller zu heben. Bleiben diese aus, so setzt sich die Entwicklung der letzten Jahre fort: langsamer Fortschritt im wesentlichen aus eigener Kraft.

Wenn nun aber wieder eine Mißernte eintritt? Sie wird nicht ausbleiben. Doch auch sie wird von dem Rätesystem überstanden werden. Ein so unglückliches Zusammentreffen der Umstände wie 1921 wird sich nicht wiederholen.

Die auswärtige Politik der USSR.

(Betrachtungen zum zehnjährigen Jubiläum.)

Von Th. Rothstein,
Mitglied des Kollegiums für Auswärtige Angelegenheiten (Narkomindel) der UdSSR in Moskau.

> . . . haben die Arbeiter die Pflicht gelehrt . . . die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander gelten zu machen.
> Karl Marx.

Die auswärtige Politik eines Staates, mag sie sich national oder anders nennen, wird von den, letzten Endes, in den Interessen verankerten Gesichtspunkten derjenigen Klasse bestimmt, die in der gegebenen Gesellschaft die Macht besitzt. Da die Interessen und die Gesichtspunkte dieser Klasse auch für die innere Politik maßgebend sind, so ist die auswärtige Politik in allem wesentlichen eine Fortsetzung der inneren Politik — „nur auf anderem Gebiete".

Im Sowjetstaate gehört die Macht der Arbeiterklasse, die vor zehn Jahren auf revolutionärem Wege die Staatsgewalt errungen hat und seitdem bestrebt ist, die gesamte Gesellschaftsordnung auf Grund der ihren Interessen entsprechenden sozialistischen Prinzipien umzustellen. Demgemäß sind auch für die auswärtige Politik des Sowjetstaates die sozialistischen Grundsätze maßgebend. Das bedeutet Absage an die Vergewaltigung der Völker — also Absage an den Imperialismus, koloniale Herrschaft, den Militarismus, Bekundung des Friedenswillens, der Gleichberechtigung aller Völker, Nationen, Rassen, absolute Selbstbestimmung der Nationalitäten. Alles dies ist innerhalb des Staates selbst verwirklicht worden. Genau dieselben Grundsätze gelten als Richtschnur für die auswärtige Politik des Staates. Im Osten, wo der Sowjetstaat seinen Willen am reinsten durchzusetzen vermocht hat, sind diese Grundsätze auch am vollständigsten in die Tat umgesetzt worden. Die Friedens- und Freundschaftsverträge mit der Türkei, Persien und Afghanistan, die sämtlich 1921 geschlossen wurden, sind Musterbeispiele einer Politik, die sich von

Digitized by Google

den Grundsätzen der Gewalt losgesagt hat und von dem Geiste der internationalen Gleichberechtigung und nationalem Selbstbestimmungsrechte getragen wird. Genau dieselben Grundsätze hat sie auch gegenüber China 1924 angewandt. Schmählich von seinen ehemaligen Kriegsverbündeten verraten, hat China aus den Händen des Sowjetstaates alles, was das imperialistische Zarentum bei verschiedenen Gelegenheiten zusammengeraubt hatte, zurückbekommen und ist vertragsmäßig als gleichberechtigter souveräner Staat anerkannt worden. Die Kapitulationen, der Anteil an der Boxer-Entschädigung, die Anleihen, die Eisenbahnkonzessionen und die Exterritorialrechte nebst der konsularischen Jurisdiktion und den Ausbeutungsrechten in der Zone der ostchinesischen Eisenbahn wurden für null und nichtig erklärt. Noch nie in der Menschengeschichte hat irgend ein Staat, ohne besiegt zu sein, aus freiem Entschluß, solche Verträge abgeschlossen.

Haben in bezug auf die bürgerliche Welt des Westens andere Grundsätze gegolten? Man erinnere sich der gewaltigen Kopfschmerzen, die sich die deutschen und österreichischen Herren seinerzeit machten, um das Schicksal des „befreiten" Polens zu entscheiden. Der neu entstandene Sowjetstaat aber zögerte keinen Augenblick, die Freiheit und das unbegrenzte Selbstbestimmungsrecht Polens sofort feierlich anzuerkennen. Nicht anders war es mit Finnland und später mit den drei anderen Baltenstaaten. Nicht immer hatte der Sowjetstaat die Möglichkeit zu handeln, aber von keinem anderen Staate wurden die Vergewaltigungen von Versailles und den sonstigen „Friedensverträgen", der tückische Zeligowski-Streich in Wilna, der Ruhr-Einbruch und die heuchlerische Tätigkeit des sogenannten Völkerbundes mit solchen wuchtigen Worten öffentlich gebrandmarkt wie vom Sowjetstaate.

Ein Staat, der sowohl innerhalb wie auch außerhalb seiner Grenzen gegen gewaltsame Aneignung von Territorien und Völkern eingestellt ist, kann die Gewalt als Mittel zur Regelung der internationalen Beziehungen nur dann anerkennen, wenn sie zur Wiederherstellung der niedergerissenen Rechte gebraucht wird. In diesem Sinne ist der Sowjetstaat keineswegs pazifistisch. Er anerkennt das alte gute Recht der unterdrückten Völker auf Rebellion und Befreiungskrieg, wie es seinerzeit das deutsche Volk oder die Italiener für sich in Anspruch nahmen, und nimmt kein Blatt vor den Mund, um seine Sympathie für die „peoples rightly struggling to be free", wie es einst der englische Liberalismus proklamiert hat, zu verkünden. Eben aber deshalb, eben weil ein Krieg entweder zu Eroberungs- und Unterjochungszwecken oder als Befreiungskrieg geführt werden kann, schaltet der Sowjetstaat die Kriegswaffe aus seinem eigenen außenpolitischen Arsenal aus und baut seine auswärtige Politik fest auf dem Boden des Frie-

Digitized by Google

dens auf. Der Sowjetstaat, der die Völker seines Verbandes befreit hat, hat à fortiori niemanden anderswo zu erobern, niemanden auszubeuten und auch niemanden zu verschachern. Er, der Staat der Arbeiterklasse, die den Kapitalismus und den Imperialismus abgeschafft hat, braucht auch keine Kolonien oder Einflußsphären und keine Gebiete zur Kapitalanlage. Im Gegenteil, da er das Hauptziel seines Seins darin erblickt, eine vollständige sozialistische und in der Zukunft kommunistische Gesellschaft aufzubauen, so hat er nicht nur keine Anregung Kriege zu führen, sondern will alles Mögliche aufwenden, um von auswärtigen Verwicklungen frei, in seiner Arbeit ungestört zu bleiben. Das historische Friedensdekret, das die Sowjetregierung am zweiten Tage ihres Bestehens, am 8. November 1917, erließ, war nicht nur ein durch die damalige Kriegslage bestimmter Notruf, sondern ein auf dem von der Revolution ausgestellten Mandat beruhendes Dauerprogramm. Der Sowjetstaat braucht keine Kriege und hat auch keine Zeit für sie, und seit dem ersten Friedensangebot an den „Feind", sowohl wie an die „alliierten und assoziierten" Mächte bis zu den letzten Neutralitäts- und Nichtangriffsverhandlungen mit den Baltenstaaten ist der Drang nach dem Frieden das Leitmotiv seiner auswärtigen Politik geblieben.

Gerade aber diese Grundsätze einer tatsächlich im Äußeren wie im Inneren durchgeführten Politik sind es gewesen, die dem Sowjetstaate ungeheure Schwierigkeiten in seinen auswärtigen Beziehungen verschafft haben. Ein Staat, der aus einer gewaltigen, alle bis jetzt gültigen Eigentums- und sonstigen gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzenden Revolution entstanden war, konnte natürlich auf die Gunst der übrigen, der bürgerlichen, Welt nicht hoffen. Drei Jahre der bewaffneten fremden Intervention und einer von außen her geschützten und organisierten Konterrevolution nebst Blockade, die selbst ein „revolutionäres" und sozialdemokratisches Deutschland mitmachte, stehen als blutige Zeugen einer Gesinnung da, die von der gesamten bürgerlichen Welt dem neuen proletarischen Staate gegenüber gehegt wurde. Da aber dieses Ungeheuer und diese Mißgeburt, trotz aller feindlichen Bemühungen, doch bestehen blieb, so mußte die Welt sich mit ihm nun schließlich abfinden und, da die eigene materielle Not groß war, und die Arbeitermassen sich überall immer leidenschaftlicher der Sache des angegriffenen Staates annahmen, sogar mit ihm Beziehungen anknüpfen und Verträge schließen. Aber jene Friedens- und Freiheitsprinzipien, auf denen das ganze Wesen des neuen Staates und seine Auswirkungen nach außen beruhte, blieben auch bestehen, und mit ihnen konnte die von den großen imperialistischen Mächten geleitete und beeinflußte Welt sich so leicht nicht aussöhnen. Für sie, die die Schlagworte von Demokratie und nationalem Selbstbestimmungsrecht (besonders seit dem Kriege) so oft herausposaunte, ertönten diese Schlagworte, sobald sie in die Tat umgesetzt wur-

Digitized by Google

den, als eine nie dagewesene Herausforderung an alles, was sie für heilig hielt. Diese Welt fühlte, daß die vom Sowjetstaate verkündeten und auch tatsächlich angewandten Prinzipien überall in den von dem Imperialismus beherrschten Ländern sie bloßstellen, eine Auflehnung gegen ihre Gewaltpolitik hervorrufen und die betreffenden Völker, jetzt im Rücken gesichert, gefestigt und gestärkt, zum Kampfe gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter ermutigen. Das war tatsächlich der Fall im ganzen Osten: überall wurden die mit dem Sowjetstaate geschlossenen Friedens- und Freundschaftsverträge zum Signal einer nationalfreiheitlichen Bewegung, die verschiedene Formen, sei es einer Revolution (China), eines Freiheitskrieges (die Türkei und Afghanistan), oder einer scharfen Änderung in der Orientierung der auswärtigen Politik (Persien), annahm, und überall führten sie zu einer tiefen Erschütterung der Machtstellung der imperialistischen Mächte.

In Europa, wo die Dinge natürlich ganz anders lagen, hatte die Politik des Sowjetstaates nicht dieselbe Wirkung. Wenn aber Rapallo dem Sowjetstaate die erste und wertvollste Anerkennung seitens eines Großstaates brachte, so war es auch für das von allen Seiten gehetzte und gemarterte Deutschland nicht ohne Wert. Diejenigen, die Locarno als einen glücklichen Wendepunkt in den auswärtigen Beziehungen ihres Landes betrachten und ihren östlichen Nachbarn beiseite zu schieben geneigt sind, sollten sich daran erinnern, daß ohne Rapallo — kein Locarno, in der Vergangenheit wie in der Zukunft. Für die imperialistischen Mächte aber war Rapallo jedenfalls auch ein empfindlicher Schlag, der, denjenigen im Osten auf den Fersen folgend, dem Sowjetstaat den Ruf eines unerträglichen Störenfriedes verschaffte. Das war eben das neue Schlagwort, das jetzt, nachdem die älteren von den „deutschen Agenten", „Abenteuern", „Tyrannen" usw. keinen Hund mehr vom Ofen lockten, geprägt wurde, um die Angst um die eigenen Raub- und Ausbeutungsinteressen zu verhüllen und den neutralen Mächten eine Gänsehaut aufzujagen. Die einfachen, akademisch auch von der übrigen Welt anerkannten Grundsätze der Sowjetpolitik, wurden als Propaganda der Dritten Internationale dargestellt, die gegen den Imperialismus gerichteten nationalen Bewegungen wurden als das Werk der mit schwerem Gold versehenen Geheimagenten bezeichnet und das, was sowohl der Form wie dem Wesen nach ein Abscheu vor Gewalt und Knechtung war, wurde zum „roten Imperialismus" dreist verdreht. Um diese Schlagworte, durch tausende Kanäle und Kanaillen getragen, von Banken- und Petroleuminteressenten materiell unterstützt, von Staatsstreichlern und sonstigen „Staatsmännern", die ihr schmutziges Werk vertuschen wollten, geschürt, erhielten weiten Lauf selbst in nicht beteiligten Ländern und erschwerten dem Sowjetstaate ungeheuer seine Arbeit auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen.

Digitized by Google

Aber selbst das Bekennen des Sowjetstaates zum Frieden, das praktisch darin sich ausdrückt, daß er ein auf das Minimum reduziertes Heer von etwa 600 000 Mann gegenüber ebenso starken Armeen Polens und Rumäniens allein unterhält, daß seine Militärausgaben nur etwa 16 % vom Gesamtbudget ausmachten, gegenüber 35 % in Polen, 20 % in Rumänien und 22,5 % selbst im kleinen Estland, und daß dieses Heer, wie das gesamte Volk überhaupt nicht auf Angriff, sondern bloß auf Verteidigung technisch und psychologisch eingestellt ist — dieser Umstand hat auch die Aufgabe des Sowjetstaates auf dem auswärtigen Gebiete nicht erleichtert in einer Welt, wo der Wert der Freundschaft mit einem Staate nach der Zahl der von ihm verfügbaren Bataillone zum Zweck eines auswärtigen Krieges und sein politisches Prestige nach seiner Bereitschaft, sofort mit der gepanzerten Faust einzugreifen, wo seine Interessen (sogar vermeintlichen) angetastet werden, gemessen wird. Da hat selbst ein pazifistischer Lloyd George, dem obendrein als Engländer ein starkes „Rußland" gar nicht in den Kram passen sollte, unlängst einen Seufzer ausgestoßen, daß die Sowjetunion so „schwach" sei! Wäre doch ein starkes „Rußland" ein bündnisfähigerer Staat gewesen, mit dem man verschiedene Kombinationen auf dem imperialistischen Schachbrett hätte machen können! Weil aber dem nicht so ist, weil die Sowjetunion, ihrer höheren Aufgaben im Inneren wie im Äußeren eingedenk, sich von ihrem Friedenswerke nicht ablenken und sich einem beliebigen Rumänien, oder Bulgarien oder einem kleinen, von außen her dirigierten baltischen Kleinstaate oder gar von einem Banditenchef wie Chang-Tso-Lin „straflos" brüskieren läßt, verliert sie das Gesicht für die bürgerliche Welt und büßt an Einfluß und Anziehungskraft ein. Man macht ihr — selbst von freundschaftlicher Seite — Vorwürfe, daß sie sich selbst isoliert, und wenn sie zum Gegenstand eines ganz und gar unprovozierten Angriffes wird, wird s i e, und nicht der Angreifer, zum Hauptschuldigen gemacht.

Faßt man alle diese Umstände, die wir oben (vielleicht allzu ausführlich) skizziert haben, ins Auge, so wird man leicht begreifen, was für einen ungeheuerlich schwierigen Weg der Sowjetstaat auf dem auswärtigen Gebiete in den zehn Jahren seines Bestehens zurückgelegt hat. Drei Jahre brauchte er, um seine Existenz mitten in dem Feuerringe zuerst des imperialistischen Krieges und dann der Intervention und Konterrevolution zu retten. Seine auswärtige Politik war damals eine Politik nicht nur mit „anderen", sondern auch mit den ihr selbst eigenen Mitteln, die sich in einem endlosen Strom der Friedensangebote sowohl an die Regierungen wie auch direkt an die Völker dokumentierten und endlich den politischen Widerstand der Feinde brachen. Zweifellos haben dazu auch die schon 1919 angeknüpften Verhandlungen mit den orientalischen Staaten beigetragen, indem sie in die Brust der Intervenienten-Allianz, ganz beson-

Digitized by Google

ders aber in die der Engländer, die heilsame Furcht eingeflößt hatten. Dann begann die von der englischen Initiative inaugurierte und von der allgemeinen Enttäuschung über das magere Ergebnis der Intervention und Konterrevolution inspirierte Ära der sogenannten faktischen, auf provisorischen Handelsabkommen begründeten Beziehungen, derer weiterer Ausbau aber in Genua und in der Haag von Petroleumkönigen, denen es auf das Ganze ging, von den Franzosen, die über den Rapallovertrag empört waren, und von den Berserkerstreichen des Lord Curzon, der im Mai 1923 ein Ultimatum an die Sowjetregierung schickte, gestört wurde. Ende 1923 aber kam Lord Curzon samt seiner Regierung zu Fall. Der Rapallovertrag, der in der schwierigen Zeit des Ruhreinbruches Deutschlands Rücken im Osten gegen etwaige Nachahmungsgelüste Polens deckte, erwies sich als ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Gestaltung der Dinge in Europa. Und die Türkei, sich an die Freundschaft der Sowjetunion anlehnend, zeigte auch keine Spur von Mürbigkeit und wollte keinen Kotau vor dem mächtigen England machen. Damit wurde die Lage auch für die formelle Anerkennung der Sowjetunion reif. Anfang 1924 wetteiferten die englische Arbeiterregierung und die Regierung Italiens, wer von den beiden als erste den entscheidenden Schritt machen würde, und die beiden Anerkennungen de jure kamen dicht nacheinander. Darauf folgten (einschließlich Frankreich) bis zum Jahresende die anderen und dann, als die konservative Regierung Englands mit Hilfe des famosen Zinowiew-Briefes ans Ruder zurückkehrte und die unterdessen zwischen der Sowjetregierung und der Regierung Macdonalds zustandegebrachten Verträge so mutwillig zerriß, trat eine Pause ein. Nur noch China 1924 und Japan 1925, wie auch Mexiko im erstgenannten Jahre und Uruguay 1926 (von Albanien, deren Fan-Noli-Regierung bald nach seiner Annäherung an die Sowjetunion gestürzt wurde, abgesehen) gaben der Sowjetregierung ihre formelle Anerkennung. In Europa selbst aber blieb es mäuschenstill, da die ausgebliebenen kleineren Mächte nicht mehr wagten, gegen eine so offene Bekundung der feindlichen Gesinnung gegen die Sowjetunion seitens Englands durch eine Annäherung an sie zu demonstrieren. Sie zogen es vor, lieber abzuwarten, bis sich die Dinge klarer entwickelt hätten, als um die schönen Augen der Sowjetregierung in einen unerquicklichen Zank mit England zu geraten.

Das Jahr 1924 war somit der Höhepunkt des internationalen Prestiges der Sowjetunion, und alle Welt lobte die Geschicklichkeit ihrer auswärtigen Politik. Dann aber trat die obenerwähnte Pause ein. London begann sich Berlin zu nähern, es kam Locarno, es wurden Fäden zwischen England und den „Randstaaten" gesponnen, und selbst in Polen nahm der englische Einfluß merklich zu. Zur selben Zeit machten englische Minister und die englische Presse gegen die Sowjetunion Stimmung. Man sprach von der

Digitized by Google

Sowjetregierung in dem alten guten Stil der Interventionszeit, man kolportierte allerlei Erfindungen, Fälschungen und Verdrehungen über das Land und die Regierenden der Sowjets, und wo nur etwas Unbequemes passierte, wurde prompt die „Hand Moskaus" entdeckt und feierlich „bloßgestellt". Natürlich tat man dies alles nicht, Gott bewahre, um der schmutzigen Ausbeutungsinteressen im Osten und anderswo willen, sondern im Namen der idealsten Güter der Zivilisation, die von dem Bolschewismus angeblich bedroht waren, und da die Gunst Englands ein ziemlich wertvoller Posten in den Bank- und sonstigen Bilanzen bildet, machte man diese Hetze gern überall mit, da, wo es von Nutzen sein könnte.

Es mag indes zugegeben werden, daß ein reeller, wenn auch unberechtigter Boden für Unzufriedenheit mit dem Sowjetstaate nicht allein in England vorhanden war, und zwar in bezug auf die verhältnismäßig schwachen Ergebnisse des mit ihm angeknüpften Handelsverkehrs. In der Tat, trotz der großen Fortschritte auf fast allen wirtschaftlichen Gebieten, die in den letzten Jahren von der Sowjetunion gemacht wurden, erreicht sein auswärtiger Handel kaum mehr als die Hälfte des Vorkriegsumfanges, infolge des Geld- und Warenkreditemangels und der infolge des stark zugenommenen inneren Konsums verringerten Ausfuhr von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Dieser Mißstand aber wird der wirtschaftlichen Monopolpolitik der Union zugeschrieben und somit zu einer Beschuldigung des Sowjetstaates gemacht. Die Wahrheit aber ist, daß obschon das Handelsmonopol eine Hemmung für das indiskriminierte Eindrängen von ausländischen Verbrauchsartikeln und auswärtigem Kapital bilden mag (was ein obsolut notwendiges Sicherheitsmittel für das Werk der Industrialisierung des Landes ist), es keineswegs die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande stört, sondern im Gegenteil fördert, in dem Maße wie der Sowjetstaat, sei es durch die Erweiterung seiner Industrie und seiner Ausfuhr, sei es auf dem Wege der ausländischen Kredite, kaufkräftiger wird.

Die auswärtige Politik der Sowjetunion blieb gegenüber der sich ändernden Lage nicht passiv. Angesichts der neuen Orientierung Deutschlands zugunsten des Westens und des Völkerbundes trat die Sowjetunion an die Welt, und, in erster Reihe, an Deutschland, mit dem Vorschlag eines Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages heran. Der Sinn sollte sein: dem Kontrahenten eine Sicherheit gegen die Gefahr des „roten Imperialismus" zu gewähren, damit er ruhig schlafen könne und sich nicht durch auswärtige Lüge verhetzen liesse; für sich selbst die Gefahr einer feindlichen Einheitsfront zu vermindern und somit die Anbahnung freundschaftlicherer Beziehungen mit sämtlichen Staaten, insbesonders Nachbarstaaten, vorzubereiten; für die Welt überhaupt

Digitized by Google

eine Vermehrung der Chancen der Erhaltung des Friedens zu erzielen, was indirekt auch der Sowjetunion selbst zum Nutzen gereichen würde. Der Inhalt der vorgeschlagenen Pakte war ganz einfach: Die beiden Parteien verpflichten sich, einander nicht anzugreifen, an keinen der einen oder der anderen parteifeindlichen Koalitionen oder Aktionen teilzunehmen und, falls eine oder die andere Partei in einen von ihr unprovozierten Krieg mit einer dritten Macht gerät, an diesem Kriege sich in keiner Weise zu beteiligen, sondern sich neutral zu verhalten, damit der Krieg nicht weiter um sich greife. Das sind rein negative Bedingungen, die sich eben dadurch auszeichnen, daß sie, ungleich einem Bündnisvertrag, keine Spitze gegen irgend welche dritte Partei enthalten und zu selber Zeit die Friedens- und Freundschaftsbeziehungen zwischen den betreffenden Staaten vollständig sicherstellen. Das alte französische Wort von Bundesgenossen: „ils s'aiment toujours contre quelqu'un" wird in diesem Falle zu einer Lüge und Verleumdung. Könnte oder wollte die Welt unter sich solche auf negativen Formulierungen aufgebauten Pakte schließen, so könnte sie ganz bequem und mit wirklichem Nutzen nicht nur ohne Genfer Protokoll oder lautsprechende Abrüstungskonferenzen, sondern selbst ohne den schönen Völkerbund auskommen.

Gerade aber weil dem so ist, lösten diese Vorschläge einen großen Widerstand in jenen Kreisen aus, denen eine Sicherstellung der Sowjetunion am mindesten gelegen ist. Nichtangreifen? Neutralität? Aber wenn der Völkerbund kollektive Sanktionen befehlen sollte? Und der Popanz des Artikels 16 wird vor die Augen der Staatsmänner vorgeführt, die eine Neigung, sei es aus aufrichtiger Friedensüberzeugung, sei es aus Handelsgründen, mit dem Sowjetstaate zu paktieren, bekunden. Weder der Türkei, die dem Völkerbunde überhaupt nicht angehörte, noch Deutschland, hat dieser Popanz imponiert, und beide unterzeichneten ruhig die Verträge mit der Sowjetunion. Das gleiche, nach verschiedenen Abständen, taten Afghanistan, Litauen und Persien. Aber schon die demokratisch-sozialistische Regierung von Litauen, die solch einen Schritt gewagt hatte, wurde zwei Wochen später gestürzt, und in Lettland, wo die sozialdemokratische Koalitionsregierung einen ähnlichen Weg betrat, wurde der von außen her geschürte Lärm so groß, daß die Regierung halbwegs stehen bleiben mußte. Indes gehört Lettland zu jenen Ländern, wo die staatserhaltenden Parteien eine so große Angst vor dem „roten Imperialismus" hegen, daß ihr verstorbener Führer, Meierovitz, 1922 die englische Regierung anfragen ließ, ob und wie sie gedenke, Lettland im Falle eines Überfalles seitens der Sowjets zu helfen, und im nächsten Jahre ihr sogar Libau als Flottenbasis im voraus anbot. In Estland, das auch seinerzeit der englischen Regierung die Inseln Dagö und Oesel als Preis für ihre Hilfe gegen die Sowjetunion anbot, gingen

Digitized by Google

die Dinge noch schiefer: es sollte keine Unterstützung Englands in Sachen einer von ihm ersuchten Völkerbundsanleihe bekommen, falls es sich so illoyal gegenüber dem Völkerbunde erweist, daß es einen Nichtangriffsvertrag mit den Bolschewisten unterzeichnet.

Daß dessenungeachtet die Sowjetregierung doch eine Anzahl solcher Pakte geschlossen und die Verhandlungen mit anderen Mächten, einschließlich Polen (das bei dieser Gelegenheit immer wieder seine Ansprüche auf eine Rolle des Schützers des Baltikums gegen die Sowjetunion gelten läßt), geduldig zu pflegen bemüht ist, braucht niemanden zu überraschen, der mit den Grundsätzen ihrer Politik vertraut ist. Es war aber eine Überraschung für diejenigen, die allen Wert auf die Isolierung des Sowjetstaates legten, und voller Wut entschlossen sie sich, die Welt offen vor die Alternative zu stellen: entweder mit ihnen gegen die Sowjetunion oder mit der Sowjetunion gegen sie. Die Zuspitzung der Verhältnisse in China und die scharfe, von dem General- und Bergarbeiterstreik herbeigeführte innere Krise gab den Engländern die übliche Gelegenheit, die Verantwortung dafür in die Schuhe den infamen Bolschewisten zu schieben, und obschon die naiv-brutale Aktion gegen die Handelsdelegation zwecks Ertappens von kompromittierenden Dokumenten, die einen Bruch mit der Sowjetunion rechtfertigen könnten, wie das Hornberger Schießen hinauslief, kam der Bruch sowieso. Von nun an konnte England eine rege Tätigkeit gegen die Sowjetunion entfalten. Die russischen konterrevolutionären Elemente wurden mit einmal wach, wie der Fall Woikoff und die zahlreichen seitdem stattgefundenen Prozesse von monarchistisch-englisch-baltischen Spionen und Terroristen gezeigt haben, die westländischen Banken, die mit dem Sowjethandel zu tun hatten, bekamen den englischen Druck tüchtig zu spüren, und bald erscholl ein recht brausender Widerhall im benachbarten Frankreich, das „without rhyme or reason" den Sowjetbotschafter Rakowski abrufen ließ und die wichtigen Schuldenverhandlungen unterbrach.

So steht am Ausgang des ersten Jahrzehntes die Sowjetunion vor einer Verschlimmerung ihrer internationalen Lage. Liebenswürdige Kritiker, selbst in Deutschland, meinen, die Sowjetunion hätte es besser machen können, wenn sie nicht so doktrinär wäre. Gewiß könnte sie einen Bruch mit England und die Gefahr einer feindlichen Koalition vermeiden, hätte sie sich im Osten desinteressiert, d. h. die dortigen Völker an England verschachert, und das Handelsmonopol, die festeste Burg ihrer wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit, fallen lassen. Aber die Sowjetunion denkt nicht an Selbstmord. Greift man sie an, wird sie sich zu verteidigen wissen. Sie meint aber, nicht viele selbst unter ihren Gegnern würden so uneigennützig sein, ihre Hand ins Feuer ad majorem gloriam des britischen Imperialismus zu stecken. Daß

Digitized by Google

Schweden und Lettland gerade in jüngster Zeit die Handelsbeziehungen mit ihr definitiv geregelt haben, ist jedenfalls ein Beweis, daß der Druck und die Anziehungskraft der Engländer etwas versagen. Ob so oder anders, wird die Sowjetunion ihre friedliche und freiheitliche auswärtige Politik weiter ohne Zaudern fortsetzen in der Zuversicht, daß sie sich schließlich doch als die richtigste erweisen wird.

Zehn Jahre Sowjetwirtschaft.

Von Professor Eugen Varga.

Die Sowjetwirtschaft feiert ihr zehnjähriges Bestehen. Eine Periode von zehn Jahren genügt für einen Überblick über die Entwicklung dieses nicht kapitalistischen Wirtschaftssystems. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: wir können feststellen, daß die Wirtschaft der USSR, mit der Vorkriegszeit verglichen, dasselbe Niveau erreicht hat, wie die Wirtschaft der kapitalistischen Länder. In beiden sozial verschiedenen Gebieten wurde im Jahre 1926/27 ungefähr das Vorkriegsniveau erreicht. Aber in den letzten 4 bis 5 Jahren war das Tempo der Entwicklung in der Sowjetunion rascher als in den kapitalistischen Ländern — vielleicht mit Ausnahme Deutschlands. Dies beweist, daß die große politische und soziale Umwälzung: die proletarische Revolution — entgegen der allgemeinen Auffassung in Europa — kein Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft bildete.

Um den Gang dieser Entwicklung zu verstehen, müssen wir vor allem die Besonderheiten der russischen Wirtschaft vor dem Kriege hervorheben.

Charakter der russischen Wirtschaft vor dem Kriege.

Der Charakter der russischen Wirtschaft vor dem Kriege wird durch die Diskrepanz zwischen Landwirtschaft und Industrie gekennzeichnet.

Die Landwirtschaft hatte vor dem Kriege noch einen überwiegend feudalen Charakter. Die Technik der Landwirtschaft stand außerordentlich tief, entsprechend der niedrigen Kultur der bäuerlichen Bevölkerung. Ein sehr großer Teil des Bodens gehörte Großgrundbesitzern, die ihren Boden überwiegend in kleinen Parzellen an die Bauern verpachteten. Moderne landwirtschaftliche Großbetriebe bildeten eine Ausnahme. Der Bodenertrag war außerordentlich niedrig: der niedrigste in Europa, trotz der guten Bodenqualität: im allgemeinen ein Drittel des deutschen Hektarertrages: die Bauernschaft war arm, unwissend. Das System der gemeinsamen Bodennutzung in Form der Dreifelderwirtschaft hemmte den landwirt-

Digitized by Google

schaftlichen Fortschritt. Die Herausbildung einer vermögenderen Bauernschicht wurde zwar durch die Stolypinsche Agrarreform eingeleitet, änderte aber an dem Gesamtbild der russischen Bauernwirtschaft sehr wenig.

Andere Verhältnisse herrschten in der Industrie. Zwar gab es eine mit der Bauernschaft eng verbundene ländliche Heimindustrie und Dorfhandwerk, deren allgemeines Niveau dem der Bauernwirtschaft angepaßt war. Aber es gab auch eine neue Großindustrie, die einen ganz anderen Charakter hatte. Diese Großindustrie wurde überwiegend mit ausländischem Kapital geschaffen, und zwar auf der im Auslande erreichten höchsten Stufe der Technik. Es gab in Rußland vor dem Kriege mehr Betriebe, die über 1000 Arbeiter beschäftigten, als in Deutschland. Nicht nur das Kapital war überwiegend ausländisch, sondern auch ein bedeutender Teil des technischen Personals: Ingenieure, Chemiker, Vorarbeiter, sogar ein Teil der qualifizierten Arbeiter.

Zwischen der bäuerlichen Kleinindustrie und dem Dorfhandwerk und in der mit Hilfe des ausländischen Kapitals aufgebauten Großindustrie fehlte die breite mittlere Industrie, die in den sich bodenständig entwickelnden Industriestaaten das breite Fundament der Großindustrie bildet. Dieses Auseinanderfallen der russischen Wirtschaft in eine rückständige, mit feudalen Elementen stark durchsetzte Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen kleinen Industrie einerseits und in eine höchst moderne, stark konzentrierte Großindustrie andererseits, ist ein besonderer Charakterzug der russischen Ökonomie der Vorkriegszeit.

Zerrüttung während des Krieges.

Heute kann rückschauend festgestellt werden, daß den Anforderungen des Krieges jene Länder am besten standhielten, die in jeder Beziehung am stärksten industrialisiert waren. Die besonderen Verhältnisse der russischen Wirtschaft brachten es mit sich, daß der Krieg die Wirtschaft außerordentlich zerrüttete. Der bei den riesigen Entfernungen ausschlaggebende, wichtige Landtransport wurde durch die Anforderungen des Krieges zerrüttet: die Industrie von ihrer Rohstoffbasis abgeschnitten; die technische Leitung der Großindustrie durch die Entfernung der deutschen, durch die Rückwanderung der Techniker aus den Ententeländern in ihrer Produktion gehemmt. Der Krieg wirkte nach einiger Zeit auch auf die Landwirtschaft zurück, da die Bauern durch die rücksichtslose Inanspruchnahme aller Erzeugnisse und des Arbeitsviehes für die Versorgung des riesigen Heeres, besonders in den dem Kriegsgebiet näher liegenden Gegenden, sehr viel zu leiden hatten. Das allgemeine Niveau der russischen Wirtschaft war daher bei der Bildung der Sowjetregierung der Vorkriegszeit gegenüber bereits sehr stark zurückgegangen. Die großindustrielle (dem industriellen Zensus unterliegende) Produktion betrug 1917 nur 80,6 Prozent des Jahres

Digitized by Google

1913. Einzelne wichtige Industriezweige, z. B. die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen war damals bereits auf ein Fünftel der Vorkriegszeit gesunken. Die Sowjetregierung übernahm von dem Kapitalismus einen bereits sehr zerrütteten, in seiner Produktion bedeutend zurückgegangen, in seiner Produktionsfähigkeit stark verminderten Wirtschaftsapparat.

Die Periode des Kriegskommunismus.

In der Periode des Kriegskommunismus, die vom Herbst 1917 bis Frühjahr 1921 dauerte, setzte sich die Zerrüttung der Wirtschaft in verstärktem Maße fort. Dies ist selbstverständlich. Die Umwälzung der Klassenmachtverhältnisse, die Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse, muß die althergebrachte Arbeitsdisziplin in der Industrie zerstören. Diese Disziplin war mit der Klassendisziplin aufs engste verbunden. Mit dem Umsturz in der Politik war die alte Art der Arbeitsdisziplin in den Fabriken unhaltbar geworden und es dauerte lange Zeit, bis sich eine neue, an die veränderten sozialen Machtverhältnisse angepaßte Arbeitsdisziplin herausbildete. Der lang andauernde Interventions- und Bürgerkrieg führte die tüchtigsten Elemente des industriellen Proletariats an die Front, bzw. in die neugeschaffenen Regierungsinstitutionen. Von dem Rest des industriellen Proletariats kehrte ein großer Teil, getrieben von dem Lebensmittelmangel in den Städten in sein Heimatsdorf, in die Landwirtschaft zurück. Die industrielle Produktion schrumpfte auf jenes Minimum zusammen, das für die Versorgung des Heeres unumgänglich notwendig war.

Einen weiteren starken Rückgang zeigte auch die landwirtschaftliche Produktion. Wie bekannt, wurde in der Revolution der Großgrundbesitz konfisziert. Der Boden wurde nationalisiert. Die Bodennutzung verblieb überwiegend jenen Bauern, die bereits früher denselben als Eigentum oder in Pacht bebauten. In dieser ersten Etappe der Entwicklung kämpfte die Bauernschaft als Ganzes ohne Rücksicht auf die innerhalb derselben bestehenden Klassendifferenzen gegen den Großgrundbesitz. In einer zweiten Etappe kämpften dann die armen Bauern gegen die reichen Bauern, mit dem Ergebnis, daß in weiten Gebieten Rußlands der Gesamtboden zu gleichen Anteilen (entweder pro Arbeitskraft oder pro Familienmitglied) neu verteilt wurde. In manchen Gebieten erstreckte sich die Neuverteilung auch auf die landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Da aber die Neuverteilung des Bodens sich naturgemäß nur in kleinen Gebieten abspielte und nicht mit einer großzügigen inneren Kolonisation verbunden war, so blieb die Verschiedenheit des Bodenbesitzes zwischen den einzelnen Gebieten bestehen.

Die Neuverteilung des Bodens bewirkte, wie immer, einen Rückgang der Produktion, da die früher im Großbetrieb benutzten Produktionsmittel im Kleinbetrieb schwer verwendbar waren.

Digitized by Google

Der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen wurde, da die Vorkriegseinrichtungen sich abnutzten, immer größer.

Hierzu kam das System des Kriegskommunismus, d. h. die von der Notwendigkeit des Krieges und Bürgerkrieges erzwungene Maßnahme, daß der Bauernschaft alle Lebensmittel, die nicht zur Fortführung der Wirtschaft, bzw. zur Ernährung der Bauernfamilie unentbehrlich waren, ohne Gegenleistungen abgenommen wurden. Ohne Gegenleistung: weil das Papiergeld, mit dem der Staat zahlte, sich rapid entwertete und der Staat nicht imstande war, wie es prinzipiell sein sollte, die Bauernschaft als Entgelt für die Überlassung der Lebensmittelüberschüsse mit Industriewaren zu versorgen, da die industrielle Produktion — wie wir oben ausführten — auf ein Minimum zusammengeschrumpft war.

Das System des Kriegskommunismus brachte einen Widerspruch in die russische Bauernwirtschaft. Der Boden wurde nationalisiert. Die Nutzung und Verwendung blieben unbeschränkt den Bauern überlassen, aber der Überschuß an Lebensmitteln vom Staat unentgeltlich angeeignet. Es entstand auf diese Weise ein tiefgehender Widerspruch zwischen dem Privatinteresse der Bauern als Produzenten und der gemeinwirtschaftlichen Aneignung der Produkte. Dieser Widerspruch führte zu einer fortschreitenden Einschränkung der Produktion, verbunden mit der Tendenz zu einer Rückkehr zur geschlossenen Hauswirtschaft. Die Bauern produzierten nicht mehr, als sie selbst brauchten und produzierten womöglich alles, was sie brauchten. Die landwirtschaftliche Produktion schrumpfte zusammen, bei gleichzeitiger Nivellierung der Produktion, Rückgang der Spezialisierung nach Gebieten. Im ganzen Riesenreich wurden in jeder bäuerlichen Wirtschaft Lebensmittel, Textilrohstoffe und jede Art von Produktion, die das Klima zuließ, angebaut. Diese Rückkehr zur geschlossenen Hauswirtschaft verminderte die für die Städte und die Industrie verfügbaren landwirtschaftlichen Produkte, verursachte Hungersnot in den Städten, weitere Zerrüttung der Industrie, die rückwirkend einen verschärften Mangel an Industrieprodukten (darunter landwirtschaftlicher Produktionsmittel) hervorrief, und damit wiederum die landwirtschaftliche Produktion schädigte. So bewegte sich die Wirtschaft der Sowjetunion in einem falschen Zirkel, mit einem von Jahr zu Jahr fallenden Ergebnis, wie folgende Daten zeigen:

Der Niedergang des Produktionsvolumens in der Periode des Krieges und des Kriegskommunismus:

Wert der Produktion in Millionen Goldrubel (Vorkriegswert).[1])

	Landwirtschaft:		Zensusindustrie:	
1913	11 790	100	6391	100
1917	9 500	80.6	4468	70
1921	6 900	58,5	1344	21

Digitized by Google

Die Neue ökonomische Politik.

Die Beendigung des äußeren und inneren Krieges, Frühjahr 1921, machte den Übergang vom Kriegskommunismus zu der sogenannten Neuen ökonomischen Politik möglich.[2])

Die große Änderung bestand darin, daß im System des Kriegskommunismus der Idee nach die gesamte Produktion dem Staate zufiel, der seinerseits sämtliche Staatsbürger mit den zum Leben notwendigen Gütern versorgen sollte, im System der Nep hingegen die Staatswirtschaft auf einen fest umrissenen Teil der Gesamtwirtschaft beschränkt wurde; ebenso wie die Versorgungspflicht des Staates auf die im Staatsdienste stehenden und auf die Erwerbsunfähigen beschränkt wurde. Während im System des Kriegskommunismus die Staatswirtschaft ideell allumfassend war, stellt sich im System der Nep der Staat als Wirtschaftssubjekt allen anderen Wirtschaftssubjekten gegenüber und ist mit ihnen durch den Markt verbunden. Der Staat als wirtschaftliches Subjekt tauscht Leistung gegen Leistung. (Als Hoheitsstaat besteuert er natürlich die privaten Wirtschaftssubjekte.)

Durch diese prinzipielle Änderung wurde der Widerspruch zwischen Privatproduktion und gemeinwirtschaftlicher Verteilung in der Bauernwirtschaft beseitigt. Nach Abtragung seiner Steuern (die im Beginn dieser Periode in Naturalform geleistet wurden) konnte der Bauer über seinen Produktenüberschuß frei verfügen. Der privatwirtschaftliche Antrieb zur Verbesserung der Wirtschaft, zur Vergrößerung der Erträge über den eigenen Bedarf hinaus, war hierdurch wieder hergestellt. Dies ermöglichte eine bessere Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, Hebung der industriellen Produktion, bessere Versorgung der Bauernschaft mit Produktionsmitteln und dadurch die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung der Bauernwirtschaft. Der Grund für eine aufsteigende Linie der Sowjetwirtschaft war damit gelegt.

Manchmal wird dieses System als Staatskapitalismus bezeichnet. Dies trifft aber nur die äußere Form. Die einzelnen Industriezweige sind in großen Trusts zusammengefaßt, die nach Analogie der kapitalistischen Gebilde funktionieren, ihre eigene Bilanz aufstellen usw. Dies ist aber nur eine Organisationsform, nicht aber die soziale Kategorie des Kapitals, da das ganze Vermögen der Trusts Staatsvermögen bildet, ihr ganzes Einkommen einen Teil des Staatseinkommens ausmacht. Um den Warenaustausch zwischen Staatsindustrie und privater Bauernwirtschaft

[1]) Siehe: Vortrag von Rykow, Präsident des Rates der Volkskommissare auf dem Sowjetkongreß 1927 in Leningrad.

[2]) Es soll betont werden, daß Lenin bereits im Frühjahr 1918 diesen Übergang durchführen wollte und nur durch die Weiterdauer des Bürgerkrieges daran gehindert wurde. Es ist unrichtig zu meinen, als ob die führenden Kreise der Bolschewiki der Meinung gewesen wären, daß vom System des Kriegskommunismus ein unmittelbarer Übergang zur sozialistischen Produktionsweise möglich sei.

Digitized by Google

zu erleichtern, wurde eine stabile Valuta geschaffen, und zwar — im Gegensatz zu den kapitalistischen Inflationsländern — ohne ausländische Hilfe, aus eigener Kraft.

Das Ergebnis dieser Umstellung der Wirtschaft war ein ausgezeichnetes. Sowohl die industrielle, als auch die landwirtschaftliche Produktion hoben sich rasch, wie folgende Daten zeigen:

Der Aufstieg der Produktion in der Periode der Nep:

Wert der Produktion in Millionen Goldrubel (Vorkriegswert).[3])

	Landwirtschaft	in % 1913 = 100	Zensusindustrie	in % 1913 = 100
1921	6 900	58.5	1344	21
1926/27	12 775	108,4	6637	103,8
1927/28 (dem Plan gemäß)	13 186	111,9	7592 (dem Plan gemäß)	118,5

Wir sehen: im Wirtschaftsjahr 1926/27 hat die Produktion sowohl der Industrie als der Landwirtschaft das Vorkriegsvolumen um ein geringes überschritten.[4]) Für das Wirtschaftsjahr 1927/28 ist eine weitere Steigerung um 3,5 Prozent der Vorkriegszeit in der Landwirtschaft und 4,7 Prozent in der Industrie vorgesehen.

Das Tempo des Fortschrittes war in der Industrie viel rascher als in der Landwirtschaft, weil die Industrie viel tiefer gesunken war als die stark auf den Eigenverbrauch der Bauernschaft eingestellte Landwirtschaft und weil in der Industrie die Möglichkeit bestand, den vom Kapitalismus geerbten Produktionsapparat rasch wieder instand zu setzen. Die erste Periode der Nep, die Periode des Wiederaufbaues, schließt in dem Augenblick, da alle vom Kapitalismus geerbten Produktionsmittel wieder in Gang ge-

---

[3]) Siehe Vortrag von Rykow, Präsident des Rates der Volkskommissare, auf dem Sowjetkongreß 1927 in Leningrad.

[4]) Die Entwicklung der Industrie vollzieht sich ungleichmäßig. Nach den Daten der Reichs-Planwirtschaftskommission (Gosplan) betrug die Produktion in % des Jahres 1913

	im Wirtschaftsjahr 1926/27	Vorgesehen für 1927/28
Kohle	107,1	124,1
Naphtha	109,7	120,7
Roheisen	70,5	82,3
Metalle	76,3	85,2
Baumwollstoffe	105,4	112,0*)

*) Kontrollziffern des Gosplanes für das Jahr 1927/28 (russisch St. 8).

Anmerkung: Wir müssen darauf hinweisen, daß die Kontrollziffern nicht mit den vom Zentralstatistischen Amt veröffentlichten Zahlen über die Industrie zusammenfallen. Die in der Sowjetunion veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf drei verschieden begrenzte Begriffe: 1. die Industrie in ihrer Gesamtheit, 2. die Zensusindustrie (die ungefähr dem Begriffe der Fabrikindustrie entspricht), 3. die staatliche Großindustrie (die ungefähr 87 Prozent der Zensusindustrie ausmacht). Daher kommen oft scheinbar widersprechende Angaben in die ausländische Tagespresse.

Digitized by Google

setzt waren. An diesem Punkt setzt der Neuaufbau der Wirtschaft ein. Es ist selbstverständlich, daß das Tempo des Neuaufbaues ein viel langsameres ist, als es das Tempo des Wiederaufbaues war. Denn jetzt kann die Ausdehnung der industriellen Produktion nur im Wege der Akkumulation vor sich gehen.

Aber das Tempo der Erweiterung der Produktion übersteigt auch gegenwärtig bedeutend das in der kapitalistischen Welt Übliche. In der Vorkriegszeit betrug nach eingehenden Berechnungen die jährliche Steigerung der Produktion der kapitalistischen Welt rund 3 Prozent.[5]) Demgegenüber betrug im Wirtschaftsjahr 1926/27 die Steigerung der Produktion, alle Wirtschaftszweige in Betracht gezogen, 7,6 Prozent. Für 1927/28 ist eine Steigerung von 7,1 Prozent vorgesehen. Für die Zensusindustrie allein beträgt die Steigerung 15,1 bzw. 14,7 Prozent.

Der weitere Fortschritt hängt von der Größe der Akkumulation ab. Die Akkumulation in der Sowjetunion setzt sich aus vier verschiedenen Posten zusammen: a) die Akkumulation im Wege des Staatshaushaltes; b) die innere Akkumulation der Trusts; c) die Akkumulation der Bauern; d) die Akkumulation des selbständigen Kleinbürgertums.

Genaue Zahlen gibt es nur über die Akkumulation im Wege des Staatshaushaltes.

„In den vier Wirtschaftsjahren 1924—25/1926—27 werden in der Gemeinwirtschaft rund 5,9 Milliarden Rubel Neuinvestitionen getätigt, die nach Abzug der Amortisationen einen Zuwachs von 9 Prozent zum Grundkapital bedeuten. Von dieser Summe entfallen 2,1 Milliarden Rubel Neuinvestitionen bzw. 1,2 Milliarden Vergrößerung des Grundkapitals auf die Industrie; 1,2 Milliarden Neuanlagen bzw. 270 Millionen Rubel reiner Zuwachs an Grundkapital auf das Transportwesen."[7])

Für das Wirtschaftsjahr 1927/28 ist für die Gemeinwirtschaft eine neue Kapitalsanlage von rund 3½ Milliarden Rubel vorgesehen. Hiervon entfällt auf:

Industrie	1166	Millonen	Rubel
Transportwesen	495	„	„
Elektrifizierung	280	„	„
Städtische Bautätigkeit . . .	520	„	„
Landwirtschaft	625	„	„ [8])

Neben dieser staatlich erfaßten Akkumulation besteht eine ziffernmäßig kaum erfaßbare innere Akkumulation der verschiedenen Trusts. Obwohl Eigentum und Einkommen der Trusts dem Staate gehören, wird infolge der selbständigen Organisations-

[5]) Siehe z. B. Cassel: „Theoretische Sozialökonomie" oder die Berechnungen der verschiedenen Konjunkturforschungsinstitute.
[6]) Kontrollziffern, Seite 13.
[7]) Kontrollziffern, St. 19.
[8]) Ebenda, St. 20.

Digitized by Google

form dieser Gebilde ein Teil des Einkommens nicht der Staatskasse abgeliefert und von dort eventuell zurückerhalten, sondern — da die Trustleitungen den Wunsch haben, sich wirtschaftlich selbständiger bewegen zu können — unmittelbar zur Erweiterung der eigenen Betriebe verwendet.

Der Vorgang entspricht der stillen Reservebildung bei kapitalistischen Aktiengesellschaften. Er ist formell „ungesetzlich", wird aber stillschweigend gutgeheißen. Wie hoch sich diese innere Akkumulation beläuft, läßt sich sehr schwer schätzen, sicherlich beträgt sie aber zumindest viele Hundert Millionen Rubel jährlich.

Ebenso schwer läßt sich die Akkumulation in der Bauernwirtschaft schätzen. Wenn man aber bedenkt, daß es in der Sowjetunion 22 Millionen Bauernhöfe gibt; daß drei Jahre hintereinander in keinem Gebiete der Sowjetunion eine Mißernte war, daß der Viehstand sich zahlenmäßig rasch erhöht und seine Qualität sich noch rascher verbessert, so muß diese Akkumulation sehr hoch angeschlagen werden. Wenn man als Minimalzunahme 50 Rubel pro Jahr und Bauernhof nimmt, was sicher weit unterschätzt ist, erhalten wir eine Summe, die eine Milliarde Rubel im Jahre übersteigt.

Noch weniger läßt sich die Akkumulation des privaten Kleinbürgertums — Händler, Handwerker, kleine Unternehmer usw. — schätzen. Die privaten Schätzungen gehen sehr auseinander, sie bewegen sich zwischen 200 und 1000 Millionen Rubel pro Jahr.

Jedenfalls zeigen diese Überlegungen, daß in der Sowjetunion eine sehr starke Akkumulation vor sich geht, die die Basis der weiteren Entwicklung der Produktionskräfte bildet.

Dies kann auch gar nicht anders sein, da die Gesamtproduktion jene der Vorkriegszeit bereits überschritten hat, von dem Produkt aber infolge des Fehlens der Großgrundbesitzer, der Zarenfamilie, der hohen Geistlichkeit und der Kapitalisten, ein viel geringerer Teil in Luxusartikeln unproduktiv konsumiert wird. Die Lebenshaltung der Bauernschaft ist zwar stark gestiegen, aber offenbar wird dadurch der Betrag, der vor der Revolution als Rente der Grundbesitzerklasse zufallenden Summe nicht erreicht.

Schwierigkeiten der weiteren Entwicklung.

Wir wollen keineswegs die großen Schwierigkeiten leugnen, vor die die weitere Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion gestellt ist. Die Hauptschwierigkeiten sind folgende:

1. Der Mangel an Kapital. Trotz des raschen Ganges der Akkumulation mangelt es der Sowjetunion an dem nötigen Kapital, um ihre unermeßlichen Naturschätze in raschem Tempo auszunutzen. Vor dem Kriege geschah dies durch Kapitalimport. Dies ist gegenwärtig infolge der Verschiedenheit der wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Struktur erschwert, wenn auch nicht unmöglich gemacht. Der Mangel an Kapital wirkt ähnlich wie in den an Kapitalmangel leidenden kapitalistischen Ländern: obwohl die nötigen Arbeitskräfte, wie auch die nötigen Rohstoffe in großen Mengen vorhanden wären, fehlt es an den nötigen Kapitalien, um diese zwei grundlegenden Produktionsfaktoren mit einander zu verbinden und die Produktion im gewünschten Tempo zu heben.

2. Die Wohnungsnot. Die unmittelbare Folge des Kapitalmangels ist die Wohnungsnot in den großen Städten. (Auf den Dörfern wurden in den letzten Jahren sehr viel gebaut.) Die Wohnungsnot ist eine allgemeine Erscheinung der Nachkriegszeit. Der Ausfall der Kriegszeit wurde in den reichsten Ländern (Vereinigte Staaten, England) ungefähr nachgeholt: in Deutschland ist noch viel nachzuholen, in den östlich von Deutschland gelegenen Gebieten, die den größten Mangel an Kapital leiden, ist die Wohnungsnot überall noch sehr groß.

3. Die Arbeitslosigkeit. Trotz der raschen Entwicklung der Industrie, obwohl von Jahr zu Jahr mehr Arbeiter in der Industrie Beschäftigung finden,[9]) gibt es eine Massenarbeitslosigkeit in den Städten.

Diese Massenarbeitslosigkeit stammt voll und ganz aus der Landwirtschaft.

Wir führten oben bereits aus, daß, da die Neuverteilung des Bodens sich naturgemäß in kleinen Gebieten abspielte, innerhalb dieser Gebiete zwar Gleichheit in der Bodenverteilung entstanden ist, aber zwischen den einzelnen Gebieten, je nach der früheren Ausdehnung des Großgrundbesitzes, bzw. der Bevölkerungsdichte große Verschiedenheiten bestehen geblieben sind. In jenen Gebieten, wo der Bodenanteil, trotz der Bodenaufteilung ein geringer blieb, findet der Nachwuchs der bäuerlichen Bevölkerung keine Arbeit und keinen Lebensunterhalt, strömt daher massenhaft in die Städte. Daher entsteht in den Städten ein Überfluß an ungelernten Arbeitern, wobei gleichzeitig an hochqualifizierten Metallarbeitern, gelernten Bauarbeitern, ein empfindlicher Mangel besteht.

Die Frage der Arbeitslosigkeit wird auf drei verschiedenen Wegen der Lösung zugeführt:

a) Durch Intensivierung der Landwirtschaft. Es ist bekannt, daß die Landwirtschaft der Sowjetunion noch immer sehr extensiv betrieben wird und ihre Erträge zu den niedrigsten in Europa gehören, obwohl der Boden von Natur aus

[9]) Die Zahl der in der Zensusindustrie beschäftigten Arbeiter betrug:

	in Tausend:		in Tausend:
1. Januar 1923	1354	1. Januar 1926	2269
1. „ 1924	1462	1. Dezember 1926	2372
1. „ 1925	1681.		

(Statistisches Nachschlagebuch der USSR, Ausgabe des Zentralstatistischen Amtes, Seite 281.)

Digitized by Google

von besserer Qualität ist. Der gegenwärtige massenhafte Übergang von der Dreifelderwirtschaft zu der Fruchtfolgewirtschaft wird einer sehr großen Zahl von Bauernsöhnen auf dem Lande Arbeit und durch Erhöhung des Bodenertrages einen Lebensunterhalt gewähren. Die zwei grundlegenden agrarischen Neuerungen: der Übergang von der Dreifelderwirtschaft zur Fruchtfolge bei gleichzeitiger rascheren Zusammenlegung (Kommassierung) des in zahllosen kleinen Parzellen zersplitterten Bodens der einzelnen Höfe sind zusammen mit der Hebung des allgemeinen kulturellen Niveaus und der agronomischen Kenntnisse der Bauernschaft die Hebel, die zur modernen Entwicklung der Landwirtschaft führen. Beispielgebend und unterstützend wirken hierbei die staatlichen Großgüter, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der ganze Staatsapparat der Sowjetunion.

b) Eine großzügige Siedlungsaktion. Aus den engbesiedelten Gebieten Zentralrußlands siedeln jährlich Zehntausende Bauern nach dem Osten, nach Sibirien, wo es freies Land noch in fast unbegrenztem Maßstab gibt. Die Siedlungsaktion wird nur durch den Mangel an Produktionsmitteln der Bauern und den Kapitalmangel des Staates, um diese mit Produktionsmitteln zu versehen, gehemmt.

c) Mit dem Fortgang der Akkumulation entwickelt sich die städtische Industrie in einem raschen Tempo, wodurch ein immer größerer Teil der in die Städte strömenden Bauernsöhne Arbeit und Verdienst in den Städten findet.

Die Arbeitslosigkeit ist zwar ein schweres Problem, aber ein Problem, dessen Lösung im Rahmen der Sowjetwirtschaft gesichert ist.

* * *

Die wirtschaftlichen Ergebnisse des Sowjetsystems nach der Einführung der Neuen ökonomischen Politik sind — in Anbetracht der großen Schwierigkeiten — durchaus zufriedenstellend. Planmäßig entwickelt sich die Wirtschaft in die Höhe. Wenn kein neuer Krieg diese Entwicklung stört, so wird die Bevölkerung der Sowjetunion nach einigen Jahren einen Wohlstand erreicht haben, von dem in den schlimmen Jahren der Hungersnot niemand zu träumen wagte; einen Wohlstand, der sich ziemlich gleichmäßig auf alle Bürger erstreckt und die Basis des Überganges zu einem rein sozialistischen Staatssystem bildet. —

Digitized by Google

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

Monatsbericht über innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Dieser Monat war ganz von den Feierlichkeiten des zehnjährigen Bestandes der Sowjetregierung erfüllt. Indem wir dazu auf die Sonderartikel dieses Heftes aus reichsdeutscher und russischer Feder verweisen, ziehen wir hier für den Monatsbericht zuerst, wie üblich, einige Linien der Wirtschaftslage.

Vom 14. bis 16. Oktober tagte die Plenarversammlung des Präsidiums des Gosplan unter Teilnahme aller beteiligten Ressorts, in denen der fünfjährige Wirtschaftsplan für die Zeit von 1927 bis 1932 ausgearbeitet wird. So wird der Versuch einer umfassenden, auf ein volles Jahrfünft berechneten staatlichen Planwirtschaft gemacht, der buchstäblich bis in die Prozentzahlen der Zunahme des Volkswohlstandes und dergleichen die Entwicklung der nächsten fünf Jahre vorausnehmen will. In der Eröffnungsrede wurde festgestellt, daß Rußland jetzt die beiden ersten Etappen der Revolution hinter sich habe: den Sieg über Bürgertum und Gutsbesitzer und den Prozeß des Wiederaufbaus in der Volkswirtschaft. Jetzt sei die dritte, sogenannte Rekonstruktionsetappe eingetreten, deren Charakterzeichen seien die durchgreifenden Umwandlungen und der Umbau der Volkswirtschaft nach den neuen sozialistischen Prinzipien.

Bei der Besprechung des Wirtschaftsplanes auf fünf Jahre und der dazu gehörigen Zahlen mußten aber die Schäden und Unfertigkeiten der Wirtschaftslage zugestanden werden: die Übervölkerung auf dem Lande und die Arbeitslosigkeit. Auch an dieser Stelle wurde als ein merkwürdiges Mittel der Vorwärtsentwicklung die Verkürzung des Arbeitstages genannt. Die Einzelheiten können beiseite bleiben, das wesentlichste ist im Jubiläumsmonat also der Versuch, den Sozialismus praktisch in der Form und auf die Weise eines fünf Jahre bis in das einzelne statistisch berechneten Planes der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung durchzusetzen. Mit dieser Formulierung ist das hauptsächlichste für die Kritik an einer solchen Idee schon gesagt.

Ein so konstruiertes Wirtschaftssystem, das die Beziehungen zum Ausland durch das Außenhandelsmonopol vollständig in der Hand hat, hat nun, das ist das zweitwichtigste für die Wirtschaftslage, mit der Tatsache zu rechnen, daß die Welt ringsum nach den Gesetzen des Kapitalismus denkt und arbeitet, und muß eine Synthese mit diesem Zustand draußen finden, der

Digitized by Google

theoretisch durch den Sozialismus auf das schärfste selbst widersprochen wird, die aber praktisch schlechterdings unumgänglich ist.

Dafür sind im Augenblick am interessantesten die Handelsbeziehungen zu Frankreich und Deutschland.

Jene sind verhältnismäßig spät begonnen worden. Der russisch-französische Handel wird durch folgende Zahlen in den letzten vier Jahren charakterisiert (in Millionen Rubel):

	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27 (11 Monate)
Ausfuhr nach Frankreich . . .	15,2	22,1	39,7	49,7
Einfuhr aus Frankreich	2,3	9,2	19,3	19,2

Das Rußlandgeschäft Frankreichs hat sich also ständig nach vorwärts entwickelt, spielt aber im französischen Handel eine sehr geringe Rolle und weist eine passive Bilanz zu Ungunsten Frankreichs auf. Frankreich bezieht von Rußland vornehmlich Getreide, Flachs, Holz, Leder usw., vor allem Naphthaprodukte: 1926/1927 hat Rußland nach Frankreich an Naphthaprodukten 386 000 Tonnen ausgeführt. Vom russischen Naphthasyndikat in Frankreich kaufen die „Petrofine française" und das französische Marineministerium. Immerhin übersteigt auch heute noch der Anteil Rußlands an der Gesamteinfuhr Frankreichs an Naphthaprodukten nicht 12 %. Für die Frage der französisch-russischen Beziehungen spielt der Handelsverkehr also im ganzen keine große Rolle.

Anders ist das im deutsch-russischen Handelsverkehr.

Für die ersten elf Monate 1926/1927 (Oktober bis August) betrug der Handel über die europäische Grenze Rußlands in Millionen Rubeln:

	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamtumsatz
Deutschland	148,2	141,7	289,9
England	180,5	94,2	274,7
Vereinigte Staaten . .	15,3	124,0	139,3
Frankreich	49,7	18,6	68,3
Polen	19,2	12,3	31,5
Finnland	9,9	16,2	26,1

Deutschland steht so im Gesamtumsatz des russischen Handels an erster Stelle, vor England und den Vereinigten Staaten. England steht als Abnehmer russischer Waren an erster Stelle, während Deutschland als Verkäufer an Rußland an erster Stelle steht. Die deutsche Ein- und Ausfuhr mit Rußland gleicht sich etwa aus, in einer passiven Bilanz zu Ungunsten Deutschlands von einigen Millionen Rubel.

Die Steigerung des Gesamtumsatzes in diesen 11 Monaten gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres um 36 Millionen Rubel ist Folge einer starken Zunahme der deutschen Einfuhr aus Ruß-

Digitized by Google

land, während die deutsche Ausfuhr nach Rußland zurückgegangen ist: 141,7 Millionen gegen 162,5 Millionen Rubel in den ersten elf Monaten 1925/1926. Und dabei muß noch bedacht werden, daß in der deutschen Ausfuhr nach Rußland ein Betrag von bereits getätigten Lieferungen auf Grund des 300-Millionen-Kredites steckt. Das reguläre deutsche Exportgeschäft gegenüber Rußland ist gegenüber dem Vorjahre stärker zurückgegangen, als zu erkennen ist. Das sind die Zahlen für die gegenwärtig wieder erörterte Frage, ob Deutschland Rußland neue Kredite gewähren solle.

Im übrigen ist dem Bild der Wirtschaftslage, das im ersten Heft des Jahrganges gezeichnet wurde, nichts hinzuzufügen. Auch sie wird nunmehr von der Opposition angegriffen. Smilga sagte auf der Sitzung der ZK und ZKK der Partei (s. u.) daß die Sowjetwirtschaft Merkmale der Inflation zeige: den zunehmenden Warenhunger mit den „Schlangen" vor den Läden in Moskau und anderen großen Städten, und den ständigen Rückgang des Tscherwonezkurses (im Inland natürlich; im Ausland gilt der Goldrubel = $^1/_{10}$ Tscherwonez immer noch ohne Schwanken 2,16 RM). Ferner behauptete er, daß die Getreidebereitstellungen, obwohl die Ernte zwei Wochen früher begonnen habe, niedriger als im Vorjahre seien, und die Zusammenarbeit von Stadt und Land (sogenannte Smytschka) auch gefährdet sei. Diese Kritik ebenso wie die an der Einführung des Siebenstundentages, an Arbeitszeit und Arbeitslohn will durch den Appell an materielle Sorgen der Arbeiterschicht der Städte diese für die Opposition gegen Stalin einstellen.

II.

Wie bekannt, wird die Jubiläumsfeier stark von dem Parteikonflikt überschattet, der jetzt in die Periode des Endkampfes eingetreten ist. Am 12. August wurden von der Zentralkontrollkommission Preobraschenski, Serebrjakow und Scharow aus der Partei ausgeschlossen, der erste dieser drei ein sehr bekannter Parteipolitiker aus Lenins engstem Kreis, führender Wirtschaftstheoretiker der Opposition, bei den russisch-französischen Finanzverhandlungen als Sachverständiger mit tätig, seinerzeit auch bei der Konferenz von Genua anwesend. Der Beschluß zeigte, daß die Parteileitung nun auch nach den leitenden Köpfen der Opposition ausholt, deren Gefährlichkeit mit der Entdeckung von Geheimdruckereien zur Verbreitung der Oppositionsliteratur immer mehr hervortrat. Eine zunehmende Spannung war um so weniger zu verkennen, als die Opposition sich auch durch die Verstärkung der Kampfmittel auf der anderen Seite nicht abschrecken ließ.

Unter diesen Umständen trat das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetunion der vierten Wahlperiode zu-

Digitized by Google

sammen (15.—20. 10.), und zwar in Leningrad, im Taurischen Palais, in dem bekanntlich die Reichsduma tagte und in dem sich die ersten Akte der Revolution von 1917 abspielten.

Das Zentral-Exekutivkomitee besteht aus dem Sowjet der Nationalitäten und dem Allgemeinen Bundessowjet. Die Gesamtzahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder (Kandidaten) beträgt in beiden Häusern 847, davon sind 68 Frauen. Sozial zerfallen die Mitglieder der Zentralexekutive in 317 Arbeiter, 188 Bauern, 29 Landarbeiter, 1 Heimarbeiter und 275 Angestellte, nach Nationalitäten in: 389 Russen, 96 Ukrainer, 19 Letten, 46 Juden, 22 Weißrussen, 22 Usbeken, 24 Grusinier, 24 Armenier, 13 Deutsche, 15 Tataren u. a. Im ganzen sind im Zentralexekutivkomitee 39 Nationalitäten vertreten. Der Kommunistischen Partei gehören 578 der Mitglieder der Zentralexekutive an, 2 der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol); 243 sind Parteilose.

Die Tagung, wie die Aufmachung war ganz in das Licht der beginnenden Jubiläumsfeierlichkeiten gestellt. Auch die Reden und Berichte wiesen dementsprechend besondere Züge nicht auf. Der Vortrag Rykows streifte die hauptsächlichste Frage nur, sprach ganz kurz über den Bruch mit England und die Schwierigkeiten mit Frankreich, die Kriegsgefahr und dergleichen, und wurde ohne Debatte angenommen. Desgleichen wurde die innere Politik, besonders also die Hauptfrage, die der Opposition, einfach beiseite geschoben und ignoriert. An deren Stelle trat eine auf den Festton gestimmte Übersicht über die kulturellen und Bildungsfortschritte im ersten Jahrzehnt des Sowjetregimes. Das letzte Referat über die Wirtschaftslage bot auch nichts anderes als ein für den Festmoment zurechtgemachtes Bild von den wirtschaftlichen Fortschritten. Und den Ton gab Rykow am Schluß seiner Rede so an:

„Das vergangene Jahrzehnt war das Heldenzeitalter der Revolution, deren Hauptergebnis die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Sowjetunion als eines sozialistischen Staates ist. Im zweiten Jahrzehnt wird die Sowjetunion gestützt auf die Errungenschaften vergangener Jahre noch viel schwierigere Aufgaben des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zu lösen haben, um das Endziel der Oktoberrevolution, nämlich die Organisierung einer neuen sozialistischen Gesellschaft zu erreichen."

Das Bemerkenswerteste war oder sollte sein das „Manifest von Leningrad", das am 15. Oktober erlassen wurde (Iswestija 16. 10.). In einer schweren und dröhnenden Sprache, in der wohl Stalins Art, Gedankenführung und Stil zum Ausdruck kam, gab es reichlich viel historischen Stoff der Erinnerung und mischte es den Triumph des zehnjährigen Bestandes mit der Sorge vor der Opposition und dem Appell an die Bauernschaft. Leider gestattet der Raum nicht den Abdruck des Ganzen. Es ist wohl selbstverständlich, daß ein Manifest nach zehn Jahren praktischer Arbeit nicht mehr den Schwung und die Frische haben kann wie am Anfang der Agitation. Bemerkenswert war, daß der Gegensatz gegen das kapitalistische und bourgeoise Ausland besonders

Digitized by Google

scharf herausgearbeitet wurde. Auch gegenüber den Staaten, die seit langem in guten Beziehungen mit Rußland stehen, fehlte jedes freundliche Wort.

Die „Signalrakete der russischen Revolution", die „erste Bresche in der Front des Imperialismus", der „Staat der Arbeiter" — „die Befreiung der Bauernschaft" und der Übergang des Landes in ihre Hand — „die Befreiung der Nationalitäten" — „die Diktatur der Sowjetgewalt, des Proletariats" — „die Kämpfe mit der Gegenrevolution" — „die Entwicklung der Wirtschaftskräfte und die neue ökonomische Politik" — „die proletarische Demokratie als Sicherung des Anteils der Millionen am Aufbau des Sozialismus" — „die sozialistische Politik des Proletariates" — „die sozialistische Grundlage der Volkswirtschaft und die Zurückdrängung des privaten Kapitals" — „die Besserung der Lage der Werktätigen und die kulturelle Hebung" usw. — man sucht in alledem vergeblich nach einer neuen Formel und einer neuen Idee.

Am Schluß werden Versprechungen an die Werktätigen gemacht:

1. der Übergang vom Achtstundentag zum Siebenstundentag ohne Verminderung des Arbeitslohnes, freilich mit Vorbehalten, die die Zusage ziemlich illusorisch machen: „Wofür die Regierung spätestens im Laufe eines Jahres zur schrittweisen Verwirklichung dieser Bestimmung gehen soll im Verhältnis zu den einzelnen Zweigen der Industrie entsprechend dem Gange der Rationalisierung der Industrieunternehmungen und der Zunahme der Produktivität der Arbeit."
2. Anweisung von 50 Millionen Rubel für Arbeiterwohnungen.
3. Zur Verbesserung der Lage der Armut und besonders der armen Bauernschaft Befreiung von der landwirtschaftlichen Einheitssteuer für weitere 10 % der Bauernwirtschaften.
4. Erleichterungen für die Verschuldung der Bauernwirtschaften imVerfolg der Mißernten des Jahres 1924/1925.
5. Anweisung von 10 Millionen für Landzuweisung an arme Bauernwirtschaften.
6. Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung für die gleichen Kreise.
7. 15 Millionen Rubel für Schulbauten in Dörfern und Fabriksiedlungen.
8. Erhöhung der Versicherungsfonds für die Kriegsinvaliden.
9. Beseitigung der Todesstrafe, die nur für Staatsverbrechen und bewaffneten Raub bleibt.
10. Amnestie für Gerichts- und Verwaltungsstrafen.

Dieses Manifest ist in Leningrad mit ungeheurem Beifall als eine besonders große Errungenschaft begrüßt worden. Im Grund enthält es nicht besonders viel. Die in Aussicht gestellten Summen sind für das Riesenland und seine Bevölkerung sehr gering, die angekündigten Maßnahmen sozialer Wohlfahrt sind zusammenhangslos und das Hauptstück, die E i n f ü h r u n g d e s

Digitized by Google

Sieben-Stunden-Arbeitstages ist so verklausuliert, daß sie zunächst kaum ernsthaft in Frage kommen kann. Die Erleichterungen an die Bauernschaft besagen selbstverständliches; höchstens die Zusagen betreffend der Versicherung wirken einigermaßen.

Niemand wird glauben, daß dieses Manifest eine internationale Schlagkraft habe. Dafür haben sich die Zeit und die die Zeit bestimmenden Gesetze doch zu sehr geändert. Nach innen aber ist das wesentlichste die „Smytschka", der Bund zwischen Stadt und Land, der so nachdrücklich mit Worten und in den einzelnen Maßnahmen herausgearbeitet wird.

III.

Gerade an diesem Manifest ist aber der Konflikt mit der Opposition einen erheblichen Schritt weitergegangen. Vom 21.—23. tagte in Moskau das Plenum der Zentralkommission und der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei. Es bereitet die Tagesordnung vor, die das politische Büro ihm für den 15. Parteitag vorlegte und die Richtlinien für den fünfjährigen Plan der Volkswirtschaft (siehe oben) und die Arbeit auf dem Dorf umfassen soll. Dafür sind Thesen veröffentlicht worden (Iswestija 25. 10.) als Grundlage einer Parteidiskussion, die ja jetzt zugelassen werden soll. In dieser Beziehung faßte das Plenum am 23. folgenden Beschluß:

1. Auf Grund der Entschließung der 10. Parteikonferenz, die Thesen des Zentralkomitees zur Tagesordnung der Konferenz spätestens einen Monat vor Eröffnung der Konferenz zu publizieren und gemäß dem Beschlusse des Plenums des Zentralkomitees und der Zentral-Kontroll-Kommission vom August 1927, die von dem gegenwärtigen Plenum des Zentralkomitees und der Zentral-Kontroll-Kommission gebilligten Thesen sofort nach Beendigung der Arbeiten des Plenums zur Diskussion in den Parteiversammlungen in der Presse zu veröffentlichen.

2. Auf Grund der Entschließung des Plenums des Zentralkomitees und der Zentral-Kontroll-Kommission vom August 1927 bei der Zeitung „Prawda" ein Diskussionsblatt (Diskussionny listok) herauszugeben, in dem abgedruckt werden sollen: Antithesen, Korrekturen zu den Thesen des Zentralkomitees, konkrete Vorschläge zu den Thesen, kritische Artikel usw.

3. Die Diskussion zu führen im Sinne des nachstehenden Beschlusses der 10. Parteikonferenz: „Jede Parteiorganisation hat aufs strengste darauf zu achten, daß die unbedingt notwendige Kritik der Mängel in der Partei, jede Analyse der allgemeinen Parteilinie oder die Stellungnahme zu ihrer praktischen Tätigkeit, die Prüfung der Durchführung ihrer Entscheidungen und der Mittel, gemachte Fehler zu korrigieren usw. erörtert werden, nicht vom Standpunkt von Gruppen, die zu irgendeiner „Plattform" und dergl. neigen, sondern vom Standpunkt aller Mitglieder der Partei.

4. Das Politbüro des Zentralkomitees und das Präsidium der Zentral-Kontroll-Kommission haben darauf zu achten, daß die Diskussion in einem Rahmen und in einem Ton durchgeführt wird, der mit der Würde der Partei und mit den kameradschaftlichen Beziehungen ihrer Mitglieder untereinander zu vereinbaren ist.

In Ausführung dieses Beschlusses wird der „Prawda" ein Diskussionsblatt beigegeben.

Digitized by Google

Die „Losungen zum 10. Jahrestag", die das Zentralkomitee zugleich erließ, 93 an der Zahl, bieten nichts, was nicht schon in jenem Manifest gestanden hätte. Gleichzeitig faßte das Plenum den Beschluß, Trotzki und Sinowjew aus der Partei auszuschließen, nachdem am 17. Oktober schon Wujovitsch aus der Partei ausgeschlossen worden war. Der Beschluß gegen Trotzki und Sinowjew besagt, daß das Plenum im August 1927 größte Geduld gegen die beiden bewiesen hätte, damit sie ihre Erklärung vom 8. 8. ausführen könnten. „Trotzdem haben Trotzki und Sinowjew schon zum zweiten Mal die Partei betrogen und die von ihnen übernommenen Verpflichtungen gebrochen, nicht nur, daß sie keineswegs die Elemente einer Fraktionsbildung unterdrückten, sondern indem sie sogar den Fraktionskampf gegen die Partei und ihre Einheit so führten, daß er an die Bildung einer neuen antileninschen Partei im Bunde mit bourgeoisen Intelligenten streifte." Desgleichen wurde das gesamte Material über die Verschwörertätigkeit der Leiter dieser Trotzkiopposition (Geheimdruckerei, Verbindung mit den Renegaten, Ruth Fischer) ebenso wie aus der Gruppe Smirnow-Sapronow dem 15. Parteikongreß zur Untersuchung übergeben, dem damit förmlich die letzte Entscheidung der ganzen Angelegenheit übertragen ist. In einer Mitteilung an die Presse gab das Plenum zugleich bekannt, daß die Opposition auch auf das schärfste gegen die Einführung des Siebenstundentages im Leningrader Manifest aufgetreten sei.

Der Beschluß ist früher gekommen als man erwartete, und er bereitet ohne Zweifel die Ausschließung Trotzkis und seiner Anhänger aus der Partei überhaupt vor. Aus den Auseinandersetzungen (Nr. 1 des „Diskussionsblatts" als Beilage der „Prawda") ergibt sich immer noch kein vollständiges Bild, aber man sieht, wie scharf die Geister aufeinanderplatzen und wie nahe man der Spaltung ist. Die Opposition betätigt und fühlt sich schon als eigene Partei (Name: Bolschewisten-Leninisten). Die Mehrheit wirft Trotzki und seinen Freunden vor, daß sie mit den Weißgardisten, also der Gegenrevolution in Verbindung stünden, arbeitet mit Mitteln wie der Veröffentlichung alter Briefe Lenins aus 1917 gegen Sinowjew und Kamenew (Iswestija 1. November) und greift sogar schon mit der GPU in den Parteistreit ein.

Man ist, wie gesagt, im Beginn des Endkampfes, der ab 1. Dezember auf dem Parteikongreß zum Abschluß kommen soll und der sich persönlich zwischen Trotzki und Stalin abspielt. Sinowjew läßt kaum etwas von sich hören, Kamenew desgleichen nicht, alles dreht sich um Trotzki und Stalin.

Sachlich ist nichts neues zu erwähnen; das allgemein wichtige ist im Einführungsartikel dieses Heftes gesagt. Das Problem ist, wo die organisierten Kräfte dieses Staatswesens stehen werden, also der Apparat des Beamtentums und vor allem die Armee, in der Trotzki sicher heute noch Volkstümlichkeit genießt. Deshalb wurden wohl auch die Enthüllungen

Digitized by Google

über einen angeblichen Plan eines Militärputsches verbreitet. Daß die Mehrheit der Bürokratie gegen Trotzki und die Opposition ist, ist kaum zweifelhaft. Auch die Mehrheit der Arbeiterschaft wird gegen sie sein. Stalin hat für sich die ganze Parteiorganisation, seine eigene überlegene zielbewußte Ruhe und einen sehr wichtigen Bundesgenossen, die Sehnsucht nach Ruhe im Volke überhaupt, das diese Parteikämpfe, die Erschütterungen und Aufregungen der hinter ihm liegenden zehn Jahre gründlich satt hat und todmüde ist.

IV.

Im Oktober spielte sich in Moskau ein Prozeß gegen eine Gruppe von Spionen zugunsten Englands ab, Mitglieder der früheren Armee, Söhne früherer Moskauer Millionäre, darunter die beiden Söhne des deutsch-russischen Millionärs Prove. Der Prozeß, der am 24. mit der Verurteilung der beiden Brüder Prove und eines dritten zum Tode endete, war unter ähnlichen bedeutungsvoll, weil er die frühere englische Botschaft, besonders ihren ersten Sekretär Charnok schwer belastete. Der Prozeß erwies, daß die Angeklagten jahrelang der englischen Botschaft in Moskau durch Vermittelung dieses Mr. Charnok regelmäßig militärische Geheimnisse des Sowjetstaates verraten hatten und daß die englische Botschaft diese Spionagetätigkeit unter dem Schutz der Exterritorialität sehr ungeniert betrieben hat.

Der Prozeß gegen den Mörder Petljuras in Paris ist in Moskau mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Wie erinnerlich, wurde der frühere ukrainische Hetman Petljura am 25. Mai in Paris durch einen jüdischen Uhrmacher Schwarzbart getötet, der Rache für die Juden-Pogrome in der Ukraine an Petljura nehmen wollte. Der Prozeß spielte sich als ein politischer Prozeß ersten Ranges ab und führte zur Erörterung der Vorgänge und Kämpfe in der Ukraine nach dem Zusammenbruch Skoropadskis. Auf der einen Seite wurde der Täter als Rächer der Jude gefeiert, auf der anderen suchte man ihm zu beweisen, daß er Kommunist und bezahlter Agent der Sowjetregierung sei. Die Moskauer „Prawda" (23. 10.) schrieb dazu:

> „Man kann jetzt schon behaupten, daß dieser Mordprozeß weit über den Rahmen einer gewöhnlichen Sensationsaffäre hinausgeht. Der Prozeß gegen Schwarzbart zwingt die ganze Welt, nochmals das Kapitel 1919 der ukrainischen Geschichte durchzublättern, wo mit blutiger Schrift die Toten der ukrainischen Gegenrevolution verzeichnet sind, die unter der Fahne der Demokratie und sogar des Sozialismus agierte. Ob die Verteidiger des Petljura-Systems es wollen oder nicht, sie werden gezwungen sein, der ganzen Welt das wahre Gesicht jener kleinbürgerlichen Nationalisten zu zeigen, die dem Vormarsch der proletarischen Revolution mit Judenpogromen Widerstand zu leisten versuchten. Auf der Anklagebank sitzen tatsächlich sie und nicht die Schwarzbarts."

Für die polnische Presse freilich war wesentlicher, daß Petljura ja Verbündeter Pilsudskis gegen den Bolschewismus gewesen

Digitized by Google

war, während für die ukrainische Presse, namentlich die in Sowjetrußland, gerade das gravierend war: Petljuras Vertrag mit Polen, in dem dieser für den Fall eines gemeinsamen Sieges über die Bolschewisten Ostgalizien und Wolhynien dem polnischen Staate überlassen hätte. Immerhin galt Petljura doch in weiten Kreisen der Ukraine als Nationalheld. Übrigens war er organisierter Sozialdemokrat und programmatisch für die Befreiung der Juden festgelegt. In dem Prozeß, der eine ungeheure Menge von Zeugen aufführte, war am bemerkenswertesten die Aussage des bekannten Dr. Leo Motzkin, für den Petljura zwar die Freiheitsbewegung der Ukraine verkörperte, nach dem aber der Ermordete doch die Pogrome nicht verhindert habe. Der Mörder wurde am 26. Oktober freigesprochen. Tiefergehende politische Nachwirkungen dürfte weder die Tat noch der Prozeß haben.

V.

Für die englisch-russischen Beziehungen sind zu registrieren die in Rußland sehr beachteten Ausführungen Lloyd Georges über die Möglichkeit, daß Trotzki einmal Diktator werden könnte, der Besuch einer starken englischen Arbeiterdelegation zum Jubiläum und das Auftreten des englischen Gesandten in Riga, Vaughan, in den Zeitungen gegen die Ratifizierung des lettisch-russischen Handelsvertrages durch Lettland am 26. 10., eine so auffällige Form der Intervention, daß der Widerspruch in Rußland sehr verständlich war.

Die polnisch-litauische Spannung und die nach Genf gerichtete Beschwerde Litauens beschäftigt in Moskau sehr. Die fernöstlichen Angelegenheiten sind ganz zurückgetreten. In Leningrad während der Tagung des Zik haben Litwinow und Karachan Gelegenheit genommen, vor Arbeiterversammlungen den Friedenswillen Sowjetrußlans erneut zu betonen. So erklärte Karachan, daß die Sowjetregierung alles tue, um den Augenblick des unvermeidlichen Zusammenstoßes zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt möglichst weit hinauszuschieben. In diesem Bestreben werde sie durch vier Momente unterstützt: durch den Antagonismus zwischen den kapitalistischen Staaten, durch die Freundschaft der Ostvölker zur Sowjetunion, durch die wachsende Arbeiterbewegung in allen Ländern und durch das ständige Wachsen der Kräfte der Sowjetunion.

In diesen Friedenswillen gehört der Entschluß zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz herein, den Tschitscherin dem Völkerbund wie folgt am 31. Oktober mitteilte:

„Nach Empfang der Note des Völkerbundsrats vom 12. Dezember 1925, in welcher die Union der sozialistischen Räterepubliken eingeladen wurde, sich in der vorbereitenden Abrüstungskommission vertreten zu lassen, und nach der in dieser Sache gewechselten Korrespondenz war es der Regierung

Digitized by Google

der Union der sozialistischen Räterepubliken nicht möglich, an der Arbeit der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, weil diese auf Schweizerboden einberufen worden war. Da der Zwischenfall zwischen der Union und der Schweiz durch das Protokoll vom 14. April dieses Jahres gelöst ist, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Union bereit ist, an den Arbeiten der Vorbereitenden Kommission teilzunehmen, und ich bitte Sie, mir Ort und Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft der Vorbereitenden Kommission sowie deren Tagesordnung bekanntzugeben."

Die „Genfer Resolution" nahm ja ausdrücklich die Mitarbeit der Staaten, die nicht zum Völkerbund gehören, vor allem Rußlands und der Vereinigten Staaten von Amerika, in Aussicht. Rußland erklärt so seine Bereitwilligkeit, an der am 30. November beginnenden Konferenz mitzuarbeiten. Natürlich nimmt die Sowjetpresse gleich Gelegenheit, in der bekannten Weise Rußlands Standpunkt zu bezeichnen (Iswestija 31. 10.):

„Diejenigen, die von der Wichtigkeit der Teilnahme der Sowjetunion an der Arbeit für die Abrüstung sprechen, werden sich entweder mit dem Erscheinen der Vertreter der Sowjetunion in Genf abfinden oder vor der ganzen Welt ihr doppeltes Spiel enthüllen müssen.

Es wird an dem Vorbehalt der Sowjetunion in ihrer Antwort an das Völkerbundssekretariat vom 16. Januar 1926 erinnert, worin gesagt wurde, die Bereitschaft der Sowjetunion, an den Abrüstungsarbeiten teilzunehmen, bedeute keinesfalls, daß sie sich den Beschlüssen des Völkerbundsrats hinsichtlich des Abrüstungsproblems anschließe.

Ebenso schließt sich die Sowjetunion, indem sie den Völkerbund von ihrer Bereitschaft, an den Arbeiten der Abrüstungskommission teilzunehmen, in Kenntnis setze, in keiner Weise irgendwelchen Beschlüssen oder Ausführungen des Völkerbundes hinsichtlich der Schiedsgerichtsbarkeit und dergleichen an."

Diese Ausführungen überraschen durchaus nicht, setzen aber die Bedeutung des russischen Entschlusses, mitzuarbeiten, nicht herab, der unter allen Gesichtspunkten von Wichtigkeit ist. Die unbekannte Größe der russischen Rüstung war und ist ein Hindernis für die Abrüstungsarbeiten, und die Vorbehalte, die eine ganze Reihe von Staaten, gegen die Abrüstung mit der Berufung auf den Rüstungsstand Rußlands machen, werden nun entkräftet. Das gilt besonders für Estland, Lettland, Polen, Finnland und Rumänien.

Es ist bezeichnend und begreiflich, daß die englische Presse besonders nachdrücklich diesen Entschluß begrüßt, in dem Rußland versucht, aus der internationalen Isolierung herauszukommen, und der wohl nicht ohne Absicht so nahe am Jubiläum veröffentlicht worden ist. Man erkennt in ihm die Richtung und den Willen Stalins, dessen außen- und innenpolitische Absichten und Pläne durch die Opposition und die Kämpfe mit ihr gelähmt werden.

Abgeschlossen am 6. November 1927.

Digitized by Google

Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Zehn Jahre Räterepublik! Gleichviel, wie man politisch eingestellt sein mag, man wird dieses Jubiläum „mit einem nassen, einem heitern Auge" feiern. Es ist sehr viel zerstört worden in den ersten Jahren der Revolution, es ist aber auch eine sehr große Aufbauarbeit geleistet worden in den folgenden Jahren; die Befürchtung, Rußland werde untergehen in Blut und Schmutz, hat sich nicht erfüllt. Rußland lebt und wächst, schafft und arbeitet.

Wie weit das ein Verdienst der Räteregierung und des Kommunismus ist, mag dahingestellt bleiben. Ein starkes und gesundes Volk wird auch unter der schlechtesten Regierung sich vorwärts entwickeln, einem dekadenten Volk kann auch die beste Regierung nicht helfen. Nicht zu leugnen ist es, daß durch die Revolution in Rußland neue Kräfte im Volke lebendig geworden sind, die bis dahin verhindert waren, sich frei zu entfalten, daß Bevölkerungsschichten, die bis dahin im Kulturleben der Nation überhaupt nicht mitzählten, nun zum Lichte zu drängen begannen und gegenwärtig schon eine Rolle spielen, die nicht mehr übersehen werden kann. Ebenso ist es nicht zu leugnen, daß die vielen kleinen Nationen und Völkerstämme, aus denen sich die Union der Räterepubliken zusammensetzt, heute ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten vor sich sehen als noch vor anderthalb Jahrzehnten. Gewiß ist es grotesk, von baschkirischem oder tschuwaschischem Kommunismus zu reden, vom Klassenkampf bei Tscheremissen und Tungusen, die durchaus noch im patriarchalischen Zeitalter leben, aber daß diese Völker jetzt ihre nationale Eigenart ganz anders entwickeln können als früher, steht außer Zweifel. Was ihnen an sogenannten „Ideen" von Moskau zugetragen wird, kann die Geister wohl für eine Zeitlang verwirren, muß aber schließlich verkümmern und verschwinden, weil es keinen Nährboden hat. Was bleibt, ist die selbständige und immer selbstbewußter werdende nationale Entwicklung. Und daß auch das wissenschaftliche Studium der Sprachen, Sitten, Gebräuche usw. dieser in früheren Zeiten kaum beachteten, „Fremdvölker" in den letzten Jahren stark gefördert worden ist, läßt sich durch den Hinweis auf eine ganze Reihe neuerer Publikationen leicht erhärten.

Man hat Lenin öfter mit Peter dem Großen verglichen. Eine gewisse Ähnlichkeit ist tatsächlich vorhanden. Hier wie dort ein rücksichtsloser Neuerer, der seinen Willen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzt, von keinen moralischen Hemmungen beirrt, der in wenigen Jahren ein Ziel erreichen will, zu dessen Erreichung es bei anderen Völkern einer jahrhundertelangen stufenweisen Entwicklung bedurfte. Selbstverständlich mußte das Übereilte, Überhitzte der „Reform" sich rächen. Erst

Digitized by Google

als unter Katharina II. die Entwicklung in ruhigeren Bahnen zu laufen begann, war das Werk Peters gesichert. Und auch im heutigen Rußland hat man längst erkannt, daß der „Kriegskommunismus", wie man jene Zeit des Experimentierens und Probierens beschönigend nennt, ein Irrtum war — wenn man das auch noch immer nicht offen eingestehen will. Der Glaube an das Gottesgnadentum des Proletariats ist längst geschwunden; die anfangs ausgestoßenen „bürgerlichen" Gelehrten, Techniker usw. sind, soweit sie nicht gestorben oder ins Ausland geflüchtet sind, auf ihre alten Posten zurückgekehrt, ebenso wie die Organisation der Roten Armee in weit geringerem Maße ein Werk Trotzkis, des heute so viel umstrittenen, als der Offiziere des alten Heeres ist, denen Vaterland und Nation schließlich wichtiger waren als die Regierungsform. Das alte Mißtrauen ist freilich auf beiden Seiten noch in hohem Maße vorhanden. Noch immer besteht in Rußland eine Zensur, die an Strenge der alten zaristischen nicht nachgibt, noch immer gibt es Wissenschaften, die in Rußland auf dem Index stehen, wie z. B. jeder Art metaphysische Philosophie — von Religion gar nicht zu reden (man lese z. B. die ausführliche Besprechung des Jesusbuches von Henri Barbusse in der führenden russischen Zeitschrift „Petschatj i revoljuzija", — wie hier das lebhafteste Bedauern ausgesprochen wird, daß Barbusse mit seinem Buch der antireligiösen Propaganda in den Arm falle, daß der Sinn seiner revolutionären Tätigkeit durch dieses Buch verdunkelt und verwässert werde usw.). Aber auf dem Gebiete der sozusagen „neutralen" Wissenschaften ist in den letzten Jahren in Rußland wieder sehr Bedeutendes geleistet worden und die Jubelfeier der Petersburger Akademie vor zwei Jahren war schließlich auf keinen anderen Grundton gestimmt als auf den: Es geht wieder vorwärts, wir können wieder arbeiten, wieder schaffen, wieder forschen!

Die exakten Wissenschaften sind allerdings immer noch die bevorzugten. Aber wenn man sich der vielen wertvollen Arbeiten aus den Gebieten der Altertumswissenschaften, der Linguistik, der Kunstgeschichte erinnert, von denen in diesen Übersichten ja häufig genug die Rede war, so muß man zugeben, daß auch die Geisteswissenschaften nicht mehr das Aschenbrödel sind, das sie vor einem Jahrzehnt noch waren. Oft hat man sogar den Eindruck, als nähme sich die Räteregierung gewisser geisteswissenschaftlicher Disziplinen mit besonderer Liebe und Sorgfalt an, — man denke etwa an die weitgehende Unterstützung, die von der Regierung den Restaurationen von Kunstdenkmälern zuteil geworden ist und weiter zuteil wird, in so hohem Maße, daß von denen, die royalistischer sind als der König, bereits Proteste laut werden: man brauche eine Kirche bloß für ein Kunstdenkmal zu erklären und sie werde vom Staat erhalten und restauriert; man brauche nur zu sagen, in dem und dem Hause habe Puschkin oder Gribojedow verkehrt, und es wird, statt zu

Digitized by Google

Arbeiterwohnungen ausgebaut zu werden, in ein Museum verwandelt, und das alles auf Kosten der werktätigen Arbeiter- und Bauernbevölkerung!

Daß der Räteregierung das Interesse der reinen Wissenschaft und reinen Kunst dabei vor allem am Herzen liegt, wird man trotz dieser eifrigen Bemühungen bezweifeln dürfen. Auch hier wieder eine Analogie zu der Zeit Peters des Großen. Wie die ganze Reform Peters im Dienste des Machtgedankens stand, so stehen alle geistigen Bestrebungen der Lenker der Geschicke des heutigen Rußland im Dienste des kommunistischen Gedankens. Wenn Peter der Große die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in seiner neuen Residenz hauptsächlich auch deswegen plante, weil er hoffte, seine Gelehrten würden das perpetuum mobile entdecken und dadurch Rußlands Ruhm erhöhen, den Beweis liefern, daß es auch im geistigen den alten Kulturstaaten nicht nachstehe, so werden im heutigen Rußland byzantinische Fresken in Kijewer Kirchen aufgedeckt und griechische Altertümer in der Krim ausgegraben, um zu zeigen, daß die Musen auch dem Kommunismus nicht fremd sind, daß der kommunistische Staat Kunst und Wissenschaft nicht verachtet, sondern, ihren großen Bildungswert erkennend, sie in jeder Weise zu fördern bemüht ist, daß also das auf seine alte Kultur so stolze bürgerliche Europa von dem Übergang zum Kommunismus keine Vernichtung seiner Schätze zu befürchten braucht, sondern daß diese im neuen Staat noch viel sorgfältiger und liebevoller gehütet werden sollen als im alten.

Freilich, soweit es sich nicht um das bloße Feststellen von Tatsachen durch die Wissenschaft handelt, sondern um deren Ausdeutung, hat der Geisteswissenschaftler in Rußland heute noch immer einen schweren Stand. Es gibt nur eine Geschichtsauffassung — die marxistische. Der Forscher, der diese Auffassung nicht teilt, findet nicht leicht ein Arbeitsgebiet, auf dem er sich ungehindert betätigen kann. Gewiß können durch die marxistische Einstellung oft ganz neue, überraschende Gesichtspunkte gewonnen werden, kann manches Unerklärliche aufgehellt und richtig gedeutet werden. Man wird einem Werk, wie die jetzt auch in deutscher Übersetzung erscheinende „Geschichte Rußlands" von M. Pokrowskij, seine Anerkennung nicht versagen können, so stark es auch an vielen Stellen zum Widerspruch reizt und so sehr es geboten erscheint, die Darlegungen des marxistischen Historikers mit Vorsicht und Kritik zu lesen. Aber es berührt doch eigentümlich, wenn der auf sehr gründlichen Studien beruhenden, durchaus objektiv darstellenden Monographie von Alexandra Müller „Das Leben der ausländischen Künstler in Rußland" (Leningrad: Academia 1927) ein Vorwort des Genossen W. Newskij vorausgeschickt wird, in dem es heißt, die Verfasserin lasse zwar eine klassenmäßige Einstellung zu ihrem Thema vermissen, sie betone nicht scharf genug, daß die ausländischen

Digitized by Google

Künstler nicht nach Rußland kamen, um den breiten Massen der Werktätigen zu dienen, sondern nur um die Paläste der Vornehmen, später der Bourgeoisie mit ihren Werken zu schmücken; dennoch sei ihr Buch wert, gelesen zu werden, weil es viel neues Tatsachenmaterial enthalte, dessen richtige Ausdeutung der Zukunft vorbehalten bleibe. Die Anwendung der marxistischen Methode auf die Geschichte und Theorie der Kunst befinde sich erst im Anfangsstadium „und selbst in unserem Lande, wo unserer festen Überzeugung nach der Sieg des Proletariats gesichert ist, könnte man nur wenige marxistische Arbeiten zur Kunstgeschichte nennen, und auch von diesen fallen die besten, wie z. B. die von Plechanow, noch in die vorrevolutionäre Zeit".

Also keine strikte Ablehnung mehr, sondern milde, beinahe schon wohlwollende Duldung. Es ist in der Wissenschaft nicht anders als in der schönen Literatur: von dem Streit der Napostowzy (die auf dem Posten Stehenden) mit den Poputschiki (Mitläufern) war hier ja schon mehrfach die Rede. Die mißlungenen Experimente mit den Proletkulten, dem kollektiven Schaffen, den Arbeiterfakultäten sind doch nicht vergeblich gewesen. Man hat erkannt, daß die Fähigkeit, wissenschaftlich zu denken, wissenschaftlich zu arbeiten, nicht im Handumdrehen erworben werden kann, daß aus einem noch so intelligenten, noch so tüchtigen Schmiedegesellen oder Mechaniker nicht in drei Jahren, bloß kraft seiner proletarischen Herkunft und durch den Besuch der Arbeiterfakultät (Rabfak), ein ebenso tüchtiger Biologe oder Sprachforscher werden kann. Man hat auch erkannt, wie sehr man sich ins eigene Fleisch schnitt, als man die Hochschulen von den Studenten bourgeoiser Abstammung „säuberte"; man hat eingesehen oder beginnt einzusehen, daß es Raubbau an der Nation bedeutet, wenn die geistig regsten Frauen, um ganz im Dienste der Partei aufgehen zu können, keine Kinder haben wollen (vgl. die sehr aufschlußreichen Aufsätze des ukrainischen Arztes S. Weißberg in der „Zeitschrift für Sexualwissenschaft"); man ist mehr denn je besorgt um den Nachwuchs. Die Liquidation des Analphabetentums hat sich nicht so schnell durchführen lassen, wie man geglaubt hatte, von einer allgemeinen Schulpflicht ist man noch weit entfernt, die Ergebnisse der Abgangsprüfungen in den höheren Schulen geben zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß, selbst mit der neuen, vereinfachten Orthographie stehen nicht nur viele Abiturienten, sondern auch Lehramtskandidaten und sogar beamtete Lehrer auf dem Kriegsfuße, das Rowdytum (Hooligantum) nimmt beängstigende Dimensionen an, das Problem der obdachlosen Kinder ist noch immer nicht gelöst — kurz, man sieht sich ungeheuren Schwierigkeiten gegenüber, die mit den bisherigen Mitteln nicht überwunden werden können. Mit leidenschaftlichem Eifer wird nach neuen Mitteln gesucht. Man ist sich ferner klar darüber — wenn man es auch nicht gerade offen eingesteht — daß nicht nur der Krieg und die wirtschaftliche Not diese

Digitized by Google

traurigen Verhältnisse geschaffen haben, sondern daß die Fehlgriffe der Revolution ihr gut Teil Schuld haben. Auf keinem Gebiet wird vielleicht im heutigen Rußland so viel gearbeitet und — so kühn experimentiert wie auf dem der Pädagogik und Psychologie. Darüber ist in diesen Blättern oft genug zu lesen gewesen; sehr lehrreich war die russische Ausstellung für Schulwesen in diesem Sommer. Solche Ausstellungen, ebenso wie die Berichte von Russen und Ausländern, die unter russischer Führung russische Anstalten besichtigt haben, können allerdings mitunter zu unrichtigen Schlußfolgerungen verleiten: Angestrebtes und wirklich Erreichtes wird nicht immer scharf auseinandergehalten, das an einer Stelle Gesehene wird nur zu leicht verallgemeinert. Man braucht deswegen noch nicht gleich von Potemkinschen Dörfern zu reden (deren Existenz übrigens keineswegs vollständig geleugnet werden soll), — der Gastgeber wird seinem Besuch immer eine bessere Sorte Zigarren anbieten als die, welche er selbst täglich zu rauchen pflegt, und der Lehrer, dessen Klassenunterricht der Schulrat beiwohnt, wird vielleicht nicht nur die besten Schüler an die Tafel rufen, schon um nicht Verdacht zu erregen, aber er wird auch nicht gerade den Ultimus in seiner Ruhe stören. Ein wertvolles Korrektiv zu den mehr oder weniger offiziellen Berichten über russisches Bildungswesen sind die belletristischen Werke, die sich mit der russischen „Jugend von heute" beschäftigen, wie z. B. die Erzählungen von Pantelejmon Romanow aus dem Studentenleben und die Gymnasiastengeschichte von Ogniow „Das Tagebuch des Kostja Riabzew", über die an dieser Stelle ausführlich berichtet wurde, und die demnächst auch in einer vollständigen deutschen Übersetzung erscheinen soll. Was heute in Rußland geleistet wird auf dem Gebiete der Arbeits- und Produktionsschule, die Organisation der Schulgemeinden, die Versuche mit dem sogenannten Daltonsystem, die Arbeiten der Bibliotheken zur Erforschung der Psychologie und Soziologie der Leser — das alles verdient größte Beachtung, mag uns auch noch so vieles utopisch erscheinen, mögen die Statistiken auch vielfach falsch, die Schlußfolgerungen, die aus ihnen gezogen werden, willkürlich sein, mag uns, die wir an eine langsamere, stetigere Entwicklung gewöhnt sind, oft auch ein Grauen ankommen angesichts der Kühnheit gewisser russischer Experimente. Wir können und dürfen diese Experimente nicht wiederholen, schon weil wir nicht über das unbegrenzte Menschenmaterial der Russen verfügen und daher vorsichtiger, sparsamer sein müssen, auch weil wir, Individualisten, die wir nun einmal sind und immer bleiben werden, mehr Achtung vor der Einzelpersönlichkeit haben und uns ihr gegenüber in höherem Maße verantwortlich fühlen, aber wir können uns viele von den Russen gemachte (auch negative!) Erfahrungen zunutze machen, wir können von ihnen lernen.

* * *

Digitized by Google

In unserer letzten Übersicht war die Rede von den Ausgrabungen islamischer Altertümer in der Krim. Ein noch größeres Interesse erweckt der ausführliche Bericht des Sekretärs der Staatlichen Akademie für Geschichte der materiellen Kultur Farmakowskij über die unter seiner Leitung vorgenommenen Ausgrabungen in dem alten Olbia am Schwarzen Meer (1924—1926), die eine Menge (über 1300) Gegenstände aus der griechischen und römischen Zeit an den Tag gefördert haben, u. a. Säulen aus der römischen Kaiserzeit, eine große Anzahl Marmorgefäße, Bruchstücke von Statuen und Reliefs, die auf das Vorhandensein eines Apollotempels schließen lassen. Auf dem Gebiet der früheren Marine-Signalstation wurden drei Kulturschichten entdeckt, eine späthellenistische, eine frühhellenistische und eine archaische, an dem sogenannten Zeushügel — fünf Schichten, von denen die vierte und fünfte in der Anlage einen starken Einfluß der milesischen Kultur zeigen. Unter den Gegenständen, die bei der örtlichen Bevölkerung gefunden und für die staatlichen Sammlungen erworben wurden, nennt Farmakowskij einen archaischen Marmortorso, Bruchstücke einer Kolossalfigur eines Löwen (Marmor) und eine goldene Fibel in Gestalt eines Löwenhauptes aus dem 6. Jahrhundert v. Chr.

Angesichts der Fülle dieser Funde ist es begreiflich, daß die stark bereicherten staatlichen Sammlungen zum Teil neu geordnet werden müssen. In der Petersburger Eremitage sind in diesem Herbst drei große Abteilungen neu eröffnet worden. In sechs Sälen des dritten Stocks ist die byzantinische Sammlung aufgestellt; von diesen ist ein ganzer Saal dem byzantinischen Chersones gewidmet, d. h. enthält Gegenstände, die auf jetzt russischem Boden gefunden worden sind; ein zweiter Saal enthält in der Krim gefundene Denkmäler aus der Völkerwanderungszeit. Nicht weniger als zwölf Säle sind der griechisch-skytischen Abteilung eingeräumt. Sie enthalten Ergebnisse der Ausgrabungen von Kertsch, Chersones, Olbia, der Umgegend von Ulan-Bator und dem Kreise Minusinsk im Jenissei-Gebiet. Die Mehrzahl der ausgestellten Gegenstände stammt aus der Bronzezeit. Es befinden sich viele, vor allem skytische, Unica darunter. Eine vollständige Neuordnung hat endlich die Abteilung des Nahen Ostens erhalten, die jetzt in den früheren Gemächern Nikolaus II. untergebracht ist. Dieser Abteilung sind vor allem die neuesten Forschungen im Kaukasus zugute gekommen.

* * *

Einige neuere literarhistorische Publikationen verdienen Beachtung. N. Gusew berichtet in der Zeitschrift „Petschatj i revoljuzija" von einer neuen Erwerbung des Tolstoj-Museums: es handelt sich um 96 Briefe T o l s t o j s an den Dichter Feth. Die meisten dieser Briefe sind zwar schon von Feth selbst veröffentlicht worden, doch zeigt der Vergleich der Originale mit dem ersten Abdruck, daß Feth mit Tolstojs Briefen sehr willkürlich

Digitized by Google

umgesprungen ist. Er hat nicht nur belanglose Mitteilungen, die für einen weiteren Leserkreis keine Bedeutung haben konnten, weggelassen, sondern auch alle Äußerungen Tolstojs, die seinen, Feths, Anschauungen zu sehr widersprachen. Das gilt natürlich in erster Linie von Äußerungen über politische und religiöse Dinge (wo auch die Rücksicht auf die Zensur eine Rolle gespielt haben muß), aber auch von rein persönlichen Urteilen und Behauptungen. So lautet z. B. die wichtigste Stelle in dem Brief, in dem Tolstoj über seine Homerlektüre berichtet, im Original: „Wie glücklich bin ich, daß Gott mir diese Narrheit in den Kopf gesetzt hat, [d. h. griechisch zu lernen]! Erstens gewährt es mir einen hohen Genuß, zweitens habe ich mich überzeugt, daß ich von allem wahrhaft Schönen und einfach Schönen, was die menschliche Sprache hervorgebracht hat, bisher nichts gewußt habe, wie übrigens alle, mit Ausnahme der Herren Professoren, die zwar manchmal etwas wissen, aber nichts verstehen, drittens freue ich mich, daß ich nichts schreibe und nie mehr langstieliges dummes Zeug, wie „Krieg und Frieden", schreiben werde."

Die hier durch Sperrdruck hervorgehobenen Sätze fehlen in allen bisherigen Ausgaben von Tolstojs Briefen, weil Feth es für gut gefunden hatte, sie zu unterdrücken (vgl. Leo Tolstoj. Ein Leben in Selbstbekenntnissen. Hrsg. von Arthur Luther. Leipzig, Bibliogr. Institut 1923. S. 116).

Noch viel grausamer ist Feth mit einem der erschütterndsten Selbstbekenntnisse Tolstojs umgegangen, jenem erschütternden Brief vom 17. Oktober 1870 aus Hyères (vgl. das oben erwähnte Werk, S. 84—86), in dem Tolstoj von dem Tode seines Bruders Nikolaj berichtet. Die Qualen des Sterbenden haben in ihm Zweifel an jedem vernünftigen Sinn und Zweck des Erdenlebens geweckt und er schreibt: „Die einzige Wahrheit, die ich in 32 Lebensjahren gelernt habe, läuft darauf hinaus, daß die Lage, in der wir uns befinden, entsetzlich ist."

So war es bisher gedruckt zu lesen; tatsächlich aber hat Tolstoj geschrieben: „. . . daß die Lage, in die uns ein Gewisser gesetzt hat, der furchtbarste Betrug und das größte Verbrechen ist, für das wir keine Worte fänden (wir Liberalen), wenn ein Mensch einen anderen Menschen in eine solche Lage gebracht hätte. Also preiset Allah, Gott, Brahma! Welch ein Wohltäter!"

Weiter heißt es dann (die von Feth gestrichenen Sätze wieder gesperrt): „Nehmen Sie das Leben wie es ist, nicht Gott, sondern Sie selbst haben sich in diese Lage gebracht! Nun freilich! Ich nehme das Leben auch so wie es ist: als den gemeinsten, abscheulichsten, verlogensten Zustand. Und daß ich mich nicht selbst in diese Lage gebracht habe, das wird dadurch bewiesen, daß wir uns seit Jahrhunderten einzureden suchen, das wäre sehr gut. Doch sobald der Mensch

Digitized by Google

eine höhere Entwicklungsstufe erreicht hat, sobald er aufhört, ein Dummkopf zu sein, sieht er klar, daß alles Unsinn und Betrug ist . . ."

Bereits in den Tageszeitungen erwähnt wurde das Buch des bekannten Literarhistorikers Leonid Großmann über den „Fall Suchowo-Kobylin", eines der interessantesten Kapitel der russischen Literatur- und Gesellschaftsgeschichte. Alexander Suchowo-Kobylin, dem ein sehr langes Leben beschieden war (1820—1903), ist der Verfasser einer der berühmtesten russischen Komödien „Kretschinskijs Hochzeit" (1855), eine Hochstapleraffäre, deren Held der Traum jedes jungen russischen Schauspielers ist. Es soll gegenwärtig eine deutsche Übersetzung dieser Komödie in Vorbereitung sein, und es wird jedenfalls interessant sein, zu erfahren, ob es einem deutschen Darsteller gelingen wird, die Gestalt des russischen Verbrecher-Kavaliers, der die flotte Eleganz und den Leichtsinn des Chlestakow in Gogols „Revisor" mit der Gerissenheit und dem Unternehmungsgeist des Helden der „Toten Seelen" verbindet, einem deutschen Publikum glaubhaft zu machen.

Diese Komödie nun schrieb Suchowo-Kobylin, der zu den glänzendsten Erscheinungen der Moskauer Lebewelt gehörte, — im Gefängnis. Eine Französin, Louise Demanche, mit der er in nahen Beziehungen gestanden hatte, war unter sehr merkwürdigen Umständen ermordet worden, der Verdacht fiel auf Suchowo-Kobylin, er wurde verhaftet und erst nach einem endlosen Prozeß freigesprochen, ohne daß der Mord wirklich aufgeklärt worden wäre. Die Dienstboten der Ermordeten (Leibeigene S.-Kobylins) hatten erst ein Geständnis abgelegt, es dann aber widerrufen, und die Untersuchung ergab auch tatsächlich ihre völlige Unschuld. Trotz des Freispruchs blieb ein gewisser Verdacht an Suchowo-Kobylin hängen, der ihm aber weder gesellschaftlich, noch literarisch geschadet hat. Er erweiterte seine Kretschinskij-Komödie zur Trilogie, indem er ihr noch zwei Stücke folgen ließ: „Der Prozeß" (1862) und „Tarelkins Tod" (1868), wohl das Bitterste und Erbitterndste, was in dramatischer Form gegen die russische Justiz geschrieben worden ist. Beide Stücke wurden sofort von der Zensur verboten und gelangten erst um die Jahrhundertwende zur Aufführung. An „Tarelkins Tod" versuchte noch vor wenigen Jahren Meyerhold in Moskau seine „revolutionäre" Inszenierungskunst.

Man glaubte bisher, aus den Komödien S.-Kobylins die Entrüstung eines unschuldigen Opfers der Justiz Nikolaus I. herauszuhören, — nun aber dürfte durch die Archivstudien Großmanns endgültig erwiesen sein, daß daß eigentliche Opfer nicht Suchowo-Kobylin, sondern seine Leibeigenen gewesen sind, auf die er den Verdacht abzulenken versuchte, die er durch Bestechung und Drohungen zu falschen Bekenntnissen zwang und deren Verurteilung auch durch Bestechung der Richter erreicht werden

Digitized by Google

sollte. Als die Untersuchung trotzdem die Unschuld der Verdächtigen ergab, hätte S.-Kobylin noch einmal zur Verantwortung gezogen werden müssen. Es geschah nicht, weil einflußreiche Verwandte sich für ihn einsetzten: der Prozeß wurde schließlich auf Befehl des Zaren selbst niedergeschlagen. Die Tat scheint Suchowo-Kobylin in einem Augenblick äußerster Erregung getan zu haben, als er von der Demanche mit einer anderen Frau überrascht und von ihr zur Rede gestellt wurde. Sittengeschichtlich ist der „Fall" an sich schon von großem Interesse; bedeutsam wird er aber vor allem durch das Verhalten des Angeklagten während des Prozesses und durch seine spätere literarische Tätigkeit, die man als eine Art Sühne seines Verbrechens auslegen möchte. Jedenfalls werden hier psychologische Probleme aufgerollt, die noch der Lösung harren. Großmanns fleißige, so ergebnisreiche Studie bedeutet nur eine Vorarbeit. Ihr Verdienst ist, das gesamte Material beschafft, gesichtet und ins richtige Licht gerückt zu haben.

Bibliographie

bearbeitet von H. Jonas.

A. Deutschland.

(Januar 1926 bis September 1927.)
Veröffentlichungen über Sowjetrußland in deutscher Sprache.

I. Politik (Buchstaben M—Z).

Machno, Nestor: Das ABC der revolutionären Anarchisten. Aus dem Russischen übersetzt von Walter Hold. Berlin 1926. Verlag: Der freie Arbeiter, Rudolf Oestreich. 16 S.

Mäder, Erich: Zwischen Leningrad und Baku. Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjetrußland? Windischleuba (Thür.) 1926. Verlag Schumann. 63 S.

Mahlmeister, E.: Rußland und der Bolschewismus. Rußland und wir. Freiberg i. Sa. 1927. Edelgarten-Verlag. 47 S.

Makarov, Alexander: Das russische Zwischenprivatrecht. Berlin 1926. Verlag H. Sack. 100 S. (Beiheft der „Zeitschrift für Osteuropäisches Recht", 1. Jahrg. 1925.)

Manteuffel-Katzdangen, Baron: Deutschland und der Osten. München 1926. Verlag J. F. Lehmann. 42 S.

Martow, Julius: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Mit einem Nachtrag von Theod. Dan: Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1908. Berlin 1926. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 340 S.

Menz, Gerhard: Flutwende. Die Entwicklung der Beziehungen Chinas zum Abendlande in den letzten 100 Jahren. Leipzig 1926. Verlag I. C. Hinrichs. 163 S.

Digitized by Google

Meyer, Theophil: Nach Sibirien im Dienste der evangelisch-lutherischen Kirche. Dresden 1927. Verlag C. L. Ungelenk. 203 S.

Miljukow, Paul: Rußlands Zusammenbruch. Stuttgart, Leipzig und Berlin 1926. Deutsche Verlagsanstalt. 2 Bände. XIII und 249 S.; XI und 364 S.

Nettlau, Max: Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Berlin 1927. Verlag „Der Syndikalist". 312 S.

Neuberger, J.: Die Verfassung der Russischen Föderativen Räterepublik, ihre theoretischen Grundlagen und ihr staatsrechtlicher Wiederaufbau (zugleich eine Untersuchung über Wesen und Ursprung des politischen Rätegedankens). Berlin und Bonn 1926. Ferdinand Dümmlers Verlag. 100 S.

Neumann, H.: Maslows Offensive gegen den Leninismus. Hamburg 1925. C. Hoym Verlag. 80 S.

Nitti, F.: Bolschewismus, Faschismus und Demokratie. München 1926. Verlag F. Hanfstaengl. 103 S.

Das russische Orangebuch über den Kriegsausbruch mit der Türkei. Seine Fälschungen über das Garantie-Angebot der Ententemächte an die Ottomanische Regierung. Berlin 1926. Verlag für Kulturpolitik. 187 S.

Bericht der ersten österreichischen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland: Im Lande der befreiten Arbeiter und Bauern. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft „Die Einheit". 143 S.

Otte, Friedrich: China. Wirtschaftspolitische Landeskunde. Gotha 1927. Verlag Justus Perthes. XII und 111 S.

Paléologue, Maurice, franz. Botschafter in Petersburg: Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen. Aus dem Französischen übers. von L. Rottenberg. 2 Bände. München 1926. Verlag Fr. Bruckmann. XII und 479; 506 S.

Pepper, John: Warum greift der englische Imperialismus die Sowjetunion an? Hamburg 1927. Verlag C. Hoym Nachf. 32 S.

Petrowski, D.: Das Anglo-russische Komitee und die Opposition in der KPSU. Hamburg 1927. Verlag C. Hoym Nachf. 56 S.

Platonow, S. F.: Geschichte Rußlands vom Beginn bis zur Jetztzeit. Hrsg. von Friedrich Braun. Schlußkapitel von Otto Hoetzsch. Aus dem Russischen übertragen von Arthur Luther u. Elisabeth Meyer. Leipzig 1926. Verlag Quelle & Meyer. XII und 462 S.

Plehwe, K. von: Im Kampfe gegen die Bolschewisten. Die Kämpfe des 2. Garde-Reserve-Regiments zum Schutz d. Grenze Ostpreußens. Jan. bis Nov. 1919. Berlin 1926. M. Galle. 48 S.

Pokrowski, W.: Geschichte Rußlands. Übers. von Alexandra Ramm. Leipzig 1927. Verlag C. L. Hirschfeld. Ca. 50 Lieferungen.

Protokoll der vierten Session des Zentralrates der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgeh. in Moskau vom 9.—15. März 1926. Berlin 1926. Führer-Verlag. 157 S.

Quer durch Rußland. Bericht der deutschen Jungarbeiterdelegation. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft „Die Einheit". 93 S.

Rappoport, Anatol: Die marxistische Rechtsauffassung. Riga-Berlin 1927. Verlag R. L. Prager. 54 S.

Digitized by Google

Reinhard, E.: Die imperialistische Politik im Fernen Osten. Bern und Leipzig 1926. Verlag Ernst Bircher. 236 S.

Richter, Harry: Aus der Wolgadeutschen Sowjet-Republik. Berlin 1926. Diplomatisches Archiv. 28 S.

Rimscha, Hans von: Rußland jenseits der Grenzen 1921—1926. Ein Beitrag zur russischen Nachkriegsgeschichte. Jena 1927. Frommansche Buchhandlung. XI und 238 S.

Rjasanow, R.: Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär. Wien-Berlin 1926. Verlag für Literatur und Politik. (Marxistische Bibl. Bd. 4.)

Rodzjanko, M. W.: Erinnerungen. Berlin 1926. Verlag Reimar Hobbing. 213 S.

Im Lande der Roten Fahne. Bericht der 2. Arbeiterdelegation über Sowjetrußland. Berlin 1926. Verlagsanstalt „Die Einheit". 239 S.

Ruben-Wolf, Martha und Wolf, Lothar: Moskauer Skizzen zweier Ärzte. Berlin 1926. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 55 S.

Ruben-Wolf, Martha und Wolf, Lothar: Russische Skizzen zweier Ärzte. Berlin 1927. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 80 S.

Rubiner, Frieda: Die Grundlagen des Sowjetstaates. Berlin 1927. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 128 S. (Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes, Band 3.)

Rußland. 2. Band der „Auslandsstudien", herausgegeben vom Arbeitsausschuß zur Förderung des Auslandsstudiums an der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr. Königsberg 1926. Verlag Gräfe & Unzer.

Rußland auf dem Wege zur Katastrophe. Tagebücher des Großfürsten Andrej und des Kriegsministers Poliwanow; Briefe der Großfürsten an den Zaren. In deutscher Bearbeitung mit einer hist. Einführung hrsg. von Gunther Frantz. Berlin 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. XXII und 343 S.

Rykow, A. J.: Der sozialistische Aufbau der Sowjet-Union. Die zweite deutsche Arbeiterdelegation beim Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Berlin 1926. Verlagsanstalt „Die Einheit". 51 S.

Schaer, Wilhelm: Katechismus zur Kriegsschuldfrage. 1. Abschnitt: Die auswärtige Politik Rußlands, Frankreichs, Englands 1900—1914 in Selbstzeugnissen. 2. Abschn.: Die internationalen Streitpunkte in der Kriegsschuldfrage. Berlin 1926. Verlag des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände. 160 S.

Schapowalow, A. S.: Auf dem Wege zum Marxismus. Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs. Übers. von Maria Einstein. Berlin 1926. Verlag für Literatur und Politik. 339 S.

Scheller, Ernst: Bismarck und Rußland. Marburg 1926. Elwertsche Verlh. VII und 115 S.

Schlesinger, Martin Ludwig: Das bolschewistische Rußland. Breslau 1926. Verlag F. Hirt. 112 S.

Schlesinger, M. L.: Land und Leute in Sowjetrußland. 3. vollst. neubearbeitete Auflage. (Langenscheidts Handbücher für Auslandskunde.) Berlin 1927. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. XX und 604 S.

Digitized by Google

Seraphim, Ernst: Zarenwillkür und roter Terror. Erlebnisse eines zweimal nach Sibirien Verbannten, 1915—17, 1918. Königsberg Pr. 1926. „Königsberger Allgemeine Zeitung". 206 S.

Seraphim, E.: Deutsch-russische Beziehungen 1918—1925. Berlin 1925. Verlag Hermann Sack. 47 S.

Skidelsky, Valentin: Fahrt ins flammende Rußland. Wien 1926. Verlag R. Lechner & Sohn. 226 S.

Sorin: Die Pionierbewegung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Berlin-Schöneberg 1926. Verlag der Jugendinternationale. 48 S.

Acht Jahre Sowjetmacht. Zum 8. Jahrestag der Oktoberrevolution. Hamburg 1925. Verlag C. Hoym Nachf. 61 S.

Snessarew, Nicolai v.: Das Verhängnis der Zarin. Berlin 1927. Brunnen-Verlag Karl Winkler. 400 S.

Sokolow, N.: Der Todesweg des Zaren. Dargestellt von dem Untersuchungsrichter. Berlin 1926. Verlag O. Stollberg. 199 S.

Ssolowjew-Rasputina, Maria: Die Wahrheit über Rasputin. Aufzeichnungen seiner Tochter. Bearb. und hrsg. von W. Krassow. Übers. von Edith v. Lysander. Hamburg 1926. Verlag „Alt-Rußland". 159 S.

Stalin, J.: Auf dem Wege zum Oktober. Reden und Aufsätze vom März bis Oktober 1917. Berlin 1927. Verlag für Literatur und Politik. 256 S.

Stalin, J.: Probleme des Leninismus. Wien-Berlin 1926. Verlag für Literatur und Politik. 425 S. (Marxistische Bibl. Bd. 5)

Stalin, J.: Über Kriegsgefahr und chinesische Revolution. Berlin 1927. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 16 S.

Stern, E. V.: In die Freiheit! Eine abenteuerliche Flucht durch Mongolei und Mandschurei. Berlin 1927. Verlag R. Eisenschmidt. 224 S.

Sternberg, F.: Der Imperialismus. Berlin 1926. Malik-Verlag. 614 S.

Stieve, Friedrich: Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie. Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911—1917. (Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amts veröffentlichten Iswolski-Dokumente.) Berlin 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. I. Bd. 275 S., II. Bd. 263 S.

Stricker, Dr.: Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs. 12. bis 18. Heft. Münster i. W. 1926. Regensbergsche Buchhandlung. 159 S. — Enthält von Geheimrat Cleinow: Rußland.

Suchomlinow, W. A.: Großfürst Nikolai Nikolajewitsch. Skizzen. Übersetzt aus dem Russischen von Manfred Busch. Berlin 1925.

Tan Ping-Schan: Entwicklungswege der chinesischen Revolution. Hamburg 1927. Verlag C. Hoym Nachf. 36 S.

T'ang Leang-Li: China in Aufruhr. Ins Deutsche übertr. von Else Baronin Werkmann. Leipzig 1927. Verlag C. Weller & Co. 349 S.

Tomsky, Michael Paul: Die Gewerkschaftsarbeit auf dem 14. Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjet-Union. Referat. Diskussion und Schlußwort. Berlin 1926. Führer-Verlag. 64 S.

Tomsky, M.: Zum Problem der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Berlin-Brüssel 1926. Internationaler Verlag „Die Einheit". 47 S. Dokumente der Einheit Nr. 2.

Digitized by Google

Trotzki, L.: Europa und Amerika. Zwei Reden. Aus dem Russischen von Eduard Schiemann. Berlin 1926. Neuer Deutscher Verlag. 137 S.

Trotzki, L.: Kapitalismus oder Sozialismus. Eine Betrachtung d. Sowjet-Wirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen. Berlin 1925. Neuer Deutscher Verlag. 109 S.

Trotzki, L.: Wohin treibt England? Einzige autor. deutsche Ausgabe, hrsg. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1926. (Volksausgabe: Neuer Deutscher Verlag.) VII und 143 S.

Uhlig, C.: Die bessarabische Frage. Eine geopolitische Betrachtung. Breslau 1926. Verlag Ferdinand Hirt. 107 S.

Die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. Europäischer Teil. Berlin 1927 . Zentralverlag. 16 S. (Auslandskundliche Reihe Nr. 15.)

Weiskopf, Franz Carl: Umsteigen ins 21. Jahrhundert. Episoden von einer Reise durch die Sowjetunion. Berlin 1927. Malik-Verlag. 158 S.

Die rote und die weiße Welt. Wien 1926. Arbeiterbuchhandlung. 28 S.

Wengraf, Paul: Amerika, Europa, Rußland. Wien 1927. Verlagsanstalt Dr. Zahn und Dr. Diamant. 63 S.

Wittvogel, Karl August: Schanghai—Kanton. Berlin 1927. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 29 S.

Das Zaristische Rußland im Weltkriege. Neue Dokumente aus den russischen Staatsarchiven über den Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Italiens in den Weltkrieg. Hrsg. von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Übers. aus dem Russischen mit einem Vorwort von Alfred v. Wegerer. Berlin 1927. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. LIX und 337 S.

Zetkin, Clara: Die Bedeutung der aufbauenden Sowjetunion für die deutsche Arbeiterklasse. Berlin 1926. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 86 S.

Zetkin, Clara: Im befreiten Kaukasus. Berlin-Wien 1926. Verlag für Literatur und Politik. 312 S.

Bücherschau.

Scheller, Dr. Ernst: Bismarck und Rußland. N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung. Marburg 1926. Preis brosch. Rm. 3,50.

In der vorliegenden Arbeit ist der Verfasser bestrebt, die Grundlinien der Bündnispolitik Bismarcks vor und nach der Reichsgründung bis zum Jahre 1879 herauszuarbeiten. Die Lösung dieser Aufgabe erscheint Scheller in gegenwärtiger Zeit um so dringender, als Deutschlands außenpolitische Lage der 70er Jahre und die der Gegenwart zum Vergleich herausfordern. In meisterhafter Weise sei es Bismarck — im Gegensatz zu den politischen Lenkern des 20. Jahrhunderts — gelungen, das Gespenst der Kaunitzschen Koalition nicht nur zu bannen, sondern Rußlands Freundschaft zu erwerben und zu bewahren (trotz der Krieg-in-Sicht-Affaire, Gortschakows Sympathien für Frankreich und der russischen Verstimmung nach dem Berliner Kongreß). Die vom Verfasser ausgeführten Gedanken sind nicht neu; immerhin bietet seine Arbeit eine erschöpfende Zusammenfassung der deutsch-russischen Beziehungen der behandelten Periode. I. G.

Digitized by Google

Dr. Rudolph Heberle: Die Deutschen in Litauen. Schriften des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, Kulturhistorische Reihe, Band XIX. Herausgegeben von Prof. Dr. Walter Goetz-Leipzig und Prof. Dr. Sapper-Würzburg. Stuttgart 1927. Ausland- und Heimatverlags A.-G. 158 Seiten. Preis geheftet Rm. 6.

Während es an Veröffentlichungen über das Deutschtum in den Baltischen Ländern nicht mangelt, fehlte es bisher an einer Arbeit über die Deutschen in Litauen, die nach der neuen litauischen Statistik auf 30 000 geschätzt werden. Wenn auch inzwischen die verdienstvolle Arbeit von Hans Mortensen: Litauen, Grundzüge einer Landeskunde (Hamburg, Friedrichsen & Co. 1926) erschienen ist, die bereits Aufschluß über die Lage der deutschen Minderheit in Litauen gibt, so ist doch das vorliegende Buch von Dr. Rudolph Heberle über die Deutschen in Litauen zu begrüßen, da mit ihm tatsächlich eine Lücke ausgefüllt wird. Man muß der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig und dem Deutschen Auslandsinstitut-Stuttgart Dank wissen, daß sie die Veröffentlichung der vorliegenden empirisch soziologischen Untersuchung über die Deutschen in Litauen ermöglicht haben. Der Verfasser, der mehrere Studienreisen durch Litauen gemacht hat, ist mit großer Gewissenhaftigkeit an seine Aufgabe herangegangen und hat eine erschöpfende Darstellung des Deutschtums in Litauen, seiner geschichtlichen Entwicklung sowie seiner jetzigen Lage gegeben. Der Verfasser schätzt die Zahl der Deutschen, die außerhalb des Memelgebietes im eigentlichen Litauen seßhaft sind, höher als die amtliche litauische Statistik, auf 40—50 000. Von besonderem Interesse sind die Feststellungen über die verschiedene Herkunft der deutschen Elemente in Litauen. Das Buch hält sich vorteilhaft von jeglicher Polemik fern und verzichtet aus diesem Grunde auch auf die Behandlung minderheitsrechtlicher Fragen. In dieser Beschränkung liegt ein Vorzug der Arbeit, die als Grundlage für alle weiteren Untersuchungen von bleibendem Wert sein wird. Der Verfasser gliedert seine Arbeit in die Kapitel: Geschichte des Deutschtums in Litauen, Demographie, eine Schilderung der wirtschaftlichen Lage und eine Darstellung des geistigen Lebens und der politischen Probleme; in einem Schlußwort faßt er die Wesenszüge des Deutschtums in Litauen zusammen. Eine Reihe von Kartenskizzen, reichhaltiges statistisches Material und ein Literaturverzeichnis geben der Veröffentlichung einen erhöhten Wert. Die Arbeit wurde im Juli 1926 abgeschlossen. Alle diejenigen, die sich für das Deutschtum in den Oststaaten interessieren, werden an dieser Arbeit nicht vorübergehen können. H. W.

F. R. v. Veh: Das Versicherungswesen Estlands, seine Entwicklungsmöglichkeiten und sein Rückversicherungsproblem, Reval. Estland 1927. Verlag Magnus Keller.

Der Verfasser beklagt die Rückständigkeit und Zersplitterung des Versicherungswesens in den Randstaaten und tritt für eine Konzentration des Versicherungswesens Estlands und für eine Konzentration aller Versicherungsaktiengesellschaften der Randstaaten ein. Da der Verfasser im Versicherungswesen selbst tätig ist, kann er das Problem fachmännisch behandeln. Er schildert 100 Jahre des ehemaligen russischen Versicherungswesens der Republik Estland und entwickelt dann seine Konzentrationspläne. Die Schrift wendet sich in erster Linie an die Vertreter des Versicherungswesens, ist aber auch für alle diejenigen von Interesse, die sich mit dem Studium der estnischen Wirtschaftsverhältnisse befassen, da das Versicherungswesen einen wichtigen Teil der Volkswirtschaft eines Landes ausmacht und seine Darstellung weitere Rückschlüsse auf den Stand der Wirtschaft ermöglicht.

H. W.

Digitized by Google

Zur Besprechung eingegangen:

Bennet, A.: Die Kriegsgefahr, die chinesische Revolution und die Kommunistische Internationale. Hamburg 1926. Verlag Carl Hoym Nachf. 46 S.

Kalewala, das National-Epos der Finnen. Übertragung von Anton Schiefner. Berlin 1927. Verlag Lambert Schneider. 355 S.

Neumann, M.: Systematisches Deutsch-Estnisches Wörterbuch. (Saksa-Eesti Sonaraamat.) Tallin (Reval) 1927. Verlag Kluge & Ströhm. 336 S.

Ostdeutscher Heimatkalender. 7. Jahrgang 1928. Herausgegeben vom Deutschen Ostbund, bearbeitet von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke. Berlin 1927. Verlag Deutscher Ostbund, E. V. 160 S. Preis: Mk. 1,20.

Pepper, John: Warum greift der englische Imperialismus die Sowjetunion an? Hamburg 1927. Verlag Carl Hoym Nachf. 31 S. Preis: Mk. 0,15.

Rohan, Karl Anton, Prinz: Moskau. Skizzen aus Sowjetrußland. Karlsruhe 1927. Verlag G. Braun. 142 S.

Sata, Prof. Aihiko: Über Deutsch-Japanische Kulturbeziehungen. Berlin-Wien 1927. Verlag Urban & Schwarzenberg. 40 S.

Sinclair, Upton: Petroleum. Roman. Berlin 1927. Malik-Verlag. 638 S. Preis: kart. Mk. 4,80.

Sinclair, Upton: Singende Galgenvögel. Drama in vier Aufzügen. Berlin 1927. Malik-Verlag. 104 S. Preis: kart. Mk. 1,80.

Stankoff, N.: Im Dienste des Kapitals. Erinnerungen eines russischen Ingenieurs. München 1928. Verlag Ernst Reinhardt. 371 S. Preis: brosch. Mk. 7,00.

Statistik der Berg- und Hüttenwerke in Polnisch-Oberschlesien für das Jahr 1926. Herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein. Kattowitz 1927. 109 S.

Veit, Friedrich: Landwirtschaft und Agrarverfassung der Süd-Ukraine (Neu-Rußland) unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung. Berlin und Leipzig 1927. Verlag Walter de Gruyter & Co. 128 S. Sozialwissenschaftliche Forschungen, Abt. II, Heft 3.

* * *

Rossika Antikvariat russkich knig Berlin W. 50, Eislebener Str. 14. Katalog Nr. 13. Povremennyja Izdanija i Slovari. (Rossika, Antiquariat russischer Bücher, Berlin W. 50, Eislebener Str. 14, Katalog Nr. 13. Periodische Veröffentlichungen und Wörterbücher.)

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Vor dem Parteikongreß. (Pered parts-ezdom.) Von *J. Sol'c.*
Krasnaja Pečat', Nr. 17, September 1927, S. 3—5.
Auf der Tagesordnung des bevorstehenden XV. Kongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stehen Fragen von außergewöhnlichem Interesse: die Berichte des Zentralkomitees und der Delegation im Komintern über die Lage der Sowjetunion und die Internationale Arbeiterbewegung, über das Programm der Industrialisierung in den nächsten fünf Jahren, über das Verhältnis zur Bauernschaft usw. Die Beschlüsse der

Digitized by Google

Partei in diesen Punkten werden die Stellungnahme vieler Millionen von Proletariern „in dem bevorstehenden kriegerischen Zusammenstoß der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt" entscheidend bestimmen.

Der gegenwärtige Augenblick wird gekennzeichnet durch eine ungeheure antisowjetistische Propaganda: zu einem großen Teil wird sie von der II. und der Amsterdamer Internationale geführt. „Aber auch in unserem eigenen Lande beobachten wir das Anwachsen einer antisowjetistischen Propaganda von seiten der Überbleibsel der alten Bürger- und Gutsbesitzerklasse, der neuen Nepman-Bourgeoisie, und insbesondere der sich mit ihr vereinigenden Schichten des Großbauerntums und des Kleinbürgertums in Stadt und Land". Ganz untragbar ist, daß die kleinen bürgerlichen Schwankungen auch in die Kommunistische Partei durchgesickert sind. Denn was ist es anders, wenn die Forderungen Trotzkis darauf hinauslaufen, zum 10. Jahrestag der Revolution eine zweite Revolution innerhalb der Partei herbeizuführen, einen Wechsel in ihrem Zentralkomitee, ohne den nach der Meinung Trotzkis die Oktoberrevolution schon nicht mehr als proletarisch bezeichnet werden kann. — Diesen zweijährigen Kampf mit der Opposition muß der XV. Parteikongreß zum Abschluß bringen und die Einheit der Partei im Zeichen des Leninismus befestigen. Die Presse hat die große Aufgabe, diese Geschlossenheit sicher zu stellen, indem sie die Stellungnahme der Kommunistischen Partei in den breiten Massen systematisch popularisiert und keine Diskussionen zuläßt, bis nicht (Ende Oktober) die Anträge des Zentralkomitees der Partei für den Kongreß vorliegen. Nicht weniger wichtig ist ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß „unsere Friedenspolitik uns nicht der Notwendigkeit enthebt, mit der Waffe in der Hand die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen". Über den Jubiläumsvorbereitungen darf die Presse den Kampf gegen das Tagesübel nicht vergessen: gegen den Bürokratismus, die Unwirtschaftlichkeit, die Arbeitslosigkeit usw. Schließlich darf die Information des russischen Proletariats über die internationale Lage nicht vernachlässigt werden. Die Aussichten sind nach wie vor sehr revolutionär. „Die Sturmglocke des Aufruhrs hat gestern in Wien und Shanghai geläutet. Morgen kann sie schon in Berlin, Paris und Kanton ertönen". H. J.

Die russische Kommunistische Partei und die Opposition. „An der Grenze". (Na grani.)

Bol'ševik, Nr. 18, 30. September 1927, S. 3—7.

Der Oppositionsblock ist offensichtlich der Keim einer zweiten Partei: er konspiriert gegen die Kommunistische Partei, indem er als illegale Organisation seine gesamte Tätigkeit vor ihr verbirgt; er hat seinen eigenen Apparat und seine eigene Parteidisziplin. Er stellt eine neue Partei dar, die mit der kommunistischen Leninpartei als der Lenkerin der Diktatur des Proletariats im Kampfe steht. Unter Ablehnung des kollektiven Willens der Kommunistischen Partei, ihrer Beschlüsse und ihrer Disziplin will er mit der Ära Schluß machen, in der die Diktatur des Proletariats von einer einheitlichen und einzigen Kommunistischen Partei verwirklicht worden ist. Demgegenüber vertritt der Verfasser dieses offiziellen Leitartikels den Standpunkt, daß die siegreiche Befreiung der Ausgebeuteten nur mit Hilfe „des politischen Monopols der kommunistischen Partei" durchgeführt werden kann. Der Kampf der Opposition gegen die Partei ist ein „Kampf gegen die Diktatur des Proletariats und für eine politische Demokratie bürgerlichen Typs". Denn die Zulassung einer zweiten Partei ist gleichbedeutend mit der Zulassung einer dritten und weiteren Partei, die ihre Politik letzten Endes auf dem Boden der Klassengegensätze betreiben werden. Charakteristisch ist, daß die Opposition, die subjektiv für den Kommunismus kämpft, tatsächlich ihren Apparat auf dem „parteilosen" Element aufbaut, dessen antikommunistischen Ideen und politischen Pläne, gestützt durch die Organisation der Opposition, zu neuem Leben erwachen. Damit hat die Opposition eine Grenze erreicht, deren Überschreitung sie zum Feinde der Diktatur des Proletariats macht. Die Kommunistische

Digitized by Google

Partei erteilt ihr die letzte Verwarnung. Hört sie nicht, so wird die Partei vor keinem Mittel zurückschrecken, um die Diktatur des Proletariats gegen den Versuch der Bildung einer bürgerlichen politischen Demokratie zu verteidigen. H. J.

Die Autonome Sozialistische Tatarische Sowjetrepublik.
Wochenbericht der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande. Nr. 23/25. 25. Juni 1927, S. 1—32.
Zum 7jährigen Jubiläum der Autonomen Sozialistischen Tatarischen Sowjet-Republik (1920—1927) hat die von Frau Kamenewa geleitete Gesellschaft ein Sonderheft herausgebracht, das die Förderung der nationalen Kulturen durch die Sowjetregierung am Beispiel dieser Republik zeigen will. In besonderen Aufsätzen wird die Geschichte der Tataren, die Errichtung der Republik, die Bevölkerung, ihre Sprache, Kunst, Literatur, Presse, der Stand der Volksbildung und die Organisation der wissenschaftlichen Forschung behandelt. Kürzere Darstellungen schildern Industrie und Landwirtschaft der Republik. Eine Bibliographie (100 Nummern) beschließt das Heft. Die Beiträge sind auf Veranlassung der tatarischen Regierung von den für die einzelnen Gebiete zuständigen Beamten und Sachverständigen geschrieben. H. J.

II. Wirtschaft.

Rußlands Getreideernte und Getreideexportaussichten. Von *Oswald Zienau.*
Weltwirtschaft, 15. Jahrgang, Nr. 9, September 1927, S. 183—185.
Zienau sieht den wesentlichen Erfolg der vorjährigen Getreidekampagne in der Schaffung des Getreidefonds, der laut Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 11. Januar 1927 gebildet wurde. Die Konzentration des staatlichen Getreidehandels und die weitere Ausschließung des Privathandels ist ebenfalls erfolgreich gewesen. Der Ausgang der Getreidebeschaffungs-Kampagne 1927/28 ist ein Preisproblem recht unsicherer Art, da die Regierung erklärt hat, daß die niedrigen Getreidepreise beibehalten werden sollen, was bei der Ergebnislosigkeit des versuchten Abbaus der Industriewarenpreise nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der Bauernschaft bleiben kann. Infolge des russisch-englischen Konflikts dürften die Getreideexportaussichten schlechter sein als im Vorjahre, doch werden erst die nächsten Monate der Beschaffungskampagne die für die Beurteilung der Exportentwicklung notwendigen Unterlagen schaffen. H. W.

Zur Frage der Getreideexportunkosten. (K voprosu o nakladnych raschodach v chlebnom eksporte.)
A. K. in Sovetskaja Torgovlja vom 19. 8. 1927, S. 8—9.
In diesem Artikel wehrt sich das Handelskommissariat gegen die Unterschätzung seiner Arbeit im Hinblick auf die Rationalisierung des Getreideexportes. C. Kuznecov hatte in der Ekon. Žizń vom 24. 7. 1927 zahlenmäßig nachzuweisen versucht, daß die Getreideexportunkosten im ersten Halbjahr 1926/27 beträchtlich höher gewesen seien als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Handelskommissariat bringt nun für das erste Halbjahr 1926/27 eine Aufstellung von nach seiner Meinung hinlänglich genauen Zahlen (in Kopeken pro Zentner): Unkosten am Ort des Aufkaufs 54,90 (58,3)*), in dieser Zahl allgemeine Handelsunkosten 22,88 (48,4), Lagerkosten 15,86 (37,4), von „frei Waggon" bis zum Hafen 103,46 (87,6), im Hafen 44,16 (83,6), von „fob" („frei an Bord") bis zum Absatz 82,41 (131,7), Absatzkosten 34,04 (78,5); insgesamt 318,97 (86,0).
Das Handelskommissariat will hierdurch beweisen, daß die Senkung der Unkosten insgesamt unverkennbar ist, aber nicht etwa ableugnen, daß im

*) In den Klammern die Prozentsätze im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Digitized by Google

Hinblick auf die Kostensenkung noch recht viel zu tun bleibt (1926/27 immer noch 192 % der Vorkriegshöhe gegenüber 224 % 1925/26). Besonders bedürfen die relativ recht hohen allgemeinen Unkosten des Aufkaufsappartes und die hohen Frachtkosten einer schleunigen Senkung. Letzteres soll u. a. dadurch erreicht werden, daß man die Exportbezirke von der Versorgung des Binnenmarktes befreit und hierfür die Überschußgebiete des Ostens in verstärktem Maße heranzieht. R. S.

Die Kreditbeziehungen zwischen den Kreditinstituten und den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft. (Rasčetnye otnošenija kreditnych organisacij s otrasljami narodnogo chozjajstva.)

E. Bunakov in Statističeskoe Obozrenie, Juli 1927,) S. 74—81.*

Es handelt sich bei der Klärung der Kreditbeziehungen zwischen den Kreditinstituten und den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft um die Errechnung eines Aktiv- oder Passivsaldos. Ist die Summe von Depositen und Kreditoren größer als die Schulden der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft an den Banken, so besteht für die Bankkunden ein Aktiv-, im anderen Falle ein Passivsaldo. Das statistische Zahlenmaterial des Autors beleuchtet zunächst die Verhältnisse bei den einzelnen Gruppen der Kreditinstitute (bei den großen Kreditbanken, den Kommunalbanken, den Gesellschaften für gegenseitigen Kredit, den Sparkassen usw.) und bringt dann eine zusammenfassende Tabelle. Diese zeigt durchweg Passivsalden in obigem Sinne. Die Verschuldung der Wirtschaft hat dauernd zugenommen. Hand in Hand mit der steigenden Verschuldung geht die dauernde Verschlechterung der Liquiditätslage der einzelnen Unternehmungen, weil der Kredit in der Regel kurzfristig war und die Kreditnehmer das aufgenommene Kapital zum Teil in wenig flüssigen Vermögensteilen investieren. Die Verschuldung ist am größten beim Transportwesen (Steigerung um 700 % vom 1. 10. 1925 bis 1. 10. 1926), dann folgt die Metallindustrie (Steigerung um 280 % im genannten Zeitraum). Die entgegengesetzte Tendenz zeigt sich beispielsweise bei der Textilindustrie (Senkung um 35 %) und bei den Privatunternehmungen (Senkung um 20 %). Letzteres erklärt sich aus der grundsätzlichen Benachteiligung der Privatwirtschaft bei der Kreditversorgung. R. S.

*) Für die Zeit vom 1. 10. 1925 bis 1. 10. 1926.

Das Problem der Zahlungsbilanz. (Problema platežnogo balansa.)

T. Engeev in Ekonomičeskoe Obozrenie, Juli 1927. S. 145—159.

Nach E. kommen für die Beurteilung der internationalen Finanzverflechtung Rußlands mit der Weltwirtschaft die Zahlungs- (platežnyj), die Verrechnungs- (rasčetnyj) und die Devisenbilanz (valjutnyj balans) in Frage. E. erörtert zunächst die Begriffe Zahlungs- und Rechnungsbilanz (letztere entspricht vermutlich dem Gruntzelschen Begriff „Wirtschaftsbilanz in seiner „Handelpolitik", Wien und Leipzig 1919. Die von Gruntzel selbst betonten Schwierigkeiten der Aufstellung dieser Bilanz infolge mangelnder statistischer Unterlagen glaubt man in Rußland im Hinblick auf die Struktur der russischen Wirtschaft beseitigen zu können.)*) Während die Zahlungsbilanz die Gegenüberstellung der von einer Volkswirtschaft zu leistenden und zu empfangenden Zahlungen darstellt, und sich auf einen bestimmten Zeitpunkt bezieht, gewährt die Verrechnungsbilanz auch einen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung. Sie gibt ein klares Bild von den finanziellen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber auf lange Sicht. Und diese Klarheit ist für Rußland besonders wichtig, da seine Kreditwürdigkeit von der pünktlichen Tilgung jeder einzelnen Verpflichtung weit stärker beeinflußt wird als in Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung, wo es kein Außenhandelsmonopol gibt. Infolge der Kapitalarmut der russischen

*) Anm. des Übersetzers.

Digitized by Google

Wirtschaft nehmen die Verpflichtungen aus dem Warenverkehr mit dem Auslande (Handelsbilanz!) im Rahmen der Zahlungsbilanz eine durchaus beherrschende Stellung ein. Die sonstigen Posten: Kapitaleinfuhr, Einnahmen aus fremdem Verkehr usw. haben relativ geringe Bedeutung. Die Devisenbilanz ist die Gegenüberstellung der Eingänge und Ausgänge an Devisen im Verfügungsbereich der staatlichen Wirtschaftsorgane. Sie tritt zu den beiden anderen Bilanzen ergänzend hinzu und ist richtunggebend für die jeweilige Devisenpolitik. R. S.

III. Geistiges Leben.

Die russischen Intellektuellen und Europa. (Les Intellectuels Russes et l'Europe.) Von *Paul Milioukov.*
The Review of Nations, Nr. 5, Oktober 1927, S. 40—60.
Zugebend, daß der gegenwärtige Zeitpunkt nicht günstig ist, um für die russische „intelligenzia" eine Lanze zu brechen, bemüht sich Verfasser, den Nachweis zu führen, daß die russischen „Intellektuellen" stets Anhänger der europäischen Kulturidee gewesen sind. Die wahre, ununterbrochene und bewußte nationale Tradition beginne erst mit Peters Reformen, denen man gerade den Vorwurf mache, diese Tradition unterbrochen zu haben. Die slavophile Doktrin in allen ihren Verzweigungen ist lange tot, — die Aufgabe der „Intelligenz" wird es sein, die durch die Revolutionsjahre unterbrochene „westlich" orientierte Tradition neu zu knüpfen.
E. P. B.

Die Erben der Revolution. (Nasledniki revoljucii.) Von *V. Talin.*
„Sovremennyja Zapiski", 1927, Bd. XXX, S. 479—513.
Die russische Revolution, sagt Talin, stand von Anfang an im Zeichen der unumstrittenen Herrschaft von „Knaben" und „Mädchen"; den „Vätern" wurde lediglich eine beratende Rolle überlassen. Diese Erscheinung, ebenso wie die Revolution selbst, haben ihren Ursprung im Weltkrieg. Durch die Pflicht, im Felde zu sterben, erwarb sich die Jugend auch das Recht, das Schicksal des ganzen Landes zu bestimmen. Der „Oktober" hat den erbitterten Kampf zwischen Vätern und Söhnen entfacht und die letzteren gingen dabei als Sieger hervor. Die 10 Jahre unumschränkter Herrschaft haben aber ihre Hilflosigkeit und ihre Schwäche genügend aufgedeckt. Ihr heutiges Ziel — die Vorkriegsnormen auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens zu erreichen ist nichts anderes, als das Bekenntnis ihrer eigenen Unselbständigkeit. Und den Ausweg aus dieser Zwangslage sieht die heutige russische Jugend im Wissen; daher ein erstaunlicher Drang zur Schule, zur Bildung. Jedes Mittel, das ihr die Möglichkeit gibt, trotz der Beschränkungen der Regierung in die Hochschule durchzuschlüpfen, wird von ihr geschickt ausgenutzt. Die heutige Jugend will endlich in Ruhe gelassen werden, sie will lernen für sich und nicht für das Kollektiv, sie will im Leben weiterkommen und daher während ihres Studiums von allen sozialen Verpflichtungen befreit werden. Und diese Jugend, die jetzt „die revolutionäre Romantik ablehnt" und gemäß der allgemeinen Tendenz der russischen Wirklichkeit vom Praktizismus und eigennützigen Utilitarismus durchtränkt ist, wird, sagt Talin, das neue, nicht-bolschewistische Rußland schaffen. Diese neue Generation unterscheidet sich stark von der früheren russischen Intelligenz; sie ist nüchterner geworden und leidet nicht unter dem quälenden ideologischen Zwiespalt. Auf Grund dieser Charakteristik versucht der Verfasser ein Bild des künftigen Rußlands zu entwerfen: „Auf der Grundlage einer gesunkenen materiellen und geistigen Kultur wird sich ein eigenartiger russischer Amerikanismus herausbilden" und nur langsam „nicht durch die den Büchern entnommenen Vorbilder, nicht durch die Belehrung seitens der Emigranten, sondern dank den internationalen und politischen Handels-

Digitized by Google

beziehungen wird Europa nach Rußland eindringen". Das aktive Element werden dabei stets die „Söhne" bilden und die „Väter", schließt nicht ohne Resignation der Verfasser, werden gut tun, sich mit diesem Gedanken schon jetzt zu versöhnen. L. J.

B. Polen.

Das verwickelte Spiel der Parteien in Polen. (Le jeu complexe des partis en Pologne.) Von *Casimir Smogorzewski.*
Le Correspondant, Nr. 1560, 25. September 1927, S. 801—816.
Die komplizierte Entwicklung der polnischen Parteien beruht auf den Schwierigkeiten, die aus der ungleichen politischen Vorbereitung der drei Polen und der unzulänglichen des russischen Anteils sich ergeben mußten. Doch macht die Konsolidierung Fortschritte und wichtige Resultate sind bereits erreicht, namentlich durch das neue Konstitutionsgesetz vom 2. August 1926, das eine genaue Abgrenzung zwischen Exekutive und Legislation bringt, mit Stärkung der Exekutive. E. P. B.

Rußland und Polen. (Russie et Pologne.) Von *S. Sazonov.*
Bibliothèque Universelle et Revue de Genève, September 1927, S. 279—285.
Harte Vorwürfe gegen die polnische Politik in den Gebietsteilen mit russischer Bevölkerung. Das polnische Verhalten ist ein großes Verbrechen, das für den Frieden Europas gefährlich werden kann. E. P. B.

Die letzten Fortschritte Polens. (Les derniers progrès de Pologne.) Von *René Gonnard.*
Revue Economique Internationale, Jahrg. XIX, Vol. III, Nr. 2, August 1927, S. 211—228.
Eine Übersicht über Bevölkerungszunahme, Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie, Handel, Stand des Geldwesens mit statistischen Tabellen. Polen hat eine große Industrie, doch wird die Landwirtschaft seine Hauptstärke bleiben; es ist ein Land, für das die Zeit arbeitet, — es muß nur selbst mit der Zeit mitgehen. E. P. B.

Wirtschaftliche und geldliche Lage Polens im Jahre 1926. (La situation économique et monétaire de la Pologne en 1926.) Von *G. Kurnatowski.*
Revue des Études Coopératives, VI. Jahrg. Nr. 23, April—Juni 1927, S. 250—255.
Knapper Überblick mit Zahlennachweisen. Das sich ergebende Bild ist nicht in allen Hinsichten vollkommen, doch darf man hoffen, daß Polen der Gefahr einer dritten Inflation entgeht, die eigene Industrie durch Bevorzugung heimischer Produkte unterstützt, und so die Zahl der Arbeitslosen (200 000) vermindert. E. P. B.

Das Magisterium. Zur Organisation der polnischen Universitäten. (Magisteria. W sprawie organizacji universytetów polskich.) Von *Lempicki, Zygmunt.*
„Przegląd współczesny", 1927, Nr. 60, S. 129.
Dieser Artikel, dessen Verfasser Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Warschau ist, gewährt uns einen Einblick in das akademische Leben Polens. — Durch die letzte Hochschulreform sind zwei akademische Grade — das Magisterium und das Doktorat eingeführt worden. Um den ersten akademischen Grad, das Magisterium zu erwerben, müssen die Studierenden im Laufe einiger Jahre nach einem festgesetzten Programm eine Reihe von Examina ablegen, die in dem letzten und wichtigsten — dem Magisterexamen — gipfelt.
Dieser Reform, die nach dem Beispiel der Hochschulen Rußlands und Nordamerikas durchgeführt wurde, steht der Verfasser sehr kritisch gegenüber.

Digitized by Google

Sie scheint ihm in Widerspruch mit dem Zweck der Universität — wissenschaftliche Arbeiter auszubilden — und mit dem Wesen der philosophischen Disziplin zu stehen. Der Verfasser weist, als auf ein paradoxes Resultat der Reform, die doch als pädagogisches Mittel gemeint war, darauf hin, daß die studierende Jugend kaum noch Seminare und Kollegs besuchen kann, weil sie in aller Eile nach verkürzten Lehrmitteln zu Hause zum Examen arbeiten muß. Der Student hat nur noch Zeit und Sinn für seine Prüfungen. Deshalb verschwindet auch allmählich jede persönliche Beziehung zwischen den Professoren und Studenten, die für die Philosophische Fakultät immer besonders charakteristisch war. „Zwischen dem Professor und dem Studenten steht das Lehrbuch."

Das einzige Ergebnis der neuen Methode wird, nach der Meinung des Verfassers, eine Generation diplomierter Halbgebildeter sein. Den Ausweg erblickt er in der Abschaffung der Magisterprüfung und des Examensystems, das die geistige Kultur Polens ernstlich zu gefährden droht. Den Studierenden müßte wieder ermöglicht werden, im Kontakt mit den Dozenten ihren Studien ruhig nachzugehen. E. S.

Osteuropäische Forschungen.

Unmittelbar vor dem Kriege hatte unsere Gesellschaft die Veröffentlichung einer Schriftenreihe, der „Osteuropäischen Forschungen" begonnen, die dazu bestimmt war, wissenschaftlichen Arbeiten, die sich wegen ihres Umfangs zum Abdruck in einer Zeitschrift nicht eigneten, Aufnahme zu gewähren. Der Kriegsausbruch hat auch diesem hoffnungsvoll begonnenen und von der wissenschaftlichen Kritik mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Unternehmen ein Ende bereitet, als es erst bis zu seiner dritten Nummer gediehen war. Von den drei damals gedruckten Arbeiten waren zwei historischen, eine volkskundlich-statistischen Inhalts.

Nach dreizehn Jahren ist es nun endlich gelungen, die Serie wieder ins Leben zu rufen. Soeben ist das erste Heft einer „Neuen Folge" der Osteuropäischen Forschungen im Ost-Europa-Verlag erschienen. Als Herausgeber zeichnet im Auftrage unserer Gesellschaft Professor Hoetzsch.

Die Sammlung ist auf eine breite Grundlage gestellt. Sie will, ähnlich unserer Zeitschrift, die osteuropäische Kultur im weitesten Umfange erfassen. Wissenschaftlich solide und brauchbare Arbeiten sind ihr aus allen Gebieten willkommen. Die Liste der bereits aufgenommenen und demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Schriften weist historische und nationalökonomische Arbeiten auf; Geographie, Landes- und Volkskunde, Rechts- und Staatswissenschaft sollen ebenfalls zu Wort kommen.

Der Osteuropa-Forschung, auf welchem engeren Fachgebiet auch immer sie sich betätige, ist mit der Neubegründung der Serie eine neue Stätte bereitet, deren Schaffung vom Standpunkt der deutschen Wissenschaft aus auf das wärmste zu begrüßen ist. Es ist ein eigenes Zusammentreffen, daß die erste Nummer genau gleichzeitig mit einer Programmschrift der Professoren Schmid und Trautmann über „Wesen und Aufgaben der deutschen Slavistik" (Leipzig, H. Haessel 1927) erschienen ist, in der ein umfassender und besser organisierter Betrieb der osteuropäischen Forschung in Deutschland gefordert wird. Auf ihre Weise werden die „Osteuropäischen Forschungen" den in dieser Schrift erhobenen Forderungen dienen, wenn auch vielleicht in etwas anderer Art als den beiden slavistischen Forschern vorschwebt.

In dem vorliegenden ersten Heft der Sammlung ist eine der eigentümlichsten Gestalten der russischen Geistesgeschichte behandelt: der erste russische Geschichtsphilosoph Peter Jakovlevič Čaadaev († 1856), dessen Persönlichkeit und Schriften der Königsberger Historiker Dr. Martin Winkler in

Digitized by Google

einer tief angelegten und weit ausblickenden Studie analysiert. Im allgemeinen weiß man in Deutschland nicht viel von dem sonderbaren philosophischen Dandy, in dessen Seele sich ein blasiertes Ästhetentum mit dem Drang nach Erkenntnis zu eigentümlicher Mischung verband. In Rußland kennt ihn jeder literarisch Gebildete; zum mindesten weiß man, daß er eins der markantesten Opfer zarischer Willkür gewesen ist. Als im Jahre 1836 eine ältere Schrift aus seiner Feder, der sogenannte Erste philosophische Brief, veröffentlicht wurde, in der er die kulturelle Rückständigkeit Rußlands beklagte und historisch zu erklären versuchte, ließ ihn Nikolaus I. kurzer Hand für wahnsinnig erklären. Ein Jahr hindurch mußte sich Čaadaev täglich den Besuch des Amtsarztes und die Untersuchung seines Geisteszustandes gefallen lassen.

Winkler deckt in seiner Arbeit die Grundlagen der Gedankenwelt Čaadaevs auf; er zeigt die Einflüsse aus dem Geistesleben des 18. Jahrhunderts, aus der deutschen Philosophie und namentlich aus dem Katholizismus, über dessen Einwirkung auf das Rußland der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts die Studie höchst überraschende Aufschlüsse gibt; er verfolgt dann die innerliche Wandlung Čaadaevs, der unter der Einwirkung der frühen Slavophilen sich von seinen katholisierenden Tendenzen abwandte und sich dem Glauben an eine besondere Weltmission Rußlands anschloß, wie er uns aus den späteren Werken Dostojewskijs vertraut ist.

Hamburg. Richard Salomon.

Notizen.

Sowjetrussische Jubiläumsausstellungen im Auslande.

Anläßlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjetregierung veranstaltet die Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande in den Monaten November und Dezember 1927 in den Hauptstädten von nicht weniger als zwölf Ländern große Wanderausstellungen, die die Erfolge und Ergebnisse der Sowjetregierung in den letzten zehn Jahren dem ausländischen Publikum vor Augen führen wollen. Die Ausstellungen sollen am 7. November zunächst in Berlin, Paris, Angora und New York eröffnet werden. Danach sollen die Ausstellungen nach Wien, Prag, Stockholm, Bern, Athen, Konstantinopel, Teheran, Chicago und Tokio überführt werden. Die Ausstellungsgegenstände umfassen das gesamte Leben des heutigen Landes, seine Nationalitätenpolitik, seine Wirtschaft, Volksbildung, Wissenschaft, Kunst, Kommunalwesen, Volkshygiene und die Rote Armee.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegen Prospekte der Firmen Verlag Ernst Reinhardt, München, Paul List, Leipzig und Brunnen-Verlag, Berlin bei, die wir der Beachtung empfehlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas, Berlin;
für den Anzeigenteil: Alfred Wiechert, Königsberg i. Pr.
Druck: Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G., Königsberg i. Pr., Tragh. Pulverstr. 20

Digitized by Google

„Rigaer Wirtschaftszeitung"

erscheint jeden zweiten Sonnabend
unter Redaktion des Landtag-
abgeordneten cand. jur. J. Hahn

Redaktion und Expedition:
Riga, Jakobstraße 24

ABONNEMENT:
1 Jahr Ls 14.—, 1/2 Jahr Ls 7.50
1/4 Jahr Ls 4.—, 1 Monat Ls 1.50

Preis der Einzelnummer 70 Santim

Erhältlich
in allen Buchhandlungen
und Zeitungskiosken

Soeben erschienen:

Herbst-Doppelheft

der

Zeitschrift des Vereins Deutscher Slawisten in der Tschechoslowakischen Republik

„Slawistische Schulblätter"

Erscheint vierteljährlich. Bezugspreis jährlich zwanzig tschechische Kronen.

Schriftleitung: Universitäts-Lektor Dr. Eugen Rippl, Prag I., Klementinum. Im Verlage des Vereins.

Aus dem Inhalt:

Petr Bezruc: „Zu des Dichters 60. Geburtstage", Literaturgeschichte im Tschechischunterrichte, Schullektüre für den Tschechischunterricht, Einführung in die tschechische Volkskunde, Die Vermehrung des tschechischen Wortschatzes durch J. W. Pohl, Die ukrainische Literatur von der Wiedergeburt bis auf unsere Tage, Der Name Preßburg, Zur Lautmalerei im Slawischen, Zur alttschechischen Katharinenlegende, Wegweiser durch die Literatur der tschechischen Bohemistik seit dem Jahre 1914, Bemerkungen zu den „Pravidla ceského pravopisu", Bücher- und Zeitschriftenschau.

Die Volkswirtschaft

der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken

Zeitschrift der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland
Berlin SW 68, Lindenstraße 20—25

*

Ständige Berichterstattung über Landwirtschaft und Industrie, Außen- und Innenhandel, Verkehrs-, Konzessions-, Finanz- und Kreditwesen, Tätigkeit der Handelsvertretung, Naturschätze der UdSSR., neue Verordnungen aus allen Gebieten von Recht und Verwaltung

*

Vertrieb: Industrie- und Handelsreklame „Torgprom", G. m. b. H., Berlin NW 7, Unter den Linden 68a

Redaktion: Berlin SW 68, Lindenstraße 20—25

Bezugspreis: vierteljährlich 5,— Rm., für das Ausland 1,25 Dollar
Erscheint zweimal monatlich

In die Postzeitungsliste eingetragen

Digitized by Google

Wasser und Gas

Vereinigte Fachzeitschriften

Zeitschrift für die Gesamtinteressen des Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgebietes

verbunden mit den Zeitschriften

„Deutsche Gas- u. Wasserfachbeamten-Zeitung"
„Wochenschrift Licht und Wasser", „Zeitschrift für Wasserversorgung und Abwasserkunde"

Organ des Vereins für Wasser- und Gaswirtschaft E. V. und des Verbandes der Wassersachverständigen

Herausgegeben von Professor Dr. Zahn, Berlin u. Generalsekretär Erwin Stein, Volkswirt R. D. V., Berlin, in Verbindung mit d. Stadtrat Dr. Ing. G. Thiem, Leipzig

Großer Bezieherkreis

im In- und Auslande: Gasanstalten, Wasserwerke, technische Behörden und Betriebsämter, Wasserbau, Hoch- und Tiefbau, Installation, Industrie

Bevorzugtes und erprobtes Insertionsorgan

Deutscher Kommunal-Verlag G.m.b.H
Berlin-Friedenau
Anruf: Rheingau 6170—6174

Entrissene Ostlande

Von

Fr. Braun, Frz. Lüdtke, W. Müller-Rüdersdorf

Mit Buchschmuck und 17 Kunstbeilagen von W. Korella, M. Odoy, R. Reimesch und E. Ziesmer

XII, 447 S. Großoktav m. 1 Kart. d. deutsch. Ostmark

In Ganzleinen gebunden 8.— RM.

„... Das Werk selbst ist kein politisches, sondern ein kulturelles Buch. Es soll die starken Wurzeln zeigen, die das Deutschtum in den uns entrissenen Ostlanden hat, und in der großen Zahl seiner Beiträge in Poesie und Prosa das Verständnis für die Eigenart dieser Gebiete und ihres bitteren Geschicks wecken. Man muß den Herausgebern und den Mitarbeitern das Zeugnis ausstellen, daß ihnen dies durchaus gelungen ist. Insbesondere verdienen auch die zahlreichen künstlerischen Bilderbeilagen und Vignetten lobende Hervorhebung.

Ost-Europa 2. Jahrgang, Heft 6

*

Früher erschienen in derselben Sammlung:

Schlesien, Schlesiervolk, Oberschlesien

Riesen- und Isergebirge u. a.

Ausführliche Werbeblätter auf Verlangen portofrei

Verlag Friedrich Brandstetter
Leipzig C 1

Gesellschaftsabend

des Zentralkomitee's der Deutschen aus Rußland

im Hotel Kaiserhof am 10. Dezember

Beginn 8 Uhr abends *Eingang Mauerstraße*

Ball und Tombola

Tanzvorführungen der Solotänzerin des Balletts der Staatsoper
Ruth Marcus.

Darbietungen des Russischen Chors unter Leitung des Professors Andrejewsky.

Eintrittskarten zum Preise von Mk. 6.— für Gäste.

Für Mitglieder der dem Zentralkomitee angeschlossenen Vereine und für Studenten sind ermäßigte Preise festgesetzt.

Der Vorverkauf findet statt im

1. *Büro des Zentralkomitee's der Deutschen aus Rußland, Schloß Bellevue, link. Seitenfl., Hofeing., Tel.: Hansa 2353;*
2. *Konditorei Zietemann, Kurfürstendamm 228, Tel.: Bismarck 6864, 6865;*
3. *Merkur Papierhandel G. m. b. H., Charlottenburg, Bismarckstr. 105, Tel.: Steinpl. 5122;*
4. *Robert Ulbrich, Papierwarenhandlung, Prager Straße 27, Tel.: Uhland 6861.*

Da nur eine begrenzte Zahl von Eintrittskarten zu vergeben ist, bitten wir den Vorverkauf zu benutzen, der am 5. Dezember geschlossen wird.

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang — Heft 3

INHALT:

WILLY KAHLERT: Danzig (Militärpolitische Betrachtung) 177

JAKOB MEKSIN: Neue Wege der sowjetrussischen Kinderliteratur 196

OSKAR GROSBERG: Die Landwirtschaft Lettlands 209

Rußland und Osteuropa: Monatsübersichten:
Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 231

Bücherschau 239

Digitized by Google

Digitized by Google

Danzig.

Militärpolitische Betrachtung.

Mit 3 Kartenskizzen.

Von Vizeadmiral a. D. Kahlert.

Von den etwa 30 Punkten, die auf der vorläufigen Tagesordnung des Völkerbundsrats bei seinem Zusammentritt im September dieses Jahres standen, betrafen sechs Streitfragen zwischen Danzig und Polen. Rein zahlenmäßig betrachtet, hätte der Rat also fast ein Fünftel seiner Zeit auf die Regelung dieser Streitfälle verwenden müssen. Wenn schließlich auch zwei Fragen von der Tagesordnung wieder abgesetzt wurden, weil Danzig glaubte hoffen zu dürfen, daß es durch direkte Verhandlungen mit Polen noch zu einer Einigung kommen könnte, so zeigt die Anmeldung einer so großen Zahl von Streitfällen doch deutlich, daß die Beziehungen dieser beiden Staaten zu einander noch recht viel zu wünschen übrig lassen.

In dem Vertrag von Versailles (Artikel 100) hat Deutschland auf alle Rechte über Danzig und das diese Stadt umgebende Gebiet verzichten müssen. Durch Artikel 102 dieses Vertrags verpflichteten sich die Alliierten, die Stadt Danzig mit dem zugehörigen Gebiet als „Freie Stadt" zu errichten und sie unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen. Erst am 27. Oktober 1920 erfolgte diese Erklärung Danzigs zur Freien Stadt, und zwar durch einfache Unterzeichnung einer entsprechenden Urkunde durch die in der sogenannten Botschafterkonferenz vereinigten Botschafter von England, Frankreich, Italien und Japan. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Entscheidung wurde der 15. November 1920 festgesetzt. Dieses Datum ist somit der Geburtstag Danzigs als Freie Stadt.

Als Organ des Völkerbunds ist ein Kommissar (High Commissioner) eingesetzt, dessen einzige Aufgabe es ist, in erster Instanz über Streitigkeiten, die zwischen Danzig und Polen entstehen, zu entscheiden. Schon die Schöpfer des Vertrags von Versailles sind sich also dessen bewußt gewesen, daß Danzigs eigenartige Stellung im Verhältnis zu Polen eine Quelle von dauernden Streitigkeiten sein wird.

Die Grundlage für die wirtschaftlichen Rechte Polens auf Danziger Gebiet bildet der Artikel 104 des Versailler Vertrags.

Digitized by Google

Er bestimmt, daß zwischen Danzig und Polen ein Vertrag (Convention) abzuschließen sei zu dem Zwecke:

1. Danzig in die polnischen Zollgrenzen einzubeziehen und eine Freizone im Hafen von Danzig einzurichten,
2. Polen die freie Benutzung aller Wasserstraßen, Docks, Hafenanlagen, Kais und Einrichtungen für die polnische Ein- und Ausfuhr zu gewährleisten,
3. Polen die Überwachung und Verwaltung der Weichsel und der gesamten Eisenbahnanlagen (außer Lokalbahnen) und des postalischen, telegraphischen und telephonischen Verkehrs zwischen Polen und dem Hafen von Danzig zu gewährleisten,
4. Polen das Recht zu gewährleisten, die Wasserstraßen, Docks, Hafenanlagen, Kais und sonstigen Einrichtungen für den Verkehr auszubauen und zu verbessern und, soweit hierzu erforderlich, Land und Besitztum zu mieten oder zu kaufen,
5. Vorsorge zu treffen, daß kein Unterschied zum Schaden polnischer Bürger oder anderer Personen polnischer Abstammung oder polnischer Sprache gemacht wird,
6. der polnischen Regierung die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig und den Schutz der Danziger Bürger im Ausland zu übertragen.

Diese Konvention ist am 9. November 1920 in Paris abgeschlossen (Pariser Abkommen). Ergänzt wurde sie durch einen Vertrag vom 24. Oktober 1921 (Warschauer Abkommen). Polen hat es verstanden, sich im Laufe der Zeit mit Hilfe des Völkerbunds eine Reihe von Vorrechten zu sichern, die sich nicht ohne weiteres aus den Bestimmungen der genannten Verträge herleiten lassen. Es soll hier nicht auf die wirtschaftliche Seite dieser Abkommen eingegangen werden; die nachstehenden Ausführungen müssen sich darauf beschränken, darauf hinzuweisen, in welcher Weise Polen sie militärisch für sich ausgenutzt hat, und welche Folgen sich hieraus für Danzig ergeben können.

Die Bestimmungen des oben angeführten Artikels 104 des Versailler Vertrags über Sicherstellung der polnischen Ein- und Ausfuhr hatten zweifellos nur den reinen Handelsverkehr im Auge. Kriegsmaterial und Munition sind in diesem Sinne keine Handelswaren. Leider hat es Danzig versäumt, bei Abschluß dieser Abkommen Kriegsgerät von der freien Durchfahrt durch Danziger Gebiet ausdrücklich auszuschließen. An sich wäre allerdings vielleicht auch gegen eine Durchfuhr von Kriegsmaterial nicht unmittelbar etwas einzuwenden, wenn sich diese in derselben Weise vollzöge, wie sie sonst in dem Verkehr zwischen Ländern, die ihren Bedarf an Kriegsgerät ganz oder teilweise im Ausland decken, und solchen, die Kriegsgerät auch für fremde Staaten herstellen, üblich ist. Solche Transporte pflegen, sofern sie nicht über See unmittelbar ihrem Bestimmungsland zugeführt

Digitized by Google

werden, auch andere Länder als Durchgangsländer zu passieren, ohne daß hierbei Schwierigkeiten entstehen oder besondere Sicherheitsansprüche gestellt werden dürfen. Anders liegen die Verhältnisse zwischen Danzig und Polen. Anstatt es Danzig zu überlassen, wie es die Frage des Durchgangs von Kriegsmaterial verkehrstechnisch regeln wollte, trat Polen auf Grund des ihm durch den Vertrag von Versailles gegebenen Rechts auf Einfuhr jeder Art durch Danziger Gebiet mit dem Anspruch auf Einrichtung eines besonderen Munitionslagers hervor. Damals war das an der Küste des polnischen Korridors gelegene, jetzt zu einem leistungsfähigen Hafen ausgebaute Gdingen noch ein unbedeutendes Fischerdorf. Danzig konnte daher damals nicht den Einwand erheben, daß Polen auf seinem eigenen Staatsgebiet einen Hafen hätte, wo die polnischen Munitionsdampfer ihre Ladung löschen könnten, und mußte notgedrungen im Jahre 1921 im Prinzip die Einrichtung eines solchen Lagers zugestehen, das jedoch hinreichend isoliert und abgelegen von den Gebäuden der Einwohner sein sollte. Gegen den zuerst gemachten Vorschlag, dieses Munitionslager auf der sogenannten Holmzunge anzulegen, die einen wichtigen Teil der zwischen der Alten Weichsel und der neuen Kaiserfahrt gelegenen Insel (Holm genannt) bildet, erhob Danzig wegen der damit für die Stadt verbundenen Gefahr entschiedenen Einspruch. Die Entfernung von hier bis zu der im Mittelpunkt von Danzig gelegenen Marienkirche beträgt nur 2000 Meter, so daß bei einer Explosionskatastrophe, die, wie mehrfache Vorfälle gerade in polnischen Munitionslagern beweisen, sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit liegt, ein unabsehbares Unglück über Danzig hereinbrechen mußte. Es sei hier nur an das große Explosionsunglück in Krakau in diesem Frühjahr erinnert, dem eine große Anzahl von Menschenleben zum Opfer fiel, und das ungeheuren Materialschaden anrichtete. Außerdem bildet das beanspruchte Gelände aber auch einen der wichtigsten Teile des Hafengebiets, da der Holm für den Hafenbetrieb dringend gebraucht wird.

Da sich Polen und Danzig nicht einigen konnten, bestätigte im Jahre 1922 der Völkerbundsrat eine Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig, wonach dieses Lager gegenüber dem Holm am Ufer der Weichsel eingerichtet werden sollte. Trotz dieser Entscheidung war keine Einigung zu erzielen, so daß die Frage im Dezember 1923 erneut dem Völkerbundsrat unterbreitet wurde. Dieser bestimmte nun am 14. März 1924 unter Aufhebung seiner ersten Entscheidung, daß die Westerplatte zur Einrichtung eines Munitionslagers Polen zu überlassen wäre. Hier ist aber die Lagerung großer Munitionsbestände genau so gefährlich wie auf dem Holm, da die Entfernung bis zu dem von einer Arbeiterbevölkerung dicht bewohnten Neufahrwasser nur 200 Meter beträgt. Inzwischen hatte der Ausbau des Hafens von Gdingen durch Polen aber solche Fortschritte gemacht.

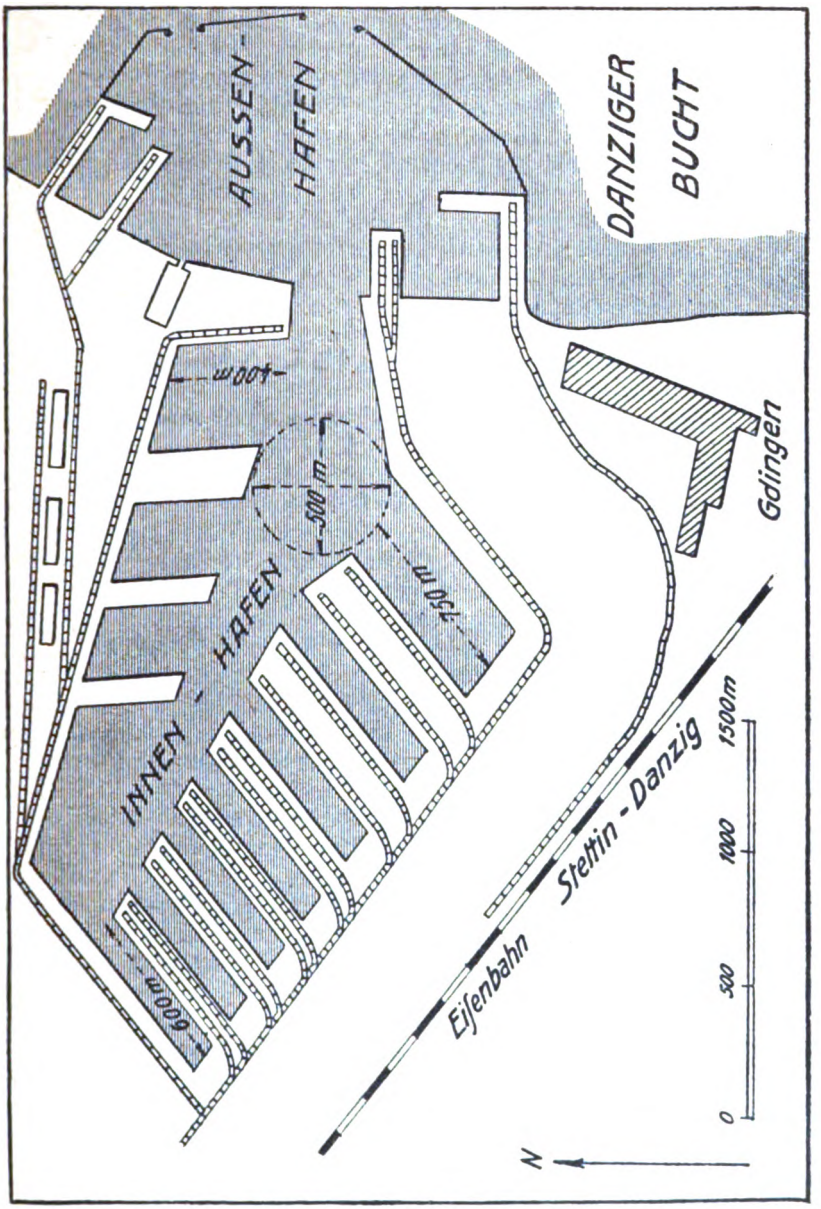
Digitized by Google

daß Danzig mit Recht schon damals darauf hinweisen konnte, daß die Löschung der Munitionsdampfer dort mit sehr viel geringerer Gefahr für Menschenleben erfolgen könnte und somit Gdingen sehr viel besser für die Einrichtung eines Munitionslagers geeignet sei als das Danziger Gebiet. Über diesen Einspruch Danzigs hat sich aber der Völkerbundsrat bei seiner Entscheidung vom 14. März 1924 ohne weiteres hinweggesetzt.

Nachdem der Ausbau von Gdingen jetzt so weit fortgeschritten ist, daß schon jetzt täglich 4000 Tonnen Kohlen dort verladen werden können, hat Danzig seinen Antrag, das Munitionslager auf der Westerplatte nach Gdingen zu verlegen, erneuert. Dieser Antrag hat dem Völkerbundsrat auf seiner Tagung im September diese Jahres bekanntlich Anlaß dazu gegeben, ein weitschweifiges juristisches Gutachten darüber einzuholen, ob er berechtigt wäre, eine früher von ihm getroffene Entscheidung aufzuheben. Daß er bereits früher einmal, wie oben erwähnt, eine seiner Entscheidungen in der gleichen Angelegenheit abgeändert hatte, war ihm anscheinend nicht mehr erinnerlich. Auf Grund dieses Gutachtens wird Danzig sich zunächst noch einmal mit Polen und dem Völkerbundskommissar über die Streitfrage auseinandersetzen müssen, ehe der Rat sich erneut damit befassen kann.

Die Berechtigung des Danziger Antrags ist ohne weiteres einleuchtend, wenn man einen Blick auf den Plan wirft, den Polen für die Anlage des Hafens von Gdingen aufgestellt hat. Dieser Plan sieht einen Hafen in solchen Ausmaßen vor, daß er den größten Ansprüchen eines Welthafens genügt und Danzig als Ein- und Ausfuhrhafen für Polen vollkommen ausschalten würde, wenn die Lage Danzigs an der Mündung der Weichsel nicht ungleich günstiger für den polnischen Handel wäre als die Lage Gdingens, dem die natürliche Flußverbindung in das Innere Polens fehlt. Gdingen wird daher niemals bei der Beförderung von Massengütern mit Danzig als Handeshafen in erfolgreichen Wettbewerb treten können, so großzügig auch der Hafen ausgebaut werden mag, es sei denn, daß der polnische Staat unter Schädigung seiner eigenen Finanzwirtschaft den über Gdingen ein- und ausgeführten Waren solche Tarifvergünstigungen gewährt, daß hierdurch die Verbilligung des Transports auf dem Weichselstrom ausgeglichen wird. Auf die Dauer wird aber Polen wohl kaum in der Lage sein, sich die hierdurch entstehenden Kosten aufzubürden. Es drängt sich hier der Vergleich mit Wilhelmshaven und Bremen auf. Auch in Wilhelmshaven stehen große Hafenanlagen (der größte Teil des für unsere alte Kriegsflotte geschaffenen Hafens) für den Handelsverkehr zur Verfügung. Aber trotz aller Bemühungen der Städte Wilhelmshaven-Rüstringen, der beteiligten Länder Preußen und Oldenburg, sowie des Reichs sind alle Versuche, den Handel dorthin zu ziehen und mit Bremen in Wettbewerb zu treten, gescheitert, da Wilhelmshaven der Flußlauf fehlt, der, wie es bei Bremen und Ham-

Digitized by Google



Hafenplan von Gdingen.
(Aus „Bautechnik" 1926, S. 626.)

Digitized by Google

burg der Fall ist, gestattet, die Waren von und nach dem Innern des Landes auf dem billigeren Wasserweg zu befördern. Zweifellos wird Polen dieselbe Erfahrung machen, nachdem es Unsummen für die Verfolgung eines Plans ausgegeben hat, der lediglich zur Befriedigung seines Nationalgefühls und des Hasses gegen das „deutsche" Danzig diese Stadt als Handelshafen Polens ausschalten will. Daß hiermit der Grund hinfällig wird, der im Vertrag von Versailles zur Losreißung des Gebiets des Freistaats Danzig vom Deutschen Reich geführt hat, muß mit allem Nachdruck festgestellt werden.

Wenn sich Polen darauf beschränken würde, Gdingen als Kriegshafen für seine kleine Marine, soweit dies noch erforderlich sein sollte, auszubauen, so würde es hierdurch ungeheure Kosten sparen, die es sicherlich für den Aufbau seiner Wirtschaft sehr viel nutzbringender verwenden könnte. Schon jetzt genügen die in Gdingen geschaffenen Anlagen, um den polnischen Kriegsschiffen einen ausreichenden Schutz zu gewähren, wie die Tatsache beweist, daß sie im Winter 1926/27 ohne Schaden dort überwintert haben. Es mag sein, daß vielleicht noch die eine oder andere Anlage geschaffen werden muß, damit der Hafen den weitestgehenden Ansprüchen der polnischen Marine genügt. Aber selbst wenn gleichzeitig das Munitionslager von der Westerplatte dorthin verlegt wird, werden die noch aufzuwendenden Mittel nur ein Bruchteil dessen sein, was der völlige Ausbau des geplanten großen Handelshafens erfordern würde. Abgesehen von den großen Ersparnissen, die Polen auf diese Weise machte, würde hierdurch auch eine reinliche Scheidung geschaffen zwischen dem polnischen Kriegshafen Gdingen und dem Handelshafen Danzig, der dann seiner ihm im Vertrag von Versailles gegebenen Bestimmung entsprechend ausschließlich dem polnischen Handel dienen würde. Da in jedem Kriegshafen sowieso ein Munitionsdepot vorhanden sein muß, um dort die Reservebestände an Munition für die Kriegsschiffe zu lagern, ist der Gedanke sehr naheliegend, das jetzt auf Danziger Gebiet eingerichtete Munitionslager mit dem in Gdingen zu vereinigen. Dies würde Polen sowohl Personal, wie Kosten ersparen und eine sehr wünschenswerte Vereinfachung der Verwaltung bedeuten.

Auf die Leistungsfähigkeit der schon jetzt fertigen Anlagen des Hafens von Gdingen ist bereits oben hingewiesen. Damit wird auch der Einwand hinfällig, daß der Hafen noch nicht in der Lage wäre, die Munitionstransporte für Polen zu bewältigen. Im Jahre 1926 haben die gesamten Kriegsgerätetransporte für Polen (nicht nur Munition, sondern Kriegsgerät jeder Art) nur 20 000 Tonnen ausgemacht, während die Hafeneinrichtungen von Gdingen schon jetzt, wie erwähnt, einen täglichen Umschlag von Kohlen bis zu 4000 Tonnen gestatten. Es kann also nicht die geringsten Schwierigkeiten machen, den gesamten Kriegsbedarf für Polen über Gdingen einzuführen.

Digitized by Google

Wenn sich Polen dieser vernünftigen Regelung widersetzt, so müssen besondere Gründe dafür vorliegen, daß es so hartnäckig auf dem Munitionslager auf Danziger Gebiet besteht. Die Absichten Polens werden klar, wenn man sich mit den Abmessungen und Einrichtungen dieses Lagers etwas genauer beschäftigt. Wie eben erwähnt, betrug die Einfuhr Polens an Kriegsmaterial im Jahre 1926 20 000 Tonnen. Dieses Material wurde in den letzten Jahren durch die kleinen polnischen Transportschiffe „Wilja" (2660 N.-Rgt.) und „Warta" (1660 N.-Rgt.) von Frankreich eingeführt. Nur ein- bis zweimal im Monat traf eins dieser beiden Schiffe mit Kriegsmaterial im Hafen ein. Für Zufuhren von so geringer Menge (gering im Vergleich mit dem Umschlag von Handelswaren in einem Hafen von der Größe Danzigs) hätte ein kleines Lager mit einem Kai von 100 bis 200 m Länge vollauf genügt, zumal Polen durch die Entscheidung des Völkerbundsrat vom März 1924 ausdrücklich verpflichtet ist, alle Munitionstransporte so schnell wie möglich nach Polen weiter zu leiten. Die Abmessungen und Einrichtungen des im November 1926 fertiggestellten Munitionslagers auf der Westerplatte sind aber so groß, daß daraus klar zu erkennen ist, daß es sich nicht um eine Friedensanlage handelt, sondern um eine Kriegseinrichtung, die auf den enormen Kriegsbedarf Polens im Ernstfalle zugeschnitten ist. Übrigens hat Polen seine Absicht, im Kriegsfalle seinen Kriegsbedarf über Danzig einzuführen, gar nicht bestritten, und der Völkerbundsrat hat diese Absicht ausdrücklich gebilligt, eine mit Rücksicht auf die Folgen, die sich hieraus für Danzig im Falle eines Krieges Polens mit einer anderen Macht ergeben können, nicht unbedenkliche Meinungsäußerung dieses hohen Gremiums. Wir kommen hierauf später noch zurück.

Das Munitionslager auf der Westerplatte umfaßt drei große Schuppen. Seine Kais sind etwa 700 bis 800 m lang, so daß sie ein gleichzeitiges Löschen von 4 bis 6 großen Munitionsdampfern gestatten. Die Wassertiefe in diesem Becken beträgt 10 m, an den zugehörigen Kais 7 bis 8 m, so daß auch große Ozeandampfer dort löschen können. Wenn man bedenkt, daß der Danziger Hafen an Kais mit so großen Wassertiefen starken Mangel leidet, so daß sein Ausbau sehr erhebliche Mittel erfordern wird, damit er neuzeitlichen Anforderungen entspricht und nicht in Gefahr kommt, daß Gdingen infolge seiner modernen Hafenanlagen trotz fehlender günstiger rückwärtiger Verbindungen ihm ernstlich Abbruch tut, so erkennt man, wie einschneidend die Anlage des polnischen Munitionslagers gerade an dieser Stelle für den Danziger Handel ist, und welche Bedeutung Polen diesem Lager beimißt. Welche Absichten Polen mit der Schaffung dieses Lagers verfolgt, ergibt sich auch aus den technischen Einrichtungen, die dort geschaffen sind. Zwei Krähne zu je 5 t Hebefähigkeit gestatten das Löschen von Geschützen mittleren Kalibers (bis 15 cm einschließlich aufwärts). Daneben sind noch vier Krähne zu je

Digitized by Google

2,5 t Hebefähigkeit vorhanden. Zum Löschen von Munition allein sind natürlich so leistungsfähige Krähne nicht erforderlich. Die Anlage ist also zweifellos darauf berechnet, auch schweres Kriegsgerät dort aus Dampfern löschen zu können. Auch sonst läßt die Anlage in ihrem Ausbau deutlich einen großzügigen Plan für die Versorgung Polens mit Kriegsmaterial im Ernstfalle erkennen. So sind die Gleisanlagen dort und die Verbindung mit der Eisenbahn besonders sorgfältig ausgebaut, sehr im Gegensatz zu dem sonstigen Hafengebiet Danzigs, wo die Eisenbahnanlagen zum Teil infolge der Nachwirkungen des Krieges noch recht viel zu wünschen übrig lassen. Damit der Betrieb des Munitionslagers von den Licht- und Wasserwerken der Stadt Danzig unabhängig ist, hat Polen den Bau eines eigenen Licht- und Wasserwerks für dieses Lager durchgesetzt. Offenbar war hierbei die Befürchtung für Polen maßgebend, daß Danzig, um nicht in einen Krieg Polens mit einer anderen Macht hineingezogen zu werden, die Licht- und Wasserzufuhr absperren und hierdurch die Munitionszufuhr lahmlegen könnte.

Die Anlage dieses Lagers kostete 6,5 Millionen Danziger Gulden (ca. 5,2 Millionen Reichsmark). Hierzu mußte Danzig laut Entscheidung des Völkerbundsrats vom März 1924 die Hälfte beisteuern, ein für einen Staat von der Größe Danzigs doch immerhin recht erheblicher Betrag. Rechtlich läßt sich die Heranziehung Danzigs zu diesen Kosten überhaupt nicht rechtfertigen, da es sich um eine rein militärische Anlage Polens handelt, von der die Freie Stadt Danzig überhaupt keinen Nutzen, sondern durch die Inanspruchnahme eines sehr wertvollen Geländes nur Nachteile hat, zumal das Munitionslager, wie schon oben gesagt, nur 200 m von dem dicht bevölkerten Neufahrwasser entfernt ist. Auch von dem Freihafen, dem lebhaftesten Teil des Danziger Hafens, beträgt der Abstand nur 200 m, so daß auch dieser Hafenteil mit seinen wertvollen Waren bei einer Explosion der auf der Westerplatte lagernden Munition schweren Schaden erleiden wird. Ein an der Südseite des Lagers befindlicher Wall dürfte kein ausreichender Schutz gegen die Ausbreitung einer Explosionskatastrophe sein.

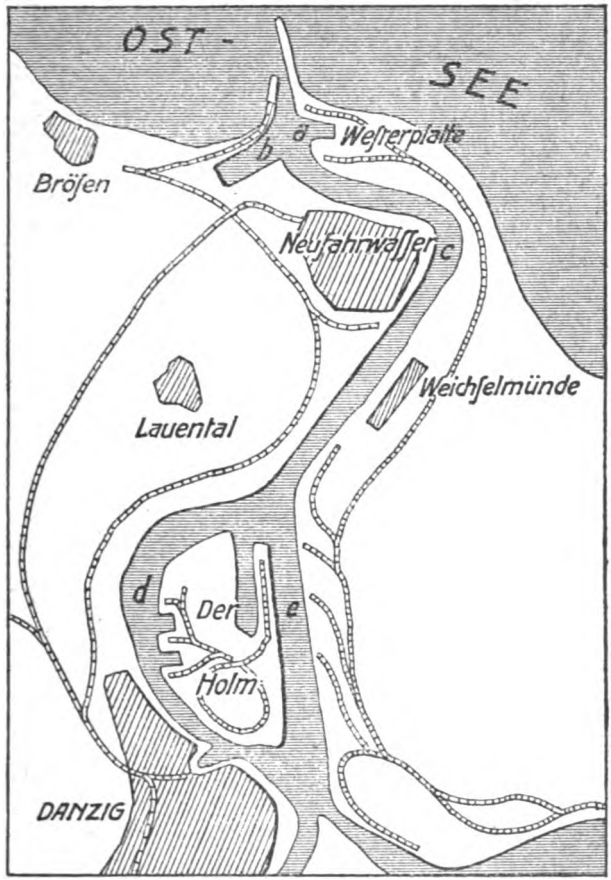
Die Heranziehung Danzigs zu den Kosten dieses Lagers erscheint um so weniger gerechtfertigt, als laut Entscheidung des Völkerbundsrats Polen für die Benutzung der Westerplatte als Munitionslager keinerlei Pacht oder Gebühren zu zahlen hat.

Erst Anfang diesen Jahres wurde das neue Munitionslager zum Löschen der Kriegsmaterialtransporte in Benutzung genommen. Besondere Aufmerksamkeit erregte es hierbei, daß ein polnisches Kanonenboot am Eingang zu dem Hafenbecken des Lagers festmachte, als der Dampfer „Wilja" dort zum ersten Male Kriegsmaterial aus Frankreich löschte. Das Entladen des Dampfers in dem Hoheitsgebiet des Staates Danzig erfolgte also unter dem Schutze polnischer Kanonen. Bemerkenswert war auch, daß

Digitized by Google

nur polnisch organisierte Arbeiter zu diesen Löscharbeiten zugelassen wurden.

Polen hat sich dann aber nicht mit der Schaffung dieses Lagers begnügt, sondern hat es auch gegen den Einspruch Danzigs beim Völkerbundsrat durchgesetzt, daß es zu seinem Schutze ein polnisches Militärkommando in Stärke von einem Offizier und



Plan der Weichselmündung mit den Danziger Hafenanlagen.
(a = Hafenbecken des polnischen Munitionslagers, b = Freihafen, c = Hafenkanal, d = Tote Weichsel, e = Kaiserhafen.)

85 Mann dort unterhalten darf. Anscheinend hat Polen diese vom Rat festgesetzte Zahl widerrechtlich noch erheblich überschritten, da dieses Kommando jetzt 5 Offiziere, 35 Unteroffiziere und 75 Mann stark sein soll. Jedenfalls hat der Völkerbundskommissar auf eine entsprechende Anfrage Danzigs nur eine ausweichende, ungenügende Antwort erteilt. Natürlich hätten die

Digitized by Google

Polizeiorgane Danzigs die Bewachung des Lagers ebenso gut übernehmen können. Das polnische Militärkommando ist zwar nicht exterritorial und untersteht bei Ausschreitungen der Danziger Gerichtsbarkeit. Welchen Wert diese Bestimmung hat, hat sich aber erst im März d. J. gezeigt, als ein Feldwebel dieses Kommandos das Denkmal der deutschen Kriegsgefallenen durch Zerstörung des Blumen- und Kranzschmucks schändete. Zweifellos haben die polnischen Militärbehörden seine Flucht nach Polen unterstützt, um ihn der Bestrafung durch die zuständigen Danziger Gerichte zu entziehen.

Polen geht in seinen Ansprüchen aber sogar so weit, daß es nicht einmal den Danziger Behörden das Betreten dieses Munitionslagers zur Ausübung einer Kontrolle und Überwachung der Sicherheitsvorschriften gestatten will. Auch den Danziger Zollbeamten ist das Betreten des Lagers verboten, so daß keinerlei Gewähr dafür besteht, daß Verstöße gegen die Zollvorschriften ausgeschlossen sind.

In Zusammenhang hiermit ist es auch besonders bemerkenswert, daß Polen das Recht beansprucht, nicht nur Kriegsmaterial jeder Art, sondern überhaupt alles, was zur Verwendung bei der militärischen Streitmacht bestimmt ist, ein Begriff, der sich naturgemäß unendlich weit fassen läßt, über dieses Lager einzuführen. Polen beansprucht ferner das Recht, unter alleiniger Verantwortung die Transporte aus dem Munitionslager nach dem polnischen Staatsgebiet durch uniformierte und bewaffnete Begleitmannschaften durch das Danziger Hoheitsgebiet zu führen.

Daß Danzig alle diese Ansprüche Polens als eine schwere Verletzung seiner Hoheitsrechte betrachtet, liegt auf der Hand. Bekanntlich hat Danzig daher auf der letzten Ratstagung unter Betonung seiner Souveränitätsrechte Einspruch gegen diese polnischen Ansprüche erhoben. Die Entscheidung des Rats ist auf die Dezembertagung verschoben worden, da der deutsche Außenminister erklärte, gegen den Vorschlag des Berichterstatters stimmen zu müssen, falls nicht vorher ein juristisches Gutachten zu der grundsätzlichen Frage eingeholt würde, ob es mit den Souveränitätsrechten eines Staates vereinbar sei, ihm die Verantwortung für Sicherheitsmaßnahmen auf seinem Gebiet abzunehmen und ihm die Ausübung der Zollrechte durch seine Organe teilweise zu entziehen. Ohne dieses Eintreten des deutschen Außenministers für die Danziger Hoheitsrechte wäre wahrscheinlich der Vorschlag des Berichterstatters angenommen worden, der die von dem Völkerbundskommissar van Hamel in diesen Angelegenheiten bisher getroffenen Entscheidungen größtenteils als berechtigt anerkannte. Diese Entscheidungen deckten sich, wie nicht anders zu erwarten, im wesentlichen mit den polnischen Ansprüchen.

Wie auch die endgültige Entscheidung durch den Völkerbundsrat fallen mag, die oben beschriebenen technischen Einrich-

Digitized by Google

tungen des Lagers und die geschilderten weitgehenden Ansprüche Polens hinsichtlich Ausschaltung Danzigs an dem Betrieb des Lagers und bei den Transporten lassen deutlich erkennen, daß Polen sich mit diesem Munitionslager eine rein militärische Anlage mit rein militärischem Betrieb schaffen wollte, und daß es hierbei in erster Linie an den Kriegsfall gedacht hat. Denn diese die Hoheitsrechte Danzigs so stark verletzenden Ansprüche Polens sind doch nur dann recht verständlich, wenn Polen hierdurch unter allen Umständen sicher stellen will, daß die Munitionszufuhr im Kriegsfall von keiner Seite gestört werden kann. Diese auf den Kriegsfall hinzielenden Absichten Polens fanden im übrigen auch ihre Bestätigung durch die häufige Anwesenheit polnischer (und sogar fremdländischer) Generalstabsoffiziere bei dem Ausbau dieses Lagers.

Die militärischen Interessen Polens an Danzig gehen ferner auch aus der Zusammensetzung des Hafenausschusses hervor, der gebildet worden ist, um darüber zu wachen, daß die Hafenanlagen den Anforderungen des Verkehrs entsprechen, und für den erforderlichen Ausbau des Hafens zu sorgen. Diesem Hafenausschuß, der sich aus 5 Danzigern und 5 Polen (nicht etwa Danziger Polen, sondern reine Polen) zusammensetzt, gehört noch jetzt ein polnischer Kapitän zur See an. Außer diesem war bis vor kurzem auch noch ein polnischer Admiral Mitglied des Ausschusses. Welche Gründe zu seiner Abberufung geführt haben, ist nicht bekannt geworden. Den Zweck, den Polen mit der Detachierung dieser Herren in den Ausschuß verfolgte, war natürlich ein vorwiegend militärischer. Denn zweifellos besitzen sie in hafen- und verkehrstechnischer Beziehung, sowie in wirtschaftlichen Fragen keinerlei besonderen Spezialkenntnisse, die über die allgemein bei Seeoffizieren üblichen Kenntnisse in solchen Dingen hinausgehen.

Das Streben Polens, diesen Hafenausschuß zu einem gewissen Machtfaktor auszugestalten, der nicht nur Verwaltungsgerechtsame auszuüben hätte, hatte im Jahre 1923 zu der Forderung geführt, diesem Hafenausschuß eigene Polizeiorgane zur Verfügung zu stellen. Durch einen Kompromiß hatte der Kommissar des Völkerbundes damals dieser Forderung teilweise Rechnung getragen, indem er entschied, daß der Danziger Freistaat dem Hafenausschuß Polizeipersonal zuteilen sollte, das zwar dem Senat unterstellt blieb, dem aber der Hafenausschuß sachliche Aufträge geben konnte. Dieser Zustand ist natürlich für Danzig auf die Dauer unerträglich. Danzig hatte daher diesen Streitfall zur Entscheidung durch den Völkerbundsrat in diesem September schon angemeldet, er wurde aber von der Tagesordnung wieder abgesetzt, da sich die Möglichkeit ergab, durch direkte Verhandlungen zwischen Danzig und Polen doch noch zu einer Einigung zu kommen.

Digitized by Google

An sich könnte ein rein wirtschaftlich arbeitender Hafenausschuß ganz nützlich sein, wenn er sich auf die Instandhaltung und Entwicklung des Hafens nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschränkt. Insofern ist es auch zu begrüßen, daß durch ihn eine moderne Kaianlage von 400 m Länge mit 8 m Wassertiefe am Weichseluferbahnhof mit 6 elektrischen 7-t-Krähnen fertiggestellt wurde. Hier können bequem 4 größere Seedampfer gleichzeitig in kurzer Zeit entladen werden. Diese Anlage eignet sich aber auch nebenbei vorzüglich zur Ausschiffung von Truppenverbänden mit allem zugehörigen Material aus Truppentransportschiffen. Auffallend ist, daß man hier auch gleichzeitig ein großes polnisches Postamt gebaut hat, für das in solchem Ausmaße sicherlich kein Bedürfnis vorliegt, da von Überseedampfern nur ein größerer und ein kleinerer ein- bis zweimal im Monat Post aus Übersee für Polen nach Danzig bringen. Sucht man nach einer Erklärung für den Bau eines in dieser Größe überflüssigen Gebäudes, so liegt für einen Militär der Gedanke nahe, daß man damit eine ausgezeichnete Anlage für die Unterbringung einer Hafenkommandantur mit Ausschiffungskommando geschaffen hat. Die Berechtigung zum Bau dieses Postgebäudes leitete Polen aus den Absätzen 3 und 4 des Artikels 104 des Versailler Vertrages her, der, wie schon erwähnt, Polen das Recht gibt, den Post-, Draht- und Fernsprechverkehr zwischen Polen und dem Hafen von Danzig zu überwachen und zu verwalten, die hierzu erforderlichen Anlagen auszubauen und im Bedarfsfalle das hierzu nötige Gelände zu mieten oder anzukaufen. Wenn die Danziger Behörden auch kaum verhindern können, daß Polen, sobald es ihm erwünscht erscheint, unter dem dort beschäftigten Personal auch solche Persönlichkeiten anstellt, die geeignet sind, im Mobilmachungsfalle sofort den Dienst einer Hafenkommandantur aufzunehmen, so wird Danzig doch gut daran tun, auf dieses Postamt sein besonderes Augenmerk zu richten. Der Hinweis darauf, daß Danzig mit solchen polnischen Maßnahmen unbedingt rechnen muß, erscheint durchaus gerechtfertigt, nachdem vor kurzem unwidersprochen durch die Presse die Meldung ging, daß Polen in versteckter Form bereits ein polnisches Standortskommando eingerichtet hätte, das alle polnischen Militärpflichtigen kontrollierte. Ob die Meldung zutrifft, daß dieses Standortskommando abgesehen von dem zum Schutze des Munitionslagers bestimmten Truppenkontingent über ein weiteres militärisches Personal von 175 Köpfen verfügt, wird schwer nachzuprüfen sein. Von einer klaren Widerlegung dieser Meldung ist aber jedenfalls nichts bekannt geworden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Einrichtung eines amtlichen polnischen Spionagedienstes in Danzig bemerkenswert, wie sie in dem großen Spionageprozeß vor dem Danziger Gericht gegen einen polnischen Staatsangehörigen im September d. J. nachgewiesen wurde. Nach seinem eigenen Geständnis stand der

Digitized by Google

Angeklagte im Dienst der „Militärabteilung der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig", deren Leiter, einen polnischen Hauptmann, er als seinen Auftraggeber bezeichnete. Bei dem Prozeß stellte sich bekanntlich heraus, daß Polen besonderes Interesse daran hat, über die Verhältnisse der Danziger Schutzpolizei unterrichtet zu sein, offenbar, weil diese das einzige Machtmittel ist, das gegebenenfalls Danzig gegen polnische militärische Übergriffe einsetzen kann.

Polen ist im Begriff, seine Kriegsmarine auszubauen. Wenn auch diese Entwicklung nur sehr langsam vor sich geht, da die wirtschaftliche Lage Polen nicht gestattet, die für den Aufbau einer beachtenswerten Marine erforderlichen hohen Beträge jetzt schon aufzuwenden, zumal ihm andere Aufgaben dringender erscheinen, so ist doch das Bestreben Polens, sich allmählich eine gewisse Seegeltung zu schaffen, nicht zu verkennen. Den Stamm der polnischen Marine bilden 2 kleine Kanonenboote (je 550 t), 6 Torpedoboote (früher deutsch) und 4 kleine Minenräumboote. Dazu kommen in nächster Zeit 3 in Frankreich neu erbaute U-Boote, ein ebenfalls in Frankreich in Bau befindlicher 1500 t großer, ganz moderner Zerstörer (die deutschen großen Torpedoboote sind nur 800 t groß, U-Boote sind Deutschland verboten) und der vor kurzem angekaufte alte französische Kreuzer „d'Entrecasteaux" (8100 t), der als Schulschiff dienen soll und trotz seines Alters von 30 Jahren für diesen Zweck wohl noch durchaus geeignet ist. Dieser Kreuzer war nach dem Kriege Belgien von Frankreich überlassen worden, wurde aber nach Auflösung der belgischen Marine vor einiger Zeit an Frankreich zurückgegeben. Es wird nicht bestritten werden können, daß bei gewissen Kriegslagen die polnische Marine nach Übernahme der jetzt in Frankreich in Bau befindlichen Einheiten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen kann.

Wenn auch der Hauptliegehafen für die polnische Marine der neu angelegte Hafen Gdingen ist, so laufen die polnischen Kriegsschiffe doch auch recht häufig Danzig an. Durch ein provisorisches Abkommen vom 8. Oktober 1921 hat Danzig der polnischen Marine das Recht, den Danziger Hafen als „port d'attache" zu benutzen, zugestanden. Bemerkenswert an diesem Abkommen ist, daß Polen selbst zunächst nur eine Anlegestelle („point d'attache") gefordert hatte. Im Laufe der Verhandlungen hat es Polen dann aber erreicht, daß an Stelle des „point d'attache" der sehr viel weiter gehende Ausdruck „port d'attache" gesetzt wurde. Hiernach haben die polnischen Kriegsschiffe jetzt entgegen dem sonst üblichen Gebrauch für das Anlaufen fremder Hoheitsgewässer durch Kriegsschiffe anderer Nationen das Recht, jederzeit unangemeldet in Danzig ein- und auszulaufen, sich dort beliebig lange aufzuhalten, Vorräte zu ergänzen und Reparaturen vorzunehmen. Ein bestimmter Liegeplatz muß dauernd zu ihrer Verfügung gehalten werden. Beim Ein- und Auslaufen haben sie ein Vorrecht

Digitized by Google

vor den Handelsschiffen. Voraussetzung beim Abschluß dieses Abkommens war, daß dieses Recht nur so lange gelten sollte, bis der Ausbau von Gdingen so weit fortgeschritten wäre, daß die polnischen Schiffe dort sicher liegen können. Diese Voraussetzung von der Dauer der Gültigkeit dieses Rechts Polens war auch in dem Gutachten des Marineunterausschusses des ständigen Beratenden Ausschusses für Militärfragen beim Völkerbund ausdrücklich festgestellt worden. Wiederholte Unzuträglichkeiten bei Anwesenheit der polnischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen — erst neulich wurde ein Danziger Arbeiter durch Messerstiche polnischer Kriegsschiffmatrosen schwer verletzt — haben Danzig veranlaßt, am 20. Mai 1927 das Abkommen zu kündigen und beim Völkerbundsrat den Antrag zu stellen, daß das Recht der polnischen Kriegsmarine, den Danziger Hafen als „port d'attache" zu benutzen, unter Beachtung der Danziger Hoheitsrechte neu geregelt werde, da die polnische Marine infolge des fortschreitenden Ausbaus von Gdingen auf den Danziger Hafen nicht mehr angewiesen ist. Auf der Septembertagung des Rats wurde die Entscheidung aus formalen Gründen vertagt. Polen und Danzig sollten zunächst versuchen, in gegenseitigen Verhandlungen sich zu einigen. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, so wird der Rat auf seiner Dezembertagung erneut mit der Angelegenheit befaßt werden.

Es ist schon oben darauf hingewiesen worden, daß der Hafen von Gdingen bereits jetzt der polnischen Marine selbst im Winter ein sicheres Liegen getattet. Danzig ist daher zweifellos im Recht, wenn es verlangt, daß die polnischen Kriegsschiffe den Danziger Hafen nicht mehr als „port d'attache" benutzen dürfen, und daß sie in Danziger Hoheitsgewässern keine weitergehenden Rechte genießen als andere fremde Kriegsschiffe. Diese Forderung Danzigs soll nicht ausschließen, daß die polnischen Kriegsschiffe nach wie vor zu Instandsetzungsarbeiten im Bedarfsfalle die Danziger Werften aufsuchen, da bisher, soweit bekannt, in Gdingen keine Reparaturwerkstätten vorhanden sind.

In Zusammenhang hiermit ist es erforderlich, einen kurzen Blick auf die Werften in Danzig zu werfen. Es sind 3 Werften vorhanden: die Danziger Werft (früher Kaiserliche Kriegsschiffswerft, jetzt The International Shipbuilding and Engineering Co., Ltd.), die Schichau-Werft und die Klawitter-Werft. Während letztere hauptsächlich Schiffsreparaturen und den Neubau kleinerer Fahrzeuge betreibt, beschäftigt sich die Schichau-Werft in erster Linie mit größeren Schiffsneubauten. Ihre Bedeutung geht daraus hervor, daß es ihr im Jahre 1926 gelang, Bauaufträge auf über 80 000 Tonnen hereinzubringen. Wichtiger im Rahmen dieser Betrachtung ist aber noch die alte Kaiserliche Werft, da sie mehr noch als die anderen vielleicht einmal wieder militärisch eine Rolle spielen kann. Da diese Werft ehemaliger Besitz des Deutschen Reiches war, ist das Eigentum an ihr nach Artikel 107

Digitized by Google

des Versailler Vertrages durch die Alliierten je zur Hälfte Polen und Danzig zugesprochen. Die Werft mußte dann jedoch auf 50 Jahre ohne Pachtzins einer Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, auf die England und Frankreich sich den ausschlaggebenden Einfluß dadurch gesichert haben, daß je 40 Anteile von 100 in ihrem Besitz sind, während Danzig und Polen nur je 10 Anteile erhalten haben. In der Hauptsache sind die Angestellten und Arbeiter dieser Werft noch deutsch. Versuche Polens, auf diese Werft einen größeren Einfluß zu gewinnen, sind schon wiederholt gemacht worden. Daß es für die polnische Marine im Kriegsfall sehr wichtig ist, wenn diese Werft ihren Zwecken dienstbar ist, liegt auf der Hand.

Noch deutlicher treten die Bestrebungen Polens, das Personal der Danziger Eisenbahnen von sich abhängig zu machen, hervor. Diese Eisenbahnen stehen, soweit es sich um Vollspurbahnen handelt, in polnischer Verwaltung. Da Artikel 20 des am 9. November 1920 abgeschlossenen Vertrages bestimmt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die im Dienste des Hafens, der Wasserwege und der Eisenbahnen stehen, soweit als möglich in ihrem Dienst behalten werden müssen, kann Polen das Eisenbahnpersonal nicht einfach durch seine Staatsangehörigen ersetzen. Es hat aber die Forderung gestellt, daß dieses Personal bis zum 1. Januar 1928 die polnische Sprache beherrscht. Wenn auch Polen mit dem Schein einer gewissen Berechtigung sagen kann, daß dieses Personal die in polnischer Sprache erlassenen amtlichen Verfügungen verstehen muß (im Verkehr mit dem reisenden Publikum liegt ein Bedürfnis für polnisch sprechendes Eisenbahnpersonal nicht vor), so dient diese Forderung neben dem Bestreben, die polnische Sprache auszubreiten, doch in erster Linie militärischen Interessen. Für Polen ist es naturgemäß im Falle einer Mobilmachung von größtem Wert, wenn das Danziger Eisenbahnpersonal polnisch versteht. Charakteristisch dafür, wie Polen bemüht ist, die Danziger Eisenbahnen auch personell fest in seine Hand zu bekommen, ist ferner die Handhabung des Verfahrens bei der Einstellung von Anwärtern für den Dienst bei den Danziger Eisenbahnen. Unter 20 Anwärtern, die neu eingestellt wurden, befanden sich nur 2 Kinder von Danziger Eisenbahnern, obwohl sich 110 zur Einstellung gemeldet hatten. Man hatte diese bei einer Prüfung in der polnischen Sprache einfach durchfallen lassen und dadurch Platz zur Einstellung von Polen geschaffen. Nach diesem Vorgang ist zu befürchten, daß Polen die Absicht hat, nach dem 1. Januar 1928 den größten Teil der jetzigen Danziger Eisenbahner auf Grund angeblich mangelhafter polnischer Sprachkenntnisse durch Polen zu ersetzen.

In Verbindung hiermit muß auch noch erwähnt werden, daß Polen entgegen dem klaren Wortlaut des Vertrages dem Eisenbahnpersonal das Recht bestreitet, in Gehalts-, Pensions- und sonstigen vermögensrechtlichen Ansprüchen bei Danziger Ge-

Digitized by Google

richten gegen die polnische Eisenbahndirektion Klage zu erheben. Es ist klar, daß auf diese Weise das Eisenbahnpersonal noch stärker als bisher in Abhängigkeit von Polen gebracht werden soll, sicherlich nicht nur, um den wirtschaftlichen und kulturpolitischen Zielen Polens zu dienen, sondern auch um dieses Personal für militärische Zwecke fest in der Hand zu haben. Eine der Klagen Danzigs beim Völkerbund betrifft diesen zweifellos unberechtigten Eingriff in die Gerechtsame dieses Personals. Zwei namhafte deutsche Rechtsgelehrte, die Professoren Kaufmann und Schücking, die von dem Senat um ein Gutachten in dieser Frage ersucht waren, haben sich vollkommen auf den Danziger Standpunkt gestellt, während der Völkerbundskommissar van Hamel das Recht der Eisenbahner bestritten hat. Der Völkerbundsrat hat auf seiner Septembertagung beschlossen, ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofs in dieser Frage einzuholen.

In derselben Richtung bewegte sich ferner die polnische Forderung, daß die Hälfte der beim Hafenausschuß beschäftigten Arbeiter (etwa 350) mit Polen zu besetzen wäre. Hierfür kann natürlich nicht das geringste Bedürfnis geltend gemacht werden. Dagegen hat Polen selbstverständlich das größte Interesse daran, im Kriegsfall eine möglichst große Anzahl Polen im Hafenbetrieb beschäftigt zu sehen. Der Völkerbundskommissar van Hamel hat am 26. Februar d. J. in dieser Frage zugunsten Polens dahin entschieden, daß zur Hälfte Arbeiter polnischer Staatsangehörigkeit und zur Hälfte Arbeiter Danziger Staatsangehörigkeit beschäftigt werden sollten. Daß diese Entscheidung seinerzeit eine ungeheure Erregung in der Danziger Arbeiterschaft auslöste, ist klar, wenn man bedenkt, daß im Frühjahr 1927 die Zahl der Arbeitslosen in Danzig über 10 000 betrug. Die polnische Regierung sah sich hierdurch zwar veranlaßt zu erklären, sie wäre damit einverstanden, wenn der Hafenausschuß in Ausführung der getroffenen Entscheidung in erster Linie Danziger Staatsbürger polnischer Nationalität oder polnischer Sprache berücksichtige, sofern diese in den polnischen Berufsverbänden organisiert wären, tatsächlich hatte sie ihr Ziel aber erreicht, dem Hafenausschuß eine zuverlässige polnische Arbeiterschaft in die Hand zu geben. Erwähnt sei hierbei noch, daß die Polen in Danzig nur 3—4 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Diese Bestrebungen Polens, sich in Danzig militärische Sicherheiten zu verschaffen, sind nicht weiter verwunderlich, wenn man sich den Entwurf ansieht, den Polen im Jahre 1920 für den gemäß Artikel 104 des Versailler Vertrags zwischen Danzig und Polen abzuschließenden Vertrag ausgearbeitet und der Botschafterkonferenz übermittelt hatte. In diesem Entwurf heißt es in Kapitel V (Militär- und Marineangelegenheiten):

> „Polen hat das Recht, auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig alle notwendigen Maßnahmen in bezug auf Militär- und Marinewesen zu treffen, um sein Landgebiet und

Digitized by Google

seinen Zugang zum Meere wie auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu verteidigen.

Zu diesem Zweck hat Polen das Recht, auf besagtem Gebiet Militär- und Seestreitkräfte zu unterhalten, Befestigungswerke zu besetzen und militärische Aufsicht auszuüben." (Artikel 30.)

und an anderer Stelle:

„Polen hat das Recht, den Danziger Hafen und seine Einrichtungen für den Aufenthalt, die Ausbesserung und Verproviantierung seiner Handels- und Kriegsschiffe zu benutzen." (Artikel 33.)

Anscheinend hat man damals Polen bedeutet, daß solche Bestimmungen nicht gut mit dem Begriff einer „Freien Stadt" in Einklang zu bringen sind. Denn in dem 2. Vertragsentwurf, den Polen der Botschafterkonferenz vorlegte, sind die einleitenden Bestimmungen über Militär- und Marineangelegenheiten etwas gemildert. Es heißt dort im Kapitel V Artikel 33:

„Da die Verteidigung des freien Zutritts Polens zum Meere mit der Verteidigung des Gebiets der Freien Stadt Danzig zusammenfällt, hat Polen das Recht und die Pflicht, die militärische Überwachung auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig auszuüben und dort alle Maßnahmen betr. Militär-, Marine- und Luftschiffahrtsfragen, soweit sie in dieser Hinsicht nötig sind, zu treffen."

Wenn auch dieser Wortlaut nicht ganz so anspruchsvoll klingt wie der des ersten Entwurfs, so zeigt doch auch dieser Entwurf deutlich, welche militärische Stellung Polen in Danzig anstrebte. Es ist Polen damals nicht gelungen durchzusetzen, daß ihm durch den endgültigen Vertrag militärische Rechte auf Danziger Hoheitsgebiet zugesprochen wurden. Daß Polen trotzdem versucht, seine militärischen Ziele auf anderem Wege zu erreichen, dürfte oben genügend klar dargetan sein.

* * *

Die Freie Stadt Danzig steht unter dem Schutze des Völkerbundes. Es ist in Genf einmal die Frage aufgeworfen worden, wer von den Mitgliedern des Völkerbundes mit der Ausübung dieses Schutzes beauftragt werden würde, wenn der Völkerbund einmal ernstlich vor diese Frage gestellt würde. Man hat damals ausgesprochen, daß Polen in erster Linie dazu berufen wäre, diesen Schutz auszuüben. Nun ist es wohl ohne weiteres klar, daß die Freie Stadt Danzig für sich allein betrachtet kaum einmal in die Gefahr kommen wird, von einer fremden Macht angegriffen zu werden. Insofern hat die Äußerung des Völkerbundsrats wohl nur theoretische Bedeutung. Von sehr viel größerer praktischer Bedeutung würde eine Beantwortung der Frage durch den Völkerbundsrat sein: „Wie kann die Freie Stadt

Digitized by Google

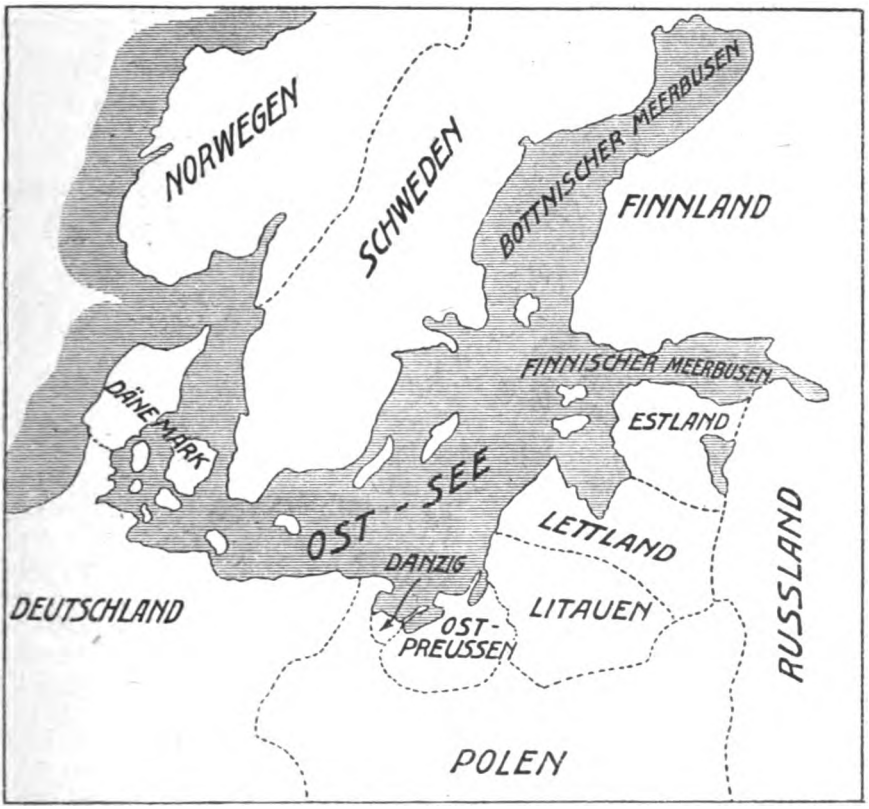
Danzig dagegen geschützt werden, daß sie bei einem Krieg Polens mit einer anderen Macht in diesen Krieg mit hineingezogen wird?"

So, wie die Dinge sich, teilweise mit Unterstützung durch den Völkerbund, entwickelt haben, ist es ganz ausgeschlossen, daß ein Gegner Polens das Gebiet der Freien Stadt Danzig als neutrales Gebiet behandeln sollte. Danzig muß sich ja unter den jetzigen Verhältnissen in einem Kriege Polens mit einer anderen Macht völkerrechtlich zweifellos der neutralitätswidrigen Unterstützung Polens schuldig machen, auch wenn es auf jede Weise neutral bleiben möchte. Man kann von einer kriegführenden Macht aber andererseits nicht verlangen, daß sie ein an sich neutrales Staatsgebiet als neutral behandelt, wenn in diesem Gebiet ihr Gegner ein großes Munitionslager unterhält, wenn es seinen Hafen zur Zufuhr von ungeheuren Kriegsmaterialtransporten zur Verfügung stellt, wenn seine Eisenbahnen im Dienste des Feindes stehen, und wenn in ihm die feindlichen Seestreitkräfte Schutz suchen, Schäden reparieren, sich für Unternehmungen ausrüsten und von dort aus operieren. Man kann dieser Macht nicht gut die Verletzung der Neutralität Danzigs vorwerfen, wenn sie versucht, das polnische Munitionslager, die polnischen Seestreitkräfte im Danziger Hafen, die Danziger Werften und Hafen- und Eisenbahnanlagen durch Flugzeugangriffe oder Bombardements von See aus zu zerstören, sofern sie militärisch hierzu in der Lage ist. Hierbei wird auch die gesamte unbeteiligte Danziger Bevölkerung stark gefährdet sein, da seit dem letzten Kriege bei Flugzeugangriffen Gasbomben in ausgedehntem Maße Verwendung finden.

Auf der anderen Seite wird Polen, um solchen berechtigten Angriffen zu begegnen, zweifellos spätestens mit Ausbruch des Krieges auf Danziger Gebiet die von ihm für nötig gehaltenen Verteidigungsmaßnahmen wie Anlegen von Küstenbatterien, Flugzeugabwehr, Auslegen von Sperren in den Danziger Hoheitsgewässern u. a. m. treffen und so seinerseits die Danziger Neutralität verletzen. So wird Danzig, wenn auch sehr gegen seinen Willen, auf jeden Fall in einen Krieg, in den Polen verwickelt wird, mit hineingezogen. Bei dieser klaren Sachlage wäre es eine ernste Pflicht für den Völkerbund, alles zu tun, um diese Gefahr von Danzig, dessen Schutz er doch feierlich übernommen hat, abzuwenden. Dazu gehört in erster Linie die Beseitigung des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte. In Anbetracht der Verhältnisse, wie sie sich nun einmal entwickelt haben, wäre auch der Gedanke nicht fernliegend, daß der Völkerbund seine Verpflichtung, Danzig gegen jede kriegerische Verwicklung zu schützen, dadurch feierlich bekräftigte, daß er das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu einem neutralen Gebiet erklärte, dessen Verletzung, von welcher Seite sie auch erfolgt, strenge Ahndung durch den Völkerbund nach sich ziehen würde.

Digitized by Google

Falls hierbei nur der Widerstand Polens zu überwinden wäre, so würde es vielleicht nicht allzu schwer sein, mit der Zeit diese Forderung doch durchzusetzen. Polen steht aber nicht allein da, wenn es sich jeder Maßnahme widersetzt, die darauf abzielt, seine militärischen Bestrebungen in Danzig lahm zu legen und Danzig dagegen zu schützen, daß es nicht in kriegerische Konflikte mit hineingezogen wird. Es mag daher dahingestellt bleiben, ob und wie weit England, dem es Danzig zu ver-



danken hat, daß es nicht in den polnischen Staat einverleibt, sondern eine Freie Stadt wurde, Danzig militärisch bei seinen Zukunftsplänen in Rechnung stellt. Sehr viel einfacher und klarer liegt das Interesse zutage, das Frankreich daran hat, die militärischen Bestrebungen Polens in Danzig zu unterstützen. Zweifellos spielt Danzig in den militärischen Plänen Frankreichs, die sich mit dem Kriegsfall zwischen Deutschland und Frankreich beschäftigen, eine wichtige Rolle. Von seinen Bundesgenossen ist Polen der Staat, auf dessen Waffenhilfe gegen Deutschland Frankreich in erster Linie zählen wird.

Digitized by Google

Neue Wege der sowjetrussischen Kinderliteratur.

Von Jakob Meksin,
Leiter der Kinderbuchabteilung des Russischen Staatsverlags in Moskau.

Von welchem Industriezweig auch immer die Rede sein mag, als objektivste Art seiner Beurteilung gilt der Vergleich mit dem Vorkriegsniveau. Ich glaube, die Anwendung dieser Methode dürfte auch im vorliegenden Falle am Platze sein.

In den letzten Vorkriegsjahren erschienen in Rußland jährlich 1000 bis 1200 Kinderbücher. Diese Zahl ist jetzt bereits nicht nur erreicht, sondern sogar überholt. Freilich genügt dieser Zahlennachweis nicht, um eine rechte Vorstellung von dem Stand und den Errungenschaften der sowjetrussischen Verlagstätigkeit zu gewinnen. Eine wichtige Tatsache darf nicht außer acht gelassen werden. Bei näherer Betrachtung der jährlichen Produktion der Vorkriegszeit sehen wir nämlich, daß ⅓ derselben bereits gedrucktes Material darstellt und fast die gleiche Zahl auf die Veröffentlichungen russischer und ausländischer Klassiker entfällt, die zwar bei den einzelnen Verlegern zum ersten Mal erschienen, dem Inhalt nach jedoch alt waren. Somit bot nur ⅓ der Gesamtproduktion künstlerische Neuschöpfungen.

So blieb die Lage auch während des Krieges und der ersten Revolutionsjahre, nur mit dem Unterschied, daß die allgemeine Spannkraft der russischen Verlagstätigkeit allmählich erlahmte. Erst vom Jahre 1920, vor allem jedoch von 1922 an, ändert sich das Bild von Grund auf. Die alten Kinderbücher einschließlich der Klassiker werden in den Hintergrund gedrängt und die Mappen der Verleger beginnen sich mit Arbeiten junger Schriftsteller zu füllen. Darin offenbart sich zweifelsohne der auf eine vollkommene Erneuerung der Lebensform gerichtete Geist der Zeit. Es ist selbstverständlich, daß den jungen aufstrebenden Verfassern und Illustratoren viele Schwierigkeiten entgegentraten, daß ihnen zeitweise sogar bittere Enttäuschungen nicht erspart blieben. Nur wenige Auserwählte unter ihnen verfügten über genügende Begabung und Ausdauer, um in verhältnismäßig kurzer Zeit das Niveau der früheren Berufsschriftsteller in der Kinderliteratur zu erreichen.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Lage der Verleger angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise keine leichte war. Sie hätten, da sie nur über beschränkte materielle und technische Mittel verfügten, mit größerem Gewinn die alten, ihnen gratis zur Verfügung stehenden Klischees und lithographischen Steine verwerten können. Sie taten dies aber nicht, sondern zogen es vor, mit einem jungen Heer von Anfängern neue Wege zu beschreiten.

Digitized by Google

Was brachte der Kinderliteratur diese Schar Neulinge? Das wird leichter zu verstehen sein, wenn man sich vergegenwärtigt, woher diese Leute kamen. Da waren junge Erzieherinnen aus Kindergärten, Vertreter der Lehrerschaft, Leiter von Kinderklubs und Pionierorganisationen, Studierende der Universitäten und Kunstschulen, endlich aller Art Autodidakten aus Stadt und Land, die zur literarischen Betätigung durch eigene Erlebnisse aus Krieg, Revolution und kultureller Arbeit angespornt waren. Viele dieser Schriftsteller und Illustratoren schufen ihre Arbeiten in unmittelbarem Umgang mit Kindern, häufig sogar ohne jeden Gedanken an eine Veröffentlichung ihrer Arbeit. Selbstverständlich mangelte diesen Leuten die künstlerische Vollkommenheit, dafür waren sie aber auch frei von jeder Routine und Schablone. Häufig vermißt man in ihren Werken einen ausgesprochenen Stil, dafür verspürt man aber überall das stark pulsierende, überquellende Leben. Fast immer ist die Komposition schwach, der Vers selten einwandfrei, doch werden diese Mängel durch den frohen gehobenen Ton, die hinreißende Dynamik wettgemacht, die bei diesen jungen Menschen kein literarischer Kunstgriff, sondern der Ausdruck ihrer Weltanschauung und manchmal auch ihrer Jugend sind. Selbstverständlich mußten diese Leute erst etwas lernen, und so sehen wir denn auch, daß die besten unter ihnen entweder Fachschulen aufsuchen oder sich bemühen, sich selber weiterzubilden.

Die Verlagsanstalten, in erster Linie der Staatsverlag als größte unter ihnen, mußten die Führung ihrer Mitarbeiter übernehmen. Es handelte sich hierbei um keinen akademischen Lehrgang, sondern um periodische kameradschaftliche Zusammenkünfte, aus denen jeder Teilnehmer um so größeren Nutzen zog, je mehr er eigene Initiative an den Tag legte. Gewöhnlich treffen sich alle vierzehn Tage im Staatsverlag Schriftsteller und Illustratoren der Kinderbücher mit Pädagogen, Bibliothekaren und Literaturkritikern. Hier werden die neuen Arbeiten einer vielseitigen Prüfung unterzogen, wobei gewöhnlich ein Teil der Beurteiler mehr formale Einwände laut werden läßt, während die anderen sich auf die Wünsche und den Geschmack der Kinder stützen. Auf diese Weise werden nicht nur einzelne Fehler entdeckt und verbessert, sondern es wird auch in aller Gegenwart festgestellt, worüber und wie man für zeitgenössische kindliche Leser schreiben muß. Häufig ist das zufällig vorhandene konkrete Material nur der Anlaß für eifrige Debatten über prinzipielle Fragen, so z. B. ob Kindern überhaupt phantastische Märchen geboten werden sollen, ob in naturgeschichtlichen Erzählungen Antropomorphismus und Animismus zulässig seien, ob es für ein frühes Alter zweckmäßig sei, bei Schilderung industrieller Themen Arbeit und Technik in den Mittelpunkt zu rücken. Dank einem solchen gegenseitigen Gedankenaustausch konnten Redakteure und Verleger sich allmählich einen Kreis

Digitized by Google

aktiver Mitarbeiter schaffen und klare Programme mit aktuellem Inhalt aufstellen.

Keine geringe Rolle spielt auch die Beurteilung des zur Veröffentlichung bestimmten Materials durch einen kindlichen Zuhörerkreis. Dies ist jedoch durchaus nicht die Regel. Nur in besonders interessanten und strittigen Fällen wird das Manuskript an einen Kindergarten, eine Schule oder eine Bibliothek weitergegeben, wo die mit der Redaktion beauftragte Person das Material mit den Kindern durcharbeitet und mit einem Gutachten versehen zurückerstattet. Auch kommt es vor, daß der Verfasser selber sein Werk den Kindern vorliest oder doch beim Vorlesen zugegen ist. Da erweist es sich denn häufig, daß die Stellungnahme der Kinder zum Gehörten und Gesehenen die vorläufige Beurteilung und Wertung des Buches seitens der Erwachsenen vollkommen umstößt; häufig müssen die Verfasser gestehen, daß der Erfolg ihnen da zuteil wurde, wo sie ihn nicht erwartet, während gerade die von ihnen selber bevorzugten Teile ihres Werkes, auf die sie alle Hoffnung gesetzt hatten, bei den Kindern kläglichen Schiffbruch erlitten. Da läßt sich eben nichts ändern: mit einem Erwachsenen kann man Meinungsverschiedenheiten austragen, Kinder wollen sich begeistern. Glücklicherweise vertragen sie zwei Dinge nur schlecht — Langweile und Unaufrichtigkeit. Es muß zugegeben werden, daß unsere Pädagogen, Bibliothekare eine große Übung im Protokollieren der kindlichen Äußerungen erlangt haben. Beim Lesen eines solchen Protokolls fühlt man sich sofort ins kindliche Milieu versetzt, man hört die spontanen, oft unvergeßlich treffenden Einwände, man beobachtet das Mienenspiel der besonders lebhaften Zuhörer, verfolgt die Kurve der kindlichen Aufmerksamkeit, beobachtet die gefühlsmäßige Einstellung der kleinen Zuhörer.

Ein besonderes Verdienst um diese Arbeitsmethode hat sich das Moskauer Institut zur Förderung der Kinderliteratur erworben, das in der Erforschung der Wünsche und des Geschmacks der Kinder seine Hauptaufgabe sieht. Hierbei fällt mir ein, daß ich noch lange vor 1914 in einem alten Kataloge des Münchener Verlages Georg W. Dietrich den Hinweis gefunden habe, daß die Schriftleitung dieses Verlages über einen kleinen Hörsaal verfüge, wo Kindern die Manuskripte vor ihrer Drucklegung vorgelesen werden. Es wäre interessant zu erfahren, ob dieser Versuch weitere Nachahmung und Verbreitung gefunden hat.

Ich bin jedoch überzeugt, daß diese Methode, wie jede andere, auch eine schlechte Anwendung finden kann; die Bedeutung des Protokolls liegt selbstverständlich nicht darin, daß es von irgend jemand, der die formelle Verantwortung trägt, unterzeichnet wird, sondern einzig darin, daß es vor uns, wenn auch nur einen Teil des Schleiers lüftet, der über der rätselhaften geistigen Welt des Kindes ausgebreitet ist. Allerdings dürfen die Ergebnisse dieser Protokolle nicht blindlings, ohne jede Kon-

Digitized by Google

trolle im guten Glauben an ihre Fehlerlosigkeit angenommen werden. Die einmalige Verlesung des Manuskripts in Gegenwart der Kinder gewährt selten ein einwandfreies und erschöpfendes Material für ein abschließendes Urteil. Häufig haben einfachere, gröbere Werke einen leichten, jedoch nur vorübergehenden Erfolg zu verzeichnen, während mit feineren und tieferen Arbeiten die Kinder sich zwar erst allmählich, dafür aber auch für längere Zeit befreunden. Erfolg oder Nichterfolg hängt häufig von der zufälligen Zusammensetzung der Zuhörerschar, von der Altersstufe, dem Geschlecht, der sozialen Zugehörigkeit ab. Großen Einfluß hat auch die Persönlichkeit des Erziehers, mehr noch des Verfassers, wenn er sein Werk selbst vorträgt, oder auch nur beim Lesen zugegen ist; auch die Stellungnahme des betreffenden Leiters und seines Auditoriums zu einer solchen Vorlesung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zweckmäßigkeit dieser Methode kann daher dort gefährdet sein, wo der Leiter und die von ihm beaufsichtigten Kinder ihre Rolle als autoritative Sachverständigen überschätzen. Ich selber hatte Gelegenheit, das Zerrbild eines solchen Protokolls in der Hand zu halten, in dem wörtlich geschrieben stand: „Wir haben das und das gehört und beschließen: Es kann im großen und ganzen gedruckt werden."

Daher möchte ich einer anderen Arbeitsweise den Vorzug geben, die auf der gleichen methodischen Grundlage beruht, wie die bereits erwähnte. In einigen Kindergärten, Bibliotheken und Schulen wird eine sorgfältige Statistik der von den Kindern gelesenen Bücher geführt, dabei werden nicht nur die Wünsche der Kinder und ihre Gutachten über das Gelesene eingetragen, sondern auch noch das Verhalten der Kinder bei der Lektüre vermerkt, ihre gegenseitigen Empfehlungen von Büchern usw. Da erfährt man z. B., daß eine rührselige Geschichte den Kameraden mit folgenden Worten angepriesen wird: „Lies es, das ist zu interessant! Da kannst du dich mal ausweinen." In einer anderen Erzählung enttäuscht die Kinder der Schluß: „Das Wichtigste hat er gar nicht erzählt! Hat der Vater dem Kinde nun die Harmonika gekauft oder nicht? Manche Väter versprechen das ja nur . . ." Primitive Illustrationen, Nachahmungen von Kinderzeichnungen werden von den Kindern gewöhnlich unwillig abgelehnt. „Haben das Kinder gezeichnet? Wie schlecht ist das gezeichnet, ich mache es besser." Häufig werden die Abbildungen in dem einen Buch von den Kindern gestreichelt und geküßt, während sie in den anderen einfach geschlagen werden. Diese Art der Arbeit hat den Vorteil, daß ihr Objekt — das Buch — bereits eine durchaus reale und selbständige Existenz führt und daß ferner die Beobachtungen an den kindlichen Lesern gleichzeitig an vielen Stellen gemacht werden können. Zuweilen setzen sich die einzelnen Anstalten bestimmte, einander ergänzende Aufgaben und legen eine allgemeine Arbeitsmethode fest; später werden

Digitized by Google

dann die Massenbeobachtungen für die Presse*) bearbeitet, sie dienen als Gegenstand besonderer Berichte auf den Konferenzen der Schulpädagogen, Bibliothekare der Kinderbüchereien usw.

Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß diese Art Erforschung der Interessen der kindlichen Leser produktiver ist als die individuelle Kritik, die stets einen Geschmackscharakter trägt. Diese Arbeit ist bei uns gerade jetzt, angesichts der Erneuerung der Kinderliteratur, besonder notwendig.

Ich habe mich persönlich davon überzeugen können, daß bisher in Deutschland das sowjetrussische Kinderbuch unbekannt geblieben ist. Erst in der letzten Zeit hat es begonnen, durch sein auffallendes Äußere Aufmerksamkeit zu erregen. Gern würde ich hier alle neuen Strömungen innerhalb unserer Kinderliteratur kennzeichnen, leider ist es mir nicht möglich, mich in Einzelheiten zu vertiefen und den Inhalt von ein paar hundert Büchern wiederzugeben. Zur Orientierung empfehle ich daher das gute Nachschlagewerk über Kinderliteratur von I. Želobovskij und P. Rubcova (Verlag „Rabotnik Prosveščenija" Moskau 1927). Hier will ich nur versuchen, eine Charakteristik der Haupttypen unserer neuesten Buchproduktion zu geben. Dabei beschränke ich mich im wesentlichen auf das Bilderbuch und Schriften für das frühe Kindesalter.

Seit mehr als zehn Jahren kämpft man bei uns um die Zulässigkeit und Nützlichkeit der phantastischen Märchenliteratur. Eine Reihe einflußreicher Pädagogen und maßgebender Stellen wenden sich entschieden gegen die Belebung der toten Natur und Vermenschlichung der Tiere. Der Haupteinwand gegen diese literarische Gattung besteht darin, daß durch sie das Orientierungsvermögen des Kindes gehemmt, wenn nicht gar zerstört werde; das Kind werde der realen Welt entfremdet und finde bei Erkenntnis der realen Umwelt nicht die nötige Unterstützung. Hier sei vermerkt, daß diese Ansicht auch von einigen ausländischen Pädagogen, namentlich amerikanischen, vertreten wird. Und auch Leo Tolstojs berühmte vier Lesebücher für Kinder, die bereits 1862 geschrieben wurden, stehen im wesentlichen auf dem gleichen Standpunkt. Daneben gibt es auch eine gemäßigte Richtung, die einen Kompromiß anstrebt, d. h. nicht abgeneigt ist, die klassischen Werke dieser literarischen Richtung einem allerdings späteren Alter vorzubehalten, wo das Kind bereits die Fähigkeit besitzt, Wahrheit und Dichtung von einander zu unter-

*) Vergl. a) die vier Bulletins des Moskauer Instituts zur Förderung der Kinderliteratur" (die Neuen Kinderbücher — Moskau 1925-1926),

b) „Aus der Erfahrung über die Erforschung des Kinderbuches" red. von E. Stančinskij und E. Fletina, Moskau 1926. Herausgegeben von der Vorschulabteilung des Volkskommissariats für Bildungswesen.

Digitized by Google

scheiden und daher die Gefahr der Desorientierung nicht mehr zu befürchten ist. Endlich findet man bei uns auch treue Verteidiger dieser alten literarischen Form, die behaupten, daß sie das Grundelement des ästhetischen Lebens des Kindes darstelle und in gleichem Maße die zeitgenössischen Sowjetkinder erfreue, wie die Kinder aller anderen Völker und Zeiten. Die staatlichen und öffentlichen Verlagsanstalten drucken nur ausnahmsweise Bücher dieser Richtungen, d. h. nur dann, wenn künstlerische, pädagogische oder ideologische Vorzüge nachzuweisen sind. Als Beispiel nenne ich hier das Märchen von N. Ognev „Jascha aus der Tasche" mit Zeichnung von A. Suvorov, in dem sowohl der Verfasser als auch der Künstler es verstanden haben, eine volkstümliche Form mit der Weltanschauung des Kindes zu einem harmonischen Ganzen zu vereinigen. Daneben seien zwei Bücher des begabten W. Bianky genannt: „Der erste Jagdausflug" und „Schwänze", in denen der Verfasser mittels eines antropomorphistischen Kunstgriffes die Naturerscheinung des Mimikry populärisiert und in sehr anschaulicher Weise seinen kleinen Lesern zeigt, welch verschiedenartige Verwendung der Schwanz bei den einzelnen Tieren hat.

Um ihrer sozialpolitischen Tendenz willen sind bei uns zahlreiche allegorische Märchen der Hermynia zur Mühlen aus dem Deutschen übersetzt worden, auch einige Originalwerke dieser Art sind vorhanden. Private Verlagsanstalten, besonders der Verlag „Raduga" bringen zahlreiche heitere Erzählungen mit verschiedenen, häufig recht oberflächlichen Tendenzen auf den Büchermarkt.

Als begabtester und populärster Verfasser phantastisch-heiterer Geschichten gilt K. Čukovskij, der sich bereits als Publizist und Literarkritiker einen Namen gemacht hatte, ehe er sich der Kinderliteratur zuwandte. Sein „Krokodil" und „Moj Dodyr" erinnern mit ihrem Erfolg an den „Struwelpeter" und „Max und Moritz". Der Zorn und die Verwünschungen gewisser einseitig eingestellter Pädagogen blieben auch ihnen nicht erspart. „Moj Dodyr" vertritt im Grunde die alte didaktische Idee des „Struwelpeters". Ein Knabe weigert sich, sich zu waschen — da verlassen ihn alle seine Kleidungsstücke.

Selbst die Hosen, selbst die Hosen,
Ja, auch sie verlassen ihn.

Nach Überwindung einer Reihe von Unbilden, die dem Knaben als gerechte Strafe zuteil werden, folgt zu aller Zufriedenheit das gute Ende. Ganz besondere Beachtung verdienen die ausdrucksvollen Illustrationen des Künstlers J. Annenkov zu dieser Geschichte. Er hat es ganz hervorragend verstanden, der Dynamik und dem Rhythmus des Verses Rechnung zu tragen. Bei einem Vergleich des „Struwelpeter" mit „Moj-Dodyr" können beide mit den zwei Worten charakterisiert werden: Statik und Dyna-

Digitized by Google

mik, was ja verständlich ist, da zwischen beiden Werken eine Zeitspanne von acht Jahrzehnten liegt.

Als Antipode der heiteren Erzählungen muß das technische Buch gelten, das zwar in emotionaler Hinsicht arm ist, dafür aber dem Intellekt eines Kindes um so mehr zu bieten vermag. Diese Literaturgattung ist an sich nicht neu. In den dreißiger und vierziger Jahren, vor allem jedoch in den fünfziger und sechziger Jahren gab es bei uns recht gute Bücher dieser Art, die hauptsächlich aus Deutschland stammten. So z. B. eine Reihe von Sammlungen der Pčel'nikova im Verlag M. O. Wolff. Hierüber gehören die reizenden kleinen Silhouetten der Zeitschrift „Herzblättchens Zeitvertreib", etwa vom Jahre 1856 an (Die Schmiede, die Entstehung der Bürste, der Holzhauer u. a.). An Schönheit ebenbürtig ist das Buch von Franz Sträßle „Die Quellen der Natur und ihre Ausbeute" (der Illustrator ist nicht genannt). Das Buch stammt ungefähr aus derselben Zeit und besitzt hervorragende handkolorierte Lithographien; auf den einzelnen Seiten des Buches sind zahlreiche Miniaturen durch Ornamente zu einem Ganzen verflochten. Das ergibt eine kleine technische Enzyklopädie in Form eines kunstvollen Albums. Wie so häufig, steht der etwas trockene Text auf ungleich tieferem Niveau als die Illustrationen.

Aus späterer Zeit stammt das Buch von Franz Bonn „Was soll ich werden" mit zahlreichen Illustrationen von Lothar Meggendorfer, in denen dem kindlichen Leser die verschiedensten Berufe zur Wahl gezeigt werden. Bedauerlicherweise sind diese handkolorierten Bilder durchaus nicht das Beste dieses bedeutenden Künstlers.

Diese historische Abschweifung sollte zeigen, daß die Industrialisierung der Volkswirtschaft auch eine gewisse Industrialisierung der Bildung hervorruft und sich indirekt in den Themen und im Stil des Kinderbuches bemerkbar macht. Ohne Zweifel steigert sich nach jedem größeren sozialpolitischen Umsturz der didaktische Charakter der Kinderliteratur. Das ist durchaus verständlich: die neue, zur Herrschaft gelangte Klasse ist bestrebt, im Bewußtsein der jungen Generation ihre neue Ideologie und Moral zu festigen. Daher ist auch in unserem, im Aufbau begriffenen Lande, gerade das technische Buch Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Sorgfalt geworden. So haben wir zwei neue Fassungen der alten klassischen Erzählung von K. Ušinskij „Wie das Hemd auf dem Felde wuchs". Von der schwedischen Künstlerin Elsa Beskow, die bei uns durch ihr „Hänschen im Blaubeerwald" und das Märchen „Unter der alten Kiefer" populär geworden ist, übernahmen wir „Peterchens neues Kleid", weil es seinem Inhalte nach der Gegenwart am meisten entspricht. Dies Buch erhielt eine doppelte Fassung — 1925 erschien es mit den Originalzeichnungen der Else Beskow, in der zweiten erst kürzlich erschienenen Auflage wurde nur der ursprüngliche Text beibe-

Digitized by Google

halten, den der russische Künstler A. Kulikov mit typisch russischen Bildern versehen hat.

Von der amerikanischen pädagogischen Schriftstellerin Mitchel entlehnten wir einige Arbeiten, die in freier Übersetzung bei uns erschienen: „Das Lied von der Lokomotive", „Wie das Wasser in die Wanne gelangte", der „Wolkenkratzer" u. a. Ungeachtet ihres geringen künstlerischen Wertes hatten diese Erzählungen bei uns Erfolg, besonders unter der in den Kindergärten und Schulen organisierten Kinderschar. Aus neuen Originalwerken verdienen genannt zu werden: „Der Zimmermann", „Der Fluß im Anspann", „Der Groschen", „Die Lokomotive", „Über dieses Buch" von B. Židkov, „Der Meister" von S. Maršak, „Die Abenteuer des Grischa Hähnchen oder wie Bücher entstehen" von N. Šestakov, „Die Meister und die Kinderschar" von J. Meksin und S. Servinskij (erschienen in zweiter Auflage mit neuen Zeichnungen von Konaševič), „Die Bautätigkeit" von J. Meksin, sowie noch einige Dutzend anderer Bücher. Wenn ich gestehe, daß unter dieser umfangreichen Produktion die weitaus größere Hälfte aus mißlungenen oder anfechtbaren Büchern besteht, so wird man mir wohl Glauben schenken. Die schlechtesten dieser Bücher kranken an der Schablone: Der fleißige edle Knabe rettet entweder seine Familie vor der Armut oder irgend ein Unternehmen vor der Katastrophe. Daneben besteht noch ein anderer Bücherkomplex, den wir ironisch den einschläfernden nennen können: Das Kind schläft ein, und die im Traum sich belebenden Gegenstände erzählen ihm getreulich ihre Geschichten.

Ungenügend und unbefriedigend sind auch solche Bücher, in denen der Verfasser seinen kindlichen Lesern ohne besondere Sorgfalt eine nüchterne Lehrstunde erteilt, die er selber dem ersten besten enzyklopädischen Handbuch entnommen hat.

Das Problem des rein technischen Buches ist meiner Ansicht nach ein äußerst schwieriges, und die Mißgriffe und Mißerfolge auf diesem Gebiet sind durchaus keine zufälligen. Vielleicht ist das Thema an sich schon für eine literarische Behandlung ungeeignet, um so mehr als die Literatur weder über einen dreidimensionalen Raum, noch über eine reale Dynamik verfügen kann. Vielleicht löst das Kino diese Aufgabe vollständiger und befriedigender. Wie dem auch sein mag, etwa zwei bis drei Dutzend brauchbarer technischer Bücher lassen sich bei uns doch nachweisen. Unter ihnen ragen besonders die Arbeiten von B. Žitkov hervor, der sowohl den Stoff als auch die Form in höherem Maße als die anderen Verfasser beherrscht.

Den größten und inhaltsreichsten Teil der Kinderliteratur bilden die Schilderungen aus dem Alltagsleben. So muß es auch sein. In den letzten Jahrhunderten hat sich bei uns das städtische und ländliche Leben im allgemeinen und das der Kinder im besondern von Grund auf geändert. Neue Ereignisse folgten unaufhörlich auf neue Ereignisse, es entstanden die verschieden-

Digitized by Google

sten Wechselbeziehungen. Und so sind die einzelnen Schriftsteller auf Jahre hinaus mit noch unverarbeitetem Material versehen.

In dem bereits erwähnten Nachschlagewerk für Kinderliteratur von J. Želobovskij und P. Rubcova findet sich ein genauer Sachkatalog, aus dem zu ersehen ist, daß auch das kleinste Winkelchen des privaten und öffentlichen Lebens den Blicken der beobachtenden Jugendschriftsteller nicht verborgen geblieben ist.

Man wird mich fragen, ob auf diesem Gebiet viel Erstklassiges geleistet worden ist? Die Antwort lautet: Bis jetzt sehr wenig. Ohne Zweifel steht das Beste uns noch bevor. Dagegen ist auf dem Gebiet der Erzählungen von gütigen Feen und hilfsbereiten Zwergen der Höhepunkt längst überschritten.

Von den Büchern, die uns über das Leben und Treiben im Kindergarten und Kinderhort in Stadt und Land unterrichten, verdienen erwähnt zu werden die Sammlung „Im Kindergarten", zusammengestellt auf Grund praktischer Arbeit von einer Erziehergruppe aus der Provinz. Ferner „Wir in der Kolonie" von N. Sokolova, „Die Eisenbahn" von L. Ostroumov, „Auf Schneeschuhen" von V. Sotikova, „Die Pioniere sind eingetroffen" und „Der Feiertag" von O. Gurjan; „Wir wollen spielen" und „Unser Frühstück" von W. Mirovič, „Für die Kleinen", dem Englischen von Mitchell nacherzählt; „Der Flieger Mischa" von M. Geršenson, „Allas Krankheit" von J. Meksin. Ausschließlich städtischen Charakter tragen die Bücher „Feuersbrunst" von S. Maršak, „Unsere Straße" von W. Mirovič, „Mischa in Moskau" von B. Evgeneva, „Lenja in der Stadt" von M. Borissov, „In Amerika" von Mitchell (Übersetzung aus dem Englischen), „Die Stadt der Gegenwart und Zukunft" von B. Lopatin.

Das Leben der Dorfkinder im neuen Rußland schildern die Bücher: „Die Jäger" von R. Akulšin, „Nackte Fersen" von A. Jakovlev, „Die Räuber" von Silov, „Die erste Garbe" von P. Zamojskaja, „Teergeist" von N. Kolokolov u. a.

Das Familienleben schildern die Bücher „Leben und Abenteuer Maxim Gorkijs" von I. Grusdev (eine Zusammenstellung aus des Dichters eigenen Werken), „Kinder und Tiere" von O. Perovskaja, „Als ob nichts geschehen wäre" von Alexej Tolstoj, „Wie Papa Tanja getragen hat" von J. Meksin.

Der Oktoberrevolution sind Werke gewidmet wie: „Den Kindern über Lenin" von A. Kravčenko, „Oktoberlieder" von Natan Vengrov, „Lenin in Millionen" von L. Silov u. a.

Unter den historischen Schilderungen ragen zwei Erzählungen von N. Tichonov hervor: „Der Volksfreund" (Sun-Yat-Sen) und „Vambery" (der berühmte Orientforscher).

Aus der revolutionären Abenteuerliteratur sind die typischsten und populärsten „Die roten Teufel" von M. Bljachin, „Makar

Digitized by Google

der Pfadfinder" von L. Ostroumov, „Kampftage" von S. Ausländer, „Peterchen der Admiral" von N. Nakorjakov, „Wanjka Ognev" von F. Kamanin.

Das Leben der obdachlosen Kinder, sowie die schweren Jahre des wirtschaftlichen Zerfalls werden mit erschütterndem Realismus in den Erzählungen des bereits verstorbenen A. Neverov geschildert: „Taschkent — Die Getreidestadt" (in einem anderen Verlag als „Mischa Dodonov" erschienen). Das gleiche gilt von S. Grigorjevs „Mit dem Sack hinter dem Tode her" und A. Koževnikovs „Spana". Im Grunde können alle diese Werke nur von Erwachsenen verstanden und beurteilt werden.

Recht zahlreich sind auch die Tiergeschichten in Versen und in Prosa. Von Büchern in Versen seien hier erwähnt „Tierlein" und „Zwitschernde Vögel" von Natan Vengrov, „Der Geflügelhof", „Der Viehhof" von L. Ostroumov und S. Šervinskij, „Der Zoologische Garten" von S. Šervinskij, „Einige Hefte des Zoologischen Gartens" von Sophie Fedorčenko mit Zeichnungen fast sämtlicher russischer Tiermaler, „Kinder im Käfig" von O. Gorjan. In Prosa geschrieben sind: „Die dicke Kröte" von P. Borto, „Der erste Jagdausflug", „Waldzeitung", „Mursuk", „Wer von uns ist besser, „Wessen Beine?" von W. Bianky; „In der Taiga" von Savadovskij, ferner zwei Sammlungen für den Kindergarten von J. Meksin: „Das Häschen" und „Der schnurrende Kater".

Besonderer Erwähnung verdienen noch die Bücher „Kinder und Tiere" von O. Perovskaja, „Sechs Tage in Wäldern" von A. Formosov, „Die Tiere des Großvaters Durov" von V. Durov, „Vampuka — die wahre Geschichte eines zahmen Äffchens".

Am Schluß dieser Übersicht müssen noch zwei erfreuliche Tatsachen erwähnt werden. Erstens — die alten Klassiker werden wieder in Ehren aufgenommen: Jules Verne, Dickens, M. Twain, Till Eulenspiegel u. a. Ohne die neuen jungen Triebe zu benachteiligen oder gar zu gefährden, sind die Verleger der UdSSR jetzt wieder in der Lage, den Klassikern eine größere Beachtung zu schenken. Nicht minder beachtenswert ist auch die zweite Tatsache — das Hinstreben zur Volkskunst. Dabei wird nicht nur die alte, bereits gesammelte Volksdichtung wieder in Druck gebracht, allerdings befreit von unerwünschten Elementen, wie Phantastik, Aberglauben und Monarchismus, sondern es gelangen auch ganz neue Aufzeichnungen zum Druck, die früher noch nicht veröffentlicht worden waren. So z. B. „Die russischen Volksmärchen" von V. Serova, „Kindervolkslieder, Spiele und Scherze" von O. Kapica u. a., ferner eine Reihe von Ausgaben russischer Volkslieder in Bearbeitung von J. Meksin („Das graue Entlein", „Es haben die Hähne gekräht", „Das kleine Vögelchen", „Volkslieder").

Wer gehört eigentlich zur Schar russischer Illustratoren? Von den alten sind nur sehr wenige übrig geblieben. Es sind dies einige bedeutende Künstler, deren Produktion und Einfluß

Digitized by Google

jedoch im Abnehmen begriffen sind, sowie ferner eine kleine Schar mittelmäßiger Handwerker, die, wie in früheren Zeiten, eine erschreckende Fruchtbarkeit entwickeln. Die überwiegende Mehrzahl — etwa 250 — ist Künstlerjugend, die erst kürzlich die entsprechenden Kunstschulen absolviert hat, oder Zöglinge dieser Schulen, endlich völlige Autodidakten. Im Grunde genommen sind sie als Illustratoren alle Autodidakten. Allerdings hat sich das Unterrichtsniveau in unseren Kunstschulen auf dem Gebiete der Graphik, sowie der Buchkunst überhaupt wesentlich gehoben. Die illustrative Kunst als solche hingegen wie auch die Methodik des Illustrierens sind bei uns sonderbarerweise zurückgeblieben. Wenn ich nicht irre, ist das gleiche auch in Westeuropa zu beobachten. Dies ist um so bedauerlicher, da verschiedene, vor allem wirtschaftliche Gründe die Förderung gerade dieser Disziplinen besonders nahelegen. So sieht man junge Künstler, die eben erst die Kunstschule verlassen haben, aus Interesse oder aus Not umsatteln, häufig schnell und ohne jegliche Leitung. Fügt man noch die Tatsache hinzu, daß die Mehrzahl der früheren privaten Verlagsanstalten liquidiert worden und die neuentstandenen erst allmählich zu einer geregelten Arbeit gelangt sind, daß ferner das Zentrum der buchgewerblichen Industrie von Leningrad nach Moskau verlegt worden ist, so entsteht die berechtigte Frage: Wie wurde denn dieser junge Nachwuchs mit seiner Aufgabe fertig und wie vermochte er in so kurzer Zeit so viel Schönes zu schaffen, daß man bereits von einer Blüte des russischen Kinderbuches sprechen kann?

Man darf nicht vergessen, daß das kulturelle Niveau des Kinderbuches bereits seit Jahrzehnten im Steigen begriffen war und daß sich diese Aufwärtsbewegung weiter fortsetzte. Dieser Entwicklungsprozeß ist eng verbunden mit der Tätigkeit der Künstlervereinigung „Mir Iskustva", deren Koryphäen wie A. Benois, E. Polenova, I. Bilibin, M. Dobužinskij, G. Narbut das Kinderbuch mit stilistisch außerordentlich feinen und prächtigen Illustrationen versehen haben. Der einzige Vorwurf, den man diesen Künstlern mitunter machen konnte, war, daß ihre künstlerischen Einfälle dem naiven kindlichen Verstehen und dem primitiven kindlichen Geschmack zu wenig Rechnung trugen.

Diese großen Künstler waren über alles unterrichtet, was Europa auf ihrem Gebiet hervorgebracht hatte. So studierte Elena Polenova, die sich für den russischen Volksstil begeisterte, in Paris die neuesten Strömungen der europäischen Graphik. Das Arbeitsgebiet eines A. Benois, der nicht nur ein großer Künstler, sondern auch ein erstklassiger Historiker ist, war noch umfangreicher. Ich möchte auf ein historisches Dokument hinweisen: Das Titelblatt des künstlerischen ABC-Buches von Alexander Benois, das im Jahre 1904 erschienen war, zeigt einen Weihnachtsbaum und einen Kinderreigen, dessen Teilnehmer ihre Lieblingsbücher in der Hand halten. Unter den ausländischen

Digitized by Google

Büchern sieht man hier nicht nur den Struwelpeter und Max und Moritz, sondern auch die erst kurz zuvor erschienene „Miaulina" von Julius Diez und den „Fitzebutze" von Ernst Kreidolf.

I. Bilibin arbeitete in München in der Schule von Aschbes; G. Narbut, der in der klassischen Strenge der Zeichnung von niemand übertroffen worden ist, hat bei Haloshy in München studiert.

Die hier kurz skizzierten Kulturerrungenschaften waren es nun, die sich auch auf die Kinderliteratur ausgedehnt und die neue, heute noch auf diesem Gebiet tätige Künstlergeneration erzogen haben.

Bei der Beurteilung unserer Produktion darf nie vergessen werden, daß viele Bücher nur einen ersten schüchternen Versuch darstellen. Unserem Kinderbuch fehlt der einheitliche Stil. Naturalismus, Impressionismus, Imitation der kindlichen Zeichnung, Konstruktivismus, Expressionismus laufen nebeneinander her. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß jedes Buch bewußt bestrebt sei, durch eine bestimmte Stilart dem Geschmack einer bestimmten Altersstufe zu entsprechen. Ja, wenn es so wäre!

Tatsächlich dringen alle Kunstarten der großen Kunst in das Kinderbuch ein. Häufig bereichern sie es, doch kommt es auch vor, daß sie ihm Gewalt antun. Bei den schon erwähnten Versuchen, die Bücher durch Kinder beurteilen zu lassen, werden auch die einzelnen Illustrationen einer Kritik unterzogen. Vereinzelte treffende kindliche Einwände liegen uns vor, die ein Schlaglicht auf das Problem des Anschauungsvermögens der Kinder werfen. Man kann sich in praxi davon überzeugen, daß bis zu einem bestimmten Alter den Kindern schwierige Kompositionen, Verkürzungen, unproportionierte Größenverhältnisse unverständlich bleiben. Hier ein Beispiel, wie verschieden die Kinder auf zwei Bücher desselben bedeutenden Künstlers, Lebedev, reagieren. Bei der Betrachtung seiner lakonisch dramatischen Illustrationen zum arabischen Märchen „Wer ist stärker" rufen die Kinder aus: „Das ist aber ein Kampf! Ja, das ist doch etwas! Er hat ihm das Auge zerrissen, sieh doch, sieh doch! Der Löwe hat sich in der Stirn festgebissen! Und der Stier bearbeitet ihn mit den Hörnern!" Und als der Stier zu Boden fällt, bemerken sie abschließend: „Ja, der Stier kann mit dem Löwen nicht kämpfen!"

Bei der Illustration des Buches „Das Elefantenbaby" von Kipling hat sich derselbe Lebedev ein dekoratives Spiel mit schwarz-weißen Flecken geleistet; das ergab eine zerrissene, den Kindern unverständliche Form. Hierzu hören wir folgendes: „Was ist denn das eigentlich? Ich verstehe überhaupt nichts. Hat der kleine Elefant dem Strauß den Kopf abgerissen? Sind bei den Affen die Köpfe abgerissen? Oh, sieh mal, wie die Giraffe zerschnitten ist! Nur das Krokodil besteht nicht aus Teilen. Na, hier sind die Bilder schlecht!" Selbstverständlich sind es keine

Digitized by Google

schlechten Bilder, sondern sogar in ihrer Art beachtenswerte Illustrationen — nur müssen sie auch die Kinder, für die sie doch bestimmt sind, als solche empfinden. Zeigt man solche kindlichen Gutachten dem Künstler, so nimmt er sie gewöhnlich als berechtigt entgegen. Doch gibt es auch solche, die von ihrer eigenen Unfehlbarkeit überzeugt sind und zu der Annahme neigen, daß unsere Kinder unfähig sind, künstlerisch zu sehen und zu empfinden.

Die Erforschung der Reaktion der Kinder auf Raum- und Formverhältnisse ist eine Aufgabe von großer Bedeutung. Die Arbeit kann durch die Erforschung des künstlerischen Gestaltungsvermögens der Kinder erleichtert werden. Daher herrscht bei uns ein starkes Interesse für alles, was in dieser Hinsicht in anderen Ländern erreicht worden ist.

In unserem Kinderbuch, das für das vorschulpflichtige Alter bestimmt ist, überwiegen bisher die farbigen Lithographien und unsere Künstler, vor allem so bedeutende Meister wie N. Konaševič, V. Lebedev, K. Kuznecov und N. Kuprejanov, besitzen eine außergewöhnliche Fähigkeit, große Wirkungen mit minimalen Mitteln zu erzielen. In der letzten Zeit wird auch der Offsetdruck angewandt, jedoch in bescheidenem Umfang und mit nicht mehr als zwei bis drei Farben. In den Büchern, die für die mittlere und höhere Altersstufe bestimmt sind, überwiegen Illustrationen in Schwarz-Weiß.

Einige Künstler, wie K. Kuznecov und M. Turca, zeichnen sich in ihren Arbeiten neben einer ausdrucksvollen, rein illustrativen Schönheit noch durch die dekorativ wirkende Art der Darstellung aus, die an die japanische Zeichnung erinnert.

Einige Beachtung verdienen auch die Bestrebungen der Verlagsanstalten, das Kinderbuch zu verbilligen und zu demokratisieren. Das Ziel, auch ein billiges Buch künstlerisch zu gestalten, und umgekehrt — ein künstlerisches Buch zu einem billigen Preise herzustellen, ist bei uns schon vielfach erreicht.

Die Auflagen einzelner Kinderbücher schwanken zwischen 20 und 50 000. In den Händen der Arbeiter- und Bauernkinder sieht man bereits Groschenbücher mit Bildern der besten russischen Künstler.

Ich hatte schon wiederholt darauf hingewiesen, daß unser Kinderbuch früher eng mit dem deutschen verbunden war — sowohl hinsichtlich des Textes und der Zeichnungen, als auch in bezug auf die Herstellungstechnik. Dieser Zusammenhang trat selbstverständlich in einer gewissen Unterordnung des jüngeren und schwächeren Landes unter das ältere, stärkere zutage. Wir würden uns glücklich schätzen, wenn man jetzt auch in Deutschland in unserem Kinderbuch neue künstlerische Werte und geistige Anregung finden würde.

Digitized by Google

Die Landwirtschaft Lettlands.

Von Oskar Grosberg, Riga.

Land und Leute.

Die nördliche Lage Lettlands ist durch das Seeklima für die Vegetation gemildert. Die vier Jahreszeiten sind annähernd von gleicher Zeitdauer. Die Kürze der Sommerzeit wird für die Vegetation durch die Länge der Sommertage teils ersetzt, denn im Pflanzenleben ersetzt eine größere Lichtmenge einen Ausfall an Wärmemenge. Dadurch erklärt es sich, daß in Lettland manche Pflanzen, die aus südlicheren Gegenden eingeführt worden sind, gut gedeihen. Die Jahresdurchschnittstemperatur in Riga beträgt 6,1 Grad C.

Der Ackerboden ist im allgemeinen fruchtbar: sandiger bis schwerer humoser Lehm, lehmiger und humoser Sand.

Die Urbevölkerung des Landes, die Letten, sind den arischen Litauern und alten Preußen nahe verwandt; in ihrem jetzigen Siedlungsgebiet haben sie finnisch-ugrisches Blut in sich aufgenommen. Die Letten sind landwirtschaftlich eminent begabt, fleißig, zäh und strebsam.

Die im Lande vertretenen Nationalitäten sind im nachstehenden Ausmaße an der Landwirtschaft beteiligt: Letten bewirtschaften insgesamt 157 766 (82,09 %) Wirtschaftseinheiten mit 3 575 615 ha (88,00 %); Deutsche 1465 W. E. (0,76 %) mit 51 803 ha (1,27 %); Polen 3395 W. E. (1,77 %) mit 67 358 ha (1,66 %); Russen 28 170 W. E. (14,66 %) mit 331 213 ha (8,15 %). Ferner sind zu erwähnen Litauer und Esten (475 W. E. mit 14 502 ha).

Bodenfläche und Bodennutzung.

Die gesamte Bodenfläche Lettlands umfaßt 6 090 272,4 ha. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche wird nach den amtlichen Daten vom Jahre 1923 [1]) mit 3 364 681,2 ha angegeben, während forstwirtschaftlich 2 725 591,2 ha genutzt werden.

Nach einer Spezifikation des staatlichen statistischen Amtes ergibt sich nachstehendes Bild der landwirtschaftlichen Bodennutzung vor dem Kriege und im Jahre 1923:

	Vor dem Kriege		1923	
	Hektar	%	Hektar	%
Ackerland	1 729 628	28,3	1 677 456,9	27,5
Wiesen, Weiden . . .	1 904 204	31,1	869 660,3	14,3
Obstgärten	—	—	20 961,6	0,4
Insgesamt	3 633 832	59,4	3 364 681,2	55,3

Aus dieser Aufstellung ergibt sich zunächst der Rückgang des landwirtschaftlich genutzten Areals von 59,4 % vor dem Kriege, auf 55,3 % im Jahre 1923. Dieser Rückgang ist die Folge des Krieges, der die Landwirtschaft Lettlands so stark beeinflußt hat,

[1]) Etat de l'agriculture en Lettonie, d'après les données du récensement agricole en 1923. Édition du bureau statistique de l'etat. Riga 1924.

Digitized by Google

daß seine Folgen trotz des eifrigen und mit Erfolg betriebenen Wiederaufbaues noch nach einer Reihe von Jahren fühlbar sein werden.

Während des Krieges wurden nach den Angaben der ersten lettländischen Volkszählung im Jahre 1923 nicht weniger als 14 % sämtlicher landwirtschaftlicher Gebäude zum Teil und 11 % vollständig zerstört; insgesamt büßte die Landwirtschaft infolge des Krieges 80 000 verschiedene Gebäude ein, dazu kommt dann noch die Dezimierung des Viehstapels und der Verlust an verschlepptem und zerstörtem Inventar.

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter auffällig, daß das Ackerland gegen 1914 um 52 163 ha zurückgegangen ist, tatsächlich ist der Rückgang noch höher, d. h. mit etwa 70 000 ha zu veranschlagen, denn erhebliche Flächen, die als Ackerland angeführt werden, liegen infolge Mangels an Pferden und Arbeitshänden brach.

Der Rückgang an Wiesen und Weide ist darauf zurückzuführen, daß sich diese im allgemeinen kaum kultivierten Ländereien während des Krieges in Buschland verwandelt haben und daher nicht mehr als landwirtschaftlich genutzt betrachtet werden können.

Jedenfalls muß man die landwirtschaftlich genutzte Fläche als relativ klein bezeichnen; wenn sie in Lettland nur 55,3 % der gesamten Bodenfläche beträgt, so werden in Estland nicht weniger als 64,6 % der gesamten Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die lettländische Landwirtschaft hat demnach noch erhebliche Ausdehnungsmöglichkeiten nach der Seite der Nutzung der Flächen, die eben noch mit minderwertigem Busch und Wald bestanden sind, oder aber als Unland angesprochen werden, von dem jedoch ein nicht unerheblicher Teil in Kultur genommen werden kann und wohl auch in absehbarer Zeit bearbeitet werden wird.

Zu dieser Annahme berechtigt der Umstand, daß in Lettland das Ackerland von jeher die Tendenz gezeigt hat, wenn auch nur langsam, so doch stetig anzuwachsen. Diese Entwicklung wurde durch den Krieg unterbrochen. Das unter dem Pfluge stehende Areal des Jahres 1914 im Umfange von 1,73 Millionen Hektar war im Jahre 1920 auf 1,32 Millionen Hektar zurückgegangen, während es im Jahre 1923 beinahe den Vorkriegsstand erreicht hatte.

Zur Vergrößerung des Ackerlandes muß auch der Umstand beitragen, daß die Rittergüter aufgeteilt worden und an ihre Stelle 54 000 Neuwirtschaften mit einem Gesamtareal von 850 000 ha[2]) getreten sind; nun ist es aber bekannt, daß kleine Wirtschaftseinheiten immer mehr Land unter den Pflug nehmen als große.

[2]) Annuaire statistique de la Lettonie pour l'année 1924. Edition du bureau statistique de l'état. Riga 1925.

Digitized by Google

Sehr interessant ist in dieser Beziehung die Tatsache, daß die Neusiedlungen von 2—15 ha Gesamtbodenfläche im Durchschnitt 56 % ihres Areals unter dem Pfluge haben, während der Durchschnitt für den ganzen Staat nur 27,5 % beträgt. Bei den kleinsten Siedlungen bis zu 2 ha geht der Prozentsatz sogar bis zu 69,5 % hinauf.

Ganz abgesehen hiervon sind neuerdings größere Waldflächen in Bezirken, in denen es an anderem Lande mangelt, Neusiedlern zur landwirtschaftlichen Nutzung zugewiesen worden, wie das namentlich in der Provinz Lettgallen, der dichtbevölkertsten und über wenig Kulturland verfügenden Provinz des Landes geschehen ist.

Die Wirtschaftseinheiten.

Die Agrarreform hat eine vollständige Verschiebung des landwirtschaftlichen Bildes Lettlands zur Folge gehabt, und zwar eine Verschiebung, deren Umrisse noch nicht ganz deutlich sichtbar sind, da eben alles noch im Fluß ist.

An die Stelle der einstigen Rittergüter, die dem Lande und der Landwirtschaft dereinst das Rückgrat und den Charakter gaben, sind nicht nur zehntausende Neusiedlungen getreten, sondern es haben sich die Torsi der einstigen Rittergüter in der Form von Restgütern erhalten, während einzelne Rittergüter entweder im ganzen früheren Umfange, oder mit gewissen Beschneidungen staatlich bewirtschaftet werden. Daneben bestehen die alten Bauernhöfe und Landstellen, von denen nicht wenige durch Zuteilung von Land arrondiert worden sind.

Unter diesen Umständen ist es zurzeit nicht möglich, eine ganz genaue Zahl der in Betrieb befindlichen landwirtschaftlichen Einheiten anzugeben. Die amtliche Statistik rechnet daher nur mit solchen Wirtschaften, die als vollständig arrondiert betrachtet werden müssen, und gibt deren Zahl mit 193 741 an. Von dieser Zahl gehören zur Kategorie der Altwirtschaften, die bereits vor dem Kriege bestanden haben und von der Agrarreform nur soweit berührt worden sind, als einer Anzahl von ihnen aus dem Staatlichen Landfonds Land zugeteilt worden ist, 148 029; sie müssen als das Rückgrat der lettländischen Landwirtschaft betrachtet werden, denn sie befinden sich fast ausnahmslos in den Händen erfahrener Landwirte, die ihre Betriebe gut fundiert haben und bestrebt sind, sich den Forderungen der Neuzeit mit ihren vollständig veränderten Verhältnissen rasch anzupassen.

Die Größe dieser Altwirtschaften (Gesinde) ist sehr verschieden; sie schwankt zwischen einem durchschnittlichen Areal von 39,4 ha in Livland und 10,63 ha in Lettgallen, der landwirtschaftlich am schwächsten entwickelten Provinz Lettlands. Der Staatsdurchschnitt für das Areal beträgt 21,53 ha, wovon wiederum im Staatsdurchschnitt 8,57 ha unter dem Pfluge stehen. Diese zwischen 20 und 40 ha schwankende Gruppe — es gibt, wie wir weiter

Digitized by Google

sehen werden, unter den Altwirtschaften auch größere Betriebe — bilden annähernd 12 % der Gesamtzahl der Wirtschaftseinheiten. An diese Gruppe schließt sich die der großen Bauernhöfe im Umfange von 40 bis 100 ha Gesamtareal an. Wirtschaftseinheiten über 100 ha finden sich zumeist nur unter den noch nicht aufgeteilten, in Staatsbesitz befindlichen Rittergütern.

Die Zahl der Wirtschaftseinheiten von 20 bis 30 ha beträgt 23 093 oder 12,4 %; von 30 bis 50 ha 20 848 oder 10,76 %; von 50 bis 100 ha 17 956 oder 9,27%; über 100 ha 2394 oder 1,24 %.

Von ganz besonderem Interesse sind im Hinblick auf die stark geteilten Ansichten über die Agrarreform die Neusiedlungen, zu denen alle landwirtschaftlichen Betriebe gezählt werden, die aus dem staatlichen Landfonds gebildet, endgültig umgrenzt worden sind und deren Areal 27 ha nicht übersteigt. Die Zahl solcher Einheiten betrug im Jahre 1923 insgesamt 35 994, zum 1. Januar 1926 war sie, wie wir in einem anderen Zusammenhange sehen werden, auf über 54 000 gestiegen.

Welche Rolle die Neuwirtschaften, soweit sie landwirtschaftlich in Betracht kommen, in der landwirtschaftlichen Produktion spielen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht ganz deutlich erkennen, da die weitaus meisten dieser Neufundierungen sich noch nicht haben konsolidieren können, was zum Teil auf einige schlechte Ernten, zum Teil aber auch darauf zurückzuführen ist, daß viele Neuwirtschaften Leuten zugeteilt worden sind, die weder über landwirtschaftliche Kenntnisse, noch auch über Inventar oder Kapital verfügen und daher bestrebt sind, daß ihnen zugeteilte Land loszuschlagen, was keine weiteren Schwierigkeiten bereitet, da die Zahl kapitalkräftiger und landwirtschaftlich erfahrener Reflektanten groß ist. Man nimmt schätzungsweise an, daß etwa 10 % der Neusiedlungen die Besitzer wechseln; der Staat hat zu diesem Zwecke einen Fonds gebildet, dessen Aufgabe es ist, freiwerdende Neusiedlungen aufzukaufen und sie dann weiterzugeben.

Welche Umschichtungen in den Besitz- und Nutzungsverhältnissen die Agrarreform herbeigeführt hat, kann man aus Angaben entnehmen, die vom Landwirtschaftsdepartement stammen. Danach besaß Lettland vor der Agrarreform insgesamt 71 172 Wirtschaftseinheiten mit 4 202 690 ha. In Livland, Kurland und Semgallen besaßen Privatgüter 2 269 580 ha, Bauern 1 909 513 ha, der Staat 553 995 ha, die Pastorate 62 611 ha, andere Besitzer 82 450 Hektar, insgesamt 4 878 149 ha.

Von der Gesamtfläche der aufgeteilten Ländereien, 955 908 Hektar, haben erhalten: Neusiedlungen 678 781 ha (71 %), Altwirte (Gesinde) 152 496 ha (16 %); für Staatszwecke wurden 40 100 ha (4,1 %) abgegrenzt, die ehemaligen Gutsbesitzer haben 39 406 ha erhalten (4,1 %), öffentliche und kulturelle Unternehmungen 17 248 ha (1,8 %), die Austauschstücke umfaßten 5494 ha (0,58 %).

Digitized by Google

Bis zum Januar 1925 sind in Livland, Kurland und Semgallen insgesamt 42 389 Neuwirtschaften eingeteilt worden, davon in Livland 18 430, in Kurland 12 938 und in Semgallen 11 321. Nicht aufgeteilt sind noch etwa 290 000 ha.

In bezug auf die auf den enteigneten Gutsländereien fundierten Neuwirtschaften ist zu bemerken, daß sie, obwohl sie mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, im großen und ganzen doch als lebensfähig anzusprechen sind. Die Zahl derselben betrug zum 1. Januar 1925 54 715, mit einem Gesamtareal von 853 189 ha. Von diesen Neuwirtschaften verfügten nach Alex. Mednis[3]) 93 % über ausreichendes Inventar, während der Rest mangels Inventars verpachtet war.

Dieselbe Quelle gibt an, daß zum 1. Oktober 1923 0,93 % der Neuwirtschaften in andere Hände übergegangen waren. Diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Was das Inventar der Neuwirtschaften anlangt, so muß bemerkt werden, daß es zunächst noch sehr primitiver Art ist. Man pflügt mit einspännigen Pflügen, vorzugsweise jedoch mit dem Hakenpfluge und eggt mit Holzeggen. Wenn unter diesen Umständen die Neuwirtschaften doch im allgemeinen gute Erträge ergaben, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Gutsfelder in alter guter Kultur standen, doch dürfte die Bodenkraft infolge starken Anbaues von Flachs bald wesentlich erschöpft sein. Dem wäre nur in der Weise zu begegnen, daß der Boden besser bearbeitet werde und reichliche Zufuhr von Kunstdünger erfolgte. Die Tendenz hierzu ist unverkennbar vorhanden, — die Neuwirte schaffen nach Maßgabe der vorab noch schwachen Kräfte ihren Bedürfnissen entsprechende Maschinen und vervollkommnete Geräte an, doch ist bisher wohl nur der geringste Teil des tatsächlichen Bedarfs gedeckt worden.

Große Schwierigkeiten bereitet die Errichtung der erforderlichen Gebäude. Es ist das ein Problem, das nur auf dem Wege weitgehender staatlicher Hilfe gelöst werden kann. In dieser Beziehung ist insofern ein schwerer, vielleicht sogar verhängnisvoller Fehler begangen worden, als man nicht zeitig für Massenherstellung von Gebäuden gesorgt hat. Infolgedessen bauen die Neuwirte sehr teuer und sehr schlecht, oder sie bauen gar nicht und sitzen in alten Gutsgebäuden und Rohbauten unter sehr ungünstigen hygienischen Bedingungen.

Den unverkennbaren Schwierigkeiten steht die Intelligenz und die Zähigkeit des lettischen Bauern gegenüber, — freilich muß gesagt werden, daß die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung nach dem Weltkriege infolge politischer und sozialer Umschichtungen eine fühlbare Einbuße erlitten hat.

Mit der Aufteilung des Landfonds dürfte der Landhunger im wesentlichen befriedigt sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß

[3]) Alex. Mednis, „Die Agrarfrage und die Agrarreform in Lettland" (lettisch). Riga, 1924.

Digitized by Google

der an sich geringe Bevölkerungszuwachs zu einem Teil von der sich rasch entwickelnden Industrie aufgesogen werden wird, während ein anderer Teil Land von den Hofbauern wird pachten können. Diese sind gezwungen, einen Teil ihres Landes an Familien, die über eigene Arbeitshände verfügen, zu vergeben, oder aber dasselbe brach liegen zu lassen.

Es wäre verfrüht, der Prosperität der Neuwirtschaft ein scharf umrissenes Prognostikon stellen zu wollen. Sie hängt in erster Linie von den Ernteerträgen der nächsten Jahre ab. Daß diese gehoben werden können und müssen liegt auf der Hand, — denn durch erhöhte Erträge und verbesserte Qualität lassen sich die Einbußen wettmachen, die durch die Preissenkung auf dem Weltmarkte entstanden sind.

Nicht ohne Einfluß auf Gedeih oder Verderb der lettländischen Landwirtschaft überhaupt wird die Entwicklung der russischen Landwirtschaft mit ihren unbegrenzten Möglichkeiten für die Belieferung des Weltmarktes sein.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Regierung und die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen bemüht sind, gerade die Neuwirtschaften in jeder Weise zu fördern. Freilich kann das wegen nicht ausreichender disponibler Mittel nicht im wünschenswerten Ausmaße geschehen, doch wird sich das mit dem Augenblicke ändern, da es der Regierung gelingen wird, eine Anleihe im Auslande zu placieren.

In bezug auf die in den Händen der früheren Gutsbesitzer gebliebenen Restgüter, deren Areal nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Agrareform 50 ha nicht übersteigen darf, kann nur gesagt werden, daß sie sich als selbständige landwirtschaftliche Betriebe in den Händen ihrer gegenwärtigen Besitzer auf die Dauer nicht halten können, denn ihre Bewirtschaftung hat als Voraussetzung die physische Arbeit der Besitzer und deren Familienglieder. Nun ist es aber eine bekannte Tatsache, daß gebildete Menschen von schwerer physischer Arbeit rasch aufgebraucht werden. Schwer ins Gewicht fällt auch der Umstand, daß die Gutsbesitzer infolge der Agrarreform bettelarm geworden sind und nicht in der Lage sind, Meliorationen vorzunehmen, sowie Kunstdünger oder modernes Inventar anzuschaffen.

Tatsächlich bröckelt die Zahl der in den Händen der früheren Gutsbesitzer befindlichen Restgüter unaufhaltsam ab, — sie gehen in die Hände von Bauern über, die sie landwirtschaftlich nutzen, oder sie werden von wohlhabenden Städtern als Sommersitze erworben.

Ackerbau.

In der vorhergehenden einleitenden Betrachtung war bereits darauf hingewiesen worden, daß das unter dem Pfluge stehende Areal verhältnismäßig klein ist und infolge des Krieges weitere Einbußen durch Brachlegung erlitten hat. Wenn nun auch in den

Digitized by Google

letzten drei Jahren mit Staatshilfe und Anwendung von leistungsfähigen Traktoren brachgelegte und verangerte Felder, namentlich in Kurland, umgebrochen und zum Teil in Kultur genommen worden sind, so entfallen im Staatsdurchschnitte auf eine Wirtschaftseinheit nicht mehr als 8,57 ha Ackerland. Während in Semgallen der Durchschnitt pro Einheit 15,59 ha beträgt, stellt er sich in Lettgallen nur auf 4,42 ha.

Die geringe Bemessung des unter dem Pfluge stehenden Ackerlandes könnte durch intensive Bearbeitung und rationelle Kulturmethoden bis zu einem gewissen Grade wettgemacht werden, doch muß gesagt werden, daß in dieser Beziehung noch unendlich viel zu tun ist. In Lettland ist die Landwirtschaft in weit höherem Grade Glückssache, als in den landwirtschaftlich hochkultivierten Staaten Westeuropas. Rationelle Wirtschaften in westeuropäischem Sinne sind in Lettland an den zehn Fingern herzuzählen. Die überwiegende Mehrzahl der Betriebe ist vollständig von klimatischen Einflüssen abhängig. Da die Vorflutverhältnisse nicht geregelt sind, und Dränage nur sporadisch anzutreffen ist, wirken regenreiche Jahre, wie etwa 1923 und 1925, katastrophal, da Felder und Wiesen ersaufen. Die Nachwirkungen erstrecken sich auf ein weiteres Jahr, weil die versumpften Äcker im Herbst nicht gestürzt und im Frühjahr nur spät begangen werden können. Dazu kommt dann noch, daß die Ackerfläche insofern unrationell genutzt wird, als ein unangemessen großer Teil derselben unter Brache liegt und mit sehr primitiven Geräten (siehe Abschnitt: Landwirtschaftliche Maschinen) bearbeitet wird. Nicht ohne negativen Einfluß bleibt die Verwendung von Kunstdünger, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als der Stalldünger im allgemeinen minderwertig ist und schlecht gepflegt wird. Man streut beispielsweise gehacktes Fichtenreisig und Heidekraut ein, während die Verwendung von Sphagnum trotz des Reichtums an Torfmooren kaum bekannt ist und die Jauche aus den primitiven Stallungen unbenutzt abfließt und versickert.

In den letzten Jahren wird nun freilich von Staats wegen und seitens der großen landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen mit Aufwendung großer Mittel an der Rationalisierung der Bodenausnutzung gearbeitet, doch dürften wohl noch einige Jahrzehnte vergehen, ehe die lettländische Landwirtschaft etwa das Niveau der ostpreußischen intensiven Betriebe erreicht haben wird.

Nach der landwirtschaftlichen Zählung vom Jahre 1923 standen, wie wir schon vorher gesehen haben, unter dem Pfluge 1 677 455,88 ha, hiervon waren besät mit:

Getreide, Flachs, Kartoffeln und Hülsenfrüchten	1 088 378,99 ha
Klee und Gras	275 661,72 ha
Brache	313 425,17 ha
Insgesamt	1 677 465,88 ha

Digitized by Google

Innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist der hohe Prozentsatz der Brache auffällig, der 18,69 % der gesamten Ackerfläche beträgt Dieses ungünstige Verhältnis wird besonders von der Provinz Lettgallen verschuldet, wo 25 bis 33 % der Ackerfläche unter Brache stehen. Das erklärt sich aus dem in Lettgallen noch immer beibehaltenen Dreifeldersystem, dem perniziösen Erbe aus der polnischen und russischen Zeit.

Wenn jedoch nach Abzug des lettgallischen Prozentsatzes als Durchschnitt für die höher kultivierten Provinzen Livland, Kurland und Semgallen noch immer 14 % Brache nachbleiben, so ist das am westeuropäischen Maße gemessen außerordentlich viel.

Vergleichsweise sei hier das prozentuale Verhältnis der Brache in verschiedenen Staaten angeführt:

Lettland	Deutschland	Dänemark	Finnland	Estland
19 %	7 %	5 %	12 %	20 %

Die Anbaufläche verteilt sich auf die wichtigsten Kulturen wie folgt:

Anbaufläche in 1000 ha:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Flachs
1910—1913	350,7	32,6	190,9	305,9	79,6	69,6
1920	196,7	15,7	123,7	215,5	49,2	30,5
1921	226,8	18,6	146,1	261,6	58,9	34,1
1922	236,3	28,5	156,6	273,4	69,1	37,7
1923	266,5	12,8	178,3	309,2	79,5	56,5
1924	266,1	43,0	179,1	334,4	74,9	60,5
1925	266,5	48,1	176,6	329,6	79,1	78,1
1926	251,3	49,5	190,3	320,8	82,1	63,8

Es ist hervorzuheben, daß die Grundlage des Körnerbaues, der Roggenbau, zurückgegangen ist, während der Weizenbau stetig wächst. Der Rückgang der Anbaufläche von Flachs ist eine durch den Preisrückgang auf dem Weltmarkte bedingte zufällige Erscheinung, die sich auch auf das Jahr 1927 erstreckt; jedoch im Jahre 1928 wohl nicht mehr zu verzeichnen sein wird.

Erntemengen in 1000 dz:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Flachs Leinsaat	Flachs Faser
1909—13	3254,5	384,9	1728,4	2790,2	6385,2	254,4	302,3
1920	1191,2	106,0	665,5	1130,7	3748,0	105,8	95,9
1921	2490,0	213,3	1414,4	2444,7	6738,2	158,9	139,1
1922	1738,8	260,8	1473,9	2637,5	6751,2	143,1	170,4
1923	2735,6	446,5	1311,0	2382,2	5784,1	163,1	192,2
1924	1933,7	430,5	1619,2	2709,9	6757,0	249,0	261,8
1925	3150,9	589,2	1778,5	3038,5	7504,5	279,1	300,2
1926	1554,4	506,1	1885,7	2759,2	10134,6	246,7	253,2

Dieselben starken Schwankungen mit der unverkennbaren Tendenz zur Steigerung zeigen die Hektarerträge.

Digitized by Google

	Erträge in dz pro ha:					Flachs	
	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Leinsaat	Faser
1909—13	9,29	12,35	9,05	9,12	80,25	3,65	4,34
1920	9,08	6,69	5,36	5,24	76,16	3,45	3,13
1921	11,56	11,48	10,02	9,69	100,05	4,05	4,08
1922	7,35	9,15	9,40	9,64	97,75	3,79	4,51
1923	10,50	12,90	7,50	7,80	73,80	2,90	3,40
1924	7,50	10,60	9,00	8,10	90,25	4,10	4,30
1925	11,88	14,22	10,07	9,22	94,86	3,58	3,85
1926	6,17	10,79	9,91	8,60	123,41	3,87	3,97

Wenn man zugeben muß, daß sowohl die Ackerfläche erheblich vergrößert und der im allgemeinen niedrige Hektarertrag für alle Feldfrüchte ohne Ausnahme wesentlich gehoben werden muß, um an den westeuropäischen Durchschnitt heranreichen zu können, so darf doch nicht vergessen werden, daß Lettland noch immer unter dem starken Einfluß der Kriegsverheerungen steht und daß gegen 1921, in welchem Jahre das Land wieder in normale politsche und wirtschaftliche Verhältnisse gelangte, enorm viel für den Wiederaufbau getan worden ist. Es darf nicht übersehen werden, wie man aus einem Vergleiche der Ertragsziffer für 1920 und 1924 sieht, daß die Ackerfläche Lettlands während der Jahre 1914 bis 1919 inklusive infolge Dezimierung des Viehstapels und der Maschinen und Geräte sowohl wie mangels Zufuhr von Kunstdünger und mangelnder Arbeitskraft stark deterioriert worden ist.

Immerhin darf nicht aus dem Auge gelassen werden, daß der Boden im allgemeinen außerordentlich primitiv bearbeitet wird. Es wird nicht nur nicht oder doch nur in sehr beschränktem Maße dräniert und nicht für genügende Ableitung des Niederschlagwassers gesorgt. Kunstdünger wird unzureichend und unrationell verwendet; die Felder sind verunkrautet und vielfach mit entarteter Saat bestellt. Neben modernen Ackergeräten und Maschinen findet man in der überwiegenden Mehrzahl ganz primitive und total veraltete Geräte und Maschinen. Daher muß Lettland, obwohl Agrarstaat, beträchtliche Mengen Roggen und Weizen einführen.

Die ackerbauliche Bilanz.

Im Hinblick auf die primitive Betriebsführung sind die Körnererträge klein und es ist beträchtliche Einfuhr nötig. Diese stellte sich in den Jahren 1922 bis 1926 wie folgt:

	Weizen		Weizenmehl	
	Gewicht in kg	Wert in Lats	Gewicht in kg	Wert in Lats
1922	11 304 341	33 527 431	8 570 260	3 847 412
1923	31 901 366	8 691 706	8 141 570	2 141 474
1924	51 782 754	14 764 195	1 243 310	471 141
1925	48 211 566	17 704 311	356 896	181 077
1926	42 529 524	14 795 303	227 651	115 842

Digitized by Google

	Roggen		Hafer	
	Gewicht in kg	Wert in Lats	Gewicht in kg	Wert in Lats
1922	13 613 474	3 191 300	—	—
1923	35 569 424	7 126 951	6 004 472	1 108 873
1924	55 398 662	11 990 378	18 929 299	3 700 387
1925	72 594 104	18 782 090	8 122 005	1 989 692
1926	51 997 121	11 155 026	6 015 146	1 203 721

Die Ausfuhr umfaßte im wesentlichen Gerste, Hafer und Erbsen.

	Gerste		Hafer		Erbsen	
	Gewicht in kg	Wert in Lats	Gewicht in kg	Wert in Lats	Gewicht in kg	Wert in Lats
1922	3 190 050	581 492	13 496 257	2 509 219	2 322 447	637 576
1923	3 802 484	631 380	11 508 392	2 057 272	3 407 386	829 860
1924	2 701 589	630 814	4 652 212	945 118	267 608	59 170
1925	1 071 389	226 839	4 625 274	965 417	293 936	64 656
1926	2 246 297	636 270	2 700 882	637 157	59 586	15 448

Die Ausfuhr von Zerealien spielt mithin der starken Einfuhr gegenüber nur eine ganz untergeordnete Rolle. Zu bemerken ist, daß ein Teil der Einfuhr darauf zurückzuführen ist, daß die Landwirte in steigendem Maße zur Milchwirtschaft übergehen und infolgedessen viel Getreide als Kraftfutter verbraucht wird. Immerhin ist der starke Weizenverbrauch im Hinblick auf die Armut des Landes als Luxus anzusehen. Aus dieser Erwägung heraus ist denn auch der Einfuhrzoll auf Weizen erhöht worden. Der Charakter der Spekulation, der der Getreideeinfuhr in den Jahren 1921 bis 1924 anhaftete, ist durch Kreditrestriktionen wesentlich abgeschwächt worden.

Ein viel erfreulicheres Bild bietet der Flachsbau. Die Ausfuhr steigt von Jahr zu Jahr und weist Lettland eine der bedeutsamsten Stellen in der Weltversorgung zu. Während die meisten flachsbauenden Staaten ihre Produktion in ihrer Textilindustrie verarbeiten, gelangen in Lettland beinahe 80 % der Produktion zur Ausfuhr.

Die Ausfuhr stellte sich wie folgt:

	Flachsfaser		Leinsaat	
	Gewicht in kg	Wert in Lats	Gewicht in kg	Wert in Lats
1922	15 991 813	20 003 547	11 251 385	5 008 377
1923	22 357 306	39 817 430	10 682 498	4 735 498
1924	24 226 046	48 442 522	18 702 073	9 727 648
1925	21 117 518	41 653 054	25 121 362	11 405 791
1926	25 272 136	37 997 930	17 068 894	6 718 518

Das Jahr 1925 hat insofern eine gewisse Stockung gebracht, als die Staatliche Monopolverwaltung, in deren Händen der Flachshandel liegt, sich gezwungen sah, den Einkaufspreis im Frühjahr 1925 erheblich herabzusetzen. Maßgebend hierfür war

Digitized by Google

die Flaute auf dem Weltmarkte, die zu einem großen Grade durch das verstärkte Angebot Rußlands und der übrigen baltischen Staaten hervorgerufen worden war. Die Herabsetzung des Einkaufspreises hat die in schwieriger Lage befindliche Landwirtschaft so schwer betroffen, daß die Monopolverwaltung auf Weisung der Regierung der weiteren Senkung der Preise auf dem Weltmarkt nicht folgte, sondern zugunsten der Flachsbauern auf einen wesentlichen Teil ihres Nettoverdienstes verzichtet hat.

Der Rückgang in der Anbaufläche 1926 ist als zeitweilige Erscheinung zu betrachten, denn man muß annehmen, daß die lettländisch-russische Flachskonvention dem lettländischen Flachsbau einen neuen starken Auftrieb geben wird.

Die hervorragende Stellung Lettlands in der Weltversorgung ergibt sich aus nachstehender Aufstellung.

Es wurden Flachs erzeugt:

	Flachsfaser in Tonnen		
	1909—1913	1921—1925	1926
Rußland	490 200	199 461	293 900
Polen	42 082	47 604	59 562
Litauen	24 160	28 698	38 377
Lettland	30 330	21 303	25 318
Estland	16 917	10 163	9 265

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausfuhr sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht beträchtlich gesteigert werden könnte, indem man die Hektarerträge heben und die Qualität der Faser durch neuzeitliche Aufbereitung verbessern könnte. Wie stark Lettland in dieser Beziehung noch im Rückstande ist, ergibt sich aus nachstehenden Vergleichsziffern.

	Ertrag pro Hektar in Kilo			
	Faser		Leinsaat	
	1909—1913	1926	1909—1913	1926
Belgien	1100	1470	560	560
Frankreich	740	560	540	510
Österreich	620	900	320	370
Polen	510	460	380	490
Lettland	430	400	350	390

Der lettländische Strohflachs liefert nicht mehr als 12 % Faser, während der belgische 15—22 % ergibt. Nach der Qualität erzielt man in Lettland gute Faser 15,27 %; mittlere 61,04 % und schlechte 23,29 %.

Neuerdings wird darauf hingearbeitet, sowohl den Anbau als auch die Aufbereitung zu rationalisieren, nachdem die Versuche mit den privatwirtschaftlichen Flachsbereitungsfabriken ein klägliches Fiasko gemacht haben.

Digitized by Google

Nachstehend folgt eine Berechnung des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion auf Grundlage der mittleren Marktpreise.

Wert der ackerbaulichen Gesamtproduktion in 1000 Lats

	1913	1924	1926
Roggen	57 962	63 679	39 000
Weizen	9 253	15 162	16 686
Gerste	36 198	37 322	38 489
Hafer	54 732	35 255	54 108
Mengkorn	—	—	—
Erbsen	6 527	10 130	12 924
Kartoffeln	38 729	46 274	—
Leinsaat	5 954	10 134	8 116
Flachsfaser	26 934	38 694	32 688
Insgesamt	236 289	296 649	202 011

Viehstand und Molkereiwesen.

Die neuzeitliche Entwicklung der Landwirtschaft Lettlands knüpfte an die Traditionen der Vorkriegszeit an. Wenn schon damals der lettländische Landwirt der Viehzucht und dem Molkereiwesen ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet hatte, so geschah das nach überstandenen Kriegsläuften in weit höherem Maße. Einerseits mußten im Interesse der während des Krieges zum Teil verwüsteten, zum Teil aber heruntergewirtschafteten Äcker der Viehstand so rasch wie möglich hochgebracht werden, während andererseits Molkereiprodukte und Flachs die Mittel liefern mußten, die erforderlich waren, um Geld in die verarmten Wirtschaften hineinzubringen. In wenigen Jahren wurde der Viehstapel wenn auch nicht qualitativ, so doch numerisch auf die Vorkriegshöhe gebracht und in rascher Folge stieg die Zahl der Molkereien im Land von 16 im Jahre 1920 auf 650 im Jahre 1925. Im selben Maße stieg auch die Butterausfuhr, deren Wert 1926 die Rekordziffer von rund 38 Millionen Lat erreichte, wobei zu bemerken ist, daß nur 15 % der Gesamtproduktion zur Ausfuhr gelangen, während Dänemark 85 % seiner Gesamtproduktion ausführt.

Der Viehbestand Lettlands in 1000.

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
1913	320	912	996	557
1920	261	768	978	431
1922	303	810	1161	401
1924	340	905	1235	458
1926	365	955	1152	521

Wenn auch die Butterausfuhr nach der Holz- und Flachsausfuhr zu einer der wichtigsten Einnahmequellen des Landes geworden ist, so muß doch gesagt werden, daß die bisher erzielten Resultate im Vergleich mit der Zahl des Rindviehs, die 1926 mit

Digitized by Google

rund 955 000 Haupt die Vorkriegshöhe erreicht hat, als sehr bescheiden bezeichnet werden müssen. Diese Herde müßte eigentlich den dreifachen Ertrag an Butter liefern und auch dann würde ein solcher Ertrag hinter dem westeuropäischen Maß sehr weit zurückstehen.

Der geringe Ertrag der lettländischen Herde ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. In erster Linie kommt hier in Betracht, daß der Viehstapel bunt zusammengewürfelt ist, da von den Stammherden der Vorkriegszeit so gut wie nichts nachgeblieben ist. Doch ist man nun dabei, die Herde durch konsequente Zuführung neuen edlen Blutes zu heben und rationell durchzuzüchten. Als zweiter negativer Faktor kommt die unrationelle Fütterung und die schlechte Wartung in Betracht. Kunstweiden existieren in Lettland so gut wie gar nicht, sondern das Vieh findet seine Nahrung auf kümmerlichen Wildweiden oder Stoppelfeldern. Die Ställe sind zumeist ganz primitiv, die Wartung läßt alles zu wünschen übrig. Dazu kommt noch, daß die gewonnene Milch infolge der zerstreuten Lage der Höfe weit transportiert werden muß, ehe sie in eine der Sammelmolkereien gelangt. Von diesen ist die weitaus größte Zahl nur primitiv eingerichtet und unfachmännisch geleitet, so daß nur mindere Qualitäten geliefert werden können.

Wenngleich Lettland über ausreichende Weideflächen verfügt, so ist der Ertrag an Heu doch sehr gering, da es sich vorzugsweise um ungepflegte Wildwiesen handelt. Die Gesamtfläche kultivierter Wiesen betrug 1923 nicht mehr als annähernd 15 000 ha. Man erntet in Lettland vom Hektar nicht mehr als zwei Tonnen Heu, während die deutsche Durchschnittsernte vier Tonnen beträgt. Dazu kommt noch, daß das Gras der ungepflegten Wiesen minderwertig ist. In landwirtschaftlich ungünstigen Jahren tritt daher trotz der verhältnismäßig großen Wiesenfläche Futtermangel ein, der sich um so fühlbarer macht, als Klee und Feldgräser nur in beschränktem Maße angebaut werden. Im Jahre 1923 standen unter Klee 275 662 ha, doch ergab dieses Areal einen sehr geringen Ertrag, da man Klee wegen Mangel an Pferden und Arbeitshänden oft fünf oder sogar mehr Jahre stehen läßt. Man erntet nicht mehr als etwa drei Tonnen pro Hektar.

Noch schlechter steht es um die Weide. Die Grenze zwischen Wiese und Weide einerseits und Weide und Buschland andererseits ist oft nicht festzustellen. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Weide in ihrem gegenwärtigen Zustande ihrer Bestimmung nicht einmal annähernd entspricht.

Im Hinblick auf die wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung der Viehzucht wird neuerdings der Melioration der Wiesen und Weiden, sowie dem Anbau von Klee und anderen Futtermitteln erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet, so daß man erwarten darf, daß das augenblicklich unerfreuliche Bild sich in wenigen Jahren vollständig verschoben haben wird.

Digitized by Google

Wenn auch die großen landwirtschaftlichen Organisationen bemüht sind, sowohl den Viehstand, als auch die Wartung und den Molkereibetrieb mit Rat und Tat zu heben, so sind sie natürlich nicht im Stande, die Entwicklung des Molkereiwesens so rasch und in dem Maße zu fördern, wie das notwendig ist; hierzu gehören wesentlich größere Mittel als sie den genannten Organisationen zur Verfügung stehen und von einzelnen Landwirtschaften aufgebracht werden können. Wenn der Staat bisher nicht tatkräftiger und energischer eingegriffen hat, so liegt das wohl nur daran, daß er die für die Landwirtschaft disponiblen Mittel in erster Reihe für die Festigung der Neusiedlungen auf den enteigneten Gutsländereien verwenden muß. Dennoch ist der Zeitpunkt nahe, wo er sich der Hebung des Molkereiwesens wird sehr energisch annehmen müssen, denn die Waldnutzung, die heute einen der wesentlichen Posten der Staatseinnahmen bildet, wird sehr bald eingeschränkt werden müssen, während der Flachsbau an ganz bestimmte Grenzen gebunden ist, da Flachs den Boden rasch müde macht. Daher läßt sich der Zeitpunkt voraussehen, an dem die Butterausfuhr eine maßgebende Rolle in der lettländischen Handelsbilanz spielen wird.

Die Qualität der zur Ausfuhr gelangenden Butter wird von der staatlichen Butterkontrolle beaufsichtigt, doch sind die hierauf bezüglichen neuerlich wieder verschärften Bestimmungen noch immer nicht als ausreichend streng anzusprechen, da die lettländische Ausfuhrbutter sich durch einen relativ hohen Wassergehalt, der zwischen 12 und 16 % schwankt, unvorteilhaft auszeichnet. Im Hinblick auf die wachsende Konkurrenz der hochwertigen sibirischen Butter wird man in Lettland der Qualität mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen, um sich auf dem Weltmarkte behaupten zu können.

Gegenwärtig gelangen etwa 75 % erster und 25 % zweiter Sorte zur Ausfuhr, doch hofft man mit der Zeit das prozentuale Verhältnis zugunsten der ersten Klasse verbessern zu können. Das scheint um so mehr geboten zu sein, als die Klagen über schlechte Qualität sich mehren und die Butter bereits einige Auslandsmärkte verloren hat.

Was nun die Absatzländer anlangt, so hat sich in dieser Beziehung eine handelspolitisch sehr interessante Wandlung vollzogen. Wenn anfänglich der Hauptabnehmer England gewesen war, und an zweiter Stelle Dänemark gestanden hatte, so ist nun Deutschland, das 1923 hinter Schweden an dritter Stelle gestanden hatte, an die erste aufgerückt. Deutschland hatte im Oktober 1926 86 % der gesamten lettländischen Butterausfuhr aufgenommen, während England nach Dänemark auf die dritte Stelle gerückt ist.

Wenn Deutschland im Laufe der Jahre 1924 bis 1927 zum wichtigsten Abnehmer lettländischer Butter geworden ist und die höchsten Preise bewilligt hat, so ist es wohl auch berufen, zu

Digitized by Google

seinem Teil zur Hebung des lettländischen Molkereiwesens beizutragen. Hand in Hand mit der Butterausfuhr nach Deutschland wird sich wohl auch der Bezug von Molkereimaschinen und Geräten von Deutschland erheblich verstärken. Daß der Bedarf an solchen Maschinen sehr stark wachsen wird, liegt auf der Hand, denn wenn auch hinsichtlich der Anlage neuer Molkereien in letzter Zeit ein Stillstand eingetreten zu sein scheint, so ist die Rationalisierung der schon bestehenden primitiven Molkereien nur eine Frage der Zeit. Man darf annehmen, daß man sie rasch auf ein höheres technisches Niveau bringen wird.

Neben der Ausfuhr von Butter kommen noch Kasein und Quark, die in wachsendem Maße erzeugt und ausgeführt werden, in Betracht. Die Käseproduktion wird vorzugsweise im Lande konsumiert, doch wird auch dieses Produkt neuerdings ausgeführt.

Die Ausfuhr von Butter, Fleisch und Eiern in den Jahren 1922—1925:

	Butter		Fleisch		Eier		Insgesamt	Prozent von der Gesamtausfuhr
	Tonnen	1000 Lats	Tonnen	1000 Lats	Tonnen	1000 Lats	1000 Lats	
1922	1032	2 758	429	530	148	192	3 480	3,44
1923	2902	9 271	928	1378	77	128	10 777	6,65
1924	3667	14 030	855	1203	44	87	15 320	9,03
1925	7154	30 263	2144	3569	77	152	33 948	18,92

Landwirtschaftliche Arbeiter.

Einer der Faktoren, die die Entwicklung der Landwirtschaft ernstlich bremsen, ist der Mangel an Arbeitshänden. In allen Bezirken des Landes, mit Ausnahme der dichtbevölkerten Provinz Lettgallen, wird über den sich verschärfenden Mangel an Arbeitshänden, die geringe Produktivität der Landarbeiter und die unmäßig hohen Löhne geklagt. Diese Umstände tragen die Schuld daran, daß viele Hofbauern nicht ihr gesamtes kulturfähiges Areal bearbeiten, sondern Teile davon brach liegen lassen und damit die Produktivität des Landes einschränken. Die Verhältnisse haben sich soweit zugespitzt, daß die Einfuhr litauischer und polnischer Landarbeiter zu einer nicht zu umgehenden Notwendigkeit geworden ist.

Die Zahl der Landarbeiter[4]) kann nicht ganz genau angegeben werden, denn ebenso wie in anderen Beziehungen, so schwanken auch hier die statistischen Angaben. Nach Maldup waren im Jahre 1923 in 192 174 landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 186 678 Landarbeiter beschäftigt und zwar 97 399 Frauen und 89 279 Männer. Von diesen waren: Jahresarbeiter

[4]) Maldup, Etat de l'agriculture en Lettonie de 1920 à 1925. Edit. du bureau stat. de l'état Riga 1926.

Digitized by Google

88 886 (47,50 %), Saisonarbeiter 67 183 (35,99 %) und Monats- und Tagesarbeiter 30 609 (16,40 %). Im Hinblick auf die schwere Lage der Landwirtschaft sind die Landwirte im steigenden Maße bestrebt, die Zahl der Jahres- und Saisonarbeiter zu verringern und je nach Bedarf Monats- und Tagesarbeiter einzustellen.

Was nun den Arbeitermangel anlangt, so liegen hierüber nur die lakonischen Angaben der Korrespondenten des staatlichen Statistischen Amtes vor, die die betreffenden Anfragen mit „ja" oder „nein" zu beantworten hatten. Von den Antworten lauteten auf „ja", also Arbeitermangel, 1921 —24,68 %; 1922 —27,07 %; 1923 —68,40 %; 1924 —63,22 %; 1925 —42,24 %.

In engstem Zusammenhange mit dem Mangel an Arbeitshänden stehen die Löhne. Diese stellen sich für Jahresknechte und Mägde in Lat pro Jahr:

	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Knechte	236	359	385	488	537
Mägde	146	216	233	296	334
		Saisonarbeiter:			
Knechte	182	243	290	343	372
Mägde	119	160	195	214	241
		Hirten:			
	97	132	147	172	200

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Löhne in fünf Jahren enorm gestiegen sind. Die Löhne der Monats- und Tagesarbeiter sind starken Schwankungen unterworfen, sie betrugen im Durchschnitt 1922 pro Tag für Männer Ls. 2,56 und für Frauen Ls. 1,74; 1925 Ls. 3,60 bzw. Ls. 2,50.

Die Ausgaben für Löhne betragen etwa 34 % der gesamten Ausgaben der Landwirte. Die Gesamtsumme der Löhne gibt Maldup an:

	Tausende Lats:
1923	41,872,9
1924	52,385,1
1925	57,578,2

Die starke Steigerung der Löhne geht Hand in Hand mit der Senkung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, wie insbesondere Flachs und Butter.

Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte.

Es ist nicht ohne Interesse hier beifällig darauf hinzuweisen, daß in Lettland, dessen Bevölkerung außerordentlich intelligent und fleißig ist, neben den modernsten Landmaschinen Geräte, wie der Hakenpflug (Zoche) und Eggen aus den Astquirlen der Grähne im Gebrauch sind, wodurch, ganz abgesehen von den anderen in dem Vorhergehenden angeführten Gründen der Ernteertrag stark beeinträchtigt wird.

Digitized by Google

Vor dem Kriege stieg die Einfuhr von Landmaschinen von Jahr zu Jahr, doch machten die Kriegsereignisse dieser Entwicklung ein Ende und in der Kriegszeit wurden die Bestände an landwirtschaftlichem Inventar entweder verschleppt oder zerstört; was davon nachblieb, verbrauchte sich in den folgenden Jahren und konnte erst dann ersetzt werden, als normale wirtschaftliche Zustände eintraten. Wenn dennoch und trotz des Bestrebens, die Landwirtschaft nach Möglichkeit zu intensivieren und mechanisieren, unverhältnismäßig viele primitive Geräte in Gebrauch sind, so ist das einesteils auf Mangel an disponiblen Mitteln, anderenteils aber darauf zurückzuführen, daß die auf den enteigneten Gutsländereien fundierten Neuwirtschaften sich eben noch mit primitiven Geräten begnügen müssen.

Auskunft über die rasch wachsende Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen gibt ein Ende 1923 erschienenes, von dem Agrarstatistiker I. Bokalder redigiertes Werk der staatlichen statistischen Verwaltung, das sehr schätzenswerte, wenn auch nur lückenhafte Angaben über diesen Gegenstand enthält. Die Daten sind das Ergebnis der letzten Zählung landwirtschaftlichen Inventars im Jahre 1923.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß der lettländische Landwirt vielfach noch Geräte benutzt, die man in Westeuropa schon längst vergessen hat. Die Gesamtzahl der Pflüge stellte sich 1923 auf 361 646. Wenn auch die Zahl der Pflüge in den letzten Jahren mit dem Anwachsen der Zahl der Neuwirtschaften stark zugenommen hat, so kann man nicht sagen, daß man bestrebt gewesen ist, Neukonstruktionen anzuschaffen. Die Anwendung des primitiven Hakenpfluges, der wenig schafft und den Boden nur oberflächlich ritzt, bedingt geringe Erträge und starke Verunkrautung der Felder. Ein klares Bild von der Primitivität der Bodenbearbeitung ergibt sich aus der Tatsache, daß auf je hundert Pflüge entfielen: Hakenpflüge 42, Einscharpflüge 50, Zweischarpflüge 3 und sonstige Pflüge der Rest.

Freilich ergibt es sich bei dem Vergleiche mit den Erhebungen des Jahres 1920, daß die Zahl der Hakenpflüge und der einscharigen sich im Verhältnis zu dem allgemeinen Zuwachs erheblich vermindert hat.

Die verbreitetsten Pflüge sind die den örtlichen Verhältnissen ausgezeichnet angepaßten gut konstruierten Pflüge der Firma Rasewsky, Aull und Dukarewitsch, Riga. Ihnen ähnlich sind einige deutsche und schwedische Marken. Andere Typen finden nur ganz beschränkte Anwendung. Es macht sich in letzter Zeit ein größeres Bedürfnis nach mittelschweren Zweischarpflügen geltend. Schwere Pflugtypen werden mit der fortschreitenden Intensivierung der Bodenbearbeitung recht bald nötig sein.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Eggen. Auch hier werden vielfach noch ganz primitive Konstruktionen verwendet; ihre Gesamtzahl wird mit 353 350 angegeben. Die größte Zahl

Digitized by Google

der Gesamtzahl bilden leichte Holzeggen mit eisernen Zapfen (69 %); Federeggen werden mit 24 % angegeben. Die von dem agronomischen Personal propagierten Kultivatoren kommen nur langsam in Gebrauch. Man zählt 1923 davon 2659. Allmählich bürgern sich Jäte- und Hackmaschinen ein.

Im Hinblick auf die Teuerung der Arbeitshände ist man bestrebt, die Erntearbeiten nach Möglichkeit zu vereinfachen und zu beschleunigen. Daher nimmt in den letzten Jahren die Zahl der Grasmäher stark zu, sie betrug 16 027, was aber als außerordentlich gering bezeichnet werden muß. Maßgebend ist hier wohl neben der Abwesenheit von Mitteln die Beschaffenheit der vorzugsweise in Betracht kommenden Wildwiesen, die nur in den seltensten Fällen die Verwendung von Grasmähern und Pferderechen zulassen.

Getreidemäher waren 14 113 Stück in Gebrauch; wenn diese Maschine nicht in höherem Maße verwendet wird, so ist das vielleicht darauf zurückzuführen, daß sie gegen die Vorkriegszeit erheblich teurer geworden ist. Immerhin verdient es verzeichnet zu werden, daß Getreidemäher selbst in den kleinsten Neuwirtschaften auf genossenschaftlicher Grundlage in Gebrauch sind. Stärkere Verwendung finden dagegen die Pferderechen, deren Gesamtzahl Bokalder leider nicht angibt, sondern sich darauf beschränkt, mitzuteilen, daß sie größer sei, als die der Grasmäher.

Da der lettländische Landmann vorzugsweise mit der Hand sät, so sind Säemaschinen relativ wenig verbreitet, man zählte nur 3663 Stück. Es ist bekannt, daß in Lettland mit Saatgut große Verschwendung getrieben wird. Man muß jedoch annehmen, daß die Nachfrage nach den Reihendrillmaschinen voraussichtlich steigen wird, da die Erkenntnis der Vorzüge der Reihensaat sich immer mehr einbürgert. Die früher eingeführten Drillmaschinen hatten in vielen Fällen keine den Bodenverhältnissen angepaßte Schare. Die Saat wurde zu tief oder zu flach eingesät, so daß die von den Drillmaschinen erwarteten Erfolge nicht zum Vorschein kamen. Mehr angepaßt sind die sogenannten russisch-amerikanischen und schwedischen Schare, denn die in Deutschland und auch anderwärts auf dem Kontinent gebrauchten Schare sind in Lettland nicht zu verwenden. Viele Anhänger haben die Scheiben-Drillmaschinen. Sie leisten gute Arbeit auch in verunkrautetem und scholligem Boden. Die Doppelscheiben sind bevorzugt.

Mit dem Wachsen der Verwendung der künstlichen Düngemittel werden auch die Düngerstreumaschinen benötigt. Die passenden Maschinen sind einpferdige mit leicht regulierbarem und reinigendem Ausstreuapparat.

Mit dem Aufblühen der Molkereiwirtschaft steht im Zusammenhange die Einbürgerung der Separatoren, deren Zahl

Digitized by Google

mit 41 822 angegeben wird; sie werden in 37 % aller Wirtschaftseinheiten verwendet. Über sonstige Molkereimaschinen und Geräte fehlen Angaben. Es sei nur gesagt, daß zum 1. April 1925 543 Molkereien arbeiteten, von denen jedoch nur wenige modern ausgerüstet sind.

In den Kleinwirtschaften standen 8287 Göpeldrescher in Gebrauch; die Zahl der großen Dreschmaschinen mit einer Trommellänge von 48—54 Zoll stellte sich auf 1728, die der kleineren mit 28—30 Zoll Trommellänge, für die großer Bedarf ist, auf 1369.

Die mit Pferden gezogenen Lokomobilen verchwinden mehr und mehr. Viele von ihnen werden in Zuglokomobilen umgebaut. Die Zuglokomobilen werden außer der Drescharbeit auch oft zum Antrieb der Sägegatter benutzt. Außer den zu den Dreschgarnituren gehörigen Lokomobilen zählte man 474 Stück. Kartoffelrodemaschinen werden gefragt, so daß alle Lagerbestände aufgeräumt wurden. Der verbreitetste ist der Fünf-Stabroder, System Harder. Man zählte davon 712 Stück.

Die Nachfrage nach den Trieuren ist stark gestiegen, was den Anstoß in der Einrichtung der von dem landwirtschaftlichen Departement finanziell geförderten Saatreinigungsstellen fand. In diesen Stellen werden auch andere Getreide- und Saatreinigungsmaschinen aufgestellt.

Die Verwendung der Traktoren in den vergangenen letzten zwei Jahren zeigte sehr bemerkenswerte Erfolge. Das Ackerbauministerium hat bisher für den Ankauf von Traktoren bedeutende Zuschüsse bewilligt. Zurzeit sind im Betriebe etwa 130 Traktoren; die mittlere Klasse ist 20—25 PS. Als Brennstoff ist Petroleum am meisten verbreitet; Traktoren mit schwereren und billigeren Brennstoffen können ebenfalls Erfolge versprechen. Jedoch ist vorauszusehen, daß die weitere Verbreitung von Traktoren etwas langsamer vor sich gehen wird.

Von Flachsbearbeitungsmaschinen waren 6380 einheimischer, primitiver und 22 moderner Konstruktion in Betrieb. Die Nachfrage nach letzteren wird jedoch im Hinblick auf das Bestreben zu besserer Bearbeitung des Flachses enorm steigen.

Um Angaben über die Verwendbarkeit und den Wert der in Lettland eingeführten Maschinen zu erhalten, haben mehrere größere Traktoren und Pflugkonkurrenzen stattgefunden. Die landwirtschaftliche Maschinenprüfungskommission zu Priekuli hat auch schon eine stattliche Reihe von Prüfungen durchgeführt und hat die Beschlüsse des Ackerbauministeriums, den früheren landwirtschaftlichen Organisationen, wie auch den Landwirten auf Anfrage bekanntgegeben. Die Prüfungsberichte werden auch gedruckt. Auf diese Prüfungs-

Digitized by Google

anstalt sei die Aufmerksamkeit der Firmen gelenkt, die neue Maschinen einführen und sicheren Boden für ihre Arbeit in Lettland gewinnen wollen.

Die Einfuhr von Landmaschinen wächst mit jedem Jahr: Sie stellte sich 1922 auf 6 538 750 kg im Werte von 2 405 824 Lats. In 1923 wurden eingeführt 6 760 255 kg im Werte von 7 385 368 Lats, 1924 4 086 372 kg im Werte von 4 917 919 Lats, 1926 5 075 232 kg im Werte von 5 812 902 Lats.

Die weitaus größte Menge der Maschinen und Geräte wurde aus dem Auslande bezogen. Die Angaben hierüber ergeben insofern kein ganz klares Bild, als die Daten der staatlichen statistischen Verwaltung mit denen des Landwirtschaftsdepartements nicht unerheblich auseinandergehen und als die Statistik nicht die Stückzahl, sondern nur das Gewicht und den Wert der Einfuhr angibt. Immerhin lassen sich aus diesen Angaben, wenn auch nicht ganz zutreffende Schlüsse, auf die Stückzahl der zur Einfuhr gelangenden einzelnen Maschinenkategorien ziehen.

Der Löwenanteil der Einfuhr entfällt auf Deutschland, das im Jahre 1924 die Hälfte des Bedarfs nach Gewicht und Wert lieferte.

Die Nachfrage nach Landmaschinen seitens der Landwirte ist noch nicht befriedigt, aber die sehr beschränkten Geldmittel der lettischen Landwirtschaft bilden ein schwer überwindbares Hindernis.

Als Lettland nach dem Kriege die Auslandsmärkte wieder zugänglich wurden, sind von verschiedenen Ländern, hauptsächlich aus Deutschland, eine große Menge von Landmaschinen importiert worden. Solche Maschinen standen, was die Güte des Materials und der Herstellung betrifft, noch nicht auf genügender Höhe und wurden in Lettland zum Teil als „Ersatzmaschinen" bekannt. Manche dieser Maschinen haben den Landwirten Verdruß bereitet und haben leider auch den Ruhm mancher sonst angesehenen Firma und Marke ganz verdorben. Selbst gegenüber wertvollen Maschinen bestehen jetzt noch Vorurteile und Bedenken, wenn sie nicht erprobt und geprüft sind, was immer noch aus der vorübergegangenen Periode der „Ersatzmaschinen" nachklingt. Als solche Nachklänge aus der Übergangszeit sind noch oft in den Reklamen der Maschinenhändler Hinweise auf die angeblichen „Ersatzmaschinen" ihrer Konkurrenten zu finden.

Der Landmaschinenmarkt ist nun aber schon im allgemeinen von den oben gekennzeichneten schädlichen Firmen und Marken freigeworden. Dauernde Erfolge können nur hochwertige Maschinen erzielen, denn der lettländische Landwirt fordert von den Maschinen Dauerhaftigkeit, gute Arbeit und schönes Aussehen.

Digitized by Google

Die Verwendung von Kunstdünger.

Der gesamte Verbrauch an Kunstdünger läßt sich statistisch nicht ganz genau erfassen, immerhin muß gesagt werden, daß der Bedarf hieran im Hinblick auf den relativ geringen Viehstapel, der freilich schon die Vorkriegshöhe erreicht hat, enorm ist, jedoch aus Mangel an Mitteln nur zu einem geringen Teile gedeckt wird. Aus den Angaben des bereits angeführten Werkes des Dozenten Bokalder ergibt sich, daß man in der ersten Nachkriegszeit bis zum Jahre 1921 überhaupt keinen Kunstdünger verwandte, sondern sich mit dem Stalldung des außerordentlich reduzierten Viehstapels begnügen mußte. Mit dem Jahre 1921 setzt dann der Import von Kunstdünger ein, doch bewegt er sich zunächst noch in sehr bescheidenen Grenzen. Er stellte sich auf 9713 to, wobei es sich um Superphosphat und Thomasmehl handelt. 1922 steigt die Einfuhr auf 12 975 to, 1923 auf 34 890 to, 1924 auf 45 000 to und 1926 auf 86 136 to.

Im Hinblick auf die Bestrebungen der lettländischen Landwirtschaft zur Intensivierung ihrer Betriebe darf man erwarten, daß der Bezug von Kunstdünger bald großen Umfang annehmen wird, obwohl im Lande neben Knochenmehl neuerdings auch Superphosphat erzeugt wird.

Schlußbetrachtung.

Die wirtschaftlichen Kräfte Lettlands wurzeln in der Landwirtschaft, die das grundlegende Gewerbe des Landes und seiner außerordentlich intelligenten Bevölkerung bildet. Der Lette gehört zu den fleißigsten, zähesten und intelligentesten Ackerbauern der Welt. Wenn Lettland zu denjenigen europäischen Staaten gehört, die im Weltkriege am schwersten und nachhaltigsten verwüstet und pauperisiert worden sind, so muß gesagt werden, daß die Landwirtschaft sich in überraschend kurzer Zeit erholt und trotz der tiefschneidenden Wirkung, die die Agrarreform auf sie notwendigerweise ausüben mußte, in bezug auf Produktivität die Vorkriegshöhe nicht nur erreicht, sondern in einigen Beziehungen sogar überschritten hat. So etwa in bezug auf die Butterproduktion; die gegenwärtig einen der wesentlichen Stützen der lettländischen Ausfuhr bildet.

Die Regierung und die großen wirtschaftlichen Spitzenorganisationen des Landes sind bemüht, diese Verhältnisse zu verbessern, zu welchem Behufe große Summen aufgewendet werden. Der Bedarf an gutem Rassevieh, an Molkereimaschinen und Geräten ist fortlaufend ebenso groß wie an Ackerbaugeräten aller Art, denn die lettländische Landwirtschaft ist bestrebt, sich so rasch als möglich zu intensivieren und zu mechanisieren, um möglichst wenig der hierzulande unverhältnismäßig teuren Arbeitshände zu bedürfen.

Digitized by Google

Hand in Hand mit diesen Bestrebungen geht der Wunsch, die Qualität der Produkte zu heben, denn die starke Konkurrenz der anderen baltischen Staaten und insbesondere Rußlands, die die Preise auf dem Weltmarkte erheblich gedrückt hat, läßt sich nur in der Weise paralysieren, daß die Qualität auf den höchsten Grad gebracht wird. Hand in Hand mit der Entwicklung der Molkereiwirtschaft geht die Schweinezucht, die auf den Export von Bacon nach England angelegt wird, während für Butter der größte Abnehmer gegenwärtig Deutschland ist.

Nach den Produkten der Milchwirtschaft spielt in der lettländischen Ausfuhr die hervorstechendste Rolle der Export von Flachs und Leinsaat. Von diesen gilt dasselbe, wie von Butter, auch hier macht sich die Konkurrenz der anderen baltischen Staaten stark bemerkbar, so daß man nicht nur die Anbaufläche vergrößern, sondern auch die Qualität aufbessern will.

Trotz der unverkennbaren raschen Entwicklung der lettländischen Landwirtschaft, die sich auch in dem starken Bedarf an Maschinen, Geräten, Rassevieh, Edelsaaten und Kunstdünger kundgibt, ist das Land nicht imstande, den vollen Bedarf an Brotgetreide zu decken, so daß starke Einfuhr von Getreide und Genußmitteln, so insbesondere Zucker, notwendig wird.

Hier wirkt sich die Primitivität und die Unwirtschaftlichkeit der Betriebsführung aus, die die Gestehungskosten so hoch stellt, daß die Landwirte sich in einer bedrängten, vielfach sogar katastrophalen Lage befinden. Die Umstellung auf neue Methoden hat große Kosten verursacht. Da die Landwirte ihre Rücklagen infolge der politischen Verschiebungen beinahe restlos eingebüßt haben, sind sie gezwungen gewesen, Schulden zu machen, die um so schwerer lasten, als während der Kreditinflation nicht unbeträchtliche Summen zur Hebung des Lebensstandards verwendet worden sind und als der Fiskus die Steuerschraube sehr stark angezogen hat. Wie alle anderen Berufsklassen, so leiden auch die Landwirte unter Geldmangel, aus dem sie sich um so schwerer befreien können, als sie sich infolge Abwesenheit von langfristigem Kredit mit kurzfristigen Darlehen hineingelegt und sich damit vielfach übernommen haben. Gegenwärtig ist die Kaufkraft der Landwirte zweifelsohne stark geschwächt, und dieser Umstand wirkt sich auf dem gesamten Wirtschaftskomplex Lettlands in negativer Weise aus.

Digitized by Google

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Eine interessante Ergänzung zu den Ausführungen von W. Astrow in Heft 1 dieser Zeitschrift bringt ein großer Aufsatz von Wiatscheslaw Polonskij unter dem Titel „Der Künstler und die Klasse" in Heft 9 der Zeitschrift „Nowyj Mir". Es handelt sich um die „Theorie der sozialen Bestellung", wie der neueste Terminus technicus lautet. Der Streit um diese Theorie ist außerordentlich bezeichnend für die geistige Verfassung des jungen Rußland.

Der Gedankengang ist in Kürze folgender: in der kommunistischen Proletarierrepublik hat alles der neuen herrschenden Klasse, eben dem Proletariat zu dienen. Da aber das bisher unterdrückt gewesene Proletariat zwar alle bedeutenden Fähigkeiten besitzt, die ihm das Recht auf Herrschaft sichern, nicht aber die positiven Kenntnisse und Erfahrungen, die bis vor kurzem das Vorrecht der nun ihrer Macht beraubten Bourgeoisie — oder Intelligenz; die beiden Worte sind im heutigen Rußland fast schon Synonyma — waren, kann das Proletariat die Bourgeoisie noch nicht entbehren. Die bourgeoisen Ingenieure müssen ihm seine Fabriken einrichten, die bourgeoisen Ärzte seine Krankheiten heilen, bis eine neue, rein proletarische, aber mit allen positiven Kenntnissen der alten Bourgeoisie ausgerüstete Generation herangewachsen ist.

Dieses Verhältnis will man nun in Rußland auch auf die schöne Literatur und Kunst übertragen sehen. So entstand die Theorie der ‚sozialen Bestellung", gegen die sich Polonskijs Essay wendet. Eine rein proletarische Kunst ist erst im Werden; die Versuche, sie künstlich hochzuzüchten, die in den ersten Revolutionsjahren angestellt wurden, sind gescheitert. Also müssen zu Verkündern dessen, was das Proletariat ist und was es will, was es denkt und was es empfindet, die „intelligenten" Dichter auf den Plan treten. Wenn ihr Schaffen im neuen Staat noch eine Bedeutung haben soll, so kann das nur auf dem Wege geschehen, daß sie sich in den Dienst des Proletariats stellen, seine „sozialen Bestellungen" ausführen.

Das alles ist ja nicht neu. Von dem Streit zwischen den „auf dem Posten stehenden" und den „Mitläufern" ist auch in dieser Zeitschrift oft genug die Rede gewesen. Was den Artikel Polonskijs wertvoll macht, ist aber der Umstand, daß er gerade vom marxistischen Standpunkt, gerade im Interesse des Proletariats und seiner noch werdenden Kunst die „Bestellungstheorie" ablehnt. An ein Gedicht von Nikolaj Asejew anknüpfend, in dem

Digitized by Google

der Dichter die „leuchtende, siegreiche Klasse" als seine „Ernährerin" und „Arbeitgeberin" preist, erklärt Polonskij, daß gerade dieses Bekenntnis den Dichter als Nichtproletarier, als Deklassierten kennzeichne. „Ist eine solche Psychologie der Isoliertheit denkbar bei einem Dichter, der sich aus voller Überzeugung zu den Proletariern zählt? Nein! Ein Dichter, der sich als Teil eines Ganzen fühlt, nicht als Knecht, der für einen Herrn arbeitet, sondern als organischer Teil eines Kollektivs, kann die Arbeiterklasse nicht mit Du anreden und sich selbst das Ich vorbehalten. Das Wort Wir, das ihn unlösbar mit der Arbeiterklasse verbände, ist ihm fremd. Denn er ist, wie so viele, ein Dichter der deklassierten Intelligenz unter der Diktatur des Proletariats."

Auf der Suche nach einer Basis für die Entwicklung ihrer Kunst, fährt Polonskij fort, sei diese Intelligenz zum Proletariat gekommen. Dagegen sei an sich nichts einzuwenden. Aber weil für diese deklassierten revolutionären Dichter das Proletariat eine fremde Klasse sei, wollen sie die Kluft überbrücken, indem sie die Theorie der „sozialen Bestellung" schaffen, die das Proletariat zum Meister und Brotgeber mache, in dessen Auftrag und Interesse der Dichter arbeite. Diese Theorie sei eine Erfindung jener, die — sicher aufrichtig und ehrlich — nach dem Siege der proletarischen Revolution Organe der siegreichen Klasse werden wollen, um einerseits nicht in der Welt allein zu stehen, andererseits ihr poetisches Schicksal mit der Revolution unlösbar zu verbinden, die aber übersehen, daß sie kraft ihrer Abstammung und früheren Entwicklung das gar nicht können. Das Proletariat aber braucht keine Dichter, die bereit sind, zu schreiben, was der Proletarier will, und so zu schreiben, wie das Proletariat es will, und dabei doch sozial, psychologisch und ideologisch dem Proletariat fremd bleiben. „Das Proletariat wartet auf den Künstler, der nicht auf ‚soziale Bestellungen' hin arbeitet, sondern durch den das Proletariat selbst der Menschheit seine innere Welt offenbart. Dieser Künstler wird aber kein ‚Meister' sein, der über die Köpfe der ‚Vermittler' (der Kritiker, Redakteure, Verleger) den ‚Besteller' vergeblich von Angesicht zu Angesicht zu erblicken sucht. Er wird Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein des Proletariats sein."

Für den Marxisten gehört ja die Klassenideologie zu den „gottgewollten Notwendigkeiten", über die man nicht hinaus kann; es ist aber bezeichnend, wie die besten Köpfe in Rußland jetzt schon über den einseitigen Fanatismus, dem vor wenigen Jahren noch rückhaltlos gehuldigt wurde (wer anders dachte, kam überhaupt nicht zu Worte), hinaus sind. Polonskij verwahrt sich gegen die Unterstellung, er verlange von allen Künstlern der Zeit, daß sie völlig im Proletariat aufgehen, und werfe alle, die dazu nicht fähig sind, einfach zu den Toten. Der Mensch verfügt über kein so hohes Maß von Willensfreiheit, daß er alles, was er seinem sozialen Milieu verdankt, seine Denkart, seine

Digitized by Google

sozialen Erfahrungen, seine psychologischen und ideologischen Gewohnheiten, einfach ablegen oder von Grund aus umgestalten könnte. Daß bedeutet aber nicht, daß er selbst nach einer so vollständigen Umwälzung, wie Rußland sie erlebt hat, ein Ausgestoßener, seiner Zeit Entfremdeter sein müsse, daß er diese Zeit überhaupt nicht verstehen, ihr nur blinde Feindschaft entgegenbringen müsse. Solange es neben dem siegreichen Proletariat noch andere gesellschaftliche Gruppen gebe, haben diese Gruppen auch das Recht, sich schöpferisch zu betätigen. Gerade die Werke einer Reihe von Schriftstellern, die aus dem Bauernstande hervorgegangen sind, und von den sogenannten „Mitläufern" aus den Kreisen der Intelligenz haben nach Polonskijs Meinung gezeigt, daß man, auch ohne ein organischer Teil der Arbeiterklasse zu sein, Werke schaffen könne, die im vollen Einklang mit der Zeitbewegung stehen, sie vorzüglich widerspiegeln, wenn auch unter einem nichtproletarischen Gesichtspunkt.

Es folgt dann eine sehr instruktive Charakteristik der „Mitläufer". Ihr rechter Flügel stützt sich auf die Epigonen der alten bourgeoisen Literatur, während der linke dem Proletariat sehr nahe kommt. Und solange unsere Revolution von einer Anzahl von Kräften bewegt wird, unter denen das Proletariat die wichtigste und führende, aber nicht die einzige ist, solange werden auch die ‚anderen' Kräfte, darunter die nach Millionen zählende Bauernschaft, ihre e i g e n e Literatur schaffen. Solange die kommunistische Gesellschaftsordnung bei uns nicht erreicht ist, solange die Bauernschaft im Verein mit dem Proletariat und unter seiner Leitung die Zukunft unseres Landes baut, solange die revolutionäre Intelligenz an dieser Aufbauarbeit teilnimmt, werden die ‚Mitläufer' der Revolution und die Bauerndichter neben den proletarischen Schriftstellern in unserer Literatur eine große Rolle spielen. Sie wird um so bedeutender sein, je näher sie den Forderungen der Revolution kommen, je ehrlicher und gründlicher sie ihre Aufgaben akzeptieren werden. Diese Rolle wird um so geringer sein, je enger sie sich mit den Epigonen der alten bourgeoisen Literatur und den Sängern der neuen Nep-Dichtung verbinden werden, deren Untergang unausbleiblich ist."

Und weiter: „Hier geht der rechte Flügel der Mitläufer in das Lager der Gegenrevolution über, das heißt, er hört auf, Mitläufer zu sein, und wird also das Schicksal der gegenrevolutionären bourgeoisen Literatur teilen müssen. Welche Gruppe der Mitläufer wir aber auch nehmen mögen, die rechte oder die linke, — niemals wird ihr Schaffen die Ausführung einer ‚sozialen Bestellung' der Arbeiterklasse sein. Mit anderen Worten — es wird eine revolutionäre Mitläufer-Literatur sein, teils glänzend, teils matt, nie aber proletarisch. Nur einzelne Dichter werden Dichter des Proletariats werden, jene, die imstande sein werden, das geistige Erbe des sozialen Milieus, in dem sie groß wurden, zu überwinden. Aber Ausnahmen bleiben eben Ausnahmen. Und

Digitized by Google

den Künstlern, die nicht dazu berufen sind, Verkünder der proletarischen Weltanschauung zu werden, bleibt die große Aufgabe, die Kunst weiter zu entwickeln, wie sie es verstehen, nach Maßgabe ihrer Kräfte, ihrer Talente, ihres Verständnisses der Gegenwart, ihrer revolutionären Gesinnung."

* * *

Von den älteren russischen Schriftstellern, die gegenwärtig wohl zu den „Mitläufern" gezählt werden, tritt S. Sergejew-Zenskij mit zwei größeren erzählenden Werken auf den Plan. In der „Krasnaja Now" erscheint der Roman „Die zum Untergang Verurteilten", im „Nowyj Mir" die Erzählung „Im Gewitter". Beide Werke sind noch nicht abgeschlossen, daher kann ein endgültiges Urteil über sie nicht gefällt werden, aber beide zeigen, daß der Verfasser des „Leutnant Babajew" auch heute noch zu den stärksten Erzählertalenten Rußlands gehört. Ja, seine Begabung hat sich in den letzten Jahren anscheinend noch weiter entwickelt, ist reifer und tiefer geworden. Von der Maniertheit seiner Frühzeit, wo er noch ganz unter dem Einfluß Leonid Andrejews stand, hatte er sich schon vor dem Kriege fast völlig frei gemacht; nun sind auch die letzten Spuren davon verschwunden und wir haben einen scharf beobachtenden Wirklichkeitsschilderer vor uns, der die besten Traditionen der älteren russischen Erzählungskunst erfolgreich fortbildet. „Im Gewitter" spielt, wie Schmeliows „Sonne der Toten", im großen Hungerjahr in der Krim und gibt ein gerade durch die unaufdringliche Schlichtheit der Darstellung erschütterndes Bild von der Not der Zeit. Im Mittelpunkt steht eine „intelligente" Familie, die sich den ungewohnten Verhältnissen anpassen muß. Die drei Gestalten des Mannes, eines Justizbeamten, der Frau und der zwölfjährigen Tochter, sind ganz plastisch gesehen; das Hauptthema dürfte wohl das Hineinwachsen des Kindes in die neue Zeit sein, — ein Problem, mit dem sich die russische Literatur bisher nur wenig beschäftigt hat: man sah die Jugend zu sehr durch die Parteibrille, beschäftigte sich fast nur mit der allerjüngsten Generation, für die die neue Ordnung das von vornherein Gegebene ist, und beachtete jene zu wenig, die von der großen Umwälzung in den Entwicklungsjahren getroffen wurden. Sollte die Fortsetzung von Sergejew-Zenskis Erzählung sich tatsächlich auf dieser Linie bewegen, so dürfte sie einen sehr wertvollen Beitrag zur Psychologie des werdenden Rußland bedeuten — von ihren rein dichterischen Qualitäten ganz abgesehen. Die Anfangskapitel des Romans „Die zum Untergang Verurteilten" führen den Leser in eine südrussische Provinzstadt, in das Alltagsleben von zwei „bürgerlichen" Familien; auch hier sind Charaktere und Milieu mit großer Anschaulichkeit geschildert, der Ton ist schärfer, die Farben sind greller als im „Gewitter", obgleich es ruhige Zeiten sind, in die der Erzähler uns führt — vor dem

Digitized by Google

Weltkrieg! —, und auch die erzählten Begebenheiten keineswegs aufregend sind.

In derselben Zeitschrift „Nowyj Mir", in der Sergejew-Zenskijs „Im Gewitter" erscheint, wird auch die Fortsetzung des Romans von Alexej Tolstoj „Der Marterweg" („Choshdenie po mukam") gedruckt. Das Schicksal dieses Romans ist ebenso eigentümlich, wie das seines Dichters. Graf Alexej Nikolajewitsch Tolstoj, der sich schon lange vor dem Kriege durch seine kraftvollen, humoristisch-idyllischen Geschichten aus dem Leben des russischen Landadels einen Namen gemacht hatte, flüchtete als überzeugter Gegner der Bolschewisten nach der Oktoberrevolution aus Rußland und lebte dann längere Zeit in Berlin und Paris. Hier entstand der erste Teil seines Romans, der von Anfang an als Trilogie geplant war. Dieser erste, im Weltkrieg spielende Teil, erschien auch deutsch unter dem Titel „Höllenfahrt" (München: Beck), übersetzt von Alexander Eliasberg, der gleichzeitig in seiner russischen Literaturgeschichte über Tolstoj schrieb, er scheine das Kreuz der Verbannung verhältnismäßig leicht zu tragen, denn er habe so viel Russentum in sich, daß er auch wohl auf fremder Erde noch lange werde schaffen können. Diese Prophezeiung erfüllte sich aber nicht; Tolstojs seelische Gebundenheit an die heimische Scholle war so groß, daß er das Leben im Auslande auf die Dauer nicht ertragen konnte: er schloß Frieden mit den Bolschewisten und kehrte nach Rußland zurück, nachdem er durch seine Mitarbeit an dem inzwischen längst eingegangenen Berliner Bolschewistenblatt „Nakanune" seinen Gesinnungswechsel öffentlich dokumentiert hatte. Wohl um die Maßgebenden in Rußland von der Ehrlichkeit dieses Gesinnungswechsels zu überzeugen, schrieb er dann, gemeinsam mit dem Historiker Stschegolew, jene Dramen aus der jüngsten russischen Geschichte, von denen eines, „Rasputin", gegenwärtig dank der Piscatorschen Inszenierung in Berlin viel von sich reden macht.[1]) Ob der zweite Teil seines Romans schon geschrieben war, als er die Heimreise antrat, wissen wir nicht; jedenfalls dürfte er ursprünglich nicht so geplant gewesen sein, wie man ihn jetzt im „Nowyj Mir" liest. Aber auch in seiner jetzigen Form wirkt er keineswegs unangenehm pamphletartig wie die Dramen Tolstojs. Der Zusammenbruch der Kerenskij-Republik, die ersten Phasen des Bürgerkrieges, werden kraftvoll und lebendig geschildert; überzeugend und erschütternd zugleich ist das Bild des friedensuchenden, todmüden Volkes, dessen „nackter menschlicher Instinkt" nur nach Ruhe verlangt. „Was früher die Dutzende

[1]) Mit welch souveräner Freiheit Herr Piscator in den Filmszenen, die in seiner Rasputin-Aufführung das eigentliche Drama umrahmen, um nicht zu sagen: überwuchern, die russische Geschichte behandelt, kann man daraus ersehen, daß er Iwan den Schrecklichen zum Ahnherrn der Romanows macht und die Hinrichtungsszenen aus dem russischen Dekabristenfilm kurzerhand in die Regierungszeit Nikolaus II. verlegt!

Digitized by Google

von Völkerschaften, die Rußland bewohnten, verbunden hatte, der politische Apparat des Kaiserreichs, das war in tausend kleine Selbstverwaltungsapparate zerfallen. Da war nur noch der Kosak am Don, der Mushik in seinem Dorf, der Tscherkesse in seinem Aul. Was kümmerte es den Ansiedler in Sibirien, ob die Deutschen die Ukraine besetzten oder nicht, was fragte der Fischer am Weißen Meer danach, ob die Engländer sich des Kaukasus bemächtigten! Das russische Kaiserreich hatte genug Blut vergossen, genug Knochen zerbrochen, in den Krieg ließ sich nun keiner mehr treiben. Das neue Vaterland, das Land der Arbeit, war noch nicht geboren. Da waren nur 150 Millionen todmüder Menschen auf russischem Boden . . ."

Ein abschließendes Urteil über Tolstojs Roman kann natürlich auch noch nicht gefällt werden. Soviel aber scheint sicher, — wir haben es mit einem wichtigen Zeitdokument zu tun, das auch literarisch von bedeutendem Wert ist.

* * *

Über die russischen Hochschulen war in den letzten Wochen wieder viel in der Presse zu lesen; es läßt sich aber nicht behaupten, daß das Bild, das man aus dieser Lektüre gewinnt, ein sehr erfreuliches wäre. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs scheint es immer noch recht schlimm bestellt zu sein. Von den Ergebnissen der Aufnahmeprüfungen in die Hochschulen wird berichtet, daß nur ein Viertel der Prüflinge — alles Abiturienten höherer Schulen — der Aufnahme in die Hochschulen würdig befunden wurde. Dabei waren die Anforderungen an die Examinanden sehr gering: ein russischer Aufsatz wurde für genügend erklärt, wenn er von ganz groben stilistischen und orthographischen Fehlern frei war. Dennoch erwiesen sich 40 Prozent der Arbeiten als unter Mittelmäßig und nur zehn konnten als über Mittelmäßig zensiert werden. Schlimmer noch sollen die Prüfungsergebnisse in der Mathematik gewesen sein. Interessant ist dabei noch, daß von kommunistischer Seite, und zwar in erster Linie von den Jugendverbänden (Komsomol) gegen die Hochschulen immer öfter der Vorwurf erhoben wird, sie seien rein bürokratische Institutionen und bildeten dementsprechend auch nur „typische bürokratische Beamte" aus. So liest man es z. B. im Zentralorgan des Komsomol, dem „Jungen Kommunisten", der sich bitter darüber beklagt, daß die Bauern- und Arbeitersöhne, die heute mehr als die Hälfte der Studierenden ausmachen, ihrem ursprünglichen Milieu völlig entfremdet werden und wenn sie in dasselbe zurückkehren, sich als große Herren und „Vorgesetzte" aufspielen.

Dabei ist der Bildungsdrang der russischen Jugend immer noch groß. Ein Beweis dafür sind die vielen Berichte über die außerordentlichen materiellen Schwierigkeiten, mit denen die russischen Studenten zu kämpfen haben, um sich das bißchen Bildung anzueignen, das ihnen geboten werden kann. Das Stu-

Digitized by Google

dentenelend ist ja in Rußland immer groß gewesen; gegenwärtig scheint es größer zu sein denn je, was natürlich auch mit der wesentlich veränderten sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft (worüber an dieser Stelle schon einmal berichtet wurde) zusammenhängt. Sehr wertvolles Material bietet in dieser Beziehung das von M. Bernstein und N. Rybnikow herausgegebene Buch „Das Zeitbudget unserer Jugend", das die Ergebnisse einer an den Moskauer pädagogischen Instituten vorgenommenen Umfrage über die Zeiteinteilung der Studierenden verarbeitet. Es erweist sich da, daß der russische Student mit Arbeit überlastet ist — wobei unter „Arbeit" aber nicht das Studium zu verstehen ist, sondern die „Nebenbeschäftigungen", die ihm das Existenzminimum sichern sollen —, daß von einem regelmäßigen, systematischen Studium bei den meisten kaum die Rede sein kann, daß der russische Student schlecht ernährt ist und zu wenig schläft usw.

Was hier in trockenen Ziffern zusammengestellt ist, das zeigt in konkreten Bildern wieder ein belletristisches Werk, — die Fortsetzung der hier schon besprochenen Erzählung von N. Ogniow „Das Tagebuch des Kostja Riabzew", die unter dem Titel „Kostja Riabzew in der Hochschule" die Studentenerlebnisse des jugendlichen Helden schildert. Da wird uns erzählt, wie Kostja und seine Freundin Wera sich ein „fürstliches Abendessen" verschaffen, indem sie zwei Kino-Freikarten, die ihnen als Studenten zustehen für den vollen Preis verkaufen und den Erlös — 80 Kopeken — in Lebensmitteln anlegen: zwei Pfund Wurst, zwei Pfund Schwarzbrot, zwei Salzgurken, vier Bonbons eine Schachtel Zigaretten für 11 Kopeken und eine Schachtel Streichhölzer. Bei alledem aber fühlt Kostja immer noch Gewissensbisse der Art und Weise, wie sie in den Besitz der 80 Kopeken gekommen sind. „Ich wittere hier immer noch so was wie Betrug. Du magst die Sache drehen und wenden wie du willst, — irgend jemand ist hier doch im Nachteil. Wir eignen uns fremdes Geld an!" Worauf Wera ihn beruhigt: „Erstens ist das Geld ein Überbleibsel der bourgeoisen Gesellschaftsordnung, und zweitens: haben wir nicht auch Arbeit gehabt? Und Geld ist doch der Lohn für die Arbeit. Wir haben uns körperlich und geistig anstrengen müssen, um zu diesem Gelde zu kommen . . ."

Dann werden wir in ein Studentinnenkonvikt geführt, dessen Insassinnen sich weder Tee noch Zucker kaufen können und daher zu ihrem Brot einfach heißes Wasser trinken. Dann „tippt eine mit dem Finger auf die Tischplatte, steckt den Finger in den Mund, als wenn sie einen Löffel mit Marmelade abschlecken wollte und sagt: ‚Ich habe Aprikosenmarmelade!' Gleich macht eine zweite dieselbe Bewegung und sagt: ‚Ich habe Erdbeeren!' Und so geht es weiter, bis die Sache ihnen langweilig wird".

* * *

Digitized by Google

Während das zehnjährige Jubiläum der Räterepublik in der ausländischen Presse eingehend erörtert worden ist, hat man von einem anderen russischen Jubiläum dieses Herbstes kaum irgendwo außerhalb Rußlands Notiz genommen: im September 1927 waren 175 Jahre seit der Gründung des ersten stehenden russischen Theaters verflossen und die Stadt Jaroslawl, aus der die ersten russischen Berufsschauspieler stammten, hat es sich nicht nehmen lassen, dieses Jubiläum durch eine historische Festvorstellung würdig zu begehen.

Der „Vater des russischen Theaters" war der junge Jaroslawer Kaufmannssohn Feodor Wolkow, der sich mit ein paar gleichgesinnten Freunden zusammentat und 1750 in einer Scheune Theateraufführungen veranstaltete, die so viel Beifall fanden, daß für sie bald ein eigenes Gebäude errichtet wurde und neben den Bekannten und Verwandten der jungen Künstler auch Fremde gegen Entgelt Zutritt erhielten. Berichte über diese Aufführungen kamen bis nach Petersburg, die Kaiserin Elisabeth, an deren Hofe bisher nur italienische Opern, französische Tragödien und deutsche Haupt- und Staatsaktionen (von der Ackermannschen Gesellschaft) aufgeführt worden waren, zeigte sich lebhaft interessiert, ließ Wolkow mit seinen Leuten 1752 nach Petersburg kommen und fand an ihrer Kunst so viel Gefallen, daß sie vier von den jungen Leuten (darunter Wolkow und den später berühmten Dmitrijewskij) zur weiteren Ausbildung in die Adelige Kadettenanstalt „zum Studium der Literatur, fremden Sprachen und Gymnastik" aufnehmen ließ. Zögling dieser Anstalt war auch der erste russische Tragödiendichter Sumarokow gewesen, der am 30. September 1756 zum Direktor des ersten russischen Hoftheaters ernannt wurde. Der an diesem Tage unterzeichnete Erlaß der Zarin verfügte gleichzeitig, daß für die russischen Theateraufführungen das „steinerne Haus von Golowkin auf Wasiljewskij-Ostrow" einzurichten sei. Das Personal des neugeschaffenen Theaters bestand aus Wolkow und seinen Jaroslawer Genossen, einer Anzahl in der Kadettenanstalt ausgebildeter Sänger und fünf Schauspielerinnen. Gespielt wurden Tragödien und Komödien von Sumarokow, Übersetzungen französischer Stücke usw. in einem Stil, der eine getreue Kopie der französischen klassischen Bühnenkunst war. Aber die Entwicklung der russischen Bühne zur Selbständigkeit vollzog sich mit kaum glaublicher Geschwindigkeit. Genau dreißig Jahre nach dem ersten Debut Wolkows vor der Zarin wurde in Petersburg Fonwisins „Landjunker" aufgeführt, die erste unmittelbar aus der Wirklichkeit schöpfende russische Komödie.

Digitized by Google

Bücherschau.

Zur Besprechung eingegangen:

Beckmann, Fritz: Ostpreußen und Polen. Ein Beitrag zum deutsch-polnischen Handelsvertrag. Berlin 1927. Verlag Paul Parey. (Aus „Berichte über Landwirtschaft", Neue Folge. Bd. VI, Heft 2. S. 174—212.) Preis: Mk. 1,—.

Birukoff, Paul: Vater und Tochter. Tolstois Briefwechsel mit seiner Tochter Marie. Zürich und Leipzig o. J. Rotapfel-Verlag. 234 S.

Ehrenburg, Ilja: Michael Lykow. Roman. Berlin 1927. Neuer Deutscher Verlag. 560 S. Preis: Mk. 4,80.

v. Engelhardt, Freiherr A.: Mischka. Neue Folge der Erinnerungen eines baltischen Weidmanns. Berlin 1928. Verlag Paul Parey. 327 S. Preis: Mk. 7,50.

Führer durch die Sowjetunion. Gesamtausgabe. Bearbeitet von A. Rado. Herausgegeben von der Gesellschaft für Kulturverbindung der Sowjetunion mit dem Auslande. Berlin 1928. Neuer Deutscher Verlag. 898 S.

Fülöp-Miller, René: Der Heilige Teufel. Rasputin und die Frauen. Mit einem Titelbild und 93 Abbildungen. Leipzig-Zürich 1928. 440 S. Preis: Mk. 14,—.

Hurwicz, Elias: Geschichte des russischen Bürgerkrieges. Berlin 1927. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. 302 S. Preis: brosch. Mk. 4,50.

Kessel, Joseph: Die rote Steppe. Novellen. Stuttgart 1927. Verlag Julius Hoffmann. 170 S.

Lüdtke, Franz: Grenzmark Posen-Westpreußen. Ein Heimatbuch. Leipzig 1927. Verlag Friedrich Brandstetter. 404 S. Preis: geb. Mk. 8,—.

Pirchegger, Simon: Die slavischen Ortsnamen im Mürzgebiet. Leipzig 1927. Verlag Markert & Petters. XXXI und 236 S. Veröffentlichungen des Slavischen Instituts an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin. Heft 1.

Rubiner, Frida: Die Grundlagen des Sowjetstaates. Ein Elementarkursus in vier Abenden. Berlin 1927. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 128 S. (Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes, Band 3.)

Rudolph, Theodor: Ist Danzig Militär- und Marinestützpunkt Polens? Danzig 1927. Westpreußische Verlags-A.-G. 20 S.

Schroeder, Herbert: Rußland und die Ostsee. Ein Beitrag zum Randstaatenproblem. Riga 1927. Verlag G. Loeffler. 277 S. Preis: Mk. 8,—.

Skalde, Hermann: Asien-Europa und das deutsche Schicksal. Basel 1927. Verlag Rudolf Geering. 39 S. Preis: brosch. Mk. 1,20.

Sun Yat-Sen: Die Grundlehren von dem Volkstum. Ins Deutsche übertragen von Tsan Wan. Berlin 1927. Schlieffen-Verlag. 200 S. Preis: Mk. 3,50.

Sun Yat-Sen: 30 Jahre chinesische Revolution. Ins Deutsche übertragen von Tsan Wan. Berlin 1927. Schlieffen-Verlag. 88 S. Preis: Mk. 2,—.

Bemerkung der Redaktion.

Damit von Januar 1928 an ein rechtzeitiges Erscheinen unserer Zeitschrift gewährleistet wird, wird die vorliegende Nummer in beschleunigtem Tempo — ohne die Berichte über Politik und Wirtschaft, die Bibliographie, die Zeitschriftenschau usw. — herausgebracht. Diese Maßnahme schien auch deshalb gerechtfertigt, weil im Augenblick die Entwicklung in der russischen und in der Osteuropa-Politik überhaupt in vollem Fluß ist und infolgedessen abschließende Berichte zurzeit nicht gegeben werden könnten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas, Berlin;
für den Anzeigenteil: Alfred Wiechert, Königsberg i. Pr.
Druck: Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G., Königsberg i. Pr., Tragh. Pulverstr. 20

Digitized by Google

Entrissene Ostlande

Von

Fr. Braun, Frz. Lüdtke, W. Müller-Rüdersdorf

Mit Buchschmuck und 17 Kunstbeilagen von W. Kotella, M. Odoy, R. Reimesch und C. Ziesmer
XII, 447 S. Großoktav m. 1 Kart. d. deutsch. Ostmark

In Ganzleinen gebunden 8.– RM.

„... Das Werk selbst ist kein politisches, sondern ein kulturelles Buch. Es soll die starken Wurzeln zeigen die das Deutschtum in den uns entrissenen Ostlanden hat, und in der großen Zahl seiner Beiträge in Poesie und Prosa das Verständnis für die Eigenart dieser Gebiete und ihres bitteren Geschicks wecken. Man muß den Herausgebern und den Mitarbeitern das Zeugnis ausstellen, daß ihnen dies durchaus gelungen ist. Insbesondere verdienen auch die zahlreichen künstlerischen Bilderbeilagen und Vignetten lobende Hervorhebung.

Ost-Europa 2 Jahrgang, Heft 6

*

Früher erschienen in derselben Sammlung:

Schlesien, Schlesiervolk, Oberschlesien

Riesen- und Isergebirge u. a.

Ausführliche Werbeblätter auf Verlangen portofrei

Verlag Friedrich Brandstetter
Leipzig C 1

NEUERSCHEINUNG!

Die Arbeitsschule in Sowjet-Rußland

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas

Groß-8°, 48 Seiten, steif geheftet RM. 1.80

Eines der interessantesten Probleme für Erzieher und Laien ist das neue russische Schulwesen. Es entspricht der Anteilnahme der deutschen Öffentlichkeit, daß die *Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas* anläßlich der von ihr mit dem *Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht* veranstalteten Ausstellung des Volksbildungskommissariats der UdSSR und der Gesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Auslande in Moskau einen instruktiven Führer herausgibt, der die Sowjetpädagogik aus der Feder führender russischer Schulmänner behandelt.

Mitarbeiter des Buches, das eine genaue Erläuterung von Gegenständen der Arbeitsschule bringt, sind u. a. A. Lunatscharsky, Volkskommissar für Volksbildung in der RSFSR; A. Pinkewitsch, Rektor und Professor der 2. Staatsuniversität Moskau; S. Lunatscharskaja.

Im OST-EUROPA-VERLAG
Königsberg i. Pr. und Berlin W 35

THE SLAVONIC REVIEW

A Survey of the Slavonic Peoples, Their History, Economics, Philology & Literature

Published Thrice Yearly
(March, June, December)

Price Six Shillings net. (Postage 6d.)
Annual Subscription I 6s. 6d. (post free)

Published by Jonathan Cape Ltd. 30 Bedford Square. London
for the School of Slavonic Studies in the
University of London, King's College

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **INHALT:** **Heft 4**

OTTO HOETZSCH: Rußlands Außenpolitik zu Beginn 1928 241

ROBERT ENGEL: Beethoven und Rußland 256

OSKAR V. BÜCHLER: Die Tätigkeit der Vitebsker Kommission zur Auswahl und Herausgabe alter Urkunden . . . 274

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:
I. Monatsbericht über die Innenpolitik von OTTO HOETZSCH 279
II. Wirtschaftsumschau von ROBERT SCHWEITZER 288
III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 298

Bibliographie, bearbeitet von H. JONAS 307

Bücherschau 309

Zeitschriftenschau 314

Notizen 324

Digitized by Google

Soeben erschienen! **Soeben erschienen!**

Das
JANUAR-HEFT der **Berliner Monatshefte**
für internationale Aufklärung

„Die Kriegsschuldfrage"

6. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Eingehende Widerlegung des Berichts, den die Kommission der Alliierten über die Schuld der Mittelmächte im Kriege erstattet hat und der die wissenschaftliche Basis des Art. 231 des Versailler Vertrages bildet; kritische Würdigung der Memoiren des englischen Generals Wilson für die Bedeutung des Kriegsausbruchs; Stellungnahme der amerikanischen Historiker zur Kriegsschuldfrage u. a.

Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die

„Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen", Berlin NW 6

Preis des Einzelheftes RM. 1.50

Die Auslese

Verlag O. H. Luken, Berlin SW 68, Zimmerstraße 71

Postscheckkonto: Berlin 78344

„Münchener Zeitung" vom 11. September 1927:

„Die Auslese bietet in ihren monatlich erscheinenden kleinen Heften einen erstaunlichen Reichtum an originellen Gedanken und an wichtigen Äußerungen zu den Weltereignissen und Weltproblemen. Man läßt sich leicht verführen, zu viel auf einmal von diesen kurzen Aufsätzen und Auszügen aus längeren Artikeln zu lesen, die aus den Magazinen der ganzen Welt mit kennerhaftem Scharfblick zusammen gelesen sind, und dann schwirrt dem Leser der Kopf von dem vielen Neuen, Anregenden, zum Nachdenken Verpflichtenden, was er in einer halben Stunde zu sich genommen hat. Aber in Ruhe genossen, sind diese Heftchen der „Auslese" beste, bekömmlichste Geistesnahrung."

„Hamburgischer Correspondent" vom 18. August 1927:

„Diese monatlich erscheinende Zeitschrift nimmt in veränderter Form den glücklichen Gedanken wieder auf, den seinerzeit „Das Echo" vertrat. Sie läßt durch ihre Mitarbeiter Hunderte von Zeitschriften des In- und Auslandes verfolgen und bringt eine Auswahl der wesentlichsten Aufsätze, die in diesen führenden Journalen erscheinen. Neben Deutschland fanden wir in den uns vorliegenden Heften vertreten die Schweiz, Frankreich, England, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Niederlande, Belgien, Nordamerika, Venezuela. Die Auslese vertritt keine einseitigen Tendenzen, sondern ist völlig unparteiisch. So wird die Zeitschrift allseitiges Interesse finden."

Einzelheft RM. 1,— **3 Monate RM. 2,50**

Verlangen Sie vom Verlag der „Auslese", unter Bezugnahme auf „Osteuropa", ein Heft zur Einsichtnahme, wodurch Sie nur die Verpflichtung eingehen, das Heft an den Verlag zurückzusenden, falls Sie sich nicht zu einem Abonnement entschließen.

Digitized by Google

Rußlands Außenpolitik zu Beginn 1928.

Von Otto Hoetzsch.

Das Jahr 1927 schließt mit einer sehr bedeutungsvollen Wendung in der russischen Außenpolitik. Sie ist nicht überraschend gekommen. Sie war längst vorbereitet und in diesem ihrem Wesen auch seit Monaten erkennbar. Aber sie ist erst in Genf und mit Stalins Formel auf dem Parteikongreß so deutlich geworden, daß mit ihr nun allgemein in Europa gerechnet werden kann und muß.

I.

In seiner großen Rede vor dem Parteikongreß, die an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich erörtert ist, hat Stalin den Satz ausgesprochen: „Unsere Aufgabe ist, den Krieg hinauszuschieben, uns durch einen Tribut an die Kapitalisten los zu kaufen und alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu treffen." Abermals hat er der Partei im Sinne Lenins die Theorie der „Atempause" plausibel gemacht, und er kann im Hinblick auf die großen Spannungen in der kapitalistischen Welt immerhin dabei auf Glauben rechnen. Er will im Innern und nach außen die friedliche Evolution, mit dem Zweck, den Sozialismus zu stärken, um ihn für die nächste große Auseinandersetzung fähig zu machen.

Aus solchem Zusammenhang treibt er eine betont friedliche Außenpolitik: Auf der Abrüstungskonferenz, in der Mitarbeit in Genf, wo Rußland eigentlich schon wie ein Völkerbundsgenosse am litauisch-polnischen Konflikt mitarbeitete, in den Gesprächen mit Polen über eine Garantie von dessen Ostgrenze und einen Sicherheitspakt mit ihm, in den Beziehungen zu Frankreich nicht nur in der Schuldenfrage, sondern auch in der Sicherheitsfrage der Idee Briands entgegenkommend, der Rußland gern im Völkerbund haben möchte. Schließlich in den Beziehungen zu England: die Wiederaufnahme der Fühlung mit ihm gelang. Rußland tat den ersten Schritt, und Stalins Energie wird diesen Faden nicht wieder abreißen lassen. Chamberlain aber, der in der Unterhaltung sofort das Problem der bolschewistischen Propaganda gestellt hat, versagte sich nicht, weil er mit Mißtrauen auf die französisch-russische Fühlungnahme in der Sicherheitsidee sah.

Digitized by Google

Als Exponent einer solchen Stalinschen Politik konnte Litwinow in Genf diesen ersten Schritt aus der Isolierung heraus tun. Das wird durch sich selber weiterführen und das paßt ausgezeichnet in Briands neue Ost-Idee.

Damit ist der Wille Rußlands zu einer entschiedenen und ehrlichen Friedenspolitik bezeichnet, in der aber ebenso ehrlich die Hoffnung ist, daß eben die großen Gefahrmomente in der kapitalistischen Welt und Weltpolitik zu gewaltigen Zusammenstößen führen und damit zu einer weiteren Etappe der Weltrevolution, und der Wille, für diese Aussichten das sozialistisch organisierte Rußland so stark wie irgend möglich zu machen. Faßt man das Problem, das für Rußland zugleich auch ein Problem der Innenpolitik ist, so, wie es nach unserer Überzeugung allein gesehen werden kann, so ist im Grunde der Unterschied, der sachliche Gegensatz zwischen Mehrheit und Opposition gar nicht besonders groß.

II.

Diese nunmehr ganz klare und bewußt programmatische Haltung sieht naturgemäß die Aufgabe vor allem im Westen. Der Osten, der ferne Osten vor allem, auf dessen revolutionäre Erfolge man so große Hoffnungen gesetzt, um dessen Probleme man sich in der Parteiauseinandersetzung so sehr ereifert hatte, tritt dahinter sehr zurück.

Allerdings sorgt der Fortgang der Ereignisse in China dafür, daß die Frage für Rußland doch nicht erledigt ist. Nach der Unterdrückung der Kommunisten durch die nationalistische Regierung des Südens wurde den chinesischen Kommunisten die Losung gegeben, statt weiterer Beteiligung an diesen Kämpfen örtliche Sowjets zu bilden. Das Rezept scheint vielfach befolgt zu sein und der große Aufstand in Kanton, der radikale Putsch dort (11.—14. Dezember), sollte wohl der Ausgangspunkt für eine kommunistische Aufstandsbewegung über den ganzen Süden hin sein, aus der für Rußland große Hoffnungen gereift wären.

Diese Gefahr hat die militärische und politische Führung des Südens erkannt. In ihr ist Tsang Kai Yek wieder in die Höhe gekommen. Er und die Regierung von Nanking haben Kanton wieder erobert und den Aufstand in einem furchtbaren Blutvergießen erstickt. Der Putsch wurde niedergeworfen, die schon gebildete Kommunistische Räteregierung von Kanton beseitigt und bei dieser Niederwerfung wurde eine ganze Reihe von Russen, die man für die Beteiligung an den Wirren verantwortlich machte, erschossen. Noch mehr: die Nanking-Regierung hat darauf am 15. Dezember den russischen Generalkonsul in Schanghai ersucht, das Gebiet zu verlassen, und hat die Beziehungen mit Sowjetrußland abgebrochen. Tschitscherin hat darauf am 16. mit folgender Note geantwortet:

„Die Sowjetregierung hat niemals die sogenannte Nationalregierung in Nanking anerkannt, in deren Namen dem Sowjetkonsul in Schanghai

Digitized by Google

die Note vom 15. Dezember überreicht worden ist. Der Nationalregierung in Nanking kann nicht unbekannt sein, daß sämtliche Konsulate der Sowjetunion auf chinesischem Boden auf Grund des Vertrages zwischen China und der Sowjetunion, der 1924 in Peking unterzeichnet worden ist, bestehen. Deshalb kann die Erklärung in der Note der „Nationalregierung" von Nanking über die Annullierung der Anerkennung der Konsuln in den verschiedenen Provinzen lediglich bedeuten, daß die Generale von Nanking, welche die Macht ergriffen haben, unter dem Druck der Imperialisten es für angemessen erachtet haben, in ihrer Machtzone vornehmlich Konsuln jener Länder zu haben, die „ungleiche Verträge" mit den Chinesen aufrechterhalten. Die Sowjetregierung muß die unbegründeten Erklärungen der Note vom 15. Dezember auf das Entschiedenste zurückweisen, daß die Sowjetkonsulate und die staatlichen Handelsgesellschaften der Sowjetunion „zum Zweck kommunistischer Propaganda und als Asyl für Kommunisten" ausgenützt würden. Insbesondere müssen wir die gegen unser Konsulat in Kanton erhobene Beschuldigung auf das Entschiedenste zurückweisen, daß es als Stützpunkt für die Leitung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern von Kwantung gedient haben soll. Es ist nichts Neues, daß die Revolutionsbewegung der Arbeiter und Bauern in China als ein Ergebnis der Tätigkeit der offiziellen Sowjetinstitution angesehen wird. Bereits seit einigen Jahren betrachteten die Feinde des chinesischen Volkes, die Imperialisten aller Länder, die große Revolutionsbewegung des chinesischen Volkes als das Resultat der Intrigen „äußerer Kräfte". Die Tatsache, daß die „Nationalregierung" von Nanking jetzt die gegenrevolutionären Legenden der Unterdrücker des chinesischen Volkes wiederholt, zeugt am besten davon, wessen Willen sie jetzt willfährt."

Schwerlich wird Rußland bestreiten können, daß sich Russen am Kampf beteiligt haben, und wie sehr Sowjetrußland an den chinesischen Revolutionskämpfen interessiert ist, haben gerade die Erörterungen der Partei, die vor aller Öffentlichkeit geführt worden sind, gezeigt. Zugleich aber spürt auch Rußland seine Machtlosigkeit in den fernöstlichen Auseinandersetzungen erneut.

Für den N o r d e n gilt, daß bekanntlich die M o n g o l e i mit ihren etwa zwei Millionen Einwohnern zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich mit Sowjetrußland verbunden ist. Die Schwierigkeiten und Probleme dort kamen auf dem letzten, 6. Parteikongreß der Sowjetmongolei zur Sprache. Daß dieser Teil schon vollständig von dem Sowjeteinfluß durchdrungen sei, wird wohl nicht behauptet werden können. Dann ist aber auch die Position Rußlands weiterhin in der Mandschurei schwach und empfindlich.

Das gilt vornehmlich für die o s t c h i n e s i s c h e B a h n. Deren Einnahmen im Jahre 1927 werden auf 62 Millionen Rubel veranschlagt, 70 % mehr als 1924. Der Reingewinn der Bahn dürfte 1927 14,5 Millionen Rubel erreichen. Für Neubauten und Erweiterungsarbeiten sind in den letzten drei Jahren 13,9 Millionen Rubel verausgabt worden. Der Güterverkehr erreichte 1926 328,2 Millionen Pud, d. s. 24.5 % mehr als im Vorjahre. Die Eigentumsverhältnisse sind wohl an sich klar, aber tatsächlich bestritten. Japan verfügt über die „südmandschurische Eisenbahn" und die Nachricht, daß es zum Ausbau über eine Anleihe von 30 Millionen Dollar mit dem Bankhaus Morgan verhandelt,

Digitized by Google

hat nicht nur in China große Beunruhigung hervorgerufen, sondern auch in Rußland.

Wie bekannt, war Rakowski als Botschafter in Tokio in Aussicht genommen. Seine Laufbahn ist jetzt mit dem Ausschluß aus der Partei vollends zu Ende. Zum Botschafter in Tokio wurde Trojanowski ernannt. Die Ernennung eines verhältnismäßig Unbekannten, der keine Leistungen aufzuweisen hat, zeigt, daß die russische Regierung wenig Auswahl für so wichtige Posten hat.

Viel Beachtung findet die Reise des Grafen Goto nach Rußland. Er war ja längere Zeit auswärtiger Minister Japans und Präsident der südmandschurischen Eisenbahn. Seine Reise hat Bedeutung vor allem für die wirtschaftlichen Beziehungen. Das japanische Wirtschaftsleben verlangt etwas ungefähr, wie es zwischen Rußland und Persien zustande gekommen ist, die Sicherheit eines bestimmten Absatzes japanischer Waren in Rußland, wozu ein staatliches Syndikat für den japanischen Handel in Rußland notwendig wäre. Das ist ein sehr interessanter Gedanke, die Idee, dem russischen Außenhandelsmonopol eine gleichartige Organisation gegenüber zu stellen. Man sagt, daß Goto eine japanische Verständigung mit Rußland wie mit Deutschland wünsche. Das möge auf sich beruhen. Wichtig ist vor allem dies Unternehmen unter dem Handelsgesichtspunkt, der aber nichts dagegen besagt, daß nicht auch Japan weiter wie bisher auf alle Weise seine Position in der südlichen Mandschurei auf Kosten Rußlands auszudehnen sich bemühte, und die Machtlosigkeit Rußlands kann einer japanischen Expansion, wenn sie entschieden vorgeht, kein ernstes Hindernis entgegenstellen.

Der russisch-persische Vertrag vom 1. Oktober wurde schon besprochen. Ihm ist am 28. November ein Vertrag zwischen Afghanistan und Persien in Kabul gefolgt. Wir haben jetzt die Verträge Rußlands mit der Türkei, Afghanistan und Persien, die man als ein sozusagen vertikales System bezeichnet, und dazu die Verträge der Türkei mit Persien und Persiens mit Afghanistan, der dem türkisch-persischen Vertrag von 1926 nachgebildet ist. Diese Verträge kann man dann als horizontales System bezeichnen. Es stellt einen Block von Staaten dar in Vorderasien einheitlich gegen England und wenigstens neben dem, ursprünglich gegen den Völkerbund. Die Frage, ob dieses Vertragssystem dem Völkerbund oder dem Locarnovertrag angeglichen werden kann, gehört nun auch zu den Problemen der großen Politik Rußlands.

Auf diesem Felde ist ja der englisch-russische Gegensatz am stärksten. Die russische Politik geht mit diesen Verträgen vor, aber sie hat auch im Hedschas (Ibn Saud) mit Propaganda und Handel Fuß zu fassen versucht und tut das in Ägypten vor allem im Baumwollhandel. Das Hauptfeld aber des Kampfes ist ja Persien, wo Rußland mit seinem letzten Vertrag durch Zugeständnisse ein verlorengegangenes Terrain wieder

Digitized by Google

zu erobern sich bemüht und England gegen den Selbständigkeitswillen Persiens zu kämpfen hat. Je günstiger das Verkehrsnetz ausgebaut wird, um so besser wird Englands Stellung, das zudem durch die „Anglo Persian Oil-Company" und deren Abgaben an den persischen Staat eine bedeutende Position hat.

Indes: der Kampf und Gegensatz als solcher ruht! Zwischen Rußland und England befestigen sich die zwischenliegenden asiatischen Staaten immer mehr in ihrer Selbständigkeit. Für die große Politik aber ist am wichtigsten der durchgehende Gedanke der russischen Vertragspolitik: friedlich, uneingeschränkter Nichtangriffspakt, Grenzgarantie, und das Verhältnis dieser Idee und ihrer Fassung zum Völkerbundsrecht, neben dem Rußland in Genf selbst mitzuarbeiten begonnen hat. Der springende Punkt ist klar: Die noch nicht entschiedene Frage, die für einen Nichtangriffspakt ganz entscheidend ist, wer Angreifer ist, und die konkrete Notwendigkeit für Rußland, in einem Schiedsgerichtsvertrag dann den Schiedsrichter aus einem kapitalistischen Lande anzuerkennen, da es außer Rußland kein anderes sozialistisches Staatswesen gibt. Inwieweit die russische Vertragspolitik in ihrer bisherigen Linie gegen den Völkerbund nun auch hier abbiegt, das wird sich erst im Verlauf von Rußlands Mitarbeit im Genfer Sicherheitskomitee zeigen.

III.

In Heft 2 (Seite 153) ist die Note Tschitscherins über die Teilnahme Rußlands an der Abrüstungskonferenz mitgeteilt worden. Der Entschluß wurde in Frankreich kühl, in England wenigstens im Lager des englischen Liberalismus mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Liegt es doch auf der Hand, daß die Abrüstungsbewegung, wenn sie überhaupt vorwärts kommen kann, nur durch eine Mitarbeit Rußlands gefördert werden kann. Zu dem Entwurf der Abrüstungskonferenz erster Lesung haben ja Estland, Lettland, Finnland, Polen und Rumänien ausdrückliche Vorbehalte gemacht, bis Rußland einer gleichen Konvention zuträte.

Schon zweimal nahm Rußland 1927 an einer solchen Konferenz teil, jetzt durch eine maßgebliche Persönlichkeit seiner Regierung. Die Einstellung zu Genf hat sich dabei verändert. Sowjetrußland lehnte bisher alle „pazifistischen Bestrebungen" ab, jetzt aber beginnt es eine realpolitische Mitarbeit an ihnen. Litwinow sagte vor seiner Abreise noch bestimmter, daß die Sowjetdelegation „auch mit einer allmählichen Durchführung des Abrüstungsplanes in Terminen, die die Konferenz festzulegen hat, einverstanden" sei, daß sie vor allem die „Notwendigkeit der Schaffung wahrhaft fester und wirksamer Friedensgarantien" betonen werde. Dieser Hinweis zeigt, ebenso wie ein Artikel von Boris Stein, dem Chef der europäischen Abteilung im Außenministerium (Iswestija 24. 11.) deutlicher als die Reden in Genf

Digitized by Google

selbst, wie die Direktive für Rußlands Mitarbeit an dieser Frage nach Stalins Willen sein soll: mit allen Vorbehalten, doch abseits der weltrevolutionären Ideologie, Mitarbeit an den einzelnen Etappen, und wohl im besonderen auch an einem Ausbau der Sicherheitspakte, für die das Problem soeben gestellt wurde.

Die russische Delegation für Genf bestand aus Maxim Litwinow, Mitglied der Zentralexekutivkomitees und Stellvertretender Volkskommissar für Äußeres, Lunatscharski, Mitglied des Zentralkomitees und Volkskommissar für den Unterricht, Theodor Ugaroff, ebenfalls Mitglied des Zentralkomitees und Mitglied des Zentralkomitees der Gewerkschaften, Simeon Pougatscheff, Stellvertretender Generalstabschef der roten Armee. Außerdem nahmen teil als Sekretäre u. a. Stein und Frau Litwinow, die Gattin des Delegationsführers, sowie Admiral Berens, der schon an der Marineabrüstungskonferenz in Rom 1924 und an der Konferenz in Lausanne 1922/23 teilgenommen hat. Ugaroff ist Mitglied des Exekutivkomitees der Partei und Präsidialmitglied des Zentralkomitees der Gewerkschaften.

Am. 30. trat Litwinow in Genf mit einer großen Rede vor der Konferenz auf, die die bisherige Abrüstungstätigkeit aufs schärfste kritisierte und einen ganz radikalen Gesamtvorschlag der Abrüstung machte:

1. Entlassung aller militärischen Stände und Verbot ihrer Wiedereinberufung. 2. Zerstörung aller Waffen, der Munition und des Kriegsmaterials. 3. Liquidation aller Kriegs- und Luftschiffe. 4. Aufhören der militärischen Ausbildung jeder Art und Verbot des Militärdienstes. 5. Verbot, die Reservisten einzuberufen. 6. Schleifung sämtlicher Festungen. 7. Unterdrückung der Kriegsindustrie. 8. Unterdrückung des Militärbudgets. 9. Auflassung aller militärischen Zwecken dienenden Ministerien, Direktionen usw. sowie der Generalstäbe. 10. Gesetzliche Unterdrückung aller militärischen Schulen einschließlich derjenigen für die Jugendausbildung. 11. Unterdrückung aller Militärzwecken dienenden Erfindungen. 12. Gesetze, welche Verstöße gegen diese Verbote bestrafen. 13. Auflassung aller Verträge und Vertragsbestimmungen, die diesen Vorschriften zuwiderlaufen. Er beantragte:

1. Sofort mit der Ausarbeitung eines detaillierten Konventionsprojekts zur Generalabrüstung aller Staaten auf der Basis der Vorschläge der Sowjetdelegation zu beginnen; 2. für den Monat März 1928 oder später die Abrüstungskonferenz einzuberufen, um diese Vorschläge zu besprechen und die Propositionen der russischen Delegation zu bestätigen.

Da die Konferenz nur die Geschäftsordnung festsetzte (20. Februar Sicherheitskomitee, 15. März Abrüstungskonferenz), so erfolgte auf diese Ankündigung in Genf nichts weiter. An der Abrüstungskonferenz wird sich Rußland weiter beteiligen, an dem Sicherheitskomitee wird es nur als Beobachter teilnehmen. So ist auch Litwinow bei seiner Begründung da geblieben. Er hat am 14. Dezember vor dem Parteikongreß ausführlich Bericht erstattet (Iswestija 15. 12.). Der Kongreß hat einstimmig seine Haltung gebilligt.

Digitized by Google

Diesem Anfang einer Mitarbeit entspricht, daß Rußland einmal sich bereit erklärte, das Protokoll gegen den Giftgaskrieg vom Juni 1925 zu unterzeichnen (2. 12.). Das ist die erste politische Konvention des Völkerbundes, der Rußland beitritt. Bisher ist es nur an Völkerbundskonventionen zur Hygiene beteiligt gewesen. Noch wichtiger ist sodann, daß Rußland eine diplomatische Mission in Genf, einen ständigen russischen Beobachter beim Völkerbund einsetzt. Es ist noch nicht möglich, eine Delegation beim Sekretariat für Rußland zu schaffen, da das durch den Schweizer Bundesrat genehmigt werden müßte, und bekanntlich zwischen Rußland und der Schweiz keine diplomatischen Beziehungen bestehen, eine Zustimmung des Bundesrates also eine Anerkennung Sowjetrußlands wäre, die von der Schweiz abgelehnt wird. Deshalb will Rußland nur einen ständigen Beobachter einsetzen, einen russischen offiziellen Journalisten, den Vertreter der „Taß", Rajewski.

Damit ist im ganzen der Beginn einer Mitarbeit Rußlands am Völkerbund gemacht, der, wenn man auf die drängenden Motive der inneren Politik hinsieht, nur der Anfang zu weiteren, noch wichtigeren Schritten sein wird.

IV.

Rußland hat am litauisch-polnischen Konflikt und seiner Entspannung mitgearbeitet wie ein Völkerbundsgenosse. Der Konflikt beruhte in der Tatsache, daß bisher zwischen Litauen und Polen noch Kriegszustand bestand. Ferner war er an Minderheitsstreitigkeiten über polnische Lehrer in Litauen und litauische im Wilnagebiet entstanden, an Sperrungen litauischer Schulen besonders des Lehrerseminars in Wilna. Deshalb klagte Litauen beim Völkerbund aus dem Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919. Es ging weiter, indem es wegen Wilna den Artikel 11 der Völkerbundspakte anrief, die Vermittlung des Völkerbundes in einem Konflikt mit Polen.

Die litauische Note vom 11. Oktober hat folgenden Wortlaut:

„Unter dem Deckmantel angeblicher Polenverhaftungen durch die litauische Regierung hat die polnische Regierung am 4. Oktober im Wilnaer Gebiet die Schließung eines Lehrerseminars und von 45 Volksschulen angeordnet sowie 120 litauische Führer und Mittelschullehrer verhaften lassen. Die polnischen Blätter haben ein angebliches Schreiben von 28 in Worny internierten polnischen Lehrern veröffentlicht. In diesem wird Polen gebeten, Schritte gegen die Internierung von polnischen Lehrern zu unternehmen. Dieser Brief sowie die Beschuldigungen über die Polenverfolgungen in Litauen sind erfunden. Die litauische Regierung bittet um Anwendung der Maßnahmen, die in dem am 28. Juni 1919 mit Polen abgeschlossenen Minderheitsvertrage vorgesehen sind. Eine ausführlich begründete Klageschrift wird noch folgen."

So rollte Litauen die Wilna-Frage auf, wohl ohne sich genau zu überlegen, was das bedeutete. Polen drehte den Spieß um und wies auf den Kriegszustand, den Litauen noch aufrecht erhalte, hin, bezeichnete ihn als unerträglich zwischen zwei Völker-

Digitized by Google

bundsgenossen. Zugleich entstand in Europa eine große Sorge auf Grund von Panikmeldungen über Truppenbewegungen, Mobilisierung, polnische Absichten, in der Wilnafrage vollendete Tatsachen zu schaffen. In dieser Spannung griff Rußland ein mit einer Note an Polen vom 24. November. In der gleichen Weise griff es auch, wie später bekannt wurde, in Kowno ein, wo es mahnte, den Kriegszustand aufzuheben.

Der Wortlaut der russischen Note ist: „Die in der letzten Zeit gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen, die eine Bedrohung für den Frieden bedeuten, beunruhigen die Sowjetregierung. Diese kann nur alarmiert werden durch die Entwicklung eines Konfliktes, der voll ernster Komplikationen ist und zu einem neuen Blutvergießen und neuen Leiden für Millionen von Arbeitern ganz Europas führen kann. Ohne zum Kern des Zwistes vordringen zu wollen, der Polen und Litauen veruneinigt, legt die Sowjetregierung Gewicht darauf, darzutun, daß die Aufrechterhaltung des Friedens viel mehr von Polen als von Litauen abhängt. In der Tat kann letzteres Land angesichts seiner Hilfsmittel nicht die Verwirklichung seiner Aspirationen in einem bewaffneten Konflikt mit Polen suchen. Die Sowjetregierung hat auch nicht verfehlt, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Regierung von Litauen auf die Notwendigkeit zu lenken, jede Handlung zu vermeiden, die eine an sich schon zu gespannte Lage verschärfen könnte. Die Sowjetregierung ist davon überzeugt, daß man sämtliche strittigen Punkte zwischen diesen beiden Staaten durch rein friedliche Mittel lösen kann. Indessen verschärft sich die Verstimmung zwischen beiden Ländern fast täglich, und die Gerüchte von einem möglichen bewaffneten Konflikt alarmieren immer mehr die öffentliche Meinung aller Länder. Die öffentliche Meinung der Sowjetrepublik wird besonders beunruhigt durch die Tatsache, daß in der seriösen polnischen Presse, ohne von kompetenter Seite dementiert zu werden, Nachrichten erschienen sind, daß die polnische Regierung entschlossen sein soll, radikal den Knoten der polnisch-litauischen Beziehungen zu zerhauen. Ohne untersuchen zu wollen, inwieweit all diese alarmierenden Nachrichten wohl begründet sind, sieht sich die Sowjetregierung, die der unmittelbare Nachbar Polens und Litauens ist und deshalb besonders an der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa interessiert ist, gezwungen, ganz besonders die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die ungeheuren Gefahren zu lenken, die ein eventuelles von irgendeinem Lande gegen die Unabhängigkeit Litauens begangenes Attentat bedeuten würde, in welcher Form es auch geschehe. Sie gibt der Gewißheit Ausdruck, daß die polnische Regierung, die noch jüngst sehr feierlich ihre Friedensliebe betont hat, die drohende Kriegsgefahr zu vermeiden wissen wird. Die Sowjetregierung hofft, daß die polnische Regierung die gegenwärtige Note als eine Demarche auffassen wird, die ausschließlich diktiert ist von dem Wunsche, den Frieden zu verewigen und insbesondere die Friedfertigkeit und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion sich entwickeln zu sehen."

Bei der Durchreise nach Genf traf Litwinow in Berlin mit dem deutschen Außenminster zusammen. Über die Zusammenkunft wurde amtlich mitgeteilt:

„Litwinow gab dem Reichsaußenminister Kenntnis von der gestern in Warschau überreichten Note der Sowjetregierung, in der diese ihren Besorgnissen über die litauisch-polnische Spannung und über die sich daraus möglicherweise ergebenden Gefahren Ausdruck gegeben hat. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß es im allgemeinen Interesse dringend wünschenswert ist, jede Störung der friedlichen Entwicklung zu vermeiden und allseitig die Bemühungen auf die baldige Behebung der bestehenden Schwierigkeiten zu richten."

Digitized by Google

Damit war die deutsch-russische Zusammenarbeit soweit wie möglich festgelegt und gekennzeichnet. Während man in Polen Hoffnungen auf Frankreich setzte, auch den Besuch des Sondergesandten Frankreichs, des Marschalls Franchet d'Esperey dafür einstellte, steigerte die russische Presse wohl absichtlich die Spannung in Europa durch Erörterungen über polnische Putschabsichten und dergleichen. Das veranlaßte Polen zu einer Zirkularnote an die Mächte vom 28. November:

„Infolge einer auf Art. 11 der Satzung gestützten Beschwerde der litauischen Regierung über die polnische Regierung ist die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates gesetzt worden. Unter diesen Umständen legt die polnische Regierung Wert darauf, ihre Haltung hinsichtlich der Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch einmal genau darzulegen.

Die polnische Regierung erklärt, daß sie keinerlei Absichten gegen die politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der litauischen Republik verfolgt, und einzig das Ziel im Auge hat, in friedlichstem Geiste normale, gutnachbarliche Beziehungen mit Litauen anzuknüpfen. Der Wunsch der polnischen Regierung stößt jedoch fortgesetzt auf die kategorische Weigerung aller litauischen Regierungen, die heute wie auch früher behaupten, ihr Land befinde sich mit Polen im Kriegszustand. Nach Ansicht der polnischen Regierung darf dieser einzigartige Zustand, der ohne Präzedenzfall dasteht und schwere Gefahren für die friedliche Zusammenarbeit der Nationen in sich birgt, nicht länger andauern.

Die polnische Regierung ist überzeugt, daß dieser Standpunkt von allen Regierungen und von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt geteilt wird, und daß die Regierungen alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um dem von der litauischen Regierung so beharrlich proklamierten Kriegszustand ein Ende zu machen."

Marschall Pilsudski trieb die Aufregung noch höher, indem er nach Wilna fuhr. Er hat dann in einer Erklärung vom 1. Dezember mitgeteilt, daß Litauen mobilisiert habe (was nicht richtig war) und fuhr fort:

„Angesichts des Kriegszustandes, den uns die litauische Regierung seit langem aufzwingt, habe ich lange darüber nachgedacht, ob ich eines Tages darauf antworten müsse. Jetzt ist die Debatte über den Kriegszustand auf internationalen Boden getragen worden, wo die pazifistischen Tendenzen vorherrschen. Ich beschloß, der Staatsraison, d. h. der Logik zu folgen, und ich erklärte dem französischen Botschafter am Tage nach der litauischen Mobilisation, ich würde nicht mobilisieren, bevor ich die Antwort des Völkerbundsrates auf unsere Note erhalten hätte."

Dieser Haltung gab er noch Nachdruck durch die Meldungen, daß er selbst nach Genf fahren werde. Gleichzeitig stieg die Erregung weiter, weil den litauischen Emigranten in Riga Putschpläne, mit Unterstützung des polnischen Gesandten, nachgesagt wurden.

Alles das ist offenbar viel zu ernst genommen worden. Die Stellung Woldemaras' ist fester, als man annahm, die Bedeutung der Emigranten, auch die Arbeit ihres Führers Pleschkaitis geringer als man glaubte, und die Selbstbeherrschung Polens und seines Marschalls war größer, als Europa glaubte. Er weiß ja auch besser als alle anderen, daß ein militärisches Abenteuer, eine militärische Auseinandersetzung auch für Polen nicht ohne Risiko wäre.

Digitized by Google

Am 7. Dezember traten Woldemaras und Zaleski einander gegenüber. Am 10. Dezember brachte der Völkerbundsrat eine vorläufige Lösung zustande:

„Der Völkerbundrat erklärt, daß der Kriegszustand zwischen Mitgliedern des Völkerbundes unvereinbar ist mit dem Geiste und dem Buchstaben des Paktes, durch den Litauen und Polen gebunden sind. Er nimmt Kenntnis von den feierlichen Erklärungen des Vertreters Litauens, daß Litauen sich nicht als im Kriegszustand mit Polen befindlich betrachte und daß infolgedessen zwischen den beiden Ländern der Frieden besteht. Er nimmt Kenntnis von den feierlichen Erklärungen des Vertreters Polens, wonach die polnische Republik anerkennt, daß sie die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der litauischen Republik achten wird.

Er empfiehlt den beiden Regierungen, so bald als möglich direkte Verhandlungen einzuleiten, um zur Herstellung solcher Bestimmungen zu kommen, die geeignet sind, zwischen den beiden Nachbarstaaten „das gute Einverständnis herzustellen, von dem der Friede abhängt". Er stellt die guten Dienste des Völkerbundes und seiner technischen Organe beiden Parteien zur Verfügung, falls ihre Hilfe in den empfohlenen Verhandlungen gewünscht wird.

Er beschließt, daß die Klagen der litauischen Regierung hinsichtlich der Behandlung der Personen litauischer Rasse oder Sprache, von denen in seinen Gesuchen an den Völkerbund die Rede ist, vom einem Komitee geprüft werden.

Der Rat erklärt, daß die gegenwärtige Resolution nicht diejenigen Fragen berührt, über welche die beiden Regierungen verschiedene Ansichten haben.

Zu den letzten Punkten heißt es im Bericht von Belaerts, daß mit diesen Schwierigkeiten gemeint sind „z. B. die Rechte, welche die litauische Regierung auf das Gebiet von Wilna geltend machen zu können glaubt."

Damit war Litauen aus der Sackgasse, in die es sich selbst hereinmanövriert hatte, heraus. Es hebt den Kriegszustand zwischen sich und Polen auf, ohne die Beziehungen mit Polen zu überstürzen. Es hat sein Recht auf Wilna nicht preisgegeben. Es sieht seine Unabhängigkeit und Integrität auf das feierlichste nicht nur von Polen, sondern vom Völkerbundsrat im ganzen anerkannt. So konnte Woldemaras mit dem Ergebnis zufrieden sein. Auch Polen hat das seine durchgesetzt, die Aufhebung des Kriegszustandes, in dem es die nochmalige Anerkennung seines Besitzes von Wilna sieht, eines Angelpunktes jedes polnischen Aufmarsches gegen Rußland.

Die Frage kann nun hier nicht stehen bleiben. Die Verhandlungen zwischen Litauen und Polen über die Konsequenzen beginnen jetzt. Ist eine litauisch-polnische Verständigung überhaupt denkbar? Wir registrieren dafür lediglich die Gedanken und Bemühungen des Kownoer Professors Herbatschewski, der mit Wissen von Woldemaras im Sommer zwischen Litauen und Polen zu vermitteln suchte. Weil seine Gedankengänge wohl die Pilsudskis und der litauischen Verständigungspolitiker enthalten, seien sie nach einem Interview von ihm in den „Jaunakas Sinas" (Neueste Nachrichten) 21. 11., dem größten lettischen Blatt, wiedergegeben:

„Nehmen wir an, daß Polen jetzt Wilna an Litauen abträte — falls dann ein Krieg entsteht, könnte das militärisch schwache Litauen Wilna

Digitized by Google

nicht schützen, und der Weg nach Warschau wäre frei. Pilsudski hat einmal gesagt, daß er gerne mit dem litauischen Generalstab über die Wilnafrage sprechen würde. Auch meine Meinung ist es, daß es für Pilsudski leichter wäre, sich mit dem litauischen Generalstab als mit Diplomaten zu verständigen.

Die Wilnafrage wird jetzt zu einer Art makedonischen Frage. Es besteht jetzt die Möglichkeit, daß sich Komitadschibanden bilden, die eine jede Macht für sich ausnutzen kann. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Pletschkaitissache anzusehen. Pletschkaitis Treibereien sind ein Mittel Polens, Litauen in den Augen der Auslandsmächte und des Völkerbundes als ein Land ewiger Unruhen hinzustellen. Polen wird versuchen, diese Situation auszubeuten, um dadurch für Litauen eine Sackgasse zu schaffen. Die Regierung müßte mit der Notwendigkeit einer Verständigung mit Polen rechnen.

Falls eine Verständigung zwischen Polen und Litauen stattfindet, so würde damit auch die ostpreußische Frage geregelt werden. Ostpreußen müßte durch eine Union in das litauisch-polnische Wirtschaftssystem einbezogen werden. Das will Deutschland natürlich nicht zulassen. Pilsudskis Wunsch, Litauen zum stärksten von den baltischen Staaten zu machen, würde Lettlands Wünschen nicht entsprechen. Rußland ist an Litauen als Brücke nach Deutschland interessiert und braucht ein schwaches Litauen. Wir tragen mit unserer jetzigen Politik sehr dazu bei, den Einfluß dieser beiden Mächte (Rußland und Deutschland) zu stärken, was nicht in unserem Interesse sein kann . . ."

An der vorläufigen Entspannung hat Rußland indirekt mit teilgenommen. Es wird weiter darauf mit doppelter Aufmerksamkeit blicken, ob daraus eine litauisch-polnische Verständigung herauswächst. Die Gegensätze und Gedanken im osteuropäischen Vertragssystem sind bekannt. Fortschritte in letzter Zeit haben die Verhandlungen Rußlands mit den Randstaaten und Polen nicht gemacht. Wir zitieren einen großen Aufsatz von Sasonow (Septemberheft der Monatsschrift „Bibliothèque Universelle et Revue de Genève"), der zwar für eine russisch-polnische Verständigung eintritt, aber nicht die jetzigen Ostgrenzen Polens anerkennt. Polen steht also vor der Tatsache, daß der frühere russische Außenminister, der so für die Emigration spricht, die jetzigen Grenzen nicht anerkennt, dagegen die Sowjetregierung durch Tschitscherin über einen Pakt mit Polen zielbewußt verhandelt, der zur Voraussetzung die Anerkennung der polnischen Ostgrenze durch Rußland hat und die Bereitwilligkeit Rußlands dazu desgleichen.

Wie weit Rußland in Genf nach Rumänien hin vorgefühlt hat, wissen wir nicht. Sowohl der Sturz Rakowskis, der aus Rumänien stammt und erbitterter Feind Rumäniens ist, auch die Sowjetregierung in der Frage beriet, wie der Tod Bratianus kann die Bereinigung der Verhältnisse fördern. Kriegszustand besteht hier nicht, aber auch nicht gegenseitige Anerkennung und keine diplomatischen Beziehungen. Man hält die Belassung des rumänischen Goldschatzes, der im Kriege nach Rußland gebracht wurde, dort für möglich, was der Preis für eine förmliche Abtretung Bessarabiens sein sollte, indem Rußland seine Forderung auf eine Volksabstimmung aufgäbe und auch hier der Weg zu einer Anerkennung der Grenze durch Rußland frei würde.

Digitized by Google

V.

Greifbarer sind die politischen Besprechungen sonst in Genf und die Verhandlungen Rußlands überhaupt.

Der neue russische Botschafter in Paris, Dowgalewski, hat sofort die Verhandlungen über die Schuldenfrage wieder aufgenommen. Und der französische Vorsitzende de Monzie erklärt auch, daß die Lage sich nicht geändert habe, die Verhandlungen nur unterbrochen, nicht abgebrochen seien. Stalin hat sich auch über die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden einigermaßen klar ausgesprochen, und die Angebote aus dem Sommer gelten auch heute noch durchaus.

Noch weiter griffen die Genfer Besprechungen zwischen Briand und Litwinow. Man weiß, daß der erstere Rußland gern im Völkerbund sehen würde und die beiden Staatsmänner haben in Genf wohl nicht darüber, aber über die Frage der russischen Sicherheitspakte in einer Weise gesprochen, daß daraus sich eine große Idee zur Befriedung Osteuropas ergeben könnte.

Wir lassen am besten die Pariser Presse über diese Unterredungen und den Inhalt sprechen. Zunächst der „Matin" (5. Dezember):

„Es handelt sich für Rußland nicht nur darum, mit Polen den Sicherheitspakt zu unterzeichnen, an dem seit einem Jahre gearbeitet wird, oder mit Rumänien die Besprechungen über Bessarabien wieder aufzunehmen, was das Vorspiel für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wäre, es handelt sich darum, für die Zukunft Sicherheits- und Schiedsgerichtsverträge ins Auge zu fassen, und zwar nach dem Modelle der Verträge, welche die Westmächte und die Nachbarn Deutschlands in Locarno beschlossen haben. Hat die Unterhaltung in Genf Gelegenheit gegeben, einen günstigen Einfluß im Sinne dieser vernünftigen Politik auf Litwinow auszuüben? Man darf es hoffen. Man wird es übrigens an der Art feststellen können, wie die sowjetistische Regierung die eventuellen Entscheidungen begünstigen wird, die in Genf in bezug auf den polnisch-litauischen Konflikt gefaßt werden. Aber die Politik, welche darauf ausgeht, Rußland nach und nach in den Kreis der zivilisierten Menschen zu ziehen, muß notwendigerweise die Mitwirkung Deutschlands haben."

Sodann die „Ere Nouvelle" (vom gleichen Datum):

„Die Unterhaltung zwischen den beiden Staatsmännern soll hauptsächlich den Abschluß von Sicherheitsverträgen mit Rußland behandelt haben, und nicht nur den Abschluß eines einzelnen Sicherheitsvertrages, sondern eines Systems, das imstande ist, alle osteuropäischen Länder wie die baltischen Staaten, Polen und Rumänien zu umfassen, und das für diese Länder die gleiche Bedeutung habe, wie die Verträge von Locarno für die westlichen Nationen. Wie man weiß, hat Briand in Moskau wissen lassen, daß, wenn die Sowjetrepublik auf ihrer Idee eines erweiterten Sicherheitspaktes bestände, Paris dies günstig aufnehmen werde. Die Aussprache hat sich weiterhin um Garantien gedreht, welche bestimmte Nationen einem solchen Pakte geben könnten."

Aus diesen Ausführungen geht hervor, was man will: Ein Ostlocarno in dem Sinne, daß die Idee der Locarnoverträge: Grenzgarantie und Grenzanerkennung, Verzicht auf kriegerische Mittel und Schiedsgerichtsbarkeit, auf die östlichen Verhältnisse

Digitized by Google

einschließlich Sowjetrußlands übertragen würde. Das geht gleich sehr weit und sieht phantastisch aus. Immerhin ist darüber geredet worden und Rußland drängt auf alle Weise aus der Isolierung heraus, will sich an Europa anschließen, Briand und Frankreich kommen dem energisch und konstruktiv entgegen. Wir fügen zu noch deutlicherer Beleuchtung die „Times" (6. 12.) wie folgt hinzu:

„Wie ich höre, ist die Sowjetregierung bereit, drei Nichtangriffspakte zu schließen, den ersten mit Polen, den zweiten mit Finnland und den dritten mit Estland, Lettland und Litauen, vorausgesetzt, daß diese drei letztgenannten Staaten bereit sind, sich für diesen Zweck zusammenzuschließen."

Daraus geht hervor, daß England diese Fühlungnahme in Genf nicht gering einschätzte, und erklärt sich, warum Chamberlain die Anregung Rußlands zu einer Besprechung annahm. Briand hat das auch mit vermittelt, Deutschland es wohl auch gefördert. Stalin und Litwinow haben es auf die Prestigefrage nicht ankommen lassen. Sie wollten den ersten Schritt tun und taten ihn, und Chamberlain versagte sich nicht, weil ihn die französisch-russischen Verhandlungen über einen solchen Pakt selbstverständlich nahe angehen.

Die Unterredung, die erste Fühlungnahme nach dem Bruch im Sommer, fand statt am 5. Dezember. Über das Ergebnis wurde mitgeteilt:

„Nachdem Herr Litwinow Sir Austen Chamberlain um eine Besprechung gebeten hatte, fand heute nachmittag im Hotel Beau Rivage eine Zusammenkunft zwischen Beiden statt. Die Unterredung gab Gelegenheit zu einem freimütigen Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen den Regierungen von Sowjetrußland und Großbritannien. Indessen zeigte es sich nicht als möglich, während des Verlaufs dieser Besprechung zu irgendeiner Grundlage für eine Vereinbarung (agreement) zu gelangen."

Das ist nicht viel und wird noch weniger dadurch, daß sicherlich zwischen den Beiden die Frage der kommunistischen Propaganda erörtert wurde, von deren Beseitigung England die Wiederanknüpfung der Beziehungen abhängig macht. Da kann Litwinow, da Stalin nicht weiter geht, nichts sagen, und die Unterhaltung verlief so ohne Ergebnis. Trotzdem ist sie von großer Bedeutung. Die maßgebenden Staatsmänner Rußlands wollen die Wiederaufnahme der Beziehungen zu England und rechnen damit, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens förmlich versprechen, also sich gegen die Komintern wenden zu müssen. Da gleichzeitig England heute bewußt die Konsolidierung Polens wünscht, anderseits aber eine förmliche Garantie im Osten nach wie vor ablehnt, ist die Lage gegeben in dem ganz komplizierten Spiel der nächsten Monate, das sich um eine französisch-russisch-polnische Verständigung und Deutschlands Stellung in seinem besonderen Verhältnis zu Rußland dazu drehen wird.

Digitized by Google

Das ergibt im ganzen eine Annäherung Rußlands an den Völkerbund, für die praktische Formeln und Wege vorgezeichnet sind: Im Sommer Weltwirtschaftskonferenz mit der Formel: Zusammenarbeit und Nebeneinander-Existenz, im Dezember Abrüstungskonferenz und Sicherheitskomitee, im ganzen nochmals die Gegensätzlichkeit des russischen Vertragssystems und des Systems von Locarno und Genf, aber auch die Möglichkeit, das zu überbrücken, wenn Rußland wirklich will.

Wir erinnern an die Auseinandersetzungen im Frühjahr und Frühsommer, zum Beispiel den großen Artikel im Märzheft der „Meždunarodnaja Žizn" über „Rußland, England und Polen", entsprechende englische Gegenartikel und Rechnungen auf den Kräfteverfall Rußlands und die Aussichten des Bruches (in der „Kölnischen Zeitung", 13. März, am plastischsten wiedergegeben), an den Artikel der „Iswestija" vom 13. April über Deutschlands Nachbarn, ferner an den Artikel von Henry de Jouvenel (etwa „Neue Zürcher Zeitung", 5. Juni), über die „Einigung des Abendlandes", nämlich in der „Kreuzzugsidee" gegen Rußland, und schließlich an die Äußerung von Philipp Snowden („Neue Zürcher Zeitung", 14. 11. 1926), deren Schluß wir jetzt noch einmal hier wiedergeben möchten:

„Rußland selber kann sich auf zwei verschiedene Weisen helfen. Zunächst kann es durch eine tüchtige Verwaltung seiner Industrieunternehmungen ihre Produktion erhöhen, sodann kann es seine politische Isolierung von der übrigen Welt aufgeben und dem Völkerbund beitreten. Dieser letztere Schritt ist wesentlich, wenn Rußland wieder zur wirtschaftlichen Wohlfahrt kommen soll. Ohne auswärtige Hilfe kann sich das Land nicht erholen. Die Regelung mit Rußland wird durch eine internationale Vereinbarung zu erfolgen haben. Der Völkerbund bietet dafür ein geeignetes Mittel. Eine Kommission des Bundes könnte mit Hilfe internationaler Kredite den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands unternehmen, wie dies in Deutschland, Oesterreich und Ungarn geschehen ist. Die Anregung dazu muß aber von der Sowjetregierung ausgehen. Eine vorbereitende Voraussetzung wäre die Regelung der Schulden- und Eigentumsprobleme. Die Welt wartet auf die Wiedererholung Rußlands. Hilfe von außen würde sicherlich nicht versagt werden, wenn man darauf rechnen könnte, daß sie zweckmäßig angewendet würde."

Mit diesen Thesen und Formeln ist zu vergleichen, was sich jetzt tatsächlich vollzog und was in Genf besprochen wurde! Die Verschiebung liegt auf der Hand: Auf der einen Seite der Wille Europas, auch Englands, mit Rußland zusammen zu arbeiten, auf der anderen Seite eine entschiedene Friedenspolitik Stalins, die innenpolitisch in der Monatsübersicht dieses Heftes begründet ist. Stalin und Sowjetrußland sind bereit, die Verständigung mit Polen, Frankreich und England zu suchen, ja „loszukaufen", wie eingangs zitiert, zur Sicherung der eigenen Grenzen und des eigenen Regimes.

Aber sowohl Stalin wie Bucharin wie seine Presse haben den Untergrund dieser Realpolitik oder opportunistischen

Digitized by Google

Politik, deren Gefahren gerade die Opposition mit größtem Nachdruck an die Wand malt, ihrerseits auch auf das bestimmteste gezeichnet. Sie sprechen übereinstimmend von den Spannungen und Gefahren in der kapitalistischen Welt, am knappsten die „Prawda" (10. 12.):

„Die Periode der Erholungspause gehe zu Ende. Die kapitalistische Stabilisierung ändere nicht den Charakter der Epoche, die eine Epoche von Krieg und Revolution sei. Der erste Abschnitt dieser Kriegsepoche schuf den Sowjetstaat. Es sei kein Zweifel, daß neue Kriege die revolutionäre Bewegung und das Proletariat emportragen werden, das dem europäischen Kapitalismus den entscheidenden Schlag versetzen werde."

Wir glauben, das Richtige zu treffen in der Annahme, daß die Parteimehrheit und insonderheit ihre Führung, das heißt immer wieder Stalin, diese Ausführungen sozusagen ehrlich machen, daß sie an die Bedeutung, Kraft und Wirkung der Spannungen in der kapitalistisch-imperialistischen Welt und die daraus für den russischen Kommunismus sich ergebenden Hoffnungen glauben. Sie verbinden damit eine für die Zwischenzeit (sogenannte „Atempause") ebenso ehrlich gedachte zielbewußte Friedenspolitik. Ehrlich deshalb, weil nur mit einer solchen Zwischenpause, in einem Kompromiß mit der kapitalistischen Welt die Sowjetregierung überhaupt über ihre jetzigen Schwierigkeiten hinwegkommen kann.

Dann erhebt sich eine Frage in Europa und in der kapitalistischen Welt. Was wird daraus werden und wer wird recht haben? Die Hoffnungen des russischen Sozialismus auf weitere Weltrevolution auf diese Weise oder die Wirkungen einer Friedenspolitik auf diesen Sozialismus selbst? Anders gewendet: Gewährt nicht vielleicht Europa, der europäische Kapitalismus und Völkerbund und Deutschland in ihnen, durch die Bereitschaft zu friedlicher, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit Sowjetrußland diesem gerade dann die Kräfte, sich erneut für Angriffe gegen die kapitalistische Welt im Sinne der dritten Internationale und der Weltrevolution zu stärken? Wir glauben, daß die Antwort darauf sehr einfach und kurz ist: Führen die von den Russen so stark unterstrichenen Spannungen in Weltkapitalismus und Weltpolitik auf eine längere Zeit hinaus nicht zum kriegerischen Zusammenstoß, so wird der Friedenszustand in Rußland selbst, im Wege der Evolution, dessen Regierung zwangsläufig in gleicher Richtung umgestalten, ihn zu einem demokratischen Bauernstaat, oder wie man das faßt, machen. Entsteht aber aus jenen Spannungen bald einmal wieder eine neue Explosion, ein neuer „clash of empires", so sind die Hoffnungen Stalins und des russischen Sozialismus ohne Zweifel begründet, daß dann die Revolution im Sinne des 7. November 1917 auch an anderer Stelle der Welt erfolgreich und vorwärts schreitet.

Abgeschlossen 21. Dezember 1927.

Digitized by Google

Beethoven und Rußland.

Von Robert Engel.

Die Beziehungen Beethovens zu Rußland und dieses Landes zum Schöpfer unsterblicher Tonwerke sind in ihrer Gesamtheit viel tiefer, als das gewöhnlich angenommen wird.

Beethoven kam vom Beginn seines Ruhmes an bis zu seinen letzten Tagen in persönliche Berührung mit Russen, die nicht nur in Wien ansässig waren, weil sie dort zum größten Teil diplomatische Posten bekleideten oder vorübergehend in der Hauptstadt Österreichs weilten, sondern hatte innige Freunde auch in Rußland selbst und trug sich sogar eine Zeitlang mit dem Gedanken, nach einer der westlichen Provinzen unseres Nachbarstaates zu gehen, wohin er verlockende Einladungen erhalten hatte. Zu den besten Freunden Beethovens zählte auch der aus Kurland stammende Theologe Amenda sowie der dort ansässige, aus Irland stammende russische Graf Browne — „le comte Browne, brigadier au service de S. M. L'Empereur de Russie", wie ihn Beethoven in seinen Widmungen, darunter auch den zwölf Variationen auf das russische Thema aus dem Ballett „Das Waldmädchen" von Paul Wranitzkij, nannte.

Eine ganze Reihe Bekannter und Freunde Beethovens ging nach Rußland, um dort ihr Glück zu suchen, so z. B. der bekannte Violincellist Bernhard Romberg, der Faust-Komponist Ludwig Spohr, der Klaviervirtuose, Kapellmeister und Modekomponist Daniel Steibelt, der es einmal gewagt hat, mit Beethoven öffentlichlich zu konkurrieren und 1823 in Petersburg als Kapellmeister der französischen Oper starb.

In den Jahren 1811/12 kam Beethoven in Teplitz mit der Schriftstellerin Elisa von der Recke zusammen, die längere Zeit am Hofe Katharinas II. war; es fand auch eine Begegnung mit Karl August Varnhagen von Ense, der im russischen Dienst gegen Napoleon kämpfte, sowie mit dem Dichter August Tiedge statt. Bekannt dürfte auch sein, daß Beethoven mit dem Sekretär der russischen Botschaft in Wien, Klüpfel, befreundet war.

Wir wollen hier nicht alle russischen Bekanntschaften Beethovens aufzählen — soweit sie in seinem Leben oder Schaffen keine Spur hinterließen — möchten aber nicht unerwähnt lassen, daß der Pianist und Komponist Franz Schoberlechner, als er 1823 nach Rußland ging, bei Beethoven um Empfehlungen nach Petersburg und Moskau bat, wodurch bestätigt wird, daß Beethoven um diese Zeit in Rußland sehr bekannt war, was ja leicht zu erklären ist, wenn man sich daran erinnert, daß der große Komponist auch den Mitgliedern des russischen Kaiserhauses vorgestellt wurde und diesen einige seiner Werke widmete.

Während des Aufenthaltes Alexanders I. in Wien, wo ihm 1814 beim Kongreß ein großer Teil der Verhandlungen zufiel,

Digitized by Google

wurde ihm in den Gemächern des Erzherzogs Rudolph Beethoven durch den Fürsten Rasumowskij, auf den wir später noch zurückkommen werden, vorgestellt. Von dieser Begegnung, wie auch von vielen anderen Ereignissen im Leben des Tonkünstlers besteht nur eine mündliche Überlieferung. Beethoven hatte bereits im Jahre 1803 seine drei Violinsonaten Op. 30, Nr. 1 A-dur, Nr. 2 c-moll und Nr. 3 G-dur dem russischen Kaiser gewidmet, doch blieb diese Widmung leider unbeantwortet. Der russische Monarch soll sich aber der Werke noch 1825 erinnert haben, was vom Lehrer des Warschauer Konservatoriums Wilhelm Würfel behauptet wurde, der dies einem Freunde Beethovens, dem Notenhändler Tobias Haslinger, mitteilte. Dieser letztere notierte in dem Gesprächsbuch Beethovens: „Alexander (der Kaiser) hat mit Herrn von Würfel über Ihre ihm gewidmeten Sonaten in Warschau gesprochen. Ich würde dieses mit einem neuen Werk in Erinnerung bringen." Die Antwort Beethovens auf diese Mitteilung ist nicht genau fixiert worden, doch scheint sie auszusprechen, daß auf die Widmung keine Antwort erfolgte. Später schickte Beethoven an den russischen Hof eine Abschrift der Missa solemnis, für die Alexander dem Komponisten sofort 50 Dukaten schicken ließ, was aus folgender Notiz im Gesprächsheft Beethovens zu ersehen ist: „Das Geld für Ihre Messe vom russischen Kaiser ist hier."

Es wurde von einigen Beethoven-Biographen behauptet, daß Alexander I. veranlaßt hatte, für die ihm gewidmeten, obengenannten Sonaten, welche, wie aus den Skizzen zu ersehen ist, alle in der Zeit vom Herbst 1801 bis Frühjahr 1802 geschrieben worden sind, einen Brillantring zuzustellen. Der russische Beethoven-Biograph Wilhelm von Lenz, von dem noch später die Rede sein wird, hat sich bemüht, für diese Behauptung eine Bestätigung zu finden, doch konnte er nichts Näheres hierüber in den Archiven des Kaiserlichen Kabinetts ausfindig machen. Auch A. W. Thayer, der Verfasser der fünfbändigen, bis heute in ihrer Sachlichkeit und Gründlichkeit nicht übertroffenen Beethoven-Biographie, hat sich weiter um die Aufklärung dieser Angelegenheit bemüht, doch verliefen auch seine Nachforschungen ergebnislos.

In den Aufzeichnungen des Deutsch-Balten Karl von Bursy vom 1. Juni 1816, dessen Erinnerungen an Beethoven 1854, stark zensiert, in der „Petersburger Zeitung" veröffentlicht wurden und jetzt in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt werden, findet sich noch eine Mitteilung Beethovens, daß bei einer Akademie im Redoutensaal nur der Kaiser von Rußland sein Billett mit 200 Dukaten bezahlt hat.

Mehr Interesse als Alexander I. brachte dem Komponisten seine Gemahlin Jelisaweta Alexejewna entgegen, die 1779 als badische Prinzessin Luise Maria Viktoria geboren wurde und

Digitized by Google

1792 nach Petersburg kam, wo sie ein Jahr später, vierzehnjährig, Alexander I. heiratete.

Durch die Vermittlung des Erzherzogs Rudolph wurde Beethoven, gleichfalls während des Wiener Kongresses, der russischen Kaiserin vorgestellt. Nach dem Brief an Dr. Kanka vom 14. Januar 1815 ließ sie ihm „ein großmütiges Geschenk" von 200 Dukaten zukommen. Weitere Geldgeschenke erfolgten noch nach der Widmung der Polonaise Op. 89. Die Entstehungsgeschichte dieses Werkes ist charakteristisch. Der Arzt Bertolini, in dessen Hause Beethoven als Musiker sehr geschätzt wurde, gab dem Komponisten, da damals Polonaisen außerordentlich berühmt waren, den Rat, eine solche zu schreiben und sie der Kaiserin von Rußland zu widmen; denn Bertolini nahm an, daß Beethoven vielleicht auf diese Weise von dem Kaiser eine Erkenntlichkeit für die Widmung der Violinsonaten erlangen könnte. Beethoven lehnte aber, wie gewöhnlich, diesen Rat mit Geringschätzung ab; später stellte er sich aber zum Vorschlag anders und bat Bertolini, eins der von ihm soeben am Klavier improvisierten Themen auszuwählen, was der Arzt auch tat. Als die Polonaise fertig war, suchten sie den russischen Gesandten in Wien, Fürsten Wolkonskij, auf, um durch seine Vermittlung die Erlaubnis zu der beabsichtigten Widmung zu erlangen. Nachdem die Erlaubnis gegeben war, wurde Beethoven zur Audienz bei der Kaiserin zugelassen und überreichte die Polonaise. Das Geschenk betrug diesmal 50 Dukaten. Während der Audienz wurde Beethoven gefragt, ob er je irgend etwas vom Zaren erhalten habe; als er dies verneinte, wurden hundert Dukaten für die Sonaten beigefügt.

Als am 27. Januar 1815 auf der Burg in Wien, aus Anlaß des Geburtstages der russischen Kaiserin, ein großes Fest stattfand, wurde auch ein Konzert im Rittersaal gegeben. Die letzte Nummer des Programmes war der Kanon aus „Fidelio": „Mir ist so wunderbar". Beethoven erschien ebenfalls zu diesem Konzert, und es war das letzte Mal, daß er öffentlich vor einer Zuhörerschaft von Kaisern und Kaiserinnen, Königen und Königinnen, ihren Ministern und ihren Gefolgen spielte.

Später hat Beethoven noch das Klavierarrangement der siebenten Sinfonie der Kaiserin von Rußland gewidmet. Hierauf folgte 1816 ein wertvoller Ring.

Der Beethovenforschung ist es nicht gelungen, den Zeitpunkt eines Briefes der Kaiserin an Beethoven festzustellen, der in der Angelegenheit eines für sie auszuwählenden Wiener Pianoforte geschrieben wurde. Beethoven selbst sprach noch mit großer Rührung von „jenem freundlichen Schreiben", worüber der königliche Preußische Hofbibliothekar Samuel Heinrich Spicker in den „Berlinischen Blättern" Nr. 96 von 1827 wie folgt mitteilt: „So gedachte er (Beethoven, dem Spicker im Sommer 1826 begegnete) mit großer Rührung eines freundlichen Schreibens Ihrer Majestät, der jetzt regierenden russischen Kaiserin Alexandra, welche ihn

Digitized by Google

ersucht hatte, ein Wiener Flügelpianoforte für sie auszuwählen und äußerte sich über die in der königlichen Familie verbreitete Liebe zur Kunst mit größter Begeisterung.

Spicker läßt hier jedoch einen Fehler zu, indem er die Kaiserin Alexandra nennt, während es sich um Jelisaweta Alexejewna handelt. Ein anderer Fehler mit derselben Kaiserin unterlief dem österreichischen Beethovenforscher Theodor Frimmel in seinem 1927, zur Zentenarfeier, bei Breitkopf & Härtel in Leipzig herausgegebenen zweibändigen „Beethoven-Handbuch". Er hat sie nämlich im ersten Band gleich hinter Alexander unter ALEXIEWNA eingereiht, dagegen müßte sie unter ELISABETH Alexejewna (nicht Alexiewna) eingetragen sein.

Im Zusammenhang mit dem Wiener Kongreß und Beethoven ist auch der Name Maria Pawlownas, einer Tochter Paul I. von Rußland, Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach, die von Schiller als besonders begabt für Malerei und Musik sowie als wahre Liebhaberin der Dichtkunst, und von Goethe als eine der bedeutendsten Frauen seiner Zeit bezeichnet wurde, zu nennen. Sie hat es auch bewirkt, daß Liszt 1842 nach Weimar berufen wurde. Maria Pawlowna war 1814 beim Wiener Kongreß und nahm dort teil an künstlerischen Fragen. Ihretwegen wurde Beethovens Akademie, im November des genannten Jahres, verlegt. Beethoven stand damals auf der Höhe des Ruhmes, und sein Name hatte reichen Klang in allen Ländern Europas. Das Konzert wurde auf Wunsch von Maria Pawlowna auf den 29. November verschoben und fand „auf hohes Verlangen im großen Redoutensaal" statt. Beethoven hat, wie Schindler berichtet, mit eigener Hand die Einladungen an sämtliche in Wien damals anwesende Monarchen ergehen lassen und die meisten von ihnen, darunter auch der Kaiser von Rußland, folgten seinem Ruf. Daß dieser sich hier als großzügig erwiesen hatte, wissen wir bereits.

Wenn die Beziehungen Beethovens zu den Mitgliedern des russischen Kaiserhauses mehr äußerlicher Natur waren und sich seinerseits in Einladungen und Widmungen äußerten, sonst aber keinen tieferen Einfluß auf sein Leben und Schaffen ausgeübt hatten, so sind die Beziehungen zu zwei russischen Adeligen, dem Grafen, später Fürsten Andrej Kirillowitsch Rasumowskij und dem Fürsten Nikolaj Borissowitsch Golitzyn, ganz anderer Art und bleiben mit dem Namen Beethovens sowie einigen seiner Werke für immer untrennbar verknüpft.

Wir werden hier den abwechslungsreichen und vielgestaltigen Lebenslauf des Beethoven-Gönners und -Verehrers Rasumowskij nicht näher schildern. Sein Leben hat der Fürst A. Wassiltschikoff in den Bänden I, III und IV seiner sehr umfangreichen Biographie „Die Familie Rasumowskij" (Petersburg 1882—87; es liegt außerdem eine französische Ausgabe vor) ausführlich beschrieben. Es muß aber gesagt werden, daß in den Kapiteln, wo Wassiltschikoff die Beziehungen Rasumowskijs zu Beethoven

Digitized by Google

schildert, er sich fast immer auf ältere deutsche Beethovenbiographien stützt. Für uns genügt es hier, daran zu erinnern, daß Rasumowskij, Diplomat von Beruf, größte Liebe für die Kunst zeigte. In den Jahren 1777—1779 war er bei der russischen Gesandtschaft in Wien beschäftigt, wurde dann 1794 russischer Botschafter am österreichischen Hofe; dieses aber wiederum mit Unterbrechung, bis er im Herbst 1801 nach Wien zurückkehrte. Rasumowskij war sehr musikalisch veranlagt, spielte mit Geschick Geige, stand im Verkehr mit vielen berühmten Musikern, hatte noch Mozart persönlich gekannt und verkehrte mit Joseph Haydn, der ihn in das klassische Quartettspiel einweihte.

Wann er mit Beethoven bekannt wurde, läßt sich nicht mehr genau feststellen, und die Annahmen der Beethovenforscher beruhen mehr auf Vermutungen als auf Tatsachen und geben keinen Anlaß zu positiven Behauptungen. Mit Bestimmtheit kann gesagt werden, daß Rasumowskij, der Ende 1805 bei Beethoven drei Quartette bestellt hatte und 1808 bei sich ein ständiges Quartett einrichtete, mit Beethoven persönlich um diese Zeit, also um 1808, bekannt war. Beethoven hatte das erste der drei von Rasumowskij gewünschten Quartette, die in der Musikwelt allgemein als „Rasumowskij-Quartette" bekannt sind, am 26. Mai 1806 begonnen. Wie bekannt, hat Beethoven in zwei dieser drei Quartette russische Lieder verwendet. Leider sind einige Beethoven-Biographen bis heute auch hierin noch nicht einig. Dabei besteht kein Zweifel mehr daran, daß Beethoven zwei (nicht, wie oft behauptet wird, drei) russische Themen der „Sammlung russischer Lieder mit ihren Stimmen" von Johannes Pratsch (1790), welcher als deutscher Musiklehrer in Petersburg ansässig war, entnommen hat. Diese Lieder sind: „Sslawa" (Lobgesang) und „Ach tallan li moj, tallan!" (Des Rekruten Rückkehr); die Melodie des ersten wurde von Beethoven in e-moll Quartett Op. 59 Nr. 2 als Thema für das Trio des Scherzo benutzt, die des zweiten in Finale des F-dur-Quartetts Op. 59 Nr. 1. Es ist hier noch zu bemerken, daß Beethoven die Melodie im Allegro-Zeitmaß nahm, während die Russen dieses Lied im langsamen Zeitmaß singen. Diese beiden Lieder finden sich in zahlreichen Sammlungen russischer Volkslieder. Zuletzt wurden sie in die vorzügliche Sammlung „Das Lied der Völker" (Bd. I, „Russische Lieder"), herausgegeben von Heinrich Möller, aufgenommen, die im Verlage B. Schotts Söhne in Mainz im vergangenen Jahr erschien.

Die Literatur über die Rasumowski-Quartette ist riesengroß. und wir werden uns deshalb mit diesen hervorragenden Werken, die eine neue Ära im Schaffen des Musiktitanen bilden, weiter nicht aufhalten, möchten aber trotzdem dem Leser eine charakteristische russische Stimme — die Meinung eines bedeutenden Musikkritikers, O. Loewenson, nicht vorenthalten, die er in seinem Buch „Im Konzertsaal" (Moskau 1880—81, russisch) äußert. Dieser schrieb über das russische Thema des ersten Quartetts: „Beet-

Digitized by Google

hoven hat hier dem russischen Lied ein Denkmal gesetzt, zu welchem nur er allein fähig war. Das Finale des F-dur-Quartetts und das Trio des Menuetts des e-moll-Quartetts werden dem Russen stets teuer sein."

Das Andante des dritten Quartetts Op. 59, C-dur, von dem einige deutsche Musikgelehrte annehmen, daß in ihm ein russisches Thema Verwendung gefunden hat, schildert Löwenson wie folgt: „Wenig mit Rußland bekannt, nie daselbst gewesen, ist Beethoven hier von Kopf bis Fuß ein Slawe. Ohne äußere Anlehnung, wie in den beiden anderen Rasumowskij-Quartetten, wo er russische Weisen verwendet, hat Beethovens Phantasie hier die ganze, dem russischen Volke eigene Schwermut zum Ausdruck gebracht."

Ein großer zeitgenössischer russischer Musiker — A. K. Glasunoff — erweitert diesen Gedanken, indem er sagt: „Wenn ich Beethoven für die typische Verkörperung des deutschen Genius halte, so begeistere ich mich daran, mit welcher Spürsamkeit er den Charakter der Musik ihm fremder Völker erfaßte. Kein Deutscher hat so wahr den Orient erfaßt, wie er in seinem Tanz der Derwische in den ‚Ruinen von Athen'. In der Ouvertüre zum ‚König Stephan' ist das nationale Kolorit Ungarns glänzend ausgedrückt. In Klaviervariationen und Streichquartetten hat Beethoven russische Volkslieder benützt und sie mit großer Meisterschaft und großem Geschmack ausgearbeitet. Es gibt eine Episode, das Trio im Scherzo der 9. Sinfonie, von dem man sagen kann, daß es von einem reinblütigen russischen Musiker geschaffen sein könnte, so sehr fühlt man darin das slawische Element."

Die Förderung Beethovens und seiner Werke durch den Fürsten Rasumowskij dauerte bis etwa 1816; denn nachdem das prunkvolle Palais des Fürsten mit allen seinen unschätzbaren Werten an Gemälden, Büchern, Noten u. dgl. niederbrannte, war er gezwungen, die Quartett-Mitglieder, zwar mit Pension, zu entlassen.

Der erste Geiger dieser Vereinigung, Ignaz Schuppanzigh, ging, nachdem das Quartett aufgelöst war, nach Rußland und wirkte dort für die Sache Beethovens bis 1823.

Ein Beweis dafür, daß Schuppanzigh sich in Rußland für die Werke Beethovens einsetzte, wie übrigens auch eine ganze Reihe anderer deutscher Musiker, von denen bereits die Rede war, die sich entweder in Rußland niedergelassen hatten oder dort verweilten, ist ein wenig bekannter Brief des Komponisten an den Petersburger Buchhändler Lißner, vom 7. März 1823, dessen Originalmanuskript sich in der Wiener ehemaligen Hofbibliothek befindet. Als Schuppanzigh aus Petersburg nach Wien zurückkam, übermittelte er dem Komponisten die Aufträge der Lißnerschen Notenhandlung, und Beethoven bot daraufhin dieser sechs Bagatellen und 33 Variationen für Klavier, sowie zwei Chorlieder mit Orchesterbegleitung an. Eine Antwort Lißners ist nicht be-

Digitized by Google

kannt geworden und aus der Geschäftsverbindung wurde auch, allem Anscheine nach, nichts.

Im Archiv des Moskauer Konservatoriums befindet sich ein Exemplar des Bundesliedes, herausgegeben 1825 bei Schott in Mainz, mit einem daraufgeklebten Zettel in französischer Sprache: „St.-Petersburg, bei Karl Lißner (Musikalienhandlung)". Hieraus ist zu entnehmen, daß Lißner zwar mit Beethoven in direkte Verbindung nicht trat, doch anscheinend Beethovens Werke von Schott bezog und sie in Rußland weiterverbreitete.

Die Vermutung des Beethoven-Biographen Kalischer, es sei Beethoven zu verdanken, daß Golitzyn bei Beethoven die Quartette bestellt hat, trifft nicht zu. Vielmehr war es Karl Traugott Zeuner (1775—1841), der Lehrer Glinkas und Werstowskijs, von dem ja auch Golitzyn in einem seiner Briefe an Beethoven spricht.

Nikolaj Borissowitsch Golitzyn (geb. 18. XII. 1794, gestorben 20. X. 1866; die deutschen Quellen geben meistenteils das Geburtsjahr mit 1795 an) — ein kunstbegeisterter russischer Adeliger, von großem Einfluß auf das Musikleben nicht nur Petersburgs, sondern auch anderer Orte Rußlands (in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts), spielte selbst Violoncell und besaß eine eigene Quartettvereinigung und ein Orchester, welches in Petersburg und auf seinen Gütern musizierte.

Als Achtundzwanzigjähriger schrieb er am 9. November 1822 an Beethoven einen Brief voll Begeisterung für sein Schaffen, welches er als erster und damals wohl einziger Russe ganz gewürdigt und richtig erkannt hatte.

Es entstand ein reger Briefwechsel, der in seinen Anfängen sehr harmonisch verlief, später leider eine andere Wendung annahm, da der Fürst seinen geldlichen Verpflichtungen Beethoven gegenüber nicht nachkam. Da Beethoven bis zu seinem Tode die nicht gerade große Summe von 125 Dukaten = 1250 Rubel, auf die er bis zur letzten Stunde mit wahrer Qual und größter seelischer Pein von Tag zu Tag, fast möchte man sagen, von Stunde zu Stunde gehofft hatte, nicht erhielt, so regneten auf den früheren Verehrer und Gönner, jetzt — vielleicht unfreiwilligen — Peiniger Beethovens Vorwürfe über Vorwürfe, die die Musikpresse der Kulturländer auf das eifrigste beschäftigten.

Es wurde hierbei beiden Seiten viel Hartes und Ungerechtes zugetragen, worauf wir selbstverständlich nicht wieder zurückkommen werden, zumal ein Sohn Golitzyns — Georg = russisch Jurij — diese höchst peinliche Angelegenheit durch eine großzügige Spende an die Erben Beethovens, nachdem die Schuldsumme nach 25 Jahren von seinem Vater doch bezahlt war (1852), aus der Welt geschafft hat.

Für die Musik- und Kulturgeschichte, sowie für die Beethovenforschung ist nicht so sehr die oben geschilderte Begebenheit in allen ihren sehr erfreulichen und erhebenden sowie sehr traurigen und tragischen Wandlungen von Bedeutung, als

Digitized by Google

die Tatsache, daß dem Fürsten Golitzyn das Verdienst bleibt, die Komposition der Quartette Op. 127, 130 und 132 direkt veranlaßt zu haben, die zu den größten Offenbarungen der Tonkunst und des Menschengeistes gehören.

Golitzyn war es auch, der die Uraufführung der Missa solemnis in Petersburg zustande brachte — die erste vollständige Aufführung dieses Werkes überhaupt, für das er die wahrhaft erschütternden Worte fand: „Mit unaussprechlicher Freude erhielt ich die Messe, die Sie vor kurzem komponiert haben, und obwohl ich dieselbe bis jetzt nur aus der Partitur beurteilen kann, so fand ich doch eine Erhabenheit darin, die allen Ihren Kompositionen eigen ist und die Ihre Werke unnachahmlich macht." (Brief vom 29. XI. 1823.) Und in einem anderen Brief, vom 8. April 1824: „Man kann sagen, daß Ihr Genius Jahrhunderten vorausgeeilt ist und daß es vielleicht jetzt keinen Zuhörer gibt, der genug erleuchtet wäre, um die ganze Schönheit dieser Musik zu genießen, aber die Nachkommen werden Ihnen huldigen und Ihr Andenken mehr segnen, als es die Zeitgenossen vermögen."

In der „Allgemeinen Musikalischen Zeitung", XXVI. Jahrgang — 1824 — findet sich ein Bericht über die Uraufführung, der bei den Beethoven-Biographen fast keine Beachtung fand. Deshalb sei er hier wiedergegeben: „Das Bedeutendste, was in den diesjährigen Fastenkonzerten gegeben worden ist, war eine Messe von Beethoven. Der hier lebende Fürst Nicolaus Borissowitsch Gallizin verschrieb dieses noch nicht öffentlich bekannte Werk von dem Verfasser selbst, und schenkte es der hiesigen Musiker-Witwen-Gesellschaft, die es, nachdem der Fürst auch die anderen Haupt-Unkosten bestritten hatte, am 26. März zu ihrem Besten aufführte. Der Eindruck, den dieses originelle, erhabene Meisterwerk auf die anwesenden Verehrer Beethovens machte, war groß. Dank hiermit dem vortrefflichen Meister, und Dank dem edlen Fürsten, dem tätigsten Beschützer der Tonkunst, uns mit diesem hohen Genuß erfreut zu haben."

In der deutschen Beethoven-Literatur finden sich bis heute verschiedene Daten der ersten Aufführung der Missa solemnis — darunter auch im bereits erwähnten „Beethoven-Handbuch" von Theodor Frimmel — und zwar der 24. und 26. März, sowie der 6., 7. und sogar 8. April. Es handelt sich hier vor allem um die Verwechslung des alten und des neuen Stils; richtig ist aber, wie mir dies auch der bekannte russische Musikhistoriker und ehemalige langjährige Herausgeber der „Russischen Musik-Zeitung", Nik. Findeisen, bestätigt, der 26. März des alten Stils, d. i. der 7. April neuen Stils, was hiermit endgültig festgelegt werden soll.

Zur Angelegenheit Beethoven-Golitzyn soll zum Schluß noch erwähnt werden, daß die meisten Beethoven-Biographen in ihren Werken Golitzyn, dem Beethoven auch seine Ouvertüre „Die Weihe des Hauses" Op. 124 gewidmet hat, sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt haben, doch blieben die wenigsten dabei sach-

Digitized by Google

lich und gerecht. Einige, wie z. B. Schindler, haben in Unkenntnis des Sachverhaltes Unrichtiges behauptet; andere wieder, wie der russische Biograph Beethovens, Wilhelm von Lenz, nehmen den Fürsten auch dort in Schutz, wo er es wahrlich am wenigsten verdient.

Der Fürst selbst und sein Sohn Georg wandten sich gegen manches zu scharfe und ungerechte Urteil, ohne dabei aber in der Lage zu sein, ihr Recht voll und ganz zu beweisen, denn Beethoven hat unter dem Ausbleiben des Geldes, das er von Tag zu Tag erwartete, sehr gelitten.

Am sachlichsten und wirklich ganz unvoreingenommen, dabei sehr ausführlich, hat diese Angelegenheit Alexander Wheelock Thayer behandelt; ihm allein war es beschieden, durch das Gestrüpp der Widersprüche den wahren Weg zu finden. Aber auch er hat sich mit der ungewöhnlichen Persönlichkeit des Fürsten näher nicht befaßt. Gewiß fehlten ihm hierzu die Angaben, denn selbst in Rußland fließen die biographischen Quellen über Golitzyn nur spärlich, dazu sind sie zum Teil widerspruchsvoll und ungenügend.

In der Tradition des russischen Adels und des französischen Klassizismus erzogen, verbrachte Golitzyn einen Teil seiner Jugendzeit in Wien. Nähere Angaben über diesen Lebensabschnitt fehlen gänzlich, und wir erfahren nur, daß er während der Napoleonkriege in den Diensten der russischen Armee stand und bei Borodino verwundet wurde. Dann machte er mit der russischen Armee den Feldzug durch Europa mit, kämpfte in Schlesien, beteiligte sich an der Blockade Mainz', war anwesend beim Sturm von Reims und ruhte später in Paris aus. Als unbesonnen, unruhig, verwöhnt, sich ständig begeisternd und verliebend (die letztere Eigenschaft brachte ihn recht oft in sehr schwierige Komplikationen), war er bei der Petersburger Gesellschaft wenig beliebt und nicht gerade gut beleumdet. Nach dem Kriege von 1812 gab er die militärische Laufbahn auf, begeisterte sich immer mehr und mehr für Dichtung und Literatur und trat auch selbst als Verfasser verschiedener Zeitschriftenartikel, Lebenserinnerungen, Gedichte, Übersetzungen russischer Autoren ins Französische dichterisch und schriftstellerisch hervor. Puschkin, der ihn persönlich kannte, schätzte seine Übersetzungen sehr. Durch und durch unpraktisch, geriet Golitzyn des öfteren in wirtschaftliche Schwierigkeiten, wurde aus Petersburg verschickt und auf seine Güter verbannt, wo er zuweilen unter der „Aufsicht" seiner Frau, dann auch seiner Schwester lebte. Hier, in der Stille, widmete er sich mit Begeisterung der Dichtung, der Theologie und Tonkunst. Künstler, Phantast und Magnat vereinten sich in seinem Wesen auf das glücklichste. Doch bis zu seinem letzten Tage gelang es ihm nicht, sich einem seiner geliebten Fächer voll und ganz zu widmen. Für seine Zeit war er ein Freidenker und polemisierte eifrig mit Theologen, französi-

Digitized by Google

schen Publizisten und russischen Politikern. Aber am tiefsten war seine Neigung zur Tonkunst. In seinen „Poetischen Versuchen" finden wir ein sehr langes Gedicht (das wie alles, was er schrieb, in französischer Sprache verfaßt war), „Hymne à la musique, considerée dans ses rapports avec l'âme". Der Wiener Hofkapellmeister Krommer (1780—1831) widmete ihm bereits 1817 seine Symphonie. Auch Glinka bezeichnet ihn in einem seiner Briefe als hervorragenden Violincellisten.

Es berührt merkwürdig und schmerzlich, daß wir nichts von dem wissen, wie Golitzyn auf den Tod Beethovens reagiert hatte, und noch mehr muß man sich darüber wundern, daß gerade er, der ja zu vielen Zeitschriften Beziehungen hatte, sich mit keinem Wort zu diesem Tode äußerte; er, der mit Recht als der erste russische Beethovenkenner betrachtet wird. Der Beethovenkultus, den er trieb, hat sich auch auf seine Kinder vererbt. Die letzten Jahre verbrachte Golitzyn auf seinem Gut im Tambowschen Gouvernement; sein Leben war aber ebenso abenteuerlich, ungewöhnlich und er selbst exzentrisch wie in der Jugendzeit.

Ein Kapitel für sich ist die russische Beethoven-Literatur, wohlgemerkt die russische Beethoven-Literatur, nicht aber die Literatur über Beethoven in russischer Sprache; denn die ersten Biographien Beethovens aus den Federn russischer Verfasser wurden in einer Zeit geschrieben, als nach der wahren aber bitteren Bemerkung des großen russischen Musikkritikers A. N. Sseroff, russische Aufsätze über Musik in den Zeitschriften stets unaufgeschnitten blieben. Der Russe zeigte nie ein übergroßes Interesse für Literatur über Musik und hat stets viel lieber Musik gehört und selbst „Musik gemacht" als über Musik gelesen. In dieser Beziehung hat Rußland in den letzten hundert Jahren keine übermäßigen Eroberungen zu verzeichnen.

Als die deutsche Beethoven-Literatur noch ganz unbedeutend war, wiederholte sich im Laufe von kaum fünfzehn Jahren die Erscheinung, daß auf russischen Boden drei französische Bücher über deutsche Musik geschrieben wurden, Bücher, die in der gesamten Musikwelt Europas ungeheuer viel Staub aufwirbelten, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie zum größten Teil für und gegen Beethoven geworben haben.

1843 erschien das Buch Ulybyschews „Nouvelle biographie de Mozart, suivie d'un aperçu sur l'histoire générale de la musique", welches einige Jahre später auch in das Deutsche übersetzt wurde. Alexander Dmitrijewitsch Ulybyscheff (1794—1885) bekleidete an verschiedenen europäischen Höfen diplomatische Posten, war dann — von 1812 bis 1820 — Schriftleiter des „Journal de St. Pétersbourg" und außerdem Verfasser von Bühnenwerken: Dramen, Komödien, Satiren u. dgl. Als Nicolaus I. den Thron bestieg, zog er sich schließlich auf seinen Landsitz bei Nishnij-Nowgorod zurück, wo er auch starb.

Digitized by Google

Sein Buch über Mozart war eine Herabsetzung Beethovens und wurde von vielen als eine Herausforderung aufgefaßt. Acht Jahre nach dem Erscheinen dieses Werkes wurde das Buch eines anderen russischen Verfassers, des „kaiserlichen russischen Staatsrates" Wilhelm von Lenz (den die Russen in Wassilij Fjodorowitsch Lenz umgetauft hatten), „Beethoven et ses trois Stiles", das eine sehr scharfe Entgegnung auf das Buch Ulybyschews war, herausgegeben. Es vergingen noch fünf Jahre und Ulybyschew antwortete durch sein Buch „Beethoven ses critiques et ses glossateurs", durch welches er sich als Beethovenverkenner und Beethovenfeind verewigte.

Wenn das zusammenhanglose Buch von Lenz sich zwar in der Hauptsache auf andere Beethoven-Biographien (Schindler, Wegeler und Ries) stützend, doch auch viel eigenes, sorgfältig zusammengetragenes Material bietet und somit bei allen seinen zahlreichen Schwächen bis heute einen gewissen, zwar vorwiegend historischen Wert hat, so ist das Buch Ulybyschews eigentlich nur noch als Kuriosum, als eine musikalische Geistesverwirrung aufzufassen. Es wird wohl kaum jemand den Mut haben, heute die 315 Seiten, Gr. 8, zu studieren, deren Hauptgedanken folgende sind: Die Musik Beethovens ist in der ersten Periode, von 1795 bis 1804, vollkommen schön, regelrecht und kommt der Mozartschen nahe (erste Symphonie, Septett, die ersten sechs Quartette, das C-dur-Quintett, die Sonaten Op. 26, 27 und 31). Hier erreicht der noch unverdorbene Genius des Künstlers, weil er von Ideen, welche der Musik fremd sind, noch nicht belastet ist, in der Pianoforte und Kammermusik den Höhepunkt. Weiter mischt Beethoven in der zweiten Periode, also von 1804 bis 1814, seinen Kompositionen musikfremde Elemente bei, falsche Akkorde, harmonische Sonderbarkeiten. Er kennt nicht mehr das Maß des wahren Schönen, er dehnt alles unverhältnismäßig aus (von der 3. bis zur letzten Symphonie, die sogenannten Rasumowskij-Quartette, die großen Sonaten Op. 53 und Op. 57). Wir finden hier die höchste Orchestermusik, aber jede dieser Kompositionen zeigt bereits das Mal des Kain (S. 160) in falschen Akkorden, ohrenzerreißenden, grammatikalischen Fehlern (S. 156—164). Dann erliegen in der dritten Periode — die Jahre 1814 bis 1827 — die musikalischen Elemente den unmusikalischen; gesuchte, barocke Ideen stoßen immer mehr ab; Harmonie und Rhythmus werden noch verwickelter, die falschen Akkorde werden zur krassesten Manier; die in ihren Quellen vertrocknete Melodie wird zum Rätsel. Dies sind die Symptome des beispiellosen Falles des Genius, den man die dritte Manier nennt (S. 164, 251, 269 und 270). Hierher gehören die 9. Sinfonie, die zweite Messe, die letzten fünf Sonaten und die letzten fünf Quartette. Soweit Ulybyschew.

Heute zwingen diese Zeilen dem Leser, welcher musikalischen Konfession er auch sein sollte, nicht viel mehr als ein nachsichti-

Digitized by Google

ges Lächeln ab. Damals aber, vor siebzig Jahren, rief das Buch einen Orkan der Empörung hervor und Entgegnungen regneten nicht nur aus dem Lande des Verfassers, nicht nur aus der Feder eines Lenz und eines Mannes wie Sseroff, sondern auch aus aller Herren Länder. Nach siebzig Jahren aber hatte Ulybyschew einen Landsmann Strawinskij und einen anderen, Prokofjeff!

Sehr Bedeutendes für die Erschließung des Phänomen Beethovens hat der berühmte Kritiker A. N. Sseroff getan, der, wie bekannt, nebenbei auch in der deutschen Musikpresse — und zwar in der „Zeitschrift für Musik" und der „Neuen Berliner Musik-Zeitung" — gegen Ulybyschew auftrat. Seine Klavierarrangements Beethovenscher Werke sind nicht minder wertvoll als die zahlreichen Aufsätze über Beethoven, die in Einführungen und Analysen gipfeln.

Außer Sseroff haben fast alle bedeutenden russischen Kritiker und Musikschriftsteller sowie auch manche Komponisten über Beethoven geschrieben. Wir finden hier die alten, ersten russischen Musikkritiker wie Odojewskij, N. A. Melgunoff, Stassoff (der seiner Einstellung gemäß Beethoven als Begründer der Programmusik preist), die Komponisten Cui, dessen Äußerungen für heute keine Bedeutung mehr haben, Borodin, Rimskij-Korssakoff, Tschaikowskij und Anton Rubinstein, welcher in Abweichung von den meisten Russen „Fidelio" sehr hoch einschätzte. Ferner die Kritiker der letzten Jahrzehnte und unserer Tage, wie N. D. Kaschkin, N. R. Kotschetoff, S. Kruglikoff, S. N. Bulitsch, Ju. D. Engel, Koratygin, Gleboff, Ssabanejeff, Braudo und v. a. m. Die zuweilen sehr wertvollen Beiträge sind aber zum größten Teil in Zeitschriften zerstreut, kaum übersichtlich und zum Teil auch nicht mehr zugänglich. Zwei Bibliothekare aus Odessa haben zur Zentenarfeier eine Zusammenstellung der Beethovenliteratur gegeben, die insgesamt 335 Zeitschriftenaufsätze, Bücher und Materialien zur Bibliographie Beethovens enthält (Alexejeff i Bermann: Trudy Gosudarstwennoj Publitschnoj Biblioteki w Odesse, Odessa, 1927, 35 S.).

Es hat fast ein halbes Jahrhundert gedauert, bis nach Lenz und Ulybyschew ein russischer Verfasser ein Buch über Beethoven — und zwar diesmal in russischer Sprache geschrieben hat. Dies war W. A. Korganoff, der erste Herausgeber einer Sammlung Beethovenscher Briefe in russischer Sprache (aus den Jahren 1783 bis 1815, insgesamt 116 Briefe) und einer ausführlichen Beethovenbiographie, die ein Jahr später, 1910, mit 1300 Briefen, alles in allem 940 Seiten umfassend, erschien und auch zum erstenmal viele Porträts, Zeichnungen, Notenbeispiele und ein Literaturverzeichnis enthielt. Dieses Werk ist eigentlich als erste bedeutende russische Beethoven-Biographie nach westeuropäischem Muster (und Quellen) zu betrachten; ihm ging 1892 die russische Übersetzung der Biographie von Ludwig Nohl und 1893 ein unbedeutendes Büchlein I. A. Davidows vor.

Digitized by Google

Dann folgte 1909 ein innig und tiefempfundenes zweibändiges Werk eines Verfassers, der sich unter dem gekürztene Namen A. G—ken verbarg, ein Buch, das dem Russen Beethovens Leben, Persönlichkeit und Schaffen so nahe bringt, wie es bisher kein anderer Landsmann G—kens vermochte und dessen Wert in der durchgeistigten Erfassung des Stoffes liegt, den der Autor fertig vorfand, aber vorzüglich durchgearbeitet hat.

Kurz vor dem Kriege erfolgte eine russische Übersetzung des allgemein bekannten Beethoven-Buches von Paul Bekker, welches von dem Beethoven-Studio D. S. Schors herausgegeben wurde, (1913) und die Übersetzung des auch in deutscher Sprache vorliegenden Werkes über Beethoven von Romain Rolland (1912).

Erwähnen wir hier noch das Buch R. Genikas „Beethoven und seine Bedeutung für die Klaviermusik" (1909), dessen Verfasser eigene Wege geht und ferner das Werkchen des langjährigen Solisten des Orchesters des ehemaligen Marientheaters zu Petersburg und eines vortrefflichen Quartettisten — Viktor Walter „Beethovens Quartette" (1911), so haben wir die bedeutendsten Bücher über Beethoven, die in Rußland erschienen sind, aufgezählt.

Was hat aber das Jahr 1927 — das Beethovenjahr — an neuer Literatur geboten? Die Antwort fällt nicht schwer. An erster Stelle steht das „Russische Beethoven-Buch" (Russkaja kniga o Beethoven'e), das zwar ein besonderes Gewicht auf die Beziehungen Moskaus zu Beethoven legt und nicht soviel neues Material bietet, als bereits bekanntes, in vergessenen Zeitschriften zerstreutes, sehr geschickt systematisiert und unter einem einheitlichen Gesichtspunkt vereinigt. Dieses Buch bildet den ersten Baustein zu dem Riesenwerk der Erforschung Beethovenscher Beziehungen zu Rußland und der Rußlands zu Beethoven.

Ferner ist noch ein Buch Eugen Braudos „Beethoven und seine Zeit", das der Verfasser selbst als einen Versuch bezeichnet, zu erwähnen, sowie die bereits erwähnte Bibliographie, einige unwesentliche Broschüren und ungleichwertige Zeitschriften- und Zeitungsartikel.

Wendet man sich an die Frage der Einstellung der Russen im allgemeinen zu Beethoven, so findet man hier die tiefste Ehrfurcht. Für den Russen ist Beethoven ein musikalisches Heiligtum, eine Erscheinung aus dem Reich der Töne, wie es keine zweite mehr gibt. Beethovens Symphonien und Sonaten sind seither das Fundament der Konzertprogramme gewesen, weniger seine größeren Vokalwerke und am wenigsten die einzige Oper Beethovens „Fidelio", zu welcher der Russe bis heute nicht das innige Verhältnis finden kann, wie es uns eigen ist. Diese Oper betrachtet er im allgemeinen noch immer als ein mißlungenes Werk des Komponisten und räumt ihr — wie wir das noch aus der Tabelle der russischen Uraufführungen Beethovenscher

Digitized by Google

Werke sehen werden — mit Vorliebe einen Platz bei Schüler-Aufführungen ein. Auch die Missa solemnis ist noch nicht das Allgemeingut des russischen Konzertpublikums geworden, was aber mehr — vielleicht auch nur — an den wenig günstigen Zuständen des Chorwesens (verbunden mit Orchester) liegt.

Wenn Lenz im Kapitel „Der Beethoven-status-quo in Rußland" des zweiten Bandes seines Buches „Beethoven, eine Kunststudie" bereits in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sagte: „Beethoven hat längst den Ural überschritten", so ist dies nur so zu verstehen, daß bereits zu Lenz' Zeiten die Werke Beethovens zuweilen auch in den entlegensten Orten vorgetragen wurden. Tatsächlich heimisch ist aber Beethovens Musik nur in den beiden Hauptstädten Rußlands; größere Städte, wie z. B. Kiew, Charkoff, Odessa, Tiflis usw. bekommen die großen Werke Beethovens noch immer viel zu selten zu hören.

Einige Jahre vor dem Kriege unternahm Ssergej Kussewitzkij mit seinem Orchester eine Reise durch Süd-Rußland und die Wolga-Städte und damals war es für viele Orte das größte musikalische Ereignis, denn nie vorher wurden dort Beethovensche Symphonien aufgeführt, die Kussewitzkij in einer zyklischen Ausführung an drei bis fünf Abenden gleich in ihrer Gesamtheit brachte. Es gab auch jetzt, hundert Jahre nach dem Tode des Meisters, nicht wenig russische Städte, die Beethovens Symphonien, Kammer- und Klaviermusik zum erstenmal gehört haben. Doch ist der Name Beethovens überall bekannt und sein Ruhm überall vorgedrungen; es bleibt jetzt übrig, die breiten und breitesten Schichten der musikliebenden Bevölkerung auch in den entlegenen und entlegendsten Orten mit dem Schaffen Beethovens bekannt zu machen, sie in dieses einzuführen. Denn jetzt ist wohl nicht mehr zu befürchten, daß Beethovens Werke im großen Nachbarstaate auf vollkommenes Mißverständnis, ja musikalisches Barbarentum stoßen werden. Ein Mißverständnis kann man wohl folgende Auffassung nennen, wie sie in einem Bericht aus Petersburg von 1823 zu lesen war: „Sonderbar ist das Vorurteil, welches hier und in Moskau lange der Musik Beethovens entgegengestanden hat und welches leider durch einen berühmten Künstler —r— unterstützt wurde, welcher von Beethovens Werken, als von denen eines Halbverrückten sprach und, wenn er zu irgendeinem Werke desselben accompagnieren sollte, die seltsamste Animosität zeigte" (Allgemeine Musikzeitung, 1823). Musikalisches Barbarentum ist es aber, wenn wir hören, daß die Petersburger Philharmonische Gesellschaft, im Jahre 1853, die Klaviersonate Op. 13 C-moll (mehr als „pathetique", dies jedoch mit Unrecht bekannt), für großes Orchester arrangiert, aufführte und das gleiche (1837) mit der Violin-Sonate Op. 47 (die sogenannte Kreutzer-Sonate, da dem Violinisten Rudolphe Kreutzer gewidmet), vollbringt. Pietätlosigkeiten dieser Art sind leider aber auch heute, und zwar nicht in

Digitized by Google

Rußland, sondern bei uns möglich, wie das die Instrumentierung der Hammerklaviersonate durch Felix Weingartner bewiesen hat.

Trotzdem muß man aber Lenz recht geben, wenn er sagt, daß im Jahre 1850 Petersburg es im Verständnis Beethovenschen Geistes im allgemeinen weiter als Paris und London gebracht hat. Dies trifft auch heute noch zu, und wer beobachtet hat, wie sich der Russe mit größter Begeisterung und Inbrunst der Kunst an und für sich hinzugeben pflegt, der wird auch leicht verstehen, daß Beethoven dort, ungeachtet der großen und durchgreifenden politischen und sozialen Erschütterungen noch lange hoch in Ehren stehen wird. Wenn etwas in Rußland unverändert geblieben ist, so ist es der Ruhm und die Hochschätzung Beethovens, die tiefste Wirkung seiner Schöpfungen. Es kann ohne Übertreibung behauptet werden, daß nach Deutschland und Österreich Rußland das nächste Land war, das die Musik Beethovens mit vollem Verständnis und Innigkeit in sich aufnahm und diese sich aneignete.

Wir wissen, daß bereits Glinka ein heißer Verehrer Beethovenscher Tonkunst war, wenn er diese auch mehr als Vollendung, denn als Beginn einer neuen Ära empfand. Es ist nicht schwer, die Einwirkung Beethovenschen Geistes auf sein Schaffen festzustellen. Auch die Komponisten des russischen Sturmes und Dranges — die Mitglieder der sogenannten „Neuen russischen Schule" haben Beethoven auf ihr Banner genommen, wenn ihre Einstellung zu ihm auch eine andere als die Glinkas oder des Weltmannes Tschaikowskij war. Balakireff und Mussorgskij haben sogar zahlreiche Klavierbearbeitungen Beethovenscher Werke unternommen. Von Glinka bis auf unsere Tage reagierten die russischen Komponisten stets auf die Musik Beethovens und wenn ihre Einstellung mit dieser auch oft nicht übereinstimmte, so wurde dies doch gerade durch die Wiederspieglung der Universalität Beethovenschen Geistes verursacht.

Der russische Staat hat viele Wandlungen durchgemacht, die sozialen Verhältnisse sind ganz anders als früher, aber jeder Russe, ob Romantiker oder Rationalist, ob Monarchist oder Kommunist findet seinen Beethoven und immer gab es in Rußland viele Musikfreunde, deren Herz hochschlug, wenn sie Beethovenschen Klängen lauschten. Hierin hat sich auch heute nichts geändert und immer noch schöpfen die Musikfreunde aus diesem Born neue Kräfte und Ermunterung, ganz gleich ob sie diese in einer Verträumtheit — wie es früher war — oder in einer Aktivität — wie es heute der Fall ist — finden.

Es gab in Rußland, vorwiegend aber in Moskau, eine Zeit, als Beethovens Musik dorthin über Paris kam, weil damals in den 20er Jahren — nur das akzeptiert wurde, was Paris für gut hielt. In den 30er Jahren war die Auffassung schon tiefer, denn die deutschen Romantiker eroberten die russische Geisteswelt. Aber eine selbständige russische Auffassung war das auch noch nicht.

Digitized by Google

Diese wurde erst durch die Gebrüder Anton und Nikolaj Rubinstein vorbereitet (dieser letztere hat im Laufe von zwanzig Jahren (1860—1881) 261 Symphonie-Konzerte dirigiert, von denen 138 Abende mit Werken Beethovens bedacht waren; von den 450 Werken, die von 1863 bis 1881 in 149 Konzerten zur Aufführung bei den Kammermusikabenden der Russischen Musikgesellschaft in Moskau zu Gehör kamen, waren 116 Beethovens). Bis schließlich eine selbständige russische Auffasung sich Platz machte; diese vorwiegend bei Kussewitzkij und Siloti, ferner bei Ssafonoff und anderen russischen Dirigenten aus neuer und neuester Zeit.

Die russischen Schriftsteller und Dichter haben Beethoven und seine Musik nicht selten zum Gegenstand ihrer Werke genommen. Das dies nicht allzu oft geschah, ist ja weiter nicht zu bedauern, da Komponisten-Romane, Novellen und dergl. fast immer das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken. Das heißt, daß durch Romane, Novellen usw. das Wesen der Musik, die Eigenart der Persönlichkeit und die historische Bedeutung durch allerhand Nebenwerk und Ausschmückung dem Leser nicht näher gebracht werden, sondern sehr oft eine falsche Vorstellung hervorrufen. Der erste russische Versuch dieser Art gehörte einem der bedeutendsten Männer Rußlands zu Beginn des 19. Jahrhunderts, dem Fürsten W. F. Odojewskij, einem ebenso begeisterten Musikfreund und -kenner, wie begabten Wissenschaftler, Publizisten und sehr beliebten Novellisten. Seine Novelle „Das letzte Quartett Beethovens" (1831) wurde sehr viel gelesen und hat wie auch die Erzählung des Schriftstellers Fürsten W. A. Ssologub „Die Geschichte von den zwei Galoschen" (1839) eine ganze Reihe russischer Novellen, Romane, Gedichte usw. die mit dem Namen Beethoven verknüpft sind, oder Beethoven in die Mitte der Handlung stellen, hervorgerufen. Die Dichter N. P. Ogareff, Apollon Grigorjeff, K. Ldoff, K. Sslutschewskij, Fett, A. Apuchtin, Andrej Belyj und Wjatscheslaff Iwanoff, die Schriftsteller Lew Tolstoj, Kuprin u. a. haben auf diese oder jene Weise Beethoven als Persönlichkeit oder sein Schaffen als Musikphänomen in ihre Werke aufgenommen. Viel zur Vertiefung des Verständnisses Beethovens haben sie aber alle nicht beigetragen und das Problem Beethovens in der russischen Dichtung bietet für uns nur insofern ein gewisses Interesse, als man an Hand der literarischen Werke über Beethoven die Wiederspiegelung des Schaffens und der Persönlichkeit dieses Komponisten in den verschiedensten Richtungen der Literatur und des Geisteslebens Rußlands, vom Romantismus bis in unsere Tage hinein — vor einigen Monaten erschien noch ein Bühnenwerk aus dem Leben Beethovens von Max Shismor — verfolgen kann.

Unter diesen vielen Werken bildet nur der sehr prägnante, tiefe und fein empfundene Vierzeiler „Widerhall der neunten Symphonie Beethovens" (1892), des nicht gerade genialen doch

Digitized by Google

schlicht und aufrichtig empfindenden Dichters A. M. Shemtschushnikoff eine Ausnahme.

In Rußland gibt es keine Beethoven-Denkmäler, denn dieses Land war an Denkmälern nie reich und solche für die heimatlichen Komponisten sind nicht zahlreich, dabei kamen sie fast stets unter Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten zustande.

Auch sonst gibt es in Rußland nur wenige Beethoven-Andenken: eine Abschrift der Partitur der Missa solemnis (an der übrigens einige Seiten fehlen) wurde von Alexander I. der Öffentlichen Bibliothek zu St. Petersburg geschenkt, wo sie auch aufbewahrt wird. Daselbst befindet sich auch ein Heft mit sechs schottischen Liedern aus dem Jahr 1816, das von den bei Schlesinger herausgegebenen wesentlich abweicht, sowie ein Brief (übrigens ist darin nur die Unterschrift und eine Anmerkung von der Hand Beethovens selbst) an Tobias Haslinger, vom 13. Oktober 1816, und ein Blatt aus einem Notizbuch. Ein anderes Notizbuch wurde erst in diesem Jahr entdeckt und befindet sich im Museum des Moskauer Konservatoriums; es bezieht sich auf die Golitzyn-Quartette.

Es befanden sich in Rußland noch so manche Notizbücher und andere Dokumente Beethovens, denen bisher aber noch niemand auf die Spur gekommen ist; ihre Besitzer waren früher bekannt, sind dann verstorben und ihre Erben verschollen.

Die Urschriften der Rasumowskij- und Golitzyn-Quartette werden zum größten Teil in der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt.

Zum Schluß soll hier eine Aufstellung russischer Uraufführungen von 40 großen Werken Beethovens und seiner Oper „Fidelio" folgen, die sich alle auf St. Petersburg erstrecken, da Moskau und andere russische Städte damals im öffentlichen Musikleben des Landes eine ganz untergeordnete Rolle spielten.

Diese Angaben, welche in Deutschland noch unbekannt sind, entstammen, wie auch das meiste in diesem Beitrag, authentischen russischen Quellen.

I. Symphonien.

Nr. I C-dur Op. 21 am 17./29. Dezember 1862 (unter Anton Rubinstein).
Nr. II D-Dur Op. 36 am 31. März / 12. April 1845.
Nr. III Es-dur Op. 55 am 15./27. März 1833.
Nr. IV B-dur Op. 60 am ? März 1827.
Nr. V C-Moll Op. 67 am 14./26. März 1849.
Nr. VI F-dur Op. 68 am 1./13. März 1833.
Nr. VII A-dur Op. 92 am 2./14. April 1852.
Nr. VIII F-dur Op. 93 am 24. Februar / 8. März 1849.
Nr. IX D-moll Op. 125 am 7./19. März 1836 (in Moskau erst 1863). Zum zweiten Mal wurde die neunte Symphonie in Petersburg am 4./16. März 1844 aufgeführt.

Digitized by Google

Aus der obigen Tabelle geht hervor, daß die Symphonien Beethovens, soweit es sich um die ersten öffentlichen Aufführungen handelt, wie folgt ihren Einzug nach Rußland hielten: IV (1827); VI und III (1833); IX (1836); II (1845); VIII und V (1849); VII (1852); I (1862).

II. Orchesterwerke und dramatische Musik.

Ouvertüre „Coriolan" Op. 62 am 23. Dezember / 4. Januar 1831.
Ouvertüre „Leonore" Nr. 2 Op. 72 am 3./15. April 1859.
Ouvertüre „Leonore" Nr. 3 Op. 72 am 28. November / 10. Dezember 1861.
Ouvertüre „Egmont" (ohne Bühnenmusik) Op. 84 am 27. März / 8. April 1853.
Ouvertüre „Egmont" und die ganze Musik am 9./21. März 1856.
„Die Schlacht von Wittoria" (Orchester-Phantasie) Op. 91 am 28. März / 9. April 1821.
Musik zu den „Ruinen von Athen" Op. 113 am 7./29. Dezember 1859 (der türkische Marsch allein wurde aber bereits am 11./23. April 1850 herausgebracht).
Ouvertüre C-dur Op. 115 (Namensfeier) am 6./18. April 1856.
Ouvertüre „König Stephan" Op. 117 am 29. März / 10. April 1857.
Ouvertüre „Leonore" Nr. 1 Op. 138 am 15./27. Januar 1862.

III. Chorwerke.

Chor-Phantasie für Klavier, Chor und Orchester Op. 80 am 8./20. März 1854.
Oratorium „Christus am Ölberge" Op. 85 am 27. März /8. April 1813.
Messe C-dur Op. 86 am 1./13. März 1833.
„Meeresstille und glückliche Fahrt" Op. 112 am 19. Februar / 2. März 1844.
Missa solemnis Op. 123 am 26. März / 7. April 1824.

IV. Instrumentalkonzerte.

Violinkonzert mit Orchesterbegleitung D-dur Op. 61 am 14./26. März 1849.
Klavierkonzert Es-dur Nr. 5 Op. 73 am 31. März / 12. April 1845.

V. Trios.

Streichtrio C-moll Op. 9 Nr. 1 am 30. November / 12. Dezember 1852.
Streichtrio D-dur O. 9 Nr. 2. am 31. Januar/12. Februar 1853.
Streichtrio C-moll Op. 9 Nr. 3 am 3./15. Januar 1859.
Klaviertrio D-dur Op. 70 Nr. 1 am 17./29. Dezember 1853.
Klaviertrio B-Dur Op. 97 am 24. Januar / 5. Februar 1859.

Digitized by Google

VI. Quartette.

Streichquartett A-dur	Op. 18	Nr. 5 am 2./14. April 1859.
Streichquartett E-Moll	Op. 59	Nr. 2 am 2./14. April 1859.
Streichquartett C-dur	Op. 59	Nr. 3 am 17./29. Januar 1859.
Streichquartett F-moll	Op. 95	am 16./28. November 1852.
Streichquartett Es-dur	Op. 127	am 27. Dezember/8. Januar 1858.
Streichquartett B-dur	Op. 130	am 2./14. April 1859.
Streichquartett Cis-moll	Op. 131	am 26. März / 6. April 1859.

VII. Quintette.

Klavierquintett Es-dur Op. 16 am 20. April / 2. Mai 1852.
Streichquintett C-dur Op. 29 am 14./26. Januar 1859.

VIII. Septett.

Septett Es-dur Op. 20 am 14./26. April 1861.

IX. Die Oper „Fidelio"

wurde in Rußland zum ersten Male in deutscher Sprache auf der deutschen Kaiserlichen Bühne in St. Petersburg während der Saison 1834/35 aufgeführt (genaues Datum unbekannt); in italienischer Sprache im Großen Theater zu St. Petersburg am 28. Januar / 9. Februar 1863; in russischer Sprache in Moskau auf der Bühne des Großen Theaters in einem Schüler-Konzert des Moskauer Konservatoriums unter der Leitung Nik. Rubinsteins am 5./17. April 1880 und in russischer Sprache in St. Petersburg im Panajewschen Theater durch die Schüler des Petersburger Konservatoriums am 13./25. Januar 1891.

Auf der Bühne der Kaiserlichen Marien-Oper ging „Fidelio" zum ersten Mal (ebenfalls in russischer Sprache) unter der Leitung Eduard Naprawniks am 26. September / 9. Oktober 1905.

Die Tätigkeit der Vitebsker Kommission zur Auswahl und Herausgabe alter Urkunden.

Von Universitätsdozent Oskar v. Büchler, Kaunas, z. Z. Königsberg Pr.

Unabhängig von der „Kaiserlichen Archäographischen Kommission" in Petersburg (‚Imperatorskaja Archeograficeskaja Kommissija') [1]) (1837) bestanden im Zarenrußland auch an

[1]) Errichtet durch Verordnung (= VO) vom 28. Februar 1837 (Polnoje Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii (= PS) 9951); zuletzt durch VO vom 2. Februar 1904 (§§ 1—19) (Učr. Min. (Verfassung der Ministerien (Svod Zakonov (= Sv.Zak.) Bd. I Teil 2, Ausgabe 1892, Fortsetzung 1912), §§ 450 bis 456, 12). — Vgl. über ihre Tätigkeit die jährlichen Berichte (seit 1862) „Letopis' Zanjatij Imperatorskoj Archeograficeskoj Kommissii" (Jahrbuch der Arbeiten der Kaiserlichen Archäographischen Kommission), Petersburg (Gesamtzeitschriftenverzeichnis (= GZV), Berlin, 1914 No. 8545).

Digitized by Google

anderen Orten gleichartige Kommissionen, z. B. in Kiev[2]) (1843) und Vil'no[3]) (1864), mit der gleichen Aufgabe: das Quellenmaterial für vaterländische Geschichte sowie juristische und literarische Denkmäler aus ältester Zeit bis zum ersten Viertel des XVIII. Jahrhunderts einschließlich in wissenschaftlicher Weise zu beschreiben und systematisch herauszugeben.

Parallel mit ihnen und zugleich in engem Zusammenhange arbeiteten, wenigstens soweit das West- und Südwest-Rußland in Frage kam, die in Kiev, Vil'no und Vitebsk errichteten „Zentralarchive für Urkundenbücher der westlichen[4]) Gouvernements" (‚Central'nye archivy dlja aktovych knig zapadnych gubernij')[5]). Im Gegensatze zu den „Archäographischen Kommissionen", die zum Ressort des Ministeriums für Volksaufklärung gehörten, unterstanden sie ursprünglich dem Ministerium der inneren Angelegenheiten, aber nicht unmittelbar, sondern in Kiev zunächst unter der Verwaltung der St. Vladimir-Universität, in Vitebsk unter dem Gouverneur[6]) und in Vil'no unter der Verwaltung (‚popečitel', Pfleger) des amtlichen örtlichen Schulkreises (‚učebnyj okrug'). Das Vitebsker Zentralarchiv wurde im Jahre 1902 aufgelöst[7]); seine Bestände wurden nach Vil'no überführt und dem dortigen Zentralarchiv einverleibt[8]). Die Dienststellung der Zentralarchive war namentlich durch die Verordnung vom 2. April 1852 und vom 28. Juni und 1. Juli 1912 geregelt[9]). Das Personal bestand aus einem Archivarius, aus Gehilfen des Archivarius und Archivsekretären. Die Oberaufsicht führte, nachdem die Zentralarchive inzwischen in das Ressort des Ministeriums für Volksaufklärung übergegangen waren, der Pfleger (‚popečitel') des örtlichen ‚učebnyj okrug'[10]) unter der Oberaufsicht des Generalgouverneurs (Kiev) bzw. des Gouverneurs (Vil'no).

---

[2]) Vgl. V. S. Ikonnikov, Opyt russkoj istoriografii (Versuch einer (Geschichtsschreibung der) russischen Geschichtsschreibung), 2 Bde, Kiev, 1891. 1908. Bd. I. 1. S. 272—274.

[3]) Vgl. Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte (= ZOG) 4. 575—582 (M. Wischnitzer).

[4]) Darunter wurden folgende 9 Gouvernements verstanden: Kiev, Podolija Volyń (südwestrussische), Vitebsk, Minsk, Mogilev (weißrussische) Vil'no, Grodno, Kovna (litauische) (Zak. Sost. (Gesetze über die Stände) (Sv. Zak. Bd. IX. Ausgabe 1899, Fortsetzung 1912). Anmerkung bei § 179, 2, sowie Obšc. Učr. Gub. (Allgemeine Gouvernementsverfassung) (Sv. Zak. Bd. II. Ausg. 1892, Forts. 1912) § 1153.

[5]) VO vom 2. April 1852 (PS 26 126).

[6]) Die Zentralarchive bestanden aber selbständig neben den Archiven der einzelnen Behörden, wie Gericht, Verwaltung, namentlich Gouvernement, und neben dem Archiv eines Generalgouverneurs.

[7]) VO vom 24. November 1902 (PS 22 145).

[8]) Vgl. ZOG 4. 580 (M. Wischnitzer).

[9]) Im Sv. Zak. Bd. II in Beilage zu § 67 Obšč. Učr. Gub. (Forts. 1912), §§ 1—9, 1.

[10]) Vitebsk gehörte zum ‚Vilenskij učebnyj okrug'.

Digitized by Google

Die Aufgabe der Zentralarchive bestand darin (§ 4), alte Urkundenbücher (und Urkunden) vergangener Jahrhunderte bis einschließlich 1799 aus den lokalen Lagerorten zu sammeln und an einer Zentralstelle aufzubewahren. Aus den gesammelten Schätzen Veröffentlichungen von Urkunden usw. vorzunehmen, war nicht als Dienstobliegenheit dieser Archive vorgesehen; sie sollten in der Hauptsache dazu dienen, die zweifelsfreie Feststellung privater und öffentlichrechtlicher Besitzverhältnisse und des Personenstandes der Bevölkerung zu sichern. Aber die Fülle des vorhandenen Materials, das übrigens auch von den „Archäographischen Kommissionen"[11]) und von anderen Behörden, Anstalten und Gelehrten eifrig benutzt wurde, drängte von selbst zum Handeln in dieser Richtung. So entstanden (von der Regierung berufen) besondere „Kommissionen zur Auswahl[12]) (und Herausgabe)[13]) alter Urkunden"[14]) (‚Kommissii dlja razbora (i izdanija) drevnich aktov'), darunter auch eine solche in Vitebsk. — Herausgabe des Archivmaterials an private Personen, aber auch an Behörden war unbedingt untersagt.

Die Vitebsker Kommission konnte erst im Jahre 1863 ihre Tätigkeit beginnen, da namentlich aus Mangel an geeigneten Räumen die Bildung des Archivs sich bis 1862 verzögert hatte. Es bestand aus 1823 (nach späterer Zählung: 1899) „Büchern" verschiedener Benennung, von denen 956 aus den Vitebsker, 867 aus dem Mohilever Bezirk herrührten; sie waren in 1848, seit dem Jahre 1897 in 1706, Einbänden gebunden[14a]). — Mit dem Jahre 1871 begann die Herausgabe der 32 Bände ‚Istoriko-Juridičeskie Materialy, izvlečennye iz aktovych knig gubernij Vitebskoj i Mogilevskoj, chranjaščichsja v Central'nom Archive v Vitebske i izdannye pod redakciej archivariusa sego archiva ...' (Vitebsk, 1871—1906. 4 to). (Historisch-Juridisches Material, Auszüge aus den Urkundenbüchern der Gouvernements Vitebsk und Mohilev, die im Zentralarchiv in Vitebsk aufbewahrt werden, herausgegeben von dem Archivarius dieses Archivs . . ." (angeführt: IJuM). Herausgeber war also nicht die Kommission, sondern der Archivar. Die nahe liegende Parallele mit den

---

[11]) Oft gehörten ihr Beamte des Zentralarchivs an. Vgl. ZOG 4. 582 (M. Wischnitzer).

[12]) Kiev.

[13]) Vil'no, vorher auch Vitebsk.

[14]) Nicht zu verwechseln mit den schon früher (Ukaz vom 19. Dezember 1833, PS 6644) in Kiev, Vil'no und Vitebsk errichteten ‚kommissii dlja razsmotrenija metričeskich i aktovych knig' (zur Nachprüfung der Personenstands- und Urkundenbücher) oder mit den später ebenda (Allerhöchst bestätigter Vorschlag des Ministerkomitees vom 3. November 1842, PS 16 163) errichteten ‚kommissii dlja novoj poverki aktovych knig' (zu erneuter Revision der Urkundenbücher).

[14a]) IJuM (siehe Text) Bd. 27 Vorwort S. VI und D. Ja Samokvasov, Archivnoe delo v Rossii (Das Archivwesen in Rußland) (Moskau 1902), zwei Bücher. Buch 2 S. 178.

Digitized by Google

„Archäographischen Kommissionen" führte indeß dahin, daß vielfach auch in diesem Falle die Kommission als „Archäographische Kommission" bezeichnet wurde[15]), und daß die Veröffentlichungen als ihr Werk galten. — Es wurden herausgegeben Bd. 1—16 (1871—1885) von Sozonov, Bd. 17 (1888) von Fürst N. Meščerskij und und M. L. Verevkin[16]), Bd. 18—26 (1888 bis 1895) von M. L. Verevkin und Bd. 27—32 (1899—1906) von Dm. Iv. Dovgjallo.

Die Stärke der einzelnen Bände schwankt zwischen 314 (Bd. 5) und 546 Seiten (Bd. 9). Ein chronologisches Urkundenregister und von Band 17 an auch ein alphabetisches Verzeichnis, meistens über Ortschaften, Personen, Urkunden, Gegenstand der Veröffentlichung, ist beigegeben. — In Bd. 1—14, 16—27 enthält der erste Teil das „Einnahmen- und Ausgabenbuch der Stadt Mohilev"[17]) für die Jahre 1679—1716; es fehlen die Jahrgänge 1682, 1687, 1693, 1694, 1696, 1701—1705, 1707, 1708 und 1713. Außerdem enthält jeder Band mehrere Urkunden verschiedener Art aus verschiedenen Zeiten. Die Scheidung dieser Urkunden erfolgte bei der Veröffentlichung überwiegend nach Art und Ort der Behörde, von welcher die Urkundenbücher herrühren. So befinden sich Urkunden aus den Urkundenbüchern des

1. Vitebsker zemskij sud[18]) (158) in Bd. 2, 20—26, 28, 31 (1593—1667).
2. Polocker zemskij sud (123) in Bd. 2, 3, 22—26 (1599 bis 1777).
3. Oršansker zemskij sud (65) in Bd. 23—26 (1642—1680).
4. Vitebsker grodskij sud[19]) (379) in Bd. 20—27 (1584 bis 1722).
5. Polocker grodskij sud (36) in Bd. 28 (1593—1668).
6. Oršansker grodskij sud (11) in Bd. 28 (1614—1693).
7. Mstislaver grodskij sud (19) in Bd. 28 (1654—1656).
8. Mstislaver grodskij sud bzw. zemskij sud (32) in Bd. 24, 35 (1663—1664).
9. Polocker Magistrats (43) in Bd. 4—6 (1652—1771).
10. Mohilever Magistrats (2333) in Bd. 7—17, 30, 32 (1577 bis 1787).
11. Vitebsker Magistrats (170) in Bd. 18, 19 (1743—1791).
12. Vitebsker Voevodschaft (64) in Bd. 18, 19 (1576—1712).

---

[15]) Ähnlich in Vil'no. Vgl. ZOG 4. 575 (M. Wischnitzer).

[16]) Gesprochen: Wirrjóffkin.

[17]) ‚Prichodo-raschodnaja kniga g(oroda) Mogileva za . . . goda'. Dieses ist der von dem Herausgeber gewählte Titel. Der Originaltitel lautet: ‚reestr šafarski' (vom Herausgeber verwendet für Bd. 15) (šafar-kaznačej-Kassierer, vom deutschen „schaffen") bzw. ‚proventa' bzw. (in späteren Jahrgängen, polnisch) ‚Regestr przychodów y roschodów', ‚reestr roschodow'.

[18]) = judicium terrestre, Gericht für Ländler, Ländlerschaftsgericht.

[19]) = judicium castrense, Gericht für Städter, Städterschaftsgericht.

Digitized by Google

13. Čečersker Starostei (3) in Bd. 28 (1629, 1704, 1726).
14. ‚Kričeskoj Magdeburgii' (90) in Bd. 17, 18 (bis 1771).
15. ‚Ušačskoj Magdeburgii' (38) in Bd. 27 (1756—1762).

Aber auch der Inhalt der Urkunden und der Gegenstand, auf den sie sich beziehen, diente der Gruppierung als Unterlage, so:

1. Die „Plody duchovnye" (= fructus spirituales) nach dem Originaljournal des Vitebsker Jesuitenkollegiums in Bd. 19—22 (1714—1813).
2. Inventare (Bestandsverzeichnisse von Landgütern, Städten usw. mit Angabe der Einkünfte, Aussaat, Besiedelung, Besteuerung, und zwar von Privatpersonen, Gemeinden, auch geistlichen Kollegien in Bd. 2 (Erzbistum der Unierten), Bd. 22 (Städtchen Ulla), Bd. 27 (des Vitebsker Jesuitenkollegs), 28, 30, 31 (1685—1796), darunter auch einige „Privilegien".
3. Urkunden (57) zur Geschichte der rechtsgläubigen (‚pravoslavnaja') Kirche in Weißrußland in Bd. 29, 30 (1579 bis 1779).
4. Urkunden (6) zur polnisch-livländischen Geschichte in Bd. 27 (1583—1738).
5. Wappenbuch (betrifft 119 Familien aus dem Bezirk Orša) in Bd. 28.

Endlich sind Urkunden ohne nähere Bezeichnung auch enthalten (34) in Bd. 21 (1565—1804) und (10) in Bd. 18 (1720—1747).

Im ganzen enthalten die 32 Bände mehr als 3700 einzelne Urkunden aus der Zeit von 1565—1813, ferner 25 Jahrgänge Einnahmen- und Ausgabenbuch der Stadt Mohilew und eine Reihe (etwa 50) umfangreicher Inventare, auch über Kirchen-‚fundus'[20]).

Nach Aufhebung des Vitebsker Zentralarchivs setzte sein letzter Archivarius Dm. Dovgjallo als Mitglied (Vorsitzender)[21]) der Vil'noer Archäographischen Kommission die Herausgabe fort (Bd. 30 erschien 1903, Bd. 31 1905, Bd. 32 1906). In Bd. 30 war die Herausgabe der Urkunden aus dem Urkundenbuche des Mohilever Magistrats (Magdeburger Recht) vom Jahre 1577 begonnen. In Bd. 32 kommen zu den dort veröffentlichten 186 Urkunden noch weitere 172 aus dem Jahre 1577 hinzu (im ganzen sind es also 358 aus 1577), ferner weitere 518 aus dem Jahre 1578. Die „Vil'noer Archäographische Kommission" hat es dann übernommen, die Herausgabe der Urkunden aus diesen Büchern des Mohilever Magistrats, die in fast geschlossener Reihe — es fehlen nur die Bücher für das Jahr 1731 — vorlagen, fortzusetzen.

---

[20]) Vom lateinischen ‚fundus', frz. ‚fond'.

[21]) Vgl. ZOG 4. 582 (M. Wischnitzer).

Digitized by Google

Für die Klärung der Frage, welchen Einfluß das Magdeburger Recht auf die Rechtsentwicklung im litauisch-russischen Staate gehabt hat, bedeutet es einen großen Verlust, daß wegen Kriegsausbruchs die Veröffentlichung dieser Urkunden nicht, wie beabsichtigt war[22]), zu Ende geführt werden konnte. Sie hätten ein geschlossenes Bild einer örtlichen Weiterentwicklung dieses Rechts für volle 2½ Jahrhunderte[23]) ergeben.

Über den reichen und mannigfaltigen sachlichen Inhalt des veröffentlichten Materials müßte an anderer Stelle berichtet werden.

[22]) ZOG 4. 580 (M. Wischnitzer) und Vorwort (russ.) in IJuM Bd. 30 S. XI, Bd. 32 S. XXIX (Dm. Dovgjallo).

[23]) IJuM Bd. 32 S. XXIX (Dm. Dovgjallo).

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Monatsbericht über die Innenpolitik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Die Übersicht umfaßt eine in sich geschlossene, sehr inhaltsreiche Periode vom Jubiläum am 7. und 8. November bis zum Ende des Parteikongresses am 19. Dezember.

Bezüglich dessen, was zum Jubiläum zu sagen ist, verweisen wir auf die umfassenden Betrachtungen des November-Heftes. Die Welt sieht, daß ein russischer Staat besteht. Sie sieht desgleichen, daß die Kommunistische Partei „es nicht zuwege gebracht hat, die kommunistische Theorie auf das russische Leben anzuwenden" (so die New York World vom 7. 11.). Die Welt sieht weiter, daß dieses Rußland zweifellos nicht in einer Katastrophe oder einem Zusammenbruch ist, aber ebenso zweifellos nur in langsamer Entwicklung und in politischer und militärischer Machtlosigkeit, und daß es darauf angewiesen ist, einen Ausgleich mit dem sonst die Welt beherrschenden Wirtschafts- und politischen System zu finden. Das ist wohl wichtiger als die Berichte über die Paraden und Feiern des Jubiläums, in denen nachdrücklich die Zusammenarbeit zwischen Bauern und Arbeitern unterstrichen und die Propaganda gegen Westeuropa noch in einer zur augenblicklichen russischen Außenpolitik nicht ganz passenden Weise betrieben wurde.

In das Jubiläum selbst schlugen die Demonstrationen der Opposition herein. Trotzki, Sinowjew, Radek haben in Moskau und Leningrad während der Feste versucht, zu Worte zu kommen und an die Massen zu appellieren. Sie haben damit nichts erreicht, nur die Stimmung gegen sich verschärft und bis zur Erbitterung emporgetrieben.

Digitized by Google

II.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß Westeuropa nun etwas genauer in die Gedankenwelt der Opposition hineinsehen kann. In deutscher Sprache sind erschienen: „Vor dem Thermidor, Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland, Die Plattform der linken Opposition in der bolschewistischen Partei (Sapronow, Smirnow, Oborin, Kalin usw.) unterdrückt in Rußland und in allen Sektionen der Komintern, herausgegeben von den aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Hamburger Oktoberkämpfern" (Verlag Fritz Erulat, Hummelsbüttel, Post Fuhlsbüttel, Hamburg). Ferner: „Plattform der russischen Opposition, eingereicht dem ZK der WKP (B) von einer Gruppe leninistischer Bolschewiki, nicht veröffentlicht vom Stalinschen ZK, veröffentlicht vom Verlag „Fahne des Kommunismus". Außerdem erscheint eine: „Zeitschrift der orthodoxen Marxisten und Leninisten" unter dem Titel: „Fahne des Kommunismus".

Damit werden die einzelnen bekannten Gedankengänge der Opposition in Zusammenhang gebracht, wenn auch nichts besonderes Neues dabei hervortritt. Das wesentliche ist die Sorge vor dem Kapitalismus, namentlich auf dem Dorf, und der Vorwurf gegen Stalin und seine Leute, daß sie diese Gefahr nicht sehen und durch ihre Politik der „Smytschka" und mit dem großen Beamtenapparat des Sowjetssystems nur noch fördern. Daß die Opposition objektiv richtige Symptome der wirtschaftlichen Entwicklung und der Klassenbildung hervorhebt, wird nicht zu bestreiten sein und auch von der Mehrheit zugegeben. Es wird eine Entwicklung zu Bewußtsein gebracht und formuliert, die dem Beobachter russischer Verhältnisse sich seit mehreren Jahren schon mosaikartig zusammensetzte und jetzt in ihren großen und zwingenden Folgerungen hervortritt.

Desgleichen erkennt man aber auch den völligen Mangel an einem positiven Programm der Opposition. Sie ruft: Zurück zu Marx, zurück zu Lenin! Aber ihre grundsatztreuen Programmforderungen sehen hoffnungslos in das Leere. Sie müßten, wenn sie durchgeführt würden, zur wirtschaftlichen Katastrophe und zum Umsturz im Innern führen.

Das fühlt natürlich die Mehrheit. Sie fühlt, daß die Stalinsche Richtung den Frieden und die Ruhe, nach der man sich ja sehnt, verbürgt. Sie empfindet daher in jedem Sinne diese Arbeit der von hochintelligenten Leuten getragenen Opposition als unbequem und gefährlich. Das wurde gerade beim Jubiläum allen vor Augen geführt, als die Leitung dieser Opposition mit Demonstrationen in den Festjubel eingriff. So erklärt sich der Wunsch der Mehrheit, da die Tätigkeit der Opposition auch im geheimen immer weiterging, nach einer energischen Aktion schon vor Zusammentritt des Partei-Kongresses, auf dem die Opposition eigentlich in aller Öffentlichkeit auftreten sollte und wollte.

Digitized by Google

III.

Die Opposition trieb den Kampf auf die Spitze und rief den Beschluß der Zentralkontroll-Kommission und des Zentralkomitees hervor, Trotzki und Sinowjew aus der Partei auszuschließen. Der Beschluß wurde am 11. November gefaßt, der Öffentlichkeit erst am 14. November übergeben. Danach wurde mitgeteilt, daß die beiden die Forderung, die illegale Tätigkeit einzustellen, mit demonstrativem Verlassen der Sitzung der Zentralkommission beantwortet und dann schriftlich die Forderung abgelehnt hätten. Die anderen Führer zweiten Grades, darunter Kamenew und andere verloren nur ihre Posten und wurden verwarnt.

Für Trotzki und Sinowjew war das bereits das Ende. Es bedeutet für sie beide den Verlust ihrer Stellungen im Staate, also für Trotzki den Verlust eines Postens des Vorsitzenden des Hauptkonzessionskomitees; sein Nachfolger ist sein bisheriger Vertreter Ksandrow geworden. Ebenso wurde Sinowjew aus der staatlichen Planwirtschaftskommission entfernt. Der Verlust der Ämter ist von dem Verlust der Honorare für die Mitarbeit an den Parteizeitungen begleitet. Da es andere Möglichkeiten des Gelderwerbes in dieser Beziehung nicht gibt, bleibt Trotzki auf die Einnahmen aus dem Verkauf seiner Werke im Ausland angewiesen.

Zur weiteren Vorbereitung auf den Parteitag veranstaltete Stalin, der so gegen seine bisherige Gewohnheit aus dem Dunkel hervortrat, eine sechsstündige Unterredung mit 80 Vertretern von Arbeiterdelegationen aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Tschecho-Slowakei, Südamerika, China, Belgien, Finnland, Dänemark und Estland am 14. November, in der er über die Stellung zur Sozialdemokratie, zur 2. Internationale, zur Pressefreiheit, zur Naphthafrage, zu den Vorkriegsschulden, zu dem Branntweinmonopol sprach. Interessant daraus sind die Ausführungen über die Opposition:

„Ihre Kraft in der Partei sei fast bedeutungslos. Nach den letzten Angaben stimmten in der ganzen Sowjetunion für das Zentralkomitee und seine Thesen über 135 000 Parteimitglieder, wogegen 1200 für die Opposition eintraten. Es ist möglich, daß auf dem 15. Parteikongreß die Opposition keinen einzigen Delegierten haben wird. Die Opposition stützt sich hauptsächlich auf die nichtproletarischen Kreise und spiegelt die Unzufriedenheit der letzteren mit der Diktatur des Proletariats wider."

Und über die Lage im ganzen:

„Die innere Lage des Landes ist so fest und unerschütterlich, daß man ohne die „staatliche und politische Verwaltung" auskommen könnte, wenn die inländischen Gegenrevolutionäre nicht mit tausend Fäden mit den Kapitalisten aller Länder verbunden wären, von denen sie mit allen Kräften und allen Mitteln unterstützt werden."

Man sieht aus dieser Aktion, wie Stalin daran liegt, die öffentliche Meinung wenigstens innerhalb der ihm zugewandten Arbeiterbewegung in seinem Sinne zu beeinflussen.

Es war mehr ein Zufall, der aber doch in den Ablauf der Entwickelung wirksam eingriff, daß sich am 17. November Adolf

Digitized by Google

Joffe erschoß, bekannt aus seiner Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest, als erster Sowjetvertreter in Deutschland 1918, das er damals zu verlassen gezwungen wurde, als Vertreter Rußlands bei Verhandlungen mit Polen, in Japan, in Genua, Gesandter in Wien. Länger leidend, war er in der letzten Zeit ganz zurückgetreten, ohne Zweifel einer der begabtesten Sowjetdiplomaten von Bildung und Formen. Er war seit vielen Jahren ein entschiedener Anhänger Trotzkis und sein Begräbnis ist so auch zu einer Demonstration ausgenutzt worden. An seinem Grabe bei der Begräbnisfeier am 21. November rief Trotzki aus: „Wir werden mit Joffe bis zum bitteren Ende gehen. Er kämpfte und starb unter dem Banner von Marx und Lenin. Laßt uns schwören, dieses Banner zum Siege zu tragen!" Wenn die Pressemeldungen richtig sind, daß dieser Ruf von der Menge mit großer Begeisterung aufgenommen sei, so hat auch das zur Verschärfung der Stimmung beigetragen.

Was kommen würde, ging schon aus dem Bucharinschen Bericht vor der 16. Moskauer Gouvernementskonferenz der Partei am 21. hervor. Auch Stalin sprach dabei aufs schärfste gegen die Opposition, die entweder ihre zweite Partei auflösen und ihre Irrtümer offen bekennen müsse oder mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden würde. Schon da deutete sich ihr Schicksal auf dem Parteikongreß an, auf den, wie Stalin ja gesagt hatte, die Opposition schwerlich nur einen einzigen Delegierten bringen würde. Tatsächlich konnten die Führer auch nur mit beratender Stimme teilnehmen.

Auf der einen Seite steigende Aufregung bis zu Drohbriefen und anonymen Zuschriften, allerlei Nachrichten über die Organisation der Opposition, auf der anderen Seite „Reue"-Erklärungen von Oppositionsmitgliedern, die zur Partei zuückkehrten, aber auch Werbung der Opposition in der Intelligenz und Studentenschaft, dagegen wieder eine lebhafte Werbeaktion zur Gewinnung neuer Mitglieder, besonders auch Arbeiter und Bauern für die Partei. Alles das ergibt das Bild einer nervösen und aufgeregten Kampagne, die für den Parteikongreß die gegebene Stimmung machte. Von außen läßt sich nicht beurteilen, inwieweit Nachrichten über Attentatspläne gegen Stalin, über große Demonstrationsversuche und dergleichen auf exakten Grundlagen beruhten. Man glaubt aber ohne das, daß die Aufregung und Erbitterung auf beiden Seiten, wie das im Parteikampf üblich ist. einen sehr hohen Grad erreicht hatte.

IV.

Unter diesen Vorzeichen begann der 15. Parteikongreß der Partei am 2. Dezember vor 887 Delegierten und 725 Vertretern mit beratender Stimme. Eine Sonderkommission für die Frage der Opposition wurde sofort eingesetzt. Gleich Rykows Er-

Digitized by Google

öffnungsrede gab den Ton an, daß die Angelegenheit Trotzki endgültig ausgeräumt werden würde.

Stalin setzte sodann in einer siebenstündigen Rede am 5. Dezember die ganze Situation auseinander. Es war ein Bericht über die Tätigkeit der Partei, der als Rede angelegt war, umfassend und in jeder Beziehung wohl überlegt. Der erste Teil schilderte die Verhältnisse im Weltkapitalismus in der Weise, die schon an anderer Stelle dieses Heftes besprochen worden ist, und kam zu dem Schluß:

„Wir leben am Vorabend eines neuen revolutionären Aufstieges in den Kolonien und den Mutterländern. Schon die Existenz der Sowjetunion als eines Landes, das den Sozialismus aufbaut, unterhöhlt die Stabilität des Imperialismus, dessen Hoffnungen auf eine kapitalistische Entartung und eine Zähmung der Sowjetunion gescheitert sind. Eine Politik der Isolierung der Sowjetunion ist eine Politik der Voraussetzungen zu einem Kriege gegen die Sowjetunion und eine Belebung der Interventionstendenzen."

Nach den bekannten Ausführungen über die englischen Absichten auf Intervention nun die Formulierung der sozialistisch-russischen Außenpolitik in der bemerkenswerten Form:

„Unsere Aufgabe besteht darin, den Krieg hinauszuschieben, uns durch einen Tribut an die Kapitalisten loszukaufen und alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu treffen. Die Praxis rechtfertigte vollauf die Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern, welche in der Zulassung des Nebeneinanderbestehens zweier entgegengesetzter Systeme gipfelt. Unsere Politik in der Schulden- und Kreditfrage, die mitunter einen Stein des Anstoßes bildet, ist klar und beruht auf der Formel: Wenn du gibst, gebe ich!

Die Aufgaben auf dem Gebiete der Außenpolitik sind: Kampf gegen die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege, sowie gegen die Interventionstendenzen Englands, Verstärkung der Wehrfähigkeit der Sowjetunion, eine Politik des Friedens und der friedlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern, Ausbau des Außenhandels auf Grund der Festigung seines Monopols und Annäherung an die sogenannten nichtvollberechtigten Staaten."

Im zweiten Teil wurde die innere Lage zusammenfassend und im ganzen doch ermutigend, ja optimistisch so besprochen:

„Die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Sowjetunion vollzog sich im Zeichen einer Beschleunigung des Tempos in der Entwicklung der Industrie, einer Verstärkung des sozialistischen Elementes in der Volkswirtschaft, einer Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Sowjetunion, sowie in der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen.

Die Industrieproduktion belief sich im verflossenen Wirtschaftsjahre auf 100,9 Prozent des Vorkriegsniveaus und wird gemäß dem Plane für das Jahr 1928 114,4 Prozent betragen. Die Produktion der Landwirtschaft belief sich auf 108,3 Prozent des Vorkriegsniveaus und wird im nächsten Jahre 111,8 Prozent betragen. Das Budget der Sowjetunion wird im laufenden Wirtschaftsjahre 7 Milliarden oder 112 Prozent des Vorkriegsbudgets erreichen. Der Umsatz des Außenhandels betrug im verflossenen Wirtschaftsjahre 1483 Millionen Rubel oder 33,6 Prozent des Vorkriegsumsatzes. Für das Jahr 1928 ist der Umsatz auf 1626 Millionen Rubel veranschlagt. Das verlangsamte Entwicklungstempo des Außenhandels ist auf Hindernisse zurückzuführen, die dem Außenhandel der Sowjetunion von bürgerlichen Staaten in den Weg gestellt wurden und die zu-

Digitized by Google

weilen in eine offene Blockade übergehen, sowie darauf, daß die Sowjetunion ihren Export nicht auf Kosten der wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung forcieren kann. Das verflossene Jahr schloß mit einem Aktivsaldo des Außenhandels von 57 Millionen Rubel ab.

Die Nationaleinnahmen der Sowjetunion sind von 15 589 Millionen Rubel im Jahre 1925 auf 22 560 Millionen Rubel im Jahre 1927 gestiegen. Das Tempo der Zunahme der Nationaleinnahmen der Sowjetunion in den letzten Jahren stellt gegenüber den Ländern Europas und Amerikas ein Rekordtempo dar. „Unser Land schreitet sicher und rasch zum Sozialismus und verdrängt allmählich das kapitalistische Element aus der Volkswirtschaft. Die planmäßige Führung der Wirtschaft, u. a. die Nationalisierung der Industrie, beschleunigt das Tempo der Entwicklung der Wirtschaft um ein Vielfaches."

Erst der dritte Teil beschäftigte sich dann mit der Opposition und ihrer Niederwerfung. Die wesentlichen Stellen waren:

„Die gegenwärtige Diskussion in der Partei hat ein positives Resultat ergeben. Die Partei hat sich nie vor einer offenen Kritik gescheut und wird sich nie vor einer solchen scheuen. Darin liegt ihre Kraft. Das Ergebnis der Diskussion war, daß für die Linie der Partei 724 000 Parteimitglieder und gegen sie 4000 gestimmt haben. Die Hauptdifferenzen mit der Opposition sind: 1. bestreitet die Opposition die Möglichkeit eines siegreichen Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion. 2. Dieser Standpunkt ist nicht neu bezüglich Sinowjews und Kamenjews, welche gegen das Hervortreten im Oktober 1917 waren und nur unter der Einwirkung Lenins, der ihnen mit dem Ausschlusse aus der Partei drohte, daran teilnahmen; er ist auch nicht neu bei Trotzki, der schon damals das Gelingen der Revolution von einer raschen Hilfe seitens der proletarischen Revolution im Westen abhängig machte. Die zweite Differenz liegt in den Erklärungen der Opposition über die thermidorianische Entartung der Partei; 3. in dem Vorgehen der Opposition gegen die Politik der Partei in bezug auf die Festigung des Bündnisses des Proletariates mit der mittleren Bauernschaft; 4. in dem Nichteinverständnis der Opposition mit der Ansicht Lenins, über die Zulässigkeit eines unter gewissen Bedingungen abzuschließenden Blocks mit der nationalen Bourgeoisie der Kolonialvölker, die gegen den Imperialismus Krieg führt; 5. Nichteinverständnis der Opposition mit der Taktik der Einheitsfront in der internationalen Arbeiterbewegung, die zur Eroberung der Arbeitermassen die Richtung auf den Kommunismus einschlägt; 6. die Opposition bricht mit den Organisationsmethoden des Leninismus und betritt den Weg der Organisierung einer neuen Partei und einer neuen Internationale.

Man hört, daß die Opposition mit einer neuen Erklärung kommen will, worin versprochen werden soll, sämtliche Kongreßbeschlüsse anzunehmen, die eigene Fraktion aufzulösen und die eigenen politischen Ansichten bloß im Rahmen des Parteistatuts zu verteidigen. Dies genügt jetzt nicht mehr; wenn die Opposition in der Partei bleiben will, muß sie eine vollkommene und gänzlich ideologische und organisatorische Abrüstung durchführen und ehrlich vor der gesamten Partei und Arbeiterklasse ihre Fehler eingestehen. Die Opposition muß uns mit eigener Hand ihre Zellen zeigen, damit die Partei dieselben auflösen kann."

Die Berichte stimmen darin überein, daß die Rede, die auch die bestehenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Richtung gegen den Kommunismus in der Welt, den Verwaltungsapparat, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und dergleichen besprach, äußerst geschickt auf dem Klavier des Parteikongresses spielte, aber doch wohl auch offenbar auf eine innerlich vorbereitete Zustimmung der Hauptmasse der Hörer stieß.

Digitized by Google

Die Opposition, von der Radek und Kamenjew zu Wort kamen, konnte sich nicht durchsetzen. Trotz unversöhnlicher Gegnerschaft aber gegen sie hörte man aus der Rede Stalins doch den Wunsch heraus, abgesehen von Trotzki und Sinowjew, der Opposition eine Brücke zu bauen und ihr die Rückkehr in die Partei nicht ganz zu versperren.

Das Ende war, wie erwartet und vorbereitet. Die Resolution zu dieser Frage stellte fest:

„daß die richtige Politik des Zentralkomitees unter sehr schwierigen Verhältnissen die Festigung der internationalen Macht der Sowjetunion, die Hebung der Rolle der Sowjetunion als eines Faktors des internationalen Friedens, sowie die Erhöhung der Autorität der Sowjetunion gesichert hat. Im Lande wurden ernsthafte Fortschritte auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues erzielt und die Positionen der proletarischen Diktatur gefestigt.

Der Parteitag betraut das Zentralkomitee damit, künftig unentwegt die Friedenspolitik der Sowjetrepublik fortzuführen, die Verbindung zwischen den Arbeitern der Sowjetunion, den Arbeitern Europas und den Werktätigen der unterdrückten Länder zu festigen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern auszubauen, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Sowjetunion zu festigen und die Wehrfähigkeit unablässig zu verstärken.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, die Politik der Industrialisierung des Landes unaufhaltsam weiterzuführen und Maßnahmen behufs eines verstärkten Aufstieges der Landwirtschaft zu treffen. Gegenüber den privatkapitalistischen Elementen ist eine Politik einer noch entschiedeneren wirtschaftlichen Verdrängung anzuwenden.

Der Parteitag stellt fest, daß die trotzkistische Opposition ideologisch mit dem Leninismus gebrochen hat, zu einer menschewistischen Gruppe entartet ist und den Weg der Kapitulation vor Kräften der internationalen und der inländischen Bourgeoisie betreten hat. In Anbetracht dessen, daß sich die Differenzen zwischen der Partei und der Opposition aus taktischen zu programmatischen gestaltet haben, und in Anbetracht dessen, daß die trotzkistische Opposition objektiv ein Faktor des sowjetfeindlichen Kampfes geworden ist, erklärt der Parteitag, daß die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer Anschauungen mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei unvereinbar ist."

Damit ist die Opposition mit der Parteizugehörigkeit für unvereinbar erklärt, der Ausschluß der Opposition beschlossen. Das wurde dann abgeschlossen am 19. Dezember. Die Opposition hatte sich noch zuletzt in zwei Teile geteilt. Die Anhänger Trotzkis wollten ihre Kapitulation gegen die Erlaubnis aussprechen, ihre Ideen innerhalb der Partei weiter vertreten zu dürfen. Die Anhänger Sinowjews wollten zwar ihre eigene Meinungen nicht aufgeben, aber auf jede Propaganda verzichten. Beides verwarf der Parteikongreß, der einstimmig beschloß, 75 Mitglieder der Opposition, unter ihnen Kamenjew, Sinowjew, Frau Lilina und andere Freunde Sinowjews, sowie Radek, Rakowski, Piatakow, Smilga, Muralow, Laschewitsch, Jewdokimow, Bakajew, Smirnow u. a. aus der Partei auszustoßen. Ebenfalls ausgestoßen wurden 23 Mitglieder der sogenannten Sapronow-

Digitized by Google

Gruppe, die seinerzeit das „Dokument der Fünfzehn" verfaßt hat.

Damit hat Stalin mit seinem Anhänger Bucharin vollständig gesiegt und in einer rücksichtslosen „Tschistka" (Säuberung) die Partei ohne Widerspruch vollständig in seine Hand gebracht. Die „Leningradskaja Prawda" (8. 12.) formulierte den Ausgang so: „Der historische Sinn der geschaffenen Lage ist nun der, daß der Leiter der Opposition Trotzki sich für immer von der Revolution und dem Kommunismus abwendet. Er kehrt dorthin zurück, von wo er in unsere Partei gekommen ist — in den Kreis des Menschewismus. Sinowjew, Kamenjew und die anderen werden mit Trotzki für immer von der Revolution und dem Kommunismus scheiden, wenn sie nicht ihre bisher eingenommene ideelle Position aufgeben."

V.

Vor der allgemeinen Würdigung dieses Ausganges nur noch ein Wort über den Schluß des Parteitages.

Bucharin gab einen großen Bericht über die Kommunistische Parteidelegation in den Komintern, der die Stalinschen Gedankengänge in bezug auf die Zersetzungserscheinungen und Explosionsgefahren im Kapitalismus wiederholte. Der Kongreß wandte sich dann den Beratungen über die Wirtschaftslage und den Wirtschaftsplan zu, worüber Rykow und Kryshanowski berichteten, und billigte die Vorlage der Leitung dazu.

Danach wurde der Parteitag am 19. geschlossen. Das Zentral-Komitee (71 Mitglieder) wurde neu gewählt und wählte aus sich das Politbüro mit folgenden Mitgliedern: Bucharin, Woroschilow, Kalinin, Kuibyschew, Molotow, Rykow, Rudsutak, Stalin und Tomski. Zum Generalsekretär der Partei wurde Stalin, zu Sekretären Molotow, Uglanow, Kossior wiedergewählt.

Nun beginnt die Propaganda in der Partei draußen mit Berichten und Zustimmungserklärungen und in der Vorbereitung auf die Neuwahlen der Sowjets, die sich vom Dezember 1927 bis April 1928 zu vollziehen haben. In Großrußland, Ukraine und Kleinrußland werden die Wahlen im Januar beginnen. Schon jetzt wird sehr lebhaft darauf hingewiesen; es sind dieselben Fragen wie bei der letzten Wahl: die Belebung der Räte überhaupt, die Verstärkung der Rolle des Proletariats darin, die Befestigung seines Bundes mit der armen und mittleren Bauernschaft, die vollständige Isolierung der „Kulakelemente" des Dorfes und möglichste Heranziehung der Masse zu der Sowjetarbeit. Alles für die Ziele „der Industrialisierung des Landes, der Verstärkung des Staatsapparates und der Verteidigung des Sowjetapparates".

VI.

Die Opposition in der Partei ist zu Ende. Sie wird ihre Tätigkeit schwerlich aufgeben, und das Drama wird mit dieser

Digitized by Google

Lösung kaum zu Ende sein. Aber sie kann nur illegal und geheim und daher mit großen Gefahren arbeiten.

Daß Trotzkis ganze Persönlichkeit zu diesem Ausgang mit beigetragen hat, mit ihrer Stärke und auch ihrem Idealismus, ist keine Frage. Ebenso ist keine Frage, daß der völlige Mangel an positiven Gedanken Trotzki auf die Dauer schädlich sein mußte, sowie die Unmöglichkeit, mit diesen Gedankengängen eine wirkliche Bauernpolitik zu machen.

Stalin wird das seine tun, damit der Sieg nicht als sein persönlicher Sieg erscheint, sondern sich in der ganzen Partei auswirkt, als Sieg der Partei, die er ausgezeichnet beherrscht und auf der er ausgezeichnet zu spielen versteht. Er wird dafür Sorge tragen müssen, da die Schwierigkeiten, auf die die Opposition den Finger gelegt hat, damit doch nicht beseitigt sind, nach innen theroretisch-radikal aufzutreten.

Die Kongreßresolution zeigt, daß Rußland Ruhe und ungestörte Arbeit wünscht. Sie läßt alle Schwierigkeiten, mit denen das Sowjetregime zu kämpfen hat, erkennen, in der Industrie, in den Preisen, in der Ausfuhr, im Kredit, im Verwaltungsapparat, im Warenhunger, der Arbeitslosigkeit usw. Sie wie Stalins Rede ziehen in der Außenpolitik die Linien, die im Eingangsartikel dieses Heftes gezeichnet worden sind und die auf Frieden und friedliche Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern weisen. Der russische Kommunismus fühlt sich zu schwach, um den revolutionären Kampf allein erfolgreich entscheidend weiter zu führen, und wird auch in der Wendung auf die Kolonien zunächst nichts für sich gewinnen. Er hofft aber für seine revolutionären Aussichten von den Kriegsgefahren und Kriegsspannungen zwischen den großen Mächten nach dem Weltkriege aus den Mängeln und Nöten einer noch nicht durchgesetzten Friedensorganisation für sich in der weiteren Zukunft.

Innen- und Außenpolitik haben sich gegenseitig in diesem Jahre bestimmt und haben mit dem 15. Kongreß der Kommunistischen Partei eine außerordentlich wichtige Entwicklung zunächst abgeschlossen, eine Cäsur von großer und entscheidender Bedeutung gebracht. Diese geht weit über den persönlichen Gegensatz der Stalin und Trotzki und die theoretischen Wortgefechte über Marx und Lenin hinaus. Sie berührt nicht nur das W e s e n der Kommunistischen Partei Rußlands in ihrer augenblicklichen Existenz, sondern sie ist zugleich von großer Bedeutung für die Stellung Rußlands überhaupt. Wer Stalins große Rede und die Resolution des Parteikongresses genau durchliest, wird auch finden, welche Fragen dabei im Verhältnis zur Komintern und der weltrevolutionären kommunistischen Propaganda absichtlich noch offen gehalten werden.

Abgeschlossen am 21. Dezember 1927.

Digitized by Google

II. Wirtschaftsumschau.

Von Dr. Robert Schweitzer (in Vertretung).

I. Aus der Landwirtschaft.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat der Regierung neue Richtlinien für die Agrarpolitik übermittelt. Erstrebt wird eine Neuregelung der Landverteilungs- und Landbearbeitungsgesetze. Der im April 1925 begründeten neuen Dorfpolitik (Schlagwort „lico k derevne", „das Gesicht dem Dorfe zu!") soll eine neue Richtung gegeben werden. Man hatte sich vor 2½ Jahren nach dem Fiasko der Bednjaki-Politik, die alle Kräfte auf die wirtschaftliche Stärkung der Dorfarmut richtete, in der Agrarpolitik in erster Linie dem Srednjak (Mittelbauern) zugewandt. Man brauchte und braucht auch heute noch diese breite Schicht der Mittelbauern für die Durchführung der Intensivierung der Landwirtschaft und für die Exportsteigerung.

Jetzt soll sich die Agrarpolitik in erster Linie wieder auf den Bednjak konzentrieren. Das Zentralexekutivkomitee der Union und der Rat der Volkskommissare bewilligen neue Mittel für die Landeinrichtung der Dorfarmut und der ärmsten Gruppe der Mittelbauern. Es ist aber nicht anzunehmen, daß das Zentralkomitee der Partei eine grundsätzliche Änderung in bezug auf den Kurs der Agrarpolitik will. Vermutlich soll mit den neuen Richtlinien nur der Opposition der Trotzkisten das Wasser abgegraben werden. Die Agrarpolitik ist ein Hauptstreitpunkt zwischen Stalinisten und Trotzkisten. Letztere sind in der Überzeugung, daß innerhalb der Landwirtschaft das wirtschaftliche Übergewicht der Kulaki (relativ wohlhabende Bauern) bereits bedrohliche Formen angenommen habe, was die Stalinisten entschieden ableugnen.

Die Beurteilung des Streitobjektes ist dadurch erschwert, daß sich die streitenden Parteien über den in Frage stehenden Begriff „Kulak" absolut nicht klar sind. Während die Trotzkisten aus agitatorischen Gründen den Begriff in seinem weitesten Sinne gebrauchen, tun die Stalinisten das Gegenteil.

Um den Lesern nun einen Überblick über die tatsächliche gegenwärtige Lage der Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung zu vermitteln, seien folgende Zahlen hier angefügt[1]):

[1]) A. Haiser in Ekonom. Žisń vom 4. 12. 27. Bednjaki: Diejenigen, die ihre Arbeitskraft mehr als 20 Tage im Jahre verkaufen oder sich Vieh für mehr als 20 Tage oder Inventar für mehr als 10 Tage entleihen. Srednjaki: Diejenigen, die bis 50 Tage fremde Arbeitskräfte beschäftigen, Vieh für mehr als 20 Tage oder Inventar für mehr als 10 Tage verleihen. Ackerland von mehr als 2 Deßj. und Wiesenland von mehr als 5 Deßj. haben. Zu den Kulaki rechnen die übrigen.

Digitized by Google

Verteilung der Gesamtzahl der Wirtschaft in Prozent.

	Ukraine	Nordkaukasus	Uralgebiet	Krs. Nowosibirsk
Bednjaki . . .	38,7	36,1	22,7	33,3
Srednjaki . . .	45,8	40,3	52,6	51,6
Kulaki	15,5	23,6	24,7	15,1

Anteil am Wert der landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge.

	Ukraine	Nordkaukasus	Uralgebiet	Krs. Nowosibirsk
Bednjaki . . .	12,2	7,1	11,5	6,1
Srednjaki . . .	69,1	74,8	67,4	72,0
Kulaki	18,7	17,5	21,1	21,9

Anteil am Arbeitsvieh.

	Ukraine	Nordkaukasus	Uralgebiet	Krs. Nowosibirsk
Bednjaki . . .	14,5	8,9	7,6	19,3
Srednjaki . . .	76,8	76,5	74,0	67,4
Kulaki	8,7	14,6	18,4	13,3

Anteil an der Saatfläche.

	Ukraine	Nordkaukasus	Uralgebiet	Krs. Nowosibirsk
Bednjaki . . .	25,2	19,4	11,0	21,3
Srednjaki . . .	66,4	68,9	69,2	66,9
Kulaki	8,4	11,7	19,8	11,8

Anlieferung zum Markt.

	Ukraine	Nordkaukasus	Uralgebiet	Krs. Nowosibirsk
Bednjaki . . .	24,7	17,4	11,3	23,1
Srednjaki . . .	65,2	69,9	64,7	63,8
Kulaki	10,1	12,7	24,0	13,1

Nach der Meinung von H. zeigen diese Zahlen, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Kulaki keineswegs bedenklich ist. Wie weit das zutrifft, sei dahingestellt. Letzten Endes halten sowohl Stalinisten wie Trotzkisten diese Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung für außerordentlich unerwünscht. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Stalinisten hinreichend realpolitisch eingestellt sind, um die Kulaki und Srednjaki gewähren zu lassen, weil diese Schichten in erster Linie als Getreidelieferanten in Frage kommen. Diese Duldsamkeit wird von den Trotzkisten nicht geübt. Daß Stalin die kollektivistische Wirtschaftsführung der individualwirtschaftlichen gegenüber auch in der Landwirtschaft als bei weitem überlegen ansieht, hat er in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Anfang Dezember klar zum Ausdruck gebracht. Die bisherigen Ergebnisse der Kolchosy (Kollektivwirtschaften) und Sovchosy (Sowjetwirtschaften) haben ihm aber auch deutlich gezeigt, daß hier jede Überstürzung unangebracht ist, daß die Bauern erst systematisch für den Kollektivismus erzogen werden müssen. Aus diesem Grunde hat die russische Regierung seit Jahren den Genossenschaften in weitestem Maße Unterstützung angedeihen lassen.

Digitized by Google

Und die Genossenschaften sollen in der Gegenwart in verstärktem Maße die Dorfarmut an sich ziehen, um sie für kollektivistisches Wirtschaften reif zu machen. Davon erhoffen Stalinisten sowohl wie Trotzkisten ein der Industrieentwicklung adäquates Tempo der Entwicklung der Landwirtschaft. Letzteres soll auf alle Fälle beschleunigt werden. Stalin will dieses Ziel in der Theorie mit dem Kollektivismus erreichen, in der Praxis aber wird er voraussichtlich, wenigstens in den nächsten Jahren noch, mit der individualwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft besser zum Ziele kommen. Das weiß Stalin, und deshalb ist eine grundsätzlich Anti-Kulak -und Anti-Srednjak-Politik unwahrscheinlich.

Neben der ungenügenden Produktvität der Landwirtschaft klagt die russische Regierung über die unzureichende sogenannte „tovornost" (genau übersetzt „Warenhaftigkeit", gemeint der Umfang der Marktbelieferung der Landwirtschaft). Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigen folgende Zahlen:

Bruttoproduktion und Marktproduktion der Landwirtschaft[2]).

	Bruttoproduktion (1) in Mill. Rubel	Marktproduktion (2) in Mill. Rubel	% in 2 : 1	Jährl. Wachsen der Marktproduktion in %
1924/25 . . .	9 249	1521	16,4	—
1925/26 . . .	11 150	1852	16,5	+ 21,8
1926/27 . . .	11 580	2014	17,4	+ 8,7
1927/28 . . .	11 926	2204	18,5	+ 9,4

Zurzeit wird die Marktanlieferung der technischen Kulturen **(Sonnenblumen allein, Hanf, Zuckerrüben, Tabak, Baumwolle)** besser, relativ ungünstig aber steht es mit dem Marktgetreide (Sommerweizen und Gerste). In Anbetracht des hohen relativen Gewichtes des Getreides in bezug auf die von ihm okkupierte Saatfläche ist das nicht unbedenklich (s. untenstehende Zahlen).

Die Proportion der Kulturen (in % der gesamten Saatfläche[3]).

Korngetreide	1927	Technische und intensive Kulturen	1927
Roggen	24,7	Lein	1,5
Weizen	27,1	Sonnenblumen	2,6
Hafer	15,3	Hanf	0,8
Gerste	6,2	Zuckerrüben	0,6
Mais	2,6	Baumwolle	0,7
Grütze	6,1	Tabak und Machorka .	0,1
Bohnen u a.	2,1	Kartoffeln	4,8
		Grassamen	2,8
		übrige	2,0
insgesamt	84,1	insgesamt	15,9

[2]) Oganowski in Èkon. Žisń. v. 22. 11. 1927.
[3]) Nach Kontrollziffern des Gosplan 1927, entnommen Èkon. Žisń. vom 22. 11. 1927.

Digitized by Google

Die Marktproduktion der Landwirtschaft wird zunehmen, wenn durch Intensivierung die Ernteproduktion steigt und wenn es der Industrie gelingt, die Landwirtschaft besser und billiger zu versorgen. Das sind zwei schwerwiegende, noch nicht gelöste, aber schon viel erörterte Probleme.

Uns bleibt für den Schluß des ersten Abschnittes noch übrig, einen Überblick über den Gang der Ernterealisierung während der letzten Monate zu geben. Die Ergebnisse des ersten Vierteljahres der neuen Kampagne (vom 1. Juli bis 1. Oktober) liegen vor.

	1925/26 (1. Quartal)	1926/27 (1. Quartal)	1927/28 (1. Quartal)
Korngetreide . . .	2353,1	2417,4	2440,9
Ölsaaten	269,9	144,1	346,1
	2623,0	2561,5	2787,0

Insgesamt stieg die Getreideerfassung also gegenüber 1926/27 um 8,8 %, gegenüber 1925/26 um 6,3 %. Diese Steigerung ist in der Hauptsache auf das starke Anwachsen der Beschaffung von Ölsaaten zurückzuführen (1927/28 Zunahme von 140,2 gegenüber 1926/27 und von 28,3 % gegenüber 1925/26). Außer bei Ölsaaten zeigt sich auch bei Roggen, Grütze und Bohnen ein flotter Aufkauf (Roggenerfassung um 29 % größer als im Vorjahre aber 10 % weniger als 1925/26). Die Erfassung von Weizen gab im vorigen Jahre eine Erhöhung von 63,4 %, im gegenwärtigen eine Senkung von 0,2 %. Die Beteiligung der einzelnen Kontrahenten am Aufkauf war folgendermaßen: Staatliche Unternehmungen erniedrigten den Aufkauf gegenüber dem Vorjahre um 22,6 % (in dieser Zahl Chleboprodukt um 8,1 %). Dagegen erhöhten die Genossenschaften ihren Anteil um 57,4 %.

Auch für Oktober liegt der amtliche Konjunkturbericht des Gosplan vor. Der Oktober bringt stets das größte saisonmäßige Anwachsen der Aufkaufsmenge. Ein paar Zahlen mögen die Entwicklung des Aufkaufstempos der beiden Wirtschaftsjahre zu Zwecken des Vergleichs erläutern:

Das Tempo der Entwicklung des Aufkaufs:

	1. Quartal 17.—1. 10.	2. Quartal 1. 10.—1. 1.	3. Quartal 1. 1.—1. 4.	4. Quartal 1. 4.—1. 7.	Zusammen
1925/26	27 %	30 %	28 %	15 %	100 %
1926/27	23 %	45 %	23 %	9 %	100 %

Der Erlös der Bauernschaft aus dem Verkauf an die planmäßig vorgesehenen Aufkauforganisationen betrug 286 Millionen Tscherwonezrubel gegen 250 im Oktober 1926 und 747 Millionen im September 1927. Die scharfe Steigerung gegenüber dem Vormonate erklärt sich durch den Ankauf von Saisonwaren wie Zuckerrüben und Baumwolle (hier erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre). Hierbei ist zu beachten, daß der allgemeine Aufkaufsindex des Handelskommissariats im Oktober 1927 5,7 % höher als im Vorjahre und 1.1 % niedriger als September 1927

Digitized by Google

war. Mengenmäßig gesehen, ergibt sich ein anderes Bild. Nach Schätzungen des Handelskommissariats wurden im Oktober 1927 1 Million Tonnen Hauptgetreideprodukte (ohne Ölsaaten und sogenannte „übrige") gegen 1 273 000 im September 1927 und 1 510 000 im Oktober 1926 beschafft, d. h. Oktober 1927 21,4 % weniger als September 1927 und 33,8 % weniger als Oktober 1926. Beteiligt an diesem Rückgang sind alle Getreidekulturen mit Ausnahme von Mais und Grütze. In der Hauptsache aber erfolgte der Rückgang auf Kosten von Roggen, Weizen und Gerste. Gegenüber dem Vormonat fielen der Roggenankauf um 33,5 %, der Weizenankauf um 25,7 % und der Gerstenankauf um 35,8 %. Auf das Bedenkliche dieser Erscheinung wurde an früherer Stelle bereits hingewiesen. Als Gründe für diese wenig erfreuliche Entwicklung werden in der Sowjetpresse genannt: 1. Geringe Ernteergebnisse in einigen für die Marktbelieferung besonders wichtigen Bezirken, 2. Befürchtungen wegen einer kommenden ungünstigen Ernte, 3. die Bauern realisieren in erster Linie andere landwirtschaftliche Produkte, 4. Mangel an Industriewaren und 5. das fortgesetzte Fallen der Beschaffungspreise bei steigenden Kleinhandelspreisen.

II. Aus der Industrie.

Ist in Deutschland das Wort Rationalisierung bereits zum Schlagwort par excellence geworden, so trifft das für Rußland noch in weit stärkerem Maße zu. Daß aber die befohlene 5 %ige Selbstkostensenkung der Industrie nicht durchgeführt werden konnte, wurde schon in der vorigen Wirtschaftsumschau erörtert. Der Hauptgrund lag in dem Mißverhältnis zwischen Lohn- und Leistungssteigerung. Planmäßig war für das verflossene Wirtschaftsjahr eine Lohnerhöhung von 9,9 % gegenüber einer Leistungssteigerung von 12,6 % vorgesehen. Die tatsächliche Entwicklung aber brachte eine überplanmäßige Lohnerhöhung von 10,7 % und eine unterplanmäßige Leistungssteigerung von 9,8 %. Die Zahlen sprechen für sich. Die Dynamik der Veränderungen der Leistung ist aus folgender Übersicht ersichtlich:

Durchschnittliches Arbeitsergebnis pro Arbeitstag und Arbeiter
(innerhalb der gesamten Industrie, in Vorkriegsrubeln).

	Mai	Juni	Juli	August	September
1925/26	6,54	6,57	6,39	6,54	6,79
1926/27	7,30	6,99	6,86	7,02	7,38

Schuld an diesem ungünstigen Ergebnis ist, wie die Zahlen zeigen, der Rückgang der Produktivität in den Sommermonaten. Man hat nun gegenwärtig die besten Vorsätze, um durch Hebung der Arbeitsdisziplin und Rationalisierungsmöglichkeiten der verschiedensten Art den relativen Anteil der Lohnkosten am Arbeitsergebnis zu senken. Grundprinzip soll auf alle Fälle bleiben: bei steigenden Löhnen muß die Leistung progressiv wachsen.

Digitized by Google

In den gegenwärtigen Erörterungen über Rationalisierungsmöglichkeiten nimmt das Problem der wissenschaftlichen Betriebsorganisation einen breiten Raum ein. Es handelt sich hier zunächst darum, Arbeitsbedingungen zu schaffen, bei denen mit geringstmöglichem Energieaufwand die größtmögliche Leistung erzielt wird (Prinzip der optimalen Leistung!). Arbeitsphysiologische Bewegungs- und Ermüdungsstudien sollen helfen, das Optimum der Leistung zu ermitteln. Versuche werden angestellt zwecks Ermittlung, ob die Arbeit nicht durch regelmäßige Erholungspausen produktiver gestaltet werden kann, wobei es Ansichtssache ist, ob häufige und kürzere oder wenige und längere Unterbrechungen der Arbeit vorzuziehen sind. Welche Erfahrungen man mit solcher Neuorganisation der Arbeit macht, bleibt abzuwarten. Theoretisch spricht vieles für regelmäßige Unterbrechung der Arbeit.

Es gibt in Rußland bereits etwa 60 Einrichtungen, deren Untersuchungsfeld die wissenschaftliche Organisation der Arbeit ist. Man beschäftigt sich in Rußland auch mit dem Taylorsystem mehr als in Amerika selbst. Der Taylorismus wird durchweg stark bekämpft. Man wirft ihm vor, daß er auf Kosten des Arbeiters rücksichtslos maximale Leistungen erstrebe. Die Kritik an Taylor schießt aber weit über das berechtigte Maß hinaus. Taylors Verdienst wird nicht dadurch geschmälert, daß er Zusammenhänge nicht sah, die erst die moderne Physiologie und Psychologie erkannten. Man meint in Rußland auch meistens nur die Auswüchse des Taylorismus, wenn man Taylor selbst angreift.

In Zusammenhang mit diesen Fragen steht die Einführung des Siebenstundentages. Die Fabriken sind dabei, die Arbeitszeit zu verkürzen, ohne Arbeitsergebnis und Arbeitslohn dadurch in negativem Sinne beeinträchtigen zu lassen. Als ein gangbarer Weg sind zwei Schichten am Arbeitstage vorgeschlagen worden. Die Arbeit beginnt beispielsweise früh um 7 Uhr und endet für die erste Hälfte der Arbeiter um 14^{30} (einschließlich 30 Minuten Pause). Die zweite Schicht arbeitet dann von 14^{30} bis 22 Uhr.

Nun noch einige Zahlen aus der Produktionsstatistik. Nach den Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates wird die industrielle Bruttoproduktion im Oktober auf 394,5 Millionen Rubel (Vorkriegswerte) gegen 400,1 Millionen im September 1927 geschätzt (also eine Verminderung um 1,4 %). Infolge statistischer Unebenheiten (die Oktoberproduktion der metallverarbeitenden Industrie ist in der Septembersumme mit enthalten) ist dieses Bild irreführend. Schließt man aus dem oben genannten Grunde die Metallverarbeitung aus, so kommt man zu einer Steigerung der Bruttoproduktion von 2.8 %. Die Produktion von Produktionsmitteln im Oktober beträgt 219,4 Millionen Rubel gegen 232,1 Millionen im September (d. h. Abnahme um 5,5 %, ausschließlich Metallverarbeitung Steigerung um 1,4 %). Die Pro-

Digitized by Google

duktion von Massengütern beziffert sich auf 175,1 Millionen Rubel gegen 168,0 des Vormonats, also Steigerung um 4,2 %. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Entwicklung der Produktionsverhältnisse im September und Oktober 1927.[4])

	Sept. 1927	Okt. 1927	Okt. 1927 zu Sept. 1927	Okt. 1926 zu Sept. 1926	Okt. 1927 zu Okt. 1926
			in Prozent		
Steinkohle (1000 t) .	2 666,7	3 055,6	114,6	114,0	121,7
Naphtha (1000 t) . .	858,1	950,8	110,6	106,0	119,9
Roheisen (1000 t) .	252,6	261,2	103,4	110,3	111,4
Stahl (1000 t) . . .	319,0	330,8	103,7	103,4	113,7
Stahlwalzwerks-erzeugn. 1000 t) .	261,5	270,9	103,6	100,7	118,0
Baumwollgew. (Mill. m)	224,8	218,3	97,1	95,1	110,4
Wollgewebe (Mill. m)	8,48	7,63	90,0	93,0	117,5
Leingewebe (1000 qm)	12 431	12 307	99,0	101,1	77,2

Die Zahlen zeigen im allgemeinen weiteres Anwachsen der Produktion. Eine Abnahme zeigt sich lediglich bei der Textilindustrie, was hier als Reaktionserscheinung in der forcierten Produktion der Monate Juli und August zu werten ist (s. 3. Jhg., Heft 1, Osteuropa, S. 72).

Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter betrug im Oktober 1927 etwa 2 073 900 (gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 0,4 %). Am stärksten wuchs die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau (Steigerung um 4,7 %).

III. Vom Binnenhandel.

Die letzten Sitzungen des Handelskommissariats der Sowjetunion lieferten interessantes Material über die gegenwärtige Stellung des Privatkapitals im Binnenhandel. Danach hat das letzte Wirtschaftsjahr in Stadt und Land eine weitere Verdrängung des privaten Handels gebracht. Mengenmäßig verlor das Kleinhandelssystem 64 441 Verkaufsstellen, während sich in der gleichen Zeit die der Genossenschaften um 8465 erhöhten. Die gegenüber dem Abgang des privaten Handels relativ geringe Zunahme bei den Genossenschaften erklärt sich durch den größeren Umfang der Verkaufsstellen der letzteren. Die Verdrängung des privaten Handels ist am intensivsten auf dem Dorfe.

Die Umsätze des privaten Handels ermäßigten sich von 7607,2 Millionen Rubel im Wirtschaftsjahr 1925/26 auf 7197 Millionen Rubel 1926/27 (d. s. 5,4 %). Der Umsatz des staatlichen Handels stieg um 17,8 % und der der Genossenschaften um 14,3 %. Von der Verdrängung des privaten Handels profitierten lediglich die

[4]) Entn. Ėkon. Žizń. vom 1. 12. 1927.

Digitized by Google

Genossenschaften, nicht die staatlichen Handelsunternehmungen. Als zukünftige Politik dem privaten Handel gegenüber hat sich das Handelskommissariat gesetzt: rücksichtslose Bekämpfung auf den Gebieten des Handels, die für den Staat wichtige wirtschaftliche und soziale Bedeutung haben (Aufkauf der landwirtschaftlichen Rohstoffe und Absatz der wichtigsten industriellen Erzeugnisse, insbesondere der sogenannten Defizitwaren, d. s. Waren, bei denen die Nachfrage dauernd das Angebot übersteigt. Auf den anderen Gebieten wird das Privatkapital geduldet, bis man es ohne Schädigung der Gesamtwirtschaft ersetzen kann.

Diese Einstellung der Sowjetregierung dem privaten Handel gegenüber ist nicht auffallend, entspricht ganz der bisher von ihr verfolgten Politik. Was an Grundsätzlichem über dieses Problem zu sagen ist, ist in der Wirtschaftsumschau dieser Zeitschrift schon wiederholt gesagt worden, so daß sich hier weitere Erörterungen erübrigen.

Wie steht es nun mit der gegenwärtigen Binnenhandelskonjunktur? Die seit Monaten beobachtete Anspannung (s. Ost-Europa, Jahrg. 27/28, H. 1) hält immer noch an, wenn sich auch anscheinend bereits eine leichte Entspannung anzubahnen scheint, wie aus den folgenden Zahlen ersichtlich ist. Nach der Èkon. Žizń. vom 30. 11. d. J. änderte sich die Kaufkraft von Stadt und Land und die Konsumgüterproduktion folgendermaßen (in %):

	September 1927 zu September 1926	Oktober 1927 zu Oktober 1926
Veränderung der Kaufkraft	11—12 %	15 %
Veränderung d. Konsumgüterproduktion	2 %	8 %

Hiernach ist im letzten Monat (Oktober) die Produktion von Konsumgütern stärker gewachsen als die Kaufkraft.

Die Anspannung des Marktes äußert sich in steigenden Handelsumsätzen und leicht steigenden Preisen. Die Einzelwirkungen zeigen die folgenden Tabellen:

Umsätze in Millionen Rubel[5]).

	Oktober 1927	September 1927	Oktober 1926	Oktober 1927 zu Oktober 1926 in %
Textilindustrie . .	161,3	169,6	128,4	125,7
in dieser Zahl:				
Baumwollwaren . .	124,8	119,1	93,1	133,9
Lederindustrie . .	23,9	28,4	15,9	150,3
Glas- und Porzellanindustrie	4,8	5,8	3,2	148,8
Metallindustrie . .	107,1	82,2	153,6	69,7

[5]) Entn. der Èkon. Žizń. vom 30. 11. 27.

Digitized by Google

Veränderungen des Gesamtkleinhandelsindexes der Sowjetunion im Oktober 1927 gegenüber September 1927[6]).

	Privathandel	insgesamt
1. Allgemeiner Index	+ 1,0	+ 0,3
2. Index landw. Waren	+ 0,6	+ 0,4
3. Index industrieller Erzeugnisse	+ 1,2	+ 0,3
4. Manufakturwaren	+ 1,6	+ 0,6
3. Getreidewaren	+ 1,1	+ 0,2
6. Gemüse	+ 4,9	+ 3,4
7. Milchprodukte	+ 10,0	+ 6,0
8. Zucker	+ 0,1	0,0
9. Butter	— 5,8	— 3,5

Auch im Bereiche des Binnenhandels ist man intensiv bemüht, die Wirtschaftlichkeit der Arbeit zu erhöhen. Maßnahmen solcher Art sind beispielsweise die Absatzsyndizierung und der Abschluß von Generalverträgen.

In der letzten Zeit wird nun aber mit Nachdruck und mit Recht darauf hingewiesen, daß der Erfolg dieser Maßnahmen beträchtlich von einer gewissen Kleinarbeit des Rationalisierens abhängen muß, die man bisher noch vollkommen vernachlässigt hat. Es handelt sich um die Rationalisierung der Handelstechnik (diesen Begriff im engsten Sinne gefaßt), also um die Mechanisierung des Rechnungswesens, um rationelle Lagerhaltung, Fragen der Sortierung, der Verpackung, der Expedition usw. Und hier gibt es in der Tat in Rußland noch außerordentlich viel zu bessern.

IV. Vom Außenhandel.

Über die Ergebnisse des russischen Außenhandels in den ersten 11 Monaten des Wirtschaftsjahres 1926/27 wurde in der vorigen Wirtschaftsumschau berichtet. An dem Ergebnis hat der letzte Monat nicht mehr viel geändert. Die russische Presse bringt ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß das Ergebnis trotz des Bruches mit England relativ zufriedenstellend ist. Besonders wird hervorgehoben, daß es trotz des Sinkens des Gesamtimportes (erhebliches Sinken der Einfuhr von Verbrauchsgütern) im verflossenen Wirtschaftsjahre gelang, die Einfuhr von Produktionsmitteln um 40 % und die der Rohstoffe um 20 % zu steigern. (Die beiden Gruppen zusammen absolut 480 Millionen Rubel.) Weiter verweist man darauf, daß das Jahr 1926/27 im Gegensatz zu dem Vorjahre einen Aktivsaldo ergab, also den Devisenfonds vergrößert hat.

Der Gesamtexport über die europäische Grenze bezifferte sich im Oktober auf 64,9 Millionen Rubel gegenüber 58,1 Millionen im September (Oktober 1926 65,5 Millionen Rubel).

---

[6]) Entn. der Èkon. Žizń. vom 30. 11. 27.

Digitized by Google

Außerordentlich bedenklich aber ist, daß mit Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres der Getreideexport erheblich abnahm. Er sank im Oktober 1927 gegenüber Oktober 1926 um 54 %. Dieser Mißerfolg muß umsomehr bedauert werden, wenn man bedenkt, daß die Weltmarktkonjunktur für Getreide, insbesondere für Roggen hoher Qualität, günstig war.

Sowjetrußland macht nun gegenwärtig die größten Anstrengungen, um für den Ausfall an Exportgetreide anderweitig Ersatz zu schaffen. Ganz besonders wird die Ausfuhr der sogenannten vtorostepennye tovary (Exportgüter zweiter Ordnung) propagiert. Der STO forderte durch eine Verfügung vom 7. September d. J. ihre forcierte Ausfuhr. Zu den Exportgütern der zweiten Ordnung gehören u. a.: getrocknete Früchte, Hülsenfrüchte, Fischkonserven, Stärke, Streichhölzer, Daunen und Federn usw. Bisher waren die Ergebnisse dieser Exportpropaganda noch recht unerfreulich. Das liegt z. T. in der Hilflosigkeit der für die Exportsteigerung dieser Waren speziell eingerichteten lokalen Komitees. Sie wissen nicht, welche Waren im Einzelfalle in Frage kommen, welche Qualität und welcher Typ auf dem Weltmarkt verlangt werden. Und ist die Einführung auf dem ausländischen Markte bereits gelungen, so geht die Fühlung nicht selten durch Unterbrechung der Belieferung zum Teil wieder verloren. Helfen kann hier nur die engste Zusammenarbeit zwischen ausländischen Handelsvertretungen mit den zentralen und lokalen russischen Handelsorganisationen.

Erfreulicher ist das Bild in bezug auf die Exportgüter erster Ordnung, wenn man vom Getreide absieht. Der Export von Butter und Eiern hat sich im Oktober erhöht. An Eiern wurden 956 Waggons, insbesondere nach Frankreich, exportiert (d. i. mehr als September 1927 und Oktober 1926). Der Butterexport erhöhte sich gegenüber 1926 um 85 %.

Der Import über die europäische Grenze betrug 57,1 Millionen Rubel (bei Produktionsmitteln eine Steigerung, bei der Rohstoffeinfuhr aber Abnahme).

Der Gesamtumsatz über die europäische Grenze beträgt somit im Oktober 1927 122 Millionen Rubel, und zwar hat Rußland hier einen Aktivsaldo von 7,8 Millionen. Und da der Umsatz über die asiatische Grenze sich auf 10,2 Millionen Rubel beläuft (4,6 Millionen Export und 5,6 Millionen Import, im Vordergrunde stehen hier als Abnehmer Persien und die Türkei), so kommen wir zu einer Gesamthandelsumsatzziffer im Oktober 1927 von 132,2 Millionen Rubel (Export 69,5 und Import 62,7). Der Außenhandel im Oktober war mit 6,8 Millionen Rubel aktiv.

V. Von Währung und Kredit.

Der November 1927 hat der hochgradig gespannten Währungslage keine Entspannung gebracht. Davon wird infolge der starken Beanspruchung durch die Realisierung der Ernte vor-

Digitized by Google

läufig auch nicht die Rede sein können. Der gesamte Geldumlauf bezifferte sich am 1. 11. auf 1 741 130 400 Rubel, davon Staatsbanknoten 1 048 186 000 (am 1. 10. 1927 1 026 500 000), Staatskassenscheine 503 773 700, Silbermünzen 189 170 700.

Auch die finanzielle Lage der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige ist nach wie vor angespannt. Die fünf Großbanken (Staatsbank, Industriebank, Allrussische Genossenschaftsbank, Außenhandels- und Moskauer Stadtbank) hatten der Wirtschaft am 1. November 1927 3 032,7 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt (gegen 2 980,7 Millionen am 1. 10. 1927).

Die Verschuldung der Staatsindustrie erhöhte sich im Oktober 1927 von 1 582,6 auf 1 637,9 Millionen Rubel (die Darlehen des Volkskommissariats der Finanzen und der Getreideaufkaufstellen sind nicht eingerechnet), die der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen von 237,4 auf 248,2, die der Genossenschaften von 498,5 auf 502,5, dagegen sank (charakteristisch!) die Verschuldung des privaten Handels von 18,4 auf 11,6 Millionen Rubel.

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Fedor Sologub †.

In der Person des Anfang Dezember in Petersburg gestorbenen Fedor Sologub ist einer der bedeutendsten, eigenartigsten und meistumstrittenen Dichter der älteren Generation in Rußland heimgegangen. Man rechnete ihn gewöhnlich zu den sogenannten „Dekadenten", jener Gruppe junger Dichter, die um die Jahrhundertwende gegen die realistische Tendenzliteratur protestierten und im Anschluß vor allem an den französischen Symbolismus eine Erneuerung der russischen Dichtung herbeizuführen suchten. In den Zeitschriften „Modernen" ‚im „Sewernyj Westnik", später „Wesy", „Solotoje Runo" usw. erschienen auch seine ersten größeren Arbeiten. Aber er nahm immer eine Sonderstellung unter diesen „Neutönern" ein, die zumeist auch viel jünger waren als er. Er ging seine eigenen Wege, als Mensch wie als Dichter. Weiteren Kreisen wurde er erst bekannt durch seinen großen Roman „Der kleine Teufel" (1907) und viel Aufsehen erregte er durch seine bissigen und witzigen „Politischen Märchen", in denen er der revolutionären Stimmung der Jahre 1904—05 seinen Tribut zahlte, — allerdings in einer Form, die weder rechts noch links viel Freude erregen konnte, denn die Hiebe, die hier ausgeteilt wurden, trafen beide Seiten und zwar sehr schmerzhaft; es blieb auch nicht bei der Satire auf aktuelle russische Verhältnisse, sondern immer wieder steigerte sich die Darstellung ins Allgemein-Menschliche. Die aktuelle Tatsache, von der der Dichter ausging, wurde zum Symptom, zum Symbol des ewig und überall Vorhandenen, nicht

Digitized by Google

Auszurottenden. Seit Gogol und Saltykow hat in Rußland kein Dichter seine Zeit so scharf unter die Lupe genommen und im Zeitlichen das Ewige so deutlich erkannt wie Sologub.

Fedor Kusmitsch Teternikow (Sologub war nur ein Pseudonym), geb. 1863, war lange Zeit als Volksschullehrer, dann als Inspektor der Volkschulverwaltung tätig, ehe er sich — nach dem Erfolg seines oben genannten Romans — ganz der Dichtung widmen konnte. Sein Schaffen erscheint auf den ersten Blick sehr vielseitig: er war ein bedeutender Lyriker, der Verse von außerordentlicher Stimmungsgewalt (allerdings sind es fast immer quälende, alpdruckartige Stimmungen, die in ihnen zum Ausdruck kommen; man hat seine Verse nicht mit Unrecht zu Baudelaires „Blumen des Bösen" in Parallele gesetzt; unmittelbare Beeinflussung dürfte wohl auch anzunehmen sein) und größter Formvollendung geschrieben; neben den „politischen" Märchen schuf er auch andere, harmlose von großer Zartheit und Innigkeit („Buch der Märlein"); dazu kommen mehrere große Romane, sehr viel Novellen und eine Reihe symbolisch-phantastischer Dramen, von denen besonders eines, „Der Triumph des Todes", auch einen starken äußeren Erfolg fand. Es wurde, nebenbei bemerkt, von dem Theater der Kommissaržewskaja in Petersburg aufgeführt, zu der Zeit, wo der heute so viel genannte Meyerhold dort den Ton angab. Die eigenartige Inszenierung, die dieser vielseitige und wandelbare Regisseur, der erst zehn Jahre später sein kommunistisches Herz entdeckte und damals noch für Maeterlinck und Calderon („Andacht zum Kreuz") schwärmte, machte 1907—08 in Rußland sehr viel von sich reden. Endlich wäre noch auf Sologub als Übersetzer deutscher Dichtungen hinzuweisen: er hat gemeinsam mit seiner Gattin, der Dichterin Anastasia Tschebotarewskaja, den „Gawan" von Eduard Stucken und die „Penthesilea", den „Zerbrochenen Krug" und das „Kätchen von Heilbronn" von Kleist übertragen. Die Bedeutung dieser Leistung wird einem erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von Kleists Dramen bisher nicht ein einziges ins Russische übersetzt worden war! Die Übersetzung der „Penthesilea" erschien — als erste in der Reihe — zudem noch 1915, während des Krieges, also zu einer Zeit, wo man in Rußland nicht gerade viel Neigung verspürte, sich mit deutscher Dichtung zu beschäftigen.

Und doch sind es nur die äußeren Formen der Dichtungen Sologubs, die den Eindruck der Vielseitigkeit und Vielgestaltigkeit hervorrufen. In seinem inneren Gehalt ist sein Schaffen völlig auf einen Ton gestimmt. Man hört diesen Ton überall, und er klingt so hell und deutlich, daß wohl noch keiner, der sich mit Sologub beschäftigte, Schwierigkeiten gehabt hätte, diesen Grundton zu definieren. Als „Sänger des Todes" erscheint Sologub in allen russischen Literaturgeschichten, allen ihm gewidmeten kritischen Aufsätzen.

Digitized by Google

Sologub gehörte derselben Generation an, wie der ja nur wenige Jahre ältere, so viel früher verstorbene Anton Tschechow. Diese ganze Generation, deren Jünglingszeit in die 80er Jahre fällt, war pessimistisch, lebensmüde und lebensschwach; aber wenn sich bei der Mehrzahl ihrer Vertreter — zum Teil auch bei Tschechow — der Pessimismus auf soziale Motive zurückführen läßt, erscheint er bei Sologub ins Komische gesteigert. Die für das vorrevolutionäre Rußland so kennzeichnenden Stimmungen und Gestalten, die man in Deutschland vor allem bei dem viel oberflächlicheren, aber lauteren, aufdringlicheren und darum letzten Endes unkünstlerischen Leonid Andrejew verkörpert sah, finden sich in viel vollendeterer Form, reiner und tiefer, bei Sologub.

Zwei dichterische Vorstellungen, zwei Bilder sind es vor allem, die immer von neuem bei Sologub auftauchen: das Bild der Sonne nicht als Freude bringendes, Leben spendendes Gestirn, sondern als Drache, dessen glühende Pfeile Unheil säen, und die Gestalt des armen Ritters Don Quixote, der sich nach der himmlischen Dulcinea sehnt und durch das plumpe, ganz irdische Bauernweib Aldonca — das „Leben", wie es ist — immer wieder von seinen Zielen abgelenkt und an sich selbst irre gemacht wird. Das Leben ist eine „böse Hexe" und wer sich ihr ergibt, der kann nichts als sich und andere quälen. Der sadistische Zug in Sologubs Dichtungen (auch hier wieder ein Berührungspunkt mit Baudelaire und — mit Heinrich von Kleist, von dem Sologub nicht umsonst gerade die Penthesilea und ihr Gegenstück das Kätchen, übersetzte!) ist häufig genug von der Kritik hervorgehoben worden, hat auch — da er sich begreiflicherweise vor allem in erotischen Dichtungen äußerte — nicht wenig Anstoß erregt. Noch vor ganz kurzer Zeit zitierte ein russischer Schriftsteller in einem Aufsatz über die Erotik der Sowjetjugend einige Verse von Sologub, um zu beweisen, daß die Exzesse, die man der Jugend von heute vorwerfe, nichts weiter seien als das verhängnisvolle Erbe der entarteten, nun völlig in Verwesung aufgehenden Bourgeoisie der Zeit zwischen 1905 und 1917.

Aber es kam Sologub gar nicht auf das Ausmalen der wollüstigen Situation an; er will nur sagen: so ist das Leben. Der Wille zum Leben ist es, der den Menschen irreleitet, sein Denken und Fühlen verzerrt und verwirrt. Glücklich ist allein, was „friedlich schläft im Dämmer der Natur", glücklich sind Luft, Wolken, Wasser, Marmor und Granit, aber — „Wo des Bewußtseins Flammen schwelen, / kocht der Begierden giftger Schaum, / und flügellose Wünsche quälen / und unerreichbar ferner Traum".

Das wahre Ziel der „flügellosen Wünsche" ist aber die Erlösung durch den Tod. In dieser Erkenntnis liegt die Rettung. Sie wird aber nur den ganz naiven oder den ganz Differenzierten zuteil. Daher zeichnet Sologub so gerne Kinder in seinen Erzählungen. Man kennt die Russen ja seit langem als Meister-

Digitized by Google

darsteller der Kindesseele; unter diesen steht aber Sologub mit Dostojewskij und Tschechow in der allerersten Reihe. Seine Kinder sind ebenso zarte, zerbrechliche Wesen wie die Dostojewskijs; er geht aber weit über den älteren Dichter hinaus, er kennt eigentlich nur kranke, abnorme oder abnorm scheinende Großstadtpflänzchen ohne Lebenskraft und Zukunftsfreude, die frühreif dahinwelken, ohne je zu voller Blüte gelangt zu sein und deren Tod wir immer als Erlösung empfinden. Denn was hätte das Leben ihnen gebracht? Was hätte es aus ihnen gemacht? Sie fühlen instinktiv, worüber der Erwachsene erst spät Klarheit gewinnt: daß das Leben Schein und Trug ist und der Tod allein das Wahre. In der ergreifenden Erzählung „Der Trost" stürzt ein dreijähriges Mädchen aus dem vierten Stock einer Mietskaserne auf das Straßenpflaster und fällt einem vorübergehenden Jungen, dem Sohn einer Köchin, gerade vor die Füße. Das Bild des furchtbaren Sturzes, die verzweifelten Schreie der zu spät herbeigeeilten Mutter prägen sich ihm unauslöschlich ein; die zerschmetterte Kleine wird ihm zum Sinnbild seiner Sehnsucht. Ihr Bild verschmilzt ihm mit dem eines anderen, größeren Mädchens, das er zufällig kennen gelernt hat und das als einziges Wesen auf dieser Welt ihm Wohlwollen und Freundschaft gezeigt hat. Immer öfter glaubt er sie zu sehen; sie ruft ihn, lockt ihn — dahin, wo es keinen Kummer gibt, keine schimpfenden Mütter, keine reichen Wohltäterinnen, die ihren Schützling vom Hausknecht prügeln lassen, wenn er mit einer schlechten Zensur aus der Schule kommt. Und endlich geht er denselben Weg, den sie ihm vorausgegangen ist. „Fürchte dich nicht", sagt sie zu ihm und faßt ihn bei der Hand und führt ihn hinaus auf eine lichte Straße, wo wunderbare Rosen glühen. Er steht auf dem Fensterbrett. „Seine Füße glitten von dem schmalen Eisenstreifen ab. Eine plötzliche letzte Angst ergriff ihn, und er machte einen vergeblichen Versuch, sich am Fensterrahmen festzuhalten. Im Fallen fühlte er sich schon leichter. Ein süßer Schauer ergriff den Knaben, er wuchs und löschte das Bewußtsein aus, noch ehe der Leib das Pflaster berührt hatte . . ."

Die gleiche Todessehnsucht erfüllt aber auch die Erwachsenen. Es sei nur auf die Erzählung „Der Tod durchs Zeitungsinserat" hingewiesen, eine der erschütterndsten und durch ihren meisterhaften Aufbau spannendsten unter den vielen, die Sologub geschrieben hat. (Deutsch von Johannes von Guenther in der von ihm herausgegebenen Sammlung „Russische Gespenstergeschichten", München: Drei-Masken-Verlag 1921). Oder die psychologisch so außerordentlich feine Novelle „Die Braut in Trauer" — von dem jungen Mädchen, das einer seltsamen Laune folgend bei dem Begräbnis eines ihr ganz fremden jungen Mannes — eines Studenten, der sich das Leben genommen hat — in tiefer Trauer erscheint und nun zu den verschiedensten Vermutungen Anlaß gibt, da niemand von den Leidtragenden sie

Digitized by Google

kennt. Der Selbstmörder hat aber einen Brief hinterlassen — für ein junges Mädchen, das nie im Hause verkehrt habe, vielleicht aber zum Begräbnis erscheinen werde. In der Meinung, Nina sei dieses junge Mädchen, gibt die Mutter ihr den Brief — und damit ist Nina dem Toten verfallen. Sie erfährt aus dem Brief, daß er von seinen Parteigenossen beauftragt worden war, einen terroristischen Akt auszuführen; weil er sich aber dazu nicht entschließen konnte, tötete er sich selbst. Und nun weiß sie, daß sie zu vollbringen hat, wozu er zu schwach war. Aus dem Spiel mit dem Tode ist Ernst geworden. Nicht auf die revolutionäre Tat kommt es dem Dichter an, sondern einzig und allein auf den Weg des Todes, den seine Heldin nun gehen muß, weil der Tote Macht über sie gewonnen hat. Ihr Spiel mit der Trauer war verkappte Todessehnsucht. Diese Todessehnsucht ist für Sologub das Gegebene, Natürliche und am verächtlichsten erscheinen ihm immer jene, die die Sehnsucht gewaltsam niederringen, sich an das Leben klammern, von dem sie doch nur immer wieder betrogen werden, weil es ihnen nichts Wirkliches, das heißt nichts Dauerndes geben kann. Es besteht nur aus Schatten und Gespenstern und wer sich an diese Larven klammert, wird selbst zum Gespenst; er glaubt zu leben und verdient doch viel eher tot genannt zu werden als jene, die sich über das Irdische emporgehoben haben und, vom Persönlichen befreit, im All aufgegangen sind.

Das ist der Grundgedanke auch des schon erwähnten Dramas von Sologub „Der Triumph des Todes", das merkwürdigerweise noch keinen deutschen Übersetzer gefunden hat. Die altfranzösische Sage von der Kindheit Karls des Großen, von der verstoßenen Königin Bertha und der Sklavin Algista, die den König und das ganze Volk durch Zauberkünste betörte, so daß alle sie für die richtige Königin hielten, wird hier in ganz eigenartiger Weise abgewandelt. Die „falsche" Königin hat zehn Jahre über dem Frankenvolk geherrscht, hat die Liebe aller gewonnen, ist aber selbst mit ihrem Schicksal unzufrieden. Sie sieht alle, den König, den Hof, das Volk, im Banne des „Drachen", unfähig, Schein und Sein von einander zu unterscheiden, Sklavenseelen in ihrem Denken und Fühlen. Als durch die Wiederkehr der wirklichen Königin, die lahm und häßlich ist neben der strahlenden Schönheit Algistas, der Betrug an den Tag kommt, denkt Algista nicht daran zu leugnen. Sie glaubt ihr Tun durch die Liebe des Königs zu ihr gerechtfertigt; um dieser Liebe willen wird der König die andere verstoßen und Algista krönen. Aber der König ist nichts als König, er opfert das blühende Leben dem Phantom der Legitimität, liefert die Betrügerin dem rasenden Volk aus und setzt Bertha in ihre „Rechte" ein. Um Mitternacht, in der Geisterstunde, erscheint ihm die Hingemarterte und bittet ihn, ihr zu folgen in ihr dunkles Reich. „Du liebst mich noch. Lege deine Krone ab und folge mir. Ich führe dich in eine neue

Digitized by Google

Welt des Glückes und der Freiheit, eine Welt, wo es keine Herren und keine Knechte gibt. Nur bei mir ist Leben, dort aber, wo du stehst, geblendet vom Glanz deiner Krone, deines blutigen Purpurs, ist der Tod!" Aber er ist zu sehr König, um ihr folgen zu können. Er klammert sich an das „Leben", das in Wahrheit kein Leben ist. Da verwandelt ein Zauberwort Algistas ihn und alle die Seinen in Steingebilde, macht sie auch äußerlich zu dem, was sie in Wahrheit schon längst waren.

Mit Gogol hat Sologub den Zug gemein, daß er gerade dann am phantastischsten, am gespensterhaftesten wirkt, wenn er sich den Anschein gibt, als schildere er ganz realistisch ganz alltägliche Dinge. Das gilt vor allem von seinem berühmtesten Werk, dem „Kleinen Teufel". Es hat auch genug naive Kritiker gegeben, die in ihm nur eine satirische Wirklichkeitsschilderung sahen und ihn daher ganz unbefangen unter die Meisterwerke der sogenannten „Anklageliteratur" einordneten, — wohin man ja auch Gogols „Tote Seelen", Saltykows „Herren Golowliow" und Gontscharows „Oblomow" zu setzen pflegte. Es gibt auch wirklich außer den „Toten Seelen" und einigen Skizzen Saltykows und Leskows keine anschaulichere und zugleich deprimierendere Darstellung des russischen Kleinstadtlebens, jener Welt, die einzig und allein vom Neid, vom Haß und vom Klatsch regiert wird, in der Damen aus der sogenannten „feinen" Gesellschaft verleumderische anonyme Briefe schreiben, der Beamte am meisten Chancen hat vorwärtszukommen, wenn er seine Kollegen geschickt denunziert, bei jedem geselligen Beisammensein der Schnaps in Strömen fließt und kaum eines ohne Prügel zum Abschluß gelangt. Es ist kein Wunder, daß der Name von Sologubs Helden, dem Gymnasiallehrer Peredonow, in Rußland zum Gattungsnamen wurde, daß man von ihm das Wort „Peredonowstschina" ableitete, wie von dem Namen des Gontscharowschen Helden das Wort „Oblomowstschina", um eine ganze soziale Gruppe, eine ganze Geistesrichtung (wenn man hier von Geist reden darf), eine typische Seelenstimmung (wenn diese Menschen wirklich eine „Seele" haben) zu kennzeichnen. Gleich den Gestalten Gogols ist auch Sologubs Peredonow eine Karikatur, unheimlich und widerwärtig bis zum Unerträglichen, aber zugleich die Schöpfung einer großen gestaltenden Kraft, und daher eben nicht nur eine willkürliche Aneinanderreihung abstoßender Züge, sondern die auf die Spitze getriebene Steigerung eines Typus, der in der russischen Gesellschaft tatsächlich vorhanden war und auch heute noch zu finden ist, — kaum in geringerer Anzahl, als zu der Zeit, da Sologub seinen Roman schrieb. An diesem Säufer, Sadisten, Heuchler und Denunzianten ist alles schmutzig und gemein; der berüchtigte „Juduschka" in Saltykows „Herren Golowliow", an den Sologub vielleicht manchmal erinnert, ist ein Tugendheld neben Peredonow; zum mindesten besitzt er eine gewisse Größe, die Peredonow gänzlich abgeht; er ist von einem

Digitized by Google

„kleinen Teufel" besessen, der in dem Gespenst mit dem unübersetzbaren Namen „Nedotykomka" reale Gestalt annimmt. Wie dieser Dämon, der den Peredonow immer öfter heimsucht und immer grausamer quält, eigentlich aussieht, wird nie direkt gesagt; man hat nur die unklare Vorstellung von etwas Formlosem, Unfertigem, Klebrigem, Schmutzigem, ein Gefühl, wie viele es beim Anblick einer Kröte oder einer Spinne haben. Dieser „kleine Teufel" ist aber schließlich nichts anderes als eine Ausgeburt von Peredonows eigenem Geiste, — wie der Teufel im Frack, der dem Iwan Karamasow bei Dostojewskij erscheint, auch nur das Unterbewußte Iwans ist, das Gestalt gewonnen hat. So schleimig und schmierig, wie die Nedotykomka, ist Peredonow selbst, wenn er seine Quartaner peinigt, wenn er sich mit seiner Schwester, seinem Hauswirt zankt, wenn er seine Kollegen beim Direktor anschwärzt. Der Gespensterseher wird schließlich selbst zum Gespenst. Das Hyperbolische der Darstellung — es handelt sich immer nur um gesteigerte Wirklichkeit, nie um ein freies Spiel der Phantasie — führt bei Sologub ganz wie bei Gogol am Ende dazu, daß man sich in einer Traum- und Schemenwelt zu befinden glaubt. Das Gesamtbild, von dem jeder einzelne Zug durch Parallelen „aus dem wirklichen Leben" belegt werden kann, wird unwirklich; aus einem russischen Typus wird Peredonow zum Typus des am Irdischen klebenden Menschen überhaupt; des Lesers bemächtigt sich ein Gefühl, als stecke in ihm selbst, ja in jedem Menschen, auch dem edelsten und besten, etwas von diesem Peredonow. Und diesen Eindruck eben wollte Sologub hervorrufen. Die mit so verblüffender Echtheit geschilderte russische Kleinstadt wird zum Symbol, — nicht sie, sondern das Leben selbst schafft die Peredonows, das Leben an sich, der Drache, der mit seinem Feueratem alles versengt. Nur wer seinen Trug zu durchschauen vermag, vermag auch die Peredonowstschina in der eigenen Seele zu überwinden, sie unschädlich zu machen.

Das Bild des Dichters Sologub wird ergänzt durch das Bild des Menschen, wie es jetzt in einem Nachruf der Schriftstellerin Teffi sehr anschaulich gezeichnet wird.

„Ich kannte Sologub schon lange", erzählt sie, „noch ehe er so berühmt wurde. Er war damals Inspektor der Volksschulen, wohnte im Schulgebäude mit seiner Schwester, der dürren, schwindsüchtigen Olga Kusminischna. Sie war still und schüchtern, verehrte und fürchtete ihren Bruder, sprach in seiner Gegenwart nur mit gedämpfter Stimme. Sologub veröffentlichte damals seine wunderschönen, weisen Märchen in den „Nowosti" [liberale petersburger Tageszeitung], deren Herausgeber Notowitsch sie in Ausübung seines Herrenrechtes zusammenstrich und korrigierte. Er zahlte Sologub zwei und einen halben Kopeken für die Zeile und brummte: ‚Wieder kommt er mit seinem Deka-

Digitized by Google

dentenquatsch'. Sologub protestierte nicht, empörte sich nicht. Demütig trug er die schwere Last seines Lebens weiter.

Sie war schwer. Und es war ärmlich, dieses Leben. Früh stand er auf und gab seine Stunden; schreiben konnte er nur mit Unterbrechungen, meistens nachts. Immer war er gelb im Gesicht, müde, mit halbgeschlossenen Augen, alt. Ich erinnere mich noch, wie erstaunt wir alle waren, als wir erfuhren, daß er noch nicht einmal fünfzig Jahre alt sei. Sein metaphysisches Alter war sechshundert Jahre.

Seine Dienstwohnung war klein und eng. Lämpchen brannten vor den Heiligenbildern und die Gäste wurden mit Pfefferminz- und Honigkuchen und rotbackigen Äpfeln bewirtet, die die Schwester besorgt hatte. Sie fuhr zu diesem Zweck mit der Pferdebahn ‚in die Stadt, über die Newa'. In dem kleinen, dunkeln Arbeitszimmer, auf dem einfachen Tisch lagen Manuskripte übereinander gehäuft und blickte aus einem dunklen Rahmen ein hübsches, kluges Frauenantlitz — Sinaida Hippius [die bekannte Schriftstellerin, Gattin von D. S. Mereschkowskij]. Die Abende in dieser kleinen Dienstwohnung, wenn die nächsten literarischen Freunde zusammenkamen, waren sehr anregend. Hier las uns der Hausherr den Schluß des ‚Kleinen Teufels' und den Anfang des ‚Totenzauber' vor.

Dann, nach dem großen Erfolg des ‚Kleinen Teufels', nach der Aufführung des Dramas ‚Der Triumph des Todes' trat eine Wendung in Sologubs Leben ein. Seine stille Schwester starb. Er gab sein Amt auf und heiratete die Schriftstellerin Anastasia Tschebotarewskaja, die alles im Hause auf den Kopf stellte. Es wurde eine neue große Wohnung gemietet, rosa Vorhänge kamen vor die Fenster, an den Wänden des sehr geräumigen, kalten Arbeitszimmers hingen seltsamerweise mehrere Darstellungen der Leda von verschiedenen Meistern. An die Stelle der stillen Abendunterhaltungen traten lärmende Gesellschaften mit Tanz und Mummenschanz. Sologub ging in seiner eigenen Wohnung umher, als wäre er auch nur Gast hier, kniff die glatt rasierten Lippen hochmütig zusammen, blinzelte mit den müden Augen, jagte seinen erlöschenden Träumen nach. Sein Ruhm freute ihn wenig. Er sagte einmal:

‚Das kommt alles zu spät. Was soll ich jetzt damit anfangen? Ich weiß es wirklich nicht. Etwa meine Glatze vergolden?'

Die Verleger bestürmten ihn. Seine alten, früher kaum beachteten Werke wurden neu gedruckt. Er brachte seinen Roman ‚Totenzauber' zum Abschluß. Aber der Schluß, der nach dem Wendepunkt in seinem Leben geschrieben war, rechtfertigte die Erwartungen nicht. Der Geist hatte ihn verlassen. Und was er einst in dem engen Stübchen mit dem Lämpchen vor dem Heiligenbilde entworfen hatte, blieb unausgeführt. Ich erinnere

Digitized by Google

mich, wie er mir von der weiteren Entwicklung der Handlung in seinem Roman erzählt hatte, aber von alledem fand ich in dem fertigen Buche nichts.

Er übersetzte nun viel: Verlaine, Rimbaud, deutsche Dichter. Und nur in seinen Versen war er der alte — einsam, müde, voller Angst vor dem „rotbackigen, üppigen Frauenzimmer", dem Leben, und glühend in Liebe zu jenem, dessen Namen er mit großen Anfangsbuchstaben schrieb — dem Tod . . ."

In die neue Zeit hatte sich Sologub nicht mehr finden können. In den Hungerjahren arbeitete er auch für die von Maxim Gorkij ins Leben gerufene Serie „Wsemirnaja Literatura", von der man heute gar nichts mehr hört, weil sie ihren Zweck erfüllt hat: dieser war nicht, wie in den Prospekten behauptet wurde, alle Meisterwerke der Weltliteratur von Gilgamesch bis zu Hauptmanns „Webern" dem russischen Proletarier in musterhaften Übersetzungen zu bieten, sondern den notleidenden russischen Schriftstellern, Dichtern und Gelehrten eine Arbeitsmöglichkeit zu geben.

Von diesen letzten Jahren berichtet Frau Teffi:

„Vor etwa sechs Jahren, als ich am Typhus erkrankt war, brachte man mir einen Zettel. Auf einem abgerissenen, winzigen Fetzen Papier, der auch noch ganz klein zusammengefaltet war, stand mit flüchtigen, kaum leserlichen Zügen geschrieben: ‚Wir fleh. um Hilfe, verschaff. Sie ein Visum, wir geh. zugr. Seien Sie uns ein guter Freund, wie immer. Sol. Tscheb.'

Der Zettel, den offenbar jemand im Handschuh oder ins Kleid eingenäht mitgebracht hatte, kam von Sologub und der Tschebotarewskaja. Wer ihn gebracht hatte, habe ich nicht erfahren können. Als ich mich von der Krankheit erholt hatte, sagte man mir, das Visum für Sologub und seine Frau sei schon beschafft. Dann dauerte es aber noch sehr lange, ehe sie die Ausreiseerlaubnis erhielten und die Tschebotarewskaja, die die Qual nicht mehr länger ertragen konnte, machte ihrem Leben ein Ende. [Sie stürzte sich 1920 in die Newa.] Und nach ihrem Tode begann auch das Sterben Sologubs" . . .[1]).

[1]) Von den Werken Sologubs existieren zahlreiche deutsche Übersetzungen. Einzelne Gedichte und Novellen von ihm finden sich in verschiedenen Anthologien und Sammlungen neuerer russischer Literatur. Gesondert sind erschienen: Das Buch der Märchen, übers. von J. v. Guenther. München: H. v. Weber 1908. — Schatten (Erzählungen), übers. von A. und C. Brauner. Berlin: 1912. — Der kleine Dämon (Roman), übers. von R. v. Walter, München: G. Müller 1912. — Totenzauber (Roman), übers. von F. Frisch. Ebenda 1913. — Der Kuß des Ungeborenen und andere Novellen, übers. von A. Eliasberg. Weimar: Kiepenheuer 1918. — Kleine politische Fabeln und Märchen, nacherzählt von C. K. Roellinghoff. München: Musarion-Verlag 1921. — Süßer als Gift (Roman), übers. von F. Frisch. München: 1922.

Digitized by Google

Bibliographie

bearbeitet von H. Jonas.

A. Deutschland.

(Januar 1926 bis September 1927.)

Veröffentlichungen über Sowjetrußland in deutscher Sprache.

II. Wirtschaft.

Asmis, Rudolf: Als Wirtschaftspionier in Russisch-Asien. Tagebuchblätter. 2. Auflage. Berlin 1926. Verlag Georg Stilke. XX und 234 S.

Außenhandel und Industrie-Wachstum der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in 5 Tabellen. Berlin 1926. Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Deutschland. 6 S.

Bauer, Fritz: Die rechtliche Struktur der Truste. Ein Beitrag zur Organisation der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse in Deutschland unter vergleichender Heranziehung der Trustformen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Mannheim 1927. Verlag J. Bensheimer. XI und 279 S.

Bedarf und Absatzmöglichkeiten in Sowjetrußland. Herausgegeben von der Zeitschrift Ost-Export. Berlin 1926. Verlag A. O. Schlüchterer. 47 S.

Bericht vom 7. Verbandstag des Holzarbeiterverbandes der Sowjetunion. Berlin 1926. Führer-Verlag. 80 S.

Bramley, Fred (Generalsekretär der englischen Gewerkschaften): Warum müssen wir uns mit den Russen vereinigen? Berlin-Brüssel 1926. Internationaler Verlag „Die Einheit". 22 S. Dokumente der Einheit Nr. 1.

Brjuchanow, N. P.: Das Staatsbudget der Sowjet-Union und der wirtschaftliche Aufbau des Landes. Rede. Berlin 1926. Verlag Speer & Schmidt. 94 S.

Brutzkus, B.: Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland. Mit einem Vorwort v. M. Sering. Berlin 1926. Verlag H. Sack. 149 S. (Osteuropa-Institut: Quellen und Studien. Abt. Wirtschaft, N. F. Nr. 3).

Bubnoff, S. von: Der russische Bergbau. Berlin 1927. Verlag Hermann Sack. 34 S. (Sammlung: Das heutige Rußland, Heft 8. Osteuropa-Institut Breslau.)

Bucharin, N.: Die politische Ökonomie des Rentners. Wien-Berlin 1926. Verlag für Literatur und Politik. 194 S.

Der englische Bergarbeiterstreik und die Arbeiter der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. Vom Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrat. Berlin-Brüssel 1926. Internationaler Verlag „Die Einheit". 77 S.

Export der UdSSR. Berlin 1927. Herausgegeben von der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland, Informationsabteilung: 1. Erdöl — Kohle. 2. Erze. 3. Flachs — Hanf. 4. Harzprodukte. 5. Holz. 6. Mineralische Rohstoffe. 7. Salze — Chemische Produkte.

Führer durch die Wirtschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republicken. (Erw. Auflage.) Berlin 1926. Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland, Informationsabteilung. 215 S.

Gerschuni, G.: Die Konzessionspolitik Sowjetrußlands. Berlin 1927. Verlag R. L. Prager. 133 S.

Grinewitsch, W.: Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Berlin 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bd. 1, 1905—1914. 326 S.

Digitized by Google

Groman, W.: Die Volkswirtschaft der UdSSR. Niedergang und Wiederaufstieg. (Zusammengestellt von Professor W. Groman, Sachverständiger der Sowjetdelegation auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf.) Berlin 1927. Ernst-Rowohlt-Verlag. 37 S.

Haensel, P.: Das Steuersystem Sowjetrußlands. Übersetzt von Georg Krönlein. Berlin 1926. Verlag Dr. H. Preiß. 176 S.

Iwanowitsch, I.: Der Verband der Arbeiter in der graphischen Industrie der Sowjetunion. Seine Geschichte, Aufbau und Tätigkeit. Berlin 1927. Führer-Verlag. 54 S.

Kaufmann, Michael: Die Außenhandelsorganisation der UdSSR. (Zusammengestellt von Michael Kaufmann, Sachverständiger der Sowjetdelegation auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf.) Berlin 1927. Ernst-Rowohlt-Verlag. 17 S.

Ljubimoff, J. E.: Die Konsumgenossenschaften in Sowjetrußland. Die zweite deutsche Arbeiterdelegation bei den Konsumgenossenschaften. Berlin 1926. Verlag „Die Einheit". 20 S.

Markoff, A.: Das Kreditwesen in Sowjetrußland. Berlin 1926. Hermann Sack-Verlag. 139 S. (Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, Abt. Wirtschaft, N. F. Nr. 5.)

Markoff, A.: Die finanziellen Probleme der sowjetrussischen Kommunalwirtschaft. Berlin 1926. Hermann-Sack-Verlag. 79 S. (Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, Abt. Wirtschaft, N. F. Nr. 4.)

Zur Mühlen, L. von: Die Lagerstätten von Wolfram, Zinn und Molybdän in Rußland. Stuttgart 1926. Verlag Schweizerbart. VIII u. 94 S. (Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, Abt. Bergbau und Hüttenkunde, N. F. Nr. 1.)

Osteuropäische Länderberichte. Band I: Polen, Sowjetrußland, Lettland, Estland, Litauen. Herausgegeben in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer Breslau vom Osteuropa-Institut in Breslau. Breslau 1927. Verlag M. & H. Marcus. 463 S.

Osteuropäische Länderberichte. Band II: Rumänien, Bulgarien, Jugoslavien. Herausgegeben in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer Breslau vom Osteuropa-Institut in Breslau. Breslau 1927. Verlag M. & H. Marcus. 198 S.

Petroff, Peter u. Irma: Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union. Berlin 1926. Herausgegeben von der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland. 313 S.

Pieper, Joachim A.: Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Vortrag. Darmstadt 1926. Technische Hochschule. 28 S. Schriften der hessischen Hochschulen. Jg. 1926, Heft 5.

Rabinowitsch, J. M.: Rechtsfragen des Deutsch-Russischen Handels. Kommentar zu den Artikeln 7—10 des Wirtschaftsabkommens vom 12. 10. 1925. Berlin 1926. Verlag R. L. Prager. 17 S. Internationale Rechtspraxis, Heft 7.

Rapoport, A. u. B. Stein: Handels- und Wirtschaftsvertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und dem Deutschen Reich vom 12. Oktober 1925 nebst Konsularvertrag. Berlin 1926. Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland, Informationsabteilung. 217 S.

Rosenberg, Wladimir: Die Veränderungen des Getreideanbaues in Sowjetrußland. Berlin 1926. Verlag Hermann Sack. 36 S. (Sammlung: Das heutige Rußland, Heft 6, Osteuropa-Institut.)

Digitized by Google

Rußland. Sammlung der Zolltarife der UdSSR. mit Einfuhr- und Ausfuhrverbotslisten. Berlin 1927. Verlag E. S. Mittler & Sohn. II und 45 S.

Schifferstein, Jean: Die russische Lebens- und Genußmittelindustrie und ihre Arbeiterschaft. Zürich 1926. Genossenschaftsbuchhandlung. 72 S.

Seraphim, Hans-Jürgen: Treibende Kräfte der Handelspolitik im zaristischen und bolschewikischen Rußland. Berlin 1926. Verlag Hermann Sack. 58 S. (Osteuropa-Institut in Breslau: Vorträge und Aufsätze, Abt. Wirtschaft, N. F. Heft 1.)

Tschajanoff, A. W.: Die Landwirtschaft des Sowjetbundes, ihre geographische, wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Berlin 1926. Verlag Paul Parey. VI und 40 S. (Sammlung: Der Weltmarkt für agrarische Erzeugnisse. Heft 1.)

Veit, Friedrich: Landwirtschaft und Agrarverfassung der Süd-Ukraine unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung. Berlin 1927. Verlag Walter de Gruyter & Co. XVIII und 128 S. Sozialwissenschaftliche Forschungen. Abt. 2, Heft 3.

Der Verband der Postangestellten in der Sowjet-Union. Herausgegeben vom Zentralkomitee des Verbandes der Post-, Telegraphen-, Radio-Angestellten und -arbeiter in der Sowjet-Union. Berlin 1926. Führer-Verlag. 42 S.

Die Volkswirtschaft der Sowjet-Union am Jahresschluß 1925—1926. Herausgegeben von der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland, Informationsabteilung. Berlin. 55 S.

Wiedenfeld, Kurt: Rußland in der Weltwirtschaft. Leipzig 1926. Verlag Quelle & Meyer. 31 S. (Schriftenreihe der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft zu Münster i. W., Heft 9.)

Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten E. V: Zusammenstellung der Entfernungen und Frachtsätze von bestimmten deutschen Stationen bis Eydtkuhnen-Landesgrenze und Tilsit-Landesgrenze für die im deutschen und litauisch-sowjetischen Gütertarif enthaltenen Güter. Königsberg Pr. 1926. Osteuropa-Verlag. 42 S. (Osteuropäischer Aufbau, Heft 11.)

Bücherschau.

Peter Sinner: Der Deutsche im Wolgalande. Langensalza (1927). Verlag von Julius Beltz. 95 S. (Der Deutsche im Auslande. Herausgegeben von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. 30. Heft.)

Jakob Hummel: Der Deutsche in Transkaukasien. Langensalza (1927). Verlag von Julius Beltz. 62 S. (Der Deutsche im Auslande Herausgegeben von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. 31. Heft.)

Von den zwei Millionen Deutschen in Rußland wußte man bis vor zehn Jahren im Mutterlande kaum etwas. Erst im Krieg machten wir in den russischen Gefangenenlagern die Bekanntschaft mit Soldaten, die Volkslieder in deutscher Sprache sangen. Das veranlaßte Professor Schünemann, den Leiter der Hochschule für Musik, die Lager zu bereisen, um diese Lieder zu

Digitized by Google

sammeln; als dann in Rußland die Hungerjahre ausbrachen, machten wir die Bekanntschaft deutscher Kinder von der Wolga, die hier Aufnahme fanden. So drang allmählich die Kunde von den Siedlungen in Südrußland zu uns. Von dem, was deutscher Fleiß dort geschaffen hatte, erfuhren wir trotzdem wenig. Unbekannt blieben uns die übrigen Siedlungsgebiete, Transkaukasien, die Krim, Sibirien usw. In den Schulen vor allem beschäftigte sich niemand mit diesen deutschen Brüdern. Auch jetzt noch gibt es sehr viele, die in zehn- oder mehrjähriger Schulzeit nichts von Deutschen in Rußland gehört haben.

Mit dieser Vernachlässigung ein Ende zu machen, ist die Aufgabe, der zwei kleine Hefte dienen wollen, die von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin herausgegeben worden sind. Sie heißen „Der Deutsche im Wolgaland" und „Der Deutsche in Transkaukasien". Diese Veröffentlichungen stellen etwas Neues dar. Als Autor wurde jedesmal ein Mann gewählt, der durch Generationen mit dem Siedlungsgebiet verwachsen ist und durch allen Wechsel der Zeiten dort ausgehalten hat. Das gilt sowohl von Peter Sinner, dem Lehrer an der deutschen Normalschule in Saratow, wie von Jakob Hummel, dem Lehrer in Helenendorf. Beide haben ihre schwierige Aufgabe in taktvoller und feiner Weise gelöst. Es war nicht leicht, den Heften eine Form zu geben, die alle Klippen vermied. Die Kulturleistungen der Deutschen und die Einwirkung der alten Regierung mußten zum Ausdruck kommen, andererseits aber sollte auch der neuen Zeit Gerechtigkeit widerfahren. Es durfte niemand verletzt werden. Das tritt deutlich hervor in den Schlußabschnitten beider Büchlein, die uns die Entwicklung der letzten zehn Jahre schildern. Sehr gut ist es, daß nicht neue Erzählungen geschrieben worden sind, sondern daß auf die Quellen zurückgegriffen worden ist. Für das Wolgaheft ist benutzt Züges Leben in Rußland zur Darstellung der Reise und der ersten Einrichtung. Weiter ist verwendet das bekannte Buch Bauer, Geschichte der deutschen Ansiedler an der Wolga und Beratz, Die deutschen Kolonien an der unteren Wolga. Außerdem sind erzählende Werke und Zeitschriften mit herangezogen worden. Immer aber handelt es sich um Literatur, die im Lande selbst entstanden ist. Ein großer Teil des Heftes Transkaukasien ist zusammengestellt nach dem Werk von Friedrich Schrenk, Geschichte der deutschen Kolonien in Transkaukasien. Außerdem sind Reiseberichte und persönliche Erinnerungen verwendet. Die Büchlein bauen sich chronologisch auf und geben so eine wirkliche Geschichte der Kolonien. Die Entwicklung der Nachkriegszeit ist in beiden Heften von den Autoren selber geschildert. Das bietet den Kolonisten die Gewähr, daß nichts entstellt worden ist, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite. — Nicht nur für jugendliche Leser in den deutschen Schulen sind diese Büchlein zusammengestellt, sondern auch für die Deutschen in Rußland selbst. Wer von diesen wird nicht gern zu diesen anziehenden, gut illustrierten Erzählungen aus der heimischen Vergangenheit greifen, um die Kinder mit dem Leben der Ahnen vertraut zu machen? Der billige Preis (1,50 M. für das Wolgaheft und 90 Pfennige für das Heft Transkaukasien) ermöglicht jedem die Anschaffung. Die Büchlein dürften in keinem deutsch-russischen Hause fehlen. Weitere Hefte über das Deutschtum in Leningrad, Moskau, Sibirien und der Krim sind in Bearbeitung; wir sehen ihrer Veröffentlichung mit Interesse entgegen.

J.

Kessel, Joseph: Die rote Steppe. Novellen. Aus dem Französischen von Fritz Pasternak. Stuttgart 1927. Verlag Julius Hoffmann. 170 S.

Der Verlag Julius Hoffmann in Stuttgart bringt vom Verfasser des Rasputin-Romans Joseph Kessel in sorgfältiger deutscher Übersetzung einen Novellenband „Die rote Steppe" heraus. Blitzlichtartig werden Menschen und Situationen des neuen Rußland erhellt, die Kessel als Berichterstatter einer französischen Zeitung während der ersten Periode der Bolschewikenherrschaft aus eigener Anschauung kennen gelernt hatte.

Digitized by Google

Durch den Umsturz von jeglichen Hemmungen frei, schutz- und rechtlos, handeln die einen Gestalten seiner Novellen ihren Urinstinkten entsprechend roh, brutal und gewaltsam, während die anderen in stummer Resignation und dumpfer Verzweiflung sich ihrem Schicksal ergeben. Die einzelnen Personen sind scharf umrissen gezeichnet, es fehlt jede parteipolitische Tendenz, kein Wort der Anklage, keines der Verteidigung. Kessel beschreibt die Menschen, wie sie ihm erscheinen und wie sie sind. Was der Dichter in ihm intuitiv erschaut, hat der wissenschaftlich gebildete Journalist kritisch analysiert, Motive reihen sich an Motive, die dunkelsten Tiefen der Seele werden beleuchtet. Aus erschütternden Erlebnissen geboren weiß das Buch auch den Leser zu erschüttern. I. G.

Statistik der Berg- und Hüttenwerke in Polnisch-Oberschlesien für das Jahr 1926. Herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein. Katowice 1927. Selbstverlag des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. 109 Seiten.

Der überragende Anteil Oberschlesiens an der industriellen Urproduktion Polens wird durch die vorliegende Veröffentlichung erneut deutlich gezeigt (Steinkohle 72,57 %, Roheisen 81,82 %, Blei 99,72 % usw.). Darüber hinaus gewährt das Werk eine Übersicht über Umfang, innere Gliederung und Besitzverhältnisse der ostoberschlesischen Montanindustrie, über den Absatz im Inland (nach Gegenden und Abnehmerkreisen), über die Ausfuhr, die Arbeiterzahl, die Lohnverhältnisse und vieles andere. Die Tabellen gewinnen durch die Beziehung auf Polens Gesamterzeugung, auf die Weltproduktion und auf den Vorkriegsstand sowie durch Beigabe der Devisenkurse bedeutend an Wert. Das Werk enthält viele interessante Einzelheiten und muß von jedem Beobachter der polnischen Wirtschaftsverhältnisse, gerade auch im Hinblick auf die schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen, gründlich durchgearbeitet werden. R. R. B.

Lüdtke, Franz: Grenzmark Posen-Westpreußen. Ein Heimatbuch. Leipzig 1927. Verlag Friedrich Brandstetter. 404 Seiten. Preis: RM. 8,—. (Brandstetters Heimatbücher Deutscher Landschaften Bd. 25.)

Die Abtrennung des größeren Teils der Provinz Posen und Westpreußen vom Reich und der Zusammenschluß ihrer westlich des Korridors gelegenen Reste zu einer neuen Provinz haben das schwere Problem gezeitigt, an dem öffentliche und private Stellen seit Jahren stille Arbeit leisten: dieser kleinen aus drei getrennten Stücken mit schlechten Verkehrsverbindungen zusammengesetzten Verwaltungseinheit die innere kulturelle Verbundenheit zu geben, die sie allein zur Erfüllung der ihr zugedachten nationalpolitischen Aufgaben befähigen kann. Einen wertvollen Beitrag zur Lösung dieses Problems liefert Dr. Franz Lüdtke mit der Herausgabe dieses in der Reihe von Brandstetters „Heimatbüchern" erschienenen Bandes. Natur, Geschichte, Kultur — alles kommt zu seinem Recht, und auch die Ausstattung des Buches durch den Verlag ist erfreulich sorgfältig. So sollte es geeignet sein, auch im übrigen Reich für die Kenntnis der fast vergessenen kleinsten Provinz Preußens zu werben, eine Kenntnis, die auch der allgemeinen Unterrichtung über die Fragen des Ostens nur dienlich sein könnte. R. R. B.

Der ostdeutsche Volksboden. Aufsätze zu den Fragen des Ostens. Herausgegeben von Dr. Wilhelm Volz, Geh. Reg.-Rat, o. Prof. an der Universität Leipzig. Erweiterte Ausgabe. Breslau 1926. Verlag Ferdinand Hirt. 388 S. Mit einer Karte im Text und einer Schaltkarte. Halbl. RM. 9,—.

Digitized by Google

Der alte Kampf zwischen Deutschen und Slawen wird hier in einer Reihe von Aufsätzen einer wissenschaftlichen Betrachtung unter dem Gesichtspunkt der Siedlungsgeschichte unterzogen. Die ersten Beiträge, die von der Siedlungsgeschichte Böhmens und Mährens handeln (Kötzschke, Dopsch, Holtzmann u. a. sind ihre Verfasser), haben sich infolgedessen in erster Linie mit der Streitfrage zwischen der „Kolonisationstheorie" des tschechischen Nationalhistorikers Palacky und der neuerdings in den Vordergrund tretenden „Urgermanentheorie" des Brünners Bretholz auseinanderzusetzen. Die Historiker und Prähistoriker bekennen sich im wesentlichen zu Bretholz, dessen Meinung, daß die Deutschen Böhmens im wesentlichen von den vor der Völkerwanderung dort ansässigen Germanen abstammen, und die mittelalterliche Kolonisation nur eine Verstärkung, keine eigentliche Neusiedlung, bedeutet habe, sie mit entsprechenden Einschränkungen auch auf die nördlichen Teile des ostdeutschen Siedlungsbodens ausdehnen wollen. Dagegen kommt der Sprachforscher Gierach zu einer Ablehnung der „Urgermanentheorie", die übrigens auch Beltz für Mecklenburg nicht anerkennt. Die Kolonisationsbewegung des Mittelalters wird von ihrem wohl berufensten Kenner, Kötzschke, dargestellt, während eine Reihe ost- und westpreußischer Gelehrter (Krollmann, Keyser, Lorentz, Gollub u. a.) die Entwicklung im Ordensgebiet schildern und teilweise, insbesondere für die Masuren- und Kaschubenfrage, bis zur Gegenwart fortführen. (Wenn Gollub in dem erstgenannten Aufsatze, S. 301, Roman Dmowski als den „Schöpfer der heutigen polnischen Republik" bezeichnet, so könnte diese doch wohl etwas einseitige Formulierung zu Mißverständnissen Anlaß geben.) Aubin-Halle umreißt in einem großzügig angelegten Aufsatz die Entwicklung der ostdeutschen Agrarverfassung und ihre Beziehungen zum Nationalitätenproblem, während Graf Baudissin einige in die Zukunft weisende Gedanken zur Frage der inneren Kolonisation beisteuert. — Die Sammlung dieser Beiträge zum heutigen wissenschaftlichen Stande der ostdeutschen Siedlungsgeschichte, die nirgends durch nationale Ressentiments in ihrem Werte getrübt werden, ist eine glückliche und dankenswerte Tat. R. R. B.

Zur Besprechung eingegangen:

Ambrozaitis, K.: Die Staatslehre Wl. Solowjews. Paderborn 1927. Verlag Ferdinand Schöningh. 111 S. Preis: M. 3,—.

Bernewitz, Elsa: Die Entrückten. Vier Geschichten vom Tode. (Erzählungen aus Kurland.) München 1927. Verlag Albert Langen. 146 S. Preis: M. 3,50 geh.

Boris, Otto: Um die Grenze. Ein masurischer Schmuggler-Roman. Berlin o. J. Großdeutscher Buch- und Zeitschriftenverlag. 173 S. Preis: M. 2,50 brosch. (Sammlung: „Großdeutscher Erzähler", Doppelband 3 u. 4).

Daniloff, J. N.: Dem Zusammenbruch entgegen. Ein Abschnitt aus der letzten Epoche der russischen Monarchie. Einzige berechtigte Übersetzung von R. Freiherr von Campenhausen. Hannover 1928. Verlag Hahnsche Buchhandlung. 189 S. Preis: M. 9,— brosch.

Dukmeyer, Friedrich: Die Einführung Lermontows in Deutschland und des Dichters Persönlichkeit. (Die Russenfreunde Varnhagen von Ense und Bodenstedt.) Berlin 1925. Verlag Emil Ebering. 68 S. (Sammlung: Historische Studien, herausgegeben von Dr. Ebering, Heft 164).

Gromann, W.: Die Volkswirtschaft der U. d. S. S. R. Niedergang und Wiederaufstieg. Berlin 1927. Verlag Ernst Rowohlt. 37 S. (Herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußlands in Deutschland.)

Kaufmann, Michael: Die Außenhandelsorganisation der U. d. S. S. R. Berlin 1927. Verlag Ernst Rowohlt. 17 S. (Herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußlands in Deutschland.)

Digitized by Google

Isaev, El.: Razskazy. (Erzählungen.) Riga 1927. Verlag E. I. Ettinger. 78 S.

Kurpiun, Robert: Berthold Ringmanns Heimkehr. Eine Erzählung aus Oberschlesiens Freiheitskämpfen 1914—1924. Berlin o. J. Großdeutscher Buch- und Zeitschriftenverlag. 79 S. (Sammlung: „Großdeutscher Erzähler", Band 1.)

Lenin, W. I.: Materialismus und Empiriokritizismus. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie. Wien-Berlin o. J. Verlag für Literatur und Politik. 486 S. (Sammlung: W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Band XIII.)

Nötzel, Karl: Die russische Leistung. Karlsruhe 1927. Verlag G. Braun. 114 S. (Sammlung: Wissen und Wirken. Einzelschriften zu den Grundfragen des Erkennens und Schaffens, herausgegeben von Prof. Ungerer, Band 45.) Preis: M. 2,40.

Rau, P.: Die Hügelgräber Römischer Zeit an der unteren Wolga. Pokrowsk 1927. Deutscher Staatsverlag „Nemgosisdat" ASRR der W.-D. 112 S. (Mitteilungen des Zentral-Museums der Aut. Soz. Räte-Republik der Wolgadeutschen, 1. Jahrg. Heft 1—2, 1926.)

Rau, P.: Prähistorische Ausgrabungen auf der Steppenseite des deutschen Wolgagebietes im Jahre 1926. Pokrowsk 1927. Deutscher Staatsverlag „Nemgosisdat" ASRR der W.-D. 78 S. (Mitteilungen des Zentralmuseums der Aut. Sozial. Räte-Republik der Wolgadeutschen, Jahrgang 2, Heft 1, 1927).

Rumer, Willy: Die Agrarreformen der Donau-Staaten. Eine agrarpolitische Untersuchung der Bodenreformen Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Rumäniens und Südslawiens in den Jahren 1917—1926. Innsbruck 1927. Selbstverlag, Fischergasse 50. 170 S.

Schreiber, Georg: Deutschland und die Kultur der Ostsee. Erinnerungen an die deutschen Hochschulwochen in Helsingfors und Riga 1926. Münster i. W. 1927. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung. 234 S. (Sammlung: Deutschtum und Ausland, herausgegeben von Georg Schreiber, Heft 10.) Preis M. 6,— geh.

Sozialistischer Kulturbund: Sozialismus und Kultur. Tagung des Sozialistischen Kulturbundes 2.—3. Oktober 1926 in Blankenburg i. Thür. Berlin 1927. Verlag des Sozialistischen Kulturbundes. 120 S. Preis: M. 1,50.

Stallbaum, Otto und Helmut: Die Wunder der Kurischen Nehrung. Stimmungsbilder. Königsberg Pr. 1927. Selbstverlag, Löbenichtsche Langgasse 7, 71 S.

Thienemann, J.: Rossitten. Drei Jahrzehnte auf der Kurischen Nehrung. Neudamm 1927. Verlagsbuchhandlung Neumann. 326 S. Preis: M. 10,— geb.

Trubetzkoy, Fürst Eugen N.: Die Weltanschauung der altrussischen Ikonenmalerei. Paderborn 1927. Verlag Ferdinand Schöningh. 99 S.

Winter, Eduard: Die Deutschen in der Slowakei und in Karpathorußland. Münster i. W. 1926. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung. 97 S. (Sammlung: Deutschtum und Ausland, herausgegeben von Georg Schreiber, Heft 1.) Preis: M. 3,20, geh.

* * *

Rabinowitsch, J.: Das Armenrecht der Staatenlosen. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Deutschen Zivilprozeß. S. 68—70.

Schweitzer, Robert: Moskau, Handelsplatz. Moskau, Börsenplatz. Sonderabdruck aus dem Handwörterbuch der Betriebswissenschaft, herausgegeben von Prof. Nicklisch. Stuttgart 1927. C. E. Poeschel-Verlag. S. 1550—1574.

Digitized by Google

Wohl, Paul: Ausländisches Tarifrecht. I. Nordamerika und Rußland. Sonderabdruck aus „Hauptfragen des Tarifrechts". Arbeitsrechtliche Seminarvorträge II. Herausgegeben von Prof. Kaskel. Berlin 1927. Verlag Julius Springer. S. 1—30.

* * *

Antiquariatskatalog Neue Folge 22 von K. F. Koehlers Antiquarium, Leipzig, Täubchenweg 21. Osteuropa, Balkanländer, Österreich und Ungarn. 98 S.

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die Russische März-Revolution und die Ursachen ihres Mißglückens. (De Russische Maart-revolutie en de oorzaken van haar mislukking.) Von *Dr. Boris Raptschinsky.*

De Socialistische Gids, Amsterdam, Jahrg. XII, Nr. 11, Nov. 1927, S. 904—907.

Durchaus falsch ist die in gewissen russischen und westeuropäischen Kreisen zum Axiom gewordene Behauptung, das Mißglücken des demokratischen Umschwungs vom März 1917 sei nur Zufall, der Sieg der Bolschewisten lediglich die Folge ausländischer Machenschaften gewesen, die Bolschewisten hätten die Macht g e g e n den Willen des Volkes inne. Der bolschewistische Sieg war nur die Folge der in Rußland wirkenden Kräfte, die Bolschewisten behielten die Oberhand trotz ihrer geringen Anzahl, weil die Masse des Volkes hinter ihnen stand. Die eigentlichen Macher der russischen Revolution waren die Bauern in Uniform, die Soldaten, die die Revolution durchführten, um ihre agrarischen Wünsche zu befriedigen. Die demokratische Regierung hätte eiligst eine neue Landverteilung durchführen müssen — das wollte und konnte sie nicht —, sie verschob die Reform auf spätere Zeit, wenn der Krieg beendet sein würde. Die Bauern waren aber bereits zu oft von den Herren betrogen worden und beschlossen daher, das Land g e g e n den Willen der Regierung zu verteilen. Damit war das Ende der demokratischen Regierung besiegelt. Die Bolschewisten sahen von jedem Staatsgedanken ab, leisteten den maximalistischen Gefühlen der Massen keinen Widerstand; sie wollten die Revolution nicht leiten, sondern ließen sich ganz vom Strome treiben. Äußerlich hat diese Taktik zu einem großen Erfolge geführt, der aber im Grunde doch ein Mißerfolg ist: es ist den Bolschewisten nicht gelungen, erträgliche Zustände im Lande zu schaffen. März-Revolution der Demokraten und Oktober-Revolution der Bolschewisten sind keine Gegensätze; die letztere ist die Fortsetzung der ersteren . Historische Prozesse lassen sich nicht leiten und lenken: das fühlen auch die Bolschewisten. Allmählich entsteht in Rußland ein gesunder Kern: der mittlere Bauer (seredniak). Die Ideologie der Bauern steht der bolschewistischen so fern, daß ein Zusammenprall unvermeidlich ist — dann stürzt das Kartenhaus der Bolschewisten ebenso zusammen, wie der Zarismus. Es kommt dann ein neues Rußland, dessen Basis die Bauern sein werden. Dieses Bauern-Rußland wird in kultureller Hinsicht ein großer R ü c k s c h r i t t sein. Vielleicht wird nach dem Sturz der Bolschewisten die kapitalistische Produktionsweise wieder hergestellt, vielleicht auch entsteht eine ganz neue Produktionsform, als Folge der bolschewistischen Experimente. Das Drama, das sich jetzt im Osten abspielt, wird sicherlich für die Entwicklung der Menschheit viel größere Bedeutung haben, als sie die französische Revolution hatte. E. P. B.

Digitized by Google

Zehn Jahre Bolschewismus. (Ten Years of Bolshevism.) Von *George Soloveytchik.*

The Nineteenth Century and after, London. Vol. CII., Nr. 609, Nov. 1927, S. 652—666.

Wie haben die Bolschewisten es fertig gebracht, sich solange zu halten? Was haben sie geleistet in dieser Zeit? — Nur durch grobe Gewalt, durch brutalste Methoden konnten sie sich halten, durch restlose Verachtung aller Gesetze der Menschlichkeit und der politischen Moral. — Wie ein Parasit lebt die bolschewistische Wirtschaft von der Arbeit der Bauernschaft, und verbraucht lediglich das, was sie vom alten Regime geerbt hat. Die USSR. ist ein Staat sui generis, der unmöglich inmitten von Staaten existieren kann, die anders sind als er, der eines Tages in dieser Lage ersticken muß. Das wissen die bolschewistischen Führer, und deshalb ist „Weltrevolution" für sie keineswegs ein I d e a l, sondern einfach praktische L e b e n s n o t w e n d i g k e i t, ohne deren Realisation sie zugrunde gehen müssen. E. P. B.

Moskau und der Mittlere Osten. (Moscow and the Middle East.) Von *Nazir.*

The Englisch Review, Vol. XLV, Nr. 5, November 1927, S. 517—524.

Die Bolschewisten haben rücksichtslos jede Regung von Rassegefühl in der Ukraine und in Georgien unterdrückt, wo dieses dem Moskauer Despotismus schaden könnte. Dagegen unterstützen und nähren sie es überall in und außerhalb der Sowjet-Union, wo es zum Nachteil Englands benutzt werden kann: nicht nur in China, sondern auch in Südwest-Asien, in Afghanistan, in Persien. Usbeken, Turkmenen, Tataren kannten kein Nationalbewußtsein vor der bolschewistischen Revolution, — es wird genährt, um dem russischen Einfluß Bahn zu schaffen. Englands Interesse verlangt aber, daß Afghanistan und Persien unbedingt unabhängig bleiben, was durch energische Unterstützung der freiheitsliebenden Stämme auch zu erreichen ist. Die Propaganda der Pazifisten und Kommunisten in England ist eine der Waffen des Sowjet-Arsenals. E. P. B.

II. Wirtschaft.

Finanzierung der kommunalen Unternehmungen. (O porjadke finansirovanija kommunal'nych predprijatij.) Von *Vlad. Rievskij.*

Vestnik finansov, Januarheft 1927, S. 40 ff.

Der Verfasser behandelt zunächst allgemein die Bedeutung der kommunalen Unternehmungen und kommt zu der Feststellung, daß der fiskalische Gesichtspunkt bei der Beurteilung ihrer Leistungen von sekundärer Bedeutung ist; nicht der kaufmännische Gewinn, sondern die Leistungen der Unternehmungen auf sozialem und kulturellem Gebiet sind dafür ausschlaggebend. In Deutschland bestand seit den 90er Jahren das Bestreben, Unternehmungen, wie Gaswerke, Wasserwerke usw. zu kommunalisieren; während des Krieges und nach dem Kriege führte die mißliche Finanzlage der Städte teilweise zu einer Rückbildung, indem dem Privatkapital ein erhöhter Einfluß auf das Geschäftsgebahren der kommunalen Unternehmungen eingeräumt wurde. Mit der Rückkehr geordneter finanzieller Verhältnisse erstarkt wieder die frühere Strömung. In der Sowjet-Union sind ebenfalls Stimmen laut geworden, welche die Berücksichtigung des rein wirtschaftlichen Prinzips (chozrasčet) in den kommunalen Unternehmungen forderten. Begründet wurde das damit, daß die lokalen Organe lange Zeit hindurch die Mittel der kommunalen Unternehmungen zur Befriedigung sonstiger lokaler Bedürfnisse in Anspruch nahmen. Der Verfasser bestreitet die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verselbständigung der kommunalen Unternehmungen, da dadurch die Einheitlichkeit der lokalen Wirtschaft vernichtet wird, und die Belange der kommunalen Unternehmungen, die

Digitized by Google

z. T. durchaus zu beachten sind, auch bei dem gegenwärtigen System berücksichtigt werden können. Der Hauptmangel der heutigen Verwaltung — der Bürokratismus — wird durch eine teilweise Verselbständigung nicht behoben werden, da ja der bürokratische Geist in allen Anstalten der Union vertreten ist. W. A.

Das Sparkassenwesen der U. d. S. S. R. im Jahre 1925/26. Von *K. Tufesko. Vestnik Finansov, Januarheft 1927.*
Das Sparkassenwesen hat sich im Berichtsjahre weiterentwickelt. Am 1. Januar 1924 gab es 6996, am 1. Oktober 1925 9742, am 1. Oktober 1926 14 757 Sparkassen. Vor dem Kriege flossen die Einlagen den Sparkassen von selbst zu, gegenwärtig muß zu diesem Zweck eine erhebliche Propagandaarbeit geleistet und das Sparkassennetz erheblich erweitert werden. Vor dem Kriege waren die Einlagen stabil, gegenwärtig sind sie sehr flüssig. Die Zahl der Sparer ist im Berichtsjahre von ca. 820 auf ca. 1285tausend gestiegen (+ 157 %). Im Berichtsjahre wurde den Sparkassen die Auszahlung von Löhnen und Gehältern angewiesen, wodurch die Zahl der Einlagen erheblich vermehrt, die Größe der Einlagen dagegen wenig verändert wurde. Die Haupttätigkeit der Kassen vollzieht sich in den Städten, auf dem Lande befinden sich zwar 60 % aller Sparkassen, darauf entfielen aber nur 16,6 % aller Einlagen. Von der Gesamtzahl der Kassen existierten am 1. Oktober 1925 ca. 25 % und am 1. Oktober 1926 ca. 18 % nur formell, d. h. sie tätigten überhaupt keine Umsätze. Diese „stilliegenden" Sparkassen befinden sich überwiegend auf dem Lande. Am Jahresschluß gliederten sich die Einlagen folgendermaßen: Arbeiter 10,9, Bauern 2,4, Angestellte 30.7, juristische Personen 35,6, sonstige 20,4 %. Die Rentabilität der Sparkassen ist ungünstig. Von den Ausgaben entfielen vor dem Kriege 90 % auf Zinsen und 9,6 % auf Verwaltungskosten, im Jahre 1925/26 war das Verhältnis beider Posten 29 bzw. 63,6 %. Die Kosten sind hoch, weil die Einlagen gering sind, das Sparkassennetz zu groß ist und viele Sparkassen fast gar keine Umsätze tätigen und verschiedene Ausgaben, wie z. B. für Reklame, hinzugekommen sind, die vor dem Kriege nicht bestanden. W. A.

Die Steuerbelastung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung der U. d. S. S. R. im Haushaltsjahr 1925/26. (Tjažest' obloženija nezemledel' českogo naselenija SSSR. v 1925 — 26 b. g.) Von *P. V. Mikeladze. Vestnik finansov, Februarheft 1927, S. 35 ff.*
Es sollen hier nur die interessantesten und wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung wiedergegeben werden. Die landwirtschaftliche Bevölkerung beträgt ca. 83 %, die nichtlandwirtschaftliche ca. 17 % der Gesamtbevölkerung. Vom gesamten Steueraufkommen entfielen dagegen auf die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung ca. 53 %. Wenn man den Anteil der einzelnen sozialen Gruppen am Volkseinkommen und Steueraufkommen berechnet, ergeben sich folgende Zahlen: Arbeiter 20,8 % des Volkseinkommens, 21,4 % des Steueraufkommens, Angestellte 9,1 % bzw. 10,6 %, landwirtschaftliche Bevölkerung 56,8 % bzw. 40 %, Selbständige usw. 10,7 % bzw. 19,1 %. Wenn man nur die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung vergleicht, ergibt sich folgende Steuerbelastung auf den Kopf: Arbeiter 34,30 Rb., Angestellte 40,00 Rb., freie Berufe usw. 80,23 Rb., im Durchschnitt 41,89 Rb. Von dieser Steuerbelastung entfielen auf indirekte Steuern: bei den Arbeitern 59,7 %, Angestellten 56,0 %, freien Berufen usw. 39,7 %, im Durchschnitt 51,9 %; auf direkte Steuern: Arbeiter 22,7 %, Angestellte 25,0 %, freie Berufe usw. 34,8 %, im Durchschnitt 27,4 %. Die hohe Belastung des Arbeiters an indirekten Steuern ist durch den Konsum von Spirituosen zu erklären, andererseits ist der Staat gezwungen, in erhöhtem Maße zur Deckung des Finanzbedarfs auf indirekte Steuern zurückzugreifen, weil die direkten Steuern wenig einbringen. Im ersten Halbjahr 1925/26 gab es nur ca. 1800 Zensiten mit

Digitized by Google

einem Einkommen von 10—12 Tausend Rubel im Jahr (ca. 0,3 % aller Einkommensteuerpflichtigen), so daß die Einkommensteuer trotz der hohen Sätze nicht den gewünschten Erfolg zeitigt. W. A.

Die Kapitalbildung in der sowjetrussischen Industrie. (Kapitalonakoplenie v sovetskoj promyšlennosti.) Von *N. A. Gruzman.*
Vestnik financov, Märzheft 1927, S. 9 ff.
Im kapitalistischen Wirtschaftssystem hängt der Umfang der industriellen Kapitalbildung von der Wirksamkeit einer Reihe von Faktoren ab — Preisniveau, Konjunktur usw. —, die sich der Einwirkung seitens der einzelnen Unternehmer entziehen. In der Union hängt die industrielle Kapitalbildung von der Wirtschaftspolitik des Staates, besonders von der staatlichen Preispolitik ab. Der Staat kann die Kapitalbildung auf diesem Wege fördern oder hemmen. Betriebe, die infolge der staatlichen Preispolitik unrentabel arbeiten, erhalten dafür meistens Mittel aus dem Staatshaushalt überwiesen. Ein anderer wichtiger Faktor, der auf den Umfang der Kapitalbildung einwirkt, ist das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung. 1924/25 stieg der industrielle Arbeitslohn durchschnittlich um 23 %, die Arbeitsleistung um 35 %, 1925/26 stieg dagegen der Arbeitslohn um 25,6, die Arbeitsleistung um 11,6 %. Das unverhältnismäßige Wachsen der Löhne mindert die Kapitalbildung in der Industrie. Mindernd wirken in dieser Richtung auch die hohen Unkosten infolge veralteter Anlagen, geringe Rationalisierung des Produktionsprozesses usw.
Die Kapitalbildung in der Industrie hat in den Jahren 1924—26 gute Fortschritte gemacht, wenn man aber den Umfang derselben mit dem Bedarf an Kapital vergleicht, ergibt sich, daß die Kapitalbildung umzurechnen ist. Der Kapitalbedarf der Industrie ist außerordentlich groß. Durch Rationalisierung des Produktionsprozesses, Verminderung verschiedener Unkosten, Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung einer gesunden Relation zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung kann die Industrie die Kapitalbildung bis zu einem gewissen Grade steigern; es ist aber kaum zu erwarten, daß dadurch wesentliche Ersparnisse erzielt werden können. Man darf nicht vergessen, daß im Grunde genommen noch niemals in einem Lande ein so großer Ausbau der Industrie, wie wir ihn gegenwärtig in unserem Lande durchführen, mit eigenen Mitteln der Industrie bewerkstelligt worden ist. In solchen Fällen ist der industrielle Ausbau stets entweder mit Hilfe ausländischer Kapitalien oder durch Zufluß von Mitteln aus anderen Wirtschaftszweigen durchgeführt worden. Auch bei uns kann der kolossale Wiederaufbau und Ausbau der Industrie, der uns in den nächsten Jahren bevorsteht, selbstverständlich nicht auf Kosten der eigenen kapitalbildenden Kraft unserer Industrie erfolgen, sondern in erhöhtem Maße auf Kosten der unserer Industrie von außerhalb zufließenden Mittel. W. A.

III. Geistiges Leben.

Die Volksbildung bei den Nationalitäten nicht-russischer Sprache. (Prosveščenije nacional'nostej nerusskogo jasyka.) Von *G. Mansurov.*
Narodnoe Prosveščenie, 1927, Heft 10, S. 38—42.
Der kurze Artikel zieht unter Verwertung von aufschlußreichem statistischem Material das Fazit der 10jährigen Arbeit des Volkskommissariates für Bildungswesen auf dem Gebiet der Einbeziehung der nationalen Minderheiten in die kulturelle Entwicklung der UdSSR. L. J.

Die Architektur des alten und neuen Moskau. (Architektura staroj i novoj Moskvy.) Von *B. Venderov.*
„Stroitel'stvo Moskvy", 1927, Heft 10, S. 37—45.
Obgleich der Titel viel zu weit gefaßt ist, — denn der Verfasser spricht nur von denjenigen Baudenkmälern des alten Moskau, die nach der Re-

Digitized by Google

volution restauriert worden sind — vermittelt der Artikel nichts destoweniger viel interessantes Material über die Bautätigkeit in Moskau. Dem Artikel sind mehrere Abbildungen beigefügt. L. J.

Das Moskauer Museumswesen in den letzten zehn Jahren. (Muzejnoe stroitel'stvo za desjat let.) Von *Ar—t.*
Stroitel'stvo Moskvy 1927, Heft 10, S. 46—52.
Der Artikel beschränkt sich auf eine Aufzählung sämtlicher Moskauer Museen und gibt einen kurzen Abriß ihrer Entstehung. Bekanntlich wurden die öffentlichen Sammlungen nach 1918 in beträchtlichem Maße durch Aufnahme von requirierten Privatsammlungen bereichert. Ferner ist eine ganze Reihe von neuen Museen eröffnet worden, die die einzelnen Gebiete des sozialen Lebens in der UdSSR. — die Schule, die Landwirtschaft, den Arbeiterschutz usw. — behandeln. Einen äußerst wichtigen Platz nehmen diejenigen Museen ein, die der Geschichte der revolutionären Bewegung gewidmet sind. Endlich ist ein gänzlich neuer Museentyp geschaffen worden: die einzigartigen, außerordentlich wertvollen Denkmäler der altrussischen Kunst — Klöster, Kirchen, ja sogar einzelne Privathäuser des Moskauer Adels aus der Mitte des XIX. Jahrhunderts wurden sorgfältig restauriert und der Öffentlichkeit als Museen übergeben.
Die knappe Übersicht von Ar—t weist auf die große und wichtige Arbeit hin, die die Sowjetregierung auf dem Gebiete des Museumswesens geleistet hat. L. J.

B. Polen.

Die Parteigruppierung in Polen. (Le jeu complexe des partis en Pologne.) Von *Casimir Smogorzewski.*
Le Correspondant (Paris), 25. September 1927, S. 801—816.
Das alte Polen ist früher als die meisten europäischen Staaten ein moderner Rechtsstaat geworden: 1505 Teilung der Gewalten, 1638 Gleichheit vor dem Gesetz. Politisch freilich war Polen schwach. Die Herrschaft lag beim Klerus und der Schlachta. Der Adel machte Ende des 17. Jahrhunderts mit 800 000 Köpfen 10 % des Volkes aus (in Frankreich gleichzeitig 250 000 = 1 %); er allein repräsentierte den „Polonismus". Die leibeigenen bäuerlichen Massen („toujours en servage") waren politisch unwissend.
Die neuere Parteientwicklung war in den drei Teilgebieten verschieden. In Galizien, wo das Polentum die größte politische Bewegungsfreiheit hatte, bildete sich der noch heute die innenpolitische Lage beherrschende Gegensatz zwischen Sozialisten (P. P. S.) und Nationaldemokraten am frühesten scharf heraus. In Preußen organisierten sich die Polen nicht politisch, sondern wirtschaftlich. In Rußland wurden sie völlig unterdrückt. Pilsudski hat von vornherein seine Mitarbeit in der P. P. S. nur als Durchgangsstadium betrachtet. Für die weitere Entwicklung fordert der Verfasser: keine Diktatur sondern eine Wahlrechtsreform, die die Schaffung einer festen Mehrheit erleichtert, und eine Stärkung der Exekutive. R. R. B.

Polnische Propaganda. Von *Rudolf Paul.*
Zeitschrift für Politik, XVII. Bd., Heft 3, S. 258—261.
Die polnische Auslandspropaganda soll neben der Erweckung einer allgemeinen günstigen Vorstellung über Polen die jetzigen polnischen Staatsgrenzen rechtfertigen und z. T. auch für Gebietserweiterungen Stimmung machen. Diese Propagandaabsichten sind selbst in wissenschaftlich gehaltenen Büchern zu spüren. Ganz klar zutage tritt sie in der Broschürenliteratur, die z. T. auf Initiative der Presseabteilung des polnischen

Digitized by Google

Außenministeriums erscheint. Daneben erscheinen im In- und Auslande zahlreiche fremdsprachige Propagandazeitungen und -zeitschriften. Schließlich wird die ausländische Presse beeinflußt; an französischen Zeitungen sind überdies eine Reihe polnischer Redakteure tätig.
R. R. B.

Polens wirtschaftliche und finanzielle Lage. (La situation économique et financière de la Pologne.) Von *G. Bouniols.*
Le monde Slave, Juli 1927, S. 1—17.
Polen übernahm nach seiner Gründung das Finanzsystem Österreichs, das seit 40 Jahren polnische Finanzminister gehabt hatte. Als Zahlungsmittel wurde die „Polenmark" der deutschen Besatzung beibehalten. Als Emissionsinstitut diente zunächst eine in Warschau bereits bestehende Bank. Der Krieg von 1920 und die übrigen Schwierigkeiten an allen Grenzen verhinderten einen gründlichen Aufbau der Finanzpolitik, so daß die Inflation mit Pausen im Winter 1921/22 und zu Anfang 1923, freien Lauf hatte. Am 1. 2. 24 begann die Stabilisierungsaktion der Regierung Grabski, deren Werk, der Zloty, Mitte 1925 infolge einer schlechten Ernte und deutscher Machenschaften zusammenbrach. Erst die Regierung Pilsudski-Bartel konnte den Zlotysturz aufhalten.
Polen ist ein Agrarland, die ehemalige Provinz Posen seine „fermemodèle". Das Holz spielt im Außenhandel eine gewichtige Rolle. Die oberschlesische Teilung wies Polen den größten Teil der oberschlesischen Grubenproduktion zu, ohne daß ein fühlbarer Verlust für Deutschland entstand. Zur Befreiung Polens vom deutschen Markt ist englisches und französisches Kapital erforderlich. Polen ist das am wenigsten verschuldete Land Europas.
R. R. B.

Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. (La question polonaise problème de la politique européenne.) Von *Cesare Santoro.*
Evolution (Paris), Oktober 1927, S. 31—40.
Der Aufsatz bringt eine im wesentlichen zustimmend gehaltene Inhaltsangabe des gleichnamigen Reckeschen Buches.
R. R. B.

Polnisch-deutsche Verhandlungsarbeit. Von *Leg.-Rat Dr. Mieczyslav Marchlewski,* stellv. Vorsitzender der polnischen Delegation für die Verhandlungen mit Deutschland.
Nord und Süd. 50. Jahrg., Heft 8 (Dezember 1927), S. 701—706.
Dr. Marchlewski behandelt die Verhandlungsarbeit, die unabhängig von den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in den letzten Jahren geleistet worden ist. „Es dürfte kaum zwei andere Staaten in der Welt geben, welche im Verlauf von noch nicht 10 Jahren mehr als 100 Verträge abgeschlossen haben, wie dies der Fall bei Polen und Deutschland ist." Der Verfasser greift aus der großen Zahl dieser Verträge die wichtigsten heraus und stellt mit Befriedigung fest, welche ungeheure und wertvolle Arbeit durch verständiges Zusammenwirken erzielt werden konnte.
H. W.

Polen und der Stahlpakt. (Polska a pakt stalowy.) Von *W. Kuczewski.*
Przegląd Gospodarczy 1927, Heft 21, Seite 887.
Kuczewski betrachtet zunächst die allgemeine Bedeutung des internationalen Stahlkartells. Die inzwischen auf dem internationalen Eisenmarkt eingetretene Hochkonjunktur sei nicht die Folge des Kartells. Dagegen sei es für die Kartellmitglieder eine wichtige Etappe zur Schaffung größerer Verkaufs-Syndikate. Der Beitritt Polens zum Kartell könnte nicht auf Grund des Statuts dieses Kartells erfolgen, sondern nur durch ein Sonderabkommen, das den unbedingten Schutz des äußeren polnischen Marktes gewährleisten müsse. Schwierig sei, daß ein deutsch-polnischer Handelsvertrag noch fehle. Die polnische Eisenindustrie, deren Produktion außerordentlich gewachsen sei, führe jetzt nach entfernteren

Digitized by Google

Ländern zum Teil mit Verlust aus, während sie in Deutschland einen natürlichen Absatz finden könnte. Als Ausfuhrkontingent im Falle eines Beitritts Polens werden 500 000 Tonnen jährlich verlangt. P. R.

Deutschland im Jahre 1926. Von *S. Zielinski.*
Beilage Nr. 8 zu „Przemysl i Handel", 1927, Heft 45.
Diese Beilage in Form einer Broschüre von mehr als 100 Seiten stellt einen wirtschaftlichen Bericht des polnischen Generalkonsuls in Berlin vor. Zielinski stellt in der Einleitung fest, daß das Jahr 1926 das Ende der wirtschaftlichen Depression in Deutschland gebracht habe, und daß etwa Mitte d. J. ein Aufschwung begonnen habe, der sich bis zur Hochkonjunktur steigerte. Charakteristisch für das Jahr 1926 sei die auf technischem und organisatorischem Gebiet vorgenommene Rationalisierung. Dieser Aufstieg sei von Lohnbewegungen nicht gestört worden, während andererseits eine starke Neubildung von Kapital erfolgt sei. Der durch den Wirtschafts-Aufschwung hervorgebrachten Stärkung sei man sich in Deutschland wohl bewußt.
Der Verfasser legt dann eingehend und unter Beifügung umfangreichen statistischen Materials die wirtschaftliche Entwicklung in Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, Finanzwesen und so fort dar. Bemerkenswert erscheint, daß er auf Seite 62 aus deutschen Pressestimmen das große deutsche Interesse an einer Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges nachweisen will, sowie, daß er auf Seite 84/85 auf der angeblichen „Freigebigkeit" des Reichsbudgets für Heer- und Marineausgaben eingehend verweilt. P. R.

Theaterchronik. (Chronika teatralna.) Von *Wilam Horzyca.*
„Droga", 1927, Nr. 1—3, S. 143 ff.
Die Warschauer Theater befinden sich in einer kümmerlichen Lage; dies ist nicht auf den Mangel an wertvollem Repertoire oder an guten Schauspielern zurückzuführen — es fehlt lediglich eine einheitliche lebendigkünstlerische Idee.
Daß das private Theater von Szyfman, „Teatr Polski", nach einer glänzenden Saisoneröffnung mit Dramen von Wyspanski und Slowacki bald wieder zu minderwertigen Komödien und Farcen seine Zuflucht nahm, läßt sich noch durch materielle Gründe erklären; denn das große Publikum findet am „leichten" Repertoire zweifellos mehr Gefallen. Um so unverständlicher erscheint aber das, was in den staatlichen Theatern vor sich geht.
So machte z. B. das Volkstheater (Teatr Narodowy), eines der besten polnischen Theater, den Versuch einer Aufführung von Przybyszewkys „Mszieiel" (Rächer); trotz der Mitwirkung der besten Künstler war es ein großer Mißerfolg, weil die Regie zwischen „dem Naturalismus und Individualismus hin und her schwankte". Nach diesem mißlungenen Versuch griff das Theater zu keinem der Stücke des klassischen Repertoires mehr, sondern begnügte sich mit mittelmäßigen Dramen, deren Erfolg bei dem Publikum sicher war. Dies läßt auf eine resigniert-skeptische Stimmung der Direktion schließen, — der Skeptizismus ist aber kein fruchtbarer Boden. — Als eine traurige Errungenschaft der letzten Saison erwähnt der Verfasser noch die Tatsache, daß das alte dramatische Theater von Boguslawsky, das in der Geschichte des polnischen Theaters eine wichtige Rolle gespielt hat, geschlossen und an seiner Stelle ein „Sommertheater", — eine Art Cabaret — errichtet wird. — Eine Welle der Geistlosigkeit und Verneinung aller kulturellen Werte scheint tatsächlich durch Polen zu gehen. E. S.

Zum Studium der polnischen Literatur. (Die wichtigsten Arbeiten und Veröffentlichungen des Jahres 1926.) Von *Manfred Kridl.*
Przegląd wspólczesny, Nr. 63, 1927, S. 137—151.
Der Verfasser gibt eine Übersicht der polnischen Arbeiten auf dem Gebiete der Literaturforschung, die im Jahre 1926 erschienen sind, und be-

Digitized by Google

spricht die wichtigsten Erscheinungen einzeln.
Unter diesen sind rein theoretische Arbeiten nur in geringer Zahl vorhanden. „Die Polen haben eine angeborene Abneigung gegen jede Philosophie", bemerkt der Autor, „. . . wir leben nur von fremden Theorien, hauptsächlich von den deutschen."
Von den theoretischen Arbeiten ist die des bedeutendsten polnischen Literarhistorikers, Prof. Zygmunt Lempicki „Osnowa, watek, motyv" (Grundlage, Faden, Motiv), erschienen im „Pamietnik literacki", rocznik XXII und XXIII, besonders zu erwähnen.
Ein Teil der neuen Veröffentlichungen ist den historisch-kritischen Problemen gewidmet. Darunter eine wertvolle Arbeit von Julian Krzyzanowsky „Roman pseudohistoryczny w Polsce wieku XVI" (Der pseudohistorische Roman im Polen des XVI. Jahrhunderts", Prac Hist.-Literackich No. 25). Ein interessantes Thema hat Sophie Klarner gewählt: „Slowanofilstwo w literaturje polskiej lat 1800—48" (Warzsawa. 1926). Die überwiegende Zahl der Neuerscheinungen trägt einen monographischen Charakter. Die Mickiewicz-Forschung ist im vergangenen Jahre durch eine Reihe von Untersuchungen und die Veröffentlichung einiger bisher unbekannter Briefe des Dichters bereichert worden; an dieser Stelle ist auch das Buch des 90jährigen Sohnes des Dichters, Wl. Mickiewicz „Moja matka" („Meine Mutter") zu erwähnen. (Warschau 1926.) Dem Andenken der vor kurzem verstorbenen Dichter — St. Zeromsky, Reymont und Casprowicz — ist eine Anzahl von Büchern, Artikeln und Untersuchungen gewidmet worden.
Dieser Artikel kann demjenigen, der die Entwicklung der modernen polnischen Literatur und Literaturforschung verfolgen will, als Hilfsmittel empfohlen werden. E. S.

D. Lettland.

Baltische Politik. (Baltish Politics.) Von *Georg Schaumann.*
„The Dial", Camden (U. S. A.), Vol. 83, Nr. 4, Oktober 1927, S. 708—714.
Es ist ganz klar, daß die politischen Veränderungen an den Gestaden der Ostsee keinerlei Gewähr für Beständigkeit in sich tragen. Daher die Unsicherheit in den neuen Staaten; Rußland ist dem Völkerbund nicht beigetreten, und ob dieser gegebenenfalls fähig sein würde, mit Waffengewalt einzugreifen, ist zweifelhaft. Die Zerstückelung Deutschlands durch den „polnischen Korridor" kann man wohl kaum als endgültig und abschließend hinnehmen, selbst wenn sie durch Verträge garantiert wäre. Estland und Lettland schauen durchaus nicht zuversichtlich in die Zukunft. Es ist versucht worden, die Lage der Ostseestaaten durch Verträge mit Rußland zu stabilisieren: Rußland selbst hat im Januar 1926 den ersten Schritt zum Abschluß von „Nicht-Angriffs-Verträgen" getan. Einen Zusammenstoß mit Großbritannien voraussehend, hat Rußland rechtzeitig versucht, sich die Neutralität seiner Nachbarn zu sichern. Solche „Nicht-Angriffs-Verträge würden die Sicherheit von Finnland, Estland, Lettland fördern, wenn Rußland an der großen Politik nicht teilnähme. Daran ist aber kaum zu denken. Ein Krieg mit Großbritannien ist nicht unmöglich und würde sich wahrscheinlich an den Küsten des Finnischen Meerbusens abspielen. Würde eine der kriegführenden Parteien dann wohl darauf verzichten, neutrales, namentlich finnisches Gebiet zu besetzen? Lettland hat den Vertrag mit Rußland abgeschlossen; möglicherweise wird Estland diesem Beispiel folgen. Für Finnland bleibt der beste Weg, sich die Unabhängigkeit zu erhalten, der gleiche wie für die skandinavischen Länder: alle Energie produktiver wirtschaftlicher Betätigung zu widmen! Keinerlei wirtschaftliche Verhältnisse können Finnland veranlassen, einen politischen Vertrag mit Rußland abzuschließen, der nicht gleiche Vorteile für beide Seiten bringt. Finnlands Stellung ist anders als die von Lettland und Estland, und bei weitem die stärkere. Jedenfalls kann

Digitized by Google

es für Finnland nicht gleichgültig sein, ob der Süden des Finnischen Meerbusens und die anstoßenden Teile der Ostsee von Lettland und Estland oder von Rußland beherrscht werden. E. P. B.

Der lettländisch-estländische Zollunionsvertrag — ein Vorbild für ein deutsch-österreichisches Zoll- und Wirtschaftsbündnis. Von *Otto Erwin v. Scala.*

„Nationalwirtschaft". Blätter für organischen Wirtschaftsaufbau. Berlin, I. Jahrg., 1. Heft 1927, S. 62—68.

Genau so wenig, wie sich die Hoffnungen Lettlands auf Rußland erfüllt haben, hat sich auch die Hoffnung Österreichs auf die Ausfuhr nach den Nachfolgestaaten erfüllt. Warum, so fragt der Verfasser, wird das Beispiel der estländisch-lettländischen Zollunion mit den seit 1921 laufenden Vorarbeiten nicht von Österreich und Deutschland nachgeahmt? Dieses Zollunions-Abkommen (vom 5. Februar 1927) sollte studiert werden, damit bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich einheitliche Richtlinien für ein künftiges Zoll- und Wirtschaftsbündnis festgelegt werden können. H. W.

E. Estland.

Jahresbericht der Estländischen Literarischen Gesellschaft für das Jahr 1926.

„Beiträge zur Kunde Estlands", XIII. Band, 1—2 Heft, Reval, Mai 1927.

Die Tätigkeit der Estländischen Literarischen Gesellschaft, die ihren Sitz in Reval hat, besteht in wissenschaftlichem Studium der Geschichte, Kultur, Sprache usw. Estlands. In den einzelnen Sektionen der Gesellschaft — historischen, literarischen, geologischen, kunstgeschichtlichen, musikalischen u. a. — werden einmal monatlich wissenschaftliche Vorträge in deutscher Sprache abgehalten. Auch Gastvorlesungen deutscher und österreichischer Gelehrter finden von Zeit zu Zeit statt. Die Gesellschaft besitzt eine Bibliothek von ca. 74 000 Bänden, die viel besucht wird, ein estländisches Museum, ein Archiv und verschiedene größtenteils aus den Stiftungen der Mitglieder zusammengestellte Sammlungen. Auch gibt sie die Monatszeitschrift „Beiträge zur Kunde Estlands" heraus, die vorzüglich geschichtliche Untersuchungen enthält. E. S.

F. Finnland

Finnland. Von *Dr. Wilhelm Grotkopp.*

Wirtschaftsdienst, Heft 50, 16. Dezember 1927, S. 1967—68.

Grotkopp gibt unter Bezugnahme auf das 10jährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit, das Finnland am 6. Dezember 1927 feiern konnte, einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Lage der Republik. Die Ursache der günstigen politischen Entwicklung sieht er in der sicheren wirtschaftlichen Basis des Landes . Die Modernisierung der Exportindustrieen und die Leitstungssteigerung der Landwirtschaft konnte mit Erfolg durchgeführt werden. In der Kapitalbeschaffung ist in letzter Zeit eine erhebliche Besserung eingetreten, wovon die am 25. November v. J. vorgenommene Diskontherabsetzung auf 6 % zeugt. H. W.

Finnland im Jahre 1926. Von *M. Kossow.*

Beilage Nr. 9 zu „Przemysl i Handel", 1927, Heft 48.

Der polnische Konsul in Helsingfors gibt in diesem Jahresbericht ein günstiges Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung Finnlands im Jahre 1926. Für die einzelnen Wirtschaftszweige faßt er das Ergebnis folgendermaßen zusammen:

Digitized by Google

In der Landwirtschaft wurden zwar die Ergebnisse von 1925 nicht erzielt, dagegen zeigte sich eine Belebung der Industrie und ein verstärkter Umsatz im In- und Auslande. Die unbedeutende Passivität des Außenhandels wurde durch andere Einnahmen ausgeglichen, so daß die Zahlungsbilanz nicht gefährdet ist. Bemerkenswert war ein starkes Wachstum des Kapitals und eine Kurssteigerung der Finanzpapiere, die auf ein Steigen des Vertrauens des Auslandes zurückgeht. Im Baugewerbe herrschte lebhafte Tätigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen war verschwindend gering. Trotz der aufsteigenden wirtschaftlichen Entwicklung sind die Preise nicht gestiegen, sondern sogar ein wenig zurückgegangen. P. R.

G. Deutscher Osten.

Danzig und Polen einst und jetzt. (Danzig et la Pologne dans le passé et le présent.) Von *S. Kutrzeba.*
Le monde slave, August 1927, S. 216—241.
Danzig wird zum ersten Male 997 erwähnt; damals gehörte es zu Polen. Mit einer 146jährigen Unterbrechung durch die Herrschaft des Deutschen Ordens (1309—1454) hat es bis 1793 zu Polen gehört. Seit dem 13. Jahrhundert spielt Danzig, im Verein mit Thorn, eine bedeutende Rolle im polnischen Handel und Transit; im 17. Jahrhundert steigt die polnische Getreideausfuhr über Danzig bis auf über 300 000 t im Jahre. Rechtlich genoß Danzig innerhalb Polens große Freiheit; es gehörte auch der Hansa an und betrieb zeitweise eine sehr selbständige auswärtige Politik. Es blieb Polen jedoch unerschütterlich treu und erhob 1793 scharfen Einspruch gegen die Zuteilung an Preußen. Der Anschluß an Preußen war für Danzig schädlich, weil sein bis zu den Karpathen reichendes Hinterland ihm abgeschnitten wurde.
Als Freie Stadt gewann Danzig gegenüber der preußischen Zeit wieder vermehrte Bedeutung, zum Teil auf Kosten von Stettin und Königsberg. Danzig hat die Richtung seines Handels zum Teil umgestellt; Kohle, Petroleum und andere Waren, die vor dem Kriege über Danzig eingeführt wurden, sind heute Exportgüter. Die Hauptrolle in der Ausfuhr spielt Holz. Der Aufsatz behandelt zum Schluß ausführlich die Rechte, die Polen auf Grund des Versailler Friedens und seiner verschiedenen Ergänzungsverträge in Danzig genießt. Die Stellung des Völkerbundes zu Danzig ist nicht als Protektorat zu bezeichnen; eine derartige Rolle spielt eher Polen. Ein souveräner Staat ist Danzig nicht. R. R. B.

Deutsch-polnische Minderheitenprobleme.
Kulturwehr, 1927, Heft 10, S. 489—494.
Der Aufsatz bringt einen Auszug aus Reiseeindrücken des dänischen Journalisten Grau. R. R. B.

Kriegssaat in Europa. (Seeds of War in Europe.) Von *Ernest Remnant.*
The English Review, Vol. XLV, Nr. 5, November 1927, S. 497—508.
Die Übermenschen, die in Verachtung der Lehren der Geschichte und der sogen. „alten Diplomatie" in ein paar aufgeregten Monaten eine neue Landkarte von Europa schufen, an Stelle des langsam in Jahrhunderten Gewordenen, haben in jedem der neuen Staaten schwelende Asche hinterlassen, die eines Tages zu hellem Brande auflodern muß, wenn die Glut nicht rechtzeitig gelöscht wird. Vier gleich bedrohliche Gefahrpunkte sind 1. Danzig, 2. Der polnische Korridor, 3. Die Gebietsteilung in Schlesien, 4. die Zerstückelung Ungarns, — sie müssen unbedingt zu neuem Kriege führen, und zwar wahrscheinlich noch in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Doch sind hier die begangenen Irrtümer „so schlimm, daß sie nicht ganz hoffnungslos" sind. E. P. B.

Digitized by Google

H. Russische Emigration.

Ist der Bonapartismus in Rußland möglich? (Vosmožen li bonopartizm v Rossii.) Von *E. Stalinskij.*
Volja Rossii, 1927, Heft VIII—IX, S. 120—135.

Die Verschärfung des Konflikts zwischen der Mehrheit der russischen kommunistischen Partei und der von Trotzki geleiteten Opposition hat diese schon seit Jahren vergessene Frage wiederum in den Vordergrund des Interesses gerückt. Stalinskij bemüht sich nachzuweisen, daß eine Möglichkeit für die Entstehung des Bonapartismus weder in der Emigration, noch in Rußland selbst gegeben ist. Aus dem Umstand, daß der liberale Teil der Emigration die Diktatur grundsätzlich verwirft, die monarchistischen Kreise aber die Wiederherstellung des alten Regime herbeiführen wollen, ergibt es sich, daß der Bonapartismus, der „sich nicht auf die alten, sondern auf die neuen durch die Revolution selbst geschaffenen konservativen Kräfte, die der Restauration der alten sozialen Ordnung feindlich gegenüberstehen, stützt", in den Reihen der Emigration keine Förderung finden kann. Es bleibt also nur die Frage, „ob im neuen nachrevolutionären Rußland auf dem durch die Revolution aufgelockerten Boden neue konservative Kräfte, die die Grundlage für das neue Zwangsregime bilden können, schon reif geworden sind", oder mit anderen Worten, die Frage — welchen Weg das kommende Rußland einschlagen wird. Der Verfasser bemüht sich, die These zu widerlegen, daß jede große Revolution mit einem bonapartistischen Gewaltstreich enden muß. Die „kämpfende" französische Revolution, die am Schluß ihrer Entwicklung die großartige und glänzende Figur Napoleons geboren hat, steht ihrem ganzen Wesen nach im schroffen Gegensatz zu der russischen, die bestrebt ist, um jeden Preis den Frieden zu erhalten. Die potenzielle Kraft der russischen Revolution ist nach innen und nicht nach außen hin gerichtet. Drum fehlt hier auch die erste Voraussetzung für die Entstehung des Bonapartismus — eine starke, durch ruhmreiche Feldzüge zusammengeschweißte Armee; und die Schwäche des neuentstandenen russischen Bürgertums, sowie die entschiedene Abneigung der Bauern gegen jede Art von Diktatur bürgen nach der Überzeugung von Stalinskij dafür, daß „der Bonapartismus in Rußland keine Chancen hat". L. J.

Notizen.

Die Burjato-Mongolische Sowjetrepublik.

Die Autonome Sozialistische Burjato-Mongolische Sowjetrepublik wurde im Jahre 1922—1923 als ein Teil der RSFSR. begründet. Die Grenzen dieser Republik, die aus dem Gebiet des ehemaligen Irkutsker Gouvernements und Transbaikaliens herausgeschält wurde, fallen mit den geographischen und ethnographischen Grenzen Burjatiens nicht ganz zusammen.

Die Bevölkerungsdichte ist gering: 1,3 pro Quadratkilometer. Auf die Gesamtfläche der Republik von 385 000 qkm entfällt eine Bevölkerung von 484 363 Köpfen, von denen 443 926 Landbewohner, 40 437 Städter sind. Nach der Statistik des Jahres 1923 bilden die Burjaten 48,9 % der Gesamtbevölkerung; es folgen Russen (ein großer Teil, etwa 70 000 sind „Altgläubige", deren Vorfahren zur Zeit Katharinas II. nach den polnischen Teilungen ins Baikalgebiet verpflanzt worden sind), Tungusen, Juden (hauptsächlich in den Städten), Tataren, Chinesen, in geringer Zahl Deutsche, Magyaren, Letten u. a.

In administrativer Hinsicht ist die Republik in acht Ajmaki, einen Kreis und drei Rayons eingeteilt. Die Ajmaki zerfallen in Bezirke — Volosti — in Gegenden mit überwiegend russischer Bevölkerung und Choschuny — in denen mit überwiegend burjatischer Bevölkerung. Die Republik zählt 26 solcher Bezirke, 35 Choschuny und 2 Städte: Werchneudinsk und Troickosawsk.

Digitized by Google

Die Formen des Wirtschaftslebens sind immer noch primitiv: extensiver Ackerbau, extensive Viehzucht, Jagd, Fischfang und Rodungen. Die Naturschätze sind groß: Kohle, Eisen, Gold, Graphit, Asbest, Halbedelsteine. Als Verkehrswege gelten der Baikalsee, die Flüsse Angara und Selenga, ein schwach ausgebautes Eisenbahnnetz, Chausseen, für deren Verbesserung und Erweiterung jetzt Sorge getragen wird.

Was das Bildungswesen anbetrifft, so sind bisher 438 Schulen der ersten Stufen eingerichtet (davon 213 burjato-mongolische und 12 Schulen der zweiten Stufe (davon 7 burjato-mongolische). Bisher konnten 26,9 % der gesamten schulpflichtigen Kinder in Schulen untergebracht werden, wobei in den Schulen der ersten Stufe 39,6 % burjatische Kinder, in denen der zweiten Stufe 33,3 % burjatische Kinder nachzuweisen sind. In den Schulen der ersten Stufe überwiegen Bauernkinder. Neben Schulgründungen ist durch Errichtung von Bibliotheken, Volkslesehütten und Klubs für die Bildung der Bevölkerung gesorgt. Außerdem bestehen in Werchneudinsk zwei pädagogische Technikums — davon ein burjatisches mit mongolischen Lehrern, ferner zwei wissenschaftliche Museen für Heimatkunde, eine Abteilung der geographischen Gesellschaft in Troickosawsk, sowie eine burjato-mongolische wissenschaftliche Gesellschaft.

Was die Tagespresse anbelangt, so erschien 1922 in Jakutsk die erste Wochenzeitung „Krasnyj Burjato-Mongol", die 1923 nach Werchneudinsk verlegt wurde. 1924 wurden in Werchneudinsk eine Tageszeitung „Burjato-Mongolskaja Pravda" in russischer Sprache (4500 Exemplare pro die) und eine Wochenzeitung in burjato-mongolischer Sprache (1000 Exemplare) ins Leben gerufen.

Die burjatisch-mongolische Organisation der kommunistischen Partei der UdSSR. entstand 1917/18. Trotz starker panmongolischer und föderalistisch sozialdemokratischer Strömungen innerhalb der Bevölkerung, sowie ihrer anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber der Revolution ist es den Bolschewiki gelungen, nach Liquidierung der Koltschakbewegung aus kleinen Anfängen (10—15 Personen) die Partei wesentlich zu vergrößern: am 1. Januar 1927 zählte sie bereits 4224 Mitglieder und Kandidaten.

Japanische Gelehrte in Rußland.

Prof. Utsuzurikawa von der Universität Formosa weilte in den Monaten September und Oktober in Leningrad und Moskau, um hier die Arbeit der russischen Gelehrten auf dem Gebiet der Ethnographie, Anthropologie und Archäologie kennen zu lernen und russische Gelehrte zu Vorlesungen nach Japan einzuladen. Von Leningrad hat sich Prof. Utsuzurikawa nach Deutschland und Frankreich begeben.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegt ein Prospekt der Firma Frommannsche Buchhandlung, Walter Biedermann, Jena bei, den wir der Beachtung empfehlen.

Willy Rumer / Die Agrarreformen der Donaustaaten

Eine agrarpolitische Untersuchung der Bodenreformen Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, Bulgariens und Südslaviens in den Jahren 1917—1926

170 Seiten. Preis RM. 5.— **Selbstverlag Innsbruck, Fischergasse 50**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas, Berlin;
für den Anzeigenteil: Alfred Wiechert, Königsberg i. Pr.
Druck: Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G., Königsberg i. Pr., Tragh. Pulverstr. 20

Digitized by Google

Neuigkeit!

Sowjet-Rußland

Wie ein Deutscher Pfarrer es sah und erlebte

Von **Dr. Carl Vogl**

Verfassung / Arbeiter und Bauern / Kinder und Schule / Gerichte und Gefängnisse / Kirche und Religion / Nationale Minderheiten / **Zukunft**

Wie unzulänglich und widersprechend sind noch immer in Mittel- und Westeuropa die Anschauungen über **Sowjet-Rußland!** Dr. Vogl gibt einen Ausblick in die Zukunft Rußlands, das im Mittelpunkt der wirtschaftlichen u. politischen Weltinteressen steht und für unabsehbare Zeiten stehen wird.

72 Seiten gr. 8°. Preis M. 1.50
(Porto 10 Pf.)

Verlag Oswald Mutze
Leipzig. Postscheck Leipzig 53841

Die polnische Frage
als Problem der europäischen Politik

Von **Dr. W. Recke**
Staatsarchivrat in Danzig

399 Seiten / geh. RM. 10,— / geb. RM. 12,—

Ein bedeutendes Buch für jeden, den das Schicksal des deutschen Ostens beschäftigt.

„Das Buch gehört in jedes deutsche Haus." *D. A. Z.*

Verlag Georg Stilke
Berlin NW 7, Dorotheenstr. 65

MARKERT & PETTERS VERLAG, LEIPZIG

Zeitschrift für slavische Philologie

Herausgegeben von **Dr. Max Vasmer,** ord. Professor an der Universität Berlin
Band I—IV = 1924—1927 brosch. à Band M. 28.—. In Buckram à Band M. 32.—
Nach dem 1. April 1928 wird der Preis für diese Bände erhöht.
Subskriptionspreis für Band V = 1928 M. 28.—

Streitberg-Festgabe

Herausgegeben von der **Direktion der Vereinigten Sprachwissenschaftlichen Institute an der Universität Leipzig**
Mit 1 Porträt von Professor Dr. Wilh. Streitberg. 1 Schrifttafel und 2 Karten. XVI, 444 Seiten Lex.-8°. Preis ungebunden M. 27.50, geb. M. 30.—

Veröffentlichungen des Slavischen Instituts an der Friedrich-Wilhelms-Universität, Berlin
Herausgegeben von **Prof. Dr. Max Vasmer**
Band 1: **Die slavischen Ortsnamen im Mürzgebiet**
Von **Dr. Simon Pirchegger.** Mit 1 kol. Karte, XXI. 238 Seiten M. 24.—

Unser **Antiquariat** empfiehlt sich zur Lieferung aller **Slavischen Literatur**
Auf Verlangen gratis: Katalog 40: **Rußland,** Slavistische Mitteilungen

MARKERT & PETTERS, LEIPZIG, SEEBURGSTR. 53

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 5**

INHALT:

I. BOROSDIN: Die Krim-Republik 327

HASSO v. WEDEL: Die Agrarreform in Polen 343

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Wirtschaft, innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 362

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 376

III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 390

Bibliographie, bearbeitet von H. JONAS 397

Bücherschau 400

Zeitschriftenschau 402

Notizen 410

Digitized by Google

Neuerscheinung des Ost-Europa-Verlags
Berlin W 35 und Königsberg Pr.

Alexander Puschkin
in seinen Briefen

ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von

Professor Dr. Arthur Luther

8°, XVI und 232 Seiten. Geheftet Rm. 5.50, in Ballonleinen Rm. 7.50.

Unter den russischen Meistern des Briefstils steht Puschkin an erster Stelle. Seine Briefe sind mit das Reizvollste und Fesselndste, was er geschrieben hat. Hier gibt er sich ganz frei und ungezwungen, seine Persönlichkeit und seine Zeit spiegeln sich gleich deutlich. Wir lernen ihn im Verhältnis zu seinen Freunden, zur Literatur, zu Gott und Welt kennen, gewinnen Einblick in Glück und Tragik seines Ehelebens, staunen immer wieder über den Reichtum und die Vielseitigkeit dieses schöpferischen Geistes, die Fülle seines Wissens und seiner Interessen und die Liebenswürdigkeit seines Wesens.

„Die Publikation schließt sich würdig den von Arthur Luther früher herausgegebenen Briefen von Dostojewsky und Tolstoi an."

Prager Presse.

Band 7 der
„Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte"
Herausgeber Professor Dr. Karl Stählin.

Digitized by Google

Die Krim-Republik.

Von Professor I. Borosdin, Präsidialmitglied der Wissenschaftlichen Assoziation für Orientforschung in Moskau.

In meinem Aufsatz will ich die wesentlichsten Momente des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus der Krim-Republik darstellen. Ich stütze mich dabei sowohl auf das in der letzten Zeit veröffentlichte Material[1]), als auch auf meine persönlichen Beobachtungen und Eindrücke, die ich auf meinen zahlreichen, seit 1923 jährlich erfolgten Reisen in der Krim gesammelt habe.

Die „Autonome Sozialistische Sowjet-Republik Krim" (Krymskaja Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika) deckt sich ihrer Fläche nach mit der Halbinsel Krim. Sie umfaßt 25 880 qkm; mit dem Festland ist sie durch die 5 bis 7 km breite Landenge von Perekop verbunden. Nach den letzten statistischen Angaben — Berechnungen der Abteilung für demographische Statistik bei der Statistischen Zentralverwaltung für die Krim — betrug die Bevölkerung der Krim am 1. Januar 1926 624 400 Personen beiderlei Geschlechts. Die Volkszählung des Jahres 1897 hatte in der Krim 523 335 Personen ergeben, die Zählung des Jahres 1921 719 531; für das Jahr 1923 war die Bevölkerungszahl mit 569 500 Köpfen[2]) berechnet worden. In der Zeit von 1897 bis 1921 ist also ein allmähliches Anwachsen der Bevölkerung, um 37,5 %, zu bemerken. Unter dem Einfluß der furchtbaren Hungerjahre 1921 und 1922 geht sie um 21 % zurück. Die Zahl der während dieser Hungersnot in der Krim Verstorbenen erreicht die gewaltige Ziffer von 100 000 bis 110 000. Außerdem haben gleichzeitig etwa 50 000 Personen das Krimgebiet verlassen. Darnach setzt, wie wir aus den neuesten Angaben ersehen, ein Wiederaufbauprozeß ein.

Gegenwärtig gibt es in der Krim mehr Frauen als Männer, 301 000 Männer (48,3 %) und 322 000 Frauen (51,7 %). Die Feststellungen über die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land haben ergeben, daß in den 14 Städten der Krim 267 100 Einwohner leben (42,9 %), in den Dörfern, die in 10 Rayons zusammengefaßt sind, 357 300 Personen (57,1 %). Die Krim ist also in ziemlichem Umfange urbanisiert; sie unterscheidet

Digitized by Google

sich hierin wesentlich von den anderen Republiken, z. B. der Tatarenrepublik, wo 92 % der Bevölkerung auf dem Lande und nur 8 % in den Städten leben[3]). Die höchste Einwohnerzahl erreicht die Hauptstadt der Republik Simferopol (77 000); darnach folgt Sewastopol (64 900), ferner die Hafenstadt Kertsch (27 600). Am schwächsten bevölkert sind die Städtchen Alupka und Balaklawa (je 1600) und Aluschta (1500). Ebenso ungleichmäßig ist die Bevölkerung auf die ländlichen Bezirke verteilt. Während im Rayon Simferopol 60 500 und im Rayon Dschankoi 50 700 Menschen wohnen, sind der Rayon Sewastopol nur mit 16 000 und die Rayons Eupatoria und Sudak nur mit 15 600 Menschen besiedelt. Die mittlere Dichte der ländlichen Bevölkerung beträgt in der Krimrepublik etwa 15 Personen auf 1 qkm.

Das Alter der Bevölkerung kommt in der folgenden Tabelle — in Prozenten — zum Ausdruck:

0 bis 4 Jahre	5 bis 7 Jahre	8 bis 11 Jahre	12 bis 14 Jahre
10,3	7,5	10,4	8,4

15 bis 19 Jahre	20 bis 59 Jahre	60 Jahre und mehr
10,0	17,6	5,8

In der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung Tauriens ist eine auffällige Buntheit und Mannigfaltigkeit festzustellen. Sie ist zurückzuführen auf die geographische Lage, die historischen Bedingungen (mit einer ganzen Reihe jahrhundertealter Völkerschichten) und auf die kolonisatorischen Maßnahmen der russischen Regierung. Von den ganz kleinen Gruppen abgesehen, die weniger als 500 Seelen zählen, gibt es in der Krim 19 verschiedene Nationalitäten. Die bedeutendsten unter ihnen sind (in Tausenden gerechnet)[4]):

	Russen	Tataren	Juden	Deutsche	Griechen	Armenier	Karaiten	Bolgaren	Sonstige
Städte	161,3	30,2	38,7	3,7	12,5	7,2	4,3	1,3	7,9
Dörfer	160,3	134,0	1,3	34,4	8,7	3,4	0,1	9,3	5,8
Zusammen	321,6	164,2	40,0	38,1	21,2	10,6	4,4	10,6	13,7

Bemerkenswert ist, daß die Russen — Großrussen, Ukrainer und Weißrussen — fast gleichmäßig auf Stadt und Land verteilt sind, während die Tataren in ihrer überwiegenden Mehrheit in den Dörfern wohnen (auf 19 Tataren in der Stadt kommen 81 auf dem Lande). Juden, Griechen, Armenier und Karaiten gehören vornehmlich zur städtischen Bevölkerung; die deutschen Kolonisten hingegen und die Bolgaren siedeln auf dem Lande.

Meine allgemeinen statistischen Ausführungen schließe ich mit einer kurzen Angabe über die Verbreitung der Schriftkenntnis unter der Bevölkerung der Krim. Wenn man sie in drei Gruppen einteilt, und zwar in I/des Lesens und des Schreibens Kundige, II/des Lesens Kundige,

Digitized by Google

die aber nicht schreiben können, und III/völlige Analphabeten, so ergeben sich — bei Ausschluß der Kinder unter acht Jahren — folgende Ziffern[5]):

Gruppe	Stadt			Land			Zusammen		
	Männer	Frauen	Beide Geschlecht.	Männer	Frauen	Beide Geschlecht.	Männer	Frauen	Beide Geschlecht.
I	75,0	61,0	67,2	58,2	46,2	52,3	66,0	56,1	61,5
II	2,7	2,7	2,7	2,2	4,0	3,0	2,4	3,0	2,9
III	22,3	36,3	30,1	39,6	49,8	44,7	31,6	40,9	35,6
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Innerhalb der verschiedenen Nationalitätengruppen findet man den höchsten Prozentsatz von des Lesens und des Schreibens Kundigen (91 %) bei den Deutschen[6]). Bei der russischen Bevölkerung beträgt er 71 % (für die Männer 79 %, für die Frauen 65 %), bei den Tataren nur 39 % (für die Männer 43 %, für die Frauen 34 %). Dieser niedrige Stand, ein Erbe der Vergangenheit, wird jetzt, wo das nationale Kulturleben der Tataren einen raschen Aufschwung nimmt, bald beseitigt sein.

In dem Wirtschaftsleben der Krim spielt die Hauptrolle die Landwirtschaft[7]). Die gesamte Volkswirtschaft der autonomen Räterepublik auf der Krim ist abhängig von den verschiedenen Bedingungen der Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer Veränderungen. Es genügt, daran zu erinnern, welchen vernichtenden Schlag das Hungerjahr 1921 der jungen Republik versetzt hat.

Die Landwirtschaft der Krim ist durch eine bedeutende Mannigfaltigkeit gekennzeichnet. In Abhängigkeit von den Bedingungen des Bodens und des Klimas treten diese oder jene Arten von landwirtschaftlichen Kulturen in den Vordergrund. In dem Steppengebiet, das drei Viertel von der Bodenfläche einnimmt, sind Ackerbau und Viehzucht stark entwickelt; in den Vorbergen sind neben dem Feldbau Gemüse-, Garten- und Tabakbau verbreitet; in dem gebirgigen Teil der Krim und an der Südküste wird vorwiegend Wein- und Tabakbau, zum Teil auch Gartenbau betrieben.

Trotz des Vorhandenseins von besonderen, der Krim eigentümlichen landwirtschaftlichen Kulturen bilden doch Ackerbau und Viehzucht die Grundlage ihrer Landwirtschaft; sie liefern ungefähr 80 % der gesamten landwirtschaftlichen Produktion.

Der Ackerbau der Krim ist charakterisiert durch eine — jetzt erst allmählich schwindende — Extensität, die in den Wirtschaftsmethoden des Zarismus ihren Ursprung hatte. Befanden sich doch bei Ausbruch der Revolution in privatem Grundbesitz mehr als anderthalb Millionen Deßjatinen (1 Deßjatine = 1,09 ha), d. h. ungefähr zwei Drittel des gesamten Bodens, während die Bauern weniger als ein Fünftel zu eigen besaßen. Von 64 945 bäuer-

Digitized by Google

lichen Wirtschaften der Krim (nach der Zählung des Jahres 1917) verfügten nur 39 500 über eigenes Land; 40 % waren jeglichen Bodenbesitzes bar. Dieser Umstand führte dazu, daß die landlose Bevölkerung die Pächter und Tagelöhner für die Expansion der Gutsbesitzer abgab. „Die sklavenmäßigen Pachtbedingungen auf der Krim und ihre weitgehende Entwicklung," sagt G. Kutschenko, „die die wirtschaftliche Freiheit des Bauern beseitigten und ihm die Zuversicht auf den morgigen Tag nahmen, waren in Verbindung mit der schwachen Kapitalisierung der privaten Bodennutzung das Haupthindernis auf dem Wege einer Intensivierung des Ackerbaus, der sich gewöhnlich mit der Produktion von Korn für den Export begnügte"[8]).

Vor der Revolution besaß etwa ein Viertel aller Bauernwirtschaften überhaupt kein Vieh, ein Fünftel hatte kein Arbeitsvieh, 53 % aller Wirtschaften waren ohne Inventar, 54,8 % säten nicht, und 43 % betrieben fremde, nichtlandwirtschaftliche Gewerbe.

Mit der Aufrichtung der Sowjetherrschaft und der grundlegenden Agrarreform, die das Privateigentum am Boden aufhob, änderte sich das Bild vollständig. Jetzt haben die Saaten der bäuerlichen Einzelwirtschaften eine überragende Bedeutung; sie machen etwa $^{9}/_{10}$ der gesamten Saatfläche aus. Von den trustierten staatlichen Sowjetwirtschaften (Sowchosy) werden 11 121 Deßjatinen bebaut, der Rest entfällt auf Kollektivwirtschaften (Kolchosy) 18 000 Deßj. und auf nicht dem Trust angehörige Sowjetwirtschaften.

Die neuen, für die Landwirtschaft günstigen Verhältnisse sind erst in den beiden letzten Jahren deutlich in Erscheinung getreten, da der schnelle Wiederaufbauprozeß, der mit dem Jahre 1920 eingesetzt hatte, durch die Hungersnot jäh unterbrochen wurde. Eine furchtbare Dürre vernichtete im Sommer des Jahres 1921 den Anbau einer Fläche von mehr als 250 000 Deßjatinen, und die darauf einsetzende Hungersnot hatte für alle Wirtschaftszweige der Krim die schädlichsten Folgen. Ein Vergleich der Zahlen des Jahres 1922 mit denen des Jahres 1916 zeigt diese Lage in aller Deutlichkeit: 1. Ackerbau und Viehzucht: 24 % der Anbaufläche, 20,7 % des Ernteertrages der sechs Hauptgetreidesorten, 36,1 % der Arbeitspferde, 36 % der Ochsen, 78,4 % der Kühe, 62,4 % der Schafe, 10,4 % der Schweine. 2. Spezialkulturen: Gartenbau 70,8 % — Bruttoertrag an Früchten 9,3 %, Weinbau 80,3 % — Ertrag der Traubenlese 25,5 %, Tabakbau 14,2 % und Tabakernte 10,5 %[9]).

Nach so ungeheuren Verlusten bedurfte es mehrerer günstiger Jahre, damit sich die Landwirtschaft erholen konnte. Das Jahr 1924, vor allem das Jahr 1925 mit seiner glänzenden Ernte und das Jahr 1926 brachten einen allgemeinen Fortschritt. Die angestrengte Arbeit aller interessierten Bevölkerungsschichten der Krimrepublik machte es möglich, die Folgen der Katastrophe verhältnismäßig schnell zu beseitigen und sogar den begonnenen

Digitized by Google

Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaften fortzusetzen. Die Anbaufläche wächst schnell und hat im Jahre 1925/1926 schon wieder 72,2 % der Fläche des Jahres 1916 erreicht. Nachstehende Tabelle gewährt eine Vorstellung von der Anbaufläche der Hauptgetreidesorten der Autonomen Krim-Räterepublik:[10])

Kulturen	In Tausend Deßjatinen (1 Deßj. = 1,09 ha)			
	1916	1923/24	1924/25	1925/26
	Gesamtanbaufläche			
Winterweizen	382,2	169,6	201,4	294,9
Roggen	8,7	29,9	15,0	9,8
Wintergerste	—	13,9	26,5	34,3
Wintersaat insgesamt	390,9	213,4	242,9	339,0
Sommerweizen	2,3	1,7	1,5	1,7
Sommergerste	248,1	87,1	104,2	144,5
Hafer	105,6	47,8	51,0	79,6
Mais	7,0	18,1	27,1	17,4
Hirse	1,5	4,2	2,6	1,3
Sommersaat insgesamt außer Flachs	364,5	158,9	186,4	244,5
Körnerfrucht insgesamt	755,4	372,3	429,3	583,5
Flachs	7,6	2,6	3,6	4,0

Hier sehen wir, wie sich die Saatfläche im Jahre 1923/24 verringert hatte und wie sie in den folgenden Jahren wiederhergestellt wird. Es ist interessant zu beobachten, wie die Bevölkerung unter der Einwirkung der Mißernte den Anbau von Roggen, Mais und Hirse auf Kosten des Weizens und der Gerste steigert. Im Jahre 1925/26 nimmt der Anbau der beiden letzten Getreidearten wieder zu, aber auch die Kulturen, die der Dürre gegenüber widerstandsfähiger sind, haben anscheinend in der Krim feste Wurzeln geschlagen.

Die Spezialkulturen spielen ebenfalls keine unwichtige Rolle in der Volkswirtschaft der Krim. Aber sie hatten noch schlimmere Prüfungen zu überstehen. Wein-, Tabak- und Gartenbau haben unter dem Welt- und Bürgerkrieg sehr gelitten. Und auch die Hungerjahre wirkten sich aus. Die nachstehende Tabelle charakterisiert die Anbauflächen und den Bruttoertrag der Spezialkulturen[11]):

Kulturen	Absolute Zahlen			
	1916	1924	1925	1926
Gartenbau:				
Fläche (in Deßj.)	12713	8700	8700	8700
Ernte (in 1000 Pud)	3 220	1300	1480	2610

Digitized by Google

Kulturen	Absolute Zahlen			
	1916	1924	1925	1926
Weinbau:				
Fläche	7 469	5793	5858	5858
Ernte	1 100	1100	1096	1200
Tabakbau:				
Fläche	3 267	3155	3905	4281
Ernte	200	155	275	295
Gemüsebau:				
Fläche	Angaben	ca. 4500	6265	6265
	fehlen.	ca. 1400	4981	4667

In dieser Aufstellung ist die Tatsache von Interesse, daß in derselben Zeit, in der die Anbaufläche der Tabakplantagen und die Tabakernte den Vorkriegsstand überschreiten, Garten- und Weinbau und ihre Produktion im Verlauf der drei letzten Jahre fast unverändert bleiben. Der Grund für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Wein- und Gartenkulturen lange Zeit brauchen, ehe sie ein fruchttragendes Wachstum erreichen. Außerdem ist hier besonders eine ständige Vervollkommnung und Intensivierug erforderlich, andernfalls droht eine Verminderung der vorübergehend stabilisierten Anbauflächen.

Wie wir bereits früher ausgeführt haben, hat neben dem Feldbau die Viehzucht eine wichtige Bedeutung. Den Viehbestand der Krimrepublik — und zwar in einem Vergleich der letzten drei Jahre mit dem Jahre 1916 — zeigt die folgende Tabelle[12]):

Art des Viehs	In der Landwirtschaft der Krim in 1000 Stück			
	1916	1923/24	1924/25	1925/26
Pferde	192,6	49,4	75,3	93,7
Horn-Großvieh (Stiere, Kühe u. a.)	203,1	171,3	254,4	304,4
Schafe	690,7	488,9	648,3	704,1
Ziegen	10,4	31,5	37,4	39,7
Schweine	83,5	35,5	41,3	45,5

Auch hier ist festzustellen, daß die Hungersnot das Arbeitsvieh vertilgt und daß darnach wieder eine allmähliche Vermehrung stattfindet. Erfreulich ist die Tatsache, daß das Horn-Großvieh, Schafe und Ziegen den Vorkriegsstand bereits überschritten haben.

Die Landwirtschaft der Krim sammelt nach den Hungerjahren verhältnismäßig schnell Kräfte zum Wiederaufbau und zeigt eine aufsteigende Entwicklungstendenz. Hierbei spielen

Digitized by Google

natürlich die Reformen der Bodenverhältnisse und die verschiedenen Meliorationsmaßnahmen eine bedeutende Rolle. Die Hauptaufgabe der Landregulierung besteht darin, den landlosen Bauern in den Vorbergen und Bergen der Krim durch Übersiedlung in die Steppe Land zuzuweisen. Wenn diese außerordentlich wichtigen Arbeiten auch unter dem Mangel an Geldmitteln leiden, so werden sie doch zielbewußt durchgeführt, und die ersten greifbaren Ergebnisse liegen bereits vor. In bedeutendem Umfange hat die Agrarreform das Bild der Landverteilung unter den verschiedenen Nationalitäten verändert. So haben z. B. die Tataren ihren Bodenanteil von 11 auf 21 Deßjatinen pro Bauernhof erhöht. Die Verteilung und Übersiedlung der Bevölkerung innerhalb der Krim ist jetzt endgültig in Angriff genommen. In der ersten Hälfte des Jahres 1926 wurden 2761 Höfe — hauptsächlich der Tataren im Gebirge — auseinandergelegt[13]). Von außerhalb wurden in der Krim jüdische Kolonisten angesiedelt, die Land im Steppengebiet erhielten.

Zur Hebung der Landwirtschaft wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, die sich allerdings noch nicht auf alle ihre Zweige erstrecken. So ist z. B. in den Steppenwirtschaften der Traktor mit Erfolg eingeführt worden, eine landwirtschaftliche Versuchsstation wurde gegründet, auf den Sowjetgütern wurden Musterwirtschaften eingerichtet usw. Auch die Wein-, Gemüse- und Tabakkulturen erfordern Meliorationen; besonders bei den letzteren läßt trotz Erweiterung der Anbaufläche die Qualität noch sehr zu wünschen übrig.

Wir schließen unsere Ausführungen über die Landwirtschaft der Krim mit einem Hinweis auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften ab. „Am Ende des Jahres 1925," sagt in seinem Artikel Weli Ibragimow, „verfügten die Genossenschaften über 81 landwirtschaftliche Kreditvereine und über 500 Kollektivwirtschaften mit 36 689 Mitgliedern und mit einem Umsatz von 12 Millionen Rubel. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften erfassen heute bereits 47 % aller Bauernwirtschaften und einen beträchtlichen Teil des gesamten bäuerlichen Budgets und stellen somit eine starke Macht in dem landwirtschaftlichen Leben der Krim dar"[14]).

Von der Beschreibung der Landwirtschaft[15]) gehe ich nunmehr zu einer allgemeinen Charakterisierung der Industrie in der Krim-Republik über.[16])Trotz Überflusses an Naturschätzen befindet diese sich bei weitem nicht auf der Höhe. Schon vor dem Kriege war sie ungenügend entwickelt, und Bürgerkrieg und Hungersnot haben sie noch weiter geschwächt. Unter den Bodenschätzen stehen im Vordergrund: Kochsalz, Eisenerz, Schwefel, Kohle, Naphtha und an Baumaterialien Steine, Traß und Lehm. Vor allem wurde Salz gewonnen, dessen Ausbeute in der früheren Zeit gewöhnlich 18 bis 20 Millionen Pud, ja sogar 20 bis 27 Millionen Pud jährlich betrug. Heute ist die Produktion

Digitized by Google

infolge verringerter Absatzmöglichkeiten bedeutend zurückgegangen. Die Förderung von Erzen, insbesondere von Eisenerz, die vor dem Kriege ziemlich entwickelt war, wurde im Jahre 1917 eingestellt; erst jetzt wird in Kertsch ein Hüttenwerk in Betrieb genommen. Kohle und Naphtha wird fast gar nicht ausgebeutet; das letztere wird mit primitiven Mitteln gewonnen. Auch die Verwertung von Schwefel und Traß ist eine Aufgabe der Zukunft.

Die verarbeitende Industrie fußt auf den lokalen Rohstoffen; sie ist mit der Produktion der Landwirtschaft eng verknüpft. Ihre Hauptzweige sind Mühlen-, Tabak-, Konserven-, Leder- und chemische Industrie. Im Vergleich zu dem Vorkriegsstand steht auch diese Industrie noch auf schwachen Füßen. Das zeigt eine Gegenüberstellung der Produktion der Jahre 1925/26 und 1913[17]):

Industriezweige	Bruttoproduktion in 1000 Vorkriegsrubeln. (Fakturpreise ohne Akzise.)		1925/1926 in Prozenten gegenüber 1913
	1913	1925/1926	
1. Tabakindustrie	9 772	5 211	53,3
2. Mühlen	12 000	5 658	47,2
3. Konservenfabriken	2 102	1 906	90,7
4. Gerbereien	100	1 317	1 317,0
5. Weinbrennereien	1 630	797	48,9
6. Bierbrauereien	67	28	41,8
7. Mineralien: Gewinnung und Verarbeitung	800	122	15,3
8. Bergbau und Hütten	7 000	2	—
9. Salz	1 400	654	46,7
10. Metallverarbeitende Industrie	8 781	1 434	16,3
11. Holzverarbeitende Industrie	500	102	20,4
12. Polygraphische Industrie	700	526	75,2
13. Elektrizitäts- u. Wasserwerke	600	1 427	238,0
14. Textilfabriken	—	584	—
15. Kunstgewerbe	—	347	—
16. Knochenverwertung	—	153	—
17. Hanfverarbeitung	—	11	—
18. Chemische Industrie	—	210	—
19. Brotbäckerei	—	311	—
Zusammen	45 452	20 800	45,5

Wir sehen, daß die Bruttoproduktion der gesamten Schwerindustrie der Krim im Jahre 1925/1926 nur 45,5 % der Produktion des Jahres 1913 ausmachte. Allerdings, die Hauptdifferenz findet sich bei der metallverarbeitenden Industrie und bei der Hüttenindustrie, deren Erzeugung besonders gesunken ist. Am meisten haben sich dem Vorkriegsstand die Konservenindustrie (90,7 %)

Digitized by Google

und die polygraphische Industrie (75.2 %) genähert. Bedeutend überschritten haben die Ziffern des Jahres 1917 die Gerbereien und die Kraftwerke. Schließlich sind auch ganz neue Zweige der weiterverarbeitenden Industrie entstanden, die früher nicht ausgeübt wurden. Abschließend ist festzustellen: Wenn auch die Industrie den Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht hat, so ist doch ein kräftiges Wachstum in dieser Richtung zu verzeichnen. Die Produktionssteigerung des Jahres 1925/26 gegenüber dem Jahre 1924/1925 beträgt nicht weniger als 46,9 %. Verschiedene in Aussicht genommene Verbesserungen und die Wiederaufnahme der Arbeiten in einer Reihe von Fabriken eröffnen der Krimindustrie weitere Entwicklungswege.

Diese ist überwiegend Staatsindustrie; darnach folgt die handwerksmäßige Heimindustrie. Die Privatindustrie beträgt insgesamt nur 7 % der staatlichen Industrie.

Der Handel der Krim stützt sich hauptsächlich auf eingeführte Waren. Die Geschäfte werden durch den entsprechenden Apparat des Staats-, Genossenschafts- und Privathandels durchgeführt. In den letzten Jahren wächst der staatliche und genossenschaftliche Handel auf Kosten des privaten, und zwar überall, in der Stadt und auf dem Lande. Dieser Prozeß ist aus der nachfolgenden Tabelle über den Warenumsatz ersichtlich (in Prozenten): [18])

Art des Handels	Stadt		Land	
	1. Halbj. 1923/24	1924/25	1. Halbj. 1923/24	1924/25
staatlich	28	38	19	19
genossenschaftlich	11	27	24	55
privat	61	35	57	26

Die Finanzlage der Krimrepublik war bisher mißlich; ständige Subventionen aus dem Zentrum waren erforderlich. Erst in den letzten Jahren beginnt im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesundung auch eine allmähliche Wiederherstellung des Budgets. So machen im Jahre 1925/26 die Einnahmen des lokalen Budgets 15 813 000 Rubel aus gegenüber 10 992 000 Rubel im Jahre 1924/25.

Die von mir gebrachten Angaben über die Wirtschaft der Krim zeigen deutlich, daß die junge Republik trotz des schweren Erbes der Vergangenheit und trotz der über sie hereingebrochenen Katastrophen zielbewußt darnach strebt, ihre volkswirtschaftlichen Kräfte wiederherzustellen. Nicht wenig ist bereits getan, aber vieles bleibt noch der Zukunft vorbehalten; denn der Vorkriegsstand soll ja nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden. Zu diesem Zweck müssen vor allem die Naturschätze der Krim intensiver und rationeller ausgenützt werden.

* * *

Digitized by Google

Von den Fragen des kulturellen Aufbaus der Krimrepublik beansprucht in erster Linie die Lage der Volksbildung unser Interesse. Unter der Zarenregierung war der Zustand der Aufklärung, insbesondere der sogenannten „fremdstämmigen" Bevölkerung alles andere eher als glänzend. Hier mußte eine große Arbeit — nicht selten von Grund auf — geleistet werden. Die zahlenmäßigen Angaben illustrieren diese Entwicklung am deutlichsten. Im Jahre 1925 umfaßte das Bildungsnetz 1572 Anstalten: Sozialerziehung — 946, Berufsausbildung — 29, politische Aufklärung — 597. Diese Schulen wurden von 84 917 Personen besucht, d. h. von 13,8 % der Gesamtbevölkerung der Krim. Demgegenüber gab es im Jahre 1914 in der Krim 724 Schulen, 18 Berufsschulen und 22 Anstalten für außerschulmäßige Bildung, also zusammen 764 Anstalten, die von 48 000 Personen (7 %) besucht wurden. Die Anzahl der Bildungseinrichtungen ist also um genau 100 % gewachsen, während sich der Prozentsatz der von ihnen erfaßten Bevölkerung verdoppelt hat[19]).

Gehen wir diesen Zahlen im einzelnen nach, so haben wir festzustellen, daß es im Jahre 1925 797 Schulen der ersten und 52 Schulen der zweiten Stufe gibt[20]). Von diesen entfallen auf die Städte 102 Schulen der ersten und 40 der zweiten Stufe, auf die Landbezirke 695 Schulen der ersten und 10 der zweiten Stufe. Die Frauenbildung hat beträchtlich zugenommen. In der Vorkriegszeit waren von den Schülern 58,2 % Knaben, 41,8 % Mädchen. Heute beträgt die Zahl der Knaben 52,8 %, die der Mädchen 47,2 %. Besonders deutlich wird diese Tatsache an dem Beispiel der Volksbildung bei der tatarischen Bevölkerung: während noch im Jahre 1924 in den tatarischen Schulen der Krim die Knaben 82,4 %, die Mädchen nur 17,6 % der Schüler ausmachten, verschiebt sich im Jahre 1925 das Verhältnis zugunsten der Mädchen: Knaben — 55,1 %, Mädchen — 44,9 %.

Gerade die Nationalitätenschule erfuhr eine grundlegende Änderung. Die Zarenregierung hatte an einem kulturellen Aufschwung der nationalen Minderheiten kein Interesse. Die staatlichen Schulen waren Werkzeuge der Russifizierung, und in den muselmanischen Schulen wurde der Unterricht ganz wie im Mittelalter nach allen Regeln der toten Scholastik und der religiösen Doktrin erteilt. Die Sowjetregierung hat die Schule im wahrsten Sinn des Wortes befreit und ihre Pforten den früher unterdrückten nationalen Minderheiten weit geöffnet[21]). Von den oben genannten 797 Schulen sind 261 russisch (32,7 %), 348 tatarisch (43,7 %), 139 deutsch (17,4 %) und 49 Schulen der übrigen Nationalitäten (6,2 %). Von den Schülern sind ihrer Nationalität nach: 22 559 Russen (44,5 %), 17 602 Tataren (38,1 %), 4943 Deutsche (10,7 %) und sonstige Nationalitäten 3167 (6,7 %)[22]). Auf dem Gebiete der Berufsbildung gab es im Jahre 1925 in der Krimrepublik: für die Lehrerausbildung 2 Techniken.

Digitized by Google

2 landwirtschaftliche Techniken und 2 Landwirtschaftsschulen, 2 medizinische Techniken, 3 Gewerbetechniken, 10 Berufsschulen für Industrie und Technik, 1 Arbeiterfakultät und 2 Berufsschulen für Lehrlinge. Die Mehrzahl der Schüler in den Techniken (28 %) bereitet sich auf den ärztlichen Beruf vor, an zweiter Stelle steht die Lehrerbildung (22,6 %), weiter folgen die Ausbildung zum Künstler, Techniker und Agronomen. Die Mehrzahl der Schüler in den Berufsschulen niederen Typs (58,3 %) wird von den Fabriken gestellt; an zweiter Stelle stehen die Landwirtschaftsschulen. Ihrer Nationalität nach verteilen sich die Besucher der Berufsschulen folgendermaßen: Großrussen 45,1 %, Ukrainer 10,5 %, Tataren 19,5 %, Juden 18,1 %, Griechen 1,3 %, Deutsche 0,5 % und übrige Nationalitäten 5 %. Deutlich ist das Bestreben erkennbar, die tatarische Bevölkerung und die anderen nationalen Minderheiten in weitestem Umfang zu dem Besuch der Berufsschulen heranzuziehen. Zu diesem Zweck wurde in der Krim ein tatarisches Lehrerseminar begründet, eine Kunstgewerbeschule in Bachtschisarai, die die Aufgabe hat, auf dem Gebiete der Teppichweberei die alte tatarische Volkskunst zu unterstützen und zu entwickeln, eine tatarische Schule zur Ausbildung von Feldscheren und Hebammen zur Befriedigung der medizinischen Bedürfnisse der tatarischen Dörfer, tatarische Landwirtschaftsschulen in Karosubasar usw.

Mit dem Hochschulwesen ist es in der Krim noch schlecht bestellt. Die Taurische Universität hat sich nicht lange halten können; sie wurde von einem Pädagogischen Institut abgelöst. Die medizinische Fakultät hat ihre Tätigkeit eingestellt, obwohl die lokalen Kreise sich ernsthaft um ihre Wiedereröffnung bemühen.

Über die politische Aufklärungsarbeit unterrichten die folgenden Angaben des Volksbildungskommissariats, die sich auf das Jahr 1925 beziehen:

1. 240 Punkte und 123 Gruppen zur Beseitigung des Analphabetentums mit einer Gesamtschülerzahl von 7455 Personen, darunter 3119 Tataren,
2. 120 Lesehütten, darunter 67 russische, 4 tatarische, 6 deutsche und 3 verschiedener Nationalitäten,
3. Bibliotheken: in den Städten 24, auf dem Lande 6, Wanderbibliotheken 9,
4. 85 Klubs, darunter 9 der kommunistischen Partei, 14 des kommunistischen Jugendverbandes, 48 der Gewerkschaften, 10 der Verwaltung für Aufklärung und 4 bestimmter Nationalitäten,
5. Schulen für des Lesens und Schreibens wenig Kundige gibt es zurzeit nur in den Städten; auf dem Lande werden kleinere Gruppen organisiert (zurzeit 52 Gruppen mit 700 Schülern)[23]).

Digitized by Google

Bei der Schilderung des kulturellen Aufbaus der Krimrepublik dürfen wir die Entwicklung der Presse und die Lage des Verlagswesens nicht übergehen. Das letztere befindet sich im wesentlichen in den Händen des „Staatsverlages für die Krimrepublik" (Krimgosisdat) und steht bereits auf festen Füßen. In erster Linie dient dieser Verlag zur Befriedigung der Bedürfnisse der einheimischen tatarischen Bevölkerung. An Stelle der früheren für die „Aufklärung der Fremdvölker" eigens vorbereiteten und in ungeheurer Menge verbreiteten religiösen Literatur ist jetzt das Buch für politische und populär-wissenschaftliche Fragen auf den Plan getreten und hat sich bereits große Sympathien erworben. Der Krimstaatsverlag wächst sichtlich; es genügt, darauf hinzuweisen, daß allein im Jahre 1925 in tatarischer Sprache veröffentlicht worden sind:

Bäuerliche Literatur, 23 Titel mit 140 000 Exemplaren.
Jugendliteratur, 14 Titel mit 120 000 Exemplaren,
Schulbücher, 10 Titel mit 54 000 Exemplaren.

Außerdem hat der Verlag in russischer Sprache 26 Titel mit 894 000 Exemplaren herausgegeben. Für die Verbreitung des Buches auf dem Lande sind besondere Maßnahmen getroffen worden.

Das periodische Schrifttum ist durch drei russische Tageszeitungen vertreten („Krasnyj Krim", die in Simferopol erscheint und das vollständigste Material lokalen Charakters liefert, „Majak Kommuny" in Sewastopol und „Krasnaja Kertsch" in Kertsch), durch eine tatarische Tageszeitung („Eni Dunja") und eine tatarische Jugendzeitung („Jasch Kuwet"), die alle zwei Wochen erscheint. Zeitschriften werden in russischer und tatarischer Sprache herausgegeben, z. B. das Organ des Volksbildungskommissariats „Wege der kommunistischen Aufklärung" (Puti kommunističeskogo prosveščenija), das die frühere Zeitschrift „Das pädagogische Leben der Krim" abgelöst hat, und die tatarische Zeitschrift „Illeri".

Ein augenscheinlicher Beweis für das Anwachsen der kulturellen Bedürfnisse der Krimtataren ist die Entwicklung des tatarischen Theaters. Dieses Theater ist in der Krim mehr als ¼ Jahrhundert alt. Das erste Stück in tatarischer Sprache wurde in der Stadt Bachtschisarai zum erstenmal im Jahre 1900 aufgeführt. Damals spielte die Frauenrollen der Verfasser selbst, da die mohammedanischen Tatarinnen es nicht wagten, auf der Bühne aufzutreten. Nicht viel mehr als 10 Jahre vergehen, und die befreite Tatarin tritt ohne Zwang als Schauspielerin auf. Das tatarische Theater in der Krim wird von der Sowjetmacht zu einem mächtigen Werkzeug ausgestaltet im Kampfe gegen den Volksaberglauben, die religiösen Vorstellungen und alle Auswüchse der alten Gesellschaftsordnung. Im Jahre 1923 wurde ein tatarisches Staatstheater eröffnet; bald sprengte es aber den engen Rahmen der Stadt und begab sich

Digitized by Google

hinaus auf das tatarische Land, wo von den lokalen Zellen der kommunistischen Partei unter enger Anteilnahme der Volksschullehrer eine ganze Anzahl von Theatervereinen gegründet wurden[24]). Bedeutende Fortschritte sind auch auf dem Gebiete des tatarischen Musikschaffens zu verzeichnen. Unter den türkischen Völkern der Sowjetunion, die immer ein besonderes Gefühl für die Musik zeigten und bereits früher hervorragende Beispiele für nationales Musikschaffen geliefert hatten, ist jetzt eine starke Neigung zur Opernkomposition zu verspüren. In der Zeitschrift „Nowyj Wostok"[25]) habe ich bereits über die Inszenierung der ersten tatarischen Oper „Sanija" in Kasan berichtet, die die außergewöhnlichen kulturellen Errungenschaften der tatarischen Republik beweist. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Krim. Hier genießt besonderes Ansehen ein junger Komponist Asan Refatow, der nicht nur eine ganze Reihe sehr wertvoller alter turk-tatarischen Musikmelodien aufgezeichnet, sondern auch eine Reihe talentvoller eigener Kompositionen geliefert hat.

Eine besondere Rolle spielen in dem Kulturleben der Krim die Museen. In der Krim, wo in privaten Sammlungen große Kollektionen zusammengetragen worden waren, wo hervorragende archäologische Entdeckungen ununterbrochen neues Material liefern, war ein besonders dankbarer Boden für den Aufbau wissenschaftlicher und kultureller Museen. „Krymochris" (dem „Krimkomitee für die Angelegenheiten der Museen und den Schutz der Denkmäler der Kunst und des Altertums") wurde die schwierige Aufgabe zuteil, Ordnung in die neuen Museen zu bringen, die manchmal rein zufällig entstanden waren, manche von ihnen mußten aufgelöst, manche zusammengelegt werden. Diese Tätigkeit vollzog sich in enger Verbindung mit den interessierten Behörden, Organisationen und Persönlichkeiten. Die Krim ist eine der ersten Republiken, die sogenannte „Museumskonferenzen" berufen hat. Der Verfasser dieser Arbeit hat mehr als einmal an solchen Tagungen teilgenommen, die für die Regulierung der Museumstätigkeit außerordentlich fruchtbringend waren[26]). Gegenwärtig zielen die Bemühungen darauf ab, die großen Museen in gewissem Sinne zu typisieren. So wird das Museum in Bachtschisarai zu einem Zentralmuseum für tatarische Kultur ausgebaut. Das Taurische Museum in Simferopol hat nicht nur eine hervorragende naturgeschichtliche Abteilung, sondern bewahrt gleichzeitig auch das archäologische und ethnographische Material auf, das die verschiedenen Kulturen der Krim kennzeichnet. Eine interessante neue Abteilung dieses Museums betrifft die revolutionäre Bewegung in der Krim. Das Orientalische Museum in Jalta verfolgt die Aufgabe, die Kulturen der Orientvölker in vergleichender historischer Darstellung zu zeigen. Außerdem werden hier die Gegenstände zur Ethnographie der südlichen Küstentataren gesammelt. Die Museen in Kertsch und

Digitized by Google

Chersones sind Aufbewahrungsstätten für die wertvollen Denkmäler der antiken Kultur; die Überreste der mittelalterlichen italienischen Kolonien sind in dem Museum zu Feodosija aufgestellt, und ein anschauliches Museumsbeispiel der genuesischen Vergangenheit bildet die Festung Sudak. Das Museum zu Eupatorija, das leider jetzt geschlossen werden soll, ist interessant durch sein Material zur Geschichte der Karaiten. Schließlich ist als jüngste Gründung das Museum in Staryj Krym zu erwähnen, das die Ergebnisse der Ausgrabungen der Jahre 1925 und 1926 enthält, sehr wertvolles Material zur Geschichte der frühtatarischen Kultur (Goldene Horde). Neben diesen Museen der lokalen Kulturen und der Natur gibt es in der Krim auch Gemäldegalerien, die im allgemeinen allerdings wenig bedeutend sind, mit Ausnahme der Sammlung in der Galerie Aiwasowski in Feodosija.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Heimatkunde in Sowjetrußland sind auch in der Krim besondere Heimatkundemuseen entstanden, z. B. in Jalta, Sewastopol und Kertsch. Besondere Beachtung verdient die außerordentlich fruchtbare und nützliche Tätigkeit des Heimatkundemuseums in Sewastopol, weil es verstanden hat, die Schuljugend um sich zu gruppieren, die sich nach Anweisung des Museums mit Begeisterung und Eifer der Bodenuntersuchung ihres Heimatlandes widmet.

Ich schließe meine kurze Übersicht mit einem Hinweis auf die Tätigkeit der lokalen wissenschaftlichen Forschungsorganisationen und -gesellschaften ab. In der Zarenzeit hatte die Krim nicht nur kein Universitätszentrum, sondern auch nur wenige lokale wissenschaftliche Gesellschaften; sie wurde hauptsächlich von den Forschungsinstituten aus dem Zentrum bedient. Eine Aunahme bildete die „Taurische Gelehrte Archivkommission", die wertvolle Arbeit auf dem Gebiete der Erforschung der Krimaltertümer leistete und eine Reihe von bedeutenden Publikationen veröffentlicht hat, und die „Gesellschaft der Naturforscher und Naturfreunde". Die „Kommission" ist heute in eine „Taurische Gesellschaft für Archäologie, Geschichte und Ethnographie" umgewandelt worden; sie setzt ihre frühere Tätigkeit fort und hat im vorigen Jahre ihre Editionsarbeit mit der Herausgabe eines neuen Bandes ihrer „Nachrichten" wieder begonnen. Ein in Simferopol begründetes Forschungsinstitut erfaßt nur den Kreis der naturwissenschaftlichen Disziplinen; Volkswirtschaft und Geisteswissenschaften (insbesondere Orientkunde) sind vorläufig in ihm nicht vertreten. Mehr örtlichen Charakter trägt „Die Gesellschaft zur Erforschung der Krim", die auf Veranlassung der „Hauptverwaltung für die Wissenschaften" beim Volksbildungskommissariat in Moskau entstanden ist, und jetzt das Zentrum ihrer Tätigkeit nach Simferopol verlegt hat. Diese Gesellschaft hat ihre Tätigkeit bedeutend erweitert und fast in allen Städten der Krim Zweigstellen er-

Digitized by Google

öffnet. Ein Kongreß der Gesellschaft, der im April 1927 in Simferopol stattfand, hat ihre Lebensfähigkeit bewiesen und ihre Tendenz unterstrichen, heimatkundliche Studien zu treiben und die Produktivkräfte des Landes zu erforschen.

Eine gewisse wissenschaftliche Forschungsarbeit führen auch die Museen, indem sie Expeditionen und Reisen archäologischen, ethnographischen und naturwissenschaftlichen Charakters organisieren. So hat das Taurische Zentralmuseum eine Reihe von Ausgrabungen in der Umgebung von Simferopol vorgenommen (Untersuchungen der Ruinen der skythischen Stadt Neapolis usw.); ähnliche Forschungsaufgaben erfüllen die Museen in Bachtschisarai, Kertsch und Chersones auf ihren Spezialgebieten. Besondere Erwähnung verdienen die großen wissenschaftlichen Forschungsexpeditionen zum Studium der tatarischen Kultur in der Krim, die in den Jahren 1925 und 1926 von der Krimregierung zusammen mit der „Wissenschaftlichen Assoziation für Orientkunde beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion" unternommen worden sind[27]). Im Jahre 1925 wurden mit Mitteln des Rates der Volkskommissare der RSFSR. zwei Expeditionen organisiert: 1. zur Erforschung der Denkmäler der ersten Hauptstadt der Krimtataren Solchat (Staryj Krim), eine andere zum ethnographischen Studium der Steppentataren. Im Jahre 1926 wurde eine Expedition zum Studium der Denkmäler in Solchat ausgerüstet, die die Arbeiten der Expedition des Vorjahres weiterführte. Diese Untersuchungen ergaben viel wertvolles und für die Wissenschaft völlig neues Material. Über die archäologischen Expeditionen in Solchat sind die vorläufigen Berichte bereits veröffentlicht[28]); gegenwärtig wird von den Teilnehmern der Expedition eine Arbeit „Die Altertümer von Solchat" vorbereitet. Der Bericht über die Ergebnisse der ethnographischen Expedition ist bisher noch nicht veröffentlicht. Die Arbeit in dieser Richtung soll in der nächsten Zukunft fortgesetzt und erweitert werden.

Abschließend können wir über den Aufbau der Krimrepublik sagen, daß er ein fortschreitendes Wachstum und die Tendenz zu weiterer Entwicklung und Vervollkommnung zeigt. Besonders förderlich ist hierfür die freundschaftliche Zusammenarbeit der zahlreichen Nationalitäten, die die Krim besiedeln.

Anmerkungen:

[1]) Jubiläumssammelwerk „Ves Krym 1920/25". Verlag des Exekutivkomitees der Krimrepublik. Simferopol 1926. „Vier Jahre Sowjetherrschaft in der Krim 1920/24." Verlag des Exekutivkomitees der Krimrepublik. Simferopol 1924. „Sammlung der Berichte des Krimrevolutionskomitees für die konstituierende Konferenz der Arbeiter, Bauern, Rotgardisten und Matrosendeputierten der Krim." Verlag des Krim-Revolutionskomitees, Simferopol 1921. „Berichte des Rates der Volkskommissare der Krim für den zweiten Rätekongreß." Band 1 und 2. Simferopol 1921. „Bulletin der zentralen statistischen Verwaltung der Krim." Nr. 1—5. Simferopol 1923/1925. „Die Bevölkerungsbewegung in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim im Jahre 1925." Simferopol 1925. „Wirtschaftsstatistischer Atlas der

Digitized by Google

Krim." Simferopol 1922. „Arbeiten des ersten Kongresses der Agronomen der Krim." Simferopol 1924. Kuschtschenko: „Die Landwirtschaft der Krim und ihre Bilanz." Simferopol 1924. S. A. Usow: „Wirtschaftsgeschichtliche Skizzen der Krim." Simferopol 1925. „Die Volkswirtschaft der Krim im Jahre 1925/26." Verlag der Krim-Plankommission. Simferopol 1927. B. Schustow: „Die autonome sozialistische Räterepublik der Krim." Moskau 1927. Balitsch: „Der Stand der Volksbildung in der Krim." Simferopol 1925. „Führer durch die Krim", herausgegeben von dem „Komitee zum Schutze der Denkmäler der Kunst und des Altertums in der Krim" (1925) und von der „Gesellschaft der Naturforscher" (1923). Artikel in den Zeitschriften „Nowyj Wostok", „Krim", „Pedagogičeskaja Žisń Kryma", „Puti kommunističeskogo prosveščenija" und in der Zeitschrift „Krasnyj Krym".

[2]) „Ves Krym". Artikel von P. Wologdin, S. 37.

[3]) I. Borosdin: „Die heutige Tatarenrepublik" in „Nowyj Wostok" Nr. 10/11, S. 117.

[4]) „Ves Krym" S. 39.

[5]) „Ves Krym" S. 48.

[6]) Die Angaben beziehen sich auf die Bevölkerung im Alter von mehr als sieben Jahren.

[7]) Eine allgemeine Charakteristik der Landwirtschaft der Krim befindet sich in dem Artikel von G. A. Kuschtschenko („Ves Krym" S. 65—101). Neues Zahlenmaterial bringt die Veröffentlichung der Krim-Plankommission: „Die Volkswirtschaft der Krim im Wirtschaftsjahre 1925/26", Simferopol 1927.

[8]) G. Kuschtschenko l. c. S. 67.

[9]) „Ves Krym", Artikel W. Ibragimow S. VI.

[10]) „Die Volkswirtschaft der Krim im Wirtschaftsjahr 1925/26" S. 122—123.

[11]) Ebenda S. 9.

[12]) Ebenda S. 122—123.

[13]) E. Schugu: „Der nationale Aufbau in der Krim." In „Krasnyj Krym" vom 30. März 1927.

[14]) „Ves Krym" S. XIV—XV.

[15]) Ich bemerke noch, daß in dem Wirtschaftsleben der Krim der Fischfang eine große Rolle spielt, der aber noch nicht in seinem möglichen Umfange entwickelt worden ist.

[16]) Neue Angaben in „Ves Krym" und in „Die Volkswirtschaft der Krim im Wirtschaftsjahr 1925/26".

[17]) „Die Volkswirtschaft der Krim im Wirtschaftsjahr 1925/26" S. 38.

[18]) „Ves Krym" S. XVII.

[19]) Ebenda. Artikel von Sorin und Wolgin, S. 422.

[20]) Die Zahl der Schulen wächst von Jahr zu Jahr.

[21]) Vgl. die interessanten Angaben in dem Artikel von M. Pawlowitsch: „Die kulturellen Errungenschaften der turk-tatarischen Völker nach der Oktoberrevolution" („Nowyj Wostok" Nr. 12).

[22]) Balitsch: „Der Zustand der Volksbildung in der Krim." Simferopol 1925, S. 6.

[23]) Balitsch: ebenda S. 11.

[24]) „Ves Krym" S. 426.

[25]) I. Borosdin: „Die heutige Tatarenrepublik." S. 133 und 134.

[26]) I. Borosdin: „Die Museums- und die archäologischen Arbeiten in der Krim („Nowyj Wostok" Nr. 4).

[27]) Im Jahre 1924 entsandte die „Assoziation für Orientkunde" eine wissenschaftliche Expedition unter Führung von Prof. Borosdin nach der Krim zur Erforschung der Denkmäler auf der Halbinsel Herakleis. In demselben Jahre beteiligte sich die Expedition an den Ausgrabungen in Eski-Jurta, in der Nähe von Bachtschisarai, die von „Krimochris" organisiert waren.

[28]) I. Borosdin: „Soldhat" in „Nowyj Wostok" Nr. 13/14. „Neues Material über die Kultur der Goldenen Horde in „Nowyj Wostok" Nr. 16/17. A. Baschkirow: „Die künstlerischen Denkmäler des Alten Soldhat" in „Krym" Nr. 3. O. Altschokrakly: „Die Inschriften von Staryj Krim und Otus" in „Nachrichten der Taurischen Gesellschaft für Geschichte, Archäologie und Ethnologie" Bd. 1.

Digitized by Google

Die Agrarreform in Polen.

Von Hasso v. Wedel.

Das Problem der Neuverteilung des Bodens erhielt in Polen seine vorläufig endgültige Lösungsform durch das „Gesetz über die Ausführung der Agrarreform (reforma rolna)" vom 28. 12. 1925 (Datum der Annahme im Sejm nach Erledigung der Änderungsvorschläge des Senats), veröffentlicht im „Dziennik Ustaw" Nr. 1 vom 9. 1. 1926, dazu Ausführungsbestimmungen des Agrarreformministers (gem. Art. 96 des Gesetzes) im „Dz. Ust." Nr. 8 vom 3. 2. 1927[1]). Ein im Sommer 1920 unter dem Druck der Bolschewikengefahr beschlossenes sehr radikales Agrargesetz hatte sich aus finanziellen wie aus Gründen der Gesamtwirtschaft als undurchführbar erwiesen.

A. Inhalt des Gesetzes.

Das Gesetz wird durch seinen ersten Artikel, der ein allgemeines Programm gibt, als Parzellierungsgesetz charakterisiert. Dieser Artikel lautet:

„Der landwirtschaftliche Organismus des polnischen Staates wird sich stützen auf kräftige, gesunde und zu einer ausgiebigen Produktion fähige Wirtschaften von verschiedenem Typ und von verschiedener Größe, die das Privateigentum ihrer Besitzer bilden. Die Durchführung der neuen Organisation umfaßt:

a) Bildung neuer selbständiger Wirtschaften,
b) Vergrößerung bestehender Zwergwirtschaften . . .,
c) Bildung kleiner Wirtschaften für Gemüsegärtnerei,
d) Bildung von Ansiedlungen und Gärten für Arbeiter, Beamte u. dgl. in der Nähe der Städte und Industriezentren.
e) Sicherung entsprechenden Geländes für Landwirtschaftsschulen und Mittelpunkte landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kultur."

Den Landvorrat zur Erfüllung dieses Zweckes bildet (Art. $2_{,1}$) alles Land im Besitz des Staates, staatlicher Institutionen oder anderer öffentlicher Anstalten, der Kirchengemeinschaften[2]) und nach 1797 begründeten Stiftungen[3]), schließlich der gesamte Privat-

[1]) Deutsche Übersetzung des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen in „Polnische Gesetze und Verordnungen in Deutscher Übersetzung", herausgegeben von der Geschäftsstelle Posen der Deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten für Posen und Pommerellen, Nr. 1 vom 18. 1. 1926 und Nr. 3 vom 18. 2. 1927. Text des Gesetzes auch in der „Deutschen Rundschau in Polen" (Bromberg) Nr. 14/1926. Gemeinsame Benutzung zu empfehlen, da in beiden Texten nicht nur Druckfehler!

[2]) Für die katholische Kirche „in Übereinstimmung mit den Bestimmungen" des am 23. 4. 1925 ratifizierten Konkordats ($2_{,1}b$; § 94 der Ausf.-Bestimmungen), für die anderen Bekenntnisse „nach Einholung eines Gutachtens ihrer rechtlichen Vertretungen" ($2_{,1}c$).

[3]) Unter Sicherung des Stiftungszwecks, gegebenenfalls durch Pachtparzellierung ($2_{,1}d$; 10; $11_{,2}$; $13_{,2}$).

Digitized by Google

besitz mit den nachfolgend bezeichneten Einschränkungen; Grundstücke im Eigentum der Stadtgemeinden oder Selbstverwaltungen, sowie solche in den Verwaltungsgrenzen der Städte unterliegen dem Gesetz nicht (2,1d,2). Von der Parzellierungspflicht sind befreit:

a) Forsten, die „den Gegenstand einer rationellen Forstwirtschaft bilden" (2,1) und sich „zu einer selbständigen Bewirtschaftung eignen" (4,2A), von einer Fläche über 30 ha, in den 4 Ostwojewodschaften (Wilna, Nowogrodek, Polessje, Wolhynien) und in dem nicht zum alten Kongreßpolen gehörigen Teil der Wojewodschaft Bialystok über 50 ha; darüber, ob Wälder in dem bezeichneten Umfange sich zur selbständigen Bewirtschaftung eignen, d. h. „zum Betrieb einer Waldwirtschaft in jedem von ihnen, unabhängig von einer Landwirtschaft . . .", entscheiden die zuständigen Waldschutzbehörden (§ 5 der Ausf.Best.[4]);

b) ablaßbare Fischteiche mit einer Gesamtwasserfläche von über 3 ha, andere Gewässer von je über 20 ha (4,1B), die dem Fischfang oder der Industrie dienen[5]) (2,1);

c) Obstgärten[6]), Wege und bebaute Gelände einschl. Parks (4,2,3; § 8);

d) „von der Gesamtfläche der landwirtschaftlich genutzten Ländereien, die im ganzen Gebiet des polnischen Staates das Eigentum einer einzigen physischen oder juristischen Person oder das Miteigentum mehrerer Personen sind" (4,1), unterliegen nicht der Parzellierungspflicht, über die unter a—c bezeichneten Flächen hinaus

1. in Vorstadt- und Industriebezirken[7]) 60 ha,
2. in den Ostwojewodschaften und dem schon genannten Teil von Bialystok, „sofern die Aszendenten der Besitzer . . . auf dem Gebiet des polnischen Staates mindestens seit dem 1. 1. 1864 gewirtschaftet haben" (4,1b), 300 ha; „polnisches Staatsgebiet" ist dabei (§ 3,2) „Polen vor den Teilungen[8])", in dessen Grenzen

---

[4]) Im folgenden nur mit „§" bezeichnet.

[5]) Den Bedingungen von a u. b nicht genügende Wald- und Wasserflächen sind befreit, wenn der Besitzer ihre wirtschaftliche Zugehörigkeit zu seiner landwirtschaftlichen Restfläche gem. d) 1. f. nachweist.

[6]) Vor dem 1. 7. 1925 angelegte und rationell bearbeitete (4,3).

[7]) Eine Ausführungsverordnung des Ministerrats vom 11. 7. 1927 rechnet dazu merkwürdigerweise auch die Meeresküste in 4 km Breite, bezeichnet im übrigen den Radius eines Kreises, in dem die verringerte Ausschließung gilt: er beträgt u. a. für Posen 7 km, Bromberg 6 km, Dirschau und Gdingen je 10 km. (Deutsche Rundschau vom 16. 10. 27.)

[8]) Vgl. dazu bei Roth „Entstehung des polnischen Staates", Berlin 1926, im Kapitel „Polen — ein neuer Staat", S. 63 f. Beispiele für den Anspruch des jetzigen polnischen Staates, völkerrechtlich identisch mit dem Kgr. Polen des Wiener Kongresses zu sein; die obenstehende Definition des Begriffes „polnisches Staatsgebiet" geht augenscheinlich noch weiter.

Digitized by Google

die Aszendenten „auf eigenem Grundbesitz oder auf eigene Verantwortlichkeit" gewirtschaftet haben müssen;

3. in den übrigen Wojewodschaften 180 ha[9]). Die gem. d 1—3 von der Parzellierung befreite Fläche („Ausschließung")[10]) soll bei Privatbetrieben, die sich „in der betreffenden Gegend" (5,1) durch intensive Produktion, Saat- oder Viehzucht auszeichnen oder einen hochindustrialisierten Typ darstellen, um soviel vergrößert werden, als zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Kultur „bei Berücksichtigung der örtlichen Agrarverhältnisse[11]) unbedingt notwendig" ist; insbesondere soll die Ausschließung vergrößert werden;
4. bei Gütern mit am 1. 1. 1925 arbeitenden oder im Aufbau befindlichen Brennereien, Stärke- oder Kartoffelflockenfabriken bis auf das vierfache der für die Bedürfnisse dieser Betriebe 1914, 1923 oder 1924 nachweisbaren Kartoffelanbaufläche (Jahr nach Wahl des Besitzers), jedoch auf nicht mehr als insgesamt (mit der Fläche nach 1, 2 oder 3) 350 ha (5,1a);
5. bei Gütern, die vor dem 1. 1. 1925 intensiv Zuckerrüben für Fabriken bauten, bis auf das sechsfache der Rübenanbaufläche der Jahre 1914, 1923 oder 1924, jedoch auf nicht mehr als insgesamt (einschl. die Ausschließungen nach 1—4) 700 ha (5,1b).

Die endgültige Entscheidung über die Vergünstigungen gem. 4 und 5 steht dem Agrarreformminister im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister, beim Fehlen eines Einverständnisses dem Ministerrat zu, der auch die „wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen" festsetzt[12]), von deren Erfüllung die erhöhte Ausschließung abhängt; im ganzen dürfen dadurch

---

[9]) Der Besitzer darf sie auch in mehreren wirtschaftlichen Einheiten und im allgemeinen nach seiner Wahl zurückbehalten (6,1).

[10]) Der Ministerrat kann auch bei „Landgütern, die am Tage des Inkrafttretens des . . . Gesetzes Staatseigentum sind und die für außerordentlich wertvolle größere landwirtschaftliche Arbeitsstätten anerkannt werden", die von der Parzellierung freie Fläche auf 60 bzw. 180 ha vergrößern (60,2).

[11]) Bezieht sich doch wohl hauptsächlich auf den bäuerlichen Landbedarf?

[12]) Das ist geschehen durch eine Verfügung vom 1. 4. 1927 (Dz. Ust. 38/1927). Unter Saat- oder Viehzucht ist danach eine „registrierte und der Kontrolle der vom Landwirtschaftsminister anerkannten Organe unterliegende" Zucht zu verstehen, desgl. die Zucht „edlerer Pferde" oder auch von Remonten. Intensive Produktion ist insbesondere zu erkennen an „im Vergleich mit anderen Wirtschaften der betreffenden Gegend großem Ernteertrag", hervorragend großer Arbeiterzahl, außerordentlich hohem Düngemittelverbrauch pro Hektar oder auch Verwendung besonders zahlreicher oder wertvoller Maschinen. Unter „hochindustrialisiertem Typ" sind u. a. Betriebe zu verstehen, die „Zuckerrübenfelder erst nach dem 1. 1. 1925 angelegt" haben. Landwirtschaftliche Meliorationen, deren hervorragender Ertrag von ihrem ungeteilten Zusammenbleiben abhängt, begründen ebenfalls eine vergrößerte Ausschließung.

Digitized by Google

nicht mehr als 550 000 ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche über die Normen von 60, 180 bzw. 300 ha hinaus der Parzellierung entzogen werden. Wenn nun auch bei der Festsetzung der erhöhten Ausschließungen die Landämter sich „auf den guten Glauben an die Wahrheit und Genauigkeit der vom Eigentümer gemachten Angaben stützen" sollen (17,2), so hat doch der Artikel 5 im ganzen selbst unter Berücksichtigung der recht wohlwollenden Ausführungsbestimmungen eine so dehnbare Gestalt, daß er nur als Kannvorschrift gewertet werden kann.

Die im vorstehenden unter d 1—5 gegebenen Zahlen stellen das Höchstmaß landwirtschaftlich genutzter Fläche dar, das eine Person in den Grenzen des Staates nach Durchführung des Gesetzes besitzen darf[13]). Einzelne Kategorien von Eigentümern sind jedoch von dieser Regelung ausgeschlossen, sie haben nur Anspruch auf eine Ausschließung von 35 ha, während der Minister den Zwangsaufkauf des Restes einschließlich Wälder, Gewässer usw. (3,2) anordnen kann; dazu gehören

1. Personen (oder ihre Erben), die „ländliche Grundstücke unter den Ausnahmebedingungen und Vorbehalten der früheren russischen Teilungsmacht erworben" haben (seit 1. 3. 1864), soweit sie auf dem ganzen Staatsgebiet nicht mehr als 45 ha besitzen; unter diese Bestimmung fallen auch Personen, die solche Güter nach dem 17. 9. 1925 erworben haben (3,1c);
2. Abgeordnete und Senatoren, die entgegen dem Artikel 22 der Verfassung Landgüter[14]) während ihrer Mandatszeit erworben haben (3,1d);
3. Personen, die zur Vermeidung der Gesetzesfolgen ihren Grundbesitz geteilt[15]) verkauft oder verpachtet haben, es sei denn, daß die Teilung im Einklang mit den Parzellierungsbestimmungen geschehen ist (3,1ab);
4. Personen, die irgendwie gegen den normalen Gang der Parzellierung und die dazu von den Landämtern erlassenen gesetzmäßigen Anordnungen verstoßen haben (63,1; 66; 67; 90; § 114).

Das jährliche Parzellierungskontingent, d. h. die im Einklang mit den Gesetzesbestimmungen durch den Staat oder Private aufzuteilende Landfläche beträgt für die nächsten 10 Jahre je 200 000 ha, später wird es vom Ministerrat

[13]) Ohne Rücksicht auf fideikommissarische Bindungen, Majorate usw. (77 f.).

[14]) d. h. staatliche; Art. 22 der Verfassung: „Pose nie może . . . . kupować . . . dóbr państwowych . . .".

[15]) Auf nach dem 14. 9. 1919 (Ostgebiet 6. 4. 21, Wilna 25. 2. 24) erfolgte Todesfälle bezügliche Erbteilungen haben nur zur Folge, daß der geteilte Besitz als Einheit behandelt wird (6,2).

Digitized by Google

festgesetzt (11; 13; 15; §§ 18, 19, 21). Der jährliche Parzellierungsplan wird spätestens am 31. 1. des vorhergehenden[16]) Jahres im Dz. Ust. veröffentlicht. Er ist gesondert nach staatlichen und privaten Grundstücken und „weist nach, wieviel Hektar im Rahmen des Jahreskontingents[17]) ... in den einzelnen Landbezirken[18]), eventuell in den einzelnen Kreisgruppen oder Kreisen" aufgeteilt werden müssen (12). „Zeigt sich am 1. 11. des Jahres[20]), das dem Jahre vorangeht, für welches der Parzellierungsplan aufgestellt ist[21]), daß in den einzelnen Bezirken, Kreisgruppen oder Kreisen nicht die ... zur Deckung des Planes nötige Anzahl von Privatgrundstücken parzelliert[22]) worden ist", so veröffentlicht der Ministerrat im Dz. Ust. bis spätestens zum 10. 1. „des betreffenden Jahres"[21]) die Namensliste der „Güter[23]) oder ihrer Teile ..., die er unter Zwangsverkauf stellt"; dabei sollen „auf jeden Fall die größeren Güter[24]) vor den kleineren aufgeführt werden" (19,1). „Ausnahmsweise", also ohne daß gemäß Art. 12,1 ein Jahr vorher der Parzellierungsplan bekanntgemacht wäre, soll auch schon für 1926 eine Namensliste bis 10. 1. 26 veröffentlicht werden (19,3). Der Zwangsaufkauf durch die Bezirkslandämter hat „unverzüglich" zu erfolgen, wenn bis zum 1. 12. des Jahres, für das die Namensliste gilt[24]), die verlangten Flächen nicht parzelliert oder an die staatliche Landwirtschaftsbank (Bank Rolny) verkauft[25]) worden sind (20). Grundstücke der S. 5. f. unter 1—4 genannten Personen unterliegen jederzeit dem Zwangsaufkauf, auch ohne daß sie in eine Namensliste aufgenommen sind (3; 22; 23).

Für die Parzellierung gelten in jedem Fall, ob sie durch die Besitzer, Privatgesellschaften, Landämter oder die

---

[16]) Der Plan für 1929, der im weiteren zur Erläuterung diene, also am 31. 1. 1928.

[17]) Wobei im vorhergehenden Jahr über das Kontingent der betr. Bezirke usw. hinaus parzellierte Flächen angerechnet werden (13,3; 19,1).

[18]) Entsprechen im allgemeinen den Wojewodschaften.

[19]) Nach einer Erklärung des Agrarreformministers im „Monitor Polski" (Nr. 56 vom 10. 3. 1926) „in Gegenden, wo die Aufteilung besonders von der in anderen Kreisen desselben Bezirks behandelt werden muß, oder auch dort, wo sie besonders forciert werden muß, namentlich im Hinblick auf den Landhunger und die beträchtliche Zerstückelung von Wirtschaften, die eine Vergrößerung erfordern".

[20]) Also 1928, s. Anm. 16.

[21]) Also 1929, s. Anm. 16.

[22]) Die Parzellierung kann der Besitzer auch durch dazu vom Bezirkslandamt ermächtigte private Anstalten ausführen lassen (46,1; 62 f.; § 110); eine solche Anstalt ist z. B. die „Spoka Parcelacyjna Ziem Zachodnich", A. G. in Posen.

[23]) Die bisher erschienenen Listen enthalten auch die Namen der Besitzer.

[24]) d. h. „der Grundbesitz der Eigentümer, die auf dem Gebiet des betr. Bezirkes, Kreises oder Kreisgruppe den größten Grundbesitz haben" (§ 37).

[25]) Weder im Gesetz noch in den Ausführungsbestimmungen ist gesagt, daß die Bank zum Ankauf angebotenen Landes verpflichtet ist.

Digitized by Google

Bank Rolny erfolgt, bindende Bestimmungen (46,2), deren Nichteinhaltung durch Private den Zwangsaufkauf unter den erschwerten Bedingungen des Art. 3 (S. 5 f.) nach sich zieht. Die Fläche der neugeschaffenen oder vergrößerten Bauernwirtschaften darf (1,2) in den Ostwojewodschaften, dem östlichen Teil von Bialystok, Pommerellen und einigen Karpathenkreisen 35 ha, im übrigen Staatsgebiet 20 ha nicht übersteigen, ungerechnet Ödland, Gewässer und Waldparzellen (50,1,7); der Umfang von Gemüsewirtschaften ist mit 5 ha, Dorfhandwerkerstellen mit 2 ha, Industriearbeitersiedlungen mit 1 ha begrenzt (50,2-4). Ergänzung von Zwergwirtschaften soll vor Neuschaffung den Vorzug haben (51,1; § 83); zu berücksichtigen ist ferner der Austausch von Enklaven[26]) und die Aufhebung der Gemengelage (47a; 15,1; 24; § 22), die Erhaltung besonderer Kulturen, offener Steinbrüche, Bergwerke, Mineralquellen, Industrieanlagen, Geschichts- und Naturdenkmäler, schließlich die Ausscheidung von Land für öffentliche und soziale Zwecke (47b; 60,1). Die zur Ausnutzung „landwirtschaftlicher Industrieanlagen, dauerhafter Wirtschaftsgebäude oder besonders wertvoller Kulturen" unbedingt nötige Fläche[27]) setzt das Bezirkslandamt fest; sie darf 75 ha, in den Wojewodschaften Krakau, Lemberg, Lublin, Warschau, Lodz und Kielce 60 ha nicht übersteigen. Diese „Musterwirtschaften[28])" werden, falls sie nicht eine besondere Bestimmung (Schulen, soziale Zwecke u. dgl.) erhalten, den Verwandten ersten Grades des bisherigen Eigentümers, die Landwirte sind, zum Ankaufspreise verkauft, „im Falle eines Mangels solcher Verwandter oder deren Absage" versteigert (60,2-4)[29]. Aus einer Parzellierung sollen in der Regel zuerst die anliegenden Zwergwirtschaften ergänzt (51,1; § 83) demnächst Stellen für die landwirtschaftlichen Arbeiter des betr. Gutes geschaffen werden (45,1; 51,1,2; § 79). Danach sollen unter den Kauflustigen, die theoretisch oder praktisch vorgebildete Landwirte sind, den Vorzug haben (53):

1. Pächter oder Beamte parzellierter Güter,
2. „verdiente Soldaten und Invaliden des polnischen Heeres und der polnischen Freiwilligenformationen",
3. Witwen und Waisen der Gefallenen,
4. Absolventen landwirtschaftlicher Schulen,
5. Rückwanderer, die genötigt sind, das Gebiet fremder Staaten aus politischen Gründen zu verlassen.

[26]) Zwergwirte sind auf Verlangen des Bezirkslandamts verpflichtet, ihre Stellen zu verlassen, gegen Überweisung anderer größerer Wirtschaften (48,1; 72; 73,3; § 121).

[27]) Etwa bei Nebengütern großer Herrschaften, zu deren Erhaltung die Möglichkeiten des Art. 5 (S. 4 f.) erschöpft sind.

[28]) „Musterwirtschaften" sind nach Namen und Zweck auch die Domänenrestgüter (s. Anm. 10).

[29]) In diesem Artikel handelt es sich also nur um Flächen, die durch das Landamt oder die Bank Rolny parzelliert werden!

Digitized by Google

Die Bevölkerung benachbarter Dörfer „wird in den erwähnten Kategorien vor allem berücksichtigt werden"; diese Bestimmung ist aber im Art. 51,2 eingeschränkt zugunsten der Bewohner entfernter, aber besonders übervölkerter Kreise mit ungesunden Agrarverhältnissen. Ehemaliges Kirchenland „kann vorwiegend" Bekennern derselben Kirche zugeteilt werden (52,4). Kleinpächter haben ein unbedingtes Vorkaufsrecht auf die von ihnen gepachteten Stellen (43,2). Ausgeschlossen vom Erwerb parzellierter Flächen sind Personen, die wegen „Vergehen gegen den polnischen Staat" mit zwei oder mehr Jahren Gefängnis bestraft worden sind, ferner gerichtlich verurteilte Deserteure (52,3).

Die Entschädigung der Besitzer beim Zwangsaufkauf wird in Gold-Zloty (§ 49) festgesetzt „durch entsprechende Anwendung" der Schätzungsbestimmungen für die Vermögenssteuer, wobei der Wert von Meliorationsaufwendungen durch den Besitzer nachzuweisen ist. Das Bezirkslandamt stützt seine Taxe auf das Gutachten einer sechsgliedrigen Kommission[30]) und beantragt die Festsetzung der Entschädigung bei der Bezirkslandkommission; gegen deren Entscheidung ist Anrufung der Gerichte nur im Sinne einer Kassationsklage zulässig (27,2; 29,1-3)[31]). Die Entschädigung wird zum Teil in bar nach dem Tageskurse bezahlt, zum Teil „in staatlicher Landrente[32]) auf Gold nach dem Nominalwert, zum Teil in ebensolchen Briefen nach einem Kurse, den jährlich der Agrarreformminister . . . nicht unter 70 % des Nominalwerts festsetzt". Die Landrente gilt als mündelsicheres Papier, wird mit 5 % verzinst und in 41 Jahren nach Maßgabe der Rückzahlungen der Neusiedler getilgt; sie ist „sichergestellt durch das ganze Vermögen und die Einkünfte des Fiskus" (31,1; 34,1,2; 35,1; 36). Die Entschädigung ausländischer Staatsbürger darf „nicht vorteilhafter sein als die, welche in einem analogen Fall ein polnischer Staatsbürger in dem betreffenden Staat erhalten würde" (37). Gegenüber Hypothekengläubigern haftet der Staat nur bis zur Grenze der festgesetzten Entschädigungssumme (26,1).

Der Verkaufspreis der Parzellen bei der freiwilligen[33]) Aufteilung durch Private darf „nicht spekulationsmäßig übertrieben" sein und unterliegt der Bestätigung durch das Bezirkslandamt als integrierender Teil des vor Ausführung einzu-

[30]) Je 1 Vertreter des Agrarreform-, Landwirtschafts- und Finanzministers, je 1 vereidigter Sachverständiger aus dem Groß- und Kleingrundbesitz und der Landarbeiterschaft (28,2).

[31]) Die Entschädigung für Güter, deren Zwangsaufkauf unter den Ausnahmeartikel 3 fällt (S. 5. f.), richtet sich abweichend von diesen Bestimmungen nach dem letzten tatsächlich gezahlten Preis (30,2).

[32]) Höchstmenge der Emission 300 Millionen Zloty (34,1).

[33]) Dazu gehört auch die auf Grund der Namensliste durch den Besitzer vorgenommene Parzellierung bis zum 1. 12. des betr. Jahres und solange, bis das Landamt zum Zwangsaufkauf schreitet.

Digitized by Google

reichenden Parzellierungsentwurfs des betreffenden Gutes; dem Besitzer stehen gegen eine Nichtbestätigung die gewöhnlichen Rechtsmittel zu. Preise, die den beim Verkauf „ganzer, annähernd gleich großer Güter . . . unter ähnlichen Bedingungen und in ungefähr derselben Zeit erzielten" entsprechen, dürfen nicht als übertrieben angesehen werden (71, 1,2,6). Bei der Parzellierung durch Landämter und die Bank Rolny soll der Verkaufspreis sich auf den „wirklichen wirtschaftlichen Wert" der Grundstücke, Gebäude, Materialien und Baumbestände stützen (68,1).

Die Kreditfrage behandelt das Gesetz auf eine denkbar großzügige Weise. Bei dem Erwerb von Staatsboden[34]) sollen Landlose „in der Regel" nur 5 %, Besitzer von Zwergwirtschaften 10 %, andere Käufer 25 % des Kaufpreises bar einzahlen, den Rest mit höchstens 6 % verzinsen und im Lauf von 41 Jahren[35]) tilgen; darüber hinaus können aber „finanziell schwache Erwerber" auch zur Deckung der Anzahlung Kredit aus einem zu bildenden „Fonds für Vergünstigungskredite und Beihilfen"[36]) erhalten (72; 73,2; 75). Käufern von Privatland gewährt die Bank Rolny Kredit, bei gewissen Kategorien, wie Gutsarbeitern, Invaliden und verdienten Soldaten, einschließlich der Summen aus dem genannten Hilfsfonds bis zur vollen Höhe des Kaufpreises (73, 1,3,4). Unabhängig von diesen Aufkaufskrediten können „wirtschaftlich schwache Käufer" auch bare Betriebskredite bis zu 2500 Zl. auf eine Wirtschaft erhalten (74). Für alle gewährten Darlehen werden Sicherungshypotheken eingetragen (76); bis zur gänzlichen Tilgung dürfen die Grundstücke ohne Genehmigung des Landamts nicht geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden (54,1). Bei schlechter Bewirtschaftung der Parzelle kann der Agrarreformminister die Rückgängigmachung des Kaufes durch die Gerichte beantragen (55; 56).

Langgediente Landarbeiter[37]), die durch die Aufteilung ihre Beschäftigung verlieren, haben Anspruch auf eine Entschädigung, falls sie den Kauf der ihnen zustehenden Parzellen ablehnen; bei einer Dienstzeit von 10—25 Jahren beträgt sie 500 Zl., bei längerer Dienstzeit das 2½fache des Jahresdeputats, zahlbar durch den Besitzer des Gutes (44, 2,3,5).

Pachtverträge[38]) über Güter, die auf der Namenliste stehen, gelten mit dem 1. Juli des betr. Jahres als aufgelöst, Pachtungen aller anderen zu parzellierenden, staatlichen oder privaten Güter müssen 12 Monate vor Beginn eines neuen Wirt-

[34]) Einschl. zwangsenteignetes Land.
[35]) Besitzer selbständiger Wirtschaften in 20, Käufer von Musterwirtschaften in 2 bis 5 Jahren (72).
[36]) Rückzahlung solcher Kredite beginnt nach 5 Jahren (73,3).
[37]) d. h. Arbeiter mit Jahreskontrakten, die eine eigene Hauswirtschaft führen, auch Beamte, nicht aber persönliche Dienerschaft (§ 79).
[38]) Großpächter.

Digitized by Google

schaftsjahres gekündigt werden; den Pächtern steht nach dem Kündigungstermin eine Liquidationsfrist von 6 Monaten für Abräumung und Verkauf der Ernte und des Inventars zu. Der Besitzer muß für nichtamortisierte Meliorationsaufwendungen Entschädigung leisten, desgl. für den Verlust „anderer aus dem Vertrage fließender Berechtigungen", nicht aber für entgangenen Nutzen (38, 41). Der Pächter darf auf die Pachtung verzichten, wenn die parzellierte Fläche größer ist als der ihm verbleibende Rest (42).

B. Agrarsoziale Lage und Landbedarf.

Einer Beurteilung der polnischen Verhältnisse seien einige allgemeine Bemerkungen über die Bodenfrage im mittleren europäischen Osten vorausgeschickt. Die meist slavische Bauernbevölkerung dieser Gebiete vermehrt sich sehr schnell. Zur Aufnahme des Überschusses fehlt die Industrie. Auf dem flachen Lande ist daher die Volksdichte rasch im Steigen. Vor dem Kriege überschwemmte ein Teil dieser Menschen als Auswanderer Amerika und Sibirien, ein anderer fand Arbeit in der hochintensiven Landwirtschaft und in der Industrie Deutschlands; nach dem Kriege sind alle diese Möglichkeiten außerordentlich eingeengt. Die Bauernmassen verlangen stürmisch „mehr Land", in dem Sinne der Aufteilung des großen Grundbesitzes. Diese Operation findet ihre Formulierung in radikalen Bodenreformgesetzen; „mehr Land", d. h. auf den Kopf der ackerbautreibenden Bevölkerung, ist dadurch kaum entstanden. Die Menschenzahl auf Großbetrieben ist durchaus normal auch in diesen Gegenden; der Kulturboden beschäftigt soviel Menschen, als zu seiner Bearbeitung nach den üblichen Wirtschaftsmethoden nötig sind, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und erheblich mehr kann er auch nicht ernähren. Hat der bäuerliche Boden mehr Menschen auf den Hektar beschäftigt, so war er überbeansprucht, nach der vollzogenen Neuverteilung ist es der ganze Boden. Wirklich „mehr Land" ist einmal direkt zu gewinnen durch Kultivierung des Unlandes, das in Osteuropa einen sehr erheblichen Teil der Fläche einnimmt, hauptsächlich in Gestalt von Sümpfen, Buschländereien und schlechten Weiden. In weit größerem Maße kann man „mehr Land" gewinnen durch Verbesserung der Wirtschaftsmethoden; die so erreichten Mehrerträge auf den Hektar können einer Verdoppelung, ja Verdreifachung des bebauten Landes entsprechen. Dagegen bewirkt die Aufteilung eines normal, d. h. auf die regional übliche, fast stets dem benachbarten Bauern überlegene Weise wirtschaftenden Großgrundbesitzes einen starken Rückgang der Produktion und damit des Nationalwohlstandes; als weitere Folge wird dadurch die Möglichkeit, wirklich „mehr Land" zu gewinnen, geradezu versperrt: Kultivierung von Neuland und Intensivierung der Be-

Digitized by Google

bauungsmethoden finden ein Haupthindernis am Kapitalmangel der Gesamtwirtschaft. Die Landfrage ist nicht gelöst, sondern kompliziert. —

Die Höhe des bäuerlichen Landbedarfs in Polen muß sich ergeben aus einer Beurteilung der Bodenverteilung, der Betriebsgrößen, der Bodenerträge und der sonstigen Arbeitsmöglichkeiten. Von der Gesamtfläche Polens ohne Wald[39]) entfielen 1921 23½ Millionen Hektar = 76 % auf Betriebe unter 50 ha (Tafel 1). Der bäuerliche Flächenanteil ist am größten in der Wojewodschaft Krakau (fast 90 %), dann in Bialystok, Kielce, Stanislau und Lemberg (83 bis 86 %), am geringsten in Posen und Pommerellen (55—60 %). Dieses Bild ändert sich bei der Betrachtung der Betriebsgrößen; sie sind beim Kleinbesitz durchschnittlich am größten in den 4 nordöstlichen Wojewodschaften und Schlesien (11 bis 14 ha), am geringsten in Galizien und Kielce 4—5½ ha), ungefähr dem Staatsdurchschnitt entsprechend in den übrigen Gebieten (6½—8½ ha). Aber auch diese Statistik gibt wegen der Ertragsverschiedenheiten[40]) noch kein richtiges Bild. Setzt man nach den Erträgen höchstens 5 ha im preußischen Teilgebiet[41]) gleich 7 ha in Kongreßpolen und Schlesien (wegen Teschen) gleich 8 ha in Galizien und Wolhynien, gleich 10 ha in den übrigen Gebieten (einschl. Bialystok), und geht man von den Zahlen des preußischen Teilgebiets aus, so ergeben sich folgende Durchschnittsgrößen der Kleinbetriebe: Galizien 2—3 ha, Kielce knapp 4 ha, Lodz 4¾ ha, Lublin, Wolhynien, Nowogrodek 5-5½ ha, Warschau, Bialystok 6 ha, Posen, Wilna, Poleßje um 7 ha, Pommerellen über 8 ha, Schlesien über 9 ha.

Die Durchschnittsgröße der Kleinbetriebe erreicht also in Galizien und im südwestlichen Kongreßpolen nicht das Existenzminimum und ist nur im preußischen Teilgebiet, in der Poleßje und im Wilnaschen mit 7—9 ha wirklich ausreichend! 2,1 Millionen = ⅔ aller Landwirtschaften in Polen sind kleiner als 5 ha, und davon liegt die Hälfte, über 1 Million, in Galizien, wo kaum 10 % der Betriebe größer ist. Aber auch diese Feststellung gibt noch kein klares Bild des tatsächlichen Landbedarfs. Es ist unmöglich und auch gar nicht erwünscht, alle Stellen unter 2 ha auf normale Bauernwirtschaften zu ergänzen. Der größte Teil dieser „Betriebe", besonders in Galizien und Kongreßpolen, ist eigentlich weiter nichts als besten-

[39]) Die Notwendigkeit, den Wald zu erhalten und ihn in der Form des Großbetriebes zu bewirtschaften, ist wohl allgemein anerkannt.

[40]) Vgl. dazu m. Aufsatz über die polnische Landwirtschaft in „Osteuropa", 2. Jahrgang, Heft 7.

[41]) 5 ha reichen dort zur Not für die Ernährung und Beschäftigung einer Familie aus, allerdings nur unter sehr günstigen Verhältnissen.

Digitized by Google

falls[42]) ein „Stück Land", meist durch wilde Erbteilung oder spekulationsmäßige Parzellierung eines lebensfähigen Ganzen entstanden, rings von ähnlichen „Betrieben" umgeben; da ist nichts zu ergänzen, es bleibt nur übrig, ein halbes Dutzend dieser Besitztümer zusammenzulegen. Die Eigentümer eines anderen Teils sind Händler, Handwerker, Industrie- oder Waldarbeiter, denen das Land nur als Ergänzung ihres Haupteinkommens dient, jedenfalls keiner Vergrößerung bedarf. Rechnet man auf 20 bäuerliche Stellen über 2 ha eine Handwerkerstelle = 110 000,

Tafel 1. **Bodenverteilung[1]).**

Wojewodschaft	Staat		Kirchen		Kommunen		Privatbetriebe über 50 ha		Privatbetriebe unter 50 ha	
	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%
Wilna	60	2,5	3	0,1	1	—	554	23,5	1742	73,9
Nowogrodek	34	1,8	1	0,1	—	—	374	20,2	1445	77,9
Poleßje	160	5,1	7	0,2	—	—	915	29,0	2075	65,7
Bialystok	90	3,6	1	—	—	—	271	10,7	2168	85,7
Warschau	21	0,8	—	—	2	0,1	693	26,3	1923	72,8
Lublin	25	1,0	—	—	8	0,3	428	16,8	2089	81,9
Lodz	17	1,0	—	—	—	—	299	18,1	1332	80,9
Kielce	43	2,1	—	—	2	0,1	261	12,9	1715	84,9
Krakau	2	0,1	12	0,9	5	0,4	128	9,5	1201	89,1
Lemberg	2	0,1	28	1,3	5	0,2	310	15,0	1727	83,4
Stanislau	15	1,3	15	1,2	6	0,5	148	12,2	1031	84,8
Tarnopol	—	—	23	1,6	7	0,5	329	23,4	1044	74,5
Wolhynien	62	2,6	9	0,4	—	—	413	17,1	1940	79,9
Posen	95	4,4	28	1,3	2	0,1	872	40,0	1181	54,2
Pommerellen	95	7,5	15	1,2	3	0,2	413	32,4	746	58,7
Schlesien	17	6,1	—	—	1	0,5	75	26,3	191	67,1
Polen	739	2,4	143	0,5	39	0,1	6483	20,9	23550	76,1

[1]) Ohne Wald.

auf 200 ha Wald eine Waldarbeiterstelle = 40 000, ferner ebensoviel Parzellen für Industriearbeiter, Händler, Gastwirte usw., zusammen 200 000 Selbstversorgerstellen zu ¼ ha, so bleiben 900 000 Zwergwirtschaften mit etwa 1,4 Millionen ha übrig; diese Fläche reicht für 200 000 Bauernhöfe zu 7 ha, so daß der Landbedarf der Betriebe unter 2 ha mit 700 00 mal 7 = 4,9 Millionen ha angenommen werden kann. Die Wirtschaften von 2—5 ha Größe haben etwa 4 Millionen ha an Acker, Wiesen und Weiden einschließlich Unland; rechnet man auch hier 7 ha auf einen er-

[42]) Vielfach besteht auch dieses „Stück" noch aus zahlreichen getrennt liegenden „Stückchen".

Digitized by Google

gänzten Betrieb, so bleiben 400 000 Familien mit Land zu versehen, das sind 2,8 Millionen ha. Die Betriebe unter 5 ha brauchen also zusammen 7,7 Millionen ha Land, und rechnet man noch 300 000 ha auf die notwendige Vergrößerung der Höfe zwischen 5 und 6 ha, so beträgt (1921) der Landbedarf der polnischen Bauern rund 8 Millionen Hektar!

C. Agrarökonomische Lage und Landvorrat.

Die Gesamtfläche der Privatbetriebe über 50 ha betrug ohne Wald 1921 6,48 Millionen ha (Tafel 1); rechnet man 0,74 Millionen ha Staatsland und 0,14 Millionen ha Kirchenland hinzu, 1,5 Millionen ha Unland ab, so beträgt der verfügbare Landvorrat 5,9 Millionen ha. Die Zerstückelung aller Betriebe über 50 ha würde also den bäuerlichen Landhunger nur zu ¾ stillen, dafür aber ⅓—½ Million Landarbeiterfamilien brotlos machen. Das Gesetz sieht eine so radikale Umwälzung nicht vor, die 5,9 Millionen ha vermindern sich ihm gemäß um etwa

12 500 Restgüter und Musterwirtschaften zu durchschnittlich 100 ha = 1 250 000 ha,

die vergrößerten Ausschließungen für Zuckerfabriken usw. = 550 000 ha,

den Landanspruch von mindestens 200 000 Landarbeiterfamilien zu 7 ha, deren wirtschaftliche Lage bei dieser Bemessung als verschlechtert angesehen werden muß, = 1 400 000 ha;

es bleibt also (1921) ein Landvorrat von 2,7 Millionen ha. 1921 bis 1925 wurden rund 500 000 ha parzelliert. Bei Inkrafttreten des Agrarreformgesetzes betrug demnach gegenüber einem Landbedarf von mindestens 7,5 Millionen ha der Landvorrat 2,2 Millionen ha, noch nicht ein Drittel! Da eine wirkliche Lösung der Landfrage in Polen durch Parzellierung des Großgrundbesitzes nicht möglich ist, kann sie nur auf dem Wege einer Produktionssteigerung gesucht werden.

Die hohen Erträge Polens und Pommerellens sind begründet nicht etwa im Klima oder besserer Bodenqualität, sondern in menschlicher Arbeit; es muß also möglich sein, auch die Landwirtschaft der übrigen Gebiete Polens auf dieses Niveau zu bringen. Unter Zugrundelegung der auf Seite 353 gegebenen Wertzahlen könnte so die landwirtschaftliche nutzbare Fläche (nach Abzug von ½ % für bebautes Gelände, Wege, Wasser usw., aber unter Einrechnung von 2,5 Millionen ha kultivierbarer Sümpfe, Sandstrecken usw.) relativ vermehrt werden um

$^2/_5$ = 3,5 Millionen ha in Kongreßpolen,
$^3/_5$ = 4,8 Millionen ha in Galizien und Wolhynien,
$^5/_5$ = 9,5 Millionen ha in den 4 nordöstl. Wojewodschaften,

zus. um 17,8 Millionen ha; die Landfrage wäre da-

Digitized by Google

durch nicht nur für die nächste Zukunft, sondern für Jahrhunderte gelöst. Zur Erreichung dieses Zieles ist nötig:

1. Trockenlegung der riesigen Sümpfe in den 4 nordöstlichen Wojewodschaften, Nordwolhynien, Lublin und Warschau, durch den Staat oder mit seiner Unterstützung,
2. Zusammenlegung der Streifenwirtschaften und der Zwergbetriebe,
3. Schaffung neuer lebensfähiger Höfe für die ausgesiedelten Zwergbetriebe aus dem Land, das vom Großgrundbesitz freiwillig angeboten wird, und aus Staatsland,
4. Schaffung eines Anerbenrechts für Bauerhöfe,
5. Hebung der landwirtschaftlichen Bildung durch Fachschulen mit Zwangsbesuch für alle Landwirte,
6. Intensivierung der Bodenkultur und Viehzucht in allen Betriebsgrößen durch billigen, d. h. den Verzinsungsmöglichkeiten der Landwirtschaft entsprechenden, langfristigen Kredit, durch Vermehrung und Verbesserung der Verkehrswege, durch Vermeidung jeden Drucks auf die Preise landwirtschaftlicher Produkte, durch Unterlassung jeder Zwangsenteignung (es sei denn von Unland), die Unternehmungsgeist, Realkredit und Produktionsfähigkeit lähmt,
7. Erhaltung und Schutz des Großgrundbesitzes, wie er historisch geworden und für den Agrarorganismus Polens noch auf lange Zeit nicht zu entbehren ist: Als Produzent wie als Anreiz, Beispiel, Stütze der umwohnenden Bauern, schließlich als unabhängiger Führer in wirtschaftlichen und politischen Dingen.

Den Weg dieser notwendigen Reformen hat Polen bisher zum Teil langsam beschritten, zum Teil aber gar nicht oder sogar rückwärts. Die Zusammenlegung macht Fortschritte, auch die Zahl der niederen Fachschulen hat sich vermehrt. Ein bäuerliches Anerbenrecht ist nicht geschaffen worden; Art. 54,1 des neuen Gesetzes verbietet die Teilung der Kleinwirtschaften nur solange auf ihnen staatliche Schuldforderungen eingetragen sind. Für die Kultivierung von Ödland im Großen geschieht so gut wie nichts; der letzte Etat weist für Regulierung und Erweiterung der Wasserwege, d. h. auch für Entwässerung des Sumpflandes, ganze 24 Millionen Papier-Zl. auf[13]). Die private Meliorationstätigkeit ist gering, gehemmt durch den Mangel staatlicher Vorarbeit gesetzlicher, materieller und finanzieller Art. Die ausgesprochen landwirtschaftliche Preis- und Steuerpolitik aller Regierungen bis zu Mai 1926 nahm dem Willen zur Produktionssteigerung durch Intensivierung der Methoden jeden Anreiz und meist auch die Möglichkeit. Die

[13]) Vgl. „Osteuropäische Länderberichte", Breslau 1927, I 30, 158.

Digitized by Google

Regierung Pilsudski hat im allgemeinen einen besseren Kurs eingehalten, auch der Kornexportzoll von 70 Goldmark pro Tonne kann zusammen mit der beschlossenen Schaffung einer staatlichen Getreidereserve von 100 000 t nicht schädlich wirken; sehr bedenklich aber muß der Ausfuhrzoll wirken, wenn, wie es den Anschein hat, der Landwirt durch scharfe Steuereintreibung zu frühzeitigem Kornverkauf gezwungen wird, ohne daß gleichzeitig Käufe für die Getreidereserve den Preis stützen. Durch tragbaren Kredit der Landwirtschaft die Hebung ihrer Betriebe zu ermöglichen, hat auch die Regierung Pilsudski bisher nicht vermocht, und es ist sehr zweifelhaft, ob an dieser Lage in naher Zukunft sich etwas ändern wird; auf die glücklich eingebrachte Anleihe von 70 Millionen Dollar in dieser Beziehung große Hoffnungen zu setzen wäre durchaus verfehlt. Dieser einmalige und kleine Blutzufluß kann für die Gesamtwirtschaft Polens nicht die große Wirkung haben, die man ihm dort vielfach beimißt. Entscheidend bleibt die Höhe der Mittel, die der Volkswirtschaft durch Steuern, Soziallasten und Zahlungsbilanz laufend entzogen werden. Der Staatshaushalt als Ausdruck eines Teils der Steuern balanciert mit 2 Milliarden Zl. nach dem Voranschlag für 1927/28 viel zu hoch, nach der Erklärung des Finanzministers und dem Ergebnis der ersten 5 Monate (+ 210 Millionen Zl.) ist aber sogar mit einem Überschuß von 400 Millionen Zl. zu rechnen. Die Zahlungsbilanz ist belastet durch den Dienst für 3 Milliarden Zl. ausländischer Schulden, denen nennenswerte einträgliche Anlagen nicht gegenüberstehen, sie ist daher ungünstiger anzunehmen als die Handelsbilanz. Diese war 1926 unter der Konjunktur des englischen Kohlenstreiks mit 410 Millionen Gold-Zl. aktiv, ist aber seit Weihnachten im Sinken, seit April 1927 passiv (Januar bis September 1927 minus 156 Millionen Gold-Zl.). Eine Exportvermehrung ist bei der geringen Konkurrenzfähigkeit der Industrie durchaus von der Landwirtschaft und hier wieder (neben Holz) von der Getreideproduktion abhängig, deren Erhöhung aber von dem Flächenanteil des Großgrundbesitzes. Da die Durchführung der für Polen lebensnotwendigen Intensitätssteigerung der Landwirtschaft in dem oben dargelegten Sinne vorwiegend eine Frage der investierten Mittel ist, so ergibt sich also auch auf diesem Wege das Problem der Erhaltung des Großgrundbesitzes als von entscheidender Bedeutung für die Lösung der ganzen Agrarfrage. Tafel 2 zeigt für die letzten zwei bis drei Vorkriegsjahrzehnte auf zwei Gebietsdritteln Polens eine dauernde freiwillige Flächenverminderung des privaten Großgrundbesitzes um durchschnittlich 70 000 ha jährlich; nach dem Kriege hat das Angebot zwar im preußischen Teilgebiet erheblich nachgelassen, ist dafür aber im Osten, besonders auch unter dem Druck der Bolschewikengrenze, sehr bedeutend gestiegen und bleibt im ganzen hinter den Vorkriegszahlen nicht zurück (1919

Digitized by Google

bis 1925 über 400 00 ha, 1926 mindestens 70 000 ha, 1927 wahrscheinlich weit über 100 000 ha). Wenn man diese Verminderung als einen organischen Vorgang gelten lassen, auch annehmen kann, daß ein Teil der Fläche wirtschaftlich ungesund oder durch den Erlös ein Mittel zur Stärkung anderer Betriebe war, so muß darüber hinaus jede Forcierung der Entwicklung durch Zwangsenteignung als schädlich und dem Ziel einer gesunden Agrarreform entgegengesetzt bezeichnet werden.

D. Beurteilung des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925.

Das neue Gesetz hebt sich vorteilhaft ab von seinem Vorgänger aus dem Jahre 1920. Aber auch an seiner Wiege stand

Tafel 2. Flächenverminderung des privaten Großgrundbesitzes in Polen vor dem Kriege[1]).

Gebiet	Zeitraum	Gesamtverlust		Jahresverlust	
		Tausend ha	auf 100 ha der Ausgangsfläche	Tausend ha	auf 100 ha der Ausgangsfläche
Posen und Pommerellen	1895/1912	304	17,0	17	0,9
Kongreßpolen	1892/1909	587	12,0	33	0,7
Galizien	1889/1912	495	18,5	21	0,8
Litauen, Weiß- u. Kleinrußland in den polnischen Grenzen von 1772	1877/1905	20	0,1	1	—

[1]) Nach Weinfeld „Tabl. Statystyczne Polski", 1925.
[2]) Nur Ankäufe der Ansiedlungskommission.

die Demagogie in doppelter Gestalt: Unverständige Führer unverständiger Bauernmassen auf der einen, Chauvinisten auf der anderen Seite. Auf diesem Boden erwuchs der Zwangsenteignungsparagraph, dessen volkswirtschaftlich schädliche Wirkung im vorigen Abschnitt nachgewiesen wurde. Juristisch wäre eine Enteignung an sich vertretbar unter der Voraussetzung voller Entschädigung; da aber der Vermögenssteuerwert ganz niedrig ist (½ bis ⅓), ferner bis zu 80 % des Preises in Landrente mit einer Verzinsung von 3 % unter dem jetzigen (7 % unter dem damaligen) Diskont der Bank Polski und mit einer Verwertbarkeit von bestenfalls 50 % gezahlt wird, darüber hinaus Zahlungen an die Landarbeiter zu leisten und überhohe Belastungen der Restgüter bei der Hypothekensegregation möglich sind, so kommt die Enteignung einer weitgehenden Vermögenskonfiskation gleich. Andererseits muß anerkannt

Digitized by Google

werden, daß die Regierung nach dem Gesetz bei der Aufstellung des Parzellierungsplans regional so gut wie unbeschränkt ist und daher bei ausreichendem Angebot nicht zu Enteignungen gezwungen. Das Gesetz ist ein Kompromiß verschiedener Tendenzen, nicht aus einem Guß, sondern zum Teil widerspruchsvoll und vor allem sehr dehnbar; einer klugen Regierung ist, mit oder ohne Absicht, genügend Spielraum gelassen und der Weg zu einer wirklichen Reform im ganzen nicht versperrt, vielfach geebnet. Das Verbot jeder wilden Parzellierung muß angesichts

Tafel 3. Parzellierungspläne und Namenslisten[1]).

	Staatsbesitz						Privatbesitz über 50 ha					
	Polen		Posen		Pommerellen		Polen		Posen		Pommerellen	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
1. Namensliste für 1926 (Dz. Ust. Nr. 2 v. 9. 1. 1926)	—	—	—	—	—	—	50 000	0,8	4 450	0,5	7 300	1,8
2. Parzellierungsplan für 1927 (Dz. Ust. Nr. 7 v. 22. 1. 1926)	80 000	10,8	8 000	8,4	8 000	8,4	120000	1,9	8 300	1,0	8 000	1,9
3. Namensliste für 1927 (Dz. Ust. Nr. 2 v. 9. 1. 1927; geringe Änderung i. Dz. Ust. Nr. 36 v. 15. 4. 1927)	—	—	—	—	—	—	51 799	0,8	7 402	0,9	6 848	1,7
4. Parzellierungsplan für 1928 (Dz. Ust. Nr. 6 v. 26. 1. 1927)	100500	13,6	8 600	9,0	12 700	13,4	99 500	1,5	8 200	0,9	7 200	1,8

[1]) %-Zahlen auf Flächen ohne Wald und auf Gesamtbesitzflächen in dem betreffenden Gebiet.

der furchtbaren Zerstückelung Galiziens vor dem Kriege als ein Fortschritt von großer Bedeutung bezeichnet werden.

E. Die bisherige Ausführung des Gesetzes.

In den zwei Jahren seit Erlaß des Gesetzes erschienen folgende Parzellierungspläne und Namenslisten (Tafel 3).

Über die wirklich parzellierte Fläche liegen genaue Nachrichten nicht vor; man darf rechnen mit der vorgeschriebenen Menge Staatsland, ferner an Privatbesitz mindestens mit der Flächendifferenz zwischen der zweiten Namensliste und dem

Digitized by Google

Parzellierungsplan für 1927, also rund 70 000 ha. Tatsächlich ist aber weit mehr Privatland aufgeteilt worden. In einer Polemik der offiziösen „Epoka" gegen eine scharfe Kritik des Agrarreformgesetzes durch den namhaften Nationalökonomen W. Studnicki finden sich (zitiert nach der „Deutschen Rundschau" vom 20. 10. 1927) folgende Sätze: „Die Bestimmung, die eine Parzellierung von 200 000 ha jährlich befiehlt und die Herr St. vor allem gestrichen haben möchte, hat keine praktische Bedeutung, solange zweimal mehr freiwillig parzelliert wird. Es handelt sich daher nur darum, die Ausführung des Gesetzes der natürlichen Parzellierungsbewegung anzupassen und die Güter in den Parzellierungsbezirken nicht zur Parzellierung zu zwingen, in denen weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Grundlagen hierfür gegeben sind." Wenn auch die Behauptung, daß zweimal mehr freiwillig parzelliert wird", nicht wörtlich zu nehmen ist, so doch die Tatsache, daß mehr Land insgesamt jährlich zur Parzellierung angeboten wird als das Gesetz verlangt, die Regierung also in der Lage ist, auf jede Enteignung zu verzichten, wenn sie den Parzellierungsplan nach dem Angebot einrichtet. Das hat weder das Kabinett Skrzynski, noch, trotz aller Worte, die Regierung Pilsudski getan. Zwar wird behauptet, daß die Parzellierungsflächen unter Berücksichtigung von Angebot und hauptsächlich Nachfrage in den Wojewodschaften festgesetzt wurden, wobei eben eine ziemlich gleichmäßige Verteilung des Jahreskontingents sich ergeben habe. Aber die Feststellung des Bedürfnisses geschah auf eine eigenartige Weise: Man legte in allen Gemeindeverwaltungen Listen auf, in die jeder, ohne Prüfung und Bindung, sich einzutragen berechtigt war, der aus der zukünftigen Parzellierung Land zu erhalten wünschte. Es ist klar, daß bei diesem Verfahren die Listen sich sehr schnell füllten, erst recht, wenn durch skrupellose Parteipropaganda die Einzeichnung bald als Klassenpflicht, bald als Forderung der nationalen Selbsterhaltung bezeichnet und gleichzeitig in versteckter Form die Ansicht verbreitet wurde, daß die Zahlungsfrage sich als gänzlich irrelevant erweisen würde. Diese falsche und wahrscheinlich bewußt fiktive Grundlage der Parzellierungspläne hatte zur Folge, daß der Überschuß des im Osten aufgeteilten Landes nicht angerechnet werden konnte (Art. 19,,, s. S. 347) auf das Minderangebot der hauptsächlich westlichen Bezirke, in denen folglich mit Namenslisten die Zwangsenteignung eingeleitet werden mußte. Die Politik der Regierung entspricht also nicht den vernünftigen Ausführungen der „Epoka". Die Namenslisten zwingen Güter zur Parzellierung, „in denen weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Grundlagen hierfür gegeben sind", und

Digitized by Google

wenn es bisher den Anschein hatte, als ob die Regierung von ihrem Enteignungsrecht nicht Gebrauch machen würde, so ist jetzt auch dieser Zweifel behoben durch die Nachricht, daß in Pommerellen das Bezirkslandamt im Oktober mit dem Zwangsaufkauf der nichtparzellierten Flächen aus der ersten Namensliste begonnen hat.

Urteile über die volkswirtschaftlich schädliche Wirkung der so durchgeführten Agrarreform, die dem oben Dargelegten entsprechen, sind auch in der polnischen Presse, in Broschüren und Parlamentsreden zahlreich, merkwürdigerweise findet aber ein anderer Schluß, der sich aus dem Studium der Parzellierungspläne und Namenslisten ebenfalls unwiderlegbar ergibt, dort nur selten Zustimmung. Die Agrarreform wird zum Kampf

Tafel 4. Aufzuteilendes Privatland[1]) in Posen und Pommerellen.

Gebiet	Größe km²	1. Namensliste[2])		Parzellierungsplan für 1927		Parzellierungsplan für 1928		Zusammen	
		Menge ha	% des ganzen Gebiets	Menge ha	% des ganzen Gebiets	Menge ha	% des ganzen Gebiets	Menge ha	% des ganzen Gebiets
Die 12 Grenzkreise gegen Deutschland der Wojew. Posen	8900	2950	0,33	8300	0,93	3920	0,44	15 170	1,70
Pommerellen	16 386	7300	0,45	8000	0,49	7200	0,44	22 500	1,38
Die 24 inneren Kreise der Wojew. Posen	17 703	1500	0,09	—	—	4280	0,24	5 780	0,33

[1]) Über den Anteil der einzelnen Kreise am aufzuteilenden Staatsland fehlen Nachrichten.

[2]) Die Flächen der 2. Namensliste sind im Parzellierungsplan für 1927 enthalten.

gegen die nationalen Minderheiten[45]) mißbraucht, und zwar in erster Linie gegen das Deutschtum der westlichen Provinzen[46]). Posen und Pommerellen sind zwar im ganzen nicht wesentlich stärker herangezogen, als in bezug auf die landwirtschaftlich nutzbare Fläche der Großbetriebe dem Staatsdurchschnitt entspricht (Tafel 3), im einzelnen (Tafel 4) ergibt sich aber eine deutliche Gliederung nach politischen Gesichtspunkten. In Pommerellen soll

[44]) Die erste Namensliste stellt in der Sache gleichzeitig den Parzellierungsplan für 1926 dar.

[45]) Auf die Polonisierung der Ostgebiete kann hier aus Raummangel nicht eingegangen werden. Es sei aber bemerkt, daß neuerdings die Kleinrussen mit einer Art nationalen Boykotts recht wirksamen Widerstand leisten.

[46]) Einzelheiten in der deutschen Beschwerde an den Völkerbund vom 16. 8. 27 (abgedruckt „Deutsche Rundschau" Nr. 238/1927). Vgl. auch Polonicus „Die Deutschen unter der polnischen Herrschaft", Berlin 1927, S. 68 f.

Digitized by Google

auf den Kilometer Oberfläche viermal, in den 12 Grenzkreisen Posens fünfmal mehr Land parzelliert werden als in den 24 inneren Kreisen der Wojewodschaft Posen. Die Absicht, durch verstärkte Polonisierung der Grenzen und des Korridors unter Heranziehung landfremder Siedler (indigene finden sich nicht zahlreich genug) einer möglichen deutschen Restauration wenigstens ethnographisch die Begründung zu nehmen, ist klar, sie wird es noch mehr, wenn man die Namenslisten auf die Nationalität der Besitzer durchsieht. Da zeigt sich, daß der polnische Großgrundbesitz in Posen und Pommerellen 0,56 %, der deutsche übersiebenmal mehr, 4,04 % seiner Fläche zur Parzellierung abgeben muß, in absoluten Zahlen der polnische 5400

Tafel 5. **Nationale Statistik der Namenslisten in Posen und Pommerellen.**

Gesamtfläche des privaten Großgrundbesitzes	davon zu enteignen	von 100 ha Gesamtbesitzfläche sollen enteignet werden
in polnischer Hand (1921) 961 470 ha	5 387 ha	0,56 ha
in deutscher Hand (1921) 596 830 ha	20 613 ha	3,45 ha
in deutscher Hand (1927)[1]) 510 000 ha	20 613 ha	4,04 ha

[1]) Verlust durch Liquidation u. Annullation reichsdeutschen Privatbesitzes.

von 960 000 ha, der deutsche Großgrundbesitz 20 600 von 510 000 Hektar (Tafel 5).

Eine kritische Äußerung über weitere Einzelheiten der Ausführung des Agrarreformgesetzes verbietet vorläufig der Mangel an authentischem Material. Auf spärliche Pressenotizen und Gelegenheitsnachrichten ein Urteil aufzubauen, entspricht nicht dem Geist dieser Zeitschrift. Wohl aber ist es möglich, aus den veröffentlichten Parzellierungsplänen und Listen den Schluß zu ziehen: Das Gesetz wirkt bisher nicht in einem Sinne, der dem Aufstieg der polnischen Landwirtsohaft unbedingt förderlich ist, denn es erzwingt die Vernichtung hochentwickelter Produktionsstätten zugunsten unterlegener Betriebsformen und Wirtschaftsmethoden. Und es wird ferner mißbraucht als nationales Kampfmittel.

Digitized by Google

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

Von Otto Hoetzsch.

I. Wirtschaft.

Die Wirtschaftslage des Berichtsmonats ist durch den wenig günstigen Verlauf der Getreidelieferungen für den Export und den bekannten Mangel an Industriewaren charakterisiert. Immer dieselben Betrachtungen finden sich über die Notwendigkeit, die Getreidebereitstellungen zu erhöhen, die sich nicht wunschgemäß entwickeln. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Die Ernte reicht im ganzen Gebiete überhaupt nicht zu Überschußausfuhr aus. Die Bauernschaft hamstert und hält zurück, legt sich Vorräte und Magazine an. Die Bauernschaft kauft lieber, da ihre Kaufkraft gestiegen ist, im Lande selbst ein und verkauft dafür ihr Getreide. Die Bauernschaft leidet auch unter einer Preisschere in der Landwirtschaft, indem die Fleischpreise in einer ganz anderen, für die Bauern ungünstigeren, Relation zu den Getreidepreisen als vor dem Kriege stehen. Dazu kommt eine nicht glückliche Preis- und Zahlungsmittelpolitik der Regierung.

Vor allem aber macht sich doch eben die ungeheure Umwälzung durch die Agrarrevolution geltend. Die 22 Millionen Bauernwirtschaften Rußlands, die heute Rußland wirtschaftlich vor allem darstellen, sind etwas anderes als die Hunderttausende von großen Flächen besitzenden Großgrundbesitzern, die für den Export arbeiten konnten, zuungunsten und Schaden für das Volk. Jede derartige Agrarreform oder -revolution wird und muß die Folge haben, daß die Exportfähigkeit an sich geringer wird.

So kommt auch die Erörterung, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, nicht von der Stelle. Stalin weiß zwar, daß die Gedanken der Opposition in bezug auf die Bauern unmöglich sind, aber seine Idee, das Proletariat an dem wachsenden Reichtum der Bauern teilnehmen zu lassen, ist eigentlich ebenso utopisch. Und man sieht an den „Direktiven über die Ausarbeitung eines Bundesgesetzes über die Bodenorganisation und Bodennutzung", erlassen vom Zentralkomitee der Partei am 20. Oktober, sehr deutlich die großen theoretischen und praktischen Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung der russischen Agrarpolitik gestellt sind. Diese Richtlinien waren maßgebend für das jetzt endgültig nach zweijähriger Vorarbeit ausgearbeitete Agrargesetz, das für die ganze Union gilt und alle Agrargesetze der Teilstaaten zusammenfaßt. Es wird jetzt von den obersten Behörden geprüft und wird demnächst in dieser Zeitschrift ausführlich darzustellen sein. Hier genüge folgende Charakteristik.

Die Richtlinien kommen theoretisch den Forderungen der Opposition weit entgegen, um dieser den Wind aus den Segeln

Digitized by Google

zu nehmen. Infolgedessen steht an der Spitze das Prinzip des Staatseigentums an Grund und Boden. Das Privateigentum ist endgültig abgeschafft. Die Gesetze in den einzelnen Teilstaaten dürfen nichts enthalten, was damit im Widerspruch steht. Die Kollektivwirtschaft in der Landwirtschaft wird besonders geschützt, die staatlichen Musterbetriebe, von denen man lange nichts gehört hatte, sollen neu belebt werden. Aber praktisch wird damit wenig geändert. Eine allzu häufige Landumteilung wird durch das Gesetz verboten, namentlich sollen Grundstücke, die durch Verbesserungen höheren Wert erhalten haben, nicht dem Besitzer entzogen werden. Das Gesetz macht den Versuch, das Pachtsystem und die Lohnarbeit auf dem Lande einzuschränken. Es setzt die Pachtfristen auf höchstens sechs Jahre fest. Es verlangt die „werktätige Landnutzung". Es gestattet die Lohnarbeit nur, wo alle arbeitsfähigen Mitglieder der Familien bereits beschäftigt sind.

So ist das im ganzen ein Versuch, in Rechtsbestimmungen gegen die Großbauern im Sinne der Opposition zu kämpfen. Ob dieser Kampf wirklich durchgeführt werden kann, muß die Zukunft lehren. Und die Produktionssteigerung, die eine Notwendigkeit ist, ist eben nicht möglich, ohne daß die individualen wirtschaftlichen Kräfte damit gestärkt werden. Der Bauer aber bleibt nach wie vor durch die hohen Preise für die staatlichen Industrieprodukte, für die er immer noch das zwei- und dreifache der Preise vor dem Kriege zahlen muß, benachteiligt.

Was die Industrie anbetrifft, so hat nach Feststellungen der statistischen Zentralverwaltung die Produktion der Industrie der Sowjetunion 12 Milliarden Rubel erreicht, was eine Steigerung um rund 13,2 % gegenüber den Jahren 1925/26 ist. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Unternehmungen stieg in der Sowjetunion von 12 517 auf 12 584. Diese Zunahme wird niemand bestreiten können und ebenso ist der Hinweis ja berechtigt, daß der Kapitalismus zu seiner vollkommenen Ausgestaltung auch lange Zeit gebraucht hat, daher dem sozialistischen Rußland wenigstens ein Jahrzehnt als Frist der Entwicklung zugebilligt werden müsse. Das ist an sich richtig, aber es ist nicht die praktisch für das Sowjetsystem brauchbare Problemstellung.

Auch in der Finanzwirtschaft war ein Jubiläum zu verzeichnen: am 27. November 1922 konnte mit der Ausgabe der Tscherwoneznoten begonnen werden. Rußland hat jetzt fünf Jahre seine feste Währung. Zur Feier wurde für den 27. 11. eine besondere Bilanz der Reichsbank herausgegeben. Danach beträgt der Gesamtumlauf an Tscherwoneznoten 1082,7 Millionen Rubel. Die Notendeckung stellte sich am 27. November auf 26,6 %.

Der Budgetentwurf für 1927/1928 schließt mit 5917 Millionen Rubel ab, 17,1 % mehr als die Budgetsumme 1926 auf

Digitized by Google

1927. Die Summe ist aber auch noch nicht endgültig. Die Staatsschuld der Union beträgt 882,4 Millionen Rubel, ohne Einrechnung der Wiederaufbauanleihe.

Das wichtigste aber ist die Entwicklung des Außenhandels, die für das Wirtschaftsjahr 1. Oktober 1926 bis dahin 1927 jetzt zu übersehen ist.

Der Handel über die europäische und asiatische Grenze hat sich auf 1483,1 Million Rubel gegenüber 1432,8 Millionen 1925/26 belaufen. Auf den Handel über die europäische Grenze entfallen hiervon 1302 Millionen Rubel gegen 1262,8 Millionen 1925/26. Der Umfang des Warenaustausches der Sowjetunion mit dem Auslande hat demnach im Berichtsjahr im Handel über die europäische Grenze nur um rund 39 Millionen Rubel zugenommen und erreichte etwa 44 % des Vorkriegsstandes.

In der Hauptsache hat sich 1926/27 lediglich das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr verschoben: die russische Ausfuhr über die europäische Grenze ist im Berichtsjahr um etwa 14 % auf 678,2 Millionen Rubel (1925/26 589,1 Millionen Rubel) gestiegen, während die Einfuhr von 673,7 Millionen Rubel auf 623,8 Millionen gesunken ist. Diese Zunahme der Ausfuhr bei gleichzeitigem Rückgang der Einfuhr hatte zur Folge, daß die russische Handelsbilanz, die im Verkehr über die europäische Grenze in den beiden vorhergehenden Jahren stark passiv war (1925/26 mit 84,6 Millionen, 1924/25 mit 136 Millionen), im Berichtsjahr einen Aktivsaldo von 34,4 Millionen Rubel aufweist. Im Handel über die asiatische Grenze war die Bilanz 1926/27 mit 3,4 Millionen Rubel aktiv (Ausfuhr 92,3 Millionen, Einfuhr 88,8 Millionen), 1925/26 mit 4,8 Millionen (87,4 Millionen bzw. 82,6 Millionen.) (Ost-Expreß.)

Der Exportplan konnte trotz der Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Ausfuhr, von denen immer zu sprechen war, aufrecht erhalten werden, weil der Ausfall bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produktion durch den industriellen Export ausgeglichen werden konnte. Die wichtigsten Ausfuhrwaren verteilen sich wie folgt:

	1925/26	1926/27	Ausfuhr 1926/27 in % zu 1925/26
Getreideprodukte (einschl. Ölsamen und Ölkuchen)	160,6	160,4	99,9
Butter	1,7	1,8	111,2
Eier	4100 Waggons	5900 Waggons	141,7
Flachs und Fasern	4,3	2,6	60,6
Holz	117,3	151,6	129,3
Naphtha	89,9	127,3	141,5
Manganerze	41,1	47,9	116,6
Eisenerze	9,1	24,9	272,2
Rauchwaren	69,4 Mill. Rbl.	86,1 Mill. Rbl.	124,1
Zucker	2,3	7,4	268,3

(Ost-Expreß.)

Digitized by Google

Der Anteil der hauptsächlichsten Länder an russischem Import war:

	Wirtschaftsjahr 1926/27 in Mill. Rbl.	in %	Wirtschaftsjahr 1925/26 in Mill. Rbl.	in %
Deutschland	157,7	25,2	172,2	25,6
Vereinigte Staaten	143,4	23,0	119,9	17,8
England	97,1	15,6	125,4	18,6
Frankreich	21,7	3,5	19,0	2,8
Ägypten	20,8	2,3	26,6	3,9
Finnland	17,7	2,8	14,7	2,2

Deutschland steht zwar im russischen Import nach wie vor an erster Stelle, sein Anteil ist jedoch trotz des 300-Millionen-Mark-Kredits von 25,6 % auf 25,2 % gesunken. Noch stärker ist der Anteil Englands zurückgegangen, es hat den zweiten Platz an die Vereinigten Staaten abtreten müssen, deren Einfuhr 1926/27 sogar um rund 23 Millionen Rubel zugenommen hat und nur noch um 14 Millionen Rubel hinter der deutschen zurückbleibt. (Ost-Expreß.)

Die Verteilung in der Abnahme des russischen Exports (Ausfuhr aus Rußland) war:

	Wirtschaftsjahr 1926/27 in Mill. Rbl.	in %	Wirtschaftsjahr 1925/26 in Mill. Rbl.	in %
England	197,5	29,1	187,1	31,8
Deutschland	167,3	24,7	111,0	18,9
Lettland	57,4	8,4	63,5	10,8
Frankreich	54,1	8,0	39,8	6,7
Italien	37,7	5,5	33,5	5,7

Trotz des englisch-russischen Konflikts ist der russische Export nach England mithin wertmäßig gestiegen, wenn auch der Anteil Englands von 31,8 % auf 29,1 % zurückgegangen ist. Besonders fällt jedoch die starke Zunahme der russischen Ausfuhr nach Deutschland (um rund 57 Millionen Rubel) auf. Zu erwähnen ist noch ,daß die Vereinigten Staaten, die in der russischen Einfuhr den zweiten Platz einnehmen, am russischen Export nur mit 2,5 % (17,3 Millionen Rubel) beteiligt sind; gegenüber dem Vorjahre (4,3 %) ist ihr Anteil sogar zurückgegangen. (Ost-Expreß.)

Die Gesamtschwierigkeiten des russischen Außenhandels und der russischen Handelsbilanz sind schon bezeichnet. Hier sind noch Details für die wichtigsten Staaten hinzuzufügen.

Zunächst der englisch-russische Handel. Die Berliner Sowjethandelsvertretung hat darüber das folgende über die letzten drei Jahre mitgeteilt (in Pfund Sterling):

	1924/25	1925/26	1926/27
Englischer Export nach Rußland	23 481 788	20 205 405	15 318 952
Englischer Import aus Rußland	27 366 083	22 165 477	24 746 992
Gesamtbetrag	50 847 871	42 370 882	40 065 917

Digitized by Google

Demzufolge ist der Gesamtumsatz in der Berichtszeit um 21,2 %, der Export Englands nach der Sowjetunion sogar um 34,8 % zurückgegangen. Auch die russische Ausfuhr nach England ist, wenn auch in ungleich geringerem Umfang, zurückgegangen.

In diese Lücke ist einigermaßen das russisch-amerikanische Geschäft eingerückt. Dafür liegen folgende Sowjetdaten vor in Millionen Rubel:

	1926/27			1925/26		
	USA.	Deutschland	England	USA.	Deutschland	England
Gesamtumsatz .	116,7	325,0	294,6	145,0	283,2	312,5
Ausfuhr nach .	17,3	167,6	197,5	25,1	111,0	187,1
Einfuhr aus .	143,4	157,7	97,1	119,9	172,2	125,4

Es ist bemerkenswert, daß vom allgemeinen Rückgang des russischen Imports, der im Wirtschaftsjahr 1926/27 zu verzeichnen war, sämtliche wichtigsten Lieferländer Rußlands mit einziger Ausnahme der Vereinigten Staaten betroffen worden sind. Während also die russische Einfuhr aus Deutschland im Berichtsjahr von 172,2 Millionen Rubel 1925/26 auf 157,7 Millionen, und diejenige aus England von 125,4 Millionen auf 97,1 Millionen zurückgegangen ist, stieg der Import aus Amerika von 119,9 Millionen auf 143,4 Millionen Rubel. (Ost-Expreß.)

Während die Handelsbilanz Rußlands im Verkehr mit Deutschland und England zugunsten Rußlands aktiv ist, ist sie somit im Verkehr mit den Vereinigten Staaten passiv. Das beweist, daß Rußland wenigstens in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres die Vereinigten Staaten besonders bei der Vergebung an Aufträgen und zwar auf Kosten sowohl Englands als auch Deutschlands berücksichtigt hat.

So ist der prozentuale Anteil der Vereinigten Staaten am russischen Gesamtimport ziemlich stark gestiegen (in Prozent):

	1926/27	1925/26
Vereinigte Staaten	23,0	17,8
Deutschland	25,2	25,6
England	15,6	18,6

Im einzelnen ist dazu noch zu bemerken, daß die Verbindung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten auf dem Ölgebiet weitergegangen ist. Die Standard Oil Company von New York hat trotz des bekannten Widerspruches der Standard Oil Company von New-Jersey und der Royal Dutch-Gruppe weitere Lieferungsverträge abgeschlossen. Man berechnet, daß heute Rußland jährlich rund 500 000 Tonnen an amerikanische Gesellschaften liefert, die aber nicht auf dem amerikanischen Markt, sondern an Europa und den nahen Orient verkauft werden. Man begreift den Widerstand der englischen Gruppe dagegen, daß die Amerikaner so immer mehr in die europäischen Märkte eindringen.

Digitized by Google

Das zweite ist der sogenannte Farquahrvertrag, der am 26. November 1927 vom Hauptkonzessionskomitee abgeschlossen worden ist. Durch ihn wird ein Kredit von 40 Millionen Dollar auf 6 Jahre Rußland zur Verfügung gestellt, mit dem Ausrüstungslieferungen für das Hütten- und Stahlwerk Makejewka der südrussischen Stahltrusts „Jugostal" zur Verfügung gestellt werden. In Aussicht genommen ist, diesen an sich schon ziemlich langlaufenden Kredit in eine langfristige zwanzigjährige Anleihe zu konvertieren. Das aber wäre erst möglich, wenn eine russische Anleihe in Amerika aufgelegt werden könnte, was ohne Zustimmung des Staatsdepartements wohl nicht möglich ist. So erklärte sich das Hin und Her und das Reden über die Zustimmung oder Nichtzustimmung der amerikanischen Regierung zu dem Abkommen. An sich hat sie zu diesem Abkommen keine Stellung genommen. Jedermann ist, wenn er das will, berechtigt, Rußland Kredit einzuräumen. Es dreht sich nur um die Frage der später aufzulegenden Anleihe.

An dem Abschluß ist weiter interessant, daß die russische Regierung Sicherheiten gewährt hat, die außerhalb des Sowjetgebiets greifbar sind, wohl die Verpfändung laufender Exporte und von Staatsbankdepositen. Die Sowjetregierung hat in diesem Falle also dem Kreditgeber selbst Garantien für die Rückzahlung gegeben. Bisher blieb das dem Kreditgeber überlassen, wobei im deutschen Falle eben das Reich mit seiner Rückgarantie eintrat. Deutschland ist an dem Abschluß beteiligt, soweit wir wissen und sehen, über und durch die Gruppe von Otto Wolff. Von einer Reichsgarantie für diese Verbindung ist heute keine Rede.

Zuletzt: Der Handel zwischen Rußland und Deutschland in dem nun übersehbaren Wirtschaftsjahr. Dafür liegt an interessantem Material vor der Vortrag des Mitgliedes der Berliner Handelsvertretung Prof. Lengyel bei einem Presseempfang in der russischen Botschaft am 22. November (abgedruckt in der Zeitschrift der Handelsvertretung „Die Volkswirtschaft der USRR. 1927" Nr. 23, Seite 2—21). Im selben Hefte ist dem dann angehängt ein Bericht über die Tätigkeit der Handelsvertretung der USSR. in Deutschland. Ferner seien notiert die Artikel der „Ekonomičeskaja Žizn" vom 15. und namentlich vom 20. Dezember. In letzterer Nummer spricht der Chef der wirtschaftlich-rechtlichen Abteilung des Handelskommissariates N. Kaufmann über „sowjetrussisch-deutschen Handel".

Es handelt sich dabei um die Frage, inwieweit das abgelaufene Wirtschaftsjahr für die deutsch-russischen Handelsbeziehungen auch unter dem deutschen Gesichtspunkt, den Gesichtspunkten des deutschen Wirtschaftsinteresses günstig verlaufen sei. Für die Russen ist es günstig verlaufen. Von deutscher Seite wird zur Diskussion gestellt die unbestreitbare

Digitized by Google

Tatsache, daß trotz der großen bekannten Kredite der Anteil Deutschlands am russischen Außenhandel zurückgegangen sei.

Diese Zahlen müssen noch einmal wiedergegeben werden. Im Wirtschaftsjahr 1926/27 stellte sich der Anteil der Hauptländer an der Einfuhr nach Rußland in Prozenten der Gesamteinfuhr wie folgt:

	1926/27	1925/26
Deutschland	25,2	25,6
Vereinigte Staaten	23,0	17,8
England	15,6	18,6

Deutschland steht trotz des Rückganges seines Anteils mit 157,7 Millionen Rubel (1925/26 172,6 Millionen Rubel) nach wie vor im russischen Import an erster Stelle, während England, das 1925/26 den zweiten Platz einnahm, auf die dritte Stelle heruntergerückt ist, indem sein Anteil nur noch 15,6 % (18,6 %) beträgt. Rußlands Einfuhr aus England ist im Zusammenhang mit dem russisch-englischen Konflikt von 125,4 Millionen auf 97,1 Millionen Rubel zurückgegangen. Den zweiten Platz nahmen 1926/27 mit 143,4 Millionen Rubel die Vereinigten Staaten ein, deren Anteil von 17,8 % des russischen Gesamtimports auf nicht weniger als 23 % gestiegen ist.

Der russische Export verteilte sich auf die wichtigsten Länder wie folgt (in Prozent der Gesamtausfuhr):

	1926/27	1925/26
England	29,1	31,8
Deutschland	24,7	18,3
Frankreich	8,0	6,7
Italien	5,6	5,7

Zwar ist die russische Ausfuhr nach England von 187,1 Millionen auf 197,5 Millionen gestiegen. Englands Anteil am russischen Export ist jedoch zurückgegangen. Immerhin bleibt es nach wie vor der Hauptabnehmer der russischen Exportwaren. Besonders auffallend ist die Zunahme der russischen Ausfuhr nach Deutschland, dessen Anteil von 18,3 % auf 24,7 % gestiegen ist und 1926/27 wertmäßig 467,3 Millionen Rubel (111 Millionen) erreicht. Auch der Anteil Frankreichs am russischen Export hat zugenommen. (Ost-Expreß.)

Danach sind also die Tatsachen nicht zu bestreiten, daß die russische Ausfuhr nach Deutschland erheblich zugenommen hat, die deutsche Ausfuhr nach Rußland aber zurückgegangen ist. Die Bilanz zwischen beiden Ländern ist zuungunsten Deutschlands mit 10 Millionen Rubel für Rußland aktiv, während sie im Wirtschaftsjahr vorher mit 62 Millionen Rubel zugunsten Deutschlands abschloß. Wir fügen noch hinzu, nach den amtlichen Angaben der Handelsvertretung Rußland in Deutschland, deren Umsatz in Deutschland einschließlich des Geschäfts der unter ihrer Kontrolle arbeitenden Außenhandelsorganisationen in dem

Digitized by Google

am 30. September 1927 abgelaufenen Wirtschaftsjahr, verglichen mit dem Vorjahre, wie folgt in Millionen Reichsmark:

	1926/27	1925/26	1924/25	1923/24	1922/23	1921/22	1920/21
Gesamtumsatz .	1032	807	794	527	425	225	289
Bestellungen . .	541	409	469	202	226	202	289
Verkäufe . . .	491	398	324	325	199	23	0,4

Das sind die Tatsachen, die nicht mit einem Wort im günstigen oder ungünstigen Sinne beurteilt werden können. Wir glauben nicht, daß die Polemik über die Statistik die Grundlagen des Urteils wesentlich verschieben oder verändern wird. Wir erkennen auch an, daß im Verkehr zweier Länder nicht ununterbrochen die Entwicklung nur zugunsten des einen Landes gehen kann. Aber in den rein wirtschaftlichen Verkehr greift ja die Staatspolitik Rußlands ein, die es in der Hand hat, die Bestellungen zu vergeben, wie es ihr richtig erscheint. Und da ist die Tatsache doch eben die, daß die deutsche Ausfuhr nach Rußland, obwohl Deutschland große Kredite gab, zuückgegangen ist und dagegen die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Rußland, obwohl die Vereinigten Staaten keinen Staatskredit geben und die Zahlungsbedingungen dort sehr scharf sind, zugenommen hat.

Über diese Fragen wird im Januar gesprochen, in Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland, die in Berlin angekündigt sind und selbstverständlich nicht nur unter den Gesichtspunkten dieser Auseinandersetzung stehen können.

II. Innere Politik.

I.

Der Monat war in der inneren Politik von den Auswirkungen des 15. Parteikongresses erfüllt. Er war ein persönlicher Sieg Stalins, der Diktator der Partei ist. Man kann so sagen, daß man zum ersten Male, seitdem Lenin arbeitsunfähig wurde, wieder von einer persönlichen Diktatur in Sowjetrußland sprechen kann. Doch soll man das nicht übertreiben. Wenn Stalin herrscht, herrscht er nicht nur durch die Kraft seiner Persönlichkeit, und nicht nur durch die Maschine seiner Partei, die er beherrscht, sondern durch das System, das er vertritt.

Wie die Zusammensetzung des Politbüros u. a. auch zeigt, ist die Gefolgschaft Stalins der Kreis der Parteiangestellten kleineren Formates. Die „alte Garde" des Bolschewismus, in erster Linie die westeuropäisch eingestellte Intelligenz ist mit Trotzki und seinen Anhängern beseitigt oder zurückgedrängt. Indes soll man nicht glauben, daß das, was an ihre Stelle tritt, Proletarier in eigentlichem Sinne sind. Im Gegenteil: der Sieg Stalins ist zugleich der einer Parteibürokratie, die das heutige Rußland mindestens ebenso beherrscht, wie es der Tschinownik im früheren Rußland tat. Es gibt nicht weniger als 3 722 000 Sowjetbeamte,

Digitized by Google

davon 2 Millionen in der eigentlichen Verwaltung, deren Gehalt rund 2 Milliarden Goldrubel erfordert.

Nun ist die Öffentlichkeit mit der Frage beschäftigt worden, was weiter aus der Opposition werde. Das heißt die Öffentlichkeit draußen. Denn bis zum 18. Januar hat die Öffentlichkeit in Rußland amtlich überhaupt nichts darüber erfahren, ob die Oppositionsführer wirklich verbannt worden sind. Erst am 18. wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Die Regierungsorgane der Sowjetunion haben festgestellt, daß eine Reihe von Anhängern der auf dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aus der Partei ausgeschlossenen oppositionellen Gruppen der Trotzkisten und Sapronowisten sogleich nach dem Parteitag nach dem Zerfall des Oppositionsblocks eine illegale sowjetfeindliche Tätigkeit entfalteten. Diese Tätigkeit kam in Versuchen zum Ausdruck, eine Geheimorganisation zu schaffen, eine Reihe von sowjetfeindlichen Aktionen vorzubereiten und einen engen Kontakt mit den in Moskau befindlichen Vertretern der ausländischen Bourgeoisie herzustellen, durch die die Anhänger Trotzkis ihr Material und böswillig erfundene Informationen im Auslande verbreiteten und mittels derer sie sich mit ihren Anhängern im Auslande in Verbindung setzten.

In Anbetracht dessen, daß eine verbrecherische sowjetfeindliche illegale Tätigkeit der Trotzkisten und Sapronowisten festgestellt worden ist, wurde es als geringste Maßnahme zur Sicherung der Interessen der proletarischen Staates für notwendig befunden, dreißig aktive Mitglieder dieser Gruppen aus Moskau zu verschicken, darunter Trotzki, Iwan Smirnoff, Serebrjakoff, Radek, Muraloff, Beloborodoff, Sapronoff, Wladimir Smirnoff, Charetschko, Smilga, Wardin, Safaroff, Sosnowski und andere. Eine Reihe weiterer Personen, darunter Rakowski, Boguslawski und Drobnis wurden aufgefordert, Moskau zu verlassen. Was Sinowjeff, Kameneff und andere anlangt, die aus dem Oppositionsblock ausgetreten sind, so wurden sie, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion erfährt, angesichts ihrer Erklärung über ihre Unterwerfung unter alle Beschlüsse und Bedingungen des 15. Parteitages von den Parteiorganen in die Provinz zur Arbeit entsandt."

So ist mit der Maßnahme der „Verschickung", der Anweisung eines Zwangswohnsitzes, wie im alten Rußland, gegen die Oppositionsführer vorgegangen worden. Das bedeutet Verlust der Staatsämter und den Zwang, mit geringen vom Staate angewiesenen Mitteln auskommen und leben zu müssen. Nach bisher vorliegenden Mitteilungen ist Trotzki auf Grund des Art. 58 (Konterrevolution) des Sowjetstrafgesetzes nach Wjerny an der chinesisch-turkestanischen Grenze verschickt worden. Er ist am 16. abends dahin abgegangen. Rakowski wurde auf Grund desselben Paragraphen nach Astrachan verbannt, Radek und Preobraschenski in den Ural.

So verfährt der heutige russische Staat mit seinen Anhängern genau so, wie der alte Staat mit denselben Leuten, die damals seine erbitterten Gegner waren, verfahren ist. Man erinnert sich, daß Trotzki, Vorsitzender und Begründer des ersten Petersburger Arbeiterrats, 1906 nach Sibirien verschickt wurde, von wo er dann in abenteuerlicher Weise flüchtete und zurückkehrte. So wandern heute die Gegner des jetzigen Staates ebenso in die Verbannung. Die Maßnahme hat den gleichen Zweck wie damals, nicht nur die oppositionelle Tätigkeit lahm zu legen, sondern vor

Digitized by Google

allem durch den Aufenthalt in anregungsloser und armseliger Gegend Nerven und Geist der betreffenden zu zermürben.

Wesentlicher nun ist, als Vergleiche mit der großen französischen Revolution, die Frage, ob Stalin mit dieser Unterdrückung der Opposition nicht auch geistige Kräfte erdrückt hat, ohne die er seine Arbeit schließlich nicht tun kann, und wie nun, nachdem er die Opposition so niedergeworfen hat, seine Politik drinnen und draußen praktisch weitergeht.

II.

Man sieht, daß die Arbeit jetzt systematisch darauf gelenkt wird, die sogenannten Ergebnisse des 15. Parteikongresses draußen in die Köpfe zu hämmern. Das bedeutet vor allem die Konzentration der Parteiarbeit auf das Dorf.

Wieder erscheinen Aufrufe und Auseinandersetzungen, daß die „Bjednota", die arme und landlose Bauernschaft, auf dem Dorfe zu organisieren sei, daß überall die Räte belebt werden sollen zugunsten der kleineren und mittleren Bauern gegen die Großbauern, die Kulaki. Ganz ausführliche Anweisungen (Iswestija 23. 12. zum Beispiel) ergehen über die Arbeit, auch in die Jugendorganisationen, bis in die Angabe der Themen, die dabei zu behandeln sind, und der Besorgung des Materials, das man dazu braucht.

In diesen Zusammenhang und in diese Absicht gehört es, wenn die Zusammenkünfte der Partei und die Sowjetwahlen zunächst verschoben werden. Nach dem Parteitag hat die Leitung der Partei für die Organisationen folgende Beschlüsse gefaßt und mitgeteilt: ein allgemeiner Parteikongreß muß mindestens einmal jährlich einberufen werden, während bisher auch größere Pausen zulässig waren. Das Plenum der Zentralkontrollkommission soll vierteljährlich tagen. Mitglieder der Partei, welche Aussagen vor den Kontrollkommissionen verweigern, werden sofort aus der Partei ausgeschlossen. Eine innerparteiliche Diskussion kann unter gewissen Voraussetzungen zugelassen werden, und zwar, wenn mehrere Parteiorganisationen den Antrag stellen, oder wenn im Zentralkomitee der Partei bei Beratung wichtiger Fragen sich keine Majorität ergibt, endlich wenn das Zentralkomitee eine Diskussion über wichtige Probleme für notwendig erachtet. Es wird ausdrücklich bestimmt, daß derartige innerparteiliche Auseinandersetzungen erst beginnen dürfen, wenn die Genehmigung des Zentralkomitees vorliegt.

Ferner hat das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Allrussischen Sowjetrepublik beschlossen, im Jahre 1928 den Kongreß der Sowjets dieses Teilstaates der Sowjetunion nicht einzuberufen. Da aber dieser Beschluß dem Art. 22 der Verfassung der Allrussischen Sowjetrepublik widerspricht, so muß er, um Gültigkeit zu erlangen, noch von der allgemeinen Session des

Digitized by Google

Zentralexekutivkomitees bestätigt werden. Der Kongreß wäre der Zahl nach der vierzehnte.

Schließlich sind die Sowjetwahlen verschoben worden. Man hatte zunächst das wohl nicht im Auge gehabt. Wenigstens fanden sich für diese Wahlen, die von Mitte Januar bis April stattfinden sollten, neue Instruktionen, die eine gewisse Erweiterung des Wahlrechtes für die Bauern enthielten, auch die Nationalitätenpolitik in die Sowjetwahlen einbezogen. Die Sowjetpresse enthielt bereits wieder die üblichen Auseinandersetzungen zur Vorbereitung, die Mahnungen für die Neuwahl in der immer wiederholten Richtung, daß vor allem die Dorfarmut organisiert und belebt werden solle. Auch auf die Armee wurde dabei der Blick gelenkt, die ja zu 73 % aus Bauern besteht und deren entlassene Soldaten die Aufgabe haben, Propaganda im Sinne einer engen Zusammenarbeit von Arbeitern und Bauern zu machen. Aber schließlich ist Anfang Januar der Beschluß ergangen, die Neuwahlen bis zum Herbst 1928 zu verschieben. Man hat das damit begründet, daß während des Winters besonders im Dorf die Schwierigkeiten der Wahlen groß seien. Aber das ist natürlich nicht der durchschlagende Gesichtspunkt. In Rußland spricht gegen die Wahlen im Sommer auf dem Lande doch der gleiche Gesichtspunkt wie überall sonst, daß die Erntearbeit von dem Interesse an der Wahl abhält. Der bestimmende Gesichtspunkt ist, daß Stalin erst ein paar Monate Zeit haben will, die Ergebnisse seines Sieges nun in die Köpfe einzuhämmern und so die Wahlen gut vorzubereiten. Im übrigen schreibt die „Prawda" (8. 1.) dazu:

„Es versteht sich von selbst, daß die Verschiebung der Wahlen durchaus nicht ein weiteres Verbleiben untauglicher Elemente in den Sowjets mit sich bringen muß. Entsprechend den Verfassungen der Sowjetrepubliken können die Wähler zu jeder beliebigen Zeit die von ihnen gewählten Delegierten aus den Sowjets abberufen und andere an ihre Stelle wählen."

So wird in nächster Zeit nur der 4. Kongreß der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, der sogenannten „Profintern", stattfinden, der am 15. 3. beginnen soll.

III.

Dem November-Jubiläum ist eine Reihe weiterer gefolgt: Am 26. Dezember war ein Jahrzehnt verlaufen seit Einführung des Rätesystems und Begründung der Rätemacht in der Ukraine. Am 23. Februar soll das Jubiläum des zehnjährigen Bestandes der roten Armee begangen werden. Am 18. Dezember 1927 waren zehn Jahre vergangen seit Begründung der Tscheka, der heutigen GPU. „Iswestja" (18. 12.) brachte allerlei Jubiläumsmaterial und am 15. November aus der Unterredung Stalins mit den ausländischen Arbeitervertretern, die zum Jubiläum nach Moskau gekommen waren, die interessanten Ausführungen Stalins über die Tscheka:

„Die GPU. oder Tscheka ist das Straforgan der Sowjetmacht. Dieses Organ gleicht mehr oder weniger dem „Wohlfahrtsausschuß" der großen

Digitized by Google

französischen Revolution. Die GPU. wendet sich in erster Linie gegen Spione, Verschwörer, Terroristen, Banditen, Spekulanten und Falschmünzer. Sie stellt etwas in der Art eines politischen Kriegsgerichts dar, geschaffen zur Wahrung der Interessen der Revolution vor Angriffen der gegenrevolutionären Bourgeoisie und ihrer Agenten. Dieses Organ wurde unmittelbar nach der Oktoberrevolution ins Leben gerufen, als sich Verschwörer und Spione mit entsprechenden Organisationen jeder Art zu zeigen begannen. Die Tscheka entwickelte sich und erstarkte, nachdem eine ganze Reihe von terroristischen Akten gegen Vorkämpfer der Sowjetherrschaft verübt worden war. Man darf wohl sagen, daß unsere politische Polizei damals den Feinden der Revolution starke und zielsichere Schläge versetzte. Diese Eigenschaft hat sie bis heute behalten. Die GPU. ist die Gewitterwolke, die der Bourgeoisie droht, sie ist die nie schlafende Wache der Revolution, sie ist das blanke Schwert des Proletariats. Es ist daher durchaus nicht verwunderlich, daß das Bürgertum aller Länder gegen unsere GPU. einen wütenden Haß empfindet. Ich verstehe, daß bürgerliche Reisende in Sowjetrußland immer gleich zuerst fragen, ob nicht der Zeitpunkt für die Aufhebung der GPU. gekommen sei. Ich begreife aber nicht, daß auch Arbeiterdelegierte bange Fragen dieser Art stellen. Kann man sich dafür verbürgen, daß nach einer etwaigen Aufhebung der GPU. nun auch die Kapitalisten aller Länder mit der Organisierung und Finanzierung gegenrevolutionärer Aktionen ein Ende machen werden?"

Ebenfalls begingen die obersten Justizbehörden das zehnjährige Jubiläum, was Anlaß zu allerlei Rückblicken auf die Sowjetjustiz eines Jahrzehntes gab, die heute noch die gleichen Züge an sich trägt: die Willkür, die Klassenjustiz, die stets zulässige Absetzbarkeit der Richter. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtes, Stutschka, konstatiert mit Bedauern, daß das alte juristische Denken in den Köpfen „sogar der bewußten Menschen" dermaßen eingewurzelt sei, daß man im Laufe von zehn Jahren die vollständige Ausrottung des „Gesetzlichkeitsbegriffes" natürlich nicht erreichen konnte.

Am 30. Dezember schließlich waren es fünf Jahre, seit die Bundesverfassung des heutigen Sowjetstaates besteht, an deren Schaffung Stalin ja einen sehr lebhaften Anteil genommen hat. Ein interessanter Jubiläumsartikel von Jenukidze („Iswestja" 30. 12.) stellte das Material zusammen und fest, daß dieser Bund eine neue Form der Vereinigung der Völker geschaffen habe und die Grundlagen der Sowjetgewalt diese fünf Jahre hindurch unerschütterlich geblieben seien. Im ganzen ergaben die Jubiläumsartikel keine besonderen neuen Gesichtspunkte.

IV.

Einige Notizen über die Rote Armee:

Der Prozentsatz der Arbeiter in der Roten Armee beträgt 18,1, die Bauern machen 71,3 % aus, so daß nur 10,6 % der Soldaten aus anderen Schichten der Bevölkerung stammen. Die Kommunisten machten im Jahre 1926 in der Roten Armee etwa 30 % aus. Was die Offiziere betrifft, so waren am 1. Januar d. J. von den Kompagnieführern 52 % Mitglieder der K. P. Der Prozentsatz der kommunistischen Regimentskommandeure betrug 51 %, der Divisionschefs 54,7 und der der Korpskommandeure 85 %.

Digitized by Google

Nach Angaben des Moskauer Militärblattes „Krasnaja Swesda" hat der Prozentsatz der Kommunisten im Offizierkorps der Roten Armee sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Im Jahre 1920 waren nur etwa 10 % der Offiziere Mitglieder der Kommunistischen Partei, heute sind es bereits 54 %. In den territorialen Truppenteilen beträgt die Zahl der Kommunisten unter den Offizieren 60 %. Der größte Teil der Offiziere in verantwortlichen Stellungen hatte bereits in den Bürgerkriegen in der Roten Armee gekämpft. Die politische Schulung der Offiziere ist soweit durchgeführt, daß 70 % der Truppenteile die politische Instruktion durch die eigenen Offiziere erhalten und nicht mehr durch besonders dazu ausgebildete politische Kommissare.

V.

Das ist das Wesentliche in der Inneren Politik. Noch einmal: Äußerlich ist der Sieg Stalins vollständig, der mit unerschütterlicher Energie vorbereitet und erfochten worden ist.

Der Diktator ist keineswegs im Lande volkstümlich oder gar näher bekannt. Er steht Europa ferner als die Männer, die gegen ihn angingen und die er überwand. Er hat auch in seinem Mitarbeiterkreis immer weniger Elemente, die Europa kennen und die imstande sind, das zu ersetzen, was ihm fehlt und so die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen für eine Europapolitik, die offenbar Stalin treiben will und für die er die Freiheit gewonnen hat. Hier liegt ein eigentümliches Problem, das den Beziehungen Rußlands mit den anderen Staaten neue große Aufgaben stellt.

III. Äußere Politik.

Wir streifen nur eben, daß Ende Dezember der russische Außenminister beim Kriegsausbruch, Sasonow, in Nizza gestorben ist. Im letzten Heft haben wir seinen Artikel über Polen und Rußland erwähnt. Seine Memoiren sind in deutscher Übersetzung: „6 schwere Jahre" (Berlin, Verlag für Kulturpolitik) erschienen. Die Akten über diese Persönlichkeit sind heute geschlossen, das Urteil über ihn steht fest: von Haus aus durchaus nicht Kriegstreiber und gewiß nicht ohne Gaben, der Mann des Potsdamer Abkommens mit Deutschland und besserer Beziehungen mit Wien, unterlag er aus Willensschwäche der systematischen Arbeit seines Herrn und Meisters Iswolski und des bekannten Kreises in Petersburg. Er trägt so vor der Geschichte einen gewaltigen Anteil an der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges.

Die „Iswestja" (15. 1.) schrieb über die Lage in Osteuropa das folgende:

„Man kann feststellen, daß in allen Randstaaten, so verschieden die innerpolitische Situation auch sein mag, dennoch die gleiche Erscheinung zu beobachten ist, daß nämlich die nicht genügend selbständige Politik

Digitized by Google

gegenüber der Sowjetunion und oft auch der Mangel an gutem Willen zur Regelung der diese Beziehungen betreffenden Fragen die Herstellung eines wirklichen politischen Gleichgewichts in Osteuropa verhindern. Nicht nur die internationale politische Lage der einzelnen Staaten, sondern auch ihre Beziehungen zueinander lassen Klarheit und eine feste Grundlage vermissen, und zwar infolge der Unklarheit ihrer Beziehungen zur Sowjetunion. Von der Herstellung normaler Beziehungen hängt die ganze Sache des Friedens und auch die selbständige Existenz der Nachbarländer der Sowjetunion ab."

Die große Rede Zaleskis vom 9. 1., die auch gegen Rußland betont freundlich und versöhnlich war, wurde mißtrauisch aufgenommen. Man sah in ihr nur den versteckten Versuch, eine polnische Osthegemonie aufzurichten. Zaleski hatte auch die Schwierigkeiten eines Abschlusses mit Rußland bezeichnet, insofern Polen am Schiedsgedanken festhält und Rußland bis heute einen Schiedsrichter aus kapitalistischen Staaten nicht wünscht. Aber beim Heranrücken der polnisch-litauischen und beim Weitergang der deutsch-polnischen Verhandlungen spricht sich die Moskauer Presse entschieden in der Richtung aus, daß auch Rußland mit Polen verhandeln müsse. Man sieht die Notwendigkeit, ruhige und geregelte Beziehungen mit Polen zu gewinnen (namentlich „Iswestja" 13. 1.), ein.

Aus den Beziehungen zu den Randstaaten[1]) sonst und und zu der Staatenkette Türkei, Persien, Afghanistan ist Neues nicht zu berichten.

Der Notenwechsel zwischen Tschitscherin und der Regierung von Nanking ist weitergegangen, ohne daran etwas ändern zu können, daß in Südchina der antibolschewistische Flügel der Kuomintangpartei und Tschiang Kai Yek das Heft eben in der Hand hat.

Der Besuch des japanischen Staatsmannes Grafen Goto im Januar in Moskau ist mit starkem Interesse verfolgt worden. Er hat sich in verschiedenen Interviews auch geäußert, wurde von Kalinin empfangen, erhielt eine Feier in der Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Auslande. Aber wesentliches zustande und herausgekommen ist nicht. Der Graf hat sich für das Zusammenarbeiten eingesetzt, aber höchstens Dinge wie ein Fischereiabkommen zwischen Rußland und Japan vorbereiten können. Der Besuch war ein Symptom, aber hatte keine praktische Bedeutung.

Das zu Ende gehende Jahr 1927 gab Anlaß zu einer Jahresbilanz, die weder in bezug auf den Fernen Osten noch auf Vorderasien noch auf die Randstaaten noch auf Europa und Amerika irgend einen großen Erfolg feststellen konnte. Konkret bleibt eigentlich nur der Handelsvertrag mit Lettland und das Auftreten Sowjetrußlands in Genf.

[1]) Das nächste Heft wird einen Überblick über die innere Lage und die Außenpolitik der Randstaaten, namentlich Polens, in umfassender Darstellung bringen.

Digitized by Google

Aus einem sehr beachtlichen Jubiläumsartikel „10 Jahre auswärtiger Politik" von Boris Stein in den „Iswestja" heben wir nur den Schluß hervor: „Als die Losung unserer auswärtigen Politik erscheint wie früher der Frieden. Als Ziel dieser Politik erscheint wie früher die Sicherung der Bedingungen für den Sowjetbund, die möglichst vorteilhaft sind zur Verwirklichung der von der Geschichte uns gestellten Aufgabe, der Aufgabe, den Sozialismus auszubauen".

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Der Bericht über die Konjunktur der russischen Volkswirtschaft im November 1927 läßt einen kleinen Rückgang erkennen, der teilweise auf die geringere Zahl der Arbeitstage des Jubiläumsmonats zurückzuführen ist, teilweise aber auch eine gewisse Depression des Wirtschaftslebens erkennen läßt. Ich weise zunächst auf folgende Ziffern hin:

	Millionen Rubel (Vorkriegspreis) bzw. Naturalmaß			
	1926/27		1927/28	
	Oktober	November	Oktober	November
Brutto-Produktion der staatlichen Groß-Industrie:				
a) Industrie der Produktionsmittel .	192,6	194,0	226,9	224,6
b) Industrie der Verbrauchsgegenstände	149,0	157,8	172,3	167,6
insgesamt	341,6	351,8	399,2	392,3
davon:				
Steinkohlen (1000 t)	2511	2684	3056	2958
Walzmetall (1000 t)	220,5	224,1	274,6	258,7
Baumwollgewebe (Millionen Meter) .	197,8	205,2	218,7	205,6
Tagesmittel der Eisenbahnbefrachtung (1000 Waggons)	28,8	28,6	34,4	30,6

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Zunahme der gewerblichen Produktion auch im Laufe des letzten Jahres im allgemeinen noch angehalten hat und sich damit die Aufwärtsbewegung fortsetzte, die die gewerbliche Produktion seit dem tiefsten Punkt um 1920 aufweist. Diese Grundtatsache möge noch durch die folgenden Ziffern beleuchtet werden, die die Berliner Handelsvertretung der UdSSR anläßlich der Dezenniumsfeier veröffentlicht hat. Hiernach betrug die Produktion der Groß- und Mittelindustrie innerhalb der jetzigen Union:

Digitized by Google

Produkte	Maßeinheit	1913	1916	1920	1926/27
Steinkohlen	1000 t	29 053	34 446	8 555	31 757
Rohnaphtha	1000 t	9 235	9 880	3 831	10 213
Eisenerze	1000 t	9 215	6 635	164	4 815
Zement	1000 t	2 021	1 294	17	1 556
Glas	1000 t	403	214	19	262
Roheisen	1000 t	4 216	3 798	115	2 973
Martinstahl	1000 t	4 247	4 273	162	3 551
Walzeisen	1000 t	3 509	3 372	200	2 679
Säuren	1000 t	309	300	63	318
Superphosphat	1000 t	63	14	9	89
Schnittholz	1000 cbm	11 875	5 813	1 484	11 508
Torf	1000 t	1 724	1 608	1 526	4 703
Salz	1000 t	1 978	2 602	740	1 908
Baumwollgarn	1000 t	271	274	15	274
Wollgarn	1000 t	46	44	8	39
Leinengarn	1000 t	72	75	10	68
Gummischuhe	1000 Paar	27 885	19 695	10	29 219
Seifen	1000 t	95	111	—	127
Sprit	1000 hl	4 636	802	124	1 804
Rohzucker	1001 t	960	1 496	79	870
Raffinade	1000 t	834	858	18	411
Papier	1000 t	238	214	15	243

Bemerkenswert ist indessen, daß die Entwicklung während des letzten Jahres im Vergleich zu der vorhergehenden Zeit eine Verlangsamung des Fortschrittstempos zeigt. Der Konjunkturbericht gibt die Produktionsmenge des Novembers 1927 im Verhältnis zum November 1926 mit folgenden Prozentziffern an, zunächst auf dem Gebiete der Produktionsmittel-Industrie:

Steinkohlen	110,2
Naphtha	112,5
Roheisen	107.9
Martinstahl	113,9
Walzmetall	115,4
Eisenerz	127,3
Zement	113,6
Säuren	102,1
Laugen	118,0
Superphosphat	116,2

Diese Zahlen sind im großen und ganzen noch befriedigend, nicht aber die der Industrien des breiten Massenbedarfs; namentlich die Textilindustrie hat sich nicht so entwickelt, daß sie den so erwünschten reichlicheren Konsum je Kopf der Bevölkerung ermöglichen könnte; größtenteils hat sie mit der Zunahme der Bevölkerung nicht einmal Schritt gehalten, und teilweise ist sie sogar einem absoluten Rückgang verfallen. Die Produktion an Baumwollgarn (nach dem Gewicht) stieg auf 106,0 %, an Baumwollgewebe (nach Metermaß) nur auf 100,2 %, an Wollgarn (Gewicht) auf 101,6 %. Die Produktion von Wollstoffen (Meter) sank

Digitized by Google

auf 96,1, von Leinengarn (Gewicht) auf 80,8, an Leinengewebe (Meter) gleichfalls auf 80,8 %. Auch die Produktion von Tabak und Zigaretten stieg nur in bescheidenem Maße, auf 106,6 %. Ein starkes Wachstum ist dagegen in der Fußbekleidungsindustrie zu verzeichnen; es betrug die Produktion im November 1927:

	absolute Zahl (1000 Paar)	prozentuales Verhältnis zum November 1926
Leichtes Schuhzeug	1101,7	126.2
Schweres Schuhzeug	159,8	133,7
Gummischuhe	2888	119,9

In ihrer Gesamtheit stehen diese Einzelziffern im Einklang mit den obigen Hauptziffern, wonach im Laufe des letzten Jahres die Produktion der Produktionsmittelindustrien bedeutend stärker gewachsen ist als die der Industrien des breiten Massenbedarfs, nämlich um 30,6 Millionen Vorkriegsrubel = 15,8 % gegen 9,9 Millionen = 6,3 %.

Der Mangel an Waren, vor allem an Kleidungsstoffen und Wäsche, aber auch an vielen anderen Dingen des gewöhnlichen Bedarfs ist wieder einmal sehr empfindlich. Zweifellos wird hierdurch das Getreideausfuhrgeschäft stark beeinträchtigt, das aber auch aus anderen Gründen den Erwartungen der Regierung bei weitem nicht entspricht. Nach dem Konjunkturbericht wurden von den planmäßigen Beschaffungsorganen angekauft (1000 t):

	1926/27		1927/28	
	Oktober	November	Oktober	November
Getreide überhaupt . . .	1525,9	1561,2	1026,1	642,7
Roggen	341,2	298,2	235,1	115,4
Weizen	876.6	866,4	542,9	334,1

Abgesehen von dem Warenmangel dürfte die Verminderung des Getreideankaufs ganz besonders darauf zurückzuführen sein, daß die diesjährige Ernte alles in allem ungünstiger ausgefallen ist, als sie statistisch eingeschätzt wurde, und daß auch die bäuerlichen Getreidevorräte aus den beiden Vorjahren erheblich hinter der statistischen Berechnung zurückbleiben.

Tröstlich ist, daß der Ankauf anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse Fortschritte gemacht hat. In den beiden Monaten Oktober und November wurden von den planmäßigen Beschaffungsstellen „Erzeugnisse der technischen Kulturen und Butter" im Werte von 292,0 Millionen Rubel gegen 217,1 im Vorjahre und Viehzuchterzeugnisse im Werte von 56,4 Millionen Rubel gegen 42,9 Millionen Rubel im Vorjahre angekauft. Immerhin ist der Rückgang der Getreidebeschaffung eine außerordentliche Enttäuschung. Die Getreideausfuhr, von der für die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft so außerordentlich viel abhängt, ist auf ganz geringfügige Mengen zusammengeschrumpft. Infolgedessen muß die Einfuhr der so dringend ersehnten Pro-

Digitized by Google

duktionsmittel (Maschinen usw.) immer noch gedrosselt bleiben, wenn sie auch im November 1927 etwas größer war als im November des Vorjahres. Eine kleine Aktivität der Handelsbilanz, wie aus den nachstehenden Ziffern hervorgeht, ist verblieben. Es betrug in Millionen Rubeln (Tscherwonzen-Währung):

	1926/27		1927/28	
	Oktober	November	Oktober	November
Ausfuhr	65,5	66,2	65,0	50,5
Einfuhr	58,1	39,0	57,3	45,6
Ausfuhrüberschuß	7,4	27,2	7,7	4,9

Aus dem Konjunkturbericht geht übrigens auch hervor, daß die Landwirtschaft mit ihren Steuer- und Versicherungszahlungen an den Staat im Rückstand geblieben ist. Im November 1927 entrichtete sie nur 57,6 gegen 84,4 Millionen Rubel im November 1926. Die Regierung scheint im Begriff zu stehen, auf eine promptere Steuerzahlung hinzuwirken, um damit mehr Getreide auf den Markt zu treiben.

* * *

Die Bedingungen für die Winterbestellung lagen in bedeutenden Teilen Rußlands nicht günstig. Im Süden und Osten hat vielfach anhaltende Dürre zu einer Verspätung und Schmälerung der Wintergetreidefläche geführt; auch hat der frühe Eintritt des Winters in vielen Gegenden einen vorzeitigen Abbruch der Feldarbeiten bedingt. Die russische Landwirtschaft basiert aber in viel größerem Umfange auf den Frühjahrssaaten, und daher besteht einstweilen die Hoffnung, doch noch eine Vermehrung der gesamten Saatfläche im laufenden Landwirtschaftsjahr zu erzielen. Besonders bemerkenswert sind die Bestrebungen der Regierung, die Ziele der staatlichen Planwirtschaft durch Abschluß von Anbauverträgen unter Vorschußgewährung zu erreichen. Zuständig in dieser Beziehung ist das Handelskommissariat, das bisher glaubte, einfach auf dem Wege der Preispolitik den erwünschten Einfluß auf die bäuerliche Produktion und Marktleistung ausüben zu können. Diese Politik führte aber immer wieder zu Enttäuschungen, da entweder die Preise in ihrer absoluten Höhe oder in ihrem gegenseitigen Verhältnis sich nicht als geeignet erwiesen. Jetzt geht man den Weg der „Kontraktazia", der „Ausdingung", die der russischen Zucker- und Baumwollindustrie aus früheren Zeiten geläufig ist. Die Zuckerfabriken z. B. schlossen früher mit den Gütern regelmäßig Verträge ab, wonach diese sich für das folgende Jahr zum Anbau bestimmter Rübenflächen verpflichteten und zur Aufbringung der Kulturkosten bedeutende Vorschüsse erhielten; nicht selten entwickelte sich hieraus eine ungesunde Schuldknechtschaft, wenn die Güter die Vorschüsse anderweitig verausgabten und infolgedessen weiterer Vorschüsse bedurften, nicht um künftige Arbeit, sondern bereits geleistete Arbeit entlohnen zu können. Auch in Turkestan gerieten die kleinen Baumwollpflanzer durch das Vorschuß-

Digitized by Google

System vielfach in eine Abhängigkeit, die sie nötigte, die Baumwollpflanzung im Laufe der Jahre stärker auszudehnen, als es vom Standpunkt rationeller Wirtschaft richtig war. Das heutige Ausdingungssystem ist bemüht, solche Erscheinungen nicht aufkommen zu lassen. Grundsätzlich erfolgt die Ausdingung über die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die für zweckentsprechende Verwendung der Vorschüsse zu sorgen haben und im übrigen für die Erfüllung der Verträge haften. Auf dem Wege über die Genossenschaft will man nicht nur die Beschaffung der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse sicherstellen, sondern vor allem auch einen Einfluß auf die technische Hebung der verschiedenen Kulturen ausüben. Für den einzelnen Pflanzer wirkt sich diese Bevorschussung weniger in der Hergabe von Geld, wie vielmehr in der Versorgung mit Saatgut und anderen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln aus. Auch hofft man, durch dies System, besonders auch durch Hergabe von Pferden (der Mangel an Arbeitspferden in der RSFSR wird heute noch auf 600 000 Stück berechnet) sowie durch die Lieferung von Maschinen eine weitere Ausdehnung kollektivistischer Bodenbearbeitung zu erzielen.

Welche Bedeutung der Ausdingung zukommt, geht aus dem für das laufende Wirtschaftsjahr aufgestellten Plan des Handelskommissariats hervor (vergl. Ekon. Shisn v. 3. 1. 28). Danach soll sich die Ausdingung auf 4 Millionen bäuerlicher Wirtschaften erstrecken und eine Fläche von im ganzen 3 663 000 ha zum Gegenstand haben. Im einzelnen sollen folgende Anbauflächen bevorschußt werden:

Winterweizen	220 000 ha
Sommergetreide	220 000 ha
Braugerste	110 000 ha
Mais	58 000 ha
Hülsenfrüchte	16 000 ha
Kartoffeln	63 000 ha
Zuckerrüben	522 000 ha
Flachs und Hanf zur Fasergewinnung	220 000 ha
Baumwolle	930 000 ha
Kenaf (eine der Jute ähnl. Faserpflanze)	9 000 ha
Lein und Hanf zur Ölgewinnung	206 000 ha
Rhizinus	30 000 ha
Senf	41 000 ha
Soja	19 000 ha
Anis, Koreander	11 000 ha
Tee	3 500
Hopfen	4 000 ha
Gelbe Tabake	40 000 ha
Knaster (Machorka)	16 000 ha
Neshinsche Gurken	3 500 ha
Andere Gemüse, Melonen u. dgl.	2 000 ha
Gartenfrüchte	5 500 ha

Digitized by Google

An Vorschüssen sollen im ganzen 115 Millionen Rubel gewährt werden; der erwartete Rohertrag wird auf 482,5 Millionen Rubel beziffert.

Besonders bemerkenswert ist der Umstand, daß die Ausdingung sich nicht nur auf die technischen Kulturen und sonstige Spezialprodukte erstreckt, sondern in nicht unbeträchtlichem Umfange auch auf gewöhnliches Getreide. Es erklärt sich dies daraus, daß heute in manchen Gebieten Rußlands die Bauern keine Neigung haben, den Getreidebau über den eigenen Bedarf hinaus zu erweitern; sie ziehen es vor, sich in größerem Maße auf Viehwirtschaft und allerlei technische Kulturen zu werfen. Der Grund hierfür liegt einmal in dem Preisverhältnis, das in den letzten Jahren für das Getreide recht ungünstig war; der Index (im Vergleich zu den Vorkriegspreisen) sank 1926/27 im Vergleich zum Vorjahr von 118,9 auf 105,8, während der Index für animalische Erzeugnisse sich von 141,9 auf 163,1 hob. Auch ist der Getreidebau durch die landwirtschaftliche Steuer viel stärker belastet als die Viehzucht und die technischen Kulturen. In der RSFSR ist daher das Landwirtschaftskommissariat dafür eingetreten, daß in solchen Gebieten, wo der Anbau von Gerste und Weizen zurückgeblieben ist, mit umfangreichen Anbauverträgen Abhilfe geschafft werden soll.

Offenbar bildet sich in diesem Ausdingungsverfahren eines der wichtigsten Mittel der staatlichen Planwirtschaft aus. Man fühlt sich an den Plan erinnert, der in der letzten Zeit des „Kriegskommunismus", kurz vor dem rettenden Übergang zur Nep, ausgearbeitet worden war; die Landwirtschaft hatte sich in jener furchtbaren Zeit immer mehr auf die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft, auf die Selbstversorgung zurückgezogen; es sollte nun ein allgemeiner Bestellungsplan von einem vielgliedrigen System von Saatkomitees ausgearbeitet und der Bauer zur Durchführung dieses Planes mit Strenge angehalten werden. In gewisser Weise nähert man sich wieder jenem Plane, verhilft ihm aber nicht mit brutalem Zwange zum Leben, sondern durch das Lockmittel der Vorschußgewährung und wird hiermit zweifellos des Erfolges sicherer sein. Selbstverständlich sprechen auch gegen diese Methode der wirtschaftlichen Steuerführung starke volkswirtschaftliche Bedenken, doch diese liegen ja auf demselben Gebiet wie die grundsätzliche Kritik des bolschewistischen Wirtschaftssystems überhaupt. Vom Standpunkt dieses Systems aus betrachtet ist die Ausdingung zweifellos eine der bedeutsamsten und aussichtsreichsten Maßnahmen. Sie bedeutet, daß die Landwirtschaft in starke Abhängigkeit vom Staat gebracht wird, analog etwa der Umwandlung selbständiger Handwerksbetriebe zu einer Hausindustrie, die von dem „kapitalistischen Verleger" abhängig ist. Ein großer Schritt zur Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaft bereitet sich hiermit vor.

* * *

Digitized by Google

Die Industrie krankt immer noch an ihren hohen Produktionskosten. Die Zeitungen sind voll von Berichten über die Maßnahmen zur Verbilligung der Produktion, die in allen Zweigen und in allen Teilen der Union ergriffen sind; sie wissen aber meist nur von bescheidenem Erfolge zu berichten, und nicht selten ist auch die Rede von Mißerfolg. Die Regierung suchte der Reform einen starken Anstoß durch die zum 1. Juni 1927 anbefohlene Herabsetzung der Verkaufspreise um 10 % zu geben. In vielen Fällen soll die Wirkung dieser Maßnahme sich darauf beschränkt haben, daß die Qualität der Produktion sich entsprechend verschlechterte oder die Kapitalkraft des Unternehmens geschwächt wurde. Immerhin ist doch im allgemeinen Durchschnitt durch rationellere Organisation der Arbeit, durch Normung und andere Maßnahmen eine kleine Senkung der Selbstkosten erzielt worden. Die „Schere" klafft noch, aber nicht mehr ganz so weit wie vor einem Jahre. Nach der Statistik der Großhandelspreise stellte sich der landwirtschaftliche Index im November 1927 auf 1,544 gegen 1,550 im Vorjahre, war also ziemlich auf derselben Höhe geblieben, während der gewerbliche Index von 2,039 auf 1,879 gesunken ist. Die Öffnung der Schere verengte sich von 1,32 auf 1,22 %.

Über den Index der Kleinhandelspreise am 1. Dezember 1927 und seine Veränderung seit dem 1. Januar 1927 gibt die nachfolgende Berechnung des Konjunkturinstituts des Finanzkommissariats der Union einen lehrreichen Überblick:

	Index (1913 = 1)				Prozentuale Veränderung des Index v. 1. I. bis 1. XII. 1927			
	Privat-Handel	Genossenschaftlich. Handel	Staatlicher Handel	Handel überhaupt	Privat-Handel	Genossenschaftlich. Handel	Staatlicher Handel	Handel überhaupt
Allgemeiner Index	2.32	1.83	1.83	2.—	102,4	93,2	92,0	96,2
A. Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (1—4)	2.22	1.76	1.69	1.93	111,8	96,9	94,4	102,6
B. Index der gewerblichen Erzeugnisse (5—19)	2.40	1.89	1.86	2.04	95,7	90,5	91,4	92,5
1. Getreide	2.13	1.63	1.58	1.78	114,2	94,3	92,3	100,5
2. Gemüse	2.85	1.96	1.85	2.49	132,0	106,2	100,4	121,6
3. Fleisch	2.07	1.88	1.92	1.98	104,2	101,9	100,8	103,0
4. Milcherzeugnisse	2,59	2.16	2.10	2.28	104,1	90,5	89,0	94,0
5. Fische	2.96	1.87	1.47	2.17	98,5	90,2	89,4	93,5
6. Pflanzenfett	2.63	1.57	1.55	1.86	109,0	92,9	90,7	97,6
7. Salz	2.37	1.58	1.49	1.80	76,1	70,4	64,7	71,4
8. Zucker	2.08	2.00	1.96	2.02	98,0	96,8	96,0	97,1
9. Tee	1.94	1.81	1.89	1.87	100,9	97,5	96,7	98,5
10. Spirituosen	2.24	2,13	2.07	2.11	96,1	95,0	92,5	93,9
11. Tabak	1.98	1.93	2.13	2.01	92,5	91,8	93,4	92,6
12. Manufaktur	2.71	1.98	2.13	2.25	95,3	88,7	91,8	91,9
13. Schuhzeug	2.42	2.06	1.88	2.19	96,7	89,9	87,6	92,6
14. Metalle	2.20	1.76	1.68	1.87	93,7	90,8	90,6	92,4
15. Tone und Erden	2.56	1.87	1.92	2.08	97,1	87,4	92,4	91,8
16. Chemikalien	1.81	1.54	1.44	1.54	92,4	90,3	89,1	90,2
17. Petroleum	1.16	1.01	1.44	1.07	100,9	95,4	96,0	97,2
18. Holz	2.12	2.03	1.81	1.99	93,1	92,1	93,8	92,9
19. Papier	2.43	1.75	1.71	1.87	89,9	80,8	89,7	86,6

Digitized by Google

Von besonderem Interesse ist in dieser Tabelle die Unterscheidung von privatem, genossenschaftlichem und staatlichem Handel. Im Privathandel sind die Preise im allgemeinen beträchtlich höher. Infolge des Warenmangels des öffentlichen Handels muß großenteils auf ihn zurückgegriffen werden. Besonders hoch ist der Index des Privathandels für Manufakturwaren (2,71), fast ebenso hoch für Pflanzenöle (2,63) und noch höher für Gemüse (2.85) und Fische (2,96). Auch die in diesem Jahre eingetretene Verbilligung gewerblicher Erzeugnisse hat sich im Privathandel verhältnismäßig nur schwach durchgesetzt.

* * *

In scheinbarem Gegensatz zu dem Programm der Verbilligung der gewerblichen Produktion steht das Versprechen des siebenstündigen Arbeitstages in dem Jubiläumsmanifest vom 15. Oktober. Das Zentrale Vollzugskomitee der Union verheißt darin, „für die werktätigen Industriearbeiter den Übergang vom achtstündigen zum siebenstündigen Arbeitstag ohne Verminderung des Arbeitslohnes im Laufe der nächsten Jahre sicherzustellen"; spätestens nach Jahresfrist sollen das Präsidium des Zik und der Rat der Volkskommissare der Union zur allmählichen Verwirklichung dieses Beschlusses in den einzelnen Industriezweigen schreiten, und zwar „gemäß der Umstellung und Rationalisierung der Industrieunternehmungen und gemäß der Steigerung der Produktivität der Arbeit".

Die Verkündung dieser Maßnahme in so feierlicher Form verfolgte teilweise zweifellos politische Zwecke. Der eigenen Arbeiterschaft sollte der Segen des bolschewistischen Systems vor Augen geführt werden, und zugleich wollte man neue Sympathien beim Proletariat des Auslandes erwerben. Mit der tatsächlichen Durchführung dieser Maßnahme hat es gute Weile. Der erste Anfang ist am 15. Januar in 14 Baumwollmanufakturen gemacht worden. wo man mit der Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit vom Zweischichtentag zum Dreischichtentag übergegangen ist, hierdurch also die Möglichkeit gewonnen hat, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen und die Produktion dieser Werke zu vergrößern. Die Begründung dieser Maßnahme in der Presse („Ekon. Shisn" vom 8. 1.) ist sehr lehrreich. Über die grundsätzliche Seite der Verkürzung des Arbeitstages könne kein Streit sein. Wenn die bekannte Formel von Marx, daß bei zunehmender Produktivkraft der Arbeit der Arbeitstag verkürzt werden könne und umgekehrt bei Verkürzung des Arbeitstages die Intensität der Arbeit zunehme, durchaus anwendbar sei auf das kapitalistische Gewerbe. so gelte dies erst recht für die sozialistische Großindustrie der Räteunion, die den Weg intensiver Rekonstruktion beschritten habe, ohne durch irgendwelche produktions-konservative Privateigentumsinteressen gehemmt zu sein.

Digitized by Google

Die Baumwollindustrie — so wird weiter dargelegt — ist jetzt für den siebenstündigen Arbeitstag herangereift. Die alten Fabrikationseinrichtungen sind zu 100 Prozent in Nutzung genommen; beim Zweischichtentag (16stündige Arbeitsdauer) genügt dies aber nicht für die Ansprüche des Marktes. Die industriellen Neubauten, die in letzter Zeit in Angriff genommen sind, können sich natürlich erst in einigen Jahren auswirken. Es muß deswegen die Maximalausnutzung der vorhandenen Fabriken durch den Dreischichtentag angestrebt werden, soweit das dazu erforderliche Mehrquantum an Rohstoffen beschafft werden kann. Der Übergang zum siebenstündigen Arbeitstag schafft zugleich die Möglichkeit, arbeitsparende Änderungen in der Technik und Betriebsorganisation durchzuführen, ohne die Entstehung eines Überschusses von Arbeitskräften befürchten zu müssen. Diese Rationalisierung der Produktion muß sich sowohl in einer Verbilligung der Selbstkosten wie auch in der Erhöhung des Arbeitslohnes äußern. Auf die Höhe des Arbeitslohnes wird aber nicht nur die Hebung der Produktivität der Arbeit einwirken, sondern auch der Umstand, daß in den Betrieb jener 14 Manufakturen unter den neu benötigten 13—14 000 Arbeitern 3—4000 halbwüchsige Familienmitglieder herangezogen werden, wodurch das Einkommen der Arbeiterfamilien erhöht wird.

Trotz aller bisherigen Vorbereitung für diese 14 Manufakturen harren noch manche Fragen der Lösung, z. B. die Gewinnung der infolge der Betriebserweiterung mehr benötigten qualifizierten Arbeiter, Techniker und Ingenieure, auch die Befriedigung des größeren Bedarfs an Arbeiterwohnungen. Auch sonst sind viele Erwägungen anzustellen, z. B. bezüglich des Zustandes des Anlagekapitals, der Rohstoffbeschaffung, der Aufnahmefähigkeit des Marktes für die einzelnen Produktionsrichtungen, bezüglich des Arbeitsschutzes und der kulturellen Bedingungen. Aus allem geht hervor, wie vorsichtig und durchdacht in dieser Angelegenheit nur vorgegangen werden kann. Eigenmächtiges Handeln der örtlichen Stellen auf diesem Gebiete ist streng zu untersagen.

Diese Ausführungen erwecken den Eindruck, daß für die Einführung des siebenstündigen Arbeitstages nicht sowohl der sozialpolitische Gedanke wie vielmehr das Interesse an der Vermehrung und Rationalisierung der Produktion bestimmend gewesen ist. Angesichts der Tatsache, daß die gewerbliche Arbeiterschaft Rußlands über eine Million Arbeitslose zählt und in der russischen Landwirtschaft weitere Millionen von Arbeitskräften überschüssig sind und als Reservearmee für die Industrie bereitstehen, kann der siebenstündige Arbeitstag zur Anwendung kommen, ohne als Vergeudung von Arbeitskraft zu wirken; jenes Heer von Arbeitslosen, das ohnehin durchgefüttert werden muß, wird dadurch verringert. Beachtenswert ist der Unterschied der damit zugleich eingeleiteten russischen Rationalisierungspolitik von dem Verfahren, das in Deutschland während der großen Gesundungskrise 1925/26 angewandt wurde. Zur Durchführung der Rationalisierung wurden bei uns Hunderttausende entlassen, während Rußland zu dem sanften Mittel einer Arbeitszeitverkürzung greift und infolgedessen trotz der Rationalisierung sich in der Lage befindet, nicht nur nicht Arbeitskräfte vorübergehend abstoßen zu müssen, sondern sogar beträchtliche Mengen von Arbeitern neu einzustellen. Allerdings dürfte auch der Erfolg des russischen Verfahrens (abgesehen davon, daß es in den ersten Anfängen steht) sehr viel bescheidener sein, als das der rigoros durchgreifenden deutschen Unternehmerpolitik.

Digitized by Google

Die Politik des siebenstündigen Arbeitstages wird auch gekennzeichnet durch eine Auslassung bezüglich der chemischen Industrie. Das Präsidium des Zentralkomitees des Chemikerverbandes hat erklärt, daß der Übergang zum siebenstündigen Arbeitstag in erster Linie in neuen Fabriken verwirklicht werden solle, die auf dem Grundsatz verbesserter Technik aufgebaut sind; im Laufe der nächsten Jahre sollen etwa 20 neue Fabriken in Gang gesetzt werden. Von älteren Werken sollen für jene Maßnahme nur solche in Betracht kommen, die technisch am meisten vervollkommnet sind. Die Einführung des verkürzten Arbeitstages soll aber ausgeschlossen sein, wenn sie den Reingewinn vermindern, die Produktionskosten erhöhen oder die Nichterreichung der vorgesehenen Erniedrigung der Selbstkosten bedingen würde.

* * *

Der 15. Parteikongreß, der im Dezember stattfand, hat bekanntlich die Opposition zum mindesten einstweilen zur Strecke gebracht. Von den Reden, die sich sachlich mit der Opposition auseinandersetzten, war von besonderem Interesse der Vortrag des Parteisekretärs Molotow, der einen so lehrreichen Überblick über die jetzige Agrarpolitik der Partei gibt, daß ich es mir nicht versagen kann, im folgenden den wesentlichsten Inhalt seiner Ausführungen wiederzugeben.

Was hat die bolschewistische Revolution dem Bauern gegeben? Die Statistische Zentralverwaltung berechnet den Zuwachs des bäuerlichen Landbesitzes auf 31 %. Diese Rechnung ist irreführend. Die Rechnung muß sich konzentrieren auf diejenigen bäuerlichen Klassen, denen die Revolution helfen wollte: auf die armen und mittleren Bauern. Diese besaßen vor der Revolution in der RSFSR (ohne Sibirien, fernen Osten und einige Teile des Nordkaukasus-Gebietes) 60 Millionen Hektar, während die Dorfbourgeoisie (Großbauern) 40 Millionen besaßen. Infolge der Agrarrevolution wurde der bäuerliche Gesamtbesitz um 40 Millionen Hektar auf Kosten des Nichtarbeitsbesitzes (Gutsbesitzer usw.) vergrößert. Die Dorfbourgeoisie behielt nur 4 Millionen Hektar, verlor also 36 Millionen, während die armen und Mittelbauern auf 136 Millionen Hektar kamen.

Nach den Daten des Landwirtschaftskommissars Smirnow gingen an die armen und Mittelbauern in der RSFSR (ohne die autonomen Republiken) 110 Millionen Hektar über, von denen 50 Millionen den Gutsbesitzern und sonstigen privaten Grundbesitzern, der Apanagenverwaltung und den Kirchen genommen wurden; 10 Millionen Hektar erhielten die Klein- und Mittelbauern aus dem Landvorrat des Staates und der Forstverwaltung und etwa 50 Millionen Hektar aus dem Besitz der reichen Bauern.

Die soziale Entwicklung infolge der Revolution ist vor allem charakterisiert durch die Stärkung des Mittelbauern im Gegensatz

Digitized by Google

zu der früheren kapitalistischen Entwicklungstendenz, bei der die Mittelschicht ausgelaugt wurde zugunsten der armen und reichen Extreme. Eine besondere Kommission, die der Rat der Volkskommissare zum Studium dieser Verhältnisse einsetzte, gelangte zu folgenden Ergebnissen:

Zahl und Verteilung der bäuerlichen Bevölkerung in der Union nach den sozialökonomischen Gruppen in den Jahren 1924/25 bis 1926/27:

	Zahl der Wirtschaften in 1000			% der landwirtschaftl. Bevölkerung		
	1924/25	1925/26	1926/27	1924/25	1925/26	1926/27
Landwirtschaftl. Bevölkerung				100	100	100
I. Proletariat (Arbeiter) . .	2 700	3 000	3 200	4,4	5,0	5,3
II. Bauern, die keine ständigen Arbeiter beschäftigen	19 059	18 470	18 473	88,7	87.4	86,8
1. Gruppe der armen Bauern	6 070	5 441	5 212	24,0	21,6	20,4
2. Gruppe der Mittelbauern	12 989	13 029	13 261	64,7	65,8	66,4
III. Bauern, die ständige Arbeiter beschäftigen . . .	1 234	1 32.*)	1 404	6,9	7,6	7,9

*) Ziffer unleserlich.

Hiernach haben im Laufe der drei untersuchten Jahre die Mittelbauern zugenommen. Von der Gruppe III werden gleichfalls noch 2—3 % den Mittelbauern zuzuzählen sein. In der Stärkung dieser Schicht liegt der grundsätzliche Unterschied in der Entwicklung des Rätedorfes von der vorrevolutionären Zeit. (Notabene: solange die weitere Zunahme der ländlichen Bevölkerung dieser Entwicklung nicht ein Ziel setzt!)

Unsere bisherige Vorstellung von der Zahl der armen Bauern war stark übertrieben. Wir stützten uns bisher auf die Zahl der vieh- und pferdelosen Wirtschaften, während jene Kommission richtigere Merkmale angewandt hat.

Allerdings ist auch das ländliche Proletariat gewachsen; indessen arbeitet etwa nur die Hälfte von ihm in bäuerlichen Einzelwirtschaften (in Kulakbetrieben), während die andere Hälfte in staatlichen, kooperativen oder Gemeindebetrieben tätig ist. Die Kennzeichen des Kulaks sind die Beschäftigung von Lohnarbeitern, die Pacht von Land und in letzter Zeit zunehmend die Vermietung landwirtschaftlichen Inventars. In der konsumierenden Zone betrug die Zahl der Wirtschaften, die ständige Arbeitskräfte beschäftigten, 3 %; Tagelöhner wurden in 7,8 % der Wirtschaften festgestellt; in der Überschußzone waren es 2,9 bzw. 8,4 %.

Digitized by Google

Die Pacht, die sich allerdings in letzter Zeit merklich ausbreitet, hat in der Hauptsache mittelbetrieblichen Charakter. Von der gesamten Saatfläche entfallen auf das Pachtland 6,7 %. Die Vereinigung von Pachtung und Lohnarbeiterbeschäftigung (als deutliches Kennzeichen der Kulakwirtschaft) trifft in der RSFSR für 3,7 % der Wirtschaften zu, in der Ukraine 2,4 %, in der Transkaukasischen Föderation 4,4 %, in der ganzen Union für 3,7 %.

Zweifellos geht das Wachstum der kapitalistischen Elemente im Dorfe neuerdings beschleunigt vor sich, besonders auch auf dem Wege der Vermietung von landwirtschaftlichem Inventar an arme Bauern. Viel stärker aber wachsen die sozialistischen Elemente.

Der Weg von der Individual- zur Kollektivwirtschaft ist allerdings lang. Die Nep machte der Mittelschicht besonders große Konzessionen. Die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz unterstrichen noch einmal, daß die Landwirtschaft sich in ihrer Hauptmasse als kleine Individualwirtschaft entwickelt und daß daher an deren Hebung auf das intensivste gearbeitet werden muß. Grundlegend ist zu diesem Zwecke die Agrarreform, deren gegenwärtiger Gang noch sehr unbefriedigend ist. (Ich habe den Eindruck, daß Molotow den Wert der jetzigen Reformmaßnahmen beträchtlich unterschätzt. — A.) In der RSFSR sind erst 12 % der Wirtschaften, in der Ukraine 15 % der Landfläche reguliert worden. (Für eine so kurze Zeit eine gewaltige Leistung. — A.)

Die Partei darf nicht übersehen, daß die jetzt angestrebte Hebung der bäuerlichen Individualwirtschaft die kapitalistischen Tendenzen im Dorfe verstärkt; diesen muß daher gleichzeitig entgegengetreten werden, sowohl durch Beschränkung der Pacht und der Lohnarbeit, wie auch durch Maßnahmen der Steuerpolitik. (Hier liegt der angreifbarste Punkt der bolschewistischen Agrarpolitik vom Standpunkt des Produktionsinteresses. — A.)

Nach den Feststellungen der oben erwähnten Kommission ist im allgemeinen die Besteuerung der Bauern einschließlich der Zahlungen für das Land 2½- bis 3 mal geringer als vor dem Kriege. Nach dem Oktoberbeschluß des Zentralen Vollzugskomitees sollen 35 % der Wirtschaften von der Landwirtschaftssteuer völlig befreit werden.

Das alles aber sind nur Palliative; die Hauptsache ist die positive Errichtung sozialistischer Wirtschaft im Dorfe.

Der individualistische Kleinbetrieb und die Volkswirtschaft im ganzen entwickeln sich in unserem Lande auf der Grundlage der Nep, d. h. auf der Grundlage des Warenaustausches zwischen dem Staatsgewerbe und der Landwirtschaft. Daher kommt der Politik der Preise eine außerordentliche Bedeutung zu. Die Linie, die die Partei für die nächste Zeit verfolgt, ist die Erhaltung der Beständigkeit der landwirtschaftlichen Preise und fortgesetzter Druck zur Erniedrigung der gewerblichen Preise.

Digitized by Google

Gegenwärtig befinden sich schon über 50 % der Warenversorgung des Dorfes in Händen der Kooperation, und fast ⅔ der Ankäufe landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden durch die staatlichen und genossenschaftlichen Organe getätigt.

Aber auch der bäuerliche Betrieb als solcher bedarf der Sozialisierung. Die Zersplitterung der Landwirtschaft hat seit der Revolution noch gewaltig zugenommen. Heute zählt die Union etwa 24 Millionen bäuerliche Wirtschaften. 8 Millionen sind so schwach, daß die Haltung eines Pferdes für sie nicht rentabel ist. Selbst die Haltung eines guten Pfluges macht sich vielfach nicht bezahlt; daher haben wir in der Union noch über 5 Millionen Haken. Der Großbauer schlägt daher wirtschaftlich den Klein- und Mittelbauern. Die kleinen Wirtschaften müssen sich durch Zusammenschluß stärken.

Ein wesentliches Mittel zu diesem Zwecke ist die Ausdingung (vgl. meine obigen Ausführungen. — A.). Millionen bäuerlicher Wirtschaften werden durch die Ausdingung erfaßt und dadurch großenteils veranlaßt, Produktivgenossenschaften zu bilden. Zugleich wird dadurch Planmäßigkeit in die Landwirtschaft getragen.

Als auf ein weiteres Sozialisierungselement ist hinzuweisen auf die landwirtschaftliche Industrie. Wir haben etwa 16 000 Genossenschaften, die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeiten, z. B. 6000 Butter- und Käsefabriken, die etwa 960 000 bäuerliche Wirtschaften zusammenfassen, die ihrerseits ihre Geldüberschüsse der Kooperation zur Verfügung stellen.

Von besonderer Bedeutung sind die verschiedenen Formen der Kollektivierung der Bodenbearbeitung und der gesamten bäuerlichen Wirtschaft („Kolchosy"). In diesen Kollektiven sind gegenwärtig etwa 1 Million Menschen organisiert; nicht nur der Kleinbauer, sondern auch der Mittelbauer strebt in diese Verbindungen. Dazu kommen die — eine Vorstufe zur sozialistischen Kollektivierung darstellenden — Maschinengenossenschaften, in denen etwa 100 000 Wirtschaften vereinigt sind, ferner Kollektive mit speziellen Betätigungsgebieten, wie Meliorationsgenossenschaften mit etwa 700 000 Wirtschaften, Pferdezucht- und Saatzuchtgenossenschaften mit Zehntausenden von Wirtschaften und andere Formen mehr. Alle diese Genossenschaften befinden sich in starkem Wachstum; ihre Zahl vermehrte sich von 1924 bis 1926 auf das Siebenfache. Zu alledem tritt die Unterstützung der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe durch genossenschaftliche und staatliche Veranstaltungen, wie durch die Maschinenvermietungspunkte und Getreidereinigungs-Stationen. Von großer Bedeutung ist in dieser Beziehung auch der landwirtschaftliche Kredit. Im laufenden Wirtschaftsjahr 1927/28 leiten wir in die Landwirtschaft im ganzen 704 Millionen Rubel aus Staatsmitteln.

Was die andere Form der sozialistischen Landwirtschaft, die Rätegüter („Sowchosy"), betrifft, so sind diese heute aus dem

Digitized by Google

Zustand der Unrentabilität herausgetreten und bilden sich zu Mustern des Großbetriebes heraus. —

In letzter Zeit mußten wir gegen die Vorurteile der Opposition bezüglich der Nep und unserer Bauernpolitik kämpfen. Im besonderen hatten wir mit der Anti-Mittelbauerrichtung Trotzkis und seiner Anhänger zu ringen. Wir bekämpfen den Unglauben daran, daß es möglich sei, in unseren Verhältnissen mit den Mittelbauern den Sozialismus aufzubauen.

Was uns im Dorfe fehlt, ist die Kultur. Unsere Kulturlosigkeit, oft geradezu unsere Wildheit verhindert uns, die Sozialisierungsansätze, wie sie im Dorfe vorhanden sind, schneller zu entwickeln. Wir müssen mehr Mittel zur Hebung der Kultur verwenden; wenn wir heute die Bauern im allgemeinen mit einer Steuer von 300 Millionen belasten, so sollten wir noch 100 Millionen von den wohlhabenden Bauern besonders fordern, um diese Mittel zu Schulen und sonstigen Kulturmaßnahmen im Dorfe zu verwenden.

Die Mittel- und Kleinbauern sollen nicht O b j e k t unseres sozialistischen Aufbaues sein, wie dies der Herrenstandpunkt der Trotzkischen Ideologie fordert; der werktätige Bauer ist unser Verbündeter, er soll aktives S u b j e k t des Aufbaues sein. Heute gilt die Losung: Belebung der Räte; dazu ist erforderlich, daß die Dorfräte (als politische Kommunalbehörden) wirtschaftlich gekräftigt werden gegenüber den rein wirtschaftlichen Agrargemeinden, auf deren Plattform sonst der Kulak zu Einfluß gelangt.

Eine neue Forderung der Opposition ist die Schaffung eines Bundes der Dorfarmut. Wir dürfen diese nicht als isolierte Klasse organisieren. Die Dorfarmut muß wohl örtliche Gruppen bilden, um ihre besten Elemente in die Dorfräte und Genossenschaften hineinzubringen, muß hier aber mit den Mittelbauern zusammenwirken.

Ganz abwegig ist die Forderung der Opposition, bei den Bauern eine Zwangsanleihe zu erheben (zur stärkeren Akkumulierung des Kapitals in der Industrie und zur Hebung der Marktleistung der Landwirtschaft für die Stadt. — A.). Die oben erwähnte Kommission des Rates der Volkskommissare hat festgestellt, daß bei den Landarbeitern je Seele das Jahreseinkommen 81 Rubel beträgt, bei den Kleinbauern 78 Rubel, bei den Mittelbauern 92 Rubel, also unterschiedslos große Dürftigkeit; erst dann kommt der Sprung zu den Bauern mit ständigen Lohnarbeitern, wo der Jahresverdienst pro Seele auf 166 Rubel steigt. Ein Grund mehr, daß Klein- und Mittelbauern zusammenhalten. „Ohne diesen Bund geht die proletarische Revolution nur einen Weg; den Weg des Verderbens."

Auch hinsichtlich der Kooperation verfolgt die Opposition ganz falsche Ziele. Sie fordert ein staatsgenossenschaftliches System. Der Staat beeinflußt doch wahrlich schon zur Genüge die genossenschaftliche Bewegung. Was nottut, ist die Entwicklung

Digitized by Google

der eigenen Aktivität der bäuerlichen Masse in der Genossenschaft. Daß wir dies Ziel noch nicht genügend erreicht haben, liegt vor allen Dingen wiederum an unserem Mangel an Kultur.

Wir müssen der Entwicklung des Sozialismus im Dorfe auch praktisch zu Hilfe kommen. Die Partei ist im Dorfe noch viel zu schwach vertreten. Unter den 1 200 000 Parteimitgliedern befinden sich nur 14 000 Landarbeiter, obgleich 3 Millionen Landarbeiter vorhanden sind. Auch die kommunistische Jugendbewegung, so stark sie im Lande ist, hat im Dorfe keinen genügenden Zuzug gefunden. Auch die Frauen stehen im Dorfe noch zurück. Die kommunistische Jugend und die Bäuerin müssen auf massenhafte Kollektivierung hinwirken.

Auch wir in der Stadt dürfen nicht müßig bleiben. Die Losung lautet: Das Antlitz zum Dorfe! Leider wird sie aber im stillen durch den Zusatz ergänzt: Hand in der Tasche! Zur Unterstützung der sozialistischen Entwicklung des Dorfes sind vor allem die Gewerkschaften berufen. — —

Wenn auch diese Darlegungen sicherlich parteipolitische Einseitigkeiten und Übertreibungen an manchen Punkten enthalten, so geben sie im großen und ganzen doch ein zutreffendes Bild nicht nur von der Agrarpolitik, die die Partei ernsthaft und nachdrücklich verfolgt, sondern auch von der tatsächlichen Entwicklung, die heute in der russischen Landwirtschaft vor sich geht. Auch lassen sie erkennen, wie der Bauer zu beglückwünschen ist, daß nicht der Doktrinarismus der Opposition, sondern die Realpolitik der Parteileitung gesiegt hat.

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Von den einzelnen Völkern, die der Union der Räterepubliken angehören, von ihrer Kultur und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen, weiß man bei uns sehr wenig; nur über die Republik der Wolgadeutschen ist man aus sehr begreiflichen Gründen etwas besser unterrichtet. Tataren, Armenier, Georgier verschwimmen in der Vorstellung des Westeuropäers mit Samojeden, Kirgisen, Tschuwaschen usw. meist zu einer grauen Masse zusammen und man gibt sich keine Rechenschaft darüber, daß es sich um ganz verschiedene Volksstämme handelt, von denen die einen im Besitze einer uralten eigenartigen Kultur sind, während die anderen eben erst zu einem Kulturleben zu erwachen beginnen. Da ist es denn sehr dankenswert, wenn eine Pariser Emigrantenzeitung („Wosroshdenije") sine ira et studio aus den Angaben kaukasischer Zeitungen ein Gesamtbild von den Verhältnissen in den beiden bedeutendsten Bundesrepubliken Transkaukasiens, Georgien und Armenien, zu geben versucht. Hervorgehoben wird vor allem der außerordentliche Aufschwung Georgiens in den letzten Jahren, der sich zum Teil dadurch erklärt, daß Georgien in

Digitized by Google

Moskau persona grata ist. Man vergesse nicht, daß der heute allmächtige Stalin Georgier ist! In Tiflis und den Provinzstädten sind eine Menge neuer Gebäude errichtet; das neue Tifliser Elektrizitätswerk soll nicht weniger als 17 Millionen Rubel gekostet haben. Tiflis ist jetzt eine große, reiche, durch und durch georgische Stadt. Das Nationalgefühl der Georgier ist in den letzten Jahren mächtig gestiegen und — was das bezeichnendste ist — die Träger des nationalen Gedankens sind die Kommunisten selbst. Dadurch erklärt es sich auch, daß der früher so starke Einfluß der Menschewiki und der sogenannten Nationaldemokraten immer geringer wird. Ebenso erklärt es sich, daß die separatistischen Bestrebungen der von Shordania und Ramischwili geleiteten Gruppe der Menschewiki auch bei den nichtbolschewistischen Gesellschaftskreisen Georgiens, zu denen außer der Geistlichkeit der größte Teil der Gelehrten, Schriftsteller und Künstler gehört, scharfe Proteste hervorriefen, die keineswegs bloß auf den von oben ausgeübten Druck zurückgeführt werden können.

Hervorgehoben werden ferner die Expansionsbestrebungen Georgiens. Als Beispiel dafür wird angeführt, daß das Oberste Exekutivkomitee (Ispolkom) der Sowjetunion den landarmen georgischen Bauern in dem außerhalb der georgischen Republik liegenden Kreise Sotschi 40 000 Hektar Land zur Verfügung stellte. Diese Maßnahme wird dadurch erklärt, daß die in der Zentralregierung sitzenden Georgier (Ordschanikidse, Jenukidse u. a.) den Kreis Sotschi „georgisieren" wollen, um ihn später der Republik einverleiben zu können. Was also seinerzeit die Menschewiki nicht erreichen konnten, wird von den Kommunisten verwirklicht.

Als sehr charakteristischer Zug wird ferner vermerkt, daß im Gegensatz zu Armenien die eigentliche Aufbauarbeit durchweg von den oberen Schichten der Gesellschaft angeregt und auch geleistet wird, während die Masse des Volkes sich ziemlich passiv verhält. Das Armeniertum, das früher in Georgien, insbesondere in Tiflis, eine so bedeutende Rolle spielte, ist gegenwärtig völlig zurückgedrängt; dabei ist der Haß der Georgier gegen die Armenier viel intensiver, als er es vor dem Kriege und der Revolution war, wo doch auch wahrhaftig von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen nicht geredet werden konnte. Der Georgier von heute sieht in dem Armenier das Haupthemmnis auf dem Wege zur Konsolidierung der Selbständigkeit seines Landes. Dabei ist von dem einstigen Glanz und Reichtum des Armeniertums in Tiflis kaum noch etwas übrig geblieben. Die armenische Presse, das armenische Theater, der Buchhandel, das Vereinswesen, die Wohltätigkeitseinrichtungen führen nur noch ein klägliches Schattendasein; außer ein paar mühsam um ihre Existenz ringenden Schulen ist den Armeniern, die einst die Mehrheit der Bevölkerung von Tiflis bildeten, so gut wie nichts geblieben. Der Besitz der reichen armenischen Bourgeoisie —

Digitized by Google

Häuser, Fabriken, Banken, Handelsunternehmungen — ist „sozialisiert" worden, d. h. in georgische Hände übergegangen . . .

Und auch Armenien selbst bietet ein wenig erfreuliches Bild. Wenn man die Grenzstation Sanain passiert hat, berichtet ein Korrespondent, glaubt man in eine andere Welt gekommen zu sein. Unregelmäßig verkehrende Züge, verfallene Bahnhöfe, finster blickende Menschen — alles das wirkt deprimierend. Die Eisenbahnwagen sind überfüllt; die Reisenden unterhalten sich nur flüsternd, — nicht weil sie „politische" Bedenken hätten: man hat auch ohne „Politik" Sorgen genug.

Kommt man aber in eine Stadt oder ein Dorf, so gewinnt man doch freundlichere Eindrücke. Es wird erstaunlich viel und eifrig gearbeitet in Armenien. „Das ganze Volk schafft wie ein Mann. Jedes Dorf, jede Stadt ist eine Werkstatt, eine Schmiede, in der am Wohlstand der Nation gearbeitet wird. Die Wunden, die der Bürgerkrieg geschlagen, heilen nach und nach, und das Land beginnt freier zu atmen".

Großzügige staatliche Unternehmungen wie in Georgien findet man in Armenien nicht. Dazu ist das Land zu arm und wird von Moskau aus zu wenig unterstützt. Unter den Führern der armenischen Kommunisten finden sich keine so starken Persönlichkeiten wie unter den Georgiern und die Armenier in der Zentralregierung, deren Namen ja auch im Auslande bekannt sind (Mikojan, Karachan) haben keine nationalen Interessen. So vollzieht sich der Aufstieg Armeniens viel langsamer als der Georgiens und unter viel stärkerer Beteiligung der gesamten Volksmasse, die mit Anspannung aller Kräfte arbeiten muß, um existieren zu können. Dazu kommen auch noch die ungünstigen äußeren Verhältnisse: die für den Ackerbau geeignete Bodenfläche ist viel zu gering für die Menge der Bevölkerung, der Außenhandel kann nur mit großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden usw. So ist die Bevölkerung Armeniens die wirtschaftlich am schlechtesten gestellte in ganz Transkaukasien, und es ist begreiflich, daß die Auswanderung in Armenien immer mehr um sich greift.

* * *

Wenig befriedigt ist die russische Kritik von den Aufführungen der Moskauer und Petersburger Theater zu den Jubiläumsfeierlichkeiten der zehnjährigen Räterepublik. Literarisch und künstlerisch am höchsten stand anscheinend die Festaufführung des Moskauer Künstlertheaters, das eine Dramatisierung der Erzählung von Wsewolod Iwanow „Der Panzerzug" brachte, aber auch von diesem Stück sagt die „Krasnaja Gaseta", es sei durch und durch verlogen und diese Aufführung sei die erste in der Geschichte des Stanislawskijschen Theaters gewesen, die man als unkünstlerisch, unecht und unaufrichtig bezeichnen müsse. Ebenso wenig Beifall hat die Tragödie „Golgatha" von Tschishewskij gefunden, die im Moskauer „Theater der Revolution" aufgeführt

Digitized by Google

wurde und von der vorher als von dem bedeutendsten Erzeugnis der neuen russischen Bühnenkunst geredet wurde. Nach der Premiere aber erklärte die „Prawda", das Stück sei schablonenhaft und plump; nach der ersten Szene wisse man bereits, wie sich die Handlung weiter entwickeln werde; der Verfasser sehe seine ganze Aufgabe darin, die Weißen als Schurken und die Roten als übermenschliche Helden darzustellen; dabei aber täten die Bolschewiki auf der Bühne nichts als deklamieren und ließen sich immer wieder übers Ohr hauen.

Nicht viel anders lauteten die Berichte aus Petersburg. In der Aufführung des Schauspiels von Mokin und Trachtenberg „Der Sturm von Perekop", das den endgültigen Zusammenbruch der Wrangel-Armee zum Thema hat, imponierte nach dem Bericht von „Shisn Iskusstwa" am meisten die große Attacke auf den Wall von Perekop mit den zwölf auf den Zuschauerraum gerichteten knatternden Maschinengewehren und den zehn Scheinwerfern, deren Strahlen sich höchst effektvoll kreuzten, und — das Spiel des ausgezeichneten Darstellers Jurjew, der aus dem „weißen General" Wrangel fast den eigentlichen Helden des Dramas zu machen wußte. Noch schlimmer scheint die Umgestaltung der Dichtung von Majakowskij „Am fünfundzwanzigsten" zu einer Balletpantomime gewesen zu sein, in der man Kerenskij im Winterpalais die Prunkgewänder der Zaren anprobieren sah und Miljukow als „Kinderwärterin der unreifen russischen Intelligenz" erschien. Das einzige, was nach „Shisn Iskusstwa" Eindruck machte, waren die Momente, wo der Zuschauerraum in die Handlung mit hineinbezogen und die Aufführung zur Manifestation wurde, — so wenn die aufrührerischen Matrosen an Stricken aus den Logen der oberen Ränge ins Parkett hinunterkletterten oder wenn im Halbdunkel die rote Laterne über dem Parkett schwankte oder wenn sich plötzlich alle Gänge mit vorwärts drängenden Rotgardisten füllten . . .

Es ist in Rußland nicht anders als bei uns: der außerordentlich reich entwickelten Bühnenkunst steht keine ebenbürtige dramatische Dichtung zur Seite. Alles Gerede von der Selbstherrlichkeit des Schauspielers, von dem entfesselten Theater soll nur über diesen Grundmangel hinwegtäuschen. Das wird ja in den hier schon früher einmal behandelten, so sehr wertvollen und aufschlußreichen Erinnerungen Stanislawskijs auch ganz offen ausgesprochen. Und ähnliches sagt ein anderer bedeutender russischer Bühnenkünstler, der aus Stanislawskijs Schule hervorgegangen und noch heute am Moskauer Künstlertheater tätig ist, — Michail Tschechow, der kürzlich sehr interessante Erinnerungen veröffentlicht hat. Ganz abgesehen von den persönlichen Erlebnissen, die dieser Neffe Anton Tschechows zu erzählen weiß, fesselt das Buch durch die vielen theoretischen Darlegungen und vor allem durch die zahlreichen Schilderungen, wie Stanislawskij und seine Leute — darunter der viel

Digitized by Google

zu früh verstorbene, hochbegabte Wachtangow und Tschechow selbst — arbeiteten und arbeiten, wie auf immer neue Mittel und Methoden gesonnen wird, um die erforderlichen Wirkungen zu erzielen und wie dabei die Persönlichkeit des Künstlers, sein individueller Ehrgeiz immer wieder zurücktreten vor der großen Aufgabe, vor dem Kunstwerk als solchem, das es zu verkörpern gilt. Es sei hier wiedergegeben, in welch eigenartiger Weise Shakespeares „Hamlet" unter Tschechows Leitung (er selbst spielte den Hamlet) eingeübt wurde. So mancher wird, wenn er das liest, den Kopf schütteln und vielleicht mit Polonius sagen: „Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode". Bei einigem Nachdenken wird man aber zum Ergebnis gelangen, daß nicht nur die Methode Anerkennung verdient, sondern daß auch in dem scheinbaren Wahnsinn ein tiefer Sinn steckt. Tschechow erzählt:

„Eine der ersten Übungen bei unseren Hamletproben war — das Spielen mit Bällen. Wir warfen uns schweigend die Bälle zu und legten dabei in unsere B e w e g u n g e n den künstlerischen Gehalt unserer Rollen. Man las uns dabei den Text des Stückes langsam und laut vor und wir setzten ihn in Bewegung um, indem wir uns die Bälle zuwarfen. Damit erreichten wir folgendes: erstens befreiten wir uns von dem Zwange, die Worte eher auszusprechen, als die inneren schöpferischen Antriebe zum Aussprechen in uns erwacht waren. Wir kamen so über das qualvolle Stadium des Aussprechens von Worten nur mit den Lippen ohne innere Ergriffenheit hinweg, dieses Stadium, das der Schauspieler nicht vermeiden kann, wenn er seine Arbeit mit dem vorzeitigen Sprechen des Textes beginnt. Zweitens lernten wir praktisch den tiefen Zusammenhang zwischen äußerer Geste und Rede einerseits, Geste und seelischer Emotion andrerseits erfassen. Wir erkannten das Gesetz, nach dem der Schauspieler, der wiederholt die gleiche Ausdrucks- und Willensbewegung gemacht hat, eine Bewegung, die in irgend einem bestimmten Zusammenhang mit dem Text seiner Rolle steht, zuletzt von der entsprechenden seelischen Emotion ergriffen wird und damit erst das Recht erhält, die dazu gehörigen Worte zu sagen. So kamen wir von der Bewegung zum Gefühl und zum Wort. Gewiß, die Art und Weise, wie wir diese und ähnliche Übungen vornahmen, war unvollkommen und wir widmeten ihnen auch viel zu wenig Zeit. Zudem ließen wir uns immer wieder durch theoretische Erörterungen über den Sinn und die Bedeutung dieser oder jener Bewegung ablenken. Aber immerhin — der erste Versuch war gemacht und ich sah zu meiner größten Freude, daß die Kollegen diese neuen, ungewohnten Arbeitsmethoden gerne akzeptierten . . ."

* * *

Sehr bezeichnend für den russischen Lenin-Kultus ist ein Aufsatz in der Zeitschrift „Nowyj Mir", der sich „Lenin über Kunst und Literatur" betitelt und den bekannten Kritiker und

Digitized by Google

Literarhistoriker Wiatscheslaw Polonskij zum Verfasser hat. Man wird beim besten Willen nicht behaupten können, daß die Kunstanschauungen Lenins, die hier erörtert werden, sich durch besondere Originalität oder Tiefe auszeichneten, wenn Polonskij auch so tut, als ob dieses der Fall wäre; aber die Art und Weise, wie Lenin hier gegen die „Leninisten" ausgespielt wird, ist sehr charakteristisch, ebenso charakteristisch, wie die Tatsache, daß solche Binsenwahrheiten wie die, daß ein Kunstwerk Eigenwert besitzt, auch wenn es keine politische Tendenz predigt, — daß solche Binsenwahrheiten in Rußland erst durch die Berufung auf Lenin Geltung gewinnen können.

Der Aufsatz Polonskijs beginnt mit einem Hinweis darauf, daß wir nur sehr wenig Äußerungen Lenins über Kunst und Literatur besitzen, da sein Wollen und Streben völlig durch den politischen Kampf in Anspruch genommen war, so daß er einfach keine Zeit hatte, sich mit Kunst und Dichtung zu befassen. Daraus nun aber den Schluß zu ziehen, daß Lenins Verhältnis zur Kunst das des primitiven, undifferenzierten Tatmenschen war, wagt Polonskij natürlich nicht. Dieser Schluß ergibt sich jedoch ganz ungezwungen aus allem, was Polonskij selbst zum Thema „Lenin und die Kunst" mitzuteilen weiß. Er berichtet z. B. einen „wunderbaren Zug" aus dem Leben Lenins: bei einer Aufführung der „Kameliendame" in Genf im Jahre 1904 mit Sarah Bernhardt in der Titelrolle wurde Lenin bis zu Tränen gerührt! Er drückte sich in die dunkelste Ecke seiner Loge und zog verstohlen sein Taschentuch hervor. Und das, obwohl die „Kameliendame" das sentimentalste bourgeoise Melodram ist, das man sich vorstellen kann, und Sarah Bernhardt eine Schauspielerin, „die selbst Genosse Wardin nicht als Proletarierin bezeichnen wird"!

Nun, wer Sarah Bernhardt 1904 gesehen hat, als sie nur noch eine Ruine war, bei der nur hin und wieder Reste einer einst virtuosen Technik von „versunkener Pracht" zeugten, dem werden diese Tränen Lenins nicht sonderlich imponieren. Jedenfalls kennzeichnen sie ihn nicht als Menschen mit starkem ästhetischem Empfinden und ausgesprochenen ästhetischen Bedürfnissen, sondern eben, wie oben schon angedeutet, als primitive Natur. Aber sicher lassen sich diese Tränen über die „Kameliendame" sehr wohl als Waffe gegen jene verwenden, die in der Kunst nur ein Propagandamittel sehen.

Dieselbe naive Einstellung zur Kunst zeigt sich noch öfter. So erzählt Polonskij, es sei Lenins Verdienst gewesen, daß die russischen Staatstheater — vor allem Oper und Ballett — im Jahre 1919 nicht aufgelöst worden seien. Damals hätte der Kommissar Galkin im Sownarkom (Rat der Volkskommissare) vorgeschlagen, das Moskauer Große Theater, dieses „Überbleibsel der Gutsbesitzerkultur" mit seinen „bourgeoisen Opern", die der Arbeiter und der Rotarmist nicht brauchten, zu schließen, und da hätte Lenin ihm geantwortet: „Mir scheint, Genosse Galkin

Digitized by Google

hat eine etwas naive Vorstellung von der Bedeutung des Theaters. Das Theater ist nicht nur zur Propaganda da, sondern soll vor allem dem Arbeiter zur Erholung nach der schweren Tagesarbeit dienen. Und es ist noch zu früh, das Erbe der bourgeoisen Kunst zu den Akten zu legen . . ."

Polonskij ergeht sich hierauf in tiefsinnigen Erörterungen über die Bedeutung des Wortes „Erholung". Nun, schon hundert Jahre vor Lenin hatte der Hofdichter der Großen Katharina, Dershawin, die Zarin dafür gepriesen, daß die Poesie für sie dasselbe bedeute, wie an einem heißen Sommertage ein Glas kühler Limonade . . . Und wenn weiter Lenin dafür gelobt wird, daß er die „Kühnheit" gehabt habe, auch Dichter wie Majakowskij abzulehnen, obgleich sie auf der äußersten Linken standen, dagegen den gewiß nicht linksstehenden Puschkin zu rühmen und allen modernen Poeten vorzuziehen, so waren Turgenew, Dostojewskij und unzählige andere bourgeoise Dichter und Denker ebenso „kühn". Und dann heißt es: „Lenin hatte keine Angst und sagte ganz offen: Majakowskij ist schwer zu verstehen, Puschkin und Nekrassow versteht man viel leichter. Leichter aber heißt soviel wie volkstümlicher, den Massen näher, den Massen verständlicher. Die wahre, hohe Kunst kann nicht nur einem engen Kreise von Spezialisten verständlich sein. In der hinreißenden Schlichtheit ist ihre Kraft." Sehr richtig. Ganz dasselbe sagte aber schon ein gewisser Leo Tolstoj und kam auf diesem Wege zu der Behauptung (die man Lenin ganz sicher auch zutrauen könnte), daß „Onkel Toms Hütte" ein größeres Kunstwerk sei als der „Faust".

* * *

Aus Moskau wird berichtet, daß in dem dortigen „Haus der Presse" im Dezember eine Ausstellung deutscher Kinderbücher und Jugendschriften stattgefunden hat, gewissermaßen als Gegenleistung für die erfolgreiche Ausstellung russischer Kinderbücher in Berlin und Leipzig. Veranstalter der Ausstellung waren die rührige Gesellschaft zur Anknüpfung kultureller Beziehungen zwischen der Räterepublik und dem Auslande und J. P. Meksin, der Initiator der russischen Ausstellung in Deutschland. In der Moskauer Ausstellung waren 260 deutsche Kinderbücher und Jugendschriften zu sehen, die in zwölf große Gruppen gegliedert waren. Im Mittelpunkt des Ganzen stand eine Anzahl von Büchern, die die Entwicklung des deutschen Bilderbuches in den letzten Jahrzehnten vor Augen führen sollte; da sah man all die bekannten Bücher von Jul. Dietz, W. und G. Caspari, Karl Hofer, Freyhold, Kreidolf usw. Eine andere Gruppe zeigte die alten Meister des Kinder- und Bilderbuches in Neuausgaben — Ludwig Richter, Otto Speckter, Graf Pocci, Oskar Pletsch usw. Die verschiedenen Neuausgaben des Struwelpeter waren ebenfalls zu einer Sondergruppe zusammengefaßt. Natürlich fehlten auch sozialistische und kommunistische Bücher (wie

Digitized by Google

die schon vielfach ins Russische übersetzten Märchen von Hermynia zur Mühlen) nicht. Die Ausstellung erfreute sich eines sehr regen Besuches; Künstler, Buchhändler, Bibliothekare und Lehrer brachten ihr ein lebhaftes Interesse entgegen. Die technischen Vorzüge der deutschen Bücher wurden allgemein rückhaltlos anerkannt; schwieriger war es für die Besucher der Ausstellung, sich über die verschiedenen Strömungen innerhalb der deutschen Jugendliteratur zu orientieren. Die Presse sprach die Hoffnung aus, daß auch diese Ausstellung dazu beitragen möge, die Zusammenarbeit des russischen und des deutschen Volkes auf kulturellem Gebiet zu beiderseitigem Nutzen zu fördern.

Bibliographie

bearbeitet von H. Jonas.

A. Deutschland.

(Januar 1926 bis September 1927.)

Veröffentlichungen über Sowjetrußland in deutscher Sprache.

III. Geistiges Leben (Buchstaben A—J).

Abendland: Slawentum und Ostkirchen. 3 Beiträge zur Unionsfrage. Wien 1926. Verlag Mayer & Comp. 64 S.

Ackermann, Johannes: Tolstoj und das Neue Testament. Leipzig. Verlag Teubner. VIII und 127 S.

Alexejeff, W. G.: Goethe, Schiller, Herbart im Lichte des Moskauer exakten Idealismus. Dorpat 1926. Verlag C. Mattiesen. 11 S.

Allerhand, Walther: Leo Tolstoj als Dramatiker. Mit bes. Berücks. d. „Macht der Finsternis" und ihrer Inszenierungsprobleme. Ein Beitr. zur Erforschung Leo Tolstojs. Leipzig 1927. Verlag H. Haessel. XI u. 196 S.

Andrejew, L. N.: Die Geschichte von den sieben Gehenkten. München 1927. Musarion-Verlag. 164 S.

Anet, Claude: Ariane. Ein russisches Mädchen. Roman. Wien 1926. Verlag P. Zsolnay. 254 S.

Apuchtin, A. N.: Das Archiv der Gräfin D. Eine Novelle in Briefen. Aus dem Russischen von S. Ardan. Berlin 1927. Weltgeist-Verlag. 64 S.

Arseniew, N. v.: Die Kirche des Morgenlandes. Berlin 1926. Walter de Gruyter & Co. 104 S.

Babel, Isaak: Budjonnys Reiterarmee. Aus dem Russischen von D. Umanskij. Berlin 1926. Malik-Verlag. 223 S.

Bakunin, Michael: Freidenkertum. Wien 1927. Verlag R. Cerny. 71 S.

Baumhauer, Friedrich: Der Unterricht im Deutschen an dem deutschen Realgymnasium in Tiflis. Stuttgart 1926. Ausland- und Heimat-Verlag, A.-G. 58 S. Schriften des Deutschen Ausland-Instituts, Kulturhistorische Reihe, Bd. 16.

Digitized by Google

Beck, Erich: Die russische Kirche. Ihre Geschichte, Lehre und Liturgie mit besonderer Berücksichtigung ihrer Unterscheidungslehren und ihres Verhältnisses zur römischen Kirche. Bühl in Baden 1926. Verlag „Unitas". 112 S.

Berdjajew, Nikolaus: Das neue Mittelalter. Betrachtungen über das Schicksal Rußlands und Europas. Darmstadt 1927. Verlag O. Reichl. 137 S.

Berdiajew, N. A.: Der Sinn des Schaffens. Versuch einer Rechtfertigung des Menschen. Deutsch von Reinhold von Walter. Tübingen 1927. Verlag Mohr. VII und 393 S.

Berg, Ludwig: Die römisch-katholische Kirche und die orthodoxen Russen. Berlin 1926. Germania-Verlag. 66 S.

Bienstock, Gregor: Neue Ufer. Russische Novellen. Berlin 1926. Verlag E. Laub. 166 S.

Bjely, A.: Die silberne Taube. Roman. (Übertragen aus dem Russischen von Lully Wiebeck.) Stettin 1927. Verlag O. Muhl. VI und 437 S.

Bogoljubow, E.: Das internationale Schachturnier Moskau 1925. Berlin 1927. Verlag Walter de Gruyter & Co. XII und 222 S.

Braatz, Kurt von: Fürst Anatol Pawlowitsch Lieven. Stuttgart 1926. Verlag Chr. Belser A.-G.

Bubnoff, Nicolai v.: Kultur und Geschichte im russischen Denken der Gegenwart. Berlin 1927. Verlag H. Sack. 57 S. (Sammlung Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, Abt. Sprachwissenschaft, Literatur und Geschichte, Heft 2.)

Dostojewskij, F. M.: Roskolnikoff (Schuld und Sühne). Roman. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 682 S.

Dostojewskij, F. M.: Die Erniedrigten und Beleidigten. Roman. Berlin 1926. Verlag A. Weichert. 459 S.

Dostojewskij, F. M.: Aus dem Totenhause. Denkwürdigkeiten eines nach Sibirien Verbannten. Leipzig 1927. Verlag Hesse & Becker. 371 S.

Dostojewskij, F. M.: Der Spieler. Roman und Anderes. (Vollständige Ausgabe ins Deutsche übertragen von A. Eliasberg und Karl Nötzel.) Berlin 1927. Verlag Th. Knaur Nachf. 387 S.

Dostojewskij, F. M.: Der Spieler, Arme Leute und Weiße Nächte. 3 Romane. Berlin 1926. Verlag A. Weichert. 427 S.

Dostojewskij, F. M.: Der Spieler. Leipzig 1927. Verlag Quelle und Meyer. IV und 171 S.

Dostojewskij, F. M.: Die weißen Nächte. Aus den Erinnerungen eines Träumers. Sentimentaler Roman. Leipzig 1927. Verlag Reclam. 96 S.

Dostojewskij, F. M.: Ein schwaches Herz. Berlin 1926. Verlag Siedentop & Co. 77 S.

Dostojewskij, F. M.: Heilige Leidenschaft. Die Wirtin. Leipzig 1927. Verlag Reclam. 144 S.

Dostojewskij, F. M. Die Sanfte. München 1927. Verlag Georg Müller. 209 S.

Dostojewskij, F. M.: Arme Leute und andere Erzählungen. (Deutsch von H. Kolls und Arthur Luther.) Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 290 S.

Dostojewskij, F. M.: Der Doppelgänger und andere Erzählungen. Deutsch von Arthur Luther. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 311 S.

Dostojewskij, F. M.: Der Großinquisitor. Eine Phantasie. Wolfenbüttel 1926. Heckners Verlag. 39 S.

Digitized by Google

Dostojewskij, F. M.: Aufzeichnungen aus dem Kellerloch. München 1927. Verlag R. Piper & Co. 150 S.

Dostojewskij, F. M.: Volk und Mensch. Ausgewählte Werke. Stuttgart 1926. Verlag F. Frommann. 95 S.

Dostojewskij, F. M.: Briefe. Ausgew., eingel. und erl. von Arthur Luther. Leipzig 1926. Bibliographisches Institut. 480 S.

Fankhauser, Alfred: Iwan Petrowitsch. Erzählungen aus den Tagen russischer Not. Berlin 1926. Verlag- und Kunstanstalt. 132 S.

Fedin, K., Pilniak, B., Lawrenjow, B.: Zwischen gestern und morgen. Eine Novellenfolge. Berlin 1926. Taurus-Verlag. VIII und 339 S.

Frank, Simon: Die russische Weltanschauung. Berlin-Charlottenburg 1926. Pan-Verlag. 41 S.

Fülöp-Miller, René und Eckstein, Friedrich: Der unbekannte Dostojewskij. München 1926. Verlag R. Piper & Co. XV und 538 S.

Galahad, Sir: Idiotenführer durch die russische Literatur. München. A. Langen. 164 S.

Garschin, W.: Eine Nacht. München 1926. Verlag Georg Müller. 228 S.

Gladkow, F.: Zement. Roman. (Aus dem Russischen von Olga Halpern.) Berlin und Wien 1927. Verlag für Literatur und Politik. 464 S.

Goetz, F.: Leo Tolstoj und das Judentum. Riga 1927. Buchdruckerei „Splendid". 68 S.

Gogol, Nikolai: Die toten Seelen oder Die Abenteuer Tschitschikows. Berlin 1927. Verlag Th. Knaur. 615 S.

Gogol, N. W.: Das Bildnis. Eine Erzählung. Übertragen von Arthur Luther. Leipzig 1926. Insel-Verlag. 79 S.

Gontscharow, Iwan: Gesammelte Werke in 4 Bänden. Berlin 1926. Verlag B. Cassirer.

Gorki, Maxim: Das Werk der Artamanows. Roman. Berlin 1927. Malik-Verlag. 420 S.

Gorki, Maxim: Der 9. Januar. Die Ereignisse in Petersburg am 9. Januar 1905. Berlin 1926. Malik-Verlag. 64 S.

Gorki, Maxim: Der 9. Januar. Magdeburg 1927. Verlag der freien weltlichen Schulen. 16 S.

Gorki, Maxim: Die alte Isergil. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 302 S.

Gorki, Maxim: Die Mutter. Berlin 1927. Malik-Verlag. 476 S.

Gorki, Maxim: Geschichten von Landstreichern. Aus dem Russischen von Arthur Luther. Leipzig 1927. Insel-Verlag. 78 S.

Gorki, Maxim: Märchen der Wirklichkeit. Langensalza 1927. Verlag Julius Beltz. 32 S.

Gorki, Maxim: Meister-Erzählungen. Berlin 1927. Verlag M. Maschler. 397 S.

Gorki, Maxim: Wanderer in den Morgen. Berlin 1926. Verlag Ullstein, A.-G. 377 S.

Havelock: Die Moskauer Knute. Ein Bändchen Zeitgeschichte. Berlin 1926. Neuer Deutscher Verlag. 91 S.

Isjagin, Fedor B.: Der Herr ohne Hose. Eine Sammlung merkwürdiger Begebenheiten. Frankfurt a. M. 1926. Iris-Verlag. 145 S.

Digitized by Google

Bücherschau.

Japikse, Dr. N.: Europa und Bismarcks Friedenspolitik (Europa und Bismarcks Vredespolitiek). Die internationalen Beziehungen von 1870 bis 1895. Herausgegeben vom Niederländischen Komitee zur Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges (1. Auflage). Aus dem Holländischen übersetzt von Frau T. Wolff-Mönckeberg. Berlin 1927. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. X u. 202 Seiten. Preis in Pappband Rm. 13,—; in Ganzleinen Rm. 15,—; in Halbleder Rm. 17,50.

Die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte hat sich der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in sorgfältiger deutscher Übersetzung die erste Veröffentlichung des Niederländischen Komitees zur Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges einem weiten Leserkreis zugänglich zu machen. In seinem Buch „Europa und Bismarcks Friedenspolitik" versucht der Verfasser, der holländische Gelehrte Dr. Nikolaus Japikse, auf Grund eines eingehenden Aktenstudiums, sowie unter Zugrundelegung einer recht umfangreichen Literatur, Bismarcks auswärtige Politik seit der Reichsgründung einer allseitigen Beleuchtung zu unterziehen. Eine Aufgabe, die Japikse um so erstrebenswerter erscheint, als seiner Ansicht nach ein Verständnis der Wilhelminischen Epoche ohne eingehende Untersuchung der vorhergehenden Periode unmöglich ist.

An Hand einer knappen, jedoch klaren und übersichtlichen Schilderung der wichtigsten politischen Aktionen und Ereignisse während der zwei Dezennien nach 1870 beweist der Verfasser mit einer beachtenswerten Objektivität den einwandfrei friedlichen Charakter der Außenpolitik Bismarcks, dem es nach der Reichsgründung lediglich um den Ausbau und die Sicherung seiner Schöpfung zu tun gewesen ist. In diesem Zusammenhang werden von Japikse auch die Defensivbündnisse mit Österreich-Ungarn, Italien, Rumänien, Rußland, die deutsch-französische Annäherung zur Zeit Ferrys, sowie die deutsch-englischen Bündnisfühler der 80er Jahre gewertet.

Mit den einzelnen Thesen des holländischen Gelehrten wird sich die deutsche Geschichtswissenschaft noch auseinander zu setzen haben. An dieser Stelle sei nur, ohne Schmälerung der Verdienste des Verfassers auf seine unverhältnismäßig kurze Behandlung der deutsch-russischen Beziehungen der 80er Jahre hingewiesen. Auch der Bedeutung und den Motiven des Rückversicherungsvertrages scheint Japikse nicht in vollem Umfange Rechnung getragen zu haben, obgleich auch er in der Tatsache der Nichterneuerung einen groben politischen Fehler erblickt. Endlich hätte bei Benutzung einer so trüben Quelle wie Cyon, den Japikse häufig zitiert, noch größere Vorsicht und Skepsis walten müssen. Der angebliche Deutschlandhaß der russischen öffentlichen Meinung erscheint dadurch in einer nie vorhanden gewesenen Stärke und einem nicht vorhanden gewesenen Umfang. I. G.

Georges Duhamel: Le voyage de Moscou. Paris (Mercure de France) 1927. 258 S.

Ein Buch, das aus der jetzt schon recht stattlich gewordenen Masse der Reiseberichte vom neuen Rußland herausgehoben zu werden verdient, vorbildlich in seiner Haltung, ruhig, gerecht und human. Es sind anspruchslose Aufzeichnungen aus dem Gebiet kulturellen Lebens, nicht beschwert durch Statistiken oder wirtschaftliche Erwägungen. D. hat nur die große Straße befahren wie mancher andere; Leningrad und Moskau sind seine einzigen Stationen; aber sein Urteil über die Dinge, die er gesehen hat, wird auch den Kenner interessieren. Er wahrt sich durchaus den Standpunkt eines strengen Individualisten, aber er hat die geistige Freiheit, die ebenso zur Kritik wie zur Anerkennung des anders Gearteten befähigt. D. hat den Blick für das

Digitized by Google

lebendige Rußland, der tiefer dringt als bis zu seiner sozialen und politischen Form. R. S.

Nikolai Ognjew: Das Tagebuch des Schülers Kostja Rjabzew. Ins Deutsche übertragen von Maria Einstein. Berlin (o. J.). Verlag der Jugendinternationale. 270 S.

Das Buch, dessen Erscheinen in Rußland großes Aufsehen erregt hat, verdankt diesen Erfolg nicht so sehr seinen künstlerischen Qualitäten, als in erster Linie der Aktualität des von Ognjew gewählten Themas. Der Verfasser, selbst ein „Schkrab" (Schularbeiter), läßt seinen fünfzehnjährigen Helden sehr genau über seine Schule, über den Lehrbetrieb, über das Verhältnis zwischen dem Lehrpersonal und den Kindern usw. berichten. Kostja Rjabzew ist kein Musterschüler, ist auch nicht übermäßig begabt. Das Lernen fällt ihm schwer, sein geistiger Horizont ist ziemlich beschränkt; er fesselt aber unsere Aufmerksamkeit, weil er den Typ eines russischen Durchschnittsjungen von heute darstellt, eines Jungen, der keine kulturellen Traditionen mit sich in die Schule gebracht hat, für den das Leben erst mit der Revolution beginnt, der darauf stolz ist, daß sein Vater ein Proletarier und kein „verseuchter Intellektueller" ist. Typisch ist auch sein Protest gegen die Lehrer, die sich unterstehen, die Schüler „Kinder" zu nennen, gegen den „Lord" Dalton, den Schöpfer des unverständlichen Lehrplanes, — gegen Shakespeare, gegen alles, was noch „von früher her" stammt. — Und diese Jugend wird das künftige Rußland bauen: es ist an der Zeit, sie schon heute kennenzulernen. L. J.

Ostpreußen und Polen. Ein Beitrag zum deutsch-polnischen Handelsvertrag. Von Dr. Fritz Beckmann, o. Professor der Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf. Sonderdruck aus „Berichte über Landwirtschaft", Neue Folge, Bd. VI, Heft 2. Verlagsbuchhandlung Paul Parey, Berlin 1927. 40 S., geb. 1 RM.

Mit temperamentvoller Einseitigkeit schildert Beckmann die wirtschaftlichen und nationalpolitischen Gefahren, die der ostpreußischen Landwirtschaft aus einem deutsch-polnischen Handelsabkommen erwachsen können. Polen produziert an denselben landwirtschaftlichen Massengütern wie Ostpreußen — Roggen, Kartoffeln, Schweine — einen Überschuß. Es hat den Vorteil der billigeren Arbeitskräfte und eines Frachtenvorsprungs auf dem deutschen Markt. Die Möglichkeit einer Ergänzung der beiden Lebensmittelproduzenten Ostpreußen und Polen in Jahren verschiedenen Ernteergebnisses fällt bei den gleichen klimatischen Bedingungen der beiden Konkurrenten aus. Schon heute ist die Landwirtschaft in Ostpreußen unrentabel. Wenn der vom Reiche abgeschnittenen Provinz nicht durch finanzpolitische und darüber hinaus durch handelspolitische Sonderregelung geholfen wird, droht sie dem polnischen Druck wirtschaftlich und im Gefolge nationalpolitisch zu erliegen. Diese schweren Probleme in so scharfer Weise herausgestellt zu haben, ist das Verdienst der Beckmannschen Schrift, die schon bei ihrem Erscheinen in den „Berichten über Landwirtschaft" berechtigte Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Lösung der Probleme ist ohne Einordnung in einen größeren Rahmen kaum denkbar. R. R. B.

Ostdeutscher Heimatkalender. 7. Jahrgang 1928. Herausgegeben vom Deutschen Ostbund, Berlin W 9. 16 Seiten. 1,50 RM.

Der Kalender bringt einen ausführlichen Überblick über Tätigkeit und Organisation des herausgebenden Verbandes; Hervorhebung verdient die Errichtung eines Archivs zur Sammlung von Quellenmaterial über die Zeit des Zusammenbruchs der deutschen Herrschaft in Posen und Westpreußen. Der umfangreiche Textteil, der geschickt zusammengestellt und gut ausgestattet ist, spannt seinen Bogen vom Baltikum bis nach Siebenbürgen. R. R. B.

Digitized by Google

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die Psychologie des Bolschewismus. (The Psychology of Bolshevism. Von *Dorothy Hanbury.*
„The National Review", London, Januar 1928, S. 713—721.
Der Bolschewismus kann nicht nach westlichen Anschauungen beurteilt werden, er ist keine nur politische Bewegung, er ist die Antithesis des Christentums. Die Diktatur des Proletariats ist zu einer Diktatur weniger über das Proletariat geworden. In der kommunistischen Jugend gewinnt die Opposition an Boden. England muß das russische Volk, das in seinem Innersten vom Bolschewismus unberührt geblieben ist, zu überzeugen wissen, daß es der Feind des Sowjetregimes, nicht der Feind Rußlands ist; je stärker alle europäischen Völker zusammenstehen, desto eher wird das russische Volk befreit werden. Der Abbruch der Beziehungen war aus Gründen der Moral und der Selbsterhaltung gerechtfertigt. Daß das Ende der Sowjetherrschaft kommen wird, ist sicher; es fragt sich nur, wann und wie. Das dann kommende Rußland wird in allem das Gegenteil des bolschewistischen sein. R. R. B.

Die Bolschewisten und die Front im Oktober-November 1917. (Bolsheviki i front v oktjabre-nojabre 1917.) Von *M. Pokrovskij.*
„Krasnaja Nov", 1927, Heft 11, S. 157—170.
Die Abhandlung des angesehenen russischen Historikers beruht auf der bisher unveröffentlicht gebliebenen Niederschriften der vom Stabsquartier des Oberbefehlshabers der russischen Armee, von den Stabsquartieren der einzelnen Fronten, sowie vom Krigsministerium in der Zeit vom 7. November bis zum Beginn der Friedenspräliminarien mit Deutschland, d. h. bis zum 3. Dezember 1917 geführten Telephongespräche. Diese äußerst wichtigen Dokumente zeigen mit erschütternder Deutlichkeit die völlige Isolierung und Machtlosigkeit Kerenskijs nach dem Bolschewistensieg, den über Nacht eingetretenen Zerfall der russischen Armee und die Atmosphäre der allgemeinen Kriegsmüdigkeit, in der die Friedensverhandlungen eröffnet wurden. L. J.

Der Kampf mit der Obdachlosigkeit der Kinder in RSFSR. (Bor'ba s detskoj besprizornost'ju v RSFSR.) Von *M. Boguslavskij.*
„Krasnaja Nov", 1927, Heft 8, S. 139—163.
Obgleich die Zahl der obdachlosen Kinder in der RSFSR. seit 1920/21 — den schlimmen Hungerjahren — zurückgegangen ist, bleibt dieses Problem nach dem Zeugnis von Boguslavskij „eine der wichtigsten Fragen, denen erhöhte Aufmerksamkeit seitens der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen zugewandt werden soll". Die wachsende Arbeitslosigkeit unter den Erwachsenen, sowie unter den Minderjährigen bringt es mit sich, daß eine immer größere Anzahl von Kindern — hauptsächlich aus den Arbeiter- und Bauernfamilien — auf die Straße geworfen wird. Ein von Boguslavskij gegebener Überblick der vom Rat der Volkskommissare, vom VZIK, vom Volkskommissariat für Bildungswesen und von verschiedenen Kommissionen getroffenen Maßnahmen zeigt den von verantwortlichen Regierungsorganen geführten Kampf gegen die Obdachlosigkeit und dessen große Schwierigkeiten. Sehr eingehend schildert der Verfasser die Organisation und die Arbeit der vielen Kinderheime —zurzeit 2711 an der Zahl, die mehr als 200 000 Kinder beherbergen. Trotz der großen Summen, die dafür bewilligt werden — im Jahre 1926/27 waren es mehr als 13 Prozent des Gesamtetats des Volkskommissariats für Bildungswesen — „ist der Zustand dieser Häuser größtenteils unbefriedigend". So besitzen z. B. nur 58 Prozent der Kinderheime für jedes Kind ein Bett; in einem Bogus-

Digitized by Google

lavskij bekanntgewordenen Falle waren für 155 Kinder nur 40 Betten vorhanden. Die antihygienischen Lebensbedingungen, der Mangel an nötigen pädagogischen Kräften und an festem Arbeitsprogramm und insbesondere die zunehmende Indifferenz in der Frage der Obdachlosigkeit seitens der breiten Bevölkerungsmassen sind nach der Ansicht des Verfassers die Haupthindernisse für die Beseitigung dieser furchtbaren Zustände. L. J.

Rußlands Weltplan. (Russia's World Game). Von *Stanley High.*
„Harper's Magazine", New York, Dezember 1927, S. 110—118.
Die Methoden der bolschewistischen Propaganda finden besondere Anwendung gegenüber den farbigen Völkern in aller Welt, vor allem jedoch in Asien. Schon 1919 wurde eine Orientalische Abteilung des Außenkommissariats unter Leitung des namhaften Orientalisten Vosnesenski gebildet. Auf die panislamitische Bewegung wurde starker Einfluß genommen. Mit Kongressen, Zeitungen, Schulen und besonderen Organisationen werden die verschiedenen Völker bearbeitet. Diese Propagandatätigkeit in den asiatischen Ländern schildert der Verfasser auf Grund von Studien an Ort und Stelle. R. R. B.

Die deutsche Ostpolitik. (La politique orientale de l'Allemagne).
„L'Europe nouvelle", 3. 12. 27, S. XX 1605—1607.
Der Berliner Mitarbeiter der Zeitschrift schildert die deutsche Stellungnahme zum französisch-jugoslavischen Vertrag, die Anschlußfrage und das deutsch-russische Verhältnis. R. R. B.

Der persisch-sowjetrussische Vertrag auf dem Boden der Politik der Sowjetunion und der mohammedanischen Staaten. (Traktat sowiecko-perski na tle Polityki Sowietow i Panstw mahometanskich.)
Von *Marjan Uzdowski.*
„Przeglad Polityczny", Band 7, Heft 3, 1927.
Nachdem der Sieg Polens im Jahre 1920 den Versuchen Sowjetrußlands, die Revolution nach Westen zu tragen, ein Ende bereitet hatte, wandte Rußland sich entschieden nach Asien hin. Durch seine Agitation im nahen und im fernen Osten rief es eine Gegenwirkung Englands hervor, verstand es aber sehr geschickt, die Meinung zu verbreiten, daß in seinem Konflikt mit Europa die Angriffsabsicht auf der anderen Seite liege. Die Bemühungen Sowjetrußlands sowohl wie Englands in der Türkei, Persien und Afghanistan stießen insofern auf einen unerwarteten Widerstand, als diese Länder sich von jeder Bevormundung frei zu machen suchten. In diesem Sinne ist auch der persische Vertrag mit der Sowjetunion zu verstehen, der zugleich der Zurückweisung englischer Bestrebungen dient. Er bedeutet eine gewisse Hinneigung zu Rußland, wobei die engen Wirtschaftsbeziehungen Nord-Persiens zu Rußland eine Rolle spielen, ist aber nicht als eine dauernde Annäherung Persiens an Rußland, sondern als ein Schritt auf dem Wege der Erringung der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit Persiens anzusehen. P. R.

II. Wirtschaft.

Zur Wirtschaftslage Rußlands. (Z gospodarczego polozenia Rosji.) Von *S. S.*
Przeglad Gospodarczy, Jahrgang 8, Heft 22, November 1927.
Das Grundproblem des fünfjährigen Wirtschaftsplans der Sowjetunion ist das Problem Dorf und Stadt, Landwirtschaft und Industrie, Bauer und Arbeiter, das auch der Abspaltung der kommunistischen Opposition in der Sowjetunion zugrunde liegt. Die Vorschläge dieser Opposition, die Landwirtschaft stärker zu belasten, sind in diesem Plan verworfen worden. Es wird vielmehr vorgesehen, die industrielle Produktion durch Rationalisierung, durch Heranziehung von Heimindustrie und Handwerk, durch Ausbau der Verkehrswege und durch staatliche Förderung vor allen Dingen derjenigen Industrien, die Produktionsmittel erzeugen, zu heben

Digitized by Google

und auf der anderen Seite die landwirtschaftliche Erzeugung durch Steuervergünstigungen, technische Verbesserungen und vermehrte Anwendung von Maschinen so zu fördern, daß ein höherer Ausfuhrüberschuß erzielt wird. Im Finanzwesen wird eine Beschränkung der Geldemission und die Bildung von Sparkapital angestrebt. Aus alledem geht hervor, daß die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung sich auf die in kapitalistischen Staaten üblichen Voraussetzungen stützt und frühere Grundsätze verläßt. Wenn nicht Hemmungen vor allem politischer Art eintreten, kann man in den nächsten Jahren mit einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion rechnen. P. R.

Die wirtschaftlichen Folgen des Konflikts zwischen England und der Sowjet-Union. (Konsekwencje gospodarcze zatargu angielsko-sowieckiego.) Von *M. Kalecki.*

„Przeglad Gospodarczy", Jahrgang IX, Heft 1, Januar 1928.

Aus statistischen Angaben über den Handel zwischen England und der Sowjetunion wird der Schluß gezogen, daß die Ausfuhr der Sowjetunion nach England sich nach dem Abbruch nicht vermindert hat, daß die Ausfuhr aus England nach der Sowjetunion zwar gefallen ist, aber nicht in erheblichem Maße, daß es aber der Sowjetunion im großen Umfange gelungen ist, England als Transitland und als Vermittler im Bezug von Rohstoffen auszuschalten, wie die stark zurückgegangenen Ziffern des Re-Exportes zeigen. Die Sowjetunion ist auch bemüht, England als Absatzmarkt zu umgehen, beispielsweise durch Verlegung des Platinmarktes von London nach Berlin und Newyork. Eine Verdrängung des russischen Naphthas vom englischen Markt ist dem sowjetfeindlichen Naphthakapital nicht gelungen. Der Konflikt Englands mit der Sowjetunion hat also im ganzen weniger auf die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zurückgewirkt als zu erwarten wäre, vor allem dank der Haltung Englands, das sich der Sowjetunion gegenüber im allgemeinen darauf beschränkte, ihr Kreditquellen zu verschließen. P. R.

Die russische Agrarrevolution. Von *Paul Olberg.*

„Zeitschrift für Geopolitik", November 1927, S. 959—970.

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten ging die russische Binnenwanderung nicht vom Land in die Städte, sondern auf noch freies Ackerland. Infolgedessen hat Rußland die Wirtschaftsphasen des Handwerks und der Manufaktur nicht durchgemacht. Die Industrie erwuchs nicht organisch, sondern wurde, als ihr Bestehen sich als notwendig erwies, dem westeuropäischen Vorbilde nachgebildet. Rußland blieb Agrarstaat. Den Ausgangspunkt der russischen Agrarrevolution bildete die Bodenverschiebung zugunsten der Großgrundbesitzer anläßlich der Bauernbefreiung. Infolge der Revolution ist der gesamte Kulturboden mit Ausnahme von 3,2 Prozent für Rußland und von 4 Prozent für die Ukraine in den Besitz der Bauernschaft übergegangen. Die agrarpolitischen Maßnahmen des „Kriegskommunismus" und der „NEP." haben eine weitgehende, doch nicht universelle Nivellierung der Bauernschaft zum Ergebnis. Trotz der Bevölkerungsverluste infolge von Krieg und Bürgerkrieg hat Rußland heute schon wieder eine r e l a t i v e Überbevölkerung; der Landmangel nimmt, von Süden und Osten ausgehend, in der Richtung nach Nordwesten immer mehr zu. Da die „freien Länder" innerhalb Rußlands nahe zu erschöpft sind, bleiben Intensivierung der Landwirtschaft und Entwicklung der Industrie die beherrschenden Probleme der russischen Wirtschaftspolitik. R. R. B.

Das russische Petroleum. (Le pétrole russe.) Von *A. de Goulévitch.*

„Revue économique internationale", Brüssel, 19e année, vol. IV No 2, November 1927, S. 232—246.

Der Aufsatz untersucht den Einfluß des ausländischen Kapitals auf die kaukasischen Ölvorkommen. 1922 betrug die ausländische Beteiligung nach der — wahrscheinlich zu niedrigen — Sowjetstatistik 253 520 000 Goldrubel; davon entfielen Hundertteile auf: England 68, Frankreich 20,

Digitized by Google

Deutschland 5, Holland 4,2, Belgien 2,8. Inzwischen sind wichtige Verschiebungen dieses Verhältnisses eingetreten. Der deutsche Anteil ist fast ganz in Wegfall gekommen. Das englische Kapital, dem man das holländische hinzurechnen darf, hat einen großen Teil der französischen Interessen übernommen. Die weitaus stärkste Gruppe in der russischen Petroleumindustrie ist mithin die „Royal Dutch Shell", die seit 1912 in Rußland arbeitet. Vor dem Kriege war die englisch-französische „Russian General Oil" noch stärker als die R. D. S. Damals wirkte als dritte Hauptgruppe die russisch-deutsche Nobelgesellschaft, die während des Krieges zeitweise von der R. G. O. übernommen wurde. Seit 1922 hat die amerikanische „Standard Oil" auf die Nobel-Gesellschaft steigenden Einfluß genommen. Frankreichs und Belgiens Anteile an einer Reihe russischer Gesellschaften haben sich nach dem Kriege vermindert; dieser Verlust ist durch die Erwerbungen der 1920 gegründeten „Société Pétroles, Essences et Naphtes" und „Trust Franco-Belge des Pétroles" zunächst wieder ausgeglichen worden. Doch hat besonders die letztgenannte Gesellschaft gegenüber der englischen und amerikanischen Konkurrenz wieder Boden verloren. R. R. B.

Ausländische Konzessionen in Rußland. Von *Heinrich Johannes.*
„Zeitschrift für Geopolitik", November 1927, S. 918—920.
Die russische Konzessionspolitik besteht seit fünf Jahren. Zu unterscheiden sind drei Arten von Konzessionen: 1. Handels- und Verkehrskonzessionen, 2. Produktionsunternehmen, 3 technische Beratung. Bedenklich ist die Schwierigkeit für die Konzessionäre, sich vor Vertragsabschluß hinreichend zu informieren. Eine weitere Schwierigkeit bietet der Transfer der erzielten Gewinne ins Ausland. R. R. B.

III. Geistiges Leben.

„Heiliges Rußland." („Holy Russia.") Von *Brian P. O'Seasnain.*
„The Catholic World", New York, Dezember 1927, S. 347—356.
Kurzer Abriß der russischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der kirchlichen Entwicklung. R. R. B.

Zehn Jahre der russischen Literatur. (Desjat' let russkoj literatury.) Von *M. Slonim.*
„Wolja Rossii", 1927, Heft 10, S. 61—75.
Ein Rückblick auf das zehnjährige Bestehen der Sowjetherrschaft in Rußland bringt den Verfasser, den ständigen Literarkritiker der oben angeführten Zeitschrift, zu dem Ergebnis, daß die russische Kultur sich stärker als die Sowjetregierung erwiesen hat. Die nach der Revolution mit Hilfe von unzähligen „Proletkulten" „künstlich ins Leben gerufene" Literatur mit ihrem revolutionären Pathos und gesteigerten Maschinenromantik hat sich nicht bewährt. Denn es gibt keine „proletarische, sondern nur eine russische Literatur". Und als Begründung seiner These, daß „die russische Literatur sich während der Revolutionszeit in der Richtung weiterentwickelt hat, die auf dem Gebiete der Dichtkunst als Reaktion gegen den Symbolismus bezeichnet werden muß", bringt Slonim eine Reihe kurzgefaßter Charakteristiken der heutigen Vertreter der russischen Literatur, in erster Linie der Dichter. L. J.

Die Dichtkunst (1917—1927). (Poezija.) Von *P. Kogan.*
„Krasnaja Nov", 1927, Heft 11, S. 192—208.
Der bekannte russische marxistische Literaturhistoriker betrachtet das Jahr 1917 als einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der russischen Dichtkunst, der eine neue, glänzende und tatenreiche Ära eingeleitet hat. Der vor der Revolution herrschende Symbolismus war seiner Meinung nach „eine im tiefsten Sinne des Wortes antisoziale, der wissenschaftlichen und kollektivistischen Weltanschauung der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehende Dichtrichtung". Der „Oktober" hat ihm aber den vernichtenden Schlag versetzt und die „Umwertung aller Werte" mit

Digitized by Google

sich gebracht. Ein großer Teil der „alten" Dichter, wie Bunin, Chodasevitsch, Gippius usw. floh ins Ausland, die anderen, wie Alexander Blok und Esenin, gingen an der Unmöglichkeit, ihre Lyra mit der Revolution in Einklang zu bringen, zugrunde. „Und so konnte eine echt revolutionäre Poesie erst in dem Augenblick entstehen, als proletarische Dichter oder mit dem Proletariat organisch verbundene Intellektuelle in die Literatur eintraten." Dabei haben sich zwei Gruppen gebildet: die erste, „die den Namen ‚Kusniza' (Schmiede) angenommen hat und deren abstrakter romantischer Pathos für die ersten Revolutionsjahre bezeichnend ist", hat bereits ihre Rolle ausgespielt; an ihre Stelle ist die andere getreten, die sich um den Almanach ‚Oktober' schart und „sich bemüht, von der revolutionären Romantik zu der Wiedergabe des Werktages und lebendiger Typen vorzustoßen, das ganze Leben, die ganze innere Welt des Menschen zu umfassen". „Allein — beeilt sich der vorsichtige Verfasser hinzuzufügen — die Erweiterung des Themas bedeutet noch keine Untreue dem Proletariat gegenüber . . . Es ist lediglich ein Zeugnis dafür, daß das neue revolutionäre Bewußtsein die Grenzen der unmittelbaren Aufgabe — der Bekämpfung des Feindes auf der militärischen und wirtschaftlichen Front — bereits überschritten hat und daß eine gewaltige innere Arbeit für die Schaffung einer neuen Persönlichkeit vor sich geht . . ." L. J.

B. Polen.

Die deutsch-polnische Grenze. (La frontière entre la Pologne et l'Allemagne.) Von *A. S.*

La Pologne politique, économique, littéraire et artistique, Paris, Dez. 1927, S. 809—814.

Darstellung der Grundprobleme vom polnischen Standpunkt, Ablehnung jeder Revision. R. R. B.

Polen und die baltischen Staaten. (La Pologne et les Etats Baltes.) Von *Marcel Handelsman.*

Le monde slave, Paris, Oktober 1927, S. 81—106.

Um die Randstaaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) kämpfen seit Jahrhunderten drei Kräfte: die jeweils führende Ostseemacht, in letzter Zeit vor dem Kriege Deutschland; Rußland, dessen Drang zum Meere auch durch die neue Staatsform nicht vermindert worden ist; Polen, für dessen Ostgebiete hier die natürlichen Ausfuhrhäfen lagen. Für das durch den Weltkrieg neu geschaffene Polen liegt die baltische Frage insofern ganz anders, als sie aus einem örtlich begrenzten Problem zu einem der Weltpolitik geworden ist. Mit Lettland und Estland kommt Polen allmählich zu einer Annäherung, während seine Beziehungen zu Litauen nach wie vor den wunden Punkt der baltischen Frage bilden und Finnland eine eigene Linie einzuhalten versucht (kulturell Zusammenarbeit mit den skandinavischen Ländern, politisch mit den baltischen Staaten und Polen bei Unabhängigkeit bzw. Anlehnung an England in Völkerbundsfragen). Alle polnischen Regierungen sind für Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der baltischen Staaten eingetreten. Die Fühlung ist durch eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Konferenzen und Abmachungen von 1920 bis 1927 von Polen aus enger zu gestalten versucht worden. Der Kampf um das Baltikum ist nicht ein Kampf zwischen Polen und Rußland, sondern letzten Endes ein Kampf zwischen Völkerbundgeist und Sowjetgeist. R. R. B.

Die Bedeutung des Mittelland-Kanals für Deutschland und Polen. (Znaczenie Mittellandskanal'u dla Miemiec i Polsi.) Von *Alexander Ringman.*

„Przemysk i Handel", Jahrgang 8, Heft 46, November 1927.

Der Verfasser geht von der Ansicht aus, daß Deutschland mit großem Aufwand den Ausbau seiner Wasserstraßen, insbesondere die stückweise Vollendung des Mittelland-Kanals betreibt. Dieser Kanal würde auch für Polen, insbesondere für seine westlichen Gebiete eine große Bedeutung

Digitized by Google

haben. Interessierte deutsche Kreise in Oberschlesien fordern als Gegengewicht gegen den Mittelland-Kanal den Ausbau des Klodnitz-Kanals, was auch für die Ausfuhr aus Polnisch-Oberschlesien und Galizien wertvoll sein würde. Der Mittelland-Kanal dagegen würde bei einem entsprechenden Ausbau der polnischen Wasserstraßen noch weit größere Bedeutung für Polen haben. Dadurch würde der Transport von Massengütern aus ganz Polen einschließlich Ostpolens nach Deutschland ermöglicht, ja sogar ein Transitverkehr aus Rußland und der Ukraine durch Polen bis nach dem Rhein hin, und überdies die wirtschaftliche Erschließung Ostpolens gefördert. P. R.

Die polnische Kunst in Paris. (L'art polonais à Paris.) Von *Ed. Woroniecki*, *„La Pologne politique, économique, littéraire et artistique", Nr. 24, 15. Dez. 1927. 886 ff.*

Der Aufsatz gibt eine Übersicht der im Dezember in Paris stattgefundenen Ausstellungen der polnischen Maler; es werden zunächst die Namen von M. Weingart, K. Cykowski und Cz. Mystkowski genannt. — Der Erste, ein bereits in Frankreich bekannter Akt- und Porträtmaler, scheint dem Verfasser in seiner Entwicklung stehengeblieben zu sein; dagegen überraschen die neuen Bilder Cykowskis, die unter den Eindrücken seiner Marokkoreise entstanden sind, durch die Plastik und Gesättigkeit der Farben und die Klarheit der Komposition. Mystkowskis Arbeiten geben die Landschaft und das Leben der Bevölkerung der Bretagne wieder. In diesen Bildern offenbart er sich als ein bedeutender und reifer Kolorist und Aquarellist. Alle genannten Künstler haben ihre Anfangsstudien in Warschau oder Petersburg gemacht, danach aber mehrere Jahre in Frankreich verbracht und hier die für ihre künstlerische Entwicklung ausschlaggebenden Eindrücke empfangen.

Die polnische bildende Kunst steht schon seit längerer Zeit in so enger Verbindung mit der französischen, daß hier nach der Meinung des Verfassers eher von einer tiefen Wesensverwandschaft als von französischer Beeinflussung die Rede sein kann. E. S.

Dem Andenken von St. Przybyszewsky. (Pamięci St. Przybyszewskiego.) *„Droga" Nr. 11, 1927, S. 1—8.*

In diesem Nachruf spricht der unbekannte Verfasser von der Bedeutung des Dichters und Denkers Przybyszewsky für Polen.

Przybyszewsky trat mit seinen Werken in der Zeit der trostlosesten moralischen Depression hervor, als alle Gedanken nur auf die Erwartung des großen Wunders — der Befreiung Polens — konzentriert waren. Doch wurde die politische Lage immer hoffnungsloser, — man wagte an die Verwirklichung dieses Wunders kaum noch zu hoffen, — aber ohne politische Freiheit schien das Leben wertlos und schal, ja man glaubte kein Recht auf die einfache unmittelbare Lebensfreude zu haben.

Przybyszewsky war der erste, der die Gefahr dieser resignierten Stimmung erkannte. Seine Predigt lautete: „Das Leben ist die erste Pflicht des Menschen, und leben muß man um jeden Preis!" Seine Ideen wirkten auf Tausende wie eine Erlösung; viele schöpferische Kräfte wurden wach, und daß sich die Epoche Przybyszewskys zu einer der kulturell bedeutendsten gestaltete, ist nicht zuletzt ihm zu verdanken.

Zum Gegenstande des Schaffens von Przybyszewsky wurde der Mensch als solcher, frei von allen politischen und sozialen Fesseln, aber mit seiner ganzen Problematik und seinen unergründlichen Seelentiefen. Immer wieder wird in seinen Romanen das Problem des tragischen Loses des Menschen behandelt, der keine Willensfreiheit besitzt und dennoch für sein Leben die Verantwortung tragen muß. Trotzdem war P. kein Pessimist; denn letzten Endes ist sein Schaffen der Ausdruck einer ekstatischen Lebensfreude und eines Glaubens an den „Teil der Ewigkeit" im Menschen. Und hier berühren sich seine Ideen mit den tiefsten Strömungen der polnischen Dichtung — den mystisch-religiösen Motiven bei Mickewicz, Slowacki und Krasinski. E. S.

Digitized by Google

C. Litauen.

Polen und Litauen. (Poland and Lithuania.)
„The Spectator", London Nr. 5/188, 3. 12. 27, S. 964.
Der Handstreich Zeligowskis von 1920 wird als ein ungesetzmäßiger Sieg (univerrantable assertion) der Macht über das Recht bezeichnet. Daß der Völkerbund sich an diesem Unrecht durch Verweisung der Angelegenheit an die Botschafterkonferenz mitschuldig machte, ist nur damit zu entschuldigen, daß er sich damals noch im Aufbau befand. Heute ist die Lage keineswegs leichter. Daß Polen ganz Litauen einnehmen wolle, ist zwar eine Einbildung Woldemaras'; bei seiner militärischen Überlegenheit hätte Polen das in den letzten 7 Jahren tun können — und müssen, da seine Aussichten mit dem Erstarken Deutschlands und Rußlands ständig sinken. In Rußlands Einmischungsmöglichkeit liegt überhaupt die wirkliche Gefahr des polnisch-litauischen Konfliktes. Frankreich ist zwar infolge seiner allgemeinen Lage wieder stärker an Polen interessiert, aber einen Krieg für Polen würde es nicht auf sich nehmen. Eine Union mit Polen wäre für Litauen wirtschaftlich das Gegebene, doch wird sie am deutschen Widerstande scheitern. R. R. B.

Wilna und der Völkerbund. (Vilna and the League.) Von *Mathilda Spence.*
„The Nation", New York, 21. 12. 1927, Vol. CXXV, No. 3259, S. 719—720
Die frühere Leiterin des baltisch-amerikanischen Hilfskomitees gibt einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung der Wilnafrage. Auf die ethnographischen Verhältnisse der Gegenwart wird nicht eingegangen. Der Aufsatz ist sachlich, aber litauerfreundlich. R. R. B.

Die leidige Wilnafrage. (Une vieille affaire: Vilna.) Von *Henry de Jouvenal.*
„L'Europe nouvelle", Paris, 3. 12. 1927, S. 1590—1592.
Der litauisch-polnische Konflikt, den Botschafterkonferenz und Völkerbund nicht haben zu schlichten vermögen, mußte früher oder später von Deutschland oder Rußland ausgenutzt werden. Im November 1927 hat Rußland zugunsten Litauens in Warschau eingegriffen und gleichzeitig Lettland von den baltischen Staaten abgesplittert. Ein polnisch-litauisches Abkommen muß angestrebt werden, und an Deutschlands Stellungnahme dazu wird man sein Interesse an der Sache des Friedens in Osteuropa beurteilen können. R. R. B.

Die Ausflucht in der Wilnafrage. (The Vilna Evasion.)
Von *Sisley Huddleston.*
The New Statesman, London, 17. 12. 1927, Vol. XXX, Nr. 764, S. 317—318.
Polen will Litauen ganz aufsaugen. Die bisherige Entwicklung des litauisch-polnischen Konfliktes strotzt von Beispielen für die Unlogik und Unfähigkeit der Friedensmacher. Auch die letzte Tagung des Völkerbundsrat hat die Grundfragen nicht gelöst, die Kurzsichtigkeit des Völkerbundes ist auf dem besten Wege, Europa in neues Unglück zu stürzen. Es zeigt sich, daß das „Selbstbestimmungsrecht" nichts gewesen ist als eine diplomatische Waffe. Litauen ist ein künstliches Gebilde. R. R. B.

Die litauische Minderheit in Deutschland.
Kulturwehr, Berlin, Dez. 1927, S. 584—594.
Die von der „Vereinigung der Litauer Deutschlands e. V." dem 3. Genfer Minderheitenkongreß vorgelegte Denkschrift wird hier zum ersten Male veröffentlicht. Sie stellt die Lage der Litauer in Deutschland als sehr bedrückt dar und bringt dafür eine längere Reihe von Einzelbelegen.
R. R. B.

D. Lettland.

Die Wirtschaft in den Ostseerandstaaten. Von *Hermann Steinert.*
Zeitschrift für Geopolitik, November 1927, S. 945—947.
In den letzten Jahren sind Fortschritte nicht erzielt worden, wofür neben der Aufhebung der engen Beziehungen zu Rußland die Agrarreform ver-

Digitized by Google

antwortlich zu machen ist. Einen Weg zur Gesundung zeigt die Zollunion zwischen Lettland und Estland. R. R. B.

Der Handelsvertrag zwischen Lettland und der Sowjet-Union. (Traktat Handlowy Lotewsko-Sowiecki.) Von *M. K.*
„Przemysl i Handel", Jahrgang 8, Heft 46, November 1927.
An eine eingehende Inhaltsangabe des Handelsvertrages zwischen Lettland und der Sowjet-Union knüpft der Verfasser eine kurze kritische Betrachtung folgenden Inhalts:
Die Verpflichtung der Sowjet-Union zum Ankauf von Waren in Lettland soll Lettland gewisse Vorteile garantieren. Diese Garantie ist aber illusorisch, da die Frage offen bleibt, ob zwischen der Sowjet-Handelsvertretung und den lettländischen Produzenten eine Verständigung erzielt wird. Außerdem könnte eine einseitige Steigerung des Exports Lettlands nach der Sowjet-Union eine wirtschaftliche Abhängigkeit Lettlands von dieser zur Folge haben. P. R.

Lettland und die baltischen Deutschen. Von *Hamilcar Baron Foelkersan*, ehem. Reichsdumaabgeordneter für Kurland.
Deutschlands Erneuerung, Monatsschrift für das deutsche Volk, München, 12. Jahrg., Heft 1, Januar 1928, S. 25—30.
Nach der letzten Volkszählung leben in Lettland 70 924 Deutsche, von denen jedoch nur 61 571 das Deutsche als häusliche Umgangssprache gebrauchen. Unter Führung der Deutschen hatte Lettland früher eine gesunde Agrarentwicklung, die auch gesund weiter verlaufen wäre, wenn sie nicht durch die Enteignung des Großgrundbesitzes abgebrochen worden wäre. Man weiß in Lettland, daß die staatliche Selbständigkeit nicht lange dauern kann, will aber wenigstens bis dahin das deutsch-baltische Element verdrängen. Heute muß der lettische Agrarstaat infolge seiner agrarbolschewistischen Maßnahmen Getreide einführen und hält sich nur durch den Raubbau an seinen Forsten aufrecht. Eine Rettung für das Deutschtum ist nur von der baldigen Aufrichtung einer anderen Staatsgewalt zu erhoffen. R. R. B.

G. Deutscher Osten.

Die geistige Struktur des deutschen Ostens. Von *Eugen Rosenstock.*
„Abendland", Köln, Dezember 1927, S. 75—78.
Eine Einbeziehung des ostelbischen Preußen in das gesamtdeutsche Volkstum darf an den großen geschichtlich gewordenen Mächten dieses deutschen Ostens nicht vorbeigehen. Die östlichen Provinzen waren und sind die Hauptträger des preußischen Staates, des protestantischen Einzelstaates, der — wie in England Whigs und Tories — unlöslich mit dem katholischen Einzelstaat zusammengehört. Der deutsche Osten ist in den letzten 200 Jahren nicht durch natürliche Grenzen, sondern durch den russischen Druck zusammengehalten worden. Die Stellung dieser Provinzen ist Preußen — dem Staat —, nicht aber Deutschland — der Kultur — gegenüber einheitlich gewesen. Auch geistig wird der Osten von Berlin her regiert. Ebenso wenig wie am preußischen Staat kann eine Neugestaltung des Ostens am Adel vorbeigehen. Dem ostdeutschen Bürger freilich fehlt ein eigenständiges Geschichtsbild, er hat einen „Westlerkopf"; hier liegt der Schlüssel für eine Lösung der ostdeutschen Frage. Man muß die Leistung des preußischen Staates bestehen lassen und bewußt machen, aber als einen von zwei Brennpunkten. Das Reich als Ganzes braucht heute Berlin als Hauptstadt, der Osten braucht eine Emanzipation von Berlin. R. R. B.

Danzig in Not. Von Major a. D. *Wagner.*
„Der nahe Osten", Berlin, 1. Jahrg., 2. Heft, 15. 1. 1928, S. 18—20.
„Danzig . . . droht sich in steiler Kurve abzusondern und dem Deutschtum verloren zu gehen. Aber das Deutschtum ist nicht ohne Schuld an diesem Unglück." R. R. B.

Digitized by Google

Von deutscher Kultur in Ost-Oberschlesien. Von *Ewald Cwienk*-Kattowitz.
„Der Oberschlesier", Monatsschrift für das heimatliche Kulturleben, Colonnowska O.-S., 9. Jahrgang, 12. Heft, Dezember 1927, S. 732—734.
Überblick über die deutsche Kulturpflege in Ost-Oberschlesien. R. R. B.

Die Zips. Von *Rudolph Seraphim.*
„Deutsche Arbeit", Berlin, Dezember 1927, S. 60—63.
Die erste Besiedlung der Zips wurde durch den Mongoleneinfall vernichtet; doch erfolgte bereits im 13. Jahrhundert eine Neueinwanderung. Mit dem Ungartum ist eine weitgehende Verschmelzung eingetreten, gegen die sich in der jetzt heranwachsenden Generation Widerspruch, verstärkt durch das Zusammenleben mit den Sudetendeutschen im neuen tschecho-slowakischen Staat, geltend macht. R. R. B.

Notizen.

Das 50jährige Jubiläum der wissenschaftlichen Tätigkeit von Professor Dm. Bagalij, z. Zt. Kiew.

Die Ukrainische Akademie der Wissenschaften in Kiew feierte soeben das 50jährige Jubiläum der wissenschaftlichen Tätigkeit eines ihrer bedeutendsten Mitglieder, des weit über die Grenzen seiner Heimat bekannten (ehemaligen) Professors an der Universität Charkow Dm. Bagalij. Von seinen überaus zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten (über 300) stellt ein Teil archäologische und ethnographische Studien dar, während die Mehrzahl der historischen Erforschung der Ukraine, und zwar des linken Dnjeprufers, dessen administratives und kulturelles Zentrum ja in Charkow sich befindet, gewidmet ist.

Professor Bagalij ist ein Schüler des Vaters der ukrainischen Archäologie W. Antonowytsch und studierte also an der Universität Kiew. Seine erste wissenschaftliche Arbeit ist „Die Geschichte des Teilfürstentums Nowgorod-Sjewersk bis zur Mitte des XIV. Iahrhunderts".

Von den Arbeiten seines Spezialstudiums seien genannt: „Grundriß der Geschichte der Kolonisation des Steppengrenzlandes des Moskauer Staates", 2 Bände, Moskau 1887, „Monographien zur Geschichte der Linksufrigen Ukraine" (Slobodskaja Ukraina), 2 Bände, Charkow 1910—13, und „Die Geschichte der Slobodskaja Ukraina", Charkow 1918. Seiner organisatorischen Tätigkeit verdankt das „Historische Archiv an der Charkower Universität" seine Entstehung. Ein anderes Arbeitsgebiet Professor Bagalijs ist die Geschichte des Magdeburger Rechts und dessen Erforschung auf dem Boden der Linksufrigen Ukraine. Als Niederschlag dieser Studien seien genannt: „Das Magdeburger Recht in den Städten der Linksufrigen Ukraine" (1892), „Das Schicksal der städtischen Selbstverwaltung in den kleinrussischen Städten" (1917).

Die ersten Studien und erste wissenschaftliche Textausgabe des ukrainischen Philosophen Skoworoda verdankt man ebenfalls diesem produktiven Gelehrten.

An der Gründung und Organisation der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in Kiew hat Dm. Bagalij teilgenommen und wurde auch als einer der ersten zum Mitglied dieser wissenschaftlichen Institution ernannt.

Wie hoch seine wissenschaftliche Tätigkeit in der Ukraine von seinen Kollegen gewertet ist, ersehen wir aus der dreibändigen Festschrift (2045 S.), welche ihm als Ehrengabe dargebracht wurde. Diese Festschrift, an welcher 135 Autoren mitgearbeitet haben, enthält auch zwei Aufsätze in deutscher Sprache. Sie liegt schon in verschiedenen deutschen Universitätsbibliotheken auf. S. K.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas, Berlin;
für den Anzeigenteil: Alfred Wiechert, Königsberg i. Pr.
Druck: Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G., Königsberg i. Pr., Tragh. Pulverstr. 20

Digitized by Google

RUSSLAND-NEUHEIT!

Im Roten Reich der Rätsel

Sowjetrussische Skizzen
von **Hans v. Rimscha**

Ein unbedingt zuverlässiges Spiegelbild des heutigen Rußland! RM. 2.—

Weitere Ostliteratur
aus unserm Verlag:

Prof. Laserson: **Staat, Souveränität und Minorität** RM. 2.—
Wichtiger Beitrag zum Minderheitenproblem; glänzend besprochen.

Salts: **Die politischen Parteien Lettlands** RM. 3.50

Suta: **60 Jahre lettischer Kunst** (mit 80 Abb.) RM. 2.—

Bernhard-Lamey-Verlag
Riga

Auslieferung für Deutschland:
Verlag Neues Vaterland, Berlin.

mit seinen Grausamkeiten, seinem Heldentum des russischen Arbeiter- und Bauernheeres führt die NOVELLE

DER EINUNDVIERZIGSTE

VON BORIS LAWRENJEW

Mit Illustrationen aus dem gleichnamigen Film. 96 S. auf bestem Alfa-Papier roschiert 1.80 Mk, Ganzl. 3.-M

ZUM AUFBAU DES NEUEN LEBENS

DAS TAGEBUCH DES SCHULERS KOSTJA RJABZEW

Aufzeichnungen eines Fünfzehnjährigen. Von N. OGNJEW
272 Seit., auf Alfa-Papier, brosch. Mk. 3.50, Ballonl. Mk. 5.—
Ein Buch über die junge Generation des neuen Rußland

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE
BERLIN O 17 - LANGESTR. 56

Deutschtum und Ausland

SCHRIFTENREIHE, HERAUSGEGEBEN VON
UNIV.-PROF. DR. GEORG SCHREIBER

Bisher 12 Hefte, von denen folgende Osteuropa behandeln:

Georg Schreiber

DEUTSCHLAND UND DIE KULTUR DER OSTSEE.

Unter Mitwirkung von G. Braun, H. Eckener, H. v. Ficker, W. Goetz, W. His, L. Magon, P. Merker, P. Moldenhauer, A. Penck, F. Sauerbruch, A. Schulte. — IV u. 236 S., RM. 6.—, gebunden RM. 7.—.

„Die Schrift ist eine erfreuliche Bereicherung derjenigen wissenschaftlichen Literatur, die der Welt vor Augen führt, welchen Anteil deutscher Kultureinfluß und deutsche Minderheiten am kulturellen Aufstieg fremder Nationen haben." (Germania)

Eduard Winter

DIE DEUTSCHEN IN DER SLOWAKEI
UND IN KARPATHORUSSLAND.

3. Auflage, 100 Seiten, RM. 3.20, gebunden RM. 4.—.

„Kein Deutscher, der sich mit der Geschichte und überhaupt dem Studium dieser deutschen Außenposten befaßt, kann Winters Arbeit entraten." (Deutsche Akademiker-Zeitung)

Jede Buchhandlung liefert.

VERLAG ASCHENDORFF, MÜNSTER I. W.

Digitized by Google

FANAL

Anarchistische Monatsschrift

Herausgeber Erich Mühsam

„FANAL" nimmt vom Standpunkt des kommunistischen Anarchismus — aber völlig frei von doktrinärer Parteilichkeit — zu den prinzipiellen Problemen der Wirtschaft und des Staates und zu den aktuellen Fragen der Politik und der Justiz Stellung. Den russischen Angelegenheiten wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet und an den Vorgängen innerhalb der Sowjet-Union vom Standpunkt des Anarchismus aus, d. h. mit der Forderung der bedingungslosen Omnipotenz der revolutionären Räte Kritik geübt.

Bezugspreis: Jährlich 4,60 RM., halbjährlich 2,35 RM., Einzelheft 0,40 RM. Bestellungen beim zuständigen Postamt oder durch Einzahlung auf das Postscheckkonto Erich Mühsam, Berlin 82419. / Probenummern kostenlos vom Herausgeber, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstraße 48.

Haben Sie schon

eine Einbanddecke zum 2. Jahrgang bestellt?

Da „Ost-Europa" dauernd seinen Wert als bedeutendes wissenschaftliches Organ zur Orientierung über die Probleme des Ostens behält und Sie auch später im 2. Jahrgang oft nachschlagen werden, wird es vorteilhaft sein, daß Sie ihn dauerhaft einbinden lassen.

Einbanddecken zum Preise von je 3.50 RM. sind durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Bestellen Sie sofort!

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegt ein Prospekt des „Verlags für Literatur und Politik", Wien-Berlin SW 48 bei, den wir der Beachtung empfehlen.

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b

Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 6**

INHALT:

J. LEWIN: Die polnische Frage in Rußland während des Weltkrieges 411

MANFRED LANGHANS: Staatspolitische Übersicht über Grundlagen und Rechtsgestaltung der russischen Nationalitätenpolitik 428

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Monatsbericht über innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 432

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 441

III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 450

Bücherschau 457

Zeitschriftenschau 461

Digitized by Google

Neuerscheinung des Ost-Europa-Verlags,
Berlin W 35 und Königsberg Pr.

Alexander Puschkin

in seinen Briefen

ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von

Professor Dr. Arthur Luther

Gewebt Rm. 5.50, in Ballonleinen Rm. 7.50

... unter den russischen Meistern des Briefstils ... Puschkin an erster Stelle. Seine Briefe ... an Reizvollste und Fesselndste, ... Geschriebene hat. Hier gibt er sich ... seine Anschauungen, seine Persön- ... und seine Zeit spiegeln sich gleich ... Nur seinen Briefen im Verhältnis zu ... Literatur, zu Gott und ... einen Einblick in Glück ... Freiheit, staunen im- ... über den Reichtum und die Viel- ... schöpferischen Geistes, die ... Wissens und seiner Interessen ... Liebenswürdigkeit seines Wesens.

... würdig den von Arthur Luther ... von Dostojewsky und Tolstoi an."

Prager Presse.

Band 7 der
... zur russischen Geschichte",
... Professor Dr. Karl Stählin.

Digitized by Google

Die polnische Frage in Rußland während des Weltkrieges.

Von Dr. J. Lewin.

Es darf schon als eine genügend bekannte geschichtliche Tatsache angesehen werden, daß im Laufe des Jahrhunderts zwischen dem Wiener Kongreß und dem Ausbruch des Weltkrieges die Teilung Polens zu den wichtigsten Ursachen gehörte, welche einen Krieg zwischen Rußland und seinen beiden westlichen Nachbarn verhinderte. Die Aufteilung Polens unter Rußland, Österreich, Preußen schuf in bezug auf Polen eine gewisse Interessengemeinschaft dieser drei Mächte, welche alles zu vermeiden hatten, was eine Aufrollung des polnischen Problems im internationalen Maßstab hätte herbeiführen können. Die Rücksicht auf den polnischen Besitz zwang also jede dieser drei Mächte dazu, es nicht zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen zu lassen, bei dem dieser Besitz in Frage gestellt worden wäre. Ebenso veranlaßte diese Rücksicht jede der drei Teilungsmächte, eine allzu große Schwächung der übrigen Teilungspartner nicht zuzulassen, damit nicht gleichzeitig die polnische Frage wieder akut werde. Es genügt z. B. darauf hinzuweisen, daß die Furcht vor einer neuen Selbständigkeitsbewegung in Polen Nikolaus I. unter anderem dazu bewog, seine Heere 1849 in Ungarn einmarschieren zu lassen, um die Revolution der Ungarn gegen die Habsburgermacht zu unterdrücken. Er tat das damals nicht nur aus dem Grunde, weil er sich als den natürlichen Beschützer jeder legitimen Macht ansah, sondern weil er nicht daran zweifelte, daß im Falle des Gelingens der ungarischen Revolution eine Wiederholung des Aufstandes in Russisch-Polen außerordentlich wahrscheinlich war. Es ist weiter allgemein bekannt, welche Bedeutung Bismarck in den Beziehungen zwischen den drei Teilungsmächten dem polnischen Problem beimaß. Unter den verschiedenen Äußerungen Bismarcks darüber sei vielleicht nur auf seinen Bericht aus Paris vom 6. Juli 1862 hingewiesen, in welchem er seine Unterredung mit Napoleon III. über die polnische Frage wiedergibt. Bismarck schreibt dort[1]): „Ich fügte hinzu, daß für

[1]) Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859—1867), herausgegeben von L. Raschdau, Bd. II, S. 200.

Digitized by Google

Preußen nach unserer geographischen Lage jede Möglichkeit ausgeschlossen sei, uns mit einer Auferstehung der polnischen Nationalität zu befreunden, daß wir vielmehr durch unsere höchsten politischen Interessen unabweislich genötigt seien, den dahin gerichteten Bestrebungen innerhalb unserer Grenzen und in der unmittelbaren Nähe derselben mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln entgegenzutreten. Diese unsere Aufgabe stehe nach meiner persönlichen Ansicht so fest, daß wir sie keinem anderen politischen Interesse unterordnen könnten und notwendig jede entgegengesetzte Bestrebung als eine uns feindliche betrachten würden."

Dieser Interessengemeinschaft der Teilungsmächte setzte der Weltkrieg natürlich ein Ende. Die Kriegsoperationen an der Ostfront begannen sofort auf polnischem Boden; in den ersten Monaten des Krieges besetzten die russischen Truppen nicht nur Ostgalizien, sondern auch einen großen Teil Westgaliziens und standen in der unmittelbaren Nähe Krakaus. Es war in Rußland schon von den ersten Kriegstagen an klar, daß das Verhalten der polnischen Bevölkerung zum Krieg von außerordentlicher Bedeutung sein werde. Das polnische Problem wurde also auf einmal aktuell, die russische Regierung sah sich gezwungen, zu ihm Stellung zu nehmen, um so mehr als bei der Behandlung der Polen in Rußland vor dem Kriege Rußland kaum auf die Freundschaft der Polen rechnen konnte. Der Unterschied zwischen der sehr weitgehenden polnischen Autonomie im österreichischen Galizien und der unentwegten Russifizierungspolitik in Russisch-Polen war zu groß, um von der russischen Regierung nach dem Kriegsausbruch ignoriert zu werden. Sie sah sofort ein, daß etwas geschehen müsse, um den Polen zu zeigen, daß durch den Krieg eine ganz neue Lage geschaffen sei, und daß dieser Krieg nicht nur der früheren Behandlung der Polen in Rußland ein Ende mache, sondern daß die Polen durch ihn Aussichten erhalten, ihre nationalen Ansprüche in vollem Maß zu erfüllen, wenn sie sich Rußland gegenüber loyal verhalten. Das fand seinen Ausdruck in dem Aufruf des Oberbefehlshabers der russischen Heere im ersten Kriegsjahr, des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, vom 1./14. August 1914, in welchem dem polnischen Volk versprochen wird, daß die russischen Heere die Grenzen verwischen werden, welche das polnische Volk zerstückelt hatten, daß „unter dem Zepter des russischen Zaren Polen, frei in seinem Glauben, in der Sprache, in der Selbstverwaltung, auferstehen werde". Dieser Aufruf enthielt eine sehr wichtige Verpflichtung seitens der russischen Regierung, und sie stand nun vor der Aufgabe, das in ihm enthaltene Versprechen zu lösen, d. h. den konkreten Inhalt festzustellen, welchen die allgemeinen Ausdrücke des Aufrufs des Großfürsten erhalten sollen. Das war um so dringender, als im ersten Kriegsjahr, bevor der Durchbruch bei Gorlice (im Mai 1915) die Lage änderte und die russischen Heere

Digitized by Google

ihren Rückzug beginnen mußten, der zur Aufgabe nicht nur des größten Teils des österreichischen Galiziens, sondern auch Russisch-Polens führte, die russischen Behörden auch Gebiete von Galizien zu verwalten hatten, die an das österreichische Regime gewöhnt waren.

Darüber, wie sich nun die russische Regierung die Erfüllung des im Aufruf von Nikolaus Nikolajewitsch Versprochenen dachte und welche Strömungen sich dabei bekämpften, gibt eine sehr interessante Dokumentensammlung Aufschluß, die in Rußland unter dem Titel „Die russisch-polnischen Beziehungen in der Periode des Weltkriegs" erschien[2]). Es sind das Dokumente, die zum größten Teil im Archiv der Kanzlei des früheren Ministerrates, zum Teil beim früheren Premierminister Stürmer[3]) nach der Revolution aufgefunden worden sind. Zum Teil sind es Zeugenaussagen vor der „Außerordentlichen Kommission", die nach dem Ausbruch der Revolution noch von der ersten russischen Provisorischen Regierung eingesetzt worden war, um die ungesetzlichen Maßnahmen der früheren Staatsmänner zu untersuchen.

Zur Geschichte des Aufrufs von Nikolaus Nikolajewitsch erfahren wir aus der Aussage seines Generalstabschefs N. N. Januschkewitsch, daß er folgendermaßen zustande kam: Nach dem Kriegsausbruch, erzählt Januschkewitsch, noch bevor er in das Hauptquartier abreiste, rief ihn in Petersburg der damalige Kriegsminister, General Suchomlinow, telephonisch an und teilte ihm den Text eines Aufrufs an das polnische Volk mit, der soeben vom Ministerrat genehmigt wurde. Der Text wurde von Sasonow und dem damaligen Landwirtschaftsminister Kriwoschein verfaßt. Der Großfürst wußte vorher von der Sache nichts und als er ihm darauf telephonisch nach seinem Gut Snamenka bei Peterhof den Inhalt des Aufrufs mitteilte, erklärte er, daß er bereit sei, den Willen des Zaren zu erfüllen, da der Gedanke des Aufrufs vom Zaren gutgeheißen wurde. Er unterschrieb ihn schon im Hauptquartier, wohin ihm der Text geschickt wurde. am 4./17. August 1924[4]).

Es begannen nun Beratungen der damaligen Regierungsmitglieder darüber, welche Rechte Polen zu gewähren seien. Ausführlich beschäftigte sich mit dieser Frage der Ministerrat in seinen Sitzungen vom 20. und 30. Oktober und 5., 12. und 15. November (die Daten sind, wie auch im folgenden, alle alten Stils). Der Ministerrat ging davon aus, daß der Generalstabschef Januschkewitsch im Einverständnis mit dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in seinen Mitteilungen an den Premier-

[2]) „Russko-polskija otnoschenija w period mirowoi woiny", mit Vorrede von M. G. Valetzky, Verlag „Der Moskauer Arbeiter", Moskau-Leningrad, 1926, 162 Seiten.

[3]) B. W. Stürmer, Premierminister Februar-November 1916, von Juni bis November 1916 auch Außenminister.

[4]) l. c., S. 140—141.

Digitized by Google

minister darauf hingewiesen habe, das polnische Problem sei das Zentrale unter allen Fragen, welche die besetzten Gebiete Österreich-Ungarns darbieten und, wenn diese Frage nicht geklärt würde, eine Verwaltung der okkupierten Gebiete überhaupt unmöglich sei. Es sei auch an der Zeit, der Unbestimmtheit in der Lösung der polnischen Frage ein Ende zu machen, da sich sonst „in polnischen Kreisen und namentlich unter den österreichischen Polen" ein Mißtrauen Rußland gegenüber entwickeln könne[5]). Die Mehrheit des Ministerrates sprach sich dafür aus, daß dem zukünftigen polnischen Gebiet Rußlands, welches, „wenn Gott die russischen Waffen mit einem Sieg segnen würde, aus dem Generalgouvernement Warschau und denjenigen Ländern bestehen werde, die von Deutschland und Österreich-Ungarn an Rußland kommen werden", eine Reihe von Rechten zu gewähren seien. Es sollten in allen Schulen, Hochschulen, mittleren und niederen, die polnische Unterrichtssprache eingeführt werden, mit Ausnahme gewisser russischer Gegenstände: russische Sprache und Literatur, Geschichte und Geographie und das russische Recht, für welche die russische Unterrichtssprache aufrechterhalten werden sollte; die Bevölkerung sollte das Recht erhalten, sich in polnischer Sprache an die Gerichte und Verwaltungsorgane zu wenden und von diesen ebenfalls Antworten in polnischer Sprache zu erhalten; freier Gebrauch der polnischen Sprache in den Selbstverwaltungsorganen und allen öffentlichen Behörden; Schaffung von Landschaften (Semstwos) und städtischen Selbstverwaltungsorganen nach dem Muster der innerrussischen Gouvernements; Schaffung eines besonderen Verwaltungsrates für das polnische Gebiet, dessen Mitglieder zum Teil von der Regierung ernannt, zum Teil von den erwählten Körperschaften des Gebietes delegiert werden sollten; Kenntnis der polnischen Sprache als Bedingung bei der Ernennung von Verwaltungs- und Gerichtsbeamten usw.

So vorsichtig diese Grundlagen der zukünftigen Organisationen Polens auch gefaßt wurden, riefen sie doch den Widerstand einiger reaktionärer Minister hervor. Drei Mitglieder des Ministerrats: Innenminister N. A. Maklakow, Justizminister J. G. Schtscheglowitow[6]), sowie der Gehilfe des Ministers für Volksaufklärung, der damals provisorisch das Ministerium leitete, Baron Taube, legten ihre abweichenden Ansichten in einer „besonderen Meinung der Minderheit" dar. Sie führen darin aus, es sei zuerst die Frage zu entscheiden, „inwiefern die Vereinigung Polens überhaupt vom Standpunkt der ausschließlich russischen Interessen erwünscht und zweckmäßig sei". Betrachte

[5]) l. c., S. 16.

[6]) N. A. Maklakow war 1912—1915 Minister des Innern, J. G. Schtscheglowitow war 1905—1915 Justizminister; beide wurden nach der Sowjetrevolution erschossen.

Digitized by Google

man die Frage der Vereinigung Polens im Zusammenhang mit anderen Fragen, den Zielen und historischen Aufgaben Rußlands, so ist es „nicht schwer zu sehen, daß sie ganz in den Hintergrund tritt im Vergleich zu anderen Fragen erstklassiger Wichtigkeit". Es sei nämlich zuerst zu erstreben: „eine mögliche Stärkung des echten eigentlichen Rußlands; eine mögliche Schwächung des Deutschtums als des gegenwärtig hauptsächlichsten Feindes des Slawentums und Rußlands; eine mögliche Befreiung anderer slawischer Völker von der Herrschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns". Eine Konkretisierung dieser allgemeinen politischen Ziele werde bedeuten: „1. Die Vollendung des geschichtlichen Prozesses der Vereinigung aller Teile des russischen Volkes durch den Anschluß von Ostgalizien, Nordbukowina und Karpathorußlands an Rußland; 2. die Verwirklichung der geschichtlichen Aufgabe Rußlands im Schwarzen Meere durch den Anschluß von Konstantinopel und den Meerengen; 3. eine Ausbesserung der russischen Grenze mit Preußen auf Kosten des östlichen Teiles Preußens, ebenso der Grenze mit der asiatischen Türkei; 4. eine möglichst starke innere Schwächung Deutschlands durch einen völligen territorialen Umbau und Verringerung des Gebietes von Preußen zugunsten von Frankreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark und der kleineren deutschen Staaten, vielleicht durch Herstellung des Königreichs Hannover, von Hessen-Nassau usw.; 5. Vereinigung und Befreiung Polens in möglichst vollem Umfang, aber nur in seinen ethnographischen, aber nicht historischen Grenzen, denn dieses würde den Grundinteressen und der ganzen Geschichte Rußlands widerstreben; 6. die Befreiung der übrigen österreichischen Slawen". In dieser Reihe nimmt, so führt die Minderheit aus, die Vereinigung Polens durchaus nicht den ersten Platz ein. Es entstehe also die Frage, ob es nicht richtiger sei, das Problem der Vereinigung Polens beim zukünftigen Friedensschluß als ein Problem zweiten Ranges für Rußland zu betrachten und durchaus nicht zu erstreben, ganz Polen unter der Herrschaft Rußlands mit allen Mitteln zu vereinigen. Die Lösung der polnischen Frage sei nicht als die erste Aufgabe des gegenwärtigen schweren Krieges zu betrachten, sondern als eine solche, welcher die Erfüllung anderer, für Rußland wichtigerer, vorauszugehen haben[7]).

* * *

Die polnischen Wünsche wurden in einer ganzen Reihe von Dokumenten niedergelegt, deren Grundlage die Denkschrift des Grafen Sigmund Welepolsky, Mitglied des russischen Reichsrats, vom 27. April 1915 bildet. Danach verlangten die Polen: 1. Eine Trennung der Angelegenheiten der Gesetzgebung in allgemeinstaatliche, die das ganze Reich, und lokale, die nur Polen betref-

[7]) l. c., S. 12—24.

Digitized by Google

fen, wobei letztere der Kompetenz der besonderen Institutionen des polnischen Gebiets zu überweisen seien; 2. eine besondere lokale Regierungsbehörde, an deren Spitze sich eine dem Kaiser unmittelbar unterstellte Person, d. h. ein Statthalter, befinden soll; 3. Anerkennung der Rechte der polnischen Sprache als einer offiziellen Sprache in allen Verwaltungs- und gerichtlichen Behörden des Königreich Polens, wobei Personen russischer Nationalität das Recht behalten sollten, sich in russischer Sprache an diese Behörden zu wenden und von ihnen ebenfalls in russischer Sprache Antworten zu erhalten; 4. die polnische Sprache soll als Unterrichtssprache in allen Lehranstalten des Königreichs Polen, höheren, mittleren und niederen, anerkannt werden und diese Lehranstalten seien der lokalen Verwaltung unterstellt; 5. das Mißtrauen, welches bisher den Polen bei der Ernennung zum Staatsdienst an den Tag gelegt wurde, sollte aufhören, die Polen sollten in allen Behörden zur Verwaltung des Landes zugelassen werden; 6. die beschränkenden Ausnahmegesetze gegenüber der römisch-katholischen Kirche seien im Königreich Polen abzuschaffen und die Angelegenheiten dieser Kirche der Kompetenz der örtlichen Verwaltung zuzuweisen[8]).

Diese Forderungen wurden in der Sitzung der „Beratung über die Frage der Ordnung des polnischen Gebietes" am 21. Mai 1915 von den polnischen Mitgliedern näher auseinandergesetzt. An dieser Beratung beteiligten sich von russischer Seite der Premierminister (damals Goremykin), der Innenminister, der Minister für Volksaufklärung und der Generalgouverneur von Warschau; von polnischer einige Mitglieder der Reichsduma und des Reichsrats: Graf Welepolsky, Dobetzky, Schebeko, Dymscha, Ladislaus Grabsky[9]), Garusewitsch und das frühere Dumamitglied Dmowsky[10]). Alle sprachen offen aus, daß das frühere russische Verwaltungssystem in Polen unmöglich weiter bestehen könne und daß Polen eine weitgehende Selbstverwaltung erhalten müsse, soweit diese Selbstverwaltung nicht den Gesamtinteressen des Reiches auf solchen Gebieten wie Heer, Flotte, Außenpolitik usw. widerspreche. Dabei trat bei allen polnischen Rednern die Tendenz hervor, die Schuld an dem früheren Unterdrückungsregime in Russisch-Polen dem deutschen Einfluß zuzuschreiben. So spricht schon Welepolsky in seiner erwähnten Denkschrift davon, daß das Mißtrauen gegenüber der Loyalität des polnischen Volkes „eifrig durch den deutschen Einfluß unterstützt wurde[11])".

---

[8]) l. c., S. 52.

[9]) Später mehrfach polnischer Minister und Premierminister.

[10]) Roman Dmowsky, hervorragender polnischer Politiker, Führer der Nationaldemokraten, sah vor dem Weltkrieg den Hauptfeind Polens in Deutschland, suchte daher eine polnisch-russische Verständigung gegen Deutschland. Nach dem Krieg machte er sich besonders als Gegner Pilsudskys bemerkbar.

[11]) l. c., S. 51.

Digitized by Google

Die slawische Aufgabe Rußlands, führt Dymscha aus, ist infolge des vieljährigen Einflusses des Deutschtums und der deutschen Politik auf die inneren und äußeren Angelegenheiten des russischen Reiches konsequent in die zweite Reihe gedrängt worden . . . Der deutsche Einfluß hatte Rußland daran gehindert, klar und bestimmt das slawische Problem zu stellen. Jetzt aber stehe Rußland infolge des Krieges vor einem endgültigen Bruch mit Deutschland und vor der Aufgabe, unter dem Schutz der russischen Macht alle freien slawischen Völker zu vereinigen und dem Slawentum den ihm gebührenden Platz unter den übrigen Völkern Europas zu sichern. Eine unvermeidliche Voraussetzung der Erfüllung der Aufgabe sei aber eine befriedigende Lösung des polnisch-russischen Streites. „Das einfache polnische Volk, sagte Grabsky, hat immer den Deutschen die Schuld zugeschrieben, daß die russische Staatsmacht die Polen nicht als Bürger erster Klasse anerkannte, da nun aber jetzt Krieg gegen die Deutschen geführt wird, so erstarke beim polnischen einfachen Volk der Glaube, Rußland werde auch ferner in den Polen in jeder Beziehung gleichberechtigte Brüder sehen". Dmowsky erklärte, „er gehöre der ungeheuren Zahl der Polen an, welche schon lange vor dem gegenwärtigen Krieg zur festen Überzeugung gelangt seien, eines der Hauptziele Deutschlands sei die Vernichtung der polnischen Nationalität, die einzige Rettung der Polen liege daher in der Macht Rußlands und daß das richtig verstandene staatliche und nationale Interesse Rußlands nicht in der Vernichtung Polens liege, sondern umgekehrt in der Entwicklung seiner nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte, damit es imstande sei, erfolgreich einen Schutzwall gegen die Jahrhunderte lang sich nach dem Osten bewegende Welle zu bilden[12])". Der Versuch bei der Lösung der polnischen Frage an die polnischen Sympathien der Alliierten, namentlich Frankreichs, zu appellieren und durch die Vermittlung der Alliierten einen Druck auf die russische Regierung auszuüben, wird im ersten Kriegsstadium von polnischer Seite sorgfältig vermieden. Erst später, als die russischen Heere Galizien und Russisch-Polen räumen mußten, tritt auf polnischer Seite das Bestreben hervor, das polnische Problem als ein internationales zu behandeln, die schwierige Lage, in welche Rußland geraten ist, auszunutzen, es zu veranlassen, eine Garantie seiner den Polen gemachten Versprechen durch die Alliierten zuzulassen.

* * *

Die russische Regierung hatte auch in den späteren Stadien des Krieges, nachdem die russischen Heere sich aus Galizien und

[12]) Ausführliches Protokoll über diese Sitzung: l. c., S. 60—77.

Digitized by Google

Russisch-Polen zurückziehen mußten, noch mehrfach Gelegenheit, sich mit dem polnischen Problem zu beschäftigen. Dabei traten wiederum die beiden Tendenzen hervor, die sich schon in dem oben zitierten „Mémoire" des Ministerrats geäußert haben. Am allerweitesten kommt den polnischen Wünschen entgegen der Außenminister Sazonow[13]), der in einem Memorandum vom 17. April 1916 folgende Gedanken entwickelt: Rußland müsse bereit sein, sagt Sazonow, nach diesem Krieg im Laufe von vielen Jahrzehnten in Deutschland seinen ständigen politischen Gegner zu sehen. War die polnische Frage früher eine Friedensgarantie zwischen Rußland und Deutschland, so wird sie jetzt zum Kampfmittel und Kampfgegenstand zwischen Rußland und Deutschland werden. Nicht nur Rußland, sondern die ganze Entente habe daher ein Interesse daran, im Kampf mit Deutschland die materiellen und moralischen Kräfte des seiner Bedeutung nach zweiten slawischen Stammes ausnützen zu können. In diesem Sinne bilde die russisch-polnische Versöhnung nicht nur eine der moralischen Aufgaben des Krieges, sondern sie ist auch einer der wichtigsten reinpolitischen Faktoren dieses Krieges. Rußland dürfe nicht zulassen, daß die polnische Frage zu einer formell internationalen Frage werde, aber eben um das zu vermeiden, sei es notwendig, daß die Lösung der polnischen Frage möglichst bald geschehe, und zwar möglichst klar, vollständig und unzweideutig. Es seien nur drei Lösungen möglich: die Unabhängigkeit Polens: eine selbständige Existenz Polens in der Einheit mit Rußland und eine mehr oder weniger ausgedehnte provinziale Selbstverwaltung des polnischen Gebietes. Aus vielen Gründen, die Sazonow auseinandersetzt, sei eine vollständige Selbständigkeit Polens für Rußland ungünstig, u. a. schon deshalb, weil Polen allein nicht imstande sein werde, dem Andrang Deutschlands standzuhalten, Rußland werde also stets gezwungen sein, Polen vor Deutschland zu schützen, und zwar unter Bedingungen, die ungünstiger sein müssen als bisher, da bei der Unabhängigkeit Polens Rußland nicht die Möglichkeit haben werde, die Verteidigung Polens gegenüber Deutschland rechtzeitig vorzubereiten. Ebenso entspräche den russischen Interessen eine Provinzautonomie Polens nicht, denn die Polen werden dann bestrebt sein, fortwährend den Rahmen der ihnen gewährten Freiheiten auszudehnen, d. h. sie werden immer gegen Rußland kämpfen müssen; Rußland werde also gezwungen sein, einen großen Teil seiner Kraft dem Kampf gegen die polnische nationale Bewegung zu widmen, während alle russischen Bemühungen auf die Organisation der Verteidigung der zukünftigen politischen Grenzen und auf die Entwicklung der produktiven Kräfte Rußlands gerichtet sein müssen. Es bleibt also nur ein mittlerer Weg übrig, nämlich eine solche politische Organisation zu schaffen, welche Rußland und

[13]) Minister 1910—1916, starb Ende 1927 als Emigrant zu Nizza.

Digitized by Google

seinen Monarchen die Möglichkeit ließe, die Schicksale des polnischen Volkes zu leiten, gleichzeitig aber der polnischen nationalen Bewegung weiten Spielraum geben würde. Diese mittlere Lösung wäre die Wiederherstellung der Traditionen der Politik der Kaiser Alexander I. und Nikolaus I., der sogar nach dem Aufstand von 1830 Polen auf Grund von polnischen Gesetzen regierte mit Hilfe einer dem Warschauer Statthalter untergeordneten polnischen Bürokratie. Im Anschluß an diese Erwägungen fügte Sazonow einen im Außenministerium ausgearbeiteten detaillierten Entwurf der zukünftigen Verfassung Polens bei. Nach diesem Entwurf bildet das Königreich Polen mit Rußland eine unzertrennliche Einheit, genießt aber außerhalb der Angelegenheiten, die für das gesamte russische Reich gemeinsam sein sollen: Bestimmungen über die Thronfolge, Heer und Flotte, auswärtige Beziehungen, Zollgesetzgebung, Post, Telegraph, Münzwesen usw., eine sehr weitgehende innere Selbständigkeit. Die gesetzgebende Gewalt für die inneren Angelegenheiten Polens sollte von einem Landtag, aus zwei Kammern bestehend, ausgeübt, beim Statthalter sollte ein besonderer Ministerrat für Polen geschaffen werden[14]).

Anders ist die Stellung des damaligen Premierministers Stürmer, die er in einem Bericht an den Zaren vom 26. Mai 1916 auseinandersetzt. Dieser Bericht ist anläßlich des Memorandums Sazonows und eines Briefs des damaligen russischen Botschafters in Paris Iswolsky vom 25. April 1916 datiert. In diesem Brief schreibt Iswolsky, daß es der französischen Regierung immer schwieriger werde, den Bemühungen der französischen radikalen Politiker zu widerstehen, welche das polnische Problem zu einem internationalen machen und in diesem Sinne einen Druck auf die russische Regierung ausüben möchten. Iswolsky erkennt die Geschicklichkeit Briands an, der diese Versuche zu vereiteln versteht, immerhin stellt er fest, daß diese Strömung in Frankreich stark ist und „von der polnischen Propaganda, die hauptsächlich von verschiedenen polnischen Organisationen in der Schweiz geleitet wird", unterstützt würde. Iswolsky weist darauf hin, daß die Polen, welche im Anfang des Krieges unter dem Eindruck des Aufrufs des Großfürsten mit Begeisterung auf die Seite Rußlands traten, jetzt, infolge des von Rußland erlittenen Mißgeschicks sich von Rußland abwenden und bereit sind, aus den Händen der Feinde Rußlands eine Lösung der polnischen Frage entgegenzunehmen, die ihnen solche Freiheiten auf dem Gebiet der Selbstverwaltung, Sprache und Religion bieten würden, welche von Rußland zu erlangen sie bisher noch nicht imstande waren. Diese Ansicht über das Verhalten der Polen äußert sich Iswolsky auf Grund einer Unterredung mit Dmowsky, der damals mit ihm in Paris auf der Rückkehr von seiner Reise in die

[14]) l. c., S. 85—93.

Digitized by Google

Schweiz gesprochen hat. Dort erfuhr Dmowsky von den ver-
traulichen Mitteilungen, welche Herr von Jagow den polnische
Reichstagsmitgliedern über eine Verständigung zwischen Deutsch-
land und Österreich-Ungarn betreffend Polen gemacht hat. D.
nach sollte Russisch-Polen mit Westgalizien einen besonder
polnischen Staat bilden und in dasselbe Verhältnis zu Österrei
gestellt werden, wie Kroatien zu Ungarn. Das Cholmgebiet soll
mit Ostgalizien zusammen Ungarn angeschlossen werden, wä
rend Preußen seine Grenze durch den Anschluß eines Teiles de
russischen Gouvernements verbessern würde. Dmowsky bestu
daher darauf, Rußland sollte sofort einen Entwurf der Lösu
der polnischen Frage im Sinne der Vereinigung aller drei Te
Polens ausarbeiten und dieser Entwurf „sollte der Gegenstan
einer Verständigung zwischen Rußland und seinen Verbündete
werden". Hier war also auch von polnischer Seite, auch derjen
gen, die sich Rußland gegenüber loyal verhielt, die Forderun
ausgesprochen, die Lösung der polnischen Frage schon nicht me
Rußland allein zu überlassen, sondern das zur Aufgabe der g
zen Entente zu machen, was die russischen Staatsmänner al
nicht zulassen wollten. Iswolsky scheint die Notwendigkeit, dies
Forderung der Polen zu erfüllen, zu teilen, denn er schreibt in
Anschluß an diese Unterredung mit Dmowsky, Rußland müs
bestrebt sein, das Vertrauen zu ihm, welches die Polen eingebü
haben, wiederherzustellen. „Das ist aber nur in dem Fall mög
lich, wenn Rußland sofort an die Ausarbeitung des Entwurfe
einer ausgedehnten Autonomie des vereinigten Polens gehe un
wenn sich seine Alliierten in irgend einer Form diesem Entwur
anschließen[15])". Indem nun Stürmer dem Zaren über den Bri
Iswolskys und das Memorandum Sazonows berichtet, sagt er
„Ich halte mich nicht für berechtigt, an der Richtigkeit der Mi
teilungen des kaiserlichen Botschafters in Paris zu zweifeln
nichtsdestoweniger frage ich mich, ob das spezifische Gewicht Ruß
lands, als eines Staates, welcher seine ganzen Kräfte dem Kampf
mit dem gemeinsamen Feind gewidmet hat, in der letzten Zei
schon wirklich bei den Alliierten sich so verringert hat, daß der
Augenblick schon gekommen ist oder in mehr oder weniger naher
Zukunft kommen kann, in welchem einer der Alliierten, die
gegenseitigen Rechte und Verpflichtungen vergessen, für sich das
Recht beanspruchen würde, sich in eine Angelegenheit zu
mischen, welche dem Wesen und ihrer ganzen Vergangenheit
und Gegenwart nach allein die Sache Rußlands und nur Rußlands
ist. Es würde mir scheinen, daß, wenn ein gewisser Meinungs-
austausch darüber überhaupt möglich ist, was nur dann der Fall
sein könnte, wenn durch die Gnade Gottes und die Tapferkeit der
Heere Eurer Majestät die Grenzen verwischt werden würden,
welche die verschiedenen Länder des früheren polnischen Staates

[15]) l. c., S. 94—97.

Digitized by Google

von einander trennen, keineswegs aber darf ein solcher Versuch in diesem Sinne jetzt zugelassen werden, da das Schicksal aller dieser Gebiete noch durch die Macht der Waffen gelöst werden muß. Ohne mich für berechtigt zu halten, die Tatsachen, welche Iswolsky und Sazonow betonen, zu bestreiten und zuzugeben, daß der Ernst dieser Tatsachen nicht überschätzt ist, wäre ich doch nicht imstande, auf Grund meiner Vorstellungen von der Würde und der Macht des Russischen Reiches diese Tatsachen mit den Schlußfolgerungen zu vereinigen, welche aus ihnen gezogen werden[16])".

In einem anderen Bericht an den Zaren vom 26. Mai 1916 schreibt Stürmer, auf Grund des vom russischen Innenministerium gesammelten Materials sei anzunehmen, daß die russischen Polen nicht nur für die von deutsch-österreichischer Seite gemachten Vorschläge sich zu interessieren beginnen, sondern schon bestimmte praktische Schritte in diesem Sinne getan haben. Es sei bekannt geworden, daß im Januar in Krakau mit Genehmigung der deutschen und österreichischen Regierung eine Konferenz der Vertreter der drei Teile Polens stattgefunden habe. Von der Seite Russisch-Polens beteiligten sich an der Konferenz die beiden früheren Mitglieder der Reichsduma Partschewsky und Lempicki, der Rechtsanwalt Patek und der Jude Kempner[17]). Die Konferenz faßte den Beschluß, Polen unter dem Zepter der Habsburger zu vereinigen, wobei Posen bei Deutschland bleiben sollte, dafür aber sollte Polen russische Gebiete mit einem Ausgang zum Meer erhalten. Die Konferenz beschloß, in neutralen Ländern besondere Büros zu gründen, welche in diesem Sinne unter den russischen Polen Propaganda machen sollten. Sofort nach dieser Konferenz begannen Beratungen in geschlossenen Versammlungen im „Polnischen Haus" zu Moskau, an denen sich Vertreter des polnischen Komitees zu Stockholm beteiligten. Diese Beratungen erklärten die österreich-deutschen Versprechungen für durchaus annehmbar und es wurden die Mittel erwogen, auf welche Weise sie auf die für die Polen günstigste Art verwirklicht werden könnten. Die russischen Polen, fährt Stürmer fort, betrachten also den von Rußland geführten Krieg nicht als eine ernste Prüfung für das gemeinsame Vaterland, das russische Reich, sondern als einen geschichtlichen Augenblick, welchen es gilt, mit dem maximalen Vorteil für die Wiederherstellung eines besonderen polnischen Reiches auszunutzen. Wenn nun die Polen Rußland Bedingungen stellen und dabei die russischen Interessen so wenig beachten, so entkräftigen sie damit alle die Argumente, die gewöhnlich für die Verteidigung der polnischen Rechte angeführt werden, nämlich die Argumente von der gemeinsamen slawischen Ab-

[16]) ibid, S. 100.

[17]) Stanislaus Kempner, bekannter polnischer Publizist, langjähriger Redakteur der liberalen polnischen Zeitung „Nowa Gazeta".

Digitized by Google

stammung, von der Bereitschaft der Polen, die Vergangenheit im Namen der gemeinsamen Interessen zu vergessen usf. „Wenn jetzt — schreibt Stürmer —, im Augenblick, in dem die Kräfte der treuen Untertanen Eurer Majestät zur höchsten Anspannung aufgerufen werden, die Polen schon bereit sind, den lügenhaften und falschen Versprechungen der schlimmsten Feinde Rußlands und des ganzen Slawentums ihr Ohr zu leihen und auf diese Weise selbst darauf bestehen, daß ihre Angelegenheit ausschließlich vom Standpunkt der Realpolitik und der nächsten Aufgabe des heutigen Tages zu lösen sei, so kann kaum daran gezweifelt werden, daß eben jetzt jeder Schritt zugunsten der polnischen Bestrebungen besondere Vorsicht erfordert . . . Jede Erklärung, welche Eure Majestät jetzt zugunsten der polnischen Ansprüche machen würde . . ., wäre Polen sehr nützlich, würde aber praktisch Rußland nicht nur nichts geben, sondern im Gegenteil ihm was nehmen. Ew. Majestät und Eure geheiligten Vorfahren haben schon vieles den in den Grenzen des russischen Kaiserreiches lebenden Polen gegeben, aber wie die Erfahrung zeigt, hatte die Gnade der Zaren und das Vertrauen der russischen Monarchen nie die polnischen Politiker befriedigen können. Ihre Ansprüche sind unbegrenzt und in ihren Bestrebungen, sich von Rußland zu trennen, sind sie unverbesserlich[18])".

Eine ganz andere Stellung — im wesentlichen dieselbe wie Sazonow — nehmen die Militärs ein. So schreibt am 16. Juni 1916 der Oberkommandierende der Südwestfront Brussilow an den Generalstabschef Alexejew, indem er auf ein Memorandum des Innenministeriums über polnische Fragen vom 5. Juni Bezug nimmt: „Österreich schlägt den Polen genau bestimmte Rechte und ein staatliches Leben vor, wir aber gehen nicht über unbestimmte Versprechungen hinaus. Es ist offensichtlich und man kann sich darüber nicht wundern, daß die Polen das wählen, was für sie günstiger ist. Ich glaube, daß die einzige Möglichkeit, die Polen zugunsten Rußlands zu beeinflussen, darin besteht, schon jetzt ohne Aufschub in der Tat das ihnen Versprochene zu verwirklichen, im gegenwärtig zulässigen Umfang, was aber natürlich nicht weniger sein darf als das, was Österreich den Polen anbietet." Ebenso schreibt Generalstabschef Alexejew am 22. Juni 1916 an Stürmer, indem er den Brief Brussilows ihm zuschickt: „Indem ich mich meinerseits durchaus der Meinung des Generaladjutanten Brussilow anschließe, bin ich der Meinung, daß die von ihm vorgeschlagene Lösung der polnischen Frage gegenwärtig die einzig zweckmäßige ist, und daß es daher wünschenswert wäre, sie möglichst ohne Aufschub zu verwirklichen[19])."

Inzwischen hatte der Zar am 29. Juni 1916 Sazonow kurze Zeit vor dessen Entlassung befohlen, den Staatssekretär Krysha-

[18]) l. c., S. 104—107.
[19]) l. c., S. 113—114.

Digitized by Google

nowsky[20]) zu beauftragen, den Entwurf eines Manifestes über die neue politische Verfassung Polens fertigzustellen. Als Kryshanowsky diesen Auftrag erfüllte, befahl der Zar, den Entwurf sofort vom Ministerrat beraten zu lassen. Der Ministerrat beschäftigte sich daraufhin in seinen Sitzungen vom 13., 16. und 18. Juli 1916 mit der Frage. Auch hier ergaben sich zwei verschiedene Meinungen. Kriegsminister Schuwajew, Marineminister Grigorowitsch und Landwirtschaftsminister Rittich hielten es für notwendig, ohne Aufschub in klaren und genauen Ausdrücken die Absichten der russischen Regierung in der polnischen Frage kundzugeben und auf diese Weise „die von feindlichen Verleumdungen und Versprechen gestützten Zweifel zu zerstreuen". Die drei Minister erklärten sich daher für die sofortige Veröffentlichung eines diesbezüglichen Allerhöchsten Manifests und erklärten, daß eine Verzögerung in diesem Falle sehr ungünstige Folgen haben könnte. Sie beriefen sich u. a. darauf, daß die französische Regierung die russische von der in französischen politischen Kreisen herrschenden Ansicht in Kenntnis setzte, derzufolge die „polnischen Länder eine besondere Ordnung erhalten müssen". Würde diese Frage jetzt also von Rußland nicht klar gelöst werden, so befürchteten diese drei Minister eine Aufrollung der polnischen Frage auf der zukünftigen Friedenskonferenz, was „sowohl vom Standpunkt der Großmachtwürde Rußlands als der besonderen Art der russisch-polnischen Beziehungen ganz unzulässig wäre". Die übrigen Minister dagegen hielten es „für vorsichtiger, den Erlaß eines neuen Aktes über die polnischen Gebiete bis zu einem günstigeren Zeitpunkt aufzuschieben". Der Krieg sei noch nicht zu Ende, das polnische Land ist noch im Besitz der Feinde und die russischen Heere beginnen erst sich seinen Grenzen zu nähern. Der Erlaß eines neuen Aktes in Rußland könnte z. B. die Deutschen veranlassen, angesichts der Unsicherheit ihrer Kriegslage in Polen, die Bildung eines selbständigen polnischen Staates zu proklamieren. „Gewiß darf man glauben, daß ein derartiger Trick die Herzen der Polen für Deutschland nicht gewinnen werde, welche schon genügend den Druck der deutschen Übermacht empfunden haben, immerhin kann aber der Traum der vollen politischen Unabhängigkeit eine gewisse Zahl Anhänger finden", was schon durch die polnischen Legionen bewiesen wird, welche gegen Rußland in den Reihen der feindlichen Armeen kämpfen. Immerhin erfüllte der Ministerrat den Wunsch des Zaren und arbeitete den Entwurf eines Manifests aus, welchen der Zar über Polen veröffentlichen sollte. In diesem wird versprochen, aus Russisch-Polen, ebenso „aus denjenigen vom polnischen Volk bewohnten Gebieten, welche Unserer Obhut anzuvertrauen es dem Allmächtigen gefallen sollte, ein Polen zu schaffen, welches frei in seinem Glauben, Sprache

[20]) Langjähriger Gehilfe des Ministers des Innern.

Digitized by Google

und Selbstverwaltung sein soll." (Bei der Aufzählung der früheren russisch-polnischen Gouvernements wird dabei in bezug auf das Gouvernement Suwalki die Einschränkung gemacht, daß in das künftige Polen nur der Teil einzuschließen sei, der von Polen bewohnt wird, d. h. daß der litauische Teil außerhalb Polens bleiben sollte.) „In dieser historischen Stunde der herannahenden Vergeltung für die Deutschen und ihre Verbündeten — heißt es im Entwurf — haben Wir es für wohl befunden, unmittelbar mit Unserem kaiserlichen Wort feierlich die von Uns dem polnischen Volk gewährte ausgedehnte Freiheit des Baues seines inneren Lebens unter Aufrechterhaltung der für das russische und polnische Volk einheitlichen Staatlichkeit als des besten Pfandes ihres weiteren Wohlergehens, zu bekräftigen[21])."

Dies Manifest wurde aber doch nicht veröffentlicht, und zwar wurde das, wie aus den Dokumenten hervorgeht, durch die Zarin Alexandra verhindert. Darüber erzählt der polnische Fürst Stanislaus Ljubomirsky in seiner Aussage vor der obenerwähnten Außerordentlichen Kommission am 24. Oktober 1917 folgendes: Der polnische Aristokrat, der Zutritt zum russischen Hof hatte, hatte während des Krieges zweimal Denkschriften über die polnische Frage dem Kaiser Nikolaus eingereicht, das erste Mal im Mai 1916 auf Wunsch des Großfürsten Boris Wladimirowitsch, der sie dann dem Zaren ins Hauptquartier brachte, das zweite Mal im September desselben Jahres. Er kam damals aus Bukarest nach Petersburg und besprach die polnische Frage mit dem Grafen Ladislaus Welepolsky. Er erfuhr von ihm, daß er im Juli 1916 ins Hauptquartier geladen wurde, wo der Zar sich mit ihm eingehend über die polnische Frage unterhielt. Er brachte beim Zaren den ganzen Vormittag zu, währenddessen die Lösung der polnischen Frage besprochen wurde. Der Graf war dann zu Mittag geladen und darauf wurde die Unterhaltung über dasselbe Thema wieder fortgesetzt. Als Welepolsky dann den Zaren verließ, hatte er den Eindruck, daß die Angelegenheit gut stehe und daß in den nächsten Tagen ein neuer Akt des Zaren über die zukünftige Ordnung Polens erscheinen werde. Beim Abschied sagte dann der Zar dem Grafen, er sollte den Entwurf der Zarin vorlegen. Er, der Zar nämlich, möchte, daß sie den Entwurf kennenlerne und fügte hinzu, sie sei eine kluge Frau, welche er über alle Fragen zu Rate zieht. Als er nach Petersburg zurückkehrte, wurde auch der Graf Welepolsky von der Zarin in Audienz empfangen und setzte ihr den Entwurf genau auseinander. Dabei fühlte er aber ihre kaum verhüllte Abneigung gegen die Lösung der Frage. Die Zarin fragte ihn u. a., ob der Thronfolger glücklich sein werde, wenn Polen die Rechte erhalten werde und bemerkte weiter, daß, wenn man Polen die Rechte geben sollte, dasselbe auch mit Kurland und anderen Gebieten

[21]) l. c., S. 114—125.

Digitized by Google

Rußlands geschehen müßte. Nach dieser Audienz war es dem Grafen Welepolsky klar, daß der ausgearbeitete Entwurf über Polen nicht verwirklicht werden würde, und in der Tat wurde er auch nicht veröffentlicht[22]). Die Rolle der Zarin dabei wird auch aus einer chiffrierten Depesche Stürmers an den Zaren klar, welche lautete: „Auf Befehl Ihrer Majestät: Ich hatte heute das Glück, die Kaiserin zu sehen, sie hatte am Morgen den Grafen Welepolsky empfangen und befahl Eurer Majestät ihre Bitte mitzuteilen, die Lösung der polnischen Frage bis zur Ankunft Ihrer Majestät ins Hauptquartier aufzuschieben."

Aus den Akten Stürmers, die in einer anderen Dokumentensammlung vor kurzem erschienen sind[23]), läßt sich auch der Schlußabschnitt der Behandlung dieser Frage näher feststellen. Es sind das Notizen Stürmers über Immediatberichte, die er an den Zaren erstattete. In einer Notiz über eine Audienz, die er am 1. August 1916 hatte, heißt es, daß der Zar auf seine Frage, was mit den verschiedenen Entwürfen eines Manifestes über die polnische Autonomie, die im Ministerrat ausgearbeitet worden sind, geschehen soll, antwortete, er sei mit dem Studium dieser Frage beschäftigt, neige aber dazu, daß das Manifest erst veröffentlicht werden soll, nachdem die russischen Truppen wieder in das Gebiet des polnischen Königreichs einmarschiert sind. Auf die Bemerkung Stürmers, daß nach den neuesten Nachrichten Deutschland ebenfalls sich vorbereite, ein Manifest zugunsten des polnischen Volkes zu veröffentlichen, antwortete der Zar, das sei ihm bekannt. Etwas später, in einer Audienz am 21. August, wurde diese Frage wieder berührt. Dabei führte Stürmer aus, seiner Meinung nach würde die Veröffentlichung eines Manifestes über die Gewährung einer Autonomie an Polen im jetzigen Augenblick im Volke Befremden hervorrufen. Nicht nur Polen litt unter dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern auch Letten, Esten usw., die dennoch dafür keine besonderen Vorteile erhalten, das ganze russische Volk brachte gleichmäßig schwere Opfer an Menschen und Gut zur Verteidigung des Vaterlandes. Stürmer würde es daher für richtiger halten, wenn dieser Veröffentlichung eine andere vorausgehe, die ganz Rußland betreffen

[22]) ibid, S. 127—128. Diese Darlegung Ljubomirskys wird durch einen Brief der Zarin an Nikolaus II. bestätigt, aus dem hervorgeht, daß sich bei ihr die Sorge um die Zukunft ihres Sohnes auf ganz unverständliche Weise mit dem Widerstand gegen die Autonomie Polens vereinigte. Sie schreibt nämlich am 22. Juli an den Zaren: „Jetzt kommt zu mir Welepolski. Ich habe davor etwas Angst, da ich sicher bin, daß ich mit ihm nicht durchaus einverstanden sein werde, ich glaube, daß es vernünftiger wäre, etwas abzuwarten und auf jeden Fall keine allzu großen Freiheiten zu geben, denn sonst wird Baby, wenn die Reihe an ihn kommt, schwere Zeiten erleben müssen." („Briefe der Zarin Alexandra Feodorowna an den Zaren Nikolaus II.", Berlin 1922, russisch, Slowoverlag, Bd. II, S. 148.)

[23]) W. P. Semennikow, monarchija pered kruschenijem, Moskau-Leningrad, 1927.

Digitized by Google

würde. Es sollte Rußland der Vertrag bekanntgegeben werden, kraft welchem die Verbündeten, Frankreich und England, ihre Bereitschaft erklärten, daß Rußland von Konstantinopel und den Meerengen Besitz ergreife. Diese Veröffentlichung würde in Rußland einen ungeheuren Eindruck machen, als die Verwirklichung seiner historischen Forderungen. Am anderen Tag könnte darauf im „Regierungsboten" das Manifest über die Gewährung einer Autonomie an Polen erscheinen. Zuletzt wurde über diese Frage in der Audienz Stürmers vom 10. September 1916 gesprochen, wobei der Zar erklärte, er habe die Absicht, das Manifest über die Autonomie erst dann zu veröffentlichen, wenn die russischen Truppen in die vom Feinde besetzten Gebiete Polens einziehen werden[24]).

Weiter geschah in dieser Frage nichts. Erst als die Bekanntmachung der deutschen und österreichischen Monarchen vom 5. November (23. Oktober) 1916 über die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten erschien, wurde auch in Rußland eine Regierungserklärung veröffentlicht, derzufolge der „Beschluß der russischen Monarchen unbeugsam bleibe, nach der Vollendung des Krieges aus allen Teilen Polens ein vollständiges Polen zu schaffen mit dem Rechte des freien Aufbaus seines nationalen Lebens, auf der Grundlage der Autonomie unter dem Zepter der russischen Monarchen unter Beibehaltung der staatlichen Einheit."

* * *

In seinen kürzlich erschienen Erinnerungen widmet S. D. Sazonow ein besonderes Kapitel der polnischen Frage (vgl. S. D. Sazonow, 6 schwere Jahre, 1925, Verlag für Kulturpolitik, S. 364—385). Er macht darin Mitteilung über einen von ihm in einer Sitzung des Ministerrates im Juli 1915 gemachten Vorschlag, die Frage der polnischen Autonomie durch ein Allerhöchstes Manifest zu lösen, ohne die Eröffnung der Reichsduma, die damals nicht tagte, abzuwarten. Im Ministerrat fand sich aber keine Stimme zugunsten dieses Vorschlages. (In der vorliegenden Dokumentensammlung fehlt der Bericht über diese Ministerratssitzung. J. L.) Ferner enthalten seine Aufzeichnungen einige ergänzende Einzelheiten über den Schlußabschnitt der Verhandlungen über die polnische Frage. Sazonow erzählt nämlich von seinem, kurz vor seiner Entlassung unternommenen Versuch, auf den Zaren einzuwirken. Nach einem ausführlichen Vortrage über die polnische Frage, erhielt er von Nikolaus II. die Ermächtigung, ihm den Entwurf einer Verfassung für Polen vorzulegen. Dieser Entwurf wurde von Prof. Boris Nolde, damals Departementsdirektor im Außenministerium, ausgearbeitet. Nachdem er vom

[24]) ibid, S. 141—142, 147—148 und 153—154.

Digitized by Google

Reichssekretär Kryshanowsky in Übereinstimmung mit den Reichsgesetzen gebracht worden war, ging Sazonow mit dem Entwurf ins Hauptquartier nach Mohilew zum Zaren. Der Generalstabschef Alexejew billigte den Entwurf, beide wurden am 29. Juni 1916 vom Zaren in Audienz empfangen, wobei der Entwurf genau besprochen wurde. Nach einigem Nachdenken erklärte der Zar, daß er den Entwurf gutheiße und dessen Veröffentlichung billige. Sazonow machte den Zaren darauf aufmerksam, daß die Mehrzahl der Minister, vor allem der Premierminister Stürmer, sich dem widersetzen würden, er könne höchstens auf die Unterstützung dreier Kollegen rechnen. Darauf erwiderte der Zar, nach dem Gesetz überwiege die Minderheit, wenn er sich auf ihre Seite stelle. Sazonow kehrte nach Petersburg zurück, teilte Stürmer die Worte des Zaren mit, sah aber an dem Gesichtsausdruck Stürmers, daß dieser bereit war, Widerstand zu leisten. Ein Unwohlsein zwang Sazonow, zur Erholung für einige Tage nach Finnland zu gehen, er wurde entlassen, der Ministerrat, der schon in seiner Abwesenheit den Entwurf beriet — schreibt Sazonow — „beschloß, daß die Beratung der polnischen Frage angesichts der Kriegslage unmöglich und daher mein Entwurf unzeitgemäß wäre". Wie aus den nun veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, ist diese Fassung nicht ganz zutreffend, es wurde vom Ministerrat doch ein Manifestentwurf fertiggestellt, dessen Veröffentlichung aber durch den Widerstand der Zarin vereitelt wurde.

Digitized by Google

Staatspolitische Übersicht über Grundlagen und Rechtsgestaltung der russischen Nationalitätenpolitik.

Von Manfred Langhans-Ratzeburg.

Immer mehr richtet sich in jüngster Zeit das allgemeine Interesse auf die russische Nationalitätenpolitik: sind doch in den letzten Jahren auffällig viele Arbeiten auch in westeuropäischen Sprachen erschienen, die, entweder selbständig oder hineingestellt in einen größeren Rahmen, in kürzeren oder längeren Ausführungen die bolschewistische Nationalitätenpolitik als solche, also vom politischen Standpunkt aus, oder ihre rechtliche Ausgestaltung, also vom juristischen Standpunkt aus, untersuchen. Es ist nun eine ganz auffällige Erscheinung, daß die meisten Arbeiten die Dinge nur ganz allgemein behandeln, ohne auf die jedem Volk und Volksstamm jeweils eigentümliche Sonderregelung einzugehen, und daß, soweit dies geschieht, selbst ernstzunehmenden Verfassern seltsame Irrtümer insbesondere in geographischer und geschichtlicher Hinsicht unterlaufen.

Daher schien es wohl angezeigt und sogar notwendig, einmal eine nach Möglichkeit erschöpfende systematische Übersicht zu geben über die gesamtrussischen Gliedstaaten, die autonomen Rätestaaten und autonomen Gebiete: Rasse und Bekenntnis des jeweiligen Hauptvolkes; Zugehörigkeit zu Gliedstaat und Wirtschaftsgebiet (entsprechend der geplanten Rayonierung); Datum der Errichtung des Rätestaats bzw. seiner Autonomie; Umfang, Einwohnerzahl, Hauptstadt und Verwaltungseinteilung des Landes usw. Dabei wird jeder Osteuropakenner begreifen, daß unsere Zusammenstellung wegen Unzuverlässigkeit und Ungereimtheit der Quellen keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit erheben kann; immerhin vermag sie als Grundlage und Anreiz zu weiteren Forschungen dienen[1]).

[1]) Weitere Auskünfte bieten die auch hier benutzten Werke: Führer durch die Sowjetunion, Gesamtausgabe, bearbeitet von A. Radó, hrg. von der Gesellschaft für Kulturverbindung der Sowjetunion mit dem Ausland, Berlin 1928 (Neuer Deutscher Verlag); M. Langhans, Die staatsrechtliche Entwicklung der auf russischem Boden lebenden kleineren Nationalitäten, Archiv des öff. Rechts 1925, S. 173—210.

Digitized by Google

1. Gesamtrußland und seine sechs bzw. acht Gliedstaaten[1]).

Gliedstaaten (Unionrepubliken)	Amtl. Abkürzung	Rasse überwiegend	Bekenntnis überwiegend	Errichtung des Rätestaats	Verfassung mit Änderungen	Umfang in 1000 qkm	Bewohner in Taus. 1926	Anteil des Staatsvolks an der Gesamtbevölkerung in %	Hauptstadt	Verwaltungseinteilung des **nicht**autonomen Staatsgebiets
Innerrußland . .	RSFSR	Slawen	griech.-orth.	7. Nov. 1917	10. Juli 1918 11. Mai 1925	19 758,3	100 593,8		Moskau	32 Gouvernem. und 4 Wirtschaftsg.
Ukraine	USSR	Slawen	griech.-orth.	14. Dez. 1917	14. März 1919	451,3	28 887,0	75	Charkow	41 Bezirke
Weißrußland . .	SSRB	Slawen	griech.-orth.	1. Jan. 1919 20. Aug. 1920	4. Febr. 1919 17. Dez. 1920	126,3	4 924,6	82	Minsk	12 Bezirke
Transkaukasien .	SSFSR	s. u.	s. u.	12. März 1922 12. Dez. 1922	12. Dez. 1922 14. April 1925	184,6	5 810,3	33,6 Georg. 24,1 Armen. 23,1 Aserb.	Tiflis	s. u.
Armenien . .	SSRA	Armenier	armeno.-greg.	20. Nov. 1920	3. Febr. 1922	30,9	870,7	86	Eriwan	10 Kreise
Aserbeidschan	ASSR	Turkotataren	moham.	2. April 1920		84,7	2302,0	56	Baku	15 Kreise
Georgien . .	GSSR	Karthwelier	griech.-orth.	25. Febr. 1921		69,0	2638,0	64,8	Tiflis	16 Kreise
Turkmenien . .	Turk SSR	Turkotatar.	moham.	1924	20. Febr. 1925	491,2	1 030,5	77,9	Aschabad	5 Bezirke
Usbekien . . .	UsbSSR	Turkotatar.	moham.	5. Dez. 1924	17. Febr. 1925	340,4	5 058,2		Samarkand	10 Bezirke
Gesamtrußland	SSSR	Slawen	griech.-orth.	30. Dez. 1922	6. Juli 1923	21 352,1	146 304,4	—	Moskau	—

[1]) Eine kurze Übersicht über ihre staatsrechtliche Stellung bringt M. Langhans-Ratzeburg, „Die Verfassungen des Erdballs", Gotha 1927, S. 164 ff.

Digitized by Google

2. Die 16 autonomen Rätestaaten[1]).

Autonomer Rätestaat der (geographisch geordnet)	Amtl. Abkürzung	Zugehöriger Gliedstaat	Zugehöriges Wirtschaftsgebiet	Rasse	Bekenntnis	Errichtung des autonomen Gebiets	Errichtung des autonomen Rätestaats	Umfang in 1000 qkm	Bewohner in Taus. 1926	Anteil des Staatsvolks an der Ges.-bevölk. in %	Hauptstadt (mit früherem Namen)	Verwaltungseinteilung
Karelier . . .	AKSSR	Innerrußland	äußerster Norden	Finnen	griech.-orth.	6. Aug. 1920	27. Juli 1923	143,3	267,5	48	Petrosawodsk	5 Kreise u. 1 Rayon
Tschuwaschen	ATSSR	Innerrußland	Wolga-Kama	Turkotataren	griech.-orth.	24. Juni 1920	21. April 1925	15,3	893,7	—	Tscheboksary	5 Kreise
Tataren . . .	ATSSR	Innerrußland	Wolga-Kama	Turkotataren	moham.	—	27. Mai 1920	68,5	2589,6	52,1	Kasan	12 Kantone
Baschkiren .	ABSSR	Innerrußland	Baschkiren-Orenburg	Turkotataren	moham.	16. Febr. 1919	19. Mai 1920	157,1	2741,0	46,5	Ufa	8 Kantone
Wolgadeutsche	ASSRNP	Innerrußland	Wolga	Germanen	2/3 evangel. 1/3 kathol.	19. Okt. 1918	6. Jan. 1924	26,8	571,1	67	Pokrowsk	14 Kantone
Moldauer . .	AMSSR	Ukraine	Ukraine	Romanen	griech.-orth.	—	11. Okt. 1924	8,8	567,0	34,3	Balta	
Krim	KrASSR	Innerrußland	Krim	Turkotataren	moham.	—	18. Okt. 1921	25,3	700,0	26	Simferopol	10 Kreise
Dagestan . .	ADSSR	Innerrußland	Dagestan	Turkotataren	moham.	—	20. Jan. 1921	54,2	786,9	63,3	Machatschkala (Petrowsk)	12 Bezirke
Abchasen . .		Georgien	Transkaukasien	Turkotataren	moham.	—	1922	8,4	198,9	75	Suchum	5 Kreise
Adscharen . .		Georgien	Transkaukasien	Turkotataren	moham.	—	1922	3,0	128,6		Batum	5 Kreise
Nachitschewan	ANSSR	Aserbeidschan	Transkaukasien	Turkotataren	moham.	1922	31. Dez 1923	5,4	103,6		Nachitschewan	
Kasaken . . .	AKasSSR	Innerrußland	Kasakien-Kirgisien	Turkotataren	moham.	—	26. Aug. 1920	2958,8	6570,5	55,6	Ksylorda (Akmatschat, Petrowsk)	6 Gouvern., 1 Bezirk u. 1 Kreis
Kirgisen . . .	AKrSSR	Innerrußland	Kasakien-Kirgisien	Turkotataren	moham.	20. Okt. 1924	20. Nov. 1926	195,1	997,4	61	Frunse (Pischpek)	7 Kantone
Tadschiken .		Usbekien	Usbekien	iran. Indogermanen	moham.	—	1925	154,1	663,0	89	Dschuschambe	7 Wilajets
Jakuten . . .	AYSSR	Innerrußland	Jakutien	Turkotataren	griech.-orth.	—	22. April 1922	4023,3	304,7	87	Jakutsk	6 Bezirke
Mongolo-Burjäten		Innerrußland	Sibirien	Mongolen	buddh.	9. Jan. 1922	30. Mai 1923	378,1	487,4	49	Werchne-Udinsk	9 Kreise (Aimaks)

[1]) Vgl. hierzu M. Langhans-Ratzeburg, „Die Verfassungen des Erdballs", Gotha 1927, S. 109 ff.

Digitized by Google

3. Die 14 autonomen Gebiete [1]).

Autonomes Gebiet der (geograph. geordnet) (in Klammern Selbstbezeichnung)	Zugehöriger Gliedstaat	Zugehöriges Wirtschafts-gebiet	Rasse	Bekenntnis	Errichtung	Umfang in Taus. qkm	Bewohner in Taus. 1926	Anteil des Gebietvolks an der Ges.-bevölk. in %	Hauptort (mit früherem Namen)	Verwaltungseinteilung
Syrjänen (Komi)	Innerrußland	äußerst. Norden	nord. Finnen	griech.-orth.	22. Aug. 1921	434,1	204,2	92	Ustsysolsk	
Wotjaken (Udmurten)	Innerrußland	Wolga-Kama	Wolgafinnen	griech.-orth.	5. Jan. 1921	30,0	755,9	55	Ischewsk	
Tscheremissen (Mari)	Innerrußland	Wolga-Kama	Wolgafinnen	griech.-orth.	25. Nov. 1920	23,5	482,5	53,3	Krasnokokschaisk (Zarewokokschaisk)	
Kalmücken	Innerrußland	Wolgamündg.	Mongolen	buddh.	25. Nov. 1920	74,5	142,0	84,5	Astrachan	
Adigo-Tscherkessen	Innerrußland	Nordkaukasus	Kaukasier	moham.	27. Juli 1920	3,1	114,2	49	Krasnodar (Jekaterinodar)	
Karatschaier	Innerrußland	Nordkaukasus	Turkotataren	moham.	12. Jan. 1922 20. April 1926	8,0	64,6		Batalpaschinsk	
Balkar-Kabardiner (Taulus)	Innerrußland	Nordkaukasus	Kaukasier	moham.	1. Sept. 1921 27. Jan. 1922	12,2	203,8	63	Naltschik	7 Bezirke
Nordosseten	Innerrußland	Nordkaukasus	Indogerman.	moham.	7. Juli 1924	6,0	152,0	87,0	Wladikawkas	4 Bezirke
Inguschen	Innerrußland	Nordkaukasus	Kaukasier	moham.	7. Juli 1924	3,2	75,0	98,3	Wladikawkas	3 Rayons
Tschechtschenen (Tochtschi)	Innerrußland	Nordkaukasus	Araber	moham.	30. Nov. 1922	9,2	311,0	98,3	Grosny	7 Kreise, 4 Rayons
Südosseten	Georgien	Transkaukas.	Indogerman.	moham.	1923	3,7	87,3		Zchinwali	14 Kreise
Karabachen	Aserbeidschan	Transkaukasien	Turkotaren	armeno-gregor.	1923	4,2	125,2		Stepanakert (Chan-Kendy)	
Karakalpaken	Kasakien (Innerrußld.)	Kasakien-Kirgisien	Turkotataren	moham.	7. Juli 1924	124,0	303,5	39	Turtkul (Petro-Alexandrowsk)	
Oiraten	Innerrußland	Sibirien	Mongolen	buddh.	1. Juni 1922	88,0	99,6	42	Ulala	10 Kreise (Aimaks)

[1]) Vgl. hierzu M. Langhans-Ratzeburg, „Die Verfassungen des Erdballs", Gotha 1927, S. 170 ff.

Digitized by Google

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Monatsbericht über innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Nur mit ein paar Schlagworten sei der wirtschaftspolitische Hintergrund für den Monatsbericht bezeichnet. Ist doch das letzte und wesentliche das, daß das Urteil über das heutige Regime gefällt wird durch die Wirtschaftslage, genauer gesagt, die Lage der 25,3 Millionen Bauernwirtschaften, ihre Wünsche, Bedürfnisse und Nöte. 1927 war das dritte aufeinander folgende Jahr, in dem eine gute Mittelernte einzuheimsen war. Das ist auch in Vorkriegszeiten eine Seltenheit gewesen Die Situation der letzten drei Jahre ruht also auf einer ungewöhnlich günstigen Ernteperiode, deren ununterbrochene Weiterdauer natürlich nicht vorausgesetzt werden kann. Die Kaufkraft der Bauern ist damit gestiegen, aber die Befriedigung ihrer Bedürfnisse an Industriewaren nicht entsprechend. Das ist die Signatur des Augenblickes: Der unbefriedigende Verlauf der diesjährigen Getreidekampagne, der auf den Aus- und Einfuhrplan zurückwirkt; die Ursachen wurden schon im letzten Heft bezeichnet.

Die Aus- und Einfuhrzahlen für 1926/1927 wurden gleichfalls in Heft 5, S. 364 ff., mitgeteilt. Im ersten Quartal des neuen Wirtschaftsjahres (Oktober bis Dezember 1927) war sodann die russische Ausfuhr über die europäische Grenze 164,8 Millionen Rubel, gegen 208,3 Millionen des Vorjahres, die Einfuhr 160,5 Millionen (131,9 Millionen). Der Rückgang der Ausfuhr geht eben auf den Rückgang der Getreideausfuhr zurück. Das Bild des Außenhandels ist so im ersten Vierteljahr des neuen Wirtschaftsjahres recht ungünstig. Die Handelsbilanz ist gegen das Vorjahr verschlechtert: Ausfuhrüberschuß in diesem Quartal nur 4 Millionen gegen 76,4 Millionen im gleichen Quartal des Vorjahres.

So ist in dem Bild für den Berichtsmonat kein neuer Zug, wohl aber die gleichen großen Schwierigkeiten, die nun nach dem Siege über die Opposition dringend ihre Lösung verlangen.

II.

Die Verbannten, auf Grund Artikel 58 des Strafgesetzbuches wegen Verbrechens der Gegenrevolution bestraft, haben sich auf die ihnen angewiesenen Plätze begeben, Trotzki, wie bekannt, nach Wjerny an der russisch-chinesischen Grenze.

Sinowjew und Kamenew haben sich unterworfen. In einem Brief an die „Prawda“ (27. 1.) haben sie der Opposition

Digitized by Google

Trotzkis abgesagt, und sie unterwerfen sich der Partei: „Lieber muß ein Bolschewist vor der kommunistischen Partei kapitulieren, als vor dem Gedanken einer zweiten Partei." Damit rücken die beiden auch von der deutschen Gruppe Maslow-Ruth Fischer, sowie von der französischen Suvarin-Lorriot ab. Diese Unterwerfung, die keinen sehr imponierenden Eindruck macht, ist ein neuer Sieg Stalins. Demgemäß hat das Moskauer Komitee der Partei beschlossen, dem Ersuchen Sinowjews und Kamenews um Wiederaufnahme in die Partei nahezutreten. Endgültig ist das vom Zentralkomitee zu entscheiden.

Die „Prawda" rechnet, daß die Opposition nur 4210 Leute umfaßte, 700 hätten ihre „Reue" schon vor dem Kongreß ausgedrückt, auf dem Kongreß über 800, nach dem Kongreß 1500, so daß die Opposition nicht mehr bestehe. Dieses Zahlenspiel hat keinen Sinn, aber sicher ist, daß Stalin die Opposition niedergeworfen und zur Ruhe gezwungen hat.

Nun geht das Zentralkomitee der Partei an eine Revision des gesamten Parteiapparates, auch des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol). Wie schon mitgeteilt, sind auch die Neuwahlen für die Räte auf den Herbst vertagt. Man will in dem damit gewonnenen halben Jahre die Kandidatenlisten von den Elementen reinigen, die der Sympathie für die Opposition verdächtigt sind. In einem ausführlichen Artikel („Iswestija" 31. 1.) begrüßt Enukidze die Maßnahme der Verschiebung mit den Erfahrungen früherer Wahlkampagnen und stellt diese Wahl in Parallele mit den Wahlen Frankreichs, Englands, Amerikas im laufenden Jahr. Damit soll die russische Wahlkampagne einen besonderen Boden gewinnen: „Verstärkung der kommunistischen Partei und entscheidende Niederwerfung der Feinde des sozialistischen Aufbaus". Nur werden damit die drängenden wirtschaftlichen Nöte für die Bauern ja nicht gelöst.

Vom 10. Februar an tagte das Exekutivkomitee der Komintern in Moskau. Es beschäftigte sich mit dem verschärften Kampf gegen die Sozialdemokratie in England, Frankreich und Deutschland, sowie mit der chinesischen Revolution. Bucharin begründete die Notwendigkeit der erfolgten Verbannungen, und das Komitee stimmte der Stalinschen Politik gegen die Opposition bei, mit einer Entschließung ähnlich der der Partei im Dezember, daß die Zugehörigkeit zu der trotzkistischen Opposition, die eine offen antisowjetistische Gruppe darstelle, mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Internationale unvereinbar sei.

So wenig Neues ist von dem Felde zu berichten, auf dem nun die neue „Troika" Stalin, Bucharin, Rykow Rußland ohne Gegnerschaft regiert. Die Frage des Nachwuchses an Führern ist ebenso brennend für dieses Dreigespann wie die wirtschaftlichen Sorgen, die wirkliche Verbindung der Bauern mit dem Sowjetstaat.

Digitized by Google

III.

Auch die Gewerkschaften feiern die Vollendung des ersten Jahrzehntes ihres Bestehens. Der erste Gewerkschaftskongreß fand im Januar 1918 in Petersburg statt. Die Gewerkschaften zählen über 10 Millionen Mitglieder. Aber wenn man liest, was die „Prawda" (29. 1.) zu diesem Jubiläum schreibt: „Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der Sowjetunion wird nicht fruchtlos bleiben für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt und ist auch jetzt schon nicht fruchtlos geblieben. Sie lehrt die Proletarier aller Länder, den Kapitalismus zu bekämpfen und zu besiegen, um auf dessen Trümmern den leuchtenden Bau des Sozialismus zu errichten," so beweist diese völlig inhaltlose Ausführung nur, wie wenig die Gewerkschaften im Sowjetstaat bedeuten.

Bedeutsamer ist das Jubiläum der Roten Armee, das vom 23.—26. Februar begangen wurde. In dem Aufruf wurde sorgfältig der Name Trotzki, der Begründer und Organisator der Roten Armee ist, verschwiegen.

Die Zahl der Kommunisten in ihr beträgt 90 000 Mann, etwa ebensoviel die Zahl der Mitglieder aus der Jugendorganisation, so daß rund ein Drittel der Roten Armee im ganzen aus Parteimitgliedern bestünde. Sie sind im Rahmen der Partei besonders organisiert. Interessant ist, daß in dieser Militärorganisation der kommunistischen Partei verhältnismäßig viel bäuerliche Mitglieder sind; 35 % hier und 19 % Bauern, in der gesamten Partei überhaupt, umgekehrt Arbeiter 40 % in der Armee und 56 % in der Gesamtpartei. Das Zahlenverhältnis erklärt sich ohne weiteres.

Im Januar wurde die Registrierung der früheren zaristischen Offiziere in Moskau abgeschafft. Man zählt in der Stadt 450 frühere Offiziere, die schon zumeist irgendwie in einer Sowjetorganisation tätig waren. Mit Aufhebung dieser Registrierung erhalten diese Militärs das Wahlrecht wie die Bürger sonst.

IV.

Nationale Fragen.

Nach der Volkszählung vom Dezember 1926 zählt Großrußland 87,2 Millionen Einwohner, davon 78,6 Millionen Großrussen und 5,8 Millionen Ukrainer sowie 2,8 Millionen Tataren. In der Ukraine wieder gibt es unter 28,8 Millionen Einwohnern 2,6 Millionen Russen, 1,7 Millionen Juden, 460 000 Polen, 385 000 Deutsche und 264 000 Moldawanen, während der Rest, unter dem sich Bulgaren, Griechen und Tschechen befinden, 352 000 beträgt.

Auf dieses Verhältnis gründet sich die schwierige Lage des Nationalitätenproblems in der Ukraine, deren Kommunistische Partei anders zusammengesetzt ist als in Großrußland.

Digitized by Google

Sie ist 168 000 Mitglieder stark, davon 63,2 % Arbeiter, also beinahe eine reine Arbeiterpartei, die sich vor allem aus den Arbeiterschaften des Kohlenbeckens des Donez und im Eisenrevier des Kriwoj Rog rekrutieren. Diese Arbeiterschaft aber ist überwiegend nichtukrainisch, sondern russisch und beherrscht die ukrainische Sprache nicht. So ergeben sich große Schwierigkeiten und ein ziemlich vielfältiges Bild der bestehenden Strömungen: Russische zentralistische Partei, ukrainischer Partikularismus und Nationalismus, Reste des Panslawismus, auch Antisemitismus und Sympathien für Polen. Aber wesentliche Schwierigkeiten für die Gesamtregierung des Landes ergeben sich daraus ohne Zweifel nicht.

Unter den „Jubiläen" war jetzt auch das des zehnjährigen Verlustes von Bessarabien, das am 26. Januar 1918 mit Rumänien verbunden wurde. Der damalige russische kommandierende General an der rumänischen Front Schterbatschew stellte, um das Land vor dem Bolschewismus zu retten, es unter den Schutz Rumäniens. Eine autonome Republik wurde begründet und eine Nationalversammlung (Sfatul Zeri) einberufen. Sie proklamierte unter dem Druck des Militärs die Angliederung Beßarabiens an Rumänien in der Form eines autonomen Gebietes an dem genannten Tage. Aber die rumänischen Truppen hatten bereits vorher Beßarabien erobert und Rumänien hat seitdem das Land in der militärischen Okkupation verwaltet.

Diese Herrschaft hat das Land wirtschaftlich nicht vorwärtsgebracht und hat es noch weniger mit Rumänien verbunden. Sowjetrußland aber erkennt diesen Gewaltakt nicht an. Die Sowjetregierung hat allerdings auf die Rechte verzichtet, die aus der Zugehörigkeit Beßarabiens zum zaristischen Rußland erwachsen waren, aber damit die Forderung nach Selbstbestimmung für die beßarabische Bevölkerung verbunden und auch Rumänien vorgeschlagen, eine Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle durchzuführen. Rumänien hat das abgelehnt und sich auf jene Nationalbewegung berufen. So bleibt die Wunde offen und besteht zwischen Sowjetrußland und Rumänien kein Friedenszustand, keine diplomatische Anerkennung und dergleichen. Das Jubiläum gab Anlaß, diese ganze Frage erneut nachdrücklich zu betonen.

V.

Auswärtige Politik.

Noch ein Jubiläum: Am 31. Januar stand Georg Wassiljewitsch Tschitscherin zehn Jahre an der Spitze des Volkskommissariates des Auswärtigen; kein Außenminister der Welt ist länger als er in seinem Amt.

Bekanntlich gehört Tschitscherin dem russischen Adel an: er ist mit den Gortschakows und Meyendorffs verwandt. Der Vater

Digitized by Google

war Diplomat, er selbst hat auch die diplomatische Karriere begonnen und schloß sich als angehender russischer Diplomat dem revolutionären Sozialismus an, flüchtete in das Ausland, von wo er erst nach der Revolution zurückkehrte. Er stellte seine Fähigkeiten und Erfahrungen sofort zur Verfügung und übernahm am 31. 1. 1918 tatsächlich die Leitung der Außenpolitik als Stellvertreter Trotzkis. Formell zum Volkskommissar ist er erst nach Trotzkis Rücktritt am 9. März 1918 ernannt worden. Trotzki war wohl überhaupt nur als Außenminister für die Verhandlungen von Brest-Litowsk gedacht.

Tschitscherin, der niemals in der aktiven Parteipolitik rednerisch oder sonst hervortritt, ist der Diplomat der Partei und damit des Staates schlechthin, der unermüdlich Tag und Nacht an dieser Aufgabe arbeitet. Aus seiner Feder stammen weitaus am meisten die Noten, die die neue Art der diplomatischen Außenpolitik begründet haben, diplomatisch und propagandistisch und dialektisch zugleich. Er verleugnet aber nie, daß er in erster Linie den russischen Staatsgedanken vertritt, auf sozialistischer Grundlage natürlich, aber eben den Staatsgedanken Rußlands. Damit begründet sich schon, wo er den stärksten Gegner sieht. Während des Krieges war er in England interniert und hat so England gründlich kennengelernt. Im Mittelpunkt seines politischen Systems steht die Gegnerschaft zu England, die überall auf das stärkste hervortritt.

VI.

Die Sowjetregierung hat am 14. Februar dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß sie an der Mitarbeit im neuen Wirtschaftsrat des Völkerbundes nicht interessiert sei und darauf verzichte, Persönlichkeiten zur Wahl in den Rat zu ernennen. Auf Vorschlag Deutschlands hatte der Völkerbundsrat zwei Sitze für Sowjetrußland freigehalten, einen in der Gruppe der Finanzleute und einen in der Gruppe für Handel. Die Ablehnung erklärt sich wohl aus der Meinung der Sowjetregierung, daß in diesem Wirtschaftsrat bei der gegensätzlichen Einstellung Rußlands gegen die Gesamtrichtung dieses Rates wenig zu machen sei. Dafür nimmt Rußland an der am 20. Februar wieder begonnenen Arbeit des Sicherheitskomitees teil, zu der ein Mitglied des Außenministeriums, Boris Stein, deputiert worden ist.

Am 23. Januar wurde der neue Botschafter Dr. Dowgalewski vom Präsidenten der Republik in Paris empfangen. Die Reden gingen etwas über das übliche Schema heraus. Der russische Botschafter betonte die Bande der Freundschaft, die beide Völker vereinige, deren gutes Einvernehmen ein wichtiges Unterpfand des Weltfriedens sei, und er unterstrich besonders alles weitere für die wirtschaftlichen Beziehungen. Der Präsident sprach auch den Wunsch aus, daß die schwebenden Fragen zu regeln seien,

Digitized by Google

daß sich die gegenseitigen Beziehungen in einer Atmosphäre des Vertrauens entwickelten. „Indem wir in loyaler Weise unsere Zusammenarbeit über jedes Vorurteil stellen, das der Wahrung unserer gemeinsamen Interessen fremd ist, werden wir der Sache des Friedens am besten dienen."

Die nächste schwebende Frage ist ja die Schuldenfrage, die auch in den Wahlkampf Frankreichs hereingetragen ist. Eine Vereinigung der Porteurs individuels de Fonds d'Etat russes, die, im Gegensatz zum Comité des Intérêts français en Russie, die Offerte Rakowskis grundsätzlich akzeptiert, trägt in diesem Augenblick das Problem in die Versammlungen und faßte den Beschluß, nur die Parlamentskandidaten, ohne Unterschied der Partei, zu unterstützen, die sich zu einer Annahme dieser Vorschläge verpflichten. Das sind die Verhandlungen, die Rakowski zurückließ und de Monzie weiterzuführen hat. Damit verbindet sich ein neuer Gedanke, den letzterer am 8. Januar ausgesprochen hat, nämlich den eines deutsch-französischen Abkommens zwischen den deutschen Industrien, die nach Rußland ausführen, und den französischen Industrien, die diese Absicht haben. Darum hat sich in Berlin schon Clementel und dann de Monzie auch bemüht. Das ist die Idee: Lieferungen Deutschlands und Frankreichs in ein Verhältnis und in Übereinstimmung zu bringen, was Erörterungen über Preise, Verkaufsbedingungen und dergleichen voraussetzt. Frankreich sieht ja mit Mißtrauen namentlich auf die deutsch-amerikanischen Bemühungen im Zusammenhang der Farquhar-Konzession.

Damit wieder verbinden sich die Petroleumfragen. Der Präsident der Petroleumkommission der Kammer, Baron, und der Präsident der Kommission für die befreiten Gebiete, Philippotaux haben Poincaré gebeten, die Verhandlungen mit Rußland über die Petroleumfrage wieder aufzunehmen, eine russisch-französische Konferenz dafür zu berufen. Es ist schon wichtig, daß die Vorsitzenden zwei so bedeutender Kammernkommissionen offiziell mit derartigen Wünschen kommen und das paßt auch herein in die Mitteilungen über die französische Petroleumpolitik, die Briand am 13. Januar in einer gemeinsamen Sitzung der Petroleumkommission und der Auswärtigen Kommission der Kammer gemacht hat. Briand nahm darin Stellung gegen den Boykott russischen Petroleums durch englische Firmen, den bekannten Kampf, den Sir Henry Deterding führt, und sprach die Hoffnung aus, daß es bei Wiederaufnahme der französisch-russischen Verhandlungen möglich sein würde, als Kreditgarantie die Deponierung großer Mengen russischen Petroleums zu erlangen und damit die Hegemonie der englischen Petroleumgesellschaften zu brechen.

Das sind wichtige Vorgänge. Zwar ist Poincaré selbst sehr reserviert gegen derartige Verbindungen und Werbungen Rußlands und gegen eine größere Kreditgewährung, aber die Anre-

Digitized by Google

gung der beiden Präsidenten ist von Bedeutung, und die Idee de Monzies und Clementels führt in denselben Kreis.

Dieses Netz wird aber erst vollständig mit der Idee des russisch-französischen Nichtangriffspaktes, die zwar an sich nicht weitergeht, aber ebensowenig aufgegeben ist wie die im letzten Heft gekennzeichneten Pläne und Absichten Briands über die Befriedung des Ostens. Es schwebt ihm offenbar eine große konstruktive Politik im Osten vor, in der das französische Interesse auf alle Weise geführt und gesichert sein soll. Damit bleibt er in dem Gegensatz zu England in der Behandlung der russischen Frage, der bekannt und charakteristisch ist.

In England meint man, daß mit dem Siege Stalins und der Verbannung Trotzkis auch die Idee der Weltrevolution in die Verbannung geschickt worden ist. „Zehn Jahre nach dem schrecklichen Ausbruch des Leninismus in Rußland ist die gewaltige Theorie von der Weltrevolution an ihrem Ende angelangt," schrieb Garvin im „Observer" (15. 1.). Garvin rechnet: Die russischen Machthaber begännen, sich damit abzufinden, daß „das kapitalistische Amerika die ganze wirtschaftliche Welt für alle in unserer Generation absehbare Zeit beherrschen wird und daß Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan gezwungen sind, auf der gleichen Basis zu stehen, wenn auch ihre Organisationen verschieden sind," denn für sie alle bedeute „soziale Revolution", d. h. ein Bürgerkrieg, den vollständigen Zusammenbruch. „Stalins Idee ist," sagt der „Observer", „eine sozialistische oder halbsozialistische Republik inmitten einer Welt zu errichten, die für viele Jahre im ganzen individualistisch und kapitalistisch bleiben wird." Darin sei keine Gefahr zu erblicken, denn ebenso wie mit Rücksicht auf die Bauernschaft das Privateigentum am Grund und Boden notwendig geworden sei, so werde jenes „praktische" Ziel Stalins in wachsendem Maße den privaten Handel und die private Initiative aufrichten."

Das dürfte im Augenblick die Meinung in England sein, das die weitere Entwicklung abwartet. Man rechnet, daß die Wiederannäherung zwischen beiden Staaten möglich sei, wenn die weltrevolutionäre Tätigkeit tatsächlich aufgegeben würde. Aber man tut von sich aus keinen Schritt, das zu beschleunigen.

Bestärkt wird man in England darin durch den zutage liegenden Fehlschlag der bolschewistischen Hoffnungen in China. Nanking hat mit Moskau gebrochen, die Hoffnungen auf die chinesische Revolution sind zunächst einmal völlig zu Ende. Man ist in Moskau gezwungen, die Richtung stärker auf Westeuropa zu nehmen.

Allerdings sind Hoffnungen nach einer anderen Seite vorhanden: Nordamerika, mit dem, wie mehrmals mitgeteilt, die Abschlüsse der Petroleumverträge gelungen sind.

Digitized by Google

Überhaupt spielt das Petroleum eine große Rolle in den Überlegungen der russischen Weltpolitik, in denen die Vertreter des russischen Naphtha-Syndikates zu arbeiten haben, mit der Schweiz, Spanien nach Amerika hin. Dabei sind die Zahlen wichtig: Vor dem Kriege erreichte die durchschnittliche Naphthagewinnung in Rußland 6 418 000 Tonnen im Jahre, die Ausfuhr nur 735 000 Tonnen. In den Jahren 1924, 1925 und 1926 belief sich die Erdölförderung auf nur 5 226 000 Tonnen, während der Export bis 1 298 000 Tonnen gesteigert wurde. Für den Verbrauch der eigenen Bevölkerung wurden also nur 3 298 000 Tonnen übrig gelassen. So spielt das Petroleum eine Rolle als politisches Mittel, als Machtmittel in den großen weltpolitischen Kämpfen auch für Rußland.

Die am 26. Januar in Moskau eingetroffenen Unterhändler Polens, Holowko und Sokolowski, haben am 30. Januar Moskau verlassen, ohne daß Verhandlungen über einen Handelsvertrag begonnen haben. Der Zwischenfall ist nicht ganz aufgeklärt, auch gleichgültig und erledigt, denn die Verhandlungen sind im Februar von Zaleski wieder in Gang gebracht worden. Sie gehen auf einen Handelsvertrag hin, vom Sicherheitspakt ist kaum die Rede.

In die Beziehungen zu Polen spielt herein der Prozeß gegen den Bischof der katholischen Kirche und apostolischen Administrator des Kreises Schitomir, Theophil Skalski, der der Spionage und der Unterstützung überführter Spione zugunsten Polens angeklagt wird. Der Prozeß muß als Fortsetzung des Verfahrens angesehen werden, das im Jahre 1923 gegen den römisch-katholischen Bischof Cieplak und den Prälaten Butkiewitsch eingeleitet wurde, in dessen Verlauf die beiden Genannten zum Tode und eine Reihe anderer Priester zu Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt wurden.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Litauen und ihr Abschluß mit dem Schiedsvertrag am 29. Januar wurden aufmerksam verfolgt und als Zeichen dafür begrüßt, daß Deutschland an dieser Brücke zu Rußland ein lebhaftes Interesse zeige. Die deutsch-polnischen Verhandlungen und die Besprechungen der Wirtschaftsführer Deutschlands und Polens wurden dementsprechend mit einer gewissen Nervosität beobachtet. Die Betrachtungen über die Wahlbewegungen in Westeuropa, auch in Deutschland, erhoffen einen Ruck nach links.

VII.

Das wichtigste im Berichtsmonat sind die Wirtschaftsbeziehungen zu den einzelnen Hauptstaaten und die Verhandlungen darüber.

Zunächst ist nach russischen Angaben die Ausfuhr Englands nach Rußland im ersten Quartal des laufenden Wirt-

Digitized by Google

schaftsjahres sehr stark zurückgegangen, von 3 963 243 Pfund Sterling auf 1 782 729 Pfund Sterling. In diesem Quartal gingen russische Bestellungen nach England für 1 133 944 Pfund Sterling gegen 5 109 523 Pfund Sterling. Damit drückt sich nunmehr doch der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern in einem sehr starken Rückgang des russisch-englischen Geschäftes aus.

Der Ersatz dafür ist in Amerika gesucht worden. Es sind im Jahre 1927 in den Vereinigten Staaten russische Bestellungen im Gesamtbetrage von 31,2 Millionen Dollar vergeben worden gegenüber 8,7 Millionen Dollar im Jahre 1926. Die Baumwolleinkäufe des Allrussischen Textilsyndikats, die 1927 rund 42 Millionen Dollar gegenüber 35 Millionen Dollar im Jahre 1926 betrugen, sind in dieser Summe nicht einbegriffen. Der Gesamtumsatz des russisch-amerikanischen Handels einschließlich der Operationen der amerikanischen Konzessionäre in Rußland und der Geschäftsoperationen der Genossenschaftsverbände „Zentrosojus" und „Selskosojus" betrugen im Jahre 1927 rund 100 Millionen Dollar gegenüber 70 Millionen Dollar im Jahre 1926 und 48 Millionen Dollar im Jahre 1913.

Wie erwähnt, hat Frankreich das deutsch-amerikanische Kreditgeschäft in bezug auf die Metallwerke von Makejevka in Rußland mißtrauisch verfolgt. Die französische Regierung hat in Moskau, wie es heißt, auch in Washington und Berlin darauf hingewiesen, daß damit die Rechte der früheren fransösischen Besitzer dieses Werkes verletzt würden, und deren Ansprüche angemeldet. Die Sowjetregierung vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß eine Verletzung der Interessen der französischen Besitzer nicht vorliege, da nicht eine neue Konzession der Werke, sondern nur ein Kredit zum Wiederaufbau dieser Werke durch Lieferungen aufgenommen werde, während die Werke selbst im Besitz der Sowjetregierung bleiben. Die französischen Vorbesitzer wenden ein, daß ein so hoher Kredit (bekanntlich 40 Millionen Dollar) zu einer Veräußerung an die Gruppe des Auslandes führen könnte, daß z. B. eine deutsche Firma Otto Wolff durch diese Lieferungen auf Kredit (man denkt an 50 Millionen Mark) gewissermaßen eine Hypothek auf französisches Eigentum in Rußland erhalte. Richtig ist, daß den ausländischen Vertragspartnern ein Pfandrecht auf die Werke eingeräumt ist, wenn die Sowjetregierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, in diesem Falle sollen die Werke auf Zeit in die Leitung des ausländischen Konsortiums übergehen.

Am 9. Februar haben schließlich Wirtschaftsbesprechungen zwischen Deutschland und Rußland begonnen, die von deutscher Seite angeregt sind. Anlaß gibt vor allem die Tatsache, die schon im letzten Heft erwähnt wurde, daß trotz der günstigen deutschen Kreditbedingungen und des 300-Millionen-Kredites die deutsche Ausfuhr nach Rußland zurückge-

Digitized by Google

gangen ist, während die russische Einfuhr nach Deutschland und gleichzeitig die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Rußland zugenommen hat. Ferner hat Rußland, das Deutschland ja immer eine Kontingentierung der deutschen Ausfuhr verweigert hat, derartige Kontingente drei anderen Staaten gewährt, namentlich Lettland im Vertrag vom 5. Mai und Persien im Vertrag vom 1. Oktober 1927.

Über diese Fragen und weiter über die Fragen aus dem Vertragswerk ist zu sprechen. Der russisch-deutsche Handelsvertrag lief im September 1927 ab, wurde um ein halbes Jahr verlängert und müßte im März 1928 erneut verlängert werden.

Zu diesen Verhandlungen waren in Berlin erschienen der Verkehrskommissar Rudsutak, der Präsident der Russischen Staatsbank Scheinmann, der Leiter der Delegation Schleifer, Professor Kaufmann und Rosenblum vom Außenkommissariat. Die Verhandlungen sind bei Abschluß des Heftes noch nicht zu Ende. Sollte eine Kündigung des Handelsvertrages sich als nötig erweisen, so würde diese am 12. März mit Wirkung auf den 12. Oktober ausgesprochen werden. Aber es ist zu erwarten, daß die große Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen und politischen Interessen auf beiden Seiten erkannt wird und zu einer beide befriedigenden Einigung führt.

Anmerkungsweise sei verzeichnet, daß nach der Mologa, die Anfang November 1927 endgültig liquidiert war, nun auch die Konzession der deutsch-russischen Agrargesellschaft (Druag) liquidiert ist. Die beiden anderen deutschen Agrarkonzessionen (Krupp und Deutsch-Russische Saatbau A.-G., Drusag) bestehen weiter.

Abgeschlossen am 18. Februar 1928.

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Der Konjunkturbericht vom Dezember läßt eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Union erkennen. Vor allem ist die Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse weiter zurückgegangen. Die amtliche Getreidebeschaffung sank von den im November erzielten 642 700 auf 607 100 t (beim Roggen eine kleine Zunahme, eine um so größere Abnahme beim Weizen). Der Ankauf von Erzeugnissen der Viehzucht hat sich etwas gehoben (nach den Gegenwartspreisen von 31,7 auf 34,4 Millionen). Ein starker Rückgang ist dagegen in der Kategorie der „technischen Rohstoffe und Butter" eingetreten: von 98,6 auf 51,7 Millionen Rubel. Insgesamt (einschließlich 32,0 Millionen für Getreide) wurden an Agrarerzeugnissen beschafft: für

Digitized by Google

118,2 Millionen Rubel gegen 164,6 im Vormonat und 149,7 im Dezember 1927. Im einzelnen sind gegen Dezember 1927, abgesehen vom Getreide, besonders folgende Verminderungen (in 1000 t) zu vermerken:

für Ölsaaten	von	86,2	auf 69,5
Flachs	von	34,3	auf 29,6
Butter	von	1,85	auf 1,25
Wolle	von	1,40	auf 0,75
Eier (1000 Kisten) .	von.	9,3	auf 5,0.

Dagegen ist die gewerbliche Produktion im Dezember beträchtlich gestiegen; nach den Gegenwartspreisen von 748.2 Millionen Rubel im Vormonat auf 808,7; die Industrie der Produktionsmittel und die der Verbrauchswaren sind annähernd im gleichen Maße daran beteiligt.

Infolge der Rückläufigkeit des Ankaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist die Handelsbilanz Rußlands zum ersten Male wieder passiv geworden. Die Einfuhr stieg von 45,7 auf 57,5 Millionen Tscherwonzen-Rubel, während die Ausfuhr von 50,5 auf 49,5 sank. Der Passivsaldo betrug somit 8,1 Millionen. — In dem Preisverhältnis zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen ist nach der amtlichen Statistik gegen den Vormonat keine nennenswerte Änderung eingetreten.

* * *

Durch den schlechten Verlauf der Getreidekampagne wird das russische Wirtschaftsleben in höchst empfindlicher Weise gestört; es leidet darunter nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die Versorgung des inneren Marktes. An Brotgetreide (vor allem wohl an Weizen) scheint an vielen Orten ein Mangel eingetreten zu sein. Seit der Jahreswende wird die Verstärkung der Getreidebeschaffung daher als „Stoßaufgabe" betrieben. Eine Reihe von Organisationen und Personen, die den Getreideankauf zu lässig betrieben haben oder denen sonstige Schädigung der Getreidekampagne durch ihre Amtsführung vorgeworfen wird, sind schwer bestraft worden; auch mit den Großbauern, die im Rufe stehen, Getreidevorräte aus staatsfeindlichen Absichten zurückzuhalten, sowie mit dem Privathandel, der die Kreise der amtlichen Ankaufsorganisationen stört, geht man gegenwätrig nicht glimpflich um. Tatsächlich ist es erreicht worden, seit dem Beginn des neuen Jahres die Getreidebeschaffung kräftig zu steigern. Die Statistik wird für fünftägige Abschnitte geführt; im Januar gelang es, die Getreideaufbringung von 122 300 t im ersten Abschnitt auf 443 600 t im letzten Abschnitt (6 Tage) zu heben, so daß der Januar im ganzen 1 321 500 t, also etwa das Doppelte der Dezembermenge, ergab. Die Februarziffer ist bisher noch

Digitized by Google

günstiger; sie stellt sich für die ersten 15 Tage auf 951 700 t. Die Aktion soll in energischster Weise fortgesetzt werden, obgleich große Gebiete, wie der Nordkaukasus und das Wolgaland, die im vorigen Jahre nur eine geringe Getreideernte zu verzeichnen hatten, bereits zu erlahmen beginnen.

Die jetzige Art der Eintreibung von Getreide ist, wie jede Vergewaltigung des Wirtschaftslebens, mit großen Gefahren verbunden. Allzu scharf macht schartig. Wenn der augenblickliche Terror fortgesetzt wird, so besteht die Gefahr, daß zu viel aus dem Dorf herausgeholt, hierdurch die Frühjahrsbestellung geschwächt, bei schlechter Ernte Hungersnot heraufbeschworen wird. Die augenblickliche Aktion geht nach meiner Überzeugung, die ich bereits im vorigen Sommer gegenüber einer optimistischen Auslassung Rykows über die bevorstehende Getreidekampagne vertreten habe, von einer Überschätzung der letzten Ernte und vor allem der in Händen der Bauernschaft befindlichen alten Vorräte aus. Bekanntlich blieb schon die Getreidebeschaffung der beiden letzten Vorjahre stark hinter den Erwartungen zurück, die sich auf die Erntestatistik stützten; statt daraus den Schluß zu ziehen, daß die Ernteschätzung zu hoch war, wurde der Fehlbetrag als Vorratsbildung gebucht, und so rechnete man am Schlusse des letzten Erntejahres mit einem Vorrat von 8 000 000 t. Die Schuld an dem Minderergebnis gibt man daher dem Kulak, der bewußt zum Angriff gegen die Stadt und Staatsgewalt übergegangen sei und es verstanden habe, auch einen Teil der Mittelbauern sich zu verbünden (also ganz im Gedankengang der eben besiegten Opposition). Zweifellos verfügt der Großbauer über Vorräte, diese sind aber — ebenso wie die Operationen des heute stark zurückgedrängten privaten Getreidehandels — sehr wichtig, um im engen örtlichen Rahmen die vielfachen Unvollkommenheiten des amtlichen Getreideregimes im Interesse der Ernährung und der Saatgutversorgung auszugleichen. Übrigens wird zugegeben, daß der Großbauer sich außer den ihm unterschobenen gegenrevolutionären Absichten auch von wirtschaftlichen Motiven leiten läßt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die Preise für die Erzeugnisse der technischen Kulturen ihm heute so viel abwerfen, daß er es nicht nötig habe, Getreide zu verkaufen. Vor einem Jahre waren umgekehrt die Preise für technische Rohstoffe (Flachs, Hanf, Ölsamen usw.) zu ungünstig und die Produktion dieser Zweige daher zurückgegangen. Wir haben es wieder einmal mit einem drastischen Beispiel zu tun, wie krisenhaft die russische Planwirtschaft trotz heißem Bemühen bleibt; das Wirtschaftsleben von 150 Millionen Menschen läßt sich nicht in der Weise kommandieren, wie es der Staatsplankommission vorschwebt.

* * *

Digitized by Google

Die Aussichten für die Ernte dieses Jahres sind schon deswegen nicht erfreulich, weil durch den ungünstigen Verlauf des vorigen Herbstes die Winterbestellung sehr beeinträchtigt wurde. Besonders ist man in Sorge um die marktwichtigen Getreidearten, deren Wintersaatfläche allein in der RSFSR gegenüber dem Vorjahre um 4 730 000 ha zurückgeblieben ist. Um den Ausfall wenigstens zu einem großen Teil zu ersetzen, strebt die Regierung der genannten Bundesrepublik eine Erweiterung der Frühjahrssaat, vor allem von Weizen und Gerste, um 2 185 000 ha an. Hierzu ist besonders eine Vermehrung der Spannkräfte erforderlich; den Bauern soll zur Beschaffung von 80—100 000 Pferden Kredit (im Betrage von je 120—150 Rubel) gewährt werden. Auch in der Ukraine gilt es, die Verminderung der Wintersaatfläche, die in 12 Bezirken eingetreten ist, bei der Frühjahrsbestellung auszugleichen. Trotz dieser Bestrebungen ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine beträchtliche Minderung der Getreide-Gesamtfläche im laufenden Wirtschaftsjahr zu rechnen, zumal auch das amtliche Preisverhältnis für Getreide ungünstig ist und der Getreidebau durch die Landwirtschaftssteuer bedeutend stärker belastet ist als die technischen Kulturen und die Viehzucht.

Aussichtsreich für die Zukunft sind die Bemühungen um die Saatzucht und die Verbreitung sortenreinen und sonstigen verbesserten Saatgutes; wir haben es hier mit einer der bedeutsamsten Mittel zur Hebung der russischen Landwirtschaft zu tun. Nach unlängst gefaßten Beschlüssen des STO sollen in den Haushaltsplänen der Bundesrepubliken in den nächsten fünf Jahren für die Selektionsabteilungen der Versuchsstationen 15,5 Millionen Rubel angewiesen werden; 20 Millionen Rubel sind zu langfristigen Krediten bestimmt, um auf Rätegütern und den bäuerlichen Genossenschaften die Saatzucht zu fördern. 55 Millionen sollen der Verstärkung der staatlichen Saatgutfonds dienen, um eine immer umfangreichere Versorgung der Landwirtschaft mit verbessertem Saatgut sicherzustellen.

Die für die Entwicklung der Landwirtschaft im Süden und Osten so wichtige „Traktorisierung" (d. h. Ausstattung mit Schleppern) begann nach dem Übergang zur Nep im Wirtschaftsjahr 1921/22 mit der Einführung von 60 Maschinen; im folgenden Jahre stieg die Einfuhr auf 1000, dann auf 1500, 1924/25 auf 6208, wozu 457 Maschinen aus eigener Produktion kamen, und im Jahre 1926/27 wurden in der Landwirtschaft gar 13 100 Traktoren, davon 12 368 aus dem Ausland (hauptsächlich Fordson) und 732 aus inländischer Produktion, zugeführt. (Nach neuesten Angaben soll die Zahl für die gesamte Union in jenem Jahre sogar 17 000 betragen haben.) Im Jahre 1926/27 erfolgte eine starke Verminderung. Der Plan sah nur 6045 Traktoren vor (hiervon 5020 aus dem Auslande), und eine noch größere Einschränkung ist für das

Digitized by Google

laufende Wirtschaftsjahr geplant; für die RSFSR ist die Zahl auf 2098 festgesetzt, obgleich die Landwirtschaft (nach meinen Beobachtungen) in sehr viel größerem Maße für diese Maschinen aufnahmebereit sein würde. Zweifellos ist für diese Einschränkung die Rücksicht auf die Handelsbilanz die eigentlich entscheidende Erwägung. Zugleich denkt man jetzt aber auch ernstlich darüber nach, ob die Anwendung der Traktoren überhaupt rentabel ist. Lehrreiche Betrachtungen hierüber werden in der „Ekon. Shisn" vom 3. Februar angestellt: Daß der Traktor so massenhafte Aufnahme in der Landwirtschaft fand, erklärte sich wesentlich aus dem katastrophalen Pferdemangel, der im Süden und Osten nach dem Bürgerkrieg und der Hungersnot eingetreten war. Es fragt sich aber, ob die Rentabilität des Traktors nach Rückkehr normaler Verhältnisse anhält, besonders in dicht bevölkerten Landbezirken, wo menschliche Arbeit und lebende Spannkräfte billig sind. Bedenklich ist der Umstand, daß die Anschaffung des Traktors die Bauern vielfach veranlaßt, wenn auch nur vorübergehend, ihren Nutzviehbestand zu vermindern, um durch Verkauf von Tieren die für den Traktor anzuzahlende Summe aufzubringen; dieses Moment ist besonders in denjenigen Zonen von Gewicht, wo der Boden gedüngt werden muß. Eine sehr nützliche mittelbare Wirkung des Traktors besteht darin, daß er zur Durchführung der Agrarreform (Landeinrichtung) drängt; zur rentablen Verwendung der Maschine ist eine zusammenhängende Ackerfläche von mindestens 250 Deßjatinen erforderlich; die Maschinengenossenschaften und Kollektive, die die Traktoren erworben haben, suchen daher baldigst mit ihren Ländereien aus der Gemengelage herauszukommen und geben damit für die beteiligten Gemeinden den Anstoß zur Reform. Nach vorgenommenen Untersuchungen haben die Genossenschaften und Kollektive von den Traktoren einen durchschnittlichen Reingewinn von 2500 Rubel erzielt. — Zu einem ungünstigeren Urteil kommt ein Aufsatz aus dem Fernen Osten („Ekon. Shisn" vom 18. Februar). Die Betriebsstoffe sind dort im Verhältnis zur Pferdekraft sehr teuer, und so kostet das Pflügen einer Deßjatine mit dem Traktor 11,40 Rubel, während sich die Kosten des mit Pferden gezogenen Sackpfluges im Küstengebiet auf 9,80, im Amurgebiet nur auf 6,50 Rubel belaufen.

Wichtig ist es, daß die Arbeit der Traktoren durch Vermehrung der Reparaturwerkstätten und durch Vermehrung der Ausbildungskurse für das technische Personal gefördert werden soll; übrigens wird anerkannt (was mit meinen Beobachtungen übereinstimmt), daß die Bauern in bezug auf die Ausbildung von Traktorenführern und Monteuren selbst lebhafte Initiative entwickeln und daß dort, wo Traktoren in großer Zahl verbreitet sind, sich bereits ein tüchtiger Stamm von Spezialisten unter den Bauern gebildet hat.

* * *

Digitized by Google

Eine der ernstesten Schicksalsfragen für Rußland ist es, ob es gelingt, die Industrie im kräftigen Tempo weiter auszubauen. Es ist dies nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch in hohem Grade eine bevölkerungspolitische Frage, da der gegenwärtige jährliche Geburtenüberschuß von 3,2 Millionen zu großem Teil von der Industrie aufgenommen werden muß, wenn die Landwirtschaft nicht weiter verzwergen und verkümmern soll. Die Losung der „Industrialisierung" hat daher ihre volle Berechtigung. Es wird vielfach gezweifelt, ob Rußland hierzu aus eigener Kraft, also ohne ausländische Milliardenkredite, in der Lage ist. Nicht selten begegnet man der Ansicht (wie sie z. B. Jugow im Novemberheft der „Gesellschaft" entwickelte), daß die schnelle Zunahme der industriellen Produktion seit 1920 lediglich darauf zurückzuführen sei, daß die damals stillgelegten Produktionsanlagen wieder in Benutzung genommen wären; dieser Prozeß sei jetzt beendet, und nun komme es darauf an, neu zu bauen und die inzwischen abgenutzten und veralteten Maschinen und sonstigen Einrichtungen zu ersetzen; ohne grandiose Unterstützung des Auslandes werde die Industrie und damit die gesamte Rätewirtschaft zusammenbrechen. Die Regierung rechnet anders; sie erkennt zwar an, daß die Industrieanlagen großenteils veraltet sind und starker Abnutzung unterliegen; sie rechnet aber für die Industrie im ganzen (nicht für jeden einzelnen Zweig) seit Jahren einen großen Reinertrag heraus, der den Abnutzungskoeffizienten bei weitem übersteigt und die Möglichkeit schafft — mit Unterstützung aus dem Staatssäckel, der seinerseits durch die Steuern wieder aus der Wirtschaft schöpft —, große Mittel zu neuen Investierungen aufzubringen. Ich glaube, daß die amtliche Rechnung zu günstig lautet. Daß aber im großen Umfange in der Industrie neu gebaut wird und vorhandene Anlagen erweitert und erneuert werden, davon habe ich mich an vielen Orten überzeugt, und nach allem, was ich insbesondere auch von Ingenieuren, die der kommunistischen Partei fern stehen, hörte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß an einen wirtschaftlich verursachten Zusammenbruch nicht zu denken ist. Die russische Industrie wird weiter ausgebaut werden, sie wird ihre Produktion vermehren, wenn auch mit vielen Hemmungen und Unvollkommenheiten, und der ausländische Kredit ist daher nicht entscheidend für das Sein oder Nichtsein der Rätewirtschaft, sondern nur für das Zeitmaß ihrer weiteren Entwicklung.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat der Union hat für das Jahrfünft 1927/32 folgende Investierungen für die staatliche Industrie vorgesehen: für neue Fabriken 2736 Millionen Rubel, größere Kapitalaufwendungen zur Erweiterung und Verbesserung vorhandener Fabrikanlagen 3825 Millionen Rubel.

Für das seit dem 1. Oktober laufende Wirtschaftsjahr 1927/28 wird trotz der großenteils nicht befriedigenden Ziffern der ersten

Digitized by Google

Monate auf eine sehr bedeutende Zunahme der Produktion gegen das Vorjahr gerechnet. Über die Bruttoproduktion der Staatsindustrie wird folgende Statistik aufgestellt (in Millionen Rubel nach Großhandelspreisen vom 1. X. 26):

	1925/26	1926/27	1927/28
Produktionsmittelindustrie . .	2745,3	3466,7	4 243,7
Verkaufswarenindustrie . . .	4442,1	5121,0	6 515,0
	7187.4	8587.7	10 758.7

Einstweilen bezweifle ich stark, daß diese Zunahme erreicht werden wird. Es sind in letzter Zeit viele Stockungen eingetreten, besonders infolge unzureichender und verspäteter Zuführung von Heiz- und Rohstoffen, sowie von Halbfabrikaten. Die Vertragsdisziplin innerhalb der Industrie läßt sehr zu wünschen: zur Erlangung großer Vorschüsse (also infolge des Mangels von Betriebskapital) werden vielfach Lieferungsverträge abgeschlossen, die die tatsächliche Leistungsfähigkeit überschreiten. So hat der Trust der chemischen Werke des Nordens Sodalieferungen im doppelten Betrage seines Produktionsprogramms versprochen. Das Hauptbaumwollkomitee hat die chemische Industrie nicht genügend mit Baumwollöl versorgt, um den Bedarf an Olein sicherzustellen, und die chemische Industrie hat wiederum die für die Textilindustrie so wichtige Herstellung von Olein zugunsten einer forcierten Produktion von Toiletteseifen eingeschränkt. Gegen solche Verstöße soll jetzt mit Strenge vorgegangen werden. Überhaupt weht ein scharfer Wind gegen alle Schädigungen durch Eigenmächtigkeit und Nachlässigkeit der örtlichen industriellen Leiter; mit Bestrafung wird u. a. bedroht die Zurückhaltung von Lohnauszahlungen, wie sie in letzter Zeit in verschiedenen Trusts vorgekommen ist, vor allem aber die sehr häufigen Verletzungen der Bestimmungen, die für die Neuinvestierung von Kapital getroffen sind. Durch diese Verstöße wird der Nutzen der auf den Ausbau der Industrie verwandten Milliarden zu beträchtlichem Teile geschmälert.

Trotzdem aber geht es in der Industrie sichtlich vorwärts. Beispielsweise seien folgende Einzelheiten angeführt: Die Naphthaindustrie, die zu einem der wichtigsten Ausfuhrzweige geworden ist und unlängst ansehnliche Lieferungen nach Spanien und selbst nach England vertraglich übernommen hat, soll in diesem Jahre die Zahl der in Betrieb genommenen Bohrtürme von 3843 auf 4367 erhöhen, und zwar großenteils durch neue Bohrungen mit einer Gesamtleistung von 261 700 m; die Produktion soll auf 11,5 Millionen Tonnen (gegen 9,2 Millionen Tonnen im Jahre 1913) gebracht und damit gegen das Vorjahr um 11,5 % gehoben werden. — Der Landmaschinenbau der Union ist gegenwärtig um 75 % größer als vor dem Kriege; während er früher sich auf 900 Fabriken verteilte, konzentriert er sich jetzt auf 43 Werke. 1926/27 gelang es, die Produktionskosten des Ma-

Digitized by Google

schinenbaues um 8,1 % zu verringern; hierbei wird allerdings amtlich zugegeben, daß infolge zu geringer Bewilligungen für die Erneuerung der Produktionsanlagen der Grad der Abnutzung gestiegen ist. In wenigen Jahren wird die Leistungsfähigkeit dieser Industrie durch große neue Fabriken bedeutend erhöht werden, vor allem durch das gewaltige Werk, das mit einem Kostenaufwand von über 40 Millionen Rubel bei Rostow am Don gebaut wird; ich selbst konnte mich im vorigen Sommer von dem guten Fortgang der Bauarbeiten überzeugen. — In Sibirien schickt man sich an, große Waldgebiete der Papierindustrie nutzbar zu machen. In diesem Jahre soll im Jenissej-Becken eine Papierfabrik errichtet werden, die jährlich 178 000 Festmeter verarbeiten soll; weitere große Werke dieser Art sollen im Laufe der nächsten fünf Jahre in den Waldgebieten von Irkutsk und Tomsk erbaut werden.

Selbst an den Bau von Maschinen für die Textilindustrie, also an einen Zweig, der früher als Monopol Englands galt, wagt sich die Rätewirtschaft mehr und mehr heran. Bisher hat man sich allerdings auf die einfacheren Maschinen beschränkt, doch will man auch zu dem Bau komplizierterer Maschinen übergehen. In diesem Jahr soll bei einem Gesamtbedarf der Textilindustrie in Höhe von 34 Millionen Rubel bereits ein Betrag von 27 Millionen Rubel von inländischen Maschinenfabriken geliefert werden.

Für elektrische Kraftwerke hat der Oberste Volkswirtschaftsrat nach dem diesjährigen Plan 306 Millionen Rubel vorgesehen. Teilweise handelt es sich um Verstärkung bestehender Werke, teilweise um Neubauten. Der im vorigen Jahre unter Beratung amerikanischer und deutscher Ingenieure begonnene Bau des großen Dnjepr-Werkes wird in diesem Jahre über 30 Millionen in Anspruch nehmen; die voraussichtlichen Erzeugungskosten für eine Kilowattstunde werden auf 0,5 Kopeken geschätzt. Um von vornherein eine volle Ausnutzung der Kraft zu erzielen, wird voraussichtlich das Donez-Becken angeschlossen werden; man denkt 1931/32 30 000 Kw dorthin abzugeben, um diese Leistung im folgenden Jahre auf 50 000 und sodann auf 75 000 zu steigern. Die Kosten je Kilowattstunde werden für das Donez-Gebiet auf 1,97—2 Kopeken berechnet; man meint, daß das Donez-Becken in eigenen Werken mit Heizstoffen die Kraft nicht billiger erzeugen kann.

Was die beiden großen Verkehrswege betrifft, deren Erbauung im vorigen Jahre in Angriff genommen wurde, so befindet sich der Wolga-Don-Kanal im wesentlichen noch im Stadium der Vorbereitung. Dagegen schreitet der Bau der so ungemein wichtigen Bahn, die Turkestan mit Sibirien verbinden wird, merklich vorwärts; von dem nördlichen Ausgangspunkt ab sollen bereits 150 km Schienen gelegt sein; bereits 1931 soll der durchgehende Verkehr eröffnet werden.

* * *

Digitized by Google

Bei den Bestrebungen zur Herabsetzung der industriellen Produktionskosten handelt es sich insbesondere darum, ein günstigeres Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Produktivität der Arbeit herbeizuführen. Die Ergebnisse des letzten Jahres blieben weit hinter der erhofften Verbesserung zurück. Die Arbeitsleistung stieg zwar um 13,3 %, fast aber in demselben Maße, nämlich um 12 %, hob sich der Arbeitslohn. Das erste Quartal des neuen Wirtschaftsjahres hat günstigere Zahlen ergeben. Durchschnittlich betrug in diesem Zeitabschnitt der Wert der industriellen Produktion je Arbeitstag (nach Vorkriegswert) 7,52 Rubel, während der Lohn sich in Tscherwonzen-Rubeln auf 2,69 bezifferte. Gegen den Durchschnitt des vorigen Jahres bedeuten diese Zahlen eine Steigerung des Arbeitslohnes um 6,2, eine Steigerung der Produktivität um 10,4 %. Diese Verbesserung ist aber wohl weniger auf eine Hebung der Tüchtigkeit und Disziplin der Arbeiter wie vielmehr auf die Wirkungen der vorgenommenen Betriebsvervollkommnungen zurückzuführen. Bei dem Abschluß neuer Kollektivverträge sollen die Gewerkschaften durch Aufklärungsarbeit dahin wirken, daß die Arbeiter sich entsprechenden Bedingungen unterwerfen, um mehr als bisher zur Verminderung der Produktionskosten beizutragen.

Bei ihrer zunehmenden Ausdehnung kann die Industrie über eine beliebige Anzahl ungelernter Arbeitskräfte verfügen. Hiermit hält aber nicht Schritt die Zahl der qualifizierten Kräfte, weder der Ingenieure noch Techniker noch auch nur der gelernten Arbeiter. Welcher Mangel in einzelnen Zweigen besteht, lassen Zahlen erkennen, die vor kurzem für das Baufach veröffentlicht wurden. In der ganzen Union gibt es nur 23 Baugewerkschulen mit 1500 Lernenden. Große Bezirke, wie der Ural, wo 50 000 Bauarbeiter beschäftigt werden, weisen keine einzige derartige Schule auf. Rechnet man alle Arten von Unterrichtsveranstaltungen zusammen, so umfassen sie jährlich vielleicht 6000 Bauarbeiter, während allein der natürliche Abgang durch Alter, Invalidität usw. 36 000 im Jahre beträgt. Der Arbeitskommissar der RSFSR hat einen Plan aufgestellt, wonach von jetzt ab 1,25 % von der Lohnsumme zu Ausbildungszwecken abgezogen werden soll; ferner soll aus dem Fonds der Arbeitslosenhilfe eine halbe Million Rubel dazu bereitgestellt werden. Die Ausbildungskosten werden auf 250 Rubel je Arbeiter beziffert.

Für den Arbeitsschutz (Fabrikhygiene, Unfallverhütung usw.) wurden in der RSFSR 1926/27 etwa 42 Millionen Rubel verausgabt. Für das laufende Jahr sind 50 Millionen angewiesen. Im Vorjahr verteilte sich die Summe zu 16,6 % auf Maßnahmen zur Unfallverhütung, 45,7 % auf Lüftungsanlagen, 17,0 % auf Gesundheitspflege und 20,7 % auf Hilfseinrichtungen. Da die Zahl der Unfälle sehr groß ist, so soll künftig auf deren Verhütung ein

Digitized by Google

größerer Anteil entfallen. — Für die Ausgaben der Sozialversicherung steht in diesem Jahre in der RSFSR eine Summe von 590,4 Millionen Rubel zur Verfügung.

* * *

Mit dem Körper der russischen Volkswirtschaft wächst von Jahr zu Jahr der Staatshaushalt. Der Rat der Volkskommissare der Union bemißt die staatlichen Einnahmen in diesem Jahre auf 6,028 Milliarden Rubel; dies bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr um 17 %. Die Summe setzt sich in der Hauptsache aus folgenden Posten zusammen: direkte Steuern 987,2 Millionen Rubel (darunter Landwirtschaftssteuer 375, Gewerbesteuer 360, Einkommensteuer 244,2); indirekte Steuern 1611 Millionen Rubel (darunter Verbrauchsabgaben 1386, Zölle 225); an nichtsteuerlichen Einnahmen (ausschließlich der Verkehrswege und der Nachrichtenbeförderung) 776,5 Millionen Rubel (darunter Einnahmen aus dem Gewerbe 250, aus dem Staatshandel 31, aus dem Bankbetriebe 76, aus der Forstwirtschaft 230, aus Bergwerken 62). Die Einnahmen aus dem Verkehrswesen werden mit 1680 Millionen Rubel angegeben, aus der Nachrichtenbeförderung mit 168,6. Durch Anleihe sollen 520 Millionen aufgebracht werden.

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

In Heft 3 dieser Zeitschrift (S. 236—237) wurde unter anderem auch über die Zustände an den russischen Hochschulen und das Leben der russischen Studentenschaft berichtet. Das dort Mitgeteilte wird nun in sehr dankenswerter Weise ergänzt durch einen, durchweg auf statistischen Erhebungen gegründeten Vortrag, den der Schriftsteller Salkind kürzlich in Moskau gehalten hat und über den die russischen Blätter ausführlich referieren. Diesen Berichten entnehmen wir einige charakteristische Daten.

Daß die wirtschaftliche Lage der russischen Studenten eine sehr klägliche ist, wurde hier schon früher erwähnt. Nach Salkind verfügen nur 10 % der Studenten über mehr als 25 Rubel monatlich, 25 % haben nicht einmal 20 Rubel. Den Geldverhältnissen entsprechen die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse: 20 % der Moskauer Studenten können sich den Luxus nicht leisten, jeden Tag zu Mittag zu essen, 16 % verfügen über einen Wohnraum von 4 qm, 24 % müssen sich mit einem noch engeren Raum begnügen, d. h. haben gerade nur so viel Platz, um ein Bett hinstellen zu können.

Auch von der Überlastung der Studenten mit Arbeit war schon früher die Rede. Es handelt sich dabei nicht etwa um das

Digitized by Google

Studium, sondern um Nebenarbeiten, die den Studenten das Existenzminimum sichern sollen. Vom Achtstundentag ist beim Studenten keine Rede — 40 % arbeiten 13 bis 14 Stunden täglich, die übrigen immer noch 9 bis 12. Das wirkt natürlich auf den Gesundheitszustand der jungen Leute; gerade die darauf bezüglichen Angaben Salkinds sind besonders interessant. Die in drei Moskauer Studentenkonvikten vorgenommenen Untersuchungen ergaben, daß in dem einen Konvikt 85 %, in dem zweiten 73 % mit Nervenleiden, Krankheiten der Atmungsorgane oder Stoffwechselkrankheiten behaftet waren; nur im dritten Konvikt war der Prozentsatz der Kranken geringer — 53. Das erklärt sich aber dadurch, daß dieses Konvikt fast ausschließlich jüngere Studenten im ersten und zweiten Semester beherbergt, die durch das Großstadtleben, die schwere Arbeit und die Entbehrungen noch nicht so zermürbt sind.

Um so erfreulicher wirkt es, wenn man dann weiter liest, daß trotz dieser so ungünstigen äußeren Umstände der Bildungsdrang und die Arbeitslust der Studenten nicht nur nicht zurückgehen, sondern dauernd im Steigen begriffen sind. Die Lehrer sämtlicher Hochschulen heben einstimmig hervor, daß nicht nur das Interesse für die wissenschaftliche Arbeit, für das erwählte Fach, sondern auch die allgemeinen geistigen Interessen ständig wachsen; der russische Student interessiert sich mehr denn je für philosophische, ethische, ästhetische Probleme. Die Befriedigung dieser Interessen wird aber durch die große Arbeitslast gehemmt; bezeichnend sind wieder die Angaben über die Lektüre der Studenten. 10 % kommen nicht einmal dazu, Zeitungen zu lesen; 40 % finden Zeit, die großen führenden Zeitschriften wenigstens durchzublättern; 35 % lesen außer den vorgeschriebenen Hand- und Lehrbüchern auch noch andere wissenschaftliche Bücher.

Daß die Hebung des geistigen Niveaus der Studentenschaft durch eine immer strenger werdende Auslese (bei der nicht, wie früher, die proletarische Abstammung, sondern die in der höheren Schule erworbenen Kenntnisse den Ausschlag geben) erreicht wird, wurde dem Schreiber dieser Zeilen vor einiger Zeit von einem russischen Hochschullehrer bestätigt, der seine Ferien in Deutschland zubrachte. In Heft 3 ist über die wenig erfreulichen Ergebnisse der Aufnahmeprüfungen in die Hochschulen berichtet worden. Dazu bemerkte nun der erwähnte Herr, daß man gegenüber allen jenen, die den bei der Prüfung gestellten Anforderungen nicht genügen, schonungslos verfahre: die Hochschulen bleiben ihnen verschlossen; von 600 Prüflingen finden selten mehr als 150 Aufnahme; von diesen 150 kämen wiederum nur 30 bis 40 zum Abschluß ihrer Studien; unter diesen 40 aber wäre sicher einer, manchmal auch zwei ganz hervorragend Begabte, und somit sei es um den wissenschaftlichen Nachwuchs schließlich doch nicht so traurig bestellt, wie oft behauptet und befürchtet werde.

Digitized by Google

Daß unter den wenigen Übrigbleibenden, aber um so Leistungsfähigeren die Vertreter der Gesellschaftsschichten, die man früher zu den „niederen" zählte, vorherrschen, wurde von unserem Gewährsmann ebenfalls hervorgehoben. Das erklärt sich nicht nur durch die Begünstigungen, die ihnen von der Regierung und Verwaltung zuteil wird, sondern auch daraus, daß wir es mit Menschen zu tun haben, die von vornherein mit mehr Energie ausgerüstet sind, als die Abkömmlinge der sogenannten Bourgeoisie; sie haben sich emporgearbeitet und wollen sich noch weiter emporarbeiten; sie besitzen auch eine größere Anpassungsfähigkeit und — Rücksichtslosigkeit als die anderen.

Man glaube übrigens nicht, daß erst die gegenwärtige Organisation der russischen Hochschulen den Aufstieg der Begabten aus den unteren Bevölkerungsschichten möglich gemacht hat. In dem ebenfalls schon in Heft 3 erwähnten „Tagebuch der Kostja Riabzew", Teil 2, läßt der Verfasser seinen jugendlichen Helden „an der Schwelle der Universität" philosophieren: „Unter dem Zarismus gelangten die Kinder von Arbeitern und Bauern, überhaupt von armen Leuten, gar nicht in die Hochschulen; aufgenommen wurden nur die Kinder von Bourgeois, Popen und Weißgardisten. Und wenn es Aufnahmeprüfungen gab, so löste die Frage sich höchst einfach: aufgenommen wurde, wer mehr bezahlte. So studierten an den Hochschulen nur die Söhne der Aristokratie, Plutokratie und Bourgeoiskratie."

Offenbar werden der russischen Jugend von heute die Dinge so dargestellt. Wer die russischen Hochschulen der früheren Zeit kennt, weiß, was davon zu halten ist. Die Hochschulen waren in Rußland immer demokratischer als anderswo, daher waren sie ja der reaktionären Regierung auch stets ein Dorn im Auge. Es genügt, sich über den Lebenslauf der zum Teil heute noch an den russischen Hochschulen wirkenden Gelehrten, der Mitglieder der russischen Akademie der Wissenschaften zu unterrichten — und man wird erstaunt sein, wie groß die Zahl der aus ganz kleinen Verhältnissen Hervorgegangenen ist. Sie ist viel größer als etwa bei den deutschen Hochschullehrern. Und so erscheint es zu guter Letzt doch wieder fraglich, ob bei der erwähnten, unvermeidlichen strengen Auslese, die heute vorgenommen wird, die Zahl der aus dem Proletariat und aus dem Bauernstande hervorgegangenen Wissenschaftler größer ist als vor 30 oder 40 Jahren.

Erfeulich ist auch, was Salkind über das sittliche Leben der Studenten — und damit auch eines großen Teils der russischen Jugend überhaupt — mitteilt. Die Zeit der zügellosen sexuellen Freiheit scheint zu Ende zu gehen; von den befragten Studenten sprachen sich nur 20 % für die freie Liebe aus, 80 % traten für die Dauerehe ein. Auch die weiblichen Studierenden denken heute anders als vor zehn Jahren; die Zahl der (nicht mehr strafbaren) Aborte geht immer mehr zurück; der verheiratete Student wird sich seiner Pflichten gegenüber Frau und Kind immer mehr

Digitized by Google

bewußt. In dem Verkehr zwischen männlichen und weiblichen Studierenden ist der Ton höflicher, taktvoller geworden. Interessant ist, daß auch die Gegensätze zwischen Kommunisten und Parteilosen sich immer mehr verwischen — nicht etwa, weil nun die überwiegende Mehrzahl zur herrschenden Partei gehört, sondern weil das Interesse an der Wissenschaft als solcher immer mehr in den Vordergrund tritt, — selbstverständlich auch eine Folge der strengeren Auslese.

* * *

„Der wissenschaftliche Nachwuchs ist gesichert." Das klingt sehr hoffnungsfroh, aber es kommt letzten Endes doch nicht so sehr auf die zwei Hochbegabten an, die von den sechshundert zur Prüfung Angemeldeten übrigbleiben und die dann als bedeutende Gelehrte, als wissenschaftliche Bahnbrecher Weltruhm erlangen — als vielmehr auf die „gemeinen Soldaten" in der großen Armee der Geistesarbeiter, die die harte Alltagsarbeit leisten müssen, die Lehrer, Ärzte, Ingenieure usw., die in die Provinz und auf das flache Land gehen. In der russischen Provinz herrschen auch heute noch die Zustände, die Tschechow in seinen Novellen so oft schildert; trotz der Übervölkerung der Großstädte, trotz des hier unerhört schweren Kampfes ums Dasein sucht der russische Akademiker, der in Moskau oder Petersburg die Hochschule absolviert hat, in der Großstadt zu bleiben, statt daß er in die ferne Heimat zurückkehrte, die Leute mit seiner Bildung, seinem Können viel dringender benötigt als die Großstadt. In dieser Beziehung hat sich im Vergleich zu früher nichts geändert, der Zug zur Großstadt ist vielleicht sogar noch stärker geworden, und auch die aus dem Proletariat und dem Bauerntum hervorgegangenen Akademiker machen keine Ausnahme, ja, bei diesen ist die Abneigung, wieder in das Milieu zurückzukehren, aus dem sie gekommen sind, oft noch größer als bei den Abkömmlingen intelligenter Familien. Die Zeitung „Wetscherniaja Moskwa" gibt wiederum sehr bezeichnende Zahlenangaben. Aus ganz Rußland, heißt es hier, laufen in Moskau Angebote von Stellen für Akademiker ein. Bei dem Volkskommissariat für Arbeit (Narkomtrud) wurden 1320 Kreisärzte, 1494 Fachärzte für die Provinz verlangt; kein einziger dieser Posten konnte besetzt werden. Selbst im Gouvernement Moskau sind die Stellen von Anbulatoriumsärzten oft monatelang vakant; im Gouvernement Wladimir fand sich für einen Landbezirk mit einer Bauernbevölkerung von 30 000 Köpfen kein Arzt. Dabei leben im Gouvernement Moskau nicht weniger als 2544 diplomierte Ärzte, die es vorziehen, ihr Dasein als Schreiber, Bürobeamten u. dgl. kümmerlich genug zu fristen.

Ebenso groß ist die Nachfrage nach Lehrern (im Sommer 1927 wurden mehrere Tausend für die Provinz und aufs Land gesucht

Digitized by Google

und konnten nicht gefunden werden) und Technikern. Und wiederum registriert die Moskauer Arbeitsbörse 1300 arbeitslose ältere Ingenieure, die schon bedeutende Leistungen aufzuweisen haben, und über tausend junge Ingenieure, die vor zwei bis drei Jahren ihre Studien beendet haben. Die Zahl der arbeitslosen Techniker und geschulten Landwirte in Moskau soll über 5000 betragen. Es erscheint angesichts dieser Tatsachen nicht verwunderlich, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hat, einen Plan zur zwangsweisen Verteilung der arbeitslosen Fachleute auf die Provinz auszuarbeiten. Ob sich dieser Plan verwirklichen lassen wird, ist allerdings eine Frage für sich. Die Gründe, aus denen die russischen Akademiker es vorziehen, in Moskau zu hungern, statt in Tambow oder Pensa als Kreisärzte, Stadtarchitekten und Gymnasiallehrer zu wirken, dürften doch recht schwer wiegen. Die Zeitung, der diese Mitteilungen entnommen sind, hat sich über die Beweggründe zu informieren gesucht und den Bescheid erhalten, daß die jämmerlichen Gehälter, die unerträglichen Wohnungsverhältnisse, die großen Reise- und Umzugskosten, der Wunsch, den Zusammenhang mit dem Kulturleben nicht völlig zu verlieren, hier den Ausschlag geben.

* * *

Die Schilderung der Zustände in der heutigen russischen Provinz ruft, wie gesagt, die Erinnerung an Tschechow wach. Man hat aber auch sonst Anlaß, des Dichters der „Möwe" zu gedenken: es ist neuerdings wieder sehr viel aus seinem Nachlaß veröffentlicht werden. Ein völlig vergessenes, bei Lebzeiten des Dichters nie gedrucktes und nie aufgeführtes Drama „Der unnütze Mensch Platonow", das aus Tschechows frühester Zeit stammt und vielfach den Eindruck einer Vorstudie zum „Iwanow" macht, ist ja auch schon in deutscher Übersetzung von René Fülöp-Miller erschienen. Sehr bezeichnend für Tschechows Schaffensweise sind die jetzt gedruckten Auszüge aus seinen Notizbüchern. Tschechow hatte die Gewohnheit, kleine Beobachtungen, witzige Einfälle usw. sofort zu notieren, um sie bei Gelegenheit für diese oder jene Erzählung zu verwenden (ganz ähnlich arbeitet ja der Schriftsteller Trigorin in der „Möwe"). In so mancher dieser flüchtigen Notizen steckt schon eine ganze Novelle. Wie objektiv schon der junge Tschechow sein eigenes Schaffen beurteilte, zeigt ein sehr fesselnder Brief, den er 1888 an den bekannten Schriftsteller Grigorowitsch schrieb und der auch jetzt erst gedruckt worden ist. Tschechow läßt sich hier über die Erzählung aus, an der er damals gerade arbeitete und die sein bisher umfangreichstes Werk werden sollte. Es ist die bekannte Novelle „Die Steppe". „Ich schildere die Ebene, die lila Ferne, Schafzüchter, Juden, Popen, nächtliche Gewitter, Poststationen, Wagen-

Digitized by Google

karawanen, Steppenvögel usw. Ich fühle, daß ich mit vielem gut fertig geworden bin, daß es Stellen gibt in meiner Erzählung, die richtig nach Heu duften, aber im großen und ganzen kommt da etwas sehr Seltsames und gar zu Eigenartiges heraus. Weil ich nicht gewohnt bin, lange Geschichten zu schreiben, aus der sehr begreiflichen Angst, etwas Überflüssiges zu sagen, gerate ich in das entgegengesetzte Extrem. Meine Darstellung wird zu kompakt, wie gepreßt; die Eindrücke drängen sich, türmen sich übereinander, schließen sich zu einer ununterbrochenen Kette zusammen und ermüden daher. Es ergibt sich zu guter Letzt kein Bild, sondern eine trockene, ausführliche Aufzählung von Eindrücken; statt einer einheitlichen künstlerischen Schilderung der Steppe gebe ich dem Leser ein Kompendium, eine ‚Steppenenzyklopädie'. Aber ich lasse mich nicht beirren. Vielleicht ist die Enzyklopädie auch zu etwas gut. Vielleicht öffnet sie meinen Kollegen die Augen und zeigt ihnen, welch ein Reichtum, welche Schätze von Schönheit noch unberührt daliegen und auf welch weitem Gebiet der russische Dichter sich noch frei ergehen kann. Wenn meine Geschichte die Kollegen an die Steppe erinnert, die sie vergessen haben, wenn auch nur eines der flüchtig und trocken behandelten Motive irgend einen kleinen Poeten zum Nachdenken veranlaßt, so bin ich auch dafür von Herzen dankbar . . ."

* * *

Eine andere wertvolle Briefpublikation sind die Briefe des vor wenigen Jahren verstorbenen Philosophen und Literaturhistorikers M. O. Gerschenson, dessen Arbeiten über Tschaadajew, Kirejewskij, Gribojedow, Puschkin u. a. zu dem Besten und Feinsten gehören, was über diese Persönlichkeiten und ihre Zeit geschrieben worden ist. Ein ganz eigenartiges Werk war ja auch der in der Zeit der größten Not, 1919, entstandene „Briefwechsel aus zwei Winkeln" zwischen Gerschenson und dem Dichterphilosophen Wiatscheslaw Iwanow. Die beiden bewohnten damals in der Tat zwei Winkel desselben Zimmers und setzten sich über die Not der Zeit hinweg, indem sie philosophische, ethische und religiöse Fragen schriftlich diskutierten. Die jetzt von M. Ziawlowskij herausgegebenen Briefe Gerschensons sind an seinen Bruder gerichtet und umfassen die Zeit von 1888 (im Jahr vorher hatte G. das Abitur gemacht) bis 1917, also so gut wie das ganze bewußte Leben des Schreibers. Sie bieten eine Menge wertvollen Materials nicht nur zur Charakteristik Gerschensons, sondern vor allem auch seiner Zeit und seiner Zeitgenossen. Insbesondere sind es natürlich die literarischen und akademischen Kreise, von denen man ein anschauliches Bild gewinnt und auch mancherlei Neues erfährt. Hier sei ein sehr eigenartiges Urteil über Tolstojs „Auferstehung" mitgeteilt; es gibt Empfindungen wieder, die vielleicht so manchen Leser des

Digitized by Google

berühmten Romans bewegt haben mögen, ohne daß er es gewagt hätte, sie einzugestehen:

„Ich finde, daß die Lektüre von ‚Auferstehung' einen in einen krankhaften Zustand versetzt, ähnlich wie wenn man einen ganz kleinen Gegenstand dicht vor die Augen hält, um ihn genau betrachten zu können. Das ist schon nicht mehr Kunst: er löst die Haut vom Körper ab und hebt mit der Pinzette einen Muskel nach dem anderen in die Höhe, zeigt uns jedes Fäserchen einzeln; zu guter Letzt ist das kein Dichterwerk mehr, sondern eine wissenschaftliche Untersuchung, deren Ziel die Ermittelung von möglichst viel Einzelmaterial ist; denn wenn man mir alle Muskeln, Knochen, Sehnen und Arterien der Hand einzeln zeigt, so sehe ich keine Hand mehr vor mir. Das ist keine dichterische Darstellung des Lebens, sondern das Leben selbst durch ein Vergrößerungsglas betrachtet. Daher empfindet man eine Art wollüstigen Schmerzes, wenn man dieses Buch liest; diese Lebenswahrheit brennt mich, als legte ich den Finger auf einen entblößten Nerv, auf nacktes Fleisch. Was aber fehlt, ist das Zusammenfassende, Verallgemeinernde, das Künstlerische. Das war immer die Manier Tolstojs, jetzt aber ist sie in seinem Greisenhirn erstarrt und wird nicht mehr gemildert durch sein poetisches Empfinden, wie das in seiner Jugend der Fall war . . ."

Interessant ist auch die Schilderung eines Besuches bei Tolstoj. Tschertkow, der bekannte Tolstoj-Apostel, Herausgeber seiner Werke und spätere Testamentsvollstrecker, sagte zu Tolstoj, Gerschenson würde gern wissen, was Tolstoj von Gott als dem Schöpfer der Welt usw. denke. „Tolstoj geriet sofort in große Erregung, ließ mich überhaupt nicht zu Worte kommen, erklärte, ich sei von elendem Aberglauben besessen usw. Ich schwieg. Das ging so etwa zehn Minuten lang, dann sprang Tolstoj plötzlich auf, sagte: ‚Da habe ich wieder einmal gesündigt, ja gesündigt' — ging hinaus, zog sich um und ritt davon. Tschertkow bat sehr um Entschuldigung, daß er dieses Thema zur Unzeit angeschlagen habe, und bat mich, noch etwas zu warten: es tue dem Alten sicher weh, daß er sich so schlecht benommen habe. Und in der Tat kam Tolstoj sehr bald zurück; er fürchtete wohl, daß wir nun gleich abreisen würden. Er trat mit schnellen Schritten ein, bat mich um Entschuldigung — ‚Ich fühle mich nicht ganz wohl' — fing das Gespräch von vorhin von neuem an und legte nun ruhig seinen Standpunkt dar. Dann stand er auf, um sich zu Bett zu legen, sagte, es hätte ihn sehr gefreut, sich mit mir unterhalten zu können, drückte mir mehrere Male die Hand, fragte, wann ich abreisen wolle, und als er hörte, daß ich über Nacht bleiben möchte, sagte er: ‚Also sehen wir uns morgen noch; entweder kommen Sie zu mir oder ich komme zu Ihnen.' Aber es war mir peinlich, ihn noch einmal zu sprechen und ich reiste am nächsten Morgen ab, um ihm nicht noch einmal zu begegnen. Tschertkow sagte später zu mir: ‚Wissen Sie, es hat mir sogar

Digitized by Google

wohlgetan, Leo Nikolajewitsch so zu sehen. Da merkt man doch, daß er ein Mensch mit menschlichen Schwächen ist. Sonst ist er immer so unnahbar' . . ."

* * *

Über den Nachlaß Feodor Sologubs (vgl. H. 4, S. 298 ff.) wird berichtet: Unter den Papieren des Dichters wurde auch nicht eine einzige Handschrift eines noch unveröffentlichten Werkes gefunden. Die Verwandten des Verstorbenen erklärten, der Dichter habe einen Monat vor seinem Tode, im November 1927, seinen ganzen, sehr umfangreichen Briefwechsel und die Manuskripte seiner noch ungedruckten Werke verbrannt. Unter den verbrannten Handschriften befand sich auch ein in den letzten Jahren entstandener großer Roman unter dem Titel „Die barmherzigen Jungfrauen". Es wurde nun bei Freunden und Bekannten Sologubs nach etwa noch vorhandenen, ungedruckten Werken aus seiner Feder gesucht, und auf diese Weise gelang es denn auch, eine beträchtliche Anzahl noch unveröffentlichter Gedichte zu entdecken, aber kein größeres Werk.

Das Urheberrecht auf die Werke Sologubs ist, da er keine direkten Erben hinterlassen hat, dem „Literaturfonds", der immer noch bestehenden Unterstützungskasse russischer Schriftsteller und Gelehrter, zuerkannt worden. Seine Bibliothek, die erwähnten, neu aufgefundenen Handschriften, sowie drei Kisten mit Handschriften bereits veröffentlichter Werke sind in den Besitz des Puschkin-Hauses bei der Akademie der Wissenschaften übergegangen. In wie bescheidenen Verhältnissen der Dichter gelebt hat, ersieht man daraus, daß der Geldwert seines gesamten Nachlasses (die Handschriften natürlich nicht mitgerechnet) auf nur 1500 Rubel geschätzt wird!

Bücherschau.

T'ang Leang Li: China in Aufruhr. Verlag Weller & Co., 1927. Wien und Leipzig. 349 S.

Die Literatur über das gegenwärtige Ostasien ist Legion. Die Mehrzahl hiervon rekrutiert sich freilich aus mehr oder weniger oberflächlichen Veröffentlichungen flüchtiger Reisender. Der wahre Kenner des Ostens wird dagegen angesichts der so völlig anders gearteten kulturellen und sozialen Struktur des Reiches der Mitte mit der Dauer seines Aufenthalts den Mut zur Abfassung eines Buches über China immer mehr verlieren. Deshalb is es besonders zu begrüßen, wenn der aufstrebende Verlag Weller & Co. einen Chinesen selbst — in einer sehr flüssigen Übersetzung — über die Verhältnisse seines Vaterlandes sich äußern läßt.

T'ang Leang Li hat nicht den Ehrgeiz, eine objektiv-wissenschaftliche Studie zur gegenwärtigen weltpolitischen Lage Chinas zu geben. Dazu steht er den Ereignissen selbst viel zu nah, ist in vollem Bewußtsein Partei, glühender Anhänger der Kuo-Min-Tang. Die Bestrebungen dieser Kreise sind vor allem national. Erst englische Pressepropaganda hat dazu geführt, daß

Digitized by Google

man den russisch-kommunistischen Einschlag der Kuo-Min-Tang weit überschätzte. So ist auch die vorliegende Publikation zwar extrem fremdenfeindlich gehalten, aber nichts weniger als kommunistisch. Hierbei schießen freilich die von heißem Patriotismus eingegebenen Ausführungen des Verfassers durch ihren Fanatismus in der Kritik der fremdländischen Einflüsse und in der Überwertung chinesicher Leistungen weit über das Ziel. Gegen das christliche Missionswesen z. B. läßt sich gewiß sehr viel einwenden; was aber T'ang Leang Li hierüber zu sagen hat, schüttet das Kind mit dem Bade aus und schwächt höchstens die im Grunde richtige Argumentation des Autors.

Auch die Schlußfolgerungen „China — eine Großmacht" tragen einen reichlich utopischen Charakter, eilen zum mindesten den Ereignissen weit voraus; z. T. werden sie durch den militärisch-politischen Rückschlag, den die Bewegung im letzten Jahre erlitt, einfach Lügen gestraft. Dies ist um so bedauerlicher, als dem Verfasser zur Rechtfertigung seines Standpunktes ein reiches, oft nicht einmal genügend ausgewertetes Material zur Verfügung stand.

Diese Einschränkungen sollen aber den Hauptwert des Buches nicht schmälern: Eine anschauliche Darstellung des chinesischen Befreiungskampfes und eine lebendige Vorstellung vom Denken und Fühlen jener studentischen Kreise in China zu geben, die sich als die Lenker Chinas in naher Zukunft fühlen. Gerade durch seine bewußte Parteilichkeit gelingt es dem Verfasser, einem kritischen Leser einen wertvollen Beitrag zum Studium des modernen China zu liefern. K. Wiedenfeld.

Vater und Tochter. Tolstojs Briefwechsel mit seiner Tochter Marie, herausgegeben von Paul Birukoff. Aus dem Russischen übertragen von Sophie Lorié. Zürich und Leipzig 1927. Rotapfel-Verlag. 234 S.

Der bekannte Schweizer Verlag bringt hier wiederum ein Buch, das eine große Bereicherung der in der letzten Zeit stark anschwellenden Literatur über Tolstoj in deutscher Sprache bedeutet. Der Briefwechsel des Dichters mit seiner Tochter Marie umfaßt die Jahre 1886—1906; es kommen im ganzen 162 Briefe zum Abdruck. Man findet in ihnen wichtige Angaben über das Schaffen von Tolstoj, über seine Stellungnahme zu den verschiedenen politischen Ereignissen, über seine Bewertung vieler bekannter Persönlichkeiten, man gewinnt ferner einen Einblick in das Leben seiner Familie im engeren, sowie im weiteren Sinne des Wortes. Aber abgesehen davon, ist dies Buch nicht nur als ein literaturhistorisches, sondern auch als ein rein menschliches Dokument außerordentlich wertvoll. Tolstoj als Mensch, als liebevoller, sorgender, eifersüchtiger Vater steht hier vor unseren Augen. Er schreibt „seinem Herzenskinde Maschenka", der „einzigen von allen seinen Familienmitgliedern, die ihn versteht und fühlt", männliche, zärtliche Briefe, manchmal nur „paar Worte, nur um ihr zu sagen, daß sie ihm sehr fehlt und daß sie, anwesend und abwesend, ihm sehr teuer ist", manchmal aber ganze Seiten voller Bekenntnisse. Und die Briefe von Maria Lwowna, einer schwächlichen, feinfühligen, durchgeistigten Frau, die ihr ganzes Leben lang, besonders aber die 9 Jahre ihrer Ehe — sie starb mit 35 Jahren — mit Gott, mit sich selbst, mit ihrer Krankheit gerungen hat, machen auch ihr Bild ungemein anziehend.

Das Buch ist sehr sorgfältig übersetzt, mit großem Geschmack herausgegeben und von P. Birukoff, einem der intimsten Freunde und Mitarbeiter Tolstojs mit einer guten Einleitung und vielen Anmerkungen versehen. L. J.

Wegweiser durch die polnischen Zollverordnungen. Bearbeitet von L. Maseberg, Oberzollinspektor, und Paul Parakenings. Verlag und Druck von A. W. Kafemann G. m. b. H. Danzig 1927.

Da die polnischen Außenhandelsbestimmungen im Laufe der letzten Jahre immer wieder abgeändert worden sind, besteht zweifellos ein Bedürfnis

Digitized by Google

nach einer Zusammenfassung aller jetzt gültigen Gesetze und Verordnungen. Die vorliegende Schrift ist nicht eine derartige systematische Zusammenfassung, sondern beschränkt sich auf die berichtigte und ergänzte Textausgabe der Verordnung über den Zolltarif vom 11. 6. 1920, des Erlasses über das Zollverfahren vom 13. 12. 1920, sowie des Gesetzes vom 31. 7. 1924 betr. die Regelung der Zollverhältnisse. Dieses Gesetz bzw. diese Verordnungen enthalten die grundlegenden Bestimmungen, die heute Gültigkeit haben und deren Beobachtung für den ausländischen Exporteur notwendig ist. Die Bezeichnung der Schrift als „Wegweiser" durch die polnischen Zollverordnungen" ist demnach gerechtfertigt, zumal die Bearbeitung in wertvollen Fußnoten weitere Fingerzeige für die Orientierung des ausländischen Kaufmanns bringt. Die praktische Verwendung der Schrift wird erleichtert durch ein Stichwortverzeichnis, durch den Abdruck einer Taratabelle und ein Verzeichnis solcher Waren, bei denen lückenhafte Angaben in den Handelspapieren keine Akzidenz zur Folge haben. Es wäre zu begrüßen, wenn der Wegweiser bei einer Zweitauflage durch die Aufnahme der heute gültigen und praktisch wirksamen Bestimmungen wie z. B. der kürzlich erlassenen Zollvalorisationsbestimmungen erweitert werden könnte. H. W.

Die Schriftgießereien in Königsberg unter Friedrich dem Großen 1740—1766. Nach archivalischen Quellen dargestellt von Ernst Crous. Berlin, H. Berthold A. G., Abt. Privatdrucke. 1926. XI u. 70 S., 4 Tafeln, 4 Schriftproben. 18 RM.

Eine sehr genau ins Detail gehende, reizvolle kulturhistorische Studie, mit aller bibliophilen Sorgfalt ausgestattet. Die Initiative des großen Preußenkönigs auch im kleinsten bezeugt sie einmal mehr. R. R. B.

Zur Besprechung eingegangen:

Altrussische Kirchenlieder. In Nachdichtungen von Paul Althaus. Jena 1927. Verlag Eugen Diederichs. 79 S. Preis: brosch. M. 3,50.

Beyerlein, Franz Adam: Der Brückenkopf. Ein Roman aus Ostpreußen. Berlin 1927. Verlag August Scherl. 233 S. Preis: geh. M. 3,—.

Brändström, Elsa: Unter Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien 1940—1920. Berlin 1927. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. 241 S. Preis: in Pappe M. 7,50.

Close, Upton: Die Empörung Asiens. Zürich-Leipzig— Wien o. J. Amalthea-Verlag. 195 S. Preis: geh. M. 7,—.

Der Kampf um die Kommunistische Internationale. Dokumente der russischen Opposition, nicht veröffentlicht vom Stalinschen Z. K. Berlin o. J. Verlag der „Fahne des Kommunismus". 175 S. Preis M. 0,25.

Die Jugend in der russischen Revolution. Herausgegeben vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Berlin o. J. Verlag der Jugendinternationale. 121 S.

Die Ostkirche. Sonderheft der Vierteljahresschrift „Una Sancta". Herausgegeben von Nicolaus von Arseniew und Alfred von Martin. Stuttgart 1927. Fr. Frommanns Verlag (H. Kurtz). 128 S. Preis: brosch M. 3,—.

Dulson, A.: Zur Charakteristik der ukrainischen Mundarten der Republik der Wolgadeutschen. Zentralstelle für Wolgadeutsche Mundartenforschung. Heft 1. Pokrowsk 1927. Deutscher Staatsverlag der A. S. R., Republik der Wolgadeutschen. 35 S.

Fedin, Konstantin: Städte und Jahre. Roman. Berlin o. J. Malik-Verlag. 444 S. Preis: brosch. M. 4,80.

Digitized by Google

Fellmann, F. M.: Die Lieder des Wojwoden. Episodenroman nach russischen Melodien. Berlin 1926. Bergfeuer-Verlag. 101 S. Preis: kart. M. 1,20.

Finger, R.: Diplomatisches Reden. Ein Buch der Lebenskunst im Sinne des Spaniers Gracian. Berlin 1927. Verlag Struppe & Winkler. 100 S. Preis: geb. M. 6,—.

Fischer, Louis: Ölimperialismus. Der internationale Kampf um Petroleum. Berlin 1927. Neuer Deutscher Verlag. 230 S.

Freund, Heinrich: Das Zivilrecht in der Sowjetunion. (Die Zivilgesetze der Gegenwart Band VI.) I. Abt., erste Lieferung. Mannheim-Berlin-Leipzig. Verlag J. Bensheimer. 220 S. Preis: brosch. M. 18,—.

Friesecke, Ernst: Das Memelgebiet. Eine völkerrechtsgeschichtliche und politische Studie. (Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht, 13. Heft.) Stuttgart 1928. Verlag Ferdinand Enke. 76 S. Preis: geh. M. 5,70.

Fritz, K.: Christentum und nationale Strömungen in China. Geschildert auf Grund eigener Erlebnisse und der neuesten Berichte über China. Stuttgart 1927. Evangelischer Missionsverlag. G. m. b. H. 31 S. Preis: brosch. M. 1,—.

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution. Herausgegeben von W. Astrow, A. Slepkow und J. Thomas. 225 Illustrationen. Berlin 1928. Neuer Deutscher Verlag. 591 S. Preis: geb. M. 15,—.

Klinghardt, Karl: Denkwürdigkeiten des Marschalls Izzet Pascha. Ein kritischer Beitrag zur Kriegsschuldfrage. Leipzig 1927. Verlag K. F. Koehler. 309 S. Preis: geh. M. 7,50.

Marx, Magdeleine: Reise ins Rote Rußland. Rudolstadt 1928. Greifenverlag. 251 S. Preis: kart. M. 4,50.

Mierzinsky, Kurt: Der russische Dolmetscher. Berlin-Charlottenburg. Verlag „Offene Worte". 121 S. Preis: geb. M. 5,—.

Naschiwin, I.: Stepan Rasin. Ein Bauernaufruhr in Rußland im XVII. Jahrhundert. Roman. Leipzig 1927. Verlag Dr. Fritz Fikentscher. 464 S.

Polner, Tichon: Leo Tolstoj und seine Frau. Die Geschichte einer Liebe. Berlin 1928. Verlag Hensel & Co. 364 S. Preis: geb. M. 6,50.

Recke, Walther: Die Wiederaufrichtung Polens in Versailles. Berlin 1928. Verlag Georg Stilke. 39 S. Preis: brosch. M. 0,80.

Sasonoff, S. D.: Sechs schwere Jahre. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik. 385 S.

Sinclair, Upton: Die goldene Kette oder Die Sage von der Freiheit der Kunst. Berlin o. J. Malik-Verlag. 422 S. Preis: M. 2,80.

Stern, Egon: Der polnische Dolmetscher. Berlin-Charlottenburg, Verlag „Offene Worte". Preis: geb. M. 5,—.

Weigand, Gustav: Balkan-Archiv. Fortsetzung des Jahresberichtes des Instituts für rumänische Sprache. III. Band. Leipzig 1927. Verlag Johann Ambrosius Barth. 316 S. Preis: brosch. M. 15,—.

Westpreußen. 10 farbige Kunstblätter nach Original-Aquarellen des Kunstmalers Hermann Scheffler. Marienwerder 1927. Verlag Wendt Groll. Preis: M. 3,50.

Alle vorstehend oder an anderer Stelle genannten Bücher, Zeitschriften, Kartenwerke usw. liefert schnellstens der

Ost-Europa-Verlag, Sortimentsabteilung, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 26 b.
Fernsprecher Kurfürst 4681/4682.

Digitized by Google

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die russische Mobilmachung von 1914. Von *Joh. Victor Bredt.*
„Preußische Jahrbücher", 1928, Heft 2, S. 129—142.
Der Aufsatz, der anscheinend nur einen Teil einer größeren Arbeit darstellt, beruht in der Hauptsache auf den Prozeßakten des ehemaligen russischen Kriegsministers Suchomlinow, auf den vor kurzem auch in deutscher Sprache erschienenen Erinnerungen des russischen Außenministers Sasonoff und auf den Aufzeichnungen des russischen Generals Dobrorolskij, die neues Licht auf die entscheidenden Julitage 1914 werfen. Der Verfasser legt besonderen Wert auf die Klärung der vielen Forschern zweideutig erscheinenden Haltung des Zaren, der in seinen Telegrammen an den Kaiser seine Friedensliebe beteuerte, gleichzeitig aber den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung unterschrieb. Aus der kritischen Untersuchung der vorliegenden Quellen ergibt sich, daß man dem Zaren keine persönliche Schuld an dem Kriegsausbruch zuschreiben kann. L. J.

S. Sazonov. Von *Jules Cambon.*
Revue des Deux Mondes. Tome 43, livr. 2. 15. Jan. 1928, S. 442—448.
„. . . Als die Ereignisse des Jahres 1914 hereinbrachen, bewies Sasonow den gleichen Friedenswillen, wie Sir Edward Grey in London und Poincaré und Viviani in Paris . . . Er konnte mit reinem Gewissen von sich sagen, er habe alles getan, was möglich war, um die schreckliche Katastrophe abzuwenden, die Rußland betroffen hat." E. P. B.

Der Leninismus gegen Trotzki. Von *Nik. Basseches.*
„Europäische Revue", 1928, Heft 11, S. 850—855.
Der Verfasser, als früherer Moskauer Korrespondent der „Vossischen Zeitung" bekannt, schildert hier von neuem den bereits vielfach erörterten Zwiespalt in der kommunistischen Partei, beschränkt sich aber nicht auf die Charakterisierung der einzelnen Persönlichkeiten, sondern versucht auch das sozial-ökonomische Moment dieses Gegensatzes aufzudecken. Seine Untersuchung führt ihn dabei zur folgenden Schlußfolgerung: „Die Opposition als solche hat schon Zukunft. Die Frage ist nur, wann? . . . Trotzki wird wohl ruhig und gesammelt abwarten. Der König ist mattgesetzt — aber nur bis zum nächsten Spiel." L. J.

Die USSR im Kampf für die Abrüstung. (SSSR v bor'be za razoruženie.) Von *Boris Stein.*
„Novyj Mir", 1928, Heft 1, S. 195—224.
Der Aufsatz zerfällt deutlich in zwei besondere Teile. Im ersten werden die vom Völkerbund seit dessen Entstehung im Sommer 1919 bis zur vierten Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz im November 1927 mehrmals unternommenen Versuche, das Abrüstungsproblem zu lösen, einer ebenso eingehenden, wie scharfen Kritik unterworfen. Der Verfasser, der bekanntlich Generalsekretär der Sowjetdelegation auf dieser Tagung gewesen ist, hebt den starken zwischen England und Frankreich in dieser Frage bestehenden Gegensatz hervor und beschuldigt den Völkerbund einer bewußten Verschleppung der Verhandlungen, ja sogar einer offenen Sabotage jedes konkreten Planes zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung. Dieser zweideutigen Taktik der kapitalistischen Länder stellt er die Haltung der Sowjetregierung gegenüber, die „mit dem Worte Friede auf den Lippen auf die Welt kam", und von Anfang an alle Schritte unternommen hat, um die Herbeiführung friedlicher Beziehungen zu allen Staaten zu ermöglichen. — Der zweite

Digitized by Google

Teil des Aufsatzes ist der Schilderung der Atmosphäre, in der die Vorbereitungsarbeiten zu der vierten Tagung geführt wurden, sowie der Sitzungen des Ausschusses gewidmet, wobei das öftere Zusammengehen der deutschen und der Sowjetdelegationen besonders unterstrichen wird.
L. J.

Zehn Jahre. (Ten Years.) Von *Bernard Pares.*
The Slavonic Review. Vol. VI, No. 17. Dez. 1927. S. 241—246.
. . . Beim Sturz der zaristischen Regierung konnte man noch die Sorge haben, ob sie wohl durch eine andere ersetzt werden könnte. Diese Sorge besteht heute nicht. Man kann eher fürchten, daß die bolschewistische Tyrannei durch eine Periode faschistischen Regimes abgelöst wird, die gerade die schlimmsten Übel der letzten Vergangenheit in umgekehrter Richtung wiederholen wird. Hoffentlich währt sie nicht lange: sicherlich wird das nächste Kapitel der russischen Geschichte eine Periode des Aufbaus sein, der Entwicklung von lokaler Selbstverwaltung und der Schaffung gesunder Beziehungen zur übrigen Welt. E. P. B.

Ein Besuch in Moskau. (Une visite à Moscou.) Von *Alfred Fabre-Luce.*
La revue européenne, Paris, Dez. 1927, S. 481—492.
Der Aufsatz ist, der politischen Haltung des Verfassers entsprechend, im wesentlichen bolschewistenfeindlich. R. R. B.

II. Wirtschaft.

Rußlands Wirtschaftslage zum Jahresbeginn 1928. Von *Claus v. Eckardt.*
„Europäische Revue", 1928, Heft 11, S. 873—874.
An Hand von statistischen Angaben stellt der Verfasser in einer kurzen Notiz einen beträchtlichen Rückgang des russischen Exports in den letzten Monaten fest, was seiner Meinung nach in Anbetracht neuer großer Aufwendungen für die Industrie besonders schwere Folgen für das Wirtschaftsleben der Sowjetunion haben kann. L. J.

Meistbegünstigung und Kontingentklausel in russischen Staatsverträgen. Von *Dr. Leckzyck.*
Wirtschaftsdienst, Heft 52, vom 30. Dezember 1927, S. 2035—2036.
Nach einer Betrachtung der unbefriedigenden Ergebnisse der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere des 300-Millionen-Kredits und der Unzulänglichkeit der Meistbegünstigungsklausel des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 12. Oktober 1925 tritt Leckzyck für die Festsetzung von Kontingenten für die deutsche Einfuhr nach Rußland ein. Im russisch-lettländischen und russisch-persischen Vertrag sind zwei Präzedenzfälle geschaffen. „Einen Schritt weiter (in der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen) würde es bedeuten, wenn sich Rußland zur Kontingentsklausel auch für Deutschland versteht. Einen genauen Überblick über seine Wirtschaftsentwicklung hat Rußland heute. Es hat in den letzten zwei Jahren seine Planwirtschaft ganz bedeutend ausgebaut, so daß es bereits die Entwicklung seiner Wirtschaft und den Ausbau seines Außenhandels bis 1932 festlegen konnte. Es kann also die Tragweite solcher Abmachungen wohl überschauen. Es käme für Deutschland entweder eine Minimal- oder Relativkontingentsklausel in Frage, also im ersteren Falle in der Form, wie wir die Kontingente im Persischen und Lettländischen Vertrag finden, oder, was für beide Parteien zweckmäßiger wäre, in der Form eines festen prozentualen Anteils an der jährlichen Einfuhr der Sowjetunion. Dadurch wäre praktisch den Bedürfnissen beider Länder gedient. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege ist ja auch der Anteil Deutschlands an der Einfuhr Rußlands fast gleich geblieben, so daß eine derartige Kontingentsklausel nur die Sanktion eines im praktischen Wirtschaftsleben zwischen beiden Ländern gewachsenen Gesetzes bedeuten würde. Rußlands Einfuhr nach Deutschland braucht im allgemeinen nicht

Digitized by Google

kontingentiert zu werden, da sie durch die Meistbegünstigungsklausel des deutsch-russischen Vertrages bei unserer freien Außenhandelsorganisation, wie die Vergangenheit lehrt, genügend gesichert ist. H. W.

Die Finanzierung des Außenhandels der Sowjetunion. (Finansirovanie vnešnej torgovli SSSR.) Von *S. Mindlin.*
„Vestnik Finansov", September 1927, S. 72—80.
I. Das eigene Kapital der Außenhandelsorganisationen:
Im Wirtschaftsjahr 1925/26 vollzog sich die Kapitalbildung bei den am Außenhandel beteiligten Gostorgi (Staatliche Handelsunternehmungen), den Handelsvertretungen und den gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften langsamer als im Vorjahre. Charakteristisch für das erwähnte Jahr waren dann zunehmende Illiquidisierung (die liquiden Mittel der genannten Außenhandelsorganisationen sanken um 19,9 %) und sinkende Rentabilität.
II. Die Kredite der Sowjetbanken: Die russischen Hauptfinanzierungsinstitute des Außenhandels sind: Staatsbank, Außenhandels- und Industriebank. Von der bekannten Kreditrestriktion des Jahres 1925/26 wurde in der Hauptsache der Getreideexport betroffen. Aber auch die Beträge für die Importfinanzierung sanken. Grund: Einschränkung des Importes und stärkere Beteiligung des Auslandes an der Importfinanzierung. Die gebräuchlichsten Kreditformen sind: die Lombardierung von Waren und Dokumenten, dann folgen Akzept- und Diskontkredit. Im ganzen stiegen die direkten Kredite 1925/26 um 24 %, die indirekten (Bürgschaftskredit) um 42,1 %. Hierin kommt die steigende Bedeutung der fremdländischen Finanzierung zum Ausdruck.
III. Die Kredite befreundeter ausländischer Banken: Die Entwicklung der direkten und indirekten Kredite bei den befreundeten Banken im Ausland vollzog sich entgegengesetzt der der Inlandsbanken, was sich durch die Wechselbeziehungen der beiden Bankgruppen erklärt. Die direkte Kreditgewährung der westlichen Banken und der Banken im Osten der Union zusammen betrug 1925/26 93,6 Millionen Rubel, die indirekte 25,4 Millionen. Charakteristisch für Westeuropa sind relativ hohe Akzept- und Bürgschaftskredite. Im Osten dagegen herrschen Barvorschüsse bei weitem vor, was in der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit dieser Gebiete begründet liegt.
IV. Auslandskredite: In Frage kommen ausländischer Bank- und Firmenkredit. Vermittlerin ist in erster Linie die Staatsbank, beachtlich aber auch die Vermittlertätigkeit der Handelsvertretungen (besonders der Berliner). Die Kredite ausländischer Banken überstiegen 1925/26 150 Millionen Rubel. Der Firmenkredit wurde in erster Linie durch die Handelsvertretungen vermittelt. Der Anteil des Auslandskapitals am russischen Außenhandel erhöhte sich absolut und relativ. Am 1. 10. 1926 entstammte das Kapital der Außenhandelsorganisation zu 48,1 % aus ausländischen Quellen, zu 37,3 % russischen Gläubigern, und 14,6 % betrug die Quote der eigenen Mittel der Außenhandelsunternehmungen. R. S.

Der siebenstündige Arbeitstag. (Semičasovoj rabočij deń.) Von *Belenkij.*
„Ekonomičeskoe Obozrenie", November 1927, S. 4—13.
B. verteidigt die sowjetrussische Sozialpolitik gegen den Vorwurf der kapitalistischen Presse, daß in einem Lande mit geringer Industrie, rückständiger Technik und niedriger Arbeitsproduktivität die Einführung des siebenstündigen Arbeitstages unmöglich sei. Dieselben Argumente hat dieselbe Presse nach B. auch bei der Einführung des Achtstundentages vorgebracht, und die letzten zehn Jahre haben Rußland trotz des Achtstundentages größere Produktivität der Arbeit und steigende Reallöhne gebracht. Die Einführung des Siebenstundentages ist nur ein Glied in der Kette bewußter russischer Sozialpolitik, und als Vorteile dieser sozialpolitischen Maßnahme betrachtet B.: Abnahme der Unfälle infolge geringerer Ermüdung der Arbeiter, Zunahme der politischen Aktivität und Hebung der Kulturbedürfnisse, ferner Verminderung der Zahl der Arbeitslosen. Daß

Digitized by Google

diese Vorteile keineswegs durch Lohnsenkung oder Rückgang des Produktionsergebnisses erkauft sein dürften, ist dem Verfasser zwar selbstverständlich, er hält es aber doch für notwendig, ganz ausdrücklich auf diese Kardinalfrage hinzuweisen. Daß die Einführung des Siebenstundentages in Sowjetrußland möglich ist, schreibt B. der Struktur der russischen Wirtschaft zu. Seiner Meinung nach ist die Einführung des Siebenstundentages für Rußland zurzeit eines der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart. R. S.

III. Geistiges Leben.

Der neue Typus der russischen Jugend. Von *Nik. Berdjajew.* *„Europäische Revue", 1928, Heft 11, S. 811—817.*

Das Endergebnis der russischen Revolution erblickt Berdjajew nicht in den Umwälzungen politischer und sozialer Natur, sondern in dem Hervortreten eines gänzlich „neuen anthropologischen Typus, der sich schroff sowohl von dem früheren Typus der russischen revolutionären Intelligenz als auch von den alten russischen Ständen unterscheidet". Diese Menschen sind von den untersten Stufen der sozialen Treppe emporgestiegen, haben die Lehre des Weltkrieges aufgenommen und sind durch alle Wirrnisse des revolutionären Zeitalters dank ihrer großen vitalen Kraft heil durchgekommen. „Alle diese, im Unterschied zur schwächlichen Art der alten Intelligenz, energischen, glatt rasierten, äußerlich straffen jungen Leute des neuen Schlages mit ihrem starken Lebensinstinkt und ihrem Willen zur Herrschaft waren die Stützen der Sowjetmacht, haben alle hohen Stellen in den Sowjetämtern inne, bilden die Schicht der regierenden Sowjetbürokratie und beherrschen die eigentlichen Sowjets, die Räte. Diese jungen Leute sind nicht immer Mitglieder der kommunistischen Partei, aber stehen allenfalls auf der Plattform der Sowjetmacht und betrachten sie als ihre Sache . . . Es ist ein barbarisches Geschlecht, in dem die Traditionen der russischen Kultur jäh abgebrochen sind." Die Revolution hat den Zwiespalt zwischen dem Volk und der dünnen Schicht der russischen Intelligenz aufgehoben. Und doch ist der neue Menschenschlag nicht revolutionär im eigentlichen Sinne des Wortes. „Die heutige Jugend hat die Revolution akzeptiert, ist von ihr erzogen worden, fürchtet die Konterrevolution, aber ist ein umwälzungsfeindliches Geschlecht . . . Der jetzigen Jugend ist der Utopismus und das Träumerische fremd, sie strebt nicht in die Ferne, sie fühlt sich als Herrin des geschichtlichen Heute . . . Sie findet keinen Geschmack an Menschenfreiheit und -rechten." Die politische Freiheit, für die mehr als ein Jahrhundert die besten Vertreter der russischen Intelligenz gekämpft haben, erscheint ihr nur als eine Unordnung. „Der alte Individualismus, der die ganze neue Geschichte charakterisiert, ist dieser Jugend fremd . . . Sie ist kollektivistisch im tiefsten Sinne dieses Wortes, sie faßt das Leben als ein Kollektivleben auf, das einzig und allein dem Menschen die Möglichkeit gibt, sich zu offenbaren und zu aktualisieren." Und endlich, sagt B., „ist diese Jugend antiromantisch, sie ist nicht dem Subjektiven, sondern dem Objektiven zugekehrt . . . Die gegenwärtige Generation durchlebt einen Prozeß geistiger Vereinfachung und Abstumpfung geistiger Interessen." — Dieselben Züge, die der Verfasser mit den Schlagworten Antiliberalismus, Antiindividualismus und Antiromantismus kennzeichnet, glaubt er allerdings auch bei der heutigen Jugend in der ganzen Welt feststellen zu können. Die amerikanische, die faschistische, sowie die katholische Jugend Frankreichs, die unter gänzlich verschiedenen Lebensbedingungen aufgewachsen sind, weisen Ähnliches auf, das auf einen gleichen „Prozeß der Barbarisierung, der Verrohung und Vereinfachung" schließen läßt. Dieser „bedeutet aber den Niedergang aller geistigen und ästhetischen Interessen und Probleme"; und es ist vor allem die christliche Kirche, „der wieder wie einst nach dem Zerfall der antiken Welt die Aufgabe zufällt, die höchste geistige Kultur zu bewahren und sie durch die Finsternis der Barbarisierung hinüberzuretten". L. J.

Digitized by Google

Die Theateraufführungen des Oktobers. (Oktjabrskie postanovki.)
Von *P. Markov.*
„Novyj Mir", 1928. Heft 1, S. 258—269.
Das zehnte Jubiläum der Oktoberrevolution fand das Moskauer Theater eifrig mit einem seit langem gestellten, aber bis jetzt noch nicht gelösten Problem beschäftigt, nämlich mit der Schaffung einer „sozialen Aufführung", deren erzieherischer Einfluß auf die Zuschauer der Tiefe des darin berührten Themas entsprechen würde. Allein auch hier machte sich die ständige Plage der russischen Bühne, der hemmende Mangel an passenden, diesmal insbesondere der Jubelfeier entsprechenden Bühnenwerken schmerzlich fühlbar, und man sah sich deswegen vielfach gezwungen, zu der Inszenierung verschiedener erfolgreicher Romane der jüngeren russischen Literatur zu greifen, oder, wie es z. B. das II. Moskauer Künstlertheater tat, ein Stück von Romain Rolland „Der Sturm der Bastille" aufzuführen. So wurde auf die eine oder andere Weise trotzdem die Einheitlichkeit des Themas — „Revolution" — erreicht; allein die Wege, auf denen dem Zuschauer der Pathos der Revolution übermittelt wurde, unterschieden sich stark von einander. Die einen Regisseure suchten die metaphysische Schönheit der Revolution besonders herauszuarbeiten; in den Vordergrund trat dabei die „ästhetische Begeisterung", die die soziale Bedeutung der Ereignisse zurückdrängte. Der von den anderen gewählte Weg führte aber über eine „bewußte Verallgemeinerung und weitgehende — an das Schema grenzende — Typisierung der Gestalten", über eine einseitige Teilung der handelnden Personen entsprechend ihrer sozialen Stellung in Teufel und Engel. Allein schon heute bricht sich auch das Verständnis für das Konkrete, für das Leben, wie es wirklich ist, voller Dynamik und Widersprüche, allmählich die Bahn. Der Pathos der Revolution wird hier durch das Individuelle, durch die künstlerische Gestaltung der persönlichen Leiden und Hoffnungen erfaßt. Und nur auf diese Weise, nur wenn ein konkretes Ereignis das komplizierte Problem von heute — die Frage „wofür" — wiederspiegelt, kann der Weg zur „sozialen Aufführung" betreten werden. L. J.

Vsevolod Meyerhold unddas Sowjet-Theater. (V. M. and the Soviet Theatre.)
Von *A. Batsky.*
The Dial. Vol. 84, Nr. 1, Januar 1928, S. 25—30.
Meyerhold war einer der ersten Künstler, der sich ans Werk machte, um das Theater in den Dienst der Revolution zu stellen. Er begann damit, ein Massen-Theater zu schaffen, in dem die Massen selbst eine aktive Rolle spielen sollten. . . . Wenn das nachrevolutionäre Rußland einen Ausdruck im Theater gefunden hat, so ist das in der Hauptsache ein Verdienst von Meyerhold, Tairow und Wachtangow. Die zehn Jahre des russischen Theaters seit der Revolution tragen ebenso den Stempel der Tätigkeit Meyerholds, wie die erste Dekade unseres Jahrhunderts von Stanislawskij und dem Moskauer Künstler-Theater beeinflußt war. E. P. B.

B. Polen.

Deutschland und Polen. Von *Frhr. v. Rheinbaben.*
„Europäische Gespräche", 1828, Heft 1, S. 17—21.
„Die erste und schwierigste der deutsch-polnischen Streitfragen ist die Grenzfrage." Deutschland hält die durch den Versailler Vertrag im Osten festgelegte Grenze für ungerecht, hat sich aber durch den deutsch-polnischen Locarno-Schiedsvertrag von neuem verpflichtet, keine gewaltsame Grenzänderung zu unternehmen. Darum ist das Mißtrauen der Polen unbegründet; und dieser Punkt darf auch kein Hindernis für die Regelung der beiden anderen Streitfragen sein — der gewaltsamen Verdrängung des deutschen Elements aus Oberschlesien und Wolhynien, und der von der polnischen Diplomatie, sowie von der polnischen öffentlichen Meinung in der großen Politik eingenommenen Haltung, die leider den Eindruck macht,

Digitized by Google

als ob „in Polen die Richtung maßgebend wäre, die nicht die Verständigung mit Deutschland, sondern eine dauernde Knebelung Deutschlands möchte". „In der inneren wie in der äußeren Politik Polens muß ein Systemumschwung eintreten", denn die praktische Politik des östlichen Nachbarn, die der Verfasser als deutsch- und deutschtumfeindlich bezeichnet, steht der deutsch-polnischen Annäherung im Wege. L. J.

Schwarze Reichswehr in Polen. Von *Berthold Jacob.*
Die Weltbühne, Berlin, XXIII. Jahrgang, Nr. 51, 20. Dezember 1927, S. 922—923.
Das amerikanisch-polnische Anleiheprotokoll vom 14. 10. 27 sieht u. a. eine Herabsetzung der polnischen Armee von 10 auf 8 Armeekorps vor. Mit Hilfe der militärischen und halbmilitärischen Verbände und durch Gründung von zwei neuen Grenzschutzkorps beabsichtigt Polen nicht nur diese Bestimmung zu umgehen, sondern sich ein stets schlagbereites Heer von insgesamt 1 120 000 Mann zu halten. R. R. B.

Polnische Literatur: Strömungen und Gestalten.
Von *Julius Kaden-Bandrowski.*
Die Horen, Monatshefte für Kunst und Dichtung. 4. Jahrgang 1927/28, Heft 5, S. 394—414.
Diesem Aufsatz, einem Vortrag in der deutschen Gruppe des P. E. N.-Clubs, stellt die Zeitschrift eine Begrüßungsrede Wilhelm von Scholz' an die „polnischen Dichterkameraden" voran. Nach Kaden-Bandrowski ist die Literatur der Polen, der „Römer des Ostens", von jeher durch die Worte Opfer und Heroismus gekennzeichnet. An der Schwelle ihrer neuen Entwicklung steht als der große Revolutionär Przybyszewski, der „mit heldenhaftem Mut die Dämme der Form zertrümmerte", und neben ihm Sieroszewski. Außer ihnen würdigt der Vortrag Kasprowicz, Zeromski und Wyspianski. R. R. B.

Neue Veröffentlichungen — Poesie. (Nowe Wydawnicstwa — Poezje.)
Von *Karol W Zawodziński.*
„Przegląd wspólcześny", Nr. 69, Januar 1928, S. 152—165.
Der Aufsatz gibt in den Besprechungen der Neuerscheinungen einen interessanten Überblick über die zeitgenössische polnische Dichtkunst. Als der bedeutendste Vertreter der Poesie wird von der Kritik Juljan Tuwim anerkannt (Vertreter der bekannten literatischen Schule „Nowa Polska", später der Gruppe „Skamandra"), dessen letzter Gedichtsband („Slowa we krwi", Warschau 1927) von den neuen Wegen seines Schaffens zeugt. Tuwim übt auf die modernen Dichter einen bedeutenden Einfluß aus: zu seinen Schülern gehören u. a. Sebyla und Maliszewski (Poezje, Warschau 1927), von denen besonders der erste durch das Natürlich-Musikalische seiner Gedichte fesselt.
Mieczyslaw Braun („Rzemiosla", Warschau 1927) bekennt sich zu einer anderen, rein formalistischen Richtung, die sich von den Problemen und Methoden der Romantik abwendet und eine klassische Klarheit und Geschlossenheit zu erreichen sucht. Stefan Napierskis Gedichte („Odjazd", Warschau 1927) sind von einer besonderen, nur ihm eigenen Atmosphäre umgeben, die an die deutsche romantische Schule, noch mehr aber an die „jungen Symbolisten" Rußlands — Block und Belyj — erinnert. E. S.

Der zweite Polnische Philosophische Kongreß. (Z okazji 2-go Polskiego Zjazda filozoficznego.) Von *Henrik Elzenberg.*
„Przegląd wspólcześny", Nr. 67, 1927, 319 ff.
Im September 1927 hat in Warschau der zweite Philosophische Kongreß stattgefunden, an dem außer polnischen Philosophen auch Vertreter anderer slawischer Nationalitäten (Tschechen, Serben, Kroaten, Ukrainer und russische Emigranten — die sowjetrussischen Philosophen sind der Einladung nicht gefolgt) — teilgenommen haben. Der Kongreß verlief unter dem Zeichen der logischen Disziplinen, was mit dem streng logisch-mathema-

Digitized by Google

tischen Charakter der Warschauer philosophischen Schule in Zusammenhang steht. Über religionsphilosophische Probleme referierten die bekannten russischen Philosophen Berdjaeff und Losskij.

Über den Schutz der archäologischen Denkmäler in Polen.
(O ochrone zabytkow archeologicznych w Polsce.) Von *Wl. Antonowicz.* *„Przegląd wspólczesny", Nr. 68, Dezember 1927, S. 518—526.*
Dieses Referat, das auf dem zweiten Allpolnischen Kongreß der „Gesellschaft für Erhaltung der archäologischen Denkmäler in Polen" im November 1927 in Warschau gehalten wurde, stellte fest, daß die Gesellschaft trotz ihres fast achtjährigen Bestehens nur auf geringe positive Resultate ihrer Tätigkeit zurückblicken kann. Dies ist teils auf unvollkommene Organisation, teils auf Geldmangel zurückzuführen. Der Referent brachte eine Reihe von praktischen Vorschlägen — wie z. B. Organisierung von Kreisbehörden für Denkmälerschutz, Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten in diese Arbeit, Berufung eines Zentralrates der Sachverständigen in Warschau, Gründung eines Archäologischen Museums usw. Diese Vorschläge sind vom Kongreß in seine Resolution, die dem Ministerium für Volksaufklärung vorgelegt wird, angenommen worden. E. S.

G. Deutscher Osten.

Das Deutschtum im Netzedistrikt 1774. Von *Walther Maas.* *Zeitschrift für Politik, XVII. Band, Heft 5 1927, S. 464—468.*
Der Aufsatz gibt Erläuterungen zu einer beigegebenen Karte. R. R. B.

Ein Jahr der Arbeit des Verbandes deutscher Katholiken in Galizien. Von *Polonus.*
„Die Getreuen" (Zeitschrift für die Katholiken deutscher Zunge in aller Welt, Organ des Reichsbundes für die katholischen Auslandsdeutschen e. V.), Berlin, 5. Jahr, 1. Heft, Januar-Februar 1928, S. 4—6.
Der seit einem Jahr bestehende Verband hat kulturpolitische Aufgaben, besonders auf den Gebieten von Kirche und Schule. Er zählt in 18 Ortsgruppen 900 Mitglieder. Mit Hilfe des oberschlesischen Bruderverbandes konnten sieben deutsche Privatschulen erhalten und ausgestaltet werden. Die staatlichen Behörden haben sich dem Verband gegenüber loyal verhalten; dagegen ist der katholische Klerus noch mißtrauisch. R. R. B.

H. Russische Emigration.

Die Eurasische Bewegung. (The Eurasian Movement.) Von *D. S. Mirsky.* *The Slavonic Review. Vol. VI, No. 17, Dezember 1927, S. 311—320.*
Die seit 1921 bestehende eurasische Bewegung hat ihre Wurzel zwar im „rechten Flügel" des russischen Denkens, sie hat aber von Beginn an den Willen gehabt, sich über rechts und links zu stellen. Sie verdammt den bewußten Kommunismus als rebellisch, erkannte aber im Bolschewismus eine unbewußte Revolution des russischen Geistes an gegen eine seit zwei Jahrhunderten europäisierte Monarchie und Bürokratie, als den Versuch einer Emanzipation von europäischer Zuchtrute. Sie bewunderte die Organisation des Bolschewismus und seine Verachtung der liberalen Demokratie. Die Revolution wird jetzt akzeptiert als Aufstand gegen ein sozial ungerechtes System. Der Eurasismus verdammt alle konterrevolutionäre Betätigung und jede ausländische Intervention, macht aber seinerseits im Gebiet der USSR Propaganda für seine Ideen. Früher fast als Reaktionäre angegriffen, gelten die Eurasisten heute als heimliche Bolschewisten, die die konterrevolutionäre Einstellung der jungen Generation der Emigration korrumpieren; die Monarchisten aller Schattierungen haben sie zur Zielscheibe ihrer Angriffe genommen. Die Eurasisten antworten nicht: sie vertrauen auf die Zeit, die langsam, aber unaufhaltsam den russischen Geist daheim und im Exil dem Eurasismus zuführt. E. P. B.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamer Straße 26b, Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

Westermanns Weltatlas

D. R. G. M.

Die Welt in höchstkonzentrierter Form!

ist kein dickleibiger geographischer Namensfriedhof, kein Sammelsurium von x-tausend Ortsangaben. Nein! Er ist lebendigste Wirklichkeit, packendes Leben in höchstkonzentrierter Form, zusammengeballt in Wort, Zahl, graphischer Darstellung und farbigem Kartenblatt.

Für ihr praktisches Bedürfnis!

Bei der Schaffung von Westermanns Weltatlas ging man ja von ganz anderen Voraussetzungen aus als bei allen anderen rein geographischen Atlanten. Es wurde auf unwichtige Einzelheiten zugunsten der großen Zusammenhänge verzichtet. Es wurde vor allen Dingen dem praktischen Bedürfnis des Benutzers Rechnung getragen und die Aufgabe gelöst, endlich einmal in einem einzigen, handlichen Werke das tausendfältige Gesicht unserer Erde mit all den Runen darin, die menschliche Betriebsamkeit, menschliche Politik und menschliche Wirtschaft hineingeschnitten haben, in klarster Weise zusammenzufassen. Es

Die Fäden der Wirtschaft!

ist jetzt gelungen, all die unsichtbaren Fäden der Wirtschaftsbeziehungen der Länder untereinander in verblüffend einfacher, eindringlicher Weise darzustellen.

Dicke Wälzer endlich überflüssig!

Wer Westermanns Weltatlas besitzt, hat es nicht mehr nötig, in dicken Wälzern und Spezialwerken nachzuschlagen, wenn er beispielsweise über Kanadas geographische, politische und wirtschaftliche Situation in der Welt etwas wissen will. Westermanns Weltatlas gibt alle Ergebnisse der Forschung in klarster, übersichtlichster

Besser geht's nicht!

Form. Besser geht es einfach nicht!

Sie gewinnen Vorsprung!

Jeder der im Wirtschaftskampf steht, braucht Westermanns Weltatlas, denn durch die hier gegebene klarere Erkenntnis der Wirtschaftsströmungen und Konstellationen gewinnt er ungeahnten Vorsprung und ist bald allen anderen weit voraus. Jeder, der eine Zeitung liest, braucht Westermanns Weltatlas, wenn er wirklich gewillt ist, in die tieferen Zusammenhänge der Ereignisse und Weltgeschehnisse einzudringen.

Westermanns Weltatlas ist in jeder guten Buchhandlung erhältlich.

Verlangen Sie auf jeden Fall unverbindlich und kostenlos den interessanten illustrierten Sonderprospekt nebst Probekarte.

Hier abtrennen und als Drucksache in offenem Umschlag an Ihre Buchhandlung oder den Verlag Westermann, Braunschweig, senden.

Erbitte unverbindlich und kostenlos die Übersendung des Sonderprospektes „Westermanns Weltatlas“ nebst Probekarte.

(Name und Anschrift): .....

Digitized by Google

Das neueste Sonderheft der Süddeutschen Monatshefte:

KARL MARX
als Schrittmacher des Kapitalismus

Von Ottokar Lorenz
Eingeführt von August Winnig

Die scharfsinnige, eindringliche Studie beleuchtet das Problem des Marxismus von einem völlig neuen Standpunkte aus. An den Ergebnissen dieser Arbeit wird keine künftige Forschung vorübergehen dürfen

Preis des Heftes Mk. 1,50
Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., Verlag
München, Amalienstraße 6

Sorgfältige, geschmackvolle
preiswerte Herstellung von

Werken aller Art
Zeitschriften
Broschüren
Dissertationen
und allen anderen Druckarbeiten

Ostpreußische Druckerei
und Verlagsanstalt A. G.
Königsberg Pr., Tragheimer Pulverstraße 20
Schließfach 14 — Fernruf 7162—7164

Digitized by Google

Walter de Gruyter & Co.

Berlin W 10 *Postscheckk.: Berlin NW 7 Nr. 59533*
Genthiner Str. 38

MINERVA

Jahrbuch der gelehrten Welt

Unter redaktioneller Mitarbeit von
Dr. Friedrich Richter
herausgegeben von
Dr. Gerhard Lüdtke.

Neunundzwanzigster Jahrgang 1928.

Oktav, 3 Bände, ca. 240 Bogen.
Subskriptionspreis in Leinen geb. M. 80.—.

Der neue Jahrgang der „Minerva" gelangt in 3 Bänden zur Ausgabe. Am 1. Februar erschien Band I (A—L). Am 1. März gelangt Band 2 (M—Z) und Ende März Band 3 (Nachträge, Personalregister und Index) zur Ausgabe. Einen Monat nach Ausgabe des 3. Bandes wird der Subskriptionspreis aufgehoben, der Ladenpreis beträgt dann M. 90.—.

Petropolis-Verlag A. G.
Berlin W. 15
Joachimsthalerstraße 12

Schnellste und billigste Besorgung
von neuen und antiquarischen

russischen Büchern
aus allen Gebieten

Reichhaltiges Antiquariats-Lager

Listen und Kataloge auf Verlangen kostenlos

„Osteuropäische Forschungen"

Herausgegeben im Auftrage der
Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas
von Universitätsprofessor Dr. Otto Hoetzsch.

Neue Folge, Heft 1: **Peter Jakovlevič Čaadaev**

Ein Beitrag zur russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts von Dr. Martin Winkler, Privatdozent der Geschichte an der Universität Königsberg i. Pr.
8°, 112 Seiten, Steif geheftet Rm. 5.50.

Mit dieser Biographie eines der bedeutendsten russischen Geschichtsphilosophen ist zugleich eine grundlegende Betrachtung über Rußlands historische Sendung im 19. Jahrhundert verbunden. Caadaevs Gedanken formten sich vornehmlich unter dem Einfluß der Freimaurer, eines Jung-Stilling und besonders den Anschauungen des damaligen sardinischen Gesandten in Petersburg, Joseph de Maistre. Caadaevs Bedeutung beruht nicht in Errichtung eines selbständigen geschichtsphilosophischen Systems, sondern darin, daß durch seine Vermittlung Grundthemen der katholischen Philosophie der russischen Geschichtsphilosophie übermittelt wurden. Durch ihn ist die erste Untermauerung jener Grundfrage versucht worden, die seit der Verwestlichung im 18. Jahrhundert immer mehr nach Entscheidung drängte: Ist es Rußlands Schicksal, seinen eigenen Weg in Europa zu gehen oder muß es Anlehnung an den Westen suchen?

Ausführlicher Prospekt unberechnet!

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Digitized by Google

Karpathenland

Vierteljahrschrift für Geschichte, Volkskunde und Kultur der Deutschen in den nördlichen Karpathenländern.

Herausgegeben von

Erich Gierach

*

Bezugspreis jährlich nur K 15.-, Ausland RM. 2.50 (K 20.—). Probehefte kostenlos.

*

Im Verlage der Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung

Reichenberg, Nordböhmen, Neustädter Platz 1, 2. St.

Die Arbeitsschule in Sowjet-Rußland

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas

Groß-8°, 48 Seiten, steif geheftet RM. 1.30

Eines der interessantesten Probleme für Erzieher und Laien ist das neue russische Schulwesen. Es entspricht der Anteilnahme der deutschen Öffentlichkeit, daß die *Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas* anläßlich der von ihr mit dem *Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht* veranstalteten Ausstellung des Volksbildungskommissariats der UdSSR und der Gesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Auslande in Moskau einen instruktiven Führer herausgibt, der die Sowjetpädagogik aus der Feder führender russischer Schulmänner behandelt.

Mitarbeiter des Buches, das eine genaue Erläuterung von Gegenständen der Arbeitsschule bringt, sind u. a. A. Lunatscharsky, Volkskommissar für Volksbildung in der RSFSR; A. Pinkewitsch, Rektor und Professor der 2. Staatsuniversität Moskau; S. Lunatscharskaja.

Im OST-EUROPA-VERLAG

Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.

Soeben erschienen! **Soeben erschienen!**

Das

MÄRZ-HEFT der Berliner Monatshefte

für internationale Aufklärung

„Die Kriegsschuldfrage"

6. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Über das Bestehen einer englisch-belgischen Militärkonvention vom Jahre 1906 mit bisher unveröffentlichten Karten / Historischer Überblick über Englands Politik gegen die Freiheit der Meere / Die Neutralitätserklärung Italiens

Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die

„Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen", Berlin NW 6

Preis des Einzelheftes RM. 1.50

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Industrie und deutsche Wirtschaftspolitik

Grundfragen des Wiederaufbaues von Wirtschaft und Volksgemeinschaft

Von Dr. Emil van den Boom. 8° (160). Preis RM. 4.00.

Inhalt: Vorkriegszeit und heute / Aussichten / Rationalisierung / Zusammenschlüsse / Kapitalbildung / Außenhandel / Führertum / Anhang: Material und Zahlen.

Man kann bei dieser inhaltreichen Arbeit im Zweifel sein, was wertvoller für den Benutzer ist: die hundert Seiten systematischer Arbeit über die Inventur unserer Wirtschaftskräfte und ihrer Bestrebungen zu Ordnung, Kapitalbildung, Außenhandel, Treue und Vertrauen in Wirtschafts- und Arbeitsverhältnis, oder der Materialienanhang, der nahezu ebenso stark geworden ist, Auszüge aus Dokumenten zum ersten Teil enthält und dann die wichtigsten statistischen Zahlen und Daten zusammenstellt. Vor den Wirtschaftsjahrbüchern und Kalendern zeichnet sich die Schrift dadurch aus, daß sie in das ganze ungeheure Material, das sie verarbeitet hat, eine gewisse Ordnung hineinbringt und damit jedem Wirtschaftler das Material eigentlich erschließt. Auch dem politischen Redner bietet die Schrift einen geordneten Stoff.

Christliche Staatslehre und Politik

Von Prof. Otto Schilling. 8° (178). Gebunden RM. 3.60.

Inhalt: Die Lehre vom Recht / Die Lehre vom Staat / Die Politik, Grundsätzliches und einzelne Zweige der inneren Politik (Eigentum, Steuer, Wirtschaft, Bevölkerung, Schule) / Das Völkerrecht und die auswärtige Politik / Der ideale Staat.

Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M. Gladbach

V. Iretzky · Spiel gegen Gott

Roman aus dem heutigen Rußland / Übersetzt von Dr. H. v. Hoerschelmann / 8°, in Leinen RM. 6.50

Unter den Versuchen, das heutige Rußland literarisch zu erfassen, dürfte der neue Roman des bekannten russischen Dichters eine erste Stelle einnehmen. Iretzky steht den Gestalten Rußlands — bolschewistischen Koryphäen, vergreister Vorkriegsbourgeoisie, blutmäßig gefestigten neuen Menschentypen — mit einer überlegenen Objektivität gegenüber, die anmutet, als sei der Roman von der Warte der Geschichte aus geschrieben. Was den Roman zu einem heute nicht mehr gewöhnlichen Erlebnis macht, ist die Beherrschung der künstlerischen Mittel.

„Kieler Neueste Nachrichten": Der Vernichtungstaumel, der materialistische Wahn und der Drang in die Tiefe der Geister der russischen Revolution, werden in diesem Roman verkörpert in einem häßlichen, grausamen, gewinnlosen, wenn auch klugen und mit dem Genie der Zerstörung begabten Reptil in Menschengestalt, mit dem ein nach Veredlung und Höherentwicklung der Menschheit strebender Gegner, der der Menschheit die Seele zurückgeben will, ringt auf Leben und Tod.

Durch jede Buchhandlung und die Bücherstube des Ring-Verlags, Berlin W 30, zu beziehen.

Ein Buch für jeden Rußland-Interessenten

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 7** **April 1928**

INHALT:

N. PASCHE-OSERSKI: Das neue Strafrecht der Sowjetunion . . 469

WOLFGANG LEPPMANN: Das polnisch-tschechische Grenzproblem und seine Entwicklung nach dem Weltkrieg 481

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 495

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 508

III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 515

Bibliographie, bearbeitet von H. JONAS 523

Zeitschriftenschau 526

Bücherschau 533

Notizen 535

Digitized by Google

Zu den Genfer Abrüstungsbesprechungen
erscheint soeben:

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genfer Abrüstungskonferenz

Amtliche Dokumente der Sowjet-Regierung

Gr. 8°, 64 Seiten, Kartoniert RM. 1.40

Aus dem Vorwort des Buches:

Die Frage der internationalen Abrüstung ist eine der aktuellsten Angelegenheiten der Weltpolitik. Seit einigen Jahren bemühen sich die Regierungsvertreter fast aller Länder, dieses Problem zu lösen. Zahlreiche Ausschüsse, Kommissionen und Konferenzen haben sich damit beschäftigt und Entwürfe dazu beraten. Jetzt nimmt auch die Regierung der Sowjetunion an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teil, der sie ihre Vorschläge in Form eines Konventionsentwurfs zur allgemeinen und sofortigen Abrüstung vorgelegt hat.

Für Deutschland, das aus leicht verständlichen Gründen besonderes Interesse an den Abrüstungsfragen hat, ist die Mitarbeit der Sowjetunion in der Genfer Konferenz von großem Interesse. Daher glaubt der Verlag, der deutschen öffentlichen Meinung jetzt eine Sammlung der wichtigsten amtlichen Dokumente der Sowjetunion zur Frage der Abrüstung vorlegen zu sollen, um damit eine Orientierung über die weitgehenden russischen Vorschläge zu ermöglichen, die bisher in deutscher Sprache noch nicht zugänglich waren. Die nachstehende Veröffentlichung bringt den amtlichen russischen Text in einer authentischen deutschen Übersetzung.

OST-EUROPA-VERLAG

Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.

Digitized by Google

Das neue Strafrecht der Sowjetunion.
(1926—1927.)

Von N. Pasche-Oserski,
Professor an der Universität in Kiew.

Die Jahre 1926 und 1927 sind in der Geschichte der Strafgesetzgebung der Sowjetunion Jahre von der größten Bedeutung; es sind die Jahre der großen Reformen: z. B. das StrGB der RSFSR vom Jahre 1926, wirksam in der RSFSR seit dem 1. Januar 1927; das StrGB der Ukrainischen SSR vom Jahre 1927, wirksam seit dem 1. Juli 1927; die StrGB der übrigen Sowjetrepubliken aus den Jahren 1926—27.

Die Grundprinzipien der Sowjetstrafgesetzgebung und der Sowjet-Strafpolitik, die in den Strafgesetzbüchern erster Redaktion der UdSSR, d. i. des Jahres 1922 zum Ausdruck kamen, sind auch im neuen Strafrecht der UdSSR zur Gänze erhalten geblieben. Doch das neue Sowjetstrafrecht formuliert diese Grundsätze in noch präziserer Form und bricht endgültig mit der ihm fremden bürgerlichen Rechts-Terminologie (so verschwindet zum Beispiel das Wort „Strafe" und an seine Stelle tritt die Bezeichnung „Maßnahme des sozialen Schutzes"). Das neue Strafrecht der Sowjet-Union führt eine ganze Reihe von Institutionen ein, die der Strafgesetzgebung des Jahres 1922 noch unbekannt waren: die Notwehr der Sowjetmacht, die Verjährung des Vollzugs eines Schuldspruchs, die Rehabilitation usw.; aus der Liste der zu ahndenden Verbrechen werden Handlungen gestrichen, die infolge der veränderten sozialpolitischen Situation für die Sowjet-Rechtsordnung den Charakter der Gefahr verloren haben; umgekehrt finden in den Strafgesetzbüchern neue Verbrechen Aufnahme, die sich in der konkreten geschichtlichen Situation als eine solche Gefahr darstellen. Das neue Sowjetstrafrecht verändert das System selbst der Maßnahmen des sozialen Schutzes, indem es neue Maßnahmen einführt, wobei auf der ganzen Linie die strafrechtliche Repression bedeutend herabgesetzt wird.

Das neue Strafgesetzbuch der RSFSR besteht insgesamt aus 236 Paragraphen, jenes der UkrSSR aus 250 Paragraphen, von denen auf den allgemeinen Teil im StrGB der RSFSR 57 Paragraphen, im StrGB der UkrSSR 53 Paragraphen, auf den besonderen Teil im StrGB der RSFSR 179, im StrGB der UkrSSR 197 Paragraphen entfallen.

* * *

Digitized by Google

Das Sowjetstrafrecht ist das Recht der Übergangsperiode zum kommunistischen System. Es stellt sich den allseitigen Schutz des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern und der in demselben festgesetzten Rechtsordnung gegen gesellschaftsgefährdende Handlungen (Verbrechen) zur Aufgabe (§§ 1 StrGB der RSFSR und der UkrSSR). Der Staat der Werktätigen bestraft nicht, sondern verteidigt sich gegen solche gesellschaftsgefährliche Handlungen durch Anwendung von Maßnahmen des sozialen Schutzes gegen Personen, die solche Handlungen begehen.

Das Sowjetstrafrecht, ein unbemänteltes Klassen-Strafrecht, ist das erste, das die Begriffsbestimmung des „Verbrechens" nach seinem Wesen festsetzt. Als „Verbrechen" wird in der UdSSR jede Handlung oder Unterlassung angesehen, die das Sowjetsystem bedroht oder gegen die Sowjet-Rechtsordnung verstößt (§ 6 StrGB der RSFSR; § 4 StrGB der UkrSSR).

Die Strafpolitik der Sowjetmacht ist durchweg vom Prinzip der Zweckmäßigkeit erfüllt, und die Strafgesetzbücher der Sowjetrepubliken enthalten daher keine erschöpfenden Aufzählungen der Verbrechen. Wenn irgend eine Handlung im Strafgesetzbuch nicht vorgesehen ist, jedoch in der konkreten Situation eine Gefahr für die Sowjetrechtsordnung darstellt, so wird sie als Verbrechen angesehen, und es gelangen dagegen jene Maßnahmen des sozialen Schutzes zur Anwendung, welche für das dieser Handlung am nächsten kommende Verbrechen im StrGB festgesetzt sind (die sogenannte Analogie von Verbrechen — § 16 des StrGB der RSFSR; § 7 StrGB der UkrSSR).

Andererseits stellt das neue Strafrecht der Sowjetunion eine sehr interessante Lage in der umgekehrten Richtung her, nämlich, wenn die konkrete Handlung, möge sie auch im Augenblick ihrer Ausübung ein Verbrechen gewesen sein, jedoch zum Zeitpunkte der Untersuchung oder Gerichtsverhandlung infolge der veränderten sozialpolitischen Situation den Charakter einer gesellschaftsgefährlichen Handlung verloren hat, — desgleichen, wenn die Person, die das Verbrechen verübte, nach Meinung des Gerichts nicht gesellschaftsgefährlich ist, dann — gelangen die Maßnahmen des sozialen Schutzes nicht mehr zur Anwendung (§ 8 StrGB der RSFSR). Ebensowenig gelten Handlungen als Verbrechen, wenn sie auch formell die Merkzeichen irgendeines Paragraphen des StrGB tragen, dennoch kraft ihrer offenbaren geringen Bedeutung oder des Fehlens schädlicher Folgen keinen gesellschaftsgefährlichen Charakter besitzen (Anmerkung zu § 6 des StrGB der RSFSR).

Die Strafgesetzbücher der UdSSR haben auf den Gebieten der betreffenden Sowjetrepubliken Geltung, und zwar: StrGB der RSFSR — in der RSFSR, StrGB der UkrSSR — in der UkrSSR — usw.

Digitized by Google

Die Bürger der UdSSR unterliegen für Verbrechen, die sie auf dem Gebiete der UdSSR verübt haben, den Bestimmungen des StrGB jener Sowjetrepublik, auf deren Gebiet das bewußte Verbrechen ausgeführt wurde. Die Bürger der UdSSR unterstehen den Bestimmungen des Sowjetstrafrechtes auch für Verbrechen, die sie jenseits der Grenzen der UdSSR, d. i. im Auslande verübt haben. In diesem Falle gelangt das StrGB jener Sowjetrepublik zur Anwendung, auf deren Gebiet sie verhaftet und zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden.

Ausländer unterstehen dem Sowjetstrafrecht (d. i. dem StrGB der entsprechenden Sowjetrepublik) lediglich für Verbrechen, die sie auf dem Gebiete der UdSSR verübt haben, wobei das Sowjetstrafrecht sich auf jene Ausländer nicht erstreckt, die das Recht der Exterritorialität genießen. Das neue Strafrecht der Sowjetunion schafft gänzlich die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Ausländern für solche Verbrechen ab, die sie jenseits der Grenzen der UdSSR, d. i. im Auslande verübt haben. Die Strafgesetzgebung des Jahres 1922 bestrafte Ausländer, im Falle ihrer Verhaftung auf dem Gebiete der UdSSR, für gegenrevolutionäre Verbrechen, die sie im Auslande verübt hatten. Das neue Sowjetstrafrecht hat, angesichts der Festigung der äußeren und inneren Macht des Arbeiter- und Bauernstaates, diese strafrechtliche Verantwortlichkeit von Ausländern abgeschafft.

* * *

Das neue Strafrecht der UdSSR ändert sehr wesentlich das System selbst der Maßnahmen des sozialen Schutzes. Vor allem hat es endgültig mit dem Dualismus der Strafmittel der Strafgesetzgebung des Jahres 1922 gebrochen, welche zwischen „Strafe" und „Maßnahmen des sozialen Schutzes" unterschied. Schon das bloße Wort „Strafe" war nicht am Platze, denn auch die sogenannten „Strafen" (Todesstrafe, Freiheitsentziehung, Zwangsarbeiten usw.) waren im Wesen auch Maßnahmen des sozialen Schutzes. Das neue Strafrecht der UdSSR löscht, indem es als Grundsatz der Strafpolitik der Sowjetmacht verkündet, daß diese nicht Vergeltung und Strafe zur Aufgabe stellt (§ 9 StrGB RSFSR; § 6 StrGB UkrSSR) — das Wort „Strafe" vollkommen aus und kennt nur einen Begriff — „Maßnahmen des sozialen Schutzes".

Das neue Strafrecht der Sowjetunion unterwirft das System selbst der Maßnahmen des sozialen Schutzes einer gründlichen Umarbeitung. Alle Maßnahmen des sozialen Schutzes werden nun in drei Gruppen eingeteilt:

a) Maßnahmen des sozialen Schutzes gerichtlich-besserner Art;
b) Maßnahmen des sozialen Schutzes medizinischer Art; und
c) Maßnahmen des sozialen Schutzes medizinisch-pädagogischer Art.

Digitized by Google

Die erste Gruppe, d. i. jene der Maßnahmen gerichtlich-bessernder Art, umfaßt folgende Maßnahmen:

1. Erklärung zum Feinde der Werktätigen. Es ist dies eine neue kombinierte Maßnahme: sie verbindet den Verlust des Bürgerrechts der UdSSR mit der immerwährenden Verbannung aus dem Gebiete der UdSSR. Diese Maßnahme ist in den StrGB der Sowjetrepubliken für gegenrevolutionäre Verbrechen festgesetzt und kann auch vom Gerichte an Stelle der Todesstrafe verhängt werden (§ 27 des StrGB der RSFSR; § 26 StrGB der UkrSSR).
2. Freiheitsentziehung mit strenger Isolierung und ohne strenge Isolierung. Das ist die meistverbreitete Maßnahme des sozialen Schutzes im Sowjetstrafrecht. Das neue Strafrecht setzte das Minimum der Freiheitsentziehung von zwei Wochen auf einen Tag herab; das Maximum blieb unverändert, d. i. 10 Jahre, wobei eine Freiheitsentziehung über 10 Jahre in keinem Falle zulässig ist, auch nicht beim Zusammentreffen verschiedener Verbrechen oder bei wiederholtem Rückfall (§ 28 StrGB RSFSR; § 27 StrGB UkrSSR).
3. Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung. Dies ist eine Maßnahme, die auch nicht eine einzige moderne bürgerliche Gesetzgebung kennt und die zum ersten Male das Sowjetstrafrecht anwendet. Es tritt eine deutliche Tendenz zur ausgedehnteren Anwendung der Maßnahme der Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung zutage, wobei sogar die Maßnahmen der Freiheitsentziehung zurückgedrängt werden. Das neue Strafrecht der Sowjetunion setzt das Minimum für Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung von sieben Tagen auf einen Tag herab; das Maximum bleibt unverändert, d. i. ein Jahr (§ 30 StrGB RSFSR; § 28 StrGB UkrSSR).

   Die Maßnahmen der Freiheitsentziehung und der Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung, welche die Hauptmaßnahmen des sozialen Schutzes in der UdSSR bilden, werden ganz detailliert in den speziellen Gesetzbüchern reguliert, und zwar in den Besserungs-Arbeits-Gesetzbüchern (Strafvollzugsgesetzen) der RSFSR, UkrSSR usw.
4. Entfernung aus dem Gebiet der Union auf eine bestimmte Zeit bis zu fünf Jahren; dies ist eine neue Maßnahme; ein Minimum ist im StrGB nicht festgesetzt, in der Praxis aber ist ein kürzerer Zeitraum als sechs Monate oder selbst ein Jahr kaum denkbar (§ 35 StrGB RSFSR; § 33 StrGB UkrSSR).
5. Entfernung aus dem Gebiete der betreffenden Sowjetrepublik (RSFSR, UkrSSR usw.) auf einen Zeitraum bis zu fünf Jahren; das Minimum dieser Entfernung ist gleichfalls nicht festgesetzt, in der Praxis aber ist dieses Minimum etwas niedriger denkbar als bei der Entfernung

Digitized by Google

aus dem Gebiete der Union (§ 35 StrGB RSFSR; § 33 StrGB UkrSSR).

6. Verbannung nach einem bestimmten Ort innerhalb der UdSSR (z. B. nach dem Norden, nach Sibirien usw.) auf einen Zeitraum bis zu fünf Jahren; ein Minimum ist nicht festgesetzt. Diese Maßnahme ist neu.

   Die Entfernung aus dem Gebiet einer bestimmten Sowjetrepublik sowie die Verbannung nach einem bestimmten Ort innerhalb der Sowjetunion können mit dem Verbote verbunden werden, sich in einzelnen Städten, Orten aufzuhalten (§ 35, 36 StrGB RSFSR; § 33 StrGB UkrSSR).

7. Verlust der Rechte. Das neue Strafrecht der Sowjetunion läßt lediglich den Verlust der öffentlichen Rechte zu, d. i. des aktiven und passiven Wahlrechts (in die Sowjets, gesellschaftlichen Organisationen); das Recht zum Eintritt in den Staatsdienst usw.; es wird auch eine neue Art von Rechtsverlust konstituiert, und zwar des Verlustes der Elternrechte. Der Verlust der privaten (bürgerlichen) Rechte ist nicht zulässig. Das Maximum beim Verlust der Rechte beträgt fünf Jahre, das Minimum ist im StrGB nicht angegeben, praktisch jedoch ist der Verlust der Rechte auf einen Tag wohl kaum denkbar!? Die Gerichtspraxis kennt Fälle des Verlustes der Rechte auf 2 bis 3 Monate. Das Sowjetstrafrecht kennt, zum Unterschied von der modernen bürgerlichen Gesetzgebung, das System eines obligatorischen Verlustes der Rechte nicht; das Sowjetstrafgericht ist zum Entzug der Rechte wohl berechtigt, aber nicht verpflichtet (§§ 31 bis 34 StrGB RSFSR; §§ 29—32 StrGB UkrSSR).

8. Amtsentlassung verbunden mit dem Verbot, dieses oder jenes Amt zu bekleiden, oder ohne dieses Verbot; das Verbot, diese oder jene Tätigkeit auszuüben (z. B. als Arzt, Unterricht, Handel usw.). Diese Maßnahmen des sozialen Schutzes werden auf einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren festgesetzt; ein Minimum ist nicht angegeben (§ 37, 38 StrGB RSFSR; §§ 35, 36 StrGB UkrSSR).

9., 10. Vermögensmaßnahmen: Konfiskation, volle oder teilweise, und Geldstrafen. Vollständige Konfiskation bedeutet noch nicht, daß dem Verurteilten das ganze Vermögen weggenommen wird: das Sowjetstrafrecht zählt eine lange Reihe von Vermögensgegenständen auf, die der Konfiskation durch gerichtliches Urteil überhaupt nicht unterliegen (z. B. Mitgliederbeiträge an genossenschaftliche Organisationen, Kreditgenossenschaften, Produktionswerkzeuge und Instrumente, die dem Verurteilten zur Ausübung seines Gewerbes unentbehrlich sind; die für den Verurteilten und seine Familie unentbehrlichen häuslichen Gebrauchsgegenstände; das gesamte zu einem Bauernhof gehörige Vermögen usw.) (§§ 40 und 41 StrGB RSFSR; §§ 38, 40 StrGB UkrSSR).

Digitized by Google

Die Geldstrafe ist eine in den Sowjet-Strafgesetzbüchern sehr häufig erwähnte Maßnahme des sozialen Schutzes. Der Gesetzgeber setzt nur das Maximum der Geldstrafe fest (z. B. bis 300 Rub., bis 500 Rub., bis 10 000 Rub.); ein Minium ist nirgends angegeben, praktisch jedoch kann es offenbar nicht geringer als 50 Kopeken oder 1 Rubel sein. Die Geldstrafe wird vom Sowjetgericht im Verhältnis zur Vermögenslage des Verurteilten bestimmt, wobei die Umwandlung einer Geldstrafe in Freiheitsentzug oder des Freiheitsentzuges in eine Geldstrafe, wie dies im bürgerlichen Strafrecht weit verbreitet ist, durch das Sowjetstrafrecht streng verboten ist. Im Falle der Weigerung (nicht der Mittellosigkeit) des Verurteilten, die Geldstrafe zu bezahlen, kann diese in Zwangsarbeit ohne Freiheitsentziehung umgewandelt werden (§ 42 StrGB RSFSR, § 39 StrGB UkrSSR).

11., 12. Die mildesten Maßnahmen des sozialen Schutzes gerichtlich-bessernder Art sind: Öffentlicher Tadel und Auferlegung der Verpflichtung zur Wiedergutmachung des verursachten Schadens (§§ 39, 44 StrGB RSFSR, § 37 StrGB UkrSSR).

13. Verwarnung. Dies ist eine neue Maßnahme des sozialen Schutzes im Sowjetstrafrecht. Die Anwendung dieser Maßnahme ist ganz eigenartig. So kann das Gericht den Angeklagten nur im Falle eines freisprechenden Urteils verwarnen, jedoch nur, wenn das Verhalten des Angeklagten Grund zur Befürchtung eines künftigen Verbrechens gibt. Diese Maßnahme ist nicht verbunden mit der Forderung nach Garantien für das weitere Verhalten des Angeklagten (z. B. persönliche oder Vermögensbürgschaft usw.) (§ 43 StrGB RSFSR; § 41 StrGB UkrSSR).

Das sind die Maßnahmen des sozialen Schutzes gerichtlich-bessernder Art. Von diesen Maßnahmen gelten nur: die Erklärung als Feind der Werktätigen, die Freiheitsentziehung und die Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung als Hauptmaßregel und können nicht als zusätzliche Maßnahmen Anwendung finden. Die Verwarnung kann das Gericht dem Angeklagten nur im Falle eines freisprechenden Urteils aussprechen, alle anderen Maßnahmen jedoch können sowohl als Haupt- als auch zusätzliche Maßnahmen verhängt werden; z. B. zur Freiheitsentziehung kann der Verlust der Rechte oder die Entfernung oder Geldstrafe usw. hinzutreten.

Die zweite Gruppe der Maßnahmen des sozialen Schutzes umfaßt im neuen StrGB der Sowjetunion die Maßnahmen medizinischer Art. Diese Maßnahmen sind folgende: 1. Zwangsbehandlung und 2. Unterbringung in einer Heilanstalt in Verbindung mit Isolierung.

Die Maßnahmen des sozialen Schutzes medizinischer Art werden vom Gerichte angewandt, wenn es die Anwendung von Maßnahmen gerichtlich-bessernder Art im gegebenen Falle nicht

Digitized by Google

ür zweckentsprechend hält, und ebenso als Ergänzung der etzteren (z. B. Zwangsbehandlung eines zur Freiheitsentziehung erurteilten Alkoholikers oder Syphilitikers), jedoch nur, wenn Maßnahmen medizinischer Art nicht schon vor dem Gerichtsverahren durch die kompetenten Organe (z. B. Verwaltungsbehörlen) erfolgt sind (§§ 24, 26 StrGB RSFSR; §§ 23, 25 StrGB UkrSSR).

Die d r i t t e und letzte Gruppe der Maßnahmen des sozialen Schutzes im neuen Strafrecht der Sowjetunion umfaßt Maßnahmen m e d i z i n i s c h - p ä d a g o g i s c h e r Art.

Diese Gruppe der Maßnahmen des sozialen Schutzes hat ediglich Jugendliche und Minderjährige im Auge. Die Maßnahmen medizinisch-pädagogischer Art sind folgende:

1. Stellung unter Vormundschaft (UkrSSR); 2. die Überlieferung eines Jugendlichen oder Minderjährigen zur verantwortlichen Betreuung an seine Eltern oder Verwandten oder an andere Personen, Institutionen und Organisationen (UkrSSR und RSFSR) und 3. Unterbringung in besonderen Heil-Erziehungsanstalten (UkrSSR und RSFSR) (§ 25 StrGB RSFSR; § 24 StrGB UkrSSR).

Das Mindestalter für Anwendung von Maßnahmen des sozialen Schutzes gerichtlich-bessernder Art ist — 14 J a h r e. Das neue Strafrecht der UdSSR weist direkt darauf hin, daß bei Jugendlichen bis zu 14 Jahren Maßnahmen des sozialen Schutzes gerichtlich-bessernder Art nicht zur Anwendung kommen können, sondern nur solche medizinisch-pädagogischer Art (§ 12 StrGB RSFSR, § 11 StrGB UkrSSR).

M i n d e r j ä h r i g e, als welche Personen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren angesehen werden, befinden sich gegenüber dem Gesetze in einer etwas anderen Lage. Das Sowjetstrafrecht unterscheidet hier zwei Altersstufen: von 14—16 und von 16 bis 18 Jahren. Gegenüber Minderjährigen von 14—16 Jahren werden in der Regel Maßnahmen medizinisch-pädagogischer Art und nur ausnahmsweise solche gerichtlich-bessernder Art angewandt; bei Minderjährigen von 16—18 ist das Umgekehrte der Fall. Im Falle der Anwendung von Maßnahmen gerichtlich-bessernder Art gegen Minderjährige von 14—16 Jahren werden die vorgesehenen Maßnahmen des sozialen Schutzes obligatorisch auf die Hälfte, bei Minderjährigen von 16—18 Jahren auf ein Drittel reduziert (§ 50 StrGB RSFSR; in UkrSSR etwas anders — § 12 StrGB UkrSSR).

Eine ganz besondere Stellung nimmt im System der Maßnahmen des sozialen Schutzes des Sowjetstrafrechts das H ö c h s t a u s m a ß des sozialen Schutzes, d. i. die Todesstrafe ein. Das gesamte System der Maßnahmen des sozialen Schutzes, das gesamte Sowjetstrafrecht trägt provisorischen Charakter. Die Gesetzesbestimmungen über das Höchstausmaß des sozialen

Digitized by Google

Schutzes (die Erschießung) tragen jedoch doppelt provisorischen Charakter. Das neue Strafrecht der Sowjetunion erklärt direkt, daß diese Maßnahme „als Ausnahmsmaßnahme zum Schutze des Staates der Werktätigen" „bis zu deren Abschaffung durch das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjetunion" in Geltung ist (§ 21 StrGB RSFSR und UkrSSR). Deshalb ist auch die Todesstrafe in das S y s t e m der Maßnahmen des sozialen Schutzes nicht eingeschlossen. Das Sowjetstrafrecht tritt auch an die Frage real und konkret heran. Dem dialektisch denkenden Sowjet-Gesetzgeber sind fruchtlose, scholastische Konstruktionen fremd. Die Todesstrafe kann ebensowenig wie die übrigen strafrechtlichen Institutionen abgelöst von der sozialpolitischen Situation beurteilt werden. Insoweit diese „Ausnahmemaßnahmen zum Schutze des Staates der Werktätigen" im g e g e b e n e n A u g e n b l i c k e n o c h n o t w e n d i g sind, hat das neue Strafrecht der Sowjetunion sie aufrecht erhalten, die Sphäre ihrer Anwendung jedoch bedeutend eingeengt; denn dies läßt die gegenwärtige politische Lage zu. Die Sphäre der Anwendung der Todesstrafe in der UdSSR erstreckt sich auf den Kampf mit den a l l e r s c h w e r s t e n V e r b r e c h e n, die die Grundlagen der Sowjetmacht und des Sowjetsystems bedrohen (§§ 21 StrGB RSFSR und UkrSSR). Das aus Anlaß des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution im Jahre 1927 veröffentlichte Manifest des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion schafft die Todesstrafe für viele Verbrechen ab und läßt sie nur in Kraft für die allerschwersten gegenrevolutionären und allergefährlichsten Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung (Geldfälschung, Bandenwesen u. ä.). Die Todesstrafe kann nicht verhängt werden über Personen, die das 18. Lebensjahr zur Zeit der Ausübung des Verbrechens noch nicht erreicht haben und ebensowenig über Frauen, die sich im Zustande der Schwangerschaft befinden (§ 22 StrGB RSFSR; § 21, Anmerkung 2, StrGB UkrSSR).

Das Sowjetstrafrecht ist von einer Hauptidee durchleuchtet, der Idee der s o z i a l e n G e f a h r der Handlung und des Täters, d. h. des Verbrechens und des Verbrechers. Fremd allem Individualismus, der für das bürgerliche Recht so charakteristisch ist, ist das Sowjetstrafrecht erfüllt von Objektivität. Deshalb wird bei der Festsetzung der Maßnahmen des sozialen Schutzes die soziale Gefahr der H a n d l u n g (des Verbrechens) in erster Reihe erwogen und die soziale Gefahr des Täters (des Verbrechers) in zweiter Reihe. Die „soziale Gefahr" ist dialektisch, marxistisch zu denken, d. i. nicht außerhalb von Raum und Zeit, sondern in sozial-geschichtlicher Perspektive: die Handlung und der Täter werden als sozialgefährlich vom Gesichtspunkte der konkreten sozialpolitischen Situation betrachtet. Wenn im konkreten Zeitpunkt die Handlung eine besondere Gefahr für die Sowjet-Rechtsordnung darstellt (z. B. Banditen- und Hooliganwesen, Bestechlichkeit u. ä.), dann ist die Anwendung strengerer

Digitized by Google

Maßnahmen des sozialen Schutzes auch dann möglich, wenn die Person des Verbrechers nicht besonders gefährlich ist. Dieser Grundsatz des Sowjetstrafrechtes kommt in den neuen StrGB der Sowjetunion besonders scharf zum Ausdruck. „Die Hauptfrage, die in jedem einzelnen Falle zu entscheiden ist, ist die der gesellschaftlichen Gefahr des untersuchten Verbrechens" (§ 47 StrGB RSFSR). Ähnlich spricht sich der § 43 des StrGB der UkrSSR aus. Die neuen StrGB der Sowjetrepubliken zählen, nach dem Beispiele des Strafrechts von 1922, eine lange Reihe von Umständen auf, die auf die größere oder geringere Gefahr des Verbrechens und Verbrechers hinweisen (§§ 47, 48 StrGB RSFSR; §§ 43, 44 StrGB UkrSSR).

Bei Festsetzung der Maßnahmen des sozialen Schutzes läßt sich das Sowjetstrafgericht von sozialistischem Rechtsbewußtsein, d. i. von revolutionärem und Klassen-Rechtsbewußtsein leiten, jedoch an der Hand der präzisen Paragraphen des allgemeinen und besonderen Teiles des StrGB (§ 7 StrGB UkrSSR).

In der Regel setzt die Anwendung von Maßnahmen des sozialen Schutzes die Verübung einer gesellschaftsgefährlichen Handlung (Verbrechens) voraus, die vom Strafgesetzbuch als solche direkt oder nach Analogie als solche vorgesehen ist. Das neue Strafrecht der Sowjetunion (StrGB UkrSSR) läßt die Anwendung von Maßnahmen des sozialen Schutzes (allerdings nicht aller, sondern nur jener der Entfernung und Verbannung) auch im Falle des Freispruches zu, wenn das Gericht feststellt, daß das Verbleiben der betreffenden Person in einem bestimmten Orte gesellschaftsgefährlich ist und zwar wegen ihrer Verbindung mit dem Verbrechertum dieses Ortes oder wegen ihrer kriminellen Vergangenheit (§ 34 StrGB UkrSSR).

Das neue Strafrecht der Sowjetunion läßt die Anwendung der Maßnahmen der Entfernung und Verbannung gegenüber den erwähnten Personen auch unabhängig davon zu, ob sie wegen eines Verbrechens strafgerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. In solchen Fällen spricht das Gericht die soziale Gefährdung nach dem Antrag des Staatsanwalts aus (§ 34 StrGB UkrSSR; Kapitel 33 StrPO UkrSSR 1927).

Der Sowjetstrafgesetzgeber hat stets dem Sowjetstrafgericht vertraut. Das neue Strafrecht der UdSSR jedoch gewährt dem Gericht noch größeren Spielraum bei Festsetzung der Maßnahmen des sozialen Schutzes. Die Sanktionen der Paragraphen des StrGB werden jetzt fast ausschließlich nach der Art: „. . . bis zu" konstruiert, d. i. sie stellen bloß das Maximum fest, während das Minimum durch das Minimum der betreffenden Maßnahme des sozialen Schutzes selbst gegeben ist (z. B. für Freiheitsentziehung oder Zwangsarbeit 1 Tag!). Im Strafrecht 1922 war die Sanktion: „. . . nicht unter" sehr verbreitet, weshalb die strafrechtliche Repression selbstverständlich bedeutend höher war;

Digitized by Google

im neuen Sowjetstrafrecht kommt diese Art der Sanktion nur ausnahmsweise, nur bei den schwersten Verbrechen vor, z. B. gegenrevolutionären.

Doch das Sowjetstrafgericht war niemals bedingungslos an die durch die Paragraphen des StrGB festgesetzten Maßnahmen gebunden. Schon das Strafgesetz des Jahres 1922 hat dem Gericht das Recht eingeräumt, unter die tiefste Grenze der Maßnahmen des sozialen Schutzes herunterzugehen oder sogar zu einer milderen, im betreffenden Paragraphen überhaupt nicht erwähnten Maßnahme zu greifen, wenn „besondere Umstände" vorhanden waren. Das neue Strafrecht der Sowjetunion gewährt dem Strafgericht noch größeren Spielraum; und zwar ist nunmehr eine solche Ermäßigung nicht bloß wegen „besonderer Umstände" s a c h l i c h e r Art zulässig (z. B. Unterschlagung von Staatsgeldern durch einen Kassierer, um das Leben der kranken Tochter zu retten), sondern auch wegen „besonderer Umstände" persönlicher Art beim Angeklagten (z. B. Verdienste um die Revolution) (§ 51 StrGB RSFSR; § 46 StrGB UkrSSR).

Die interessantesten übrigen Grundsätze allgemeiner Art des neuen Strafrechts der UdSSR sind die folgenden:

Von großer Bedeutung ist die Abänderung, die in das neue StrGB der RSFSR betreffs der Strafbarkeit der Vorbereitungshandlung und des Versuchs aufgenommen wurde. So verkündet das neue Strafrecht der RSFSR prinzipiell die g l e i c h a r t i g e Verantwortlichkeit für vollendete Verbrechen, den Versuch und die Vorbereitungshandlung. Als Vorbereitungshandlung wird angesehen die Aufsuchung oder Herrichtung von Werkzeugen und desgleichen die Schaffung von Vorbedingungen für die Ausführung des Verbrechens. Auf diese Art wird z. B. die Vorbereitungshandlung zum Mord in der gleichen Weise gestraft wie der Mordversuch oder der Mord selbst, d. h. das Gericht wählt die Maßnahmen des sozialen Schutzes innerhalb der Grenzen der Sanktion des gleichen Paragraphen des StrGB (vom Mord). Die strafrechtliche Verantwortung für die Vorbereitungshandlung und den Versuch entfällt nur in einem Falle: wenn die die Handlung vorbereitende oder versuchende Person auf die Ausführung freiwillig verzichtet hat (§ 19 StrGB RSFSR).

Das neue Strafrecht der UkrSSR ist in der Frage der Bestrafung der Vorbereitungshandlung nicht in solchem Maße radikal. Die Vorbereitungshandlung zum Verbrechen z i e h t überhaupt die Anwendung von Maßnahmen des sozialen Schutzes n i c h t nach sich, wenn jedoch die Vorbereitungshandlung a n s i c h den Tatbestand irgendeines Verbrechens in sich schließt, so unterliegt der Vorbereitende der Verantwortlichkeit für dieses Verbrechen. Wenn in der Vorbereitungshandlung die soziale Gefährlichkeit des Vorbereitenden zum Ausdruck kommt, so können in bezug auf den Vorbereitenden die Maßnahmen der Entfernung oder Verbannung angewandt werden (§ 18 StrGB UkrSSR).

Digitized by Google

Einer wesentlichen Umarbeitung wurde im neuen Strafrecht der Sowjetunion die Verjährung unterworfen. Das Strafrecht von 1922 kannte nur eine Art der Verjährung — die Verjährung der strafrechtlichen Verfolgung. Das neue Sowjetstrafrecht setzt noch eine zweite Art der Verjährung fest — die Vollstreckungsverjährung. Die Frist für diese Verjährung ist — 10 Jahre nach der Urteilsverkündigung (§ 15 StrGB RSFSR; § 14 StrGB UkrSSR). Wenn im Verlaufe von 10 Jahren das Urteil aus irgendeinem Grunde nicht vollstreckt wurde, so kann nach Ablauf dieser Frist die Maßnahme des sozialen Schutzes nicht mehr angewandt werden, wobei diese Art der Verjährung alle Maßnahmen des sozialen Schutzes, darunter auch die Erschießung aufhebt. Zum Unterschiede von der modernen bürgerlichen Strafgesetzgebung, die gewöhnlich sehr lange Fristen für die Verfolgungsverjährung festsetzt, wendet das Sowjetstrafrecht sehr kurze Fristen für diese Verjährung an: 10, 5 und 3 Jahre (RSFSR); 10, 5, 3 und 1 Jahr (UkrSSR). Die Verfolgungsverjährung erstreckt sich nicht auf Verbrechen, die die höchste Maßnahme des sozialen Schutzes (Erschießung) nach sich ziehen. Es ist sehr bemerkenswert, daß in bezug auf gegenrevolutionäre Verbrechen die Anwendung der Verfolgungsverjährung der Einsicht des Gerichtes überlassen bleibt, d. h. das Gericht kann im konkreten Falle, ungeachtet des Vorliegens aller Vorbedingungen dieser Verjährung, die Anwendung der Verjährung ablehnen. Jedoch kann das Gericht in solchem Falle wegen eines gegenrevoutionären Verbrechens nicht mehr ein Todesurteil aussprechen, sondern es ist verpflichtet, die Erschießung in die Erklärung zum Feinde der Werktätigen oder Freiheitsentziehung mit strenger Isolierung von 2 bis 10 Jahren umzuwandeln (§ 14 StrGB RSFSR und UkrSSR).

Das neue Strafrecht der UdSSR führt eine für dieses Strafrecht neue Institution, die der Rehabilitation ein. Die Rehabilitation in der UdSSR unterscheidet sich sehr wesentlich von der bürgerlichen Konstruktion dieser Institution. So hat die Rehabilitation nach dem Sowjetstrafrecht automatisch (de droit, ipso lege) Platz nicht nur in bezug auf verbüßte Maßnahmen des sozialen Schutzes, sondern auch in bezug auf bedingt Verurteilte, nach Ablauf der Bewährungsfrist und in bezug auf vom Gericht Freigesprochene (§ 55 StrGB RSFSR; § 15 StrGB UkrSSR). Die Rehabilitation in bezug auf verbüßte Maßnahmen des sozialen Schutzes ist nur möglich für Freiheitsentziehung bis zu drei Jahren, sowie auch für beliebige mildere Maßnahmen des sozialen Schutzes (z. B. Zwangsarbeiten, Geldstrafen usw.).

Sehr originell und außerordentlich richtig ist im neuen Sowjetstrafrecht die Konstruktion der Notwehr und des Notstandes. Zum Unterschiede von der in der bürgerlichen Gesetzgebung nur bei Gefahr für das Wohl der einzelnen Person zugelassenen Notwehr und Notstand läßt das neue Sowjetstrafrecht die Ver-

Digitized by Google

teidigung nicht nur des individuellen Wohles, sondern auch der Sowjetmacht zu (§ 13 StrGB RSFSR und UkrSSR). Auf diese Art wird in der UdSSR als Notwehr eine Handlung anerkannt, wie z. B. Gewaltanwendung gegen einen Agitator, zum Zwecke der Verhinderung der gegenrevolutionären Agitation.

Endlich hat das neue Sowjetstrafrecht ganz wesentliche Abänderungen in solchen wichtigen Institutionen vorgenommen wie: bedingte Verurteilung und bedingte Entlassung.

Die Strafgesetzgebung des Jahres 1922 ließ die bedingte Verurteilung bloß bei Freiheitsentziehung zu und setzte sehr knappe Bedingungen für die Anwendung der bedingten Verurteilung fest. Das neue Strafrecht der UdSSR läßt die bedingte Verurteilung nicht nur bei Freiheitsentziehung, sondern auch bei Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung zu und stellt nur eine Bedingung bezüglich ihrer Anwendung: die Persönlichkeit des Angeklagten darf nicht gesellschaftsgefährlich sein. Die bedingte Verurteilung wird aufgehoben, und das bedingte Urteil wird vollstreckt, falls der bedingt Verurteilte während der Bewährungsfrist (von 1 bis 10 Jahren) ein gleichartiges oder nicht minder schweres Verbrechen ausübt (§§ 53, 54 StrGB RSFSR; §§ 48—59 StrGB UkrSSR).

Was die bedingte Entlassung betrifft, so hat die Strafgesetzgebung vom Jahre 1922 die Sphäre ihrer Anwendung allzu sehr eingeengt und sie nur bei Freiheitsentziehung und Zwangsarbeiten ohne Freiheitsentziehung zugelassen. Das neue Strafrecht der UdSSR macht die Anwendung der bedingten Entlassung bei jeder beliebigen befristeten Maßnahme des sozialen Schutzes möglich, d. h. nicht nur bei Freiheitsentziehung oder Zwangsarbeit, sondern auch z. B. bei Verlust der Rechte, Entfernung usw. Die Anwendung der bedingten Entlassung setzt zwei Momente voraus: 1. die Abbüßung von mindestens der Hälfte (in der RSFSR), resp. einem Drittel (in der UkrSSR) der durch das Gericht festgesetzten Maßnahme des sozialen Schutzes und 2. die sichtliche Besserung des Verurteilten. Es ist bemerkenswert, daß die bedingte Entlassung (sowohl in der RSFSR als auch der UkrSSR) nicht dem Gericht, sondern besonderen Organen zusteht — den Verteilungskommissionen, außerbehördlichen Institutionen, die die Verteilung der zur Freiheitsentziehung Verurteilten nach den verschiedenen Besserungs-Arbeitsanstalten vornehmen. Die bedingte Entlassung wird aufgehoben im Falle der Verübung eines neuen gleichartigen oder nicht minder schweren Verbrechens durch den bedingt Entlassenen während der Bewährungsfrist, die dem nicht verbüßten Teil der Maßnahme gleichkommt (§ 56 RSFSR; §§ 51, 52 UkrSSR).

Dies ist der „Allgemeine Teil" des neuen Strafrechts der UdSSR. (Schluß folgt.)

Digitized by Google

Das polnisch-tschechische Grenzproblem und seine Entwicklung nach dem Weltkrieg.

Von Wolfgang Leppmann.

Die Auseinandersetzungen über die Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Polen, den beiden neuentstandenen Staaten, die Deutschland im Osten und Südosten umklammern, hat eine Reihe von historischen, ethnographischen und kulturellen Problemen wieder aufleben lassen, die in den Beziehungen der beiden Völkergruppen stets eine wichtige Rolle gespielt haben. Wenn heute die territoriale Grenze zwischen den beiden Staaten in allen Einzelheiten festgelegt ist, so darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gezogene Linie eine von vielen möglichen ist, denn das Gebiet nördlich und südlich davon ist seit jeher eine Grenzmark gewesen, ethnologisch als Übergangsgebiet zwischen beiden Völkern, kulturell als ein Gürtel, der Mitteleuropa von Osteuropa scheidet.

I.

Sudeten und Karpathen legen sich wie ein Wall um die böhmisch-mährische und die ungarische Festung, aus denen die beiden großen Binnenstaaten entstanden sind. Nur wenige natürliche Verbindungen gehen durch die schwer überschreitbaren Gebirgszüge. Die wichtigsten sind einmal die Senke zwischen Sudeten und Beskiden, das Teschener Hügelland und die Mährische Pforte, eine flache Wasserscheide zwischen March- und Weichselgebiet, als Verkehrsweg noch dadurch begünstigt, daß zugleich der Jablunkapaß von hier auch nach Ungarn hineinführt; ferner die Pässe zwischen Babia Gora und Hoher Tatra, der Durchbruch des Dunajetz und Poprad, endlich der Duklapaß. Durch diese geographischen Bedingungen sind zwei Gebiete an der natürlichen Grenzlinie des Gebirges besonders ausgezeichnet worden: das Teschener Land zwischen Ostrawitza und Biala, das dem Hauptwege von Galizien und Schlesien nach Mähren vorgelagert ist, und die Zips, das kleine Land um die Flüsse Popper und Hernad am Fuße der östlichen Tatra, aus dem die Wege von Ungarn nach Polen ausstrahlen. So haben wir im Westen wie im Osten je einen Brennpunkt des historischen Geschehens an der Karpathengrenze.

Schon früh ist es an diesen beiden Stellen zu Verwicklungen zwischen polnischem und tschechisch-mährisch-slowakischem Volkstum gekommen. Jenes entfaltete sich nördlich von Karpathen und Sudeten am Gebirge entlang in die osteuropäische Ebene, ohne das Gebirge zu überschreiten. Dieses drang aus dem pannonischen Becken nach Norden und Nordosten vor und blieb ebenfalls durch den Gebirgswall von dem nachbarlichen

Digitized by Google

Volkstum getrennt. Nur in den Durchgangsgebieten des Teschener Landes und der Zips berührten sich beide Volksgruppen. So bildete sich an der Berührungsstelle im Teschener Gebiet ein Sonderdialekt zwischen dem Polnischen und dem Tschechisch-Mährischen, das Slonzakische, ursprünglich zweifellos ein polnischer Dialekt, der mehr und mehr mit tschechischen Elementen durchsetzt wurde und heute zur polnischen Sprache eine ähnliche Stellung einnimmt wie das Kaschubische und Oberschlesische mit ihrer jahrhundertelangen Sonderentwicklung. Die Slonzaken fühlen sich auch kulturell den beiden werbenden Nationalitäten gegenüber als selbständig, sie haben durch die Isolierung Teschen-Schlesiens „a strong tradition of provincial particularism" entwickelt und ähneln in ihrer opportunistischen Denkart den Elsässern. Heute gehen von diesen „Schlesiern" im zentralistischen tschechischen Staate bemerkenswerte kulturelle und politische Sonderbestrebungen aus (Petr Bezruč).

Auch in die Zips ist polnische Bevölkerung von Norden her eingedrungen, die sogenannten Goralen, die am Nordabhang der Karpathen sitzen und einen besonderen polnischen Dialekt sprechen. Eine Parallele zu dem slonzakischen Partikularismus bilden hier gewisse kulturell-literarische Erscheinungen (K. Przerwa-Tetmajer, Emil Zegadlowicz, der „Czartak").

Eine eigentliche siedlungsmäßige und kulturelle Zusammenfassung hat das Karpathengebiet durch die Deutsche Kolonisation erhalten, die seit dem 12. Jahrhundert in mehreren Schichten erfolgte und das Land im Norden und Süden des Gebirges besiedelte. So entstand ein Netz von Städten mit vorwiegend deutscher Bevölkerung, das an den bezeichneten Brennpunkten besonders eng war. Das umliegende Land wurde gerodet, die wirtschaftlichen Kräfte erschlossen.

Das Teschener Land ist seit 1220 kolonisiert worden. Doch blieb diese Kolonisation ziemlich isoliert, sie konnte sich nach den Seiten hin nicht ausbreiten, da an dem heißumstrittenen Durchgangsgebiet die polnische und tschechische Bevölkerung ziemlich stark war. Auch später hat das Teschener Gebiet keinen bedeutenden Zuzug von Deutschen erhalten.

Die Zips ist von ungarischen Fürsten planmäßig besiedelt worden, zunächst zum Schutze der Grenze, später zur Ausbeutung der Bodenschätze; von den Bergleuten, die vor allem aus dem Meissener Gebiet stammten, hat die deutsche Bevölkerung den Namen „Zipser Sachsen" erhalten. Daneben griff von Norden her aus Kleinpolen die dortige städtische Kolonisation (Neumarkt, Alt- und Neu-Sandec, Krakau, Wieliczka, Bochnia) nach der Zips über (Pudlein). Dieses Deutschtum ist später durch den Verfall des Handels mehr und mehr zurückgegangen, madjarisiert und slovakisiert worden. Heute umfaßt es nur noch einen Bruchteil der einstigen Bevölkerung (1910: 43 000, 1921: 37 000 Deutsche).

Digitized by Google

Die historischen Verschiebungen des deutschen, polnischen und tschechischen bzw. slowakischen Volkstums sind im einzelnen schwer zu bestimmen, da die Sprache des betreffenden herrschenden Volkes auch die Sprache der Urkunden ist. Allgemein läßt sich sagen, daß im Teschener Gebiet mit der Einverleibung Schlesiens in Böhmen die dort herrschende polnische Sprache zurücktrat, und zwar mehr zugunsten der Deutschen als der Tschechen, da die Städte im Rodungsgebiet sich vor allem aus Deutschen rekrutierten. Erst mit dem Verfall der mittelalterlichen Stadtkultur dringt das slavische, vor allem tschechische Element von Westen her vor, begünstigt durch die soziale Bewegung der Hussiten und Mährischen Brüder. Die Tradition des Hussitismus ist bei den Teschener Slonzaken bis weit ins 19. Jahrhundert lebendig geblieben, eine Bibelübersetzung des 16. Jahrhunderts war bei den schlesischen Protestanten noch bis 1848 im Gebrauch. Seitdem setzte die hochpolnische Propaganda ein, gestützt ähnlich wie in Oberschlesien auf die Industrialisierung und die zunehmende Einwanderung von Arbeitern aus Polen-Galizien in das Kohlen- und Industrierevier seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Vorteil der polnischen Propaganda lag vor allem in ihrer sozialen Tendenz, das polnische Proletariat gegen die deutsch-tschechischen Unternehmer zu schützen. Sie hatte daher auch bei den proletarisierten, ursprünglich agrarischen Slonzaken Erfolg. Seit dem Jahre 1880 kann man einen ständigen Rückgang der deutschen Bevölkerung und ein rasches Ansteigen der polnischen beobachten, wobei freilich eine Fehlerquelle in der Wandlungsfähigkeit der Slonzaken liegt: bei der letzten Zählung von 1921 gab es plötzlich in Mähren und Österreich-Schlesien 84 000 Polen weniger als 1910; wahrscheinlich sind das vor allem die Slonzaken, die man vor dem Kriege auf etwa 60 000 einschätzte. Sie verhalfen zugleich der „tschechoslowakischen" Bevölkerung zu einer Steigerung um zwei Drittel gegenüber 1910, während die Deutschen seitdem um ein Drittel zurückgegangen sein sollen.

Vor dem Kriege war die Verteilung der drei Sprachgruppen für das gesamte Teschener Fürstentum: Polen 55 %, Tschechen 27 %, Deutsche 18 %, doch machten die Polen in den Ostbezirken Bielitz und Teschen drei Viertel, in dem eigentlichen Industriebezirk zwei Drittel, im Südwestbezirk dagegen nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus.

Die Konstellation auf der Friedenskonferenz war daher so, daß man — abgesehen von der Slonzakenfrage — von einem ethnographisch geschlossenen polnischen Gebiet östlich der Olsa sprechen konnte; aber auch das Industrie- und Kohlengebiet westlich der Olsa zählte eine beträchtliche Anzahl polnischer Bevölkerung, so daß bei einer Abstimmung nach Nationalitäten, bei geschickter Propaganda und Wahlgeometrie ein großer Teil auch

Digitized by Google

dieses Gebiets an Polen gefallen wäre. Daher sind die Polen stets für ethnographische Grenzen bzw. Volksabstimmungen eingetreten.

II.

Die Staatenbildungen der Weichselslawen, der Slawen innerhalb des Sudeten-Karpathenlandes und der Ungarn folgten im allgemeinen den natürlichen Gebirgsgrenzen, wenn auch die Kämpfe zwischen Polen und Böhmen um Mähren bzw. um das Karpathenvorland bis ins 14. Jahrhundert hineingehen. Das slowakische Volkstum kam seit dem Fall des Großmährischen Reiches (906) an Ungarn, das damit die Karpathengrenze erreichte. Diese Grenze wurde ebenso wie die polnisch-böhmische zu einem Grenzwald ausgebildet mit schmalen, scharf bewachten Durchgangsstellen. Erst durch die deutschen Kolonisten, die von den böhmischen, polnischen und ungarischen Fürsten ins Land gerufen wurden, ist der Markwald gerodet und das Land erschlossen worden. Damit entstanden zugleich innerhalb der einzelnen Staaten territoriale Sonderbildungen, wodurch die geographisch ausgezeichneten Gebiete auch politisch eine erhöhte Bedeutung erhielten.

Anfang des 13. Jahrhunderts stand die Zips schon unter eigenen Grafen; im Jahre 1271 organisierten sich die 24 Zipser Städte zu einem juristischen Bunde mit eigenem Recht, der „Zipser Willkür" und mit vielen Privilegien der ungarischen Könige. Die Vororte des Bundes waren Leutschau, Kesmark und Igló.

Das Teschener Land entwickelte sich im Rahmen Gesamtschlesiens zu einem Territorialstaate. Es wurde Ende des 13. Jahrhunderts ein eigenes Herzogtum, und umfaßte auch die Herrschaften von Auschwitz und Zator im Osten, reichte also fast bis vor die Tore von Krakau. Territorial der letzte Ausläufer Schlesiens nach Osten, politisch und wirtschaftlich das Verbindungsglied zwischen Polen, Böhmen und Ungarn, hat Teschen in der Geschichte Schlesiens eine entscheidende Rolle gespielt. Einmal in dem Prozeß der Ablösung Schlesiens von Polen: schon der erste Herzog von Teschen begab sich unter den Schutz Wenzels II. von Böhmen, sein Sohn nahm das Land von dem Böhmischen Könige zu Lehen, so daß Teschen schon vor dem endgültigen Verzicht des polnischen Königs Kasimirs des Großen auf Schlesien (1335) zu Böhmen in engen Beziehungen stand. Auch an der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung Schlesiens zu einem Gesamtstaate hat Teschen einen bedeutenden Anteil. Der Schlesische Fürstenbund (1396) und der erste Allgemeine Landfriedensbund der Schlesischen Fürsten, Städte und Ritter (1402) ist auf Initiative des Teschener Herzogs Primko zusammengekommen.

Dem großen Aufschwung des Herzogtums Teschen und der Zipser Städte folgte im 15. Jahrhundert ein rascher Abstieg. Das Schicksal der Zips wurde durch König Sigismund entschieden, der

Digitized by Google

den Städtebund auflöste und dreizehn von den Städten an Polen verpfändete. Da die Summe nicht eingelöst wurde, blieben diese Städte bis 1772 bei Polen, als ein eigenes Herrschaftsgebiet, das eine Zeitlang dem Geschlechte der Lubomirski gehörte. Ein sinnloser Keil war so in das Zipser Land hineingetrieben, der das politisch einheitliche Gebiet spaltete, ständige Kämpfe der Städte untereinander herbeiführte und den wirtschaftlichen Niedergang des blühenden Landes zur Folge hatte. Erst durch die Teilung Polens wurde der herausgerissene Teil wieder mit dem übrigen Gebiet vereinigt zu dem Bunde der sogenannten „Siebzehn Städte" mit eigener Verwaltung und Rechtsprechung, der bis 1848 bestanden hat.

Auch Teschen büßte nach dem Tode des Herzogs Primko seine Vormachtstellung ein. Es verlor nicht nur endgültig Auschwitz und Zator an Polen (1457), sondern zeitweilig auch die Herrschaften Bielitz, Freistadt und Frydek, die sich als sogenannte „Kleinere Schlesische Freistände" selbständig machten. Mit dem Aussterben der Teschener Piasten 1625 kam das Land als unerledigtes Lehen an die Krone Böhmens und wurde im 18. Jahrhundert von den Habsburgern an das Haus Lothringen übertragen; nach dem Aussterben der Lothringer (1798) kam es an den Herzog Albert von Sachsen und wurde später Erbbesitz österreichischer Erzherzöge.

Als 1742 Schlesien an Preußen abgetreten wurde, verblieb Teschen zusammen mit Troppau und Jägerndorf bei Österreich, als „Herzogtum Ober- und Niederschlesien". So entstand das seltsame Gebilde „Österreichisch-Schlesien" mit seinen zwei unzusammenhängenden Teilen, zwischen die sich das mährische Gebiet von Neutitschein, Mistek und Mährisch-Ostrau hineinschiebt. 1860 wurde das Herzogtum auch administrativ wieder von Mähren getrennt und erhielt eine eigene Verwaltung in Troppau. Kirchlich gehörte es weiter zur Diözese Breslau, was auch für die politische Entwicklung nicht unwichtig war; erst durch das soeben geschlossene Abkommen der Tschechoslowakei mit der Kurie wird das heute tschechische Gebiet der mährischen Diözese unterstellt werden.

III.

Der politischen Entwicklung der beiden Territorien geht die wirtschaftliche parallel. Wir haben eine Blütezeit im späten Mittelalter, die mit dem großen Aufschwung des Osthandels in dieser Zeit zusammenhängt, wo Breslau eine Zentrale für den Handelsverkehr zwischen den Nord- und Ostländern und dem Süden, besonders mit Venedig war. Neben der Mährischen Pforte, die damals zu einem breiten Durchgangsgebiet mit verschiedenen Verkehrsstraßen erweitert wurde, spielte der Jablunkapaß für den schlesisch-ungarischen Verkehr eine besondere Rolle. Damit hängt das Aufblühen der Stadt T e s c h e n zusammen, die am

Digitized by Google

Kreuzungspunkt des Nord-Süd- und des Ost-West-Weges liegt und sich aus einem polnischen Kastell zu einer deutschen Handelsstadt entwickelte. Für die Zips war neben dem wichtigen Warenverkehr von Polen und der Ukraine nach Ungarn der Reichtum an Erzen ausschlaggebend, die nach Ungarn, Böhmen und Polen ausgeführt wurden.

Die Umgestaltung des europäischen Wirtschaftslebens im 16. Jahrhundert hatte einen raschen Verfall des schlesischen und ungarischen Osthandels zur Folge. Durch die Handelssperre, die Polen über Breslau verhängte, durch die Konkurrenz des Leipziger Osthandels wurde der Handel durch die Mährische Pforte stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Verkehr auf den Beskidenstraßen, auf denen vorher Bronze und Kupfer nach Polen transportiert wurden, versiegte und ist auch später nicht wieder belebt worden. Eine Eisenbahn ohne große Bedeutung verbindet heute das einstige oberungarische Handelszentrum Kaschau mit dem polnischen Vorlande.

Der große Aufschwung Österreichs im Zeitalter des Merkantilismus, der Schlesien zu einer neuen Blüte brachte, ist dem Zipser Lande nicht zugute gekommen, da Polen sowohl wie Ungarn bei den alten Wirtschaftsformen verharrten. Der bedeutende Tuch-, Leinen- und Weinhandel Oberungarns fiel der adligen Steuerfreiheit und dem Wiener Zollsystem zum Opfer. Auch die Erwerbung Galiziens und der Bukowina, durch die für Ungarn ein breites wirtschaftliches Vorland geschaffen wurde, hat an diesem Zustande nichts geändert. Statt den direkten Weg von Galizien nach Ungarn auszubauen, führte man die Staatsstraße von Czernowitz nach Wien im Norden um die Karpathen herum, um die Schwierigkeiten, die durch die ungarische Verfassung gegeben waren, zu umgehen.

So kam die Erwerbung des Karpathenvorlandes nicht der Zips, sondern dem Teschener Schlesien zugute, das durch den Verlust des übrigen Schlesiens schwer geschädigt worden war. Schon vorher hatte der Staat das Land durch die Verbesserung der Verkehrswege und die Hebung des Gewerbes neu gestärkt und die entstehende Kleinindustrie gefördert. Entscheidend aber war für die Zukunft des Landes die industrielle Entwicklung, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts langsam einsetzte. 1787 sind die Anfänge des Ostrauer Bergbaus, 1829 begann man mit der Verhüttung beskidischen Eisens in Witkowitz, 1847 wurde die Wien—Oderberger Bahn eröffnet, die das Ostrauer Industriegebiet erst richtig erschlossen hat.

Seit 1880 setzt dann die eigentliche Industrialisierung ein, die wie in Oberschlesien in einem gigantischen Tempo vorwärts ging. Die Kohlenproduktion stieg von 1872 bis 1914 auf das Achtfache, sie erreichte während des Krieges ein Maximum von über zehn Millionen Tonnen. (Zum Vergleich: die Produktion in Deutsch-Oberschlesien beträgt durchschnittlich ca. 7 Millionen Tonnen,

Digitized by Google

in Polnisch-Oberschlesien ca. 25 Millionen Tonnen.) Vor dem Kriege belieferte das Ostrauer Revier vor allem die Fabriken von Wien mit Steinkohle, heute versorgt es die innerböhmische Industrie und ist neben den Revieren von Kladno und Pilsen das wichtigste Kohlengebiet des neuen Tschechoslowakischen Staates. Die Eisenindustrie von Witkowitz und Trzynietz ist seit jeher für Österreich das Muster moderner Großindustrieentwicklung gewesen.

Die soziale Bedeutung dieser Industrialisierung drückt sich am besten in der Volksdichte aus. Im Ostrauer Kohlenrevier erreicht diese einen Rekordstand von 675 Menschen auf 1 qkm, im Gebiet von Polnisch-Ostrau beträgt sie sogar über 1000 Menschen auf einen Quadratkilometer (zum Vergleich: Amtshauptmannschaft Glauchau: 471 Einwohner auf einen Quadratkilometer [1905]). Dabei ist charakteristisch, daß die Städte an sich nicht groß sind (die größte, Mährisch-Ostrau, hat knapp 42 000 Einwohner); dafür breitet sich über das ganze Gebiet ein planloses Netz von städtischen Baugruppen „mit eingekapselten Resten zerstörter Natur" aus, Stadt und Land gehen in ihren Siedlungsformen ineinander über und bilden an dieser „Kulturgrenze" ein seltsames Konglomerat von Stellen höchster Zivilisation und niedrigster Lebensführung.

Zugleich ist das Gebiet Eisenbahnknotenpunkt für die Verbindungen zwischen Osteuropa und den innerkarpathischen Ländern. Hier kreuzen sich die Bahnen Breslau—Oderberg—Wien, Prag—Oderberg—Kaschau—Budapest—Balkan, Wien—Krakau—Lemberg—Kiew und Wien— bzw. Prag—Warschau. Die Bahn durch den Jablunkapaß wurde bei den Friedensverhandlungen von den Tschechen als unbedingt lebensnotwendig für den neuen Staat bezeichnet, da sie die einzige direkte Verbindung der Hauptstadt Prag mit der Ostslowakei und Karpathorußland darstellt. Wie großen Wert Polen auf diese Bahn gelegt hat, kann man daraus ersehen, daß Paderewski den Tschechen für die Abtretung der Jablunkabahn an Polen die Hälfte der Kosten für den Bau einer Bahn durch den südlich gelegenen Vlarapaß versprach.

IV.

Die geographische Auszeichnung, die historische Isolierung, der wachsende Nationalitätenkampf, endlich der Aufschwung von Wirtschaft und Verkehr haben das Teschener Land zu einem politischen Brennpunkt gemacht. Die weitere Entwicklung war abhängig von der politischen Konstellation innerhalb des österreichischen Staates und der internationalen Politik.

Die nationalen Bewegungen der Polen und Tschechen in Österreich gingen, wenn sie auch praktisch oft zusammenarbeiteten, von ganz verschiedenen Motiven aus. Die Polen sind als ein historisch mit dem Habsburgerreiche nicht verbundenes Volkstum

Digitized by Google

von außen her an das Reich angefügt worden, sie blieben geographisch von diesem geschieden außerhalb der Struktur des Staatswesens. Als weitgehend autonomes Gebiet benutzten sie den Staat als Mittel, wirtschaftlich und politisch aufzusteigen, mit der Perspektive, später einmal gestärkt das historische Polen neu zu organisieren. Sie beherrschten allmählich einen bedeutenden Teil der österreichischen Politik, blieben dagegen der panslawistischen Bewegung in Österreich fremd.

Die Tschechen waren mit dem historisch gewordenen Gesamtstaate geschichtlich und wirtschaftlich aufs engste verbunden. Sie suchten sich von innen her eine Vormachtstellung zu schaffen, ein starkes Österreich als slawisch-demokratischer Föderativstaat schwebte ihnen vor. Der Neo-Panslawismus mit der Idee der Befreiung der Slawen von der germanischen Gewaltherrschaft ist aus diesen Gedankengängen hervorgegangen. Es ist bezeichnend, daß Masaryk, der geistige Führer dieser Bewegung, das Vorgehen der Polen, die mit den Mitteln des „verdorbenen" Österreich arbeiteten, um sich die Macht anzueignen ,als unsittlich empfand, während er selbst versuchte, dem alten romantischen Panslawismus eine praktisch-ethische Grundlage zu geben. Während des Weltkriegs entstand dann der Plan, das alte, innerlich korrupte Österreich zu zerstören und die einzelnen Nationalitäten zu selbständigen Staaten zusammenzufassen.

Diese Verschiedenheit der Motive hat auch die Gegensätze der beiden Nationalitäten bei der gemeinsamen Aktion, mit Hilfe der Entente die Staaten Polen und Tschechoslowakei aufzurichten, bestimmt. Während Masaryk seine Stellung zu den Polen dahin zusammenfaßte, daß es „kein freies Böhmen ohne ein freies Polen, kein freies Polen ohne ein freies Böhmen geben könnte", erklärte Dmowski zu derselben Zeit, die Tschechen seien ein tätiges, aber kleines Volk, das erst anfange, sich national und kulturell zu bilden und daher ein starkes Polen gleichsam als Protektor brauche. Es gäbe nur e i n Volk unter den West- und Südslawen, das seiner Zahl und Zivilisation nach zur Selbständigkeit bestimmt sei, das polnische Volk. Die Polen wollten kein „Neues Europa" im Masarykschen Sinne, sondern nur einen neuen polnischen Staat.

Von diesen Voraussetzungen aus muß auch die Teschener Frage in ihrem neuen Stadium betrachtet werden.

Schon vor dem Kriege ist von seiten der galizisch-polnischen Politiker der Plan aufgetaucht, das Restland Teschen mit Galizien zu vereinigen und so die bedeutende Industrie Teschens dem industriell weniger entwickelten Karpathenvorlande zugute kommen zu lassen. Während des Weltkriegs wurde dieser Plan im Zusammenhang mit der Wiederaufrichtung des Polnischen Staates von neuem aufgenommen. 1917 forderte der Krakauer „Kolo" von dem Polenklub und dem Galizischen Landesminister die Vereinigung der von Polen bewohnten Gebiete des Teschener

Digitized by Google

Landes mit Galizien, während umgekehrt eine chauvinistische deutsche Gruppe dafür stimmte, die Herrschaften von Biala, Auschwitz und Zator mit Schlesien wiederzuvereinigen. Beides führte zu heftigen Gegenkundgebungen der eingeborenen Bevölkerung. Eine „Schlesische Volkspartei" bildete sich, die gegen jede Teilung des Teschener Landes Einspruch erhob.

Auch unter den Führern der tschechischen und polnischen Emigration in Paris, London und Washington wurde die Frage der Zugehörigheit Teschens zu den geplanten neuen Staatenbildungen diskutiert. Masaryk glaubte damals an eine friedliche Lösung der ethnographischen und der Wirtschaftsfragen, im Interesse der gemeinsamen Aktion der beiden Völker. In einer Besprechung mit Paderewski in Washington im Sommer 1918 wurde eine erste Einigung erzielt. Benesch und Dmowski stellten ihre Forderungen schärfer: Benesch bezeichnete den Besitz des Teschener Landes als unbedingt lebensnotwendig für den neuen Staat: „Nous invoquons pour la Silésie de Teschen les mêmes raisons que les Polonais invoquent par exemple pour reçevoir la ville de Dantzig." Ähnlich radikal hat auch Dmowski den polnischen Standpunkt formuliert, obwohl er in seiner Denkschrift vom Oktober 1918 ausdrücklich erklärte, über das Schicksal Teschen-Schlesiens seien zwischen Polen und Tschechen bereits Vereinbarungen getroffen.

So lagen die Dinge, als im Oktober 1918 die beiden Staaten sich de facto konstituierten und die beanspruchten Gebiete militärisch zu besetzen und rechtlich zu verteidigen suchten. Dabei war entscheidend, daß die Tschechen in verhältnismäßig kurzer Zeit wenigstens die Zentralgebiete Böhmen und Mähren in der Hand hatten mit ihren natürlichen und historischen Grenzen, während Polen bis 1920 an den meisten Stellen weder tatsächliche noch rechtliche Grenzen besaß und so vollkommen im leeren Raume schwebte. Man hat es Dmowski von polnischer Seite vorgeworfen, daß er, statt das in seinen Grenzen feststehende h i s t o r i s c h e Polen zu beanspruchen, ein schwer zu bestimmendes e t h n o g r a p h i s c h - polnisches Gebiet seinen Denkschriften zugrunde legte, das für die Bedürfnisse der Friedenskonferenz denkbar ungünstig war. Tatsache ist, daß der Tschechoslowakische Staat nicht nur durch den Versailler Vertrag seine Grenzen gegen Deutschland garantiert bekam, also ein großes Gebiet mit deutscher Bevölkerung ohne Abstimmung erhielt, das sogar über die Grenzen des alten Österreichs hinausging (Hultschiner Ländchen!), sondern später auch durch Trianon und Sèvres die ganze Slowakei und Karpathorußland, wo zum Teil weder die ethnographischen noch die historischen Ansprüche berechtigt waren. Polens Konsolidierung dagegen wurde im Westen und Südwesten durch zahlreiche Abstimmungen, im Süden und Osten durch den Kampf mit den Ukrainern und den Bolschewisten hinausgezögert.

Digitized by Google

Diese unsichere Lage des polnischen Staates haben die Tschechen im Teschener Lande auszunutzen versucht. Zwar kam es zunächst nach dem Umsturz zu einer Einigung zwischen den örtlichen politischen Organisationen, der polnischen „Rada Narodowa" und dem tschechischen „Národní Výbor", wonach der größte Teil des Teschener Landes vorläufig unter polnische Verwaltung kam (5. November 1918). Als aber die Polen im Dezember auf den 26. Januar 1919 Wahlen für den Warschauer Sejm auch in dem kleinen von Tschechen besetzten Gebiete ausschrieben, längs der vorläufigen Grenze mobilisierten und den Kurier der tschechischen Regierung, der wegen dieser Angelegenheit nach Warschau geschickt wurde, kurzweg verhafteten, rückten am 23. Januar 1919 tschechische Truppen in das polnische Gebiet Ostschlesiens ein und besetzten Teschen und Oderberg. Durch das Eingreifen des Obersten Rates kam es im Februar zu einem neuen Vertrag, durch den das tschechische Gebiet bis an die Olsa erweitert wurde.

Diese verhältnismäßig kleine Episode hat politisch weittragende Folgen gehabt. Nicht nur daß die Polen bei der einheimischen schlesischen Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit den Wortbruch der Tschechen propagandistisch auswerten konnten, daß an eine friedliche Einigung zwischen beiden Staaten nicht mehr zu denken war: die Teschener Frage wurde nun erst ein Problem der internationalen Politik. Eine interalliierte Kommission wurde eingesetzt zur Überwachung des vorläufigen Vertrages, zum Studium der nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse und zur Vorbereitung eines eventuellen Plebiszits. Aber nicht nur das: die maßgebenden Ententepolitiker interessierten sich nun plötzlich für dieses wirtschaftlich so bedeutende Gebiet, es wurde Streitobjekt zwischen den französischen und englischen Interessen. „Hat eines von den Mitgliedern schon einmal von Teschen gehört? Ich muß gestehen, daß ich noch nie davon gehört habe," erklärte Lloyd George im April 1919 auf der Friedenskonferenz, und damit war seine neue geographische Entdeckung aktuell. Der wirtschaftliche Hintergrund der Kohle war hier ebenso bestimmend wie bei dem englischen Interesse an Ostgalizien die Petroleumquellen.

Bei den weiteren Verhandlungen zeigte sich nun, daß die Entente an Polen erheblich mehr interessiert war als an dem Tschechoslowakischen Staate. Für Frankreich bedeutete ein starkes Polen das Gegengewicht gegen Deutschland, für England dasselbe gegen Rußland. Der Tschechoslowakei gegenüber galten solche machtpolitischen Motive in weit schwächerem Maße. Auch war dieser Staat schon genügend gefestigt, während man Polen gegen den Bolschewismus mit allen Kräften stützen mußte. Dazu kamen verschiedene Einzelargumente: Der Wortbruch der Tschechen, die Mißerfolge der tschechischen Armee gegen Ungarn, die ungeschickte antipolnische Propaganda der Tschechen in Paris,

Digitized by Google

die das traditionelle französische Ressentiment für Polen erregten, endlich das notwendige Zusammengehen der Tschechen mit den Deutschen in Teschen selbst.

Schließlich wirkten spezielle politische Interessen mit: Lloyd George wollte den Polen das Teschener Gebiet als Ersatz für Ostgalizien geben, das internationales Territorium werden sollte; Wilson hatte ein besonderes Interesse an der Durchführung des Nationalitätenprinzips und wollte von den historischen Ansprüchen der Tschechen nichts wissen. Nur Clémenceau vertrat einigermaßen die Interessen der Tschechoslowakei und suchte für sie herauszuschlagen, was noch möglich war.

Ende März 1919 berichtete die Interalliierte Kommission der Friedenskonferenz über die Lage im Teschener Gebiet und stellte drei Möglichkeiten zur Diskussion. Entweder: Teschen wird neutraler Staat, was zwar dem Wunsche der Mehrzahl der Bevölkerung und eines Teils der Ententepolitiker entsprochen hätte, aber wegen der Kleinheit des Gebiets undurchführbar war. Oder: es wird nach ethnographischen Gesichtspunkten geteilt, was die wirtschaftlichen und Verkehrslinien auseinandergerissen hätte. Oder endlich: es wird nach der natürlichen geographischen Trennungslinie geteilt, die durch den Flußlauf der Olsa gegeben ist. Alle drei Vorschläge wurden bei den neuen tschechisch-polnischen Verhandlungen im Juli 1919 von beiden Seiten abgelehnt.

Die zuständige Kommission der Friedenskonferenz schlug daraufhin ein Plebiszit vor, das vom Obersten Rat am 27. November für das Teschener Gebiet und Teile der Komitate Zips und Arva festgesetzt wurde. Es folgte eine heftige Agitationstätigkeit von beiden Seiten, die zu verschiedenen Ausschreitungen führte. Als im Zusammenhang damit ein Streik der Bergarbeiter des Karwiner Reviers ausbrach und die interalliierte Besatzung sich den Unruhen nicht gewachsen zeigte, kam es zu nochmaligen Verhandlungen zwischen Benesch und dem damaligen polnischen Außenminister Patek. Während Senat und Kammer der Tschechoslowakei sich für das Plebiszit aussprachen, schwenkten die polnischen Vertreter plötzlich um und forderten einen Schiedsspruch des Obersten Rates. Dieser wurde zugesichert, als die Interalliierte Kommission nunmehr das Plebiszit für undurchführbar erklärte. Die Alliierten drängten immer energischer zur Entscheidung. Lloyd George legte den Polen nahe, sich mit den Tschechen auf irgend einer Basis zu einigen. Der tschechische Außenminister wurde ermächtigt, weitgehende Zugeständnisse zu machen. So kam es schließlich am 10. Juli 1920 zu dem Abkommen von Spaa, in dem sich beide Staaten verpflichteten, den Schiedspruch des Obersten Rates anzunehmen.

Am 28. Juli 1920 erfolgte die Entscheidung des Botschafterrates. Das Teschener Gebiet wurde geteilt, und zwar so, daß den Tschechen die Bezirke Freistadt und Frydek und ein Streifen des Bezirks Teschen parallel der Olsa blieb. Die Stadt Teschen

Digitized by Google

mit dem übrigen Bezirk, ferner der ganze Bezirk Bielitz kam an Polen. Die Tschechen behielten damit das Karwiner Kohlenrevier und den gesamten Verlauf der Kaschau—Oderberger Bahn, also den wirtschaftlich entscheidenden Teil des Landes; sie verpflichteten sich aber, eine jährliche Kohlenmenge in der Höhe der 1914 ausgeführten Menge an Polen zu liefern. Polen hat ferner neben dem Agrargebiete des Landes einige Industriestädte (Bielitz, Teschen, Ustron, Skotschau und Dieditz) erhalten, die mit gleichen Kräften in Westgalizien (Biala) verbunden werden können; es besitzt außerdem die noch unerschlossenen Ausläufer des Karviner Kohlengebiets östlich der Olsa, die an Ergiebigkeit die erschlossenen Reviere beträchtlich übertreffen sollen. Polen erhielt ferner einige Grenzgebiete in den Komitaten Zips und Arva mit zusammen etwa 25 000 Einwohnern. Damit ist die scharfe Ausbuchtung der ehemaligen Grenze in das Tatragebiet hinein an den Seiten abgeflacht worden.

Prinzipiell von Wichtigkeit ist, daß sich die Allierten die Überwachung der gegenseitigen Leistungen vorbehielten. Das erwies sich nicht nur für die Kohlenlieferungen als wichtig, sondern auch für die weiteren Auseinandersetzungen der beiden Staaten, die bis ins Frühjahr 1925 hinein dauerten. Sie fanden noch einmal in der sogenannten Jaworzynafrage einen Höhepunkt. dem Streit um einen schmalen Gebirgsstreifen der östlichen Tatra mit 300 meist polnischen Einwohnern, für den die Entscheidung von Spaa nur allgemeine Bestimmungen getroffen und die Grenzregulierung im einzelnen den Teilmächten überlassen hatte. Es zeugt von der unversöhnlichen Stimmung beider Staaten gegeneinander, daß selbst hier keine Einigung erzielt wurde, und so ging auch diese Grenzregelung den Weg der internationalen Instanzen, vom Botschafterrat an den Völkerbund, von diesem an den internationalen Gerichtshof in Haag, auf dessen Gutachten hin der Völkerbundsrat eine Kompromißlösung annahm, die am 6. Juni 1924 von den Parteien in Krakau unterzeichnet wurde. Ein Schönheitsfehler des polnischen Staates war damit korrigiert: die Grenze geht nunmehr über den höchsten Punkt der Tatra, die Gerlachspitze, so daß die Touristen, die die beliebte Kammtour von Süden her machen wollen, sich nun ein polnisches Grenzvisum besorgen müssen.

Die Lösung, die die Botschafterkonferenz für die Teschener Frage gefunden hat, war eine „unfortunate necessity" (YOUNG). Ein wirtschaftlich, historisch und schließlich auch in seiner sprachlichen Verflechtung einheitliches Gebiet ist in zwei Teile gerissen worden, 1280 qkm mit 300 000 Einwohnern sind an die Tschechoslowakei, 1000 qkm mit 140 000 Einwohnern an Polen gekommen. Gewiß bildet unter den gegebenen Verhältnissen, d. h. wenn überhaupt geteilt werden mußte — und dafür haben wir die politischen Notwendigkeiten gesehen —, die heutige Teilungslinie das Minimum wirtschaftlicher Auseinanderreißung. Daß die Grenz-

Digitized by Google

städte wie Teschen schwer geschädigt sind, braucht nicht betont zu werden. Aber auch die Nationalitätenfrage, unter deren Schutze Polen die Gebiete des Teschener Landes forderte, ist keineswegs gelöst: 75 000 Polen blieben unter tschechischer Herrschaft. Der Nationalitätenkampf hat an Schärfe sogar noch zugenommen, er erstreckt sich sowohl auf Arbeitgeber (Kampf der deutschen Besitzer gegen die Tschechisierung) wie auf Arbeitnehmer (Kampf der polnischen Arbeiter um politische Rechte). Die Spannung wird noch verstärkt durch die Wirtschaftskrise, die die Tschechoslowakei in den Jahren nach der deutschen Stabilisierung durchgemacht hat. Heute besteht bei normaler Kohlenproduktion eine Absatzkrise dadurch, daß die tschechoslowakische Kohle außerordentlich teuer ist und daher die österreichische Industrie, neben der heimischen das stärkste Absatzgebiet, zum größten Teil polnisch-oberschlesische Kohle bezieht.

V.

Politisch kann man den Teschener Streit, besonders aber den Streit um die Jaworzyna, als ein Symptom ansehen für die Spannungen, die zwischen Polen und der Tschechoslowakei von Beginn ihres Bestehens an vorhanden sind. Es scheint mir gerade bezeichnend, daß die beiden Völker, die als Nationalitäten oft Hand in Hand gearbeitet haben, in dem Augenblick, wo sie sich als S t a a t e n konstituierten, sofort an der Stelle, wo sich ihre Interessen berühren, mit allen Mitteln staatlicher Macht gegeneinander vorgingen und in einer Zeit des schweren Kampfes um die Existenz hier einen Krisenherd schufen, der beide Staaten politisch und wirtschaftlich schwer geschädigt hat. Das ist um so erstaunlicher, als in beiden Staaten Politiker vorhanden sind, deren Geschicklichkeit sonst gerühmt wird. Aber diese Politiker haben es bis heute nicht verstanden, ihre Staaten, die gewiß durch gemeinsame Interessen verbunden sind, auch nach der endgültigen Beilegung des Konflikts in irgend einer Weise enger aneinander zu binden. Benesch erklärte zwar unmittelbar nach der Entscheidung des Obersten Rates, daß man nun eine intensive Annäherungspolitik treiben müsse, Deutschland, Österreich, Rußland als gemeinsame Gegner, die „Magna Charta" der Friedensverträge als gemeinsam zu schützendes Gut. Auf die beunruhigenden Nachrichten aus Ungarn hin ist es in der Tat im November 1921 zu polnisch-tschechischen Verhandlungen gekommen zum Zweck eines Bündnisses, das Benesch als „historisch notwendig, durch die Logik der Ereignisse, die politische Entwicklung, die geographische Lage, die internationalen politischen Beziehungen, die unmittelbaren lebensnotwendigen Interessen beider Staaten und die stärksten wirtschaftlichen Interessen bedingt" bezeichnete. Der Vertrag, in welchem die Anerkennung der Friedensverträge, Neutralität, falls einer der Partner angegriffen werden sollte,

Digitized by Google

Anrufung des Völkerbundes bei jedem Streit zwischen beiden Parteien vereinbart wurden, ist nicht in Kraft getreten, er blieb wie der tschechoslowakische Außenminister tröstend sagte, ein „Dokument unserer Außenpolitik". Kurze Zeit nach diesem Mißerfolg wurde die Kleine Entente gegründet, ein Zusammenschluß zwischen Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, dem Polen nicht beitrat. Benesch erklärte ausdrücklich, daß der Beitritt Polens weder geplant noch erwünscht wäre. Die Formulierung müsse heißen: Polen und die Kleine Entente, was nicht ausschlösse, daß die Staaten der Kleinen Entente einzeln mit Polen Verträge eingingen.

Der polnische Außenminister Skrzynski hat sich zu derselben Zeit über die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten sehr viel weniger friedlich geäußert: Die Beziehungen zur Tschechoslowakei haben sich, sagt er, bisher so gestaltet, daß man Polen als ständig bedroht betrachten müsse. Die Grenzen gegen die Tschechoslowakei dürfe man nicht als fest ansehen, vielmehr müsse man sie in der denkbar delikatesten Weise zu schützen suchen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß jetzt erst eigentlich die komplizierten Probleme von Volkstum, Wirtschaft und geschichtlicher Vergangenheit, die wir im einzelnen verfolgt haben, ihre politische Zuspitzung erfahren haben. Teschen ist heute die Spannungszone zwischen den beiden bedeutendsten unmittelbaren Nachbarstaaten Deutschlands im Osten, deren Weiterentwicklung für uns von der größten Bedeutung ist. Im Interesse beider Staaten wird es liegen, die Spannungen nach jeder Richtung hin auszugleichen.

Literatur.

E. Beneš: Le Problème de la Silésie de Teschen. „La Nation Tchèque." Paris, 15 Mars — 15 Avril, 15 Mai 1919.

E. Beneš: Problémy nové Evropy a zahraniční politika československá. Praha 1924.

J. Bidlo: Les polonais et la république tchécoslovaque. Prague 1919.

R. Dmowski: Polityka polska i odbudowanie państwa. Warszawa 1925.

H. Hassinger: Die Tschechoslowakei. Wien, Leipzig 1925.

J. Hejret: Czechs and Poles in Těšín Silesia. Prague 1919.

J. Kapras: Těšín Silesia, an integrant part of the czech state. Prague 1919.

E. Kołodziejczyk: Ludność polska na górnych Węgrzech. Kraków 1910.

P. Konieczny: Śląsk cieszyński pod władzą czeską. Poznań 1924.

K. Kumaniecki: Odbudowa Państwowości Polskiej. Najważniejsze dokumenty 1912 — styczeń 1924. Warszawa 1924.

St. Kutrzeba: Polska odrodzona 1914—1922. Kraków 1922.

St. Kutrzeba: Polske prawo polityczne według traktatów. Cz. 1, 2. Kraków 1923.

Th. G. Masaryk: Les Tchèques et la Pologne. „La Nation Tchèque." Paris 1. Dec. 1917.

Digitized by Google

Th. G. Masaryk: The New Europe. The Slav Standpoint. London 1918 (deutsch Berlin 1922).
J. Moscheles: Wirtschaftsgeographie der tschechoslowakischen Republik. Wien, Prag, Leipzig 1921.
P. Roth: Die Entstehung des Polnischen Staates. Berlin 1926.
A. Skrzyński: Polska a pokój. Warszawa 1924.
J. Tarnowski: Nasze przedstawicielstwo w Paryżu i Petersburgu 1905—1919. Warszawa 1923.
H. W. V. Temperley: A history of the Peace Conference of Paris. Vol. IV. 1921.
F. Tommasini: La risurrezione della Polonia. Milano 1925.
I. Weinfeld: Tablice statistyczne polski. Wyd. za rok 1924. Warszawa 1925.
Vie économique de la Galicie et de la Silésie de Cieszyn. Fribourg-Lausanne 1917 (Encyclopédie Polonaise vol. I, fasc. 5).
Tschechoslowakisches Jahrbuch 1924. München o. J.

Für die historischen und geographischen Voraussetzungen wurden benutzt die Schriften von B. Bretholz, E. Hanslik, H. Hassinger, R. F. Kaindl, F. Machatschek und F. Rachfahl.

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Der Bericht hat wieder mit einer Reihe von Jubiläen zu beginnen. Am 3. März waren es 10 Jahre, daß der Frieden von Brest-Litowsk zwischen Deutschland und Rußland geschlossen wurde. Die russischen Zeitungen bringen allerlei Erinnerungen an die Kämpfe, die dem vorausgingen, um die Ratifizierung in Petersburg, die der Sowjet-Kongreß am 15. März mit 784 gegen 261 Stimmen annahm, und die Gründe, mit denen Lenin für die Annahme des Friedens eintrat. Es sind dieselben von der „Atempause" und der „Sammlung der Kräfte", mit denen er dann auch weiterhin seine Politik begründet hat. Die Blätter weisen auch auf das seitdem völlig veränderte Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland hin, das auf einer Solidarität der Interessen beruhe und auf neuen Bindungen, die zwischen beiden Ländern geschaffen seien.

In demselben März sind es 30 Jahre, seitdem die russische Kommunistische Partei besteht. Das heißt, daß, nachdem 1883 Plechanow den ersten Anstoß gegeben hatte, im Verfolg der großen Streiks in den neunziger Jahren und auf die Schrift Lenins: „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" hin

Digitized by Google

am 13. März 1898 in Minsk die „Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei" begründet wurde. Das Manifest dieser politischen Zusammenfassung einer Reihe der stärksten russischen Arbeiterorganisationen verfaßte Peter Struve! Auf dem zweiten Kongreß 1903 spaltete sich dann bekanntlich diese „RSDRP" in die „Bolschewiki" und die „Menschewiki". Erstere heißen heute offiziell „Kommunistische Partei der Sowjetunion" (Bolschewiki). Genau genommen kann also die heute in Rußland regierende Kommunistische Partei dieses Jubiläum nicht oder jedenfalls nicht für sich allein in Anspruch nehmen.

Am 14. Februar feierte die Tscheka ihr 10jähriges Bestehen und veröffentlichte dazu einen Bericht über ihre Tätigkeit und die Opfer, die diese gefordert hat. In einem merkwürdigen Gegensatz dazu stand ein anderes Jubiläum Anfang Februar, das 5jährige Jubiläum nämlich der staatlichen Sparkassen der Sowjetunion, auf Grund eines Beschlusses vom 26. Dezember 1922. Damit trat in das Kreditsystem Rußlands dieser neue Kreditapparat ein, die staatliche Sparkasse, deren Hauptaufgabe ist, wie es im Jubiläumsartikel der „Iswestja" hieß, „die Akkumulation der kleinen Ersparnisse der Bevölkerung zu ihrer Benutzung für die Bedürfnisse des sozialistischen Aufbaues". In den 5 Jahren sind 41 500 solcher Sparkassen eingerichtet worden. Davon sind 10 000 auf dem Dorf, wo diese Kassen auch die einfachsten Bankoperationen besorgen und die der Bevölkerung nächste Krediteinrichtung darstellen. Die Einlagen erreichten im Februar d. J. 220 Millionen Rubel.

Die Nebeneinanderstellung dieser Jubiläen zeigt wieder den widerspruchsvollen Charakter in der Entwicklung der Sowjetunion in den 10 Jahren ihres Bestehens.

II.

Es liegt nunmehr eine vorläufige Verarbeitung der Volkszählung vor, die 1926 stattgefunden hat, als, wie bekannt, die zweite seit 30 Jahren in Rußland. Sie schließt ab mit 146 989 000 Einwohnern in 610 000 Ortschaften. Die jährliche Bevölkerungszunahme beträgt 2 % und ist am stärksten in Groß-Rußland.

Die Gliederung der Bevölkerung nach Geschlechtern ist durch den Krieg und seine Folgen stark beeinflußt worden. 1897 kamen im damaligen russischen Reichsgebiete auf 1000 Männer 1010 Frauen, 1926 auf 1000 Männer 1069 Frauen. Rußland hat heute 5 Millionen Frauen zuviel. Der Frauenüberschuß ist in den Städten erheblich größer als auf dem flachen Lande, was sich daraus erklärt, daß die in die Stadt gehenden Bauern jetzt ihre Frauen mitnehmen.

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung in Sowjetrußland umfaßt nicht weniger als 182 Völker und

Digitized by Google

Völkerschaften, die Zahl der bei der Volkszählung festgestellten Sprachen nicht weniger als 149. Allein in Weiß-Rußland leben 58 verschiedene Nationalitäten! Die Gliederung der ganzen Bevölkerung nach nationalen Gesichtspunkten sei erneut nach dieser Bearbeitung mitgeteilt. Es leben in Tausenden:

Russen 77 760,1 (52,9 % der Gesamtbevölkerung), Ukrainer 31 194,8 (21.2), Weißrussen 4 738,9 (3,2), Kosaken 3 959,9 (2,7), Usbeken 3 904,5 (2.6), Tataren 3 015,2 (2,0), Juden 2 600,9 (1,8), Georgier 1 821,2 (1,2), Türken 1 706,6 (1,2), Armenier 1 567,5 (1,1), Mordwinen 1 340,4 (0,9), Deutsche 1 238,5 (0,8), Tschuwaschen 1 117,4 (0,7), Tadschiken 978,2 (0,7), Polen 782,3 (0,5), Kirgisen 768,7 (0.5), Turkmenen 766,1 (0,5), Baschkiren 713,7 (0,4), Wotjaken 504,2 (0,3), Tschetschenzen 392,6 (0,3), Moldawanen 278,9 (0.2), Ossetinen 272,2 (0,2), Karelier 248,1 (0,2), Burjaten 237,5 (0,2), Tscherkessen 219,0 (0,2), Jakuten 214,8 (0,2), Griechen 213,8 (0.2).

III.

Der Staatssozialismus oder die staatliche Planwirtschaft in ihren eigentümlichen Kompromissen mit dem Kapitalismus steht in dem Bemühen, die Getreidebereitstellungen auf das Äußerste zu steigern, die im Vergleich zu dem Vorjahre in den ersten Monaten des neuen Wirtschaftsjahres ein 1 Million Pud überschreitendes Defizit mit allen sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen gebracht haben. Der Rückgang hat sich sogar auch in der Versorgung der Städte ausgewirkt, aus denen wieder die Nachrichten von langen Schlangen von Käufern, die bei den Lebensmittelgeschäften anstehen müßten, kamen.

Die Regierung geht auf das Schärfste vor, um die Getreidelieferungen für die Ausfuhr zu steigern und ferner den Anbau von Getreide für das Jahr 1928 desgleichen sicherzustellen und zu erhöhen. Es ist ihr auch gelungen, im Januar und Februar jenes Defizit zum größten Teil zu decken. Ein ganzes System von Maßnahmen ist eingeleitet worden, die alle einen Druck auf die Bauern ausüben sollen, zu liefern, zu verkaufen. Dabei spielt außer dem wirtschaftlichen auch der politische Gesichtspunkt eine Rolle mit, insofern der Druck gerichtet wird auf den Großbauern (Kulak) und seine Beziehungen zu dem Privathandel und der Spekulation. Auf diese Weise wird der politische Klassenkampf in das Dorf hineingetragen und die Wirtschaftskrise zur sozialen und politischen Krise emporgetrieben. An Maßnahmen seien genannt das Dekret über die Selbstbesteuerung der Dorfgemeinden für ihre eigenen Zwecke, die von den mittleren und armen Bauern zu Lasten der größeren Bauern beschlossen wird, die kein politisches Wahlrecht haben. Sodann die innere „Anleihe zur Festigung der bäuerlichen Wirtschaften", die hundert Millionen Rubel bringen soll. Scharfe Maßnahmen gegen Mißstände im staatlichen Handelsapparat gehen dem parallel.

Digitized by Google

Dieses ganze System, in dem auch der § 107 des Strafgesetzbuches gegen die Spekulation eine große Rolle spielt, kommt in der Praxis auf einen Rückfall in den alten sogenannten Kriegskommunismus hinaus und weicht von der Linie der sogenannten Nep immer mehr ab. Man sieht deutlich, wie die wirtschaftliche Not und die Unmöglichkeit, ihrer Herr zu werden und die politische Lage, in der Stalin zum innerpolitischen Radikalismus gegen die Bauern sich gezwungen sieht, Hand in Hand gehen. Aber man sieht nicht, daß auf diese Weise das nächste wirtschaftliche Ziel mit Sicherheit erreicht werde, nämlich eben die Bereitstellung des gewünschten Getreides für den Export und die Sicherstellung der Handelsbilanz. Die Bauern werden durch dieses Drängen von verschiedenen Seiten nur immer nervöser und mißtrauischer gemacht, antworten mit der Zurückhaltung ihrer Vorräte und drohen mit der Einschränkung der Anbaufläche. Stimmen werden schon laut, die vor der Überspannung dieser Druckmethode warnen und darauf hinweisen, warum denn Lenin 1921 sich gezwungen sah, den Kriegskommunismus in die Nep umzubiegen.

Die positive Ergänzung dieser Druckpolitik soll die Kampagne für die „Chlebosagotowka", die Erweiterung der Saatfläche, überhaupt die rationelle und technisch gute Anlage der Anbaukampagne für dieses Jahr sein. Am 2. März erließ der Zik einen großen Aufruf an die Bauern und Bäuerinnen in dieser Richtung, die Mahnung, alles zu tun, um einen günstigen Ernteausfall zu ermöglichen, nicht nur den Getreidebau zu erweitern, sondern auch die anderen Bodenkulturen auf alle Weise zu pflegen. Diese Agitationskampagne geht seitdem in den Zeitungen ununterbrochen und auf alle Weise weiter. Der „Zik" hat auch am 1. März einen besonderen Kommissar für die Überwachung und Durchführung dieser Maßnahmen mit weitgehenden Vollmachten ernannt, den stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Schurjupa.

In alledem sieht man die Nervosität, den Ernst der Lage, die Besorgnis, daß die jetzigen Schwierigkeiten durch die Widerspenstigkeit der Bauern und einen schlechten Ernteausfall noch gesteigert werden könnten. Nach einem sehr guten, ruhig urteilenden Kenner übertrifft die diesmalige Frühjahrskrise alles seit Einführung der Nep Erlebte, während die industrielle Produktion, in der nach und nach zum Siebenstundentag übergegangen wird, den toten Punkt nicht überwindet.

Der Kampf um das Getreide — so kann mit einem Wort die Signatur des Augenblicks bezeichnet werden, in dem wirtschaftliche und politische Fragen sehr wichtig durcheinander gehen. Denn z. B. der plötzliche Rücktritt des Volkskommissars für Landwirtschaft, Smirnow, und seine Ersetzung durch Kubjak geht auf Differenzen zurück in der Beurteilung, ob diese

Digitized by Google

Richtung auf Zwang und Druck gegen die Bauern zu einem Erfolg führen wird. Noch mehr: die Meinungsverschiedenheit ragt in die innersten Regierungszirkel der Partei herein. Man spricht davon, daß im Politbüro die sozusagen Arbeiterrichtung von Stalin und Tomski und die sozusagen Bauernrichtung von Rykow und Kalinin gegensätzlich vertreten werde. Jedenfalls rührt die Krise der Getreideversorgung, die augenblicklich so in vollster Schärfe hervorgetreten ist, auch an die politische Lage selbst.

IV.

Diese war, wie erinnerlich, durch Stalins Sieg über die Opposition und durch die Herrschaft der sogenannten neuen „Troyka": Stalin, Bucharin und Rykow bestimmt. Schon aber erkennt man, daß damit eine Einheit schlechthin nicht bezeichnet ist. Und daß, wie es auch natürlich ist und der Logik der Dinge entspricht, nach dem Siege über die Opposition innerhalb der Sieger die verschiedenen Richtungen hervortreten. Das ist genau noch nicht zu umreißen, sondern mehr zu fühlen, wie jetzt Stalin und Bucharin selbst die Linke darstellen und Rykow und Kalinin einen rechten Flügel, wie sich so eine neue Flügelbildung durchsetzt, die nicht theoretische oder doktrinäre Bedeutung hat, sondern eben in der Zentralfrage sich weiter bildet, in der Stellung zu den Bauern und zu Kompromissen und Zugeständnissen, an die mit einem Wort gesagt kapitalistischen Gesichtspunkte, die kraft der Gesetze der Wirtschaft gebieterisch Berücksichtigung verlangen.

Es liegt in der Logik der Dinge, sagen wir, daß Stalin nach dem Siege über Trotzki seinerseits um so schärfer für die Interessen der Stadt, der Arbeiter, der Konsumenten gegen die Bauern eintreten muß, was gleichbedeutend ist mit dem Eintreten für die schärfere Richtung im Bolschewismus selbst, während die andere Seite auf die Notwendigkeit hinweist, daß man mit der bäuerlichen Privatwirtschaft in ein dauerndes Verhältnis kommen müsse.

Das ist noch nicht scharf zu erkennen oder abgeschlossen, aber kein Zweifel ist, daß der Sieg für Stalin nur eine Etappe war und danach eine neue Phase des Machtkampfes und des Ideenkampfes innerhalb der bolschewistischen Partei begonnen hat, vorwärts getrieben durch die materiellen Sorgen und Nöte einer Wirtschaftspolitik, die die bolschewistische Theorie mit den praktischen Notwendigkeiten irgendwie verbinden muß, soll sie nicht überhaupt die ganze Position der Sowjetregierung gefährden.

Von der Opposition selbst, die heute in den Veröffentlichungen der „Fahne des Kommunismus" in Deutschland (Organ der orthodoxen Marxisten-Leninisten) ein Sprachrohr hat,

Digitized by Google

wird wenig gehört. Die Plenartagung des Exekutivkomitees der Komintern (Ikki) im Februar hat sich scharf gegen Trotzki erklärt. Wie erinnerlich, haben Sinowjew und Kamenew mit 21 anderen kapituliert und um Aufnahme in die Partei gebeten. Zu ihnen ist im Februar Pjatakow, einer der besten Köpfe des Zentralkomitees, nunmehr auch mit der Unterwerfung und Bitte um Wiederaufnahme in die Partei gekommen. Andererseits verharren die Führer der Opposition insofern in ihrer Stellung, als sie an die Komintern eine große Eingabe gerichtet haben, in der sie ihre Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei beim 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale beantragen. Neues bietet diese Erklärung kaum. Der 6. Kongreß der Komintern ist in der Februartagung des Ikki für das laufende Jahr nach Moskau berufen worden, als Kongreß der ganzen Kommunistischen Internationale der Welt. Die Tagesordnung enthält u. a. auch die Lage der Sowjetunion und der russischen bolschewistischen Partei. Ein genauer Termin für den Kongreß scheint indes noch nicht bestimmt zu sein.

Dagegen ist auf den 10. April die 3. Session des Zik der Sowjetunion nach Moskau berufen worden. In der Tagesordnung ist bemerkenswert der Punkt über die landwirtschaftliche Einheitssteuer.

Am 17. März hat der 4. Kongreß der Gewerkschaftsinternationale begonnen.

Der 8. März ist als Tag der Frauen wieder besonders hervorgehoben worden und wurde zu lebhafter Agitation an die Adresse der Arbeiterinnen und Bäuerinnen für den Sowjetstaat benutzt. Statistische Mitteilungen über die Anteilnahme der Frauen in den Sowjetorganen wurden dabei auch gegeben. Besonders hoch ist diese trotz aller Worte doch nicht, wenn z. B. in dem Unions-Kongreß zuletzt 8,2 % Frauen waren oder im Zik 8 %, wenn in den Stadtsowjets 21 % und den Dorfsowjets 11 % Frauen sind. Im ganzen werden 153 000 Frauen in den gesamten Sowjetorganen gezählt, was 10 % des ganzen Bestandes dieser Organe wäre.

V.

Am 22. Februar setzte Rykow in seiner großen Rede vor den Moskauer Metallarbeitern die wirtschaftliche Lage wie oben geschildert auseinander und warnte vor einer Panik. Ungefähr zur gleichen Zeit sprach Kuybischew vor dem Plenum des Obersten Volkswirtschaftsrates über das Thema der Spezialisten und kam dabei zu dem Schluß, daß die vorhandenen russischen Spezialisten in der Wirtschaft zu eifersüchtig wären, um genug andere Kräfte heranzulassen, daß aber die Zahl der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Ingenieure zu gering sei. Zum Beispiel kommen in den Leningrader metallurgischen Unternehmungen auf 1000 Arbeiter nicht mehr als 11, in Moskau 4, im Ural 4

Digitized by Google

Ingenieure. Daher forderte er, „daß wir die fremde Technik so schnell wie möglich heranziehen müssen, das sei die Linie des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Staates und der Parteien".

Dieser Kurs auf Heranziehung fremder Spezialisten wird ja nun recht empfindlich berührt durch die Verhaftung deutscher Ingenieure im Donez-Kohlen-Gebiet und einer großen Zahl von sogen. „Spezi". Am 9. März erließ der Staatsanwalt beim Obersten Sowjetgericht eine Mitteilung über eine gegenrevolutionäre Organisation im Schachtinskij-Rajon des Donez-Bassins, „die ihr Zentrum außerhalb des Landes hat und aus früheren kapitalistischen Eigentümern und Aktionären der Steinkohlenunternehmungen des Donez-Gebietes besteht, die enge Beziehungen mit einzelnen Agenten einiger deutscher Industriefirmen und der polnischen Gegenspionage" haben. Diese Mitteilung wurde der Bevölkerung in großer Aufmachung gemacht, von katastrophalen Sabotageakten aller Art gesprochen, die die Kohlenproduktion geschädigt und den Staat auch finanziell schwer benachteiligt hätten. Die Verbrecher seien verhaftet und würden vom Obersten Gerichtshof auf Grund des Artikels 58 (Gegenrevolution) abgeurteilt. Unter den Verhafteten waren auch 6 reichsdeutsche Ingenieure und Monteure, die auf besonderes Ersuchen der Sowjetregierung in das Gebiet entsendet worden sind.

In einer großen Rede vor dem Moskauer Sowjet führte Rykow das noch breiter aus („Iswestija" 11. März). Er sprach über die Wirtschaftslage der Union, von der „Chlebozagotowka", den Getreidepreisen, dem Kulak, der Nep und der Regulierung des Warenaustausches, der Industrie usw. und schloß mit der „konterrevolutionären Verschwörung im Schachtinskij-Rajon des Donez-Bassins" und zwar der Verschwörung „einer Gruppe von verantwortlichen Spezialisten-Ingenieuren", die zum Ziel gehabt habe: „die Beseitigung der Sowjetgewalt und die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung". Er malte diese Pläne sehr schwarz aus, aber gab keine konkreten Einzeldetails darüber, was den Verhafteten vorgeworfen würde.

Die Versammlung bekam so, wie die Öffentlichkeit im ganzen, eine Richtung gegen die Spezialisten, „die offenbar die Waffe der Gegenrevolution nicht niedergelegt hätten", überhaupt, wenn es natürlich auch aufrichtige „rote Spezialisten" gäbe, deren Zahl mit jedem Jahre wüchse. Diese Wendung erinnert — mögen auch dem Vorgehen wirklich nachweisbare Einzelfälle zugrunde liegen, die aber noch nicht bekanntgegeben sind, an den Rückschlag 1923 gegen die „Nepleute" und erklärt das Vorgehen aus dem Zusammenhang mit der Frühjahrskrise, dem Kampf gegen die Kulaken, denen die „Spezi" angereiht werden, der Gärung und Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft, die beschwichtigt werden soll, indem man an anderen ein Exempel statuiert. Die Erregung in den Sowjetkreisen ist denn auch schnell groß geworden und

Digitized by Google

schlägt sich in den üblichen Resolutionen nieder. Mehr ist für heute in dem Dunkel, in dem die Sache absichtlich gehalten wird, nicht zu erkennen.

Sie hat, wie schon jene Veröffentlichung des Staatsanwalts zeigte, auch eine außenpolitische Spitze, und diese trifft nahezu ausschließlich Deutschland. Rykow sagte dazu in der Rede: „Ich will den Gedanken nicht zulassen, daß deutsche und englische Firmen, selbst als Firmen, die mit uns arbeiten, sich mit solchen Sachen abgegeben hätten. Aber fest steht, daß unter den Angestellten und Agenten einiger fremder Firmen direkte Teilnehmer dieser gegenrevolutionären Verschwörung sind. Einige von diesen fremden Spezialisten sind verhaftet und werden dem Gericht übergeben." Das sind nur reichsdeutsche Ingenieure und Monteure, die von Rußland erbeten waren und bei denen weder Präsumtion noch Wahrscheinlichkeit dafür sprach, daß sie sich an derartigen Plänen zu beteiligen befähigt waren. Zudem handelte es sich um Bürger eines Rußland eng befreundeten Staates.

Das Vorgehen gegen sie wurde, genau wie 1927 die Erschießungen nach dem Abbruch der Beziehungen mit England, ohne Erwägung, wie das im Auslande wirken würde, unternommen. Die Sowjetregierung konnte sich nicht wundern, daß sich Deutschland über die Nichtbeachtung der einschlägigen Bestimmungen des deutsch-russischen Konsularvertrages vom 12. Oktober 1925 beschwerte und diplomatisch eingriff, daß die deutsche Wirtschaft und Öffentlichkeit lebhaft protestierte und die deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen von der deutschen Seite unterbrochen wurden. Sie lenkte auch insofern gleich ein, als sie am 17. März zwei der Verhafteten freiließ. Die Behandlung in der englischen und namentlich französischen Presse zeigte ihr auch, was diese Seite von der Vertrauenskrise mit Deutschland, die die Sowjetregierung so heraufbeschworen hatte, erhofft, den Übergang Deutschlands auf die Antisowjetseite. Der schnelle Entschluß der Sowjetregierung zeigte, daß sie den Vorfall nicht zu einer Störung des deutsch-russischen Verhältnisses werden lassen wollte.

VI.

Am 23. Februar wurde mit einer großen Parade das zehnjährige Jubiläum der Roten Armee gefeiert. Es wurde schon hervorgehoben, daß man sorgfältig vermied, Trotzkis Namen dabei zu erwähnen. Der Orden der Roten Fahne wurde dazu massenhaft verteilt, neue „Häuser der Roten Armee" eingerichtet und dergleichen mehr.

Die Armee beträgt im Frieden 562 000 Mann und wird durch das durchgeführte Milizsystem für den Kriegsfall außerordentlich erhöht. Wie hoch, kann nicht berechnet werden. Die Armee besteht zu drei Vierteln aus Bauern, einem Fünftel aus Arbeitern. Rußland hat so eine ausgesprochene Bauernarmee;

Digitized by Google

was das bedeutet, ergibt sich ohne weiteres von selbst. Die Kommunistische Partei zählt in der roten Armee 90 000 Mitglieder, im Offizierskorps, dem sogenannten „Kommandeurstand", nur die knappe Hälfte. Bei drei Vierteln der Truppenteile liegt die Führung ganz in der Hand der Offiziere und sind die bekannten politischen Kommissare beseitigt.

Die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht nach innen ist groß, insofern auch, als sie die Bildung der Bevölkerung außerordentlich hebt. Die Armee ist weiter ein gewaltiges Mittel, die Sowjetgedanken in die Bevölkerung hereinzubringen, und dient in erster Linie dazu, das Sowjetregime daheim zu sichern. Ihre Kampffähigkeit nach außen kann niemand sicher bestimmen, da eine begründete Vorstellung über den Stand der Kriegsindustrie in dem gesamten Lande ja nicht existiert.

VII.

Die auswärtige Politik ist durch die Teilnahme an den Genfer Verhandlungen bestimmt. Am Sicherheitskomitee nahm Boris Stein nur als Beobachter teil, an der Abrüstungskonferenz wiederum Litwinow und Lunatscharski. Dafür hat die Sowjetregierung einen umfassenden Entwurf der Abrüstung vorgelegt, der sehr radikal ist, in manchen Punkten originell, und sicherlich eine Rolle in der Kommission spielen wird, gegebenenfalls sich diese erzwingen wird. Ein durchgeführter Vergleich dieses Entwurfes mit dem Vorentwurf der Abrüstungskommission aus dem vorigen Jahre wäre sehr interessant. Im besonderen ist bemerkenswert der Teil 4 dieses Entwurfes, der die Kontrollmaßnahmen zur Durchführung vorsieht. Sobald man sich das durchdenkt, liegt auf der Hand, daß sich dann der Staat, der einen solchen Entwurf einbringt, der allgemeinen Völkerbundserörterung über Sicherheit, Schiedsgericht, Sanktionspolitik usw. nicht entziehen kann. Auf diese Weise bedeutet der Entwurf einen neuen Schritt Rußlands auf die Genfer Verhandlungen hin.

Der Artikel von Lloyd George „Krieg gegen den Krieg" wird in der Sowjetpresse nachgedruckt. Die Zeitschriften bringen wichtige Beiträge dazu, so „Mirowoje Chozjaistvo i mirowaja politica" Januar 1928, von E. Wegener: „Die Abrüstung in Genf" und „Meždunarodnaja Žizn", Heft I 1928: „Die Frage der Abrüstung im Völkerbund" von A. Sabanin.

Um seine Stellung zu verstärken, hat Rußland die Einladung der Türkei zur Abrüstungskommission durch Telegramm vom 6. März an den Generalsekretär des Völkerbundes angeregt. Der Völkerbundsrat hat dem auch entsprochen, und die Türkei hat die Einladung angenommen, die von Rußland begründet wurde mit der wichtigen Rolle der Türkei in der Weltpolitik und ihrer geographischen Lage. Der Schritt, der zweifellos nicht ohne

Digitized by Google

Einverständnis mit Mustapha Kemal unternommen worden ist, ist ein Wink für die Absichten, die Rußland in Genf verfolgt und die auch für Deutschland wichtig sind.

Die russisch-polnischen Verhandlungen sind nicht weitergediehen.

Die Beziehungen zu England stehen politisch auf dem alten Fleck. Mit Aufmerksamkeit verfolgte man die Vorgänge, die zu der Entlassung Mr. Gregorys, eines der Hauptträger der antirussischen Politik im englischen Außenministerium, führten, und in der Verbindung mit ihm begann erneut die Erörterung über den Sinowjewbrief.

Ein Erfolg für Rußland war, daß der Kredit der Midlandbank, der im Juni 1927 abgestellt wurde, tatsächlich jetzt zustandegekommen ist. Ferner gehört in dieses Kapitel, daß man in England die russischen Vorkriegsanleihen aus dem Markt nimmt, und offenbar ein Syndikat diese aufkauft. Das hängt damit zusammen, daß man sich in England darauf rüstet, mit Rußland in wirtschaftlich-finanzielle Verbindung zu treten, und dazu ein Druckmittel in der Hand zur Verhandlung der alten Schulden und Verpflichtungen haben will. Auf Anfrage im Unterhaus am 1. März haben Außen- und Handelsminister geantwortet, daß England von sich aus keine neuen politischen Beziehungen beginnen werde, aber Wert auf die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland legt. Darin spielt der Punkt Regelung der Vorkriegsschulden eine wichtige Rolle.

Das gleiche gilt für die russisch-französischen Verhandlungen, die vor den Wahlen kaum in rascheren Gang kommen werden. Immerhin liegt die russische Note vom 23. September nach wie vor als russisches Angebot vor, die Schulden an Frankreich durch 62 Jahreszahlungen à 60 Millionen Franken zu tilgen. Und immerhin hält der Leiter dieser Verhandlungen auf französischer Seite, de Monzie, daran fest. Er hat seinerseits diese Frage noch durch seinen Gedanken einer deutsch-französischen Zusammenarbeit für den Handel mit Sowjetrußland erweitert, der ja auch Deutschland in die Diskussion der Regelung der russischen Vorkriegsschulden hereinziehen würde.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die Bank von Frankreich bei den amerikanischen Gerichten beantragte, daß eine in Newyork am 21. Februar eingetroffene Goldsendung der russischen Reichsbank in der Höhe von 5 Millionen Dollar beschlagnahmt würde, weil dieses Gold Besitz der Bank von Frankreich sei und zu den in den Jahren 1915—1917 von Rußland übernommenen Goldsummen gehört habe, die noch heute in der Bilanz der Bank von Frankreich auf dem Konto „nichtdisponible Goldbestände im Ausland" figurieren. Das amerikanische Schatzamt hat die Übernahme dieses Goldes durch die Newyorker Banken nicht genehmigt. Das wurde in der russischen Presse leidenschaftlich besprochen, weniger gegen Nordamerika als gegen

Digitized by Google

Frankreich, dem man vorwarf, daß es das russisch-französische Abkommen über die Anerkennung Sowjetrußlands damit verletzte und die Beziehungen zwischen Rußland und Nordamerika stören wolle („Iswestija" 16. März).

VIII.

Die Schwierigkeiten Englands in Arabien werden mit Interesse verfolgt, der 7. Jahrestag des Vertrages mit Afghanistan vom 28. Februar 1921 namentlich im Hinblick auf den Besuch des Königs Aman Ullah in Europa freundlich unterstrichen und die Unabhängigkeit Afghanistans, die jetzt neun Jahre besteht, gefeiert. König Aman Ullah wird auch Moskau besuchen.

Am 31. Januar wurden die Ratifikationen des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Persien vom 1. Oktober 1927 in Teheran ausgetauscht. Auch das gab Anlaß, die russisch-persischen Beziehungen besonders zu besprechen, ebenso wie die Übergabe des Hafens von Pechlevi im Kaspischen Meer an Persien durch eine Sowjetkommission. Der Hafen soll ein besonders wichtiger Transitpunkt für die russisch-persischen Handelsbeziehungen werden, an den sich auch weitergehende Hoffnungen für gemeinsame Arbeiten knüpfen.

Der russisch-persische Vertrag ist der dritte eigentliche Nichtangriffspakt oder Sicherheitspakt, den die Sowjetregierung nach der Idee Tschitscherins abschließt. Sie hat dergleichen Verträge noch mit der Türkei und Litauen; der Vertrag mit Afghanistan ist nur ein Neutralitätsvertrag. Es sei daran erinnert, daß die Tschitscherinschen Nichtangriffsverträge die Verpflichtung in sich schließen, sich aller aggressiven Pläne und Aktionen gegen den anderen zu enthalten einschließlich der Maßnahmen, die sich aus der Mitgliedschaft des anderen Staates im Völkerbund ergeben.

Die Stellung im Fernen Osten hat sich nicht geändert. In den Oppositionserörterungen, die, wie erwähnt, in deutscher Sprache erscheinen, weil sie in Rußland nicht gedruckt werden dürfen, spielt die chinesische Revolution und die Stellung zu ihr weiterhin die bekannte Rolle, ohne daß etwas neues herauskommt. Die „Iswestija" (3. 2.) hatten eine gute Übersicht über Sowjetrußland in China und der Mandschurei. Darin wurde festgestellt, daß der Vertrag mit China von 1924 nach wie vor unerschüttert bestünde, aber mußte zugegeben werden, daß tatsächlich die Beziehungen durchaus andere sind. Im ganzen Süden Chinas ist davon gar nichts übrig geblieben, desgleichen nicht in Zentralchina, und im Rest ist nur ein Konsulat und eine Handelsvertretung in Tientsin mit einer Kolonie von einigen Hunderten von Sowjetbürgern, meistenteils Kaufleuten. vorhanden. Die Konsulatsabteilung in der Gesandtschaft in Peking ist von den chinesischen Behörden nicht anerkannt. Es bleiben dann nur noch das Konsulat in Kalgan und drei Abtei-

Digitized by Google

lungen der „Dal-Bank", die die geschäftlichen Operationen in bezug auf die Mongolei durchzuführen haben. Mit Nachdruck wird dagegen auf die gänzlich andere Lage in der Mandschurei hingewiesen, mit ihrer großen Sowjetkolonie von ungefähr 100 000 Menschen und vor allem der ostchinesischen Bahn. In der Mandschurei hat Sowjetrußland sieben Konsulate und eine ganze Anzahl von russischen Wirtschaftsorganen, sowie das Hauptkontor und eine Reihe größerer Abteilungen der „Dal-Bank". Hier ist ja das wichtige Hinterland von Wladiwostok. Die nicht abreißenden Konflikte mit Japan, die schon zwei Jahre laufen, werden nur eben gestreift, die Mandschurei mit einem Dreieck verglichen, dessen Basis sei der Konflikt Japans mit Mukden und deren Seiten seien die Beziehungen Mukdens und Japans zu Sowjetrußland, das der wichtigste Faktor der Fernöstlichen Politik dort sei und dem wegen seiner friedlichen Tendenzen dort eine ganz besondere Bedeutung zukomme. Diese letzteren Äußerungen entsprechen der Lage ja nicht: Rußland weicht vor dem japanischen Einfluß in der Mandschurei zurück.

Am 28. Januar jährte sich zum dritten Male der Abschluß des Vertrages zwischen Sowjetrußland und Japan. Im April 1925 wurde in Tokio die russische Vertretung eröffnet, im Juli die japanische in Moskau, deren Chef Tanaka noch heute dort an der Spitze steht. Auf Grund dieses (in Peking abgeschlossenen) Vertrages erhielt Japan erhebliche Konzessionen auf dem sowjetrussischen Gebiet: Naphtha und Kohle in Nordsachalin, Holz in der Küstenprovinz und Gold. Das Wichtigste ist dabei die Naphthafrage, da Japan jährlich rund ¾ Millionen Tonnen Einfuhr von Naphthaprodukten braucht. Nach japanischen Angaben ist im letzten Jahre die Förderung auf 67 000 Tonnen in Nordsachalin gestiegen. Die Kohlenförderung betrug ebensoviel.

Außerdem kommen in Frage die Fischereirechte, die Japan in den russischen Gewässern auf Grund des früheren Abkommens von 1907 wünscht. Verhandlungen über eine neue Fischereikonvention stehen hart am Abschluß.

Der Warenverkehr zwischen beiden Ländern ist nicht unbeträchtlich. Seit März 1926 existiert eine Handelsvertretung Rußland in Japan. Nach russischen Angaben betrug der Außenhandelsumsatz mit Japan (in 1000 Rubeln):

	Einfuhr aus Japan nach der UdSSR	Ausfuhr aus der UdSSR nach Japan	Gesamtumsatz
1925/26	2441	9 333	11 774
1926/27	3433	11 492	14 925

1925/26 überstieg der Gesamtumsatz mit 11,17 Millionen Rubel den Umsatz von 1913 zwischen Rußland und Japan um 1,7 Millionen Rubel. Die Zahl für 1926/27 (14,9 Millionen Rubel) zeigt eine Tendenz zu weiterer Zunahme.

Digitized by Google

IX.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen haben die allgemeine Aussprache abgeschlossen und Kommissionen gebildet für die Fragen des Geschäftsverkehrs zwischen den russischen Wirtschaftsorganen und der deutschen Wirtschaft, die statistische Prüfung des deutsch-russischen Warenaustausches und für die Rechtsfragen. Bis zum 20. März sollten diese Besprechungen abgeschlossen sein und die russischen Delegierten vorläufig wieder nach Moskau zurückkehren.

Auf der russischen Seite ist der Hauptgesichtspunkt die Gewährung neuer Kredite. Man fordert bis 600 Millionen Mark neue Warenstundung, eine feste Anleihe von 50—100 Millionen Mark und schließlich auch die Börsennotiz für die neue russische Anleihe. Bevor dem nahegetreten werden könnte, muß die Frage geklärt sein, ob der 300-Millionen-Kredit sich wirklich für die deutsche Wirtschaft als ein Zusatzexport ausgewirkt hat oder einfach als Kredit für den bisherigen Exportumfang beansprucht worden ist. Damit verknüpft sich die Idee, ob und wie für Kredite eine eigene Bank geschaffen werden könnte. Alles das sind heikle und schwierige, aber keineswegs unlösbare Fragen. Die deutsch-russische wirtschaftliche Zusammenarbeit ruht trotz aller Kritik auf Grundlagen, die fest geworden sind und nicht leicht zerstört werden können, und auf diesen Grundlagen wird weiter gebaut werden. Daß Rußland dabei in einer Zwangslage ist, kann es selbst angesichts seiner geschilderten Wirtschaftsschwierigkeiten nicht bestreiten.

Die „Iswestja" bleiben in der Erörterung der allgemeinen deutsch-russischen Beziehungen auf der alten Linie, sprechen von der Enttäuschung Deutschlands im Völkerbund, variieren das Thema der deutschen Westorientierung, sprechen am 6. März sich sehr bestimmt gegen jene Gedanken von de Monzie aus, daß eine französisch-deutsche wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Sowjetmarkt angestrebt werden solle. Ein großer Artikel der „Iswestja" (3. 3.) schließt mit dem Satz: „Weil wir den russisch-deutschen Beziehungen große Bedeutung beimessen, wissen wir, daß unausweichlich Formen, sie weiter zu entwickeln, gefunden werden. Dieser Umstand scheint uns eine der Grundfolgen des großen historischen Prozesses, dessen Ausgangspunkt der Vertrag von Brest war. Dieser historische Prozeß hat zur Schaffung des Sowjetstaates geführt. Er hat die Voraussetzungen für die Interessensolidarität von Deutschland und Rußland und deren wechselseitige Bekräftigung geschaffen."

Um so notwendiger ist, daß diese so charakterisierten Beziehungen nicht durch Vorfälle berührt werden, wie die Verhaftung der sechs reichsdeutschen Ingenieure mit ihren Begleiterscheinungen. In ihm kommt allgemein der Charakter der Sowjetpolitik heute nach dem Siege Stalins

Digitized by Google

wieder zum Ausdruck. Der Sieg der Kompromißrichtung über die weltrevolutionäre Opposition zwingt die erstere zu radikalem Auftreten im Innern, der Betonung des Klassenkampfstandpunktes, und die Fremdheit, mit der manche der heute maßgebenden Männer der Sowjetregierung im ganzen den Verhältnissen der großen Politik draußen gegenüberstehen, läßt sie wohl das Augenmaß dafür verlieren, was draußen möglich ist. Sie übersieht dabei, daß sie selbst eine für den Frieden Europas nützliche und wertvolle Zusammenarbeit in den Genfer Verhandlungen begonnen hat und daß sie diese Zusammenarbeit mit Europa braucht, um die Kapitalstaaten Europas zur Überwindung ihrer eigenen Wirtschaftsschwierigkeiten auf dem Wege des Handelsvertrages, des Kredits, der Anleihe, der Regelung der Vorkriegsschulden für sich zu gewinnen.

Abgeschlossen am 20. März 1928.

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Der Konjunkturbericht für den Januar unterscheidet sich von dem Dezemberbericht vor allem durch die größere Menge der Getreidebeschaffung; im ganzen 1 248 000 t gegen 607 000 t im Vormonat (Roggen 281 000 gegen 120 000, Weizen 668 000 gegen 315 000). Diese Verbesserung wurde bei gleichzeitiger Einschränkung der Beschaffung anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse erzielt; im ganzen stieg daher der Ankauf von Agrarprodukten nur in geringem Maße (von 118,2 auf 120,9 Millionen Tscherwonezrubel).

Die Bruttoproduktion der staatlichen Großindustrie betrug nach dem Vorkriegswert 441,2 Millionen Rubel gegen 432,3 im Vormonat und 347,9 im Januar 1927; an der Zunahme war sowohl die Industrie der Produktionsmittel wie die der Verbrauchsmittel beteiligt. Die Steinkohlenförderung stellte sich auf 3 109 000 t gegen 3 147 000 im Dezember (also ein kleiner Rückgang) und 2 521 000 im Januar 1927; die Produktion von Walzmetall stieg auf 281 000 t (Dezember 275 800, Januar 1927 223 600 t), die von Baumwollgewebe auf 227,7 Millionen m (Dezember 221,3, Januar 1927 191,9). Der Tagesdurchschnitt der Güterverfrachtung auf den Eisenbahnen betrug 29 900 Waggons gegen 29 600 im Dezember und 23 800 im Januar 1927. Im ganzen hält also der Fortschritt der gewerblichen Produktion an. Das durchschnittliche Preisverhältnis zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen ist unverändert geblieben; wie im Dezember stand im Januar der Index der gewerblichen Erzeugnisse im Großhandel um 21 % höher als der der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, während im Januar 1927 die Klingen der „Schere" um 29 %

Digitized by Google

auseinander waren. Die Ausfuhr hat sich weiter vermindert auf 43,9 Millionen Tscherwonezrubel (gegen 49,4 im Dezember), während die Einfuhr von 57,5 auf 58,2 gestiegen ist; der Passivsaldo des Außenhandels hat sich demgemäß von 8,1 auf 14,3 Millionen erweitert.

* * *

Die Getreidekampagne ist im Februar in schärfster Weise fortgesetzt worden und hat nach den vorläufigen Ziffern insgesamt 1 925 000 t aufgebracht. Auch der März hat bisher viel größere Mengen als im Vorjahre ergeben, wenn auch gegen den Februar eine Abnahme festzustellen ist; im ersten Monatsdrittel wurden 510 000 t beschafft. Hiermit ist für den gesamten bisherigen Abschnitt des Getreidebeschaffungsjahres die vorjährige Ziffer ungefähr erreicht. Am 1. Januar war sie gegen das Vorjahr um 23 % zurück, am 1. Februar um 16 und am 1. März nur noch um 4 % (Weizen allein hatte am 1. März noch ein Minus von 12 % zu verzeichnen, Roggen dagegen ein Plus von 8 %). Man sollte hiernach denken, daß die Getreideknappheit nunmehr überwunden sei, zumal die jetzigen Ziffern die im vorletzten Wirtschaftsjahr (1925/1926) bis zum 1. März erfolgten Getreidebeschaffungen um 24 % überragen; für Brotgetreide allein ist die Überlegenheit der laufenden Kampagne noch viel größer, für Roggen 42, für Weizen 59 %. Daß trotzdem Getreidemangel besteht und an Ausfuhr kaum zu denken ist, kann unter den Voraussetzung der Richtigkeit der Statistik nur daraus erklärt werden, daß der private Getreidehandel, der für die Versorgung des inneren Marktes früher eine große Rolle spielte, heute ganz zurückgedrängt ist und die Bevölkerung im Laufe der beiden Jahre sich um über 6 Millionen vermehrt hat.

Der Konjunkturbericht führt folgende Gründe für die Zunahme der Getreidebeschaffung an: Die Zufuhr gewerblicher Waren in die Getreideüberschußgebiete wurde sehr gesteigert, wobei die begehrtesten Waren nur gegen Getreide abgegeben wurden. Das staatliche Ankaufsgeschäft konzentrierte sich auf Getreide, während andere agrarische Erzeugnisse nicht gekauft oder niedriger bezahlt wurden; für Fleisch wurde der Preis um 10 % gesenkt. Im allgemeinen sank der Index der Beschaffungspreise für agrarische Erzeugnisse von 1,365 im Dezember auf 1,245, während der Index der Getreidepreise sich etwas hob, von 1,062 auf 1,107. (Beiläufig bemerkt, weisen diese Zahlen darauf hin, wie viel ungünstiger das Preisverhältnis für die Bauern ist als nach der amtlichen Scherenrechnung; vergleicht man diese Beschaffungspreise mit den Kleinhandelspreisen für gewerbliche Erzeugnisse, so zeigt sich, daß deren Index im Januar um 114 % höher stand statt 21 % nach der Statistik der Großhandelspreise und 12 % nach der der Kleinhandelspreise.) Als weiterer Grund wird angeführt die nachdrückliche Einforderung der Zahlungen,

Digitized by Google

die die Bauern an Steuern und Steuerrückständen, an Beiträgen für Versicherung und für die Genossenschaften sowie zur Rückerstattung von Saatgutdarlehn zu leisten haben.

Sodann wird darauf hingewiesen, daß der Privathandel gezwungen worden sei, sich vom Markte zurückzuziehen, und schließlich sind es die bekannten Maßnahmen gegen die größeren Bauern, die „Kulaken", um diese ihrer Getreidevorräte zu berauben. Jahrelang war es geduldet worden, daß die wohlhabenderen Bauern Getreide ankauften, um ihre Vorräte zu vergrößern und gelegentlich mit Vorteil abzustoßen. Jetzt gilt dies plötzlich als Verbrechen, das mit Konfiskation und Gefängnis bestraft wird. Aber mehr noch: auch die Zurücklegung von Vorräten aus der eigenen Ernte „in spekulativer Absicht" wird als Verbrechen verfolgt, und da ja jeder Vorratsbildung eine spekulative Absicht untergeschoben werden kann, so kann der Neid der Habenichtse im Dorf gegen den Besitz wieder einmal auf der ganzen Linie mobil gemacht werden. Gegen den Grundgedanken der Nep wird hiermit auf das gröbste verstoßen. Der Ausgangspunkt der neuen Wirtschaftspolitik war ja bekanntlich die Erlaubnis für die Bauern, nach Entrichtung der (später in eine Geldsteuer umgewandelten) Naturalabgabe über ihre Ernte frei zu verfügen. Es ist schwer, sich aus der Ferne eine Vorstellung zu machen, welchen Umfang das Haberfeldtreiben gegen die größeren Bauern angenommen hat. Aus einzelnen Verwaltungsbezirken wird gemeldet, daß die Zahl der bestraften Kulaken 50 oder 60 betrage. Das genügt natürlich, um die Gesamtheit der größeren Bauern in Panik zu versetzen und zur Abgabe ihrer Vorräte zu veranlassen. Welche Bedenken sich hieraus für den Verlauf der Frühjahrsbestellung und im Fall einer Mißernte für die Volksernährung ergeben, habe ich bereits im letzten Hefte hervorgehoben. Es ist sehr kurzsichtig, wenn der Konjunkturbericht als Erfolg der gegen die Kulaken ergriffenen Maßnahmen feststellt, daß diese des Anreizes zur Erweiterung oder zur Erhaltung des Umfanges ihrer Saatfläche beraubt worden seien, um die Saatgutversorgung der ärmsten Wirtschaften besser zu gewährleisten. Die Marktleistung und Exportfähigkeit der russischen Landwirtschaft wird durch eine derartige Politik stark beeinträchtigt.

Die augenblickliche Aussaugung des Dorfes erstreckt sich übrigens keineswegs nur auf die 6 bis 7 % „Kulaken", sondern auch auf einen großen Teil des bäuerlichen Mittelstandes. Der augenblicklich ausgeübte Steuerdruck ist so groß, daß die Bauern teilweise gezwungen sind, die Substanz ihres Wirtschaftsinventars anzugreifen; aus dem Nordkaukasus höre ich von zuverlässiger Seite, daß Pferde, Nutzvieh und Maschinen zu Schleuderpreisen verkauft werden. Man ist dort sehr erregt über die Durchführung der sogenannten „Selbstbesteuerung" (ssamooblo-shenije), die für kommunale Zwecke neben der staatlichen Landwirtschaftssteuer besteht und nach dem Dekret vom 10. Januar

Digitized by Google

1928 bis zu 35 % von der in dem Dorfe erhobenen Staatssteuersumme betragen darf; selbstverständlich liegt diese Steuer vor allem auf den Schultern der größeren Bauern. Einen wie großen Teil des Markterlöses die Steuern und sonstigen Pflichtzahlungen in Anspruch nehmen, geht aus dem Konjunkturbericht hervor; im Januar wurden für die amtliche Beschaffung von Agrarerzeugnissen im ganzen 120,9 Millionen Rubel verausgabt, während jene Pflichtzahlungen 96,9 Millionen beanspruchten. Der Text des Konjunkturberichtes weist selbst auf dieses Verhältnis hin und erklärt daraus die Tatsache, daß die Nachfrage nach gewerblichen Waren in letzter Zeit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

Zu der jetzigen Schärfe der Getreidekampagne, die in bedenklichster Weise an das Requisitionssystem des früheren „Kriegskommunismus" erinnert, hat sich die Regierung unter dem Druck der Not entschlossen. Wie kritisch die Lage ist, zeigt eine vor kurzem gefaßte Resolution des Rates der Volkskommissare der Union, die den Fortschritt der Landwirtschaft an sich anerkennt, dann aber hinzufügt: „Indessen hat sich augenblicklich mit voller Deutlichkeit herausgestellt, daß die Menge der von der Landwirtschaft erzeugten Produkte und insbesondere der auf den Markt kommenden Teile den wachsenden Anforderungen der Volkswirtschaft nicht entspricht, insbesondere nicht den Bedürfnissen des Gewerbes und des Exportes und auch nicht dem Verpflegungsbedarf der städtischen Bevölkerung."

* * *

Die augenblicklichen Ereignisse haben die Agrarfrage wieder ganz in den Vordergrund gestellt. Wenn auch das Vorgehen gegen die Vorräte der größeren Bauern im wesentlichen unter dem Druck der augenblicklichen Lage erfolgt ist, so hat der Kampf gegen das Kulakentum doch schon früher eingesetzt und ist als eine tiefgreifende Richtungsänderung der russischen Agrarpolitik von mehr oder minder langer Dauer aufzufassen. Sie ist nicht erst erfolgt, seitdem die Opposition in die Verbannung geschickt wurde, sondern schon vor der letzten entscheidenden Auseinandersetzung des Dezember-Kongresses der Partei, womit der Opposition im voraus der Wind aus den Segeln genommen wurde. Die Partei hat in wichtigen Punkten, ganz besonders eben bezüglich des Kulaks ihre Politik nach den Forderungen der Opposition umgestellt — wiederum ein Anzeichen dafür, daß der Parteizwist hauptsächlich ein Ringen um die Macht war. Maßgebend sind für die heutige Agrarpolitik die Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei vom 20. Oktober 1927, die ihrerseits auf längeren Vorarbeiten der Ressorts, vor allem aber auf einem Gutachten der „kommunistischen Akademie" beruhten. Diese Beschlüsse gaben Direktiven für die Ausarbeitung eines „Bundesgesetzes über

Digitized by Google

Landeinrichtung und Landnutzung"; die zur Ausarbeitung vom Rat der Volkskommissare der Union eingesetzte Kommission hat jetzt ihre Arbeiten beendet. Wenn ich die Nachrichten über den Inhalt dieses Gesetzentwurfes mit den Direktiven vom 20. Oktober zusammenstelle, so ergeben sich besonders folgende Änderungen der Agrarpolitik:

Vor allem wird die Verfassung der Agrargemeinde (semelnoje obschtschestwo) umgestaltet. Die Agrargemeinde unterscheidet sich von der politischen Landgemeinde, die vom „Dorfrat" geleitet wird, dadurch, daß an ihr nur die Landnutzer teilnehmen und ihr lediglich die Fragen der Landnutzung unterstehen; die größeren Bauern hatten infolge ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit hier oft das Übergewicht. Jetzt wird die Agrargemeinde proletarisiert, Landarbeiter und sonstige proletarische Elemente des Dorfes (Hirten, Schmiede usw.), die mit ihrer Arbeit der Landwirtschaft dienen, dürfen mit vollem Stimmrecht an den Versammlungen der Agrargemeinde teilnehmen; auch haben sie Anspruch auf Überlassung von Höfen und Feldgrundstücken. Dagegen verlieren diejenigen Bauern, die wegen der Beschäftigung von Lohnarbeitern oder wegen gewerbsmäßiger Vermietung von Maschinen oder wegen gewerbsmäßigen Handels zu den Kulaken zählen und denen infolgedessen das politische Wahlrecht entzogen ist, nunmehr auch das Stimmrecht in der Agrargemeinde; sie müssen sich also in Angelegenheiten, die ihre Existenz betreffen, widerspruchslos dem Willen derjenigen unterwerfen, von denen sie um ihres größeren Besitzes willen beneidet werden. Zudem wird die Agrargemeinde entmündigt. Wie früher ihre Beschlüsse der Genehmigung des adeligen Landamtmannes (semskij natschalnik) bedurften, so unterliegen jetzt ihre Beschlüsse in besonders wichtigen Fragen, vor allem bezüglich der Form der Landnutzung bei der Landeinrichtung, bezüglich der Vornahme von Landumteilungen usw., der Bestätigung durch den Dorfrat.

Bezüglich der Landnutzungformen ließ der Agrarkodex von 1922 große Freiheit. Er gestattete gleichermaßen bei der Durchführung der Landeinrichtung den Übergang zu arrondierten Landstücken und Einzelhöfen (nach dem Vorbild der Stolypinschen Reform) wie auch zu anderen Formen (Gewannsystem mit rationeller Fruchtfolge, kollektivistischer Betrieb usw.). Jetzt dagegen wird den Agrarbehörden vorgeschrieben, daß sie auf die Ausbreitung von Landnutzungsformen hinwirken (Gruppensiedlung mit Gewannsystem), die die Kooperierung und Mechanisierung der Landwirtschaft begünstigen; dagegen soll die Separation von Landstücken und Einzelhöfen beschränkt und dort vollständig eingestellt werden, wo sie zum Wachstum des Kulakenelementes führen würde; praktisch dürfte dies auf ein fast völliges Verbot dieser im Norden und Westen Rußlands bewährten Formen hinauslaufen.

Digitized by Google

Die periodischen Umteilungen, wie sie bei der alten Mir-Verfassung gebräuchlich waren und seit der Revolution wieder in viel größerem Umfange zur Anwendung kamen, sollen im Interesse der Besitzfestigkeit sich nicht zu oft wiederholen. Dafür wird aber vorgeschrieben, daß allgemein von Zeit zu Zeit eine Umteilung erfolgen soll, um die Besitzausdehnung des Kulakentums zurückzuschneiden. Das Recht zur Pachtung von Land und zur Beschäftigung von Lohnarbeitern soll künftig gewisse Einschränkungen erfahren.

Alles in allem bedeutet dieses eine Hemmung der individualistischen Wirtschaft, deren Fortschritt vor allem durch die größeren Bauern herbeigeführt worden ist. Die Partei kehrt, wenn auch in gemilderter Form, zu der Agrarpolitik der ersten Jahre nach der Revolution zurück, wo man bestrebt war, die Masse der Bauern auf ein proletarisches Niveau herabzudrücken, um sie damit für die Sozialisierung reif zu machen. Auch heute wird die Schwächung der Individualwirtschaft in Kauf genommen, um mit um so größerem Nachdruck den „sozialistischen Sektor" der Landwirtschaft zur Entfaltung zu bringen. Die Rätegüter sollen nicht nur wirtschaftlich gekräftigt, sondern auch wieder zur Ausdehnung gebracht werden, nachdem sie lange Jahre hindurch einer fortgesetzten Verminderung ihrer Zahl und Fläche unterworfen waren. Vor allem aber soll mit Hochdruck die Kollektivierung der 25 Millionen bäuerlicher Wirtschaften betrieben werden. Die Kollektivierungsbewegung hat seit der Revolution verschiedene Phasen durchgemacht: zuerst eine wirtschaftlich ganz ungesunde Massengründung unter Gewährung großer Vorteile an rote Partisanen, die zur Landwirtschaft weder das Können noch das Wollen aufbrachten, dann mit der Einführung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit durch die Nep massenhafter Zusammenbruch und in den letzten Jahren wiederum ein Aufsteigen unter leidlich gesunden wirtschaftlichen Bedingungen und unter vernünftiger Bevorzugung der schwächeren Formen der Kollektivierung (Bodenbearbeitungsgenossenschaft und die Vorstufe: Maschinengenossenschaft). Wenn diese Kollektive auch nicht der Elite der Individualbauern ebenbürtig waren, so leisteten sie während der letzten Periode in der Bodenkultur und Viehwirtschaft doch im allgemeinen erheblich Besseres als die große Masse der Durchschnittsbauern. Dieser Erfolg veranlaßt nun die heutige Agrarpolitik, mit vollen Segeln auf die beschleunigte Kollektivierung der gesamten bäuerlichen Landwirtschaft loszusteuern. Besonders bedeutsam ist die vorgesehene Bestimmung, daß künftig die Agrargemeinde auf Beschluß der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder zur kollektivistischen Nutzung übergehen kann. Bisher erfolgte die Vereinigung ganz auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Künftig wird die Minderheit zum Anschluß gezwungen, und die größeren Bauern, die als Kulaken gelten, werden überhaupt nicht gefragt — die einfachste Methode,

Digitized by Google

um deren Besitz an Land, Gebäuden und Inventar zum Gemeingut zu machen. Im übrigen werden vielerlei Vergünstigungen für die Kollektive vorgesehen: Bevorzugung bei der Landzuteilung, unentgeltliche Übergabe technischer Anlagen, Bevorzugung bei der Landeinrichtung, bevorzugte Versorgung mit Saatgut, Mineraldünger, Maschinen und Geräten, Gewährung von Betriebskredit zu besonders günstigen Bedingungen und auf besonders lange Frist, vor allem auch sehr bedeutende Steuererleichterungen usw. usw. Die Individualbauern werden allen Anlaß haben, auf die Kollektive mit viel größerem Neid zu blicken als bisher auf die Großbauern. Zu diesem Neide würde der Anlaß erst wegfallen, wenn die Gesamtheit der Bauern kollektiviert wäre (jene schönen Vorrechte würden sich dann allerdings gleichfalls verflüchtigt haben); ehe aber dieses Endziel erreicht ist, wird unfehlbar eine Periode eintreten, wo der Gegensatz zwischen dem kollektivierten und dem individualwirtschaftlichen Bauerntum zu einer großen politischen Gefahr wird. Aber auch aus rein wirtschaftlichen Gründen halte ich es für äußerst bedenklich, in der jetzt geplanten Art der Kollektivierung nachzujagen. Gesund kann diese Bewegung nur sein, wenn sie auf dem freien Willen der Beteiligten beruht und ihre Kraft aus ihren eigenen inneren Vorzügen schöpft, nicht aber aus einem derartigen System exorbitanter Vergünstigungen.

Gekennzeichnet wird die neue Agrarpolitik dadurch, daß die bisherigen leitenden Männer im Landwirtschaftskommissariat der RSFSR anderen Platz gemacht haben. Die landwirtschaftliche Verwaltung hatte es als ihre eigentliche Aufgabe betrachtet, die Landwirtschaft zu heben. Hierdurch wurde Wohlstand in das Dorf getragen und damit antikommunistische Gesinnung befestigt. In Zukunft soll sich die Pflege der Landwirtschaft offenbar in erster Linie nach politischen Gesichtspunkten richten.

* * *

In das System der neuen Agrarpolitik gehört die vom Landwirtschaftskommissariat vorgeschlagene Erhöhung der landwirtschaftlichen Steuer für das Wirtschaftsjahr 1928/29 auf 420 Millionen, während nach dem früheren Finanzplan nur 313 Millionen vorgesehen waren. Die Mehrlast soll vor allem auf die größeren Bauern gelegt werden unter Erhöhung der Progression der Steuerbelastung von 25 auf 30 % des veranlagten Einkommens. —

Der Mineraldüngung sollen nach dem Plan des Handelskommissariats im nächsten Wirtschaftsjahr mindestens 275 000 ha Lein, 285 000 ha Baumwolle, 615 000 ha Zuckerrüben und 300 000 Hektar sonstige Kulturen teilhaftig werden. An Stickstoff und Kali besteht kein Mangel, wohl aber an phosphorsaurem Dünger, der für die russische Landwirtschaft besonders wichtig ist; der Bau einer großen Superphosphatfabrik soll beschleunigt werden.

Digitized by Google

Von großem Nutzen für den Getreideumschlag, besonders auch für die Konservierung des Getreides sind die Elevatoren, die schon vor dem Kriege in beträchtlicher Zahl, namentlich in Süd- und Ostrußland, gebaut waren. Neuerdings wird der Elevatorenbau energisch fortgesetzt. Im laufenden Wirtschaftsjahr sollen nach dem Plan des Handelskommissariats 85 Elevatoren gebaut werden, davon 22 in der Ukraine, 14 im Nordkaukasus, 11 im Wolgagebiet und 16 in Sibirien.

* * *

Der Volkswirtschaftsrat der Ukraine befaßte sich vor kurzem mit den Mängeln, die auch hier bei der Investierung neuen Kapitals in der Industrie hervorgetreten sind. Die Kosten der Durchführung neuer Projekte stehen oft in krassem Mißverhältnis zu den Voranschlägen; vor allem aber werden die ausgeworfenen Mittel zu großem Teile nicht bestimmungsgemäß verwendet. Einen noch tieferen Einblick in die Unvollkommenheiten der Staatsindustrie gewähren die Klagen, die bei dieser Gelegenheit von den Vertretern der Trusts und Fabriken gegen die zentrale Leitung erhoben wurden. Die Arbeiten zur Durchführung der Projekte müßten ohne gesicherte Grundlagen in Angriff genommen werden. Die anfänglich bewilligten Mittel würden nachträglich eingeschränkt, das ganze Arbeitsprogramm dadurch desorganisiert, die erfolgten Materialbeschaffungen entsprächen nicht mehr den verringerten Aufgaben usw. Sodann wird über die immer noch ungeheuren Anforderungen bezüglich der Rechenschaftsablegung bitter geklagt. Die Betriebsingenieure würden manchmal zu diesem Zwecke zwölf Tage im Monat ihrer eigentlichen Tätigkeit entzogen. Die Hauptschuld an allen Unvollkommenheiten der Staatsindustrie liegt an dem System, nicht an den „Sündenböcken", die für die Unvollkommenheiten und Verfehlungen bei der Ausführung zur Rechenschaft gezogen werden.

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, ist die Hochflut der Huldigungsartikel zu Maxim Gorkijs sechzigstem Geburtstag längst wieder abgeebbt. Außerhalb seiner Heimat ist der einstige Dichter des Lumpenproletariats wohl nirgends so begeistert gefeiert worden, wie in Deutschland. Zahlreiche führende deutsche Schriftsteller haben die Gelegenheit benutzt, Gorkij zu huldigen und in Verehrung und Dankbarkeit auszusprechen, was sie ihm alles schuldig zu sein glauben. Kritische Stimmen waren kaum zu vernehmen. Da ist es vielleicht

Digitized by Google

doch am Platze, jetzt, wo der Festlärm verrauscht ist, den Versuch einer objektiven Würdigung zu machen, „mit Bewunderung zweifelnd und mit Zweifel bewundernd".

Daß Maxim Gorkij bei seinem ersten Auftreten gewaltig überschätzt wurde, wird heute kaum noch jemand leugnen können. Es war eine rein stoffliche Wirkung, die von seinen Vagabundengeschichten ausging. Ein Milieu wurde hier gezeigt, das vor allem den großen Reiz der Neuheit hatte; daß es „echt" war, glaubte man durch die inzwischen allgemein bekannt gewordene Lebensgeschichte des Dichters verbürgt: er hatte sich jahrelang in der Welt herumgetrieben, war Schusterjunge, Hafenarbeiter, Schiffskoch, Eisenbahnarbeiter, Lastträger, Schreiber und wer weiß was noch alles gewesen, und was er schilderte, gab sich durchweg als persönlich Erlebtes. Dazu kam dann die Tendenz. Gorkijs Barfüßergeschichten erschienen in einer Zeit, als der müde Pessimismus Tschechows in der russischen Literatur den Ton angab; gegen diesen Pessimismus trat Gorkij als Prediger der befreienden Tat auf; als der Laster größtes galt ihm von frühester Kindheit an die Geduld; nichts war ihm fremder, nichts unbegreiflicher als die Lehre vom „Nichtwiderstreben", in der ein Tolstoj die Quintessenz des wahren Christentums sah. In seinem Buch „Kindheit" erzählt Gorkij von seiner Großmutter, der Frau des Färbermeisters Kaschirin, der nichts Besonderes darin sah, seiner Gattin so kräftige Hiebe auf den Kopf zu versetzen, daß die Haarnadeln tief in die Haut eindrangen und sich am Schädelknochen verbogen. Sie trug es mit Ergebung und Geduld, — „denn er ist ja mein Mann. Was er mir antut, wird er einst vor dem lieben Gott verantworten müssen; mir aber kommt es nicht zu, mich gegen ihn zu empören". Dem Enkel ist dieses Verhalten unbegreiflich. „Je öfter ich mit meiner Großmutter zusammen war, desto mehr bewunderte ich ihre Seele. aber schon fühlte ich, daß diese schöne Seele ganz in Märchenträumen befangen war, daß sie nicht fähig war, die bittre Wirklichkeit zu verstehen, und daß meine Zweifel und Ängste ihr fremd waren. Dulden! Ertragen! Das hörte ich immer wieder als Antwort auf alles, was ich erzählte von der Abscheulichkeit des Lebens, von den Leiden der Menschen, von dem, was in mir glühte, was mich empörte. Ich war nicht zum Dulden geschaffen, und wenn ich mich mitunter in dieser Tugend des Lastviehs und der Steine übte, so war das nur eine Art Selbstprüfung. um über das Maß der eigenen Kräfte Klarheit zu gewinnen. Nichts verunstaltet den Menschen so entsetzlich wie die Geduld, das Sichfügen in die äußeren Verhältnisse."

Die sentimentale Auffassung vom russischen Volk, dem „schlummernden Riesen", dem geduldig ergebenen Christophorus ist Gorkij völlig fremd, und darin liegt das Neue, das Aufrüttelnde seiner ersten Geschichten. Er will nicht Mitleid wecken für seine Landstreicher, Bettler, Trinker und Zuhälter, indem er

Digitized by Google

sie als Opfer der sozialen Verhältnisse hinstellt und die Glücklichen und Reichen an ihre Pflicht gegenüber den Ärmsten der Armen mahnt (Tolstoj!); er zeigt sie als Menschen, die sich selbst genug sind, die wissen, was sie wollen, die der satte Bürger und Bauer nicht bemitleiden, sondern fürchten soll. Diese ihre „Weltanschauung" tragen sie — durchweg geborene Anarchisten, Protestierende um des Protestes willen — meist in einem naiv überheblichen Ton vor, der die spöttische Bemerkung Mereschkowskijs nicht ganz unberechtigt erscheinen läßt: „Sie reden alle so, als wenn sie den Nietzsche in einer miserablen russischen Übersetzung gelesen hätten".

Heute liest man diese Proletarier- und Vagabundengeschichten Gorkijs nicht mehr mit der erregten Spannung wie vor dreißig Jahren. Ja, die Begeisterung, die sie vor allem in Westeuropa hervorriefen, erscheint geradezu rätselhaft, wenn man bedenkt, daß wir damals schon in Knut Hamsun einen viel tieferen, feineren und echteren Dichter des Landstreichertums besaßen. Wir sind heute nicht mehr blind gegen die falsche Romantik so vieler von diesen Erzählungen; wir sehen deutlicher, wie neben dem Erlebten, das sie unzweifelhaft enthalten, sich, dieses Erlebte nur zu oft überwuchernd und zurückdrängend, der Einfluß der Schauer- und Schundromane bemerkbar macht, die der junge Gorkij verschlang, wie viel Angelesenes und Anempfundenes nicht zuletzt auch die so viel gepriesenen Naturschilderungen enthalten — wieder muß man an Hamsun denken! —, wie oft sich hinter der Roheit einzelner Szenen das Unvermögen verbirgt, feinere seelische Bewegungen darzustellen, und wie oft die Versuche, eben solche feinere, zartere Regungen wiederzugeben, in sentimentalen Phrasen stecken bleiben.

Und doch ist etwas in diesen frühen Geschichten Gorkijs, was sie heute noch lesenswert macht, — eine echte, urwüchsige Kraft, die zwar nicht ganz so groß war, wie sie es anfangs scheinen mochte — denn es war ja leicht, durch lautes Sprechen oder gar Schreien zu imponieren in einer Umgebung, wo alles kaum zu flüstern wagte —, die aber doch wie eine Erlösung wirkte aus all der Schlappheit, Zweifelsucht und Nervosität, die das Kennzeichen der damaligen russischen — und nicht nur der russischen — Gesellschaft war.

Es soll hier natürlich nicht Gorkijs dichterische Entwicklung in all ihren einzelnen Etappen geschildert werden. Weil die Wirkung seiner ersten Geschichten hauptsächlich durch ihren Stoff und ihre Tendenz bedingt war, mußte das Interesse der großen Lesermasse für den Dichter erlahmen, sobald er sich an andere Stoffe wagte. Und doch bedeuten die ersten Versuche Gorkijs, über die Darstellung des Lumpenproletariats hinauszukommen, andere Gesellschaftskreise darzustellen, einen ganz außerordentlichen Fortschritt in seiner Entwicklung. In seinen ersten Romanen „Foma Gordejew" und „Die Drei" wächst er

Digitized by Google

über seine frühen Geschichten weit hinaus, soviel man auch etwa gegen die Komposition der Romane, gegen das schleppende Tempo der Erzählung einwenden kann. Der Zusammenhang zwischen den ersten Geschichten und diesen Romanen ist ja ohne weiteres klar: von Haß gegen das Spießertum waren alle Vagabundengeschichten erfüllt; nun wird dieses Spießertum breit und eingehend geschildert, — aber natürlich nur, um seine Engherzigkeit, seine Dummheit, sein Parasitentum, das den Todeskeim schon in sich trägt, an den Pranger zu stellen, lächerlich zu machen. Und doch enthält vor allem der „Foma Gordejew" Partien von einer Echtheit und Lebenswahrheit, einer Schärfe der Beobachtung, wie sie in den romantischen Erzählungen der Frühzeit nicht zu finden sind. Es ist und bleibt immer das Gleiche: der Realismus ist die einzige, dem Russen adäquate, seinem innersten Wesen entsprechende Darstellungsform; mag der Einzelne noch so romantisch veranlagt scheinen, — zuletzt findet er sich selbst doch nur im Realismus (der selbstverständlich kein seelenloser Naturalismus zu sein braucht, es bleibt immer bei dem alten Satz von dem „Stück Leben, gesehen durch ein Temperament"). So wandelt sich auch Gorkij zum großen Wirklichkeitsdarsteller und tritt damit in die Fußstapfen seiner Vorgänger, der Turgenew, Tolstoj, Gontscharow. Es ist diese Wandlung, die Gorkij, den wirklichen Ereignissen allerdings weit vorausgreifend, schildert, wenn er in seinem Erinnerungsbuch „Kindheit" erzählt, wie die Romantik seiner französischen Sensationsromane verblaßte, als ihm, dem Fünfzehnjährigen, eines Tages das Werk eines Meisters, Balzacs „Eugenie Grandet", in die Hände kam. Und ebenso, nur noch viel nachhaltiger, wirkten dann die großen russischen Dichter auf ihn. Aber — und das ist höchst bezeichnend — je mehr er sich im Leben umtut, desto deutlicher wird ihm, daß auch die vollendetste Dichtung hinter dem Leben zurückbleibt. „Ich hatte schon viel Bauerngeschichten gelesen und war mir darüber klar, wie wenig der Bauer im Buch mit dem wirklichen Bauern gemein hat. In den Büchern sind alle Bauern unglücklich; ob sie gut oder böse sind — sie sind an Gedanken und Worten viel ärmer als die wirklichen Bauern. Der Bauer im Buche ist entweder schlecht oder gut, aber immer steht er g a n z vor uns; die wirklichen Bauern jedoch sind weder gut noch schlecht, sie sind nur ungemein interessant. Wie offenherzig der wirkliche Bauer auch mit dir reden mag, du fühlst immer, daß er noch etwas für sich zurückbehält, daß dieser Rest nur für ihn da ist, und daß vielleicht gerade dieses Unausgesprochene, Verborgene das Wichtigste ist."

Man wird wohl daran zweifeln dürfen, daß schon der Fünfzehnjährige sich aller dieser Dinge so klar bewußt gewesen ist, sie so deutlich gesehen hat. Gorkij verfällt hier in den Fehler aller Memoirenschreiber: er läßt in dem Alioscha Peschkow der 80er Jahre den späteren Maxim Gorkij stärker hervortreten, als

Digitized by Google

das in Wirklichkeit der Fall sein konnte. Er hat sich von alledem, was er hier schon überwunden zu haben behauptet, viel langsamer freigemacht, als er zugeben möchte, und gerade seine zweite Periode, die uns jetzt beschäftigt, die Zeit der ersten Romane und der vielen, allzu vielen Dramen, ist nur zu reich an den seltsamsten Rückfällen.

Vor allem sind die Werke dieser zweiten Periode viel tendenziöser und darum — trotz so vieler glänzender Wirklichkeitsschilderungen, die die Romantik der Abenteurergeschichten weit hinter sich lassen — unechter, unlebendiger als Ganzes genommen, als die Werke der Frühzeit. Während dort nur eine ganz allgemeine, aber um so stärkere und leidenschaftlichere revolutionäre Stimmung herrscht, ist jetzt der Marxismus die „positive Grundlage", das Erfurter Programm herrscht uneingeschränkt, und je gewissenhafter die tugendhaften Helden der Dramen und Erzählungen seit 1905 sich an dieses Programm halten, desto langweiliger werden sie. Den Tiefpunkt bedeutet wohl „Die Mutter", der Roman von der Bekehrung der einfachen Handwerkersfrau zum Sozialismus, heute nur noch als Filmdrama zu ertragen . . .

Da brachte das Jahr 1913 die große Überraschung: die Selbstbiographie „Kindheit", der 1917 als zweiter Teil „Unter fremden Leuten" folgte. In diesen zwei Büchern hat Gorkij sein Bestes gegeben, sie allein werden die Zeiten überdauern — neben ihnen allenfalls noch das „Nachtasyl" als dasjenige Werk, in dem er Stimmungen und Motive seiner ersten Periode noch einmal zum einheitlichen Kunstgebilde zusammenfaßt.

Gorkij ist nicht der erste russische Dichter, der in einem Memoirenwerk — also der Darstellung wirklicher, nicht erfundener Begebenheiten — sein Bestes geboten. Als Vorgänger wäre vor allem Aksakow mit seiner „Familienchronik" und den „Kinderjahren Bagrows des Enkels" zu nennen, so verschieden das hier geschilderte Milieu, die menschliche und dichterische Eigenart des Verfassers auch von Gorkij und seiner Welt sein mag. Aksakow steht am Anfang, Gorkij am Ende einer Entwicklung, in deren Mitte wir Tolstoij mit seinen drei autobiographischen Novellen und Korolenko mit seiner „Geschichte meines Zeitgenossen" sehen. Diese vier großen Memoirenwerke, denen man noch Herzens „Erlebtes und Gedachtes" hinzufügen muß, schließen sich zusammen zu einem einzigen umfassenden Gesamtbild des ganzen russischen Volkslebens. Wer sie gelesen hat, der kennt das alte, vorrevolutionäre Rußland. Und das Bild wäre ohne Gorkijs Selbstbiographie unvollständig geblieben. Zu der Darstellung des ländlichen und städtischen Adels und der bürgerlichen „Intelligenz" kommt bei Gorkij die des Kleinbürgertums, des sogenannten „Mittelstandes", der in Rußland ganz etwas anderes ist als das, was in Deutschland denselben Namen trägt. Aber man muß diese Gesellschaftsschicht kennen, wenn man Rußland verstehen will, und eben darin liegt die große Bedeu-

Digitized by Google

tung der Gorkijschen Memoirenbücher für den westeuropäischen Leser: sie bieten Einblick in eine ganz neue, fremde Welt, die Gogol nur in grotesker Verzerrung, Tolstoj und Turgenew überhaupt nicht gezeigt haben und auf die auch bei Dostojewskij nur gelegentliche Streiflichter fallen. Der eigentliche, der große Dichter dieser Welt ist Maxim Gorkij. Der Sänger des Lumpenproletariats wurde zum Homer des Kleinbürgertums — ein Homer allerdings, der vielfach juvenalische Züge aufweist. Denn mag der reife Gorkij den Glauben an das allein seligmachende „Barfüßertum" auch längst verloren haben, mag er auch über den einseitigen Marxismus hinausgewachsen sein, — geblieben ist ihm der Abscheu gegen das Kleinbürgertum und nirgends tritt dieser Abscheu so schroff zutage wie in den Jugenderinnerungen. Aber nirgends erscheint er auch so berechtigt, und vor allem: der Haß hat dem Dichter nur zu oft die Feder geführt, doch er hat seinen Blick nicht verdunkelt; im Gegenteil: alle Dinge sind in diesen Büchern mit erstaunlicher Klarheit und Deutlichkeit gesehen, mit einem Scharfblick, dem nichts entgeht.

Der russische Kleinbürger besitzt alle Untugenden des westeuropäischen Bourgeois, ohne dessen Vorzüge zu besitzen. Er ist noch ganz Barbar, hat aber die Naivität des Barbaren verloren und gebraucht sein bißchen Vernunft wirklich fast nur, „um tierischer als jedes Tier zu sein". Alle wesentlichen Züge des russischen Volkscharakters, dieser seltsamen Mischung von Ost und West, finden sich beim Kleinbürger, beim „Mestschanin", nur entartet und verzerrt. Bedenkt man, daß ein großer Teil der „Intelligenz" aus diesem Milieu emporgestiegen ist, so wird einem vieles begreiflich, was an dieser Intelligenz so rätselhaft schien, viele Widersprüche klären sich von selbst auf. Der „Aufstieg" zur „Intelligenz" bedeutet oft nur eine gewisse Änderung der äußeren Lebenslage, verbunden mit der Aneignung bestimmter Fachkenntnisse; innerlich bleibt man der alte Barbar, oder — was noch häufiger ist — fällt unter dem Einfluß der Umgebung wieder in die Barbarei zurück. Typisch sind die Verhältnisse in Gorkijs Elternhause: in zweiter Ehe heiratet Gorkijs Mutter einen Techniker mit Hochschulbildung, dessen Bruder aktiver Offizier ist, — und dieser „gebildete" Mann prügelt seine Frau genau so wie der Färbermeister Kaschirin, Gorkijs Großvater, die seine. Diese Leute sind über das bloße Pflanzendasein schon hinaus, sie stehen aber dem Leben nicht bewußt genug gegenüber, um es fassen und formen zu können. Daraus ergibt sich als Grundstimmung das Gefühl einer sinnlosen Leere des Daseins, ohne die Kraft, es anders zu gestalten, ihm Zweck und Inhalt zu geben. Auch der wirklich „Intelligente" kennt dieses Gefühl der Leere und bei ihm findet es oft einen tief ergreifenden künstlerischen Ausdruck (Tschechow!); beim kleinbürgerlichen Halbbarbaren äußert es sich vorwiegend in einer unsinnigen Zerstörungswut, einer wilden Grausamkeit, die Men-

Digitized by Google

schen und Tiere quält, nur um zu quälen. Viele der grauenhaftesten Erscheinungen der russischen Revolution werden uns begreiflich durch diese Schilderungen Gorkijs, von denen er selbst sagt: „Warum ich all diese Scheußlichkeiten erwähne? Damit Sie davon wissen, meine Herrschaften, denn es handelt sich nicht etwa um weit zurückliegende Dinge, um eine ferne Vergangenheit. Sie freuen sich an erfundenen Schauergeschichten, an hübsch erzählten Schrecknissen, die Ihre Phantasie angenehm kitzeln. Ich aber kenne das Alltäglich-Grauenhafte, das wirklich Schreckliche, und ich habe das unbestrittene Recht, Sie unangenehm aufzuregen durch Berichte darüber, damit Sie klar sehen, wie und in welcher Umgebung Sie eigentlich leben." Ja, aus seinen tollen Schundromanen gewinnt er die Vorstellung, daß es sich im Auslande viel leichter und schöner lebt als daheim, denn auch die Bösewichte in diesen Schauerromanen imponieren durch ihre Zielbewußtheit, durch die Festigkeit und Klarheit ihres Wollens. Es findet sich bei ihnen nichts von jenem sinn- und zwecklosen Höhnen und Martern Unschuldiger, das von den Leuten seiner Umgebung als bloßer Zeitvertreib geübt wird.

Es ist vor allem diese Umwelt, auf deren Schilderung es Gorkij ankommt. Das Werden der eigenen Persönlichkeit tritt dabei in den Hintergrund; ja, oft hat man von den rein biographischen Partien den Eindruck des Konstruierten, künstlich Arrangierten. Viel lebendiger als der Erzähler selbst treten die verschiedenen Personen vor uns, denen er in seinem buntbewegten Leben begegnet ist. Eine reichere Galerie lebensvoller Gestalten hat er in keinem seiner früheren, rein dichterischen Werke vorgeführt. Man sieht sie alle deutlich vor sich: die Großmutter mit ihren wundersamen Märchen und Liedern, den Großvater mit seinem strengen finstern Gottesglauben, die „vornehme" Dame, die den Knaben in die Wunderwelt Puschkins einführt, aber nichts darin sieht, ihn in ihrem Schlafzimmer in Gegenwart ihres halbentkleideten Liebhabers zu empfangen („Plebejer sind geschlechtslos"), die Wäscherin, die ihre Tochter aufs Gymnasium gibt und selbst in der Gosse endet, der jüdische Apotheker, der als einziger dem Knaben auf seine Frage, wer die Hunnen gewesen seien, nicht mit Schimpfworten und Ohrfeigen antwortet, sondern ihm richtige Auskunft gibt, der Schiffskoch, der sich die verschiedensten Bücher vorlesen läßt, nur um sich am Klang der Worte zu berauschen, ohne sich im geringsten um den Sinn zu kümmern usw. usw.

Aus der Erkenntnis der Sinn- und Zwecklosigkeit dieses kleinbürgerlichen Daseins kommt Gorkijs Kulturschwärmerei einerseits und seine Verherrlichung des Industriearbeiters andererseits. Es ist nicht genug, daß man sich aus dem Sumpf hinaussehnt; die Sehnsucht soll zur Tat treiben, zur Tat werden. Kleinbürger und Bauer sind für Gorkij stagnierende Elemente, der Arbeiter vertritt den Fortschritt, die Entwicklung. Was der

Digitized by Google

Bauer schafft, was er dem Boden abringt, verzehrt er wieder; was der Arbeiter schafft, Wohnhäuser, Fabriken, Straßen, Brunnen, das bleibt, das überlebt seinen Erbauer, überlebt die Jahrhunderte. Gorkijs Kulturideal ist durchaus materialistisch, darin liegt seine Einseitigkeit, seine Schwäche, aber materialistisch war letzten Endes auch Tolstojs Ethik: er predigte keine Askese, sondern gleiches Recht für alle. Und es soll Gorkij unvergessen bleiben, daß er unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution in seiner Zeitung „Nowaja Shisn" schrieb: „Ist die Revolution außerstande, sofort im ganzen Lande eine angestrengte, aufbauende Kulturarbeit wachzurufen, so ist sie vergeblich gewesen, und wir sind ein Volk, das nicht lebensfähig ist." Im Namen der Kultur bekämpfte der einstige Sänger des „fünften Standes" den Terror der Bolschewisten mit einer Heftigkeit, die ihm den Namen eines Verräters am Proletariat einbrachte. Selbst den großen, später so vergötterten Lenin wagte er damals (woran er sich heute vielleicht nicht gern erinnern läßt) einen „Wirrkopf" (bestolkowyj) zu nennen. Ein Jahr darauf schloß er Frieden mit Lenin, um zu retten, was noch zu retten war, und tatsächlich haben die russischen Schriftsteller und Gelehrten seinem unermüdlichen Eintreten für ihre Interessen sehr viel zu danken . . .

Gorkijs neueste Veröffentlichungen sind — wenn man von den zwei großen Romanen „Die Artamonows" und „Klim Samgin" absieht — auch durchweg Memoiren, Schilderungen aus der Zeit, die auf die „Lehrjahre" folgte, der Zeit seiner Irrfahrten durch das heilige Rußland, seiner ersten literarischen Versuche und seiner zahlreichen Begegnungen mit den dii majores und minores der russischen Literatur und der revolutionären Bewegung. Er gibt diese Erinnerungen nicht mehr in Form einer zusammenhängenden Erzählung, sondern als einzelne Skizzen, scheinbar ohne alle „literarischen" Ansprüche und doch jede ein farbiges, scharf konturiertes, Leben atmendes Bild. Was er von Tschechow, von Leonid Andrejew, von Lenin, von Krassin, vor allem von Leo Tolstoj zu erzählen weiß, ist ungemein fesselnd. Er zieht keine Schlüsse, er rundet sein Bild nicht ab, er löst keine Widersprüche auf, er erzählt einfach, wie es gewesen ist. Aber dieser anscheinend nur referierenden, nicht komponierenden, nicht stilisierenden Darstellungsweise wohnt eine außerordentliche gestaltende Kraft inne. Tolstojs Gestalt tritt uns bei Gorkij so lebendig und zugleich so überwältigend groß entgegen, gerade weil der Erzähler ihn zeigt, wie er wirklich war, weil er darauf verzichtet, das Wesen des Unbegreiflichen auf eine bequeme Formel zu bringen. Und wenn jetzt Gorkijs Erinnerungen an allerlei „kleine" russische „Größen", wie der Schriftsteller Karonin, der ukrainische Dichter Kociubinskyj u. ä. — Namen, die uns nichts sagen und uns kaum je etwas sagen werden — auch in deutscher Übersetzung erscheinen, so könnte man wohl meinen, diese Übersetzung wäre doch eigentlich recht überflüssig.

Digitized by Google

Was gehen uns diese russischen Durchschnittsmenschen an? Aber wenn man dann liest, wird man immer mehr gefesselt: denn es offenbart sich einem auch hier — kaum merkt man wie — ein ganz bedeutendes Stück russischen Lebens, russischer Wirklichkeit; wir lernen dadurch das Russentum überhaupt besser verstehen, jenes Russentum, von dem in Gorkijs „Kindheit" die unvergeßlichen Worte stehen:

„Nicht das allein ist das Staunenswerte an unserem Dasein, daß die auf ihm lagernde Schicht jeglicher viehischen Gemeinheit so fett und fruchtbar ist, sondern daß durch diese Schicht hindurch dennoch ein Helles, Gesundes, Schöpferisches emporwächst, ein Gütig-Menschliches, das uns fest vertrauen läßt, es sei auch uns noch eine Wiedergeburt zum lichten und reinen Menschendasein beschieden."

Bibliographie

bearbeitet von H. Jonas.

A. Deutschland.

(Januar 1926 bis September 1927.)

Veröffentlichungen über Sowjetrußland in deutscher Sprache.

III. Geistiges Leben (Buchstaben K bis Z).

Kaus, Otto: Die Träume in Dostojewskijs „Raskolnikoff". München 1926. Verlag J. F. Bergmann. III u. 77 S.

Kessel, Joseph: Die rote Steppe. Novellen. Stuttgart 1927. Verlag Julius Hoffmann. 170 S.

Kessel, Joseph und Iswolski, Helene: Die blinden Herrscher. Ein Roman um Rasputin. Stuttgart (1926). Verlag Julius Hoffmann. 299 S.

Korolenko, W.: Der Tscherkesse. Erzählung. Leipzig 1926. Renaissance-Verlag. 158 S.

Krasnow, P. N.: In der mandschurischen Einöde. Ins Deutsche übertragen von Rudolf Freiherr von Campenhausen. Jena 1926. Frommannsche Buchhandlung. 162 S.

Kuprin, Alexander: Die sieben Liebesnächte der Sulamith. Roman. Leipzig 1926. Renaissance-Verlag. 181 S.

Lach, Robert: Gesänge russischer Kriegsgefangener. Wien 1927. Verlag Hölder-Pichler-Tempsky A.-G. 135 S.

Leonow, Leonid: Die Bauern von Wory. Roman. Wien 1926. Verlag P. Zsolnay. 576 S.

Ljeskow, Nikolai: Der Bösewicht von Askalon. München 1927. Verlag Georg Müller. 211 S.

Ljeskow, Nikolaj: Die Domherren. Roman. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 458 S.

Digitized by Google

Luther, Arthur: Alexander Puschkin in seinen Briefen. Berlin 1927. Ost-Europa-Verlag. XV u. 230 S. (Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte. 7. Heft.)

Mahrholz, Werner: Dostojewskij. Ein Weg zum Menschen, zum Werk, zum Evangelium. Berlin 1926. Furche-Verlag. 72 S.

Malinowsky, S. A.: Die deutschen katholischen Kolonien am Schwarzen Meere. Berichte der Gemeindeämter über Entstehung und Entwicklung dieser Kolonien in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1927. Ausland und Heimat Verlags-A.-G. 36 S. (Schriften des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart. Reihe C: Dokumente des Auslandsdeutschtums. Band 2.)

Maul, Fritz: Sibirien, das ewige Schweigen. Novelle. Darmstadt 1927. Woog-Verlag. 30 S.

Mintzloff, Sergei: Zar Berendei. Eine wahre Geschichte aus den Urwäldern Sibiriens. München 1926. Verlag G. Hirth. 234 S.

Mitteilungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin. Berlin 1927. Verlag Walter de Gruyter & Co. 73 S. (Heft 1.)

Byzantinisch-Russische Monumentalmalerei. Herausgegeben anläßlich der von der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas" veranstalteten Ausstellung im Alten Kunstgewerbe-Museum, Berlin. (Veröffentlichungen des Kunstarchivs Nr. 22/23.) Berlin 1926. Werkkunst-Verlag, G. m. b. H. 47 S. mit Abbildungen.

Naschiwin, I.: Stepan Rasin. Ein Bauernaufruhr in Rußland im 17. Jahrhundert. Roman. Leipzig 1927. Dr. Fritz Fikentscher Verlag. 464 S. (Die Russische Revolution im Spiegel der Dichtung, hrsg. von Wolfgang E. Groeger, Viertes Werk.)

Nemilow, A. W.: Leben und Tod. Leipzig 1927. Verlag Hesse & Becker. 156 S.

Nemirovskij, M. J.: Die Schulbildung in der Ukraine. Berlin 1926. Verlag H. Sack. 35 S.

Nötzel, Karl: Die russische Leistung. Karlsruhe 1927. Verlag G. Braun. 114 S. (Sammlung: Wissen und Wirken. Band 45.)

Nötzel, Karl: Ein deutscher Heiliger in Rußland, Friedrich Haas. 3. Aufl. Bruderhof-Leipzig o. J. Eberhard-Arnold-Verlag. 37 S.

Nötzel, Karl: Das Evangelium in Dostojewskij. Aus dem Gesamtwerk ausgewählt. Sannerz und Leipzig 1927. Eberhard Arnold-Verlag. 238 S. (Quellen. Lebensbücherei christlicher Zeugnisse aller Jahrhunderte, hrsg. von Eberhard Arnold, Bd. 20.)

Ognjew, Nikolai: Das Tagebuch des Schülers Kostja Rjabzew. Ins Deutsche übertragen von Maria Einstein. Berlin (o. J.). Verlag der Jugendinternationale. 270 S.

Poljakoff, S.: Sabbatei Zewi. Roman. Berlin 1927. Welt-Verlag. 300 S.

Potapenko, J. N.: Manitschka. Erzählung. Deutsch von H. Fick. Reutlingen. Verlag Ensslin & Laiblin. 96 S.

Puschkin, A.: Anekdoten und Tischgespräche. Hrsg. von J. v. Guenther. München 1925. Allgemeine Verlagsanstalt. 107 S.

v. Rathlef-Keilmann, H.: Altrussische Bauernlegenden. Berlin 1926. Furche-Verlag. 56 S.

Rimsky-Korssakow, N.: Sadko. Romant. Oper in 7 Bildern. Aus dem Russischen übersetzt von H. Möller. Leipzig 1927. Verlag M. P. Belaieff. 67 S.

Russische Filmkunst. Vorwort von Alfred Kerr. Berlin-Charlottenburg 1927. Verlag Ernst Pollak. 28 S. u. 144 Tafeln.

Digitized by Google

Junges Rußland. Sonderheft der literarischen Monatsschrift „Orplid", herausgegeben von Dr. Martin Rockenbach. München-Gladbach-Köln 1927. Orplid-Verlag, G. m. b. H. 96 S.

Sakulin, Prof. P. N.: Theater des Fürsten A. J. Sumbatow. Autor. Übersetzung aus dem Originalmanuskript von M. Hirschmann. Berlin 1927. Verlag Russische Bühnenkunst. 76 S.

Schmeljow, Iwan: Der niegeleerte Kelch. Berlin 1926. Verlag S. Fischer. 115 S.

Sinner, Peter: Der Deutsche im Wolgalande. Langensalza (1927). Verlag von Julius Beltz. 95 S. (Der Deutsche im Auslande. Hrsg. von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. 30. Heft.)

Solowjew, Wladimir: Das Lebensdrama Platons. Mainz 1926. Matthias-Grünewald-Verlag. XIV u. 145 S.

Soschtschenko, M.: Lustiges Abenteuer. Heidelberg 1927. Merlin-Verlag. 81 S.

Tairoff, Alexander: Das entfesselte Theater. Aufzeichnungen eines Regisseurs. 2. Auflage. Potsdam 1927. Verlag G. Kiepenheuer. 112 S.

Tolstoi, Alexej: Der Bojar Iwans des Schrecklichen. (Der silberne Fürst.) Hist. Roman. Berlin 1926. Verlag Johndorff & Co. 382 S.

Tolstoi, Graf Alexis: Iwan, der Schreckliche. Roman. Leipzig 1927. Verlag Hesse & Becker. 408 S.

Tolstoi, Graf A. K.: Ibykus. Der Roman eines Revolutions-Abenteurers. Heidelberg (1927). Merlin-Verlag. 230 S.

Tolstoi, Alexej und Schtschegolew, P. E.: Rasputin oder die Verschwörung der Zarin. Ein Stück Weltgeschichte in 5 Aufzeichnungen und 1 Vorspiel. Heidelberg 1927. Merlin-Verlag. 89 S.

Tolstoi, Graf Leo: Auferstehung. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 630 S.

Tolstoi, L. N.: Auferstehung. Roman in 3 Teilen. Deutsche Buch-Gemeinschaft 1927. 514 S.

Tolstoi, Leo: Krieg und Frieden. Roman. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 3 Bde. 686, 688, 600 S.

Tolstoi, Leo: Krieg und Frieden. Roman. Berlin 1926. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag. 4 Bde. 396, 223, 262, 280 S.

Tolstoi, Graf Leo: Die Kreutzersonate. Mit einem Geleitwort von Gerhart Hauptmann. Berlin 1926. Verlag M. Maschler. 242 S.

Tolstoi, Graf Leo: Die Kreutzersonate u. a. Erzählungen. Leipzig 1927. Verlag Hesse & Becker. 364 S.

Tolstoi, Graf Leo: Hadschi-Murad u. a. Erzählungen. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 384 S.

Tolstoi, Graf Leo: Die Kosaken. — Zwei Husaren. Erzählungen. Leipzig 1927. Verlag Hesse & Becker. 272 S.

Tolstoi, Graf Leo: Der Überfall u. a. Erzählungen. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 299 S.

Tolstoi, Leo: Vier Volkserzählungen. Stuttgart 1926. Sommergarten-Verlag, Greiner & Pfeiffer. 71 S.

Tolstoi, Leo: Volkserzählungen. Leipzig 1926. Verlag Reclam jr. 208 S.

Tolstoi, Graf Leo: Wo Liebe ist, da ist auch Gott. Fünf Volkserzählungen. Berlin 1926. Furche-Verlag. 83 S.

Digitized by Google

Tolstoi, Leo: Kindheit. Novelle. München 1926. Verlag Georg Müller 234 S.

Tolstoi, Graf Leo: Jugenderinnerungen. Kindheit, — Knabenalter — Jünglingszeit. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 435 S.

Tolstoi, Leo: Wie die Liebe vergeht und andere Werke. Erste deutsche Veröffentlichung aus dem Nachlaß des großen Dichters. Berlin 1926. Einbrödler-Verlag. 361 S.

Tolstoi, Leo: Briefwechsel mit der Gräfin A. A. Tolstoi. Herausgegeben von Ludwig Berndl. Zürich 1926. Rotapfel-Verlag. XV und 466 S.

Tolstoi, L. N.: Aufruf an die Menschheit. Muß es denn wirklich so sein? Berlin 1927. Verlag „Der Syndikalist" F. Kater. 20 S.

Trubetzkoy, Fürst Eugen N.: Die Weltanschauung der altrussischen Ikonenmalerei. Paderborn 1927. Verlag Ferdinand Schöningh. 99 S.

Tschechow, Anton: Erzählungen. Einführung von Arthur Luther. Berlin 1926. Domverlag. 332 S.

Tschechow, Anton: Humoresken und Satiren. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 422 S.

Tschechow, Anton: Der Lehrer. München 1927. Verlag Georg Müller. 221 S.

Tschechow, Anton: Der schwarze Mönch. Novellen. Wien 1926. Verlag P. Zsolnay. 336 S.

Tschechow, Anton: Die Möwe. Schauspiel in 4 Aufzügen. Leipzig 1927. Verlag P. H. Reclam jun. 62 S.

Turgenieff, Iwan: Rudin. München 1927. Verlag Georg Müller. 232 S.

Turgeniew, Iwan: Neuland. Roman. Die Buchgemeinde 1927. 413 S.

Turgenjew, Iwan: Väter und Söhne. Leipzig 1926. Verlag Hesse & Becker. 318 S.

Zehn Jahre Sowjetrußland. Dramatische Dichtung. Berlin 1927. Verlag Junge Garde. 27 S. („Mit Hammer und Sichel". Agitationsspiele des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, Nr. 8.)

Zelenin, D.: Russische (Ostslawische) Volkskunde. Berlin 1927. Verlag Walter de Gruyter & Co. XXVI u. 424 S. (Grundriß der slawischen Philologie und Kulturgeschichte. 3. Band.)

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die ausländischen diplomatischen Vertreter über die Revolution von 1917. (Inostrannye diplomaty o revoljucii 1917 goda.) Herausg. von *A. Popov.* *„Krasnyj Archiv", 1927, Bd. XXIV, S. 108—163.*

Die Veröffentlichung bringt das Material der Dechiffrierabteilung des russischen Ministeriums des Auswärtigen in der Zeit vom 24. Februar bis zum 26. Oktober 1917. Zum Abdruck gelangen in erster Linie die telegraphischen Berichte des englischen Botschafters in Petersburg, dann die des Gesandten der Vereinigten Staaten, der italienischen, rumänischen, griechischen, persischen, schweizerischen und japanischen Gesandten über die Ereignisse in Rußland, teilweise auch die Anfragen der betreffenden Regierungen an ihre Vertreter. Überraschenderweise fehlen völlig die

Digitized by Google

Berichte des französischen Botschafters in Petersburg. — Die Ereignisse werden in den vorliegenden Dokumenten öfters unrichtig dargestellt; interessant ist aber die darin zum Ausdruck kommende Furcht der Entente-Mächte vor einem nunmehr bevorstehenden militärischen Zusammenbruch Rußlands und die ausgesprochen panikartige Stimmung, die sich damals unter der Wucht der Ereignisse des diplomatischen Korps in Petersburg bemächtigt hat. L. J.

Die Getreidebeschaffung und die Klassen im Dorfe. (Chlebozagotovki i klassy v derevne.) Leitartikel.
„Bol'ševik" Nr. 3—4, 29. Februar 1928, S. 3—6.
Die in den letzten drei Monaten besonders scharf in Erscheinung getretenen Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung können durch erhöhte Zufuhr von Industrieerzeugnissen in die landwirtschaftlichen Gebiete und durch Verbesserung des Aufkaufapparates nur teilweise behoben werden. Die Hauptmaßnahme hat darin zu bestehen, daß die Kommunistische Partei — unter Berücksichtigung der Direktiven des 15. Parteikongresses über die Arbeit auf dem Dorfe — den rücksichtslosen Kampf mit dem auf dem Getreidemarkt spekulierenden Großbauerntum aufnimmt. Insbesondere sollen bei Großbauern, die Getreide zurückhalten, die Vorräte konfisziert werden; 25 % hiervon sollen als langfristiges Darlehen den Kleinbauern überlassen werden. Jede derartige Maßnahme ist unter Bezugnahme auf die gesetzlichen Bestimmungen des Sowjetstaates (Strafgesetzbuch der RSFSR., Artikel 107) durchzuführen, damit nicht der Eindruck erweckt wird, als ob eine Wiedereinführung des „Kriegskommunismus" bevorstehe. H. J.

II. Wirtschaft.

Zur Wirtschaftslage Rußlands. (Z gospodarczego polozenia Rosji.) Von *S. Skrzywan.*
„Przeglad Gospodarczy" 1928, Heft 5, S. 197—201.
Das Hauptwirtschaftsproblem der Sowjetunion ist die Krisis auf dem Getreidemarkt. Der Ankauf von Getreide auf dem inneren Markt hat sehr stark nachgelassen und ist erst in der letzten Zeit durch sehr energische Maßnahmen der Behörden gestiegen. Der Rückgang der Getreidebeschaffung liegt an der ungünstigen geographischen Verteilung guter und schlechter Ernte im letzten Jahr, an den niedrigen und schwankenden Ankaufspreisen, an der mangelhaften Belieferung des Dorfes mit Industrieprodukten. Die Folge des Rückgangs ist eine Verminderung der gesamten Ausfuhr und ein Mangel an gewissen Lebensmitteln auf dem inneren Markt. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten können bemerkenswerte Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Stadt und Land und die entsprechende Politik der Sowjetregierung haben. P. R.

Aussichten über Entwicklung der Einfuhr nach der Sowjet-Union. (Perspektywy rozwoju importu do Z. S. R. R.) Von *Ringman.*
„Przemysl i Handel", 1928, Heft 3. S. 104—107.
Die Einfuhr nach Rußland und die Beteiligung polnischer Waren hieran ist von der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung abhängig, der neun Zehntel der industriellen Produktion und des Handels der Sowjetunion unterstehen. Von Wichtigkeit sind in erster Linie hierfür die Produktionsfähigkeit der russischen Industrie, die Durchführung der Industrialisierung und die Kaufkraft der Bevölkerung. Ringman führt nun eine Reihe von Zahlen und Daten an, die die genannten Faktoren kritisch beleuchten. Die Zahl der Arbeitslosen berechnet er auf 2½ Millionen. Das Anlagekapital der Industrie habe trotz der großen Aufwendungen der Regierung 1926 erst 65 %, das umlaufende Kapital sogar erst 28 % des Vorkriegsstandes erreicht. Die bedenkliche Erscheinung der ungesunden Differenz der Preise für agrarische und Industrieprodukte sei nur vorübergehend behoben worden. Technische Fortschritte habe die russische Industrie im

Digitized by Google

Gegensatz zu den Industrien anderer Länder während des Krieges kaum gemacht. Der Auslandskredit Rußlands beschränkte sich auf Warenkredit. Der Verwaltungsapparat für die Herbeischaffung des Hauptexportartikels, des Getreides, arbeite außerordentlich teuer. Aus allen diesen Gründen sei ein Anwachsen der russischen Einfuhr erschwert, und diese sei im letzten Wirtschaftsjahr tatsächlich trotz des deutschen Kredits von 300 Millionen Mark nicht gestiegen, sondern gefallen. P. R.

Die Ergebnisse der Naphtha-Exportkampagne 1926/27. (Itogi nefte eksportnoj kampanii 1926/27) Von *L. X.*
„Sovetskaja Torgovlja" vom 1. 12. 1927, S. 4—6.
Charakteristisch für die russische Naphthapolitik des Jahres 1926/27 ist der Kampf mit dem Weltnaphthakapital (Shell und Deterding!). Das Ergebnis kann als außerordentlich zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Steigerung der russischen Naphthaausfuhr der letzten Jahre zeigen folgende Zahlen: 1922/23 309 000 t, 1923/24 723 000 t, 1924/25 1 316 000 t, 1925/26 1 449 000 t, 1926/27 2 006 000 t. Der planmäßig vorgesehene Absatz wurde zu 97 % erreicht. Die wichtigsten Naphthasorten sind Petroleum, Benzin und Heizöl. Ihre prozentuale Beteiligung am Export, verglichen mit den beiden Vorjahren, gestaltete sich folgendermaßen: Petroleum 21,5 % (21,1; 29,2), Benzin 29,5 % (27,0; 20,6), Heizöl 34,4 % (32,3; 31,8).
Unter den Absatzländern steht Italien mit 470 000 t an erster Stelle (374 000 t[1]). Es folgen Frankreich mit 379 000 t (176 000), England mit 375 000 t (378 000), Deutschland mit 242 000 t (222 000 t) und Ägypten mit 129 000 t (83 000). Charakteristisch ist, daß England, das 1925/26 noch an erster Stelle stand, jetzt von Italien und Frankreich überflügelt wurde. Künftige Schwierigkeiten sieht der Autor dann, wenn nicht dringende Schritte unternommen werden, um dem russischen Naphtha im Auslande einen eigenen handelstechnischen Apparat zu schaffen. R. S.

[1]) Die Zahlen in der Klammer beziehen sich auf das Vorjahr.

III. Geistiges Leben.

Zehn Jahre Kunst. (Desjat' let iskusstva.) Von *D. Aronovič.*
„Krasnaja Nov'", 1927, XI, S. 208—238.
Die Oktoberrevolution hat den bildenden Künsten in Rußland nicht nur neue große konkrete Aufgaben gestellt, sondern auch in ihrer „Rangordnung" tiefgehende Änderungen verursacht. Die Malerei, die früher unumstritten ihren ersten Platz behaupten konnte, tritt jetzt in den Hintergrund; an ihre Stelle rückt die Baukunst, denn nur „mit Hilfe monumentaler Maßstäbe und der Formen einer grandiosen Baukunst können die angestrengten Versuche, den großen Stil unseres Zeitalters zu finden, am besten gelöst werden". Allein infolge Mangels an Aufträgen müssen die scharfen Kämpfe zwischen den verschiedenen Architekturschulen, durch die die Entwicklung der russischen Baukunst in den letzten Jahren gekennzeichnet wird, auf dem Papier ausgetragen werden. Den nächsten Platz, sagt A., nimmt die Bildhauerkunst ein, die besonders in den ersten Jahren nach der Revolution, als es galt, die Revolutionshelden der Gegenwart und der Vergangenheit mit Hilfe von Denkmälern dem Volk näher zu bringen, einen großen Aufschwung erlebt hat. — Für die Malerei bedeuteten die ersten Revolutionsjahre eine richtige „Sturm- und Drang"-Periode der „Linken", die als erste den Oktober anerkannt haben. Jedoch die breiten Volksmassen können die „-istische" Kunst nicht verstehen und fordern ein „Sujetbild". Und so geht „die Entwicklung der Malerei in den letzten 10 Jahren vom Futurismus und von der Sujetlosigkeit zum neuen, synthetischen und monumentalen Realismus". In ähnlicher Richtung bewegt sich auch die Entwicklung der besonders hochstehenden russischen Graphik und Illustrationskunst. Und was das neue russische Porzellan, die letzten Arbeiten der russischen Teppichfabriken, sowie end-

Digitized by Google

lich das Spielzeug anbetrifft, so stehen sie gleichfalls unter dem starken Einfluß der neuen Kunstformen, die dem Rhythmus unserer Zeit abgelauscht sind. L. J.

Der Oktober-Mythus. (Mif oktjabrja.) Von *M. Višnjak.*
„Sovremennyja Zapiski", Bd. XXXIII, S. 362—386.
Der Verfasser will den Nymbus zerstören, der sich im Laufe der Zeit um das Wort „Oktober", der die Welt mit neuen Ideen beglückt haben soll, gebildet hat. „Das zehnte Jubiläum der bolschewistischen Regierung hat qualitativ im Vergleich mit dem 9., 8. usw. nichts Neues gebracht." Die Errungenschaften des letzten Jahres sind, nach der Behauptung von Višnjak, äußerst kläglich, denn „es ist unbestreitbar, daß das Leben wie vordem instinktiv, stoßweise, blindlings weitergeht". Es liegt jedoch diesmal nicht in der Absicht des Verfassers, auf die konkreten Mängel des heutigen Lebens in Sowjetrußland einzugehen. Ihn interessiert hier nicht der „empirische" Standpunkt, sondern die Frage über die Aufgaben, die sich der Bolschewismus gestellt hat, und über seinen „metapolitischen" Sinn. „Weder der einzelne Mensch, noch die Klasse, die Heimat, die Menschheit als Ganzes, die Internationale der Werktätigen haben in den letzten fünf, sogar zehn Jahren etwas gewonnen; sie haben vielmehr vieles verloren. Der Glaube an den Menschen ist in alle Winde zerstreut, die Begeisterung, die Ehrfurcht vor dem Wort, die Liebe zur Arbeit, der Glaube an die Zweckmäßigkeit der kollektiven Bemühungen sind erloschen. Geweckt und gepriesen sind die egozentrischen, selbstsüchtigen, primitiven Instinkte des Menschen."

Viele Momente, die dem Bolschewismus eigen sind, kommen auch früher in der Geschichte vor; die „einmalige Einzigartigkeit des Bolschewismus besteht in einer antihistorischen Absicht, im Rahmen einer nationalen Revolution übernationale und Weltaufgaben zu lösen, in seinem Versuch, die zu spät gekommene und in den schwierigsten Verhältnissen des Weltkrieges geborene russische Revolution zum Ausgangspunkt einer Befreiung der ganzen, selbst der politisch und wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Welt zu machen, in dem Entschluß, in der Hoffnung auf eine Weltrevolution, das Schicksal einer großen, wenn auch ‚provinziellen' Revolution, wie das des ganzen Landes auf die Karte zu stellen". Der Schwerpunkt des „Oktobers" liegt nicht im „was", sondern im „wie", nicht im Endziel, sondern in der Methode, nicht im Sozialismus oder Kommunismus, sondern im Bolschewismus oder Leninismus. Daraus ergibt sich die nahe Verwandtschaft zwischen den Bolschewisten und Faschisten, die gleich scharfe Ablehnung des Prinzips der Persönlichkeit und der Freiheit. Die Persönlichkeit ist in Sowjetrußland der Idee des Klassenkampfes geopfert worden, und nicht zufällig war die Bemerkung Lenins, daß 90% des russischen Volkes untergehen könnten, sollten nur 10% davon die Weltrevolution erleben. Und auf die Frage von Iwan Karamasoff, ob die „höchste Harmonie" einer einzigen Träne eines gequälten Kindes wert sei, hat der Bolschewismus deutlich genug geantwortet, — er hat Menschen, Völker, eine konkrete Welt einem Phantom, einem Mythus als Opfer gebracht. L. J.

B. Polen.

Deutschland und Polen. Von ***
Der Ring. Politische Wochenschrift. 1. Jahrg. 1927/28, Heft 7, S. 123—125.
Trotz aller Schwierigkeiten fordern alle wirtschaftlich denkenden Menschen, daß wir zu einer Wirtschaftsverständigung mit Polen kommen. Polen ist der größte osteuropäische Markt für uns und dürfte es auf Jahrzehnte hinaus bleiben. Aber von der Herstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen darf in diesem Falle eine Bereinigung des politischen Gegensatzes nicht erwartet werden. Der deutsch-polnische Gegensatz ist das schwierigste Problem Osteuropas, und alle diplomatischen Vermitt-

Digitized by Google

lungsversuche sind zwecklos. Nur Fragen zweiten Ranges, wie die Minderheitenfrage, können bei Gelegenheit des Handelsvertrages mitgeregelt werden. Die Entscheidung der großen Probleme hängt von der Stellung ab, die Deutschland in der Kardinalfrage der osteuropäischen Politik, in der russischen Frage, einnehmen wird. Deutschland muß zwischen sowjetistischer und europäischer Politik wählen, und das wahrscheinlich ziemlich bald. Die deutsche Politik muß mit der Möglichkeit rechnen, daß das Russische Reich als politische Kategorie aus der osteuropäischen Politik verschwindet und Polen als die entscheidende osteuropäische Macht an seine Stelle tritt. R. R. B.

Deutsch-polnische Verhandlungen. Von *Dr. W. Bickerich.*
Der Deutschenspiegel, 5. Jahrgang, Heft 9, 2. März 1928, S. 393—397.
Der Handelskrieg hat für beide Teile die schwersten wirtschaftlichen Folgen gezeitigt. Für die deutsche Industrie ist der Aufbau einer Konkurrenzindustrie in Polen besonders unangenehm. Die Aussichten für den Abschluß eines Vertrages kann man nicht pessimistisch genug beurteilen. Die Angst vor politischen Auswirkungen des Niederlassungsrechtes wird Polen nicht so bald überwinden. In Polen sind besonders die Verbrauchermassen von den Wirkungen des Zollkrieges betroffen. In beiden Ländern ist der Wirtschaftskampf ein Gegenstand innenpolitischen Streites geworden. In Polen sieht man nur die politische, in Deutschland nur die wirtschaftliche Seite der Frage. Hier haben die deutsch-polnischen Industriebesprechungen außerordentlich aufklärend gewirkt. R. R. B.

Der polnische Korridor. (The Polish Corridor.) Von *F. C. Linfield.*
The Nation and Athenaeum, London, Vol. XLII, Nr. 13, 31. 12. 27, S. 505—506.
Der Korridor ist eine Unmöglichkeit. Die Lösung der schwierigen Frage darf weder im prodeutschen noch im propolnischen, sondern sie muß im gesamteuropäischen Sinne versucht werden. R. R. B.

Der wirtschaftliche Fortschritt Polens. Von *Eugeniusz Kwiatkowski.*
Nord und Süd, 51. Jahrgang, Heft 3, März 1928, S. 191—207.
Der polnische Minister für Handel und Industrie Kw. schildert in diesem Aufsatz die Schwierigkeiten, die dem wirtschaftlichen Aufstieg Polens entgegenstanden, und die Fortschritte, die auf währungstechnischem und finanziellem Gebiet, ebenso auf dem Gebiete der Agrarproduktion, des Bergbaus, der Industrie, des Handwerks und des Handels erzielt wurden. Er unterstreicht die große Bedeutung der Sanierungsanleihe vom Jahre 1927 und den sichtbaren Aufschwung der gesamten Wirtschaft seit dieser Zeit. H. W.

Die Veterinärfrage und der deutsch-polnische Handelsvertrag. (Sprawa weterynaryjna a traktat handlowy polski-niemiecki.) Von *Dr. Fischroeder.*
„Przemysl i Handel" 1928, Heft 6, S. 208—211.
Fischroeder untersucht aus Anlaß der bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse über die Einschleppung von Viehseuchen aus Polen die Lage des Veterinärwesens in Polen. Nach Mitteilungen über den Bildungsgang der polnischen staatlichen Veterinärärzte und die Organisationen der Veterinärverwaltung gibt der Verfasser eine Reihe von Beispielen über die erfolgreiche Bekämpfung von Viehseuchen in Polen. Aus dieser Darstellung zieht er selbst folgenden Schluß: „Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Organisation des Veterinärdienstes in Polen in keiner Weise als schlechter angesehen werden kann als die deutsche Organisation. Die eben angeführten Erfolge bei der Bekämpfung von Viehseuchen und die große Tüchtigkeit der polnischen Veterinärbehörden beweisen, daß die Verbreitung ansteckender Viehseuchen in Polen durchaus nicht größer ist als in Deutschland, sondern im Gegenteil, daß einige Krankheiten in Deutschland stärker verbreitet sind als in Polen; daß nach alledem Polen in bezug auf das Veterinärwesen völlig berechtigt ist, eine Sicherung der Ausfuhr von Tieren und tierischen Produkten zu erhalten." P. R.

Digitized by Google

Die polnische Handelsbilanz. (Bilans Handlowy Polski.) Von *Dewey.*
„Przemysl i Handel", 1928, Heft 9, S. 333—335.
Der amerikanische Finanzberater der polnischen Staatsbank beschäftigt sich in diesem Aufsatz vor allem mit der Frage, ob und inwieweit die gegenwärtige Passivität der polnischen Handelsbilanz bedenkliche Folgen haben könne. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß die Notwendigkeit der Erneuerung des zerstörten Kapitals in Polen und der Einfuhr von Rohstoffen und Produktionsmitteln an sich eine Passivität der polnischen Handelsbilanz zur Folge haben könne, daß aber hierin keine Gefahr liege, solange sich die Passivität in mässigen Grenzen halte, zumal sie durch Kapitaleinfuhr ausgeglichen werden könne. Dagegen warnt Dewey vor einer Belastung der polnischen Handelsbilanz durch unproduktive, lediglich dem Konsum dienende übermäßige Einfuhr. P. R.

Der Dichter der polnischen Seele — Jan Kasprowicz. (Poeta duszi polskoej — Jan Kasprowicz.) Von *Konstantin Balmont.*
„Droga" Nr. 4—5, 1927, S. 4—13.
Dieser Vortrag, den Balmont während seines Aufenthaltes in Polen (April 1927) in allen größeren Städten hielt, berührt tiefer das Verhältnis Rußlands zu Polen als die Persönlichkeit des kürzlich verstorbenen polnischen Dichters. Balmont unterstreicht die Bedeutung der polnischen Literatur für jeden denkenden Russen, erwähnt auch seine persönlichen Beziehungen zu den polnischen Dichtern, die während seiner ersten Emigrierung (1905—12) in Paris angeknüpft wurden. In Kasprowicz erblickt er den Ausdruck der polnischen Seele — eine Synthese von stürmischer Tatkraft und religiöser Romantik. Die tiefe Liebe zur Natur, die besonders in den letzten Gedichtsbänden von Kasprowicz — „Moj swiat" und „Ksiega ubogich" zum Ausdruck kommt, veranlaßt Balmont (der einige dieser Gedichte ins Russische übertragen hat), den polnischen Dichter mit Franz von Assisi zu vergleichen. E. S.

Die Poesie des edlen Mißverständnisses. (Poezja szlachetnego nieporozumenia.) Von *Pawel Hulka-Laskowski.*
„Wiadomosci literackie", Nr. 1, (209), 1928.

Gestern und Morgen in der polnischen Poesie. (Wczoraj i jutro poezji w Polsce. Von *Wlad. Broniewski.*
„Wiadomosci literackie", Nr. 4, (212), 1928.
Es handelt sich hier um einen Streit um die sogenannte „proletarische" Poesie, d. h. um Gedichte, die von den jüngeren polnischen Dichtern (Wandursky, Jasienski, Broniewski, Stern u. a.) für das Proletariat geschrieben werden. Hulka-Laskowski behauptet, daß diese Gedichte für die Arbeiter alles andere als Poesie bedeuten, ja ihnen unverständlich sind, denn diese Dichter stehen außerhalb des Proletariats, das sie zum Kampf aufrufen: sie spielen hier die Rolle eines „Regimentsorchesters, das — vom Schlachtfeld ferngehalten wird". Sie kennen das Proletariat nicht, das sie sich als eine abstrakte, einheitliche Masse vorstellen, und wollen nicht begreifen, daß die Arbeiter keine Lust haben, immer wieder von Maschinen, Werkzeugen, Streiken usw. zu lesen, die sie ohnehin zu gut kennen. Die wirkliche Arbeiterpoesie, behauptet Hulka-Laskowski, führt den Arbeiter aus dem Fabrikgebäude in die Natur hinaus; sie berührt die ewig neuen Themen: die Liebe, das Leben, den Tod.
Gegen diese Auffassung von der proletarischen Poesie protestiert Broniewski in derselben Zeitschrift (Wiadomosci Literackie, Nr. 4). Die Aufgabe der Dichtung ist zwar nicht, das Proletariat zum Kampf zu führen — das ist die Sache der revolutionären Organisationen —, sondern seinen Stimmungen Ausdruck zu verleihen. Es hieße aber die Arbeiter unterschätzen, wenn man behaupten wollte, daß sie nur auf „Blumen- und Sternengedichte" reagieren können. Das Klassenbewußtsein gestattet dem polnischen Proletariat, allen politischen und sozialen Problemen der Zeit ein Interesse entgegenzubringen, auch die Dichtung bedeutet für es nicht

Digitized by Google

nur Unterhaltung: die Poesie der Arbeit ist die Poesie der Avantgarde der arbeitenden Massen. — Wenn auch Broniewski selbst zu „proletarischen" Dichtern gehört, so wirkt sein Protest, trotz Zitaten aus dem „Kommunistischen Manifest", nicht überzeugend genug. E. S.

C. Litauen.

Die polnisch-litauische Grenze. (La frontière polono-lithuanienne.) Von *Alexandre Merlot.*

„La Pologne politique économique, litéraire et artistique" v. 15. Februar 1928, S. 139 ff.

Der Verfasser verteidigt den polnischen Standpunkt und behauptet, daß die Wilnafrage bereits durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923, der auf den litauischen und polnischen Deklarationen begründet war, zugunsten Polens entschieden und vom Völkerbundsbeschluß (10. Dezember 1927) endgültig gelöst sei. Die Überzeugung Woldemaras', die Wilnafrage harre noch ihrer Lösung, müsse folglich auf einem Mißverständnis beruhen. E. S.

Litauen und sein Konkordat. Von *Edm. Raitz v. Frentz.*

„Abendland", 1928, Heft 5, S. 137-139.

Die neuere Geschichte Litauens war „ein erschütternder, mit stummem Heldenmut durchgefochtener Kampf" gegen die gewaltsame Russifizierung des Landes. Der Katholizismus war dabei ein wichtiger Faktor für die Aufrechterhaltung des litauischen Volkstums, um so mehr, als die Litauer schon zahlenmäßig viel zu schwach waren, um einen offenen Kampf gegen Rußland aufzunehmen. Der Vatikan hat, nach der Behauptung des Verfassers, den nationalen Bestrebungen der Litauer stets Rechnung getragen: deswegen bedeutet auch die jüngste „Eingliederung Wilnas in den Verband der polnischen Diözesen des römisch-katholischen Ritus durch das Konkordat mit Polen seitens des Vatikans nur eine Anerkennung der tatsächlichen Lage, aber keinen ewigen Rechtstitel auf Wilna als eine polnische Metropole". L. J.

Die russische Schule in Litauen. (Russkaja škola v Litve) Von *A. Tyminskij.*

„Russkaja škola za rubežom", 1927, Heft 24, S. 707-719.

Der Weltkrieg hat die Arbeit der russischen Schule in Litauen gewaltsam unterbrochen. Die Loslösung des Landes vom russischen Reich gestattet auch heute noch nicht, sie im früheren Umfange aufzunehmen. Trotz der großen Masse der russischen Bevölkerung in Litauen — über 50 000 Einwohner — sind nur ca. 20 russische Schulen eröffnet worden. Von 8000 schulpflichtigen Kindern konnten Ende 1926 nur 1200 Kinder aufgenommen werden, was ca. 8 % ausmacht. 8 % der russischen Kinder besuchen die nichtrussische Schule, ca. 80 % — bleiben überhaupt dem Schulunterricht fern. Der russischen Bevölkerung, die größtenteils den untersten Schichten angehört, fehlt es einerseits an nötiger Energie, um die Hindernisse, die seitens der nationalistisch eingestellten litauischen Regierung ihr in den Weg gelegt werden, zu überwinden, andererseits an Geldmitteln, um aus eigener Initiative heraus neue russische Schulen zu gründen. L. J.

D. Lettland.

Im südlichen Teil der Ostseeprovinzen. 1919. (V južnoj Pribaltike.) Von *Fürst A. Lieven.*

„Beloje Delo", 1927, Band III, S. 180-208.

Fürst L., der aktive Teilnehmer des Kampfes für die Befreiung Lettlands und Estlands von den bolschewistischen Truppen, schildert hier anschaulich die politische Lage der Ostseestaaten im Jahre 1918, die Mission des Generals von der Goltz, die Haltung der Ententemächte, die Bildung der baltischen Landeswehr und des russischen Freiwilligenkorps, sowie die Militäraktionen des letzteren in der Zeit vom Januar bis Juli 1919. L. J.

Digitized by Google

Der provisorische Handelsvertrag Polens mit Lettland. (Prowizoryczny uklad handlowy z lotwa.) Von *Geppert.*
„Przeglad Gospodarczy", 1928, Heft 2, S. 46–47.
Die Schwierigkeiten des Abschlusses eines endgültigen polnisch-lettländischen Handelvertrages liegen darin, daß Lettland auch Polen gegenüber an dem in 18 Handelsverträgen festgelegten Grundsatz festhält, von der Meistbegünstigung die Zugeständnisse auszuschließen, die es der Sowjet-Union und Litauen gemacht hat oder machen wird. Eine engere Verständigung Lettlands mit Litauen in Zollfragen ist freilich bisher noch nicht zustande gekommen, weil Litauen dann ein Eindringen polnischer Waren über Lettland befürchtet. Unter diesen Umständen wäre es für Litauen zweifellos vorteilhafter, sich unmittelbar mit Polen in Handelsfragen zu verständigen. Im übrigen muß Polen aus dieser Haltung Lettlands die Konsequenz ziehen, auch Lettland von Zollvergünstigungen auszuschließen, die es etwa Litauen gewähren würde.
Unter diesen Umständen ist trotz jahrelanger Verhandlungen am 22. Dezember 1927 nur ein provisorischer Handelsvertrag zwischen Polen und Lettland zustande gekommen, der monatlich kündbar ist, mit dem Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages aber von selbst erlischt. Die Basis dieses Vertrages bildet die Meistbegünstigung, aber unter Ausschluß derjenigen speziellen Zollnachlässe, die die vertragsschließenden Staaten einzelnen dritten Staaten zugestehen. In der Praxis betrifft dies bisher die von Lettland der Sowjet-Union zugestandenen besonderen Zollermäßigungen. Ein günstiger Einfluß des Vertragsabschlusses auf den polnischen Warenabsatz nach Lettland ist zu erwarten. Auch bisher war die Handelsbilanz stark aktiv zugunsten Polens. P. R.

G. Deutscher Osten.

Königsberg einst und jetzt. (Krolewiec niegdys a dzis.) Von *Srokowski.*
„Przeglad Wspolczesny", 1928, Nr. 71, S. 443–457.
Der frühere polnische Generalkonsul in Königsberg geht in dieser Abhandlung bis ins 13. Jahrhundert zurück und hebt die bis ins 15. Jahrhundert bestehenden politischen Beziehungen Königsbergs zu Polen hervor, die mit dem Gegensatz zwischen dem Orden einerseits und den preußischen Ständen und Städten andererseits zusammenhängen. Kulturelle Beziehungen sind nach Srokowski auch bis ins 16. und 17. Jahrhundert in bemerkenswertem Maße zwischen Polen und Königsberg vorhanden gewesen. Dann setzt sich in Ostpreußen und insbesondere in Königsberg eine allgemeine chauvinistische Fremdenfeindlichkeit durch. Heute sei es gefährlich, in Königsberg in der Öffentlichkeit sich der polnischen oder irgendeiner anderen fremden Sprache zu bedienen. „Wenn der Preuße . . . nicht die Möglichkeit hat, einen Nichtpreußen straflos zu mißhandeln, auszubeuten und zu verachten, so sieht er das als eine Kränkung an, die er aufs entschiedenste zu ahnden bemüht ist." In diesem Sinne spricht Srokowski Königsberg Tradition und Kultur ab: „Das Ostpreußentum ist nicht Europa". Auch wirtschaftlich leide Königsberg und Ostpreußen darunter, daß die Preußen „keine andere Form des Handels, als nur einseitige Ausbeutung" kennen und infolgedessen sich den Bedingungen der Nachkriegszeit nicht anpassen können. P. R.

Bücherschau.

Landwirtschaft und Agrarverfassung der Süd-Ukraine (Neu-Rußland) unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung. Von Dr. Fr. Veit. XVIII, 128 S. Verlag von Walter de Gruyter u. Co., Berlin und Leipzig 1927.

Digitized by Google

(Sozialwissenschaftliche Forschungen, Abteilung II, Heft 3.) Geh. 6 RM.

Als Assistent an der Nansenschen Wiederaufbaustation in der Südukraine hat der Verfasser Gelegenheit gehabt, die agrarischen Verhältnisse dieser fruchtbaren Schwarzerdregionen zu erforschen. Im Hauptteil seiner Arbeit gibt er zunächst eine historische Darstellung bis zur großen Agrarrevolution von 1917/18. Diese selbst bildet den Inhalt des zweiten Abschnitts. Die Schilderung der augenblicklichen landwirtschaftlichen Produktion und Betriebsweise vervollständigt die Arbeit zu einem wertvollen Ausschnitt aus der Wirtschaft des heutigen Rußland, in der sich die alten bäuerlichen Kräfte nach allen Zusammenbrüchen mit neuer Kraft regen.

R. R. B.

Alexander Tairoff: Das entfesselte Theater. Aufzeichnungen eines Regisseurs. Zweite Auflage. Gustav Kiepenheuer-Verlag. Potsdam 1927. 112 S.

Die Tatsache, daß das Buch von Tairoff, eines der führenden russischen Regisseure unserer Tage, binnen kurzem eine zweite Auflage erlebt hat, ist an sich schon ein deutliches Zeichen dafür, wie aktuell heute das Problem der Schaffung eines neuen Theaters geworden ist. In seinem Vorwort weist T. darauf hin, daß er weder ein abstrakter Gelehrter, noch ein Schriftsteller ist; er sei lediglich ein Regisseur, ein Mensch der Tat — und dies ist gerade, was seine mit großer Leidenschaft geschriebenen Aufzeichnungen so lebendig und anziehend macht. Trotz aller persönlichen Angriffe, auf die man wiederholt in seinem Buche stößt, ist dieses nur ein Bekenntnis zum Theater, das mit „der stürmischen, lebenszeugenden Epoche unserer großen Revolution" im Einklang steht, zum Theater des Neorealismus, zum Theater als Kollektivkunst. Auf seiner Kampffahne stehen die Worte — Kampf dem Dilettantismus, es lebe der Schauspieler, der einzige Herr der Bühne! — geschrieben, und mit dieser Parole glaubt T. das neue, rekonstruktionsfreie Theater von heute geschaffen zu haben. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß das russische Theater, das seinerzeit vieles vom Theater des Herzogs von Meiningen gelernt hat, heute einen befruchtenden Einfluß auf die deutsche Bühne ausüben kann. Das Moskauer Kammertheater von Tairoff darf dabei nicht übersehen werden.

L. J.

Das Memelgebiet. Eine völkerrechtsgeschichtliche und politische Studie. Von Dr. Ernst Friesecke. (Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht, 13. Heft.) Verlag von Ferdinand Encke in Stuttgart, 1928. 76 S. Geh. RM. 5,70.

Die bekannten Ereignisse bei und nach Abschluß des Versailler Vertrages finden eine klare Darstellung und werden auf ihren staatsrechtlichen Inhalt untersucht. Zeitlich reicht das Buch bis zu den Landtagswahlen am 28. August 1927. Es kann jedem, der sich über die Memelfrage aus wissenschaftlichen oder politischen Gründen unterrichten will, als sachliche Zusammenfassung empfohlen werden.

R. R. B.

Die Deutsche Ostmesse. Ein Beitrag zur Entwicklung des Randmessenproblems. Von Dr. Walther Flach. Schriftenfolge „Osteuropäischer Aufbau", Heft 12. Osteuropa-Verlag, Königsberg i. Pr. und Berlin W 35, 1927. 91 S., brosch. 2,— RM.

In einem ausführlichen historischen Teil untersucht der Verfasser die Entwicklung und die geschichtlichen Funktionen der Messen im allgemeinen. Die Betrachtung der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung führt zu dem im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Deutschland entstandenen

Digitized by Google

Problem der Dezentralisation des Messewesens, das seine praktische Auswirkung u. a. in der Königsberger Ostmesse fand. Mit Recht wird betont, daß die Entwicklung der Rand- und Einzelmessen teilweise zu ungesunden Übertreibungen geführt hat, während die Königsberger Messe in dem abgetrennten Ostpreußen eine doppelt lebenswichtige Funktion hat. Der Ostmesse und ihrer Bedeutung für den Wiederaufbau des deutschen Handels mit Osteuropa ist ein besonderer Abschnitt gewidmet. R. R. B.

Notizen.

Die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften der Sowjet-Union im Jahre 1927.

Am 2. Februar 1928 fand in Leningrad die allgemeine Jahresversammlung der Akademie der Wissenschaften der Sowjet-Union statt. Der Akademiker Fersman erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Akademie im Jahre 1927: Von den von der Akademie unterhaltenen Instituten hat im Berichtsjahr das Physikalisch-mathematische Institut bedeutende Veränderungen und Erweiterungen erfahren. Die Entstehung der Erdbeben wurde untersucht, drei neue seismographische Stationen wurden errichtet und 17 Seismographen einer neuen Konstruktion hergestellt. Nicht weniger als 65 große wissenschaftliche Expeditionen wurden im Jahre 1927 organisiert, von denen sich 16 auf den europäischen Teil der Sowjet-Union erstreckten, die übrigen auf die Randgebiete. Planmäßig wurden die Gebiete der neugegründeten Republiken untersucht. Mehrere Expeditionen gingen in die Polarzone. Die gesamte Expeditionstätigkeit wurde in einem eigenen Organ der Akademie zusammengefaßt, dem „Besonderen Komitee zur Erforschung der verbündeten und autonomen Republiken" (Okisar). In Verbindung mit diesem Komitee arbeiten besondere Kommissionen an der Erforschung der burjatischen, der mongolischen und der Tanu-Tuwin-Republik. Die Editionstätigkeit der Akademie hat im Berichtsjahr erheblich zugenommen. Insgesamt wurden 1560 Bogen gedruckt (1926: 1139 Bogen). Die Entwicklung internationaler wissenschaftlicher Beziehungen wird von der russischen Akademie der Wissenschaften in besonderem Maße gefördert. Die Akademie hat an 13 internationalen Kongressen teilgenommen. 17 Akademiker und 28 korrespondierende Mitglieder besuchten im Jahre 1927 vierzehn Länder Westeuropas und Nordamerikas. Auf dem Gebiete gemeinsamer Expeditionen besteht eine besonders enge Verbindung mit Deutschland: zwei Expeditionen nach Turkestan und Transbaikalien sind in Vorbereitung. Zusammen mit französischen Gelehrten sollen ähnliche Pläne verwirklicht werden.

Die neuen ausländischen Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften.

In der Jahresversammlung der Akademie der Wissenschaften der Sowjet-Union am 2. Februar 1928 gab der Präsident der Akademie, Karpinski, die Namen von 17 ausländischen Gelehrten bekannt, die zu Ehrenmitgliedern oder zu korrespondierenden Mitgliedern der Russischen Akademie der Wissenschaften gewählt worden sind. Zu Ehrenmitgliedern wurden gewählt: Prof. Walden, Rostock (Chemie), Prof. Joji Sakurai, Tokio (Präsident der japanischen Akademie der Wissenschaften), Prof. Snouk Hurgronje, Leiden (Arabische Sprachen, Islam), Prof. Richard v. Wettstein, Wien (Botanik), Prof. Alexis Carrel, Newyork (Rockefeller Institut), Prof. Gustav Tamman, Göttingen (Physik und Chemie) und Prof. Adolf Engler, Berlin (Botanik). Zu korrespondierenden Mitgliedern wurden gewählt: der Physiker Prof. Erwin Schrödinger, Zürich, der Zoologe Prof. B. Dybovski, Lemberg, der Paläontologe Prof. Louis Dollo, Brüssel, der Historiker Prof. A. Mathies, Dijon, die Slawisten Prof. Stojanović, Belgrad und Prof. André Mazon, Paris,

Digitized by Google

der Turkologe Prof. Friedrich Wilhelm Karl Müller, Berlin und die Indogermanisten Prof. Max Vasmer, Berlin, Prof. van Wijk, Leiden und Prof. R. Košutič, Belgrad.

Von russischen Historikern wurden zu korrespondierenden Mitgliedern gewählt: Prof. D. N. Egorov, Moskau, Prof. A. A. Iljin, Leningrad und Prof. J. M. Sibircev, Archangelsk.

Die Russische Geographische Gesellschaft (1917—1927).

Die Staatliche Russische Geographische Gesellschaft (Gründungsjahr 1845) wurde durch die Revolution vor die Aufgabe gestellt, im Zusammenhang mit dem radikalen Staatsumbau eine umfassende geographische Erforschung der Sowjet-Union und der an sie angrenzenden Länder vorzunehmen. Neben die rein wissenschaftlichen Aufgaben traten praktische Untersuchungen über die produktiven Kräfte und Wirtschaftsmöglichkeiten des neuen Staates sowie über die Lebensbesonderheiten der vielen Völkerschaften, denen durch die Moskauer Regierung die nationale Autonomie verliehen worden war.

Die Reorganisation der Gesellschaft setzte im Jahre 1922/23 ein. An Stelle des Statutes vom Jahre 1849 trat ein neues, das der Tätigkeit der Gesellschaft eine der staatlichen Umwälzung entsprechende neue Form gab. Die freie und weitgehende Aufklärung über geographische Probleme wurde zu einem der Hauptziele der Gesellschaft. In allgemeinen Versammlungen erstatteten die Mitglieder der Gesellschaft die Berichte über ihre Expeditionen und die verschiedenen geographischen Unternehmungen. Diese Veranstaltungen fanden in der Öffentlichkeit starkes Interesse. Sie waren im Durchschnitt von 300—400, häufig sogar von 700—800 Personen besucht.

Die wissenschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft wickelte sich in vier Sektionen ab. Von diesen arbeiten die Sektion für physikalische und für mathematische Geographie zusammen. Sie widmeten der Leningrader Überschwemmung im September 1924 ihre besondere Aufmerksamkeit. Außerdem stand im Vordergrund der Arbeiten die Erforschung von russischen Randgebieten: Mittelasien (insbesondere Buchara), Sibirien, dem Ural, dem Kaukasus, der Krim usw.

An diese beiden Sektionen sind verschiedene wissenschaftliche Kommissionen angegliedert: die meteorologische Kommission, die Gletscherkommissionen, die die Gletscher im Altai und Kaukasus erforscht, die Seekommisson, die den dritten internationalen Limnologischen Kongreß (Leningrad 1925) vorbereitete und die Kommission zur Erforschung der Sandwanderungen. Die ethnographische Sektion der Gesellschaft untersuchte die Veränderungen, die die Revolution in den Städten und auf dem Lande hervorgerufen hat. Außerdem wurden die nationalen Minderheiten der Sowjet-Union nach ethnographischen Gesichtspunkten erforscht. Eine Kommission für Volkssagen und für Volksmusik setzte die Sammlung von Volksliedern, insbesondere von Volkserzählungen, fort und studierte die weißrussische, kleinrussische und orientalische Musik auf sowjetrussischem Boden.

Die statistische Sektion hatte die Aufgabe, die große Volkszählung für das Jahr 1926 vorzubereiten. Sie arbeitete die ausführlichen Instruktionen über die demographische, landwirtschaftliche industrielle und kommerzielle Volkszählung aus. Auf Grund dieser Vorarbeiten gelang es, bei der Volkszählung ein gleichmäßiges Material über die zahlreichen Völkerschaften der Sowjet-Union zu erhalten, das dem gegenwärtigen Stand entspricht und das die Herstellung moderner ethnographischer Karten ermöglicht. In einer Unterkommission wird zusammen mit der Akademie der Wissenschaften seit 1926 eine wissenschaftliche statistische Untersuchung der weiblichen Bevölkerung der Sowjet-Union vorgenommen. Andere Unterkommissionen erforschen die jakutische, kalmückische und finnische Bevölkerung.

Von besonderer Bedeutung für die Geographische Gesellschaft sind die Expeditionen. Im Vordergrund steht die große mongolisch-tibetische

Digitized by Google

Expedition des Ehrenmitgliedes der Gesellschaft P. Koslow (1923—26), deren archäologische, naturhistorische und ethnographische Ergebnisse von der Gesellschaft in mehreren Ausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind.

In der kartographischen Abteilung der Gesellschaft werden die Karten von Sibirien, dem Kaukasus, Turkestan und dem europäischen Teil der Sowjet-Union vorbereitet. Bis jetzt sind sechs Blätter der ethnographischen Karte Sibiriens (Masstab 1 : 100 000) gedruckt, ferner die Karte Bessarabiens, Weißrußlands, Samarkands, des Uralgebietes, des Wolgagebietes usw. Im Druck befinden sich die Karten des Kaukasus und des europäischen Teils der Sowjet-Union.

Deutsche Gelehrte in Rußland.

Prof. Dr. Werner Mecklenburg (Aussig) hat einen Ruf als Professor für anorganische technische Chemie an der Technischen Hochschule in Moskau angenommen. Dr. Richard Engeland, München, Schüler von Prof. Wieland (München), hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Biochemie an der zentralasiatischen Universität Taschkent erhalten. Beide Professoren haben bereits ihr Amt angetreten.

Die Gesellschaft zur Erforschung Kasakistans (Kirgisenrepublik) in Ksyl-Orda (Zentralasien) hat den Hamburger Tropenmediziner, Professor Dr. H. Zeiß (Moskau) zum korrespondierenden Mitglied ernannt.

* * *

Zur Besprechung eingegangen:

Brutzkus, B.: Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin 1928. Verlag Hermann Sack. 90 S.

Bulgakow, M.: Die Tage der Geschwister Turbin. Die weiße Garde. Berlin-Charlottenburg 1927. Verlag S. Kagansky. 80 S.

Wie die chinesische Revolution zugrunde gerichtet wurde. Brief aus Schanghai, gerichtet an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, von Stalin unterschlagen. (Flugschriften des Verlages „Fahne des Kommunismus".) Berlin o. J. Verlag der „Fahne des Kommunismus". 32 S.

Deutsch, Otto und Losinsky, I. F.: Das Geschäft mit Rußland. Ein praktischer Wegweiser für die Kaufmannschaft. Wien 1928. Verlag Finanznachrichten. 56 S.

Dirr, A.: Caucasica. Fasc. 4. Zeitschrift für die Erforschung der Sprachen und Kulturen des Kaukasus. Leipzig 1927. Verlag der Asia Major. 144 S. Preis: M. 20,— brosch.

Entscheidungen des Hohen Kommissars des Völkerbundes in der Freien Stadt Danzig. (Decisions of the High Commissioner, League of Nations, Free City of Danzig.) Zusammengestellt und herausgegeben beim Senat der Freien Stadt Danzig. Band 1921 — 77 S., Band 1922 — 63 S., Band 1923 — 37 S., Band 1924 — 100 S., Band 1925 — 29 S. und Band 1926/27 — 54 S.

Das Grundgesetz des Freistaats Estland vom 15. Juni 1920. Übersetzt und mit Erläuterungen und Sachregister von Eugen Maddison und Oskar Angelus. Berlin 1928. Carl Heymanns Verlag. 94 S.

Förster, Karl: Wirtschaftsgeographie. Eine Länderkunde mit besonderer Betonung des Wirtschaftslebens zum Gebrauch an höheren Lehranstalten und Fachschulen sowie zum Selbstunterricht. Teil II: Außereuropa. Leipzig o. J. Verlag E. Haberland. 218 S. Preis: M. 4,50.

Harder, B.: Die Religion in Rot-Rußland. Zur religiösen Lage in der heutigen Sowjet-Union. Wernigerode a. Harz 1928. Verlag „Licht im Osten". 95 S. Preis: M. 1,25 geh.

Digitized by Google

Unsere Kirche. Monatsschrift für die evangelisch-lutherischen Gemeinden in Rußland. Herausgegeben im Auftrage des Oberkirchenrates von Bischof D. Th. Meyer. Moskau 1927. 1. Jahrgang Nr. 2—3 und 4. 42 S.; 16 S.

Krasnow, P. N.: Kostja der Kosak. Historischer Roman in zwei Büchern. Stuttgart 1928. Deutsche Verlags-Anstalt. 593 S.

Kraus, Ernst: Tertiär und Quartär des Ostbaltikums (Ostbaltikum II. Teil). Berlin 1928. Verlag Gebr. Borntraeger. 143 S. Preis: M. 16,80 brosch. (Die Kriegsschauplätze 1914—1918 geologisch dargestellt in 14 Heften, hrsg. von Prof. Wilser-Freiburg i. B. Heft 10, I. Teil.)

Maurach, Reinhart: System des russischen Strafrechts. (Osteuropa-Institut Breslau: Quellen und Studien, Abt. Recht, Neue Folge: 5. Band.) Berlin 1928. Verlag Hermann Sack. 207 S. Preis: M. 8,—.

Nötzel, Karl: Das Evangelium in Dostojewski. Aus dem Gesamtwerk ausgewählt. Sannerz und Leipzig 1927. Eberhard-Arnold-Verlag. 238 S. (Quellen, Lebensbücherei christlicher Zeugnisse aller Jahrhunderte, hrsg. von Eberhard Arnold. Band 20.) Leinenband M. 5—.

Nötzel, Karl: Leo Tolstoi. Religiöse Briefe. Sannerz und Leipzig o. J. Gemeinschaftsverlag Eberhard Arnold. 359 S. Preis: M. 4,— kart.

Population de L'U. R. S. S. Résumés abrégés. Recensements de la Population du 17 Décembre 1926. Moscou 1927. Edition de l'Administration Centrale de Statistique de l'U. R. S. S. 63 S.

Roth, K.: Armeniaca. Fasc. II. Zeitschrift für die Erforschung der Sprache und Kultur Armeniens. Leipzig 1927. Verlag der Asia Mojor. 133 S.

Rudolph, Theodor: Ist Danzig Militär- und Marinestützpunkt Polens? Danzig o. J. Westpreußischer Verlag A.-G. 20 S.

Scupin, H.: Ostbaltikum (I. Teil). Algonkium, Paläozoikum und Mesozoikum. Berlin 1928. Verlag Gebr. Borntraeger. 270 S. Preis: M. 36,—. (Die Kriegsschauplätze 1914—1918 geologisch dargestellt in 14 Heften, hrsg. von Prof. Wilser-Freiburg i. B., Heft 9.)

Die Sozialversicherung in der Sowjetunion. Moskau 1927. Verlag „Woprossy Truda". 71 S.

Stieve, Friedrich und Montgelas, Graf Max: Rußland und der Weltkonflikt. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik. 177 S.

Ten Years of Soviet Power in Figures 1917—1927. Moscow 1927. Central Statistical Board. 516 S.

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genfer Abrüstungskonferenz. Amtliche Dokumente der Sowjet-Regierung. Berlin und Königsberg Pr. 1928. Osteuropa-Verlag. 61 S. Preis: M. 1,40.

Zankow, Stefan: Das orthodoxe Christentum des Ostens. Sein Wesen und seine gegenwärtige Gestalt. Berlin 1928. Furche-Verlag. 148 S. Preis: M. 6,— brosch.

* * *

Bücherkatalog 404. 1926. Der Alte Orient. Otto Harrassowitz, Buchhandlung und Antiquariat. Leipzig, Querstraße 14. 132 S.

Bücherkatalog 409. 1927. Südosteuropa in alter und neuer Zeit. Geschichte und Kultur der Donau- und Balkanländer, Byzanz, Griechenland und die Levante. Otto Harrassowitz, Buchhandlung und Antiquariat, Leipzig, Querstraße 14. 136 S.

Rossica, G. m. b. H., Berlin W 50, Eislebener Straße 14. Katalog Nr. 14, Februar 1928. Russische Schriftsteller (Russkie pisateli). 81 S.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamer Straße 26b, Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

Bücher und Zeitschriften,

die im vorliegenden Heft oder an anderer Stelle besprochen oder angezeigt worden sind, liefert

Ost-Europa-Verlag,
Sortiments-Abteilung,
Berlin W 35

Mit Unterstützung des „**Astrophysikalischen Observatorium**“ zu Potsdam erscheinen

„DIE STERNE“

Monatsschrift über alle Gebiete der Himmelskunde - Mitteilungsblatt des Bundes der Sternfreunde - Rundschau der gesamten Sternforschung

„**Die Sterne**“ sind die bei weitem verbreitetste und die angesehenste astronomische Zeitschrift des gesamten Deutschen Sprachgebiets. — Die Aufgabe der Zeitschrift ist es, in einer für jeden Gebildeten verständlichen Weise in das astronomische Weltbild der Gegenwart einzuführen, sein geschichtliches Verständnis zu pflegen, über alle wichtigeren neuen Forschungen, und Veröffentlichungen laufend zu berichten, zu eigenen Beobachtungen anzuregen und anzuleiten.
Erscheinungsweise: Jährlich 8 Hefte abwechselnd ein einfaches und ein Doppelheft.
Bezugspreis: Halbjährlich M. 5.— zuzüglich Versandspesen.
Erfolgreiches Insertionsorgan bei billigen Anzeigenpreisen. (Für astronomischen Bedarf aller Art, Hilfs- und Lehrmittel, für allen Bedarf für das naturwissenschaftliche Studium, für Liebhaber- und Sammlerkreise, für Literatur usw.) Probehefte auf Verlangen kostenfrei.

Johann Ambrosius Barth,
Verlag, Leipzig, Salomonstraße 18b

Lesen und empfehlen Sie:

Brennende Zeitfragen

Band III.
Ist Polen lebensfähig?
Bleibt Danzig deutsch?
von Paul Langer.
Preis Rm. 1.50

Außerdem Band I.
Die Freimaurerei im Spiegel deutschen Lebens.
Preis Rm. 1.50

Band II.
Mussolinis Sendung und die Wahrheit über Tirol
von Josef Sonntag
Preis Rm. 1.80

Band IV.
Das unbekannte Frankreich.
Preis Rm. 2.—

sowie **Schuld und Schicksal, die Tragödie Wilhelms II.**
Preis Rm. 1.50

Sämtliche Broschüren sind portofrei zu beziehen durch den Verlag der „Grünen Briefe“, Berlin-Steglitz, Hohenzollernstraße Nr. 6

Digitized by Google

Das chinesische Problem in neuester Beleuchtung!

Dr. OTTO FISCHER

China und Deutschland

VIII u. 110 S M. 3.—, geb. M. 3.90

Fischer gibt im vorliegenden Band eine reichhaltige Fülle von Eindrücken wieder, die er bei längerem Forschungsaufenthalt in China gesammelt hat. In tiefendem Nachdenken geht er der Problematik des fünftausend alten Reiches nach, hebt als Basis für alles Geschehen des Heute und Morgen die uralte Kultur des Landes heraus und überschaut dann in anregender Geschlossenheit die Gegebenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten im neuen China.

Dr. F. W. MOHR

Fremde und deutsche Kulturbetätigung in China

VIII u. 104 S. M. 3.50, geb. M. 4.50

Was Fischer im Heft 12 der Schriftenreihe bereits trefflich skizziert hatte, Chinas uralte Kultur, ihre Aufnahme neuer Elemente in den letzten Jahrzehnten, das Geben und Nehmen, das gerade zwischen Deutschland und China in jener Zeit auf kulturellem Gebiet stattgefunden hat, das heute wieder stattfinden und noch viel nachhaltiger ausgestaltet werden muß, das führt Mohr hier in breitangelegtem Gemälde vor.

Jede Buchhandlung liefert.

ASCHENDORFFSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG MÜNSTER 1. W.

DIE TATWELT

Zeitschrift für Erneuerung des Geisteslebens

Begründet von Rudolf Eucken

Herausgeber: Professor Curt Hacker-Berlin.

Aufgabe der Zeitschrift:
Kampf gegen die geistige Verwirrung der Zeit. Diskussion der wichtigsten Lebensfragen. Durchsetzung eines einheitlichen, grundsätzlichen, zeitüberlegenen Standpunkts.

Richtlinien: Bildung — nicht Fachwissen. Ernst — nicht Langweile. Geist — nicht Literatentum.

Aus dem Inhalt dieses Jahrgangs:
Rudolf Eucken Gedächtnis-Heft: Artikel von Erich Becher-München, Edmund Husserl-Freiburg, Erich Jaensch-Marburg, Walter Eucken-Tübingen, Hans Albrecht Fischer, Ernst von Hippel-Heidelberg: Der Sinn des Staates und die Lehre von den Staatsformen bei Platon. Heinrich A. Erdsiek-Berlin: Die Ziele der modernen Architektur. Friedrich Schönemann: Probleme der modernen amerikanischen Literatur. Gerhard Budde Zeitgem. Forderungen Nietzsches zur Reform der höheren Schulen. Diskussion über das Problem „Religion und Sozialismus" mit Beiträgen von Th. Siegfried-Marburg, Alfred Beck-Bochum, Dr. Heinrich, Rudolf Eucken.

Bezug:
Durch die Exped. der Tatwelt, Jena, Botzstr. 5. Die Zeitschrift erscheint zur Zeit vierteljährlich. Bezugspreis jährlich Mk. 6.—. Probenummer auf Wunsch kostenlos.

BALTISCHE PRESSE

Informationsorgan für die Freie Stadt Danzig, das Baltikum und Polen.

Erscheint täglich in Danzig

Redaktion: Stadtgebiet 12

Administration: Pfefferstadt 1

Probenummern auf Wunsch.

Die „Baltische Presse" wirkt für Verständigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit des Ostens.

Digitized by Google

g Der Sturm · Berlin W 9

RZUGSANGEBOT

rwarth Walden

NBLICK
I KUNST

beste Einführung in den
ressionismus u. Kubismus

70 Abbildungen,
farbige Kunstbeilagen
tt RM. 6.50 nur **RM. 2.—**

NEUERSCHEINUNG

Johannes Gahlnbäck

RUSSISCHES ZINN

Band I

Zinn und Zinngießer in Moskau

Lexikonoktavband in Ganzleinen
228 Seiten mit 187 Textabbildungen
Mit 16 Tafeln in Lichtdruck

Preis RM. 64.—

Verlag Karl W. Hiersemann
Leipzig, Königstraße 29

Die Auslese

rlag O. H. Luken, Berlin SW 68, Zimmerstraße 71

Postscheckkonto: Berlin 78344

ünchener Zeitung" vom 11. September 1927:

„Die Auslese bietet in ihren monatlich erscheinenden kleinen Heften einen erstaunlichen Reichtum an originellen Gedanken und an wichtigen Äußerungen zu den Weltereignissen und Weltproblemen. Man läßt sich leicht verführen, zu viel auf einmal von diesen kurzen Aufsätzen und Auszügen aus längeren Artikeln zu lesen, die aus den Magazinen der ganzen Welt mit kennerhaftem Scharfblick zusammen gelesen, sind, und dann schwirrt dem Leser der Kopf von dem vielen Neuen, Anregenden zum Nachdenken Verpflichtenden, was er in einer halben Stunde zu sich genommen hat. Aber in Ruhe genossen, sind diese Heftchen der „Auslese" beste, bekömmlichste Geistesnahrung."

amburgischer Correspondent" vom 18. August 1927:

„Diese monatlich erscheinende Zeitschrift nimmt in veränderter Form den glücklichen Gedanken wieder auf, den seinerzeit „Das Echo" vertrat. Sie läßt durch ihre Mitarbeiter Hunderte von Zeitschriften des In- und Auslandes verfolgen und bringt eine Auswahl der wesentlichsten Aufsätze, die in diesen führenden Journalen erscheinen. Neben Deutschland finden wir in den uns vorliegenden Heften vertreten die Schweiz, Frankreich, England, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Niederlande, Belgien, Nordamerika, Venezuela. Die Auslese vertritt keine einseitigen Tendenzen, sondern ist völlig unparteiisch. So wird die Zeitschrift allseitiges Interesse finden."

Einzelheft RM. 1,— **3 Monate RM. 2,50**

Verlangen Sie vom Verlag der „Auslese", unter Bezugnahme auf „Osteuropa", ein Heft zur Einsichtnahme wodurch Sie nur die Verpflichtung eingehen, das Heft an den Verlag zurückzusenden, falls Sie sich nicht zu einem Abonnement entschließen.

Digitized by Google

Ein hochaktueller Ostmarken-Roman!

Hans von Hülsen

Güldenboden

oder

Erwirb es, um es zu besitzen

Geheftet 3,50 RM., in Ganzleinen gebunden 5,50 RM.

Die Drangsal und Rechtsbeugungen, denen das Deutschtum im ehemaligen Westpreußen heute unter den polnischen Machthabern ausgesetzt ist, schildert Hans von Hülsen aus intimster Kenntnis der heimatlichen Landschaft in einem spannenden, zuzeiten aufregenden Roman. Er ist wie kein anderes Werk geeignet, alle Deutschen wachzurütteln und ihnen die Not unserer Grenzland-Brüder vor Augen zu führen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Verlag Philipp Reclam jun.

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b

Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 8** **Mai 1928**

INHALT:

N. PASCHE-OSERSKI: Das neue Strafrecht der Sowjetunion . . 539 (Schluß)

ADOLF RUNKEL: Die Entwicklung der russischen Eisenbahnen im Rahmen der Volkswirtschaft 549

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 558

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 569

III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 583

Bücherschau 590

Zeitschriftenschau 593

Anstalten zur Osteuropa-Forschung und Osteuropa-Lehre 602

Notizen 606

Digitized by Google

Zu den Genfer Abrüstungsbesprechungen
erschien soeben:

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genfer Abrüstungskonferenz

Amtliche Dokumente der Sowjet-Regierung

Gr. 8°, 64 Seiten, Kartoniert RM. 1.40

Aus dem Vorwort des Buches:

Die Frage der internationalen Abrüstung ist eine der aktuellsten Angelegenheiten der Weltpolitik. Seit einigen Jahren bemühen sich die Regierungsvertreter fast aller Länder, dieses Problem zu lösen. Zahlreiche Ausschüsse, Kommissionen und Konferenzen haben sich damit beschäftigt und Entwürfe dazu beraten. Jetzt nimmt auch die Regierung der Sowjetunion an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teil, der sie ihre Vorschläge in Form eines Konventionsentwurfs zur allgemeinen und sofortigen Abrüstung vorgelegt hat.

Für Deutschland, das aus leicht verständlichen Gründen besonderes Interesse an den Abrüstungsfragen hat, ist die Mitarbeit der Sowjetunion in der Genfer Konferenz von großem Interesse. Daher glaubt der Verlag, der deutschen öffentlichen Meinung jetzt eine Sammlung der wichtigsten amtlichen Dokumente der Sowjetunion zur Frage der Abrüstung vorlegen zu sollen, um damit eine Orientierung über die weitgehenden russischen Vorschläge zu ermöglichen, die bisher in deutscher Sprache noch nicht zugänglich waren. Die nachstehende Veröffentlichung bringt den amtlichen russischen Text in einer authentischen deutschen Übersetzung.

OST-EUROPA-VERLAG

Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.

Digitized by Google

Das neue Strafrecht der Sowjetunion.
(1926—1927.)

Von N. Pasche-Oserski,
(Schluß.) Professor an der Universität in Kiew.

Der „Besondere Teil" des neuen Strafrechts der UdSSR ist nach dem Plane der Strafgesetzgebung vom Jahre 1922 konstruiert, im Inhalte jedoch sind stellenweise sehr wesentliche Veränderungen vorgenommen. Viele Handlungen sind aus der Liste der Straftaten gestrichen; andererseits finden wir dort viele neue Verbrechen; die strafrechtliche Repression ist bedeutend herabgesetzt (besonders im StrGB der UkrSSR); die Konstruktion der einzelnen Tatbestände wie überhaupt die Redaktion der Paragraphen ist sehr wesentlich verbessert, usw.

Der „Besondere Teil" des neuen Sowjetstrafrechtes setzt sich aus neun Kapiteln zusammen:

Kapitel 1. Staatsverbrechen: a) gegenrevolutionäre Verbrechen und b) für die UdSSR besonders gefährliche Verbrechen gegen die Verwaltung.
Kapitel 2. Andere Verbrechen gegen die Verwaltung.
Kapitel 3. Amtsverbrechen.
Kapitel 4. Übertretung der Vorschriften über die Trennung der Kirche vom Staat.
Kapitel 5. Verbrechen in bezug auf die Wirtschaft.
Kapitel 6. Verbrechen gegen das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und Würde der Persönlichkeit (in dieses Kapitel sind auch die Sexualverbrechen inbegriffen).
Kapitel 7. Vermögensrechtliche Verbrechen.
Kapitel 8. Übertretung der Vorschriften zum Schutze der Volksgesundheit, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
Kapitel 9. Militärverbrechen.

Das Wesen des Besonderen Teiles des neuen Strafrechts der UdSSR ist folgendes: Staatsverbrechen: Hierher zählen gegenrevolutionäre und für die UdSSR besonders gefährliche Verbrechen gegen die Verwaltung. Dieses erste Kapitel des Besonderen Teiles wurde im neuen Strafrecht der UdSSR einer besonders eingehenden Veränderung und Umarbeitung unterzogen.

Als gegenrevolutionäres Verbrechen wird jede Handlung angesehen, die auf den Sturz, die Unterhöhlung oder

Digitized by Google

Schwächung der Macht der Arbeiter- und Bauern-Sowjets und die durch diese gewählten Regierungen in der UdSSR abzielt; als gegenrevolutionär wird ebenso jede Handlung angesehen, die auf die Unterhöhlung oder Schwächung der äußeren Sicherheit der UdSSR und der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Haupterrungenschaften der proletarischen Revolution abzielt. Kraft der internationalen Solidarität der Interessen aller Werktätigen werden solche Handlungen auch dann als gegenrevolutionär angesehen, wenn sie gegen irgendeinen anderen Staat der Werktätigen, auch wenn dieser nicht zur UdSSR gehört, gerichtet sind (§58[1] StrGB RSFSR; § 54[1] StrGB UkrSSR).

Im Sowjetstaat ist jedes Verbrechen ein Anschlag auf die Sowjet-Rechtsordnung, als gegenrevolutionär aber wird ein Anschlag auf die Sowjetmacht als Ganzes angesehen, auf ihre Existenz selbst, auf die Haupterrungenschaften der proletarischen Revolution: Wirtschaftliche (z. B. die Nationalisierung des Bodens, des Außenhandels), politische (z. B. Sowjetwahlsystem) und nationale (z. B. Gleichberechtigung aller in der UdSSR lebenden Nationalitäten).

Die einzelnen gegenrevolutionären Verbrechen nach dem neuen Stafrecht der UdSSR sind die folgenden: Bewaffneter Aufstand zu gegenrevolutionären Zwecken; Machtergreifung im Zentrum oder in der Provinz zu gleichen Zwecken; die Erweisung von Hilfe, welcher Art immer, für jenen Teil der internationalen Bourgeoisie, die, weil sie die Gleichberechtigung des kommunistischen Systems, das das kapitalistische System ablöst, nicht anerkennt, nach dem Sturz des ersteren trachtet; Spionage; Unterhöhlung der Staatsindustrie, des Transports, des Handels, des Geldverkehrs oder Kreditsystems, ebenso der Genossenschaften — ausgeführt zu gegenrevolutionären Zwecken, vermittels entsprechender Ausnützung der staatlichen Behörden und Unternehmungen oder durch Gegenwirkung gegen deren normale Tätigkeit (die sogenannte ökonomische Gegenrevolution); die Ausübung terroristischer Akte; konterrevolutionäre Agitation und Propaganda. Einen ganz besonderen Platz innerhalb des Systems der gegenrevolutionären Verbrechen nimmt das in den §§ 58[13] des StrGB der RSFSR und 54[13] des StrGB der UkrSSR behandelte Verbrechen ein: aktive Handlungen oder aktiver Kampf gegen die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung, auf verantwortlicher oder geheimer Stellung unter dem zaristischen System oder bei gegenrevolutionären Regierungen (z. B. Denikin, Koltschack usw.) in der Periode des Bürgerkrieges. Dieses gegenrevolutionäre Verbrechen ist sehr häufig eine Tat, die lange noch vor der Oktoberrevolution verübt worden ist. Nichtsdestoweniger hängt die Anwendung der Verjährung in jedem einzelnen Falle gänzlich von der Einsicht des Gerichts ab. Die Maßnahmen des so-

Digitized by Google

zialen Schutzes in bezug auf diese Handlung werden zwecks Generalprävention im internationalen Maßstabe angewandt.

Die Sanktionen der Paragraphen des StrGB, die für gegenrevolutionäre Verbrechen vorgesehen sind, sind sehr streng: von 13 Paragraphen drohen 12 mit der höchsten Maßnahme des sozialen Schutzes, der Erschießung: allerdings setzt das neue Sowjetstrafrecht nirgends die Erschießung als die einzige Maßnahme fest, sondern es überläßt dem Gerichte die Wahl zwischen Erschießung oder Erklärung als Feind der Werktätigen, mit Vermögenskonfiskation, Verlust des Bürgerrechts und Entfernung aus dem Gebiete der UdSSR für immer; bei Vorhandensein mildernder Umstände kann die Erschießung wegen gegenrevolutionärer Verbrechen in Freiheitsentziehung mit strenger Isolierung — nicht unter drei Jahren und Vermögenskonfiskation umgewandelt werden.

Als Verbrechen gegen die Verwaltung wird im neuen Sowjetstrafrecht jede, ohne konterrevolutionäre Absicht verübte Handlung angesehen, welche gegen die reguläre Wirksamkeit der Verwaltungsorgane oder der Volkswirtschaft gerichtet ist, oder die Kraft und Autorität der öffentlichen Gewalt schwächt und mit Widerstand gegen die Organe der öffentlichen Gewalt, Behinderung deren Tätigkeit und Auflehnung gegen die Gesetze verbunden ist (§§ 55 StrGB UkrSSR; ähnlich § 59 [1] StrGB RSFSR).

Das neue Sowjetstrafrecht unterscheidet zwischen Verbrechen gegen die Verwaltung im allgemeinen und solchen, die für die UdSSR besonders gefährlich sind. Als besonders gefährlich für die UdSSR werden solche Verbrechen gegen die Verwaltung angesehen, die ohne gegenrevolutionäre Absicht verübt wurden, jedoch die Grundlagen der Verwaltung und der wirtschaftlichen Macht der UdSSR erschüttern. Als solche Verbrechen betrachtet das neue Strafrecht der UdSSR folgende Handlungen: Massenunruhen; Banditenwesen, d. h. die Organisierung bewaffneter Banden und Beteiligung bei denselben, sowie bei von ihnen organisierten Überfällen; Fälschung von Geldzeichen, sowohl inländischer als auch ausländischer; qualifiziertem Schmuggel; Übertretung des Außenhandelsmonopols u. a. (§§ 59 [1]—59 [13] StrGB RSFSR; §§ 56 [15]—56 [28] StrGB UkrSSR).

Die Sanktionen der Paragraphen, die in der UdSSR für besonders gefährliche Verbrechen gegen die Verwaltung vorgesehen sind, sind etwas milder als jene gegen die gegenrevolutionären Verbrechen, doch sind auch sie sehr streng. So bedrohen von 13 Paragraphen des StrGB der UkrSSR, die diesen Verbrechen gewidmet sind — 8, von 12 Paragraphen des StrGB der RSFSR — 7 mit der Erschießung, allerdings nur bei erschwerenden Umständen.

Die übrigen Verbrechen gegen die Verwaltung umfassen einen großen Abschnitt des StrGB (49 Paragraphen im StrGB

Digitized by Google

RSFSR und 40 Paragraphen im StrGB UkrSSR) und begreifen die verschiedenartigsten Handlungen in sich: Nichtbezahlung von Steuern, Pflichtverweigerung, Fälschung von öffentlichen Dokumenten, Widerstand gegen die öffentliche Gewalt, Beleidigung der Vertreter der öffentlichen Gewalt, Anmaßung der Gewalt, Hooliganwesen, Beschädigung staatlichen oder gesellschaftlichen Vermögens, Flucht aus den Besserungs-Arbeitsanstalten, einfacher Schmuggel, Ausreise nach dem Ausland oder Einreise nach der UdSSR ohne Erlaubnis, Waldfrevel, falsche Anschuldigung oder falsches Zeugnis, Beteiligung an den Sowjetwahlen ohne Berechtigung, Hehlerei u. a. (§§ 60—108 StrGB RSFSR; §§ 57—69 StrGB UkrSSR).

Das neue Strafrecht der RSFSR ergänzt die Liste der Verbrechen gegen die Verwaltung durch eine ganze Reihe neuer Verbrechen; z. B. die Erhebung einer höheren als der durch das Gesetz festgesetzten Wohnungsmiete von Werktätigen und desgleichen deren Delogierung (§ 97); Verkauf oder Kauf von Wohnungen oder Zimmern (§ 98); Anfertigung, Verwahrung zwecks Verkaufs und der Verkauf selbst von Kokain, Opium, Morphium, Äther u. ä. ohne entsprechende Bewilligung (§ 104). Im neuen StrGB der UkrSSR sind diese Verbrechen in das Kapitel von den wirtschaftlichen Verbrechen aufgenommen (§§ 124, 125, 134).

Das neue Strafrecht der UdSSR setzt die Strafbarkeit einfacher Verbrechen gegen die Verwaltung bedeutend herab. So zieht, z. B. Widerstand einzelner Bürger gegen die Vertreter der öffentlichen Gewalt, verbunden mit Gewaltanwendung, statt der Erschießung nach der Strafgesetzgebung des Jahres 1922 jetzt Freiheitsentziehung von 1—10 Jahren nach sich, ohne Gewaltanwendung aber, statt Freiheitsentziehung von 6—10 Jahren — jetzt nur Freiheitsentziehung von 1 Tag bis zu 6 Monaten (§ 73 StrGB RSFSR; § 69 StrGB UkrSSR); Anmaßung der öffentlichen Gewalt, die Freiheitsentziehung von 1—10 Jahren nach sich zog, bringt jetzt Freiheitsentziehung von einem Tag bis zu zwei Jahren (§ 77 StrGB RSFSR; § 73 StrGB UkrSSR) usw.

Große Aufmerksamkeit wendet das neue Strafrecht der UdSSR den Amts- und wirtschaftlichen Verbrechen zu.

Amtsverbrechen ist im Sowjetstrafrecht ein Verbrechen, dessen Täter nur eine Amtsperson sein kann, Anstifter aber und Mithelfer können auch Privatpersonen sein. Der Begriff der „Amtsperson" wird im neuen Strafrecht der UdSSR noch weiter ausgedehnt. Unter „Amtspersonen" versteht man nicht bloß Personen, die ein Amt ständig oder provisorisch innehaben — in irgendeiner staatlichen Anstalt oder Unternehmung — sondern auch Personen, die in einer solchen Anstalt oder Unternehmung ständig oder provisorisch eine Obliegenheit zu erfüllen haben, und desgleichen Personen, die ein Amt oder eine Obliegenheit in einer gesellschaftlichen, genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen

Digitized by Google

usw. Organisation erfüllen (§ 109 StrGB RSFSR; § 97 StrGB UkrSSR).

Die wichtigsten Amtsverbrechen im neuen Strafrecht der UdSSR sind: Gewalt- oder Amtsmißbrauch, Gewaltüberschreitung, Amtsuntätigkeit, nachlässiges Verhalten im Dienst, Diskreditierung der Gewalt, Unterschlagung im Amt, Bestechlichkeit und falsche Beurkundung im Amt (§§ 109—121 StrGB RSFSR; § 79 bis § 109 StrGB UkrSSR).

Am interessantesten ist die Konstruktion der Bestechlichkeit und der Diskreditierung.

Allein das Strafrecht der Sowjetunion verfolgt nicht nur die Bestechlichkeit, sondern auch die Bestechung. Bestechung und Bestechlichkeit werden in jeglicher Form verfolgt. Die Bestechung kann nicht bloß durch materielles Gut — in Form von Geld usw. —, sondern auch durch immaterielles Gut — durch den Sexualakt — erfolgen. Auf diese Art untersteht nach dem Strafrecht der UdSSR z. B. eine Amtsperson wegen Bestechlichkeit der strafrechtlichen Verantwortung, wenn sie mit einer von ihr verhafteten Frau in Geschlechtsverkehr tritt und sie dafür aus der Haft entläßt; die Frau wird in diesem Falle wegen Bestechung zur Verantwortung gezogen (§§ 113, 118 StrGB RSFSR; §§ 105, 106 StrGB UkrSSR).

Das Sowjetstrafrecht hat ein besonderes Verbrechen formuliert — die Provokation zur Bestechung, resp. Bestechlichkeit, d. h. die bewußte Schaffung einer Situation zur Begünstigung der Bestechung resp. Bestechlichkeit, mit dem Zweck der nachträglichen Enthüllung (§ 119 StrGB RSFSR; § 107 StrGB UkrSSR).

Die Diskreditierung der öffentlichen Gewalt — ist ein der Sowjet-Strafgesetzgebung eigentümliches Amtsverbrechen. Dem Vertreter der Sowjetgewalt sind Handlungen verboten, die in den Augen der Werktätigen die Würde und Autorität der Sowjetmacht herabsetzen, auch dann, wenn diese Handlungen nicht im Dienst verübt werden und sich auf sein Privatleben beziehen (Erscheinen des Vertreters der Sowjetgewalt in der Öffentlichkeit in berauschtem Zustande).

Die Strafbarkeit von Amtsverbrechen ist im neuen Strafrecht der UdSSR wesentlich herabgesetzt. Das Manifest des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR vom Jahre 1927 aus Anlaß des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution hat für Amtsverbrechen die Todesstrafe abgeschafft, während sie in den StrGB der Sowjetunion von 1926/27 noch in 5 Paragraphen — von 13 Paragraphen des Kapitels über Amtsverbrechen vorgesehen war.

Die Wirtschaftsverbrechen wurden im neuen Strafgesetz der UdSSR einer bedeutenden Umarbeitung unterzogen. Die Anzahl dieser Verbrechen wurde stark reduziert (z. B. im neuen StrGB der UkrSSR um mehr als 50 %). Viele von ihnen

Digitized by Google

sind aus dem StrGB vollkommen ausgeschieden, wie sie auch vom Leben selbst schon längst annulliert sind (z. B. Arbeitsdesertion angesichts der Abschaffung jeglicher Arbeitspflicht); andere wurden in anderen Kapiteln untergebracht, wohin sie besser passen (z. B. Übertretung der Akzisevorschriften, Schwarz-Schnapsbrennerei usw., die im StrGB UkrSSR in das Kapitel von den Verbrechen gegen die Verwaltung verlegt wurden).

Die bemerkenswertesten unter den Wirtschaftsverbrechen im neuen StrGB der UdSSR (§§ 128—135 StrGB RSFSR; §§ 116—137 StrGB UkrSSR) sind Unwirtschaftlichkeit und Übertretungen des Arbeitsgesetzes. Als Unwirtschaftlichkeit gilt sorgloses oder gewissenloses Verhalten gegenüber dem anvertrauten Geschäft von seiten der Personen, die an der Spitze staatlicher, gesellschaftlicher oder genossenschaftlicher Anstalten oder Unternehmungen stehen, das zur Verschleuderung des Vermögens der Anstalten oder Unternehmungen, oder zur wesentlichen Schädigung der Vermögensinteressen derselben führt (§ 128 StrGB RSFSR; § 116 StrGB UkrSSR). Die Unwirtschaftlichkeit ist ein schweres Wirtschaftsverbrechen, denn sie ist eine Handlung gegen den Plan des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft. Und die Interessen der Volkswirtschaft sind in der UdSSR die Interessen des Arbeiter- und Bauernstaates, die Interessen der proletarischen Revolution.

Eine der größten Errungenschaften der Oktoberrevolution ist zweifellos die Arbeitsgesetzgebung der UdSSR. Daher gilt die Übertretung der Bestimmungen des Arbeitsgesetzes, die die Bedingungen der Arbeit, besonders den Schutz der Arbeit, die soziale Versicherung usw. regulieren, durch den Arbeitgeber als ein gesellschaftsgefährliches Verbrechen. Wenn von dieser Übertretung mehrere Arbeiter betroffen werden, dann zieht sie nach dem neuen StrGB der UdSSR für den Arbeitgeber Freiheitsentziehung oder Zwangsarbeiten bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 10 000 Rubel (über 20 000 Mark) nach sich (§ 133 StrGB RSFSR; § 121 StrGB UkrSSR). Das unverhüllte Klassenstrafrecht der Sowjetunion bestraft den Arbeitgeber mit Freiheitsentziehung bis zu zwei Jahren, wenn er (vorsätzlich oder fahrlässig) den Arbeiter unter solche Arbeitsbedingungen stellt, die den Verlust der Arbeitsfähigkeit nach sich ziehen können oder nach sich gezogen haben (§ 133 StrGB RSFSR; § 121 StrGB UkrSSR).

* * *

Das Kapitel des Strafrechts der UdSSR von den Verbrechen gegen das Leben, Gesundheit, Freiheit und Würde der Person (Mord, Körperverletzung, Gewaltanwendung usw.) hat viele ähnliche Züge mit den betreffenden Bestimmungen der modernen bürgerlichen Strafgesetzgebung: die gleichen Arten von Mord (vorsätzlicher und fahrlässiger; schwerer,

Digitized by Google

einfacher und leichter); die gleichen Arten von Körperbeschädigung (vorsätzliche und fahrlässige; schwere, minder schwere und leichte) (§§ 136—139 StrGB RSFSR; §§ 138—144 StrGB UkrSSR; §§ 142—145 StrGB RSFSR; §§ 146—151 StrGB UkrSSR). Doch gibt es auch sehr verschiedene Züge. So hat das StrGB der Sowjetunion mit seiner konsequenten antiindividualistischen Tendenz niemals einen Anschlag auf die Einzelpersönlichkeit (selbst auf die höchsten Güter dieser Person — Leben, Gesundheit) als so gefährlich angesehen, wie den Anschlag auf die Grundlagen des Sowjetsystems. Deshalb lehnt, zum scharfen Unterschied von der modernen bürgerlichen Strafgesetzgebung, die z. B. vorsätzlichen Mord mit dem Tode bestraft, das Sowjetstrafrecht kategorisch die Erschießung als Mittel zum Schutze der Sowjetrechtsordnung gegen Anschläge auf die einzelne Person ab.

Das neue StrGB der UdSSR hat keinerlei wesentliche Änderungen an der Konstruktion der Verbrechen gegen das Leben, Gesundheit usw. vorgenommen und nur deren Strafbarkeit noch bedeutend herabgesetzt. So wird schwerer (qualifizierter) Mord, der nach der Strafgesetzgebung vom Jahre 1922 Freiheitsentziehung von 8—10 Jahren nach sich zog, jetzt mit Freiheitsentziehung von einem Tag bis zu 10 Jahren bestraft; einfacher Mord aber, der mit Freiheitsentziehung von 3 bis 10 Jahren bestraft wurde, zieht jetzt Freiheitsentziehung von einem Tag bis zu acht Jahren nach sich (§§ 136, 137 StrGB RSFSR; §§ 138, 139 StrGB UkrSSR).

Sehr bemerkenswert ist im Sowjetstrafrecht die Konstruktion des Verbrechens, das als F r u c h t a b t r e i b u n g bezeichnet wird. Das Sowjetstrafrecht schützt nicht die Frucht, d. h. den künftigen Menschen, sondern es verteidigt das L e b e n u n d d i e G e s u n d h e i t d e r s c h w a n g e r e n F r a u. Deshalb unterliegt wegen Abtreibung der Frucht die schwangere Frau selbst nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, deshalb ist die Fruchtabtreibung, wenn sie durch einen entsprechenden Spezialisten und unter entsprechenden Bedingungen vorgenommen wird, nicht strafbar. Als gesellschaftsgefährlich, d. h. Maßnahmen des sozialen Schutzes nach sich ziehend, wird nach dem Sowjetstrafrecht die Fruchtabtreibung nur dann angesehen, wenn sie von einer Person, die nicht über die gehörig beglaubigte medizinische Ausbildung verfügt, oder bei Vorhandensein dieser nicht unter den gehörigen Bedingungen ausgeführt wurde; desgleichen auch im Falle der Nichteinwilligung der schwangeren Frau (§ 140 StrGB RSFSR; § 143 StrGB UkrSSR).

* * *

Besonders eine Form der Verbrechen gegen die Person stellt im Sowjetstrafrecht einen außerordentlich großen Unterschied gegenüber den entsprechenden Verbrechen nach dem modernen

Digitized by Google

bürgerlisen Strafrecht dar. Dies sind die sogenannten „Sexualverbrechen". Das Sexualstrafrecht der Sowjetunion verdient daher ganz besonderes Interesse.

Die geschlechtlichen Beziehungen unter den Bürgern bilden eine Frage der sozialen Ethik, und die Sowjetregierung mischt sich daher in diese Beziehungen nur dann ein, wenn sie die persönlichen oder Vermögensrechte der Bürger verletzen. Die Regierung der Werktätigen verteidigt sich nur gegen solche Sexualverbrechen, die eine reale Gefährdung der festgesetzten Rechtsordnung bedeuten.

Deshalb wirft das Sowjetstrafrecht vor allem eine ganze Reihe von „Sexualverbrechen" über Bord, die sich heute noch in den bürgerlichen Strafgesetzbüchern finden. Solche sind: Ehebruch, Konkubinat, Blutschande, Sodomie, Päderastie, lesbische Liebe und Prostitution. Diese Handlungen sind in der Sowjetunion aus der Liste der strafbaren Taten gestrichen. Das Verbrechen der Blutschande ist nur im StrGB der Georgischen Sowjetrepublik aufgenommen, Päderastie nur im StrGB der Aserbeidschanschen Sowjetrepublik.

Päderastie und lesbische Liebe, d. h. die sogenannten naturwidrigen geschlechtlichen Beziehungen, werden vom Sowjetstrafrecht als eigenartige Krankheiten und nicht als Verbrechen angesehen. Hier also ist Heilung am Platz und nicht Maßnahmen des sozialen Schutzes — gerichtlich-bessernder Art. Wenn aber solche naturwidrigen geschlechtlichen Beziehungen mit einer Person unterhalten wurden, die die sexuelle Reife noch nicht erreicht hatte, oder aber unter Anwendung physischer oder psychischer Gewalt, oder endlich unter Ausnützung der hilflosen Lage der geschädigten Person (die sexuelle Reife spielt in den beiden letzten Fällen keine Rolle), so wird dies nach den StrGB aller Sowjetrepubliken verfolgt (§§ 151, 153 StrGB RSFSR; §§ 162, 164 StrGB UkrSSR). Auf diese Art verfolgt das Sowjetstrafrecht: freiwillige und erzwungene Päderastie und lesbische Liebe mit sexual unreifen Personen und ebenso Vergewaltigung unter sexual reifen Männern und unter sexual reifen Frauen.

Die Prostitution ist vom Gesichtspunkte des proletarischen Staates ein Produkt der Ungleichheit der Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft und gänzlich bedingt durch die schwere ökonomische Lage der ausgebeuteten Massen. Der Kampf mit der Prostitution darf nicht durch strafrechtliche Repression erfolgen, sondern im Wege der Einwirkung auf die die Prostitution verursachenden Gründe rein ökonomischer Art. Die Prostitution wird daher nach Sowjetstrafrecht nicht bestraft. Doch das Sowjetstrafrecht verfolgt streng — in gleichem Maße wie die Vergewaltigung — die Nötigung zur Ausübung der Prostitution, Kuppelei, die Unterhaltung von Bordellen und die Werbung von Frauen oder Männern für die Prostitution (§ 155 StrGB RSFSR; § 166 StrGB UkrSSR).

Digitized by Google

Zum scharfen Unterschied vom modernen bürgerlichen Sexualstrafrecht, das in der Regel nur die Frau schützt, stellt das Sowjet-Sexualstrafrecht auch in dieser Beziehung die beiden Geschlechter gleich. Im Strafrecht der UdSSR ist nirgend die Rede von einer „Geschädigten", von der „Frau", es wird vielmehr der allgemeine, beide Geschlechter umfassende Ausdruck „geschädigte Person" angewandt (z. B. § 153 StrGB RSFSR; § 164 StrGB UkrSSR). Auf diese Art kann nach dem Sowjetstrafrecht nicht nur die Frau das Objekt eines Sexualverbrechens sein, sondern auch der Mann; desgleichen kann auch das Subjekt eines Sexualverbrechens ebenso der Mann wie die Frau sein.

Sehr bemerkenswert und weitgreifend ist daher im Sowjetstrafrecht die Konstruktion der Vergewaltigung. Die „Vergewaltigung" im Sowjetstrafrecht ist denkbar nicht nur als Vergewaltigung der Frau durch den Mann, sondern auch eines Mannes durch den andern, einer Frau durch eine zweite und sogar eines Mannes durch eine Frau. Dies folgt nicht nur aus dem vom Sowjetstrafrecht angewandten allgemeinen Ausdruck: „Die geschädigte Person", sondern auch daraus, daß Vergewaltigung nicht nur durch physische, sondern auch durch psychische Gewalt möglich ist, ebenso durch Ausnützung der hilflosen Lage der geschädigten Person.

Das Sowjet-Sexualstrafrecht schützt vor gewalttätigem Geschlechtsverkehr jede Person, unter anderem auch die mit der Gewalt anwendenden Person im Ehestand lebende und auch eine Prostitution ausübende Person. Auf diese Art unterliegt zum Beispiel ein Mann, der im Geschlechtsverkehr mit seiner Frau physische oder psychische Gewalt anwendet oder ihre hilflose Lage ausnützt, nach dem Sowjetstrafrecht der Verantwortlichkeit wegen Vergewaltigung. Ebenso ist auch die Vergewaltigung gegen eine prostituierte Person strafbar, selbst wenn sie während der Ausübung des Berufes der prostituierten Person stattfindet.

Sehr interessant ist schließlich ein „Sexualverbrechen", das nur das Sowjetstrafrecht kennt, nämlich die Nötigung einer Frau (oder eines Mannes) zum Geschlechtsverkehr mit einer Person, zu der die genötigte Person in materieller oder dienstlicher Abhängigkeit steht (§ 154 StrGB RSFSR; § 165 StrGB UkrSSR). Diese Bestimmung des Sowjetstrafrechtes ist diktiert vom Klassenrechtsbewußtsein der werktätigen Massen, das keine wie immer geartete Ausbeutung eines Menschen durch den anderen zuläßt. Dieses Sexualverbrechen wird als Vergewaltigung verfolgt.

Das neue Sexualstrafrecht der Sowjetunion setzt die Strafbarkeit der Sexualverbrechen bedeutend herab. So wird zum Beispiel die Vergewaltigung, für die die Strafgesetzgebung 1922 Freiheitsentziehung von 3 bis 10 Jahren vorsah, jetzt mit Freiheitsentziehung von einem Tage bis zu acht Jahren bestraft.

* * *

Digitized by Google

Zum Schlusse einige Worte über die vermögensrechtlichen Verbrechen im neuen Strafrecht der Sowjetunion (§§ 162—178 StrGB RSFSR; §§ 170—191 StrGB UkrSSR). Diese Gruppe von Verbrechen setzt sich zusammen aus: Diebstahl, Plünderung, Raub, Unterschlagung, Betrug, Fälschung, Wucher, Erpressung und Sachbeschädigung.

Die vermögensrechtlichen Verbrechen wurden im neuen Sowjetstrafrecht wesentlich umgearbeitet. So war im Strafrecht 1922 die Konstruktion von Diebstahl, Plünderung und Raub derart, daß der Eigentümer von Sachen, wenn sich dieselben im Besitze einer anderen Person befanden, wegen dieser Verbrechen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden konnte. Das neue Strafrecht der Sowjetunion sieht nur Diebstahl, Plünderung und Raub f r e m d e n Eigentums vor. Es werden im Strafgesetz neue Arten von Diebstahl eingeführt: a) bewaffneter Diebstahl (§ 170 StrGB UkrSSR), b) Diebstahl elektrischer Energie (§ 163 StrGB RSFSR; § 172 StrGB UkrSSR) und c) leichter (privilegierter) Diebstahl, und zwar — Diebstahl, verübt infolge Not und Arbeitslosigkeit zum Zwecke der Befriedigung der minimalen eigenen Bedürfnisse und jener der Familie (§ 162 StrGB RSFSR), und ebenso — Diebstahl von Materialien und Werkzeugen, verübt durch Arbeiter oder Angestellte in Fabriken oder Werken auf dem Gebiete ihres Beschäftigungsortes, zum ersten Male für einen Betrag von nicht mehr als 15 Rubel (ca. 30 Mark) (Anmerkung zu § 162 StrGB RSFSR und zu § 170 StrGB UkrSSR); dieser letztere Diebstahl zieht lediglich Disziplinarmaßnahmen nach sich.

Das neue Strafrecht der UdSSR ergänzt die Liste der vermögensrechtlichen Verbrechen durch einige neue Verbrechen; z. B. Aneignung von Fundsachen, Bankrott usw.

Die Strafbarkeit vermögensrechtlicher Verbrechen ist im neuen Strafrecht wesentlich herabgesetzt. Es genügt, als Beispiel anzuführen, daß Raub, der nach dem Strafrecht von 1922 mit Erschießung bestraft wurde, jetzt Freiheitsentziehung von einem Tag bis zu 10 Jahren nach sich zieht und nur ausnahmsweise, nämlich wenn er bewaffnet und von Mord oder schwerer Körperverletzung begleitet war — Erschießung (§ 167 StrGB RSFSR; § 174 StrGB UkrSSR); einfacher Diebstahl, d. i. die häufigste Art der vermögensrechtlichen Verbrechen, wurde mit Freiheitsentziehung oder Zwangsarbeit bis zu sechs Monaten bestraft; nunmehr — mit Freiheitsentziehung bis zu drei Monaten oder mit Zwangsarbeit bis zu sechs Monaten usw.

* * *

Dies ist das Wesen der Bestimmungen des neuen Strafrechts der UdSSR. Die Reform des Sowjetstrafrechts aus den Jahren 1926/27 hat zweifellos außerordentlich große Verbesserungen dieser Strafgesetzgebung gebracht. Das neue Strafrecht der

Digitized by Google

UdSSR entspricht unbestreitbar besser dem gegenwärtigen politischen Stand und der gegenwärtigen ökonomischen Lage der UdSSR als das schon veraltete Strafrecht von 1922.

Aber das Tempo des Lebens in der UdSSR ist ein sehr rasches, der Wiederaufbau der Volkswirtschaft geht mit großen Schritten voran, die innere und äußere Macht der Sowjetunion erstarkt ständig. Und — das Verbrechen, dieses Produkt der ökonomischen Ungleichheit, dieses „verhaßte Privilegium der werktätigen Massen", ist in der UdSSR nur das lästige Erbe des gestürzten bourgeoisen Systems, eine vorübergehende Erscheinung, wurzelnd in den zeitweiligen ökonomischen Schwierigkeiten des einzigen und noch jungen Arbeiter- und Bauernstaates der Welt. Jeder Schritt auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus, jede ökonomische Errungenschaft der Sowjetmacht ist eine Etappe auf dem Wege des Absterbens des Verbrechens und damit auch des Strafrechts überhaupt. Das ist es, weshalb man kühn sagen kann, daß die Strafpolitik — die gesamte Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht ist!

Die Entwicklung der russischen Eisenbahnen im Rahmen der Volkswirtschaft.

Von Reichsbahnrat Adolf Runkel, z. Zt. Moskau.

„Das Eisenbahntransportwesen hat die Periode des Wiederaufbaues mit dem Jahre 1927 abgeschlossen. Jetzt sieht es sich vor eine Reihe organisatorischer Maßnahmen gestellt, als deren wichtigste und grundlegendste die Rationalisierung des Eisenbahnbetriebes anzusehen ist, um den infolge einer erhöhten industriellen und landwirtschaftlichen Produktion stark gesteigerten Güter- und Personenverkehr reibungslos durchzuführen."

Das ist in kurzen Sätzen der Inhalt der vom 15. Kongreß für die Eisenbahnen aufgestellten Direktiven; in ihnen sind, ins Eisenbahntechnische übertragen, die Forderungen enthalten, die jeder Staat an sein Eisenbahnwesen stellt, namentlich solche verkehrswirtschaftlicher und betriebstechnischer Art, oder genauer ausgedrückt, die Forderung über den Ausbau des Tarifsystems und der Rationalisierung des Betriebes. Bis jetzt haben sich die russischen Bahnen und die übrigen Zweige der Volkswirtschaft im Stadium des Wiederaufbaues befunden, um die furchtbaren Zerstörungen, die Weltkrieg, Revolution, Bürgerkrieg verursacht haben, zu beseitigen. Die Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion muß automatisch auch gesteigerte Leistungen der Eisenbahn nach sich ziehen, es müssen die zwischen den beiden Wirtschaftsgruppen bestehenden Wechselbeziehungen vertieft und weiter ausgebaut werden. Wie

Digitized by Google

sich diese Beziehungen im Laufe der vergangenen Jahre entwickelt haben, und auf welchen Grundlagen ihr Übergang auf die neue Arbeitsperiode erfolgen muß, zeigt ein kurzer Rückblick auf die Stellung der russischen Eisenbahn zur Volkswirtschaft während der letzten zehn Jahre.

Durch zwei Etappen ist der Weg, den die Sowjet-Eisenbahnen in diesen zehn Jahren zurückgelegt haben, gekennzeichnet: Die erste von 1917 bis 1922 als die Jahre des Zerfalls, die zweite von 1922 bis 1927, die Periode des Aufbaues. Das Jahr 1922 kann man als das Krisisjahr betrachten, als das Jahr, in dem der wichtigste Zweig der Volkswirtschaft den Höhepunkt der Agonie erreicht hat. Nicht erst das Jahr 1917 brachte den Beginn des Zerfalls, es beschleunigte nur den Prozeß, der bereits mit dem Jahre 1914 einsetzte, und von dem auch die übrigen Zweige der Volkswirtschaft ergriffen wurden. Während noch 1916 die industrielle Produktion in Rußland gegenüber der von 1913 — 121 % betrug, wobei der Stand von 1913 = 100 angenommen ist, war diese Produktion im Jahre 1917 bereits auf 77 % derjenigen von 1913 gefallen. Von 1917 an sank die Leistung der Bahnen im Güterverkehr auf 83 % derjenigen von 1913, was natürlich zur Folge hatte, daß viele Güter nicht abbefördert werden konnten. Der Mangel an verfügbarem Frachtraum stieg von 83 000 Güterwagen 1916 auf 120 000 im Jahre 1917, der Prozentsatz der nicht mehr betriebsfähigen Lokomotiven von 17,3 % im Jahre 1916 auf rund 30 % — 1917; derjenige der nicht mehr lauffähigen Güterwagen von 5,4 % — 1916 auf 8,4 % — 1917[1]). Bis dahin ließ sich der Eisenbahnbetrieb einigermaßen aufrechterhalten, da noch eine einheitliche Organisation bestand. Das änderte sich im negativen Sinne mit dem Beginn der Revolution grundlegend. Der Beginn der Demobilisation des Heeres, das Fehlen einer straffen Leitung, — es gab niemals so viel „Vorsitzende", „Bevollmächtigte", so viel „Kommissare", wie in dieser Zeit, die alle in den Betrieb der Bahn hineinreden wollten — das Auftauchen dunkler Elemente. — alles das ließ die Eisenbahn an einen Zustand anlangen, der nicht mehr weit vom Chaos entfernt war. „Mit 24 Amtsgehilfen, die sich die Mäntel von Beamten angezogen hatten, begannen wir unsere Arbeit im Verkehrsministerium. Ingenieure, Techniker. Administratoren, Juristen — alle waren weggelaufen. Erst viel später kamen sie wieder und wollten beschäftigt werden; aber da hatten w i r sie nicht nötig" (Verkehrsminister N e w s k y in einer Rede vor den Arbeitern der Woronescher Werkstätten)[2]). Die inzwischen nationalisierten Bahnen und Industriebetriebe waren ausschließlich für die Bedürfnisse des Krieges, Lebensmittel- und Brennstofftransport herangezogen, da es ja keine Volkswirtschaft mehr gab, mit Ausnahme der Zweige, die die

[1]) Orloff, „Shelesnodor. delo" 1927, 10./11.

[2]) Besrukich, „Transport u. Wirtschaft" 1927, I.

Digitized by Google

oben erwähnten Bedürfnisse befriedigten. Wie die Leistung der industriellen Produktion gesunken war — von der landwirtschaftlichen ganz zu schweigen, da der Bauer nur für seinen eigenen Bedarf produzierte —, zeigt die folgende Aufstellung[3]):

	1913	1920	In Prozent. von 1913
Erz-Ausbeute	638,4 Millionen Pud	10,4 Millionen Pud	1,7
Herstellung von Eisenbahnwagen	20 492 Stück	854 Stück	4,2
Herstellung von Kaustischem Soda . . .	2,6 Millionen Pud	2,3 Tausend Pud	0,1
Baumwollweberei-Erzeugnisse	15,8 Millionen Pud	0,8 Millionen Pud	4,5
Zuckererzeugung . . .	82,8 Millionen Pud	5,5 Millionen Pud	6,7
Ausbeute an Steinkohlen	1738 Millionen Pud	466 Millionen Pud	27
Ausbeute an Naphtha .	564 Millionen Pud	233 Millionen Pud	42,7

In dieser Zeit des Auf und Nieder, der Geldentwertung, des Kriegskommunismus, hätte es keinen Sinn gehabt, einerseits eine richtige Tarifierung zu schaffen, da es teilweise überhaupt keine Einnahmen gab (freie Beförderung), teilweise die aus den Tarifen sich ergebenden Einnahmen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben standen, andererseits zwischen den Bahnen und den staatlichen Organisationen, die als Güterauflieferer in Frage kommen, ordnungsmäßig abzurechnen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, daß die Eisenbahnen von Jahr zu Jahr immer größere Defizite aufwiesen. Von einer richtigen Finanzwirtschaft konnte keine Rede sein, da die im Eisenbahnwesen investierten Kapitalien, das Grundkapital, sich immer mehr verringerte, infolge Abnutzung, Zerstörung usw. Die finanzielle Lage war so schlecht, daß 1921 nur 15 % des Bedarfs an Material geliefert wurden, daß der Goldwert des Rubellohnes für den Arbeiter monatlich nur 3,50 Rubel betrug. Hier konnte nur eine durchgreifende Reform der Tarife helfen, die sowohl die Deckung der Selbstkosten des Güterverkehrs der Bahn brachte, als auch sich der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes anpaßte. Es wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, während der „neuen ökonomischen Politik" eine richtige Tarifbildung vorzunehmen; aber die andauernde Geldentwertung und das Fehlen geeigneter statistischer Unterlagen ließe das nicht zu. Erst das Jahr 1922 brachte eine Erlösung aus diesem Durcheinander, und zwar wurde das Tarifsystem auf folgender Grundlage aufgebaut:

1. Aufstellung des Güterverzeichnisses auf Grund derjenigen der Vorkriegszeit;

[3]) Orloff, „Shelesnodor. delo" 1927, 10./11.

Digitized by Google

2. Einteilung der Güter in 12 Normalklassen;
3. Aufstellung von Spezialtarifen für Massengüter.

Wenn auch die aus den Tarifen sich ergebenden Einnahmen bei weitem nicht die Selbstkosten des Frachtgeschäftes deckten und weit unter dem Stand der Vorkriegszeit lagen — auch nach der Umbildung der Tarife, die die Mängel des vorhergehenden Tarifsystems beseitigen —, so liegt das an den äußerst niedrigen Ausnahmetarifen, an denen so ziemlich alle Industriezweige beteiligt waren (siehe nachstehende Tabelle).

Einnahmen:

1923/24 rd. 70 % der Vorkriegseinnahmen,	}	berechnet nach dem Realwert des Rubels. (Goldwert.)
1924/25 „ 62 % „ „		
1925/26 „ 60 % „ „		

Insbesondere der Steinkohlenindustrie gegenüber wird diese Schutzzollpolitik betrieben. So z. B. betrug der für 1924/25 festgesetzte Tarif aus dem Kusnetzky-Rayon (Sibirien) $^1/_{150}$ Kopeken für 1 Pud per Werst (= 0,38 Kop. für 1 t-km). Im Personenverkehr liegen die Tarife noch bedeutend niedriger, da man hier mit der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung rechnen muß.

Diese Tarifpolitik, die vom Staatsinteresse diktiert war, hat natürlich die Finanzschwierigkeiten der Bahn verewigt. Während in der Industrie von Jahr zu Jahr steigende Kapitalien investiert wurden und der Gesundungsprozeß erhebliche Fortschritte machte, war die Eisenbahn auf sich angewiesen. Nicht genug damit, daß sie Sondertarife gewährte, mußte sie auch noch die geringen Überschüsse an andere Zuschußbetriebe des Transportwesens abgeben, so z. B. an die Binnenschiffahrt, Häfen usw., mußte sie auch noch die Lokomotivindustrie des Landes mit Aufträgen unterstützen, anstatt ihre eigenen dringendsten Bedürfnisse, die Auffrischung des „Grundkapitals" zu befriedigen. Die 1923/24 bis 1926/27 in der gesamten Industrie investierten Kapitalien beliefen sich auf 2418 Millionen Rubel, die für das gesamte Transportwesen (Eisenbahnen, Schiffahrt, Straßen, Brücken) aufgewendeten Mittel dagegen nur auf 1334 Millionen Rubel[4]). Daß diese letzteren nicht für die Erneuerung des Grundkapitals verwendet wurden, sondern für Betriebsbedürfnisse (Brennstoffeinkauf, Löhne und Gehälter) zeigt das minimale Anwachsen des im Eisenbahnwesen investierten Grundkapitals von 10 570 Millionen Rubel im Jahre 1923/24 auf 10 606 Millionen Rubel im Jahre 1926/27. Ob es richtig gewesen ist, auf Kosten der Eisenbahnen, des wichtigsten Zweiges der Volkswirtschaft, die anderen Zweige, hauptsächlich die Industrie, in finanzieller Hinsicht so zu bevorzugen, erscheint fraglich. Zwischen den einzelnen Abteilungen der Volkswirtschaft besteht in finanzieller Hinsicht ein bestimmtes Verhältnis, d. h. steigen die Leistungen des einen Zweiges, z. B. der Industrie, müssen die Leistungen des anderen, in diesem Falle

[4]) Orloff, „Shelesnodor. delo" 1927, 10./11.

Digitized by Google

die der Eisenbahnen, auch automatisch ihre Leistungen erhöhen; tun sie das nicht, dann werden Stockungen im Güterverkehr auftreten, auf deren drohendes Gespenst in den kommenden Jahren schon jetzt die maßgebenden Zeitungen hinweisen. Diese unhaltbare Stellung der Eisenbahnen in der Volkswirtschaft hat auch die Regierung erkannt und den Hebel an der wichtigsten Stelle ansetzen lassen: an der Tarifwirtschaft. Mit anderen Worten: mit dem System der Vorzugstarife wird, abgesehen von bestimmten Fällen, gebrochen werden, und die Tarife werden auf einen solchen Stand gebracht, daß aus ihren Einnahmen einmal die Ausgaben für den Betriebs- und Zinsendienst des Anlage(Grund)-kapitals gedeckt werden können, andererseits der Einnahmeüberschuß als Zuwachs zum Anlagekapital verwendet wird. Bei einer Aufstellung eines solchen Tarifes muß aber auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Klientel berücksichtigt und, was bezeichnend für den sozialistischen Staat ist, ein Unterschied in der Anwendung der Tarife zwischen den Staats- bzw. Kooperativ- und den Privatkapitalien gemacht werden, allerdings nur bei solchen Waren der Privatwirtschaft, deren Konkurrenz der staatlichen und kooperativen Gesellschaften gefährlich werden kann. Das entscheidende Wort bei der Bildung der Tarife haben die obersten Organe der Regierung, Sownarkom (Rat der Volkskommissare) und STO (Rat für Arbeit und Verteidigung). Von ihnen, die die einzelnen wirtschaftlichen Zusammenhänge überblicken, gehen die Richtlinien aus, sowohl an die Eisenbahnen als an die anderen Zweige der Volkswirtschaft, Richtlinien, die nicht nur die Tarife an sich, d. h. die finanziellen Entschädigungen seitens der Klientel für die Leistung der Eisenbahnen regeln, sondern neben einem schärferen Hinweis auf Zusammenarbeit zwischen beiden, im Interesse einer reibungsfreien Abwicklung des Verkehrs in erster Linie darauf hinzielen, einen für die Bildung der Tarife maßgebenden Hauptfaktor zu berücksichtigen: die Senkung der Selbstkosten im Güterverkehr. Damit werden die Aufgaben der Eisenbahnen schärfer umschrieben, als deren wichtigste die angesehen werden kann, daß, sollen die infolge einer gesteigerten industriellen und landwirtschaftlichen Produktion erhöhten Verkehrsleistungen erreicht werden, unbedingt die Rationalisierung im Verkehr durchgeführt bzw. die darauf bezüglichen, schon begonnenen Maßnahmen vertieft und verbreitert werden. Daß gerade der Güterverkehr, als die Grundlage des gesamten Verkehrswesens, noch sehr verbesserungsbedürftig ist, wissen die maßgebenden Stellen sehr genau. Das liegt aber in der Hauptsache daran, daß, wie bereits vorher ausgeführt wurde, die für den Ausbau des Verkehrswesens notwendigen Mittel in den zurückliegenden Jahren nicht zur Verfügung standen, anderseits, daß das mit den Funktionen des Verkehrsdienstes betraute Personal noch nicht überall den Qualifikationsgrad erreicht hat, den man hierbei voraussetzen muß. Daneben haben auch die Güterauflieferer, in diesem Falle also die

Digitized by Google

staatlichen und kooperativen Organisationen, ein gut Teil Schuld mit an den bestehenden Mißständen, da bei ihren Organen, wie noch später ausgeführt wird, Begriffe über „Wirtschaftlichkeit" vorhanden sind, die unbedingt durch die Eisenbahndienststellen abgelehnt werden müssen, will man die Eisenbahnen nicht in den Ruf eines unrentablen Unternehmens bringen. Daß die Eisenbahnen auf dem richtigen Wege sind, zeigen die, wenn auch langsam, aber immer weiter auf dem Gebiete der Rationalisierung fortschreitenden Verbesserungen. Während noch im Bürgerkrieg die Lade- und Entladekosten, die den Hauptteil der Selbstkosten bilden, für 1 Pud = 22 Kopeken ausmachten, betragen sie heute 1,08 Kopeken[5]). Welche Ersparnisse dabei auftreten, kann man aus der folgenden Zusammenstellung ersehen, die die Entwicklung des Güterverkehrs während der letzten zehn Jahre veranschaulicht[6]):

Verkehr der wichtigsten Güter der Eisenbahn von 1917—1927.
(In Millionen Tonnen.)

	1917	1918	1919	1920	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Getreide . .	3,1	1,0	2,1	3,3	4,3	5,2	8,9	10,7	10,6	14,2
Kohlen . . .	15,7	4,2	2,4	4,0	3,6	4,7	8,0	12,3	16,6	21,8
Brennholz .	8,5	4,6	5,6	7,7	8,7	7,8	14,7	12,5	9,6	12,3
Holz-materialien	3,2	0,8	0,9	1,9	2,2	2,5	5,8	7,2	3,8	12,9
Naphtha . .	3,5	0,7	0,4	0,9	1,7	3,0	3,3	3,5	5,0	5,6
ÜbrigeGüter	73,6	25,2	18,7	14,1	17,3	1,5	17,2	21,4	32,0	49,7
	107,6	36,5	30,1	31,9	37,8	24,7	57,9	67,6	77,6	116,5

Nicht im Bau neuer Linien und der Beschaffung der dafür notwendigen Fahrzeuge liegt m. E. der Kernpunkt der Frage, ob die Eisenbahnen den gesteigerten Güterverkehr in den nächsten Jahren werden bewältigen können; das bedingt ungeheure Kapitaleinlagen und analog hohe Amortisationskosten, die eine Senkung der Tarife auf das für die Eisenbahnverwaltung noch wirtschaftlich tragbare Niveau nicht zulassen. Das wiederum verhindert die Senkung der im Vergleich zu anderen Ländern hohen Verkaufskosten der Waren, und so entsteht, wenn gleichzeitig die Kaufkraft der Bevölkerung aus diesen oder jenen Gründen sinkt, eine Absatzkrise, die den Eisenbahnverkehr sehr empfindlich durch verringerte Einnahmen beeinflußt. (Ein Beispiel dafür bietet die Wirtschaftslage des Landes im Jahre 1923/24, als infolge der Differenz zwischen den hohen Preisen der Industrieerzeugnisse und dem tiefen Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Güterverkehr erheblich sank.) Auf

[5]) Orloff, „Shelesnodor. delo" 1927, 10./11.

[6]) „Sowjetsky transport" 1927.

Digitized by Google

Grund meiner Beobachtungen bin ich der festen Ansicht, daß die russischen Eisenbahnen — mit Ausnahme der Hauptstrecken: Donezbassin—Moskau—Leningrad, Kusnetzky—Bassin (Sibirien) Moskau—Leningrad und einigen Strecken im Kaukasus für den Naphthatransport — den gesteigerten Verkehr für die nächsten fünf Jahre werden bewältigen können, wenn — aber nur dann — die Rationalisierung des Verkehrs mit Erfolg durchgeführt wird. (Der Bau neuer Bahnen in unerschlossenen Gebieten bildet eine Frage für sich.) Die Überlastung einzelner Hauptstrecken, wie der oben erwähnten, konnte auch nur eintreten, nachdem, infolge der veränderten Grenzen Rußlands, der früher vorwiegend ost-westlich und umgekehrt gerichtete Verkehr sich in einen solchen süd-nördlicher Richtung und umgekehrt umgestellt hat. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Verkehrsdichte (in 1000 t-km auf 1 km) auf den russischen Bahnen eine große ist; sie hat, auf das ganze Netz bezogen, bei weitem noch nicht den Vorkriegsstand erreicht und bleibt hinter denen Deutschlands und Amerikas erheblich zurück[7]).

Verkehrsdichte (in 1000 t-km auf 1 km).

	1913	1925/26	1926/27
Sowjetrußland	1574	1237	1372
Deutschland	1852	1844	1990
Verein. Staaten von Amerika	1178	1793	1891

Umgekehrt hat ein solches Zusammendrängen der Züge auf einzelnen Hauptlinien den Vorzug, daß dort das Prinzip der Rationalisierung am ehesten angewandt werden kann. Besonders zusammengestellte Züge, Kohlen-, Zucker-, Salz-, Naphtha-, Metallzüge, stellen die kürzesten und damit wirtschaftlichsten Verbindungen zwischen bestimmten, aufeinander angewiesenen Rayons bzw. Wirtschaftsgruppen dar. So z. B. benötigt ein Tabakszug von Leningrad nach Tschita (Sibirien) mit 55 Waggons für die 6500 km lange Strecke jetzt nur noch 28 Tage Fahrzeit, an Stelle der früheren 47 Tage. Zu diesem System der „Marschroutisierung" geht man jetzt in ganz Rußland, hauptsächlich in der Ukraine, über, da die bisherigen Erfahrungen sehr gute sind. Damit wird der Rücklauf der Güterwagen beschleunigt, was wieder die Gestellung der von der Volkswirtschaft angeforderten Wagen gewährleistet; wird die wirtschaftliche Ausnutzung des rollenden Materials erhöht, fallen die Frachtselbstkosten. Diese Fortschritte, die die ersten Schritte auf dem Wege der Rationalisierung darstellen, sind nur dadurch möglich gewesen, daß man erstens die sogenannten „Übergabepunkte" an der Grenze zweier Eisenbahnverwaltungen, an denen die Wagen einer langwierigen Untersuchung ausgesetzt waren, beseitigt hat, und daß ferner die Lokomotiven besser ausgenutzt werden. (Auf der Grundlage

[7]) „Ekonom. Shisn" — 1928 — Nr. 5.

Digitized by Google

des Prinzips der „wilden" Besetzung der Lokomotiven, das darin besteht, daß nach Beendigung ihres Dienstes die Lokomotivmannschaft irgend einer anderen Mannschaft die Lokomotive zum weiteren Dienstgebrauch übergibt.) Die gleichen Erwägungen, die zur Schaffung der „Marschrouten"züge führten, waren auch für die erstmalige Einführung planmäßiger Güterzüge maßgebend, d. h. solcher, die nach festliegenden Fahrplänen verkehren.

Die periodisch einsetzenden, plötzlich stark wachsenden Bedürfnisse einzelner Zweige der Volkswirtschaft an rollendem Material stellen an den Verkehr die größten Anforderungen. Insbesondere die im Herbst einsetzende Zucker- und Erntekampagne, der Beginn der Bautätigkeit im Frühjahr, daneben die Getreideablieferung in den Wintermonaten, der Holzversand im Sommer, rufen eine schlagartige Belastung der Eisenbahn hervor, die sich in Verstopfungen der großen Knotenpunkte, unwirtschaftlichen Umleitungen, schlechter Ausnutzung des rollenden Materials äußert. Eine Beseitigung dieser Mißstände läßt sich nur durchführen durch ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft und der Eisenbahnverwaltung, wobei weniger die Zentralbehörde der letzteren in Frage kommt als die äußeren Dienststellen, die mit den Wirtschaftsgruppen ihres Bezirkes dauernde Fühlung haben, und das seinen Ausdruck findet in den im voraus von den einzelnen Wirtschaftsverbänden aufzustellenden Plänen, nach denen der Versand durch die Eisenbahn durchgeführt werden soll und kann. Durch dieses Zusammenarbeiten, an dem es bisher gefehlt hat — man hat nur nötig, die ständigen Rubriken in der „Transportnaja Gaseta", in der Ekon. Shisn" u. a. zu lesen — lassen sich auch die vielen Fehlläufe vermeiden, die, wirtschaftlich betrachtet, einen Verlust bedeuten und deren Abstellung beim Vorhandensein qualifizierter örtlicher Organe nicht erst eines Eingreifens der obersten Instanzen bedarf. Denn sonst hätte es nicht vorkommen dürfen, daß z. B. der Nordwest-Rayon 51 000 t Roggen in das Zentral-Industriegebiet (Moskau) sandte, während er selbst von dort 14 000 t erhielt, daß der südliche Industriebezirk vom Südwest-Rayon (Kiew) 21 000 t Roggen erhielt, während ihm umgekehrt von diesem Rayon 25 000 t zugesandt wurden. Der Grundsatz, daß nur wirtschaftliche Gesichtspunkte die Zuweisung bestimmter Verbrauchergebiete zu bestimmten Erzeugergebieten beeinflussen, muß auch den Verkehr einzelner Massengüter in wirtschaftlich günstigem Sinne beeinflussen und damit die Hoffnung auf rationellere Formen des Güterverkehrs verwirklichen.

Hand in Hand mit den großen organisatorischen Fragen des Güterverkehrs geht die Regelung der technischen Seite des Güteraustausches. Der Bau von Großraumgüterwagen (für 50 t Gewicht), Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Lokomotiven und

Digitized by Google

Ausbau der großen Knotenpunkte des Güterverkehrs (Charkow, Rostow, Moskau) sind teils bereits in Angriff genommen, teils stehen sie dicht vor der Verwirklichung.

Sind erst einmal die erwähnten grundlegenden Fragen des Güterverkehrs geregelt, so wird die Beseitigung der kleineren Übelstände, die auf organisatorischem und technischem Gebiete noch bestehen, keine Schwierigkeiten bereiten. Hierzu gehören: Regelung des Sonntags- und Feiertagsdienstes hinsichtlich der Güter-Be- und -Entladearbeiten, Beschleunigung der Be- und Entladearbeiten der Wagen und der mit ihnen im Zusammenhang stehenden Abrechnungsverfahren zwischen Verwaltung und Klienten, Intensivierung der Lagerhauswirtschaft (Bau von Kühlhäusern, Elevatoren); sie alle dienen einzig und allein dem Zweck, die Wartezeit der Wagen herabzumindern und sie dem Verkehr wieder zuzuführen. Das erfordert wieder besondere Mittel, die man z. B. für die Lagerhauswirtschaft dadurch aufzubringen sucht, daß ein prozentualer Sonderfrachtzuschlag bei der Frachtberechnung erhoben wird. Die Einnahmen daraus, die man im Jahre auf 8 Millionen Rubel schätzt, werden für den Bau und die Einrichtungen neuer Lager- und Kühlhäuser, Elevatoren usw. verwandt und sind ein weiterer Schritt auf dem Wege der Rationalisierung, deren Endziel die Senkung der Selbstkosten bzw. der Tarife bildet.

„Unsere Stellung zum Verkehrswesen war die wie zu einem Droschkenkutscher," sagte Rykow in der Schlußsitzung des 15. Kongresses. Damit gesteht er einmal ein, daß die leitenden Stellen der Regierung nicht das erforderliche Maß an Aufmerksamkeit dem Verkehrswesen gewidmet haben; anderseits aber drücken seine Worte auch die Zusicherung aus, daß jetzt das Verkehrswesen die zu seiner Entwicklung nötige Unterstützung erhalten würde, eine Unterstützung, die sich nicht allein auf Verbesserung der organisatorischen und technischen Seiten des Eisenbahnwesens beziehen darf, sondern in der Hauptsache die Regelung der w i c h t i g s t e n Frage des Verkehrswesens ins Auge fassen muß: die der P e r s o n a l f r a g e. Das mag Veranlassung zu einigen Bemerkungen geben. Gerade der Verkehrsdienst und sein dauerndes Zusammenarbeiten mit den Stellen der Volkswirtschaft erfordern ein Personal, das unbedingt die nötige Qualifikation zu diesem Dienste haben muß. Die mit den besten Absichten herausgegebenen Richtlinien durchlaufen so viele Stellen, welche — soviel Köpfe, soviel Sinne — diese Direktiven, auch wenn sie noch so klar sind, nach ihren Wünschen auslegen, so daß der Endeffekt ein minimaler bleibt. Ich habe bereits vorher erwähnt, daß viele Leerlaufarbeit, viele Kosten erspart würden, wenn die Stellen, die im Verkehr mit der Klientel (staatliche und kooperative Organisationen) die Verantwortung tragen, mit qualifiziertem Personal besetzt wären. Das erfordert Leute, die den Kopf nicht verlieren bei plötzlichen Verkehrssteigerungen (die

Digitized by Google

Höchstleistung z. B. an gestellten Wagen innerhalb 24 Stunden betrug 34 400 im Oktober), bei Naturereignissen (Schneeverwehungen), bei Unglücksfällen (Zusammenstößen), die den Mut haben, einmal selbständig, ohne auf Direktiven von oben zu warten, Entschlüsse zu fassen, die, mit einem Wort, das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen. Wie groß die Schwierigkeiten in der Personalwirtschaft des Verkehrsdienstes waren und noch sind, geht aus verschiedenen Berichten hervor, und es will mir nach meinen Beobachtungen nicht scheinen, daß das, was die Dienststellenleiter der deutschen Eisenbahnen auszeichnet — die Rechtfertigung des in sie gesetzten Vertrauens — auch bei dem russischen Personal erreicht werden kann, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden: Änderung der bestehenden Arbeitsgesetzgebung und Schaffung größerer Selbständigkeiten für den Dienstleiter. Auf der einen Seite verlangt man rationelle Betriebsführung, auf der anderen Seite hängt die Kontrolle der unterstellten Arbeiter über die zu treffenden Maßnahmen wie ein Klotz am Bein der Leiter, lähmen die Konflikte mit den Gewerkschaften (Profsojus) jede Arbeitsfreudigkeit. Zu einer Klärung wird und muß es kommen, und, wie schon einmal Lenin das Steuer entschlossen herumgeworfen hat, werden auch jetzt wirtschaftliche Gesichtspunkte und reale Bedürfnisse über Dogmen den Sieg davontragen, um die Volkswirtschaft Rußlands an den Platz an der Sonne zu stellen, der ihr gebührt, und insbesondere das Eisenbahntransportwesen in die Lage zu versetzen, die in den nächsten zehn Jahren zu erwartenden Verkehrssteigerungen reibungslos durchführen zu können.

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

In die Schwierigkeiten der innerpolitischen Situation lassen die Erörterungen über die sog. „Donez-Verschwörung" tief hineinsehen. Bisher ist die Anklageschrift nicht fertiggestellt; der Prozeß wird frühestens Mitte Mai beginnen. Inzwischen geben die öffentlichen Auseinandersetzungen, die Stellungnahmen maßgebender Sowjetführer der Angelegenheit einen immer größeren Rahmen. Daß deutsche Ingenieure dabei mit betroffen wurden, ist immer mehr als ein Moment zweiten Ranges zurückgetreten, so unangenehm dieser Zwischenfall für die deutsch-russischen Beziehungen war und ist.

Digitized by Google

Die Angelegenheit zieht deshalb immer weitere Kreise, als eine große Mißwirtschaft in dem betreffenden Teile Südrußlands aufgedeckt wurde und lebhafte Beschwerden der Arbeiter des Donez-Gebietes laut wurden. Die Partei hat dabei energisch einschreiten müssen, hat Gewerkschaften aufgelöst, Parteiämter neu besetzt und zwei besondere Kommissionen für diese Aktion in den Partei- und Gewerkschaftsverhältnissen tätig sein lassen. In diese Lage sind die deutschen Ingenieure hineingezogen worden. Dabei ist, wie schon feststeht, gegenüber dem Oberingenieur Goldstein aufs höchste leichtfertig vorgegangen worden, indem er auf eine falsche Auslegung eines Briefes und eine nicht zutreffende Übersetzung hin in Haft genommen wurde.

Der weitere Hintergrund für die Angelegenheit ist der Gegensatz zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat (Rykow und Kuibyschew) und dem Handelskommissariat (Mikojan), überhaupt der Gegensatz in der Industriepolitik, in den auch der Widerspruch des Finanzkommissariats stark mit hineinspielt. Und nun wird dem ein noch größerer Hintergrund mit dem Hinweis, der Behauptung gegeben, daß die „Donez-Verschwörung" ein vom Auslande zu gegenrevolutionären Zwecken gemachter Versuch sei.

In den diesbezüglichen Kundgebungen wird dem Urteil im Prozeß bereits vorgegriffen. So sprach eine Entschließung des vereinigten Plenums des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der bolschewistischen Partei am 11. April aus, daß man in Schachty eine gegenrevolutionäre Organisation aufgedeckt habe, „die mit neuen Methoden den Kampf der Bourgeoisie gegen den proletarischen Staat führte, die aus ehemaligen Grubenbesitzern und aus besonders privilegierten Spezialisten bestand und im Zusammenhang mit den ehemaligen russischen und ausländischen Eigentümern sowie mit der ausländischen Militärspionage arbeitete, um die Verteidigungsmittel der Sowjetunion zu erschüttern und damit geradezu eine Intervention und den Krieg gegen Rußland vorzubereiten." Dem folgte Bucharin mit dem Hinweis, daß ähnliches auch in der Kriegsindustrie und in der chemischen Industrie aufgedeckt werden könnte. Und Stalin knüpfte am 13. April in einer Rede vor den Moskauer Parteivertretern daran an, daß diese „Schachty"-Verschwörung Teil einer ausländischen Intervention gegen die Sowjetmacht sei, daß die bürgerlichen Spezialisten mit Unterstützung der Emigranten und des Auslandes nun nach der Getreidekrise, die der „innere Feind" herbeigeführt habe, die Industriekrise herbeiführen wollten. Damit soll also der ganze Vorfall einen noch weiteren Rahmen erhalten und die Stimmung in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Beweise dafür, daß die Angelegenheit wirklich diesen (unwahrscheinlich großen) Rahmen habe, sind bisher nicht gegeben worden. Die Auffassung Stalins aber ge-

Digitized by Google

hört in die bekannte Bemühung hinein, unausgesetzt der eigenen Öffentlichkeit die Gefahr der Intervention des Auslandes, der „Antisowjetfront", vorzuführen.

Tatsächlich hat die Angelegenheit das ganze Spezialistenproblem aufgerührt. Es wurde in einem Bericht von Kuibyschew vor einer Versammlung von Ingenieuren und Technikern nochmals behandelt („Iswestija" 30. März). Er stellte fest, daß die ungeheure Masse der Spezialisten auf der Parteiseite sei, hob die Notwendigkeit ihrer Arbeit hervor, auch die Notwendigkeit der Heranziehung fremder Spezialisten. Dabei teilte er mit, daß es heute in der Industrie nur annähernd 250 bis 260 fremde Spezialisten gäbe. Die Rede suchte offensichtlich zu beruhigen, wie auch ein grundsätzlicher Artikel der „Iswestija" (30. März) zu demselben Thema, der die Selbständigkeit für die Spezialisten, aber auch ihre Verantwortlichkeit hervorhob.

Damit ist das Problem aber nicht erschöpft. Der Vorfall hat ja Mängel in der Industrie Sowjetrußlands außerordentlich klargelegt, und die dadurch aufgerührte Erörterung namentlich der Fachleute selbst hat dazu bemerkenswerte Einzelheiten beigebracht. Dazu gehört zunächst, daß die Zahl der Spezialisten sehr gering ist. Sowjetrußland leidet Mangel an technischen Kräften, namentlich in den kleineren Städten und draußen. Die russischen Spezialisten sind außerdem nicht genügend ausgebildet. Jetzt machen sich die Folgen nicht nur des Krieges und der Revolution, sondern auch der bolschewistischen Kulturpolitik bemerkbar, die nicht nur auf dem geistigen Gebiete die Gefahr der Verödung mit sich bringt, sondern bei dem Zusammenhange der Wissenschaft eben auch die Versorgung des Landes mit den Vertretern der exakten Wissenschaften in Frage stellt, wie mit Ärzten und in diesem Falle Ingenieuren und Technikern. Dazu kommen die Reibungen zwischen den Fachleuten und der Arbeiterschaft, insonderheit den aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Direktoren und Leitern. Dazu kommt weiter der schwerfällige und nicht leistungsfähige staatliche Industrieapparat mit Mängeln, die gerade in diesen Erörterungen an einer Reihe von Fällen klargelegt wurden. Die Zeitungen beschweren sich über den langsam und schlecht arbeitenden Apparat und teilen Fälle der Unfähigkeit und des Schlendrians mit, in denen große Summen von Staatsgeldern nutzlos verschwendet worden sind. Kurz: nicht nur hat das Vorgehen der Sowjetregierung eine Vertrauenskrise in bezug auf den Verkehr mit dem Auslande heraufbeschworen, sondern die ganze Anlage der Affäre hat in einer für die Sowjetregierung doch sehr peinlichen Weise die Zustände in der Staatsindustrie bloßgelegt. Zur Frage der Fachleute weisen wir hin auf eine Diskussion in der Redaktion der „Torgowo-Promyschlennaja Gazeta", an der auch ausländische Ingenieure teilnahmen und in der besonders das „Gefühl der kollektiven Vorantwortungslosigkeit" kritisiert wurde, und auf eine Eingabe der Chemiker an Rykow.

Digitized by Google

die zwar in erster Linie wissenschaftliche Gesichtspunkte, die Förderung der Chemie für die Industrie, hervorhob, aber mit den praktischen Forderungen zwischen den Zeilen auf dieselben schwachen Stellen hinwies, auf das Problem, wie im kommunistischen und von den Arbeitern beherrschten Staat die wissenschaftliche Forschung und die geistige Leitung des Produktionsprozesses wirklich möglich sein soll. Aber damit ist zugleich auch berührt, womit ganz offenbar Stalin auf das stärkste rechnen muß: eine Mißstimmung der Arbeiterschaft, die sich gegen die Fachleute und Ingenieure gerichtet hat, und die Unsicherheit, in der sich die leitenden Männer befinden einmal gegenüber den Gründen der Opposition, obwohl sie über diese gesiegt haben, und dann eben gegenüber den nach wie vor mangelhaften und unzureichenden Leistungen der Industrie selbst.

II.

So beleuchtet die Angelegenheit, die so recht große Kreise zieht, die bekannte Industriekrise erneut. Dazu tritt die wachsende Passivität der Handelsbilanz und das Problem der Währung, das naturgemäß immer damit zusammenhängt. Das sei im einzelnen hier nicht besprochen, im ganzen ergibt sich eine Spannung, eine kritische Lage, die sehr unbehaglich empfunden wird.

Man spürt aus den Erörterungen zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Finanzkommissariat, die gerade in der Berichtszeit wieder aufgelebt sind, wie schwer die leitenden Kreise dieses eine Hauptwirtschaftsproblem zu meistern in der Lage sind. Hier fordert der Oberste Volkswirtschaftsrat die Durchführung des großen Industrieplans. Dort verlangt das Finanzkommissariat Rücksicht auf die gespannte Lage der Währung und der Devisenvorräte. Da klagt die Arbeiterschaft über zunehmende Teuerung und fordert Lohnerhöhungen. Dort wird die Bauernschaft immer zurückhaltender und mißtrauischer. Die Regierung steht im nun begonnenen dritten Quartal des Wirtschaftsjahres vor großen Schwierigkeiten, wie sie die Mittel für die Durchführung ihres Industrieprogramms aufbringen soll. Wahrscheinlich wird sich der Wille für das Industrieprogramm gegenüber den finanziellen Bedenken durchsetzen, und das muß zu einer weiteren Schwächung der Kaufkraft des Tscherwonez führen, wenn nicht die Getreideverkäufe an das Ausland sich günstiger entwickeln.

III.

Die vom Handelskommissariat bekanntgegebenen Zahlen über die planmäßigen Getreidebereitstellungen in den ersten acht Monaten des laufenden landwirtschaftlichen Jahres (1. Juli 1927 bis 1. März 1928) weisen eine Beschaffung von

Digitized by Google

8 219 000 Tonnen Brotgetreide gegen 8 782 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres nach. Am 1. März 1928 betrug so der Gesamtrückstand 563 000 Tonnen.

Am 9. März hat Rykow vor dem Moskauer Sowjet diese brennende Frage noch einmal interessant und zusammenfassend mit vielen Zahlen besprochen. Unbestreitbar ist seit Januar eine Besserung eingetreten, nachdem die Monate vorher ein Defizit in den Getreidebereitstellungen und -verkäufen gebracht hatten. Nach dem 1. März ist das Defizit verschwunden. Die „Volkswirtschaft", die Halbmonatsschrift der Handelsvertretung in Deutschland (Heft 5/6, Seite 22), glaubte feststellen zu können: „Die Januarbeschaffung 1928 erbrachte 1 332 000 Tonnen gegenüber 933 340 Tonnen im Januar 1927; die Februarbeschaffung stellte sogar einen Rekord auf: mit 1 919 000 Tonnen wurde das höchste Monatsergebnis erzielt, das in allen bisherigen Getreidekampagnen der UdSSR überhaupt zu verzeichnen ist. Das Resultat im Februar 1927 betrug 910 480 Tonnen. Für die erste Märzhälfte wurden 702 953 Tonnen beschafft, während im gesamten März 1927 nur 712 150 Tonnen von den staatlichen und genossenschaftlichen Planorganisationen aufgekauft wurden. Damit ist das Vorjahrsresultat erreicht, und damit sind zugleich die Schwierigkeiten behoben, die das wirtschaftliche Leben des Landes bedrohten."

Ist das richtig, so ist die Lage ja nicht ungünstig. Aber es ist kein Zweifel, daß dies Ergebnis nur durch starken staatlichen Druck erzielt worden ist, genau so wie die Zeichnung der sogenannten „staatlichen Anleihe zur Steigerung der bäuerlichen Wirtschaft" mit 110 Millionen Rubeln, dieser Bauernanleihe, die ausschließlich von den Bauern gezeichnet wurde, richtiger gesagt, gezeichnet werden mußte. Im Berichtsmonat ist mithin die Getreidefrage weniger kritisch geworden, als es die Industriefrage ist.

IV.

Mißtrauen und Abneigung der Bauern gegen die Lieferungen kommen nicht nur aus den wirtschaftlichen Motiven der „Schere", sondern auch aus politischen Gründen. Es scheint — genauer und bestimmter ist wohl heute die Politik Stalins noch nicht zu präzisieren —, daß er immer stärker den Kurs nach links nimmt, besser ausgedrückt, die „Front nach dem Dorf" herumschwenken läßt zu der Front nach der städtischen Arbeiterschaft und daß er im weiteren — das ist schon genauer zu erkennen — auf dem Dorfe die Politik gegen den wirtschaftlich Stärkeren zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren richtet.

Es wurde schon erwähnt, daß auf diese Weise der Klassenkampf und die Klassenpolitik bewußt in das Dorf hineingetragen wird. Man berechnet, daß von den 24 Millionen Bauern nur 3 Millionen über 600 Rubel Einkommen haben. Zahlenmäßig

Digitized by Google

hätte also diese Politik für den Ärmeren gegen den Reicheren die Macht auf ihrer Seite. Aber sie spielt insofern ein gefährliches Spiel, als damit die Produktionskraft und Produktionswilligkeit erst recht in Frage gestellt wird. Mit der „Bjednota" wird man nicht die Millionen Pud Getreide erzielen, die man braucht, nötig hat für die Ernährung der Städte und vor allem für Handelsbilanz und Industrieprogramm. Deshalb geht die Sowjetregierung mit dieser Politik einen gefährlichen Weg, und sicherlich ist sie in sich auch darin nicht einig. Es gehört auch nicht viel wirtschaftliche Klugheit dazu, um die ungeheuren Gefahren einer solchen Agrarpolitik für die gesamte Wirtschaft und den Staat zu erkennen.

Diese Agrarpolitik besteht in dem Bemühen, die Landwirtschaft sozialistischer arbeiten zu lassen (Sowjetlandgüter, Kollektivwirtschaften), ferner in der schärferen Anziehung der Steuerschraube und schließlich in Maßnahmen, die die bisherigen Ergebnisse der Agrarpolitik direkt nach rückwärts revidieren würden. Das betrifft besonders die Beziehungen der Dorfgemeinde und der Dorfsowjets zueinander, die langjährige Landpacht und die Verwendung von Lohnarbeit. In diesen Richtungen soll der Agrarkodex umgestaltet werden. Auf der Tagung des Zik der Union, die gleich zu besprechen ist, ist beschlossen worden, dieses neue Agrargesetz, das diese Veränderungen enthält, erst von den Ziks der einzelnen Staaten durchberaten zu lassen und erst auf der nächsten Session der Zik-Union anzunehmen. Dies Gesetz würde dann dem neuen Kurs die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen geben in der Richtung auf Förderung der sozialistischen Grundsätze in der Landwirtschaft und der ärmeren Bauernschichten gegen das Großbauerntum. Indem dieser Gesetzentwurf nun in den einzelnen Teilen von den Sowjets besprochen wird, verschafft sich die Sowjetregierung natürlich eine größere Autorität dafür. Andererseits darf man aber wohl auch dieses Vorgehen dahin deuten, daß Stalin vorsichtig sein will. Es könnte immerhin sein, daß bei diesen Besprechungen draußen in den Sowjets, in denen ja nach unten immer stärker die Parteilosen, d. h. die Bauernvertreter zunehmen, ein sehr starker Widerstand sich erhöbe.

Wir glauben nicht, daß man heute bereits mit aller Schärfe sagen kann, in Moskau herrsche gerade nach dem Siege über die Opposition ein Kurs nach links. Man hat den Eindruck, daß die maßgebenden Männer, Stalin in erster Linie, noch vorsichtig und unsicher tasten und daß sie die Synthese zwischen dem, was die Wirtschaft unbedingt verlangt, und dem, was innenpolitisch und parteipolitisch zweckmäßig erscheint, noch nicht gefunden haben.

V.

So sind auch auf den politischen Tagungen in der Berichtszeit große grundsätzliche Stellungnahmen nicht erfolgt. Vom 30. März

Digitized by Google

bis 6. April tagte der Allrussische Zik, 2. Session, die erste nach dem 15. Parteikongreß. Von außen erkennbar sind die Gegensätze in der Partei dort nicht laut geworden. Man hat sich mit dem Budget, mit der Sozialversicherung, mit der Organisation der Kreis-, Bezirks- und Rayonkomitees, mit den Gouvernements-Sowjets und -Vollzugskomitees, mit der Lage und Tätigkeit der deutschen Wolgarepublik beschäftigt.

Verwaltungsmaßnahmen standen also im Vordergrunde, darunter besonders aber die Neuorganisation des sogenannten Gebietes der schwarzen Erde. Die Gouvernements Woronesh, Kursk, Orel und Tambow werden in diesen Bezirk übergehen, wobei die Gouvernementsverwaltungen aufgehoben werden und die Bezeichnung „Gouvernement" innerhalb des Gebiets überhaupt aufgehoben wird. Sitz der Administration des neuen Bezirks wird die Stadt Woronesh.

Uns interessiert besonders der große Bericht der Wolgadeutschen Republik, den der Präsident des Rates der Volkskommissare, Kurz, gab („Iswestija", 3. April). Kalinin hob in der Schlußrede besonders hervor, daß diese deutsche Republik eine der ältesten autonomen Republiken sei, die im Herbst ihr 10jähriges Jubiläum feiert und einen der kulturell am höchsten stehenden Teile der Union einschlösse.

Vom 6. bis 11. April tagte sodann das vereinigte Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Partei, wobei die oben erwähnte Entschließung gefaßt wurde. Am 11. begann die Sitzung des Zik der Sowjetunion (3. Session der 4. Legislaturperiode). Das Budget vor allem und seine Bilanzierung waren Gegenstand der Beratungen, demnächst die landwirtschaftliche Einheitssteuer und das Bodenproblem. Die Steuersätze für die Großbauern wurden dabei erhöht.

Die Vorgänge in der deutschen kommunistischen Partei (Bildung des Lenin-Bundes und Reichskonferenz der linken Kommunisten) wurden in schärfster ablehnender Kritik verfolgt. Wir zitieren die „Prawda" (13. April):

„Die Ultralinken haben nun auch den Wedding verloren. Dieser Verband der Renegaten des Leninismus will also bei den Wahlen selbständig auftreten. Seine Niederlage ist absolut sicher. Die Massen gehen nicht mit ihm und werden nicht mit ihm gehen. Im Gegenteil, auch die letzten Arbeiter, die ihm noch folgten, wenden sich bereits ab. Es handelt sich einfach um ein Abkommen bankerotter Führer."

Im ganzen sind seit dem Siege über die Opposition vier Monate verflossen. Aber noch ist eine feste und sichere Linie in der inneren Politik nicht zu erkennen. Auf die kritischen Zeichen blickt Alexander Kerenski naturgemäß mit besonderer Spannung, aber auch er schließt seinen Artikel „Was geht in Rußland vor?" (Neue Zürcher Zeitung, 1. April) nur mit dem vorsichtigen Urteil:

„Die Folge dieser Vorgänge wird eine weitere Revolution sein, die freilich möglicherweise erst nach mehreren Jahren eintreten wird. Um eine Revolution zu erleben, muß ein Land darauf vorbereitet sein. Unter den

Digitized by Google

jetzigen Umständen ist es in Rußland unmöglich, eine Revolution vorzubereiten. Das Land ist in einem Zustand völliger Zersetzung und Desorganisation; nichts bietet eine Grundlage, auf der man eine bessere Zukunft aufbauen könnte. Aber jede Revolution bereitet weitere Revolutionen, oder mit anderen Worten, jede Revolution besteht notwendigerweise aus mehreren Stadien. Wenn ein Land einmal zur Revolution reif ist, und wenn sich die Bevölkerung auf einige Monate, oder vielleicht auf einige Jahre auf ein bestimmtes Programm geeinigt hat, so können weitere Entwicklungen sehr rasch eintreten, selbst wenn die Regierung autokratisch bleibt. Heute aber hat Rußland kaum auch nur das Vorbereitungsstadium erreicht."

Angemerkt sei noch der Tod von E. A. Behrens, des ersten Marinesachverständigen der Sowjetregierung, eines früheren kaiserlichen Marineoffiziers, der Marineattaché in Deutschland und Italien war. Ferner von A. J. Troinitzky, der wesentlichsten Kraft im Institut der roten Professur und schließlich von Paul Axelrod (gestorben am 16. April in Berlin), des bekannten Mitbegründers der russischen Sozialdemokratie (Gründung der „Gruppe zur Befreiung der Arbeit" 1884 zusammen mit Plechanow, Deutsch und Vera Sassulitsch), der nach der Märzrevolution 1917 nach Rußland zurückging, es aber nach der Novemberrevolution wieder verließ und als erbitterter Gegner des Bolschewismus gestorben ist.

VI.

Der Haltung der russischen Innenpolitik entspricht die Passivität in der Außenpolitik. In der „Frankfurter Zeitung" (15. April) äußert sich Boris Stein, der Direktor der Europaabteilung im Außenkommissariat, sehr prägnant über die auswärtige Politik der Sowjetunion, die er als eine grundsätzlich friedliche bezeichnet. Er teilt die Außenpolitik in zwei Perioden ein, einmal

„die Periode, die die Periode der Friedensdefensive genannt werden könnte. Während dieser Periode benutzte die UdSSR die Friedenspolitik und Taktik zur unmittelbaren Verteidigung gegen kollektive und Einzelangriffe.

Die zweite Periode könnte man die Periode der Friedensoffensive nennen.

Während im Laufe der ersten Periode die Sowjetregierung ihren Kontrahenten den Abschluß gewöhnlicher Friedensverträge vorschlug, wird die zweite Periode durch das Bestreben charakterisiert, komplizierte, aber zu gleicher Zeit wirksamere Friedensgarantien zu schaffen. Zu den letzteren gehört in erster Linie zweifellos das Sowjetsystem der Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge. Das wesentlichste Element dieser Verträge ist die Verpflichtung zur Neutralität. Im Gegensatz zu der Konzeption des Völkerbundsstatuts, das Wirkungsfeld und Bereich des Konflikts ausdehnt, indem es eine Reihe von Staaten hineinbezieht (§ 16 des Statuts), wird durch die sowjetistische Neutralitätsklausel die Wirkung des eventuellen Konflikts eingeschränkt und lokalisiert.

Das zweite Stadium der aktiven Friedenspolitik ist das Sowjetprojekt der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die zweifellos die einzig wirksame und tatsächliche Friedensgarantie ist."

Dementsprechend nahm Rußland an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf (15. bis 24. März) teil. Die Sowjetregierung hat dafür eine sehr interessante Sammlung ver-

Digitized by Google

öffentlicht, auf die wir als Quellenmaterial nachdrücklichst aufmerksam machen: „Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Genfer Abrüstungskonferenz" (Ost-Europa-Verlag Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.). Der wichtigste und interessanteste Abrüstungsvorschlag, der auch darin enthalten ist und den Litwinow geschickt und nachdrücklich vertrat, mit Unterstützung des deutschen Vertreters Grafen Bernstorff, ist unerledigt geblieben. Die Konferenz hat ja mit einem vollen Fiasko geendet. Nach dem Schluß haben Litwinow und der Vorsitzende Loudon noch einen gereizten Briefwechsel geführt. Mit Recht beschwerte sich der russische Vertreter über die Art, in der der Vorsitzende noch die Sowjetdelegation zum Schluß geschulmeistert hatte. Die beiden Briefe sind dem Protokoll der Abrüstungskommission einverleibt. Das Ergebnis ist im ganzen auch für Rußland Null.

Für den nahen Orient merken wir an, daß der Beginn des Flugverkehrs zwischen Moskau und Teheran Ende April erwartet wurde. Ferner interessierte der Besuch des Königs Aman Ullah von Afghanistan, der über Polen nach Rußland kommt und am 3. Mai in Moskau erwartet wird. Man wird ihm auch in Moskau ein Bild der Machtmittel Rußlands geben, wie es von englischer und italienischer Seite geschehen ist.

In bezug auf China ist die Äußerung der „Iswestija" (26. März) charakteristisch:

„Wer der Wirklichkeit ins Auge zu sehen wagt, kann nicht umhin, zu erkennen, daß die chinesische Revolution schwere Niederlagen erlitten hat, daß die chinesische Kommunistische Partei schwerste Verluste erlitten hat. Aber ungeachtet dieser Verluste steht die Partei nicht nur unerschüttert auf ihrem verantwortlichen Posten, sondern ihre Bedeutung hat im letzten Jahr ganz wesentlich zugenommen."

Die bei der Durchsuchung der Sowjetbotschaft in Peking verhafteten russischen Beamten sitzen jetzt seit einem vollen Jahre im Gefängnis, ohne daß eine Untersuchung oder Verhandlung stattgefunden hat.

Ist es von China in der russischen Frage stiller geworden, so rückt Japan mehr in den Vordergrund, das am 10. April die radikalen Arbeiter- und Bauernparteien auflöste. Die Sowjetregierung sah darin eine Herausforderung Moskaus, weil die japanische Presse behauptete, daß die russische Botschaft in Tokio der Mittelpunkt der Kommunistenbewegung in Japan sei. Man befürchtet in Moskau daraus eine Spannung mit Japan, die die guten Wirkungen des Besuchs des Grafen Goto rückgängig machen werde. Wieder die „Iswestija" (15. April):

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß gewisse Tokioter Kreise die antikommunistischen Maßnahmen der japanischen Regierung, die eigentlich nur die Innenpolitik betreffen, auszunutzen versuchen, um die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion zu stören. Die Belebung und Festigung der russisch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen scheint diesen Kreisen

Digitized by Google

höchst unerwünscht zu sein. In Tokio finden allerlei Konferenzen statt, die sich mit dem Einfluß „der kommunistischen Verschwörung" auf die russisch-japanischen Beziehungen beschäftigen, als ob da von irgend einer Verbindung die Rede sein könnte. Die englische Presse benutzt den günstigen Zufall, um den Japanern zu predigen, daß man mit den Bolschewiki kein Geschäft machen kann. Das alles scheint noch größere Anstrengungen in derselben Richtung anzukündigen, wobei natürlich die reaktionäre Presse der ganzen Welt die Hand im Spiel hat und ebenso die englische Regierung, deren Umtriebe wir ja bei jeder sowjetfeindlichen Kampagne zu spüren schon gewohnt sind. Wir aber wollen denn doch noch nicht glauben, daß die japanische Regierung und die führenden politischen und wirtschaftlichen Kreise die Fragen der Innen- und Außenpolitik in dieser Weise verknüpfen könnten."

So ist im ganzen das Bild im fernen Osten für Moskau wenig erfreulich. Daß die Beziehungen mit Südamerika, so mit Argentinien, Uruguay, das Sowjetrußland formell anerkannt hat, und sonst etwas zunehmen, ist ein geringer Trost. Man pflegt den Handel mit Südamerika besonders, um dadurch einen Druck auf die Vereinigten Staaten auszuüben, die man als immer wichtiger für die Sowjetunion ansieht und entsprechend nutzbar machen will.

Von russischer Seite geschieht allerlei. Einer Bekanntmachung der russischen Handelsvertretung (Amtorg) vom 14. März d. J. zufolge, erreichten die russischen Aufträge in den Vereinigten Staaten seit dem 1. Januar 1928 den Betrag von 10,77 Millionen Dollar, ein Betrag, der um ungefähr 3 Millionen größer ist als im letzten Vierteljahr 1927 und auch um ungefähr die gleiche Summe die im ersten Vierteljahr 1927 vergebenen Aufträge übersteigt. Das Jahr 1927 wies eine Verdreifachung der russischen Aufträge gegenüber dem Vorjahr auf, und für das laufende Jahr stellt die Amtorg eine weitere beträchtliche Erhöhung in Aussicht.

Ferner wurden neue Verträge zwischen dem Naphtha-Syndikat und der Standard Oil Company von New York, der Vacuum-Oil Company und der Anglo-American Oil Company abgeschlossen, die die Belieferung des ägyptischen und südamerikanischen Marktes mit russischem Petroleum betreffen. Zuverlässige Einzelheiten sind uns noch nicht bekannt.

Freilich ist andererseits das Farquhar-Projekt für den Umbau und die Neuausrüstung des Werkes von Makejewka von Rußland abgelehnt worden und nahm Nordamerika in der Frage des Verkaufs von russischem Gold die gleich zu besprechende Stellung ein.

Wenn in wirtschaftlicher Beziehung gewisse Erfolge für Rußland erzielt sind, so fühlt sich dieses politisch geflissentlich übergangen, da Kellogg seinen Vorschlag eines Kriegsverurteilungspakts allen Großmächten, nur Rußland nicht, mitteilte und außerdem, offenbar absichtlich, gleichzeitig am 16. April eine Erklärung über die amerikanisch-russischen Beziehungen veröffentlichte. Diese schließt damit, daß in der amerikanischen Politik keine Änderung eintreten kann, solange die russische Regierung den

Digitized by Google

Plan nicht aufgibt, die Weltrevolution zu erzeugen. Die amerikanische Regierung wäre der Ansicht, daß die notwendige Vorbedingung zur Schaffung einer vernünftigen Diskussionsbasis über eine Anerkennung Rußlands durch Amerika der Wunsch und Wille der russischen Regierung sein müßte, ihre internationalen Beziehungen nach bewährten Grundsätzen der Politik zwischen den Mächten zu führen. Das Staatsdepartement wolle der Entwicklung des Handels zwischen den beiden Ländern kein Hindernis in den Weg legen, doch müßten die Individuen und Gesellschaften, die Handel mit Rußland trieben, wissen, daß sie dies auf eigene Verantwortung und Gefahr tun. Auch die Finanzierung dieses Handels durch langfristige Kredite stoße beim Staatsdepartement auf keinen Widerspruch, solange die Anleihen nicht öffentlich in Amerika verkauft und beim Publikum abgesetzt würden.

Ebenso sind die Beziehungen zu England nicht weiter gekommen. Der Besuch von Keynes in Rußland, Anfang April, besagt ja nicht viel. Dagegen hat die Unterhausdebatte am 19. März über den Sinowjew-Brief (Oktober 1924!) die Beziehungen nur weiter verschärft. Baldwin, der die Ablehnung einer Untersuchung durchgesetzt hat, erklärte das Dokument für echt. Tschitscherin griff darauf in einer Erklärung an die Presse („Iswestija", 22. März) den englischen Minister auf das schärfste an und regte wieder eine einwandfreie Untersuchungskommission an. Die Angelegenheit bleibt so ungeklärt, und die Beziehungen Englands und Rußlands bleiben auf dem alten Standpunkt.

Die französisch-russischen Schuldenverhandlungen sind nicht weitergegangen. Dagegen ist in diese Beziehungen eine Trübung gekommen durch den Einspruch der Bank von Frankreich gegen den Verkauf von russischem Gold in Newyork. Rußland wollte damit, einer Summe im Werte von 5,2 Millionen Dollar, Bestellungen in den Vereinigten Staaten bezahlen. Die amerikanischen Bankbehörden lehnten aber den Ankauf ab, und die russische Reichsbank ließ darauf das Gold nach Deutschland zurückführen. Der Einspruch der Bank von Frankreich ist juristisch schwer zu begründen, die ganze Affäre hat auch etwas Sonderbares an sich. Moskau fühlt sich durch den französischen Einspruch politisch und wirtschaftlich geschädigt und deutet den Einspruch vor allem in der Richtung, daß Frankreich so den russischen Handel mit Nordamerika stören wolle, um Rußland gefügiger zu machen, nicht nur für die Schuldenverhandlunegn, sondern auch für den (äußerst vagen) Plan einer französisch-deutschen Zusammenarbeit in Rußland. Ergebnis gleichfalls Spannung und Trübung.

Mit Polen ist man nicht weitergekommen. Die Königsberger Besprechungen zwischen Polen und Litauen verfolgt man mit Interesse. Ein gewisser Erfolg wurde in den Verhandlungen über einen Handels- und Wirtschaftsvertrag mit der

Digitized by Google

Tschechoslowakei erzielt. Dabei ist Rußland von seinem bisherigen Grundsatze abgewichen, Wirtschaftsverträge nur mit Staaten zu schließen, die es auch rechtlich anerkannt haben.

VII.

Für die deutsch-russischen Beziehungen ist zunächst wesentlich, daß am 17. März der Oberingenieur Goldstein und der Monteur Wagner freigelassen wurden und Rußland so den Willen einzulenken, kundgab. Die anderen deutschen Verhafteten warten auf die Weiterführung des Prozesses. Mühselige Verhandlungen sind nötig, damit Deutschland und die deutsche Vertretung ihre Rechte dabei durchsetzen. Doch tritt die Spitze gegen Deutschland zurück gegenüber den allgemeinen Gründen und Hintergründen dieser Donez-Verschwörung, die im Eingang des Artikels dargestellt wurden.

Die abgebrochenen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sind nicht wieder aufgenommen und werden erst frühestens aufgenommen werden können, wenn der Prozeß in Moskau erledigt ist und die Wahlen in Deutschland vorüber sind.

Der sechsjährige Gedenktag des Rapallovertrages (14. April) gab auf beiden Seiten Anlaß zur Erörterung der deutsch-russischen Beziehungen. Auf deutscher Seite wurde hervorgehoben, daß die wirtschaftlichen Beziehungen nicht die erwartete Entwicklung genommen hätten und daß Rußland sich sehr stark England und Amerika zu nähern suche. Auf der russischen Seite wird jede Einzelheit, wie z. B. der Besuch von Lord Birkenhead und dergleichen, benutzt, um immer wieder die Gefahr einer deutschen Westorientierung, eines Eintritts von Deutschland in die Front gegen Rußland, hervorzuheben.

Der Passivität der russischen Außenpolitik im ganzen entspricht so die Stagnation in den Beziehungen zu den anderen Staaten, und eine Gesamtlage Rußlands in der großen Politik im Berichtsmonat, die für dieses nicht recht angenehm ist, jedenfalls keine Erfolge und Fortschritte aufweist.

Abgeschlossen: 20. April 1928.

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Über die heutige Politik der Getreidebeschaffung sprach sich Rykow unlängst vor dem Moskauer Rate aus. Bei dem eingetretenen Getreidemangel sei schnelle Hilfe notwendig gewesen, besonders auch im Interesse der rechtzeitigen Bereitstellung von Saatgetreide. Es wären nur drei Mittel zur Abhilfe in Frage gekommen: Getreidezufuhr aus dem Ausland oder Erhöhung der Getreidepreise, die eine allgemeine Verteuerung der Lebenshal-

Digitized by Google

tung nach sich gezogen hätte, oder die Erklärung der Getreidebeschaffung zur Stoßaufgabe. Dieses letzte Mittel sei das geringste Übel gewesen. Eine Abkehr von der Nep bedeute das jetzige System der Beschaffungsmaßnahmen nicht. Der Sinn der Nep sei Zulassung des Warenverkehrs und des Kapitalismus „unter der Bedingung, daß der Staat sich das Recht und die Möglichkeit vorbehält, den Handel unter dem Gesichtspunkt der Diktatur des Proletariates zu regulieren. Ohne diese Einschränkung würde die Nep die einfache Wiederaufrichtung des Kapitalismus bedeuten." Diese Worte, die Rykow neuen Leitsätzen des Zentralkomitees der Partei entnimmt, enthüllen den sich selbst widersprechenden Geist der russischen Wirtschaftspolitik. Eigentlich bedeutet die Nep die Zulassung des Motivs der Wirtschaftlichkeit in gewissen Grenzen, zugleich aber bedroht sie die Auswirkungen dieses Motivs, sobald sie „der Diktatur des Proletariats" zuwider sind.

Bezeichnend für den augenblicklichen Umschwung der Agrarpolitik der Partei sind die Worte Rykows über den Kulak. Auf dem 14. Parteikongreß vor zwei Jahren vertrat die Parteileitung gegenüber der Opposition den Standpunkt, daß der Mittelbauer nach dem Ausdruck Lenins „die zentrale Figur" der Agrarverfassung bilde und daß die Wirtschaftspolitik die Erhöhung seiner Marktleistung vor allem anzustreben habe. Der Mittelbauer wurde durchaus als Vertreter der Individualwirtschaft aufgefaßt. Es wurde gegenüber der Opposition zugegeben, daß die Politik der Hebung des Mittelbauern auch dem Großbauern zugute komme; wirtschaftlich sei dies kein Nachteil. Im Gegenteil — der Kulak sei einstweilen notwendig. Unter den Bedingungen der Nep sei es unvermeidlich, daß die einen Wirtschaften schneller, die anderen langsamer fortschreiten und die Dritten stehenbleiben und verfallen; infolgedessen zeige sich hier Mangel an Arbeitskräften, dort Überschuß an solchen; die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft fordere daher eine Erweiterung der Lohnarbeiterbeschäftigung und die Entwicklung der Landpacht, also Erweiterung des Spielraumes für den Kulak. Politisch sei dieser ungefährlich, da er nur einen geringen Bruchteil der Bauernschaft darstelle. Heute dagegen wird er amtlich als bewußter Gegenrevolutionär angesehen, der die Mittelbauern gegen die Pläne der Regierung aufzuwiegeln suche; auf seine wirtschaftliche Leistung will man lieber verzichten. Rykow sagt: „Dürfen wir im Hinblick auf die niedrige Marktleistung der Bauern uns in unserer Politik von der unbedingten Losung der Erhöhung der Marktleistung leiten lassen? Selbstverständlich nicht, denn die Steigerung der Marktleistung unter den Bedingungen der individualistischen Produktion schließt die Erstarkung der kapitalistischen Elemente des Dorfes in sich. Zweifellos ist gegenwärtig die marktfähigste Wirtschaft die des Kulaks. Daher kann nicht jede Steigerung der Marktleistung und nicht

Digitized by Google

jede Betriebsvergrößerung unsere Unterstützung verdienen, sondern nur eine solche Betriebsvergrößerung und Marktleistungserhöhung, die die Möglichkeit gibt, das Dorf in das Fahrwasser des sozialistischen Aufbaues zu führen. Die Aufgabe des Tages ist es, die bäuerliche Wirtschaft auf den Weg der Kollektivierung zu lenken." Diese Worte entsprechen genau der Ansicht, die 1925 von Stalin, Rykow und Bucharin auf das lebhafteste bekämpft wurde. Die damalige Agrarpolitik rechnete damit, daß für lange Zeit die bäuerliche Wirtschaft in der Hauptsache individualistisch sein würde; für die Kleinbauern wurde zwar die Zusammenfassung in Kollektivbetrieben nicht aus dem Auge verloren, aber es erschien als einstweilen viel wichtigerer Weg zur Förderung der kleinbäuerlichen Wirtschaften, sie als Individualbetriebe auf die Stufe der mittelbäuerlichen Wirtschaft emporzuheben. Jetzt dagegen ist der Angelpunkt der Agrarpolitik nicht mehr der Mittelbauer, sondern die Kollektivierung.

Das jetzige System der Getreideeintreibung wird die Neigung zu einer Ausdehnung des Getreidebaues bei den kräftigeren Bauern nicht erhöhen. Ein Korrespondent aus dem Gouvernement Stalingrad berichtet, wie die Kulaken bei der Ablieferung des Getreides das Liedchen singen: „Säen werden wir nicht viel", und ähnliche Nachrichten aus verschiedenen Teilen der Union erwähnt Rykow in seiner Rede. Auf die Kulaken komme es aber nicht an, um so mehr würden die Klein- und Mittelbauern säen. Es ist aber sehr ernst mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch die Mittelbauern durch die jetzige Politik zu einer Einschränkung ihrer Produktion veranlaßt werden. Es verbinden sie mehr Interessen mit dem „Kulak", als die Parteileitung glaubt. Rykow spricht von Briefen an die Arbeiter aus ihren Heimatdörfern, wonach die Bauern die Rückkehr des Kriegskommunismus fürchten. Dies sei lediglich auf die Hetzarbeit der Kulaken zurückzuführen, die es so hinstellen, als ob die gegen sie ergriffenen Maßnahmen gegen die gesamte Bauernschaft gerichtet seien. In Wirklichkeit fühlen sich die Mittelbauern durch das herrschende Wirtschaftssystem mit den niedrigen Preisen für Agrarerzeugnisse und dem Mangel und der Kostspieligkeit, dazu der schlechten Qualität der gewerblichen Erzeugnisse kaum weniger bedrückt als die Großbauern. Im übrigen ist es unausbleiblich, daß die augenblickliche Bekämpfung der größeren Bauern entmutigenden Einfluß auf alle tüchtigen Elemente auch unter den Klein- und Mittelbauern ausüben muß, die sich unter den bisherigen Bedingungen emporarbeiten zu können hofften. Sie sehen jetzt, welches Schicksal den energischsten ihrer Berufsgenossen winkt. Für dieses seelische Moment haben die Parteileiter als getreue Marxisten anscheinend nicht das genügende Verständnis.

Die Getreidebeschaffung übertrifft auch im März bei weitem die Ziffer des Vorjahres, doch bleibt sie in zunehmendem Maße

Digitized by Google

hinter dem diesjährigen Plan zurück. Bis zum 15. März waren 43 % des Monatsplanes beschafft, bis zum 20. März 54 und bis zum 25. März statt der planmäßigen 83⅓ nur 62,4 % (1 029 000 t). Aus Westsibirien wird berichtet, daß hier einzelne Rayon-Verwaltungen die Ausfuhr von Getreide aus ihren Bezirken „eigenmächtig" verboten haben. Nicht überall wird man den Mut haben, einer gänzlichen Entblößung von allen Reserven in dieser Weise zu widerstreben.

* * *

Die Tatsache, daß die russische Getreideausfuhr in den beiden Vorjahren weit hinter der Erwartung zurückgeblieben und in diesem Jahre auf ganz geringe Mengen zusammengeschrumpft ist, hat vor allem dazu beigetragen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands gegenwärtig im Ausland wieder einmal äußerst ungünstig beurteilt wird. Ich bin weit davon entfernt, die grundsätzlichen Schattenseiten des russischen Wirtschaftssystems und insbesondere auch die Gefahren des augenblicklichen radikal-bolschewistischen Kurses zu verkennen; dennoch halte ich das heute herrschende Urteil bezüglich der russischen Dinge für übertrieben pessimistisch. Die Getreideausfuhr ist keineswegs ein genauer Gradmesser der landwirtschaftlichen Entwicklung. Einmal gehen Produktion und Marktleistung nicht parallel, noch weniger Produktion und Ausfuhrüberschuß. Die Räteunion hat gegenwärtig einen Geburtenüberschuß von 22 $^{0}/_{00}$, das sind zurzeit 3,2 Millionen im Jahre, von denen der weitaus größere Teil auf dem Lande bleibt. Das Dorf verzehrt daher schon aus diesem Grunde einen wachsenden Teil seiner Produktion. Dazu hat der Konsum pro Kopf zugenommen, allerdings weniger an Getreide, als an animalischen Erzeugnissen. Vor allem aber greift eine Verschiebung in der Wirtschaftsrichtung Platz. Der Getreidebau wird zwar noch für lange Zeit die wichtigste Kultur der russischen Landwirtschaft bleiben, beginnt aber doch an Bedeutung gegenüber anderen Nutzungen zu verlieren. Seit Jahren ist es das ausgesprochene Ziel der russischen Wirtschaftspolitik, die Landwirtschaft mehr und mehr zur Erzeugung von Qualitätsprodukten zu erziehen. Hierauf ist z. B. die Preispolitik gerichtet, die (nach Rykow) im ersten Quartal d. J. folgendes Verhältnis der Indexziffern ergab: Roggen 100,3, Weizen 110,7, Getreide im allgemeinen 109,4, dagegen Erzeugnisse der technischen Kulturen 140,1, Fleisch 172,6, Eier 217,7, Häute von Großvieh 161,6, Häute von Kleinvieh 210. Hinzu kommt, daß das Getreide steuerlich viel schärfer erfaßt wird als die animalische Produktion und vor allem die technischen Kulturen. In vielen Gegenden sehen die Bauern daher keinen Gewinn darin, den Getreidebau über den eigenen Bedarf auszudehnen; Überschüsse erzielen sie daher nur bei guter Ernte, und auch dann ist es die

Digitized by Google

Frage, ob sie es nicht für vorteilhafter halten, den Überschuß durch Verfütterung in der eigenen Wirtschaft zu verwerten. In weiten Zonen des Südens und Ostens ist es überdies der Getreidebau, der von der schlimmsten Gefahr der dortigen Landwirtschaft, der Dürre, am meisten bedroht ist. Dieser Umstand bildet einen von der Wirtschaftspolitik der Regierung unabhängigen Faktor, der auf relative Einschränkung des Getreidebaues zugunsten dürrebeständigerer Kulturen (Futterpflanzen, Ölfrüchte usw.) nachhaltig hinwirkt. In gewissen Grenzen wirken dem allerdings die Erfolge entgegen, die die Züchtung dürrebeständiger Getreidesorten zu verzeichnen hat.

So steht der relativ langsamen Ausdehnung des Getreidebaues das bedeutende Wachstum technischer Kulturen gegenüber. Es sei an dieser Stelle nur kurz hingewiesen auf die Zuckerrübe, die Sonnenblume, die Baumwolle, ferner auf die Zunahme der animalischen Produktion. Beispielsweise stieg der Butter-Ankauf von 52 500 t im Jahre 1926 auf 73 500 t im Jahre 1927, der Eier-Ankauf in derselben Zeit von 6680 auf 14 053 Waggons.

Der Auffassung, daß der russische Bauer im allgemeinen nur das Ziel der Selbstversorgung verfolge, muß ich auf das entschiedenste widersprechen. Seit der Einführung der Nep ist der Bauer durchaus daran interessiert, seine Produktion nach Möglichkeit zu vergrößern; abgesehen von den Steuern ist er ja auf die Beschaffung von industriellen Erzeugnissen in beträchtlichem Umfange angewiesen, so daß er schon aus diesem Grunde eine „geschlossene Hauswirtschaft" nicht betreiben kann. Im übrigen ist der Fortschrittseifer bei der bäuerlichen Masse heute zweifellos größer als vor dem Kriege; daß er allerdings durch die augenblickliche Agrarpolitik bei den wirtschaftlich tüchtigsten Elementen des Dorfes gedämpft wird, habe ich oben hervorgehoben. Aber auch diese bedenkliche Wende bedeutet nicht, daß die russische Landwirtschaft nunmehr stagnieren werde. Viele starke Fortschrittsfaktoren werden auch in Zukunft wirksam bleiben, vor allem die Agrarreform (Landeinrichtung), die in Riesenschritten vorwärts geht, Hand in Hand damit der Übergang der Bauern von der Dreifelderwirtschaft zu rationeller Fruchtfolge. Ferner die Ausbreitung verbesserten Saatgutes, leistungsfähiger Geräte und Maschinen, der Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und schließlich auch die Kollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Zwar soll sie nach dem neuesten Kurs allzu einseitig, d. h. unter Vernachlässigung der individualistischen Wirtschaft betrieben werden. Dennoch bedeutet sie einen Fortschritt gegenüber der bäuerlichen Durchschnittswirtschaft. Alle diese neuen Wege des Fortschritts sind erst seit einigen Jahren beschritten worden; es liegt in der Natur der Landwirtschaft begründet, daß ein größerer Erfolg in der Form der Ertragssteigerung noch nicht auf der ganzen Linie ein-

Digitized by Google

getreten ist; dieser wird aber nicht ausbleiben. Vielleicht schon in 5 Jahren wird, mittlere Wachstumsbedingungen vorausgesetzt. die Wirkung aller dieser Reformen deutlich in Erscheinung treten.

Übrigens zeigen sich große Verschiedenheiten in dem Umfang, in welchem die einzelnen Aktionen zur Hebung der Landwirtschaft bisher zur Ausführung gelangt sind. Aus dem Kapitalmangel Rußlands erklärt es sich, daß die Kredithilfe für die Bauernwirtschaft im allgemeinen noch sehr geringfügig ist; die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften arbeiten hauptsächlich mit staatlichen Geldern, die zu größtem Teil mit bestimmten Verwendungszwecken in das Netz der Genossenschaft geleitet werden; infolgedessen kommt der Kredit nur einem kleinen Bruchteil der bäuerlichen Bevölkerung zugute. Bezeichnend ist eine unlängst veröffentlichte Statistik über die Stationen von Geräten und Maschinen, die von der Räteregierung nach dem Vorbild der früheren Landschaften zur Vermietung an inventararme Kleinbetriebe betrieben werden. Im ganzen gibt es in der RSFSR 7500 derartige „Vermietungspunkte" — selbstverständlich eine verschwindend geringe Zahl für das riesige Gebiet; im Nordkaukasusgebiet kommt z. B. ein Punkt auf 34 000 ha Saatland und 5500 Betriebe, in Sibirien sogar nur auf 54 500 ha und 12 300 Betriebe. Dabei ist die durchschnittliche Ausstattung des einzelnen Punktes nur dürftig — 2,4 Pflüge, 2,1 Eggen, 1,0 Erntemaschinen, 0,5 Dreschmaschinen, hauptsächlich altes Material, das von den Landschaften überkommen ist. Da die Punkte so wenig leistungsfähig sind, so nehmen die Bauern von ihnen kaum Notiz; infolgedessen wird ein Pflug im Jahre durchschnittlich nur 5,7 Tage, eine Erntemaschine nur 3,2 Tage benutzt.

Viel geleistet ist dagegen bereits auf dem Gebiete der Saatzucht und insbesondere auch in der Verbreitung besseren Saatgutes, ferner in der massenhaften Herstellung neuer Geräte und Maschinen und vor allem in der Durchführung der Agrarreform (Landeinrichtung). In der RSFSR (ohne die autonomen Republiken) wurden auf Bauernland ausgeführt:

	Generalseparationen (Regulierung zwischen mehreren Gemarkungen). 1000 ha	Spezialseparationen (Regulierung innerhalb einer Gemarkung). 1000 ha
1919	3 224	201
1920	10 247	274
1921	14 005	883
1922	9 348	2 948
1923	6 804	4 177
1924	10 021	3 404
1925	10 834	7 548
1926	11 537	10 766
Summe:	76 020	30 201

Digitized by Google

Im ganzen waren bis Ende 1926 von der Generalseparation 23,4 % des Bodens landwirtschaftlicher Bestimmung erfaßt, von der Spezialseparation 12,1 %. In diesem Jahre sollen nach dem Plan des Landwirtschaftskommissariats der RSFSR 32 Millionen Hektar reguliert werden, davon 29 Millionen Bauernland. Dabei soll der Anteil der Generalseparation, der bisher 71,6 % betrug, zugunsten der sehr viel intensiveren Spezialseparation auf 27 bis 20 % herabgedrückt werden. Nach dem Fünfjahrplan sollen im ganzen 124 Millionen Hektar reguliert werden. Sicher wird die Reform mit unendlich viel Fehlern behaftet sein; auch werden die Bauern zum großen Teil aus Unverstand, Trägheit und vor allem wegen ihrer großen Armut nicht imstande sein, den entsprechenden Nutzen daraus alsbald zu ziehen; trotzdem aber wird sie alles in allem einen gewaltigen Fortschritt bedeuten.

Mängel machen sich auch sonst überall in hohem Grade fühlbar. Der neue Landwirtschaftskommissar der RSFSR, Kubjak, sendet einen Notruf nach dem anderen an die Zentralregierung wegen der Gefährdung der Frühjahrsbestellung durch schlechtes Saatgut oder durch das Ausbleiben von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen. In Turkestan läuft schon seit Wochen ein Riesenprozeß wegen der aufgedeckten Mißstände in der dortigen Wasserwirtschaft (vergl. „Osteuropa" 1926/27, S. 381), und schon soll wegen ähnlicher Mißwirtschaft in der transkaukasischen Wasserwirtschaft ein Strafverfahren eröffnet werden; beispielsweise ist hier für ein Kanalsystem das Holz zu 263 Brücken beschafft worden, von denen aber nur 3 gebaut wurden; das übrige Material liegt unbenutzt und verfault.

Alle diese Unzulänglichkeiten berechtigen nun aber nicht zu dem Urteil, daß die Reformaktionen, denen sie anhaften, überhaupt wertlos sind. Die Hauptsache bleibt doch der zu verzeichnende Erfolg. Gerade in Turkestan und Transkaukasien ist dies sehr deutlich. Trotz jener Mängel im Ausbau der Wasserwirtschaft ist es gelungen, die Baumwollproduktion schnell wieder zu steigern. 1922 war diese Kultur auf etwa 6 % der früheren Höchstfläche gesunken; die Jahre 1923—1925 ließen die Ziffer emporschnellen, 1926 brachte eine Stockung, die Fläche stieg nur um 6 %, dagegen 1927 um 24 % auf 803 000 ha, womit die frühere Höchstziffer um 6,4 % überschritten wurde. Für 1928 hat der STO eine gewaltige weitere Ausdehnung vorgesehen; Zentralasien soll 847 100 ha bebauen, Transkaukasien 130 200; außerdem ist man bemüht, die Baumwollkultur in einigen sonstigen Gebieten Rußlands einheimisch zu machen, z. B. im Süden der Ukraine, in Dagestan, im Nordkaukasusgebiet und an der Wolgamündung. Für Dagestan werden in diesem Jahre bereits 1 100 ha in den Anbauplan der Union eingesetzt, so daß dieser im ganzen mit 978 400 ha rechnet. In Turkestan sollen große Getreidemengen

Digitized by Google

magaziniert werden, um die Baumwollpflanzer bezüglich ihrer Brotversorgung im voraus zu beruhigen.

An der Wiederherstellung der russischen Flachserzeugung nimmt auch die deutsche Industrie großes Interesse. Die Pläne, die in dieser Beziehung vom Landwirtschaftskommissariat verfolgt werden, gehen aus einem Aufsatz von S. Odinzow, einem der hervorragendsten Agrarbeamten der Union, in der „Ekon. Shisn" (Nr. 68) hervor. In den alten Hauptanbaugebieten Rußlands (Nordwesten, Westen und Zentralindustriegebiet) ist der Flachsbau stark in Verfall geraten. Man hat ihn hier im Rahmen der alten Dreifelderwirtschaft ausgedehnt, infolgedessen die Weidefläche und den Futterbau eingeschränkt, hierdurch einen Mangel an Dünger bewirkt, der auf den Flachsbau ungünstig zurückwirkt. Manche Spezialisten glauben daher, daß der Leinbau hier allmählich unwirtschaftlich werde und nach dem Osten (Uralgebiet, Sibirien und fernöstliches Gebiet) sich verpflanzen müsse. Odinzow tritt dieser Auffassung mit Recht entgegen, indem er auf das Beispiel der Randstaaten hinweist, wo der Leinbau unter ähnlichen natürlichen Bedingungen wie im westlichen Rußland sich neuerdings ausgedehnt und gehoben habe. Dies könne im westlichen Rußland nur gelingen, wenn höhere Ernten erzielt werden. In dieser Beziehung ist die Union gegen andere Länder sehr rückständig, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt. Der Faserertrag je Hektar betrug in Kilogramm:

	1924	1925
UdSSR	239,1	235,8
Lettland	429,1	378,4
Litauen	529,1	509,4
Polen	409,5	558,5
Tschechoslowakei	558,5	548,7
Holland	728,9	719,1
Belgien	728,9	999,2

Die Möglichkeit zur Ertragssteigerung liege auch in Rußland vor. Fortschrittliche Bauern, die von der Dreifelderwirtschaft zu einer rationellen Fruchtfolge übergegangen seien, erzielen eine Faserernte von 442 bis 590 kg bei einer Durchschnittsernte ihres Bezirkes von 162 bis 192 kg. Die landwirtschaftliche Verwaltung beabsichtigt, zur Hebung des Flachsbaues in ähnlicher Weise vorzugehen, wie es schon seit Jahren zur Hebung der Wirtschaft an vielen Orten der dürren Zone geschieht; es sollen nicht diese und jene Aktionen unabhängig voneinander ergriffen werden, sondern nesterweise soll ein ganzes System von Maßnahmen zur Anwendung kommen, um zunächst in einer beschränkten Zahl von Ortschaften den Leinbau auf eine rationelle Grundlage zu stellen und damit der Bauernschaft im weiten Umkreise praktischen Anschauungsunterricht zu erteilen. Gemäß dem heutigen Kurs

Digitized by Google

sollen selbstverständlich die Kollektive in erster Linie als Nester gewählt werden; Individualbauern sollen vorher zu Leinbaugenossenschaften zusammengefaßt werden.

Das Netz der vertrusteten Rätegüter in der RSFSR umfaßt gegenwärtig 45 Trusts mit 1125 Gütern und rund 1,2 Millionen Hektar; es soll in nächster Zukunft erweitert werden. Die Landeinrichtung hat sich bereits auf 97 % der Rätegüter erstreckt. Im allgemeinen hat sich die Bewirtschaftung, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, gegen frühere Jahre sehr gehoben, doch leidet sie, abgesehen von den Mängeln des Systems und oft auch des Personals, unter der Unzulänglichkeit ihrer Ausrüstung; eine jetzt veröffentlichte Statistik besagt, daß die Rätegüter im Verhältnis zu ihrem rationellen Bedarf mit Gebäuden nur zu 67 %, mit totem Inventar zu 43 %, mit Zugkräften zu 53 % ausgestattet sind.

* * *

Über die Weiterentwicklung der Industrie machte Kujbyschew, der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der Union, vor kurzem folgende Mitteilungen. Im Jahre 1926/27 stieg die gewerbliche Bruttoproduktion nach vorläufiger Berechnung um 18 %, während sie nach dem Plan eine Zunahme von 20 % erreichen sollte; das Minderergebnis war hauptsächlich auf Rohstoffschwierigkeiten zurückzuführen. Die Aussichten für das laufende Jahr werden trotz der Stockungen in den ersten Monaten im ganzen günstig eingeschätzt. Die Kontrollziffern der Staatsplankommission rechneten mit einer Zunahme um 15 %, während der Oberste Volkswirtschaftsrat jetzt auf 23,1 % hofft. — 20 % bei der Industrie der Produktionsmittel, 25 % bei der der Verbrauchswaren. Die Rohstoffbedingungen sollen in diesem Jahre im ganzen bedeutend günstiger liegen; infolgedessen steigt beispielsweise die Zuckerindustrie gegen das Vorjahr um 63 %, die Wollverarbeitung um 40 % ,die Verarbeitung von Kleintierhäuten um 23 % usw. Die gewerbliche Warenproduktion dieses Jahres wird von der genannten Behörde auf 7,767 Milliarden Rubel eingeschätzt; dies bedeutet eine Mehrproduktion von 1,167 Milliarden.

Die Mehreinstellung von Arbeitern beträgt 4,8 % gleich 97 500 Personen. Der Nominallohn ist um 7,2 % gestiegen, der Reallohn dagegen (infolge Senkung der Preise) um 11,12 %. Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit wird für das laufende Jahr auf 17,6 % berechnet.

Die Produktionskosten sollten im vorigen Wirtschaftsjahr nach den Direktiven der Regierung um 5 % gesenkt werden, doch wurde nach vorläufiger Berechnung nur eine Minderung von 1,5 bis 2 % erreicht. Für das laufende Jahr wird die Senkung der Produktionskosten auf 6,3 % geschätzt.

Digitized by Google

Die Neuinvestierung von Kapital in der Industrie beanspruchte in den beiden Vorjahren 811 bzw. 1068 Millionen Rubel, während in diesem Jahre 1240,3 Millionen ausgeworfen sind; die größere Hälfte dieser Summe kam der Metallindustrie, dem Kohlenbergbau und der Naphthagewinnung zugute.

Die grundsätzliche Berechtigung der Industrialisierungspolitik kann nicht bestritten werden. Rußland kann nicht auf der Stufe des Agrarlandes stehenbleiben. Auch bei noch so günstiger Entwicklung der Landwirtschaft muß das Dorf einen Teil seines Geburtenüberschusses an die Stadt abgeben; es würde sonst an seinem Menschenüberfluß ersticken; schon jetzt wird die Zahl der in der Landwirtschaft überschüssigen Personen auf über 10 Millionen berechnet. Die Industrialisierung ist daher eine bevölkerungspolitische Notwendigkeit. Bei dem Kapital- und Kreditmangel Rußlands muß sie auch mit Rücksicht auf die Handelsbilanz betrieben werden. Man hört wohl den Einwand. daß das russische Volk für die Industrie nicht befähigt sei. Fähigkeiten lassen sich indessen entwickeln; dazu muß aber der Anfang gemacht werden. Und im übrigen ist für Rußland, wie die Dinge nun einmal liegen, eine mangelhafte Industrie besser als keine Industrie. Gewiß, nicht nur das Ausland, sondern auch die amtliche russische Presse weiß fortgesetzt von allen möglichen Gebrechen der Industrie zu berichten. So las man in den letzten Tagen in der „Ekon. Shisn": Die Moskauer Trusts empfinden großen Mangel an Rohstoffen, vor allem an Eisen, Werkzeugstahl und Flachs; einzelne Fabriken bleiben infolgedessen um über 20 % hinter dem Produktionsplan zurück; es wird zu Surrogaten gegriffen und dadurch die Qualität verschlechtert. Oder: Es fehlt an Baumwollöl aus Zentralasien; eine Fabrik, die Olein für die Textilindustrie herstellt, ist bereits stillgelegt; infolgedessen drohen auch der Textilindustrie Störungen. Oder: Die Textilwarenindustrie in Charkow klagt über die Qualität der Garne von Leningrad und Jaroslaw; die Windung sei ungleichmäßig. der Faden von verschiedener Dicke, reiße oft, zeige Knoten, auch entspreche das Garn nicht immer der geforderten Nummer; auch die Waren des Moskauer Tuchtrusts seien unbefriedigend, die Färbung sei schlechter geworden, die Breite nicht immer standardmäßig, nach der Dekatierung laufe der Stoff zu sehr zusammen. Oder: Die Tabakindustrie ist in eine schwierige Finanzkrise geraten; der Grund liege vor allem an der schlechten Organisation des Tabakabsatzes; die Ware fahre hin und her, so daß auf 1000 Zigaretten 21 Kopeken Frachtkosten kommen; das Handelsnetz blähe sich immer mehr auf; 300 neue Marken seien im letzten Jahre ohne entsprechende Qualitätsunterschiede in Verkehr gesetzt worden; der Reingewinn sei um 3 Millionen Rubel gesunken. Oder: Zahlreiche Klagen werden über die Qualität des Leders laut (was insofern besonders zu beachten ist, als Rußland sich im

Digitized by Google

letzten Jahre von der deutschen Ledereinfuhr annähernd unabhängig gemacht hat); so hat Leningrad 50 000 Paar Sandalen mit unbrauchbarer Sohle geliefert. Oder: Die Messer der Häckselmaschinen des ukrainischen Landmaschinen-Trusts nutzen sich in wenigen Stunden ab, so daß überall die Bauern die Rücknahme der Maschinen fordern. Oder: Klagen über Pflüge und Eggen, auch über Traktoren des Putilow-Werkes. Oder: Ziegel, die bei geringfügigem Stoß in kleine Brocken zerfallen usw., usw. Selbstverständlich soll die Bedeutung aller dieser Mängel nicht verkleinert werden. Nach ihrer Qualität steht das russische Gewerbe tief unter der Industrie fortgeschrittener Länder und reicht auch bei weitem nicht an das Vorkriegsniveau des eigenen Landes heran. Vom Standpunkt der praktischen Wirtschaftspolitik kommt es aber darauf an, ob die Industrie des jetzigen Rußlands im Fortschreiten ist. Und diese Frage ist trotz aller Fehler zu bejahen.

Eine andere Frage ist es, ob die Räteregierung in ihrer Industrialisierungspolitik nicht ein zu schnelles Tempo einschlägt. Vor allem liegt das Bedenken nahe, daß mit der augenblicklichen Erweiterung des Produktionsapparates die Heranbildung von gelernten Arbeitern, Technikern und Ingenieuren nicht Schritt hält und daß der Ausbau der Industrie der Zentralleitung immer mehr über den Kopf wächst. Kritik in dieser Beziehung wird auch in Rußland geübt. So neuerdings von namhaften Wirtschaftlern in dem „Ökonomischen Bulletin des Konjunkturinstituts", die der Industriepolitik den Vorwurf der Überkapitalisierung machen; durch die allzu große Kapitalinvestierung sei der Mangel an Verbrauchswaren verschärft worden. Es ist kennzeichnend, wie Krumin in der „Ekon. Shisn" (Nr. 67) diese Kritik abfertigt: „Die angespannte Entwicklung der gewerblichen Erzeugung muß auch in Zukunft fortgesetzt werden. Mögen die Ökonomisten vom „Ökonomischen Bulletin des Konjunkturinstituts" gegen eine solche Entwicklung anschreien: Einer von ihnen, Utz, hat sich erkühnt, mit exzeptioneller Frechheit einerseits und mit exzeptioneller wissenschaftlicher Gewissenlosigkeit andererseits zu erklären, daß das Gewerbe aus einem führenden Faktor der Gesundung der Volkswirtschaft in zunehmendem Maße zu einem führenden Faktor neuer Verwicklungen und Schwierigkeiten geworden sei. Dies Institut, das in der Person von Wainstein, Utz u. a. zu dem Schluß gelangt, daß das gegenwärtige Niveau des Arbeitslohnes über die Kräfte des Landes gehe, daß der Plan der Industrialisierung eingeschränkt werden müsse, daß die Entwicklung der sozialistischen Industrie unsere gesamte Wirtschaftlichkeit desorganisiere usw. usw., dies Institut hat vor dem Lande seine wissenschaftliche Gewissenlosigkeit bewiesen."!!

* * *

Digitized by Google

Für die Entwicklung der chemischen Industrie Rußlands hat sich insofern ein bedeutsames Ereignis vollzogen, als am 14. März die Hauptvertreter der chemischen Wissenschaft, an der Spitze die Akademiker Ipatjew und Lasarew, von Rykow und Kujbyschew empfangen wurden und bei dieser Gelegenheit eine Denkschrift überreichten, wonach bei dem bisherigen Industrieplan den Fortschrittsmöglichkeiten der Chemie nicht genügend Rechnung getragen worden sei; die Wissenschaft erbietet sich daher zu enger Zusammenarbeit mit der staatlichen Wirtschaftsleitung. Die Regierung begrüßte diesen Schritt der Wissenschaft sehr lebhaft. Rykow selbst gab die Schwäche der staatlichen Planaufstellung mit offenen Worten zu: „Die Pläne tragen zu sehr statistischen und allgemeinwirtschaftlichen Charakter und haben häufig keinen tiefdurchdachten und zeitgemäßen technischen Untergrund. Bei uns streitet man viel über den Umfang der Geldaufwendungen, doch zu wenig oder fast gar nicht über das Wesen derjenigen technischen Aufgaben, die mit Hilfe dieser Aufwendungen gelöst werden sollen. Dieser Umstand erscheint als eine Folge unserer allgemeinen technisch-kulturellen Rückständigkeit und zeugt davon, daß die Elemente der Routine und der Beharrlichkeit sich breit machen." Der Rat der Volkskommissare der Union hat bereits am 22. März eine Kommission eingesetzt, um jener Denkschrift praktische Folge zu geben. Rußland steht nun im Zeichen einer neuen Losung: der „Chimisazija", d. h. der Chemisierung des Landes. Als wichtigste Aufgaben bezeichnet Ipatjew die Erzeugung von Phosphorsäure, von Stickstoff, Aceton und künstlichem Kautschuk.

Der schon vorher aufgestellte Plan sieht eine Kapitalinvestierung für die chemische Industrie im Betrage von 80,5 Millionen Rubel vor; hiervon sollen der anorganischen Großindustrie 36,4 Millionen zufließen.

In der Textilindustrie sollen in diesem Jahre an neuem Kapital 186,5 Millionen Rubel gegen 164 im Vorjahre investiert werden. Besonders sollen neue Spinnereien gebaut werden. Im ganzen soll sich die Textilproduktion um 17 % vergrößern, Baumwollindustrie 14 %, Wollindustrie 20,4 %, Leinenindustrie 12 %, Seidenindustrie 63 %. Die Ertragssteigerung soll sich teilweise aus der Neuinvestierung ergeben, teilweise aus der größeren Ausnutzung der vorhandenen Anlagen durch die Einlegung der dritten Schicht (in Verbindung mit der Einführung des siebenstündigen Arbeitstages).

Wie aus der oben wiedergegebenen Mitteilung Kujbyschews hervorgeht, soll das Gewerbe in diesem Jahre höchstens 4,8 % Arbeitskräfte mehr einstellen als im Vorjahre. Indessen zeigt sich, daß die tatsächliche Mehreinstellung augenblicklich 5,6 % beträgt, wodurch die Produktionskosten ungünstig beeinflußt werden. Nach einer amtlichen Auslassung hat deshalb das Prä-

Digitized by Google

sidium des Obersten Volkswirtschaftsrates „allen Trusts und Volkswirtschaftsräten der Bundesrepubliken nahegelegt, die Bildung von Überschüssen von Arbeitskraft nicht zuzulassen und darauf zu halten, daß die vorhandenen Überschüsse auf dem Wege des normalen Umschlages und des natürlichen Abganges der Arbeitskraft aufgezehrt werden". Der englische Frühkapitalismus. dem man vorwarf, daß er die Arbeitskraft nur als empfindungslose Ware ansähe, hätte sich nicht „objektivistischer" ausdrücken können.

* * *

Die russische Ausfuhr über die europäischen Grenzen betrug im Februar 41,9, die Einfuhr 62,9 Millionen Rubel — also wiederum ein Passivsaldo.

Nach der russischen Statistik waren am Außenhandel mit der Räteunion in den ersten vier Monaten von 1927/28 (Oktober bis Januar) folgende Staaten beteiligt (Millionen Rubel):

Deutschland	führte ein	59,8	führte aus	76,4
(im Vorjahre		64,1		38,6)
England	führte ein	42,4	führte aus	14,3
(im Vorjahre		81,9		35,7)
U. S. A.	führte ein	7,3	führte aus	37,4
Frankreich	führte ein	25,3	führte aus	3,6
Italien	führte ein	9,4		
Polen	führte ein	4,0	führte aus	2,4

Die Staatsschuld in der Union ist in den letzten drei Jahren schnell gestiegen:

1. Oktober 1925 . . . . 367,3 Millionen Rubel,
1. März 1928 . . . . . 1019,1 Millionen Rubel

(für 1917 wird die Staatsschuld des zaristischen Rußlands auf 11 Milliarden berechnet, von denen 5,5 Milliarden innerhalb des Landes aufgenommen waren). Im ganzen wurden von der Räteregierung 19 Kreditoperationen auf die Summe von 2205 Millionen Rubel abgeschlossen, anfänglich in Form sehr kurzfristiger Anleihen. Die Zahl der Inhaber von Anleihepapieren wird annähernd auf 10 Millionen geschätzt. —

Eine für die Geldverfassung Rußlands wichtige Verordnung ist vor kurzem vom Präsidium des Zentralvollzugskomitees der Union erlassen worden. Die russische Währung ist eine solche. die des legalen Verkehrs mit dem Auslande gänzlich entbehrt. Für den Innenverkehr ist der Rubel ($^1/_{10}$ Tscherwonez) in Gold ebenso definiert wie der ehemalige Zarenrubel; die amtliche Einwechslung ausländischer Devisen erfolgt gemäß der Goldparität; der Rubel gilt demnach wie früher 2,16 RM. Nach der russischen Währungsreform wurde anfänglich wohl gehofft, die amtliche

Digitized by Google

Notierung im Ausland, zum mindesten an der Berliner Börse zu erreichen und damit den Tscherwonez in gewissen Grenzen freizügig zu machen. Nach der wirtschaftlichen Krise indessen, die 1925 infolge der großen Enttäuschung bezüglich der Getreideausfuhr eintrat, wurde dies Ziel einstweilen aufgegeben. Der Tscherwonez soll überhaupt nicht ins Ausland gehen. Die amtlichen Zahlungsverpflichtungen werden in Devisen oder, wie jetzt wieder infolge der Passivität der Handelsbilanz, in Gold beglichen. Die private Ausführung von Tscherwonzen ist seit dem 1. August 1926 verboten. Wer ins Ausland reist, darf einen beschränkten Betrag ausländischer Valuta mitnehmen, die ihm die Staatsbank einwechselt; dieser Betrag ist jetzt auf 300 Rbl. für den Paßinhaber und 150 Rbl. für jedes mitreisende Familienmitglied festgesetzt. Auch dürfen Privatpersonen monatlich bis zu 100 Rbl. in ausländischer Valuta ins Ausland senden. Überschreitungen bedürfen der Genehmigung der Valutakonferenz beim Finanzkommissariat der Union. Es war eine Inkonsequenz, daß im Gegensatz zur Ausfuhr die E i n f u h r von Tscherwonzen bisher zugelassen war. Tatsächlich wurden trotz des Verbotes Tscherwonzen von Reisenden nach Westeuropa gebracht, und vor allem sollen über Persien beträchtliche Summen den Weg nach Berlin und von dort wieder in das Heimatland gefunden haben. Die Tscherwonzen waren in Berlin weit unter dem Paritätskurs erhältlich. Nunmehr dürfen Tscherwonzen nur noch insoweit zurückgeführt werden, als sie nachweislich vor dem 1. August 1926 ausgeführt sind; nach diesem Tage durften Tscherwonzen Rußland nicht mehr verlassen; Rußland ist daher in seinem Recht, wenn es sich von den später ausgewanderten Noten lossagt. Jede Unterpari-Bewertung des Rubels im Ausland müßte damit wegfallen.

Ist deshalb aber der Rubel als vollwertig anzusehen? Die deutsche Valuta konnte 1924 erst dann als wirklich fest gelten, seit sie frei in beliebigem Umfang gegen ausländische Valuta austauschbar war. Die russische Valuta ist dagegen vom Ausland abgeschnitten; ihr kommt daher lediglich ein „Binnenwert" zu, der mit der inneren Kaufkraft des Tscherwonez identisch ist. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß insofern die russische Valuta im Vergleich zum Ausland sehr minderwertig ist.

Abgeschlossen 2. April 1928.

Digitized by Google

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Im März starb in Moskau, 75 Jahre alt, Maria Nikolajewna Jermolowa, die bedeutendste russische Schauspielerin des letzten halben Jahrhunderts und eine der genialsten Bühnenkünstlerinnen der Welt, deren Name außerhalb Rußlands nur deshalb nicht in einem Atem mit dem Namen einer Eleonora Duse genannt wird, weil die Jermolowa in ihrer so ganz unschauspielerischen Bescheidenheit sich nie zu einem ausländischen Gastspiel hatte entschließen können. Sie trat ja auch außerhalb Moskaus nur selten auf.

Für den Ausländer beginnt die Geschichte des russischen Theaters mit Stanislawskij und seinem Künstlertheater, — genau so wie die Geschichte der russischen Literatur mit Tolstoj und Dostojewskij, allenfalls noch mit Turgenew, beginnt. Daß die ehemals kaiserlichen Bühnen in Petersburg und in Moskau — vor allem das Moskauer sogen. Kleine Theater — Pflegestätten einer auserlesenen darstellerischen Kunst waren, die nicht nur den Vergleich mit jeder Bühne des Auslandes aushalten konnte, sondern diesen zu großem Teil auch weit überlegen war, daß hier eine vornehme Tradition herrschte, wie sonst nur noch in der Comédie Française und im alten Burgtheater —, von alledem weiß man außerhalb Rußlands so gut wie nichts, und auch das neue, mit so reichem Bilderschmuck ausgestattete Werk über das russische Theater von J. Gregor und R. Fülöp-Miller wird dieser großen Zeit der russischen Hofbühne nicht gerecht. Stanislawskijs Künstlertheater wurde erst geschaffen, als die Tradition des Kleinen Theaters zu erstarren begann, als sie in Routine überzugehen drohte, als es immer deutlicher wurde, daß der junge Nachwuchs, der die alternden Meister ersetzen sollte, ihnen nicht ebenbürtig war, nicht ebenbürtig sein konnte. Das war im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Die Jungen, die damals ihre Laufbahn an der Hofbühne begannen, sind heute die „bewährten Stützen des Ensembles", es sind starke Talente unter ihnen, aber von dem Zauber, den einst das Moskauer Kleine Theater auf den Kunstfreund ausübte, ist nichts mehr geblieben. Auch im Wiener Burgtheater wird heute noch sehr gut gespielt, aber es ist nur eine gute Bühne unter vielen, nicht mehr „das" Theater.

Mit dem im September v. J. verstorbenen Fürsten A. Sumbatow (Jushin) und mit Maria Jermolowa ist das Moskauer Kleine Theater als „die" russische Bühne, als der Stolz der russischen Kunstfreunde, endgültig zu Grabe getragen worden; eines der herrlichsten Kapitel in der Geschichte der russischen Bühnenkunst ist abgeschlossen. Glücklich, wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, es miterleben durfte. Man kann sich in Deutschland kaum

Digitized by Google

eine Vorstellung davon machen, was für den russischen Intellektuellen, gerade in der Reaktionszeit zwischen 1880 und 1900 das Theater bedeutete, — wie man hier Ersatz suchte und fand für alles, was einem in der Wirklichkeit verwehrt war, wie Gedanken und Empfindungen, die man damals kaum auszusprechen wagte, geschweige denn verwirklichen konnte, auf der Bühne Gestalt gewannen . . . Die stärksten Eindrücke, die tiefsten künstlerischen Erlebnisse gewann man aber von dem Spiel der Jermolowa. Sie gehörte nicht zu den „Verwandlungskünstlerinnen", die in jeder Rolle ein ganz neues Gesicht zeigen; sie wirkte vor allem, ja einzig, durch ihre Persönlichkeit, wie ja auch die Duse; sie spielte wie die Duse immer sich selbst, aber sie war so reich, es waren so viel seelische Möglichkeiten in ihr, daß sie in jeder Rolle Neues bot; ja, es war ein ganz besonderer Genuß, sie mehrere Male in derselben Rolle zu sehen, weil sie sie jedesmal anders — nicht spielte, sondern erlebte.

Eine ganz eigenartige Mischung von heroischer Größe und zartester Weiblichkeit, wie sie sich ähnlich kaum bei einer zweiten Bühnenkünstlerin finden dürfte, bildete den Wesenszug der Jermolowa. Auch ihr Spiel war durch seine große Schlichtheit gekennzeichnet, wie das aller russischen Künstler, aber gerade in dieser Schlichtheit war ihre Größe. Diese Schlichtheit und Innigkeit gab vor allem den Heroinenrollen — die man damals etwa in Deutschland ganz anders gespielt zu sehen gewohnt war — ihr besonderes Gepräge. Zu einer Zeit, wo in Deutschland noch Clara Ziegler als die berufenste Darstellerin der Schillerschen Jungfrau von Orleans galt, gab die Jermolowa in Moskau schon die Jeanne d'Arc als das „zitternde Geschöpf", als das Naturkind, das nicht begreift, warum ihm gerade die große Gnade zuteil geworden ist; bei keiner anderen „Heiligen Johanna" empfand man so deutlich, daß ein Gott aus dem Mädchen redete. Und wie hier das Kindliche, so war es in späteren Jahren vor allem das Mütterliche, was sie mit überzeugender, erschütternder Gewalt zum Ausdruck zu bringen wußte. Ihre Frau Alving in Ibsens „Gespenstern" ist jedem, der sie gesehen hat, ebenso unvergeßlich wie ihre Johanna d'Arc oder Maria Stuart oder Lady Macbeth (die sie, wieder ihrem innersten Wesen getreu, nicht als „vierte Hexe" spielte, sondern als leidenschaftlich liebendes Weib, das seinen Helden auf dem Platze sehen möchte, der seiner Größe gebührt, — selbst wenn dieses Ziel nur durch ein Verbrechen zu erreichen wäre). Wie sie in ihrer Rolle aufging, berichtet der ebenfalls längst (noch vor dem Kriege) verstorbene Schauspieler Brawitsch, der den Pastor Manders in den „Gespenstern" spielte:

„Frau Alving hatte das furchtbare Gespenst erblickt, in dessen Gewalt sich ihr Oswald befand. Und ich dachte, die Jermolowa s p i e l e, als sie das Entsetzen dieser Frau ausdrückte. Ich selbst spielte ja nur, als ich jetzt, wie meine Rolle es ver-

Digitized by Google

langte, auf sie zuging und ihre Hand faßte. Da fühlte ich plötzlich, wie kalt diese Hand war, ich sah, daß sie wie im Fieber zitterte, und da traf mich ihr Blick, aus dem das ganze Grauen einer vom Schicksal maßlos gepeinigten Seele sprach. Mir wurde bange. Alles war mit einem Schlage anders geworden. Das Theater war verschwunden, das Erlebnis trat an seine Stelle und riß mich fort . . ."

Von dieser fortreißenden Wirkung der Jermolowa auf ihre Mitspielenden berichten auch andere Bühnenkünstler, so Stanislawskij in seinen Erinnerungen. „Ich wurde dieser Freude, dieser Ehre, dieser Seligkeit gewürdigt", sagt er. „Eine unvergeßliche Aufführung, bei der es mir schien, als würde ich für einen Augenblick genial. Kein Wunder — wenn man neben der Jermolowa auf den Brettern stand, mußte man von ihr angesteckt werden!"

Und dabei war diese Frau im Leben von einer fast unbegreiflichen rührenden Bescheidenheit. Es war nichts Komödienhaftes, nichts Gemachtes, nichts Unechtes, nichts von Pose an ihr. Sie begriff es kaum, wenn die Menge ihr zujubelte. Wenn ihr eine neue große Rolle angeboten wurde, sagte sie zum Spielleiter: „Ums Himmels willen, was fällt Ihnen denn ein? Wie komme ich dazu? Ich bin ja für die Rolle ganz ungeeignet. Gibt es nicht genug junge Schauspielerinnen? Warum gerade ich?" Bis zuletzt litt sie an „Lampenfieber". In einem der vielen Nachrufe, die jetzt in den russischen Blättern zu lesen sind, heißt es: „Vor der Aufführung durfte sich keiner in ihre Nähe wagen. Sie betrat die Bühne, als ginge sie aufs Schafott. Vor dem Auftreten, war sie völlig willenlos. Sobald sie aber auf der Bühne erschienen war, waren es die Zuschauer — und die Mitspielenden . . . Man betete sie an, man vergötterte sie; die Jermolowa kritisieren bedeutete für uns eine Beleidigung oder eine Geschmacklosigkeit, wenn nicht einfach einen Nonsens."

Ein „europäisches" Gastspiel der Jermolowa wäre in den 90er Jahren ein Triumphzug geworden. Sie hätte aber eine Aufforderung dazu als eine unmögliche Zumutung zurückgewiesen. Wer sie sehen wollte, mußte nach Moskau kommen. Und wie groß der Eindruck ihres Spiels auch auf nichtrussische, der Sprache unkundige Zuschauer war, dafür haben wir das Zeugnis eines sicher Berufenen. 1896 hielt sich Josef Lewinsky, der berühmte Burgschauspieler, in Rußland auf. Er wohnte einer Aufführung von Sudermanns „Heimat" im Kleinen Theater bei — und ihm, der noch ganz in der Tradition des alten Burgtheaters wurzelte, fiel sofort der einheitliche Stil der Moskauer Aufführung auf, ein Stil, der ohne lebendige, dauernde Überlieferung nicht geschaffen werden kann, aber auch nicht durch den Drill eines genialen Regisseurs, sondern einzig durch das Zusammenwirken einer Anzahl sich in ihren Aufgaben und Zielen einig wissenden starken und eigenartigen Künstlerpersönlichkeiten. In einer

Digitized by Google

deutschen Zeitschrift*) hat Lewinsky damals seine Moskauer Eindrücke wiedergegeben. Es heißt da von der Aufführung der „Heimat“:

„Diese drei Künstler (die Darsteller des Obersten Schwartze, des Pfarrers und des Regierungsrats v. Keller umgaben nun einen Stern ersten Ranges — Frau Jermolowa, die die Magda spielte. Wer die Energie der Wolter mit dem Zauber, der Geschmeidigkeit der Duse verbindet und einen majestätischen Zug in Augenblicken leidenschaftlicher Erregung in den Pointen der Szenen hinzurechnet, kann eine Ahnung von der Gewalt dieser Frau haben. Sie zählt zweifelsohne zu den größten Erscheinungen. die dieses Jahrhundert auf dem Gebiete der Schauspielkunst gesehen hat. Man steht unter ihrem Banne vom ersten Augenblick an, da sie die Szene betritt. Ach, daß es nicht möglich ist, solche Kunst zu beschreiben und festzuhalten! Blick, Ton und Gebärde treffen blitzartig zusammen zu überwältigend natürlicher Wirkung . . .“

* * *

Man hat oft den Eindruck, daß das Fehlen so starker darstellerischer Talente, wie die Jermolowa oder Jushin oder der jetzt auch schon sechzigjährige Stanislawskij, und das Fehlen schöpferischer Begabungen auch auf dem Gebiete der dramatischen Dichtung die eigentliche Ursache der Experimentierwut ist, von der heute so gut wie alle russischen Bühnenleiter ergriffen sind (die dann wieder von den deutschen Kollegen nachgeahmt werden, so gut es geht). Meyerhold, der vielumstrittene, hat jetzt Gribojedows klassische Komödie „Verstand schafft Leiden“ in seinem Theater neu inszeniert. Nach seiner Revisor-Aufführung konnte man sich auf große Überraschungen gefaßt machen. Sie sind denn auch nicht ausgeblieben. Mit Staunen liest man in den russischen Blättern, daß das den Berlinern vom braven Soldaten Schwejk her wohlbekannte laufende Band auch von Meyerhold angewendet wird: es gibt ihm die Möglichkeit, die klassische Komödie, die gleich Lessings „Minna von Barnhelm“ die berühmten drei Einheiten streng einhält, in siebzehn Einzelbilder zu zersplittern, deren jedes in einem anderen Raume des Famussowschen Hauses spielt. Jeder dieser Räume hat seine besondere Bestimmung und in jedem werden die Reden der Helden von Gesten und Handlungen begleitet, deren Zusammenhang mit dem Inhalt der Reden zwar nicht ersichtlich ist, die sich aber dem Schauplatz anpassen. So hält Tschatzkij seine leidenschaftliche Predigt gegen die Leibeigenschaft im Musikzimmer und muß sich daher selbst auf dem Klavier begleiten; sein Liebesgeständnis macht er der Sophie

*) Deutsche Revue, Jg. 21, Bd. 4, Okt. 1896, S. 11—30: Tolstoj und das russische Theater. Die hier zitierten Sätze finden sich auf S. 25.

Digitized by Google

in — einem zu Schießübungen bestimmten Zimmer, mit dem Tesching in der Hand, das er denn auch immer wieder in die zärtlichsten Reden hineinknallen läßt usw. Die Kritik, die noch vor einigen Jahren Meyerhold in den Himmel hob, verhielt sich dieser Klassikeraufführung gegenüber noch ablehnender als zu der des „Revisor". Die ganz Radikalen sehen in der „Flucht zu den Klassikern" schon so etwas wie Symptome „akademischer Verknöcherung" und zugleich des „Erlöschens des sozial-politischen Spürsinns", die Konservativen entrüsten sich über die Art, wie die klassische Dichtung interpretiert wird, und einige besonders Strenge nehmen sogar daran Anstoß, daß die Darstellerin der Sophie in jeder der siebzehn „Episoden" in einer anderen Toilette erscheint. „Nicht nur den Frauen unserer verantwortlichen Arbeiter", sagt der Kritiker der „Iswestija", Osinskij, „sondern auch denen der Theaterdirektoren möchte man eine größere Zurückhaltung in bezug auf ihre Toiletten empfehlen, die bei jedem neuen Auftreten im ‚Revisor' oder in ‚Verstand schafft Leiden' zu wechseln nicht die geringste Veranlassung vorliegt."

* * *

Sehr viel Aufsehen erregte noch eine andere Klassiker-Aufführung, die auch für deutsche Leser von besonderem Interesse sein dürfte, da es sich um ein Werk handelt, das erst vor wenigen Jahren seinen Siegeszug über die deutschen Opernbühnen gehalten hat, — Mussorgskijs „Boris Godunow". Bekanntlich wurde der Godunow bisher immer in der Bearbeitung gegeben, die ihm Rimskij-Korsakow angedeihen ließ; nun hat man aber in Petersburg das Werk in seiner ursprünglichen Form aufgeführt, — und zwar vor allem, weil diese ursprüngliche Form die angeblich revolutionäre Tendenz der Oper viel deutlicher zum Ausdruck bringt. Mussorgskijs Godunow, sagen die Sachwalter der ursprünglichen Fassung, war ein Volksdrama; seine Bedeutung liegt vor allem in den Chören, in denen der „kollektive Held" (das im heutigen Rußland so beliebte Schlagwort!) sich auslebt. Aus Rücksicht auf die Hofbühne und ihr Publikum (private Operntheater gab es damals in Rußland noch nicht), aus Rücksicht auf die Zensur arbeitete Mussorgskij sein Werk um, das die Theaterdirektion ihm 1870 zurückgegeben hatte, weil sie es „wegen der vielen Chöre und Ensembles bei völligem Mangel wirkungsvoller Solonummern" ungeeignet fand; jetzt fügte er die allerdings stark opernhaften Polenszenen hinzu, aber auch die ergreifende Volksszene vor Kromy, die das musikalische Drama beschließt. In dieser Fassung wurde der „Boris Godunow" am 26. Januar 1876 in Petersburg aufgeführt. Der Erfolg bei der Première schien bedeutend, aber bei jeder Wiederholung wurde der Besuch geringer; schon nach

Digitized by Google

einem Jahr war der Godunow vom Spielplan gestrichen, und erst viele Jahre später, als Rimskij-Korsakow dem Werk durch seine glänzende Instrumentierung ein ganz neues Gepräge gegeben hatte, eroberte es sich die russischen Bühnen für immer.

Die jetzige Neuinszenierung glaubt nun den „echten" Mussorgskij wiederhergestellt zu haben, indem sie es von allen „Zutaten" Rimskij-Korsakows reinigte. Aber man ist insofern nicht konsequent zu Werke gegangen, als man sich nicht etwa strikt an die erste, 1870 abgelehnte Fassung hielt, sondern eine ganze Reihe von Szenen der zweiten Fassung von 1874 mit übernahm, so daß sich ein Konglomerat verschiedener Stile ergab, wie man es in Deutschland bei manchen Aufführungen von Goethes Götz sehen kann, wo Szenen aus der „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen", aus der ersten Ausgabe des „Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand" und aus der späten Weimarer Theaterbearbeitung durcheinandergemengt sind. Die Szene vor Kromy hatte man aus der zweiten Fassung übernommen, gab daneben aber auch die Szene vor der Basiliuskirche aus der ersten Fassung, die sich inhaltlich mit der Kromy-Szene deckt, jedoch musikalisch viel schwächer, wie eine bloße Vorstudie zu dieser anmutet. So war sich denn die Kritik darüber einig, daß das Godunow-Problem durch diese Aufführung nicht gelöst sei. Ja, eine sehr gewichtige Stimme, die des auch in Deutschland bekannten greisen Komponisten Glasunow, erhob sich sogar für die verworfene Bearbeitung Rimskij-Korsakows, der Mussorgskijs Werk letzten Endes seine Renaissance verdankt. Glasunow tritt aus rein ästhetischen Erwägungen für Rimskij-Korsakow ein; seine Argumentation ist so interessant, daß sie hier mitgeteilt zu werden verdient. Sie erschien in Form eines „Eingesandt" in der „Krasnaja Gaseta".

Glasunow weist vor allem auf die mangelhafte Instrumentierung des Godunow hin, die aus der mangelhaften musikalischen Bildung des Komponisten zu erklären sei. „In den 60er Jahren herrschte die Anschauung, daß ein Komponist nichts zu lernen brauche." Rimskij-Korsakows Verdienst sei es, diesem Wahn ein Ende gemacht zu haben; unter seinem Einfluß sei auch Mussorgskij seiner technischen Unvollkommenheit bewußt geworden und habe den Wunsch ausgesprochen, sich von dem jungen Musiker Liadow in Harmonielehre und Kontrapunkt unterrichten zu lassen. Der kurz vor der Uraufführung erschienene Klavierauszug des Godunow habe weit mehr den Eindruck eines vollendeten Kunstwerks gemacht als die Partitur. „Ich wohnte mehreren Aufführungen des Godunow im Jahre 1874 bei. Ich kannte die Musik ganz genau und war von ihr entzückt, aber ich hatte den Eindruck, daß im Vergleich zu der Tonfülle des Klaviers vieles im Orchester schwächer klang; man fühlte nicht die Kraft, den Reichtum, die Steigerung, die man dort bewunderte, und obwohl man dem Komponisten ein gewisses Gefühl für klangliche Wir-

Digitized by Google

kungen nicht absprechen konnte, merkte man doch auch seine Unsicherheit und Unerfahrenheit, die auch den ausübenden Künstlern ihre Arbeit oft unnütz erschwerte. Rimskij-Korsakow, ein glühender Verehrer Mussorgskijs, der die Entstehung und das allmähliche Wachsen und Werden des Werkes miterlebt und beobachtet hatte, zog das alles in Betracht, als er sich an die Bearbeitung des von ihm über alles geschätzten Musikdramas machte. Er hatte keinerlei eigennützige oder sonstige Ansichten als nur die eine — das vergessene Meisterwerk wieder zu Ehren zu bringen. Nicht nur lag ihm ganz ferne, irgend jemandes Geschmack entgegenzukommen, sondern er erhielt auch als Mitverfasser für seine selbstlose Arbeit nicht den geringsten materiellen Lohn: weder der Verleger noch die Theater haben ihm auch nur einen Pfennig Honorar gezahlt.

„Rimskij-Korsakow richtete sein Augenmerk auf drei Schwächen des Mussorgskijschen Werkes: erstens die allgemeine tonische Faktur, der es an Sorgfalt der Aufführung fehlte; zweitens auf die Instrumentierung, die er unter dem Eindruck der wirkungsvollen, orchesterhaft farbenreichen Wiedergabe des Werkes auf dem Klavier durch den Komponisten, den erstklassigen Pianisten Mussorgskij, neugestaltete; drittens auf gewisse Abweichungen des Textbuches von der Tragödie Puschkins.

„Ich bin weit entfernt davon, zu leugnen, das Rimskij-Korsakow in seine Neubearbeitung des Godunow manche individuelle Züge hineingetragen hat, aber ich erinnere daran, daß auch Mozart nicht davor zurückscheute, das Werk eines so großen Meisters wie den ‚Messias' von Händel, selbständig zu bearbeiten, und zu seiner Rechtfertigung auf die mangelnde Klangfülle und die in zwanzig Jahren stark veraltete Instrumentierung des Oratoriums hinwies. Er ist ja auch heftig angegriffen worden, ich bin aber überzeugt, daß Händels Schöpfung durch die Bearbeitung Mozarts nur gewonnen hat.

„Und genau so ist Mussorgkijs ‚Boris Gudunow' in der Bearbeitung von Rimskij-Korsakow, der sie niemanden aufdrängte, ein in jeder Beziehung einheitliches, künstlerisch vollendetes Werk, das die Traditionen Mussorgskijs treu bewahrt hat. Ich glaube, man müßte dem von wahrer Begeisterung getragenen, seinen Zweck durchaus erfüllenden Werk des Künstlers, der allein seinem Freunde den Weg zum Weltruhm gebahnt hat, mehr Vertrauen entgegenbringen. Darum bestehe ich darauf, daß der ‚Boris Godunow' auch heute noch wie früher nur in der Bearbeitung von Rimskij-Korsakow gegeben werden sollte."

Digitized by Google

Bücherschau.

Sasonoff, S. D., Kaiserlich Russischer Außenminister a. D.: Sechs schwere Jahre. 2. Aufl. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik. 385 S.

Dies Werk ist eine Verteidigungsschrift des vor einigen Monaten in Nizza verstorbenen ehemaligen Außenministers Sasonoff. Gleich anderen führenden Persönlichkeiten der Zeit des Weltkrieges versucht auch Sasonoff, seinen Anteil an den Ereignissen vor und während des Weltkrieges darzulegen und seine Handlungen zu motivieren. Die sechs schweren Jahre von 1910 bis 1916, die den Inhalt des Buches bilden, sind die Zeit seiner Amtstätigkeit als russischer Außenminister bis zu seiner Verabschiedung. Eine kurze Skizze seiner diplomatischen Laufbahn am Vatikan leitet das Werk ein.

Das Kernproblem des Sasonoffschen Buches bildet, wie zu erwarten, die Kriegsschuldfrage, die der russische Staatsmann in durchaus einseitiger Weise zu lösen versucht. Nach seiner Darstellung zerfällt Europa in eine friedliebende, friedliche und eine aggressiv feindselige Gruppe; die erstere bilden die Großmächte Rußland, Frankreich, England, die zweite Österreich-Ungarn und Deutschland. Während Deutschland immer stärker die Verwirklichung einer pangermanischen Weltherrschaft von der Mündung des Rheins bis zu denen des Euphrat und Tigris anstrebte, war das Zarenreich nur darauf bedacht, den Frieden zu erhalten. Als Argument für diese Behauptung führt Sasonoff u. a. Rußlands Vorschlag an, die Sarajewoer Angelegenheit einem Genfer Schiedsgericht zu übergeben, um dadurch Österreich-Ungarns und Deutschlands Kriegsgelüste im Keime zu ersticken und die Kulturwelt vor einem Weltbrand zu bewahren. Willkürlich verteilt Sasonoff bei der Beurteilung französischer und deutscher Staatsmänner Licht und Schatten: alle deutschen, auch die vergangener Zeiten, selbst ein Bismarck werden scharf getadelt, sie bilden den dunklen Hintergrund, von dem sich um so leuchtender die Gestalten Poincarés und anderer Franzosen abheben. Trotz gegenteiliger Behauptung des Verfassers atmet das Werk stärkste Germanophobie, die eine objektiv einwandfreie Darstellung der Ereignisse trübt. Als historische Quelle hat Sasonoffs Buch insoweit Bedeutung, als es einen Beitrag zur Charakteristik seines Verfassers bietet. Die subjektive Einstellung, wie gelegentliche Gedächtnisfehler, vermindern den absoluten Quellenwert, ohne jedoch den relativen zu schmälern. I. G.

Karl Anton Prinz Rohan: Moskau, Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland. Verlag G. Braun, Karlsruhe 1927. 142 S. Preis brosch. 3 RM., in Leinen 4 RM.

Das bereits im September 1927 abgeschlossene „Skizzenbuch aus Sowjetrußland" des bekannten Herausgebers der „Europäischen Revue" gibt die Eindrücke einer Reise von nur wenigen Wochen wieder. Was aber dieses Buch auch heute noch lesenswert und beachtlich macht, ist die Tatsache, daß der Verfasser nicht mit den Vorurteilen seiner westeuropäischen Einstellung an die Probleme des Bolschewismus herantritt, sondern diese aus der landschaftlichen und sozialen Eigenart Rußlands zu verstehen sucht. Er urteilt und verurteilt nicht, sondern macht in einer, wie er im Vorwort sagt, „unsentimentalen, von der Tragik aller Geschichte durchdrungenen Betrachtungsart" die historischen Vorgänge begreiflich und ordnet sie in den großen Ablauf der Menschheitsentwicklung ein. So gibt das 142 Seiten umfassende Bändchen mehr Erkenntnis über das Wesen des Bolschewismus als manches dickleibige Werk. Der Verfasser schließt mit den Worten: „Ein wahrhaft selbstbewußtes konservatives Europa würde klug genug sein, alles zu tun, um Rußland an seinem Aufbau zu helfen und ihm das Bewußtsein der Isoliertheit zu nehmen. Die Angst, die Europa vor seiner eigenen Unzulänglichkeit hat, ist gerade Rußland und dem Kommunismus gegenüber seine

Digitized by Google

größte Gefahr. Rußland geht seinen Weg in die Welt von morgen. Es ist Rußland und nicht unser Weg, davon bin ich fest überzeugt. Wir aber müssen unseren Weg finden in unsere Lebensform, in unsere Zukunft. Das wichtigste an dieser Feststellung ist, daß Rußland seinen Weg gefunden hat, und daß wir in Europa dies heute von uns noch nicht ehrlich auszusagen vermögen. Dies ist meine Erkenntnis aus Rußland." Obwohl der Verfasser sein Skizzenbuch „Moskau" betitelt, ist es eine gedankliche Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, zu der die Reiseeindrücke in Moskau nur den äußeren Anlaß und die Legitimation bieten. Diese Auseinandersetzung ist wertvoll für jeden, der sich mit dem Studium des heutigen Rußlands beschäftigt. H. W.

Raskolnikoffs Tagebuch. Mit unbekannten Entwürfen, Fragmenten und Briefen zu „Raskolnikoff" und „Idiot". Herausgegeben von René Fülop-Miller und Friedrich Eckstein. Mit sieben Bildbeigaben und einem Faksimile. München. 1928. R. Piper & Co. Verlag. 208 S.

Der in die vom Münchener Verlag Piper herausgegebene Reihe der Bücher von und über Dostojewski gehörende Band gewährt einen höchst interessanten Einblick in das Laboratorium des schaffenden Dichters und zeigt deutlich den Entstehungsprozeß von seinen zwei großen Romanen: „Schuld und Sühne" und „Idiot". Die instruktiven Aufsätze der russischen Literarhistoriker P. Glivenko und P. Sakulin befassen sich eingehend mit der Vergleichung und Untersuchung der vorhandenen Varianten der beiden Werke, mit der Herausarbeitung des Sujets und der Gestalten der Helden durch Dostojewski, mit der allmählichen Kristallisierung der Idee des Romanes. Das größte Interesse kommt aber der im Buch abgedruckten Variante des zweiten Kapitels der „Schuld und Sühne" zu — einem vermutlich 1865 verfaßten Fragment von Raskolnikoffs Tagebuch, das, obgleich es der endgültigen Fassung des Werkes schon sehr nahe steht, trotzdem äußerst charakteristische Abweichungen aufweist. Von großem Wert sind auch die Briefe des Dichters aus den 60—70er Jahren, die, wenn auch kein unbekanntes, jedoch immer von neuem erschütterndes Bild von der Atmosphäre geben, in der der von seinen Gläubigern gepeinigte, ins Ausland geflüchtete Dostojewski seine besten Werke schuf. — Die geschmackvollen Radierungen von Dobujinski und einige alte Lithographien sorgen für die Ausschmückung des Bandes. L. J.

Reports submitted by the Commission of the American financial experts headed by Dr. E. W. Kemmerer. Published by the ministry of finance. Warsaw 1926. 563 S.

Professor Kemmerer hat um die Wende der Jahre 1925 und 1926 und noch einmal länger im Sommer und Herbst 1926 im Auftrage einer amerikanischen Finanzgruppe Polens Wirtschaft studiert, um die Kreditwürdigkeit des Staates — insbesondere auf Grund der staatlichen Salzindustrie und des Tabakmonopols — festzustellen und Ratschläge zur Rationalisierung der Staatswirtschaft zu geben. Die von den Mitgliedern seiner Kommission erstatteten Berichte über die Frage der Zloty-Stabilisierung und die „Bank Polski", über Steuersystem, Budget und Staatsschulden, über Zoll- und Außenhandelsfragen, schließlich über Salzindustrie und Tabakmonopol liegen hier gesammelt vor, ergänzt durch einige Tabellen und Übersichten. Es muß wundernehmen, daß diese wichtige Veröffentlichung in Deutschland bisher fast gar keine Beachtung gefunden hat.

Wer einen Überblick über die gesamten wirtschaftlichen Kräfte Polens erwartet, wird freilich enttäuscht sein; die Berichte beschränken sich, wie die Aufzählung zeigt, auf die Staatswirtschaft. Jeder der Berichte schließt mit einer Reihe von Ratschlägen. In der Kritik und in den Ratschlägen

Digitized by Google

verleugnet sich nicht die amerikanische Denkweise, die immer wieder, nicht zuletzt in der Handelspolitik, den Wert des freien Spiels der Kräfte betont und überall von kaufmännischen Verfahren eine Besserung unzulänglicher Wirtschaftsführung erwartet, stellenweise freilich auch europäischen Dingen und den Gegebenheiten des Landes weitgehend verständnislos gegenübersteht. So etwa, wenn es als völlig unverständlich bezeichnet wird, daß Polen seinen Zolltarif in Anlehnung an den russischen, nicht an den weit moderneren deutschen oder österreichischen aufgebaut hat (was sich als unvermeidliches Zugeständnis an den wenigst qualifizierten Zollbeamten leicht erklärt); anderseits freilich ist die scharfe sachliche Kritik am polnischen Zolltarif und an der schwankenden Zollpolitik der Regierung nur zu berechtigt. Über den Zolltarif und seine Komplizierung durch immer neue, teilweise widersprechende Verordnungen sagt der Bericht u. a.: „Den besten Tarifsachverständigen der Welt würde es schwer fallen, das geltende polnische Tarifgesetz folgerichtig auszulegen. Das Gesetz ist so jämmerlich (poorly) aufgebaut und so von Mängeln durchzogen, daß ein ganz neues Gesetz dem Versuch einer gründlichen Revision des vorliegenden vorzuziehen wäre." In seinen Rationalisierungsvorschlägen geht der Bericht bezeichnenderweise auf kleinste technische Durchführungsmaßnahmen ein.

Wenn auch der Wert des Berichtes darunter leiden mag, daß keins der Kommissionsmitglieder Polnisch verstand, darf doch der für Polen so wichtige Standpunkt des amerikanischen Geldgebers, den man hier in besonderer Geschlossenheit dargelegt findet, auch außerhalb Polens in den interessierten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kreisen Beachtung fordern.

R. R. B.

Mortensen, geb. Heinrich, Dr. Gertrud: Beiträge zu den Nationalitäten- und Siedlungsverhältnissen von Pr.-Litauen. Berlin-Nowawes 1927. Memelland-Verlag. 87 S., 1 Karte.

Diese sehr gründliche Arbeit liefert eine Reihe von wertvollen Teilergebnissen zur Geschichte eines Teils von Ostpreußen; das verwandte Material ist bisher zum Teil unbenutzt, zum Teil auch ungedruckt. Die politischen Beziehungen der alten Landschaften Schalauen und Nadrauen zum litauischen Reiche, die Rassenzugehörigkeit ihrer Bewohner und das Schicksal der Bevölkerungsreste zur Ordenszeit werden klargestellt. Besonders dankenswert ist die Betrachtung der auf dem Boden der genannten Landschaften und Nudauens zur Ordenszeit bestehenden „Wildnis" an Hand der bisher fast gar nicht ausgewerteten (obgleich in den „Scriptores Rerum Prussicarum" veröffentlichten) „Wegeberichte", die dem Orden am Ende des 14. Jahrhunderts von einzelnen Führern erstattet wurden. Die Verfasserin kommt auf Grund dieser Berichte zu einer klaren Festlegung der Westgrenze des Litauertums um 1400. Sie weist weiterhin nach, daß diese Grenze bereits seit Mitte des 13. Jahrhunderts stabil war und daß die „Wildnis" nicht eine strategische Anlage des Ordens war, sondern bereits vor der Ordenszeit entstanden sein muß.

R. R. B.

Digitized by Google

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die Frage der Verbesserung des Parteiapparates. (K voprosu ob ulučšenii partapparata.) Von *N. Speranskij.*
„Bol'ševik" — Moskau 1928, Nr. 6 (31. 3.) S. 29—38.
Der Verfasser untersucht die Frage der „Rationalisierung" des Apparates der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Im Hinblick auf die Fortschritte im Wiederaufbau der Wirtschaft und in der Hebung des Kulturniveaus der Kommunistischen Partei kann der bezahlte Parteiapparat verkleinert werden. Als Ersatz sind ehrenamtliche frische Kräfte in die Parteiarbeit hereinzuziehen. Außerdem ist die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen in den verschiedenen Organisationen (Sowjets, Gewerkschaften usw.) auszubauen, während bisher die Arbeit gewöhnlich auf die Parteibüros und -komitees abgewälzt worden ist. Neben dieser Rationalisierung des eigentlichen Parteiapparates ist eine Rationalisierung des gesamten Arbeitsmechanismus der Partei anzustreben; denn „Parteiapparat und Parteimassen sind ein untrennbares Ganzes". Die Parteiveranstaltungen müssen endlich einmal pünktlich eröffnet werden. Das Arbeitsprogramm ist in der kürzesten Zeit zu erledigen: nicht selten kommt es vor, daß ein Parteifunktionär 60 bis 70 Prozent seiner 13- bis 14stündigen Arbeitszeit auf Sitzungen verwenden muß. An diesem ewigen Abhalten von Sitzungen („zasedatel'stvo") krankt heute die Partei. Noch immer gilt das Wort Lenins, daß einem der Typ Oblomows, des untätigen Plänemachers, in den Sitzungen und den Kommissionen der Partei begegnet. Die langen Reden — ein Überbleibsel aus der agitatorisch-propagandistischen Periode der Partei — müssen aus den Versammlungen verschwinden. Die Aktivität des heutigen Parteimitgliedes hat in einer Synthese von werbendem Politiker und einfachem Arbeiter am sozialistischen Aufbau zu bestehen. H. J.

Die Probleme des Fernen Ostens. (Problemy Dal'nego Vostoka.)
Von *Vl. Vilenskij-Sibirjakov.*
„Severnaja Azia" — Moskau 1927, Nr. 4, S. 5—11.
Die Sowjetregierung hatte in den ersten fünf Jahren ihrer Herrschaft im Fernen Osten (seit dem 15. November 1922) drei Aufgaben zu erfüllen: im eigenen Gebiete einen verstärkten kommunistischen Aufbau durchzuführen, die Beziehungen zu Japan zu regulieren und sich mit dem erwachenden China zu verbünden.
1. Die neue Verwaltungseinteilung (Rayonierung) wurde durchgeführt und die von dem Bürgerkrieg zerrüttete Wirtschaft wiederhergestellt. Es bleibt die Industrialisierung des an Naturschätzen (Gold, Kohle, Eisen, Wolfram usw.) reichen Fernen Ostens, die nach einem einheitlichen Plan für das Gesamtgebiet Russisch-Nordasiens als ein volkswirtschaftliches Ganzes zu erfolgen hat.
2. Japan hat nach den erfolglosen Versuchen, russisches Territorium in Besitz zu nehmen, die Sowjetregierung anerkannt und erstrebt jetzt durch Erwerb von Konzessionen (Naphtha, Fischfang usw.) wirtschaftliche Privilegien im russischen Fernen Osten. In der Mandschurei ist es Japan gelungen, festen Fuß zu fassen und sich so eine strategische Sicherung für Korea und eine wichtige wirtschaftliche Rohstoffbasis auf dem asiatischen Festlande zu schaffen. Gegenwärtig festigt Japan diesen Erwerb durch Bahnbauten, die in gleichem Maße dem Transport von Truppen wie von Exportgütern dienen sollen. Das friedliche Gleichgewicht der japanisch-sowjetrussischen Beziehungen würde gestört werden, falls Japan zulassen sollte, daß der von ihm gestützte Marschall Tschangsolin seine alten Pläne verwirklicht und die russische Chinesische Ostbahn an sich reißt.

Digitized by Google

3. Die Herstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit dem „offiziellen" China — d. h. den reaktionären norddchinesischen Generälen in Peking — erfordert keine geringen Bemühungen der sowjetrussischen Diplomatie im Fernen Osten. Hier stößt sie auf die Bestrebungen Englands, die Sowjetunion in China zu diskreditieren und „China von dem bolschewistischen Einfluß zu befreien". Englands Pläne werden scheitern, weil Japan und die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht gewillt sind, sich in der chinesischen Frage von ihm ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Die gegenwärtigen Ziele Sowjetrußlands im Fernen Osten können so formuliert werden: Sowjetrußland sucht Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern des Fernen Ostens. Gleichzeitig aber sympathisiert es mit dem gewaltigen sozialen Prozeß der Befreiung der Völker Asiens vom Joch des fremden Kapitalismus. Hierin unterscheidet sich seine Politik von der fernöstlichen Politik des Zarismus. Dessen aggressive Tendenzen sind ihm fremd. Allerdings erfordert der Schutz der russischen Arbeiter und Bauern, die den Fernen Osten besiedeln, starke Verteidigungsmaßnahmen der Sowjetregierung — besonders auch im Hinblick auf die internationalen Verhältnisse des Fernen Ostens, die sich immer mehr zu einem Kampf Amerikas, Japans und Englands um den Stillen Ozean, seine Handelswege und -märkte auswachsen. H. J.

Die Frage der nationalen Selbstbestimmung der Mongolei. („Kak ne sleduet stavit' vopros o nacional'nom samoopredelenii Mongolii".)
Von *D. Žambolon.*
„Revoljucionnyj Vostok" — Moskau, 1928, Nr. 3, S 235—240.
Die von mongolischen Kreisen in der letzten Zeit erstrebte Vereinigung der ethnographischen Mongolei, d. h. der Äußeren und der Inneren Mongolei, der Tanu-Tuwin- und der Burjatisch-Mongolischen Republik zu einem großmongolischen Staat ist möglich und notwendig in einem bestimmten Stadium ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Gegenwärtig wäre eine derartige Zusammenfassung unter Führung der Mongolischen Volksrepublik — also der Äußeren Mongolei — noch verfrüht. Ihr ist heute die zu Sowjetrußland gehörige Burjatisch-Mongolische Republik kulturell weit überlegen. Die Bevölkerung der Tanu-Tuwin-Republik hat ihre historisch gewordene eigene Kultur und ihre eigene Sprache. Die Äußere Mongolei endlich ist wirtschaftlich und politisch mit China verflochten. Ihr Schicksal ist mit dem Schicksal der chinesischen Revolution eng verbunden: ihre revolutionären Kräfte haben bei der Befreiung Chinas eine wesentliche Rolle zu spielen. Die Bildung einer „Groß-Mongolei" ist also abhängig von dem Prozeß der nationalrevolutionären Bewegung in Asien überhaupt. Der Versuch einer von dieser Entwicklung isolierten Lösung ist als nationalistisch und reaktionär abzulehnen. H. J.

Drei Monate in Sowjetrußland. (Three months among the Soviets.)
Von *Joseph Cheskis.*
The World Tomorrow (New York). Vol. XI, Nr. 4, April 1928. S. 171—172.
Nach dem Weltkriege, dem Bürgerkriege, der Blockade und der Hungersnot stand die Sowjetregierung einer Herkulesarbeit gegenüber. Alles in allem haben sich die Sowjets bewundernswert zurechtgefunden und können hoffnungsvoll in die Zukunft schauen. E. P. B.

II. Wirtschaft.

Die Wirtschaftsschwierigkeiten in Rußland. Von *Judith Grünfeld.*
„Die Gesellschaft", V. Jahrgang 1928, Nr.. 4, Seite 312—28.
J. Grünfeld beleuchtet die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Sowjetregierung, den bestehenden Warenhunger, das Fiasko der Getreideablieferung und den damit zusammenhängenden Rückgang der Aus- und

Digitized by Google

Einfuhr. Sie sieht den Grund für den Mißerfolg der bolschewistischen Wirtschaftspolitik darin, „daß mit einem platten Rationalismus im Wirtschaftsplan eine äußerst unrationelle Wirtschaftsführung Hand in Hand geht". Hinter der Fassade der Industrialisierung steht nach der Meinung der Verfasserin unverblümtes soziales Massenelend, eine Übervölkerung auf dem Lande, Massenarbeitslosigkeit in den Städten. „Es ist höchste Zeit, daß der Internationale Sozialismus ideologisch mit dem Bolschewismus abrechnet, das schwere Lehrgeld, das das russische Volk und die russische Arbeiterschaft für die bolschewistischen Experimente zahlt, sollte wenigstens den Arbeitern in allen Ländern zugute kommen." H. W.

Die Soziallasten der Industrie. (Socialnye raschody promyšlennosti.) Von *S. Nekrasov.*

„Statističeskoe Obozrenie". Januar 1928, S. 45—50.

Die von der Industrie in den letzten zwei bis drei Jahren aufgebrachten Soziallasten stellten im Durchschnitt etwa 33 Prozent des Lohnes dar. Sie sind zum Teil gesetzlich vorgeschrieben, zum Teil von der Industrie im Rahmen der Kollektiv- oder Individualverträge, freiwillig übernommen. Aus dem weitgehend gegliederten statistischen Material geht hervor, daß die Naphthaindustrie relativ am stärksten mit Sozialaufwand belastet ist (56 Prozent der Lohnsummen). Ein Hauptbestandteil dieser Soziallasten sind die Aufwendungen für Beschaffung von Arbeiterwohnungen und die Gewährung von Wohnungsgeldern. Der selbständige Wohnungsbaufonds der Industrie betrug 1926/27 125 Millionen Rubel gegenüber 106 Millionen des Vorjahres. Nach der Sozialversicherung (etwa $\frac{1}{3}$—$\frac{2}{3}$ aller Soziallasten) folgt dann in der Statistik der Sozialaufwand der Industrie für kulturelle Zwecke, d. h. für die Unterstützung der Berufsorganisationen der Arbeiter, der Arbeiterklubs usw. Der sonstige soziale Aufwand, wenn auch wertmäßig von geringer Bedeutung, besteht in Geldern für die berufliche Weiterbildung der Arbeiter, für den Unterhalt von Sanatorien, Krankenhäusern, Arbeiter-Erholungshäusern, für die Beschaffung von Spezialarbeitskleidung u. a. R. S.

Obligatorische Lohnzahlungssätze in Kollektivverträgen. (Okladnaja sistema zarplaty v kollektivnych dogovorach.) Von *A. Kindel.*

„Voprosy Truda" Januar 1928. S. 58—62.

Die geplante Durchführung der staatlichen Normierung der Angestelltenlöhne stößt in der Praxis auf zahlreiche Schwierigkeiten, die in der Verschiedenheit der in Frage kommenden Unternehmungen liegen. Als Übergangsform ist daher durch Verfügung des Rats der Volkskommissare die Einführung obligatorischer Lohnzahlungssätze in den Kollektivverträgen bei den kaufmännisch geleiteten staatlichen Unternehmungen, bei den Aktiengesellschaften, die vorwiegend mit staatlichem Kapital arbeiten, und bei anderen Unternehmungen vorgesehen. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt darin, daß die Buntheit in der Lohnzahlung (Spezialistenlöhne, Schwerarbeiterlöhne, erhöhte Sätze für verantwortungsvolle politische Arbeit usw.) dringend Abhilfe erheischt. Durch die Festsetzung obligatorischer Lohnsätze, deren Zahl so gering wie möglich bemessen ist, darf keineswegs die Gesamtsumme der Löhne vor der Neuerung überschritten werden. Es ist Aufgabe des Arbeitskommissariats, die Festsetzung der obligatorischen Sätze zu kontrollieren. Maßstab der Beurteilung sind die Sätze der bereits teilweise durchgeführten staatlichen Lohnnormierung oder andernfalls die üblichen Lohnsätze des betreffenden Platzes. Lohnzuschläge außerhalb der obligatorischen Sätze der Kollektivverträge sind zwar durch die Neuregelung nicht ausgeschlossen, aber doch wesentlich erschwert. R. S.

Digitized by Google

Die Frage des Arbeitsmarktes auf dem 15. Kongreß der Allrussischen Kommunistischen Partei. (Voprosy rynka truda na XV. s'ezde V.K.P.) Von *A. Isaev.*

„Voprosy Truda" Januar 1928. S. 32—34.

Größte Aufmerksamkeit verwandte der 15. Kongreß der Kommunistischen Partei auf die Frage der sog. „agrarnoe perenaselenie" (Ländliche Übervölkerung). Möglichkeiten der Abhilfe sah man in weiterer Entwicklung der Industrie, in der Ausweitung der arbeitsintensiven ländlichen Kultur, die mit Schaffung von Fabriken für die erste Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten durch die Landwirtschaft selbst verbunden ist, in der Hebung der Heimindustrie u. a. Die Unterbringung der ländlichen Arbeiter in anderen Wirtschaftszweigen wird erschwert durch die Veränderungen der Struktur des Arbeitsmarktes, die mit der Rationalisierung der Industrie verbunden ist. Zum Teil werden die Möglichkeiten vergrößert, ungelernte Arbeiter zu beschäftigen, und zum Teil taucht neuer Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften auf. Für die Überwindung der genannten Schwierigkeiten ist planmäßige Erfassung und Verteilung der Arbeitskräfte erforderlich. Sie kann nur verwirklicht werden, wenn staatliche Wirtschaftsorgane und Arbeitsbörse eng zusammenarbeiten, wenn ferner staatliche Wirtschaftsorgane das Handelskommissariat und seine lokalen Organe dauernd über die Lage des Arbeitsmarktes unterrichten. Ein interlokaler Ausgleich der Arbeitskräfte muß gegebenenfalls dann durch Lieferung transportabler Wohnungen erleichtert werden. Eine andere wichtige Aufgabe des Arbeitskommissariats ist die Teilnahme an der Durchführung des Siebenstundentages. Auch hierdurch werden Änderungen in der Arbeitsmarktlage verursacht, denen am besten auf dem Wege der Schließung von Verträgen zwischen Arbeitskommissariat und staatlichen Wirtschaftsunternehmungen in bezug auf die Versorgung der letzteren mit entsprechenden Arbeitskräften Rechnung getragen werden kann. R. S.

III. Geistiges Leben.

Moralische Werte in Sowjetrußland. (Some moral values in Soviet Russia.) Von *L. L. Dunnington.*

The World Tomorrow (New York.) Vol. XI, Nr. 4, April 1928. S. 169—170.

Verfasser hat Sowjetrußland besucht und ist der Meinung, es sei an der Zeit, ohne alle Vorurteile den Versuch zu machen, zu verstehen, was die Bolschewisten erreichen wollen, und ihre Bemühungen um die Erhaltung moralischer Werte anzuerkennen. Verfasser berichtet kurz über die Jugendbewegung, über die Kirche („die Bolschewisten haben jede aktive religiöse Verfolgung eingestellt"), über die Disziplin in der Kommunistischen Partei, über einige Punkte der öffentlichen Sittlichkeit („die modernen Tänze sind abgeschafft, es gibt keine pornographische Literatur"). E. P. B.

Was wurde auf dem Gebiete der Geschichte der revolutionären Bewegung während der letzten 10 Jahre geleistet? (Čto sdelano po istorii revoljucionnogo dviženija za 10 let.) Von *V. Nevskij.*

„Pečat' i revoljucija", 1927, Heft 8, S. 62—69.

Die Bearbeitung der außerordentlich reichhaltigen Archive, die nach der Revolution in Rußland erschlossen wurden, hat erst begonnen, nachdem die Lebensverhältnisse im Lande mehr oder weniger normal geworden sind. In erster Linie muß hier die Tätigkeit der im September 1920 gegründeten Kommission für das Sammeln und die Erforschung der Quellen zur Geschichte der Oktoberrevolution und der RKP (der Russischen Kommunistischen Partei), der Kommunistischen Akademie, des Instituts der roten Professoren, des Lenin-Instituts, des Marx-Engels-Instituts, sowie des Zentralarchivs hervorgehoben werden. Dem Artikel ist ein wichtiger bibliographischer Anhang beigefügt. L. J.

Digitized by Google

Die wissenschaftlichen Bibliotheken der UkrSRR. (Naukovi Biblioteki USRR.)
Von *Jak. L. Majakovs'kij.*
„Žurnal Bibliothekoznavstva ta bibliografii", Kiew 1927, Nr. 1. S. 111—119.
Auf Grund der Enquête, die von der Nationalbibliothek der Ukraine und der Sektion der akademischen Bibliotheken Kiews veranstaltet wurde, schildert der Verfasser den Zustand von 203 wissenschaftlichen Bibliotheken, auf welche sich die Enquête erstreckte. Hierher gehören selbständige Bibliotheken, sowie Bibliotheken wissenschaftlicher Institutionen, Gesellschaften, Hochschulen und Ressorts. Von diesen 203 Bibliotheken sind 126 in der Zeit der Revolution entstanden. Weiter finden sich Angaben über den Umfang und Charakter der Bücherfonds (5 771 000 Bände), über den Umfang der einzelnen Bibliotheken, die Zahl der ausgeliehenen Bücher, die Bücherausstellungen, die bibliographischen und bibliothekswissenschaftlichen Arbeiten. Endlich finden wir hier Angaben über das Bibliothekspersonal, den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, die Räumlichkeiten der Bibliotheken, ihre Einrichtung usw.

Zum Tolstoj-Jubiläum. (K. jubileju Tolstogo.)
„Na literaturnom postu" — Moskau 1928, Heft 4, S. 2—4.
Der von der Redaktion dieses radikal-marxistischen Organs ausgehende Artikel greift in den Streit ein, der um die Frage der Zulässigkeit einer Tolstoj-Feier in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Tolstoj-Jubiläum in Sowjetrußland entbrannt ist. Die Tatsache, daß „die an der Spitze der kulturellen Revolution stehende Partei eine Massenfeier zu Ehren Tolstojs, eines unversöhnlichen, wenn auch inkonsequenten Kämpfers gegen die Kultur, veranstalten will", scheint viele verwirrt zu haben. Allein durch die Forderung, unter Anwendung strengster marxistischer Kritik das kulturelle Erbe der Bourgeoisie dem Proletariat nützlich zu machen, hat Lenin den Ausweg gezeigt. Und „was Tolstoj anbetrifft, so steht hier vor uns nicht nur eine literarhistorische, sondern auch eine unmittelbar literarkritische Aufgabe; denn man muß sämtliche Werke von Tolstoj einer Prüfung unterziehen und sie mit entsprechendem Vorwort und Kommentar versehen . . . Wir verzichten zwar nicht auf das literarische Erbe Tolstojs; wir nehmen es aber nur „von hier" und „bis hier" an . . . Wir brauchen eine solche Jubelfeier, bei der nicht die Lehre von Tolstoj die Massen erobert, sondern unsere Massen Tolstoj erobern könnten."
L. J.

Die Kunst der Völker der U. d. SSR. (Iskusstvo narodov SSSR.)
Von *J. Tugendhold.*
„Pečat' i revoljucija", 1927, Heft 8, S. 42—61.
Jede Regung der nationalen Kultur wurde im vorrevolutionären Rußland als ein „Staatsverbrechen" angesehen. Die Überlegenheit der Großrussen unterlag keinem Zweifel. Erst nach der Oktoberrevolution beginnt die Befreiung der nationalen Minderheiten. Überall, selbst in den entlegensten Gegenden der Union erwacht „das Interesse zum eigenen Lande, es entstehen nationale Kunstschulen, es werden verschiedene Vereinigungen der Künstler ins Leben gerufen". Um die Peripherie mit dem Zentrum enger zu verbinden, wurde im Oktober v. J. eine große Ausstellung veranstaltet, die der Kunst, dem Theater, dem Kino und der Literatur der Völker „von Karelien bis zum Kaukasus und von Mittelasien bis nach Weißrußland" gewidmet war. — Die Stellungnahme des Verfassers zu dem von ihm angeschlagenen Thema kann am besten mit den viel zitierten Worten von Stalin charakterisiert werden: „Die proletarische Kultur hebt die nationale Kultur nicht auf, sondern gibt ihr den Inhalt . . . Die nationale Kultur hebt die proletarische Kultur nicht auf, sondern gibt ihr die Form" Die nationale Kultur kann zwei Wege einschlagen: entweder die russische und allgemein europäische Richtung, die als Endergebnis zur Nivellierung des nationalen und des Volkselements führt, oder die

Digitized by Google

Richtung des lokalen Patriotismus und der bewußten Stilisierung. Die einzig richtige Lösung wäre aber bei vollster Ausnutzung der durch die nationale Kultur gebotenen Möglichkeiten die Förderung nur derjenigen Elemente, die „in keinem Gegensatz zu unseren sozialistischen und Klassenkriterien stehen und die uns ferner helfen, vorwärts zu gehen". L. J.

Der Oktober und die russische Musik. (Oktjabr' i russkaja musyka.)
Von *E. Braudo.*
„Pečat' i revoljucija", 1927, Heft 8, S. 76—83.
Vor der Revolution machte die russische Musik eine schwere Krise durch; „die ästhetische Hyperverfeinerung beim Mangel an einer breiten sozialen Basis" waren charakteristische Merkmale dieser Zeit. Die russische Musik „glich einer Pflanze in einem engen Treibhaus". Der Hörerkreis, der sich hauptsächlich aus den höheren Schichten der Intelligenz zusammensetzte, konnte ihr keine genügende Unterstützung bieten; die literarischen Interessen überwogen alles andere. Daraus erklärt sich auch der starke „Zug nach dem Westen", der viele russische Künstler ins Ausland brachte. Die russische Tonkunst stand eben über dem einheimischen Hörerniveau. — Nach der Revolution, als auch dieses Auditorium verschwand, setzte eine noch größere Flucht der russischen Komponisten und Musiker über die Grenze ein. Es kam aber bald der neue Hörer, der „seinen Anspruch auf das musikalische Erbe der Vergangenheit selbstbewußt erhob". Man glaubte zunächst, ihm die neueste Musik vortragen zu müssen; allein Stravinskij, Skrjabin, Prokofiev und andere Vertreter der neuen Richtung in der Tonkunst, die den Massen in erster Linie geboten wurden, blieben ihnen fremd. Und so begann man in letzter Zeit, die breiten Massen nach einem durchgearbeiteten Plan mit der klassischen Musik bekanntzumachen. Die Tonkunst als solche geht jedoch immer mehrere Wege zugleich; auch in Rußland werden jetzt einerseits die Tendenzen des alten „Modernismus" weiterverfolgt, andererseits sucht man eifrig auch nach neuen Möglichkeiten, die neuen sozialen Momente in der Musik wiederzugeben. Und als die schwierigste, heute noch immer nicht gelöste Aufgabe erwies sich die Schaffung eines den heutigen Verhältnissen angepaßten Opernrepertoires. Trotz alledem geht die russische Musik, obgleich sie in diesen zehn Jahren keine besonders interessanten Erscheinungen aufzuweisen hat, unaufhaltsam vorwärts. Die Geschlossenheit der Form bei aller Einfachheit und Zugänglichkeit des musikalischen Inhalts — das ist die Tagesaufgabe in den Augen der heutigen russischen Komponisten. Mit Hilfe des Tones das revolutionäre Bewußtsein zu bilden ist der Hauptimpuls im Schaffungsprozeß der jungen Musikergeneration." L. J.

B. Polen.

Der Außenhandel Deutschlands im Jahre 1927 und der Anteil Polens hieran
(Handel Zagraniczny Niemiec w 1926 r. i udzia w nim polski.)
Von *A. Ringman.*
„Przemysl i Handel", Heft 11, S. 459—463.
R. sieht das Ergebnis des deutschen Außenhandels im Jahre 1927 wegen der großen Passivität als ungünstig an. Er untersucht eingehend die Bedeutung der einzelnen Warengattungen für die deutsche Ein- und Ausfuhr und den Anteil Polens hieran. Für eine Besserung der deutschen Handelsbilanz im Jahre 1928 sind seiner Ansicht nach drei Umstände maßgebend. Diese hängt erstens ab von der weiteren Aufnahme von Auslandsanleihen durch Deutschland und ihrer Verwendung, zweitens von der deutschen Ernte im Jahre 1928 und drittens von der deutschen Handelspolitik. Über die deutsche Handelspolitik sagt Ringmann, daß sie „bisher vor allem Polen gegenüber, das vor dem Weltkrieg der größte Konsument deutscher Waren war und vor dem Zollkrieg der drittgrößte, durchaus nicht von sachlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet war." P. R.

Digitized by Google

Etappen der Seepolitik. (Etapy polityki morskiej.)
„Przeglad Gospodarczy", Jahrg. 9, Heft 6, März 1928. S. 235—236.
Polen ist bestrebt, seinen Seeverkehr vor allem über Danzig und Gdingen zu lenken, stößt aber dabei auf den Widerstand anderer Staaten, die gewohnt sind, ihren wirtschaftlichen und Personenverkehr über andere Häfen zu leiten, so wie beispielsweise die Vereinigten Staaten die polnischen Auswanderer in Hamburg oder Bremen zu übernehmen pflegten. Für die Entwicklung der polnischen Häfen ist es also notwendig, daß dorthin der Güterverkehr aus Polen und seinen Nachbarstaaten gelenkt wird, daß Danzig wirtschaftlich mit Polen verbunden und die polnische Schiffahrt ausgebaut wird. Für den Ausbau der polnischen Schiffahrt empfiehlt der Verfasser, sich vor allem der Danziger Werft zu bedienen, deren Mitbesitzer ja die polnische Regierung sei, was auch zur Verschmelzung Danzigs mit Polen beitragen werde. P. R.

„Der Kampf mit dem polnischen Spießbürgertum." (O walke z kol tunstwiem polskiem) Von *Maryan Uzdowski.*
„Droga" — Warschau *1927*, Nr. 8—10, S. 104—111.
Die Atmosphäre der allgemeinen Unzufriedenheit und Unsicherheit, die sich Polens in den letzten Jahren bemächtigte, wurde durch den Umsturz vom Mai 1926 in eine hoffnungsvollere verwandelt. Ein neuer Lebens- und Schaffenswille ist erwacht, und mit besonderem Eifer sucht man jetzt nach den Ursachen der gegenwärtigen sozialen Mängel. Man findet sie gewöhnlich in den Folgen der Kriegszeit, der allgemeinen Demoralisierung, und übersieht dabei den alten Feind — „das traditionelle, mächtige Spießbürgertum". — Dieses Spießbürgertum ist es, nach der Meinung des Verfassers, das die Jagd nach der Sensation in den Mittelpunkt der Lebensinteressen stellt, über Theater und Kino herrscht, die „Amerikanisierung" des Lebens — den reinen Materialismus — predigt usw. Das geistige Niveau des Volkes ist tief gesunken, die Bibliotheken sind leer, und manche Literatur- und Kunstzeitschriften mußten eingehen, weil sie in einem Lande von 30 Millionen Einwohnern keinen genügenden Leserkreis finden konnten. Als auf eine symptomatische Erscheinung weist der Verfasser darauf hin, daß z. B. zur Beerdigung einer bekannten Operettendiva Tausende hinströmten, der Tod des großen Dichters Jul. Slowacki dagegen von der großen Masse fast unbeachtet blieb. Ein Kampf gegen diese geistige Versumpfung des Volkes tut not; zu diesem Kampfe müßte sich die Regierung mit allen wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen vereinigen. E. S.

Das intellektuelle Leben. (La vie intellectuelle.) Von *Marya Kasterska.*
„La pologne politique, économique, littéraire et artistique", — Paris. November 1927, Nr. 22, S. 794 ff.
Eine kurze Übersicht der wichtigsten literarischen Erscheinungen der letzten Saison: der Romane, Gedichte und Dramen. Interessant ist das Wiederauftauchen der romantischen katholisch-mystischen Tradition. Diese Strömung äußert sich besonders in der modernen Dichtung — so im letzten Gedichtband von Emil Zegadlowicz (Verlag Hoesick, Warschau 1927), einem Dichter, der in Form und Sprache an Kasprowicz erinnert, ihn aber an Gedankenreichtum übertrifft, ferner in den Gedichten von Kas. Alberti („Bunt lawin" — „Aufruhr der Lawinen", ibid. Warschau 1927), von Stella Olgierd („Pieszczoty" — „Liebkosungen" ibid.) und Etienne Godlewski („Grabinka", ibid. Warschau 27), in denen die romantische Vergangenheit Polens auferstehn. Von den dramatischen Werken ist besonders „Der Babelsturm" („Wieza Babel") von Ant. Slonimsky zu erwähnen, ein symbolisches modernes Drama, das eine erfolgreiche Bühnenaufführung erlebte. E. S.

Digitized by Google

Wladislaw Reymont, Leben und Werk. (Ladislas Reymont, sa vie et son oeuvre.) Von *H. Daniel-Rops.*
„La Grande Revue", — Paris, 32. Jahrg., Nr. 1, Januar 1928, S. 353—374.
Nach einer kurzen Lebens- und Charakterskizze, die durch Angaben über die französische Reymont-Literatur ergänzt wird, würdigt der Aufsatz eingehend die „Bauern" und kürzer die übrigen Werke des polnischen Nobelpreisträgers von 1924. Danach untersucht er die literarischen Einflüsse auf Reymont, von denen besonders der Zolas hervorgehoben wird. Im Anschluß gibt die G. R. einen Aufsatz Reymonts wieder: Comment je découvris la Trilogie de Sienkiewicz. R. R. B.

Der polnische staatliche Literaturpreis von 1927. (Prix littéraire de l'Etat Polonais 1927.) Von *„Phl.", Pologne littéraire, Nr. 17, 15. Februar 1928, S. 4.*
Den polnischen Literaturpreis von 1927 (10 000 Zloty), um den sich viele Kandidaten beworben haben, erhielt Leopold Staff für seinen Gedichtband „Das Nadelöhr" („Ucho igielne", Warschau 1927). Staff ist kein Neuling in der Literatur: sein erstes Werk „Machtträume" erschien bereits 1901. In den Jahren, die zwischen dem Erstlingswerk und dem preisgekrönten Band liegen, hat sein Schaffen einen langen Evolutionsweg durchgemacht: die jugendlichen „Machtträume" verwandeln sich in abgekühlte Resignation und führen zuletzt zu mystisch-religiösen Stimmungen, die auch im letzten Gedichtband ihren Ausdruck finden. E. S.

C. Litauen.

Die Wahrheit über Wilna. (The Truth about Wilna.) Von *J. H. Harley.*
The English Review, Vol. 46, Nr. 3, März 1928, S. 301—310.
Darstellung der Frage ganz im polnischen Sinne. „Die Litauer beanspruchen eine Stadt, die sie wohl kaum würden halten können, wenn sie sie bekämen . . . Die wahre crux der Angelegenheit ist die Tatsache, daß ein Bund mit Polen für die litauischen Nationalisten deshalb unmöglich ist, weil sein Ergebnis unbedingt eine Suprematie Polens sein müßte: der litauische Nationalismus, der viel zu schwach ist, würde vom polnischen Nationalismus ernstlich gefährdet werden." E. P. B.

G. Deutscher Osten.

Polens Anspruch auf den Weichselkorridor und Danzig. (Poland's claim to the Vistula Corridor and Danzig.) Von *Dantiscus.*
The English Review, April 1928, S. 416—428.
Der Autor faßt seine Ergebnisse in 10 Thesen zusammen, die im wesentlichen folgendes besagen: 1. Polen hat keinen historischen Anspruch auf Danzig. 2. Die Weichsel besitzt für Polen nicht die behauptete Bedeutung, da ⅘ ihres Laufs nicht schiffbar sind und das letzte Fünftel, das Preußen reguliert und für 400-t-Schiffe schiffbar gemacht hatte, von den Polen vernachlässigt worden und infolgedessen versandet ist. 3. Selbst wenn die Weichsel die ihr von Polen zugeschriebene Bedeutung hätte, wäre das kein Grund für die Zuteilung des Korridors an Polen, da andere Staaten mit höher entwickelter Exportindustrie — Tschechoslowakei, Österreich u. a. — in ähnlicher Lage sind. 4. Die Existenz des Korridors ist weder aus geographischen noch aus ethnographischen Gründen gerechtfertigt, denn 5. Die Kaschuben sind nicht Polen, sondern ein selbständiger slawischer Stamm. 6. Pommerellen ist kein unbestritten, nicht einmal ein überwiegend polnischer Bezirk (folgen die Bevölkerungszahlen von 1910). 7. Pommerellen gehörte nicht, wie die Polen behaupten, 600, sondern nur 200 Jahre zu Polen, und da war es (1569) durch Vertragsbruch eingegliedert

Digitized by Google

worden. 8. Der Korridor reißt Deutschland auseinander und isoliert Ostpreußen. 9. Seit Beginn seiner Geschichte stand Ostpreußen nie allein. Es war 365, wenigstens aber 305 Jahre lang mit dem Reiche territorial verbunden. Zu Preußen gehörte es, nicht als Kolonie, sondern als Provinz, seit 1565, wenigstens aber seit 1603. Es wurde Deutschland nicht einverleibt, sondern kam als preußische Kolonie automatisch zum Reich. 10. Ostpreußen hat unter einer Trennung vom Reich immer zu leiden gehabt, so z. B. während des Siebenjährigen Krieges, als es von den Russen vier Jahre lang besetzt und als Operationsbasis benutzt wurde. Diese Erfahrung bestimmte Friedrich den Großen, Ostpreußen mit dem übrigen Königreich territorial zu verbinden. R. R. B.

Korridorgrenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada. (Korytarze Graniczne miedzy Stanami Zjednoczonemi a Kanada.) Von *S. Leski.* *„Przeglad Polityczny", Band 7, Heft 4, Dezember 1927, S. 178—184.*
Leski führt vier Beispiele eines „Korridor"-Transitverkehrs kanadischer Bahnlinien über Gebiet der Vereinigten Staaten und amerikanischer Bahnlinien über kanadisches Gebiet an, der schon seit Jahrzehnten besteht und nicht international geregelt ist. Er vergleicht diesen Verkehr mit dem Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland durch den polnischen Korridor, wobei er allerdings zugibt, daß die nordamerikanischen Beispiele keinen Korridor enthalten, der eine Gebietstrennung vorstellt. Aus dem glatten Verlauf dieses Transitverkehrs in Amerika zieht Leski den Schluß, daß „die Durchschneidung natürlicher Verkehrswege durch den Verlauf politischer Grenzen nicht notwendig ein internationales Problem schafft und daß ein solches Problem erst aus politischen Gründen entstehen kann, die nichts mit dem Wirtschaftsleben und mit den Bedürfnissen des Verkehrs zu tun haben." P. R.

Das Ostpreußische Problem. (Where peace is fragile. The Problem of East Prussia. A blind alley — and a way out.) Von *Nordicus.*
The Review of Reviews (London), Nr. 458, März/April 1928, S. 219—222.
Nach dem Kriege ist die Lage der ostpreußischen Landwirtschaft, nicht zuletzt infolge der hohen Tarife für den Getreideversand ins übrige Reich, kritisch geworden; Holzhandel und -industrie liegen infolge der Konkurrenz von Danzig und Memel darnieder. Die Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist eine starke Abwanderung, die angesichts der Geburtenziffern in Ostpreußen (27) und den benachbarten polnischen Gebieten (42) doppelt zu denken gibt. Als Hilfe für Ostpreußen wurde 1926 das sogenannte „Sofortprogramm" durchgeführt, das jedoch durch bayrische Ansprüche wesentlich gekürzt wurde. Die wirtschaftlichen Bindungen Ostpreußens ans Reich sind gering. Das Naturgegebene wäre, daß es nach Warschau Milch und Fleisch lieferte und dafür Kohle, Eisen und Petroleum aus Polen bezöge. Die notwendige wirtschaftliche Verständigung mit Polen birgt jedoch für Ostpreußen politische und militärische Gefahren in sich (besonders nach den Festungszerstörungen), so daß der Handelsvertrag nicht nur an dem Egoismus der deutschen Agrarier scheitert. Andererseits betont Polen die Gefahr, im Kriegsfall mit Hilfe Ostpreußens von Deutschland in eine Zange genommen zu werden. Ostpreußen ist nicht moralisch abgerüstet (Stahlhelm, Sportverbände). Das deutsch-polnische Schiedsabkommen von Locarno muß durch einen Garantiepakt für den gegenwärtigen Besitzstand und durch Entmilitarisierung Ostpreußens und des Korridors ergänzt werden. R. R. B.

Ostpreußens militärische Lage. Von *Benary.*
Politische Wochenschrift, 4. Jahrg., Nr. 12, 22. März 1928, S. 249—251.
Seiner geographischen Lage nach an sich nicht schwer zu verteidigen, ist Ostpreußen durch die Versailler Entwaffnungsbestimmungen, durch die Überlegenheit der polnischen Rüstung, durch die Abtrennung vom übrigen

Digitized by Google

Reiche, durch die Abwanderung gerade wehrfähiger Männer nach dem Westen außerordentlich gefährdet und gegen einen polnischen Angriff kaum zu halten. Wenigstens die Verbindung zur See muß deshalb nach Kräften geschützt werden. Auch wirtschaftliche Stärkung Ostpreußens ist vonnöten. R. R. B.

H. Russische Emigration.

Eurasismus. (Eurazisme.) Von *Professor Dr. Nicolaas van Wijk.* *„De Gids", Amsterdam, 91. Jahrg., Nr. 11, November 1927. S. 236—251.* Die dem „Jewrazijstwo" — der in russischen Emigrantenkreisen verbreiteten geistigen Strömung, die an die eigene Kultur eines ethnographischen Komplexes „Eurasien" (sich deckend etwa mit der Bevölkerung des alten Rußland, abgesehen von den katholischen und protestantischen Völkern des äußersten Westens) glaubt — zugrunde liegenden Gedanken werden an Formulierungen von N. Trubezkoj und namentlich an einer Analyse des Sammelbandes „Eurasismus" (1926) dargelegt. Zu einer Kritik fordern dabei hauptsächlich heraus: die eurasische Auffassung des Bolschewismus, die Definition der „eurasischen Psyche" und die der orthodoxen Kirche in einer aus Christen, Mohammedanern, Buddhisten bestehenden „eurasischen" Welt zugeschriebene Rolle mit ihren universellen Aspirationen. Gedankenaustausch zwischen einem „Eurasisten" und einem auf dem Boden der romanisch-germanischen Kultur stehenden Intellektuellen würde schwerlich zu Resultaten führen: genau so redeten im 19. Jahrhundert die Theoretiker der Slawophilen und der „Sapadniki" (Westler) aneinander vorbei. Die „Eurasisten" bringen das Gefühl zur Äußerung, das in fast jedem Russen lebt: etwas anderes zu sein als die Europäer, ein anderes, tieferes Gemütsleben zu haben, weniger Wert auf Konvention und Routine im Gebiet der materiellen Existenz zu legen, dem Leben weniger rationell gegenüberzustehen. Dasselbe fühlten die Slawophilen: sie erklärten es aus dem slawischen Volkscharakter und der byzantinischen Tradition. Die „Eurasisten" legen das Gewicht auf die turanischen Elemente. So ist der Eurasismus eine willkommene Korrektur der slawophilen Lehre — darin liegt ihr Verdienst. E. P. B.

Anstalten zur Osteuropa-Forschung und Osteuropa-Lehre.

Die osteuropäischen Studien an den außerdeutschen Hochschulen.

I. Tschechoslowakei.

Der folgende Bericht will einen kurzen Überblick über das Studium von Osteuropa an den Hochschulen der Tschechoslowakei geben, wozu die Vorlesungsverzeichnisse der vier Universitäten: der Prager Deutschen Universität, der Karlova universita in Prag und der Universitäten von Brno-Brünn und Bratislava-Preßburg interessantes und lehrreiches Material vermitteln.

Zur größeren Übersichtlichkeit scheint es zweckmäßig zu sein, die der Erforschung der osteuropäischen Länder gewidmeten Vorlesungen, die im laufenden Sommersemester (16. Februar—30. Juni) an den oben angeführten Hochschulen abgehalten werden, ihrem Gegenstande nach in drei Gruppen, und zwar: a) Geschichte, b) Sprachwissenschaft und Literaturgeschichte, c) Andere Fächer, einzuteilen, wobei sich folgendes aufschlußreiches Bild ergibt:

a) Geschichte.

1. Allgemeines.

Prof. Bidlo: Überblick über die osteuropäische Geschichte. (2)[1])
Teil II.

---

[1]) 1 = Deutsche Universität in Prag. 2 = Karlova universita in Prag. 3 = Universität in Brno. 4 = Universität in Bratislava.

Digitized by Google

2. Russische Geschichte.
Prof. Kiesewetter: Neuere Geschichte Rußlands. (2)
Priv.-Doz. Perfeckij: Geistige Strömungen in Rußland im 18. und 19. Jahrhundert. (4)
Priv.-Doz. Perfeckij: Übungen zur russischen Geschichte. (4)
3. Geschichte der Ukraine.
Prof. Dorošenko: Überblick über die ukrainische Geschichte. (2)

b) Sprachwissenschaft und Literaturgeschichte.

1. Allgemeines.
Prof. Baudiś: Die sprachliche balto-slavische Einheit. (4)
2. Rußland.
Prof. Gesemann: Lektüre und Interpretation des „Großinquisitors" von Dostoevskij. (1)
Prof. Polivka: Das russische Zeitwort. (2)
Prof. Horak: Ausgewählte Kapitel aus der Geschichte der tschechisch-russischen Beziehungen. (2)
Prof. Francev: Das russische Heldenepos. (2)
Prof. Francev: Der russische Romantismus. (2)
Prof. Francev: Analyse der Bylinen-Motive. — Seminar. (2)
Prof. Ljackij: Erzähler der Puschkin-Schule und der junge Turgenev. (2)
Prof. Ljackij: Die künstlerische Entwicklung von Tolstoj. (2)
Prof. Vilinskij: Die russische Literatur der 30—50er Jahre des 19. Jahrhunderts (3)
Prof. Vilinskij: Literatur des Moskauer Rußlands. (3)
Prof. Vilinskij: Die neueste russische Literatur. (3)
Prof. Pogorelov: Geschichte der russischen Literatur bis Puschkin. (4)
Prof. Pogorelov: Nekrasov, Leben und Werk. (4)
Prof. Pogorelov: Morphologie der russischen Sprache. (4)
Prof. Pogorelov: Übungen zur russischen Sprache und Literatur. (4)
Prof. Gesemann: Russische Lektüre für Anfänger. (1)
Prof. Gesemann: Russische Lektüre für Fortgeschrittene. (1)
Lekt. Bem: Praktische Übungen in der russischen Sprache für Anfänger. (2)
Lekt. Bem: Konversationsübungen für Fortgeschrittene. (2)
Lekt. Bem: Besonderer Kursus der Interpretation der wichtigsten Werke der neuen russischen Literatur. (2)
Prof. Vilinskij: Russischer Sprachkursus für Anfänger. (3)
Prof. Vilinskij: Russischer Sprachkursus für Fortgeschrittene. (3)
Prof. Pogorelov: Russischer Sprachkursus für Anfänger. (4)
Prof. Pogorelov: Russischer Sprachkursus für Fortgeschrittene. (4)
3. Polen.
Prof. Szyikowski: A. Mickiewicz, T. II. — Die Periode der Reife. (2)
Prof. Szyikowski: Die Genesis des polnischen Romantismus. (2)
Prof. Szyikowski: Lesen und Interpretation von „Dzjady" von Mickiewicz. (2)
Prof. Wollmann: Die Entwicklung der polnischen Komödie. (4)
Prof. Wollmann: Lesen der ausgewählten Werke der polnischen Komödiographie. (4)
Lekt. Šaun: Einführung in die polnische Sprache. (1)
Lekt. Šaun: Polnisch für Fortgeschrittene. (1)
Lekt. Zelenka: Polnische Übungen für Philologen. (2)
Lekt. Zelenka: Polnisch für Anfänger. (2)
Lekt. Zelenka: Polnisch für Fortgeschrittene. (2)
Lekt. Kolaja: Polnischer Sprachkursus für Anfänger. (3)
Lekt. Kolaja: Polnischer Sprachkursus für Fortgeschrittene. (3)

Digitized by Google

4. Ukraïne.
Prof. Kolessa: Romantismus und seine Epigonen in der ukrainischen Literatur des 19. Jahrhunderts. (2)
Prof. Kolessa: Die handschriftlichen Quellen aus dem 11.—16. Jahrhundert zur Geschichte der ukrainischen Sprache. (2)
Prof. Kolessa: Die ukrainisch-tschechisch literarischen Beziehungen. Seminar. (2)
Lekt. Lubineckij: Ukrainischer Sprachkursus für Anfänger. (2)
Lekt. Lubineckij: Ukrain. Sprachkursus für Fortgeschrittene. (2)
5. Litauen.
Prof. Slotty: Litauische Grammatik. (1)

c) Andere Fächer.

1. Rechtswissenschaft.
Prof. Saturnik: Geschichte des polnischen Privatrechts. (2)
Prof. Saturnik: Altrussisches Strafrecht. (2)
2. Kunstgeschichte.
Prof. Okunev: Geschichte der russischen Baukunst. (2)

Bei einer genaueren Prüfung der vorangehenden Zusammenstellung fallen gewisse Momente auf, die überhaupt für die Lage des Osteuropa-Studiums in der Tschechoslowakei charakteristisch sind.

Zur Abhaltung von Vorlesungen und Übungen über Rußland werden meistenteils die in der Emigration lebenden russischen Professoren, wie Kisewetter, Ljackij, Perfeckij, Pogorelov u.a. m., herangezogen. Wohl aus Mangel an entsprechenden Lehrkräften ist das Studium der Randstaaten gänzlich vernachlässigt; es ist bemerkenswert, daß die einzige diesem Fragenkomplex gewidmete Vorlesung über die litauische Sprache an der deutschen Universität abgehalten wird. Andererseits werden aber die Geschichte und Literaturgeschichte der Ukraine nicht in das Rußland-Studium eingegliedert, sondern als selbständige Fächer behandelt. Ferner muß das unproportionelle Verhältnis zwischen der Gesamtzahl der historischen und der philologischen Vorlesungen hervorgehoben werden; selbst wenn man die dem reinen Sprachunterricht gewidmeten Kurse (18) abzieht, bleibt noch immer eine ansehnliche Zahl von 25 philologischen gegenüber den 5 historischen Vorlesungen stehen. Allerdings trifft diese Beobachtung auch auf die zurzeit an den Hochschulen Deutschlands herrschenden Zustände zu. Die Lehrstühle für osteuropäische Geschichte sind bis jetzt nur an der Karlova universita (Prag) und in Bratislava vorhanden; wie verlautet, soll jedoch demnächst auch an der Deutschen Universität für dieses Fach ein besonderer Lehrstuhl errichtet werden. Auffallend ist endlich die geringe Zahl der zu der Gruppe c gehörenden Vorlesungen. Der Mangel an der den osteuropäischen kirchlichen und kirchengeschichtlichen Problemen, der Philosophie, dem heute geltenden Recht und der Landeskunde gewidmeten Vorlesungen bildet eine fühlbare Lücke im Programm der obenerwähnten Universitäten. Diese Lücke wird jedoch zum Teil durch die Kurse, die an den russischen und ukrainischen Hochschulen in Prag abgehalten werden, ausgefüllt.

Am 18. Mai 1922 wurde in Prag die „Russische juristische Fakultät" unter dem Protektorat der Karlova universita gegründet, wobei die Lehrstühle durch namhafte russische Rechtsgelehrte, wie Prof. Pavel Novgorodcev (†), Prof. David Grimm, Prof. Petr Struve, Prof. Sergej Gogel u. a. m. besetzt wurden. Die Hauptaufgabe der Fakultät war die Ausbildung junger wissenschaftlicher und pädagogischer Kräfte. Das Studium umfaßte 4 Lehrjahre; zurzeit besteht nur noch der 4. Kursus, da die tschechische Regierung der Fakultät keine genügenden Mittel mehr zur Verfügung stellt.

Auf einer breiteren Basis ist das Arbeitsprogramm der „Russischen Volksuniversität", die am 16. Oktober 1923 in Prag eröffnet wurde, aufgebaut. Ihre Tätigkeit, die lediglich das Programm der anderen Prager Hochschulen ergänzen soll, wird im Rahmen folgender Fakultäten — 1. Volks-

Digitized by Google

wirtschaftliche Abteilung, 2. Geschichts-philosophische Abteilung, 3. Naturwissenschaftliche Abteilung, 4. Abteilung für die Erforschung der Tschechoslowakei, 5. Spezielle Kurse (Sprachkurse, Buchhaltung, Stenographie usw.) — ausgeübt. Das Lehrpersonal der Universität besteht in erster Linie aus Professoren der früheren russischen Hochschulen, teilweise auch aus Dozenten der tschechischen Universitäten.

Am 8. Dezember 1925 fand die Eröffnungsfeier der neuen Gesellschaft der russischen Volksuniversität statt, die eine engere Verbindung zwischen der Universität und den tschechischen Kreisen herstellen sollte. Diese Gesellschaft übernahm auch die Verwaltung der Universität, sowie die Beschaffung von Mitteln zu ihrer Finanzierung. Die wissenschaftliche Arbeit dieser Universität, die zunächst teilweise in Form von regelmäßig abgehaltenen Kursen, Seminaren, praktischen Übungen und Exkursionen, hauptsächlich aber in Form von einzelnen Vorlesungen durchgeführt wurde, mußte mit der Zeit immer mehr den Bedürfnissen der tschechischen Jugend angepaßt werden. In diesem Zusammenhang werden jetzt öfters auch Vorträge, die für das tschechische Auditorium berechnet sind, von der Universität nicht nur in Prag selbst, sondern auch in den Provinzstädten veranstaltet. Andererseits ist die Universität gezwungen, infolge des Mangels an Mitteln — die tschechische Regierung hat in der letzten Zeit die für die russischen Dozenten ausgesetzten Stipendien bedeutend reduziert — ihre Arbeit einzuschränken.

Eine besondere Hochschule in Prag befaßt sich mit der Erforschung der Ukraine. Diese „Freie ukrainische Universität" wurde, nachdem die ukrainische Sprache als Unterrichtssprache in Ost-Galizien und Bukowina verboten wurde, im Januar 1921 auf Initiative von Professor Alexander Kolessa in Wien gegründet und im Oktober desselben Jahres nach Prag verlegt. Sie umfaßt zurzeit folgende Fakultäten: 1. Philosophische Fakultät mit den der Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte, Philologie und Literaturgeschichte gewidmeten Unterabteilungen, 2. Naturwissenschaftliche Fakultät und 3. Juristische und volkswirtschaftliche Fakultät. Über Osteuropa werden dort im laufenden Sommersemester folgende Vorlesungen abgehalten:

a) Geschichte.

Prof. Dorošenko: Geschichte der Ukraine.
Prof. Dorošenko: Berichte der ausländischen Reisenden über die Ukraine des 16.—18. Jahrhunderts.
Prof. Bidnov: Die Bruderschaften in der Ukraine.
Prof. Bidnov: Die ukrainischen Kosaken vor Bogdan Chmelnickij.
Prof. Bidnov: Übungen zur Geschichte der Kosaken.
Priv.-Doz. Sljusarenko: Überblick über die literarischen Quellen zur älteren ukrainischen Geschichte.

b) Kunstgeschichte und Musikwissenschaft.

Prof. Antonović: Das Barock der Kosakenzeit.
Prof. Antonović: Seminar.
Lekt. Steško: Musikalisch-ästhetische Analyse der Werke von M. Lisenko.

c) Philologie und Literaturgeschichte.

Prof. Smal-Stockij: Die Konjugation.
Prof. Smal-Stockij: Die Rhythmik von Taras Ševčenko.
Prof. Kolessa: Geschichte der Apokryph-Literatur in der Ukraine.
Prof. Kolessa: Philologisches Seminar.

d) Rechtswissenschaft.

Prof. Laščenko: Quellen zur Geschichte des ukrainischen Rechts.
Prof. Laščenko: Geschichte des ukrainischen Obligationsrechts.
Prof. Laščenko: Seminar über das ukrainische Recht.
Prof. Haimanivskij: Das Staatsrecht der Hetman-Zeit.

Digitized by Google

Prof. Haimanivskij: Quellen des ukrainischen Rechts.
Prof. Andrievskij: Das ukrainische Obligationsrecht.
Prof. Andrievskij: Übungen.

Außer der oben erwähnten ukrainischen Universität besteht in Prag noch das „Ukrainische pädagogische Institut", das im Jahre 1923 von dem ukrainischen Emigrantenkomitee mit Unterstützung der tschechischen Regierung gegründet wurde. Dieses hat 3 Fakultäten: 1. die historisch-literarische, 2. die mathematisch-naturwissenschaftliche und 3. die musikpädagogische; doch kommt den Vorlesungen dieser Hochschule nur eine sekundäre Bedeutung zu.

Dr. Ljubow Jacobsohn.

Notizen.

Die Vorbereitungskurse des Instituts der Roten Professur in Moskau.

Der Vorstand des „Instituts der Roten Professur" in Moskau veröffentlicht die Aufnahmebedingungen für die zweijährigen Vorbereitungskurse, die diejenigen absolvieren müssen, die zur Übernahme einer marxistischen Professur an einer sowjetrussischen Hochschule in das Institut eintreten wollen. Für das am 1. Oktober beginnende Schuljahr 1928/29 werden 370 Kandidaten in die Vorbereitungskurse aufgenommen. Bevorzugt werden Arbeiter und Kinder von Arbeitern im Alter bis zu 27 Jahren, die mindestens drei Jahre der Kommunistischen Partei angehören und in der Partei eine öffentliche Stellung innegehabt haben. Die Kandidaten werden von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, den Provinzorganisationen, den Parteibüros der nationalen Minderheiten, den kommunistischen Hochschulen und den Arbeiterfakultäten ausgewählt. Die auf die einzelnen Organisationen entfallende Anzahl von Kandidaten ist vom „Institut der Roten Professur" vorher festgelegt; für das Schuljahr 1928/29 kommt folgender Schlüssel zur Anwendung: 220 Kandidaten der Parteikomitees, 40 der kommunistischen Hochschulen und 110 der Arbeiterfakultäten (Moskau: 42, Leningrad: 22, Provinz: 46). Die Aufzunehmenden haben sich einer Prüfung zu unterziehen. In der russischen Sprache und in der Mathematik werden die Kenntnisse verlangt, die zur Aufnahme in eine Hochschule erforderlich sind. Außerdem werden die Kandidaten in folgenden Disziplinen geprüft: historischer Materialismus, politische Ökonomie, ökonomische Politik, Sowjetverfassung, Geschichte, Geschichte der Kommunistischen Partei und Leninismus. In den einzelnen Disziplinen sind die Werke, über die der Prüfling Bescheid wissen muß, genau vorgeschrieben. Die Kenntnis der Schriften Lenins ist Voraussetzung. Über den historischen Materialismus sind z. B. durchzuarbeiten:

1. Plechanow: K voprosu o razvitii monističeskogo vzgljada na istoriju (Zur Frage der Entwicklung einer monistischen Betrachtung der Geschichte.) 2. Plechanow: Osnovnye voprosy markzisma. (Die Grundfragen des Marxismus.) 3. Bucharin: Teorija istoričeskogo materializma. (Die Theorie des historischen Materialismus.) 4. Deborin: Lenin, kak myslitel'. (Lenin als Denker.) 5. Marks und Engels: Kommunističeskij manifest s kommentarijami Rjasanova. (Das kommunistische Manifest mit dem Kommentar von Rjasanow.) 6. Lenin: Marks-Engel's i markzism. (Marx-Engels und der Marxismus. [Ausgabe des Leninistituts.]) 7. Engels: Razvitie socialisma ot utopii k nauke. (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.)

Für die Prüfung in der Geschichte sind durchzuarbeiten: 1. Marks: Graždanskaja vojna vo Francii. (Der Bürgerkrieg in Frankreich.) 2. Marks: Klassovaja bor'ba vo Francii v 1848 godu. (Der Klassenkampf in Frankreich im Jahre 1848.) 3. Pokrowskij: Russkaja istorija. 3 časti. (Russische Ge-

Digitized by Google

schichte in drei Teilen.) 4. Monosow: Istorija revoljucionnych dviženij. (Geschichte der revolutionären Bewegungen.) 5. Ark. A—N.: Tri tipa rabočego dviženija (ob Internacionale). (Drei Typen der Arbeiterbewegung [Die Internationale].) 6. Moloch: Parižskaja Kommuna. (Die Pariser Kommune.)

Luftverkehr Berlin—Moskau.

Am 1. Mai 1928 wird der Luftverkehr auf der Strecke Berlin—Moskau durch die Deutsche Luft-Hansa und die Deutsch-Russische Luft-Verkehrs-Gesellschaft (Deruluft) wieder aufgenommen. Auf dem Berliner Zentralflughafen Tempelhof startet das Kursflugzeug um 11 Uhr abends und trifft um 3.45 Uhr morgens in Königsberg, um 6.45 Uhr in Riga und 11.15 Uhr in Smolensk ein. Die Landung in Moskau erfolgt um 2 Uhr nachmittags. Im ganzen dauert der Flug Berlin—Moskau mit seinen 1800 km also 15 Stunden.

Zum Rückflug in Richtung Berlin startet das Flugzeug auf dem Moskauer Flugplatz Chodinka um 7 Uhr morgens und fliegt um 9.45 Uhr in Smolensk, 2.15 nachmittags in Riga und 5.30 Uhr nachmittags in Königsberg ab. Die Landung in Berlin erfolgt um 10 Uhr abends. Zur Verwendung gelangen moderne Verkehrsflugzeuge, welche mit allen für den Nachtluftverkehr erforderlichen Instrumenten ausgestattet sind und deren Kabinen bequeme, zum Schlafen eingerichtete Sitzplätze aufweisen.

Vor der Bildung einer Jüdischen Republik im Russischen Fernen Osten.

Bei der Sitzung des Komitees für Landansiedlung werktätiger Juden vom 17. Januar 1928 wurde der Beschluß gefaßt, bei dem „Allrussischen Übersiedlungskomitee" ein Gesuch einzureichen, den Rayon Bir-Baidschan im Fernen Osten dem Komitee für die Zwecke der jüdischen Kolonisation zur Verfügung zu stellen. Das in Aussicht genommene Gebiet liegt zwischen dem Amur und der siibrischen Eisenabhnlinie, einige Eisenbahnstunden von Chabarowsk, dem Verwaltungszentrum des fernöstlichen Gebietes, entfernt. Es nimmt den Südteil des Amurgebietes ein und grenzt an die Mandschurei. Seine Fläche beträgt 2,5 ha, seine Bevölkerung zurzeit nur 27 000 Personen, d. h. ungefähr eine Person auf 1 ha. Infolge dieser dünnen Besiedlung ist es möglich, hier die Kolonisierung der Juden in großen geschlossenen Massen durchzuführen, im Gegensatz zu den jüdischen Ansiedlungen, die in den letzten Jahren in Südrußland erfolgt sind (Cherson, Kriwojrog, Krim usw.). Hier konnten die Juden deshalb nicht so dicht untergebracht werden, weil die Gebiete schon seit langem von anderen Nationalitäten bewohnt werden. Der im Russischen Fernen Osten in Aussicht genommene Landstrich ist infolge seiner Boden- und Klimaverhältnisse für den Ackerbau geeignet. Das Vorkommen zahlreicher Naturschätze ermöglicht auch eine industrielle Entwicklung.

Bei einem günstigen Fortschreiten des jüdischen Kolonisationsprozesses im Rayon Bir-Baidschan beabsichtigt die Sowjetregierung, dort eine „Autonome Jüdische Sozialistische Sowjet-Republik" zu errichten.

Zur Besprechung eingegangen:

Baltischer Almanach für das Jahr 1928. Herausgegeben von der „Baltischen Presse". Erster Jahrgang. Danzig 1928. Danziger Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H. 128 S.

Bokalders, J.: Lettlands Ekonomist. Riga 1928. Ausgabe des Finanzministeriums. 188 S. Preis: M. 7,35.

Conférence des Historiens des Etats de l'Europe Orientale et du Monde Slave, Varsovie, le 26—29 juin 1927. I-ère Partie: Travaux de préparation résumés des communications (69 S.); II-me partie: Compte-Rendu et communications. 285 S. Varsovie 1927. Société polonaise d'histoire.

Duhamel, George: Das Neue Moskau. Zürich-Leipzig 1928. Rotapfel-Verlag. 147 S.

Digitized by Google

Gorki, Maxim: Erinnerungen an Zeitgenossen. Berlin 1928. Malik-Verlag. 386 S. Preis: M. 3,— kart.

Grusdjew, J.: Gorki-Biographie. Berlin 1928. Malik-Verlag. 286 S. Preis: M. 3,— kart.

Haensel, Paul: Die Finanz- und Steuerverfassung der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken. Jena 1928. Verlag Gustav Fischer. 285 und 31 S. Preis: brosch. M. 18,— (Finanzwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Studien, herausgegeben von Dr. Bräuer, Heft 10).

Handelsman, M.: Les idées françaises et la mentalité politique en Pologne au XIXe siècle. Paris 1927 . Librairie Felix Alcan. 213 S. (Bibliothèque d'histoire contemporaire).

Korostowetz, W. K.: Lenin im Hause der Väter. Berlin 1928. Verlag für Kulturpolitik. 444 S.

Zweites Rußland-Heft des „Orient". Zeitschrift zum Studium der religiösen und profanen Lebensmächte des Ostens. 10. Jahrgang 1928, Heft 1 (Januar-Februar). Potsdam. Tempelverlag. 32 S.

Rolland, Romain: Das Leben Tolstois. Herausgegeben von Wilhelm Herzog. Frankfurt a. Main 1927. Rütten & Loening Verlag. 219 S. Preis: geh. M. 5,—.

Russische Volksmärchen. Gesammelt und übertragen von Xaver Schaffgotsch . Leipzig o. J. Insel-Verlag. 79 S.

Tolstoi, Alexej: Das Geheimnis der infraroten Strahlen. Roman. Berlin 1927. Neuer Deutscher Verlag. 363 S. Preis: geh. M. 2,—.

Wulffius, W.: Vom Sinn livländischer Geschichte. Vortrag gehalten zum Jahresaktus der Herdergesellschaft zu Riga am 7. September 1926. Riga 1926. Verlag G. Löffler. 16 S.

Zapadnaja Belorussija. Sbornik statej. (Das westliche Weißrußland. Sammelband). Band 1. Minsk 1927. Weißrussischer Staatsverlag. 210 S.

Zaprosy belorusskich poslov v pol'skij sejm 1922—1926 g. g. Sbornik dokumentov o panskich nasilijach, mučenijach i izdevatel'stvach nad krest'janami i rabočimi v zapadnoj Belorussii. (Die Interpellationen der weißrussischen Abgeordneten im Polnischen Sejm 1922—1926.) Minsk 1927. Weißrussischer Staatsverlag. 530 S.

* * *

Oliantschyn, D.: Iz materijaliv do ukrains'ko-nimec'kich političnich znosin drug. polov. XVII. b. (Die neuen Quellen zur Erforschung der Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Großen Kurfürsten um die Mitte des XVII. Jahrhunderts). Sonderdruck der Abhandlungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin. S. 113—139.

Zeiss, Heinz: Der neue medizinische Studienplan für Sowjetrußland. Sonderabdruck aus „Praemedicus". Offizielle Mitteilungen des Verbandes deutscher Medizinerschaften und der medizinischen Fachgruppe der deutschen Studentenschaft. 1927, Nr. 9 u. 11. Leipzig. Verlag Georg Thieme. S. 1—4.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegen Prospekte der Firmen Verlagsanstalt Alexander Koch, Darmstadt, Verlag Scherl, Berlin SW und Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grunewald bei, die wir der Beachtung empfehlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 26b. Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

Geschäftliche Mitteilungen.

Zeitgemäße Wohnräume aus Deutschland und Österreich, aus England und Amerika führt in vortrefflich großen Abbildungen das bemerkenswerte Januar-Heft 1928 der bekannten künstlerisch ausgestatteten „Innen-Dekoration“ ihrem in- und ausländischen Leserkreis vor. (Verlagsanstalt Alexander Koch-Darmstadt, Januar-Heft mit 65 großen Abbildungen, 6 Sepiaton-, 4 Vierfarben-Beilagen und vielen Textbeiträgen M. 3,—.) Da bietet sich eine Reihe von künstlerisch und technisch sorgsam durchgeführten Raum-Einrichtungen und Einzelmöbeln aller Art, die beweisen, daß neben den „extrem-sachlichen“ und nüchternen Raumgebilden der Neuzeit auch die kunsthandwerklich hochwertige, kultivierte Wohnungs-Gestaltung heute wie immer „zeitgemäß“ ist.

Zurückzukaufen gesucht

„Ost-Europa“ 1. Jahrg., Heft 1, 2. Jahrg., Heft 4 u. 6 zum Preise von je RM. 2,—

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35

Bücher und Zeitschriften,

die im vorliegenden Heft oder an anderer Stelle besprochen oder angezeigt worden sind, liefert

Ost-Europa-Verlag,
Sortiments-Abteilung,
Berlin W 35

Digitized by Google

BALTISCHE PRESSE

Informationsorgan für die Freie Stadt Danzig, das Baltikum und Polen.

Erscheint täglich in Danzig
Redaktion: Stadtgebiet 12
Administration: Pfefferstadt 1

Probenummern auf Wunsch.

Die „Baltische Presse" wirkt für Verständigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit des Ostens.

Die Auslese

Verlag O. H. Luken, Berlin SW 68, Zimmerstraße 71

Postscheckkonto: Berlin 783 44

„Münchener Zeitung" vom 11. September 1927:

„Die Auslese bietet in ihren monatlich erscheinenden kleinen Heften einen erstaunlichen Reichtum an originellen Gedanken und an wichtigen Äußerungen zu den Weltereignissen und Weltproblemen. Man läßt sich leicht verführen, zu viel auf einmal von diesen kurzen Aufsätzen und Auszügen aus längeren Artikeln zu lesen, die aus den Magazinen der ganzen Welt mit kennerhaftem Scharfblick zusammen gelesen sind, und dann schwirrt dem Leser der Kopf von dem vielen Neuen, Anregenden, zum Nachdenken Verpflichtenden, was er in einer halben Stunde zu sich genommen hat. Aber in Ruhe genossen, sind diese Heftchen der „Auslese" beste, bekömmlichste Geistesnahrung."

„Hamburgischer Correspondent" vom 18. August 1927:

„Diese monatlich erscheinende Zeitschrift nimmt in veränderter Form den glücklichen Gedanken wieder auf, den seinerzeit „Das Echo" vertrat. Sie läßt durch ihre Mitarbeiter Hunderte von Zeitschriften des In- und Auslandes verfolgen und bringt eine Auswahl der wesentlichsten Aufsätze, die in diesen führenden Journalen erscheinen. Neben Deutschland finden wir in den uns vorliegenden Heften vertreten die Schweiz, Frankreich, England, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Niederlande, Belgien, Nordamerika, Venezuela. Die Auslese vertritt keine einseitigen Tendenzen, sondern ist völlig unparteiisch. So wird die Zeitschrift allseitiges Interesse finden."

Einzelheft RM. 1,— **3 Monate RM. 2,60**

Verlangen Sie vom Verlag der „Auslese", unter Bezugnahme auf „Osteuropa", ein Heft zur Einsichtnahme, wodurch Sie nur die Verpflichtung eingehen, das Heft an den Verlag zurückzusenden, falls Sie sich nicht zu einem Abonnement entschließen.

Digitized by Google

SOEBEN ERSCHIENEN

GEORGES DUHAMEL

DAS NEUE MOSKAU

KARTONIERT RM. 3.60

PRESSESTIMMEN:

Verdient aus der Masse der Reiseberichte herausgehoben zu werden. Vorbildlich in seiner Haltung, ruhig, gerecht und human. Nicht beschwert durch Statistiken oder wirtschaftliche Erwägungen. Duhamel hat den Blick für das lebendige Rußland, der tiefer dringt als bis zu seiner sozialen und politischen Form. *„Ost-Europa", Berlin-Königsberg.* Liest man mit wirklichem Gewinn. Läßt sich keine potemkinschen Dörfer vormachen. Frei von jeglichem Ressentiment. *„Die Literatur", Stuttgart.* Georges Duhamel, der Feinsten einer, faßt die Ergebnisse einer Rußland-Reise zusammen. Ruhig, überlegen, gleichsam jenseits von Gut und Böse rein schildernd, weise, unbeeinflußbar. Meisterhafte Uebersetzung. Schöne Ausstattung.
„Prager Abendblatt."

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

ROTAPFEL-VERLAG
ZÜRICH UND LEIPZIG

Neu erschienen!

Dr. Gertrud Mortensen-Heinrich

„Beiträge zu den Nationalitäten- und Siedlungsverhältnissen von Pr. Litauen"

nebst erläuternder Karte,
brosch. Rm. 4.—, geb. Rm. 5.20

Ein Beitrag zur Siedlungsgeschichte an der deutschen Ostgrenze von hohem wissenschaftlichen und politischen Wert, das Ergebnis gewissenhafter Studien archivalischer Dokumente aus der Ordenszeit, in Fachkreisen glänzend beurteilt.

Memelland-Verlag
Berlin-Nowawes
Lessingstr. 40, Tel.: Potsdam 7331

Die Wirtschaftskreise

machen wir darauf aufmerksam, daß in der Bibliothek des Prager Wirtschaftsdienstes „Penezni Bursa" ein wirtschaftliches Werk von Prof. I. A. Jakuschev (Präsident der Sibirier in CSR, gewes. Minister für sibirische Eisenbahn)

„Die Zukunft Sibiriens"

herausgegeben wurde.

Das einzige Werk dieser Art ist in beschränkter Auflage herausgegeben und enthält Angaben über den gesamten Reichtum Sibiriens, dessen Ausnützung, Statistiken, Photogr. und die neueste Karte Sibiriens.

Inhalt:

I. Teil: Historie.
II. Teil: Die administrative Einrichtung, die Fläche und die Bewohner.
III. Teil: Waldreichtum.
IV. Teil: Pilzreichtum.
V. Teil: Fischfang.
VI. Teil: Mineralreichtum.
VII. Teil: Kolonisation.
VIII. Teil: Landwirtschaft.
IX. Teil: Industrie.
X. Teil: Handel (Import und Export).
XI. Teil: Kooperationen.
XII. Teil: Klima und Kurbäder.
XIII. Teil: Verkehrsmittel.

Die Bestellungen bitten wir direkt an den Herausgeber:

Wirtschaftsdienst „Peněžní Bursa", Prag XIII. Sámova 665 ČSR

zu richten. — Der Preis des Werkes beträgt Kc 160.— (GM. 20.—) und wird nachgenommen.

Digitized by Google

Sorgfältige, geschmackvolle
preiswerte Herstellung von

Werken aller Art
Zeitschriften
Broschüren
Dissertationen

und allen anderen Druckarbeiten

**Ostpreußische Druckerei
und Verlagsanstalt A. G.**

Königsberg Pr., Tragheimer Pulverstraße 20
Schließfach 14 — Fernruf 7162—7164

Nation und Staat

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von Jakob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann, Joh. Schmidt-Wodder

Monatlich 1 Heft (4½ Bogen) RM. 2.—

Die Herausgeber, vier der bedeutendsten auslanddeutschen Führer, stellen sich die Aufgabe, in erschöpfender Weise einen Überblick über die wissenschaftliche und politische Entwicklung des europäischen Minoritätenproblems zu geben. Sie wenden sich an die Politiker ohne Unterschied der Nationalität und Parteifärbung, die begriffen haben, daß ohne eine Lösung der Nationalitätenfrage eine Lösung der gesamteuropäischen Frage nicht möglich ist. In den Aufsätzen wird Stellung genommen zu allen Fragen politischer, soziologischer, historischer, rechtlicher und kultureller Natur. Ein berichtender Teil unterrichtet über die politische Entwicklung in den einzelnen Staaten, über die Minoritätenpolitik im Völkerbund, den internationalen Nationalitätenkongressen und anderen internationalen Organisationen.

Paul de Lagarde

und der großdeutsche Gedanke

Von Richard Breitling

Mit einem Geleitwort von

Karl Alex. v. Müller

Gr. 8° VIII und 116 S. Brosch. RM. 3.60

„Der aktuelle Wert des gründlichen und wissenschaftlich zuverlässigen Buches ist unverkennbar: liegen doch in der Existenz Lagardes die Wurzeln auch unserer Erneuerungsgedanken deutscher Idealität. Der wesentliche Teil der Untersuchungen Breitlings betrifft auch diese innere Sendung Lagardes und seine äußere Stellung als Publizist. . .

. . . Es ist zu bewundern, wie sehr es hier dem Verfasser gelingt, einen gerecht wägenden Standpunkt strenger Historiographie einzuhalten, der von parteiischen Einseitigkeiten wohltuend absticht. . . .

. . . Die vorliegende Veröffentlichung füllt in der Lagarde-Literatur eine Lücke aus und wird vornehmlich bei einer umfassenden Orientierung über die großdeutsche Frage nicht umgangen werden können."

„Badischer Beobachter."

Univ.-Verlagsbuchhandlg. Wilhelm Braumüller / Wien u. Leipzig

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b

Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 9** **Juni 1928**

INHALT:

Richard Salomon: Die Große Sowjet-Enzyklopädie 609

J. M. Rabinowitsch: Die Rechtslage der staatenlosen russischen Emigranten in Deutschland 617

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 625

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 636

III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 650

Bücherschau 658

Zeitschriftenschau 662

Notizen 673

Digitized by Google

GESCHICHTE RUSSLANDS

Von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit

von

M. Pokrowski

Professor für Geschichte an der Universität Moskau

übersetzt von **Alexandra Ramm**

durchgesehen und herausgegeben von **Wilhelm Herzog**

Wöchentlich erscheint eine Lieferung zum Preise von M. 0.40.
Der Umfang des Werkes ist auf 50 Lieferungen berechnet.

Es entwickelt sich vor uns ein grandioses Gemälde von den Kämpfen und Niederlagen eines Volkes. Wir erleben seine Krisen und Katastrophen mit und erkennen die Notwendigkeit der Erschütterungen und Kämpfe, welche die Klassen gegeneinander führen müssen. Vom Boden der materialistischen Geschichtsauffassung aus behandelt Pokrowski alle Vorgänge der russischen Geschichte mittels rein wissenschaftlicher Methoden. Ein großer Vorzug des Werkes ist seine ganz volkstümliche Sprache. Jeder, der die Darstellung Pokrowskis liest, wird gepackt werden von der Wucht der Tatsachen aus der Vergangenheit, die ihm die Gegenwart erklären können.

Jeder, der sich für Rußland interessiert, muß zu diesem Geschichtswerk greifen, wenn er das Rußland von heute und gestern richtig verstehen will.

C. L. HIRSCHFELD / VERLAG / LEIPZIG

Hospitalstraße 10.

Von der Buchhandlung .....

erbitte aus dem Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig C 1

..... **Expl. Pokrowski, Geschichte Rußlands**

ab Lieferung 1 (nur wöchentlich ein Heft senden).

1 Probeheft mit ausführlichem Prospekt.

Ort und Datum: .....

Name: .....

Digitized by Google

Die Große Sowjet-Enzyklopädie.

Von Richard Salomon.

Seit Jahrzehnten ist jedem, der sich auf irgend einem Gebiet eingehend mit russischen Dingen beschäftigt, das Brockhaus-Efronsche Konversationslexikon als unentbehrliches Hilfsmittel bekannt. Es ist keine russische Übersetzung des bekannten deutschen Nachschlagewerkes, an das sein Name erinnert, sondern ein eigens für russische Verhältnisse angelegtes selbständiges Werk, ausführlicher und umfänglicher als das deutsche Vorbild und an Stoffreichtum wohl nur von der Encyclopaedia Britannica übertroffen. Das wissenschaftliche Fundament war für seine Zeit — die ersten Bände sind in den 90er Jahren erschienen — recht gut; mancher Beitrag aus bekannter Feder — wie etwa die von Vladimir Solov'ev beigesteuerten Artikel — hat sich in Rußland eine regelrechte literarische Berühmtheit erworben, und jedenfalls war bei der relativ schwierigen Zugänglichkeit von Spezialliteratur die literarische und informatorische Bedeutung des Brockhaus-Efron noch größer als die der mittel- und westeuropäischen Werke dieser Gattung. Selbst in streng wissenschaftlichen Werken findet man oft den Hinweis auf einen Artikel des Brockhaus-Efron als die beste Zusammenfassung des Wissensstandes in irgend einer Spezialfrage, — eine Art von Literaturzitat, die bei uns kaum möglich wäre, wo der Gelehrte sich für verpflichtet hält, zu Nachschlagebehelfen halb populärer Art keine Beziehungen zu unterhalten oder sie mindestens nicht einzugestehen.

Das große Werk ist nun freilich seit 15 bis 20 Jahren recht veraltet; die Zahl der überzeitlich wertvollen Artikel ist natürlich nur gering, und eine Neubearbeitung war im Gange, als der Krieg ausbrach und den Druck endgültig zum Stocken brachte. Beim Buchstaben L brach die zweite Auflage ab, und als man nach den Bürgerkriegsjahren wieder an literarische Arbeit in großem Stil denken konnte, waren alle Verhältnisse im Lande so von Grund auf verändert, daß eine Fortsetzung dieser zweiten Ausgabe widersinnig gewesen wäre, ganz abgesehen von den äußeren Umständen, die ein Weiterarbeiten im bisherigen Stil nicht gestattet hätten.

Digitized by Google

Es blieb jedoch ein unabweisbares Bedürfnis, für das neue Rußland ein entsprechendes Werk zu schaffen, eine Enzyklopädie, die den Praktikern auf hoher und niederer Stufe wie den Theoretikern jede notwendige Auskunft nach dem heutigen Stande des Wissens und der realen politischen Verhältnisse gibt und damit auch den als Notbehelf einstweilen noch unentbehrlichen veralteten und „bürgerlichen" Brockhaus-Efron außer Kurs setzt.

Von diesem neuen Werk, der „Bolšaja Sovetskaja Enciklopedija", der „Großen Sowjet-Enzyklopädie", liegen uns bisher die ersten 8 Bände vor (Moskau 1926—27) — nur ein Anfang, der aber die Ausmaße des Gesamtplans erkennen läßt: sie führen bis zum Beginn des Buchstabens V, des dritten im russischen Alphabet. Es sind stattliche, aber doch handliche Bände, vorzüglich ausgestattet, auf gutem Papier, mit schönem Druck; nur die Illustrationen sind, soweit Holzschnitte verwendet werden, wohl nicht auf der Höhe der Technik.

Mit dieser Enzyklopädie errichtet sich der Bolschewismus ein literarisches Denkmal, das bald das populärste und — wenn ich in dem Bilde fortfahren darf — meist besuchte sein wird. Es ist ein hochoffizielles Unternehmen: den Auftrag zur Ausarbeitung hat das Präsidium des Obersten Bundes-Vollzugsausschusses — also das körperschaftliche Staatsoberhaupt — erteilt, und schon darin liegt die Gewähr dafür, daß hier ein geistig in sich geschlossenes Werk entstehen wird, ein groß angelegtes Selbstzeugnis der maßgebenden Richtung im neuen Rußland, ein Bild Rußlands und der übrigen Welt, wie sie der Bolschewismus sieht, und ein Bild seines eigenen Systems, wie es sich ihm selber darstellt und wie er es von anderen gesehen wünscht.

Zu dieser Einheit einer für das Ganze verbindlichen Weltanschauung bekennt sich das kurze, aber bedeutungsschwere Vorwort. Der Leser, so heißt es dort, braucht eine moderne, auf der Höhe der Zeit stehende Enzyklopädie, die „hinsichtlich der Weltanschauung vollkommen deutlich ist", und dieser Stellung der Aufgabe entspricht das eindeutige Bekenntnis: „Unsere Weltanschauung ist der dialektische Materialismus. Im Bereich der Sozialwissenschaften ist er für Vergangenheit und Gegenwart auf Grund folgerichtiger Anwendung der dialektischen Methode Marxens und Lenins schon umfassend ausgearbeitet"; in den exakten Wissenschaften, so wird weiter ausgeführt, fehle es noch an der nötigen Zahl wirklich marxistischer Forschungen; doch soll sich hier die Enzyklopädie streng an das Tatsächliche halten und „idealistische Beimengungen" ausschließen.

Mit dieser professio fidei ist der Charakter des Werkes klar bezeichnet. Also die Welt mit allem, was sie enthält, mit Geschichte und Politik, mit Kunst und Wissenschaft, mit Natur und Technik, mit Philosophie und Wirtschaft einheitlich gesehen und beurteilt vom Standpunkt einer Geistesrichtung aus, die nicht

Digitized by Google

nur den Primat unter allen, sondern Alleingültigkeit für sich verlangt, — das muß, wie auch der sachliche Wert der Beiträge im einzelnen sei, in jedem Falle eine interessante und an Aufschlüssen reiche Lektüre geben. Was sich sonst dem ständigen Leser russischer Zeitungen gleichsam in flüssiger, stets wechselnder Gestalt bietet, ist hier in festere Formen geprägt, eindringlicher und für längere Dauer. Und wenn die Redaktion erklärt, ihre Arbeit solle in erster Linie den „Grundkadres" dienen, die den Sowjetaufbau vollziehen, der „Vorhut", den leitenden Angestellten, Agronomen und Wirtschaftern, Genossenschaftern und Richtern, Lehrern und Journalisten, Parteiarbeitern usw., so wird sie auch darauf gefaßt sein, daß auch anders denkende Ausländer ihrem Werk seine Informationen über das offiziell Gültige, über den Kanon marxistisch-leninistischer Bildung entnimmt.

Ich habe in Rußland selbst die Erfahrung gemacht, daß maßgebende Kreise einem offenen Wort der Kritik von nichtkommunistischer Seite zugänglicher sind, als man gewöhnlich in Europa annimmt. Es wird keinen Kommunisten überraschen zu hören, daß die unbedingte Bindung an eine Weltanschauung den Nicht-Marxisten an die in gewissem Sinne verwandte dogmatische Bindung einer katholischen Enzyklopädie (etwa des Herderschen Lexikons) erinnert. Das schließt nicht aus, daß in beiden Fällen ein für jedermann brauchbares reiches Material an objektivem Wissensstoff geboten wird. Die Vorbehalte wird sich jeder Leser selbst machen, soweit er dazu befähigt ist. Man darf nicht übersehen, daß hier der großen Masse des Informatorischen, wie sich das bei jeder offiziellen sowjetistischen Arbeit von selbst versteht, ein gehöriges Quantum Agitation beigegeben ist. Es ist nicht anzunehmen, daß der russische Mittelschul- oder Arbeiterfakultätsabsolvent — und auf deren Wissensstand soll nach dem Vorwort das Ganze zugeschnitten sein — imstande sein wird, jeden Artikel mit Kritik zu lesen. Es kann der Führerschaft nicht unbedingt unangenehm sein, wenn der Halbgebildete das Diktum der Enzyklopädie als kanonisch hinnimmt; der optimistisch siegesgewisse Ton der Vorrede und fast jedes politischen Artikels hat, wie man in Rußland gar nicht leugnen wird, seine wohl erwogene erzieherische Absicht. „Elektrifikation", „Industrialisierung", „Beherrschung der Naturkräfte" — all diese anfeuernden Schlagworte, die die Zukunftspläne und Zukunftshoffnungen des Sowjetstaates bedeuten, fallen dem Leser schon auf den ersten Seiten ins Auge. „Festigung der revolutionärmaterialistischen Weltanschauung" soll das Ziel des neuen Lesers und somit auch das des grundlegenden Werkes sein.

Der Nichtmarxist wird also in diesen Bänden manches finden, was ihn, wenn er empfindlich ist, ärgert oder erbost; der Ton einzelner Mitarbeiter ist nicht immer zart. Aber wer ein ernsthaftes Interesse am heutigen Rußland hat, kann nirgends ein so

Digitized by Google

bequem bereitgestelltes Material in solcher Ausführlichkeit beisammen finden; und wenn in Deutschland die Kenntnis des Russischen so verbreitet wäre, wie sie es sein müßte, so würde man die neue Enzyklopädie bald mit der gleichen Selbstverständlichkeit zum notwendigen Rüstzeug des Publizisten rechnen, wie etwa die Encyclopaedia Britannica.

An Mitarbeitern ist nahezu alles aufgeboten, was im heutigen Rußland einen literarischen Namen hat. Im engeren Herausgeberkollegium sind u. a. Bucharin, der offizielle Theoretiker der herrschenden Klasse, der Historiker Pokrovskij und der Nationalökonom Kricman genannt; ob K. Radek, dessen Name auf den Titelblättern der vorliegenden Bände erscheint, sich auch nach den Ereignissen vom Herbst 1927 behaupten wird, bleibt abzuwarten. Im weiteren Redaktionskreise findet man große Namen wie die des Physikers Joffe, des Chemikers Ipat'ev, des Kunsthistorikers Grabar und des Sprachforschers Marr. Die Reihe der Mitarbeiter für einzelne Artikel ist schon fast unübersehbar. Was von dieser bunt zusammengesetzten Mitarbeiterschaft geleistet worden ist, in der bewährte Parteileute neben der, wie mir scheint, überwiegenden Zahl unpolitischer Fachgelehrter erscheinen, ist natürlich trotz der grundsätzlichen Ausgleichung in Weltanschauungsfragen ungleich in Form und Inhalt. Neben temperamentvollen Artikeln über aktuelle Gegenstände der Politik stehen nüchterne naturwissenschaftliche und technische Aufsätze, und auch etwa auf dem, vom Parteistandpunkt aus gesehen, weniger indifferenten Gebiet der Geschichte wirkt sich die verschiedene Artung der Mitarbeiter fühlbar aus. Ich finde nicht, daß der geistige Charakter des Gesamtwerkes „kollektiver" wäre, als man das sonst bei Enzyklopädien spürt; wenn das neue Ideal sich schon auf dem Vorblatt in der beachtenswerten Formel meldet: „Gedruckt und gebunden in der 16. Moskauer Druckerei unter unmittelbarer schöpferischer Beteiligung des gesamten Druckerei-Kollektivs", so beschränkt sich die sichtbare Mitwirkung des Kollektivs eben doch auf das Technische.

In der Zusammensetzung und Verteilung des Anteils am Ganzen auf die einzelnen Fächer macht sich zum Unterschied von älteren Werken gleicher Art eine gewollte Bevorzugung der Technik und der Naturwissenschaft gegenüber den „Humaniora", der Gegenwartskunde gegenüber der Geschichte geltend. Sie entspricht durchaus dem jetzt von jedem Fremden in Rußland bemerkten Zuge zum Amerikanischen im technischen Sinne und gibt insofern ein ganz richtiges Bild von den vorherrschenden Neigungen und Stimmungen. Besonders ausführlich ist, wie sich von selbst versteht, alles behandelt, was mit Rußland, mit der internationalen Arbeiterbewegung und der kommunistischen Politik irgendwie in Berührung steht.

Digitized by Google

Was bisher, durch die Zufallsordnung des Alphabets in die schon fertiggestellten Bände verwiesen, bereits vorliegt, gibt einen guten Begriff von dem, was noch zu erwarten ist. Die umfänglichen, mit geographischem, ethnographischem, historischem, statistischem, politischem Material reich ausgestatteten Artikel über die *armenische oder die *weißrussische Sowjetrepublik zeigen, daß die Enzyklopädie nach ihrem Abschluß eine brauchbare moderne Landeskunde der Sowjetunion in sich schließen wird.

Die Behandlung der russischen Geschichte entspricht den aus der jüngsten historischen Literatur Rußlands bekannten Grundsätzen. Das alte Regime und seine Vertreter werden verhältnismäßig kurz und ohne Bemühung um Objektivität abgefertigt. Eine für die russische Entwicklung so charakteristische Erscheinung wie der Vater Peters des Großen, *Alexej Michajlovič, erhält nur acht Zeilen, die größtenteils aus Verweisungen bestehen. Rücksichtslos zeigt sich die Tendenz, wenn etwa am Schluß des Artikels über *Alexander III. — mit deutlichem Anklang an die bekannte Inschrift Demjan Bednyjs an dem Leningrader Denkmal — festgestellt wird, daß auch er, wie sein Vater und sein Sohn, von der Revolution hingerichtet worden sei, nur durch die langsamere und qualvollere Methode des ständigen Einängstigens, oder wenn es in dem Artikel *Alexandra Fedorovna heißt, die letzte Zarin habe nach Verdienst das Schicksal ihres Mannes geteilt.

Ein beispiellos reiches Material ist dagegen für die Geschichte aller, auch der ausländischen revolutionären Bewegungen zusammengebracht. Jeder einzelne irgendwie hervorgetretene Revolutionär, Sozialist oder Kommunist ist mit einem biographischen Artikel, häufig auch durch sein Bild, vertreten, wobei mit der Bedeutung des einzelnen für die kommunistische Bewegung sich auch der Umfang der Darstellung steigert, — der Artikel *Bucharin z. B. geht bis zur wörtlichen Wiedergabe von kritischen Bemerkungen und anerkennenden Notizen Lenins zu einer Schrift des Parteitheoretikers. Der straffen Disziplin der Redaktion entspricht es, daß das Endurteil sich jedesmal nach dem Verhältnis des Besprochenen zum reinen Marxismus richtet. Alles Menschewistische oder gar Revisionistische wird, wie nicht anders zu erwarten, hart verurteilt: *Akselrod „spricht unter der internationalistischen Maske von Zimmerwald sozial-chauvinistische Ansichten aus", in seinen Gedanken über die Oktoberrevolution „riecht es nicht einmal nach historischem Materialismus"; dem „Kleinbürger" Eduard *Bernstein werden seine Bemühungen, „dem stinkenden Leichnam der 2. Internationale neues Leben ein-

*) Ich bezeichne im folgenden die zitierten Stichworte mit einem Sternchen am Anfang.

Digitized by Google

zublasen" ebenso bescheinigt wie der „Haß der revolutionären Arbeiter gegen ihn als einen der Väter des großen Verrats am proletarischen Kampf". Besser, nur mit einem leichten Tadel kommt *Bebel davon, „einer der hingebendsten und talentvollsten Führer des Proletariats", der es nur „im vorgerückten Alter nicht verstanden hat, Marxens Lehre richtig anzuwenden und den Übergang aus der Epoche des Kräftesammelns zum Kampf zu finden".

Die offizielle Denkart Sowjetrußlands gibt sich also, wie man sieht, ohne jede Beschränkung oder Beschönigung kund. Die Enzyklopädie folgt hierin der Praxis der russischen Zeitungen, jedes Ding beim — im Sinne des Bolschewismus — richtigen Namen zu nennen und keine Zugeständnisse nach irgend einer Richtung hin zu machen. Wenn das Klasseninteresse als das Maß aller Dinge angenommen wird, so ist die Darstellungsweise der Enzyklopädie durchaus folgerichtig; der Benutzer wird sich also auch nicht wundern dürfen, etwa *Blanqui hier ausführlicher als *Bismarck behandelt zu sehen. Ich wiederhole: wer es versteht, seine eigenen Empfindungen auszuschalten, wird gerade aus den schroffsten Artikeln des Werkes das meiste lernen. Eine bessere Gelegenheit, die Geistesart des Bolschewismus im großen aus authentischen Zeugnissen kennen zu lernen, gibt es nicht.

Eine andere, ebenso wichtige Gruppe von Artikeln behandelt die Ideen, Geschehnisse und Einrichtungen, die mit Theorie und Praxis des Kommunismus zusammenhängen. Ich greife nur ein paar Beispiele heraus: etwa die große, natürlich mit offenem Haß geschriebene, aber stoffreiche Abhandlung über die *Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von 1919, die nicht nur recht interessante Einblicke in die Klassenkampftaktik des Bolschewismus gibt, sondern ein Material über den Gegenstand zusammenbringt, wie man es so übersichtlich sonst kaum finden wird, — so ferner die Mitteilungen Radeks über die gescheiterte *Berliner Konferenz der drei sozialistischen Internationalen im Jahre 1922, oder — für die inneren Verhältnisse Sowjetrußlands wesentlich — die Ausführungen über Wesen und Zweck der *antireligiösen Propaganda. Hier sind die Mitteilungen über Form und Methode allerdings interessanter als der Gedankeninhalt. Noch unbefriedigender scheint mir der nächstverwandte Artikel: *Atheismus. Mit so wohlfeilen Wendungen wie dem Satze, daß Häckels „Welträtsel" die Welt in zwei Lager geteilt hätten: in einem die Reaktionäre, im andern die Fortschrittlichen, kann man einer der tiefsten Fragen der menschlichen Entwicklung nicht beikommen.

Eine der wichtigsten Institutionen Rußlands ist unter *Autonomie behandelt; dabei wird, wie auch sonst nicht selten, auf eine starke Kontrastwirkung, auf eine Unterscheidung zwischen bürgerlichen und sowjetistischen Institutionen gleichen Namens hingearbeitet: „Im bürgerlichen Staat ist die Autonomie ein

Digitized by Google

Symbol wirtschaftlicher Verknechtung und Vergewaltigung, im proletarischen eine Form freundschaftlichen Zusammenarbeitens der Nationen." Ähnliches findet man in dem sehr interessanten Aufsatz über *Agitation, und in die gleiche Richtung gehört der gewagte Satz im Artikel *Alkoholismus: „Nur in einem proletarischen Staate ist ein energischer Kampf mit dem Alkoholismus möglich." Den Beweis dafür bleibt der Artikel freilich schuldig.

Eine leichte Enttäuschung ist es einstweilen, unter dem Stichwort *Bolschewismus nur Verweisungen auf „Leninismus", „Kommunistische Partei" usw., also Anweisungen auf künftige Artikel zu finden; der einzige von diesen, der bereits ausgeführt ist, der Artikel *Bolschewiken gibt im wesentlichen nur die formale Seite der Parteigeschichte, die Geschichte der Zusammenschlüsse und der Spaltungen, der inneren Gruppierungen und Umgruppierungen; also nichts ideengeschichtlich Wichtiges. Die bolschewistische Politik ist bisher in einer Teilerscheinung ganz eingehend behandelt, in der Darstellung des Friedens von *Brest-Litowsk. Der Artikel betrachtet den Friedensschluß unter dem Gesichtspunkt kommunistischer Parteitaktik und kommt so zu dem Schluß, ihn vor allem als das taktische Meisterstück Lenins aufzufassen.

In eine heute viel besprochene ernste Frage des öffentlichen Lebens im Sowjetstaate führt der Artikel *Bürokratie, dessen wesentlichster Teil unter besonderer Überschrift den „Kampf gegen die Bürokratie in der Sowjetunion" behandelt. Die Statistik für 1926 stellt eine Zahl von 2½ Millionen Beamten und Angestellten im Unionsgebiet fest, wobei nicht vergessen werden darf, daß diese enorm erscheinende Ziffer auch einen Teil der Arbeitskräfte mit umfaßt, die sich in anderen Ländern im privaten Angestelltenverhältnis befinden, also in den Statistiken des Beamtentums nicht erscheinen. Die Ziffer wird aber als absolut und relativ zu hoch betrachtet; Abbau und Vereinfachung der Verwaltung gehören mit zu den immer wieder betonten Notwendigkeiten, um die man sich mit mehr oder weniger Erfolg bemüht. Die Enzyklopädie behandelt die Frage mit einem gewissen Optimismus. Zwar erscheint die Bürokratie, ein „Erzeugnis des ausbeuterischen Systems der bürgerlichen Staaten" als ein „vorübergehendes, unvermeidliches Übel in einem Staat, der den Sozialismus aufbaut", und ganz „vernichtet wird sie erst mit der Fertigstellung dieses Aufbaus sein", — aber man weist nun in der Art. die aus Zeitungsartikeln und Kongreßberichten bekannt ist, auf die schrittweis erzielten Erfolge im Kampf mit dem Tschinowniktum hin. Als das gegebene Mittel wird hier die Heranziehung des „Arbeiters aus der Werkstatt", des kleinen und mittleren Bauern zu den Verwaltungsgeschäften genannt, und mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß die einstweilen noch beschäftigten Beamten des alten Regimes mehr und mehr durch gewählte Leute aus der Masse verdrängt werden. „Die Selbsttätigkeit der

Digitized by Google

Massen, ihre unmittelbare Teilnahme an der Staatsorganisation, die Hebung der Kultur, des materiellen und technischen Niveaus — das sind die Kräfte, die zur Schwächung und schließlich zur Vernichtung der Bürokratie führen werden." Ob künftige Erfahrungen diesen offiziellen Optimismus wohl rechtfertigen werden? Die Hebung der Technik hat bisher überall die Bürokratie nicht geschwächt, sondern gestärkt. Und auch der rein sozialistische Staat wird, auch wenn er wechselnden Vertretern der Masse wesentliche Verwaltungsfunktionen auf kurze Zeit zuweist, daneben um der notwendigen Einheit der Geschäftsführung, um der unentbehrlichen Kontrolle willen ein ständiges und speziell sachverständiges Beamtentum nicht entbehren können. Von der Gefahr des Gegeneinanderarbeitens, die in einer direkt von Volksvertretern gehandhabten Verwaltung noch größer ist als in der Bürokratie, nimmt der Artikel keine Notiz.

Einen langen Nachruf widmet die Enzyklopädie dem vernichteten Feinde, der russischen *Bourgeoisie. Mir will es scheinen, als ob hier trotz einer im großen und ganzen treffenden Charakteristik der neueren Entwicklung die Bedeutung dieser Klasse, die schon in die frühesten Zeiten der russischen Geschichte hineinkonstruiert wird, für die Gesamtentwicklung Rußlands doch übertrieben sei. Das historische Schema entstellt die Wirklichkeit.

Beachtenswert ist die Einwirkung der politischen Grundgedanken des Werkes auf die Artikel, die sich auf das Gebiet der Kunst beziehen. Um ein ganz beliebiges Beispiel herauszugreifen: es ist natürlich Absicht, wenn von den Kompositionen *Eugen d'Alberts nur die Oper „Tiefland" genannt wird, die ihre Handlung „auf einen Konflikt zwischen Grundbesitzer und Knecht aufbaut". Es ist kein Zufall, wenn *Valerius Brjusov, der Dichter, der nach der Oktoberrevolution sich der Partei anschloß, in einem liebevoll geschriebenen Artikel als „einer der größten russischen Schriftsteller unseres Jahrhunderts" gefeiert wird, während sein Nebenbuhler *Konstantin Bal'mont, der Emigrant, sich mit dem Prädikat eines „bekannten russischen Dichters" und wesentlich kühlerer Würdigung begnügen muß. Übrigens fehlt es auf diesem Gebiet auch nicht an ganz neutralen Beiträgen.

Das Ausland erscheint in dieser russischen Enzyklopädie in einem besonderen Lichte. Daß der Arbeiterbewegung, der Stellung der kommunistischen Partei auf der ganzen Welt besondere Beachtung geschenkt wird, ist nicht überraschend. Auch die Betrachtungen über die „strategische Bedeutung Berlins auf der Front des Klassenkampfes" am Schluß eines recht gut informierenden Artikels über *Berlin werden den Leser russischer Zeitungen nicht in Erstaunen setzen. Aber bisweilen verfällt die Agitation in die gröbsten Formen. Der Artikel *Bismarck schließt ganz im Stil des Meetings: „Noch heute kann die deutsche Bour-

Digitized by Google

geoisie Bismarck auf den Trümmern seines Werkes Denkmäler errichten; aber das siegreiche Proletariat Deutschlands, im Kampfe mit Bismarck aufgewachsen, wird diesen Plunder der Vergangenheit wegfegen."

Zum Schluß noch eine grundsätzliche Bemerkung. An einem Werk, das wie dieses unmittelbar der Praxis dienen, in die Wirklichkeit des Lebens der Sowjetrepubliken hineingestellt werden will, können die Wandlungen der Tagespolitik nicht wirkungslos vorbeigehen. Es mag vielleicht noch ohne polemische Absicht geschehen sein, daß in dem dritten, 1926 erschienenen Bande unter *Armee der Abschnitt über die Entstehung der Roten Armee den Namen Trotzkis nicht nennt; aber der Ausfall gegen die von Trotzki geführte Opposition unter dem Stichwort *Bürokratie (Bd. 8, November 1927) läßt schon die Einwirkung der Kämpfe zwischen Stalin und Trotzki erkennen.

Es ist natürlich nicht möglich, in einer kurzen Anzeige eine irgendwie erschöpfende Würdigung des Werkes zu geben. Die wenigen Hinweise hier werden hoffentlich genügen, um auf die neue Enzyklopädie aufmerksam zu machen, die — man mag zu ihren Tendenzen freundlich oder ablehnend stehen — jedenfalls für die Kenntnis des modernen Rußland unentbehrlich ist.

Die Rechtslage der staatenlosen russischen Emigranten in Deutschland.

Von Rechtsanwalt J. M. Rabinowitsch, Berlin.

Vor dem Weltkrieg war die Staatenlosigkeit eine seltene Erscheinung. Die Fälle des Verlustes der Staatsangehörigkeit waren gewöhnlich nur Einzelfälle, wie z. B. der Verlust der Staatsangehörigkeit nach dem früheren deutschen Gesetz vom 1. Juni 1870 infolge des zehnjährigen Aufenthaltes im Auslande. Auch diese Einzelfälle konnten gewöhnlich ohne besondere Schwierigkeiten durch Wiedererlangung der verlorenen Staatsangehörigkeit oder durch den Erwerb einer neuen erledigt werden. Der Zustand der Staatenlosigkeit wurde infolgedessen in der Gesetzgebung, Rechtspflege, Verwaltungspraxis und Doktrin einzelner Länder entweder vollständig ignoriert, da man davon ausging, daß jeder irgend eine Staatsangehörigkeit besitzen muß und daß die einseitige Entziehung der Staatsangehörigkeit unzulässig ist („nemo potest exuere patriam" — dieser Grundsatz wurde z. B. in England erst im Jahre 1921 in einem Prozeß eines ehemaligen Deutschen gegen den Treuhänder für feindliches Vermögen verworfen) oder — die Rechtslage der Staatenlosen wurde nur flüchtig und ohne be-

Digitized by Google

sondere Vertiefung in die Materie geregelt. Die Frage war überhaupt bis zur letzten Zeit eine mehr theoretische als praktische.

Infolge des Weltkrieges, der verschiedenen Optierungsbestimmungen der Friedensverträge und der Maßnahmen der sowjetrussischen Regierung, wodurch den im Auslande verweilenden Russen, die sich bei der Sowjetregierung nicht gemeldet hatten, die Staatsangehörigkeit entzogen wurde, ist die Staatenlosigkeit auf einmal eine Massenerscheinung geworden, der die bisherige Theorie und Praxis in keinem Maße gewachsen sind. Die Zahl der staatenlosen russischen Emigranten allein ist sehr beträchtlich. Nach den statistischen Angaben des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, die den Berichten der einzelnen Regierungen entsprechen und kürzlich in einer in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Kolokol" veröffentlicht worden sind, befanden sich in Frankreich ca. 400 000 russische Flüchtlinge, in Deutschland ca. 150 000, in Polen 90 000, in China 76 000, in Lettland 40 000, in Jugoslavien 35 500, in der Tschechoslowakei 30 000, in Bulgarien 26 500, in Finnland 18 000, in Litauen 10 000, in Ungarn 5300, in Deutsch-Österreich 2400. Statistische Angaben über die Zahl der Russen in anderen Ländern sowie auch über die Zahl der armenisch-russischen Flüchtlinge fehlen hier. Man kann also annehmen, daß die Zahl der staatenlosen Russen im Auslande eine Million übersteigt.

Als Ergebnis der neueren Zeit muß aber nicht nur die ungeheuer große Zahl der Staatenlosen, sondern auch die Staatenlosigkeit als Dauerzustand bezeichnet werden. Die russischen Emigranten sind nicht nur staatenlos, sondern müssen in ihrer großen Masse in diesem Zustande auf unbestimmte Zeit verbleiben, weil sie praktisch mit ganz wenigen Ausnahmen weder ihre frühere Staatsangehörigkeit, noch eine neue zu erwerben im Stande sind. Das letztere bezieht sich besonders auf Deutschland, weil der deutschen Verwaltungspraxis die Einbürgerung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist (eine Wartezeit von zwanzig Jahren war bis zur letzten Zeit die allgemeine Regel). Auch die in Deutschland geborenen Kinder der Staatenlosen bleiben staatenlos (während die in Frankreich geborenen nach dem Gesetz vom 26. Juni 1889, die in Danzig geborenen nach dem Gesetz vom 30. Mai 1922 die inländische Staatsangehörigkeit erwerben: gleichlautend ist auch das polnische Gesetz; jedes in England geborene Kind eines Ausländers erwirbt die englische Staatsangehörigkeit). Eine Frau, die einen Staatenlosen heiratet, wird nach dem deutschen Gesetz auch staatenlos (während sie in Frankreich, Italien und Belgien ihre frühere Staatsangehörigkeit behält). Die Zahl der Staatenlosen kann also in Deutschland nur wachsen, während sie möglichst vermindert werden müßte. Die Staatenlosigkeit als Dauerzustand wird in Deutschland wie übrigens auch in anderen Ländern bis jetzt

Digitized by Google

noch wenig berücksichtigt. Eine internationale Regelung dieser Frage wäre am natürlichsten und wird auch jetzt vom Völkerbunde angeregt. Am 28. Juni a. c. soll in Genf eine Konferenz zur Beratung der mit der Rechtslage der russischen Flüchtlinge verbundenen Fragen zusammentreten. Der Beratung werden sämtliche Materialien zugrundegelegt werden, die in der Form einer Enquete von den einzelnen Regierungen dem Völkerbund mitgeteilt worden sind. Die Frage ist also gerade jetzt recht aktuell und der Versuch, die Rechtslage der russischen Emigranten in Deutschland auf verschiedenen Rechtsgebieten kurz zu schildern, kann ein gewisses Interesse beanspruchen.

Fangen wir mit der für jeden Fremden wichtigsten Frage, mit dem Aufenthaltsrecht an. Auf diesem Gebiete besteht bis jetzt rechtlich kein Unterschied zwischen einem staatenlosen russischen Emigranten und jedem anderen Ausländer. Den russischen Emigranten werden von den Polizeibehörden besondere Pässe ausgestellt (Personalausweise oder sogenannte Nansenpässe), weil sie keine Möglichkeit haben, Nationalpässe zu bekommen und weil dies ihnen auch nicht zugemutet werden kann (das letztere wird in einem besonderen Erlaß des preußischen Innenministeriums ausdrücklich betont). Im übrigen wird aber die Staatenlosigkeit von der Polizei nicht berücksichtigt. In Berlin und anderen Orten z. B. wird der Personalausweis nur demjenigen erteilt, der die Aufenthaltsgenehmigung besitzt. Der Emigrant, der keine Möglichkeit hat, das Reichsgebiet zu verlassen, weil er von seinem Heimatland sowie auch von keinem anderen Land hineingelassen wird, muß trotzdem in jedem einzelnen Fall seinen Aufenthalt in Deutschland, wie jeder andere Ausländer, besonders begründen und wird dadurch öfters gezwungen, Scheingründe anzugeben, weil der richtige Grund, die vollständige Unmöglichkeit, das Reichsgebiet zu verlassen, von der Polizeibehörde mangels entsprechender Verordnungen nicht berücksichtigt werden kann. Durch Verfügung der Polizeibehörde kann dem Emigranten wie jedem anderen Ausländer vorgeschrieben werden, das Reichsgebiet oder das Land zu verlassen. Gegenüber einer Person, die keine Möglichkeit hat, diesem Befehl nachzukommen, ist der Befehl machtlos. Der Emigrant, dem die Festnahme droht, weil er der Aufforderung, das Reich oder das Land zu verlassen, nicht nachkommen kann, wird dadurch nur gezwungen, sich abzumelden und seine normale Arbeit zu unterbrechen. Seine wirtschaftliche Existenz kann dadurch endgültig zerstört werden; insofern wird er auch sozial gefährlich. Die Ausweisung eines Ausländers ist überhaupt nur dann durchführbar, wenn der Ausgewiesene von einem anderen Staat aufgenommen wird. In den sogenannten Übernahmeverträgen können die vertragschließenden Länder sich verpflichten, nicht nur ihre Staatsangehörigen, sondern auch ihre ehemaligen Staatsangehörigen, die keine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, aufzunehmen, falls

Digitized by Google

sie von dem anderen Land ausgewiesen werden. Am 29. Januar 1894 war auch zwischen Deutschland und Rußland ein derartiger Vertrag geschlossen. Von der Erneuerung dieses Vertrages kann unter den jetzigen Umständen keine Rede sein. Im Schlußprotokoll zum Artikel I des deutsch-russischen Niederlassungsabkommens vom 12. Oktober 1925 wird zwar vom bevorstehenden Abschluß eines „Abkommens betreffend Übernahme hilfsbedürftiger Personen" erwähnt. In diesem Abkommen wird aber selbstverständlich nur die Regelung der Übernahme russischer und deutscher Staatsangehöriger beabsichtigt. Die deutsche Regierung hat den russischen Emigranten ein Asylrecht gewährt und ist von diesem humanen Grundsatz bisher nicht abgewichen. Auf die Dauer wird aber die tatsächliche Duldung des Aufenthaltes der Emigranten nicht genügen. Dieser Aufenthalt müßte rechtlich geregelt werden.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Tätigkeit bestehen in Deutschland nach der allgemeinen Gewerbeordnung keine Beschränkungen für Ausländer. Eine für die russischen Flüchtlinge wichtige Ausnahme vom Grundsatz der Gewerbefreiheit ist die Regelung der Tätigkeit ausländischer Arbeiter in Deutschland. Nach dem Gesetz vom 2. Januar 1926 ist die Beschäftigung ausländischer Arbeiter nur in denjenigen Arbeitsstellen zulässig, die eine besondere dazu nötige Genehmigung besitzen. Die Genehmigung für landwirtschaftliche Arbeiter kann nur bis zum 15. Dezember erteilt werden. Das Gesetz ist im allgemeinen zum Schutze der deutschen Arbeitnehmer unbedingt notwendig. Die Gleichstellung der staatenlosen und der gewöhnlichen ausländischen Arbeiter ist aber unhaltbar. Ein Staatenloser, der im Lande bleiben muß, kann nicht wie jeder andere Ausländer behandelt werden, der in seine Heimat immer zurückkehren kann. In der letzten Zeit sind allerdings den russischen Flüchtlingen seitens des Reichsarbeitsministeriums gewisse Begünstigungen gewährt worden. Während nach der allgemeinen Regel den Ausländern nur dann Befreiungsscheine für die Arbeit in deutschen Betrieben erteilt werden, wenn sie sich seit 1913 in Deutschland ununterbrochen aufhalten, wird von den russischen Flüchtlingen nur der ununterbrochene, urkundlich nachweisliche Aufenthalt in Deutschland seit 1921 gefordert. Da aber die Flüchtlinge und Kriegsgefangenen in vielen Fällen gar keine Urkunden oder ungenügende Urkunden besitzen, ist die Erlangung eines Befreiungsscheines in jedem einzelnen Fall mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Grundsätzlich wichtig ist der Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 17. Februar 1927, wonach den staatenlosen Arbeitern in gewissen Fällen die Erwerbslosenunterstützung gewährt werden kann. Das Gesetz vom 16. Februar 1924 lautet, daß diese Unterstützung Ausländern nur dann gewährt werden kann, wenn ihr Heimatsstaat den deutschen Erwerbslosen nach-

Digitized by Google

weislich eine gleichwertige Fürsorge gewährt. Diese Gegenseitigkeitsforderung kann aber nach der richtigen Ansicht des Reichsarbeitsministeriums an Staatenlose nicht gestellt werden. Die Auslegung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit in diesem Sinne in seiner Anwendung auf Staatenlose ist leider bis jetzt nur in diesem einzelnen Fall durchgesetzt worden. In allen übrigen Fällen, wenn der Ausländer nur dann ein gewisses Recht genießt, wenn Gegenseitigkeit vorliegt, wird im Gegenteil angenommen, daß der Staatenlose überhaupt keine Rechte besitzen kann. Zu diesen Rechten gehört u. a. das Armenrecht für den gerichtlichen Schutz. Daraus, daß Ausländer nach der deutschen Zivilprozeßordnung nur dann das Armenrecht beanspruchen können, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt ist, wird in der Praxis geschlossen, daß der Staatenlose kein Recht auf Bewilligung des Armenrechts besitzt. Hat er also keine Mittel, die Kosten des Prozesses zu decken, so hat er überhaupt keine Möglichkeit, seine Rechte zu schützen. Die arme verlassene Frau eines Emigranten hat also keine Möglichkeit, von ihrem Manne den Unterhalt zu fordern oder gegen den von ihm angestrengten Scheidungsprozeß sich zu verteidigen. Ein Staatenloser, der auf der Straße von einem Kraftwagen angefahren wird, hat keine Möglichkeit, eine Entschädigung für die Körperverletzung zu fordern usw. Dieser Rechtszustand ist auf die Dauer unmöglich. Wenn man auch den Zustand der Staatlosigkeit als etwas vorübergehendes und zufälliges betrachtet, wenn man ihn gewissermaßen als die Folge der eigenen Schuld des Staatenlosen betrachtet, kann man diese Schutzlosigkeit nicht billigen.

Die gerichtliche Praxis auf dem Gebiete des Armenrechts der Staatenlosen ist um so mehr befremdend, als die deutsche Gesetzgebung auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge im allgemeinen grundsätzlich keinen Unterschied zwischen In- und Ausländer kennt. Der arme Emigrant, der keine Möglichkeit hat, die Person gerichtlich zu verklagen, die ihn auf der Straße angefahren hat, hat zu gleicher Zeit nach dem Gesetz vom 14. Dezember 1924 Anspruch auf Krankenhilfe von der Gemeinde. Die Schadensersatzpflicht wird auf diese Weise vom Schuldigen auf die Gemeinde abgewälzt.

Von der gerichtlichen Kautionspflicht zugunsten der Gegenpartei wird der Ausländer auf Grund der deutschen Zivilprozeßordnung auch nur dann befreit, wenn nach den Gesetzen des Staates, welchem der Kläger gehört, ein Deutscher von dieser Pflicht befreit wird. Da dieses Gesetz von den Gerichten ebenfalls in dem Sinne ausgelegt wird, daß die Staatenlosen von der Kautionspflicht nie befreit werden können, so ist auch der verhältnismäßig vermögende Emigrant oft nicht imstande, einen Prozeß zu führen, weil die Kaution mit den übrigen Prozeßkosten nicht selten den ganzen Wert des Streitobjekts übersteigen. In Frankreich wird das Gesetz über die Kautionspflicht der Aus-

Digitized by Google

länder als Kläger wenigstens in dem Sinne ausgelegt, daß diese Pflicht sich nur auf Klagen gegen einen Franzosen erstreckt, weil das Gesetz ausschließlich den Schutz der eigenen Staatsangehörigen bezweckt. In Deutschland dagegen muß der Staatenlose auch dann eine Kaution hinterlegen, wenn er einen anderen Staatenlosen verklagt.

Der Grundsatz, daß der Rechtsschutz für Arme und Reiche gleich sein muß, gilt also nicht für Staatenlose. Diplomatischen Schutz genießen sie auch selbstverständlich nicht. Die Tätigkeit der Vertretung des Völkerbundes (Internationales Arbeitsamt, Abt. für Flüchtlinge) auf rechtlichem Gebiete ist in den auf den Völkerbundstagungen, sowie auf den verschiedenen zwischenstaatlichen Konferenzen angenommenen Resolution genau umrissen. Sie erstreckt sich insbesondere auf die Beschaffung von Unterlagen und die Erteilung von Ausweisen in Paß-, Aufenthalts- und Visaangelegenheiten. Eine Tätigkeit im gleichen Sinne wird auch von der Vertrauensstelle für russische Flüchtlinge in Deutschland und von anderen Emigrantenorganisationen ausgeübt. In völkerrechtlichem Sinne sind die Staatenlosen grundsätzlich rechtlos, weil völkerrechtliche Forderungen nur von einem Staat gestellt werden können. Zu den vom Völkerbund am 26. September v. J. gebilligten Vorschlägen, die der am 28. Juni a. c. bevorstehenden Konferenz unterbreitet werden müssen, gehört auch der Vorschlag, eine konsularische Ersatzorganisation für die russischen Flüchtlinge zu schaffen und deren Kompetenz möglichst zu erweitern.

Das anormale in der Rechtslage der Staatenlosen besteht aber nicht nur darin, daß sie in vielen Hinsichten schlechter behandelt werden müssen als jeder andere Ausländer, sondern auch darin, daß sie durch keine politischen Pflichten gebunden sind und keine politischen Rechte besitzen, weil sie keinem Heimatstaat gehören. Was übrigens die Wehrpflicht anbetrifft, so können sie nach den Gesetzen des Ortes ihrer Ansässigkeit als wehrpflichtig erklärt werden. In Frankreich, wo die meisten russischen Emigranten zurzeit sich befinden, sind sie nach dem Gesetz vom 1. April 1923 wehrpflichtig (Art. 3: „les individus sans patrie sont appelés en France au service militaire"). Dieselbe Bestimmung enthielt das deutsche Wehrpflichtgesetz vom 22. Juli 1913, das durch den Friedensvertrag außer Kraft gesetzt worden ist.

Ein anderer Fragenkomplex, der mit der Staatenlosigkeit der russischen Emigranten im Zusammenhang steht und der ebenfalls der bevorstehenden Genfer Konferenz unterbreitet werden soll, gehört auf ein ganz anderes Rechtsgebiet. Nicht nur der Rechtsschutz für die Staatenlosen muß geregelt werden. Es muß auch, wenn möglich, im Wege einer internationalen Vereinbarung das privatrechtliche Statut der russischen Emigranten festgesetzt werden. Nach welchen Gesetzen sollen die persönlichen Verhältnisse der Emigranten beurteilt werden, die Verhältnisse

Digitized by Google

zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern, Erben und Erblassern u. dgl.? Handelt es sich um einen gewöhnlichen Ausländer, so unterliegen diese Beziehungen den Heimatsgesetzen des Ausländers. Handelt es sich aber um einen Heimatlosen, so müssen sie nach der Bestimmung des Art. 29 des Einführungsgesetzes zum deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch nach den Gesetzen desjenigen Staates beurteilt werden, dem der Heimatlose zuletzt angehört hat. Da die Sowjetunion als Nachfolgerin des früheren Rußlands betrachtet wird (obwohl in der Bezeichnung des jetzigen Sowjetstaates Rußland nicht einmal erwähnt wird), so bedeutet der Grundsatz des Art. 29 in seiner Anwendung auf die russischen Emigranten, daß deren persönliche Verhältnisse nach den Gesetzen Sowjetrußlands beurteilt werden müssen, nach den Gesetzen des Staates, aus welchem sie verbannt sind und dessen Recht mit dem früheren russischen Recht nichts Gemeinsames hat. Art. 29 gehört zu den wenigen alten Gesetzen über die Wirkungen der Staatenlosigkeit, die bis zur letzten Zeit, wie schon gesagt, als eine seltene und vorübergehende Erscheinung angesehen wurde. Nur von diesem Standpunkte konnte die Anwendung der ehemaligen Heimatsgesetze an die Heimatlosen am zweckmäßigsten erscheinen. Auf dem Gebiete des Erbrechts erwies sich die Anwendung des Art. 29 auf die russischen Emigranten als dermaßen bedenklich, daß diese Anwendung durch ein Sondergesetz ausgeschlossen werden mußte. Im Gesetz vom 6. Januar 1926 über die deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925 wird bestimmt, daß die Erbschaften der verstorbenen russischen Emigranten nicht den Sowjetgesetzen, sondern den deutschen Gesetzen unterliegen, wenn der verstorbene Emigrant zur Zeit seines Todes seinen Wohnsitz oder Aufenthalt in Deutschland hatte. Das Gesetz findet auch dann Anwendung, wenn der Erblasser vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gestorben, der Nachlaß aber noch nicht vollständig abgewickelt ist. Für die übrigen persönlichen Verhältnisse der russischen Emigranten bleibt aber noch bis jetzt der Art. 29 maßgebend. Die Beziehungen zwischen Mann und Frau (Ehe, Scheidung, eheliches Güterrecht), zwischen Eltern und Kindern (ehelichen und unehelichen) sollen sich also nach den Sowjetgesetzen richten; nach denselben Gesetzen sollen die Fragen betreffend die Minderjährigkeit, Geschäftsfähigkeit, Vormundschaft usw. beantwortet werden. Diese Rechtslage ist recht bedenklich, was auch in einigen Urteilen der deutschen Gerichte betont wird. In einem Urteil des Landgerichts Berlin III vom 26. Januar 1926 z. B., das in den Blättern für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts vom 6. April 1926 veröffentlicht wurde, wird erkannt, daß die persönlichen Verhältnisse der russischen Emigranten weder nach den alten russischen Gesetzen beurteilt werden können, weil diese Gesetze in Sowjetrußland aufgehoben worden sind und infolgedessen auch für den deutschen Richter nicht mehr bestehen, noch nach den neuen

Digitized by Google

familienrechtlichen Sowjetgesetzen, weil diese Gesetze keine organische Fortsetzung des alten russischen Rechts darstellen, sondern unter Vollziehung eines vollständigen Bruches mit der Vergangenheit nach völlig abweichenden Grundsätzen neu aufgebaut worden sind. Es bleibt also nach der Ansicht des Gerichts nichts mehr, als die familienrechtlichen Verhältnisse der russischen Emigranten nach den Gesetzen ihres Wohnsitzes, d. h. nach den deutschen Gesetzen zu beurteilen.

Auch in England, Amerika, Frankreich und in den meisten anderen Ländern werden die persönlichen Angelegenheiten der Staatenlosen nach den Gesetzen ihres Domizils beurteilt. Nach der Anerkennung der Sowjetregierung hat das französische Justizministerium diesen Grundsatz in einem besonderen Erlaß bestätigt, mit der Maßgabe jedoch, daß die vor der Anerkennung der Sowjetregierung (d. h. vor dem 28. Oktober 1924) entstandenen Verhältnisse der russischen Emigranten und insbesondere die Vermögensverhältnisse zwischen Mann und Frau nach dem a l t e n russischen Recht beurteilt werden müssen.

Auch die Anwendung der Domizilgesetze auf die persönlichen Beziehungen der russischen Emigranten ist übrigens in manchen Fällen bedenklich. Zu den Grundsätzen des russischen Rechts gehörte u. a. die vollständige Gleichberechtigung von Mann und Frau in ihren vermögensrechtlichen Verhältnissen: die Ehefrau konnte nach russischem Recht über ihr Vermögen frei verfügen; ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Ehe nicht beschränkt. In ihrer Denkschrift an den Völkerbund bitten die russischen Emigrantenorganisationen, diesen Grundsatz für die Emigranten beizubehalten. In Deutschland, wie auch in anderen Ländern, könnte dies nur in der Form eines Sondergesetzes erreicht werden, wie das deutsche Gesetz über die Emigrantennachlässe.

Die soeben (in der Juristischen Wochenschrift 1928, Heft 14) veröffentlichten Beschlüsse der sechsten Haager Konferenz über internationales Privatrecht beziehen sich u. a. auch auf die familien- und erbrechtlichen Verhältnisse der Staatenlosen. Nach diesen Beschlüssen sollen für diese Verhältnisse die Gesetze desjenigen Landes maßgebend sein, in welchem der Staatenlose seinen gewöhnlichen Aufenthalt (résidence habituelle) hat. Sobald diese Beschlüsse von Deutschland und noch einem Staat ratifiziert werden, werden die russischen Emigranten in Deutschland auch auf dem Gebiete des Familienrechts den allgemeinen deutschen Gesetzen unterliegen. Von dem Fragenkomplex, der sich auf das internationale Privatrecht bezieht und mit der Rechtslage der russischen Flüchtlinge im Zusammenhang steht, wird also dann nur die Frage über die Rechtslage der Frauen zurückbleiben, die Frage, ob es möglich wäre, diese Rechtslage im Sinne der vollständigen Gleichberechtigung von Mann und Frau gemäß

Digitized by Google

den Grundlagen des russischen Rechts (des alten wie auch des neuen) zu lösen.

Auf der noch bevorstehenden Haager Privatrechtskonferenz werden wahrscheinlich auch Beschlüsse über das Armenrecht und über die Kautionspflicht der Staatenlosen gefaßt werden (s. oben). Es ist zu hoffen, daß auch auf diesen Gebieten, wie auf dem Gebiete des Familien- und Erbrechts, die Beschlüsse der Konferenz in dem Sinne ausfallen werden, daß die bekannten Bestimmungen der Haager Konferenz über das Armenrecht und die Befreiung von der Kautionspflicht nicht nur für die Angehörigen der Vertragsstaaten, sondern auch für die in diesen Staaten verweilenden Staatenlosen gelten müssen. Der Grundsatz, daß man von Staatenlosen keine Gegenseitigkeit fordern kann, dessen Richtigkeit schon im oben zitierten Erlaß des deutschen Reichsarbeitsministeriums anerkannt wird, muß aber im Verwaltungsweg oder auf legislativem Wege nicht nur auf einzelnen, sondern auf allen Rechtsgebieten durchgesetzt werden, auf denen die Gegenseitigkeit als Voraussetzung für die Gewährung der Gleichberechtigung mit den Inländern gefordert wird. Es wäre einfach unlogisch, die Forderung der Gegenseitigkeit in bezug auf staatenlose Personen auf einem Rechtsgebiet in einem Sinne und auf einem anderen in einem anderen auszulegen.

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Soweit zu sehen ist, sind die bekannten wirtschaftlichen Sorgen in den russischen Blättern etwas in den Hintergrund getreten. Man erörtert die Erweiterung der Anbaufläche, vor allem den Ausbau der Sowjetwirtschaften (Komchosy) und Kollektivwirtschaften (Kolchosy). Es ist auch ein großer Plan für die gesamte landwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1927/28 in Angriff genommen worden, der die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft steigern soll und für den über 700 Millionen Rubel ausgeworfen sind. In den Plan gehört auch, daß die sogenannte „Landeinrichtung“ (Zemleustrojstvo) energisch weitergeführt werden soll, besonders in der Richtung, daß die Landwirtschaft stärker mechanisiert und in gemeinsamer Arbeit betrieben werden könne und daß dem im Gang befindlichen Prozeß der Aufteilung und Bildung von Zwergwirtschaften entgegengearbeitet werde.

Digitized by Google

Damit soll den Angriffen der Opposition die Spitze abgebrochen werden, daß die Regierungs- und Parteiarbeit zu wenig Praktisches in der Agrarpolitik täte. Richtung und Spitze dieser praktischen Maßnahmen geht, wie bekannt, gegen die Großbauern, es ist der Versuch, in der Landwirtschaft erneut die Sozialisierung weiterzuführen, die Landwirtschaft auf sozialistische Grundlage umzubauen, um damit den Großbauern entgegenzutreten und die Dorfarmut zu stärken. Mit Bestimmtheit kann man sagen, daß diese Maßnahmen ganz überwiegend theoretisch sind und bleiben werden. Auch das neue Agrargesetz mit seinen Bestimmungen gegen die Großbauern ist ja, wie schon im letzten Heft mitgeteilt, noch nicht angenommen.

Dagegen hat praktische Bedeutung, was in bezug auf die „einheitliche landwirtschaftliche Einheitssteuer" vom Zik der Union beschlossen worden ist. Hiernach sollen im ausgesprochenen Klassenkampfsinne 35 % der Bauernschaft, die Dorfarmen (8,5 Millionen Bauernhöfe), von jeder Steuer befreit werden. Die Mittelbauern, die etwa 53% der Steuerzahler ausmachen und bisher die Hälfte der landwirtschaftlichen Steuern aufbringen mußten, sollen auf 38 % herabgesetzt werden. Dagegen sollen die Großbauern, die nur 12 % aller Bauernwirtschaften ausmachen und bisher gleichfalls 50 % der Steuern zahlten, nunmehr mit 62 % belastet werden. Die absolute Belastung beträgt 80 Millionen, aber das Prozentverhältnis zu den Einnahmen der Bauern ist gegen 1924/25 zurückgegangen und ist jetzt 2,9 % vom Reineinkommen und 7,4 % vom Geldeinkommen.

Mit schärfsten Mitteln sind die Getreidebereitstellungen erzwungen worden. Aber die Handelsbilanz bietet für die ersten 7 Monate des Wirtschaftsjahres 1927/28 ein trübes Bild. In den ersten 7 Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres 1927/28 (Oktober 1927 bis April 1928) war der Gesamtbetrag des russischen Außenhandels über die europäische Grenze 757,6 Millionen Rubel gegenüber 719,6 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Unter Hinzurechnung des Außenhandels in den ersten 5 Monaten über die asiatische Grenze ergibt sich ein Gesamtbetrag des russischen Außenhandels in Höhe von 867 Millionen Rubel gegenüber 788,4 Millionen Rubel in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr betrug 398,6 Millionen, die Einfuhr 468,4 Millionen, der Passivsaldo der Handelsbilanz mithin 69,8 Millionen Rubel. Man rechnet in der Regierung für das laufende Wirtschaftsjahr nicht mehr mit einer aktiven Handelsbilanz, da eine so scharfe Drosselung der Industrieeinfuhr schlechterdings nicht möglich ist.

Die Unsicherheit der russischen Wirtschaftszustände hat sich also im Berichtsmonat bestimmt nicht verbessert, eher

Digitized by Google

sogar verschärft. Und die Führung, Stalin, gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß der Linkskurs in der Innenpolitik und Wirtschaftspolitik, der in den letzten 3 Monaten eingehalten worden ist, schlechterdings nicht weitergeführt werden kann. Man hat dadurch gezeigt, daß man wirtschaftlich ebenso gerichtet sei wie die Opposition, sieht aber aus den Begleiterscheinungen der Spannung zwischen Stadt und Land, daß man gar nicht anders kann als, wie es in der Resolution des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Partei (siehe über deren Sitzung Heft 8, Seite 559 und 564) hieß, daß „die Nep-Politik der Weg ist, auf dem die Partei standhaft weiterschreitet und der allein die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft verbürgt". Damit ist die Zwiespältigkeit genügend charakterisiert, unter der das heutige Regime leidet, das unter der Führung Stalins zwischen zwei Feuern steht.

II.

Der Zik der Union (3. Session der 4. Periode) hat vom 11. bis 23. April gedauert. Auf ihm hielt Litwinow am 21. April die nachher im Absatz über die auswärtige Politik wiedergegebene außenpolitische Rede. Der Zik beschäftigte sich mit Direktiven für das einheitliche Staats-Budget der Union, mit der landwirtschaftlichen Steuer, deren Einzelheiten wiedergegeben wurden, mit der Sozialversicherung und auch sonst nur mit technischen Fragen. Angelegenheiten der Politik in größerem Stile wurden dabei nicht behandelt. Auch diese Verhandlungen standen unter der „Selbstkritik", von deren Notwendigkeit Stalin gesprochen hat, und das beweist gleichfalls, daß das herrschende Regime sich einigermaßen unsicher fühlt.

Am 22. April wurde das zehnjährige Bestehen des Außenhandels-Monopols gefeiert. Sein Leiter Mikojan benutzte diese Gelegenheit, um, was namentlich gegen Deutschland zielt, sich gegen Zusammenschlüsse des europäischen Handels mit der Sowjetunion in sich auszusprechen:

„Die Wiederholung solcher Kampagnen (wie die bekannten Vorschläge de Monzies) kann die Festigkeit des Außenhandelsmonopols nicht erschüttern. Sie sind zum Mißerfolg verdammt und werden die Völker und die Unternehmungen, welche die Führung dieser Kampagne haben oder sie anfachen werden, dazu bringen, daß der Handel der Sowjetunion mit ihnen, der beträchtliche Vorteile für sie bedeutet, wird verringert werden müssen. Davon werden dann die Völker und die Firmen Nutzen ziehen, die mit der Bildung von Konzernen und Zusammenschlüssen gegen die Sowjetunion nicht im Zusammenhang stehen und die mit uns unter normalen Bedingungen Handel treiben unter voller Erfüllung der Regeln des Außenhandelsmonopols."

Mit diesen Drohungen nützt sich Rußland durchaus nicht. Ruhige Betrachtung muß ohne weiteres zugeben, daß, wenn auf

Digitized by Google

der anderen Seite der Handel in der einen Hand des Staates zusammengefaßt ist, es nur logisch, praktisch und berechtigt ist, wenn die andere Seite auf der privatkapitalistischen Grundlage, von der sie ausgeht, das auch tut. Ohne Zweifel wären die Wirtschaftsbeziehungen Rußlands heute schon für alle Beteiligten weiter, wenn das überall von Anfang an eingehalten worden wäre. Und auch das höchste Lob des Außenhandelsmonopols kann nicht bestreiten, daß der russische Außenhandel heute immer noch nicht die Hälfte des Gesamtumsatzes vor dem Kriege erreicht hat.

Die alte Garde der bolschewistischen Führer hat abermals einen schweren Verlust erlitten. In der Nacht zum 8. Mai starb A. D. Zurjupa, der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare. Er war 1871 in der Krim geboren, von Beruf Agronom und schon in den 90ziger Jahren in der organisierten Arbeiterbewegung tätig. 1903 schloß er sich dem bolschewistischen Flügel an, wurde verhaftet und nach Sibirien verbannt, 1905 amnestiert und war weiter revolutionär tätig. Er war ein näherer Freund Lenins, der ihn zum Volkskommissar für Verpflegung machte. Dann wurde er Leiter des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauernsektion für Innen- und Außenhandel. Seit 1921 war er stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, Vorsitzender des „Gosplan" und Mitglied der Parteiinstanzen. In den letzten Schwierigkeiten der Getreidebestellung ist er noch einmal in seine frühere Tätigkeit, in die Sorge um die Verpflegung, zurückgekehrt. In seinem Programm hat er sich in in den bekannten Bahnen dabei bewegt, gegen die Großbauern usw.

Zu seinem Nachfolger ist ernannt worden Grigorij Konstantinowitsch Ordshonikidse. Er ist 1886 in Grusinien geboren, war Feldscher, seit 1904 in der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dann Bolschewist. Er hat die üblichen Schicksale des Revolutionärs hinter sich, hat besonders im Kaukasus gearbeitet und ist schon durch die gemeinsame Heimat eng mit Stalin verbunden. Er gehört so zu den Kaukasiern, die Stalin zielbewußt in die Zentralregierung hineinzieht, die energisch und rücksichtslos sein können, stramme bolschewistische Revolutionäre sind, aber das Ausland tatsächlich doch nicht kennen. Nach dem Novemberumschwung war er außerordentlicher Kommissar im Süden und im Kaukasus. Nach Bildung der Transkaukasischen Republik ist er in deren Verwaltung immer höher aufgestiegen, gleichzeitig auch in der Hierarchie der Partei und ist heute Mitglied der Parteiinstanzen. Amtlich ist er Vorsitzender der Zentral-Kontrollkommission, Volkskommissar der Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Vizevorsitzender des Rats der Sowjetkommissare der Sowjetunion und dasselbe im Generalwirtschaftsrat.

Digitized by Google

III.

Der große Schachty- oder Donezprozeß hat am 18. Mai begonnen. Es sind 53 Angeklagte, 16 Verteidiger und fünf öffentliche Ankläger. Der Prozeß ist im großen Stile aufgemacht, so daß man ihm die Absicht der politischen Demonstration und Tendenz von vornherein ansieht. Wie bekannt, sind drei deutsche Angeklagte dabei, mit Namen Badstieber, Maier, Otto. Auch sie sind, wie die anderen, auf Grund Artikels 58 Abs. 6 des Sowjet-Strafgesetzbuches „wegen wirtschaftlicher Gegenrevolution im Donez-Bassin" angeklagt.

Die außerordentlich umfangreiche Anklageschrift wird im nächsten Heft, so weit möglich, ausführlich mitgeteilt werden. Sie geht bis ins Jahr 1918 zurück und behauptet, daß die eigentliche Organisation 1920 gegründet worden sei und in der zweiten Hälfte 1922 die Tätigkeit der gegenrevolutionären Organisation begonnen habe, die vom Ausland mit Geldmitteln unterstützt worden sei.

Der Prozeß geht in einem sehr langsamen Tempo vor sich. Wir unterlassen es, bereits in diesem Berichte ihn umfassend zu besprechen. Er stellt die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland auf eine harte Probe und gefährdet die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zum Schaden Rußlands außerordentlich, so daß wir hoffen möchten, die russische Regierung werde diese Gefahr noch rechtzeitig erkennen und nicht die trotz aller Undurchsichtigkeit im einzelnen deutliche innenpolitische Tendenz über die außenpolitischen Interessen Rußlands siegen lassen. Der Prozeß soll den Arbeitern die kommunistische Idee recht stark vor Augen führen und sie damit bei den bekannten großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten erneut fest um die Fahne des Sowjetregimes sammeln. Darüber werden die Beziehungen zum Auslande aufs Spiel gesetzt und wird im Innern das Problem „Spezialisten" in einer Weise gestellt, die für das Sowjetregime auf die Dauer auch nicht günstig sein kann. Aber das Gesamturteil wird vorbehalten, bis der Prozeß im ganzen mit dem Urteil abgeschlossen worden ist.

IV.

Von der Emigration ist am 25. April der General Baron Peter Nikolajewitsch Wrangel in Brüssel gestorben, wo er seit 1925 wohnte. Er war 1880 in Petersburg geboren, glänzender Reiteroffizier, Ordonnanzoffizier im russisch-japanischen Kriege bei Rennenkampf und war bis zum General und Korpskommandeur aufgestiegen. Nach der Revolution bildete er ein Freiwilligen-Korps im Kaukasus, die „russische freiwillige Armee", mit der er von der Krim aus die Bolschewisten niederwerfen wollte. Dort bildete er auch eine südrussische Regierung, die im August 1920

Digitized by Google

von Frankreich anerkannt wurde. Im Sommer und Herbst 1920 hatte er militärische Erfolge davongetragen, aber nach dem Frieden der Sowjetregierung mit Polen konnte diese ihre ganze Macht gegen Wrangel werfen. Er mußte zurückgehen, wurde im November auf die Krim beschränkt und nach der Eroberung von Perekop durch die rote Armee am 10. November gezwungen, die Krim zu verlassen. Er hat auf Ententeschiffen seine Truppen nach Konstantinopel geführt, von da nach Jugoslawien, wo er sie auflöste.

Wrangel ist der letzte General der russischen Gegenrevolution, ein aufrichtiger russischer Patriot und überzeugter Monarchist, der in seiner Lage gar nicht das leisten und erfüllen konnte, was von ihm erwartet wurde. Er glaubte an Möglichkeit und Notwendigkeit der Restauration und setzte sich schneidig und tapfer dafür ein. Immerhin war sein Unternehmen viel besser durchdacht und organisiert, auch politisch, als die Versuche Kornilows, Denikins, Judenitschs und Koltschaks, aber ist, wie diese auch, gescheitert. Auf diesem Wege war und ist es nicht möglich, Rußland umzugestalten.

V.

Wie erwähnt, hielt Litwinow am 21. April im Zik eine große Rede zur Außenpolitik, besonders über Genf. Er erklärte:

„Es sei ein historisches Geschehnis von allergrößter Bedeutung, daß die Sowjetdelegation in Genf es durchsetzte, daß zum ersten Male in der Weltgeschichte in einer historischen Arena der Gedanke einer vollständigen und allgemeinen Abrüstung erörtert werden konnte. Mit besonderer Genugtuung hob Litwinow die Einstellung der deutschen Delegation hervor, die mit der türkischen Delegation das Sowjetprojekt der Vollabrüstung als Grundlage für die Arbeit der Kommission sowie die sofortige Prüfung des zweiten Sowjetvorschlages für die Abrüstung befürwortet habe. Litwinow fügte hinzu, bei den Kommissionsbeschlüssen, die mit Ausnahme der deutschen und türkischen Delegation einmütig gefaßt wurden, spielte es eine gewisse Rolle, daß die Anträge von der Sowjetdelegation ausgingen und der Wunsch nach einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion andere Erwägungen überstimmte. Die Sowjetdelegation in Genf wurde also in eine Lage gebracht, die von einer Gleichberechtigung weit enfernt war.

Was die Gerüchte über einen angeblich von der Sowjetunion vorbereiteten Angriff gegen Nachbarstaaten betrifft, so kennen wir gewisse Diplomaten und Militärattachés, die diese Gerüchte verbreiten, ohne selbst daran zu glauben. Sind diese Gerüchte nicht eine Rauchwolke, unter deren Schutz Vorbereitungen zu einem direkten oder indirekten Angriff gegen die Sowjetunion getroffen werden? Diese unsinnigen Gerüchte können die Tatsache einer systematischen Friedenspolitik der Sowjetunion nicht auslöschen, die in zahlreichen Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion sowie in dem Vorschlag, mit allen Staaten Nichtangriffs- und Neutralitätspakte abzuschließen, lange vor der Initiative der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kam. Dagegen kann man zahlreiche Akte der Außenpolitik anderer Länder nennen, wie die Erklärung Kelloggs über die Sowjetunion, den Angriff der Bank von Frankreich auf das Sowjetgold und weitere Handlungen, die keinesfalls als Äußerungen der Friedensliebe aufgefaßt werden können.

Digitized by Google

Das Außenkommissariat weiß, daß mit der Ausarbeitung scheinbar harmloser Nichtangriffs- und Schiedsverträge oder eher geheimer Zusatzverträge gegenwärtig nicht nur die Büros der Außenministerien, sondern auch diejenigen des Generalstabes und der Admiralität einiger Länder beschäftigt sind. Solange andere Staaten eine unversöhnliche Stellung in der Frage der Abrüstung einnehmen, wird die Sowjetunion ihre Wehrhaftigkeit nicht vermindern und sich zugleich die Sicherung des Friedens als Hauptziel setzen, ohne nationale Interessen anderer Länder angreifen zu wollen."

In dem so bezeichneten Rahmen hat sich im Berichtsmonat die außenpolitische Lage Rußlands erneut verschlechtert. Im fernen Osten sind Japan und die Nankingregierung zusammengestoßen. Die Einbeziehung der Mandschurei in die damit beginnende große weltpolitische Verwicklung interessiert auch Rußland und Rußland ist machtlos, um in der neuen Phase der fernöstlichen Beziehungen aktiv seine Interessen wahrzunehmen. Die „Prawda" (8. Mai) schreibt dazu:

„Es läßt sich jetzt schon erkennen, daß diese blutigen Zusammenstöße nur wegen des Eindringens der japanischen Truppen in Schantung entstanden sind. Japan hat sich nun tatsächlich in den chinesischen Bürgerkrieg eingemischt, und zwar weil es einen bequemen Vorwand zur Erreichung der zwei wichtigsten Ziele der japanischen Politik gefunden hatte, einerseits den Kampf zwischen dem Norden und dem Süden in China nicht zur Ruhe kommen zu lassen, um dann andererseits „zur Sicherstellung der japanischen Staatsangehörigen" das Schantunggebiet zu besetzen. So werden sich sehr bald weitere Verwicklungen ergeben, insofern nämlich Amerika nicht ruhig bleiben wird, wenn die Japaner sich Schantungs bemächtigen. Andererseits werden diese neuen blutigen Ereignisse zur Erweckung des revolutionären Bewußtseins der chinesischen Massen nicht weniger beitragen, als das Blutbad, welches die Engländer und die Amerikaner im vorigen Jahr in Nanking anrichteten."

Wir fügen dem noch die Äußerung der „Iswestija" (11. Mai) hinzu:

„Die Schantungfrage muß noch weit mehr als die mandschurische Frage als ein Teil des großen „pazifischen Problems" betrachtet werden, welches alle Mächte am Stillen Ozean lebhaft interessiert, für die Vereinigten Staaten von Amerika aber eine Lebensfrage bedeutet. Amerika wünscht keine übermäßige Ausbreitung des japanischen Einflusses auf dem asiatischen Festlande. In jedem japanisch-chinesischen Konflikt wird also Amerika bedingungslos auf Chinas Seite stehen. Im Völkerbunde wird China selbstverständlich nichts erreichen, denn dieses Institut drückt sich ja vor jeder Verantwortlichkeit. Aber die Japaner irren sich sehr, wenn sie glauben, daß ihre Intervention zu irgendeiner einigermaßen ernsthaften Festsetzung auf dem Schantunggebiet führen kann. Selbst wenn Japan nicht mit dem Widerstand Amerikas zu rechnen hätte, dessen Stellungnahme in allen pazifischen Angelegenheiten schlechthin ausschlaggebend ist, so müssen die Japaner sich doch davon überzeugen, daß die weltpolitische Konjunktur nach dem Weltkriege, nach der Revolution in Rußland und angesichts des Erwachens des asiatischen Kontinents ihrem Appetit nach Landgewinn in China durchaus ungünstig ist."

Dieser Situation gegenüber bedeutete der Besuch des Königs von Afghanistan in Moskau und Leningrad realpolitisch nicht allzuviel. Die „Prawda" (1. Mai) begrüßte ihn so:

„Sowohl die soziale wie auch die politische Struktur der Sowjetunion unterscheidet sich schroff von der Staatsordnung Afghanistans. In Rußland

Digitized by Google

liegt die Macht in den Händen der Arbeiter, die von der Bauernschaft unterstützt werden. Afghanistan dagegen befindet sich auf einer anderen historischen Entwicklungsstufe, was schon allein daraus ersichtlich wird, daß in Afghanistan die monarchische Staatsform besteht. Doch ungeachtet dessen hat die Weltgeschichte diese beiden Staaten nebeneinander gestellt, die eine ganze Geschichtsepoche hindurch Schulter an Schulter gegen den europäischen Imperialismus gestanden haben. Dabei hat zu ihrer Annäherung besonders der Umstand beigetragen, daß für beide Staaten derselbe Feind aus der Zahl der europäischen Raubmächte sich als der Hauptfeind erwiesen hat, nämlich der englische Imperialismus."

Die „Iswestija" gaben eine Sondernummer heraus, in der Tschitscherin den Einführungsartikel geschrieben hatte. Aber der praktische Ertrag des Besuches ist nicht groß. Soweit man sieht, ist der russisch-afghanische Handelsvertrag auch nicht unterzeichnet worden.

Die russisch-französischen Beziehungen sind eher schlechter geworden. Die französische Delegation für die Verhandlungen mit Rußland ist aufgelöst. Die Bekämpfung der kommunistischen Gefahr und der 3. Internationale spielt in Frankreich wieder eine größere Rolle. Die französische Klage gegen die amerikanischen Banken auf Herausgabe des Sowjetgoldes zeigt vor allem die Richtung der französischen Stimmung. Dieser Schritt nimmt der Sowjet-Regierung die Möglichkeit, russisches Gold als Sicherheit für französische Kreditaktionen zu Gunsten des Rußlandsgeschäfts anzubieten.

Die englisch-russischen Beziehungen stehen auf dem alten Fleck. Die Presse hat namentlich die Reise des Lord Birkenhead argwöhnisch verfolgt und variiert immer wieder ihr Thema, daß der von England geführte internationale Kapitalismus Rußland isolieren und angreifen wolle. Der russisch-englische Handel geht unaufhaltsam zurück. In den ersten vier Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres 1927/28 (Oktober 1927 bis Januar 1928) sank die russische Ausfuhr nach England auf 42,4 Mill. Rbl. gegenüber 81,9 Mill. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Noch größer war der Rückgang der russischen Einfuhr aus England, die sich in der Berichtszeit auf nur 14,3 Mill. Rubel gegenüber 36,6 Mill. in den ersten vier Monaten 1926/27 stellte.

Die Stimmung gegen Rußland in Europa hat sich weiter dadurch verschärft, daß am 27. April Bela Kun, der frühere kommunistische Diktator Ungarns, der nach Moskau entkommen konnte, in Wien verhaftet wurde. Ungarn hat darauf bei Österreich den Antrag auf Auslieferung gestellt. Die europäische Öffentlichkeit sieht in dem Vorfalle einen Versuch, die Tätigkeit der 3. Internationale wieder stärker außerhalb Rußlands zu betonen, von Wien aus nach dem Balkan usw., einen Versuch Stalins, dadurch seiner Opposition zu beweisen, daß auch er die weltrevolutionären Bahnen weitergehen will.

Digitized by Google

Mit Polen waren die Verhandlungen auch noch nicht weiter gekommen, als ein Attentatsversuch am 4. Mai gegen ein Mitglied der russischen Gesandtschaft in Warschau die Beziehungen zwischen Rußland und Polen abermals sehr verschlechterte. Die russische Auffassung geht aus der Note an die polnische Regierung vom 5. Mai hervor:

„Der gestern ausgeführte Anschlag beweist, daß, trotzdem durch den Gesandten der Sowjetunion das polnische Außenministerium darauf aufmerksam gemacht worden war, daß die terroristische Tätigkeit und die Vorbereitung von Anschlägen auf die Vertreter der Sowjetunion in Polen nicht aufhört, die polnische Regierung doch keine Maßnahmen ergriffen hat, um diese terroristischen Organisationen zu liquidieren.

Ungeachtet der vor einiger Zeit von einer gewissen Walentynowiczowna gemachten Angaben, daß gegen die Mitglieder der Sowjetgesandtschaft Anschläge vorbereitet werden, hat die polnische Regierung doch nicht die nötigen Mittel ergriffen, um die Sowjetvertreter vor der ihnen drohenden Gefahr zu behüten. Im Gegenteil, im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Walentynowiczowna hat ein Teil der polnischen Presse eine Kampagne gegen die Sowjetgesandtschaft geführt.

Im allgemeinen muß bemerkt werden, daß dies das dritte Attentat der letzten elf Monate ist, die diese weißgardistischen Organisationen gegen die Sowjetvertreter unternahmen, und daß sie indirekt auf die Kampagne eines Teiles der polnischen Presse zurückzuführen sind, welche diese schändlichen Handlungen, die zum Ziele die Herbeiführung von Konflikten zwischen den beiden Ländern haben, im Schein von Heldentaten wiedergeben."

Die polnische Regierung wünscht wohl nicht, daß Rußland irgendwie gereizt werde, und hat die Angelegenheit auch ruhig weiter behandelt. Aber so ist auch mit Polen Rußland im Augenblick in keinem guten Verhältnis.

Die Beziehungen zu Deutschland stehen unter den Eindrücken des „Schachty- oder Donezprozesses", wozu auch die nervösen Erörterungen gerechnet werden müssen, die wir streiften, daß Deutschland seinen Handel mit Rußland fester zusammenfassen wolle in einer Organisation, die den russischen Handelsvertretungen an wirtschaftlicher Kraft annähernd gleichwertig sei. Das Nötige wurde dazu schon gesagt. Ferner reißt die Diskussion über die deutsch-russischen Beziehungen überhaupt nicht ab. Dazu sei aus einem wichtigen Artikel der „Iswestija" (1. Mai) doch das folgende im vollen Umfange wiedergegeben:

„Die Sowjetpresse dessen zu beschuldigen, daß sie gewissermaßen bewußt die Gefahr aufbausche, die den deutsch-russischen Beziehungen droht — das heißt entweder von der Außenpolitik der Sowjetregierung nichts begreifen oder absichtlich in die Beurteilung dieser Frage ein Element der Unaufrichtigkeit tragen. Warum verhält sich die Sowjetpresse so besonders aufmerksam zu jeder Tatsache, die sich irgendwie auf die deutsch-russischen Fragen bezieht? Sie tut es deshalb und nur deshalb, weil die Sowjetunion ihre Beziehungen zu Deutschland sehr hoch bewertet. Die Sowjetpresse ist bestrebt, nicht nur die öffentliche Meinung in der Sowjetunion, sondern auch in Deutschland auf alles das hinzuweisen, was einer weiteren normalen Entwicklung der in Rapallo begründeten deutsch-russischen Freundschaft schaden kann. Damit erfüllt die Sowjetpresse eine Pflicht. Sie hilft den breiten Massen, sich in diesen Fragen zurechtzufinden und Stellung zu ihnen

Digitized by Google

zu nehmen. Dazu müssen wir nun ganz kategorisch erklären, daß die Sowjetpresse keinerlei Erfindungen oder müßige Phantastereien in die Welt setzt, sondern nur auf das reagiert, was sowohl in der deutschen wie auch sonst in der ausländischen Presse gesagt wird. Nehmen wir etwa das Auftreten de Monzies und die Beurteilung, welche es in der deutschen Presse gefunden hat. Nur wer es nicht sehen will, kann leugnen, daß in den Kommentaren der deutschen Presse der Plan einer deutsch-französischen Verständigung nicht vom Gesichtspunkt einer Einigung von drei interessierten Ländern, sondern nur vom Standpunkt einer Verständigung von zwei Staaten zuungunsten eines dritten beurteilt wurde. Noch charakteristischer ist eine Tatsache, die mit dem Besuch des Lord Birkenhead zusammenhängt. Wir erinnern daran, daß von diesem Besuch zuerst die englische Presse Notiz nahm, dann die amerikanische und französische. Angesichts der augenblicklich doch sehr verwickelten internationalen Lage stellte die Sowjetpresse rechtzeitig und mit vollem Recht die Frage nach dem wirklichen Zweck der Reise Birkenheads nach Berlin. Als Antwort darauf tischte man uns von deutscher Seite ein harmloses Geschichtchen auf, demzufolge Birkenhead in Deutschland ausschließlich die Genüsse des Sports gesucht haben sollte, wobei diese Erklärungen in den Spalten sehr einflußreicher deutscher Blätter erschienen. Die „sportliche Betätigung" des Lords erweitert sich immer mehr, die Teilnehmer an seinem Golfspiel mehren sich, die deutsche Presse fährt aber fort, ein harmloses Gesicht zu wahren und bezichtigt ganz naiv uns der Gespensterfurcht! Die Sowjetpresse würde vor den breiten Massen ihres Landes ein Verbrechen begehen, wenn sie nicht rechtzeitig die Schwankungen und Wendungen signalisieren wollte, die hinsichtlich der kapitalistischen Einkreisung der Sowjetunion zu bemerken sind. Wenn nämlich erst die sich ankündigenden Veränderungen vollendete Tatsachen geworden sind, dann haben auch die Gespenster aufgehört Gespenster zu sein." („Ostexpreß").

Auch ein Artikel von mir in der „Neuen Zürcher Zeitung": „Große Zusammenhänge" (11. April) wurde herangezogen, um diese Gefahr zu unterstreichen. In meinem Artikel war aber keine Rede davon, das bisherige System der deutschen Beziehungen nach Westen und Osten verändert zu sehen. Daß es nicht nur möglich, sondern notwendig ist, die großen Zusammenhänge zwischen der Genfer Erörterung, dem russischen Abrüstungsprojekt, den Gedanken der Konferenz von Havanna und schließlich der nordamerikanischen Initiative zu sehen, versteht sich aber doch von selbst.

Zu der letzteren und der Antwort Deutschlands auf die Note Kelloggs sagen die „Iswestija" ja auch selbst (30. April):

„Die deutsche Antwortnote richtet ihre Spitze gegen die Organisation des Völkerbundes, welche die Verteidigung der Versailler Leute führt, d. h. gegen Frankreich und seine Verbündeten. Gleichzeitig bezeugt die Antwort der deutschen Reichsregierung auch, daß die diplomatische Initiative, die von London und Paris ausging, und eine Kollektivantwort der im Völkerbundsrat zusammengeschlossenen Mächte auf Kelloggs Vorschlag anstrebte, einen Mißerfolg erlitten hat. Deutschlands Antwort nötigt auch die anderen Regierungen, an welche sich Amerika gewandt hat, zu einer schleunigen Antwort. Unter solchen Umständen kann es leicht geschehen, daß Frankreich mit einem Gegenprojekt, welches für eine ganze Reihe von Fällen den Krieg als zulässig ansieht, isoliert bleiben kann. Eine solche Isolierung würde die internationale Stellung Frankreichs und seine Bedeutung als eines der bestimmenden Faktoren der Weltpolitik noch mehr schwächen."

Digitized by Google

Wir fügen noch die Äußerung der gleichen Zeitung (23. Mai) über den Ausgang der deutschen Reichstagswahlen hinzu:

„Die Rolle der Sozialdemokratie: „Diese Partei wird nicht nur immer mehr eine Partei der Agenten des Bürgertums, sondern auch die Partei des Staatsapparats in der deutschen bürgerlichen Republik. Nachdem die Sozialdemokratie schon seit einigen Jahren in Preußen die Macht innegehabt hat, wird es ihr nun auch gelingen, an die Spitze der Reichsregierung zu kommen. Um sie gruppieren sich die kleinbürgerlichen und halbbürgerlichen Elemente, die bis vor kurzer Zeit ihre Stimmen den Deutschnationalen und dem Zentrum zu geben pflegten. Das deutlich erkennbare Anwachsen der kommunistischen Partei Deutschlands, ihre Konsolidierung auf der Grundlage einer revolutionären Taktik bei gleichzeitig zunehmendem Vertrauen des deutschen Proletariats ist das interessanteste und wesentlichste Moment in der Geschichte dieser Reichstagswahl."

VI.

Es ist immer dasselbe Thema, das in der Sowjet-Presse abgehandelt wird: die Antisowjetfront, die wachsende Feindschaft des internationalen Kapitals und dergleichen mehr. Diese Nervosität, die an sich nicht berechtigt ist, hat, wie uns eben dünkt, ihren Grund in der inneren Unsicherheit der Sowjet-Regierung, die auch im Berichtsmonat wieder hervortrat.

Sie muß vor den Bauern doch den Rückzug antreten, weil sie in der politischen Tendenz gegen die Bauern die wirtschaftliche Grundlage der Existenz des Sowjet-Regimes überhaupt gefährdet. Das wurde damit gemeint, daß Stalin zwischen zwei Feuern stehe.

Dasselbe gilt für das Verhältnis zum Ausland. Stalin sucht seiner Gefolgschaft zu beweisen, daß er in der äußeren Politik den Linkskurs steuert. Dabei braucht er das Ausland, dessen Stellung zu Rußland sich doch immer mehr verschlechtert: Ferner Osten, Nordamerika, Frankreich, England, Polen, es genügt, auf diese Beziehungen hinzuweisen. Und die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland sind abgebrochen, die Beziehungen mit Deutschland überhaupt werden im Donezprozeß auf eine ernste Probe gestellt.

Auch der Berichtsmonat hat nicht gezeigt, daß die Sowjetregierung und Stalin vor allem in ihr den Ausweg aus dem Zirkel zu finden vermag, den der Gegensatz zwischen der kommunistisch-weltrevolutionären Ideologie und der realpolitischen Notwendigkeit in der heutigen wirtschaftlichen und politischen Situation der Welt für die bolschewistische Partei und ihre Führung darstellt.

Abgeschlossen, 25. Mai 1928.

Digitized by Google

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Soweit es aus der Ferne beurteilt werden kann, sind in Rußland Lage und Stimmung heute weit gedrückter als vor einem Jahre. Die Ungeduld seiner Führer, die fieberhaft darauf brennen, das Land aus der Armut zu erheben und durch das Tempo des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes die kapitalistischen Länder zu übertrumpfen, erlebt wieder einmal eine Reihe schwerer Enttäuschungen. Es ist in der menschlichen Natur begründet, daß der Bolschewismus die Schuld nicht sich selbst zuschreibt, sondern allen denen, die vermeintlich sein Wirken durchkreuzen, nicht nur den Dorfkulaken und bürgerlich gesinnten Ingenieuren, sondern auch den örtlichen Funktionären der eigenen Partei, und ebenso begreiflich ist es, daß er die in der Wirtschaft hervortretenden Fehler und Mängel nicht nur als Wirkung menschlicher Schwäche, wie Unwissenheit, Trägheit und Unredlichkeit erblickt, sondern bewußte gegenrevolutionäre Tendenzen wittert, die vom kapitalistischen Ausland geschürt werden. Infolge dieser in der Hauptsache grundfalschen Diagnose werden daher auch falsche Heilmethoden angewandt, nicht entschlossenes Fortschreiten auf der von Lenin im März 1921 betretenen Bahn, sondern rückschrittliche Verschärfung des Terrors und wirtschaftlichen Zwanges. In das glimmende Feuer des ländlichen Klassenkampfes ist wieder frisches Öl gegossen worden; die wirtschaftlich wertvollsten Schichten der Bauernschaft sind entmutigt worden. Es wäre schlimm, wenn sie die Hebung ihrer Wirtschaft als Sisyphusarbeit endgültig aufgeben würden. Abgesehen von der sich infolgedessen ergebenden Verminderung der landwirtschaftlichen Überschüsse, zu denen die größeren Bauern vor allem beitragen, würde das Vorbild für den Fortschritt im Dorfe verschwinden und zugleich der Rückhalt, den sie den schwachen Mitgliedern der Bauernschaft durch Aushilfe mit Inventar und Saatgut, durch Lohnbeschäftigung und Landabpachtung gewähren. Auch in der Industrie gibt es für die Leitung des Staates und der Partei unendlich viel Verdruß. Die Schachty-Affäre hat die RKI (Arbeiter- und Bauerninspektion) und sonstige Kontrollorgane veranlaßt, tiefer in das Getriebe der Industrie, des Handels und Verkehrs hineinzuleuchten; auch hat Stalin in mehreren Versammlungen zu strenger „Selbstkritik" aufgerufen, und so bringt die amtliche Presse ein wahres Trommelfeuer von unerfreulichen Nachrichten, die fast den Eindruck erwecken, als ob auf der ganzen Linie Unverstand und Wirrwarr herrschen. Ein neuerdings besonders oft wiederkehrender Vorwurf ist die mangelnde „Koordinierung" der verschiedenen Zweige oder Aktionen innerhalb eines einzelnen Betriebes oder eines wirtschaftlichen Verbandes; die eine Hand weiß nicht, was die

Digitized by Google

andere tut; ein Übermaß von Organisation hat vielfach die Wirtschaft auseinanderorganisiert.

Indessen darf der objektive Beurteiler nicht nur auf diese negative Seite blicken; neben eklatanten Mißständen tritt doch auch deutlich der Fortschritt in Erscheinung; nicht zu bestreiten ist vor allem die Fortdauer der quantitativen Steigerung der industriellen Produktion. Die Bruttoproduktion betrug zu Vorkriegspreisen in Millionen Rubel:

	1927	1928
Januar	347,2	442,4
Februar . . .	352,3	430,8
März	371,2	470,2

Hiervon entfallen auf die Industrie der Produktionsmittel:

	1927	1928
Januar	196,1	249,1
Februar	199,3	242,7
März	200,2	245,5

auf die Industrie der Verbrauchsgegenstände:

	1927	1928
Januar	195,8	193,3
Februar	153,0	188,1
März	171,0	224,7

Die Förderung von Steinkohlen betrug (1000 t):

	1927	1928
Januar	2 521	3 114
Februar	2 701	2 999
März	2 878	3 184

An Walzmetall wurden produziert (1000 t):

	1927	1928
Januar	223,6	287,6
Februar	228,6	274,1
März	243,6	302,7

an Baumwollgewebe (Millionen Meter):

	1927	1928
Januar	191,9	222,0
Februar	195,0	214,9
März	201,0	234,9

Das Wachstum der Volkswirtschaft wird auch durch den Güterverkehr der Eisenbahn bezeugt; es wurden beladen (1000 Waggons):

	1927	1928
Januar	23,8	29,9
Februar	28,8	31,4
März	28,7	33,3

Nach dem letzten Konjunkturbericht sind die Preise für gewerbliche und landwirtschaftliche Erzeugnisse im großen Durch-

Digitized by Google

schnitt stabil gewesen. Der Index der Großhandelspreise betrug gegen 1913:

	1927	1928
im allgemeinen:		
Januar	1,786	1,711
Februar	1,788	1,809
März	1,773	1,708
Agrarprodukte:		
Januar	1,573	1,557
Februar	1,595	1,557
März	1,603	1,555
Industrieprodukte:		
Januar	2,028	1,880
Februar	2,005	1,877
März	1,961	1,876
Scherenöffnung: d. h. Indexverhältnis zwischen Agrar- und Industrieproduktion:		
Januar	1,29	1,21
Februar	1,26	1,21
März	1,22	1,21

Hiernach hat sich das Preisverhältnis zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen seit März 1927 kaum geändert. In Wirklichkeit ist das Verhältnis für die Landwirtschaft viel ungünstiger als nach der vorstehenden Statistik; der Bauer erhält für viele seiner Erzeugnisse, vor allem für Getreide, einen sehr viel niedrigeren Preis, während er die gewerblichen Erzeugnisse sehr viel teurer bezahlen muß.

* * *

Gegenstand besonders schwerer Sorge ist heute die Landwirtschaft. Die Stoßkraft der um die Jahreswende begonnenen Getreidekampagne ist erlahmt. Die ersten 3 Monate brachten eine gewaltige Steigerung der Getreidebeschaffung gegen das Vorjahr; es wurden aufgebracht (1000 t):

	1927	1928 (vorläufige Ziffer)
Januar	993	1 359
Februar	910	1 990
März	712	1 195
zusammen:	2 615	4 544

Schon aber der März, wie ich bereits im Maiheft darlegte, brachte eine Enttäuschung. Das Ankaufsgeschäft blieb in zunehmendem Maße hinter der Sollziffer zurück. Einen völligen Zusammenbruch der Kampagne brachte der April. Während die erste Fünftagesreihe noch 76 000 t ergab, brachten die letzten fünf Tage

Digitized by Google

des Monats nur noch 19 000, während im Vorjahre sich die Ziffer von 88 000 auf 54 000 senkte. Insgesamt wurden nur 225 000 t gegen 447 000 t im Jahre 1927 aufgebracht.

Im ganzen ist die amtliche Getreidebeschaffung in den bisherigen zehn Monaten des landwirtschaftlichen Jahres (Juli bis April) mit 10 584 Millionen Tonnen kaum geringer gewesen als im Vorjahr (10 632 Millionen Tonnen). Daneben aber wurde, wie ich schon im Aprilheft betonte, in früheren Jahren die Brotversorgung der Bevölkerung großenteils durch den Privathandel vermittelt, der jetzt fast gänzlich lahmgelegt ist. Die amtliche Ziffer allein bedeutet daher ein sehr empfindliches Defizit, und nach wie vor wird daher die Getreidebeschaffung als die allerdringlichste Aufgabe bezeichnet. Wird aber noch viel aus der Bevölkerung herauszuschlagen sein? Die Regierung scheint dies zu hoffen, indem sie den Hauptgrund des jetzigen Rückschlages darin erblickt, daß die Energie der örtlichen Ankaufsorganisationen nachgelassen habe, teilweise aus Rücksichtnahme auf die Bestellungsarbeiten der Bauern, vor allem aber in einer „Demobilisierungsstimmung", die da glaube, in den vorhergehenden Monaten genug geleistet zu haben, um sich jetzt ausruhen zu können; durch neue Anfeuerung des Apparates unter reichlicher Verhängung von Strafen glaubt daher die Regierung, die Kampagne wieder beleben zu können.

In Wirklichkeit dürfte sich das Nachlassen nur allzu natürlich daraus erklären, daß die Getreidevorräte der Bauern zur Neige gehen und die Bauern in Erinnerung an die entsetzliche Katastrophe von 1921/22 nicht ihr Letztes hergeben wollen. Seit Jahren überschätzt die Regierung die Vorräte, die die Bauern aus einem Erntejahr in das folgende hinübernehmen, und vermutlich beruht auch die diesjährige Erntestatistik auf erheblicher Überschätzung. Terror und Steuerdruck haben wahrscheinlich schon jetzt in vielen Gegenden die Vorräte der Bauern unter das Maß vermindert, das zur Sicherung ihrer eigenen Versorgung bis zur neuen Ernte und vor allem für den Fall, daß diese unbefriedigend ausfällt, erforderlich ist. Trotz erhöhter Anstrengung hat die erste Hälfte des Mai daher erst 102 705 t*) erbracht, ist also noch hinter der halben Aprilziffer und auch hinter der Hälfte der vorjährigen Maiziffer (124 822 t) zurückgeblieben; von der Sollmenge des Monats wurden statt 50 % nur 14,1 % aufgebracht. Nicht günstiger sind die Aussichten für den Rest des Erntejahres, wenn nicht äußerster Terror zur Anwendung kommt. Der Kampf um das Brot zwischen Stadt und Land wird vielleicht in den nächsten Monaten scharfe Formen annehmen, zumal neuerdings auch in der Fleischversorgung der Hauptstädte und anderer großer Industriezentren Stockungen aufgetreten sind.

*) Bis 20. Mai 155 590 t.

Digitized by Google

Vermutlich hätte die diesjährige Getreideversorgung bei weitem nicht diesen krisenhaften Verlauf genommen, wenn nicht der private Handel und mit ihm das private Mühlengewerbe unterdrückt worden wären. Der Bauer hätte sein Getreide durchschnittlich besser verwerten können, hätte sich in seiner Ernährung und Wirtschaft anders eingerichtet, um mehr Getreide zu veräußern, und beim Fortbestehen der Möglichkeit, aus privater Hand Getreide und Mehl zu kaufen, würde in der Stadt die Neigung zum Hamstern nicht so stark hervorgetreten sein.

Zu den Druckmitteln der Getreidekampagne gehörte bekanntlich auch die Unterbringung der „Anleihe zur Stärkung der bäuerlichen Wirtschaft", die den Bauern vielfach geradezu aufgezwungen wurde. Bis zum 15. April waren statt der vorgesehenen 100 Millionen 123,4 Millionen Rubel gezeichnet. Sehr im Gegensatz zu ihrem Zweck hat die Anleihe zunächst die bäuerliche Wirtschaft bedenklich geschwächt. Nicht nur flüssiges Betriebskapital wurde den Bauern entzogen, sondern auch notwendiges Wirtschaftsinventar mußte vielfach veräußert werden, um die Zahlung zu ermöglichen. Andererseits suchen die Bauern, die Anleihe schnell wieder zu veräußern, was nicht nur auf den Kurs dieser Anleihe, sondern auch auf die Aussichten künftiger Anleihen ungünstig zurückwirken muß. Viel zu spät ist ein geharnischter Erlaß gegen die Ausartung der Propagierung der Anleihe erfolgt. Im übrigen waren die örtlichen Behörden in einer verzwickten Lage. Strafe drohte, wenn von der Anleihe zu wenig untergebracht wurde, und allzugroßer Eifer gilt nachträglich gleichfalls als Verbrechen.

Über die Getreideernte von 1927 wurden neuerdings folgende Ziffern neben den berichtigten Zahlen für die Vorjahre veröffentlicht (Millionen Doppelzentner):

I. Bäuerliche Wirtschaft.

	1924	1925	1926	1927
Weizen	128,5	198,7	223,1	203,9
Roggen	187,2	222,9	229,4	254,8
Gerste	39,3	60,8	55,2	46,8
Hafer	87,5	115,8	143,4	130,4
Mais	23,1	44,9	36,4	37,8
Hirse	21,3	46,1	33,0	36,8
Buchweizen	14,5	16,5	18,9	19,4
Sonstige Körnerfrüchte	14,3	18,6	23,4	20,4
Insgesamt:	515,7	724,3	762,8	750,3
II. Öffentliche Hand und Kollektivwirtschaft	14,8	20,8	20,2	19,4
Insgesamt I und II:	530,5	745,1	783,0	769,7

Digitized by Google

Vor allem hat die Weizenernte eine starke Minderung erfahren. Im ganzen ergibt sich eine Abnahme der Getreideernte gegen das Vorjahr um 22,3 Mill. dz („Ost-Expreß").

Die Beschaffung von nicht zum Getreide zählenden landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die amtlichen Organe stellt folgenden Wert in Mill. Tscherwonzen-Rbl. dar:

	1927			1928		
	Techn. Rohstoffe u. Ölsaaten	Erzeugnisse der Viehzucht	zusammen	Techn. Rohstoffe u. Ölsaaten	Erzeugnisse der Viehzucht	zusammen
Januar .	39,7	74,0	113,7	55,7	70,0	125,7
Februar	83,8	101,0	184,8	77,1	102,9	180,0
März .	83,1	76,4	159,5	111,9	129,1	241,0

Im März war also sowohl gegen den vorhergehenden Monat wie auch gegen denselben Monat des Vorjahres ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen.

* * *

Zu den Schwierigkeiten der Brotversorgung im laufenden landwirtschaftlichen Jahre gesellt sich ernste Sorge um die neue Ernte. Die Vegetationsbedingungen waren im großen und ganzen recht ungünstig. Wie ich schon früher (S. 379 und 444) hervorhob, haben herbstliche Dürre und früher Winteranfang die Herbstbestellung sehr beeinträchtigt; allein für die RSFSR wurde die Wintersaatfläche um fast 5 Mill. ha kleiner berechnet als im Vorjahr. In einzelnen Landesteilen, z. B. in dem wichtigen Nordkaukasusgebiet, auch in südlichen Teilen der Ukraine, waren die Saaten bei Eintritt des Winters schlecht aufgegangen. Der Winter selbst war hart bei teilweise ungenügender Schneedecke; er hielt außergewöhnlich lange an, gegen Ende wechselten Tauwetter und harter Frost mehrfach miteinander ab. In der Zone der Schwarzerde sowie der südlichen und südöstlichen Steppengebiete sind die Saaten infolgedessen ausgewintert; für die RSFSR werden als besonders geschädigt bezeichnet der Nordkaukasus, das Zentralschwarzerdgebiet und die Krim (auch das Fernöstliche Gebiet); dagegen soll der Stand der Wintersaaten im Mittel- und Nieder-Wolgagebiet, in der Kirgisensteppe und Sibirien am 1. Mai „über mittel" gewesen sein. Im allgemeinen wird aber für den angegebenen Termin der Saatenstand in der RSFSR im Vergleich zum Vorjahr als „etwas ungünstiger" bezeichnet. Auch in der Ukraine, besonders im Süden, soll die Wintersaat in großem Umfange vernichtet sein.

Der lange Winter hat selbstverständlich auch die Frühjahrsbestellung gehemmt. In der Südhälfte Rußlands hat sie sich um 2 bis 4 Wochen verspätet. Dazu setzte Anfang Mai naßkalte Witterung ein, die die Entwicklung der Saaten noch weiter zurückhielt. Es liegt daher die Gefahr vor, daß die Blüte des Getreides

Digitized by Google

in die Zeit sommerlicher Hitze und heißer Winde fällt, daher zu schnell verläuft und die Ähren sich nicht mit Körnern füllen. Wenn außerdem die Schwächung berücksichtigt wird, die die leistungsfähigeren Bauernwirtschaften durch das Aussaugungssystem der Regierung während des Winters erlitten haben, so müssen die augenblicklichen Aussichten auf die diesjährige Ernte recht ungünstig eingeschätzt werden.

Was die Sicherstellung technischer und anderer Kulturen durch das Mittel der Ausdingung („Kontraktazija", vergl. S. 379) betrifft, so scheint diese quantitativ einigermaßen befriedigend vonstatten zu gehen. Bis Ende April erstreckten sich die abgeschlossenen Verträge für Getreide auf 70—80 % der planmäßigen Fläche, für Kartoffeln auf 87—90 %, für Baumwolle auf 71 %, für Obstkulturen über 100 %, für Faserlein 71 %, für Tabak 50 %; eine Ausnahme bildete Lein zur Ölgewinnung mit nur 40 %. Geklagt wird aber über Verspätung und vielfach ganz unzweckmäßige Anwendung.

* * *

Die Nachfrage nach Kunstdünger ist bei herabgesetzten Preisen erheblich gestiegen, kann aber für das besonders begehrte Superphosphat aus der inländischen Produktion nur etwa zur Hälfte befriedigt werden. Es soll daher Superphosphat aus dem Ausland zugeführt werden. Mit Kali und Stickstoff werden in erster Linie die Flachsbauern, allerdings in unzureichendem Maße, versorgt. Bis zum 1. April waren in der RSFSR im ganzen 58 500 t Mineraldünger versandt; diese Ziffer besagt, daß im großen und ganzen die Anwendung in Rußland noch im ersten Anfang steht. Mit großen Hoffnungen sieht das Land der Erschließung des Kalireviers von Solikamsk entgegen, wo die ersten beiden Schächte im Bau sind.

Die Produktion von Landmaschinen wird jetzt auf 175 % der Vorkriegsmenge angegeben, wogegen die Einfuhr nur 17 % von 1913 beträgt. Bemerkenswert ist die starke Konzentration dieses Industriezweiges, die in dem Zeitraum von 1918 bis 1927 zu einer Verringerung der Werke von 920 auf 39 unter gleichzeitiger Spezialisierung eines großen Teils der Fabriken geführt hat. Die Unterbilanz geht von Jahr zu Jahr zurück; für 1928/29 wird verlustloser Betrieb erwartet. Die Produktionskosten verminderten sich 1926/27 um 7,2 %, weniger infolge der Rationalisierung als infolge der Erhöhung der Produktion; im laufenden Jahr wird eine weitere Senkung um 6,5 % erwartet. Sehr empfindlich für die Landwirtschaft ist der Umstand, daß die Fabriken den Verlust, den sie beim Absatz neuer Maschinen erleiden, durch um so höheren Gewinn an den Ersatzteilen auszugleichen suchen; eine große Fabrik in Rostow, die an Maschinen 314 000 Rbl. verlor, erübrigte aus dem Verkauf von Ersatzteilen 619 000 Rbl.; die hohen Preise wirken auf den Absatz der Ersatzteile ungünstig ein.

Digitized by Google

Trotz ihrer Vermehrung reicht die Produktion bei weitem nicht für den Bedarf aus; die Nachfrage nach billigen Pflügen konnte in letzter Zeit nur zu 60 % befriedigt werden. Über die Qualität wird viel geklagt sowohl hinsichtlich der Konstruktion wie des Materials. Vor allem genügt das Gußeisen nicht der Beanspruchung; auch ist das Holz nicht trocken genug (von einer großen Fabrik wird berichtet, daß ihre Darre täglich nur einen Waggon Holz bewältigt, während 20 bis 30 Waggons verarbeitet werden).

Ein Beispiel für die Politik der „Klassenlinie", die heute im Dorfe verfolgt wird, sind die Bedingungen der Kreditgewährung beim Verkauf der Maschinen und Geräte: Kollektive zahlen bei kurzfristigen Krediten 7 %, bei langfristigen 4 % jährlich, arme und mittlere Individualwirtschaften 8 bzw. 5 %, wohlhabende Wirtschaften, die Maschinen auf Kredit nur beziehen dürfen, wenn diese reichlich vorhanden sind, 12 bzw. 7 %.

An Traktoren wurden nach den neuesten Angaben (vgl. ältere Ziffern S. 444) seit 1921/22 29 140 aus dem Ausland eingeführt, während im Lande selbst 3 170 Stück gebaut wurden; gegenwärtig sind in der Union etwa 27 500 in Betrieb (44,3 % in Kollektiven, 30,6 % in sonstigen bäuerlichen Genossenschaften, 14,3 % auf Gütern der öffentlichen Hand, 10,8 % in Individualwirtschaften). Das Putilow-Werk in Leningrad soll in diesem Jahre 2000 Traktoren herstellen; die Kosten der eigenen Produktion sind indessen noch außerordentlich hoch.

* * *

Über den Kolonisationsplan der nächsten Zeit machte Lazis als Vorsitzender des Übersiedelungskomitees der Union beim Zik vor kurzem folgende Mitteilungen. Die Ziele der Kolonisation sind: 1. Nutzbarmachung des Ödlandes der Randländer, 2. Entlastung der übervölkerten Gebiete, 3. Wirtschaftliche und politische Befestigung der Grenzgebiete.

Bei einer Gesamtfläche von 312 Mill. ha tatsächlich genutzten Landes kommen für die Besiedlung in erster und zweiter Reihenfolge an unbenutztem Land in Betracht:

in der RSFSR (ohne autonome Republiken) . .	232 000 000 ha
Kasakstan	33 000 000 ha
Usbekistan, Turkmenistan	7 000 000 ha
Transkaukasien (Aserbaidshan)	5 000 000 ha
Krim	150 000 ha
zusammen:	277 150 000 ha.

Die überschüssige landwirtschaftliche Bevölkerung in den zu entlastenden Gebieten wird von der Staatsplankommission der Union auf 9 Mill. Arbeitskräfte (ungefähr 20 Mill. Gesamtbevölkerung) geschätzt. Man hofft, in den nächsten fünf Jahren

Digitized by Google

2 282 430 Personen, in dem folgenden Jahrfünft 3 057 750 ansiedeln zu können. Unter Vorsehung einer Bodenreserve soll im nächsten Jahrfünft ein Landfonds für 470 166 Familien mit 2 568 480 Seelen gebildet werden, der sich auf die einzelnen Gebiete folgendermaßen zu verteilen hat:

	für Familien:	für Seelen:
Ferner Osten, Sibirien, Uralgebiet, Wolgaland, Nordkaukasus . . .	304 360	1 668 480
Karelien-Murman	18 000	90 000
Krim	9 090	50 000
Kasakstan	90 000	500 000
Burjaten-Mongolen-Republik . . .	3 636	200 000
Aserbaidshan	14 000	75 000
Armenien	12 000	65 000
Usbekistan, Turkmenistan, südl. Kirgisien	18 180	100 000

Zur Vorbereitung dieses Landfonds sind Wegeausstattung, Wasserversorgung und erstmalige Kultivierungsarbeiten erforderlich. Der Bedarf an neuen Landwegen allein in der RSFSR wird auf 15 267 km angegeben. Für je eine anzusiedelnde Familie sollen 3 ha vorkultiviert werden und zwar mit den Geräten der Übersiedlungsbehörden und mit Arbeitshilfe der bereits vorhandenen Ansiedler, damit diese in der ersten schweren Zeit einen Verdienst haben. Die Kosten der Vorbereitung des Landfonds werden auf 300 bis 618 Rbl. je Familie, insgesamt auf 191,032 Mill. Rubel veranschlagt.

Außerdem wird für die Einrichtung an Ort und Stelle, d. h. zum Zwecke des Baues und der Inventarausstattung eine Kredithilfe von 200 bis 400 Rbl. je Familie, zusammen 134,939 Mill. Rbl. gewährt; die Darlehen sind mit 3,5 % zu verzinsen und vom 6. bis 10. Jahre zu tilgen. Für die kulturelle Versorgung der Kolonisten auf der Reise und am Ansiedlungsort sind 100 bis 217 Rbl. je Familie, im ganzen 73,016 Mill. Rbl. vorgesehen. Also insgesamt soll der Haushaltsplan der Union für die nächsten fünf Jahre mit rd. 400 Mill. Rbl. belastet werden; so groß diese Summe ist, so entspricht sie doch dem vorhandenen Bedürfnis bei weitem nicht.

Auch die jüdische Bevölkerung, deren Existenzbedingungen durch die Einschränkung des Privathandels eine besondere Verschlechterung erfahren haben, ist an dem Kolonisationswerk beteiligt; der skizzierte Gesamtplan sieht für die nächsten fünf Jahre die Ansiedlung von 25—30 000 Familien vor, besonders im fernen Osten, im Süden der Ukraine, in der nördlichen Krim und in dem kaukasischen Küstengebiet des Schwarzen Meeres.

Aus den Schwierigkeiten der Brotversorgung und selbstverständlich auch aus der marxistischen Einstellung der Regierung erklärt es sich, daß den bevölkerungspolitischen Zwecken zuwi-

Digitized by Google

der beträchtliche Flächen unbenutzten Landes und zwar besonders günstig gelegene zur Bildung großer Güter verwendet werden sollen, um vor allem Getreide für den Markt zu erzeugen. Vom Narkomsem der RSFSR sind 125 Großbetriebe mit einer Gesamtfläche von 4—4½ Mill. ha geplant, wovon in den nächsten Jahren 1½—2½ Mill. ha bebaut werden sollen; man hofft, 17 Mill. Doppelzentner von dieser Fläche zu erzielen. Zur wissenschaftlichen Vorbereitung sollen 30 Professoren und Agronomen nach den Vereinigten Staaten, Canada und Deutschland ausgesandt werden.

Die Kollektivierung und Kooperierung schreitet in der russischen Landwirtschaft lebhaft vorwärts. Die Kollektivierung findet hauptsächlich in der m. E. aussichtsvollsten Form der Bodenbearbeitungsgenossenschaften statt; auch die Vorstufe der Kollektivierung, die Maschinengenossenschaft, findet zahlreiche Anwendung, während die höheren Formen der Kollektivierung, das Artell und die Kommune, stark zurücktreten. Im ganzen sind vom 1. Oktober bis zum 15. April gebildet worden:

Kommunen	55
Artelle	154
Bodenbearbeitungsgenossenschaften	624
Maschinengenossenschaften . . .	840

Die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum gegründeten landwirtschaftlichen Vereinigungen beträgt 15 849.

Der Zik hat sich bei seiner im April abgehaltenen Tagung eingehend mit dem auf S. 511 ff. besprochenen Entwurf eines neuen Gesetzes über die Landeinrichtung und Landnutzung befaßt, ist aber zu einem endgültigen Beschluß noch nicht gelangt; wegen seiner außerordentlichen Wichtigkeit soll der Entwurf zunächst von den örtlichen Stellen beurteilt werden, um dann der nächsten Session des Zik wieder vorgelegt zu werden. Über den Inhalt des Entwurfes ist noch nachzutragen, daß zur Beschränkung des Kulakentums auch die Bestimmungen des Agrarkodex bezüglich der Landpacht eine Änderung erfahren sollen. Die Höchstdauer der Verpachtung soll von 12 auf 6 Jahre herabgesetzt werden. Für solche Bauernwirtschaften, die trotz staatlicher und genossenschaftlicher Unterstützung das Land nicht selbst bewirtschaften, sondern von Jahr zu Jahr verpachten, kann die Ortsbehörde die Pachtdauer auf 3 Jahre herabsetzen. Die Verpachtung bedarf der Registrierung beim Dorfrat, die abzulehnen ist, wenn die Pachtbedingungen für den ärmeren Bauern zu drückend sind („Ost-Expreß").

Wie früher schon ausgeführt, will das geplante Gesetz die Befugnisse der Dorfräte gegenüber der Agrargemeinde sehr erhöhen. Um ihren Einfluß zu stärken, wird voraussichtlich beschlossen werden, sie in zunehmendem Maße finanziell zu verselbständigen. Größtenteils sind die Dorfräte gegenwärtig in die

Digitized by Google

Haushaltspläne der Wolost-Vollzugskomitees eingegliedert. Am 1. Oktober 1927 waren vorhanden:

	Dorfräte überhaupt:	Dorfräte mit eigenem Haushaltsplan:
RSFSR	55 800	3 300
Ukraine	10 730	620
Weißrußland	1 700	13

Im Finanzkommissariat wird befürchtet, daß die weitere Zunahme der Dorfräte mit eigenem Haushaltsplan die Finanzkraft der Wolost- und Rayon-Behörden schwächen und sich im ganzen eine Verteuerung der Verwaltung ergeben würde. Trotzdem tritt die Arbeiter- und Bauerninspektion entschieden für die Weiterentwicklung selbständiger Dorfratsfinanzen ein.

Eine andere finanzpolitische Neuerung soll in wirtschaftlicher Beziehung insbesondere zu vergrößertem Getreideanbau führen. Die landwirtschaftliche Steuer belastete den Getreidebau verhältnismäßig weit stärker als die Viehzucht und vor allem den Anbau technischer Pflanzen. Hierin wird vom nächsten Steuerjahr ab nach den Beschlüssen der Apriltagung des Zik Wandel geschaffen. Über das neue Gesetz berichtet der Stellvertreter des Finanzkommissars, Frumkin, folgendes: Die steuerliche Belastung der Bauern habe 1913 einschließlich der damaligen Pachtzahlungen pro Seele 10,86 Rubel betragen gegen 7,64 Rubel im Jahre 1926/27. Berücksichtige man den Unterschied des Geldwertes, so habe die Steuer 1913 von dem bäuerlichen Einkommen 13,1 %, 1924/25 nur 8,1 % in Anspruch genommen. Der heutigen Besteuerung der Landwirtschaft stehen zunehmende staatliche Aufwendungen zu ihren Gunsten gegenüber, deren Betrag sich beziffert:

1924/25	auf	300	Millionen Rubel
1925/26	„	450	„ „
1926/27	„	550	„ „
1927/28	„	714	„ „

Die landwirtschaftliche Steuer betrug dagegen:

1924/25	346	Millionen Rubel
1925/26	250	„ „
1926/27	331	„ „
1927/28	320	„ „

Nach dem neuen Gesetz soll die Steuer auf 400 Millionen Rubel erhöht werden. Während die Normen für den Ackerbau im allgemeinen (hauptsächlich Getreidebau) um 5—6 % ermäßigt werden, sollen der Berechnung des steuerbaren Einkommens aus der Haltung von Kleinvieh, Milchkühen und aus Spezialkulturen und auch aus nicht landwirtschaftlichem Verdienst höhere Sätze zugrunde gelegt werden. Ferner soll die Einkommensberechnung nach sozialen Klassen abgestuft werden. Bisher wurde in den einzelnen Bezirken mit einem mittleren Hektarertrag gerechnet, obwohl die kräftigeren Wirtschaften von der Flächeneinheit

Digitized by Google

20—40 % mehr als die Mittelbauern und 50—60 % mehr als die armen Bauern ernteten; bei der Einkommenveranlagung der kräftigeren Wirtschaften soll daher künftig ein Zuschlag von 5—20 % gemacht werden; für die größten bäuerlichen Betriebe soll das tatsächliche Einkommen genau veranlagt werden. Auf diese Weise soll die Erhöhung der steuerlichen Gesamtsumme nur den größeren Bauern zur Last fallen. Etwa 35 % der Wirtschaften werden gänzlich befreit sein, 11 % (nach dem ukrainischen Verfahren 22 %) werden eine Ermäßigung genießen; für 27 % (Ukraine 13) bleibt die Steuer unverändert und für 27 % (Ukraine 30 %) tritt eine mehr oder minder starke Erhöhung ein. Für Kollektive soll die jetzt schon vorhandene Steuervergünstigung noch vergrößert werden.

Aus allen Fortschrittsfaktoren der Landwirtschaft folgert die Staatsplankommission, daß im Laufe des nächsten Jahrfünfts die gesamte Getreideanbaufläche der Union um 12,5 % zunehmen wird. Die Steigerung des Körnerertrages bei durchschnittlichen Witterungsbedingungen wird auf 27 % veranschlagt. Der Weizen allein soll eine Flächenzunahme um 31 % und ein Erntewachstum um 48 % erfahren. Im übrigen wird eine Zunahme erwartet: für Baumwolle bezüglich der Fläche 47 %, bezüglich des Gesamtertrages 84 %, für Flachs 19 bzw. 45 %, für Zuckerrüben 44 bzw. 98,4 %.

* * *

Der Außenhandel der Union, der im Dezember wieder passiv geworden war, ist in diesem Zustand verblieben. Es betrug (in Millionen Tscherwonzen-Rubeln):

	Ausfuhr	Einfuhr	Einfuhr-Überschuß
Januar	43,8	58,1	14,3
Februar	41,6	62,9	21,3
März	50,2	71,6	21,4
April (vorläufige Ziffer)	45,4	59,5	14,1
In den ersten 7 Monaten des landwirtschaftlichen Jahres	345,7	412,7	68,0

Die Passivität ist vor allem durch die Geringfügigkeit der Getreideausfuhr herbeigeführt. Über die Entwicklung der Ausfuhr von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen während der letzten Jahre unter Vergleichung mit der letzten Zeit vor dem Kriege veröffentlichte K a u f m a n n vor kurzem in der „Ekon. Shisn" folgende Zahlen:

Es betrug die Ausfuhr (in 1000 t):

	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27	1. Halbjahr 1926/27	1. Halbjahr 1927/28
Getreide	3 084,4	1 122,1	2 630,7	2 625,8	2 029,5	491,4
Butter	21,3	24,6	26,2	29,5	3,3	8,2
Eier	2,4	2,9	4,1	5,8	1,2	2,4
Flachs	34,4	55,7	70,4	42,6	29,5	27,8

Digitized by Google

Dagegen betrug vor dem Kriege die Ausfuhr (in 1000 t):

	1909	1910	1911	1912	1913
Getreide	12 460,6	13 875,9	13 451,7	8 984,7	10 611,3
Butter	55,7	55,7	75,4	72,1	77,0
Eier	284,5	299,8	368,2	339,6	357,2
Flachs	273,6	252,3	222,8	352,2	303,0

Die gesamte Ausfuhr von Agrarerzeugnissen bezifferte sich in den ersten 6 Monaten der einzelnen Wirtschaftsjahre folgendermaßen (Millionen Rubel):

1924/25	172,8
1925/26	219,7
1926/27	276,1
1927/28	199,0

Die übrigen landwirtschaftlichen Ausfuhrartikel haben also bisher im laufenden Wirtschaftsjahr das Defizit der Getreideausfuhr bei weitem nicht ausgleichen können. An die auch nur annähernde Erfüllung des Getreideausfuhrplanes im laufenden Jahre wird nicht mehr geglaubt. Überhaupt sind die Hoffnungen auf die Entwicklung der Getreideausfuhr in nächster Zeit sehr herabgeschraubt. Nach dem Fünfjahrplan der Staatsplankommission wird angenommen, daß die Getreideausfuhr im Jahre 1932/33 nur 400—500 Millionen Rubel (Vorkriegswert) gegen 700 Millionen Rubel vor dem Kriege erreichen werde.

Die gewerbliche Ausfuhr hat sich nach Kaufmann in den letzten Jahren in folgender Weise entwickelt (1000 t):

	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27	1. Halbjahr 1926/27	1. Halbjahr 1927/28
Holz	2 034,5	2 165,5	1 921,4	2 483,3	579,9	607,7
Naphthaprodukte	710,1	1 371,0	1 474,2	2 085,2	878,0	1 099,1
Manganerz	493,1	525,8	671,6	784,6	321,1	193,3
Eisenerz	6,6	188,4	149,1	406,2	167,9	157,3
Zucker	14,7	26,2	44,2	121,2	63,9	24,6

Vor dem Kriege betrug die Ausfuhr (1000 t):

	1909	1910	1911	1912	1913
Holz	6 915,8	6 811,0	6 781,5	6 968,3	7 543,2
Naphthaprodukte	756,8	820,7	822,3	794,5	907,5
Manganerz	619,2	683,1	633,9	1 007,4	1 192,5
Eisenerz	516,0	846,9	884,5	661,8	468,5
Zucker	136,0	77,0	373,5	289,9	50,8

In den letzten Jahren ist von besonderer Bedeutung die Zunahme der Naphthaausfuhr, die über die Vorkriegsziffer bei weitem hinausgeht.

Digitized by Google

In der Einfuhrstatistik des laufenden Jahres tritt vor allem die Zunahme von Maschinen und sonstigen Einrichtungsgegenständen der Industrie hervor. Nach Kaufmann wurden im ersten Halbjahr eingeführt (Millionen Rubel):

	1925/26	1926/27	1927/28
Ausrüstung der Industrie und des Verkehrs	42,0	57,1	123,8
Rohstoffe	118,8	112,4	124,9
Halbfabrikate	81,4	41,0	52,5

Das russische Außenhandelsmonopol konnte am 22. April auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Im allgemeinen ist der Außenhandel gegen die Zeit vor dem Kriege, wo die Ausfuhr — auf den Umfang der heutigen Union berechnet — einen Wert von etwa 1,3 Milliarden Rubel hatte, noch sehr rückständig, aber (bis auf den Rückschlag der allerletzten Zeit) in allmählichem Aufschwung begriffen. Die Ekon. Shisn. veröffentlichte hierüber folgende Zahlen:

Es betrug in 1000 Rbl.:

	Ausfuhr		Einfuhr	
	zu Vorkriegspreisen	zu Gegenwartspreisen	zu Vorkriegspreisen	zu Gegenwartspreisen
1920	1 397	—	28 469	—
1921	20 195	—	208 325	—
1922	81 621	—	269 777	—
1923	205 813	—	144 056	—
1923/24	369 188	522 635	233 532	439 372
1924/25	365 169	558 632	415 509	723 501
1925/26	470 648	676 620	465 153	756 332
1926/27	558 611	770 543	497 434	712 691

Bei der Rückschau auf die Wirksamkeit des Monopols wurde jeder Gedanke an eine Durchbrechung dieser Einrichtung auf das entschiedenste zurückgewiesen. Freien Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten kann die Rätewirtschaft nicht ertragen. Es gilt daher nach wie vor die Resolution des Zik vom Oktober 1925: „Es ist absolut unbestreitbar, daß die geringste Durchbrechung des Staatsmonopols des Außenhandels ein verstärktes Andrängen des Kapitalismus gegen unsere sozialistischen Wirtschaftsformen nach sich ziehen würde und daß die unvermeidliche Erweiterung dieser Bresche zur Unterwerfung unserer ganzen Ökonomik unter die technisch entwickeltere Ökonomik der kapitalistischen Länder, d. h. zum Zusammenbruch des sozialistischen Aufbaues führen würde."

Abgeschlossen 26. Mai 1928.

Digitized by Google

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Unter den Neuerscheinungen auf dem Gebiete der schönen Literatur ist an erster Stelle der Roman „Die Brüder" von Konstantin Fedin zu nennen, wohl die bedeutendste unter den erzählenden Dichtungen des letzten Jahres neben dem „Dieb" von Leonow, zugleich ein außerordentlicher Fortschritt gegenüber dem ersten großen Roman des Verfassers „Städte und Jahre", der ja schon seit längerer Zeit auch in deutscher Übersetzung vorliegt (Malik-Verlag, Berlin). In dem neuen Roman erzählt Fedin von drei Brüdern, Söhnen eines Uralkosaken, Güterspekulanten und Unternehmers im allergrößten Stil — prachtvoll wird das patriarchalische" Leben in dem entlegenen Winkel des südöstlichen Rußland geschildert, das wirklich den Eindruck des gelobten Landes macht, in dem Milch und Honig fließt, allerdings nur für die Besitzenden, vom Schicksal Begünstigten; prachtvoll ist auch die Figur des Alten in seiner unverwüstlichen Vitalität; man fühlt sich an die ersten, vorrevolutionären Erzählungen Alexej Tolstojs erinnert, wo man ähnliche Gestalten und ähnliche Verhältnisse mit ähnlichem Behagen dargestellt fand. Wie die drei Brüder dann einer nach dem anderen in die Welt hinauskommen, wie das Leben jedes von ihnen in anderen Bahnen verläuft — der eine wird Arzt und bald ein berühmter Kliniker, der zweite, dessen Gestalt den Verfasser am meisten beschäftigt (hier dürfte wohl mancher autobiographischer Zug festzustellen sein), wird Musiker, der dritte, der viel jünger ist als die beiden anderen, wird überzeugter Bolschewik und Offizier der Roten Armee —, wie diese Bahnen sich doch immer wieder, oft in verhängnisvoller Weise, kreuzen und schneiden, wie die Revolution in ihr Leben eingreift, es völlig umstülpt und wie jeder auf seine Weise auf die Ereignisse reagiert, — das alles wird überaus fesselnd, anschaulich und psychologisch sehr fein dargestellt. Gerade das Psychologische ist hervorzuheben. Wie lange ist es her, daß man im neuen Rußland das Ende des psychologischen Romans, der psychologisierenden Dichtung überhaupt verkündete; auch Fedin selbst gehörte mit zu den Rufern im Streit. Gelten sollte nur noch der Handlungsroman, der Abenteurerroman. Und nun bietet uns Fedin einen Roman, der nicht nur im Titel an Dostojewskijs letztes, größtes Werk erinnert. Man spürt den Einfluß des Meisters auch in der Charakterzeichnung, ja sogar im rein Ideellen. Mit welcher Eindringlichkeit wird etwa das Ringen des Nikita Karew, des zweiten der drei Brüder, um seine Kunst dargestellt, wie weit entfernt ist dieses Ringen von der in Rußland heute so beliebten Auffassung der Kunst als einer rein sozialen Angelegenheit. Und erst recht glaubt man Dostojewskijs Stimme zu vernehmen, wenn man eine Szene liest, wie die Auseinandersetzung zwischen dem (von dem Verfasser übrigens mit warmer

Digitized by Google

Sympathie gezeichneten) Bolschewisten Rodion und dem alten idealistischen Gelehrten Arsenij Arsenjewitsch, der dem Jungen fast wie ein Fossil erscheint und dessen Argumentation er doch nicht zu widerlegen vermag, sondern sich damit begnügen muß, sie zu verlachen. Diese Disputation sei hier im Auszug mitgeteilt, zugleich auch, um den Stil Fedins zu kennzeichnen, soweit das in der Übersetzung möglich ist.

„Ich habe nichts dagegen, wenn ein Sehender über Rembrandt schimpft," sagt der alte Gelehrte. „Wie aber, wenn ein Blindgeborener sich damit beschäftigt? Haben Sie sich je die Mühe gegeben, junger Freund, die idealistischen Anschauungen von der Welt, der Geschichte, kennenzulernen?"

„Wenn nicht ich, so haben andere es getan. Unsere Anschauungen sind scharf geprüft und bestätigt. Und in Einklang gebracht mit den Ergebnissen der Wissenschaft. Eure eigene Wissenschaft hat uns ihre Ergebnisse zur Verfügung gestellt. Und wir stützen uns auf sie und . . . bauen . . ." antwortet Rodion.

Und nun folgt eine leidenschaftliche Erwiderung des Alten, die nicht nur in ihrem Gedankeninhalt, sondern auch in der Form, in der Wahl der Bilder wie ein „echter Dostojewskij" wirkt.

„Die Wissenschaft! Tausendjährige Erfahrung der Menschheit, einem Wilden auf dem Präsentierteller serviert! Wer soll denn die Wahl treffen? Da stehen Sie vor einer riesigen Büchersammlung. Lassen Sie einmal die Gedanken, die von den weisen Männern ausgesprochen wurden, die Predigten durch die einst die Philosophen die Welt beglückten, lebendig werden. Stellen Sie sich vor, daß die großen Schatten wieder Gestalt gewonnen haben, und versuchen Sie, sie in der mitternächtlichen Stille der Bibliothek aufeinanderzustoßen. Mein Gott! Was für ein entsetzliches Blutvergießen gäbe es da! Eine Schlacht, die den Geist verwirrt und das Herz erbeben macht! Alle diese Humes und Lavoisiers, Darwins und Schopenhauers wollen sich gegenseitig auffressen; Proudhon flieht vor Marx, Spencer hat den Feuerbach schon an der Gurgel, Bakunin schwenkt in rasender Siegesfreude den Kopf Hegels in der Luft. Und hinter ihnen erheben sich schon die Awwakums, Hus, Bismarcks, Campanellas, Tolstojs. Und alles das ist schon ausgerottet, hat sich gegenseitig vernichtet, und vor Ihnen ist nichts als der Staub kleinlicher Leidenschaften, und die Schränke der herrlichen Bibliothek sind leer. Wissenschaft! Eine endlose Kette von Widersprüchen, ein ephemeres Sichselbstvernichten des Gedankens!"

„Nun, und was folgt daraus?" fragt Rodion, und der Alte fährt fort:

„Nach der von mir geschilderten Schlacht wird ganz gewiß etwas übrigbleiben. Dieses Etwas wird ganz gewiß eine Banalität sein. Während die erhabenen Geister sich gegenseitig in Widersprüchen vernichten, wie positive und negative Elektrizität sich aufheben, werden sich irgend welche Jammergeschöpfe in den

Digitized by Google

entlegensten Winkeln der Bücherschränke versteckt halten. Ich hoffe aber, daß auch ein Körnchen gesunden Verstandes und vielleicht auch ein ganz klein wenig Weisheit erhalten bleiben wird. Und so können wir, wenn wir Glück haben, durch algebraische Addition ein gewisses Gedankenextrakt gewinnen, das wir mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als absolute Wahrheit anerkennen dürfen. Nämlich wir, Rodion, wir, die wir die Geschichte des Lebens zu ergründen suchen. Aber die Welt? O, die Welt addiert nicht und subtrahiert nicht, sie systematisiert ihr Wissen nicht, sondern sie sieht nur darauf, was im gegebenen Moment bequemer und vorteilhafter ist. Und ihr wollt ihr alle Erfahrungen der Menschheit präsentieren! Die Wissenschaft, sagt ihr, die Wissenschaft! Aber sie ist ja durch unversöhnliche Gegensätze und Widersprüche zerfetzt!"

„Wir können doch auswählen!" sagt Rodion.

„Ihr bildet euch ein, daß ihr das tut. In Wirklichkeit aber schafft ihr nur eine neue Religion, ihr verfertigt Fetische. Ihr wollt es so weit bringen, daß die Leute beim Wort Wissenschaft das Haupt entblößen!"

Hier will Rodion mit einem Kraftwort dazwischenfahren, der Alte unterbricht ihn aber und erzählt ihm eine Geschichte, die sicher nicht von Fedin erfunden, sondern aus dem Leben selbst gegriffen ist. Nebenbei bemerkt: der naive — man möchte sagen: religiöse — Positivismus, der sich hier ausspricht, ist keineswegs eine Errungenschaft der letzten Jahre; er war vielmehr die „Weltanschauung" eines großen Teils der alten „Intelligenz".

Also: der Professor wird ans Telephon gerufen. Es meldet sich ein junger Mann aus dem Verein, in dem er vor einigen Tagen einen Vortrag gehalten hat. „Schön, daß ich Sie erwischt habe. Die Jungens aus unserem Verein haben mich beauftragt, Sie etwas zu fragen; wir hatten da neulich einen kleinen Streit. Was Sie in Ihrem Vortrag von Gott gesagt haben, das haben wir alles sehr gut begriffen, wie er entstanden ist und daß es ihn gar nicht gibt. Aber da sind einige in unserem Verein, die sagen, es gebe eine Seele. Da habe ich mich bereit erklärt, Sie zu fragen, wie es damit in der Wissenschaft bestellt ist. Gibt es eine Seele oder nicht?"

Und der Professor berichtet weiter: „Hören Sie auch? schreit er. Gibt es eine Seele? — Nein, sage ich ihm durchs Telephon, beruhigen Sie sich, es gibt keine. — Soll ich das den Jungens so melden? — Ja, melden Sie es nur! — Danke schön, sagt er, jetzt wird uns die ganze Sache viel verständlicher. Entschuldigen Sie, daß ich Sie von Ihrer wissenschaftlichen Arbeit abgelenkt habe. Auf Wiedersehen. Und damit hängte er den Hörer an."

„Sehr gut," sagt Rodion ganz ernst.

Da fährt der Professor auf. „Die Wissenschaft beginnt den Leuten die Religion zu ersetzen. Und Sie befürworten diesen

Digitized by Google

Tausch? Sie wollen, daß die Massen ebenso blind dem Privatdozenten glauben, oder zu glauben vorgeben, wie Sie früher dem Popen glaubten? . . . Begreifen Sie denn nicht, daß Sie eine viel gewaltigere Aufgabe zu lösen haben? Wissensdurst sollen Sie in den Leuten entfachen, Sie sollen sie suchen lehren, sollen sie mit Unruhe erfüllen, jenem Gefühl, dem wir alles verdanken, was wir besitzen: das Feuer, den Buchdruck, den Telegraphen. Der Mensch sucht, weil er zweifelt. Der Zweifel läßt ihm keine Ruhe."

„Glauben an sich selbst sollen wir ihnen einflößen . . . Sicherheit, nicht Zweifel," fällt ihm Rodion ins Wort.

„Glauben?" erwidert Arsenij Arsenjewitsch, „was heißt Glauben? Seien Sie überzeugt, ich weiß viel mehr als Sie, mein Wissen ist stabil, wie ein Tempel, dessen Fundament tief im Erdboden ruht. Alles das, was man heute den Wahrheitsuchern in Ihren Arbeiterklubs vorsetzt, alle diese Amöben und Sporen, diese paläolithischen Epochen und Affenmenschen, das alles schließt sich in meiner Vorstellung zu einer großen Harmonie zusammen, die bei aller Kompliziertheit doch so einfach ist, daß ich mit ruhigem Gewissen meinen Schülern durch den Fernsprecher sagen kann: Beruhigt euch, es gibt nichts dergleichen. Aber . . . glauben Sie mir, Rodion . . . Es gibt geheime Augenblicke, wo die Klarheit meines Denkens den äußersten Gipfel erreicht — und dann verkrieche ich mich in einen Winkel meiner Bibliothek, mache das längst von mir verspottete Zeichen des Kreuzes über meiner Brust und flüstere immer wieder, immer wieder: Ich verstehe nichts, ich verstehe gar nichts! . . ."

Diese Proben geben natürlich noch kein erschöpfendes Bild von dem Roman Fedins als Gesamtwerk, sondern zeigen ihn nur von einer Seite. Das Stärkste an ihm ist schließlich doch nicht das Ideelle, sondern das Bildliche, alle die Partien, in denen die unmittelbar gestaltende Kraft des Dichters sich auslebt, wenn er seine Menschen nicht nur redend und streitend, sondern handelnd zeigt, wenn er sie in ihrer charakteristischen Umgebung vorführt und wenn diese Umwelt, all die toten Dinge, in seiner Darstellung lebendig werden.

* * *

Auf die Totenliste ist wieder ein Name von sehr gutem Klang zu setzen. Am 3. April starb in Petersburg, im Alter von erst 54 Jahren, der Literarhistoriker Boris Lwowitsch Modsalewskij, einer der besten russischen Puschkinkenner und Puschkinforscher, korrespondierendes Mitglied der russischen Akademie der Wissenschaften und erster Direktor des der Akademie angegliederten „Puschkinhauses". Seine dem großen russischen Dichter gewidmete Tätigkeit umfaßt genau ein Menschenalter: sie begann 1899 mit der Organisation der von der

Digitized by Google

Petersburger Akademie zu Puschkins 100. Geburtstag veranstalteten Ausstellung, und seitdem gab es kein irgendwie mit Puschkin verknüpftes Unternehmen der Akademie, an dem Modsalewskij nicht beteiligt gewesen wäre. Er war von Anfang an Mitglied und Schriftführer der 1902 geschaffenen Kommission zur Herausgabe der Werke Puschkins, in den letzten Jahren auch ihr Vorsitzender; unter seiner Leitung erschien die von der Kommission herausgegebene, außerordentlich wertvolle und aufschlußreiche Serie von Materialien und Monographien „Puschkin und seine Zeitgenossen" (bisher 37 Hefte, von denen viele richtiger als Bände zu bezeichnen wären); er selbst hat in dieser Serie eine große Anzahl seiner wertvollsten Arbeiten veröffentlicht. Vor allem ist ihm die neue Monumentalausgabe der Briefe Puschkins zu danken, die im Gegensatz zu den ebenfalls von der Akademie herausgegebenen drei Bänden des Puschkinschen Briefwechsels (von Saitow) eingehend kommentiert ist. Man hat Modsalewskijs Erläuterungen zu den Briefen Puschkins mit vollem Recht als „Enzyklopädie" bezeichnet. Leider ist es Modsalewskij nicht vergönnt gewesen, sein Werk zum Abschluß zu bringen. Die beiden von ihm herausgegebenen Bände enthalten die Briefe Puschkins bis zum Jahre 1830; über der Arbeit am dritten Bande wurde der unermüdliche Forscher vom Tode überrascht.

Als Modsalewskijs Hauptverdienst muß aber die Gründung und Leitung des Puschkinhauses angesehen werden, dessen Bedeutung für die russische Literaturwissenschaft etwa der des Weimarer Goethe-Schiller-Archivs für die deutsche gleichkommt. Unermüdlich sammelte Modsalewskij Bücher, Handschriften, Bildnisse, Gegenstände aus dem Besitz Puschkins und ihm nahestehender Personen. So vereinigt das Puschkinhaus in der Gestalt, die Modsalewskij ihm verliehen, Archiv, Bibliothek und Museum; eine große Genugtuung war es für Modsalewskij, daß er die Überführung der berühmten Puschkin-Sammlung von A. F. Onegin (Otto) aus Paris nach Petersburg noch erleben konnte. War es doch vor allem seinen Bemühungen zu danken gewesen, daß diese einzigartige Sammlung, das Werk eines ebenso begeisterten Puschkinverehrers, wie Modsalewskij selbst es war, für die Akademie erworben werden konnte.

In das Forschungsgebiet des verstorbenen Gelehrten fallen zwei neue Publikationen, die größte Beachtung verdienen. N. W. Ismajlow, einer der tätigsten Mitarbeiter Modsalewskijs, behandelt in dem letzten, 27. Heft der oben erwähnten Serie „Puschkin und seine Zeitgenossen" eine Reihe bisher nur zu teilweise veröffentlichter Entwürfe und Skizzen Puschkins zu einem Roman, dessen Schauplatz der Kaukasus sein sollte. Die Entwürfe stammen aus dem Jahre 1831, die Handschriften befinden sich im Besitz der Petersburger Akademie. Es handelt sich um ein sehr groß angelegtes Bild der russischen Gesellschaft; die ver-

Digitized by Google

schiedenartigsten Typen, Vertreter aller Stände sollten als Kurgäste irgend eines Badeortes im Kaukasus vorgeführt werden; im Mittelpunkt sollte eine geschichtliche Persönlichkeit stehen — der bekannte Abenteurer und Raufbold Jakubowitsch, der für ein leichtsinniges Duell aus der Garde in ein kaukasisches Kavallerieregiment strafversetzt wurde (wie später der Dichter Lermontow) und hier durch seine kriegerischen Heldentaten, durch das Geschick im Umgang mit den wilden Bergvölkern, nicht zuletzt aber durch seine tollen Streiche schnell berühmt wurde. 1835 schloß er sich den Dekabristen an, war einer der eifrigsten Befürworter des Zarenmordes, aber nichts weniger als ein überzeugter Vorkämpfer für die Idee der Revolution: auch hier trieb ihn nur seine Abenteuerlust. Er wurde nach der Niederdrückung des Aufstandes mit vielen anderen nach Sibirien verbannt.

Daß eine so geartete Persönlichkeit einen Dichter wie Puschkin, dessen eigenes Leben abenteuerlich genug verlaufen war, reizen konnte, ist nur zu begreiflich. Aus diesem „Helden der Tat" wäre vielleicht ein wirkungsvolles Gegenstück zu dem passiven Eugen Onegin geworden, mit dem Jakubowitsch sich zu guter Letzt doch innerlich verwandt erweist, denn seine Aktivität ist schließlich ebenso zwecklos und unproduktiv wie Onegins Weltschmerz. Puschkins Roman hätte der erste große russische Gesellschaftsroman in Prosa werden können. Einen ähnlichen Charakter hat in gleichem Milieu dann ja Lermontow in seinem „Helden unserer Zeit" dargestellt. Es ist eigentümlich, wie nah sein Roman sich oft mit den flüchtigen Notizen Puschkins über das geplante, nicht ausgeführte Werk berührt.

Als zweiter wertvoller Beitrag zur Puschkinforschung ist das Buch von P. E. Stschegolew „Puschkins Zweikampf und Tod" zu nennen, das kürzlich in dritter Auflage erschienen ist. Diese Auflage unterscheidet sich von ihren Vorgängern vor allem durch ein ganz neu hinzugekommenes Kapitel: „Das anonyme Pasquill und die Feinde Puschkins". Den letzten Anlaß zum Duell Puschkins mit dem Leutnant D'Anthès gab bekanntlich ein an den Dichter gerichteter anonymer Brief, in dem er zum „Koadjutor des Ordens der Hahnreihe" ernannt wurde. Puschkin hielt den niederländischen Gesandten Baron Heckereen, den Adoptivvater des D'Anthès, für den Urheber des Briefes und richtete an diesen ein sehr scharfes Schreiben, während er zugleich D'Anthès forderte. Stschegolew weist nun überzeugend nach (was übrigens schon von anderen behauptet worden ist), daß das anonyme Pasquill, das nicht nur Puschkin allein, sondern einer ganzen Anzahl von Herren und Damen der vornehmen Petersburger Gesellschaft zugeschickt wurde, nicht auf die Beziehungen der Gattin des Dichters zu D'Anthès, sondern zu dem Zaren Nikolaus I. anspielt. Daß der Zar der schönen Natalia Nikolajewna Puschkina in auffallender Weise den Hof machte, ist eine allgemein bekannte Tatsache, und daß der Brief auf diese Tatsache anspielt, geht nach

Digitized by Google

Stschegolew daraus hervor, daß als Großkomthur des „Ordens" D. L. Naryschkin, der Gemahl der Geliebten Kaiser Alexanders I., genannt wird, ebenso ist die Ernennung Puschkins zum „Historiographen" des Hahnreih-Ordens eine ganz klare Anspielung auf seine Stellung beim Zaren. Stschegolew geht dann aber noch weiter und stellt die von den meisten älteren Forschern bestrittene, nichtsdestoweniger aber sehr glaubhafte Behauptung auf, daß Puschkins Vermutung richtig gewesen und Heckereen tatsächlich als Urheber des anonymen Briefes anzusehen sei; moralisch unterstützt worden sei er von dem russischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, Graf Nesselrode und dessen Gattin, die von tiefem Haß gegen Puschkin erfüllt war, und als Schreiber des Briefes glaubt Stschegolew auf Grund einer genauen Handschriftenprüfung den Fürsten P. Dolgorukij, einen bekannten Vertreter der Petersburger jeunesse dorée, feststellen zu können: diesem ganzen Kreise von Aristokraten und Bureaukraten war der Dichter als Parvenu ja verhaßt und wegen seiner scharfen Zunge auch sehr gefürchtet.

* * *

Während bei uns die russischen Filme begeisterte Aufnahme finden, werden sie in dem Land ihrer Entstehung keineswegs hochgeschätzt. Die Urteile der russischen Presse über die Filme zum Jubiläum der Revolution, die ja auch in Deutschland gezeigt wurden („Zehn Tage, die die Welt erschüttern" und „Das Ende Petersburgs"), lauteten fast durchweg nicht allzu günstig. Vor allem aber wurden sie in Rußland sehr bald vor leeren Bänken gedreht. Die Einstellung des Publikums ist dort offenbar eine ganz andere als in Deutschland — das stoffliche Interesse überwiegt das künstlerische, und man hat eben schon so viel gute und schlechte Revolutionsfilme gesehen, daß man gar keine mehr sehen möchte. Sehr beachtenswert ist das vor einiger Zeit erschienene Buch „Das Sowjetkino im Urteil der Öffentlichkeit", in dem eine ganze Reihe bekannter Schriftsteller zu Worte kommen. Hier wird dem Staatskino vorgeworfen, daß es statt erziehend zu wirken (durch Filme wie der „Potemkin" oder „Die Mutter") dem rohen Geschmack der Masse entgegenkomme, die nichts lieber zu sehen scheine als erotische Szenen, Zaren und Zarinnen, opernhaft zugestutzte Geschichtsklitterungen und dergleichen mehr. Das russische Staatskino produziere Schund nach amerikanischem Muster, um Geschäfte zu machen, dafür werde mit Geldmitteln und künstlerischen Kräften nicht gespart; die ideologisch wertvollen Filme aber entsprächen, mit wenigen Ausnahmen wie der „Potemkin" u. ä., den künstlerischen Anforderungen nicht, die man heute zu stellen berechtigt sei.

Digitized by Google

Interessant ist nun eine in demselben Sammelband abgedruckte Erwiderung auf derartige Angriffe, die von keinem geringeren als dem Volkskommissar Lunatscharskij selbst stammt. Er bezweifelt vor allem die Behauptung der „Opposition", daß man mit ideologisch wertvollen Filmen gute Geschäfte machen könne, wofern sie nur künstlerisch auf der Höhe stehen. Die Tatsache, daß das große Publikum die russischen Filme trotz allem den ausländischen vorzieht, erklärt sich keineswegs dadurch, daß auch die schwächeren russischen Filme ideell den ausländischen überlegen sind, sondern — „weil wir so arm sind, können wir immer nur solche ausländische Filme kaufen, die zu ganz billigen Preisen zu haben sind. Mit Ausnahme einiger weniger Glanzstücke, die bei uns auch stets unerhörte Erfolge erzielen, bekommen wir nur Schund geliefert. Das Publikum ist enttäuscht und zieht schließlich doch immer noch die russischen Filme vor."

Aber keineswegs wegen ihrer Ideologie. Es kommt nun ein ganz überraschendes Geständnis. „Gewöhnlich wird die Tatsache mit Schweigen übergangen, daß der Panzerkreuzer Potemkin bei uns ursprünglich gar keinen Erfolg hatte. Ich erinnere mich noch sehr gut, was es für einen seltsamen Eindruck auf mich machte, als ich in das erste Sowjet-Lichtspielhaus am Arbat kam und den Zuschauerraum, dem man ein schiffsartiges Aussehen gegeben hatte und in dem als Matrosen verkleidete Diener den Gästen die Plätze anwiesen, halbleer fand. Das war, als der Potemkin ganz neu war. Er verschwand dann auch sehr bald wieder und erst als das deutsche Publikum diesem Film eine so begeisterte Aufnahme bereitete, tauchte er bei uns wieder auf. Die kolossale Gratisreklame, die für den Film im Ausland gemacht wurde, weckte auch bei uns wieder das Interesse für ihn. Jeder wollte das Bild sehen, das uns den ersten Sieg auf dem ausländischen Markt eingebracht hatte. Der erste ausgezeichnete Film von Eisenstein, ‚Streik', war überall, auch in den Arbeitervierteln, durchgefallen. Die ‚Mutter', von Pudowkin, ein wirkliches Meisterwerk der russischen Filmkunst, wurde in Moskau sehr kühl aufgenommen, und nur die Provinz half diesem Film wieder etwas auf, so daß, wenn ich nicht irre, die Hersteller wenigstens auf ihre Kosten gekommen sind . . ."

Lunatscharskij zieht keine Schlußfolgerungen aus diesen von ihm mitgeteilten Tatsachen. Sie ergeben sich ja auch ganz von selbst.

Digitized by Google

Bücherschau.

Kurt v. Wolfurt: Mussorgskij. 1926. 382 S. In Leinen 12,50 M.

Rich. H. Stein: Tschaikowskij. 1927. 508 S. In Leinen 14,00 M.

Rimskij-Korssakoff: Chronik meines musikalischen Lebens. 1928. 302 S. In Leinen 12,00 M. Sämtlich bei: Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Im Heft 5 des 2. Jahrganges unserer Zeitschrift habe ich den Versuch unternommen, in einem kurzen Aufsatz die deutsche Literatur über russische Musik einer Kritik zu unterziehen. Inzwischen hat die rührige Deutsche Verlagsanstalt, der wir so manche wertvollen Bücher über russische Musik verdanken, die deutsche Literatur über russische Musik mit drei weiteren, ziemlich dickleibigen Bänden bereichert. Nicht jedes dieser Bücher verdient das gleiche Lob; denn ihre Bedeutung ist verschieden. Das Buch Wolfurts über Mussorgskij ist eine gediegene und wohldurchdachte Arbeit, der wohl mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre, wenn ihr nicht kurz vor Erscheinen die umfangreiche Biographie desselben Komponisten aus der Feder Oskar v. Riesemanns vorangegangen wäre. Aber unabgesehen davon ist das Werk als vollwertig zu bezeichnen und demjenigen Leser zu empfehlen, für den das Buch Riesemanns nicht gedrungen genug ist.

Einer eingehenderen Besprechung müßte das Buch Rich. H. Steins über P. I. Tschaikowskij unterzogen werden, weil es im Gegensatz zu dem Wolfurts nicht unanfechtbar ist. Wir werden jedoch hier, aus Raumrücksichten, auf Einzelheiten nicht näher eingehen und uns damit begnügen, das Werk nur in allgemeinen Umrissen zu schildern. Das erste, was beim Lesen dieses Buches auffällt, ist eine gewisse, dem Werk längst nicht immer zugute kommende Überhäufung mit Material, das ja dazu auch nicht immer durchaus zum Stoff gehört. So schickt Rich. H. Stein seiner eigentlichen Tschaikowskij-Biographie auf 86 Seiten eine „Einführung in die Geschichte russischer Musik" voraus. Und diese ist das anfechtbarste; denn hier ist manches schief gesehen, und jeder Leser, der über die russische Musikkultur aus eigener Anschauung und Erfahrung, über die russische Musikgeschichte nach den Urquellen unterrichtet ist, wird sofort herausfühlen, daß der Verfasser mit dem von ihm gewählten Stoff nicht auf das engste verwachsen oder vertraut ist. An anderer Stelle („Melos", Zeitschrift für Musik, Heft 1, Jahrgang 7) bin ich sehr ausführlich auf diese Frage eingegangen. Die Biographie selbst weist nur einige anfechtbare Stellen auf, ist sonst aber frisch geschrieben und dürfte bei gleichzeitiger kritischer Einstellung zu ihr wie auch zu unserem Verhältnis zu Tschaikowskij ihre Wirkung nicht verfehlen, indem sie mit vielen Vorurteilen, die sich auf diesem Gebiet angehäuft haben, aufräumt. Der nächsten Auflage könnten wir nur eine gedrungenere Form wünschen, in der so manches Nebensächliche zugunsten des Hauptsächlichen wegfallen muß; in dieser neuen Gestalt würde sich der Wert der Arbeit erhöhen; das Beachtenswerteste, was Rich. H. Stein gesagt hat, ist die ästhetisch-musikalische Analyse der Werke Tschaikowskijs: hier war ein frischer Zug schon lange erforderlich, und R. H. Stein hat ihn hineingebracht.

Sehr große Verdienste hat sich die deutsche Verlagsanstalt durch die Herausgabe der „Chronik meines musikalischen Lebens" eines der bedeutendsten russischen Komponisten N. A. Rimskij-Korssakoff erworben. Der Umstand, daß dieses Buch nicht nur in Rußland selbst, wo vor kurzem eine neue Auflage erschien, sondern auch in anderen, in ihrer musikalischen Psyche ganz verschieden gearteten Ländern (Deutschland, England, Frankreich) großes Interesse hervorgerufen hat, spricht für die Bedeutung des Werkes. Und sie liegt nicht nur darin, daß das Buch uns einen tiefen Einblick in einen

Digitized by Google

bedeutenden Abschnitt russischer Musikkultur ermöglicht, sondern auch in der hervorragenden Persönlichkeit des Verfassers, der ein ebenso großer Mensch wie Künstler war. Zu kritisieren — im üblichen, hergebrachten Sinn — ist an diesem Buch nichts. Man muß es in seiner Eigenart so nehmen, wie es ist; denn es bietet in seiner seltenen Objektivität und Vornehmheit einen der wertvollsten Beiträge zu dem wichtigen Kapitel der russischen Musikgeschichte: Rimskij-Korssakoff. Allerdings wäre es voreilig und oberflächlich, sich bei eingehender Beschäftigung mit Rimskij-Korssakoffs Leben und Schaffen, nicht auch mit dem anderen recht umfangreichen Material über denselben Komponisten, das vorläufig zwar nur in russischer Sprache vorliegt, vertraut zu machen. Die „Chronik" ist von Oskar von Riesemann — wie immer — vorzüglich verdeutscht. R. E.

Altrussische Kirchenlieder (Dokumente russischer Volksfrömmigkeit). In Nachdichtungen von Paul Althaus. Erstes und zweites Tausend. Mit acht Tafeln. Einbandzeichnung von Max Thalmann. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena. 1927. 76 S. u. Inhalt in 8°.

Niemand, der sich mit den Ostvölkern, speziell mit den Russen, gleichviel, von welchem Standpunkt, beschäftigt, wird an ihrer religiösen Einstellung achtlos vorübergehen können, ohne Einbuße in der Gestaltung des zu gewinnenden Gesamtbildes zu erleiden. Als ein erschwerendes Moment nach dieser Richtung hin muß der Umstand betrachtet werden, daß wenigstens bis vor zehn Jahren die Zahl der wirklichen Kenner russischer Religiosität und Kirchlichkeit bei uns in Westeuropa eine recht geringe war, eine Erscheinung, die ihren Reflex in der relativ recht spärlichen einwandfreien Literatur über russisches Kirchenwesen fand. Was an wirklich guten Arbeiten und vor allen Dingen auch Übersetzungen der reichen russisch-orthodoxen liturgiologischen Literatur vorhanden war — ich erinnere in letzterer Hinsicht nur an die 13000 gedruckte Seiten füllenden Übersetzungen des derzeitigen, 1915 in Pjatigorsk (Kaukasus) verstorbenen Propstes an der ehemaligen Berliner Russischen Botschaftskirche, mag. theol. Alexios von Malzew — ist heute eine bibliographische Seltenheit. Zudem gab es bei uns nur wenig Kenner des Paläobulgarischen, des altkirchlichen einenden Idioms aller die Orthodoxie bekennenden Slaven. Bedeutend sind unter diesen Gelehrten, speziell in Deutschland, nur der protestantische Jenenser Theologe Nathanael Bonwetsch und Professor Goetz von der altkatholischen Fakultät in Bonn gewesen.

Der Krieg und seine Folgen haben im Verein mit der großen politischen Umwälzung ein regeres Interesse und eine rührigere Arbeit auch auf dem in Rede stehenden Gebiet ausgelöst, und daraus resultiert eine immer reicher werdende deutsche, bald mehr oder minder tendenziöse (wenn kirchlich-unionistisch eingestellte), bald objektive Literatur ad rem. Als ein Specimen der letzteren Richtung, wenn schon sekundärer Art, muß auch die vorliegende, vom Verlag prächtig und ansprechend ausgestattete Sammlung „Altrussischer Kirchenlieder" gelten, die in ein bisher in deutschsprachlichem Gewande nirgends behandeltes Gebiet einführt. Leider ist der Titel etwas schief gewählt: bei „Kirchenliedern" nimmt man stillschweigend an, daß sie auch in der Kirche gesungen werden. Das trifft für keinen der hier in Nachdichtungen gebotenen Gesänge zu, und es wäre deshalb die Bezeichnung „Geistliche Lieder" eher am Platze gewesen.

Man kann das russische geistliche Lied in zwei Kategorien teilen: liturgische und Volkslieder. Prächtige Muster der zweiten Gruppe bietet die vorliegende Sammlung. Und bezüglich dieser Gattung scheint Althaus in seinem Nachwort recht zu haben, wenn er einer Entstehung aus den Bylinen (der historischen Sage) das Wort redet. Diese Argumente russischer Volks-

Digitized by Google

frömmigkeit sind in der Tat eine allerdings stark abgeschwächte und abgeflachte, christlich umgewandelte Fortsetzung der altrussischen Bardengesänge, in deren urwüchsigster Form noch so mancher mongolischer Einfluß — ich erinnere an den Dchanggar, den Geser-Chan, das Bum-Erdeni usw. — nachklingt. — Wir müssen es uns aus Raummangel versagen, hier auf Einzelheiten einzugehen. Interessant wäre es jedenfalls gewesen, zum mindesten aus dem Nachwort zu erfahren, wo die slavischen Originale der Nachdichtungen einzusehen sind. Aus dem Inhalt: Biblische Lieder, das Leben Christi, Lieder vom Jüngsten Gericht und Geistliche Lieder erwecken besonders die zweite Gruppe wegen der Christologie und die letzte ob ihres volkspsychologischen Einschlages hervorragende Aufmerksamkeit, während die Lieder vom Jüngsten Gericht einen abermaligen Beweis dafür bieten, wie nachhaltig gerade eschatologische Gedanken auf die russische Volksseele gewirkt haben und noch wirken, so nachhaltig, daß beispielsweise unter Peter dem Großen bildliche Darstellungen des Jüngsten Gerichts und auch die Lektüre der Apokalypsis verboten wurden. Die guten Reproduktionen alter ikonographischer Leistungen, hier in Westeuropa so wenigen bekannt, verleihen dem Buche, dem wir eine weite Verbreitung wünschen, neben der spezifischen Note einen besonderen Wert. W. A. U.

Marcel Handelsman, Les idées françaises et la mentalité politique en Pologne au XIXe siècle. Paris, Librairie Felix Alcan. 1927. VII u. 215 S.

Der vorliegende Band faßt sechs Vorträge zusammen, die der Verfasser im Jahre 1924 an der Sorbonne gehalten hat. Sie behandeln die geistespolitische Entwicklung des Polentums in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Für die wissenschaftliche Auffassung des Verfassers spricht es, daß er es wagt, in dem einleitenden Vortrage über die napoleonische Zeit vor einem französischen Publikum die tiefe Enttäuschung zu kennzeichnen, die Napoleon dem polnischen Volke letzten Endes bereitet hat. Die weiteren Kapitel behandeln Liberalismus, Romantik — hier wäre vielleicht ein Hinweis auf die deutschen Einflüsse auf das polnische Denken trotz der Begrenzung des Themas am Platze gewesen —, schließlich Organisation und geistige Entwicklung der Emigranten von 1830 mit ihrem bedeutenden Einfluß auf das Geistesleben in der Heimat und die konservativen Bestrebungen des Fürsten Czatoryski.

Bemerkenswert scheint es, daß Handelsmann als Ergebnis der Entwicklung in diesen Jahrzehnten einen entscheidenden Umschwung in der polnischen Mentalität feststellt. Während polnische Autoren im allgemeinen die späteren Errungenschaften der französischen Revolution bereits für das ungeteilte Polenreich vor 1772 in Anspruch nehmen, bringt nach Handelsman auch in Polen erst das 19. Jahrhundert eine Erschütterung der Adelsvorurteile, der Jesuitenherrschaft usw. Demokratische Gedanken, zunächst, in der romantischen Zeit, gefühlsmäßig, später philosophisch unterbaut, beeinflussen die monarchischen Ideen auch der konservativen Kreise, die im inneren, besonders im wirtschaftlichen Aufbau ihres Volkes praktische Aufgaben finden und anfassen.

Die Handelsmansche Veröffentlichung breitet ihren Stoff vor dem Hintergrunde der politischen Ereignisse aus. Für ihre Sonderprobleme sind neue archivalische Quellen in Anspruch genommen worden. Als Führer durch die Fülle der Personen und Gruppen, die von den Teilungen bis zu den unruhigen Tagen von 1848 das polnische politische Denken geformt haben, wird Handelsmanns Schrift — unter Berücksichtigung der Einseitigkeit, die durch Thema und Zweck der Vortragsreihe gegeben ist — auch in der deutschen Wissenschaft begrüßt werden. R. R. B.

Digitized by Google

Lietuviu Bibliografija (Litauische Bibliographie), zusammengestellt von **Vaclovas Biržiška**, herausgegeben vom Kultusministerium, Kaunas. 1. XVI—XVIII. Jahrhundert (1924) VI S. u. 104 Sp. (15 Lit). 2. 1800—1864 (1926) 2 S. und Sp. 104—454 u. LXXVIII Sp. (25 Lit).

Wohl nur darauf, daß diese fleißige und gut informierende bibliographische Arbeit buchtechnisch nicht als selbständiges Werk erschienen ist, sondern als **Beilage** zu der bibliographischen Zeitschrift ‚Knygos' (Bücher) (Kaunas, 7 Hefte seit 1922) ist es zurückzuführen, daß sie bisher nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden hat. Seit der 2. Auflage (1904) von S(ilvester) **Baltramaitis**, Spisok litovskich i drevne-prusskich knig, izdannych s 1553 po 1903 god (Verzeichnis litauischer und altpreußischer zwischen 1553 und 1903 erschienener Bücher) (Zapiski Imp. Russk. Geogr. Obšč. po otděleniju ètnografi, XXV. 1) klaffte in der litauischen Bibliographie eine Lücke. Sie war um so empfindlicher, als nach der ersten russischen Revolution (1905) mit Aufhebung der Pressebeschränkungen auch das litauische Buch an dem allgemeinen Aufschwung geistigen Lebens im Zarenrußland teilnahm. Die regelmäßigen Literaturberichte in den „Mitteilungen der litauischen literarischen Gesellschaft", die übrigens im Jahre 1912 ihr Erscheinen einstellten, sowie die amtlichen russischen Veröffentlichungen in der ‚Knižnaja Letopis' (Bücherchronik) (seit 1907), welche Litauen seit der deutschen Besetzung (1915) nicht mehr berücksichtigten, boten einen nur unvollkommenen Ersatz. Baltramaitis' ohnehin wenig zuverlässige Angaben mußten zum Teil als gegenüber der neueren Forschung veraltet bezeichnet werden. Eine gute Gelegenheit, die bisherigen Ergebnisse nachzuprüfen, war durch das Zusammenströmen litauischer Bücher in den neu entstandenen Bibliotheken, insbesondere in der staatlichen Zentral- und in der Universitätsbibliothek, aber auch in der reichhaltigen Privatbibliothek der „Litauischen Wissenschaftlichen Gesellschaft" in Vilnius (Wilna) geboten. (Die Wilnaer Öffentliche — jetzt Universitäts-Bibliothek konnte nur nach früher gemachten Notizen berücksichtigt werden.) Dieser Umstand führte den Verfasser dahin, sich nicht auf eine Umarbeitung von Baltramaitis' Spisok zu beschränken, sondern eine **völlig neue** litauische Bibliographie herauszugeben, welche gegenüber jenem vor allem den Vorzug hat, daß bei jedem Werk die literarischen Belegstellen und bei den selteneren auch die Standstellen mit möglichster Vollständigkeit angeführt werden.

Der erste Teil ist im Jahre 1924 als Beilage von Heft 4/6 der ‚Knygos' erschienen, der zweite im Jahre 1926 als Beilage von Heft 7. Dem zweiten Teile sind einseitig bedruckte Berichtigungen und Ergänzungen zum ersten Teile angeschlossen. Ein ausführliches Namens- und Titelverzeichnis (Sp. 359—430) erleichtert es, sich in dem umfangreichen Stoffe umzuschauen. Drei besondere Verzeichnisse (Sp. 431—454) sind den sogenannten „Kontrafaktien" gewidmet, d. h. Büchern, in denen Ort und Jahr des Erscheinens, im Hinblick auf die russische Pressezensur, falsch angegeben sind.

Ein dritter Teil wird die Jahre 1865—1904 umfassen; er befindet sich bereits im Druck. O. v. B.

Digitized by Google

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Die Gewerkschaften und der Staat in der Sowjetrepublik.
Von *Dr. Salomon Schwarz.*
„Die Arbeit", Zeitschrift für Politik und Wirtschaftskunde, V. Jahrgang, 1. Heft (Januar 1928), S. 45 und ff., 2. Heft, S. 112 und ff.

Schwarz zitiert die Beschlüsse des Ersten Gewerkschafts-Kongresses nach der Revolution, vom Januar 1918, die dahin lauten, die Gewerkschaften in Organe des sozialistischen Staates zu verwandeln. . . . . „Die Entwicklung mußte schließlich in den Gedanken münden, die Gewerkschaften seien als solche überhaupt abzuschaffen. Die Krise brach 1920 aus. Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat wurde im Winter 1920/21 Gegenstand heftigster Diskussion. Die Abkehr von den Prinzipien der kommunistischen Politik der ersten Jahre der Sowjet-Republik hat die führenden Gewerkschaftskreise völlig unvorbereitet vorgefunden. Sie verharrten nach dem Frühjahr 1921 noch in den gewohnten Bahnen. Erst im Januar 1922 veröffentlichte das Zentral-Komitee der kommunistischen Partei seine bekannten Thesen: Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften, die eine grundsätzliche Wendung in der Entwicklung herbeigeführt haben. Nach der Veröffentlichung hat sich der Zentralrat mit dem Gedanken, daß die Gewerkschaften Vertreter der Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Verkäufer der Arbeitskraft zu betrachten sind, befaßt und die Umstellung beschlossen. Die Aufgaben, die staatlichen Charakter tragen, sollten dem Volkskommissariat für Arbeit übertragen werden. Die Stellung der Gewerkschaften in der Sowjet-Republik wurde im Codex der Arbeit vom 30. Oktober 1922 gesetzlich geregelt. Die Gewerkschaften sind seitdem nicht mehr Ausführungsorgan des Staates, sondern nur öffentlich rechtlich anerkannte Vertreter der Arbeitnehmer. Nach der Entschließung des X. Kongresses der kommunistischen Partei März 1921 über „die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" sind diese unbedingt der Partei untergeordnet, vor allem erfolgt die Auslese des leitenden Personals der Gewerkschaften unter der leitenden Kontrolle der Partei. Trotzdem in den letzten 6 bis 7 Jahren die Entstaatlichung der russischen Gewerkschaften „formell" durchgeführt wurde, bleiben sie „materiell" dem staatlichen System der kommunistischen Diktatur, wenn auch nicht unmittelbar, so doch durch die kommunistische Partei fest eingegliedert. H. W.

Der wirtschaftliche Hintergrund der politischen Krise in Rußland.
Von *Professor Boris Brutzkus.*
„Der deutsche Volkswirt", Berlin 1928, 2. Jahrgang, Heft 24 vom 16. März, S. 777/780.

Brutzkus führt die politische Krise in der U. d. S. S. R. auf die Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung zurück. „Alle Schichten der Bevölkerung fühlen, daß die Anstrengungen, eine neue Großindustrie in einem armen Lande aufzubauen, zur Erschöpfung der Kräfte des Landes führen. Zum Wort können aber nur Kommunisten kommen, und so kam es zur Entstehung einer Oppositionsbewegung in der Partei. Diese kennt nur eine einzige Heilmethode, die Rückkehr zum echten Kommunismus. Die soziale Revolution wurde aber schon einmal durchgemacht; die Volksmassen haben auf diesem Wege wenig Glück und viel Unheil gefunden. Darum ist es der herrschenden Oligarchie gelungen, die Opposition zu unterdrücken. Daß der schnelle Ausbau der russischen Industrie zur Linderung der drohend anwachsenden Übervölkerung des platten Landes sehr wünschenswert wäre, ist nicht zu bezweifeln. Daß aber diese Aufgabe bei den ge-

Digitized by Google

gebenen Bedingungen unlösbar ist, liegt auf der Hand. Auch im besten Falle (unter noch stärkerer Heranziehung des Privatkapitals zur Finanzierung der Industrie) vermag das verarmte Rußland aus eigener Kraft seine Industrie nicht aufzubauen. Es braucht dazu einen reichlichen Zustrom ausländischen Kapitals. Es ist schwierig, sich vorzustellen, wie diese Aufgabe des industriellen Aufbaues unter der Roten Fahne des Kommunismus gelöst werden könnte. H. W.

Polizei-Provokation in Rußland. (Police Provocation in Russia.)
Von *Vl. Burtsev.*
The Slavonic Review. Vo. VI, Nr. 17. Dezember 1927. S. 247—267.

Verf. schildert im ersten Teil des Aufsatzes die Tätigkeit des berüchtigten Provokateurs Asew und berichtet über ein Zusammentreffen mit ihm in Frankfurt a. M. im Jahre 1912, also nach Asews Verurteilung durch die Partei. Der zweite Teil berichtet über die heutigen Verhältnisse in Rußland, bespricht die Fälle Schulgin, Sawinkow, Birk und schließt mit den Worten: „Es ist vielleicht nicht allzu phantastisch, anzunehmen, daß die gegenwärtigen Beherrscher Rußlands eines Tages zu der Erkenntnis erwachen werden, daß sowohl die GPU und andere wichtige Behörden, wie die Armee in Händen von Gegenrevolutionären ist." E. P. B.

II. Wirtschaft.

Der Kampf um die Industrialisierung. (V Bor'be za industrializaciju.)
Von *G. Krumin.*
„Èkonomičeskoe Obozrenie", Moskau, Februar 1928, S. 5—15.

Im November 1927 begannen die Schwierigkeiten des Getreideeinkaufes. Die Beschaffung bezifferte sich im Dezember 1927 nur auf 118 Mill. Rubel gegen 148 Mill. Rubel im Dezember des Vorjahres. Gründe: der Bauer, vor allem der Kulak, realisiert Exportprodukte zweiter Ordnung und hortet Getreide in Erwartung künftiger Preissteigerung, falsche Absatzpolitik der verstaatlichten Industrie (zuviel Absatz in den Städten) und unnötige Konkurrenz zwischen staatlichen und genossenschaftlichen Aufkauforganisationen. Von wirtschaftlich wenig einsichtiger Seite wurden als Abhilfsmaßnahmen vorgeschlagen: Erhöhung der Preise für industrielle Erzeugnisse zwecks Eindämmung der kaufkräftigen Nachfrage des Dorfes und Einschränkung der Produktion von Produktionsmitteln zugunsten der Förderung der Produktion von Konsumgütern. Die erste Maßnahme würde aber letzten Endes zur Währungszerrüttung führen, und die letzte würde die zwecks Beseitigung der Disproportionalität zwischen Angebot und Nachfrage nach Industrieerzeugnissen so notwendige Industrialisierung, also die Ausweitung des Produktionsapparates, gefährden. Die offiziösen Sowjetorgane haben sich als Ziel gesetzt: weitere Industrialisierung bei Senkung der industriellen Selbskosten und des Preisniveaus für Industrieprodukte und Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Mittelschichten (Serednjaki) zwecks Brechung des wirtschaftlichen Übergewichts der Großbauern (Kulaki). R. S.

Der imperialistische Kampf um das kaukasische Öl. (Kavkazskaja neft' kak ob'ekt imperializma.) Von *S. Bogdanovski.*
„Mirovoe Chozjajstvo i Mirovaja Politika", Monatszeitschrift, herausgegeben von der Kommunistischen Akademie in Moskau. 1927, Heft 9, S. 17—37.

Im russischen Ölgeschäft der Vorkriegszeit spielte die Standard-Oil keine nennenswerte Rolle, wohl aber die Royal Dutch Shell. Das Interesse der Standard-Oil begann erst mit der Beteiligung an der altbekannten russischen Ölfirma Gebr. Nobel im Jahre 1920 (zu 50 Prozent). Nach der Beendigung der britischen Invasion und der darauffolgenden zweiten Nationalisierung der Ölunternehmungen versuchten die beiden genannten Trusts

Digitized by Google

von den Russen Konzessionen zu erlangen. Die Unterhandlungen, die sich hauptsächlich auf den Konferenzen von Genua und Haag hinter den Kulissen abspielten, zerschlugen sich aber, weil die Russen auf Grund ihrer prinzipiellen politischen Einstellung die verlangte volle Rückerstattung der enteigneten Besitzungen (diese weitgehende Forderung des belgisch-französischen Naphthakapitals hatte sich allmählich durchgesetzt) nicht bewilligen konnten und wollten.

Mit Einsetzen der Nep erschien das russische Öl zum großen Mißbehagen von Standard-Oil und Royal Dutch Shell, die um ihre Preise und damit um ihre Monopolrente besorgt waren, wieder auf dem europäischen Markte. Der gegenwärtige Interessengegensatz zwischen den beiden Öltrusts erklärt sich nun aus einem wirtschaftlichen und einem politischen Grund. Zunächst der wirtschaftliche Grund: die Standard Oil von Newyork, die Standard Oil von New Jersey, die Royal Dutch, die Anglo-Persian-Co. und die Vaccuum Oil hatten ein Einkaufskonsortium für russisches Öl gebildet, um das Preisniveau in Europa zu halten. Hieran war die Standard Oil in starkem Maße interessiert, weil sie auf diese Weise gleichzeitig ihre Absatzmärkte ausdehnen und dabei an Fracht sparen konnte (andernfalls hätte Lieferung von Kalifornien aus erfolgen müssen). England dagegen war an dieser Gemeinschaft relativ wenig interessiert, weil ihm für die in Frage stehenden Absatzmärkte im nahen und fernen Osten rumänisches, ägyptisches und indisches Öl zur Verfügung stand. Der politische Grund: Deterding brach die Verhandlungen zur Erneuerung des Einkaufskonsortiums Ende 1926 ganz plötzlich ab und spannte sich vor die Antisowjetpolitik Chamberlains. R. S.

Das Sowjet-Außenhandelsmonopol. (Sowiecki Monopol Handlu Zagranicznego.) Von *Lychowski.*
„Przemysl i Handel", Warschau 1928, Heft 20, S. 841—844.

Die Monopolisierung des Außenhandels in der Sowjetunion verfolgt im höchsten Maße prohibitive Zwecke und entspringt dem Wunsch, die Handelsbilanz und mittelbar auch die Valuta zu schützen. Das entsprechende Monopol des Binnenhandels aus der Zeit des Kriegskommunismus ist fallen gelassen worden, das Monopol des Außenhandels dagegen besteht zum Schutze des inneren Marktes weiter. Ohne dieses Monopol wäre die Entwicklung der Industrie in der Sowjetunion und die Niedrighaltung der Getreidepreise auf dem inneren Markt nicht möglich.

Durchbrochen worden ist das Außenhandelsmonopol in den Handelsverträgen der Sowjetunion mit Lettland und mit Persien. In dem ersteren Vertrag wird Lettland ein bestimmtes Kontingent zugesichert, im Vertrag mit Persien zum ersten Mal die direkte Verbindung des Auslands mit privaten Händlern der Sowjetunion in beschränktem Maße zugestanden. In beiden Fällen entspringen diese Zugeständnisse der Sowjet-Regierung politischen Tendenzen. Die Hauptbedeutung dieser Durchbrechung des Monopols liegt darin, daß sie Präzedenzfälle schafft. Vor allem stellt auch Deutschland daraufhin die Forderung ähnlicher Zugeständnisse an die Sowjet-Regierung. Überhaupt dürften fremde Staaten in Zukunft beim Abschluß von Handelsverträgen mit der Sowjetunion die Festsetzung von Einfuhrkontingenten verlangen. Es ist fraglich, ob sich die Sowjetunion demgegenüber darauf zurückziehen könnte, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Staaten ohne vertragliche Regelung zu führen. P. R.

Zu den deutsch-sowjetrussischen Handelsvertragsverhandlungen. (Z Powodu Pertraktacyj Handlowych Niemiecko-Sowieckich.) Von *Studnicki.*
„Przemysl i Handel", Warschau, 1928, Heft 17.

Der deutsch-russische Vertrag von 1922 beunruhigte Europa. Die wirtschaftlichen, rechtlichen und ethnographischen Verschiedenheiten zwischen beiden Staaten bewirkten jedoch, daß der Rapallo-Vertrag keine unmittel-

Digitized by Google

baren politischen und wirtschaftlichen Folgen hatte. Trotz der ausländischen Kredithilfe erreichte der russische Außenhandel nicht die Höhe der Vorkriegszeit. Im Jahre 1925 schloß Deutschland, das die erste Stelle im russischen Außenhandel einnimmt, mit Rußland einen Handelsvertrag, dem die wirtschaftlichen Kreise und die Presse in Deutschland jedoch heute erheblich skeptischer gegenüberstehen als vor zwei Jahren. Derartige kritische Stimmen deutscher Zeitungen und Fachzeitschriften führt der Verfasser an und bemerkt, daß in der ohnedies gespannten Atmosphäre der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, insbesondere der Ablehnung neuer russischer Kreditwünsche durch Deutschland, die Verhaftung der deutschen Ingenieure erfolgte. Die Bildung eines deutsch-französischen Syndikats für den Außenhandel mit Rußland hält der Verfasser für nahe bevorstehend.
P. R.

Über den Siebenstundentag. (O semičasovom rabočem dne.) Von *W. Schmidt.* *„Voprosy Truda", Moskau, März 1928, S. 3—11.*

Das Kommissariat der Arbeit und die Kommission der Regierung zur Einführung des Siebenstundentages wenden sich mit aller Schärfe gegen die Überstürzung und Planlosigkeit in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Einführung des Siebenstundenstages ist grundsätzlich von der Erlaubnis der Kommission abhängig. Gegenwärtig wird versuchsweise die Verkürzung der Arbeitszeit in 22 Unternehmungen der Textilindustrie durchgeführt. Das Ergebnis dieser Versuche wird dann maßgebend dafür, in welchem Umfange andere Industriezweige, besonders die Schwerindustrie- für den Siebenstundentag in Frage kommen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dieser Regelung, die die Textilarbeiter in bezug auf die Arbeitszeit gegenwärtig günstiger stellt als die übrige Arbeiterschaft, ist zu verstehen, aber im Interesse der Sache zunächst nicht zu vermeiden. Die Kommission weist ausdrücklich darauf hin, daß die Siebenstundenarbeitszeit nur für die Arbeiter in Frage kommen kann, die unmittelbar an der Produktion beteiligt sind, also nicht für Chauffeure, Hofwächter und dergleichen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch nur in Industriezweigen mit relativ hoher Produktivität der Arbeit möglich; denn im Interesse der russischen Wirtschaft liegt es, trotz geringerer Arbeitszeit erhöhte Arbeitsleistungen zu erzielen.
R. S.

III. Geistiges Leben.

Die Präzisierung des Systems der Volksbildung im Zusammenhang mit den vor unserem Lande stehenden Aufgaben. (Utočnenie sistemy narodnogo obrazovanija v svjazi s zadačami, stojaščimi pered našej stranoj.)

„Na putjach k novoj škole", Moskau 1928, Heft 2, S. 30—36.

Das komplizierte und verzweigte System der Volksbildung in Sowjetrußland bedarf nach der Ansicht des Verfassers verschiedener Reformen. Die Zahl der Grundschulen (die sogen. I. Stufe mit dem vierjährigen Lehrgang) muß bedeutend vergrößert werden; ein Zustand, wie z. B. in Zentralrußland, wo nur 50 Prozent der Kinder eingeschult sind, darf nicht länger bestehen bleiben. Die möglichst schnelle Einführung der allgemeinen Schulpflicht ist jetzt besonders dringend geworden. Wichtig ist es ferner, die kulturelle Arbeit unter den Jugendlichen, die die Schule bereits verlassen haben, weiterzuführen, und zwar in Form einer Arbeitsschule, deren Lehrplan den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeiterjugend genau angepaßt ist. Auf diese Weise können dann auch Kandidaten für die technischen Schulen ausgebildet werden, denen jetzt „maximale Aufmerksamkeit zugewandt werden muß". Denn der Techniker, der Mann der Praxis, hat für Rußland zurzeit eine viel größere Bedeutung als der Absolvent einer mehr wissenschaftlich eingestellten Hochschule.
L. J.

Digitized by Google

Die Organisation der Bibliographie in der Ukraine. (Organizacija bibliografii na Ukraini.) Von *M. I. Sagarda.*
„Žurnal Bibliotekoznavstva ta bibliografii", Nr. 1, Kiew 1927, S. 1—13.

Der Verfasser berichtet über die Gründung der Bibliographischen Kommission bei der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Die Kommission erhielt die Aufgabe, die bibliographische Arbeit aller Institutionen und Organisationen der Ukraine zu koordinieren und zu leiten und insbesondere die Arbeiten zur Herstellung eines ukrainischen bibilographischen Repertoriums zu vereinigen. Der Verfasser betont den Gedanken, daß die rationelle Organisation der Bibliographie die Vorbedingung einer zweckmäßigen Organisation der gesamten Kulturarbeit bildet: Sie muß die Organisation der wissenschaftlichen Forschung, der Bildung und der praktischen Anwendung des Wissens begleiten. Eine nicht organisierte, planlose und nicht koordinierte Bibliographie ergibt nicht die Resultate, die von ihr erwartet werden können. Erforderlich ist nicht nur eine Koordinierung, sondern auch eine wirkliche Organisation der Bibliographie, kurz es muß ein wissenschaftlich organisierter Mittelpunkt geschaffen werden, der aber des offiziell-administrativen Momentes entbehrt. Ein solcher Mittelpunkt ist nun eben die Bibliographische Kommission, die bei der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften organisiert ist und aus den Vertretern der Institute und Organisationen besteht, welche die bibliographische Arbeit betreiben. In dem Artikel wird die Geschichte der Einsetzung dieser Kommission gegeben, sowie auch die Analyse ihres Reglements und der Resolutionen des Plenums der Kommission, welche im April 1927 zusammentrat.

Das Onegin-Museum. (Oneginskij Musej.) Von *M Beljaev.*
„Prožektor", literarisch-künstlerische Wochenschrift, Moskau, 15. April 1928, S. 29/30.

Der Verfasser, Leiter des Puschkin-Hauses in Leningrad, schildert die Geschichte der Entstehung der sogenannten „Onegin-Sammlung", die vor kurzem aus Paris gebracht worden ist. Bereits in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann ein leidenschaftlicher Verehrer Puschkins, Alexander Otto, der später den Namen des Puschkinschen Helden „Onegin" angenommen hat, Manuskripte, Dokumente, Bilder, kurz, alles zu sammeln, was mit dem Leben und Schaffen des größten russischen Dichters und seiner Zeitgenossen und Freunde im Zusammenhang stand. Den wichtigsten Bestandteil dieser Sammlung bildeten Puschkinsche Manuskripte aus dem Nachlaß des Dichters Schukowskij, die Otto im Jahre 1883 von dem Sohne des Dichters als Geschenk erhielt. Darunter befinden sich 24 zum Teil unveröffentlichte Gedichte, Manuskripte und Varianten von „Eugen Onegin", „Boris Godunow", „Kapitäns Tochter", die unvollendete Dichtung „Jeserski" u. a., ferner zahlreiche Briefe, Zettel und Notizen von Puschkin, Autographen von Aksakow, Gogol, Lermontow, Bakunin, Tjutschew, Delvig, Turgenjew — eine Fülle von Material, das für die Puschkin-Forschung von unermeßlichem Wert ist. Sehr interessant ist ferner die ikonographische Abteilung des Museums, die Porträts, Zeichnungen und Skulpturen bekannter zeitgenössischer Künstler, die Puschkin und andere russische Dichter darstellen, enthält; hervorzuheben sind auch posthume Bildnisse von Puschkin und ein seltenes Exemplar seiner Totenmaske. Die Reliquienabteilung nimmt in dieser Sammlung eine besondere Stelle ein: hier findet man ein Album der Frau Rosset-Smirnowa, der geistvollen Freundin Puschkins, mit seinen Autographen, sowie Gedichten von Lermontow und Wjasemsky, Lermontows Zeichnungen, mehrere Alben mit Zeichnungen von Schukowskij, Bilder und Gravüren aus dem Besitz Puschkins usw.
Das Puschkin-Haus wird sich in der nächsten Zeit mit der Sonderung und Untersuchung des eingetroffenen Materials befassen; nach der Beendigung der Vorbereitungsarbeiten wird eine Ausstellung geplant, welche die breiten Massen mit dieser wertvollen Sammlung bekanntmachen wird. E. S.

Digitized by Google

Für die Einheit der nationalen Gruppen der proletarischen Literatur. (Za edinstvo nacional'nych otrjadov proletarskoj literatury.) Von *A. Selivanovskij.*
„Na literaturnom postu", Moskau 1928, Heft 5, S. 33—38.

Die Oktoberrevolution hat mit der gewaltsamen Assimilierung der nationalen Minderheiten der Zarenzeit gebrochen, wodurch der Konsolidierungsprozeß bei einer ganzen Reihe von Völkern der Sowjetunion einsetzen konnte. Es entsteht aber gleichzeitig die schwerwiegende Frage, ob eine proletarische Kultur, folglich eine proletarische Literatur, in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern, wie Weißrußland, Armenien — von den Jakuten- und Tschuwaschengebieten ganz zu schweigen — überhaupt möglich sei. Der Verfasser bejaht diese Frage, glaubt jedoch mit der Beeinflussung der Literatur dieser Völker durch starke bäuerliche Elemente rechnen zu müssen. Am Beispiel der Literatur der Tschuwaschen, die unter dem Einfluß der proletarischen Kultur der höherstehenden Nachbarländer immer mehr „proletarisch gefärbt" wird, sucht Selivanovskij aber die große erzieherische Bedeutung der Vereinigung der proletarischen Schriftsteller der Sowjetunion — VAPP, in der zurzeit etwa 30 Völker vertreten sind, nachzuweisen. Diese Organisation muß eine Schule der internationalen Erziehung für die bäuerliche Literatur in einer ganzen Reihe von nationalen Gebieten werden; „die Geschlossenheit in den Reihen der proletarischen Schriftsteller muß unantastbar sein; denn sie ist die erste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf mit den verschiedenen Formen des Nationalismus bei allen Nationen". L. J.

Noch einmal über die schöpferischen Wege der proletarischen Literatur. Ešče o tvorčeskich putjach proletarskoj literatury.) Von *V. Ermilov.*
„Na literaturnom postu", Moskau 1928, Heft 6, S. 14—21.

Eins der brennendsten Probleme der proletarischen Literatur ist „das Problem der künstlerischen Gestaltung des lebenden Menschen von heute". Die uns fern stehenden, der Gegenwart entrückten Helden von Tolstoj sind „lebendiger, konkreter, greifbarer als die von den talentvollsten proletarischen Dichtern geschaffenen Typen... So groß ist die Kunst der Klassiker, solche schöpferischen Höhen haben sie erreicht, daß die objektiven, allmenschlichen Elemente ihrer Werke öfters die subjektiven Klassenelemente, die reaktionären, der proletarischen Weltanschauung feindlich gegenüberstehenden Elemente aus dem Bewußtsein des Lesers verdrängen. Und es wäre irrsinnig, kindisch... die Tatsache zu verkennen, daß die jungen proletarischen Dichter, ohne von jemanden dazu gezwungen zu werden, eifrig zu den Klassikern in die Lehre gehen". Und lediglich ein verschiedenes Verhältnis zum Unbewußtsein unterscheidet die Dichter, die materialistisch, von denjenigen, die idealistisch eingestellt sind. „Die sauersüße Pietät vor den Klassikern und deren barbarische oder intellektuellstilisierte Geringschätzung sind uns gleich fremd. Fremd ist uns auch die Furcht vor der ‚Ansteckung' von den Klassikern, vor der Beeinflussung durch reaktionäre Motive in ihrem Schaffen. Selbstverständlich, eine solche Gefahr besteht und sie ist nicht gering. Allein die Furcht vor ihr können nur diejenigen haben, die keinen Glauben an die schöpferische Kraft des Proletariats, seiner Kultur und seiner Kunst besitzen." L. J.

Das Theater im vergangenen Jahr. (Teatr za god.) Von *A. Glebov.*
„Na literaturnom postu", Moskau 1928, Heft 6, S. 61—65.

Ein Überblick über die diesjährge Theatersaison in Moskau ergibt, daß 75 Prozent aller neuen Aufführungen (über 40 an der Zahl) als mißlungen und farblos anzusehen sind. „Nicht weniger als die Hälfte davon waren Kitsch, dekadente Stimmung und oberflächliche Exotik." Gefährlicher scheint aber dem Verfasser die Tatsache, daß der Historismus die Bühne dermaßen erobert hat, daß die Gegenwart aus ihrem Gesichtskreis vollkommen verschwunden ist. Ferner stand die Theatersaison im Zeichen des

Digitized by Google

wachsenden Einflusses der „Mitläufer" auf das Theaterrepertoire. „Man muß sagen, schreibt Glebow, daß vom Standpunkt der Interessen des Sowjettheaters im ganzen es eine fortschrittliche Erscheinung ist: diese Dichter bringen mit sich die Kultur der echten Literatur, die tiefere psychologische Gestaltung der Typen, die der Schauspieler so nötig hat, ohne die das Theater verkümmert und die leider unserer professionellen Dramaturgie in einem sehr geringen Maße eigen sind. Allein man darf nicht die politische Seite dieser Erscheinung übersehen. Die Mitläufer fördern größtenteils diejenigen Tendenzen und Stimmungen, die der Vorwärtsbewegung der rechtsstehenden Theater einen Zickzackcharakter verleihen". Und so ist es, nach der Meinung von Glebov, von größter Wichtigkeit, die proletarischen Dichter anzuspornen, an der Arbeit für das Theater aktiv teilzunehmen. L. J.

B. Polen.

Die Entwicklung der polnisch-russischen Handelsbeziehungen. (Rozwoj Polsko-Rosyjskich Stosunkow Handlowych.) Von *Ringman.*
„Przemysl i Handel", Warschau 1928, Heft 13.

Die Gebiete des heutigen Polens hatten vor dem Krieg eine aktive Handelsbilanz gegenüber Rußland und zwar vor allem dank der Ausfuhr von Textilwaren aus Kongreßpolen, die etwa 250 Millionen Goldrubel jährlich ausmachte. Die Aktivität der Handelsbilanz gegenüber Rußland ist Polen auch in der Nachkriegszeit erhalten geblieben, wenn auch die absoluten Ziffern erheblich geringer sind. Ringman untersucht den polnisch-russischen Warenaustausch im einzelnen an Hand der Statistik und kommt dabei u. a. zu dem Ergebnis, daß die Schwerindustrie Polnisch-Oberschlesiens gute Absatzaussichten in Rußland habe. Allerdings hänge die Ausfuhr nach Rußland nicht nur von wirtschaftlichen, sondern vielleicht noch mehr von politischen Faktoren ab. P. R.

Die polnisch-französischen Handelsbeziehungen. (Stosunki handlowe polsko-francuskie.) Von *L.*
„Przemysl i Handel", Warschau 1928, Heft 18, S. 741/42.

Die polnisch-französische Handelsbilanz war von Anfang an für Polen ungünstig. Im Jahre 1926 betrug die Einfuhr aus Frankreich nach Polen 67 Millionen Goldfrank, die Ausfuhr aus Polen nach Frankreich 47 Millionen Goldfrank, im Jahre 1927 die polnische Ausfuhr 25 Millionen, die Einfuhr 125 Millionen Goldfrank. Nach der französischen Statistik ist die Passivität der Handelsbilanz zuungunsten Polens vorhanden, wenn sie auch niedriger angegeben wird. Auch im laufenden Jahre hat sich der polnisch-französische Handel weiter zuungunsten Polens entwickelt. Da die ungünstige Entwicklung der Handelsbilanz für Polen auf den Rückgang der polnischen Ausfuhr zurückgeht, ist auch keine Besserung zu erwarten. Die Ursache dieser Benachteiligung Polens liegt in dem polnisch-französischen Handelsvertrag vom 9. Dezember 1924, der Frankreich die Meistbegünstigung ohne Gegenseitigkeit gibt. Die protektionistische französische Handelspolitik hat sich daher im Sinne einer fortgesetzten Einschränkung der polnischen Einfuhr ausgewirkt. Ein polnisch-französischer Handelsvertrag müßte unter gleichen Bedingungen für beide Seiten abgefaßt und hierbei das Interesse der polnischen Ausfuhr besonders berücksichtigt werden. P. R.

Die Judenfrage in Polen. (la question juive en Pologne.) Von *Tadeusz Holowko, Apolinaris Hartglass und Etienne Fournol.*
„Le monde slave", Paris, September 1927, S. 374—416.

Ein Pole und ein Jude behandeln unabhängig voneinander das gleiche Problem, das sie beide für verhältnismäßig leicht lösbar halten; dagegen

Digitized by Google

erklärt der Franzose, der zu den Äußerungen der Beiden Stellung nimmt, die Judenfrage in Polen für schwierig.

Nach Hołowko ist die Judenfrage hauptsächlich durch die Agitation der Zionisten kompliziert worden, deren Anstrengungen das Zustandekommen des Minderheitenvertrages („ce fameux traité des minorités nationales") zu danken ist. Inzwischen haben die Juden sich mit der Existenz eines mächtigen polnischen Staates abgefunden, und die Polen sehen ein, daß der Antisemitismus ihnen im Auslande schadet. In Polen leben 2 Millionen Juden (Hartglass gibt mindestens 3 Millionen an, und diese Zahl wird von Fournol übernommen). Die Polen wollen die jüdische Organisation auf der freiwilligen Kultgemeinschaft aufgebaut sehen; die jüdischen Führer wollen eine nationale Zwangsgemeinschaft mit schulischen, kulturellen und sozialen Aufgaben durchsetzen und den „Jargon" im Verkehr mit Gerichten und Selbstverwaltungsbehörden anerkannt wissen. In der Praxis geht die Entwicklung dahin, daß die besten Elemente des Judentums sich dem Polentum assimilieren und auch die übrigen in steigendem Maße polnisch als Umgangssprache annehmen. Der Staat müßte den Juden in kulturellen und sozialen Fragen entgegenkommen. Die — meistens in den Städten lebenden — Juden sind in der Mehrzahl arm, kleine Händler. Als Zwischenhändler wirken sie verteuernd, anderseits durch Marktgewinnung und Kreditvermittlung im Auslande anregend auf die Wirtschaft. Eine Lösung der Frage ihrer übergroßen Zahl wird sich in absehbarer Zeit ergeben, indem die meisten Juden nach Rußland, aus dem sie in zaristischer Zeit in die westlichen Gouvernements abgeschoben wurden, zurückwandern werden.

Hartglass ist der Ansicht, daß die Judenfrage lediglich dadurch kompliziert wird, daß sie im Gegensatz zu allen andern Minderheitsfragen ein internationales Problem ist. Die nationale Verbundenheit der Juden, auch über die Staatsgrenzen hinweg, ist sehr stark, die Assimilierung der Intellektuellen nur scheinbar. Der polnischen Industrie haben die Juden Märkte gewonnen, der Handel ist aus historischen Gründen fast ganz in ihrer Hand. Ihr wirtschaftlicher Kampf mit dem Polentum muß sich ungedrängt, ohne Eingreifen des Staates, entwickeln können. Eine Abwanderung ist nicht möglich; den Juden muß eine weitgehende kulturelle Autonomie gewährt werden. Das ist um so leichter möglich, als die Juden, abgesehen von den Ansätzen in Palästina, keinen eigenen Staat und in Polen kein geschlossenes Siedlungsgebiet besitzen; infolgedessen sind sie bescheidener und ungefährlicher als andere Minderheiten.

Fournol geht ausdrücklich auf die historische Entwicklung der Judenfrage in Polen ein. Wenn die Juden wieder nach Rußland abströmen sollen, muß man ihnen die Möglichkeit technischen Unterrichts geben. Wirtschaftlich geht die moderne Entwicklung, insbesondere bei den stark genossenschaftlich eingestellten slavischen Völkern, gegen den kleinen Zwischenhändler; dieser wirtschaftliche Kampf muß loyal in manchesterlichem Geiste geführt werden. Parlamentarisch könnte die Entwicklung so laufen, daß die jüdischen Gruppen sich (ähnlich den Deutschen in der Tschechoslowakei) mit den ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Interessenverbänden des Polentums verbünden. Bei jedem Lösungsversuch der Judenfrage muß darauf Bedacht genommen werden, daß das System von Versailles nicht erschüttert werde. R. R. B.

Die ukrainische Universitätsfrage in Lemberg. Von *Wasyl Mudry*, Lemberg. *„Natio", 1927, Nr. 7—8, S. 23—53.*

Der Verfasser, Chefredakteur der ukrainischen Zeitung „Dilo" (Tat), zeichnet in kurzen Umrissen die Geschichte des Kampfes der Ukrainer um die Universität Lemberg. Dieser Kampf, der mehrere Jahrzehnte dauert (die Universität wurde im Jahre 1817 gegründet als eine ursprünglich deutsche, später ukrainisch-polnische Lehranstalt), hat seit 1918 einen besonders er-

Digitized by Google

bitterten Charakter angenommen, als die Polen nach der Besetzung Lembergs die Universität gewaltsam zu polonisieren anfingen. Die ukrainische Öffentlichkeit sah sich bald gezwungen, da alle Versuche, auf legalem Wege etwas zu erreichen, zunichte wurden, 1920 eine geheime ukrainische Hochschule zu organisieren, die sich auch erfolgreich entwickelte: sie zählte bald 44 ukrainische Dozenten und 1260 Hörer. Die Repressalien seitens der polnischen Regierung wurden aber immer schärfer, und bereits Ende 1925 mußte die geheime Hochschule ihre Arbeit einstellen. Bis heute hat das sieben Millionen starke ukrainische Volk keine eigene Hochschule in Polen, was auch mit der polnischen Verfassung, nach welcher spätestens Ende 1924 eine ukrainische Universität gegründet werden mußte, im Widerspruch steht. E. S.

Das literarische und künstlerische Polen in Paris. (La Pologne littéraire et artistique in Paris.)

Die Polen im Salon d'Automne. (Les Polonais au Salon d'Automne.) Von *Zygmunt St. Klingsland.*
„La Pologne littéraire" v. 15. März 1928.

Die Tätigkeit der Gesellschaft „Les amis de la Pologne" in Paris hat viel dazu beigetragen, das Interesse für die polnische Kultur in der französischen geistigen Welt wachzurufen. Auch erscheinen in der letzten Zeit Veröffentlichungen über Polen (wie z. B. „La Pologne vivante" von Charles Delvert), die den Versuch machen, den Gesamtkomplex der polnischen Probleme klarzulegen. Doch haben es die Pariser nicht nötig, zum Buch zu greifen, um sich eine Vorstellung von der polnischen modernen Kunst zu bilden: zahlreiche Vertreter aller Künste, denen Paris zur zweiten Heimat geworden ist, erfüllen diese Aufgabe viel besser.

Der bekannte Schriftsteller und Übersetzer Boy-Zelenski, der in Paris aufs glänzendste gefeiert und dem von den französischen Dichtern sogar der Ehrentitel „Parisien h. c." verliehen wurde, hielt Vorträge über polnische Literatur in der Sorbonne. Die polnischen Musiker, zu einer „Association des jeunes musiciens polonais" vereinigt, veranstalten oft Konzerte, die sich eines regen Besuches erfreuen. Auch die bildende Kunst ist in Paris reich vertreten. Die Ausstellungen von Dobrycki (Bilder und Keramiken) und M. Piramowicz haben die Aufmerksamkeit der vornehmsten Kritiker auf sich gezogen. An der traditionellen Ausstellung im „Salon d'Automne" haben die polnischen Künstler wie gewöhnlich teilgenommen; doch scheint, nach der Bemerkung des Verfassers, der Nivellierungsprozeß, der sich auch im Kunstleben spiegelt und den er mit der Entwicklung der internationalen modernen Technik in Zusammenhang bringt, auch die polnischen Maler berührt zu haben: die Ausdrucksmittel sind überall die gleichen, die polnischen Bilder unterscheiden sich durch keine nationalen Motive von den Hunderten anderer ausgestellter Werke, die alle wie ein Ausdruck des internationalen Geschmacks anmuten. Paris wird bald in der Lage sein, sich ein besseres Bild von der polnischen modernen Kunst zu machen; denn eine Gesamtausstellung von Malerei, Plastik und Graphik wird noch im laufenden Jahre stattfinden. E. S.

Von den aktuellen Problemen. (Die Geschichte der polnischen Delegation in Rußland.) (Z aktualnych zagadnien [Z dziejow polskiej delegacji w Rosji.]) Von *J. Julicz.*
„Przeglad wspolczesny", Warschau, Februar 1928, Nr. 70, S. 317 ff.

Der Aufsatz berührt die in den polnischen Zeitschriften oft behandelte Frage über die Rückgabe der polnischen Kunstobjekte, die im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts von den russischen Behörden konfisziert und während des Weltkrieges aus Galizien als Kriegsbeute nach Rußland mitgenommen wurden. Die fast sechsjährige Tätigkeit der speziellen pol-

Digitized by Google

nischen Delegation in Moskau hat nur wenig zur Lösung dieser Frage beigetragen. Die Sitzungen einer gemischten russisch-polnisch-ukrainischen Kommission haben zwar zu einem am 16. November 1927 in Warschau unterschriebenen Vertrag geführt, laut welchem die polnischen Museenschätze bis spätestens 1. Juli 1927 zurückgeliefert werden sollen, doch steht der Verfasser diesem Vertrag, der im Sinne des 9. Art. des Rigaer Traktats abgefaßt wurde, sehr skeptisch gegenüber: bleiben doch die wertvollsten Bilder (wie z. B. die von Fragonard und Della Vecchia) laut einer Klausel dieses Vertrages in Rußland, durch „äquivalente" Bilder ausgetauscht; auch die Verhandlungen über die Rückgabe der polnischen Büchersammlungen, die sich zum größten Teil in der Leningrader Öffentlichen Bibliothek befinden, sind ergebnislos verlaufen. Die polnischen Kunstgegenstände spielen aber nach der Meinung des Verfassers nur eine geringe Rolle im Leben der reichen russischen Museen, so daß ihre Rückgabe für Rußland gar nicht empfindlich wäre; freilich wurde vieles durch die Mißstände der ersten Revolutionsjahre beschädigt, manches ist auch spurlos untergegangen. Dem Vertrag vom November 1927 schreibt der Verfasser eine große moralische Bedeutung zu — er erblickt in ihm den Abschluß einer alten Rechnung, die noch von den Tagen der ersten Teilung Polens datiert, von Rußland aber bis heute noch nicht beglichen ist. E. S.

C. Litauen.

Zu den Verhandlungen mit Litauen. (Na Marginesie Rokowan Z Litwa.) Von *C. P.*
„Przemysl i Handel", Warschau 1928, Heft 14.

Die polnisch-litauischen Beziehungen werden im allgemeinen nur unter politischen Gesichtspunkten betrachtet. Es ist daher sehr erfreulich, daß unter dem Titel „Litauen" ein Buch des Departementsdirektors im Finanzministerium, Starzynski, erschienen ist, das die wirtschaftliche Seite dieser Beziehungen beleuchtet. Eine solche wirtschaftliche Betrachtung der litauischen Frage führt zu folgendem Ergebnis: „Die gesamte Wirtschaftspolitik Litauens wurde, allen gesunden Voraussetzungen zuwider, dem rein politischen Interesse der litauischen Regierung untergeordnet... Diese Politik der Regierung in Kowno hat Litauen von dem Deutschen Reich abhängig gemacht, und heute ist der Augenblick gekommen, wo Herr Woldemaras sich sagen muß, ob diese Abhängigkeit von Deutschland zum Äußersten getrieben werden soll, was Deutschland durch entsprechende Wünsche beim Zolltarif fordert, oder ob der litauische Staat dadurch zur Gesundung gebracht werden soll, daß normale Beziehungen des Austauschs mit seinem nächsten Nachbarn, Polen, hergestellt werden." P. R.

G. Deutscher Osten.

Das Memelproblem. (Zagadnienie Klajpedy.) Von *Studnicki.*
„Przeglad Gospodarczy", Warschau 1928, Heft 7 vom 1. April.

Mit Danzig und Gdingen ist die Frage des Zugangs zum Meer für Polen nicht gelöst. Auch Memel, Litauen, Riga und Königsberg können für den polnischen Handel eine große Rolle spielen. Litauen hat Memel weder aus historischen noch aus ethnographischen Gründen erhalten, und die geographische Lage gibt Polen ein nicht geringeres Recht auf Memel. Die einzige annehmbare Lösung wäre die provisorische Errichtung einer Freistadt Memel, wobei die polnischen und litauischen Interessen gleichberechtigt sein müßten. Zum Ausbau des Memeler Hafens könnte Polen beitragen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht Memel wirtschaftlich zurück. P. R.

Digitized by Google

Das Problem Ostpreußens im Lichte der natürlichen Kräfte. (Problem Prus Wschodnich w Swietle sil Przyrodzonych.) Von *Prutenus.*
„Przeglad Polityczny", Warschau, Band 8, Heft 1—2, Januar/Februar 1928.

Nach der Ansicht von Prutenus „verdankt Ostpreußen seine Entstehung in der Geschichte Polen und war von diesem Jahrhunderte hindurch abhängig". In der jetzigen Lage Ostpreußens sieht er eine „Vergewaltigung natürlicher Rechte", deren Folgen aber nur vorübergehend Bestand haben können. Von diesem Gesichtspunkt aus wendet sich der Verfasser zunächst gegen die deutsche Auffassung über die geographischen Zusammenhänge Ostpreußens mit Pommern und dem übrigen Deutschland, seine Geschichte und Siedlungsgeschichte. Nach seiner Ansicht ist Pommern ethnographisch immer polnisch-slawisch gewesen, ist Ermland und Masuren heute noch von einer geschlossenen Masse polnischer Bevölkerung bewohnt, während die Deutschen Ostpreußens nicht Germanen, sondern ein Mischvolk aus Preußen, Litauern, Polen und zugewanderten Kolonisten vorstellen. Die ostpreußische Kultur war bis zu den Teilungen Polens polnisch, und bis dahin hat Ostpreußen auch keine deutschen Dichter oder Gelehrte hervorgebracht. „Kopernikus und Hosius waren Polen, Kant war schottischer Abstammung." Die natürlichen Wirtschaftlichen Kräfte weisen Ostpreußen noch heute auf die Verbindung mit Polen hin. Die wirtschaftlichen Ost-West-Verbindungen Ostpreußen zu erhalten, bedeutet demgegenüber Imperialismus und Vergewaltigung. Seine Ansicht über die enge wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Polen und Ostpreußen stützt Prutenus schließlich auf deutsche Äußerungen aus ostpreußischen Kreisen: die Zollunion mit Polen, die der Syndikus der Königsberger Handelskammer Simon 1919 in einer Broschüre empfohlen habe, sei die einzige Rettung für Ostpreußen. Der Artikel schließt mit Hinweisen auf die Rolle Ostpreußens als Mittelpunkt deutscher Rüstungen und Revanchebestrebungen.

P. R.

H. Russische Emigration.

10 Jahre der Emigrantenliteratur. (Desjat' let literatury za rubežom.) Von *D. Gorbov.*
„Pečat' i revoljucija", Moskau 1927, Heft 8, S. 9—35.

Der interessante Artikel zeigt die Stellungnahme der sowjetrussischen Intellektuellen zu den in der Emigration lebenden russischen Dichtern. Nach der Ansicht von Gorbov sind die Letzteren zwar durch die Ablehnung der proletarischen Revolution miteinander verbunden, ihren kulturellen und Klassenmerkmalen nach jedoch nicht einheitlich. Die vorrevolutionäre Trennung in Symbolisten und Realisten trifft auch heute auf sie zu, nur daß jetzt die realistische Richtung stärker vertreten ist. Unter den Symbolisten, zu denen der Verfasser nicht nur Merežkovskij und Gippius, sondern auch Ivan Bunin und Boris Zajcev zählt, kommt die erste Stelle zweifellos Bunin zu. Der Dichter, der typische Vertreter des Adels, zeigt als großer Künstler mit maximaler, dem Künstler zugänglichen Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit und Überzeugungskraft das Wesen seiner Klasse auf. Jedoch der Zerfall der früheren Lebensformen ruft in ihm „den Zorn auf die Welt" hervor und zwingt ihn, im Tod den einzigen Ausweg aus dem Kampf zu sehen. Auch in den Werken anderer, Bunin nahestehender Dichter, glaubt Gorbov den „Todesgeruch" feststellen zu können. Und dies ist es auch, was der Verfasser den Emigranten vorzuwerfen weiß. „Von jedem größeren Dichter, meint er, haben wir das Recht zu fordern, daß er thematisch Bedeutendes leistet, daß er vor allen Dingen aktuell ist... Es braucht nicht unbedingt ‚revolutionärer' Stoff zu sein. Man kann auch ohne Barrikaden und ohne Lederjacken auskommen. Die Fabriken sind gleichfalls durchaus nicht obligatorisch... Die dichterische Flöte muß nicht

Digitized by Google

unbedingt revolutionäre Hymnen spielen: die Revolution braucht keine Lobgesänge. Wir wollen nur eins: daß ihre (d. h. der Emigranten) Lieder in uns den Willen zum Schaffen wecken, daß sie zum Leben und Kampf rufen, daß sie uns nicht in die Seen der Vergangenheit oder in den benachbarten Sumpf führen, in der freundlichen Absicht, uns dort ertrinken zu lassen." Da aber die Emigrantenliteratur diese Forderung nicht erfüllt, so ist sie dem Untergang geweiht. Dies bezeugt auch der sich allmählich vollziehende Übergang von verschiedener Dichtern aus dem feindlichen Lager auf die Seite Sowjetrußlands, sowie „das Kreisen in der Abstraktion, das Unvermögen, die großen Probleme der Zeit anzupacken, das den besten Werken der Emigranten einen Ausdruck der Leblosigkeit verleiht".

L. J.

Notizen.

Ein neues russisches medizinisches Zentralblatt.

Das russische medizinische Schrifttum war bisher außerordentlich unübersichtlich. Die Entwicklung des letzten Jahrzehntes, die eine Menge neuer Zeitschriften für Sowjetrußland brachte, machte diese Zustände nur noch verwickelter. Daher ist es zu begrüßen, daß im Staatsverlag in Moskau seit dem 1. Januar 1928 endlich ein Referatenblatt erscheint (herausgegeben von Glawnauka), das diesem Übelstand abhelfen will. Das ganz im Stil der Springerschen Zentralblattes gehaltene „Zentralni Medizinski Journal" (Medizinisches Zentralblatt) erscheint jährlich in 12 Heften (zu insgesamt 3000 Seiten). Es werden 146 russische Zeitschriften aus dem Gebiet der gesamten Medizin (einschließlich Verwaltungs- und Versicherungsmedizin) und Tierheilkunde referiert. Damit die deutschen Gelehrten sich auf dem laufenden halten können, erhalten 4 große deutsche Büchereien von nun an regelmäßig das russische Zentralblatt und zwar die Staatsbibliotheken von Berlin, Hamburg und München und die Universitätsbibliothek Königsberg i. Pr. H. Z.

Mitarbeit der Sowjetunion an der internationalen Vereinheitlichung der Seefrachtverträge.

Bereits vor dem Kriege entwarfen die einzelnen Reederverbände sowie die internationalen Reederkonferenzen Seefrachtvertragsformulare. Die Ausarbeitung dieser Formulare geschah im Einverständnis mit den Verbänden der Ein- und Ausfuhrhändler, Spediteure und aller sonst an der Warenbeförderung zur See interessierten Kreise. Die verbands- oder konferenzangehörigen Reeder waren bei Gefahr erheblicher Vertragsstrafen an die vereinbarten Formularverträge gebunden. Besondere Bedeutung hatten die Seefrachtvertragsformulare für den baltischen Holzhandel.

Die Standardisierungsbestrebungen wurden nach dem Kriege im ganzen Umfange wieder aufgenommen. Ziel der Vertragsvereinheitlichung sind Stetigkeit und Übersichtlichkeit des Frachtenmarktes, dessen Bewegungen nach Menge und Bestimmung der zu befördernden Waren und nach dem verfügbaren Schiffsraum durch Normenvereinbarung der wirtschaftlichen Gegenspieler von den unmittelbar Beteiligten selbst geregelt werden sollen. Die Standardisierung der Seefrachtverträge ist ebenso wie das System der Reederkonferenzen eine der charakteristischsten Erscheinungen der modernen Planwirtschaft. Durch ein als innere Verbandsnorm geltendes wirtschaftliches Organisationsrecht versucht die Privatwirtschaft die ehemals ungebundene freie Konkurrenz als bewegende Kraft einer selbstgesetzten Ordnung aufzufangen. Die Konkurrenz innerhalb gleicher

Digitized by Google

Gewerbe wirkt sich im Rahmen der entsprechenden Gewerbeverbände aus, der Kampf zwischen Gewerben, die sich als wirtschaftliche Gegenspieler entgegenstehen, wird durch Vereinbarung von Verband zu Verband geregelt.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß die Sowjet-Außenhandelsagenturen den Vereinbarungen zur Standardisierung der Seefrachtverträge beizutreten suchen. Das Documentary Comittee der britischen Chamber of Shipping berichtet über derartige Verhandlungen (vgl. Lloyds List, 26. Mai 1928, S. 8), ihr Zustandekommen bedeutet Mitarbeit der Sowjetunion an den modernen Organisationsbestrebungen der privaten Wirtschaft. P. W.

Gastspiel des Moskauer Jüdischen Akademischen Theaters im Ausland.

Die Truppe des Moskauer jüdischen Akademischen Theaters, bestehend aus 40 Mitgliedern mit ihrem Direktor Alexis Granowski an der Spitze, hat auf ihrer Auslandstournée zuerst Berlin aufgesucht, wo sie im Theater des Westens von Mitte April bis Mitte Mai spielte.

Aufgeführt wurden „200 000", „Die Reise Benjamin III." und „Die Hexe", freie Bearbeitungen von Scholem Aleichem, Mendele Maicher Sforim und Goldfaden. Die im Stile der comedia del arte gehaltenen Singspiele in jiddischer Sprache hatten großen Erfolg beim Publikum und der gesamten Presse. Hervorgehoben wurde das straffe Zusammenspiel, der starke Rhythmus, die Präzision der Ausführung auch der kleinsten Rollen, sowie die schauspielerische Leistung von Michoels und Susskin. Die Truppe hat sich zu einem Gastspiel nach Frankfurt a. M. begeben, von wo sie nach Paris geht. Das Repertoire für die Pariser Spielzeit enthält außer Stücken von Perez und Scholem Aleichem den „Trouadec" von Jules Romain. R. W.

Luftverkehr Berlin—Leningrad.

Am 6. Juni wird das um 23 Uhr auf dem Berliner Zentralflughafen in Richtung Königsberg startende Großflugzeug der Deutschen Luft-Hansa zum ersten Male Passagiere und Güter befördern, welche am 7. Juni früh 4,30 Uhr in Königsberg über Riga—Reval Anschluß nach Leningrad finden. Die Reisenden treffen um 6,45 Uhr in Riga, um 9,40 Uhr in Reval und um 13,15 Uhr, also nach zirka vierzehnstündigem Fluge, unter vorteilhafter Ausnutzung der Nacht, in Leningrad ein. Im Rahmen des Sommerflugplanes wird die neue Verbindung werktäglich in beiden Richtungen beflogen. Zum Einsatz gelangen deutsche Verkehrsmaschinen. Dank dieser neuen Verbindung sind auch Lettland, Litauen, Estland und Finnland auf dem schnellsten Wege von Deutschland aus erreichbar, denn mit dem Flugzeug dauert die Reise von Berlin nach Riga 7 Stunden 45 Minuten, nach Reval 10 Stunden 40 Minuten und nach Leningrad 14 Stunden. Der Zeitgewinn gegenüber der Eisenbahn beträgt bis Riga 19 Stunden, bis Reval 32 Stunden und bis Leningrad 56 Stunden. In Reval besteht direkter Anschluß nach Helsingfors. Die Preise auf den angegebenen Strecken entsprechen etwa den Eisenbahntarifen erster Klasse zuzüglich Schlafwagenzuschlag. (Ab Berlin bis Riga 155 M., Reval 205 M., Helsingfors 230 M., Leningrad 260 M.)

Das Bibliographische Institut in Kaunas.

Seit Ende 1924 besteht in Kaunas in engem Zusammenhange mit der Universität ein staatliches Bibliographisches Institut (Bibliografijos Institutas). Sein Aufgabenkreis ist nicht weitgreifend sondern völkisch und räumlich begrenzt umrissen; er umfaßt: „Registrierung, Ordnung und Herbeiführung" einer „Bibliographie" über Druckerzeugnisse litauischer Sprache oder fremdsprachiger Druckerzeugnisse über Litauen, mögen sie in Litauen oder anderwärts erschienen sein. Der Zusammenhang mit der Universität besteht darin, daß jede der sieben Fakultäten eines ihrer Mitglieder zum Mitglied des Instituts ernennt, und daß Direktor des Instituts immer der Leiter

Digitized by Google

der Universitätsbibliothek ist; er tritt auch darin in die Erscheinung, daß die technische Arbeit durch das Personal der Universitätsbibliothek erledigt wird. Die internationalen Beziehungen werden durch Vermittlung der „Nationalen litauischen Kommission für internationales intellektuelles Zusammenarbeiten" gepflegt. Als erstrebenswertes Ziel schwebt vor: periodische Veröffentlichung eines alphabetischen Verzeichnisses der Neuerscheinungen und alljährliche Veröffentlichung eines systematischen Verzeichnisses. Das periodische Verzeichnis soll in litauischer und einer Fremdsprache erscheinen. Bisher ist es aus Mangel an Mitteln nicht gelungen, dieses Ziel auch nur zum Teil zu verwirklichen.

Seit Anfang 1928 bedient das Institut sich als bibliographischen Publikationsorgans der „Bibliographischen Nachrichten" (Bibliografijos Žinios), die vom Pressefonds (Spaudos Fondas) des „Berufsverbandes der Lehrer Litauens" (Kaunas) herausgegeben werden und alle zwei Monate erscheinen sollen. Bisher ist ein Heft (Nr. 1 Januar-Februar) erschienen (8°, 30 S.). Neben Rezensionen, Bücherchronik und -statistik wird eine systematische Zusammenstellung der im Jahre 1928 in Litauen erschienenen Druckerzeugnisse litauischer Sprache, gesondert nach Büchern und Zeitschriften, gebracht. Nachträge aus dem Jahre 1927 sind eingefügt. Ob eine Nachholung für die Zeit von 1923 an, für welche es an bibliographischen Zusammenstellungen gänzlich fehlt, wird durchgeführt werden können, wird von der weiteren Entwickelung der Zeitschrift abhängen. — Ein Abschnitt ‚Lithuanica' und „Werke fremdsprachig schreibender Litauer" soll im zweiten Hefte folgen.

Falls die „Bibliographischen Nachrichten" werden fortlaufend erscheinen können, wofür die weitreichende Grundlage des „Pressefonds" eine gewisse Gewähr bietet, wird Litauen neben der seit Anfang 1922 alle zwei Monate in ‚Musu Žinynas' (Unser Wissenshain) regelmäßig erscheinenden ‚Karo Literaturos Rodyklé' (Verzeichnis des Kriegs- und Militärschrifttums) auch eine Zeitschrift für allgemeine Bibliographie besitzen, nachdem die ‚Knygos' (Bücher) nach dem 7. Heft (1926), abschließend mit dem Jahre 1922, ihr Erscheinen eingestellt haben. O. v. B.

Zur Besprechung eingegangen:

Altmann-Bronn, Ida: Vorfrühling. Erzählung aus dem vorrevolutionären Rußland. Magdeburg-N. o. J. R. Zacharias Verlag. 197 S.

Astrow, Wladimir: Dostojewski und Holzapfel. Ein Apologet der Vergangenheit und der Seher der Zukunft. München-Leipzig-Zürich 1927. Psychokosmos-Verlag. 115 S. (Schriftenreihe: Aus der Gedankenwelt des Panideal, Bd. II.)

Caucasica, Zeitschrift für die Erforschung der Sprachen und Kulturen des Kaukasus. Fasc. 5. Hrsg. von Prof. A. Dirr. Leipzig 1928. Verlag der Asia Major. 130 S.

Dorfgespräche. Der Bauer im neuen Rußland. Berlin (1927). Vereinigung internationaler Verlagsanstalten. 24 S. Preis: 0,20 M.

Dyck, Hans. Im Weltasyl. N. v. Ssokoloffs Erlebnisse in zwei Erdteilen. Karlsruhe i. B. 1928. Hans-Harder-Verlag. 223 S. Preis: 3,75 M. brosch.

Die Frau im heutigen Rußland. Novellen. Leipzig 1928. Dr. Fritz-Fikentscher-Verlag. 307 S. Preis: 4,50 M. brosch. (Schriftenreihe: Die russische Revolution im Spiegel der Dichtung. 6. Werk.)

Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes. Heft 15. Zuständigkeit der Danziger Gerichte (Vermögensrechtliche Ansprüche der in

Digitized by Google

den polnischen Dienst übernommenen Danziger Eisenbahnbeamten gegen die polnische Eisenbahnverwaltung). Danzig. Druck A. W. Kafemann G. m. b. H. 43 S.

Jussupoff, Fürst Felix: Rasputins Ende. Erinnerungen. Mit einem Vorwort von Klabund. Berlin 1927. Pantheon-Verlag. 264 S. Preis: geb. 4,80 M.

Kaden-Bandrowski, Julius: Polnische Literatur, Strömungen und Gestalten. Berlin-Grunewald 1928. Horen-Verlag. 33 S.

Lenin, W. I.: Sämtliche Werke. Band XX: Die Revolution von 1917. Vom Sturz des Zarismus bis zu den Julitagen. Erster Halbband von Mitte März bis Anfang Juni. Wien-Berlin (1928). Verlag für Literatur und Politik. 581 S. Preis: 8,— M. brosch.

Pjatnizki, O.: Aufzeichnungen eines Bolschewiks. Erinnerungen aus den Jahren 1896—1917. Wien-Berlin o. J. 305 S. (Schriftenreihe: In den Reihen der Revolution, Bd. 2.) Preis: 4,— M. brosch.

Potschter, O.: Wesen und Recht der Konzession (Verleihung) in Deutschland und Sowjetrußland. Jena 1928. Verlag Gustav Fischer. 142 S. Preis: 7,— M. brosch. (Schriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Jena, hrsg. von Prof. Hedemann, Heft 7.)

Procés 490 de la Chromade bielorusse à Vilna. Matières authentiques des motifs de l'origine du procès. Avec préface du Dr. Z. Neyedly, professeur de l'Université Charles de Prague. Prague 1928. Verlag Dr. Ivan Sekanina. 32 S.

Reymont, W. St.: Die Empörung. Eine Geschichte vom Aufstand der Tiere. Basel-Zürich-Leipzig-Paris-Straßburg o. J. Rhein-Verlag. 297 S.

Rühle, Otto: Karl Marx, Leben und Werk. Hellerau bei Dresden 1928. Avalun-Verlag. 476 S. Preis: 12,— M. Ganzleinen.

Schneider, G.: Die Seefischerei von Lettland und Estland. Stuttgart 1928. Schweizerbartsche Verlagsbuchhandlung (Erwin Nägele) G. m. b. H. 34 S. Preis: 4,— M. brosch. (Handbuch der Seefischerei Nordeuropas, Band VIII, Heft 6.)

* * *

Lewin, J.: Eine Schicksalsstunde Rußlands. Sonderdruck aus dem „Archiv für Politik und Geschichte". Berlin 1928. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Heft 2/3. S. 253—261.

Silberstein, Leopold: Die Entstehung des tschechoslovakischen Staates nach Beneschs Memoiren. Sonderdruck aus „Europäische Gespräche, Jahrg. VI, Heft 3. Dr. W. Rothschild, Verlagsbuchhandlung. Berlin-Grunewald. S. 3—23.

* * *

Rossica G. m. b. H., Berlin W 50, Eislebenerstr. 14. Katalog Nr. 15, Mai 1928. Sprachwissenschaften (Jazykowedenie). 58 S.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegt ein Prospekt der Firma Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36 bei, den wir der Beachtung empfehlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 26b. Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

Das Buch zum Eisensteinfilm!

Die große Reportage über die Oktoberrevolution!

John Reed

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Mit einem Vorwort von Egon Erwin Kisch

2. Auflage (31.—40. Tausend). Vollständig neu bearbeitet und ergänzt. XXIII und 344 Seiten. Broschiert 2.50 RM., Ganzleinen 4.50 RM.

„. . . folgt im großen und ganzen dem (unter dem gleichen Titel erschienenen) Buche eines Berichterstatters, eines Reporters, des heroischen, bewundernswerten Amerikaners John Reed.
Wer dies Buch kennt (jeder sollte es kennen!) wird den Film sehr leicht, andere werden ihn schwerer verstehen.“ Film und Volk.

„Am Tage vor der deutschen Premiere dieses Revolutionsjubiläumsfilms nahmen wir John Reeds Buch zur Hand, lasen, verschlangen, waren gebannt und gespannt von Anfang bis zu Ende und schließlich durchwühlt von einem Nacherleben der entscheidenden Tage des bolschewistischen Aufstiegs.“
Berliner Volkszeitung.

In unserem Verlag erscheinen laufend Werke über die Sowjetunion aus der Feder führender Sowjetpolitiker, Werke des Marxismus-Leninismus, Lenin (sämtliche Werke), neue russische Literatur.

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN-BERLIN SW 61, PLANUFER 17

Bücher und Zeitschriften,

die im vorliegenden Heft oder an anderer Stelle besprochen oder angezeigt worden sind, liefert

Ost-Europa-Verlag,
Sortiments-Abteilung,
Berlin W 35

Digitized by Google

Zwei unentbehrliche Zeitschriften für Naturfreunde!

Der Naturforscher

vereinigt mit „Natur und Technik“

herausgegeben von

Professor Dr. Walter Schoenichen

Für den großen Kreis der Naturfreunde ist diese Zeitschrift bestimmt, denen d. oberflächliche Darstellungsweise populär wissenschaftlicher Literatur über diese Gebiete nicht genügt. Die durchaus allgemein verständlichen Aufsätze der Zeitschrift sind daher gleichzeitig von wissenschaftlicher Gründlichkeit.

3 Hefte im Vierteljahr zum Preise von 2.80 RM. inkl. Porto.

Die Kritik der Presse:

Der Naturforscher hat einen glänzenden Mitarbeiterstab.

. . . wartet mit einem glänzenden Mitarbeiterstab, mit sehr guter Aufmachung und guten Bildern auf. Erstaunlich bleibt der billige Preis.

„Wandern und Heimat.“

Der Naturforscher ist drucktechnisch hervorragend illustriert.

Auf dieses inhaltlich wie drucktechnisch hervorragend. illustrierte Zeitschrift möchten wir ganz besonders hinweisen.

„Deutscher Forstwirt.“

Der Naturforscher hat gediegenen Inhalt.

Der „Naturforscher“ rechtfertigt in den weiteren uns vorliegenden Heften durch gediegenen Inhalt und reiches Bildermaterial die Erwartungen, die wir in ihn setzten.

„Leipziger Lehrerzeitung.“

Der Naturforscher besitzt wissenschaftliche Zuverlässigkeit.

. . . als dessen Herausgeber Professor Dr. Walter Schoenichen zeichnet. Durch ihn ist die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der Zeitschrift gewährleistet. Was den Inhalt angeht, wird er ebenso reichhaltig wie gut gesichtet. Die bedeutendsten deutschen Naturforscher sind durch Originalbeiträge vertreten. Ausgezeichnet sind die Abbildungen, die teils im Text, teils auf besonderen Tafeln untergebracht sind.

„Hannoverscher Kurier.“

Der Naturforscher ist reichhaltig und billig.

Die Zeitschrift verdient bei ihrer Reichhaltigkeit weiteste Beachtung.

„Saarbrücker Zeitung.“

Mikroskopie

für Naturfreunde

Organ zahlreicher Mikrobiologischen Vereinigungen Deutschlands und Österreichs

Diese monatlich erscheinende Zeitschrift ist wie keine andere geeignet, in diese Spezialgebiete der Naturwissenschaften einzuführen u. ihren Lesern Förderung und Anregung darin zu bieten.

Namhafte Gelehrte sind an den alle Gebiete der Mikroskopie umfassenden Artikeln beteiligt, jeder auf seinem Spezialgebiete anregend. Ein besonderer Abschnitt behandelt regelmäßige Hinweise über das Anfertigen von Präparaten durch Anfänger und Vorgeschrittene.

Zahlreiche Abbildungen erhöhen die Anschaulichkeit.

Preis vierteljährlich 2.— RM.

Urteile der Presse:

Hier findet der Anfänger und auch der Fortgeschrittene Anleitung, Aufklärung und praktische Hinweise.

„Germania“, Berlin.

Diese ganz ausgezeichnete preiswerte Zeitschrift bringt reiche Anregungen, erteilt Rat und Auskunft auf alle Anfragen . . .

„Hess. Schulzeitung“, Kassel.

Für alle Bücherfreunde

ist das neue Buch

Hermann Löns

der niederdeutsche Dichter und Wanderer

von **Erich Griebel**

das schönste Geschenk. Ohne dieses Buch sollte man Löns gar nicht lesen.

Der äußerst niedrige Preis macht jedem die Anschaffung möglich.

Elegant kart. 2.— RM., in vornehmen Ganzleinen Bd. 3.— RM.

Die Presse äußert sich:

Ein wundervolles Buch, das jeden Lönsverehrer mit Entzücken erfüllen muß.

„St. Hubertus.“

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt durch den Verlag

Hugo Bermühler-Verlag, Berlin-Lichterfelde

Digitized by Google

n Lande der abbalisten

er Religionskämpfe und des Hungers

Quer durch arpatho-Rußland

von

UGEN HOLLY

Preis Kč. 8.—

erhältlich im

Verlag „Grenzbote"

Preßburg

NIKOLAJ BERDIAJEW

DER SINN DES SCHAFFENS

Versuch einer Rechtfertigung des Menschen.

Deutsch von Reinhold von Walter

1927. VIII, 393 S., Gr.-8°. Mk. 12.—, in Ganzleinen geb. Mk. 15.—.

Ein ungewöhnlich geistreiches und tiefes Buch, das die Krisis der heutigen Kultur am entscheidenden Punkt erkennt und den Weg zu einer neuen Epoche zeigt. . . .
(Staatsanzeiger f. Württemberg)

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

MONIKA HUNNIUS

feiert am 2. Juli 1928 ihren 70. Geburtstag.

„Was Monika Hunnius Büchern ihre besondere Anziehungskraft verleiht, das ist die sympathische Geistesart der Verfasserin, ihre edle, begeisterungsfähige, dem Dienst des Schönen und Guten geweihte, lebensfreudige Persönlichkeit."

Ihre Bücher:

Mein Weg zur Kunst. Mit einem Bildnis der Verfasserin. 31.—35. Tausend. Broschiert RM. 4.40, Leinen RM. 6.60.

Baltische Häuser und Gestalten. 11.—15. Tausend. Broschiert RM. 3.—, geb. RM. 4.60.

Mein Onkel Hermann. Erinnerungen an Alt-Estland (Geleitwort von Hermann Hesse). 23.—26. Taus. Broschiert RM. 1.60, Leinen RM. 2.80.

Menschen, die ich erlebte. 23.—26. Tausend. Broschiert RM. 1.80, Leinen RM. 3.20.

Meine Weihnachten. 26.—30. Tausend. Kartoniert RM. 0.80.

Bilder aus der Zeit der Bolschewikenherrschaft in Riga vom 3. Jan. bis 22. Mai 1919. 16.—20. Tausend. Broschiert 0.30.

EUGEN SALZER, VERLAG, HEILBRONN.

Digitized by Google

Baltische Monatsschrift
59. Jahrgang 1928

Herausgegeben von
Woldemar Wulffius, Riga
Werner Hasselblatt, Reval
Max Hildebert Boehm, Berlin

Stimmen der Presse:

Zu den ältesten und es darf wohl gesagt werden wertvollsten deutschen Zeitschriften gehört die nun schon im 59. Jahrgang in Riga erscheinende Baltische Monatsschrift' ...
Königsberger Allgemeine Zeitung.

Immer klingen mir noch die Worte Kolbenheyers in den Ohren: „Ihr Reichsdeutsche wißt ja eigentlich gar nicht, was Deutschland ist, das müßt ihr von außen euch ansehen. Die Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenze für ihr Wesen zu kämpfen und sich zu schlagen haben, die wissen etwas davon; dort erscheint deutsche Kraft und deutsche Zukunft in anderer Art als innerhalb des sogenannten Deutschen Reichs'. An diese Worte dachte ich wieder, wie ich die neue Ausgabe der „Baltischen Monatsschrift' vor mir liegen sah ...
Elserne Blätter.

Bezug vierteljährlich M. 4.—, Einzelheft M. 1.60

Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga

Deutsches Rechtsleben
in alter und neuer Zeit
von Geh. Justizrat Prof. Dr.
Rudolf Stammler
1. Band / 4° / XII und 513 Seiten
brosch. M. 22.-, in Ganzlein. M. 26.-

Aus dem Inhalt: Die Rechtshändel des Johann Gutenberg Veit Stoß und das Recht / Götz von Berlichingen in Fehde und vor Gericht / Drei Welser in Venezuela / Luther im Schiedsgerichte des Grafen von Mansfeld / Die Kipper und Wipper / Die Harlemer Tulpenmanie / Grundherren, Pächter und Bauern im Dreißigjährigen Kriege / Rechtliche Fragen im Leben der Gräfin Königsmarck Die Verfehlungen des Finanzdirektors Süß Oppenheimer / Voltaire gegen Hirschel / Von Goethe bearbeitete Rechtsangelegenheiten Der Prozeß des Müllers Arnold. Johann Bückler und seine Bande u. v. a. m.

Pan-Verlag Charlottenburg 2

DER NAHE OSTEN
Politische Halbmonatsschrift
Herausgeber: A. v. Trotha, B. v. Wedel, Hans Schwarz

verlangt die Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen und die Auseinandersetzung mit Polen. Landsmannschaftlich gebunden, will die Zeitschrift auch die innenpolitischen Konsequenzen ziehen. Sie arbeitet am Erbe Moeller van den Brucks und bereitet auf eine europäische Umgruppierung vor, die dem ländlichen Charakter des gesamt. Ostens geistig wie politisch entspricht

Die Zeitschrift ist zu beziehen durch den Verlag und jede Buchhandlung.

Einzelheft 30 Pf. Viertelj. RM. 1.80
Verlag der Nahe Osten, Berlin W 30

Digitized by Google

Unentbehrlich für Kalkulationen der Lettland-Geschäfte

Neuer Zolltarif Lettlands

in Kraft getreten am 16. April 1928 mit dazugehörigen Taratabellen, neuesten Bestimmungen über Ursprungszertifikate, Akzise usw.; Handelsvertrag zwischen Lettland und Deutschland und

ausführliches Waren-Verzeichnis

in deutscher Sprache

herausgegeben von dim. Revidenten des Zolldepartements und **Sachverständigen der Zolltarifkommission des Landtags**

Ing.-Techn. **D. Widberg**

Preis für das Inland: **5 Ls** ohne Zustellung, per Nachnahme **5.65 Ls**
„ „ „ Ausland: **6 RM** oder **1.45 Dol.** oder **6 shil.**

Zu beziehen vom Herausgeber

D. Widberg, Lettland, Riga, Brīvības ielā 136/138

Girokonto bei der Reichsbank Riga: Nr. 3085
Postscheckkonto beim Hauptpostamt Riga: Nr. 1570
Telephon: 26—293

16. Deutsche Ostmesse

DIE GROSSE JAHRESMESSE

Königsberg

12.-15. August

Sonder-Ausstellung von Exportwaren der U.d.S.S.R.

Große Landwirtschafts-Ausstellung

Vier Fachausstellungen:
Milchwirtschaft, Fischerei, Elektrizität, Siedlungswesen

Sonderausstellung:
„DIE WELT IM SPIELZEUG"

Digitized by Google

Julius Kaden-Bandrowski

Polnische Literatur

Strömungen und Gestalten

Autorisierte Übersetzung von **A. von Guttry**

Geheftet Mark 1.60

An die große europäische Tradition anknüpfend, legt Kaden-Bandrowski in seiner Arbeit die Hauptelemente des Geistes und der Form der polnischen Literatur, in der sich die Grenzscheide zweier Welten spiegelt, bloß, gleichzeitig damit eine Einführung in die polnische Literatur der Gegenwart gebend, die in vielem an die Arbeiten Nadlers über die Literatur der deutschen Stämme gemahnt.

HOREN-VERLAG, BERLIN-GRUNEWALD

Die deutsche Ostmark

Herausgegeben vom Deutschen Ostmarkenverein

Mit 40 Bildertafeln, 3 Karten und Textzeichnungen, 634 Seiten. In elegantem Kaubleinenband mit Schutzkarton Mk. 6.—

Volkstümliche Prachtwerke, die in den mannigfaltigsten Beziehungen über ein bestimmtes Land und seine Bewohner in Wort und Bild Aufschluß geben und das Verständnis und Interesse des Lesers für die geschilderte Gegend zu wecken suchen, kennt man bei uns fast nur für ausländische, womöglich recht fernliegende Bereiche. Indien, Japan, Aegypten sind es vorwiegend, die uns durch solche Prachtwerke veranschaulicht und nähergerückt werden. Das sonnige Italien mit seinen Natur- und Kunstschätzen hat verschiedene Darstellungen gefunden, selten aber die eigene Heimat. Hier werden nur ausnahmsweise und dann nur landschaftlich besonders hervorragende Gegenden, wie etwa das Rheinland, solcher Auszeichnung teilhaftig. Die von der Natur vielleicht weniger reich ausgestattete, deshalb aber doch an eigenartigen Reizen durchaus nicht arme Ostmark ist noch nicht zu solchen Ehren gelangt. Sie ist für Millionen Deutscher noch heute fast ein fremdes Land, in manchem Sinne „Ausland“. . . . . So mancher Deutsche, der fast alle Staaten Europas mit eigenen Augen geschaut, weiß von diesem wichtigen Teile unseres Vaterlandes weder aus eigenem Augenschein noch aus aufklärenden Büchern. Jenseits der Oder beginnt für ihn die sarmatische, freudlose Steppe. . . . . .

Der deutsche Ostmarkenverein, der auf den Rat unseres großen Staatsmannes im Jahre 1894 gegründet worden ist und sich zur Aufgabe gemacht hat, Verständnis und Interesse für die östlichen Teile unseres Vaterlandes in weitere Kreise zu tragen und damit dem bedrohten Deutschtum eine kräftige Stütze zu gewähren, hat in diesem Bestreben die Anregung zu dem obigen Werke gegeben, das kurz vor dem Kriege erschien.

Jeder Deutsche, besonders aber der Ostmärker, muß dieses Prachtwerk, das 1700 Gramm wiegt, sein Eigen nennen können.

Eulitz-Verlag G. m. b. H., Stolp und Berlin

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 10** **Juli 1928**

INHALT:

OTTO HOETZSCH: Die osteuropäischen Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens (Erster Teil) 677

BRUNO PLAETSCHKE: Vom kulturellen Leben in den kleinen autonomen Gebieten des Nordkaukasus 689

A. PINKEWITSCH: Pädagogische Briefe (Dritter Brief) 697

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 703

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 711

III. Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 725

Bücherschau 733

Zeitschriftenschau 735

Notizen 743

Digitized by Google

„Osteuropäische Forschungen“

Herausgegeben im Auftrage der
„Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“
von Professor DR. OTTO HOETZSCH

Neue Folge, Band I:

Peter Jakovlevíč Čaadaev

Ein Beitrag zur russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts

Von Dr. Martin Winkler,
Privatdozent der Geschichte an der Universität Königsberg i. Pr.

8°, 108 Seiten — Geheftet 5.50 RM.

Mit dieser Biographie eines der bedeutendsten russischen Geschichtsphilosophen ist zugleich eine grundlegende Betrachtung über Rußlands historische Sendung im 19. Jahrhundert verbunden. Čaadaevs Bedeutung beruht nicht in Errichtung eines selbständigen geschichtsphilosophischen Systems, sondern darin, daß durch seine Vermittlung Grundthemen der katholischen Philosophie der russischen Geschichtsphilosophie übermittelt wurden. Durch ihn ist die erste Untermauerung jener Grundfrage versucht worden, die seit der Verwestlichung im 18. Jahrhundert immer mehr nach Entscheidung drängte: Ist es Rußlands Schicksal, seinen eigenen Weg zu gehen oder muß es Anlehnung an den Westen suchen?

„Der Osteuropa-Forschung, auf welchem engeren Fachgebiet auch immer sie sich betätigte, ist mit der Neubegründung der Serie eine neue Stätte bereitet, deren Schaffung vom Standpunkt der deutschen Wissenschaft aus auf das wärmste zu begrüßen ist.“
Professor Dr. Richard Salomon in „Ost-Europa“.

„Čaadaev war etwa, was sein Landsmann Mereschkowski den ‚geflügelten Vorläufer‘ nennt, Anreger und Bodenbereiter, aber nicht selbständig schaffender Geist. Den Einfluß, den dieser ältere Zeitgenosse Dostojewskijs und Gontscharows auf seine Nation genommen hat, war nichtsdestoweniger ein überaus bestimmender, und es ist Dr. Winkler als Verdienst anzurechnen, daß er den Westen mit dieser fesselnden Persönlichkeit bekanntzumachen sucht.“ „Deutsche Zeitung Bohemia“, Prag.

In Vorbereitung befinden sich:

Neue Folge, Heft 2: „Der ukrainische Philosoph des 18. Jahrhunderts, Hryhorij Skoworoda (1722—1794) und seine geistig-kulturelle Umwelt.“ Von Dr. Domet Oljantschyn.

Neue Folge, Heft 3: „Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten vom Berliner Kongreß bis zum Abschluß des franco-russischen Bündnisses.“ Von Dr. Irene Grüning.

Vorbestellungen erbeten!

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 und Königsberg Pr.

Digitized by Google

Die osteuropäischen Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens.

Von Otto Hoetzsch.

Erster Teil.

Das Jahr 1928, genauer das Jahr vom Spätherbst 1927 bis dahin 1928 ist das Jahr der 10jährigen Gründungsfeiern für die Staaten, denen der Kriegsausgang zwischen Deutschland und Rußland zum Leben verholfen hat. Und für die Mission dieser sogenannten „Randstaaten" hat sich nun, je nach der politischen Auffassung, das Schlagwort der Barriere zwischen Deutschland und Rußland oder das von dem Brückencharakter der Staaten zwischen beiden eingebürgert.

Betrachtet man die Randstaaten zunächst im ganzen, so ergibt sich, daß sie sich als erheblich stabiler erwiesen haben, als man vor 10 Jahren in Europa glaubte. Sie sind nicht alle auf einem gleichen Niveau der Konsolidierung und Kämpfe mit inneren Schwächen und Problemen, aber sie haben sich stärker konsolidiert, als man damals für möglich hielt. Finnland und Polen stehen in einer absolut gesicherten Unabhängigkeit da. Was die drei anderen Randstaaten anbetrifft, so hängt natürlich letzten Endes, bei der bekannten zwingenden geographischen Lage, für ihre Zukunft alles davon ab, wie und wann Rußland wieder zu einer wirklichen Großmacht wird und dann mit dem bekannten Drucke auf die Ostseeküste, ihre Häfen und Flußmündungen einsetzt. Aber auch dann stehen selbstverständlich diese drei kleinen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, ganz anders da, als in der Zeit, da Rußland die Ostseeprovinzen eroberte und in den Teilungen Polens Litauen sich eingliederte. Was in der Ausbildung ihres selbständigen Lebens dann erarbeitet ist, von der Sprache und Schule an bis hinauf zur unabhängigen staatlichen Existenz und der Zugehörigkeit zum Völkerbunde, das kann auch durch das mächtigste und siegreichste Rußland an der Ostseeküste nicht völlig wieder ausgewischt werden. Aber bis diese letztere Frage: „Rußland und die Randstaaten?" in diesem Sinne wirklich akut wird, hat es noch gute Weile, und jedes Jahr einer unabhängigen und selbständigen Existenz befestigt naturgemäß diese Staaten auch immer mehr auf jene fernliegenden Möglichkeiten hin.

Digitized by Google

Im Ernste bedroht und gefährdet ist heute unter ihnen nur Litauen, aber nicht durch Rußland, sondern durch Polen. Auch hier aber, in dem an sich unbestreitbaren Kräfteverhältnis des stärkeren Polens und des schwächeren Litauens, hemmt und hält den Stärkeren zurück, daß eine gewaltsame Veränderung des Zustandes von heute zu unabsehbaren Kriegsgefahren und Risiken für den Stärkeren, für Polen selbst, führen müßte. Dabei teilen, während die anderen drei ihr innenpolitisches Leben erstaunlich ausgeglichen und stabilisiert haben, Litauen und Polen die Gemeinsamkeit innenpolitischer Spannung, Unruhe und Krisis im Kampf zwischen der Demokratie und der Diktatur.

Weiter aber die gemeinsame Behandlung zu führen, würde die Besonderheiten unerlaubt vergewaltigen. Wir versuchen eine Übersicht der Entwicklung der fünf Randstaaten im einzelnen.

I. Finnland.

Am 6. Dezember 1927 feierte das finnländische Volk das zehnjährige Bestehen seiner Unabhängigkeit. Am 6. Dezember 1917 billigte der finnische Landtag, der nach dem Sieg der kommunistischen Revolution in Rußland die Staatsgewalt in die Hand genommen hatte, die Unabhängigkeitserklärung der bürgerlichen Regierung: „Das finnische Volk hat sein Schicksal in die eigenen Hände genommen; die gegenwärtigen Verhältnisse berechtigen und verpflichten es dazu. Finnlands Volk ist sich dessen bewußt, daß es seine nationale und allgemein menschliche Aufgabe nur als vollkommen freies Volk verwirklichen kann. Unsere jahrhundertealte Freiheitssehnsucht muß nun erfüllt werden: das finnische Volk muß als unabhängige Nation in die Reihe der übrigen Völker treten." Der Anteil, den die deutschen Truppen unter dem Grafen Goltz und die deutschen Kriegsschiffe unter Admiral Meurer an dieser Befreiung genommen haben, ist mit Dank bei dem Gedenktage auch wieder ausgesprochen worden.

In den zehn Jahren blickt Finnland auf eine erstaunliche Konsolidation zurück. Seine internationale Stellung ist unbestritten. Die Bodenreform (Gesetz Kallio) hat das Land vor einer agrar-revolutionären Erschütterung, für die vor zehn Jahren die Voraussetzungen bei den Landlosen und Pächtern gar sehr vorhanden waren, bewahrt. Die Industrie hat sich entwickelt. Die Währung ist stabilisiert. Eine amerikanische Anleihe von 400 Millionen Finnmark konnte 1926 aufgenommen werden. Arbeitslose gibt es nicht. Und der außerordentlich scharfe Gegensatz zwischen Bürgerlichen und Sozialisten, der aus dem blutigen Bürgerkriege Anfang 1918 geblieben war, ist soweit überwunden, daß Finnland im Dezember 1926 ein erstes sozialistisches Kabinett (Tanner) ertragen konnte. Damit ist das innenpolitische

Digitized by Google

Leben ausgeglichen, im Sinne einer parlamentarischen Demokratie, der ein Großgrundbesitz und Adel, sowie eine Großbourgeoisie fehlt, stabilisiert. In ihm gewinnt das Bauerntum immer mehr an Kraft und Einfluß. Noch nicht völlig gelöst, sondern eher nach dem Schlechteren entwickelt ist das Verhältnis von Finnen und Schweden, von denen erstere den viel stärkeren Geburtenüberschuß haben und letztere, 11 Prozent der Gesamtbevölkerung, trotz ihrer kulturellen Bedeutung, eine stagnierende und müde Minderheit darstellen.

Die Wirtschaftslage des Augenblicks ist günstig. Das Land ist Schritt für Schritt aus der Schwierigkeit herausgekommen, daß seine Nahrungsmittelproduktion für die Bevölkerung von Haus nicht ausreichte, Getreideeinfuhr also notwendig war und mit einer noch nicht sehr entwickelten Industrie und knappen sonstigen Wirtschaftsergebnissen bezahlt werden mußte. 1927 war der finnische Außenhandel mit 46,1 Millionen Finnmark passiv, aber die Zahlungsbilanz ist aktiv; die Finnlands-Bank verfügte über Nettoguthaben im Auslande von 1¼ Milliarde Finnmark. Die Ausfuhr betrug 1927: 6321,5 Millionen Finnmark gegenüber 5636,5 Millionen im Jahre vorher; die Einfuhr 6367,6 Millionen gegenüber 5667,7 Millionen. Der Gesamtumfang des Wärenaustausches Finnlands mit dem Auslande hatte also eine Zunahme zu verzeichnen; Ausfuhr und Einfuhr sind im Vergleich zu 1926 nahezu gleich stark gestiegen.

Unter den Lieferländern für Finnland steht Deutschland mit 1897,8 Millionen Finnmark gegenüber 1798,8 Millionen in derselben Zeit des Vorjahres an erster Stelle. Doch ist die Einfuhr aus England (846,3 Millionen gegenüber 663,5 Millionen Finnmark) und aus den Vereinigten Staaten (881,2 Millionen gegenüber 705,1 Millionen Finnmark) noch stärker gestiegen. Die Einfuhr aus Rußland (erst an achter Stelle) hat von 78 Millionen Finnmark auf 189,8 Millionen zugenommen. Unter den Abnehmern finnländischer Waren nimmt England mit 2401,8 Millionen Finnmark gegenüber 1992,3 Millionen im Vorjahre nach wie vor den ersten Platz ein. Deutschland steht an zweiter Stelle; es hat in den ersten elf Monaten 1927 für 930,2 Millionen Finnmark aus Finnland eingeführt gegenüber 660,9 Millionen Finnmark 1926. So sind die wirtschaftlichen Verhältnisse zwar noch relativ bescheiden, namentlich in bezug auf die Kapitalbildung und die Gesamthöhe des Kapitals, aber gesichert und gut.

Im Juli 1927 wurde das Parlament neu gewählt. Es haben die Sozialisten 60, die Agrarier 52 und die finnische Sammlungspartei 34, die Schweden 24, die Kommunisten 20 und die Fortschrittspartei 10 Mandate.

An den Fragen der Steuererhöhung, der Getreidezölle und der freiwilligen Miliz (sog. Schutzkorps) stürzte im Dezember 1927 die sozialdemokratische Regierung Tanner. An ihre Stelle

Digitized by Google

trat das heute amtierende Kabinett Sunila, eine Minderheitsregierung, die nur die 52 Kleinbauern hinter sich hat. (Außenminister ist der frühere Gesandte Finnlands in Warschau, Procopé, der der schwedischen Volkspartei angehört.) Zum ersten Male seit Bestehen des selbständigen Finnlands haben damit die finnischen Kleinbauern das Heft in die Hand genommen. Obwohl die anderen bürgerlichen Parteien nicht zum Kabinett gehören und ihm auch namentlich wegen seiner Haltung in der Militärdienstzeit (Frage der Herabsetzung von 1 auf ¾ Jahr) ablehnend gegenüberstehen, dürfte diese Regierung sich doch länger halten.

Abgesehen von den Steuerfragen ist die Militärfrage die wichtigste Streitfrage im Innern. Bei den anderen bürgerlichen Parteien wirkt auch heute noch die rote Gefahr nach. Das Land, das, wie sämtliche anderen Randstaaten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, verfügt über ein Friedensheer von alles in allem nicht mehr als 28 000 Mann, die aber ausgezeichnet ausgebildet sind. Dazu sind die „Schutzkorps" zu rechnen, eine freiwillige Miliz, die im Kriege die Reserveformationen stellt, 100 bis 120 000 Mann. Mit 200 000 Mann dürfte auch bei der Art der Grenzen das Land gegen den einzigen wirklich in Frage kommenden Gegner mit Erfolg verteidigt werden können, nämlich gegen Rußland. Aber es ist begreiflich, daß in Erinnerung an den Bürgerkrieg und die ungeklärten Verhältnisse zu Rußland, in den bürgerlichen Parteien die an sich vorhandene Bereitwilligkeit zur Abrüstung (auch im Sinne des Völkerbundes) gehemmt wird.

Außer dieser Frage sind Streitgegenstände noch die Wahl des Präsidenten und ihre Neugestaltung, sowie die Prohibition, das Alkoholverbot mit seinen Wirkungen auf die Bevölkerung.

Die auswärtige Politik ist durch den Willen zu strenger Neutralität und der Vermeidung von Bindungen bestimmt, für die an sich die Zusammengehörigkeit mit den anderen baltischen Staaten einen Anreiz böte. Finnland ist mit den Nachbarn in korrekten Beziehungen, auch mit Schweden; die Alandsfrage wurde zu Finnlands Gunsten gegen Schweden entschieden. Ideen eines Randstaatenblocks unter polnischer Führung sind schnell wieder verweht. Eine Schwierigkeit für eine unbedingte Neutralitätspolitik liegt in der Zugehörigkeit zum Völkerbund. Finnland hat einen Sitz im Rat, wo seine Delegation an Stelle des bisherigen Vertreters, des Gesandten in Bern, Professor Erich, jetzt durch den früheren Minister des Auswärtigen, Holsti, geführt wird, der ein Anhänger einer Verbindung mit Polen war.

Im Völkerbund berührt die Erörterung über Abrüstung und Sicherheit finnische Lebensinteressen, woraus sich auch ergab, daß Finnland ein Gegner jener Einschränkung des Artikels 16 ist, die in Locarno von den Großmächten Deutschland zugesagt wurde. Nichtangriffspakt, Sicherheit, Abrüstung, Schiedsgericht

Digitized by Google

— an sich ist Finnland durchaus bereit, im Sinne von Genf dafür mitzuarbeiten, aber es weist immer auf den darin völlig unberechenbaren und draußenstehenden Faktor, Sowjetrußland hin.

Das ist ja auch die Hauptfrage jeder außenpolitischen Orientierung Finnlands. Die Formel von der Zusammengehörigkeit der skandinavischen Ostseestaaten, die man in Finnland mit Recht, geschichtlich gesehen, betont, bedeutet praktisch ja nichts. Wesentlich für es ist und bleibt, wirtschaftlich wie politisch, Rußland. Es weiß, daß ihm kein anderer Staat, am wenigsten England, eine Sicherheit gegen Rußland böte, und hätte am liebsten ein großzügiges Schiedsgerichtssystem der baltischen Staaten mit Einschluß von Deutschland und Rußland, und, wenn es ginge, unter der Garantie Englands und Frankreichs. Aber das ist heute noch ein Traum! Das Reale ist die Frage: Rußland. Wirtschaftlich würde man gern mit ihm zusammenkommen, aber man steht in begreiflichem Mißtrauen und Sorge dem Bolschewismus gegenüber und fürchtet den erneuten Druck Rußlands auf die Ostsee.

Das Verhältnis zu Rußland ist durch den Frieden von Dorpat geregelt, der, wie bekannt, bereits eine entmilitarisierte Zone von 30 Kilometer auf beiden Seiten zwischen beiden Staaten festlegte. Damit, sowie mit der zur Schlichtung von Grenzzwischenfällen bestehenden finnisch-russischen Kommission, ist an sich die Sicherheit zur Genüge garantiert. Nun ist, wie bekannt, das Streben der russischen Außenpolitik, mit den Randstaaten im einzelnen uneingeschränkte Nichtangriffspakte zustande zu bringen. Abgesehen von der Frage, wie sich das mit den Völkerbundsverpflichtungen vertrage, kommt es dabei aber für Finnland darauf an, in diesen Verhandlungen in jedem Falle gemeinsam mit den anderen interessierten Staaten vorzugehen. Dafür hat, wie auch erinnerlich, ein Memorandum Finnlands, Estlands und Lettlands im Mai 1926 gemeinsam Richtlinien aufgestellt. Um so tiefer traf dann in Finnland der Abschluß des lettisch-russischen Handelsvertrages, in dem man eine Extratour Lettlands, eine neue Orientierung Lettlands nach Osten sehen wollte. Mit Rußland selbst sind die Verhandlungen seit dem Herbst 1927 ganz zum Stillstand gekommen.

So ist Finnlands außenpolitische Orientierung zwar klar, aber nicht gerade leicht und einfach. Die Zugehörigkeit zum Völkerbund und lebhafte Mitarbeit dort kann Schwierigkeiten bringen. Andererseits ist der Gedanke eines Zusammenschlusses der Randstaaten, wenigstens der Ostseestaaten, so naheliegend, daß seine Diskussion niemals aufhört. Diese versteht freilich unter Randstaatenblock überall etwas Besonderes. Ein militärisches Bündnis im ganzen legt Verpflichtungen auf, die man in Finnland durchaus nicht wünscht. Zwischen Finnland und Polen, das die Hegemonie in Osteuropa anstrebt, existieren nicht die geringsten sachlich begründeten Verbindungen. So bleibt eigent-

Digitized by Google

lich nur, was immerhin auch schon etwas wäre, ein „Ostlocarno" zwischen Finnland, Estland und Lettland, das durch Schweden und Dänemark zu ergänzen wäre und dessen Garantie durch Deutschland und Rußland im weiteren unzweifelhaft die Verhältnisse sehr stabilisieren würde.

Gesamteindruck und Gesamturteil werden schwerlich bestritten werden, daß Finnland in sich am sichersten ruht und sich durch eine ruhige und überlegte Politik, sowie eine angestrengte wirtschaftliche Arbeit einen festen Platz und einen gesicherten Platz im Staatensystem Osteuropas erworben hat. Es hat sich gefährlicher Verbindungen und Bindungen, die im Kampf um die Freiheit nahe genug lagen, zu erwehren vermocht. Wir empfanden es nicht angenehm, daß Finnland im Völkerbunde in den letzten Jahren eine von Deutschland abweichende Politik machte, aber es war zu einem gewissen Teile zu verstehen und ist heute überwunden.

II. Estland.

Am 24. Februar 1928 feierte Estland den 10. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Die Botschaft, die das Staatsparlament beschlossen hatte und an das Volk richtete, sagte: „Während unseres heldenhaften Kampfes für die Unabhängigkeit haben uns Finnland, unser nächster Nachbar, die skandinavischen Staaten und England, dieses große Geburtsland bürgerlicher Freiheiten, unterstützt. Unsere Bemühungen haben uns die Anerkennung durch die großen Westmächte und die Aufnahme in den Völkerbund gebracht. Es ist Estland gelungen, eine Staatsorganisation auf neuen Grundlagen zu bilden. Die große Agrarreform ist verwirklicht und eröffnet dem nationalen Leben neue Hilfsquellen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist gesichert, die Außenhandelsbilanz ist günstig und die estnische Währung gefestigt. Wir sind bereits mit vielen Staaten durch ein Netz von Handelsverträgen verbunden und wir sind willens, noch weitere Verträge abzuschließen und neue Freunde zu gewinnen."

In dieser Botschaft fanden sich leider Wendungen über die Befreiung durch Deutschland und über die deutsche Okkupation, die vorübergehend das Verhältnis zwischen Estland und Deutschland trübten. Das war um so bedauerlicher, als die estnischen Deutschen fest zu dem Staate stehen und an der Unabhängigkeitsfeier sich lebhaft beteiligten. Tatsächlich war der Einmarsch der deutschen Truppen im Februar 1918 vom Süden und von Oesel die Rettung vor dem Bolschewismus. Allerdings ist dieser noch vor dem Einrücken der deutschen Truppen in Reval eben am 24. Februar 1918 von den Esten selbst gestürzt worden, aber ohne den deutschen Einmarsch wäre das nicht möglich gewesen und Estland nicht frei geworden.

Digitized by Google

Auch Estland ist in fortschreitender Konsolidation. Es hat eine sog. Agrarreform durchgeführt, unter Enteignung der deutschen Großgrundbesitzer, zugunsten der estnischen Bauern. Dabei ist (nach einer statistischen Übersicht des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom) Estland das Land, das die radikalste Agrarreform insofern durchgeführt hat, als es $^1/_5$ seines Staatsgebietes neu aufgeteilt hat, Lettland $^1/_6$, dann erst folgen Rumänien, Jugoslawien, Polen, Litauen, letzteres mit $^1/_{40}$. Nach der absoluten Größe des aufgeteilten Landes steht Rumänien mit 2 912 000 ha an erster Stelle. Dann kommen Lettland mit 1 100 000 ha, Jugoslawien mit 1 000 000 ha, Estland mit 895 000 ha, die Tschechoslowakei mit 638 000 ha, Polen mit 371 000 ha, Griechenland mit 232 000 ha, Ungarn mit 230 000 ha und Litauen mit 145 000 ha. Aber im Verhältnis zu seiner Größe nimmt Estland den ersten Platz ein. Diese Umwälzung hat große wirtschaftliche Werte zertrümmert und beginnt nur langsam sich in wirtschaftlich erträgliche Verhältnisse umzugestalten, um so mehr, als das Land dünn bevölkert ist und die Bevölkerung durch Auswanderung abnimmt. Auszutrocknendes Sumpfland steht noch in großem Umfang zur Verfügung.

Die Volkswirtschaft ruht auf der Landwirtschaft, die immerhin Butter, Eier und Milch exportiert, der Holzausfuhr und Gewinnung von Brennschiefer, daneben einem schwankenden Handel.

Die Handelsbilanz ist seit drei Jahren aktiv. Unter den Herkunftsländern der Einfuhr steht Deutschland mit 26,8 % des Gesamtimports nach wie vor an erster Stelle. Seine Einfuhr ist jedoch zurückgegangen, während die Einfuhr Englands, das an zweiter Stelle steht, gestiegen ist. Es folgen die Vereinigten Staaten, Rußland, Schweden und Polen.

Das Budget hat seit 1922 immer Überschüsse gehabt. Für Wirtschaft und Währung ist im letzten Jahre insofern ein Wendepunkt erreicht, als mit dem 1. Januar 1928 die Eesti-Bank eine Völkerbundsanleihe im Betrag von 1,36 Millionen Pfund erhielt. Diese Völkerbundsaktion war nicht eine Maßnahme, wie die Sanierung Österreichs oder Ungarns, und noch weniger etwas wie ein Dawesplan, sondern eine rein finanzielle Hilfe und Mitwirkung, die das Geschick der estnischen Finanzverwaltung herbeigeführt hatte. Eine Million dieser Anleihe dient der Sicherstellung der neuen Währung (Krone eingeteilt in Cent = 100 bisherige estnische Mark = 1 skandinavische Goldkrone) und langfristigen Krediten. Das ist ein großer Schritt vorwärts in der wirtschaftlichen Konsolidierung und darüber hinaus der Bildung von Kapital.

Im Dezember 1927 kam zur Regierung die Koalition der vier bürgerlichen Parteien: Bauernpartei, Volkspartei, Neusiedler und Arbeiterpartei. Sie verfügt über 60 von den 100 Sitzen im Par-

Digitized by Google

lament. An ihrer Spitze steht einer der bekanntesten estnischen Staatsmänner, Toenisson. Außenminister ist der frühere Redakteur des „Paewahlet", Rebane. Was hier die Innenpolitik noch ganz besonders charakterisiert, die im übrigen auch ausgeglichen und stabil ist, ist die Tendenz, den Staat weithin in die Privatwirtschaft eingreifen zu lassen: er hat über die Hälfte des Grund und Bodens in der Hand, alle Eisenbahnen, große Industrie- und ähnliche Unternehmungen und auch einen großen Teil des Kredits.

Wir haben auch hier das bescheidene, sparsame und arbeitsame Leben eines Kleinstaates, der nur nicht ganz in der beschaulichen Ruhe eines solchen leben kann infolge seiner Lage. Deshalb hat er auch die allgemeine Wehrpflicht und eine Armee von rund 20 000 Mann.

Am nächsten liegt die enge Verbindung mit dem ganz gleich situierten und kostruierten Lettland. Mit ihm besteht ein Bündnis vom 1. November 1923 und ein Vertrag über eine Zollunion vom 5. Februar 1927. Diese aussichtsreichen Anläufe aber sind nicht nach vorwärts entwickelt worden. Die Durchführung der Zollunion, was an sich ein interessantes Experiment gewesen wäre, ist nicht weiter gekommen, und der lettisch-russische Handelsvertrag vom Sommer 1927 sowie die aktive Politik des damaligen lettischen Außenministers Zeelens, hat eine Verstimmung, ja Entfremdung herbeigeführt, die auch durch die folgende bürgerliche Regierung Lettlands nicht ganz überwunden worden ist.

Auch hier steht die Idee einer Zusammenarbeit mindestens mit Lettland und Litauen immer zur Diskussion. Auch Estland hat mit Polen nichts zu tun. Dagegen hat der frühere Außenminister Dr. Akel im Oktober 1927 die Lage zutreffend so gezeichnet: „Nach meiner festen Überzeugung ist die Zukunft der Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen nur unter der Bedingung gesichert, wenn diese Staaten in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sich so eng zusammenschließen, wie dies überhaupt zwischen selbständigen Staaten möglich ist. Dieser Bund würde stark genug sein, um die Unabhängigkeit unserer Staaten gegen eventuelle Überfälle von auswärts zu verteidigen, wo immer es nötig sein sollte." Absichtlich ist hier Polen nicht genannt.

Das Memorandum vom Mai 1926 über die Grundlagen eines Nichtangriffspakts, das von Estland, gleichzeitig mit Finnland und Estland, damals Rußland übergeben wurde, ist auch heute noch Richtlinie der estnischen Politik gegenüber Rußland. Diese fühlte sich darum besonders verstimmt, als Lettland selbständig vorging und außerdem nach der Auffassung Estlands der lettische Handelsvertrag mit Rußland die Zollunion zwischen Estland und Lettland unmöglich machte.

Digitized by Google

Die Beziehungen mit Deutschland drehen sich um einen Handelsvertrag und die Entschädigung deutscher Reichsangehöriger für die Güter, die durch die Agrarreform enteignet worden sind. Wir hoffen, daß hierin bald eine Einigung zustande kommt. Zwar berühren Estland und Deutschland einander nicht mit den Grenzen, aber ihre wirtschaftlichen Beziehungen sind lebhaft und wichtig: Deutschland ist das erste Einfuhrland nach Estland und das zweite Exportgebiet aus Estland!

III. Lettland.

Die Wirtschaftslage Lettlands ist im letzten Jahr nicht ungünstig, aber noch schwierig gewesen. Doch stieg die Ausfuhr und nahm der Warenaustausch mit dem Auslande im ganzen zu. Die Handelsbilanz ist noch passiv, entwickelt sich aber im Sinne der Besserung.

Unter den Herkunftsländern stand Deutschland zwar nach wie vor an erster Stelle, jedoch ist sein Import, trotz des am 1. Dezember 1926 in Kraft getretenen lettländisch-deutschen Handelsvertrages, zurückgegangen, während die Einfuhr Englands, das an zweiter Stelle steht, nahezu unverändert geblieben ist. Stark zugenommen hat dagegen die Einfuhr Sowjetrußlands. Dänemark, das im Jahr vorher den dritten Platz einnahm, ist durch Rußland auf die vierte Stelle gedrängt worden. Unter den Aufnahmeländern des lettischen Exports nimmt England den ersten, Deutschland den zweiten und Belgien den dritten Platz ein.

Holz- und Holzwarenindustrie sowie Metallindustrie sind die hauptsächlichsten Industrien. Die Zahl der Arbeiter in der Industrie erreicht noch lange nicht 100 000. Auch dieses Land ist eine agrarische Demokratie, in der die Mittel- und Kleinbauern überwiegen, dünn bevölkert, von der Natur nicht allzu reich ausgestattet, wenn auch mit wichtigen und wertvollen Häfen, und mit einem Kapitalmangel, der sich auch ohne weiteres erklärt. Aber die Währung ist stabil und die Finanzverhältnisse sind nicht ungünstig.

An Stelle der Linksregierung Skujeneeks, mit der das Land nicht unzufrieden gewesen war, trat im Dezember 1927 das heutige Kabinett der bürgerlichen Parteien, so daß also alle drei bisher behandelten Staaten bürgerliche Kabinette haben. Es regiert mit den 51 Stimmen des Bürgerblocks und einer kleinen Fraktion, aus der der Ministerpräsident kommt, Juraschewski. Außenminister ist der bisherige Gesandte in Kowno, Balodis, der den erfolgreichen sozialistischen Außenminister Zeelens ersetzte.

An diesem Kabinett ist am interessantesten, daß die Deutschen in ihm vertreten sind, durch den Justizminister, den Deutsch-Balten Erwin Magnus. Obwohl in Lettland noch nicht wie in Estland die Kulturautonomie der Deutschen erreicht ist,

Digitized by Google

haben sich diese gleichwohl zur aktiven Beteiligung an der Staatsarbeit entschlossen, worin ein sehr wichtiger grundsätzlicher Fortschritt liegt. Sie wollen an dem Staate mitarbeiten, mit dem sie verbunden sind. Ihr Ziel bleibt natürlich, die Kulturautonomie zu erreichen, wie die Volksgenossen in Estland. Die Autonomie der deutschen Kirche in Lettland, im Gesamtrahmen der all-lettländisch-lutherischen Kirche wurde im März dieses Jahres in einer interessanten Fassung des Minderheitenrechts der Deutschen innerhalb der lutherischen Kirche durchgesetzt.

Für die Aussichten des Deutschtums selbst wies der „Latvis" (8. März) darauf hin, daß das alte baltische Deutschtum keine Zukunft mehr habe, nicht nur, weil die Sterbeziffern die Geburtsziffern überstiegen, sondern weil die Mischehen außerordentlich zunähmen. Er glaubte konstatieren zu können, daß nur noch drei Fünftel von Ehen der Deutsch-Balten rein deutsch seien und daß die Zunahme der Mischehen die Balten jedes Jahr stärker „lettisieren" müsse. Es wäre interessant zu erfahren, ob das so zutrifft und ob das auch für Estland gilt.

Lettland verfügt gleichfalls über eine Armee von rund 20 000 Mann, außer einer Grenzschutzdivision. Seine Außenpolitik ist anders als die Estlands, bestimmt durch die Beziehungen zu Deutschland, zu Litauen und zu Rußland.

Wie mehrmals erwähnt, hat in letzterer Richtung der Außenminister Zeelens einen Schritt vorwärts getan durch einen Handelsvertrag, der am 26. Oktober 1927 in Riga ratifiziert wurde. Er ist insofern von besonderer Bedeutung, als Sowjetrußland darin, gegen bedeutende Zollermäßigungen Lettlands, sich verpflichtet hat, jährlich Warenbestellungen in Höhe von 40 Millionen Lat an die lettländische Industrie zu vergeben. Der Vertrag ist außerdem ein Meistbegünstigungsvertrag und regelt die Stellung der Sowjet-Handelsvertretung nach den Bestimmungen des Vertrages zwischen Deutschland und Rußland. Beide Teile behalten sich die sogenannte russische Klausel, die Vorzugsbehandlung mit Estland, Litauen und Finnland vor, Rußland außerdem die Vorzugsklausel für seine asiatischen Nachbarstaaten. Eine besondere Zollkonvention gewährt beiderseitig Zollermäßigungen. Eine besondere russisch-lettländische Flachspreiskonvention sucht den lettländischen Flachs vor der Konkurrenz Rußland durch Verständigung der beiden Produktionsländer zu schützen, die immerhin fast ein Drittel der ganzen Weltproduktion in Flachs kontrollieren würde.

In diesen Verträgen hat Rußland weitergehende Zugeständnisse gemacht, als in seinen bisherigen Handelsverträgen, auch in dem Vertrage mit Deutschland. Das geschah natürlich aus politischen Gründen und hat zu einem erbitterten Kampf um den Vertrag in Lettland selbst geführt, sowie zur Entfremdung von

Digitized by Google

Estland, zu Mißtrauen in Finnland. Denn wie gesagt, sah man darin ein Abschwenken zu Rußland, was sicher übertrieben war. Zeelens schwebte vor die Verständigung mit Rußland und die Annäherung an Deutschland, unter Ausschluß von England, weshalb auch der britische Gesandte in Riga in höchst auffälliger Weise öffentlich Propaganda gegen den Handelsvertrag gemacht hat.

Neben dem Handelsvertrag wurde noch im Oktober 1927 eine Konvention über die Schiedsgerichtsbarkeit in Handels- und Zivilangelegenheiten unterzeichnet. Danach werden alle Handels- und Zivilstreitigkeiten zwischen den beiden Ländern vor ein Schiedsgericht gezogen, womit eine Beschleunigung ihrer vor den staatlichen Gerichten oft langwierigen Entscheidungen erreicht werden soll. Die Schiedsgerichte werden sich aus Richtern zusammensetzen, die von den beiden Staaten bezeichnet werden, sowie aus einem von ihnen gewählten Obmanne. Die Beschlüsse des Schiedsgerichts werden von den zuständigen staatlichen Gerichten vollstreckt. Für gerichtliche Hilfe sowie für die Geschäftsführung der Schiedsgerichte sind keine Steuern oder Gebühren zu entrichten. Vor das Schiedsgericht können nicht gezogen werden: Fragen des Erbrechts, Streitigkeiten aus Arbeitsverträgen, Streitigkeiten wegen Anleihen, solche um das Besitzrecht an Immobilien und Gebäuden sowie über Landnutzung. Diese Fragen unterstehen nach wie vor der Zuständigkeit der staatlichen Gerichte. Die Konvention kann im Einvernehmen beider Parteien auch dann angewandt werden, wenn ein Streit zwischen den beiden Staaten oder deren Organisationen entstehen sollte. Das ist immerhin eine Anwendung des Schiedsgerichtsgedankens, wie sie Rußland bisher noch nicht zugestanden hatte.

Diese Vertragspolitik wurde also in den anderen Randstaaten als ein Heraustreten aus der gemeinsamen Front empfunden. Man verglich den Schritt Lettlands mit dem Deutschlands seinerzeit in Rapallo. Durch den Wechsel in der Regierung wurde diese Politik zwar nicht direkt unterbrochen, aber auch nicht weitergeführt. Die von Zeelens eingeleiteten Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt, über die sich dieser in Genf im September 1927 ziemlich hoffnungsvoll aussprach, sind nicht zu einem Abschluß gediehen. Der neue Außenminister Balodis hat bei Amtsantritt ausgesprochen, daß Lettlands Aufgabe sei, Friedensbrücke zu sein, daß der Handelsvertrag mit Rußland ehrlich erfüllt würde und daß ein etwaiger Garantievertrag mit Rußland weder Lettlands Verhältnis zu Estland trüben noch Lettlands Mitarbeit im Völkerbunde stören dürfe.

Am 25. März ist dann ein provisorischer Handelsvertrag zwischen Lettland und Estland abgeschlossen worden, der aber die besonderen Verhältnisse zwischen beiden Staaten nicht berück-

Digitized by Google

sichtigt, sondern rein schematisch nur die allgemeine Meistbegünstigung festlegt. Ein Schritt zur Zollunion ist der Vertrag sicherlich nicht; man steht in dieser Frage an derselben Stelle, wie vor vier Jahren, als man begann. So sieht man an diesem Beispiel wieder, wie außerordentlich schwer es ist, zwei Staatswesen, auch wenn sie so viel in der Struktur, der Interessenrichtung usw. gemein haben, zu einem föderativen Zusammenschluß zu bringen, der zwar in der Gemeinsamkeit der Interesssen durchaus begründet wäre, aber doch eben, wenn überhaupt etwas herauskommen soll, einen gewissen Verzicht in der Wirtschafts- und Außenpolitik bedeuten würde, zu dem sich ein eben zur Selbständigkeit aufgestiegener Staat nicht verstehen möchte.

Natürlich sind dadurch die Beziehungen zwischen Estland und Lettland nicht im Ernst gefährdet. Aber die Pläne irgend eines engeren Zusammenschlusses unter den Randstaaten kommen somit nicht einmal an der Stelle vorwärts, wo sie überhaupt am ehesten realisierbar wären. Über die Sonderstellung Finnlands und seiner sog. skandinavischen Orientierung wurde schon gesprochen. Litauen steht überhaupt anders und Polen gehört vollends nicht in einen Bund der Randstaaten hinein, oder dieser verlöre jede eigene Selbständigkeit, würde lediglich ein Anhängsel der polnischen Hegemonie. Also schon in bezug auf diese drei Ostseestaaten ist alle Arbeit, das Sicherheitsproblem zu lösen, noch nicht enfernt über die ersten Vorbereitungen herausgekommen. Dann muß man aber anerkennen, daß die Politik des früheren lettischen Außenministers Zeelens noch die ernsthafteste und am ehesten Erfolg versprechende war, wenn sie freilich auch die gemeinsame Front gegen Rußland durchbrach. Aber mit dieser gemeinsamen Front gegen Rußland ist die konstruktive Arbeit, wie die Erfahrungen des letzten Jahres gezeigt haben, überhaupt nicht vorwärts gekommen. Darüber hinaus aber ist auch die Idee des lettischen Ministers: Sicherheitspakt unter Garantie aller an Osteuropa interessierten Großmächte, also einschließlich Rußlands, Englands, Frankreichs und Deutschlands, auf Grundlage des Status quo, immerhin noch möglicher, als das Programm einer Neutralisierung der Ostseestaaten, das der litauische Ministerpräsident Woldemaras vertritt. Denn das ist gar keine Lösung und außerdem mit der Völkerbundszugehörigkeit nicht vereinbar, auf die diese Staaten natürlich großen Wert legen.

Soweit die bisher besprochenen Randstaaten in Frage stehen, bedeutet die Unergiebigkeit der Bestrebungen auf Zusammenfassung für sie keine ernstliche Sorge. Es wäre für sie erwünscht, wenn etwas herauskäme, aber es geht schließlich auch so. Auch für sie ist ja das litauisch-polnische Verhältnis das Wesentlichere, weil dieses die eigentlichen Gefahrenmomente in sich trägt, die die ganze labile Situation in Osteuropa schwer er-

Digitized by Google

schüttern könnten. So liegen die Dinge ja nicht, daß sich die drei Ostseestaaten völlig von dieser Zentralfrage Osteuropas desinteressieren könnten. Das kann nicht einmal Finnland, geschweige denn Lettland und Estland. Denn jede gefährliche Gestaltung der litauisch-polnischen Beziehungen zieht unweigerlich Sowjetrußland mit hinein[1]).

Vom kulturellen Leben in den kleinen autonomen Gebieten des Nordkaukasus.

Von Bruno Plaetschke, Königsberg.

Daß die vielen kleinen nichtrussischen Völker der Sowjetunion nach Möglichkeit eigene autonome Gebiete erhalten haben, ist bekannt; ebenso, daß diese Autonomie nur eine kulturelle ist, keine politische. Weniger Nachrichten liegen von unparteiischer, nicht bolschewistischer Seite darüber vor, wie es nun eigentlich mit dieser kulturellen Autonomie bestellt ist, wie sie sich in der Praxis auswirkt, genauer gesagt. welche kulturellen Fortschritte die kleinen Völker seit dem Bestehen der Autonomie schon gemacht haben und auf welchem Wege sie erreicht wurden. Und auch hier wird eine einfache Aufzählung der Tatsachen, wie man sie ja schließlich auch aus sowjetischen Veröffentlichungen entnehmen könnte, niemals ein wirklichkeitsgetreues Bild ergeben können. Es kommt auf die Stimmung an, die in diesen kleinen Völkern heute herrscht, darauf, wie sie selbst ihre Lage empfinden, auf ihre innere Einstellung zum Sowjetsystem. Außerdem darf wohl die Frage Interesse für sich beanspruchen, wie sich nunmehr das Verhältnis der Nationen zu einander gestaltet hat, insbesondere wie nach dem Fortfall der offiziellen Russifizierungspolitik das Russentum den Fremdvölkern gegenübersteht.

Aus eigener Anschauung habe ich gerade den Teil der Sowjetunion kennengelernt, in dem man wohl die beste Möglichkeit hat, den genannten Fragen nachzugehen, nämlich den Kaukasus, der ja an Buntheit des Nationalitätenbestandes auf der Welt seinesgleichen sucht. Am mannigfaltigsten ist das Bild im östlichen Teile des Kaukasus, im Daghestan, in dem man nahezu 30 verschiedene Völker und Volkssplitter zählt. Diese konnten natürlich unmöglich alle ihr eigenes autonomes Gebiet bekommen, da man ja sonst autonome Dörfer hätte bilden müssen angesichts der Tatsache, daß manche dieser Völker nur etwa 1000 Seelen zählen; sie sind alle in der großen autonomen Sowjetrepublik Daghestan zusammengefaßt.

[1]) Der Schlußteil über Litauen und Polen folgt im nächsten Heft.

Digitized by Google

Ich war in den verschiedensten Teilen des Kaukasus vor Errichtung der Sowjetherrschaft und habe ihn vor kurzem erneut zu landes- und volkskundlichen Studien besucht. Bei dieser letzten 1927/28 ausgeführten Reise habe ich besonders den Daghestan näher untersucht und das autonome Gebiet der Tschetschenen, das sich nordwestlich an den Daghestan anschließt. Dabei habe ich mich etwa vier Monate nur in den Dörfern der Eingeborenen aufgehalten, zu denen ich von früher her viele persönliche Beziehungen hatte, was für meine Arbeiten natürlich sehr förderlich war. Ich war während dieser Zeit meist außer Reichweite der Behörden und habe mich völlig ungehindert bzw. ungeführt bewegen können.

Das, was ich über den kulturellen Zustand dieser speziell untersuchten Gebiete zu sagen habe, stimmt im wesentlichen auch für die übrigen übrigen kleinen autonomen Gebiete am Nordhang des Kaukasus. Allerdings muß betont werden, daß gerade das Tschetschenengebiet das kulturell rückständigste ist. Zwar hat sich der russische Einfluß ziemlich gleichmäßig im ganzen Nordkaukasus ausgewirkt, aber das kulturelle Niveau, das er vorfand, war doch regional sehr verschieden; es hing davon ab, wie die einzelnen Gebiete den auf kaukasischem Boden vor der Russenzeit wirksam gewordenen Kulturströmungen zugänglich gewesen waren, d. h. dem persischen und kleinasiatisch-byzantinischen und für diese ist eben gerade der Nordwestfuß des Daghestan am schwersten erreichbar. Indes das, worauf es hier ankommt, die Entwicklung nach Errichtung der Autonomie, ist doch in all diesen Gebieten so ziemlich in den gleichen Bahnen verlaufen.

Die Hauptaufgabe, die der kulturellen Selbstverwaltung der autonomen Gebiete erwuchs, war die Hebung der Volksbildung oder besser gesagt, die Schaffung einer solchen. Die Zahl der Tschetschenen z. B., die des Lesens und Schreibens vor dem Kriege kundig waren, war verschwindend gering. Der islamische Dorfgeistliche, der Mollah, konnte notdürftig arabisch lesen und schreiben und unterrichtete gewöhnlich einige Knaben darin. Noch schlimmer stand es mit der Kenntnis der russischen Schrift. Heute liegen die Dinge nun so, daß tatsächlich etwa 40 % aller Kinder irgendwie schlecht und recht Schulunterricht genießen, in der Ebene mehr, in den Bergen weniger. Das ist gewiß ein sehr beachtenswertes Ergebnis. In jedem größeren Dorfe ist eine Schule eingerichtet bzw. neu gebaut, die sich durch ihren massiven Bau schon von weitem von den üblichen Eingeborenenhäusern abhebt.

Die Schwierigkeiten, die es dabei zu überwinden gab, waren nicht gering. Es fehlte an geeigneten Lehrkräften, es fehlte natürlich auch an Lehrmitteln. Ueber eine eigene Literatur verfügten die Kaukasusvölker nicht, wenn man von den Georgiern

Digitized by Google

absieht. Es mußte also eine Schriftsprache und dafür erst ein Alphabet geschaffen werden. Gleich den anderen Fremdvölkern des Sowjetreiches entschloß man sich bekanntlich nicht zur Übernahme des russischen, sondern des lateinischen Alphabets, das irgendwie für die rauhen Laute der Gebirgsaussprachen zurechtgefeilt wurde. Und so liest und schreibt man eben heute in den kaukasischen Bergen lateinisch, d. h. nur die Kinder; die Erwachsenen schütteln nur staunend den Kopf vor solchen Künsten. Die kleinen ABC-Schützen stellen übrigens ihr Licht durchaus nicht unter den Scheffel, sondern, sobald sich ein fremder Reisender im Dorf sehen läßt, so kommen sie an und malen ihm mit vielem Stolz die eben gelernten lateinischen Buchstaben vor. Selbstverständlich wird auch Unterricht im Russischen erteilt.

Eine eigene Druckerei erstand, die auch inzwischen schon eine ganze Reihe von Broschüren gedruckt hat, in erster Linie natürlich das Leben des Nationalheiligen Lenin, dann Märchen, Fibeln usw. Letztere sind auch auf großen Einzelbögen gedruckt und in Massen überall in den Dörfern angeschlagen. Für Lesestoff sorgt vor allem die in der Landessprache erscheinende Zeitung. Einen Begriff von dem Lesehunger und der Lesefreudigkeit der Massen erhält man, wenn man etwa ein Kino besucht, dem ja die Sowjetregierung ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwendet. (Die dort gezeigten Filme waren übrigens technisch und inhaltlich meist recht gut ausgewählt.) Erscheint auf der Leinwand zwischen den Bildern ein Textstreifen, so verwandelt sich der Saal mit einem Male wie in ein brausendes Meer; alles liest nämlich laut mit, jeder freut sich, seine Schriftkenntnisse auch in der Praxis erproben zu können und es dem lieben Nachbarn zu zeigen. Auch das Interesse an volkskundlichen Dingen ist erwacht bzw. es wird künstlich geweckt; jedes der autonomen Gebiete hat sein eigenes Museum. Gegenwärtig sind sie zwar, von einigen Ausnahmen abgesehen, noch weit davon entfernt, ein getreues Abbild der materiellen Kultur des Volkes zu bieten, aber die Hauptsache ist, man arbeitet mit Lust und Liebe daran, es zu vervollkommnen. Und das ist eben das Kennzeichen der Kulturarbeit, die hier geleistet wird und zwar ganz überwiegend von den Eingeborenen selbst, diese Freude und der rege Eifer am Schaffen. Man geht keiner Aufgabe aus dem Wege und hält sich meist an den Grundsatz: Probieren geht über Studieren. Gerade der Volksbildungskommissar ist ein unbeschränkter König auf seinem Gebiete, der sich noch dazu regster Mitarbeit aus der Bevölkerung erfreut. Freilich sind diese Posten auch von den fähigsten Männern des Stammes eingenommen.

Neben dem Schulgebäude lenkt gewöhnlich noch ein anderer Neubau den Blick auf sich, das Krankenhaus. Meist sind es große kastenförmige Gebäude mit dem bekannten flachen Blech-

Digitized by Google

dach, mit großen lichten Räumen und leidlicher Ausstattung. Sehr gut besetzt war stets die venerologische Abteilung, „die allerwichtigste", wie mir die Tschetschenen versicherten. Russische Ärzte und Feldschere gaben mir geradezu erschreckende Zahlen an, die ich allerdings für übertrieben halte; doch scheint festzustehen, daß in gewissen Dörfern wenigstens die Hälfte aller Einwohner syphilitisch verseucht ist. Die Krankheit ist natürlich seit langem im Volk drin; die Leute nehmen sie auch gar nicht einmal besonders ernst, sehen dabei auch äußerlich frisch und kräftig aus.

Tatsache ist, daß in die autonomen Gebiete ein vielfaches von dem hineingesteckt wird, was die armen Bergdörfer an Steuern aufbringen können. Abgesehen von der kulturellen gilt dies auch von der rein wirtschaftlichen Hebung. So ist z. B. jeder Kreisverwaltung ein Agronom beigegeben, dazu meist noch ein mit Gärtnerei, Bienenzucht und ähnlichen Dingen vertrauter Mann, der den Leuten bessere Wirtschaftsmethoden beibringen soll. Zu dem Zwecke hat man bei den Kreismittelpunkten auch kleine Musterfelder angelegt. Der Erfolg der Agronomen hängt natürlich ganz davon ab, wie sie es verstehen, mit den Landeseinwohnern Fühlung zu nehmen. Russische Landwirtschaftsprofessoren sind auch mit einem Stabe von Gehilfen in den Bergen herumgereist, um festzustellen, was von den Wirtschaftsmethoden, den Sämereien, den Viehrassen zu höherer Leistungsfähigkeit gebracht werden kann. Erwähnt sei, daß zur Verbesserung des einheimischen recht elenden Rindviehbestandes an einige Stellen edlere Zuchttiere, darunter deutsche, hingebracht worden sind, einstweilen allerdings in nicht nennenswertem Maße. Beim Wandern über die Bergweiden sah ich auch mehrere neue modern eingerichete Molkereien. Bei einer war die Bevölkerung trotz guter Bezahlung nicht dazu zu bewegen, ihre Milch abzuliefern. Der Verwalter war aber verpflichtet, seine ganze Maschinerie laufen zu lassen, auch wenn nur ein einziger Liter Milch eingeliefert wurde; man wollte eben um jeden Preis die Leute zu rationellerer Verarbeitung ihrer Produkte erziehen.

Von Interesse dürften wohl einige Ausführungen über die Personalfragen in der Verwaltung der autonomen Gebiete sein. Wenn wie gesagt in dem Volksbildungswesen fast ausschließlich Eingeborene arbeiten, so sind doch in den anderen Zweigen der Verwaltung sehr viele Russen tätig. Der Grund liegt einfach darin, daß es den Eingeborenen an der notwendigen Zahl qualifizierter Kräfte fehlt. So sind die Repräsentationsposten zwar überall von den Stammesleuten bekleidet, die Sekretariate dagegen von Russen, Juden oder sonstigen Andersstämmigen.

Absicht scheint es dagegen zu sein, die leitenden Polizeistellen nicht mit Einheimischen zu besetzen. Neben Russen

Digitized by Google

trifft man hier öfters Armenier als besonders sowjetfreundliches Element. Als ich die Eingeborenen auf diese Erscheinung aufmerksam machte, meinten sie ironisch: „Ja, da sind wir zu dumm dazu!" Die Wahrheit dürfte die sein, daß sie durch ihre weitreichenden verwandtschaftlichen Bindungen in der unparteiischen Ausübung eines Polizeiamtes zu sehr behindert wären. Soziologisch bilden die Bergvölker auch heute noch nur eine Gruppe von Großfamilien oder Sippen, die viele hundert Köpfe stark sein können. Die Einzelfamilie tritt dagegen an Bedeutung ganz zurück, besonders in den Hochgebirgsgegenden, wo gewöhnlich das ganze Dorf zu einer Familie gehört. Diese verschiedenen Sippen waren bisher eigentlich nur durch die gemeinsame Sprache miteinander verbunden. Im übrigen befehdeten sie sich je öfter, je lieber, so daß der wichtigste existierende Gesetzeskodex der der Blutrache war, als Ersatz für die fehlende zusammenfassende Staatsgewalt. Das Leben als Volk beginnt eigentlich erst mit der Begründung der Autonomie. Auch zur Zeit der Eroberung des Kaukasus durch die Russen bildeten diese verschiedenen Sippen noch keine Schicksalsgemeinschaft; die eine focht mit den, die andere gegen die Russen. Dieser soziologische Aufbau weicht nur sehr langsam den Einflüssen der neuen Zeit, so daß ein einheimischer Polizeibeamter, wollte er jemanden belangen, sich der Gefahr der Blutrache aussetzen würde.

Eine Sonderstellung nimmt die GPU, die frühere Tscheka ein. Während die gewöhnliche Polizei von der Regierung des autonomen Gebietes, dem Ispolkom, aus verwaltet wird, ist die GPU ganz unabhängig davon organisiert, untersteht derselben nicht. Es war auch kein einziger Einheimischer darin tätig, wenigstens nicht im Tschetschenengebiet. Deshalb sieht man auch in der GPU die fremde Staatsgewalt, die keinen organischen Zusammenhang mit der Bevölkerung hat. Vor ihr haben sie alle einen gewaltigen Respekt, vom Präsidenten des autonomen Gebietes angefangen bis zum einfachen Gebirgsbauern und dem in Rußland reisenden Ausländer. Freilich muß ich von mir sagen, daß ich überall mit Zuvorkommenheit behandelt worden bin und daß mir gerade von der GPU nichts in den Weg gelegt worden ist. Sie ist ja überhaupt die einzige Stelle, an der man bündige Auskunft erhalten kann; alles andere fürchtet sich vor der Verantwortung.

Die Persönlichkeiten des Stammes, die die verschiedenen Repräsentantenposten innehaben, sind übrigens durchaus keine Proletarier, soweit man diesen Begriff auf die patriarchalischen Verhältnisse der Gebirgler überhaupt anwenden kann. Als in einem Dorfe die Wahl des Schulzen, des „Predsedatel selsoveta", bevorstand und ich fragte, wen man denn wählen würde, erhielt ich die bezeichnende Antwort: „Na, natürlich einen aus guter

Digitized by Google

Familie!". Und so entstammen denn auch die Beamten der Tschetschenen z. B. durchaus angesehenen Familien und angesehen sein, heißt hier immer noch wohlhabend sein. Wer nichts ist und nichts hat, hergelaufenes Volk besonders, kann nach Ansicht der Gebirgler eben auch keinen Ehrenposten bekleiden.

Wenn man von den Einwirkungen der Revolution auf die soziale Struktur der nordkaukasischen Bergvölker spricht, so muß man freilich einen Unterschied machen zwischen den Tscherkessen bzw. Kabardinern und Osseten einerseits und den Tschetschenen und Inguschen andererseits. Erstere hatten eine ausgesprochen ständische Gliederung mit sehr zahlreichem und mächtigem Adel, der unter sich wieder noch stark differenziert war. Dieser Adel ist natürlich vernichtet, genau so, wie der der Georgier in Transkaukasien. Dagegen fehlte ein Adel bei den Tschetschenen und Inguschen, wohl nur deswegen, weil sie das Stadium des Feudalismus in ihrer Entwicklung noch nicht erreicht hatten. Deswegen besaßen jedoch die einzelnen Sippen sehr verschiedenes Ansehen und Macht; man unterschied gute und schlechte Familien. Hier nun hat sich nichts gewandelt; vor allem nicht in der materiellen Grundlage der Verschiedenwertigkeit der einzelnen Familien. Ein Besitzausgleich hat nämlich noch nicht stattgefunden; es gibt Wirte, die bis zu 1000 Schafen und 40—50 Stück Großvieh auf den Bergweiden haben und solche, die nur ein halbes Dutzend Schafe und ein minimales Fleckchen Ackerland ihr eigen nennen. In dieser Beziehung ist der Umsturz spurlos vorübergegangen. Die Sowjetregierung war zufrieden damit, daß die Bergvölker des Nordkaukasus als alte Gegner der Kosaken sowieso auf ihrer Seite standen und drängte deshalb nicht so auf Sowjetisierung innerhalb des Stammes. Man stellte ihnen sogar noch ein gut Teil der großen und guten Ländereien zur Verfügung, die früher den Terekkosaken gehört hatten. Aus den ackerlandarmen Berggegenden besonders des Daghestan hat man die überschüssige Bevölkerung zum Teil dorthin ausgesiedelt, jedoch mit schlechtem Erfolge; die Söhne der Berge können sich an das Tieflandklima nicht recht gewöhnen und verlangen wieder nach ihren Bergen zurück.

Indessen wurde viel davon gesprochen, daß auch innerhalb des autonomen Gebietes in Kürze eine gleichmäßige Besitzverteilung vorgenommen werden sollte. Nach meiner Kenntnis der Dinge wird sich dies Vorhaben bei dem noch unbändigen Sinn der Gebirgler nur mit großen Schwierigkeiten durchführen lassen.

Faßt man alles zusammen, so muß man zugeben, daß die kleinen Völker durch den Bolschewismus große Vorteile errungen haben. Es ist daher kein Wunder, wenn sie mit der Sowjetregierung im allgemeinen sympathisieren. Trotzdem gibt es natürlich Seiten des Sowjetsystems, die ihnen weniger behagen. Das ist

Digitized by Google

vor allem die antireligöse Propaganda der Sowjets, die sich ja ebenso gegen die christliche wie auch die mohammedanische Religion richtet. Das war auch wohl der Hauptanlaß, weshalb es in den Bergen noch teilweise zu schweren Aufständen kam, die selbstverständlich auch von an und für sich sowjetfeindlich eingestellten Kreisen unterstützt und geleitet wurden. Der schwere Aufstand in Daghestan 1921 wurde sehr blutig niedergeschlagen, was die Bevölkerung stellenweise noch nicht verwunden hat. In einem anderen Falle, 1925, im Tschetschenengebiet, verlegte man sich auf das Mittel der Unterredung und Überredung und nahm keine Bestrafungen vor. Im allgemeinen macht man sich wenig Sorge darüber, daß die Gedankengänge der Gebirgler noch sehr wenig der kommunistischen Forderung entsprechen. Man betrachtet hier die Zeit als Bundesgenossen, läßt die Alten tun und treiben, was sie wollen, nimmt aber dafür umso fester die Jugend in die Hand. Überall bestehen Ortsgruppen der kommunistischen Jugend, in denen im allgemeinen recht rege gearbeitet wird. Ich geriet einmal in einem entlegenen Tal in eine ihrer Versammlungen hinein; da keiner der Jünglinge schreiben konnte, so wurde ich gebeten, doch das Protokoll aufzusetzen, das sie ihrer Zentrale schuldig waren. Als interessanten Punkt der Tagesordnung möchte ich den erwähnen, in welchem über den „Kalym", das Brautgeld, das in den Bergen gewöhnlich aus 18 Kühen besteht, verhandelt wurde. Man nahm schließlich eine Entschließung an, in der die Abschaffung dieses Kalyms gefordert wurde. Dies nur als Beleg dafür, wie durch den Kommunismus die Auflösung des alten Stammeslebens befördert wird.

Daß man mit diesen kleinen autonomen Gebieten tatsächlich Nachsicht üben kann, ohne viel dabei zu riskieren, dafür sprechen ja allein schon ihre geringen Bevölkerungszahlen. So hat der größte der nordkaukasischen Staaten, Daghestan, noch nicht 800 000 Einwohner, das Tschetschenengebiet 300 000, das Inguschengebiet gar nur 70 000 Einwohner. Sowjetfeindliche Haltung der Bergvölker oder Unruhen, die kaum noch eintreten dürften, können also niemals eine ernste Gefahr bedeuten, zumal sie bei der weitgehenden sprachlichen Zersplitterung und der durch ihre Oberflächengestaltung bedingten schweren Verbindungsmöglichkeit nicht gemeinsam handeln können, wie es ja auch die Geschichte der Kaukasusländer immer wieder gezeigt hat.

Zum Schluß einige Worte über das Verhältnis der Völker zueinander. Ein Gemeinsamkeitsgefühl fehlt den kaukasischen Völkern vollkommen. Eher stehen sie einander feindlich gegenüber als freundlich. Im mohammedanischen Osten wiederum wird die Frage nach der Volkszugehörigkeit kaum gestellt; maßgebend ist hier die Gleichheit oder Verschiedenartigkeit der Religion. Verschiedenheit der Sprache wird nicht schwerer ge-

Digitized by Google

wertet als eine beliebige andere ethnographische Abweichung, so daß sprach- und rassefremde Völker einander als Brüder betrachten um der Einheit des Glaubens willen, verwandte dagegen einander feindlich gegenüberstehen. Freilich verschwindet diese Auffassung bei der jungen religiös gleichgültigeren Generation immer mehr, so daß z. B. jetzt auch Heiraten zwischen Mohammedanern und Christen, darunter auch Russen, mehr und mehr stattfinden.

Die Stellung des Russen zu den Fremdvölkern ist nach meinen Erfahrungen die vollster Gleichgültigkeit. Ich wollte einmal in Erfahrung bringen, welcher Nationalität ein Beamter des tschetschenischen Ispolkoms war, den ich sofort als Nichtrussen empfunden hatte, aber meine Frage war lange Zeit vergebens; keiner seiner russischen Beamtenkollegen hatte sich dafür interessiert, obwohl sie ständig mit ihm zusammen waren. Der Russe empfindet eben die Fremdvölker gar nicht als besonders fremd. Seit Jahrhunderten wohnt er neben und unter ihnen, hat ihnen von sich sehr viel gegeben und andererseits von ihnen gewisse Wesenszüge übernommen. Vielfach ist er ja auch rassenmäßig wenig oder gar nicht von ihnen verschieden. Am meisten vielleicht noch von den Kaukasusvölkern. Man braucht ja nur einmal von Rostow aus auf der Bahn sich dem Kaukasus nähern und man wird sehen, wie sich auf den Stationen in immer steigendem Maße die Kaukasiergesichter mit ihren großen und graden Zügen aus der Masse der unklareren russischen Physiognomien herausheben. Die Kaukasusvölker bilden überhaupt eine Rasse von ausgeprägtester Eigenart — man denke nur an die Tscherkessen —, die sehr wohl im Stande ist, andere Elemente aufzusaugen und Nachbarn ihre Wesensart aufzuprägen. Wie stark auch die Russen unter diesem Einfluß gestanden haben, lehrt ein Blick auf die Kuban- und Terekkosaken, die ja unter anderem auch die tscherkessische Tracht als Uniform trugen.

Man könnte vielleicht auf den Gedanken kommen, daß durch die Erteilung der Autonomie an die Fremdvölker das russische Volkstum irgendwie zurückgedrängt würde, wenn man z. B. hört, daß in den nordkaukasischen autonomen Gebieten die Eingeborenensprachen auch als Amtssprachen eingesetzt werden sollen. Wenn es dazu kommen wird — ich kann mir freilich nicht recht vorstellen, wie die unentwickelten Bergsprachen derartigen Anforderungen gewachsen sein sollen —, so wird man also von den dort tätigen russischen Beamten die Kenntnis der Landessprache fordern, desgleichen von den dort lebenden russischen Siedlern. Trotz dieser nicht zu leugnenden Begünstigung der nicht russischen Volksteile auf Kosten des Russentums, hat man das Gefühl, daß der Vorgang der Russifizierung keineswegs aufgehalten ist, ja daß er vielleicht noch rascher vorwärtsschreitet als früher, gerade weil von einer Absicht nichts mehr zu merken ist und

Digitized by Google

dadurch früher vorhanden gewesener passiver Widerstand fortfällt. Denn dem Einfluß der russischen Kultur können sich die Völker ja gar nicht entziehen. Zwar standen und stehen manche von ihnen, z. B. die Georgier, auf einer Stufe der Gesittung, die der des russischen Dorfes keineswegs nachsteht, ebenso einige Daghestanerstämme, wo in den trockenen Tälern der Zwang zu künstlicher Bewässerung früh einen starken Gemeinsinn erweckt hat (dasselbe gilt von Turkestan). Ihre rassenmäßigen Anlagen sind sicher sogar besser als die des Durchschnittsmenschen im osteuropäischen Flachlande und es liegt wohl nur an ihrem geographischen Schicksal, welches sie auf den engen Raum des Kaukasus stellte, daß sie keine große Kultur entfalten konnten. Aber die große Masse der Fremdvölker kann sich eben doch nur mit Hilfe des Russentums emporschwingen und das Streben danach, der Wunsch, von den Russen zu lernen, ist bei den kleinen Völkern des Nordkaukasus sehr lebendig. Die Folge davon ist, daß viele von ihnen, besonders wenn sie eine höhere russische Schule besuchen, völlig im Russentum aufgehen.

Sehr gefördert wird dieser Vorgang noch durch die Art des russischen Menschen, durch die Sicherheit und das Taktgefühl, das ich gerade bei den jungen Sowjetbeamten beobachten konnte, die im täglichen Verkehr mit den Eingeborenen standen. So ist besonders der früher so beliebte laute polternde Ton völlig verschwunden; alles wickelt sich in vollster Ruhe, Höflichkeit und Sachlichkeit ab.

Das Nationalitätenproblem Rußlands hat trotz der politischen Neugestaltung sein altes Gesicht bewahrt. Derselbe Prozeß, der bei der Ausbildung des russischen Menschen in vergangenen Jahrhunderten eine so bedeutungsvolle Rolle gespielt hat, nämlich die Aufnahme und Einschmelzung Fremdstämmiger, ist seit der Errichtung der Sowjetherrschaft noch auf eine viel breitere Basis gestellt worden, indem die Angleichung der Fremdstämmigen durch ihre politische Gleichberechtigung nur gefördert wird.

Pädagogische Briefe.

Von A. Pinkewitsch,
Professor und Rektor der II. Staats-Universität in Moskau.

Dritter Brief.

Die soziale Erziehung in der Sowjetunion.

In diesem und in den folgenden Briefen will ich die deutschen Leser mit den Grundlagen dessen bekannt machen, was wir „soziale Erziehung" nennen. Aus meinen früheren Darlegungen („Osteuropa" II. Jahrg. Seite 201 ff. und Seite 497 ff.) wissen Sie

Digitized by Google

bereits, daß wir diesen Ausdruck in einer gewissermaßen technischen Bedeutung anwenden. Soziale Erziehung bedeutet bei uns nicht soziale Pädagogik, sondern lediglich das Gebiet der allgemeinbildenden (polytechnischen) Schule, die die Anstalten allgemeinbildenden Typs für Kinder von drei (vier) bis siebzehn (fünfzehn) Jahren[1]) umfaßt.

Wenn wir das Netz der Einrichtungen für soziale Erziehung näher betrachten, so finden wir auf dem Gebiete der Sowjetunion folgende Formen: a) Anstalten für Vorschulerziehung, b) Schulen der ersten Stufe, c) Siebenjahrschulen (Vierjahrschulen und die erste Gruppe der zweiten Stufe), d) Neunjahrschulen (Vierjahrschulen und die erste und zweite Gruppe der zweiten Stufe). Außerdem sind zu diesen Anstalten zu rechnen: die Schulkommunen und die Kinderhäuser für normale Kinder, die Schulen für defekte Kinder und die Kinderhäuser für schwererziehbare Kinder. Einen von den Grundanstalten allgemeinbildenden Typs abweichenden Charakter haben die Schulen der bäuerlichen Jugend und die sogenannten Siebenjahrschulen der Fabriken und Werke.

Zunächst einige Worte über die Zahl der Anstalten für soziale Erziehung. Die folgenden Ziffern wollen eine Vorstellung über die Entwicklung der Schulen in den letzten 12 Jahren geben. Im Jahre 1914/15 zählte man 104 610 Anstalten mit 7 235 988 Schülern; im Jahre 1926/27 gab es 108 424 Anstalten mit einer Gesamtzahl von 9 903 439 Schülern. Diese Zahlen zeigen, daß wir während der 10 Jahre des Bestehens der Sowjetherrschaft trotz sehr ungünstiger objektiver Bedingungen einen gewissen Aufschwung auf dem Gebiete der sozialen Erziehung zu verzeichnen haben. Aber diese Entwicklung ist durchaus unzulänglich, und die Sowjetunion darf sich mit ihr nicht zufrieden geben. Es ist vollkommen verständlich, daß die allgemeine Volksschulbildung ein brennendes Problem für unseren Staat bildet.

Besonders deutlich fühlen wir den Mangel an Anstalten auf dem Gebiete der Vorschulerziehung. Im Jahre 1926/27 hatten wir 1629 Einrichtungen mit 85 349 Kindern; für das ungeheure Territorium unseres Landes ist diese Zahl verschwindend klein. Allerdings muß man bedenken, daß selbst in einem so klassischen Lande der Vorschulerziehung, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nach den letzten Angaben nur 13 % der Kinder des entsprechenden Alters von den Kindergärten erfaßt werden. Wichtig ist, daß die Idee staatlicher Vorschulanstalten bei uns sehr kräftige Wurzeln gefaßt hat und einen Eckstein unserer ganzen Erziehungsarbeit darstellt.

Bevor ich nunmehr zu der Beschreibung der einzelnen Schultypen übergehe, möchte ich die Leser noch einmal an die Grund-

[1]) Die Zahlen in den Klammern beziehen sich auf das ukrainische Volksbildungssystem.

Digitized by Google

lagen der Sowjet-Pädagogik erinnern, die ich in meinem ersten Briefe („Osteuropa" II. Jahrgang Seite 201 ff.) geschildert habe. Die dort dargelegten Prinzipien bringen wir auch auf dem Gebiete der Vorschulerziehung restlos zur Anwendung. Zwar haben wir diese Grundsätze nicht von Anfang an auch in diesem Schulzweige verwirklicht. Es gab bei uns eine Periode der Schwankungen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß wir uns bis zu einem gewissen Grade den Ideen von Fröbel und Montessori unterordneten. Eine parallele Entwicklung hatten wir übrigens ja auch auf dem Gebiete der eigentlichen Schulpädagogik; auch hier haben sich nicht sofort die Grundideen und Grundprinzipien einer konkreten Schulorganisation herauskristallisiert Aber in demselben Augenblick, in dem unsere Schule nach der Einführung der sogenannten „Programme des Staatlichen Gelehrtenrates" (GUS), von denen später die Rede sein wird, ihr Sowjetgesicht erhalten hatte, setzte auch auf dem Gebiete der Vorschulerziehung eine Epoche tatkräftigen Schaffens mit Hilfe eines spezifischen Sowjeterziehungssystems ein.

Was kennzeichnet überhaupt unsere Pädagogik? Wir haben schon früher ausgeführt, daß für unsere Pädagogik vor allem ihre Einstellung auf die Interessen der Werktätigen charakteristisch ist. Unsere Pädagogik betrachtet sich als eine Arbeitspädagogik; deshalb ist sie nach der Arbeit und nach den Werktätigen orientiert und ist in diesem Sinne eine Klassenpädagogik. Anfangs dünkte es vielen sowjetrussischen Pädagogen, als ob dieses Moment, das Klassenmoment, auf dem Gebiete der Vorschulerziehung wohl kaum eine ernste Rolle spielen könne. Aber das Leben zeigte es uns anders. Bei der Arbeit wurde es uns deutlich, daß man den Grund zu einer proletarischen, werktätigen Weltanschauung bereits in den frühesten Jahren legen muß.

Ich führe nur ein Beispiel an, um diese Tatsache zu beweisen. In der ganzen Welt ist die Mehrzahl der Pädagogen der Auffassung, daß das sogenannte biogenetische Gesetz auf die Psychologie und die Pädagogik angewendet werden muß. Infolge dieser, unserer Meinung nach willkürlichen Konzeption glauben viele und darunter sehr bedeutende Pädagogen, daß das Kind unbedingt ein religiöses Entwicklungsstadium durchlaufen müsse. Einige Sowjetpädagogen haben in den ersten Jahren der Revolution ähnliche Anschauungen vertreten. Was aber hat die Praxis gezeigt? Wenn das Kind in seiner Umgebung kein Material zum Aufbau einer religiösen Anschauung findet, dann legt es auch keinerlei Anzeichen einer Religiosität an den Tag. Hieraus konnten wir nur den Schluß ziehen, daß die Religiosität durch das Milieu geschaffen wird und nicht etwas Ererbtes darstellt.

Dieselbe Feststellung machten wir auch bezüglich der gesellschaftspolitischen Weltanschauung. Sie wird nicht vererbt, son-

Digitized by Google

dern durch die Umgebung, in der das Kind lebt, und durch die Einwirkungen, die das Milieu auf das Kind ausübt, eingeflößt.

Wenn es sich so verhält, dann müssen wir unsere Arbeit zur Bildung einer bestimmten Weltanschauung beim Kind bereits in seiner frühesten Entwicklungsstufe beginnen. Von diesem Standpunkt geht unsere ganze Pädagogik aus. Dabei geht sie nicht etwa besondere Wege, sondern es wird nur die marxistische Philosophie auf eine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens angewendet.

Weder Fröbel noch Montessori sprechen von der Arbeit in der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Wortes, die wir anwenden. Wie aus meinen früheren Briefen ersichtlich ist, gilt in der Sowjetunion die Arbeit nicht als irgend ein Ergänzungsfach in der Schule oder im Kindergarten; im Gegenteil, sie ist ein mächtiges Mittel zur Bildung einer proletarischen Weltanschauung im Kinde. Dabei bestreiten wir natürlich nicht, daß die Arbeit eine ganze Reihe von sehr wertvollen Momenten in die Entwicklung des Kindes bringt, wie die Entwicklung des Aktivismus (des Willens), des Intellekts usw. Aber wenn lediglich das letztere der Fall wäre, so wäre nach unserer Auffassung die Schule noch nicht als eine „Arbeitsschule" zu bezeichnen.

So bemühen wir uns, schon im Kindergarten zum mindesten die Grundlage zu schaffen für die Erziehung eines aktiven, kollektivistisch denkenden, der Psychologie und der Weltanschauung der Werktätigen nahestehenden Menschen. Aktivismus, Kollektivismus, Materialismus — diese unsere Forderungen behalten auch für den Kindergarten ihre Geltung.

Aber man kann uns fragen: Haben Sie hierfür die Mittel? Können Sie bei einem so frühen Alter die Ziele erreichen, die Sie sich gesteckt haben? Und wenn Sie diese Ziele erreichen, verstümmeln Sie dadurch nicht die Kinderseelen? Heute, im 11. Jahre des Bestehens der Sowjetherrschaft, haben wir genügend Material, um auf diese Fragen mit voller Überzeugung und voller Sachkenntnis zu antworten. In den folgenden, natürlich sehr oberflächlichen und flüchtigen Zeilen möchte ich das Leben des Kindergartens in seinen Grundzügen erläutern.

Ich werde nicht von dem sprechen, was der Kindergarten der Sowjetunion mit allen anderen Kindergärten gemein hat. In unserem Kindergarten wird, wie in den westeuropäischen, dem Spiel, dem Märchen (allerdings nicht religiösen oder mystischen Inhalts), dem Erzählen usw. ein großer Platz eingeräumt. Ein gewisses didaktisches Material haben wir den Montessori- und den nordamerikanischen Kindergärten entlehnt. Aber der sowjetrussische Kindergarten unterscheidet sich seiner äußeren Organisation nach sehr von den westeuropäischen und nordamerikanischen Anstalten. Unser Kindergarten sucht eine

Digitized by Google

möglichst enge Verbindung mit der Umwelt und dem in ihr wirkenden Leben. Er nimmt an den großen politischen Feiertagen lebendigen Anteil, er führt seine Kinder in die Werkstätten der Handwerker, er bringt sie in die Kinderorganisationen (Pioniere) usw. Diese Verbindung mit dem Leben gestattet ihm, das Element in die Praxis des Kindergartens einzuführen, auf das wir bereits hingewiesen haben: das Kind wird von dem Leben der Erwachsenen nicht isoliert, sondern es nimmt in seiner kindlichen Art an ihm teil, und selbst wenn sich der Kindergarten eine derartige Aufgabe nicht gestellt hätte, so würde die neue sowjetrussische Familie das Kind in das Leben der Gegenwart hereinführen. Auf dem Grunde dieser Annäherung an das Leben leistet der Kindergarten seine gesamte Arbeit.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich für die Praxis der Vorschulerziehung folgendes: Auch auf diesem Gebiet ist, wie auf allen anderen der Volksbildung, die Arbeit die Zentralachse, um die sich die gesamte Tätigkeit des Pädagogen bewegt, und zwar die Arbeit nicht nur in ihrem abstrakten Begriff, sondern in ihrer konkreten Äußerung, die dem Verständnis der Kinder zugänglich ist. Es sind dies einerseits die verschiedenen Formen der dem Alter des Kindes entsprechenden Selbstbetätigung und die schaffende Arbeit, und andererseits die Beschäftigung mit der Arbeit der Umwelt. Die Erfahrung zeigt, daß die Arbeit in der Vorschulerziehung verhältnismäßig leicht und einfach ihren Ausdruck findet. Selbstverständlich nimmt neben der Arbeit das Spiel im Leben des Kindes einen großen Raum ein; ja wir trachten sogar darnach, die Arbeit sowohl im Kindergarten wie in jeder anderen Volksbildungsanstalt so emotional auszuschmücken, daß sie sich dem Spiele annähert und in das Spiel übergeht, wie umgekehrt das Spiel auf das reale und werktätige Leben eingestellt sein und sein Material aus der Umgebung schöpfen muß. Deshalb wehren wir uns mit aller Energie dagegen, daß wie bei Montessori das didaktische Material aus einer Zusammenstellung künstlich ausgewählter Objekte besteht. Wenn wir auch nichts dagegen einwenden, daß die Gefühlsorgane durch die Anwendung eines entsprechenden didaktischen Materials entwickelt werden, so bestehen wir doch darauf, daß dieses Material so ausgewählt werde, daß es der Psychologie des Kindes und den allgemeinen Aufgaben der Schule entspricht.

Eine andere große Idee unserer Vorschulerziehung ist die Verbindung der Kinderanstalten mit der Gegenwart, nicht die Trennung von der letzteren, sondern die allertiefste Versenkung in sie. Wie wir bereits oben ausführten, sind die Formen dieser Verknüpfung verschiedenartig und finden in unserem Kindergarten eine breite Anwendung. Hier fügen wir nur hinzu, daß gerade dieser Umstand die Kindergärten in das gesamte Bildungssystem eingegliedert und sie zu einem orga-

Digitized by Google

nischen Teil des Aufklärungssystems der Sowjetunion gemacht hat.

Der dritte charakteristische Zug des sowjetrussischen Kindergartens ist die Organisation der Selbstverwaltung der Kinder. Natürlich wird diese in den elementarsten Formen verwirklicht, und hier spielt die Persönlichkeit des Pädagogen eine große Rolle. Indes kann nicht bestritten werden, daß die Kinderversammlungen, ihre Dienstleistungen, ihre verschiedenen Kommissionen usw. heute bereits zu einem wesentlichen Bestandteil unseres Kindergartens geworden sind. Die Entwicklung der Selbstverwaltung der Kinder in den Vorschulanstalten entspricht einer der Grundforderungen der gesamten Sowjetpädagogik, der Erziehung zum Aktivismus, wie überhaupt unsere ganze Arbeit mit den Kindern in diesem Alter darauf gerichtet ist, in ihnen einen möglichst starken Aktivismus und eine möglichst große Selbständigkeit zu wecken.

Als ich im Jahre 1926 die Kindergärten in Wien besuchte, war es für mich ein seltsamer Anblick, als ich dort die dreijährigen Kinder in Schulbänken sitzen sah; das widerspricht direkt unserer Vorstellung von der Erziehung. Wir bemühen uns, die Bänke sogar aus der Schule zu verdrängen, da sie für uns das Symbol der Passivität des Kindes darstellen. In unserem Kindergarten sollen sich die Kinder frei, aktiv und selbständig fühlen; Schaffen und Wille zur Arbeit sollen auf jegliche Weise in ihnen geweckt werden.

Im sowjetrussischen Kindergarten gibt es natürlich keine religiösen Zeichen; die Erziehung wird antireligiös durchgeführt. Von einer bewußten Antireligiosität kann man bei diesem Alter freilich nicht sprechen, aber wir wollen und erreichen, daß in unseren Kindergärten die Kinder vollständig frei von einer mystischen Anschauung heranwachsen.

Bei der inneren Gliederung des Kindergartens werde ich nicht verweilen. Ich will nur bemerken, daß die Bemühungen unserer Ärzte und Pädagogen darauf gerichtet sind, ein möglichst rationelles Regime mit einer richtigen Verteilung von Spiel, Arbeit, Ausflügen, Kinderversammlungen, Erholung Schlaf usw. auszuarbeiten. Ich füge noch hinzu, daß unsere Kindergärten in gewissem Maße in sich das Leben der Eltern der Kinder zum Ausdruck bringen wollen, sie passen sich der Arbeitsverteilung der Eltern an; die Eltern bringen die Kinder in den Kindergarten, wenn sie zur Arbeit gehen, und nehmen sie nach Beendigung der Arbeit mit nach Hause.

Meinen Ausführungen über die innere Organisation der Vorschulanstalten habe ich noch einige Worte über die pädagogische, allgemein nützliche Arbeit hinzuzufügen, die das Kollektiv der Leiter eines Kindergartens gewöhnlich in sehr großem Maßstabe zu leisten hat und zu der es zuweilen auch seine Zöglinge

Digitized by Google

heranzieht. Angesichts der verhältnismäßig großen Kulturlosigkeit, die unser Land als Erbe der Vergangenheit übernommen hat, kommt der pädagogischen Propaganda eine große Bedeutung zu; denn die Kindergärten erfassen ja nur eine geringfügige Minderheit der Kinder, die große Mehrzahl befindet sich außerhalb des Kindergartens. Die Aufgabe des Pädagogen besteht nun darin, auch auf die Eltern einzuwirken, die ihre Kinder zu Hause erziehen und auf sie in dem Sinne einzuwirken, daß sie sich Kulturgewohnheiten und elementare pädagogische Kenntnisse aneignen. Besonders wichtig ist diese Aufgabe auf dem Lande.

Hiermit schließe ich meine Ausführungen über die Vorschulerziehung in der Sowjetunion. Ich gebe keine Schilderung der „Kinderhäuser", ich spreche nicht über die Anstalten für defekte und schwer erziehbare Kinder des Vorschulalters. Es genügt zu bemerken, daß die Grundlagen für die Erziehung und Bildung in allen Anstalten die gleichen sind; überall suchen wir die Grundforderungen unserer Sowjet-Pädagogik zu verwirklichen. Das charakterisiert die innere Einheitlichkeit des gesamten Aufklärungssystems der Sowjetunion.

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Zunächst wieder einige statistische Angaben. Die statistische Zentralverwaltung der Sowjetunion verarbeitet nach und nach das Material der Volkszählung von 1926. Wie erinnerlich, ergab sich damals eine Gesamtziffer der Bevölkerung der Sowjetunion von 146 964 366 Seelen. Von diesen sind 71 010 659 Männer und 75 953 707 Frauen. Die Zahl der Frauen übertrifft also die der Männer beinahe um 5 Millionen. Der Altersaufbau ist so, daß 44,5 % Männer und Frauen bis zu 18 Jahren alt sind, 45,9 % von 18 bis 54 Jahren, 9,6 % darüber. Über 80 Jahre wurden nicht weniger als 308 577 Männer und 427 060 Frauen gezählt, über 100 Jahre 12 449 Männer und 17 158 Frauen.

Nach der Volkszählung wurden in der ukrainischen Sowjetrepublik 29 Millionen Einwohner gezählt, davon 23,2 Millionen ukrainischer Nationalität. Sonst leben noch 8 Millionen Ukrainer in der Sowjetunion, in Polen 6 Millionen, in Rumänien etwa 1 Million, in der Tschechoslowakei (Karpatho-Rußland) ½ Million und in Amerika 1½ Million. Die letzteren Zahlen

Digitized by Google

sind sämtlich Schätzungen. Sind sie richtig, so würden die Ukrainer heute 41 Millionen zählen.

Deutsche wohnen in der Sowjetunion 1 238 500, davon in der Wolgadeutschen Republik 379 600, in der Ukraine, die eine noch stärkere deutsche Minderheit hat, 393 900. In Großrußland wohnen merkwürdigerweise am meisten Deutsche im Gouvernement Saratow (41 214), im Gouvernement Leningrad 25 213, in der Krim 44 000. In Sibirien sind die beiden Bezirke mit der größten Zahl der Deutschen Omsk mit 34 617 und Slawgorod mit 31 743 Seelen.

II.

Zur Wirtschaftslage sei nur bemerkt, daß im ersten Halbjahr des Wirtschaftsjahres infolge scharfer Maßregeln seit Beginn des Halbjahres die Gesamtmenge des bereitgestellten Getreides die Summe des Vorjahres beinahe erreichte. Das Jahresergebnis hängt natürlich vom Ernteertrag ab, der noch nicht zu übersehen ist.

Über die Schwierigkeiten der Getreidebereitstellung hat Stalin vor den Hörern der Roten Professur, der kommunistischen Akademie und der Swerdlow-Universität („Iswestija" 2. 6.) ziemlich offen gesprochen. Er hat die Schwierigkeiten vor allem damit begründet, daß das verfügbare Getreide langsamer anwachse, als der Bedarf an Getreide, weil die Industrie und die Städte schnell anwachsen, die Getreideproduktion aber nur sehr langsam. Er hat zugegeben, daß die Zerstörung des Großgrundbesitzes, der vor dem Kriege größtenteils den Getreideexport lieferte, ein wesentlicher Grund dafür sei und daß die an Stelle des Großgrundbesitzes getretenen Sowjetlandgüter (Sowchosy) längst nicht zum Ersatz ausreichen, während die kleinen und mittleren Bauernwirtschaften nur sehr wenig für die Ausfuhr bereitstellen. Den Ausweg sieht er darin, daß die zersplitterten Kleinbauernwirtschaften in große und Kollektivwirtschaften zusammengefaßt würden.

Wenn das überhaupt geht, wird es jedenfalls für dieses Jahr noch nicht wirksam sein. Bis zur eigentlichen Getreidekampagne ist noch knapp ein Monat. Deshalb hat am 14. Juni der Zik und der Rat der Volkskommissionäre eine Verordnung erlassen, die das ganze Getreidebereitstellungssystem und seinen Apparat neu regeln will. Diese Verordnung geht allerdings an die Wurzeln der gesamten Schwierigkeiten. Sie will den staatlichen Bereitstellungsapparat vereinheitlichen auf Grundlage einer einzigen Unionsorganisation, in den die Gesellschaft „Chlebo-Produkt" mit den bedeutenden Bereitstellungs- und Mahlstellen der einzelnen Reichsteile verschmolzen wird. Dann bekäme die Regierung einen Apparat zur einheitlichen Regulierung des Marktes in planmäßiger Weise. Aber

Digitized by Google

dieser neugeschaffene „Sojus-chleb" soll auch gleichzeitig die Dezentralisation nicht stören. Die Verordnung wird in der Sowjetpresse als ganz besonders wichtig und durchgreifend bezeichnet.

Die Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung für die Ausfuhr sind bekannt und werden durch die neue Agrarpolitik gesteigert, die die Landwirtschaft sozialisieren, das wirtschaftliche Schwergewicht von den großen Bauern nach und nach auf die mittleren und namentlich armen Bauern verschieben will.

Eine interessante, auf sowjetrussischem Material ruhende Veröffentlichung: „Das Sowjetdorf in Zahlen und Diagrammen 1917—1927" (1928, Verlag für Literatur und Politik, Berlin, 221 Seiten, gleichzeitig auch in englisch und französisch erschienen) gibt recht hübsch das Material im amtlichen sowjetrussischen Sinne über die Entwicklung der Bauernwirtschaft von der Revolution an bis heute, also über 10 Jahre. Einige Stichproben seien hervorgehoben.

So die Neuverteilung des enteigneten Bodens der Grundbesitzer und der Kirche: das Bauernland nahm davon 1921 = 96 %, 1927 = 97,3 % ein, die Sowjetwirtschaften = 3 % und 1,5 %, die Kollektivwirtschaften 1 und 1,2 %. Die beiden letzteren Betriebsformen spielen also tatsächlich keine Rolle.

Die Verteilung des bäuerlichen Bodens ergibt für 1925 Bauernwirtschaften in Prozenten:

ohne Aussaaten	4,2
bis zu 2 Deßjatinen	33
von 2 bis 6 Deßjatinen	49,3
von 6 bis 10 Deßjatinen	10,2
über 10 Deßjatinen	3,3.

Ferner: von den 1927 in die Dorfräte von Großrußland gewählten Bauern waren 16,1 % von den Steuern befreit, 39,9 zahlten bis 2 Rubel Steuern, 36 8 = 2 bis 10 Rubel und nur 7,2 % über 10 Rubel Steuern — eine lehrreiche Statistik über die Verteilung des Einflusses der Steuerzahler. Und zuletzt die Zahl der Bauern in der kommunistischen Partei:

1922:	20 000	von 514 000
1924:	141 000	von 472 000
1926:	285 000	von 1 155 000, —

auch eine lehrreiche Statistik über den Anteil der Hauptmasse der Bevölkerung an der den Staat beherrschenden Partei.

Es ist keine Frage, daß der Versuch, in Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion zu verlegen, weit zurückgeblieben ist. Die Sowchosy hatten 1927 ganze 142 Millionen Rubel Kapital und haben in den Jahren 1923 bis 1927 mit einem Verlust von 26,9 Millionen Rubel gearbeitet. Wie gesagt, für die dringenden Aufgaben dieses Jahres ist diese Betriebsform ganz gewiß ohne Bedeutung.

Digitized by Google

Wenn man auch wieder eine Produktionssteigerung der Industrie in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres verzeichnen will, so sind die Besorgnisse nicht gesunken in bezug auf den Produktionsrückgang, die sinkende Arbeitsleistung, die Selbstkosten und vor allem die Preise der Industrieprodukte mit ihren bekannten Folgen für die Wirtschaftslage und wir möchten sagen, die Wirtschaftsstimmung überhaupt.

Zuletzt der Außenhandel in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres. Der russische Außenhandel im ganzen betrug in dieser Zeit 652,7 Millionen Rubel (619 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres). Die Ausfuhr war 300,3 Millionen Rubel (370,4 Millionen), die Einfuhr 352,4 Millionen (248,6 Millionen). Die Handelsbilanz war also im ersten Halbjahr 1927/28 mit 52,1 Millionen Rubel passiv gegenüber einer Aktivität von 121-8 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Man hat so den Import trotz des Rückganges der Ausfuhr weiterhin anwachsen lassen. Seinen Grund hat das in den Bedürfnissen der Sowjetindustrie an Ausrüstungsmaterial. Der Import für Industriezwecke nimmt daher die beherrschende Stelle in der Einfuhr überhaupt ein.

Für die wichtigsten Handelsländer sind die Zahlen:

	1. Halbjahr 1927/28		1. Halbjahr 1926/27	
	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus
Deutschland . . .	84,1	124,3	81,6	60,8
England	59,6	21,8	111,2	48,5
U. S. A.	10,3	56,3	6,5	42,8
Lettland	48,6	1,8	30,6	0,8

Die Einfuhr aus Deutschland hat sich so, das eine Halbjahr gegen das andere gestellt, verdoppelt, was auf Lieferungen im Rahmen des deutschen 300-Millionen-Kredites zurückzuführen ist. Der Handel mit England hat in Ein- und Ausfuhr einen starken Rückschlag erlitten. Der Handel mit Nordamerika ist nicht unerheblich gestiegen; in ihm fällt die starke passive Rolle der Sowjetunion (Baumwolle!) auf.

Die Charakteristik der Wirtschaftslage ergibt wieder die bekannten Symptome: schwierig und gedrückt, schwierig sogar bis zum gelegentlichen Nahrungsmittelmangel in den Großstädten, auch in Moskau.

III.

In der Innenpolitik steht der Schachty-Prozeß, der sich nun gerade einen Monat hinzieht, immer noch im Vordergrund. Das ist besonders deshalb bemerkenswert, weil die Länge der Prozeßführung und der Prozeßberichte durchaus nicht im Verhältnis zu dem steht, was dabei herauskommt. Der Prozeß macht die Angeklagten müde und mürbe, die außerordentlich

Digitized by Google

mit ihren Nerven angespannt werden, aber er wird auf diese Weise auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit müde und mürbe machen, da irgendwelche schlagende oder sensationelle Ergebnisse nicht herauskommen, insonderheit die Nachweise einer aktiven gegenrevolutionären Propaganda durchaus nicht erbracht sind. Nebenbei weisen Kenner darauf hin, daß die Zusammensetzung des Obersten Gerichts, das hier amtiert, nicht dem Gesetz über das Oberste Gericht der Sowjetunion vom 23. November 1923 entspräche, das das Institut der Schöffen nicht kenne, während bei dieser Verhandlung (die in dem Moskauer Gewerkschaftshaus am Theaterplatz, dem früheren Palast des Adels, stattfindet) 2 Schöffen teilnehmen.

„Iswestija" (7. Juni) glaubt bisher folgende Ergebnisse feststellen zu können: „Es ist nicht nur die Tatsache der Existenz einer Schädlingsorganisation bewiesen, bewiesen ist auch die Tatsache der finanziellen Unterstützung dieser Organisation. Gleichermaßen ist auch die Quelle der Finanzierung aufgedeckt worden. Die ehemaligen Besitzer bildeten die Quelle. Festgestellt muß jetzt nur noch werden, auf welchen Wegen die finanzielle Unterstützung gegangen ist."

Eine Wendung trat ein mit der Aussage des deutschen Monteurs Badstieber am 12. Juni, der zwei deutsche Techniker, Seebold und Köster, belastete. Diese sollten daraufhin in Untersuchungshaft genommen werden, wovon aber nur einer, Seebold, betroffen wurde, da der andere in Deutschland ist. Seebold hat sich freiwillig dem Gericht zur Verfügung gestellt.

Daß als Folge des Prozesses eine Verschärfung der deutsch-russischen Beziehungen eine große Gefahr für Rußland selbst wäre, hat man dort auch eingesehen. „Iswestija" (29. Mai) betonte, daß sich der Prozeß nicht gegen die deutsche Industrie richte, sondern nur gegen einzelne deutsche Reichsangehörige, die ihre Tätigkeit sicherlich ohne Wissen ihrer Firmen ausgeübt hätten. Noch bestimmter sagte Kalinin auf eine Frage auf dem Kongreß der Kollektivwirtschaften (Kolchosy), auf dem er einen großen Bericht über die innere und äußere Lage der Union gab, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland durch den Prozeß nicht verschlechtert würden: „Es besteht keinerlei Veranlassung, die deutschen Firmen der Beteiligung an den Verbrechen zu verdächtigen, die von den beiden verhafteten Ingenieuren begangen würden." Diese Bemerkung des russischen Reichspräsidenten ist von großer Bedeutung und läßt vielleicht innerhalb des Regierungskreises schließen: Kalinin/Rykow gegen Stalin/Bucharin. Aus Kalinin sprach die Einsicht, daß der Prozeß bisher im Sinne seiner Veranstalter nichts ergeben hat und dafür Rußland und der Kommunistischen Partei großen Schaden zufügt. Man kann annehmen, daß dieser Richtung auch Tschitscherin angehört.

Digitized by Google

Dagegen hat der Prozeß einen Einblick nicht nur an der Stelle, um die er sich dreht, sondern an vielen anderen Stellen in sehr unbefriedigende Zustände eröffnet. Ein Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vom 3. Juni wendet sich sehr scharf gegen solche Anzeichen der Korruption und Zersetzung in den eigenen Reihen und fordert zur Kritik auf. „Selbstkritik" ist augenblicklich das Hauptschlagwort in den Reden und Artikeln der kommunistischen Kreise. Die Enthüllungen über Mißstände aller Art im staatlichen wie im Parteiapparat sind auch groß genug, so daß allmählich der Prozeß in seinen weiteren Wirkungen in einer ganz anderen Richtung sich bemerkbar macht, als ursprünglich beabsichtigt war, und die Nervosität in der Innenpolitik nur steigert.

Demgegenüber ist die Parteiauseinandersetzung völlig still geworden. Bald wird das erste Halbjahr abgelaufen sein, nach dessen Ablauf erst „Reuegesuche" der Opposition um Wiederaufnahme geprüft werden sollen. Die „Prawda" (31. Mai) teilte mit, daß bisher sechs solche Erklärungen eingelaufen seien, darunter allerdings von zwei Führern der Opposition, Safarow und Wujowitsch.

Im übrigen bereitet man sich auf den 6. Kongreß der Kommunisten-Internationale vor, der namentlich das endgültige Programm der Komintern, die chinesische Frage und die neue Weltkriegsgefahr behandeln soll. Der letzte, 5. Kongreß, hat vor vier Jahren stattgefunden.

IV.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Juni wurde ein Probegasangriff auf Leningrad gemacht, mit allen Einzelheiten und Schikanen eines solchen Unternehmens. Damit würde die Sowjetregierung die erste sein, die diese Form der Kriegführung in die Manöverprogramme aufnimmt.

In der äußeren Politik interessierte am stärksten der Weitergang der Dinge in China, die Räumung von Peking durch Tschangtsolin und der Sieg der Nanking-Regierung. Aber diese ist heute eine andere als damals, da sie ihren Lauf begann. Man kann in Moskau nicht mehr, als interessiert zusehen, aber ohne jeden Einfluß und mit der Sorge vor den beginnenden Auseinandersetzungen, die die Mandschurei nicht unberührt lassen: „Japans hartnäckiges Bestreben, sich in der an die Sowjetunion angrenzenden nördlichen Mandschurei festzusetzen, besonders aber die Pläne, welche auf eine Besetzung der Ostchinesischen Eisenbahnlinie abzielen (wodurch Japan unser Küstengebiet von der übrigen Sowjetunion abschneiden könnte), können uns selbstverständlich nicht gleichgültig lassen." („Prawda", 11. Juni.)

Der Besuch des Königs von Afghanistan hat keine bemerkenswerten Spuren hinterlassen.

Digitized by Google

Das Englandgeschäft ist zurückgegangen, doch werden englische Rußlandkredite immer noch in vorsichtiger Weise gegeben. Allerdings scheinen das ausschließlich Lieferungskredite zu sein; von den Bankkrediten der Midlandbank (sogenannte Mac-Kenna-Kredite) hört man nichts mehr. Aber die englisch-russischen Beziehungen sind erneut verschlechtert durch die Mitteilungen, die der Minister des Innern, Sir Joynson Hicks, am 11. Juni im Parlament über Zahlungen aus Moskau an die englischen Kommunisten gemacht hat. Die Kommunistengruppe in England ist nicht groß, aber sehr rührig, und man nimmt an, daß ihre Tätigkeit durch Gelder aus Moskau ermöglicht wird. Da die Arbeiterpartei für die kommenden Wahlen nichts mehr fürchtet als eine Agitation dahin, daß die Arbeiterbewegung in der Wahl von Moskau bezahlt werde, so wirkt natürlich diese Erklärung des Ministers erst recht nachteilig für die Wiederherstellung der Beziehungen mit Rußland.

Andererseits wird die Reise des früheren englischen Botschafters in Berlin, Sir Robert Lindsay, nach Warschau und im Osten in Moskau wieder in der bekannten Weise kommentiert. „Nach den gegen Litauen gerichteten Reden Chamberlains in Genf und der gegen Sowjetrußland gerichteten Aktion Joynson Hicks sind die Verhandlungen Lindsays in Warschau eine neue Einzelheit im Gesamtbilde der gefährlichen Arbeit des englischen konservativen Kabinetts." („Iswestija", 15. Juni.)

Die Verhandlungen mit Frankreich sind nicht von der Stelle gekommen. Auch der Gesichtspunkt für Frankreich, daß nur eine Verständigung mit Rußland ihm die Neuregelung seiner Petroleumversorgung und die Unabhängigkeit von den angelsächsischen Trusts ermöglichen konnte, hat nicht vermocht, die offenbare Abneigung in Frankreich gegen eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Rußland zu beseitigen.

Mit Polen haben sich die Verhältnisse gleichfalls nicht verbessert. Einmal ist man in Moskau über die Angriffe aus Polen auf den russischen Geschäftsträger in Warschau bei Gelegenheit der Prozeßverhandlungen gegen die weißrussische Hromada empört. Noch mehr ist man durch die Reise des polnischen Außenministers Zaleski nach Paris und seine Äußerungen dort verstimmt, in denen er Moskau an der Versteifung der polnisch-litauischen Verhandlungen schuld gab, wie überhaupt Zaleskis Pariser Äußerungen gegen Rußland, Deutschland und Litauen Grund zu Mißtrauen und Mißstimmung waren.

Die Ablehnung des Handelsvertrages zwischen Griechenland und der Sowjetunion durch die griechische Kammer am 13. Juni wurde als erhebliche Niederlage empfunden und auch gleichfalls auf die Treibereien der englischen Politik zurückgeführt. Das Abkommen ist 1926 schon geschlossen und fiel jetzt durch die Ablehnung unter den Tisch.

Digitized by Google

Auch die letzte Tagung des Völkerbundsrats wird in derselben Weise, oder eher noch schärfer als früher besprochen. Klägliche Ohnmacht des Völkerbundes und Zusammenarbeit der Engländer und Franzosen, der sich die deutsche Vertretung nicht gewagt habe entgegenzustellen. Dafür glaubt die „Iswestija" (17. Juni) der neu sich bildenden deutschen Regierung, insonderheit der sozialdemokratischen Führung in ihr, folgenden Wink geben zu müssen: „Die deutsche Sozialdemokratie, die unablässig die Notwendigkeit einer sachlichen Orientierung gepredigt hat, hat an der Schwelle ihrer Regierungstätigkeit die beste Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß weder Locarno noch der Beitritt zum Völkerbund auch nur eins der Probleme, vor die Deutschland durch die Tatsache des Versailler Friedens gestellt wurde, gelöst hat. Davon zeugt auch die jüngste Erklärung Zaleskis in Paris. Nicht nur Paris, sondern auch Warschau erlauben sich, für die Erfüllung von Versprechungen, die die deutsche Diplomatie in Locarno als unbedingt betrachtete, Bedingungen zu stellen. Die Voraussagen der Sowjetpresse, Deutschland werde im Völkerbund einer äußerlich korrekten, doch innerlich feindlichen Front der Siegermächte gegenüberstehen, seien vollauf in Erfüllung gegangen. Dies zeigt besonders die letzte Session der Vorbereitenden Abrüstungskommission. Die Grundlage der sowjetrussisch-deutschen Beziehungen haben bisher Rapallo und der Handels- und Garantievertrag gebildet. Diese Beziehungen haben sich trotz verschiedener Schwierigkeiten und zeitweiliger Störungen weiter entwickelt. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sind nicht allein der Ausdruck objektiver Tendenzen der Nachkriegsverhältnisse gewesen, indem sie den richtig erkannten Interessen beider Länder entsprochen haben, sondern bildeten auch einen ernsthaften Friedensfaktor in der gegenwärtigen internationalen Konstellation. Die Aufgabe während der neuen Phase muß die weitere Festigung und Vertiefung dieser Beziehungen sein. Im Einklang mit der Ansicht sowohl der Regierungskreise als auch der Öffentlichkeit der Sowjetunion glauben wir, daß die drei Verträge, die Deutschland und die Sowjetunion verknüpfen, notwendig, doch unzureichend für die neue Phase der deutsch-sowjetistischen Beziehungen sind. Die neue Phase muß sowohl mit neuen formalen, als auch materiellen Elementen auf verschiedenen Gebieten erreicht sein. Ohne sie gegenwärtig zu konkretisieren, kann man doch die Grundlinien festlegen, nach denen sich die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern vollziehen soll. Die Sozialdemokraten, die jetzt die verantwortliche Regierungspartei werden, geben sich für Anhänger des Friedens und des Ausbaues internationaler Wirtschaftsbeziehungen aus. Wir haben keine Veranlassung, uns darüber irgendwelchen Illu-

Digitized by Google

sionen hinzugeben. Es versteht sich jedoch von selbst, daß unsere Regierung jedem Schritt entgegenkommen würde, der zur Förderung der Festigung des Friedens und der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion beitragen könnte. Die nächste Zukunft wird zeigen, wie das neue deutsche Kabinett mit einem Sozialdemokraten an der Spitze zu diesem Problem Stellung nehmen wird."

Abgeschlossen am 19. Juni 1928.

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Von der Getreidekampagne verlautete in den letzten Wochen nicht viel. Die Beschaffungsmenge war im Mai mit 277 000 Tonnen zwar etwas größer als im April (225 000 t), erreichte aber nicht die Ziffer vom Mai 1927 (318 000 t). Die Hoffnung auf Belebung der Getreideausfuhr noch im laufenden landwirtschaftlichen Jahr ist endgültig aufgegeben; dagegen scheint die Brotversorgung der Städte und der Industriezentren bis zur neuen Ernte einigermaßen sichergestellt zu sein; allerdings herrscht Knappheit, besonders im Weizenmehl. Die Kleinhandelspreise auf dem städtischen Markte haben infolgedessen in letzter Zeit stark angezogen. Noch empfindlicher scheint die Knappheit im Dorfe zu sein.

Unter den obwaltenden Umständen wird der kommenden Ernte mit besonderer Spannung entgegengesehen. Wie ich im vorigen Heft bereits darlegte, sind die Aussichten zurzeit nicht günstig. In wichtigen Gebieten, wie im Nordkaukasus und in der Ukraine, ist das Wintergetreide in erschreckend großem Umfange ausgewintert, und diese Flächen sind keineswegs in vollem Umfange neu besät worden. Der Konjunkturbericht für April schätzt den Prozentsatz der wieder besäten Flächen im Nordkaukasus auf etwa 85 %, in der Ukraine auf etwa 80 %; private Nachrichten sprechen sich noch ungünstiger aus. Dieser Flächenverlust ist um so bedeutsamer, als ja ohnehin schon die Herbstbestellung ein bedeutend geringeres Areal erfaßte als im Vorjahr. Dabei fehlte es nach dem Konjunkturbericht an Saatgut, Mineraldünger sowie an landwirtschaftlichem Inventar; besonders empfindlich war der Mangel an Hafer, Sommerweizen und Pflanzkartoffeln. Der Konjunkturbericht deutet an, daß „die

Digitized by Google

Mobilisierung der staatlichen Organe für die Frühjahrsbestellung nicht überall befriedigende Ergebnisse gezeitigt habe"; in der „Ekon. Shisn" finden sich nähere Nachrichten über das Schwarzmeergebiet (Noworossijsk), wo die Frühjahrkampagne in jeder Beziehung als desorganisiert, stark verspätet und als Mißerfolg bezeichnet wird. Zudem hat der harte Druck, der auf den Bauern im Winter lastete, offenbar bei vielen zur Erschöpfung ihrer wirtschaftlichen Kraft geführt. Der Konjunkturbericht deutet dieses durch die Mitteilung an, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen im ganzen zurückgegangen sei. Vor allem aber ist damit zu rechnen, daß die Entmutigung der größeren Bauern durch die neueste Agrarpolitik eine Einschränkung ihrer Anbauflächen nach sich gezogen hat.

Selsbtverständlich wäre es aber verfrüht, jetzt schon eine schlechte Ernte zu prophezeien; bei günstiger Witterung wird Rußland noch immer eine Mittelernte erzielen können, wenn auch jedenfalls eine erhebliche Verminderung der Getreidefläche als feststehende Tatsache zu betrachten ist.

Der Ausfall der Ernte wird für den weiteren Gang der Agrarpolitik von großer Bedeutung sein. Dem jetzigen scharfen Kurs gegen die kräftigsten Schichten der bäuerlichen Individualwirtschaft wird auch von besonnenen Kommunisten kein langer Bestand vorausgesagt. Vielleicht wird bei leidlich guter Ernte der Druck gegen die größeren Bauern nachlassen; indessen liegt auch die Möglichkeit vor, daß man in einem befriedigenden Ausfall der Ernte die Rechtfertigung der neuesten Agrarpolitik erblickt und daraus den Schluß zieht, daß es auf den guten Willen der größeren Bauern nicht ankommt. Umgekehrt ist es bei schlechter Ernte fraglich, ob man nun nicht erst recht mit Terror gegen die größeren Bauern vorgeht oder ob man unter dem Druck der Verhältnisse in den Weg der wirtschaftlichen Vernunft zurücklenken wird.

* * *

Nach dem Konjunkturbericht für April beträgt der Wert der beschafften Agrarerzeugnisse (in Millionen Tscherwonzen-Rbl.):

	April 1927	April 1928
Getreide	23,2	11,5
Technische Kulturen einschl. Ölsaaten .	10,4	8,3
Erzeugnisse der Viehzucht	23,0	33,5
zusammen	56,6	53,3

Gestiegen ist also gegen das Vorjahr die Beschaffung animalischer Erzeugnisse, doch hat sie das Minus an vegetabilischen Erzeugnissen nicht ganz auszugleichen vermocht. Nachstehend Angaben im Naturalmaß über die einzelnen Artikel:

Digitized by Google

	1927		1928	
	März	April	März	April
Ölsaaten (Dekatonnen)	1861	894	5459	822
Flachs „	970	651	1096	412
Hanf „	162	595	213	280
Baumwolle „	282	231	895	82
Tabak „	734	435	551	446
Knaster „	546	203	711	40
Butter „	523	622	663	488
Fleisch „	399	241	2127	1403
Eier (1000 Kasten)	83	143	92	182
Häute von Großvieh (1000 St.) . .	502	336	869	547
Häute von Kleinvieh (1000 St.) . .	1509	1220	2289	2060

Die Änderungen gegen den Vormonat sind teilweise als Saisonerscheinungen aufzufassen. Die besonders starke Verminderung der Ölsaatbeschaffung wird auf den bedenklichen Umstand zurückgeführt, daß zur Neubestellung der vernichteten Wintersaatflächen wegen des Fehlens von Sommergetreide zum Sonnenblumensamen gegriffen worden ist. Sehr auffallend ist die Zunahme der Beschaffung von Fleisch und Häuten gegen das Vorjahr. Trotzdem bezeichnet der Konjunkturbericht die Fleischbeschaffung als unzureichend, was sich daraus erklärt, daß der im vorigen Jahre noch wichtige Privathandel jetzt lahmgelegt ist. Die Vermehrung der Häutebeschaffung findet ihre unerfreuliche Erklärung darin, daß viele Tiere infolge Futtermangels gefallen sind.

Der STO (Rat der Arbeit und Verteidigung) hat dieser Tage einen wichtigen Beschluß zur besseren Organisation der amtlichen Getreidebeschaffung gefaßt. Anfänglich war der Apparat sehr zersplittert; 1923/24 arbeiteten über 15 Organisationen, die in den beiden folgenden Jahren auf 9 eingeschränkt wurden; diese Vielheit führte zu einer Konkurrenz, die die Preispolitik der Regierung durchkreuzte, und zu übermäßig hohen Kosten. Seit 1926/27 ist eine starke Konzentration eingetreten. Die Hauptorganisation ist seitdem die staatliche Gesellschaft Chleboprodukt, neben ihr einige größere Organisationen wie Kawchleb im Nordkaukasusgebiet und Ukrchleb in der Ukraine, ferner eine Reihe von Mühlentrusts. Hand in Hand mit ihnen arbeiten die landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften. Mit dieser Konzentration verband sich eine Einschränkung des Privathandels derart, daß die planmäßigen Beschaffungsorgane gegenwärtig über 80 % des Getreides erfassen. Jetzt wird Chleboprodukt mit den bezeichneten örtlichen Ankaufs- und Mühlenorganisationen für die gesamte Union zu der Aktiengesellschaft Ssojuschleb („Uniongetreide") verschmolzen. Das Zusammenwirken dieser Gesellschaft mit den Genossenschaften soll künftig

Digitized by Google

so entwickelt werden, daß die Gesellschaft als primärer Aufkäufer vorzugsweise bei den Elevatoren und großen Mühlen auftritt, während der Hauptteil der örtlichen Getreidebeschaffung den landwirtschaftlichen Genossenschaften zufällt; die Konsumgenossenschaften, die sich bisher auch am Ankauf aus der Hand der Produzenten beteiligten, sollen sich künftig mehr und mehr auf die Versorgung der Konsumenten beschränken.

* * *

Ende Mai wurde in Moskau ein allrussischer Kongreß der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften (Kolchosy) abgehalten; eine gleichartige Tagung fand in der Ukraine statt. Anfang Juni schloß sich ein Kongreß derselben Art für die gesamte Union an. Die Verhandlungen dieser Kongresse verdienen besondere Aufmerksamkeit, da sie ja eine der Lebensfragen des jetzigen Systems betreffen. Seit langem sinkt das russische Bauerntum mehr und mehr zu kümmerlicher Zwergwirtschaft herab, die letzten Endes weder dem Staate noch der Weltwirtschaft etwas zu geben vermag. Wenn Rußland nicht wirtschaftlicher und politischer Ohnmacht verfallen soll, so muß es diese Entwicklung aufzuhalten suchen. Nur durch Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion in größeren Betrieben kann dieses geschehen. Die Stolypinsche Agrarreform strebte die Konzentration durch Entwicklung eines Standes kräftiger Mittel- und Großbauern an; die kleinbäuerlichen Elemente, denen es im Dorfe zu eng wurde, konnten in der damals sich rapide entwickelnden Industrie aufgenommen werden. Dieser Weg kommt vor allem aus politischen Gründen für die heutige Regierung nicht in Frage; er würde auch bei der jetzigen Lage der russischen Industrie nicht gangbar sein. Die Konzentration muß daher auf andere Weise angestrebt werden; die Aufgabe ist um so dringlicher, als die Gutsbetriebe bis auf einen kleinen Prozentsatz, die als Rätegüter erhalten blieben, vernichtet worden sind. Die Vermehrung und Vergrößerung der Rätegüter kann nur hier und da stattfinden unter Verwendung der Reserve noch unbenutzten Landes, die aber in der Hauptsache dem Landhunger der Bauern dienen muß. Eine Vergrößerung der Rätegüter durch Einziehung des bäuerlichen Landes ist ausgeschlossen. So bleibt daher nur die Zusammenfassung der Bauern, vor allem der leistungsschwachen Keinbauern, zu Produktivgenossenschaften (Kolchosy) übrig.

Die große Bedeutung der Kollektivierung legte vor einigen Tagen Stalin in einem bemerkenswerten Vortrage vor den Studierenden der kommunistischen Hochschulen Moskaus dar, wobei er von den augenblicklichen Getreideschwierigkeiten ausging. Diese erklären sich, wie er ausführte, nicht so aus temporären Fehlern der Planwirtschaft und der Beschaffungsorganisation, wie vielmehr aus der Tatsache, daß die Produktion von Handelsge-

Digitized by Google

treide mit dem Bedarf nicht Schritt halte. „Die Produktion von Handelsgetreide wächst in tödlich langsamem Tempo." Dabei habe der Staat in diesem Jahre mehr Getreide in der Hand als in den beiden Vorjahren:

	Getreide-beschaffung	Getreide-ausfuhr	Handels-getreide f. d. inner. Bedarf
	Mill. Pud.	Mill. Pud	Mill. Pud
1. X.—31. III. 1925/26	443	123	311
1. X.—31. III. 1926/27	569	153	443
1. X.—31. III. 1927/28	576	27	549

„Trotzdem stehen wir vor Schwierigkeiten mit dem Getreide." Stalin fügt nicht hinzu, daß der Getreidebedarf von Jahr zu Jahr wächst und in diesem Jahre der Privathandel in viel geringerem Maße beteiligt war. Besondere Beachtung verdienen die weiteren Ausführungen Stalins darüber, daß die Menge des Handelsgetreides sich mit der Gesamtproduktion von Getreide nicht parallel entwickelt. Insgesamt reicht die Ernte mit annähernd 5 Milliarden Pud an die Vorkriegsziffer heran; hiervon verbleibe aber im Vergleich zu früher ein viel größerer Teil in den bäuerlichen Wirtschaften, deren Zahl sich von 15 bis 16 Millionen vor dem Kriege auf 24 bis 25 Millionen erhöht haben. Über die Bedeutung der sozialen Umschichtung auf dem Lande für die Menge des Handelsgetreides habe die statistische Zentralverwaltung annäherungsweise folgende Statistik aufgestellt:

Vor dem Kriege	Bruttoproduktion von Getreide		Handelsgetreide		Prozentualer Anteil des Handels-getreides
	Mill. Pud	%	Mill. Pud	%	
1. Gutsbesitzer . .	600,0	12,0	281,6	21,6	47,0
2. Großbauern (Kulaki)	1 900,0	38,0	650,0	50,0	34,0
3. Mittel- und arme Bauern	2 500,0	50,0	369,0	28,4	14,7
zusammen:	5 000,0	100,0	1 300,6	100,0	26,0
Im Jahre 1926/27					
1. Rätegüter u. Kollektivwirtschaften	80,0	1,7	37,8	6,0	47,2
2. Großbauern . . .	617,0	13,0	126,0	20,0	20,0
3. Mittel- und arme Bauern	4 052,0	85,3	466,2	74,0	11,2
zusammen:	4 749,0	100,0	630,0	100,0	13,3

Die große Masse der Mittel- und armen Bauern produzieren also vom Gesamtgetreide 85,3 %, erübrigen hiervon aber nur wenig mehr als den zehnten Teil, während die Großbauern immerhin den fünften Teil zum Markte bringen. Dennoch darf nicht in der großbäuerlichen Wirtschaft das Heil gesucht werden. Die Leute, die hierzu raten, scheinen zu denken, „daß die Räte-

Digitized by Google

macht sich gleichzeitig auf zwei entgegengesetzte Klassen stützen kann: auf die Klasse der Kulaken, deren wirtschaftliches Prinzip die Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, und auf die Arbeiterklasse, deren wirtschaftliches Prinzip die Vernichtung jeglicher Ausbeutung ist. Solche Gedanken haben nichts mit den Interessen der Arbeiterklasse, mit den Grundsätzen des Marxismus, mit den Aufgaben des Leninismus gemein. Nur liberales Geschwätz ist es, das die Wachsamkeit der Arbeiterklasse und des Hauptteiles der Bauernschaft einschläfern soll, wenn gesagt wird, daß der Kulak keine größere Gefahr darstellt als der städtische Nepmann. Der Kulak nimmt in der Landwirtschaft einen ungleich wichtigeren Platz ein als der kapitalistische Unternehmer im Gewerbe. Die Kulakenwirtschaft dürfen wir nicht unterstützen."

Zur Vermehrung des Handelsgetreides seien folgende Wege zu beschreiten. Durch die verschiedenen Maßnahmen zur Hebung der mittel- und kleinbäuerlichen Wirtschaften werde es gelingen, deren Ertrag in einigen Jahren um 15 bis 20 % zu steigern; es sei zu hoffen, daß diese Schichten in 3 bis 4 Jahren mindestens 100 Millionen Pud mehr als bisher liefern werden. Sodann Förderung der Rätegüter und Schaffung neuer Riesenbetriebe von je 10—30 000 Desjatinen; es sei damit zu rechnen, daß die alten und neuen Betriebe in 3 bis 4 Jahren 80—100 Millionen Pud zusätzliches Handelsgetreide liefern. Schließlich die Entwicklung der Kollektivwirtschaft, die jetzt in das Stadium der Massenbewegung getreten sei. Der Staat opfere für die Unterstützung der Kollektivierung in diesem Jahre die doppelte Summe wie im Vorjahre (über 60 Millionen). In etwa 3 bis 4 Jahren würden die Kollektive vielleicht die Menge des Handelsgetreides um 40—50 Millionen Pud vergrößern.

Der Anteil des Handelsgetreides an der Gesamternte sei bei den Rätegütern und Kollektiven übrigens bedeutend höher als bei den Großbauern. Für 1927/28 schätzte die statistische Zentralverwaltung die gesamte Getreideernte der Rätegüter auf 45 Millionen Pud mit einem Handelsgetreideanteil von 65 %, der Kolchosy auf mindestens 55 Millionen Pud, von denen etwa 30 % zum Verkauf gelangten.

Im ganzen hofft Stalin in starkem Optimismus, daß in 3 bis 4 Jahren das Handelsgetreide sich um 200—250 Millionen Pud mehren werde. — Anläßlich der oben erwähnten Kongreßtagungen verlauteten über die neueste Entwicklung der Kollektivierung folgende Ziffern: 1925 zählte die Union 16 789, 1927 20 846 Kolchosy; seit Herbst 1927 hat sich die Zunahme sehr beschleunigt. Nach sehr unvollständigen Nachrichten sind in der RSFSR 16 000, in der Ukraine etwa 9000 Kollektive hinzugekommen. Nach meinen Wahrnehmungen wird die Kollektivierung vor allem durch das Fortschreiten der Agrarreform (Landeinrichtung) begünstigt. Angesichts dieser neuesten Bewegung ist es begreiflich,

Digitized by Google

daß die Regierung hofft, auf diesem Wege die Agrarfrage lösen zu können. Fraglich ist für sie nur das Zeitmaß. Der neue Landwirtschaftskommissar der RSFSR, Kubjak, soll bald nach seinem Antritt es als sein Ziel bezeichnet haben, binnen drei oder vier Jahren die Kollektivierung der ganzen Masse der kleinen und Mittelbauern herbeizuführen. Auf dem Kongreß rückte er jedoch von diesem Gedanken entschieden ab. Er hat sich inzwischen davon überzeugt, daß der Kollektivierung auch große Hindernisse entgegenstehen, die er vor allem in dem Tiefstand der Landwirtschaft erblickt. Zwar soll auf beschleunigte Durchführung der Kollektivierung hingewirkt werden, nicht aber durch unmittelbaren Zwang. Kubjak wendet sich gegen den Übereifer einzelner Gouvernements (Saratow, Rjasan u. a.), wo befohlen worden sei, 25 oder 30% der Bauernschaft in kürzester Frist zu kollektivieren. Auch aus dem obigen Vortrag von Stalin geht hervor, daß die Regierung an eine Kollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaft binnen wenigen Jahren nicht denkt.

Die Kongresse befaßten sich vor allem mit Organisationsfragen der Kollektivwirtschaft. Schwierigkeiten in dieser Beziehung sind in Hülle und Fülle vorhanden. Besonders brennend ist die Frage der Vergütung für die Arbeitsleistung der einzelnen Mitglieder. Jedes Kollektiv geht hierin seinen eigenen Weg; die einen sind für brüderliche Gleichheit, während andere differenzieren. Für die große Mehrzahl der Kollektive wird es eine Lebensfrage sein, durch entsprechende Abstufung der Vergütung qualifizierte Arbeitskräfte als Mitglieder heranzuziehen oder festzuhalten und im allgemeinen auf fleißige und tüchtige Arbeit hinzuwirken, dabei aber doch Brotneid nicht aufkommen zu lassen; hier liegt ein Dilemma vor, an dem immer wieder viele Kollektive zugrunde gehen werden. Auf dem Kongreß ertönten besonders laute Klagen über die schlechte Stellung der weiblichen Mitglieder in der großen Mehrzahl der Kollektive; eine Delegierte aus dem Nordkaukasus erklärte: wenn eine Frau auch keine Last von 5 Pud zu heben vermag, so berechtigt dieses nicht zur Minderbewertung ihrer Arbeitskraft, die im allgemeinen nicht hinter der Mannesleistung zurückbleibt.

Auch die Organisation der Arbeit ist oft sehr unvollkommen. Die vorhandenen Arbeitskräfte werden nicht richtig angestellt. Persönlich habe ich in manchen Kollektiven den Eindruck gehabt, daß ein Überfluß an Arbeitskräften vorhanden ist. Hierüber wurde auch auf dem Kongreß sehr geklagt. Im Gouvernement Orel, wie z. B. mitgeteilt wurde, binden in einzelnen Kommunen die Frauen bei der Getreideernte täglich nicht einmal je eine Stiege, während in individualbäuerlichen Wirtschaften fünf bis sechs Stiegen das übliche sind. In einer kleinen Kommune im Gouvernement Smolensk sind die vorhandenen sechs Frauen sämtlich zum Melken der sechs Kühe bestimmt. Einen besonders

Digitized by Google

tiefen Einblick gewährt folgende Statistik über zwei Kommunen im Gouvernement Saratow. Von 100 Arbeitskräften sind monatlich beschäftigt:

	Kommune Nr. 1	Kommune Nr. 2
Bis zu 10 Tagen	6	19,6
Von 10—15 Tagen	8,2	11,6
Von 15—25 Tagen	60,0	28,4
Bis 30 Tage	25,8	40,4

In der Kommune 2 lungern also über 30 % der Arbeitskräfte die Hälfte des Monats ohne Arbeit herum.

Besonders ungünstig sind die Arbeitsverhältnisse in landarmen Kollektiven. In der Ukraine macht sich nach Angaben des Landwirtschaftskommissars Schlichter der Arbeitstag in landarmen Kollektiven oft nur mit 26 Kopeken, in großen Kollektiven dagegen mit 1,20 Rubel bezahlt. Die landreichen Kollektive stehen auch in der Marktleistung voran, worauf es heute ganz besonders ankommt. Es wird daher als eine Schwäche der bisherigen Kollektivierung und gerade auch der neuesten Bewegung angesehen, daß die große Mehrzahl der Kollektive nur klein ist. In der Ukraine kommen auf eine Kommune durchschnittlich 265 ha, auf ein Artell 99 und auf die zahlreichste Form, die Bodenbearbeitungsgenossenschaft, nur 77 ha. Als Durchschnitt ergibt sich eine Fläche von etwa 90 ha, während der mittlere Umfang für die RSFSR etwa 120 ha beträgt. Infolgedessen leistet der Traktor, dieser wichtige Schrittmacher der Kollektivierung, in den kleinen Kollektiven nur die Hälfte des normalen Pensums. Es soll daher künftig möglichst auf große Kollektive hingestrebt werden, wie solche in Sibirien bestehen. Persönlich habe ich bisher nur Kollektive bis zu 40 Familien kennengelernt; einstweilen kann ich mir schwer vorstellen, wie in einem Kollektiv von hunderten oder gar über tausend Familien ein gedeihlicher genossenschaftlicher Geist lebendig zu erhalten ist. — Eine Stärkung der bestehenden kleinen Kollektive soll durch Vereinigung zu Gruppen erzielt werden.

Wenn jetzt, wie ich in früheren Heften darlegte, die Kollektivierung mit Hochdruck betrieben werden soll, so werden voraussichtlich die inneren Schwächen, an denen jetzt schon viele Kollektive leiden, noch viel stärker hervortreten.

Die Kollektivierung, wie in schwächerem Grade auch die sonstige genossenschaftliche Vereinigung der Bauern hat politisch für die Räteregierung den großen Vorteil, daß die in dieser Weise organisierte Bauernschaft ihrem Einfluß und ihrer Aufsicht ganz anders zugänglich ist als die unverbundenen Millionen bäuerlicher Individualwirtschaften. Offenbar aber wird es bereits von einem Teil der kollektivierten Bauern unangenehm empfunden, auf diese Weise unter die Vormundschaft der Regierung zu kommen. In der Diskussion sowohl wie in Zwischen-

Digitized by Google

rufen hat die Verstimmung darüber temperamentvollen Ausdruck gefunden: „Wir wollen nicht im Schlepptau des Narkomsem gehen" usw. Bei der Schließung des Kongresses der RSFSR erklärte Kubjak, daß es dem Narkomsem fern läge, eine „Vormundschaft" über die Kollektive auszuüben, wohl aber müsse er das Recht der Aufsicht und Anleitung für sich in Anspruch nehmen angesichts der Tatsache, daß der Staat die Kollektive durch Kredit unterstütze. Mit dem Kredit würde vielfach Mißbrauch getrieben. In Tambow z. B. habe ein Kollektiv den für Beschaffung von Arbeitsvieh gewährten Kredit vertrunken, in Weißrußland habe ein Kollektiv Kredit zu 5 % genommen und die Summe bei einer Bank gegen 10 % deponiert; im Nordkaukasus seien 20 % der Traktoren und 85 % der Dreschmaschinen von den Kollektiven an Privatbauern verliehen worden. Drohend wandte sich Kubjak gegen die Forderung der Selbständigkeit der Kollektive; wenn damit die nebelhafte Absicht verbunden würde, eine Art Bauernbund zu gründen, so werde der Narkomsem solche Bestrebungen bekämpfen. Es drängt sich der Gedanke auf, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern unter Umständen doch auch recht unbequem für die Regierung werden kann. Letzten Endes kann Rußland selbstverständlich nur konsolidieren, wenn die Interessen des Hauptteiles seiner Bevölkerung, der Bauernschaft, im staatlichen Aufbau zur Geltung kommen.

* * *

Wie sich trotz der „Klassenlinie" der amtlichen Agrarpolitik die Forderungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit durchsetzen, zeigen die Erfahrungen dieses Frühjahres mit der Ausdingung. In erster Linie sollen die Anbauvorschüsse den kleinen und mittleren Bauern zugute kommen. Sehr betrübt muß man aber feststellen, daß die Aktion sich verhältnismäßig mehr der Großbauern bedient hat. So verteilte sich die Bevorschussung des Flachsanbaues im Gouvernement Smolensk folgendermaßen:

	Anteil an der Gesamtzahl der Wirtschaften	Anteil an der im Vorjahr abgelieferten Flachsmenge	Anteil an der Gesamtzahl der bevorschußten Wirtschaften
Kleine Betriebe mit Saatland bis 2,2 ha	31,3	11,15	4,3
Mittelbetriebe mit Saatland von 2,2 bis 6,6 ha	61,9	68,2	67,3
Größere Betriebe mit Saatland über 6,6 ha	6,8	20,3	28,4

Die ausführende Behörde hat die Verantwortung für die Erfüllung der Verträge, und deshalb ist es ihr nicht zu verdenken, wenn sie sich lieber auf den „Kulak" stützt als auf die Zwergbauern.

Digitized by Google

Die Baumwollkultur in Mittelasien schreitet weiter vorwärts. Die Ausdingung war bis zum 25. April für 92 % der planmäßigen Fläche durchgeführt. Die Zahl der Pflanzer betrug in Usbekistan im Vorjahr 471 535, jetzt 503 470, in ganz Mittelasien 650 000. Die kleinen Pflanzer schließen sich in wachsendem Maße zu Baumwollgenossenschaften zusammen, die die Versorgung mit Saatgut, Futter- und Düngemitteln, Geräten und Maschinen, auch mit Brotgetreide, ferner die Schädlingsbekämpfung und die besondere Unterstützung der ärmsten Mitglieder übernehmen. Diese Genossenschaftsform stellt ein Gegenstück zu den Genossenschaftsverbänden der Zuckerrübenanbauer dar, die in der Ukraine und im großrussischen Schwarzerdgebiet mit gutem Erfolge wirken. Ein Teil der Baumwollanbauverträge wird mit den Genossenschaften abgeschlossen; im vorigen Jahre wurden hierdurch 10,8 % der Fläche erfaßt, in diesem Jahre (in Usbekistan) 19,8 %. Die Zahl der Genossenschaften beträgt jetzt 345.

Über die wirtschaftliche Entwicklung Usbekistans, des wichtigsten Baumwollgebietes, wurde jetzt im Rate der Volkskommissare der Union folgendes berichtet. Die gesamte Anbaufläche betrug 1927 2 159 000 ha (75 % von der Vorkriegsfläche); hiervon entfielen auf die Baumwolle 543 000 ha (97 % der Vorkriegsziffer). In diesem Jahre ist eine Vergrößerung der Baumwollfläche auf 640 000 ha vorgesehen. Auf den sechsfachen Ertrag ist in den letzten sechs Jahren die Seidenzucht gestiegen, die günstige Aussichten für die Zukunft bietet. Der genossenschaftliche Zusammenschluß hat in der Landwirtschaft große Fortschritte gemacht; 1927 waren 451 000 Wirtschaften, 60,3 % von der Gesamtzahl, gegen 22 % im Jahre 1924 genossenschaftlich verbunden. Die Zahl der Kollektivwirtschaften beträgt gegenwärtig 822.

Die Qualitätsmängel der sibirischen Butter erklären sich teilweise aus dem primitiven Betriebe der zahlreichen kleinen Molkereien. Seit drei Jahren ist man daher um Schaffung großer Dampfmolkereien bemüht. Im vorigen Jahre arbeiteten 15 derartige Betriebe, zu denen in diesem Jahre noch 47 hinzukommen sollen; ihre Jahresproduktion wird auf 56 000 Zentner angegeben. Weitere 37 Dampfmolkereien sollen im nächsten Jahre gebaut werden; im ganzen würden diese mechanisierten Betriebe dann mit einer Produktion von 100 000 Zentner etwa 25 % der gesamten sibirischen Buttererzeugung herstellen. In einigen weiteren Jahren hofft man auf das Dreifache zu kommen.

* * *

Die gewerbliche Produktion läßt zwar im April das Wachstum der Industrie gegen das Vorjahr erkennen, wie aus den folgenden Zahlen hervorgeht:

Digitized by Google

	April 1927	April 1928
Industrie der Produktionsmittel	338,7	385,5
Industrie der Verbrauchsgüter	346,9	387,9
zusammen:	685,6	773,4
Steinkohlen (1000 t)	2 434	2 454
Walzmetall (1000 t)	224,2	272,8
Baumwollstoffe (Mill. m)	196,9	183,2

Gegen den Vormonat aber ist eine auffällige Verminderung zu verzeichnen; es wurden erzeugt:

Industrie der Produktionsmittel:

	März 1928	April 1928
Steinkohle (1000 t)	3 191,3	2 454,1
Naphtha (1000 t)	396,6	913,2
Gußeisen (1000 t)	291,4	279,5
Martinstahl (1000 t)	382,0	341,2
Walzmetall (1000 t)	316,2	272,8
Eisenerz (1000 t)	540,3	451,2
Zement (1000 t)	157,7	154,9
Säuren (1000 t)	27,45	27,97
Laugen (1000 t)	24,54	24,29
Superphosphat (1000 t)	15,73	16,39

Industrie der Verbrauchsgüter:

Baumwollgarn (t)	29 398	25 223
Baumwollstoffe (Mill. m)	233,1	183,2
Wollgarn (t)	4 177	3 746
Wollstoffe (Mill. m)	8,72	7,53
Leinengarn (t)	6 648	4 793
Leinenstoffe (Mill. qm)	18,49	13,43
Gegerbte Großviehhäute (1000 Stück)	982,7	877,6
Gegerbte Kleinviehhäute (1000 Stück)	1 053,9	985,4
Schweres Schuhzeug (1000 Paar)	206,9	190,8
Leichtes Schuhzeug (1000 Paar)	1 488,8	1 417,3
Gummischuhe (1000 Paar)	3 354,2	3 025,5
Streichhölzer (1000 Kisten)	525,9	461,7
Tabak und Zigaretten (Mill. Einheiten)	4 345	3 945

Der Produktionsrückgang, der besonders stark bei der Steinkohlenförderung und der Textilindustrie (namentlich Leinenindustrie) hervortritt, wird teilweise auf Umstände der Saison zurückgeführt (Osterfest und Abzug von Arbeitern zur Frühjahrsbestellung), aber auch auf Gründe bedenklicherer Art. Der Leinen- und Lederindustrie sowie der Industrie der Nahrungsmittel hat es an Rohstoffen gefehlt; auch die Metallindustrie wurde teilweise durch den Mangel an Gußeisen, Kupfer und Koks

Digitized by Google

gehemmt. Auch die Abnutzung der Fabrikeinrichtungen hat sich hier und da störend geltend gemacht.

Ein Leitartikel der „Ekon. Shisn" gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die vom Obersten Volkswirtschaftsrat erwartete Steigerung der gewerblichen Produktion um 23,1 % (vgl. S. 577) bei weitem nicht erreicht werden wird. Tatsächlich ist im ersten Halbjahr 1927/28 nur eine Zunahme von 15,5 % erfolgt; dazu nun der starke Rückschlag des April; im Durchschnitt der letzten vier Jahre habe der saisonmäßige Rückgang im April nur 2,5 %, in diesem Jahre dagegen 12,5 % betragen. Die von der Staatsplankommission im Konjunkturbericht gegebene Erklärung reicht nicht aus. Vielmehr sei offenbar auch eine erhebliche Verringerung der durchschnittlichen Arbeitsleistung eingetreten. Das Verhältnis zwischen dem Wachstum des Lohnes und der Arbeitsleistung hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres nicht planmäßig entwickelt; infolgedessen vollzieht sich auch die ersehnte Senkung der Selbstkosten nicht nach Wunsch. In der Leningrader Industrie ist sogar statt einer Senkung, die im ganzen Jahre 7,1 % erreichen soll, im ersten Halbjahr eine Erhöhung um 1 % eingetreten.

Sehr ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die neuesten Ereignisse (Schachty-Prozeß und Verhetzung der Ingenieure) auf die Arbeitsdisziplin und daher auch auf die Arbeitsleistung ungünstig zurückwirken. Die Ingenieure werden verängstigt und können nicht durchgreifen. Vielen kann die Ersetzung der alten Ingenieure, die in bürgerlichen Anschauungen aufgewachsen sind, durch kommunistischen Nachwuchs nicht schnell genug geschehen. Das große Problem des Tages ist es daher, wie die Ausbildung der jungen Ingenieure, die sehr zu wünschen läßt, verbessert werden könnte. — Auf das empfindlichste gestört werden die Fabrikleitungen durch das Übermaß von Kontrollen seitens der verschiedensten Instanzen. Die RKJ (Arbeiter- und Bauerninspektion) hat jetzt eine Verordnung zur Einschränkung des Kontrollwesens erlassen. Ob sie viel nützen wird, ist fraglich.

Eine der stärksten Säulen der russischen Handelsbilanz ist die Naphthaindustrie, deren Bohranlagen auch in diesem Jahre bedeutend erweitert werden sollen. Für das Bakugebiet wird eine volle Durchführung des Jahresplanes von 229 000 m Bohrung erwartet. Die neue Rohrleitung Baku—Batum, an deren Ausbau auch Deutschland stark beteiligt ist, sowie die Rohrleitung Grosnyj-Tuapse werden eine große Verbesserung der Absatzbedingungen herbeiführen. Gerügt wurde an der Industrie in letzter Zeit, daß sie zu einseitig auf die Vermehrung der Förderung von Rohnaphtha geachtet und bei der Verarbeitung die Anpassung an die Ansprüche des Marktes, insbesondere des Auslandes vernachlässigt habe; hierin soll jetzt Wandel geschaffen werden.

Digitized by Google

Einen sehr lehrreichen Vergleich zwischen der Textilindustrie in Rußland und im Auslande stellte jetzt der Vorsitzende eines russischen Textiltrusts nach Rückkehr von einer Studienreise nach Deutschland, Frankreich und England an. In einem Vortrage wies er, wie ich dem „Ost-Expreß" wörtlich entnehme, darauf hin, „daß im Auslande die Verwaltung der Betriebe ein sehr beschränktes Personal beanspruche. Eine englische Spinnerei mit 140 000 Spindeln weise beispielsweise nur 4 Büroangestellte auf. In Rußland dagegen betrage das Gehalt der Büroangestellten bis zu 34 % des Arbeitslohnes der Gesamtzahl der Arbeiter eines Betriebes. Auch auf dem Gebiete der Selbstkosten bleibe die russische Textilindustrie sehr stark hinter dem Auslande zurück. Während 1 Pud erstklassigen englischen Garns 24,48 Rubel kostet, stellt sich der Selbstkostenpreis eines Puds Garn beim Trust „Iwtextil" auf 39,68 Rubel. Die Rohstoffkosten stellen sich in England auf 15,16 Rubel, in Rußland auf 21,12 Rubel; die Kosten der Verarbeitung betragen 9,32 Rubel bzw. 18,56 Rubel pro Pud."

Sehr lehrreich sind die derselben Quelle entnommenen Nachrichten über die Äußerungen zahlreicher ausländischer Industriefachleute gelegentlich eines Diskussionsabends, der von der Redaktion der „Torgowo-Promyschlennaja Gaseta" veranstaltet wurde: „Das größte Hindernis für produktive Tätigkeit in Rußland sei für den ausländischen Fachmann die fehlende Aktivität der russischen Arbeitskräfte. Die Ausländer hätten keine Möglichkeit, eigene Initiative zu entfalten; sie würden durch das organisatorische Durcheinander und das fehlende Verständnis für fremde Zeit bei ihren russischen Vorgesetzten stark gehemmt. Ausländische Fachleute würden nach Rußland aufs Geratewohl berufen, worauf erst versucht würde, ihnen eine bestimmte Tätigkeit zuzuweisen. Sie seien vielfach nicht in der Lage, ihre Pläne und Absichten zu verwirklichen, da der Bau bzw. die Erneuerung des betreffenden Betriebes zum Zeitpunkt ihrer Berufung bereits in vollem Gange sei. Gewirtschaftet werde ohne organisatorischen Plan. Die Mehrzahl der Industriebetriebe, die von Fall zu Fall ausgebaut worden sind, stellt vielfach ein Konglomerat einzelner Maschinen und Werkstätten dar. Maßlos erstaunt seien die Ausländer über die Verschwendung großer Mittel in der Sowjetindustrie. Die „Rechenfehler" der russischen Industriebehörden kosten ungeheures Geld."

Über die russische Kesselwirtschaft bringt der „Ost-Expreß" folgende Nachrichten, die besonders auch hinsichtlich des Abnutzungsgrades von Interesse sind. Die Zahl der Dampfkessel ausschließlich Lokomotiven betrug in der Union am 1. Oktober 1927 54 489; 42 210 mit einer Heizfläche von 2,4 Millionen Quadratmeter waren in Betrieb; die gesamte Leistungsfähigkeit betrug 3,6 Millionen PS. „Ein sehr großer Teil der Kessel bedarf einer

Digitized by Google

grundlegenden Instandsetzung bzw. Erneuerung. 43 % der Gesamtzahl der Kessel haben ein Alter von über 25 Jahren. In den nächsten 5 Jahren sollen alte Kessel mit einer Heizfläche von insgesamt 750 000 qm durch neue ersetzt werden, wofür 150 bis 160 Millionen Rubel erforderlich sind."

Neben der staatlichen Großindustrie nimmt die private Industrie einen bescheidenen Platz ein. In der Ukraine ist sie im Jahre 1926/27 noch sehr zurückgegangen. Ihre Produktion betrug nur 145 gegen 210 Millionen Rubel im Vorjahr. Ihr Anteil an der industriellen Gesamtproduktion der Ukraine sank von 10 auf 8 %. Wie der „Ost-Expreß" berichtet, hat sich der Oberste Volkswirtschaftsrat der Ukraine für eine verstärkte Heranziehung des Privatkapitals in denjenigen Industriezweigen ausgesprochen, die Rohstoffe, an denen kein Mangel herrscht, verarbeiten oder Erzeugnisse herstellen, die gegenwärtig aus dem Auslande eingeführt werden. In geeigneten Fällen soll die Verpachtung von Industriebetrieben erleichtert werden.

Der Rat der Volkskommissare der Union hat ein Dekret zur Regelung der Kapitalinvestierungen in der Industrie und Elektrizitätswirtschaft erlassen. Die gewaltigen Summen, die der Haushaltsplan jahraus jahrein für den Ausbau des Gewerbes bereitstellt, erzielen bei weitem nicht den gewünschten Erfolg. Großenteils wird dieses dadurch verschuldet, daß der Plan für die Investierungen nicht rechtzeitig aufgestellt wird und vielfach trägliche Änderungen, insbesondere auch Einschränkungen, erfährt. Um diesem Übel abzuhelfen, bestimmt das Dekret, daß künftig zunächst eine Minimalsumme, mit der die Industrie also fest rechnen kann, bewilligt werden soll, und zwar soll die endgültige Summe des laufenden Jahres als Minimum für das folgende Jahr gelten. Die Verteilung nach dem Minimalplan soll spätestens bis zum 15. August vom STO bestätigt sein. Der endgültige Plan für die Kapitalinvestierungen wird auf Grund der Kontrollziffern aufgestellt und mit dem Haushaltsplan bestätigt. Der endgültige Plan hat die Bedeutung, daß er dem unabänderlichen Minimalplan einen Ergänzungsplan hinzufügt. Für 1928/29 wird die Minimalsumme der Kapitalaufwendungen auf 1 560 Millionen Rubel festgesetzt.

* * *

Nach dem Konjunkturbericht für den April ist die Einfuhr dieses Monats beträchtlich größer gewesen, als im vorigen Heft auf Grund vorläufiger Ziffern angegeben wurde; sie betrug nach dem Gegenwartswert im Verkehr über die europäische Grenze 67,2 Millionen Rubel (im Vorjahr 49,1), während die Ausfuhr sich auf 45,4 Millionen Rubel (im Vorjahr 51,4) stellte. Der Passivsaldo erweiterte sich demnach auf 21,8 Millionen Rubel.

Digitized by Google

Nach den wichtigsten Ländern verteilte sich der Außenhandel über die europäische Grenze im ersten Halbjahr folgendermaßen (Millionen Rubel):

	1. Halbjahr 1927/28		1. Halbjahr 1926/27	
	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus
Deutschland . . .	84,1	124,3	81,6	60,8
England	59,6	21,8	111,2	48,5
Vereinigte Staaten von Nordamerika	10,3	56,3	6,5	42,8
Lettland	48,6	1,8	30,6	0,8
Frankreich	18,5	14,5	35,6	6,6
Italien	13,7	3,9	23,1	1,5
Ägypten	4,3	18,2	3,2 („Ost-Expreß")	10,5

Der Anteil Englands am russischen Handel ist also (ebenso wie sein Warenbezug aus Rußland stark gesunken, während die russische Einfuhr aus Deutschland, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Ägypten (Baumwolle) sehr gestiegen ist. Die Hebung der deutschen Ausfuhr ist wesentlich auf den 300-Millionen-Kredit zurückzuführen, scheint jetzt aber einer rückläufigen Entwicklung Platz zu machen, wie aus den Zahlen über die Neubestellungen der Berliner Handelsvertretung der UdSSR hervorgeht. Es betragen, wie der „Ost-Expreß" mitteilt, die Bestellungen:

1926/27	1. Halbjahr . . .	330,450 Millionen RM.
1926/27	2. Halbjahr . . .	211,198 „ „
1927/28	1. Halbjahr . . .	245,056 „ „

Gegen das Vorjahr ist also für die ersten sechs Monate des laufenden Wirtschaftsjahres eine Minderung um 85,4 Millionen RM. zu verzeichnen.

Abgeschlossen 9. Juni 1928.

III. Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Die Debatte über die russische „Jugend von heute", über ihre Weltanschauung, ihre Ideale und Ziele, ihr Verhalten gegenüber der älteren Generation will immer noch kein Ende nehmen. Von dem Rückgang der Allgemeinbildung bei der jüngeren Generation, von dem Überhandnehmen des Rowdytums, von der außerordentlichen Laxheit in sexuellen Dingen wird nicht nur in Emigrantenblättern berichtet, denen man ja natürlich leicht Voreingenommenheit vorwerfen kann; auch in der Sowjetpresse finden sich mehr als genug Hinweise darauf, daß es in der russischen Jugend nicht zum besten bestellt ist. Dabei handelt es sich hier um ein Problem von ungeheurer

Digitized by Google

Bedeutung; gerade in den letzten Jahren hat der Tod reiche Ernte unter den Führern der in Rußland herrschenden Partei gehalten; die Frage nach dem Nachwuchs, nach den künftigen Mehrern und Verwaltern des kommunistischen Erbes wird von Tag zu Tag brennender. Nicht umsonst berichten die „Iswestija", daß in einer einzigen Woche in Moskau vier große öffentliche Diskussionsabende abgehalten wurden, an denen die verschiedensten mit dem Leben und Werden der russischen Jugend verknüpften Probleme erörtert wurden. „Offenbar", bemerken die „Iswestija" dazu, „haben wir es hier nicht mit einer Episode, nicht mit einem Zufall zu tun, sondern mit dem Beginn einer neuen großen Epoche. Die Sowjetunion eröffnet gegenwärtig einen großen, auf eine lange Zeitdauer berechneten Feldzug auf dem Gebiete der kulturell-erzieherischen Arbeit an der Jugend." Weiter heißt es dann: „Wir wissen immer noch nicht recht, wie unsere Jugend eigentlich geartet ist. Man gewinnt im besten Fall nur ganz summarische verworrene Eindrücke."

Gegen diese Behauptung wendet sich nun in den Pariser „Dni" ein sehr aufschlußreicher Aufsatz von W. Archangelskij. Der Verfasser glaubt, daß man auf Grund gewisser auffälliger, sich immer von neuem wiederholender Erscheinungen im Leben der modernen russischen Jugend sich schon ein recht deutliches, konkretes Bild davon machen könne, wie sich der Generationswechsel in Rußland vollzogen hat, wie die verschiedenen Altersklassen sich zueinander verhalten und welche Prognosen sich für die Zukunft stellen lassen. Der Aufsatz ist mit ebensoviel Sachkenntnis wie Objektivität, ohne „emigrantenhafte" Voreingenommenheit geschrieben, so daß es wohl der Mühe wert ist, sich mit den von ihm aufgestellten Thesen etwas näher zu befassen.

Die Vertreter der jüngeren Generation Rußland, die heute in erster Linie dazu berufen sind, die nach und nach vom Schauplatz verschwindenden Alten zu ersetzen, also jene, die heute 25—30 Jahre alt sind, waren bei Ausbruch der Revolution halbwüchsige Knaben im Übergangsalter. Ihr Charakter formte sich unter den schwersten Erschütterungen des gesamten nationalen Lebens, in Bürgerkrieg und Hungersnot. Alle Traditionen waren aufgelöst, alle Autoritäten gestürzt, alle ethischen und ästhetischen Werte der Vergangenheit wurden, wenn nicht glatt verneint, so doch stark in Zweifel gestellt. Zugleich wurden eine Menge neuer kühner Ideen verkündet, die Verwirklichung der tollsten Utopien für unmittelbar bevorstehend gehalten, unzählige soziale und politische Aufgaben gestellt, deren Lösung die unermüdliche Arbeit mehrerer Generationen erfordert hätte, die aber sofort durchgesetzt werden sollten. Die Kampfjahre der Revolution mit ihren heftigen Erregungen und phantastischen Erwartungen waren nicht dazu angetan, die Siebzehnjährigen

Digitized by Google

zielbewußt und systematisch arbeiten zu lehren. Man lernte nur vor keiner Gefahr zurückschrecken, kühn das äußerste wagen, das Unmögliche für möglich halten, — lauter Dinge, die gut und nützlich waren, so lange man das Gewehr auf dem Rücken und die Patronenkette über der Brust hängen hatte, mit denen aber nicht viel anzufangen war, als nach Beendigung des Bürgerkrieges und der Wendung zur „neuen ökonomischen Politik" kühle Berechnung der realen Verhältnisse, Treue im Kleinen, konzentriertes und planmäßiges Arbeiten, geduldiges Ausharren auch bei Fehlschlägen gefordert wurden. Diesen neuen Forderungen vermochte sich ein sehr großer Teil der Jugend nicht anzupassen. Es kommt die Zeit der zahlreichen Selbstmorde unter den am Erfolg der Revolution Verzweifelnden, von ihrem Ausgang Enttäuschten. Ein großer Teil der Heranwachsenden oder schon Herangewachsenen, aber nicht Gereiften konnte die Erregungen, den Nervenkitzel der Kampfjahre nicht mehr entbehren, war für jede ruhige Arbeit in geordneten Verhältnissen nicht mehr zu brauchen und verfiel dem Rowdytum („Hooligantum", wie es in Rußland genannt wird), dem Alkohol, dem Kokain. Alle diese traurigen Erscheinungen sind eine Folge des durch den Umsturz geweckten unersättlichen Verlangens nach immer neuen starken Eindrücken, des Wunsches, alles, was man anstrebt, sofort verwirklicht zu sehen, des Fehlens jeglicher Hemmungen seitens der Familie, der Gesellschaft, der Schule. Neben diesen gab es aber selbstverständlich auch nicht wenige, die sich den neuen Verhältnissen überraschend schnell anzupassen wußten, indem sie kurz entschlossen alle Schlagwörter über Bord warfen und kein anderes Ziel mehr kennen wollten, als die Konjunktur auszunutzen. Es entwickelte sich ein neues „Revolutions-Schiebertum", das schlimmer als das alte Kriegsschiebertum war und das bald ein höchst dankbares und daher immer wieder mit Vorliebe behandeltes Thema für die satirische Literatur abgeben sollte. Es genügt, an einige Romane und Erzählungen von Ilja Ehrenburg und Alexej Tolstoj, an die auch in Deutschland aufgeführte Komödie von Erdmann „Das Mandat" zu erinnern.

Die zweite, jüngere Schicht, die heute im Alter von 18 bis 20 Jahren steht, hat seinerzeit keinen aktiven Anteil an der Revolution genommen, wurde von ihrer Romantik gar nicht oder nur in ganz geringem Maße ergriffen. Die Jugend dieser Gruppe war mehr Beobachter als handelnde Person im Revolutionsprozeß. Ihre geistige Physiognomie bildete sich unter dem Einfluß der fortschreitenden Zerrüttung der Familie einerseits und der Schule andrerseits. Weder hier noch dort konnte die Jugend systematisch denken lernen, konnte sie klare und feste ethische Grundlagen für ihr Verhalten gewinnen. Andrerseits waren die sozialen und politischen Verhältnisse, wie sie sich nun mit der

Digitized by Google

Einführung der NEP entwickelten, ganz und gar nicht dazu angetan, jenen Enthusiasmus, jene heroische Kampf- und Todesbereitschaft großzuziehen, die den älteren Brüdern doch nicht abgesprochen werden kann. Die neue Jugend hatte keine Vergangenheit und keine Zukunft. Nur die Gegenwart war da, eine trübe, häßliche, kulturlose, traditionslose Gegenwart. Und so ist diese zweite Generation der russischen Jugend gekennzeichnet durch das Bestreben, alle schwierigen Probleme zu „vereinfachen", durch einen platten Materialismus und Rationalismus, mangelnde Achtung vor der Einzelpersönlichkeit (nur das „Kollektiv" gilt), durch die Auffassung der Liebe als rein „physiologischen Vorgangs", durch die Verneinung aller ästhetischen Bedürfnisse. Daß diese „vereinfachte" Psychologie große Gefahren in sich birgt, hat man auch von kommunistischer Seite längst erkannt — auf diesen Blättern ist schon wiederholt davon die Rede gewesen (man denke etwa an die Kämpfe um die Schaffung eines neuen kommunistischen Ritus an Stelle der kirchlichen Festgebräuche). So schreibt der Kommunist Kohn in den „Iswestija": „Unserer Jugend fehlt die revolutionäre Romantik. So lange die Ereignisse sie zur aktiven Teilnahme an den großen Kämpfen zwangen, wußte sie diese Romantik zu finden. Aber dieselbe Romantik kann und muß unsere Jugend auch in der großen schöpferischen Arbeit der Massen finden — dem Aufbau des Sozialismus. Der sozialistische Aufbau ist ein gewaltiger schwieriger Kampf; auf Schritt und Tritt sind furchtbare Hindernisse zu überwinden. Diesen Kampf zu begreifen, ihm Sinn zu geben, ihn mit jugendlichem Enthusiasmus und jugendlicher Energie zu erfüllen, — das ist die Aufgabe, deren Erfüllung unserer Jugend jetzt obliegt."

Dazu bemerkt Archangelskij: „In ihrer abstrakten Formulierung ist diese Aufgabe natürlich ganz richtig gestellt; richtig ist auch, daß ihre Lösung ohne Enthusiasmus und Energie nicht möglich ist. Aber —" und nun zitiert er einen Redner von der letzten Tagung des Zentralkomitees der regierenden Partei — „es hat gar keinen Sinn, jetzt von Enthusiasmus und Heroismus zu reden. Damit kommen wir nicht weit. Das kann man in der heroischen Zeit des Bürgerkrieges tun, heute aber wirken allgemeine Phrasen nicht mehr auf die Jugend. Die Massen müssen an ihrem eigenen Leibe, in ihrer Bildung, in ihrem täglichen Dasein spüren, daß wir wirklich sozialistische Aufbauarbeit verrichten".

Daß trotz allem aufbauende Arbeit geleistet wird und nicht zuletzt auch von der Jugend, davon kann sich jeder überzeugen, der das Rußland von heute mit dem von 1920 vergleicht. Ob diese Aufbauarbeit aber genau nach dem Programm der herrschenden Partei vor sich geht, ist eine andere Frage. Archangelskij glaubt sie verneinen zu müssen. Gerade der Appell an die „revo-

Digitized by Google

lutionäre Romantik" ist ihm ein Beweis dafür, daß die russische Jugend von heute, als Ganzes genommen, und die offiziellen „Aufbauarbeiter" polare Gegensätze sind. Und er fährt dann fort: „Wir haben bisher nur die trüben Erscheinungen in der seelischen Verfassung der Sowjetjugend betrachtet. Es wäre aber ein großer Fehler anzunehmen, daß das gesamte Seelenleben der heutigen russischen Jugend nur pathologisch eingeschätzt werden kann. Jugend bleibt Jugend. Allen Verzerrungen und Verirrungen zum Trotz fühlt sie sich doch immer wieder hingezogen zum Leben in seiner Fülle, nicht in seiner Armut, zum Licht, nicht zur Finsternis, strebt sie nach eigener, selbständiger Lösung aller Fragen des Denkens und Seins, unabhängig von allen fremden Fibeln und Katechismen. Das gilt auch von der heutigen Jugend. Fehler und Torheiten hat sie genug begangen, auch Gemeinheiten; dennoch aber verlangt sie nach einer neuen, lichteren, vernünftigeren Organisation des Lebens. Und sie wird ganz bestimmt dazu kommen. Bei der Moskauer Diskussion über die heutige Jugend wurde auf einige Tatsachen hingewiesen, die für eine Aufwärtsbewegung zeugen: es werden schon höhere geistige Ansprüche gestellt, das Interesse für philosophische und ästhetische Fragen wächst, das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist jetzt gesunder als noch vor wenigen Jahren. Alles das sind vorderhand nur Ansätze, aber der einmal eingeleitete Prozeß entwickelt sich weiter und er wird die Jugend zu guter Letzt ins Freie führen. Die Jugend auf dem Lande ist schon heute vielfach das eigentlich sozial-aktive Element im Leben des Dorfes: sie versucht neue Methoden der Feldbestellung, gründet Einkaufsgenossenschaften, Jugendschulen usw. Der gesundeste Teil der städtischen Jugend, insbesondere der Arbeiterschaft, ist von einem heißen Wissensdrang beseelt, sucht sich vor allem technische Kenntnisse anzueignen. Das verlockende, wenn auch nicht ganz deutlich gesehene Bild des ‚neuen Lebens', das mit den offiziellen Rezepten kaum noch etwas gemein hat, ist der Leitstern dieser Jugend. Und es ist zu hoffen, daß sie trotz aller Irrfahrten, trotz allen Abweichens auf Seitenpfade schließlich doch den breiten, geraden Weg finden wird, der die Gegenwart mit der Vergangenheit und Zukunft verbindet."

* * *

Einige neue Veröffentlichungen aus dem Gebiete der schönen Literatur seien hier wenigstens flüchtig charakterisiert. Der Roman von Pantelejmon Romanow „Das neue Gebot" ist bezeichnend für jene „Vereinfachung" der großen ethischen und sozialen Probleme, von der oben die Rede war. Romanow begann seine literarische Laufbahn mit kurzen naturalistischen Geschichtchen und Skizzen, in denen er mit guter Beobachtungsgabe das sowjetrussische Alltagsleben schilderte, vor allem —

Digitized by Google

wie es neben ihm auch noch viele andere taten, man braucht nur an Sostschenko zu denken — die Gegensätze und Zusammenstöße, die sich aus der Unmöglichkeit ergeben, die träge Masse des Volkes für die neuen utopischen Ideen zu gewinnen. Später suchte er in großen Romanen „Weltanschauung" zu predigen. und da man in Rußland schon immer — heute aber mehr denn je — beim Dichter und Künstler die Gesinnung höher schätzte als die schöpferische Begabung, so fanden sich auch Kritiker, die Romanow einen neuen Tolstoj nannten, ja, in ihm sogar eine Synthese von Tolstoj und Puschkin sehen wollten. In Wirklichkeit handelt es sich bei Romanow nur darum, daß er gewisse, im Augenblick gerade aktuelle Probleme herausgreift, um sie herum eine dem Geschmack des Durchschnittslesers vollkommen entsprechende Handlung aufbaut und zuletzt das Problem durchaus im Sinne des offiziellen Parteiprogramms — wenn an diesem gelegentlich auch Kritik geübt wird — „löst". So auch in dem „Neuen Gebot". Ein junger Kommunist vom Lande, der es in Moskau zu einem angesehenen Posten gebracht hat, verliebt sich in eine seiner Beamtinnen, die aus einer bourgeoisen Familie stammende Ludmila. Sie verbinden sich, aber alsbald tritt der Klassengegensatz zutage: Ludmilla quält Sergej mit ihrer Eifersucht, sie ist eifersüchtig auf alle anderen Frauen, auf seine Arbeit, seine Genossen; sie will, daß er nur ihr gehöre. Er aber gehört nicht nur ihr, sondern dem ganzen Proletariat, für das er arbeitet und schafft, der Partei, der Zukunft; für ihn ist die Ehe, wie sie ihr als Ideal erscheint, d. h. als Hingabe der ganzen Seele, des ganzen Wesens an einen einzigen Menschen und nicht an die ganze Welt, etwas Unmoralisches — und so wird ihm die Erkenntnis, daß „der Mensch, der die alte Ordnung zerstört hat und weiterhin zerstört, vor einem neuen Gebot steht". Es endet natürlich damit, daß die beiden sich trennen — Ludmila verläßt Sergej, sie geht, wie einst die Ibsenschen Frauen, „in die Nacht, ins Unbekannte" hinaus. Er aber begibt sich zuerst in sein Heimatdorf, zu seiner dort verlassenen Frau, der naiven, gutmütigen Gruscha, um sein Verhältnis mit ihr ins Reine zu bringen; und dann wird er, nunmehr frei von allen schädlichen Einflüssen wieder, was er vor der Begegnung mit Ludmila war, ein treuer Kämpfer für seine Klasse und die Revolution.

Wie man leicht sehen kann, — neu ist dieses „Gebot" keineswegs, aber es läßt sich über Ludmila und Sergej gut diskutieren, es lassen sich die heute in Rußland so beliebten „literarischen Gerichtsverhandlungen" mit Staatsanwalt, Verteidiger und Geschworenen inszenieren, und zu alledem ist der Roman, besonders in den Liebesszenen, im schönsten Kolportagestil geschrieben, nach einer Schablone, die in Rußland (und anderswo) schon vor einem Menschenalter Mode war und nie aus der Mode kommen kann, weil es ein angeborenes Spießertum gibt, das alle

Digitized by Google

Zeiten und alle wechselnden Staatsformen überdauert. Und auch der tragische Konflikt, den Romanow darstellt, ist keineswegs auf eine neue Weise, ein für allemal, endgültig gelöst, denn er ist unlösbar — der alte, ewige, von unzähligen Dichtern immer wieder behandelte Konflikt zwischen Leidenschaft und Pflicht.

Ernster zu nehmen ist der neue Roman von Ilja Ehrenburg „Das stürmische Leben des Lasik Rotschwanz", die Geschichte eines armen Juden aus dem dunkelsten russischen Ghetto, der als Schneider anfängt, dann aber Sowjetbeamter, Journalist, Weltreisender und Gott weiß noch was alles wird, in seinem innersten Wesen jedoch immer das bleibt, was er war, und mit kindlich-naivem Staunen das tolle Treiben der aus den Fugen geratenen Zeit ringsherum beobachtet und kritisiert. Das Motiv der Weltreise wird ähnlich, wie in Ehrenburgs zuerst in Deutschland bekannt gewordenem und immer noch bestem Roman, den „Abenteuern des Julio Jurenito", dazu benutzt, die verschiedenen Nationen ironisch zu charakterisieren; mancher Hieb sitzt, auch die Übertreibungen wird man dem Satiriker zugestehen müssen; aber noch unangenehmer als im Jurenito berührt hier der gehässige Grundton, die Verneinung um der Verneinung willen, die Selbstgefälligkeit, mit der oft auch die größten Plattheiten vorgebracht werden. Daß wir Deutsche bei der großen „Völkerschau", die der reisende Lasik Rotschwanz vornimmt, nicht allzu gut wegkommen, ist bei Ehrenburg ohne weiteres verständlich und man kann es ihm kaum übelnehmen.

Trotz allem steckt in dem Buch viel Beobachtung und viel Witz und in einzelnen Schilderungen aus der Ghetto-Jugend des Helden sogar eine gewisse Gefühlswärme, die man bei Ehrenburg sonst kaum findet und die wohl nur als Reminiszenz an seine eigene Jugend zu verstehen und zu erklären ist. Der Kritiker hat nicht unrecht, der vor allem starke Kürzung des viel zu breit ausgesponnenen Romans fordert. Dann würden seine Vorzüge viel deutlicher in die Erscheinung treten, dann würde vor allem auch die Gestalt des Helden den Leser stärker ergreifen, weil das Menschliche in ihm deutlicher zum Ausdruck käme, während es jetzt hinter all dem Witz und Spott, zu dem der arme Lasik Rotschwanz Anlaß gibt, viel zu sehr verschwindet.

Man hört es vielleicht in Moskau nicht gerne, es muß aber gesagt werden, daß das bedeutendste russische Dichterwerk der letzten Monate, vielleicht sogar Jahre, nicht in Sowjetrußland entstanden ist, sondern einen Emigranten zum Verfasser hat. Es ist der autobiographische Roman von Iwan Bunin „Das Leben Arsenjews", der zurzeit in der Pariser Monatsschrift „Sowremennyja Sapiski" erscheint. Bunin erzählt hier nichts weiter als die Geschichte seiner eigenen Kindheit und Jugend, erzählt schlicht, ruhig und sachlich. An großen „Ereig-

Digitized by Google

nissen" ist diese Geschichte arm; sie wird am besten gekennzeichnet durch des Dichters eigene Worte: „Was war denn so wunderbares an diesen Tagen? Nichts als daß sie neu für mich waren, nichts als meine eigene Frische, meine Jugend. Die Welt ist für einen kurzsichtigen, schwerhörigen jungen Menschen eine ganz andere als für einen gesunden. Ich sah alle sieben Sterne in den Plejaden, ich hörte das Pfeifen des Hamsters im Felde auf eine Werst weit, ich wurde berauscht von der Schärfe, mit der ich den Duft eines Herbstmorgens, des Wintersturmes, eines alten Buches oder eines Maiglöckchens einsog . . ." Wie Tolstoj. wie Turgenew ist auch Bunin ein Landkind, die Landschaft, in der er großgeworden ist, ist dieselbe mittelrussische Landschaft. die auch die Heimat der beiden älteren großen Dichter ist, und er weiß sie mit einer Anschaulichkeit, Lebhaftigkeit und Wärme zu schildern, die sich wohl mit der Kunst der beiden großen Meister — sie sind auch s e i n e Meister — vergleichen kann. Vor allem aber ist die Landschaft für ihn nicht das Objekt kalt staunenden „Besuchs", sie lebt, sie ist ein „Seelenzustand". Bunins Jugenderinnerungen verdienen es wirklich, dicht neben Tolstojs „Kindheit" gestellt zu werden. Der Held dieser Erinnerungen ist allerdings kein Grübler und Skeptiker wie Nikolenka Irtenjew-Tolstoj, er leidet nicht unter Minderwertigkeitskomplexen. er ist ein echtes Naturkind, ein Mensch, der frisch umherspäht mit gesunden Sinnen, der viel sieht und beobachtet, der aber durch alles, was er sieht und erfährt, an sich selbst nicht irre wird. Über allem steht, über allem triumphiert das gesunde, starke Lebensgefühl. Das ist es, was die Lektüre von Bunins neuem Werk zu einem so hohen Genuß, zur Freude macht. Treffend heißt es in der den Intentionen des Dichters liebevoll nachgehenden Besprechung des Werkes von J. Eichenwald: „Die Poesie des russischen Landsitzes, aber auch ihre Prosa, die russische Natur und die russische Stadt, die russische Kirche, die russischen Menschen, die erste Liebe, der erste Todesfall, die ersten gelesenen Bücher, der Einfluß alter Verse und Lieder, religiöse Stimmungen, das Erwachen des Frühlings — in der Welt draußen und im Innern — und das alles beherrschende. alles erfüllende Lebensgefühl, die Freude darüber, das Gefühl der eigenen Jugend, des elementaren Glücklichseins, trotz allem. trotz allen einzelnen Unannehmlichkeiten und Ärgernissen, das Gefühl der Neuheit der Welt, der Frische ihrer Farben — das alles tritt aus dem Werk Bunins in lichter, die Seele aufs tiefste bewegender Schönheit entgegen. Das Tor der Erinnerung weitet sich, es weist in die Tiefe, man fühlt, daß es sich um vergangene. fernab liegende Dinge handelt, man spürt die unbesiegbare, unerbittliche Macht der Zeit, aber dieses Vergangene verliert seine Wärme nicht, es ist lebendig geblieben in dem Gedächtnis des Dichters, das nichts losläßt, was es einmal erfaßt hat."

Digitized by Google

Bücherschau.

Korostowetz, W. K. von: Lenin im Hause der Väter. Autorisierte Übersetzung aus dem Russischen. Berlin 1928. Verlag für Kulturpolitik. 444 S. Preis brosch. 12 M., geb. 15 M.

Das vorliegende Buch von Korostowetz stellt den zweiten Band seiner Memoiren dar, die der Zeit von 1911 bis zum Herbst 1919 gewidmet sind. Sein Ziel ist die Schilderung der Ursachen und Begebenheiten der russischen Katastrophe. Unterbaut ist das Werk von einem sorgfältig zusammengetragenen umfangreichen Material von Quellen und Darstellungen, zu denen nicht nur die bisher erschienenen Veröffentlichungen Mittel- und Westeuropas, sondern auch solche der Sowjetregierung, sowie noch bisher unveröffentlichte Dokumente gehören. Persönliche Erinnerungen des Verfassers erhalten dadurch einen breiten historischen Rahmen. Korostowetz, dem ehemaligen Sekretär der persönlichen diplomatischen Kanzlei der russischen Außenminister Sazonow, Stürmer und Pokrowskij, sowie dem späteren persönlichen Sekretär im Außenministerium unter Miljukow während der Provisorischen Regierung, war es vergönnt gewesen, unbeschwert von einer großen politischen Verantwortung gerade an der Stelle zu arbeiten, wo die gesamten Fäden der russischen auswärtigen Politik zusammenliefen.

Eine eingehende Schilderung des russischen diplomatischen Korps, seiner einzelnen Vertreter im Auslande, sowie der Tätigkeit des Schwarzen Kabinetts leitet Korostowetz's Buch ein. Die Politik Sazonows und Iswolskijs erfährt vom Verfasser eine vollkommene Ablehnung. Er schätzt sich glücklich, für die begangenen Fehler der auswärtigen Politik Rußlands keine Verantwortung tragen zu müssen. Bei der Erörterung der Ereignisse und Verhandlungen während der letzten Vorkriegsjahre, der Zeit des Weltkrieges und der der Provisorischen Regierung betont Korostowetz immer wieder als Kardinalfehler der Politik Iswolskijs und Sazonows, einem blinden Anhänger Poincarés, Buchanans, Delcassés und Paléologues, den eitlen Wahn der russischen leitenden Politiker, mit Hilfe der Alliierten Konstantinopel und die Meerengen zu erringen. Die Lösung des Balkanproblems im russischen Sinne diente nur als Köder, der von Frankreich und England geschickt lanciert wurde, um Rußland ihren eigenen egoistischen Plänen dienstbar zu machen. Der Mohr konnte gehen, nachdem er seine Schuldigkeit getan hatte. Eine Formulierung, der sich Korostowetz wiederholt bedient.

Einer vernichtenden Kritik unterzieht der Verfasser die inneren Zustände Rußlands, die völlig unzureichende militärische Ausrüstung, die unverantwortliche Haltung des Kriegsministers Suchomlinow und des Generalstabschefs Januschkewitsch während der kritischen Julitage. Große Aufmerksamkeit widmet Korostowetz dem unwürdigen Treiben Rasputins und der ihn umgebenden Hofclique. Die Schilderung des immer hemmungsloseren Hineintaumelns in das Chaos der Revolution erreicht beim Verfasser in den letzten Kapiteln seines Buches eine geradezu dramatische Steigerung. Dabei versucht Korostowetz mit einer beachtenswerten Objektivität den Beweis von der logischen Notwendigkeit des Ausbruches der Revolution zu erbringen. Die laue Haltung der einzelnen Vertreter der Provisorischen Regierung gegenüber der äußersten Linken, der zwecklose und daher völlig mißglückte Versuch, den Krieg fortzuführen, ohne im eigenen Lande dem Volk durchgreifende Reformen zu gewähren, führte Rußland mit der gleichen logischen Konsequenz in die Arme der Sowjetherrschaft. Als heimatloser Flüchtling traf Korostowetz nach Überwindung fast unglaubwürdig erscheinender Gefahren und Entbehrungen in Polen ein.

Das Buch ist weder als ein rein wissenschaftliches Werk noch als Quelle im eigentlichen Sinne zu werten. Der leichte, fesselnde Stil, die Fülle inter-

Digitized by Google

essanter Einzelheiten sind jedoch eine gute Empfehlung. Eigenartig berührt nur der Titel, der leicht zu irrigen Vorstellungen Anlaß geben kann. Mögen auch einzelne Behauptungen des Verfassers einer strengen historischen Kritik nicht immer standhalten, als Beitrag zur Geschichte der behandelten Periode wird dieses Werk von der modernen Forschung nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. I. G.

Kurze Zusammenstellung über die Polnische Armee. Von K. Urban. 57 S. u. 4 Tafeln Verlag R. Eisenschmidt, Berlin NW 7, 1928. Brosch. 2 RM.

Das Heer unseres östlichen Nachbarn entwickelt sich immer mehr zu einem der wichtigsten Machtfaktoren Europas und genießt angesichts der immer erneut angespannten Gefahrenlage im Osten verdoppeltes zeitgeschichtliches Interesse. Deshalb wird diese Zusammenstellung vielen willkommen sein, wenn sie sich auch im großen und ganzen auf das Formale beschränkt und deshalb wahrscheinlich für den militärischen Fachmann nur begrenztes Interesse hat. Die Urbansche Schrift bietet in knapper Form alles, was über Stärke, Gliederung, Standorte, Bewaffnung, Ausbildung usw. der polnischen Armee bekannt ist. Sie ergänzt diese Mitteilungen durch Angaben über die militärischen Organisationen wie die Schützenverbände u. a. über die Maßnahmen zur militärischen Jugenderziehung. Auch das von Polen nicht zur Armee gerechnete Grenzschutzkorps ist berücksichtigt. Dazu kommen militärgeographische Notizen, eine Wiedergabe der topographischen Zeichen auf den polnischen Landkarten und eine Reihe von Tafeln, auf denen die Rangabzeichen, Stabsflaggen usw. dargestell sind. Dem aufmerksamen Reisenden in Polen wird an Hand dieser Angaben das Straßenbild oft sprechender und lebendiger erscheinen, und der Wanderer wird die Mitteilungen über die Kartenbenutzung begrüßen.

Auch den knappen Bemerkungen des Verfassers, die über das rein Formale hinausgehen, wird man im allgemeinen zustimmen. Ob man freilich noch heute — nach zwei Jahren der „sanacja moralna" Pilsudskis — „eine bis in die höchsten Stellen hinein stark verbreitete Korruption" als charakteristisch für das polnische Offizierkorps betrachten kann, darf in dieser Verallgemeinerung bezweifelt werden. R. R. B.

Die Empörung, eine Geschichte vom Aufstand der Tiere von W. St. Reymont. Aus dem Polnischen übertragen von Jean Paul d'Ardeschah, im Rheinverlag Basel—Zürich—Leipzig—Paris-Straßburg. 299 S. Brosch. 3,50 RM.

Der polnische Nobelpreisträger Reymont ist westeuropäischen Lesern vornehmlich als Schilderer seines heimatlichen Milieus („Die Bauern", „Lodz") vertraut. In seinem vorliegenden letzten Werk versucht er in symbolischer Form ein allgemein menschliches Problem zu bewältigen. In dem Kampf der Haustiere gegen die jahrtausendalte Bedrückung durch die Menschen sucht Reymont eine Lösung der Frage nach der Freiheit zu finden.

Auch von diesem Roman wird jedoch am ehesten bleiben, was der Dichter aus dem Erlebnis der Heimat schafft. Die Naturschilderungen sind großenteils ungewöhnlich eindrucksvoll und steigern sich im zweiten Kapitel zu überwältigender Lebendigkeit und Schönheit. Demgegenüber verblaßt die nicht sehr straff durchgeführte und gegliederte Handlung. Die Tiere verlassen zu Hunderttausenden die menschlichen Wohnstätten und suchen unter Führung eines Hundes ein sagenhaftes Wunderland im Osten. Den endlosen Leiden dieses Zuges erliegen Tausende, und die übrigen zerstampfen in ihrer Verzweiflung den Führer kurz vor dem ersehnten Ziel, um wieder den

Digitized by Google

Menschen als Herrn zu suchen. Als sie glauben ihn gefunden zu haben, ist es ein großer Gorilla. So klingt das Freiheitsbuch des repräsentativsten Dichters des wiedererstandenen Polens in tiefe Bitterkeit und Skepsis aus.

R. R. B.

Die Entstehung der Posener Kulturlandschaft. Beiträge zur Siedlungsgeographie. Von Dr. Walter Maas. Posen, Drukarnia Concordia Sp. Akc., 1927. 155 S., 9 Karten und Tafeln.

Die vorliegende Arbeit verwertet ein ungewöhnlich umfangreiches Material, davon, was besonders dankenswert ist, viel polnisches. Bei seiner Verarbeitung hat der Verfasser Wert darauf gelegt, sein Thema nicht lediglich vom fachlich-geographischen Standpunkt aufzufassen, sondern es durch historische, ökonomische und soziologische Betrachtungsweise zu erweitern. Zahlreiche Anmerkungen und Tabellen, dazu eine Reihe von Kartenskizzen ergänzen den Text.

Maas geht nach einer Darstellung der geographischen Grundlagen auf die vorgeschichtliche Besiedlung ein. Wie es heute kaum noch für ein Teilgebiet des ostdeutschen Kulturbodens bestritten wird (wenigstens in der deutschen Literatur), kommt auch Maas zu der Annahme, daß es eine Zeit völliger Entvölkerung zwischen der ersten deutschen und der slawischen Besiedlung nicht gegeben hat. Der Gang der deutschen Neusiedlung im Mittelalter wird mit größter Gründlichkeit bis in die Einzelheiten verfolgt. Die Bildung der verschiedenen Dorf- und Städtetypen, die Bildung und Weiterformung der polnischen Agrar- und Sozialverfassung vor der deutschen Neuansiedlung und durch sie werden bis zur Besitzergreifung durch Preußen dargestellt.

Die Arbeit bildet also einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der ostdeutschen Siedlungsgeschichte. Sie ist doppelt zu begrüßen, weil sie ein durch die sprachlichen Schwierigkeiten bisher besonders unwegsames Gebiet erschließt. Der Kulturwert der deutschen Siedlung im Mittelalter kommt trotz oder vielleicht wegen der vollkommenen Leidenschaftslosigkeit und Objektivität des Verfassers eindrucksvoll zur Geltung; so wird die Arbeit auch für nationalpolitische Auswertung fruchtbar gemacht werden können.

R. R. B.

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Dorfsowjets und Landgesellschaften. (Sel'skie sovety i zemel'nye Obščestva). Von *S. Zdanovič*.
„Bol'ševik"-Moskau, Nr. 6 (März) 1928, S. 39 u. ff.

I. Die Stellung der Landgesellschaften, ihre Rolle im Kultur- und Wirtschaftsleben des Dorfes, und die Herabdrückung der Bedeutung der Dorfsowjets durch sie in den letzten zwei Jahren, beschäftigt alle Parteistellen. Nach längeren teils politischen, teils historischen Erörterungen kommt Verfasser zu dem Schluß, daß die Begriffe Landgemeinde, Dorfgesellschaft, Dorfversammlung und Landversammlung mehr oder weniger Abstufungen derselben Verbände, nur mit anderen Zeitbenennungen, sind. Ihre Nivellierung durch eine Revolution hat 1884 schon Engels prophezeit. Lenin charakterisiert die „Russische Gemeinschaft" als einen Verband des aufgeteilten Landes. Verfasser kommt zu den Schlüssen, daß die Grundform für die Landverwertung die Gemeinschaft sei. In ihren Rahmen gehören

Digitized by Google

zur Entscheidung von Landangelegenheiten, allgemeinpolitischen, kulturellen und Wirtschaftsfragen die Landgesellschaften und die Dorfgemeinden. In ihrer Bewertung müsse man von realen, nicht von theoretischen Gesichtspunkten ausgehen. Daß eine russische „Obščina" bestehe, wird verneint.

II. Die Frage des Verhältnisses zwischen Dorfsowjets und Landgesellschaften: Die Dorfsowjets, früher unbedeutend und passiv, sind jetzt diktatorische Kulturzentren des Dorfes, aber das lokale Leben spielt sich im einzelnen oft außerhalb ihres Bereiches ab, z. B. in den Dorfversammlungen und bei den von diesen gewählten Organen, Starosten und dergl. — Daß die wirklich tätigen Dorfsowjets noch längst nicht alle Fragen beherrschen, ist nicht Schuld der Passivität der Arbeitsorgane, sondern Schuld der oft lokalen Gegenströmungen. Aber eine Gewaltsanwendung gegen den bäuerlichen Mittelstand richtet nach Lenin — im Gegensatz zu Engels — nur Schaden an. Die Dorfsowjets gelten bereits als Organe der Diktatur des Proletariats, die Landgemeinden als private Formationen fühlen sich dadurch beschränkt. — Verfasser lehnt die Aufhebung der Landgesellschaften, wie auch ihre Umwandlung zu minimalen Zellen der Sowjetgewalt ab; sie müssen bestehen bleiben, gleichzeitig müssen Maßnahmen zur Hebung der Rolle der Dorfsowjets als soziale Umstellungszentren getroffen werden, und bei genügender Beachtung der Landgesellschaften durch die Parteiorgane werden sich diese erobern lassen.

III. Was soll praktisch geschehen? Vor allem Schaffung einer materiellen Basis. Im Gegensatz zu den oft bedeutenden Budgets der Landgesellschaften fehlt diese Basis den Dorfsowjets. 1926/27 hatten von 57 310 nur 172, d. i. 3 % eine solche. Hieran stockt die Arbeit an den Massen. Verfasser erörtert die Bedingungen, unter denen selbständige Budgets möglich sind; macht sie abhängig von der Höhe der Rücklagen. Aber der Einwand eines Mangels an Hilfsquellen läßt er nicht gelten: man solle Mühlen, Schmieden, Wälder, freies Land usw. zur Verfügung der Dorfsowjets stellen. Auch die Rechtslage ist von Bedeutung. Juridische Personen sind nur Dorfsowjets mit eigenem Budget, alle anderen sind geschäftsunfähig. Die Absätze 50 und 55 des Landkodexes bestimmen zwar die Rechte sowohl der Dorfsowjets wie der Landgesellschaften, aber Übelstände wie die Verwirrung von Kontrollrechten und Ausführungsbestimmungen müßten darin abgestellt werden. — Die angebliche Verschiedenheit zwischen den Landgesellschafts- und den Dorfversammlungen bestehe nicht. Beides sind „s-chody", und das zu ihrer Abgrenzung geschaffene Gesetz ist nicht in Kraft getreten. Eine Unterscheidung entspreche auch nicht dem Volksempfinden. — Verfasser verlangt, daß die Dorfversammlung das Recht habe, kulturelle, politische und wirtschaftliche Fragen zu entscheiden. Dafür soll der Dorfsowjet befugt sein, die Landgesellschaftsversammlung von sich aus einzuberufen; auch seine administrativen Rechte sollen, zur Stärkung der materiellen Lage, erweitert werden. — In der Jurisdiktion sollen an Stelle der endlosen Zwischeninstanzen mehr die Heimatgerichte und besondere Einzelkommissionen treten. — Die Arbeitskräfte der Sowjets, insonderheit die Sekretäre, müssen materiell aufgebessert werden. Dadurch will Verfasser das Endziel erreicht sehen: die Dorfsowjets zu Zentren der sozialistischen Umstellung auf dem Lande zu machen und in diesem Sinne auch gleichzeitig ihre Stellung den Landgesellschaften gegenüber zu bestimmen und zu entscheiden. O. B.

Die Kollektivierung des Sowjetdorfes. (Kollektivizacia sovetskoj derevni). Von *Grigor'ev.*
„Bol'ševik"-Moskau, Nr. 7 (April) 1928. S. 38 u. ff.

1. Die zwei Etappen der seit zehn Jahren bestehenden Kollektivierung sind: Die jetzt verlassene Kollektivierung um nationale Fonds und die bestehende Vereinigung von Bauernwirtschaften um das Inventar mit nach-

Digitized by Google

folgender Vergesellschaftung der einzelnen bauernwirtschaftlichen Funktionen und späteren Umformung der individuellen Bauernwirtschaft in eine Genossenschaft zur gemeinsamen Benutzung des Inventars, dann in eine gemeinsame Landbearbeitungsgenossenschaft, schließlich in eine Kommune. In den ersten Jahren nach der Revolution beteiligten sich noch viele Gelegenheitselemente; nach ihrer Abstoßung umfaßte Rußland ohne Ukraine 1921: 14732, 1924: 8469, 1925: 8802 und 1926: 7161 Kollektivwirtschaften. Da 1927 die Fonds nahezu erschöpft waren, wurde der zweite Weg gefunden: starke Kooperationsbasis durch Maschinen, Traktoren und dergl., Anstellung von Instruktoren und Besoldung von Personal auf gemeinsame Kosten. — Das dynamische Schema der vier Kollektivierungsstufen ist: Maschinengenossenschaft oder Genossenschaft zur Benutzung gemeinsamen Viehes, Gesellschaft zur gemeinschaftlichen Landbearbeitung, landwirtschaftliches Kartell, landwirtschaftliche Kommune.

2. Die Kollektivwirtschaften im System der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Unter 1999 Kollektivwirtschaften in den föderativen Sowjetrepubliken sind „wilde" Kommunen 10,9 %, Kartells 21,6 % Genossenschaften 43 %. Die Bedingungen für die ersteren liegen zum Teil in der Entfernung von Eisenbahnlinien, zum Teil in der Abneigung gegen Neuordnungen, endlich in der mangelnden Fürsorge, welche das Genossenschaftssystem für agronomisch und technisch hilfsbedüftige Wirtschaften zeige. Eine Ausnahme machen Sibirien und Nordkaukasus.

3. Die Produktionscharakteristik umfaßt Pferde, Kühe, Schweine, Schafe; besprochen werden die Saatverhältnisse; überall wird der bessere Stand der Kulturen der Kollektiv- gegenüber den Einzelwirtschaften betont. Dies ist für die herrschende Epoche des Anwachsens des Grundkapitals sehr wichtig; auch auf Mühlen, Buttermeiereien und ähnliche Bearbeitungsstätten ist das Bestreben der Kollektivwirtschaft gerichtet. Die Formen wechseln noch; jeder Bauer muß dazu umlernen; die Kulturkräfte sind bisher nicht in der nötigen Menge vorhanden. Es besteht jetzt ein Übergangsstadium für Anhäufung und Wiederherstellung des Grundkapitals. Diesem Prozeß stehen als Hemmungen entgegen das Mißverhältnis zwischen Entwicklungsmöglichkeiten und wirklichem Niveau (z. B. in der Viehzucht), die Nichtausnutzung der Arbeitskräfte, die Notwendigkeit der Ermietung von Fremd- und Saisonarbeitern, die Unzulänglichkeit der Kulturkräfte und endlich die große Zahl der „wilden" Wirtschaften.

4. Die an der Errichtung der Kollektivwirtschaft Beteiligten sind in erster Linie die Bauern. Sie machten zuletzt in den föderativen Republiken 95,5 %, in der Ukraine 77,9 % aus. In den Kommunen sind sie mit 88,5 %, in den Genossenschaften bis zu 97 % beteiligt. Die Kartells nehmen eine Mittelstellung ein. Arbeiter finden sich hauptsächlich in Kommunen (6,5 % bis 6,7 %), in den Genossenschaften unwesentlich, 0,3 % in den föderativen Staaten, 3,0 % in der Ukraine; in Industriebezirken steigt der Prozentsatz auf 20 %, sogar 32 %.

Die Kollektivwirtschaft erfaßt bisher hauptsächlich den mittleren Bauernstand; sie auch auf den unbemittelten auszudehnen, ist das Ziel der Bestrebungen der Kollektivwirtschaft. O. B.

II. Wirtschaft.

Das Budget der Sowjetunion im Jahre 1927/28. (Budzet Z. S. S. R. na r. 1927/28). Von *S. Skrzywan.*
Przeglad Gospodarczy, Warschau 1928, Heft 10, Seite 481/482.

Das Budget der Sowjetunion, das in dem ersten Entwurf der Finanzkommission sich auf 5.466 Milliarden Rubel belief, hat sich schließlich bis zu seiner endgültigen Bestätigung auf 6.038 Millionen Rubel gesteigert. Ein Vergleich mit früheren Jahren zeigt, daß das Budget ständig gewachsen

Digitized by Google

ist, wenn auch die abnehmende Kaufkraft des Tscherwonez mit in Rechnung zu ziehen ist. Dieses Wachstum hat sich jedoch fortgesetzt vermindert, was darauf schließen läßt, daß die Periode des finanziellen Aufbaus sich dem Ende nähert. Die Erhöhung des Budgets beruht hauptsächlich auf den außerordentlichen Einnahmen und auf der Vermehrung der steuerlichen Belastung. Die Belastung der Volkswirtschaft ist unverhältnismäßig hoch. Mit den Budgets der Selbstverwaltungskörper und den sozialen Abgaben kann man die öffentlichen Lasten in der Sowjetunion auf 8 bis 8½ Milliarden Rubel annehmen, was mehr als 60 % des Volkseinkommens ausmacht. Doch ist die reale Durchführung des Budgets möglich. In dem ersten Halbjahr des laufenden Finanzjahres sind 50,8 % der veranschlagten Gesamteinnahmen eingegangen, allerdings unter Zuhilfenahme außerordentlicher Einnahmen in der Form von Anleihen. P. R.

Kredittheorie der Industriefinanzierung. (Kreditnaja teorija finansirovanija promyšlennosti). Von *D. Bogolepov.*
„Ekonomičeskoe Obozrenie"-Moskau, März 1928, S. 63—72.

Der Verfasser setzt sich mit der von Prof. Katzenellenbaum, einem der aktivsten Anhänger weiterer verstärkter Industrialisierung der Sowjetunion, in seiner Schrift „Industrializacija chozjajstva i zadači kredita" (Die Industrialisierung der Wirtschaft und die Aufgaben des Kredites) entwickelten Kredittheorie auseinander. Es handelt sich um die strittige Frage der rationellsten Form der Kapitalbeschaffung für die Industrie. Der pjatiletnij plan (Jahrfünftbudget) verkennt nach Prof. K. voll und ganz die Bedeutung der Fremdfinanzierung für den Aus- und Aufbau der Industrie. Nach K. ist dieser Weg nicht ein Weg, sondern der Weg für die Finanzierung der Sowjetindustrie. Im Gegensatz zu der Auffassung von K. legt der pjatiletnij plan das Schwergewicht auf die Eigenfinanzierung (Finanzierung durch innerbetriebliche Zuwachskapitalakkumulation) und auf die Finanzierung durch Mittel des Staatsbudgets. K. meint, daß diese beiden Mittel bei weitem nicht ausreichen können und daß sie wirtschaftlich unzweckmäßig seien, weil sie ein relativ zu hohes Preisniveau der industriellen Fertigerzeugnisse voraussetzen. Dieser Nachteil ist aber ausgeschaltet, wenn nach K. die Fremdfinanzierung in den Vordergrund tritt.
Der Verfasser weist die Theorie von K. schroff zurück. Der Bauer akkumuliert gegenwärtig Kapital in Form von Waren, und die Arbeiterschaft kann wenig erübrigen. Aus diesem Grunde muß die Fremdfinanzierung, auf die auch nach Meinung des Verfassers nicht verzichtet werden kann, die aber nur ein Weg und nicht der Weg sein kann, für die Sowjetindustrie viel zu teuer werden, weshalb auch bei der verstärkten Anwendung von Fremdfinanzierung an eine Preissenkung gar nicht zu denken sei. Und in bezug auf die Hereinnahme von ausländischem Kapital bestehen die bekannten Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde ist die Theorie von K. nach Meinung des Verfassers nichts weiter als eine kleinbürgerliche Utopie. R. S.

Der staatliche Handel im Wirtschaftsjahr 1927/28. (Gosudarstvennaja torgovlja v 1927/28). Von *Sergej Speranskij.*
„Ekonomičeskoe Obozrenie"-Moskau, Februar 1928. S. 113—125.

Der gesamte Absatz der Industrie hob sich 1926/27 gegenüber dem Vorjahre um 20 % (eingeschlossen der Absatz an Syndikate und Kleinhandelsgeschäfte). Relativ stark war die Absatzsteigerung bei Metallen und Steinkohle (Metalle Zunahme um 30 %, Steinkohle um 28 %). Auf den staatlichen Handel entfallen von dem gesamten Industrieabsatz ungefähr 66⅔ %. Die Absatzsteigerung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der staatliche Handel im letzten Jahre in der Lage war, seinen Abnehmern erhöhte Warenkredite zu gewähren (Kreditierung der Lieferungen zu

Digitized by Google

60 % gegenüber 54,9 % des Vorjahres). Für diese Kreditpolitik waren in erster Linie wirtschaftspolitische Gesichtspunkte bestimmend. Staatsorgane und Genossenschaften wurden dem Privathandel gegenüber bevorzugt. Systematisch wird auf diese Weise der private Handel aus dem Markte gedrängt. Im Vergleich mit 1924/25 wuchs der Anteil der Genossenschaften am Gesamtabsatz um 9,8 %. Dagegen sanken die Anteile des privaten und des staatlichen Handels, ersterer um 5,4 %, letzterer um 3,1 %. Der Anteil der Syndikate am Gesamtabsatz der Industrie hob sich von 1925/26 bis 1926/27 von 2126 Millionen Rubel auf 3135 Millionen Rubel (von 35,1 % auf 42,6 %). Die Förderung des genossenschaftlichen Handels bewirkte aber eine relative Abnahme des Absatzes der staatlichen Syndikate und Truste im Bereich des Kleinhandels. R. S.

III. Geistiges Leben.

Die Wege der Baukunst. (Puti architektury.) Von *Prof. A. Nekrasov.*
„Pečat' i revoljucija", 1928, Heft 4, S. 66—76.

Die eingehende Analyse der Prinzipien der neuen Baukunst, die heute in der ganzen Welt von führenden Architekten und Ingenieuren verkündet und verwirklicht werden, führt den Verfasser zum Ergebnis, daß das rationalistische Moment, das in der letzten Zeit in vielen Beziehungen an Stelle der sensualistischen Wahrnehmung der Dinge getreten ist, auch auf diesem Gebiete vorherrschend geworden ist. Die russische Baukunst, die schon seinerzeit eine besondere Vorliebe für den rein rationalistischen Empire-Stil mit seinen glatten Flächen und schematisierten Linien gezeigt hat, scheint berufen zu sein, hier neue Wege zu zeigen. Denn obwohl die neue Bewegung im Westen geboren ist, sind dort bis heute die endgültigen Ausdrucksmöglichkeiten des neuen Stils noch nicht gefunden worden. „Zweifellos liegt der Grund darin, daß der Verstand von der Notwendigkeit der rationellen Lebensplanung nicht restlos überzeugt ist. Wogegen bei uns dies wenn auch nicht vollständig erreicht, so doch wenigstens postuliert ist . . . Man kann sich nicht eine vollkommenere Verwirklichung der Prinzipien der neuen Baukunst vorstellen, als es in der Sowjetunion der Fall ist . . ." Und neue Formen der Raumgestaltung in der Baukunst zu finden, heißt eine neue Ära für die Menschheit zu eröffnen . . .
L. J.

Das Sowjetkino auf neuen Wegen. (Sovetskoe kino na novych putjach.) Von *K. Mal'cev.*
„Novij Mir", 1928, Heft 5, S. 243—250.

Das Problem des Kinos, dieses „gewaltigen Faktors unserer Gegenwart", wird heute in den Hauptstädten, wie in der Provinz, in den Fachkreisen, wie in den Arbeiterklubs eifrig diskutiert. Das Kino, sagt Mal'cev, ist das Objekt eines leidenschaftlichen Klassenkampfes geworden; die bürgerliche Idiologie bemüht sich, ihre letzten Positionen in der Kunst, in erster Linie im Kino vor dem Andrang der proletarischen Diktatur zu verteidigen. Einige Zahlen beweisen dabei die stets wachsende Bedeutung des letzteren: im Jahre 1923/24 haben alle Filmproduktionsgesellschaften der Sowjetunion 41 Filme, im Jahre 1926/27 — 98 Filme fertiggestellt; 1923/24 betrug der Umsatz 5 200 000 Rubel, 1926/27 — bereits 15 Millionen Rubel. Das Zahlenverhältnis der russischen zu den aus dem Auslande importierten und in Sowjetrußland laufenden Filmen hat sich in der letzten Zeit zugunsten der ersteren geändert. — Desto auffallender ist aber das niedrige ideologische Niveau der russischen Kinoproduktion. „Das Sowkino, schreibt der bekannte Kritiker Meščerjakov, kommt aus pekuniären Gründen dem Bürger (dem Nepmann und seiner Familie, dem Beamten usw.) entgegen, richtet sich nach seinem Geschmack und nach seinen Bedürfnissen. Daher — der Kurs auf politische Neutralität in den

Digitized by Google

neuen Filmen; daher — die ‚schrecklichen' Abenteuer, nackte Frauen usw." — „Nur keine riesige Sujets und keine Massenszenen. Das Sujet muß klein und die Frauen müssen unbedingt hübsch sein" — so lautet das vom Handelsgeist erfüllte Programm der Leiter der russischen staatlichen Filmproduktionsgesellschaften.

Dies alles ruft eine große Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen hervor, die scharfen Protest gegen die „Verbürgerlichung und Verkitschung" des Kinos erheben. Die vor kurzem stattgefundene Parteikonferenz, die speziell diesen Fragen gewidmet war, hat sich ebenfalls für eine stärkere ideologische Färbung des sowjetrussischen Kinos ausgesprochen. „Seine politischen Aufgaben bestehen in Propaganda mit Hilfe von Hinweisen auf die neuen sozialistischen Elemente in der Wirtschaft, im täglichen Leben usw., im Kampf gegen die Überbleibsel der Vergangenheit, in der Ausbildung der Massen, endlich in ihrer Erziehung im Geist des Proletariats und seiner Partei." In ähnlichen Bahnen muß sich auch die Arbeit auf dem Lande bewegen, wo das Kino „das stärkste Mittel zur Hebung des kulturellen Niveaus der Bauern werden soll". Die Einfuhr aus dem Ausland soll sich nur auf die wissenschaftlichen Filme beschränken. Und die energische und zielbewußte Durchführung dieses Programms kann nur durch die Erweiterung der Kompetenz der kommunistischen Partei auf dem Gebiete der Filmproduktion, sowie durch Heranziehung neuer, im Geist der Partei erzogener Mitarbeiter gesichert werden. L. J.

B. Polen.

Grundlagen der polnischen Außenpolitik. (Permanent Elements in Polish Foreign Policy.) Von *T. Filipowicz.*
The English Review, London, Juni 1928, S. 672—684.

Der Aufsatz des polnischen Vertreters in Brüssel gibt zunächst einen Überblick über die Bestrebungen zur Wiederherstellung Polens seit den Teilungen. Bemerkenswert ist, daß der Verfasser im Gegensatz zu anderen Autoren die Bedeutung der Zwei-Kaiser-Proklamation vom 5. 11. 1916 recht hoch einschätzt. „So erhielten die Polen ihre Unabhängigkeit, aber die Deutschen bekamen nicht die polnische Armee" sagt er und führt weiter aus, daß erst durch den genannten Akt die polnische Frage wieder ein internationales Problem geworden sei. Polen trat dann nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte unter Führung Pilsudskis mit dem Anspruch auf, nicht als neuer Staat, sondern als Fortführung des alten Reiches betrachtet zu werden; dementsprechend beanspruchte es die Grenzen von 1771. Während sein Anspruch auf die Provinzen Posen und Pommerellen leicht durchdrang, traten in der Frage des Zugangs zum Meere Schwierigkeiten auf; hier konnte sich der polnische Vorschlag (Selbstverwaltung Danzigs innerhalb Polens) nicht durchsetzen. Die Nichtannahme des Vorschlags, Ostpreußen zu entmilitarisieren, schuf eine ständige Bedrohung der Nordgebiete Polens. Von der Wilna-Frage berichtet der Verfasser, ohne den Handstreich Zeligowskis zu erwähnen: nachdem der polnische Vergleichsvorschlag, Wilna unter Abschluß einer polnisch-litauischen Föderation bei Litauen zu belassen, von Litauen abgelehnt worden sei, habe das Parlament von Wilna den Anschluß an Polen beschlossen. Auch an der Grenze gegen Rußland fanden die polnischen Ansprüche nur teilweise Befriedigung. Der polnische Vorschlag, hier Pufferstaaten zu schaffen, wurde von Rußland mit der Bildung der Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland aufgegriffen.

Die polnische Außenpolitik hat nach allen Seiten hin friedliebende Tendenzen. Die polnische Armee hat nur defensive Zwecke, wie auch schon das alte Polen nur Verteidigungskriege geführt hat. Auf die volle Wiederherstellung der Grenzen von 1771 hat Polen nach dem Ergebnis der Friedenskonferenz in loyaler Weise verzichtet. Mit vielen Staaten sind

Digitized by Google

Schiedsverträge abgeschlossen worden. Der Zollkrieg mit Deutschland nähert sich seinem Ende. Ein deutsch-russisches Bündnis würde für Polen angesichts seiner eigenen Kraft und der Deckung durch den Völkerbund keine Gefahr bedeuten. Mit Frankreich besteht seit 1500 eine traditionelle Freundschaft. Mit Rumänien hat Polen ein Bündnis, mit den Randstaaten wird es angestrebt. R. R. B.

Randbemerkungen zur Handelsbilanz. (Na Marginesie Bilansu Handlowego). Von *C. P.*
Przemysl i Handel, Warschau 1928, Heft 22, Seite 893—895.

Die starke Passivität der polnischen Handelsbilanz ist nicht unbedingt ein ungünstiges Zeichen. Die hohe Einfuhr bezweckt hauptsächlich wirtschaftliche Investitionen und zeigt damit, daß die günstige Konjunktur in Polen noch andauert. Es muß jedoch darauf geachtet werden, daß die Einfuhr nicht den Charakter einer Einfuhr für die bloße Konsumtion annimmt. Ein erheblicher Irrtum wäre es, die Einfuhr durch administrative Vorschriften künstlich beeinflussen zu wollen. Die Handelsbilanz kann vielmehr nur durch Hebung des Exports verbessert werden. Da Polen bisher weder mit Deutschland noch mit Rußland einen Handelsvertrag besitzt, muß es andere Absatzmärkte suchen. In dieser Hinsicht sind die Bemühungen des staatlichen Exportinstitutes um die Gewinnung der Märkte Südamerika, Südosteuropa und Skandinavien sehr zu begrüßen. Auch neue Exportartikel müssen gesucht werden. Die Schuld an dem Nichtzustandekommen des Handelsvertrags mit Deutschland sieht der Verfasser darin, daß Deutschland einen wirtschaftlichen Nationalismus verfolgt, der die polnischen Waren vom deutschen Markt ausschließen will. P. R.

Der Außenhandel Polens. (Handel zagraniczny Polski.) Von *B. Rzepecki.*
Przeglad Gospodarczy, Warschau 1928, Heft 11, Seite 526—532.

Der Verfasser bespricht an Hand einer eingehenden Statistik den polnischen Außenhandel vom Januar bis April 1928. In diesen vier Monaten ist die polnische Handelsbilanz dauernd passiv gewesen. Dies beruht zum Teil darauf, daß in stärkerem Maße Rohstoffe und Halbfabrikate eingeführt worden sind, was auf eine größere Produktivität der Industrie hinweist, sowie auf einer erhöhten Einfuhr von Maschinen, woraus sich auf vermehrte Investitionen mit Hilfe fremden Kapitals schließen läßt. Gestiegen ist aber auch die Einfuhr von Textilien, Leder und Schuhwerk, Fertigfabrikaten der Eisenindustrie, Automobilen, während die polnische Ausfuhr wichtiger Exportartikel wie Holz, Naphtha, Textilien, Zucker zurückgegangen ist. Die Kohlenausfuhr ist ziemlich stabil geblieben. Die Gestaltung der Handelsbilanz hat nicht die Anzeichen einer katastrophalen Entwicklung. Doch muß man im laufenden Wirtschaftsjahr mit großen Schwierigkeiten rechnen. Die Handelsbilanz dieses Jahres hängt letzten Endes von dem Ausfall der Ernte ab. Neue Absatzmärkte müssen gesucht werden, und die Regierung muß die Einfuhr von Fertigfabrikaten aufmerksam überwachen. P. R.

Stefan Zeromski. Von *Otto Forst de Battaglia.*
„Pologne Littéaire" vom 15. April 1928.

Der Artikel enthält eine Charakteristik von Zeromski, der heute zwei Jahre nach seinem Tode, zum Repräsentanten und Symbol des jungen Polens geworden ist. Das Leben von Zeromski hat sich unter der Wirkung der politischen Verhältnisse unglücklich gestaltet: Anhänger der Unabhängigkeitspartei, mußte er Polen verlassen, um lange Jahre als Emigrant in der Schweiz zu leben. Erst die letzten Lebensjahre bringen ihm Ruhm, materiellen Erfolg, Bewunderung der Jugend; doch auch sie werden durch den erbitterten Streit getrübt, der sich um sein letztes Buch — „Geschichte einer Sünde" — entsponnen hat.

Digitized by Google

In Zeromski erblickt der Verfasser in erster Linie den großen Romantiker und den Meister des polnischen Wortes, der sein Rohmaterial aus dem alten polnischen Sprachschatz und aus allen Dialekten schöpfte. Auf Zeromskis Schaffen haben vor allen anderen Ibsen und die Russen — Tolstoij, Turgenjev, Dostojewskij — Einfluß ausgeübt. Unverkennbar ist auch die Übereinstimmung der mystisch-religiösen Motive bei Zeromski und — Merežkovski, den der Verfasser „den größten russischen Schriftsteller unserer Zeit" nennt. Aus dem vielbändigen Nachlaß von Zeromski verbleiben für die Weltliteratur seine Romane, Prosaschriften und einige Dramen; seine Motive und Figuren lassen sich fast ohne Ausnahme auf Ibsens „Brandt" zurückführen: „ein Volksfeind, ein Held der Pflicht, kämpft für, oft gegen die Masse, ohne sich um sein bißchen Erdenglück zu bekümmern". E. S.

Das W. Boguslawski-Theater. (Teatr. im. W. Boguslawskiego.)
Von *W. Zawistowski.*
„Droga" Nr. 11, 1927, S. 44—68 und Nr. 12, S. 63—87.
Der Verfasser gibt eine eingehende Schilderung der Tätigkeit des Warschauer Boguslawski-Theaters seit dem Tage seiner Gründung (November 1921). Das Ziel der Gründer war ein Volkstheater ins Leben zu rufen, das durch die Volkstümlichkeit seines Repertoires und die billigen Preise den breiteren Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht wäre. Es wurden dort ausschließlich Werke der polnischen Dramatiker aufgeführt. — Seit dem Jahre 1924 hat das Theater seinen populär-volkstümlichen Charakter zum Teil verloren, als Leon Schiller, Dichter und Regisseur, die Leitung übernommen hatte. Von den Aufführungen der letzten Jahre zeichneten sich die Inszenierungen der Shakespeare-Dramen nach den Ideen des berühmten Craig und die Erstaufführung von Tadeusz Micinskis „Fürst Potemkin" aus. E. S.

G. Deutscher Osten.

Polen, Deutschland und der Korridor. (Poland, Germany and the Corridor.)
Von *C. F. Melville.*
The English Review, London, Mai 1928, S. 546—554.
Nach dem Aufsatz von „Dantiscus" im April-Heft (vgl. „Osteuropa", Mai 1928, S. 600 f.), der dem deutschen Standpunkt in der Korridorfrage weitgehend gerecht wurde, läßt die „English Review" hier die polnische Ansicht zu Worte kommen. Die in England Raum gewinnende Stimmung für Rückgabe des Korridors an Deutschland wird mit der Hochherzigkeit des englischen Volkes erklärt, das seine Sympathie gerne dem Unterlegenen zuwende; deshalb habe es sich früher den Polen, jetzt großenteils den Deutschen zugeneigt.
Die Beseitigung des polnischen Korridors würde einen „deutschen Korridor" schaffen, der ein 30-Millionen-Volk vom Meere abschnitte. Die historischen und ethnographischen Ansichten Dantiscus' sucht Melville im einzelnen zu widerlegen; insbesondere in der Bevölkerungsfrage ergebe sich ein ganz anderes Bild, wenn man die Zahlen für Danzig nicht mit berücksichtige. Was die ungenügend schiffbare Weichsel angehe, so sei das ein Versäumnis des alten Rußland, nicht Polens; Polen brauche nur Zeit, um diesen Fehler auszumerzen. Danzig habe von der wirtschaftlichen Verbindung mit Polen große Vorteile gehabt. Ostpreußen schließlich bilde erst seit 1871 einen integrierenden Bestandteil des Deutschen Reiches, vorher sei es Kolonie gewesen. Grundlegende Grenzänderungen verbietet insbesondere auch die Heiligkeit der Verträge, an denen höchstens Einzelheiten geändert werden dürfen, die aber im ganzen auf einer gesunden Basis beruhen. Das junge Polen hat eine Zukunft und wird auf Grund seiner zentralen Lage ein wirtschaftlich und politisch immer unentbehrlicheres Glied Europas. R. R. B.

Digitized by Google

Notizen.

„Russische Historikerwoche" und Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927" in Berlin.

Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas eröffnet am Sonnabend, den 7. Juli 1928, mittags 12 Uhr im Festsaal der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin NW. 7, Unter den Linden 38, eine „Russische Historikerwoche" und eine Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927".

In der Woche vom 7. bis 14. Juli werden namhafte russische, ukrainische und weißrussische Historiker unter Führung des stellvertretenden Volksbildungskommissars der RSFSR, Professor M. N. Pokrowski, in der Preußischen Akademie der Wissenschaften Vorlesungen über ihr Forschungsgebiet halten. Teilnehmerkarten sind in der Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 26b, erhältlich.

Die Ausstellung findet im Ausstellungssaal der Preußischen Staatsbibliothek, Berlin NW. 7, Unter den Linden 38, statt. Sie ist von Sonnabend, den 7. bis Freitag, den 28. Juli, täglich von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Sonntags von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. (Eintritt frei.)

Vorläufiges Vorlesungsverzeichnis der „Russischen Historikerwoche".

Prof. Mich. Nik. Pokrowski, Stellvertretender Volksbildungskommissar und Generaldirektor des Zentrarchivs der RSFSR, Präsident der Kommunistischen Akademie Moskau:
Theorie der Entstehung des Moskauer Absolutismus.

Adoratski, Wladim. Vikt., Professor an der Universität Moskau, stellvertretender Generaldirektor des Zentrarchivs der RSFSR:
Das Archivwesen in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik.

Dubrowski, Serg. Mitrof., Professor an der Universität Moskau und stellvertretender Direktor des Internationalen Agrarinstituts Moskau:
Die Stolypinsche Agrarreform.

Egorow, Dm. Nik., Professor, stellvertretender Direktor der Öffentlichen Lenin-Bibliothek Moskau:
Zur Kritik der mittelalterlichen Geschichtsschreibung Westeuropas.

Fritsche, Wlad. Maks., Professor an der Universität Moskau und Präsident der Russischen Assoziation der wissenschaftlichen Forschungsinstitute:
Thema steht noch aus.

Hruschewski, Mych. Ser., Professor, Mitglied der Allukrainischen Akademie der Wissenschaften Kiew:
Thema steht noch aus.

Jaworski, M. T., Professor, Präsident der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft und Leiter der historischen Abteilung des Marx- und Lenin-Instituts Charkow:
Die Ergebnisse der ukrainischen Geschichtsforschung in den Jahren 1917—1927.

Ljubawski, Matw. Kusm., Professor an der Universität Moskau und Direktor der Abteilung für alte Urkunden und Akten beim Historischen Zentralarchiv Moskau:
Die Besiedlung des großrussischen Zentrums.
(Zur Frage der Entstehung der großrussischen Nation.)
An der Hand einer vom Vortragenden entworfenen Karte.

Newski, Wlad. Iw., Professor an der Universität Moskau:
Neue Forschungen zur Geschichte der russischen Revolutionsbewegung.

Paschukanis, Eug. Bronis., Professor an der Universität Moskau:
Cromwells Soldatenräte.

Digitized by Google

Pitscheta, W. I., Professor, Rektor der weißrussischen Staats-Universität Minsk:
Die russische Agrarreform in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.

Platonow, S. F., Professor an der Universität Leningrad, Mitglied der Akademie der Wissenchaften der Sowjetunion:
Thema steht noch aus.

Semkowski, S., Professor, Leiter der philosophischen Abteilung des Ukrainischen Marx- und Lenin-Instituts Charkow:
Der dialektische Materialismus und das Relativitätsprinzip.

Über die Vorlesungen der Professoren Bogoslowski-Moskau und Presnjakow-Leningrad fehlen zurzeit noch die näheren Angaben.

Vorläufige Einteilung der Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927".

I. Die Organisation der russischen Geschichtsforschung. Das sowjetrussische Archivwesen.
II. Die russische Geschichtsanschauung der Gegenwart. Der historische Materialismus.
III. Russische Geschichte. (Quellen und Darstellungen zur politischen und Kulturgeschichte.)
  1. Gesamtdarstellungen und Allgemeines.
  2. Vormongolisches Rußland und Moskauer Periode.
  3. 18. und 19. Jahrhundert.
  4. 20. Jahrhundert (einschließlich des Weltkrieges).
  5. Revolutionäre und Arbeiterbewegung.
    a) 17. bis 19. Jahrhundert.
    b) Die erste russische Revolution.
    c) Die zweite russische Revolution und der Bürgerkrieg.
  6. Die Russische Kommunistische Partei. Lenin.
  7. Die Kommunistische Internationale.
IV. Geschichte der nationalen Minderheiten des früheren russischen Kaiserreiches.
V. Allgemeine Geschichte (Quellen und Darstellungen zur nichtrussischen politischen und Kulturgeschichte).
  1. Gesamtdarstellungen und Allgemeines.
  2. Altertum.
  3. Mittelalter.
  4. Neuzeit.
  5. Byzanz. Naher und ferner Orient.
  6. Sozialismus. Revolutionäre Bewegung.
VI. Historische Hilfswissenschaften. (Paläographie, Numismatik, Ethnographie, Geographie.)
VII. Religions- und Kirchengeschichte.
VIII. Geschichte der Philosophie.
IX. Geschichte der Pädagogik.
X. Literaturgeschichte.
XI. Archäologie und Geschichte der bildenden Künste.
XII. Musikgeschichte.
XIII. Theatergeschichte.
XIV. Rechts-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte.
XV. Wirtschaftsgeschichte.
XVI. Sammelwerke, Zeitschriften und periodische Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Gesellschaften und der Universitäten.

Alle Einzelheiten über die Ausstellung sind aus dem von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas im Ost-Europa-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 35, Königsberg Pr., herausgegebenen Katalog ersichtlich.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 26b, Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

Bücher und Zeitschriften,

die im vorliegenden Heft oder an anderer Stelle besprochen oder angezeigt worden sind, liefert

OE

Ost-Europa-Verlag,
Sortiments-Abteilung,
Berlin W 35

ist eines der Bücher, die in die Weltliteratur eindringen werden.
(Bettauers Wochenschrift)

AS TAGEBUCH

DES SCHÜLERS KOSTJA RJABZEW

AUFZEICHNUNGEN EINES FÜNFZEHNJÄHRIGEN
VON NIKOLAI OGNJEW

ERLIN WIEN BASEL

Bedeutung des Jugend- es begreiflich, daß noch nisdes bisherigen sowjet- Schrifttums mit soviel geisterung, Diskussions- aufgenommen wurde, ch, das von der Seelen- eranwachsenden Gene- lt. — Es hat in manche Vater und Söhne als edene Geschlechter mit edseligkeit einander hen, überhaupt erst rung" hereingebracht.
tung, Dr. Erwin Honig)

Es gehört nicht nur seiner originellen Art wegen zu den besten Büchern der letzten Zeit, es ist rühmenswert wegen seiner unerschrockenen Wahrhaftigkeit. (Sozialis. Erziehg.) Es ist das lebendigste, packendste Zeugnis für das heutige Rußland. Aber es macht nicht allein die Bedeutung und den Wert dieses Buches aus, sondern weil in diesem Buch mit einer Offenheit, die geschlechtlichen Dinge zur Sprache gebracht werden, die blitzartig die seelische Not der Jugend erhellt. (Der Abend)

Dem Schulmann alten Stils werden die Haare zu Berge stehen, über diese „Schülerrevolten", fliegenden Versammlungen und Protestzusammenkünfte. Indessen wird man nicht über den Eindruck hinwegkommen, daß man ähnliche Schilderungen schon gehört hat, und zwar bei einer Schule, der kein geringerer vorstand als Pestalozzi. Ein interessantes und wertvolles Buch. (Nationalzeitung)

f bestem Alpha-Papier in Bodoni-Antiqua gedruckt, brosch. M. 3,50, Ballonleinen gbd M. 5 —

G DER JUGENDINTERNATIONALE, BERLIN O 17

Digitized by Google

Führende nationale Zeitung des Ostens

Interessante Neuerscheinung:

Review of Polish Law and Economics

Zeitschrift für polnisches Recht und Wirtschaftswesen

Herausgeber: *Dr. Rudolf Langrod,* Rechtsanwalt
Warszawa (Polen), Hoża 37/2.

Mitarbeiterkomitee:
Professor Dr. Koschembahr-Łyskowski, ehem. Fin.-Minister.
Professor Dr. Michalski, Richter am Obersten Verwaltungsgerichtshof. *Dr. Morawski,* ehem. Minister. *Dr. Twardowski.*

Reichhaltiger, objektiver Inhalt. Bester Nachschlagebehelf für Ämter, Gelehrte und wirtschaftliche Kreise.

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 11** **August 1928**

INHALT:

Die russische Historikerwoche und die Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927":

OTTO HOETZSCH: Rede bei der Eröffnungsfeier am 7. Juli 745

HANS JONAS: Bericht 751

W. v. POLETIKA: Die geographischen Hauptbesonderheiten Rußlands und ihre negative kulturelle Bedeutung . 764

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:

I. Innere und äußere Politik von OTTO HOETZSCH 785

II. Wirtschaftsumschau von OTTO AUHAGEN 799

Bücherschau 810

Zeitschriftenschau 811

Notizen 817

Digitized by Google

Soeben erschienen:

DIE VERFASSUNG DES MEMELGEBIETES

Erschienen in der Sammlung:
Handbücher des Ausschusses für Minderheitenrecht
Herausgegeben von
Dr. Max Hildebert Boehm

VON
ALBRECHT ROGGE

Unter den Deutschland entrissenen Gebieten nimmt Memel wegen seiner „politischen Autonomie", die ihm unter den Auspizien des Völkerbundes verliehen wurde, eine Sonderstellung ein. Diese autonome Verfassung des Memelgebietes stellt das vorliegende Buch dar im Rahmen eines

Kommentars zur Memelkonvention.

Zum ersten Male wird hier ein zusammenfassender Überblick über dieses völker- und staatsrechtlich hochbedeutsame Dokument geboten und aus schwer zugänglichen Quellen ein reiches Urkundenmaterial zu einem lückenlosen Bilde zusammengetragen.

Ein Handbuch über die Rechtsverhältnisse des Memelgebietes,
zugleich aber
ein Beitrag zur Frage der Möglichkeit einer praktischen Lösung staatsrechtlicher Probleme durch den Völkerbund

Preis: Mark 16.—

DEUTSCHE RUNDSCHAU G.M.B.H., BERLIN W 30

Digitized by Google

Die russische Historikerwoche und die Ausstellung der russischen geschichtswissenschaftlichen Literatur 1917—1927 in Berlin.

Rede bei der Eröffnungsfeier am 7. Juli von Otto Hoetzsch.

„In Vertretung des auf Urlaub befindlichen Herrn Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas", Sr. Exzellenz des Herrn Staatsministers Dr. Schmidt-Ott, habe ich die Ehre, die Ausstellung und die russische Historikerwoche zu eröffnen und die Anwesenden herzlichst zu begrüßen.

Ich danke für Ihr Erscheinen dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksaufklärung, Herrn Prof. Dr. Becker als dem Vertreter der Reichs- und Preußischen Staatsregierung und Sr. Exzellenz dem Herrn Botschafter der UdSFSR, Herrn Krestinskij, der auch diesmal wieder durch sein Erscheinen und seine tatkräftige Unterstützung gezeigt hat, wie sehr ihm die kulturelle Verbindung zwischen Deutschland und Rußland am Herzen liegt, und den Herren Vertretern des Auswärtigen Amts, an ihrer Spitze Herrn Ministerialdirektor von Dirksen.

Ich danke den so zahlreich versammelten deutschen Fachkollegen für ihr Interesse und für ihre Beteiligung an dem Forscherkomitee für Ausstellung und Historikerwoche. Ich danke besonders der Preußischen Akademie der Wissenschaften, daß sie uns diese wunderschönen und würdigen Räume zur Verfügung gestellt hat, und der Generaldirektion der Preußischen Staatsbibliotheken, die unserer Ausstellung in ihren Räumen Aufnahme gewährt und das mühevolle Werk auf alle Weise unterstützt hat.

Und ich begrüße herzlichst die aus Rußland gekommenen Kollegen, die unserer Einladung gefolgt sind, an ihrer Spitze den Stellvertretenden Volkskommissar für Volksaufklärung, Herrn Prof. M. N. Pokrowskij, den Leiter des Archivwesens, überhaupt des gelehrten Wesens in Sowjet-Rußland (SFSR). Und ich danke besonders herzlich allen amtlichen und nichtamtlichen Stellen in Rußland, namentlich aber der Präsidentin der „Gesellschaft für kulturelle Zusammenarbeit mit dem Auslande", Frau Olga Davydovna Kamenewa für die Unterstützung, mit der sie uns allein die Aufgabe zu lösen möglich machten, in einer Ausstellung die geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen

Digitized by Google

des letzten Jahrzehnts in Rußland hier zu vereinigen und damit eine wissenschaftliche Vortragsreihe russischer Historiker zu verbinden.

Ich habe die Freude, folgendes Telegramm der Frau Kamenewa zu verlesen:

„Am Eröffnungstage historischer Ausstellung und Forscherwoche begrüßt „Voks" aufs wärmste Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas und gibt Gewißheit Ausdruck, daß Zusammenkunft deutscher und Sowjet-Gelehrten, sowie die Schau der Werke, die die zehnjährige Arbeit Sowjetwissenschaft auf Gebiete der Geschichte darstellt, die kulturelle Verbindung zwischen Sowjetunion und Deutschland vertiefen und erweitern wird.

Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande (Voks).
Kamenewa."

Und dem schließe ich mit herzlichem Dank zugleich für seine auch diesmal wieder uns gewährte Hilfe und Unterstützung den telegraphischen Gruß Sr. Exzellenz des deutschen Botschafters in Moskau, des Herrn Grafen Brockdorff-Rantzau, an:

„Dienstlich dringend in Moskau zurückgehalten, bedaure ich außerordentlich, der Eröffnung der russischen Historikerwoche in Berlin nicht beiwohnen zu können und sende meine aufrichtigsten Wünsche zu dem Gelingen dieser ebenso verdienst- wie bedeutungsvollen Veranstaltung. Ich hoffe, und bin überzeugt, daß der persönliche Kontakt sowie der Gedankenaustausch zwischen den sowjetrussischen Gelehrten von Weltruf und ihren deutschen Kollegen das Band, das die deutsche und russische Wissenschaft so glücklich verbindet, noch fester knüpfen und die Beziehungen unserer beiden Länder nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiet zum Wohle der Menschheit noch enger gestalten wird.

Brockdorff-Rantzau, Deutscher Botschafter."

Zwei Worte stelle ich an die Spitze, die ich aus ihrer Verwendung im Tageskampf auf das Gebiet der geistigen Beziehungen, der Beziehungen der Geschichtswissenschaft übertrage, und die man so oft und immer wieder in Rußland hört. Das sind: rekonstrukcija und smytschka.

Auch dies Gebiet war ja natürlich von der Zerstörung betroffen, die mit dem Weltkrieg, der Revolution und dem Bürgerkrieg über Rußland hereingebrochen war. Die mühsam vor dem Kriege geknüpften Fäden, wie sie namentlich die „Zeitschrift für osteuropäische Geschichte", unter Mitarbeit slawischer, russischer Gelehrter gesponnen hatte, waren zerrissen. Ob überhaupt unter der Herrschaft des Marxismus noch geschichtswissenschaft-

Digitized by Google

lich gearbeitet werden könne, ja, wieviel des Quellenmaterials der Zerstörung durch den Bürgerkrieg und die Elemente entgangen sei, wie es mit der Arbeit der nichtmarxistischen Historiker stünde, darüber war zuerst überhaupt kein Urteil und ist heute, wo dies möglich ist, noch kein vollständiger Überblick möglich.

Als ich nach dem Kriege 1923 und 1926 wieder nach Rußland kam, sah ich, daß zunächst zur Geschichte der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und der Revolution drinnen und draußen sehr viel gearbeitet und gedruckt wird, daß auch ältere Perioden der russischen Geschichte vom historischen Materialismus in Angriff genommen werden. Darin gerade ist M. N. Pokrovskij in seiner großen „Russkaja istorija", die jetzt auch in deutscher Übersetzung vorliegt, Führer. Ich habe gesehen, daß daneben an der Akademie der Wissenschaften in Leningrad, auf den Kathedern der russischen Universitäten in mühseligem Ringen noch die nichtmarxistische, die idealistische Geschichtswissenschaft nach unserer Auffassung arbeitet und um Veröffentlichung ihrer Studien kämpft, unter der Führung von Männern, die wir heute zu unserer Freude hier sehen, von S. F. Platonow, dem Haupt der Leningrader Historikerschule, und von den Moskauer Forschern, die wir, wieM. K. Ljubawski oder Egerov, auch hier sehen. Ich habe auch gesehen, wie das erwachte Selbstbewußtsein der nichtgroßrussischen Nationalitäten im Sowjetstaat, besonders in der Ukraine, aber auch vielfach sonst in einer lebhaften historischen Arbeit seinen Ausdruck findet und sich durchsetzt. Ich habe schließlich auch gesehen, daß das stark auf Aufklärung und Propaganda in weiten Volkskreisen gerichtete Streben der herrschenden Partei auch in der geschichtswissenschaftlichen Literatur zu lebhafter Produktion geführt hat und naturgemäß dabei die Grenzen zwischen wissenschaftlicher Forschung und Arbeit und der populären Aufklärung und Agitation häufig verwischt.

R e k o n s t r u k c i j a also in weitestem Sinne! Nun kam es darauf an, die Ü b e r s i c h t darüber hier bei uns zu gewinnen, wo man nur unzusammenhängend erst sammeln konnte. Das versuchen wir in dieser Ausstellung, die, wie alle Ausstellungen, heute natürlich nicht fertig ist, und mit einem Katalog auch nicht ein lückenloses Bild von der russischen historischen Forschung in den Kriegsjahren 1914—1916 und in den Jahren der Revolution und des Sowjetstaates 1917—1927 geben, aber doch die neuen Wege andeuten kann, auf die die politische Umwälzung in Osteuropa sie gewiesen hat, und so dem Forscher und Interessenten ein auch über den nächsten Zweck hinaus wertvolles bibliographisches Vademekum sein soll.

Aber diese Verbindung, diese „s m y t s c h k a" der S a c h e n genügt nicht. Es mußte die der P e r s o n e n, der Forscher auf

Digitized by Google

dem Feld der osteuropäischen, der russischen Geschichte hinzukommen. Und das ist auch gelungen!

Ich bin dieser meiner Lieblingsidee seit Jahren zielbewußt nachgegangen. Schon 1923 habe ich mit dem Herrn Außenminister Sowjetrußlands, dem Herrn S. Tschitscherin, über Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Historiker sprechen können und bei ihm wie bei allen bedeutenden Staatsmännern das Verständnis für die Geschichte und ihre Erforschung gefunden. 1926 habe ich in einem Vortrage in Moskau vor der Gesellschaft der Frau Kamenewa meine, eine deutsche Auffassung von der russischen Vergangenheit mit Thesen über die Verschiedenheit der ideologischen Einstellung dargelegt. In meinem Seminar an der Universität habe ich an den Geschichtswerken hier Kljutschewskijs, dort Pokrowskijs, in der Behandlung einzelner historischer Probleme und Kontroversen diese Verschiedenheit klarmachen lassen, und eben in diesem Semester haben wir im Seminar begonnen, die von der Sowjetregierung herausgegebene Quellenliteratur zur Vorgeschichte des Weltkrieges kritisch zu untersuchen.

Gerade bei dieser Arbeit aber kamen die d e s i d e r i a d e r F o r s c h u n g besonders stark heraus, zu deren Abhilfe diese Ausstellung und Forscherwoche in „rekonstrukcija" und „Smytschka" wenigstens den Anfang machen soll: Übersicht über das ganze Material, Vollständigkeit und Zusammenhang, Erkenntnis der Editionsprinzipien und Editionsgrundlagen, Übersicht über das Archivwesen, Austausch der Bücher und auch der Archivalien, Arbeit in den Archiven selbst, kurz Austausch und Zusammenarbeit in der Geschichtswissenschaft der beiden Staaten. Gerade der Besprechung dieser Fragen soll die Gelegenheit persönlichen Verkehrs, die mit dieser Woche möglich geworden ist, ganz besonders dienen, und wir wünschen gerade dem besonderen reich befruchtenden Erfolg!

Aber ich würde der Grundpflicht wissenschaftlicher Arbeit in das Gesicht schlagen, wollte ich hier und bei der Eröffnung über die g r u n d s ä t z l i c h e V e r s c h i e d e n h e i t der Ideologie und der Methodologie geflissentlich ignorierend hinweggehen.

In Sowjetrußland herrscht der h i s t o r i s c h e M a t e r i a l i s m u s, der M a r x i s m u s als Prinzip der wissenschaftlichen Arbeit, und der Staat tut von sich aus auch das Seine, ihm zur Herrschaft zu verhelfen. Wir setzen uns hier mit ihm auseinander, mit dem Marxismus in seiner Anwendung auf die russische Geschichte.

Ich sagte schon, daß M. N. P o k r o w s k i j darin führend ist, in seiner „Russischen Geschichte", die auch die russische Geschichte darstellt als die Geschichte des Klassenkampfes, verursacht durch materielle Interessen, bestimmt überhaupt durch die

Digitized by Google

ökonomischen Faktoren allein, die Herrschaft des Menschen mit Hilfe der Wissenschaft und Technik über die Natur, die rein ökonomische Erklärung des historischen Prozesses, die für alle Menschen, ohne Unterschied der Nationalitäten, gleich verlaufen und nach gleichen Gesetzen der Entwicklung und mit gleichen Folgen auslaufen soll in der weltrevolutionär zu gewinnenden Herrschaft des Proletariats, der Werktätigen hin über die ganze Welt.

Wir stellen dem unsere idealistische Betrachtung und Behandlung entgegen, gehen aus von den genialen Ahnungen, die Herder wohl als erster über die Slawen ausspricht im vierten Kapitel des 16. Buches seiner „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" und von der mächtigen Formulierung Rankes, die mir in ihrer unnachahmlichen Knappheit und Fülle immer als das schlagendste über russische Geschichtsentwicklung erschienen ist: „Das griechisch-slawische Prinzip trat in Rußland mächtiger hervor, als es jemals in der Weltgeschichte geschehen; die europäischen Formen, die es annahm, waren weit entfernt, dies ursprüngliche Element zu erdrücken; sie durchdrangen es vielmehr, belebten es und riefen seine Kraft erst hervor."

Wir stellen die Frage Jurij Samarins: „Liegt der Unterschied zwischen Rußland und Europa in dem Grade oder im Wesen der Zivilisation?" Und wir setzen uns mit der These W. O. Kljutschewskijs, dessen großer Name auch auf diese Historikerwoche fällt und dessen Sonne über den nichtmarxistischen Kollegen aus Rußland noch leuchtet, auseinander: „An der Struktur unseres historischen Lebens können wir das Wirken der nämlichen historischen Kräfte und Elemente des Zusammenlebens beobachten, wie wir sie auch in den anderen europäischen Gesellschaften haben. Bei uns aber wirken diese Kräfte nicht mit derselben Intensität, und diese Elemente treten in anderer Auswahl in Erscheinung, nehmen andere Dimensionen an und offenbaren Eigenschaften, die wir in den anderen Ländern nicht beobachten. Infolgedessen erhält unsere Gesellschaft ein nur ihr eigentümliches Gepräge und Wesen, das Leben des Volkes bewegt sich in einem besonderen Tempo, gerät in außergewöhnliche Lagen und ist abhängig von anderen Kombinationen der Bedingungen." (Kljutschewskij, Kurs russkoj istorij I. 3. Aufl., Moskau 1908. S. 18 f., in der deutschen Übersetzung von Braun und Walter, I (1925, Stuttgart, Leipzig und Berlin), S. 15.)

Im Ringen der beiden Auffassungen miteinander kann und soll unsere Wissenschaft gefördert werden, wenn es sich vollzieht frei von staatlichem Einfluß und staatlichem Druck irgendwelcher Art und wenn es allein getragen ist vom Streben nach der objektiven Wahrheit, die zu suchen unsere alleinige Pflicht ist! —

Digitized by Google

In einer bedeutsamen, in ihren praktischen Schlußfolgerungen noch durchaus nicht ausgeschöpften Denkschrift hat der Herr Preußische Kultusminister die Auslandskunde nach Kulturkreisen behandelt und ihr danach ihre besonderen Aufgaben zugewiesen. Dem slawischen, dem russischen Kulturkreis dient im weiteren unsere „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas", im besonderen unser „Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde" an der Universität Berlin.

Vor etwas über 25 Jahren hat Theodor Schiemann es begründet. Ich gehörte von Anfang an dazu, dann auch Kollege Salomon in Hamburg, den wir zu unserer Freude heute hier auch begrüßen dürfen. Karl Stählin und ich leiten es heute, in freundschaftlich benachbarter Zusammenarbeit mit dem aufblühenden „Slawischen Institut", an dessen Spitze der Kollege Vasmer steht. Fast erscheint mir so diese Veranstaltung heute wie eine nachträgliche Fünfundzwanzigjahr-Feier des Seminars, das ja ganz im Sinne der mit dieser Ausstellung und Forscherwoche verfolgten wissenschaftlichen Tendenzen arbeitet und dem ich ein gut Stück meiner Lebensarbeit gewidmet habe. Da kommt naturgemäß das Gefühl, wie 1926, als ich wieder in Rußland war und der ersten Reise dahin vor langen Jahren dachte. im Sinne der Turjenjewschen Zeile: „Kak choroši, kak sveži byli rozy!"

Je nun, wir arbeiten weiter! Karl Stählin hat seine „Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte" geschaffen. Ich habe die „Osteuropäischen Forschungen" wieder ins Leben gerufen. Wir werden beide alsbaldigst auch die „Zeitschrift für osteuropäische Geschichte" wieder beleben. Aber auf einen Punkt lassen Sie mich ohne Übertreibung, doch in allem Ernst hinweisen.

Die Frage unseres wissenschaftlichen Nachwuchses ist für alle Wissenschaften schwer und brennend. Sie ist es ganz besonders, aus Gründen, die kaum näher auseinandergesetzt zu werden brauchen, für unsere Disziplin, für die osteuropäische, die russische Geschichte. Gar manchmal sage ich mit einer zugespitzten Formel, der, wie ich nicht verhehle, die Bitterkeit nicht ganz fremd ist, daß, wenn heute durch eine Fügung des Himmels, durch eine Epidemie oder was sonst, wir drei, Karl Stählin, Richard Salomon und ich hinweggerafft würden, kaum jemand da wäre, jedenfalls nicht genug Nachwuchs, diese Katheder wieder zu besetzen. Möge auch für diese Frage mancherlei Nützliches aus den Anregungen aufsprießen, die wir aus der Ausstellung und der Forscherwoche erhoffen!

So danke ich nochmals Ihnen allen für Ihr Erscheinen. Ich kann ja nicht damit schließen, daß ich die Ausstellung für eröffnet erkläre. Denn sie befindet sich in einem anderen Teile dieses

Digitized by Google

Gebäudes, zu dem wir nachher treppab, treppauf uns begeben werden. Ich wünsche dieser ersten Gelegenheit der Zusammenarbeit in der Geschichtswissenschaft der beiden Länder, die unsere Gesellschaft nach dem guten Gelingen der Naturforscherwoche im letzten Jahr nunmehr veranstaltet, besten Erfolg, reiche gegenseitige Anregung, starke Wirkung für die geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland!"

*

Die Russische Historikerwoche und die Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917—1927" in Berlin.

I.

Im Sommer 1927 hatte die deutsche Regierung, einer Anregung aus deutschen Gelehrtenkreisen folgend, in Erwiderung der den deutschen Gelehrten während der 200-Jahr-Feier der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion gewährten Gastfreundschaft durch die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas zwanzig namhafte russische Naturforscher zu Vorlesungen über ihr Forschungsgebiet nach Berlin eingeladen. Dieser erste Versuch, den persönlichen Verkehr zwischen den Gelehrten der beiden benachbarten Länder auf einem abgegrenzten Gebiete der Wissenschaft durch einen Kongreß zu organisieren, hatte einen vollen Erfolg. Er führte die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas zu dem Entschluß, auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortzuschreiten und im Sommer 1928 in einer anderen Wissenschaft eine planmäßige Verbindung zwischen der deutschen und der russischen gelehrten Welt herzustellen. Nach den Naturwissenschaften sollten die Geisteswissenschaften in die Zusammenarbeit einbezogen werden, und zwar als ihr wesentlicher Zweig und auf Grund der von Professor Hoetzsch nach dem Kriege wieder angeknüpften Verbindungen, die Geschichtswissenschaft. Ferner sollte dieses Mal neben die Persönlichkeit der Forscher auch ihr Werk treten; es wurde beschlossen, außer einer „Russischen Historikerwoche" eine Ausstellung „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917-1927" zu veranstalten.

Im November 1927, anläßlich der Jubiläumsfeierlichkeiten des zehnjährigen Bestehens der Sowjetregierung, wurden die vorbereitenden Arbeiten aufgenommen. Die in freundschaftlichem Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen in Moskau geführten Verhandlungen hatten zum Ergebnis, daß sich die russischen historischen Institute und die Verleger bereit erklärten, die in Berlin geplante Ausstellung durch Übersendung ihrer Veröffentlichungen weitgehend zu unterstützen. Bezüglich der Zusammensetzung der an der Forscherwoche beteiligten Gelehrten erklärte sich das Volksbildungskommissariat der RSFSR

Digitized by Google

damit einverstanden, nicht nur die Vertreter des historischen Materialismus nach Berlin zu entsenden, sondern auch bedeutende Historiker der idealistischen Schule, mit denen die deutsche Wissenschaft schon vor dem Kriege freundschaftliche Beziehungen unterhalten hatte.

Bereits im März dieses Jahres wurde eine von beiden Seiten gebilligte Liste festgesetzt, die folgende Namen enthielt: den Führer der materialistischen Geschichtsauffassung, Professor M. N. Pokrowski, stellvertretenden Volksbildungskommissar der RSFSR, den Fachmann auf dem Gebiete des sowjetrussischen Archivwesens, Professor Adoratski, den Historiker der Kommunistischen Partei, Professor Newski, den Präsidenten der russischen Assoziation der Wissenschaftlichen Forschungsinstitute, Professor Fritsche, den Direktor des Marx-Engels-Instituts, Professor Rjasanow, die Professoren Dubrowski, Lukin und Paschukanis, von den Vertretern der alten Schule die Professoren Platonow und Presnjakow aus Leningrad und Bogoslowski, Ljubawski und Egorow aus Moskau. Als Vertreter der ukrainischen Geschichtsforschung wurden der bekannte Historiker Hruschewski und als Vertreter des historischen Materialismus, Professor Semkowski in Aussicht genommen, als Vertreter der weißrussischen Geschichtsforschung Professor Pitscheta. Wenn nicht alle in dieser ersten Vereinbarung bezeichneten Historiker an der Berliner Tagung teilgenommen haben, so ist das nicht auf politische Beweggründe der russischen Regierung zurückzuführen; allen war die Ausreisemöglichkeit gegeben. Persönliche Gründe, Krankheiten und der Umstand, daß unsere Woche in die russischen Universitätsferien fiel, die von einigen der Eingeladenen zu einer größeren Erholungsreise verwendet wurden, haben veranlaßt, daß dieser oder jener der eingeladenen Professoren nicht nach Berlin kommen konnte. Da ein Teil der Teilnehmer an der Berliner Woche als sowjetrussische Delegierte am Internationalen Historikerkongreß in Oslo teilnehmen, der Mitte August stattfindet, wäre es den beteiligten russischen Professoren lieber gewesen, wenn unsere Veranstaltung auf einen späteren Termin gelegt worden wäre. Wir waren aber dadurch gebunden, daß wir, um den interessierten Hochschullehrern und Studenten der Berliner Universität die Teilnahme an den beiden Veranstaltungen zu ermöglichen, diese noch vor Abschluß des Sommersemesters, also vor Ende Juli, abhalten mußten.

Große Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung des Materials für die Ausstellung. Bis dahin fehlte jeder Überblick über die historischen Publikationen in dem revolutionären Rußland seit 1917. Zunächst mußte dieser Überblick gewonnen werden, indem man sämtliche Verleger und Institute um Einsendung der Verzeichnisse ihrer historischen Werke bat. Danach mußte aus dem überreichen Stoff eine Auswahl getroffen werden: die Bücher

Digitized by Google

wurden bestellt. Hierbei ergab sich, daß zwar das Schwergewicht der Publikationstätigkeit — auch auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaften — in Moskau und Leningrad liegt, daß aber außerdem zahlreiche wertvolle Arbeiten in der Provinz, von der Ostsee bis zum Stillen Ozean, gedruckt worden sind, die nicht fehlen durften, und daß endlich auch die nationalen Neugründungen auf dem Territorium des russischen Reiches selbständige Forschungsarbeiten in großem Umfange aufzuweisen haben. In wenigen Monaten mußte aus dem Nichts heraus dieses Material in Berlin zusammengetragen werden. Kein Wunder, wenn es Lücken in Menge gab. Je weiter die Vorarbeiten für die Ausstellung fortschritten, um so klarer wurde es, daß es mindestens noch eines Jahres bedurft hätte, um ein einigermaßen vollständiges Bild der Ergebnisse der russischen Geschichtsforschung zu schaffen. Wenn die Ausstellung trotzdem gewagt worden ist, so wird sie von uns nur als ein erster Anfang betrachtet, als ein Fundament, das uns die Richtung aufzeigt, die die Geschichtsforschung in Osteuropa nach der Revolution von 1917 genommen hat, und auf dem eine systematische Sammlung des Materials aufgebaut werden kann. Schon im Anfang stellte es sich heraus, daß diese nicht erst mit dem Jahre 1917 beginnen darf. Zahlreiche Manuskripte, die aus den vorhergehenden Jahren vorlagen, sind erst in den Revolutionsjahren gedruckt worden. Zahlreiche Arbeiten sind Fortsetzungen von bereits vor 1917 veröffentlichten Forschungsergebnissen. Infolgedessen entschlossen wir uns, unsere Ausstellung bis auf das Jahr 1914 zurückzuführen, zumal der Buchverkehr zwischen Deutschland und Rußland mit Ausbruch des Weltkrieges plötzlich abbrach und infolgedessen auch die historischen Arbeiten der Kriegsjahre 1914—1916 in Deutschland wenig bekannt sind. Schließlich entbehrte es nicht eines gewissen Reizes, die buchtechnischen Unterschiede der Publikationen der ersten Notjahre der Revolution mit denen der normalen Jahre vor 1917 zu vergleichen. Es ist daher abwegig, wenn uns einzelne Kritiker vorwerfen, wir hätten dadurch, daß wir die Jahre, die der Revolution unmittelbar vorausgingen, in die Ausstellung mit einbezogen, der Buchproduktion der Sowjetregierung billige Lorbeeren verschaffen wollen.

II.

Die Vorarbeiten der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas fanden nicht nur Interesse, sondern auch die weitgehendste Unterstützung der deutschen Fachgenossen. Einem von ihr ins Leben gerufenen „Komitee zur Durchführung der Russischen Historikerwoche und der Russischen Historischen Ausstellung" traten sofort dreißig Berliner Historiker und Vertreter der osteuropäischen Geschichtsforschung aus dem Reiche bei: der derzeitige Rektor und die Professoren der verschiedenen Zweige der

Digitized by Google

Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität, Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften, der Generaldirektor der Preußischen Archivverwaltung und der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek: Exzellenz Staatsminister Dr. Schmidt-Ott als Präsident des Komitees, Professor Otto Hoetzsch als geschäftsführender Vizepräsident, S. Magnifizenz der Rektor der Berliner Universität Professor Norden, S. Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Professor v. Harnack, die Professoren Auhagen, Brackmann, Breysig, Delbrück, Ebert, Goetz-Bonn, Goldschmidt, Hartung, Kehr, Krüß, Heinrich Maier, Marcks, Meinecke, Eduard Meyer, Oncken-München, Rodenwaldt, Salomon-Hamburg, Schumacher, Sering, Stählin, Vasmer, Vogel, Wiegand, Wilcken, Wulff und als Geschäftsführer des Komitees, Generalsekretär Jonas. Das Komitee beschloß, die beiden Veranstaltungen am gleichen Tage, dem 7. Juli 1928, zu eröffnen und die Generaldirektion der Preußischen Staatsbibliothek um Überlassung von Räumen für die Ausstellung und die Preußische Akademie der Wissenschaften um Überlassung von Sälen für die Vorlesungen der russischen Historiker zu bitten. Beide Institute gaben bereitwillig der Eingabe der Gesellschaft statt, so daß die Veranstaltungen auch räumlich den ihrem rein wissenschaftlichen Charakter entsprechenden würdigen Rahmen erhielten.

Unter starker Teilnahme von Vertretern der deutschen Wissenschaft und Politik wurde am Sonnabend, den 7. Juli im Festsaal der Preußischen Akademie der Wissenschaften die russische Historikerwoche eröffnet. In dem überfüllten Auditorium bemerkte man den Staatsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Professor Dr. Becker, den Botschafter der Sowjetunion, Herrn Krestinski, als Vertreter der Reichsregierung die Ministerialdirektoren Freytag von der Kultur-Abteilung und v. Dirksen von der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, sowie als Vertreter der Preußischen Archivverwaltung deren Generaldirektor Professor Paul Kehr, als Mitgastgeber den Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek Professor Krüß, als Vertreter des Reichsarchivs Professor Veit Valentin, als Vertreter der Parlamente den früheren badischen Staatspräsidenten Professor Willi Hellpach, ferner die Historiker Hans Delbrück und Eduard Meyer, Max Sering, den Historiker der Arbeiterbewegung Gustav Mayer, den Archäologen Rodenwaldt, die Slawisten und die Historiker für osteuropäische Geschichte Otto Hoetzsch, Karl Stählin und Max Vasmer von der Universität Berlin, A. Palme von der Handelshochschule Berlin, Richard Salomon von der Universität Hamburg, Braun von der Universität Leipzig, Kern von der Universität Bonn, v. Eckardt von der Universität Heidelberg u. a. In den vorderen Reihen hatten die russischen Gäste unter Führung des stellvertretenden Volksbildungskom-

Digitized by Google

missars der RSFSR, Professor M. N. Pokrowski, sowie zahlreiche Vertreter der Presse Platz genommen.

Der geschäftsführende Vizepräsident der Gesellschaft, Professor Otto Hoetzsch, eröffnete die russische Historikerwoche und die historische Ausstellung mit einer Rede, die an der Spitze dieses Heftes abgedruckt ist.

Namens der Reichsregierung und der Staatsregierung begrüßte Minister Professor Dr. Becker die russische Delegation. Der Botschafter der UdSSR, Herr Krestinski, erinnerte in seiner Ansprache an die Kette der Bestrebungen und Bemühungen zwischen Deutschland und Rußland, auch auf dem Gebiete der gelehrten Forschung einen Gedankenaustausch und eine Zusammenarbeit herzustellen, die auf anderen Gebieten zum Nutzen der Welt und dieser beiden Nationen geschaffen worden ist. Zum Schluß sprach Professor Mich. Nik. Pokrowski. Er führte aus:

Meine Damen und Herren!

Die Eröffnung der Ausstellung von Ergebnissen der russischen historischen Wissenschaften im sowjetistischen Jahrzehnt und des Zyklus von Vorträgen über Themata, die in diesem Zeitabschnitt entstanden und durchgearbeitet worden sind, kennzeichnen die Wiederaufnahme jenes wissenschaftlichen Verkehrs auf diesem Gebiete, der längst eingeleitet worden ist und durch die Jahrhunderte sich fortsetzte. Über 100 Jahre sind seit jenem Tage verflossen, als Schlözer seinen „Nestor" herausgegeben hat und damit die Kritik der Quellen der russischen Geschichte begründete. Schlözer war jedoch nicht der erste deutsche Gelehrte, der eine Sammlung dieser Quellen begann: die berühmten Hefte Millers, ein bisher noch nicht bis auf den Grund erschöpfter Born wertvollster Dokumente, sind noch älteren Datums. Für uns, die die russische Geschichte vom soziologischen Standpunkt betrachten, ist vielleicht noch bedeutender das Werk Gustav Evers über das älteste Recht der Russen, ein Werk, dem nicht umsonst eben in unserer jungen marxistischen historischen Literatur eine spezielle Abhandlung gewidmet ist. Die Vorläufer des berühmten Rektors der Universität in Dorpat waren bestrebt, die Fakta der russischen Vergangenheit möglichst genau festzulegen. Das war natürlich außerordentlich wichtig; die gesammelten Fakta jedoch mußten gedeutet werden. Den Mut dazu fand als erster Evers, und dies gelang ihm in solchem Maße, daß er die Bearbeitung der russischen Geschichte für viele Jahrzehnte vorausbestimmte. Die berühmte Theorie der Sippenverfassung, die ursprünglich festgestellt hat, daß unser Volk dieselben Entwicklungsphasen durchgemacht hat wie die Völker Westeuropas, diese Theorie, die in späterer Zeit eine glänzende Fortentwicklung durch Solowjew erfahren hat, der mit ihrer Hilfe das Kunterbunt der zwischenfürstlichen Beziehungen im alten Rußland aufgeklärt hat, liegt uns vollkommen fertig in der winzigen Schrift Evers' vor, die man mit großem Interesse sogar heute noch liest, wo der Streit um die Sippenverfassung schon längst abgeschlossen ist. Man kann nicht umhin, den deutlichen, klaren und gedrungenen Stil dieses ausgezeichneten Gelehrten zu bewundern, der, wie es eben einem Gelehrten zusteht, ungewöhnlich neue, originelle, für seine Zeit revolutionäre Anschauungen in so einfacher Form zum Ausdruck brachte, als ob es sich um für jedermann altbekannte Tatsachen handelte. Mit vollem Recht hat Kljutschewski allen, die an das Studium des „Russenrechtes" (Russkaja Prawda) herangehen, Evers zum Lesen empfohlen. Und die neueste klassische Arbeit über das Russenrecht, ein Werk, dem an Exaktheit und Tiefe der Erforschung nichts in

Digitized by Google

unserer russischen Literatur gleichzustellen ist, stammt ebenfalls von einem deutschen Gelehrten, Professor Leopold Goetz. An der Schwelle der russischen historischen Wissenschaft finden wir somit eine Reihe deutscher Namen. Es muß hinzugefügt werden, daß auf dem Gebiete der Sammlung und kritischen Durcharbeitung der grundlegenden historischen Fakta die Arbeiten Millers und Schlözers nicht die letzten waren und daß bis auf unsere Tage diese Arbeit fortgesetzt wird. Am Schluß des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts sind wir besonders dem verstorbenen Theodor Schieman verpflichtet, der die Sammlung von Material eingeleitet hat über Fragen, die unter dem zaristischen Regime in Rußland selbst aus dem Bereich der historischen Forschung ausgeschlossen waren. Bis zur Revolution von 1905 waren wir nicht in der Lage, an die wissenschaftliche Erforschung solcher Ereignisse, wie der Palastrevolution des Jahres 1801, die Kaiser Pauls Ende herbeiführte, oder des Dekabristenaufstandes heranzutreten, ohne die Werke Professor Schiemans, dem der Inhalt der russischen Geheimarchive früher erschlossen war als den einheimischen Gelehrten.

Aber die Verdienste des Schöpfers der „Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte" beschränkten sich nicht allein darauf; sein ausgezeichnetes Buch über Kaiser Nikolaus I. hat so viel neues Material, insbesondere über die Außenpolitik der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht, daß unsere marxistische Begründung der Außenpolitik Nikolaus I. unmöglich gewesen wäre, hätten wir die „Geschichte Rußlands unter der Herrschaft des Zaren Nikolaus I." entbehren müssen.

Ich werde mich der Aufzählung der hier Anwesenden enthalten, für die das Studium der russischen Vergangenheit zum eigenen Spezialfach geworden ist, und die mit vollem Recht als russische Historiker in demselben Maße wie wir selbst angesprochen werden können, und wende mich nun unseren eigenen Ergebnissen zu, die wir verpflichtet sind, Ihnen aufzuzeigen. Vielleicht nicht ohne die Voreingenommenheit des Fachmannes stelle ich dabei die Arbeit unserer Archivverwaltung in den Mittelpunkt. Unsere alten Archive waren einer sehr großen Gefahr ausgesetzt zu jenem Zeitpunkt, als wir unter äußerstem Papiermangel litten und Rohstoffe für die Papierherstellung vollständig fehlten. Wäre da nicht der Wunsch ziemlich begreiflich gewesen, altes Papier zu opfern, es in den Kessel zu werfen, um durch Verarbeitung neues Papier für die Drucklegung neuer Bücher zu gewinnen? Das überragende Verdienst Rjasanows, der heute als eines der Glieder unsere und die deutsche Archivforschung verbindet, besteht darin, daß er diese Gefahr rechtzeitig erkannte und durch Schaffung der Zentralen Archivbehörde unsere alten Archive gerettet und bewahrt hat. Ich muß feststellen, daß er dabei nicht allein auf keinerlei Widerspruch von seiten der Führer der Revolution gestoßen ist, sondern im Gegenteil überall Verständnis und Unterstützung gefunden hat. Unsere Revolution, die nicht selten als die zerstörendste von allen je gewesenen hingestellt wird, war in der Tat so schonend den Denkmälern der Vergangenheit gegenüber, wie es beispielsweise ihre französische Vorgängerin vom Ende des 18. Jahrhunderts nicht gewesen war. Wie viele herrliche Bauten von der Art des Palastes des Herzogs de Maine in Sceaux sind von den Franzosen zerstört worden. Wir haben sämtliche Paläste erhalten und sie in Museen verwandelt. Ebenso sind sämtliche Palastarchive erhalten geblieben, und Sie werden auf unserer Ausstellung Muster einer großen Tagebuchliteratur der Romanows finden, von uns in besserem Zustande erhalten als durch sie selbst, in jedem Falle besser erhalten, als dies zum Beispiel Nikolaus I. tat, der das Tagebuch seiner Mutter und seines älteren Bruders einfach dem Feuer übergab.

Diese Ausstellung belehrt auch an Hand von photostatistischen Aufnahmen darüber, mit welcher Sorgfalt das altertümlichste, was uns die Vergangenheit hinterlassen hat, die Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts, behütet werden.

Digitized by Google

Unser Stolz gilt aber nicht allein der Aufbewahrung der alten Archive, wir haben auch selbst Archive geschaffen, die bis zur Gründung der Sowjetmacht nicht vorhanden waren, und die das vom Untergang gerettet haben, was wir als das Wertvollste unserer Sammlungen betrachten — die Denkmäler der beiden Revolutionen von 1905 und 1917. An Umfang erreicht dieser Teil unserer Archive fast alle übrigen. Bei der Sammlung dieses Materials leitete uns ausschließlich der wissenschaftliche Standpunkt. Wir haben und werden niemals das geringste Dokument der Vernichtung preisgeben, wie verleumderisch auch sein Inhalt uns gegenüber sein mag, wenn es historischen Charakter besitzt und zur Beleuchtung der gegebenen Epoche beitragen kann. Diejenigen, die unsere Archive besichtigt haben, wissen wohl, mit welcher Sorgfalt die Archive des zaristischen Polizei-Departements und derjenigen weißgardistischen Regierungen, die gegen uns in den Jahren 1917 bis 1920 kämpften, aufgehoben werden. Der Admiral Koltschak selbst wäre nicht imstande gewesen, sein Archiv in besserer Ordnung zu erhalten.

Das ist bereits längst von ausländischen Gelehrten anerkannt worden, und eine ganze Anzahl von ihnen ist fortwährend in unseren Archiven tätig am Studium des entsprechenden Materials. Ich möchte hier nicht die weiteren Abteilungen unserer Zentralen Archivverwaltung aufzählen. Es seien hier bloß als Beispiel unsere Archive der Epoche des Weltkrieges genannt, die in voller Unversehrtheit und in bester Ordnung vorhanden sind und auf die sich die von uns beabsichtigte große geschichtliche Publikation über die internationalen Beziehungen der Epoche des Weltkrieges stützen wird. Die ersten beiden Bände dieser Sammlung, die die Krise des Jahres 1914 behandeln werden, hoffen wir, im Laufe des nächsten Jahres herauszubringen und im weiteren Verlauf nicht weniger als drei Bände im Jahre, um die gesamte Veröffentlichung im Jahre 1932 abzuschließen. Wenn wir die Veröffentlichung der Dokumente des Weltkrieges in erster Reihe in Angriff nehmen, so bedeutet das keinesfalls, daß wir von der Veröffentlichung unserer Archivschätze über die Außenpolitik für eine weit größere Zeitperiode Abstand nehmen. Gedacht ist dies als ungefähre Parallele zu der deutschen Sammlung „Die große Politik der europäischen Kabinette", die als Muster für derartige Veröffentlichungen gelten kann. Damit werden wir jedoch an zweiter Stelle beginnen, nachdem die Dokumente des Weltkrieges bereits herausgegeben sein werden.

Die Muster unserer Archivarbeit sind meiner — ich wiederhole: vielleicht voreingenommenen — Auffassung nach in der Hauptsache dasjenige, was wir auf dem Gebiete der Aufbewahrung und Veröffentlichung der Geschichtsquellen dem Auslande vorzuweisen haben. Selbstverständlich aber ist das nicht allein das Werk unserer Zentralen Archivverwaltung. Sie werden in der Ausstellung umfangreiche Kollektionen von Veröffentlichungen der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion vorfinden, die als Verlagsinstitut in der Union einen der ersten Plätze einnimmt. Desgleichen finden Sie Veröffentlichungen eines jüngeren, aber schnell vorwärtsstrebenden Instituts, unserer Kommunistischen Akademie, deren grundlegende Arbeiten auf diesem Gebiete, insbesondere das allerletzte Werk — ein großer Band von Arbeiten unserer Kommission zum Studium der Folgen der Agrarrevolution — ebenfalls hier ausgestellt sind.

Ich bedauere lebhaft, daß der Mangel an Zeit nicht erlaubt hat, eine vollständige Kollektion derjenigen Veröffentlichungen zusammenzustellen, die außerhalb der großen wissenschaftlichen Mittelpunkte erschienen sind. Unsere Autonomen Republiken, geschweige denn die großen Bundesrepubliken, haben ihre eigenen Verlagsinstitute, und ebensolche Verlagsinstitute besitzt fast jeder Distrikt und sogar die Gouvernements der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Überall ist eine lebhafte archivarische Forscher- und Verlagstätigkeit zu verzeichnen. An Umfang stehen die außerhalb Moskaus, Leningrads und anderer großer Hauptpunkte vollbrachten Leistungen der Verlagsinstitute diesen Hauptpunkten nicht

Digitized by Google

nach. Seiner Bedeutung nach ist das bei weitem nicht immer nur heimatkundliches Material. So haben beispielsweise die örtlichen Archivbehörden Sibiriens die wertvollsten Dokumente über die sibirische Gegenrevolution und die ausländische Intervention veröffentlicht, die ohne Zweifel von weltgeschichtlicher Bedeutung sind.

Was die Schöpfungen unserer Forschungsarbeit anlangt, die, wie ich fürchte, ebenfalls nicht vollständig präsentiert wird, so werden Sie sehen, welche Fülle von jungen wissenschaftlichen Kräften das letzte Jahrzehnt bei uns hervorgebracht hat. Drei Viertel der Autoren, deren Werke von unseren Verlagsinstituten im letzten Jahrzehnt herausgegeben wurden, gehören zu solchen Gelehrten, die in der vorangehenden Zeit gar nicht als Forscher tätig waren, oder die damals bloß als Anfänger gelten konnten. Heutzutage sind sie als vollwertige Hochschullehrer anzusehen. In ihrer großen Mehrheit gehören sie der gleichen historischen Richtung an, und zwar der materialistischen. In einem Lande, welches eine ähnliche Revolution wie das unsrige erlebt hat, war das eine vollkommen natürliche Erscheinung. Überall in der Welt drückt die Weltanschauung der herrschenden Klasse den sozialen Wissenschaften ihren Stempel auf. Diese Tatsache ist bereits längst festgestellt, u. a. in Rußland durch Tschernischewski in einem 1860 verfaßten Artikel. Die heute bei uns herrschende Klasse ist die Arbeiterklasse, und es ist demnach klar, daß in der Sphäre der Sozialwissenschaften die dieser Klasse eigentümliche Weltanschauung vorherrschend ist. Es gereicht mir jedoch zur Freude, daß unsere Ausstellung der Zerstreuung jener sinnlosen Legende dienen kann, als ob bei uns nur Marxisten sich der geschichtlichen Forschung widmen dürfen. Unter den von unserem Staatsverlag veröffentlichten historischen Arbeiten werden Sie nicht nur marxistische, sondern sogar antimarxistische finden. Allenfalls sind darunter eine ganze Anzahl von Arbeiten vorhanden, die von keinem bestimmten Standpunkt aus geschrieben worden sind. Allerdings soll zugegeben werden, daß wir das Fehlen eines bestimmten Standpunktes in einem historischen Werk nicht zu dessen Vorzügen zählen. Zwangsweise wird aber niemand von uns dazu angehalten, den einen oder anderen Standpunkt einzunehmen. Wir sind in dem Maße von der Überlegenheit unserer Methode überzeugt, daß wir es für eine Herabsetzung derselben halten würden, ihr durch irgendwelche Zwangsmaßnahmen Ausdehnung zu verschaffen. Wir sind überzeugt, daß die historischen Fakta für uns sprechen, und daß dieselben Fakta jeden gewissenhaften Forscher schließlich für unseren Standpunkt gewinnen werden, der erkennen wird, daß Tatsachen letzten Endes die obersten Richter jeder Geschichtstheorie sind.

Wir erblicken darin die volle Möglichkeit der wissenschaftlichen Zusammenarbeit für alle Historiker, die auf dem Boden der Fakta stehen. Wir betrachten als unsere Vorgänger sämtliche großen Entdecker und Dolmetscher historischer Tatsachen, die auf unserem Gebiete in den Reihen der vergangenen Generationen gewirkt haben. Sowohl Schlözer wie Evers, Solowjew und Kljutschewski sind unsere Vorläufer. Wir beugen uns nicht in blinder Ergebenheit vor ihrer Autorität, wir üben Kritik an ihnen, wir sind aber weit davon entfernt zu leugnen, daß wir von ihnen vieles gelernt haben, und daß ohne ihre Vorarbeiten unsere Arbeiten unmöglich gewesen wären. Wir besitzen somit gemeinsame geistige Vorfahren, und wie weit auch in der einen oder anderen Beziehung unser Standpunkt auseinandergeht, die geistige Verwandtschaft, insofern wir auf dem Boden der geschichtlichen Tatsachen stehen, muß sich bemerkbar machen. Im Namen dieser geistigen Verwandtschaft, im Namen der unumgänglichen Zugehörigkeit aller Historiker, die die Tatsachen lieben und sie zu verstehen anstreben, bin ich der festen Zuversicht, daß unsere Ausstellung und unsere Forscherwoche die Bande der bereits seit Jahrhunderten sich fortentwickelnden wissenschaftlichen Arbeit der Historiker beider Länder über unsere historische Vergangenheit noch enger schließen wird, und daß

Digitized by Google

die Vereinigung unserer Kräfte dieser Arbeit einen mächtigen Anstoß gibt, der in schnellem Tempo Ergebnisse zeitigen wird, die bei weitem das übertreffen werden, was die heute zu eröffnende Ausstellung vorzuführen in der Lage ist.

III.

Im Anschluß an die Feier veranstaltete Generalsekretär Jonas eine Führung durch die Ausstellung, an der sich annähernd 200 der geladenen Gäste beteiligten. Die Ausstellung ist in dem für Buchausstellungen besonders geeigneten großen Schausaal der Preußischen Staatsbibliothek untergebracht. 2000 Exemplare sind auf folgende Abteilungen verteilt:

I. Die Organisation der russischen Geschichtsforschung. Das sowjetrussische Archivwesen. Bibliographie	40 Nummern
II. Die russische Geschichtsanschauung der Gegenwart, insbesondere der historische Materialismus	60 Nummern
III. Russische Geschichte (Quellen und Darstellungen zur politischen und Kulturgeschichte):	
1. Gesamtdarstellungen und Allgemeines	28 Nummern
2. Vormongolisches Rußland und Moskauer Periode	19 Nummern
3. 18. und 19. Jahrhundert	35 Nummern
4. 20. Jahrhundert (einschließl. des Weltkrieges und der Nachkriegsperiode) .	40 Nummern
5. Revolutionäre und Arbeiterbewegung	
a) 17. und 19. Jahrhundert	174 Nummern
b) Die erste russische Revolution . .	91 Nummern
c) Die zweite russische Revolution und der Bürgerkrieg	174 Nummern
6. Die Russische Kommunistische Partei. Lenin	111 Nummern
7. Die Kommunistische Internationale .	25 Nummern
IV. Geschichte der nichtrussischen Völker der Sowjetunion	66 Nummern
V. Allgemeine Geschichte (Quellen und Darstellungen zur nichtrussischen politischen und Kulturgeschichte):	
1. Gesamtdarstellungen und Allgemeines	11 Nummern
2. Altertum	23 Nummern
3. Mittelalter	22 Nummern
4. Neuzeit	111 Nummern
5. Byzanz. Naher und ferner Orient . .	175 Nummern
6. Sozialismus. Revolutionäre Bewegung	97 Nummern

Digitized by Google

VI.	Historische Hilfswissenschaften (Paläographie, Numismatik, Ethnographie, Geographie)	61 Nummern
VII.	Religions- und Kirchengeschichte	30 Nummern
VIII.	Geschichte der Philosophie	26 Nummern
IX.	Geschichte der Pädagogik	27 Nummern
X.	Literaturgeschichte	143 Nummern
XI.	Archäologie und Geschichte der bildenden Künste	135 Nummern
XII.	Musikgeschichte	63 Nummern
XIII.	Theatergeschichte	25 Nummern
XIV.	Rechts-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte	23 Nummern
XV.	Wirtschaftsgeschichte	88 Nummern
XVI.	Sammelwerke, Zeitschriften und periodische Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Gesellschaften und Universitäten .	133 Nummern

Ein genaues Verzeichnis der auf der Ausstellung ausliegenden Bücher enthält der von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas herausgegebene bibliographische Katalog[1]). Auch jetzt treffen noch ununterbrochen aus allen Teilen Rußlands neue Sendungen ein, von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion in Leningrad, von dem Volksbildungskommissariat der Georgischen Republik usw., die in einem Nachtrag zum Katalog vorgelegt werden.

Einen wesentlichen Bestandteil der Ausstellung bildete außer den Büchern eine von der Zentralarchivverwaltung der RSFSR zur Verfügung gestellte Schausammlung, die Faksimiles zahlreicher in sowjetrussischen Archiven aufbewahrter Urkunden enthält (u. a. einen Vertrag Nowgorods mit dem Großfürsten von Twer, Jaroslaw Jaroslawitsch, vom Jahre 1265, einen Brief des Generals Yorck an Alexander I. vom Jahre 1813, den zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Zaren Nikolaus II. abgeschlossenen Björkö-Vertrag vom Juli 1905, Bruchstücke aus dem Tagebuch des Zaren Nikolaus II., Dokumente der russischen Revolution des Jahres 1917 usw.). In Photographien werden die Archive in Leningrad, Moskau und der Provinz, die Magazine des Zentralarchivs, die noch ungeordneten Archivbestände und die Ordnungsarbeiten gezeigt. Tabellen erläutern den Aufbau und die Tätigkeit der sowjetrussischen Archivverwaltung. Lehrpläne der weißrussischen Staatsuniversität Minsk gewähren einen Einblick

[1]) Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917 bis 1927. Bibliographischer Katalog, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas anläßlich der von ihr in der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin veranstalteten Ausstellung. Mit einem Vorwort von Professor Otto Hoetzsch. 1928. Osteuropa-Verlag, Berlin W. 35 und Königsberg i. Pr. 192 S.

Digitized by Google

in das gegenwärtige Studium der Geschichte in den Hochschulen der Sowjetunion.

Die Ausstellung hatte einen starken Besuch zu verzeichnen. In der Woche vom 7. bis 14. Juli wurde sie von 1010 Personen aufgesucht, hatte also täglich durchschnittlich 126 Besucher.

IV.

Den Kern der „Russischen Historikerwoche" bildeten die Vorlesungen, die in der Woche vom 7. bis 14. Juli 1928 im Vollsitzungssaal der Preußischen Akademie der Wissenschaften abgehalten wurden. Bei mehreren Vorträgen erwies sich dieser Raum als zu klein, und die Hörer mußten in den geräumigeren Festsaal der Akademie umziehen. Es gab keine Vorlesung mit weniger als 90 Hörern, einige Vorträge waren von mehr als 200 Personen besucht. Das Gros der Hörer waren Studenten der Berliner Universität; regelmäßig nahmen an den Vorlesungen auch zahlreiche Berliner Historiker teil. Besondere Gruppen bildeten die Geschichtslehrer der höheren Schulen und die Dozenten der verschiedensten deutschen Hochschulen. Unter den Studierenden überwog das deutsche Element; daneben traf man Schweizer, Holländer, Amerikaner und Japaner.

Von den zwölf Vorlesungen, die mit zwei Ausnahmen in deutscher Sprache gehalten wurden, behandelten sechs Probleme der großrussischen Geschichtsforschung: Prof. M. N. Pokrowski „Theorie der Entstehung des Moskauer Absolutismus", Prof. M. K. Ljubawski „Die Besiedlung des großrussischen Zentrums", Prof. S. F. Platonow „Das Problem des russischen Nordens in der neueren Historiographie", Prof. S. M. Dubrowski „Die Stolypinsche Agrarreform", Prof. M. V. Adoratski „Das Archivwesen" — und Prof. D. N. Egorow „Das Bibliothekswesen in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik". Fragen der ukrainischen Geschichtsforschung behandelten Prof. M. J. Jaworski „Die Ergebnisse der ukrainischen Geschichtsforschung in den Jahren 1917—1927" und „Westeuropäische Einflüsse auf die Ideenformung der sozialen Bewegung in der Ukraine im zweiten und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts" und Prof. W. A. Jurinez „Der soziale Prozeß im Spiegel der ukrainischen Literatur des 20. Jahrhunderts". Über ein von der weißrussischen historischen Forschung bearbeitetes Thema sprach Prof. W. J. Pitscheta „Die Agrarreform in den östlichen Wolosten des Staates Lithauen-Weißrußland in der zweiten Hälfte des 16. und im Anfang des 17. Jahrhunderts". Zwei Vorlesungen befaßten sich mit Problemen der westeuropäischen Geschichte: Prof. D. N. Egorow gab unter dem Titel „Zur Kritik der mittelalterlichen Geschichtsschreibung Westeuropas" eine neue Interpretation der Persönlichkeit des Verfassers der Slawenchronik, Helmold von Bosau, und Prof. E. B.

Digitized by Google

Paschukanis unter Zugrundelegung der Erfahrung der zweiten russischen Revolution eine Darstellung der „Soldatenräte Cromwells".

Alle Vorlesungen werden noch im Laufe dieses Jahres gedruckt werden, und zwar als Sammelband der von Professor Otto Hoetzsch im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas herausgegebenen „Osteuropäischen Forschungen" (Osteuropa-Verlag Berlin W. 35 und Königsberg Pr.).

Die Aufnahme von Verbindungen zwischen der deutschen und russischen Geschichtswissenschaft blieb nicht auf die Vorlesungen der russischen Gäste beschränkt. Schon am Sonntag, den 8. Juli, traf sich die russische Delegation mit den Kollegen des deutschen Komitees und den aus dem Reich nach Berlin gekommenen Fachgenossen zu einem lebhaften Gedankenaustausch.

Ihr besonderes Augenmerk schenkte die Delegation den historischen Instituten. Am 10. Juli besichtigte sie das Geheime Staatsarchiv in Dahlem. Der Generaldirektor der Preußischen Archivverwaltung, Geheimer Oberregierungsrat Prof. Paul Kehr, hatte eine Ausstellung aus den Beständen des Archivs vorbereitet, die Urkunden zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen enthielt, u. a. einen eigenhändigen Brief Peters des Großen an König Friedrich Wilhelm I., der Kaiserin Katharina II. an König Friedrich II., sowie zahlreiche Dokumente zur Geschichte der sozialistischen und der russischen revolutionären Bewegung (z. B. über Lassalle, Bakunin, Alexander von Herzen usw.).

Am 12. Juli zeigte Generaldirektor Geheimer Regierungsrat Prof. Krüß den Gästen die von ihm geleitete Preußische Staatsbibliothek, am Abend desselben Tages besuchten sie das „Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde" an der Universität Berlin und verbrachten den Abend in gemütlichem Beisammensein mit den Mitgliedern und früheren Angehörigen des Seminars.

Den Abschluß der Woche bildete der Besuch des Reichsarchivs in Potsdam. Auch hier war — von Archivdirektor Dr. Müsebeck — eine kleine Ausstellung vorbereitet, in der der Nachlaß Lassalles, die Aktenstücke zur sozialen Gesetzgebung, zum Weltkrieg und Brester Frieden besonderes Interesse fanden. Die Besichtigung schloß mit einer Fahrt nach Sanssouci, der russischen Siedlung Alexandrowskoe bei Potsdam und dem hoch über den Havelseen gelegenen russischen Blockhause Nikolskoe.

Am Mittwoch, den 11. Juli, vereinigte ein Empfang der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas die russischen Gelehrten mit ihren deutschen Freunden, den Vertretern der Wissenschaft und der Politik. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Staatsminister Dr. Schmidt-Ott, begrüßte die russischen Forscher, Professor Eduard Meyer unterstrich in seiner Festrede die

Digitized by Google

Zusammenarbeit der deutschen und der russischen Wissenschaft. Gesandter Freytag übermittelte die besonderen Grüße des Reichskanzlers und seine Glückwünsche zu dem Beschluß der Sowjetregierung, eine der deutschen Aktenpublikation zur Erforschung der Kriegsursachen entsprechende Veröffentlichung vorzunehmen und erinnerte daran, daß der Reichskanzler Hermann Müller seinerzeit die deutsche Aktenpublikation als Minister des Auswärtigen mit ins Leben gerufen habe. Professor M. N. Pokrowski sprach den Dank der russischen Delegation aus, dem sich nach einer Rede von Professor Karl Stählin als Vertreter der Ukraine die Professoren Jaworski und Jurinez, als Vertreter der weißrussischen Forschung, Professor Pitscheta, und schließlich der Vizedirektor der Staatlichen Leninbibliothek in Moskau, Professor Egorow, anschlossen. Der Botschafter der Sowjetunion, Krestinski, faßte den Dank der russischen Gäste in einem Hoch auf die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas zusammen.

In seinen Räumen versammelte er am Freitag, den 13. Juli, zum letzten Mal in einem großen Empfang die russische Delegation, die Führer der deutschen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Erschienen waren außer zahlreichen deutschen Gelehrten u. a. Reichskanzler Hermann Müller, die Reichsminister Groener und Dietrich, die Staatssekretäre Pünder und Zweigert, die Reichstagsabgeordneten Professoren Otto Hoetzsch und Bredt, Frau Lüders und Prälat Schreiber. Unter den Vertretern der deutschen Wirtschaft bemerkte man Kommerzienrat Mamroth von der A. E. G. und Meinhart von Osram.

V.

Im Verlauf der Woche wurde in verschiedenen Besprechungen deutscher und russischer Gelehrter praktische Arbeit geleistet: ein Tauschverkehr zwischen der preußischen Archivverwaltung und der Zentral-Archivverwaltung der RSFSR sowie ein Leihverkehr zwischen den preußischen und russischen Bibliotheken wurde vereinbart. Publikationen sowjetrussischer Akten und Forschungsergebnisse in deutscher Sprache werden vorbereitet. Teilnehmer der russischen Historikerdelegation haben Einladungen zu Vorlesungen an deutschen Universitäten erhalten, nach Hamburg, Königsberg i. Pr., Leipzig usw.

Beide Seiten können mit dem Erfolg der Tagung zufrieden sein. Der Führer der Delegation, Professor M. N. Pokrowski, hat dies in einem ausführlichen Interview in den „Iswestija“ (18. 7. 28) zum Ausdruck gebracht, in dem er seine Eindrücke dahin zusammenfaßte, daß die sowjetrussische Historikerwoche zu Berlin nicht vergeblich gewesen sei. Ihr wertvollstes Ergebnis sei die dauernde Festigung der Verbindungen zwischen den russischen und deutschen Gelehrten. Er hoffe, daß die sowjetrussische

Digitized by Google

Regierung bald mit einer „Moskauer Woche deutscher Gelehrter" der verschiedenen Disziplinen die deutsche Gastfreundschaft werde beantworten können.

Die deutsche Presse hat den Verlauf beider Veranstaltungen mit großem Interesse verfolgt. Sie hat die deutsche Öffentlichkeit durch ungewöhnlich ausführliche Berichte über die Tagung laufend unterrichtet und, wenn man von ganz wenigen Ausnahmen absieht, durch ihre allgemeine Zustimmung bezeugt, daß die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas in der Herstellung planmäßiger wissenschaftlicher Verbindungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf dem richtigen Wege ist, die Beziehungen der beiden Völker überhaupt zu fördern.

H. J.

Die geographischen Hauptbesonderheiten Rußlands und ihre negative kulturelle Bedeutung.

Von Professor W. v. Poletika, Berlin.

I.

Es ist nicht meine Absicht, hier eine Geographie Rußlands in Form einer Landeskunde auszuführen; einige der geographischen Hauptbesonderheiten Rußlands sollen kurz skizziert werden, die eine ganz hervorragende Rolle, und zwar eine negative Rolle, in der Entwicklung der russischen Kulturgeschichte spielen. Besonders will ich auf die geographischen Züge Rußlands aufmerksam machen, die es von Westeuropa und den übrigen Erdteilen absondern und es als ein ganz individuelles Land kennzeichnen. Diese Besonderheiten beziehen sich auf drei Elemente:

1. Allgemeine geographische Lage Rußlands, seine Ausdehnung, seine Grenzen, die Beziehungen zu dem atlantischen Welt-Kulturzentrum.
2. Die Naturverhältnisse, die bedingt werden durch die große Ausdehnung des Landes nach Norden und Süden und besonders durch den großen Kontinentalitätsgrad des Klimas, welcher der Grund für äußerste Klimaexzesse ist.
3. Die geringe Volksdichte.

Diese Elemente bilden die Grundlage für eine Kenntnis Rußlands und seiner Kultur und für das Verständnis der sozialpolitischen Ereignisse der letzten Zeit, was besonders wertvoll für Deutschland ist, das als Kulturbringer in der russischen Geschichte eine große Rolle gespielt hat und auch weiter spielen wird.

Das Territorium Rußlands bedeckt ca. 20 Millionen qkm und reicht ungefähr vom 25. Grad östlicher Länge (Peters-

Digitized by Google

burg) bis zum 190. Grad östlicher Länge (Beringstraße), d. h. es nimmt ungefähr die Hälfte der 360 nördlichen Parallelen in Anspruch. Die Entfernung zwischen West- und Ostgrenze beträgt demnach ca. 10 000 km, die äußersten Nord- und Südpunkte liegen ca. 5000 km auseinander. Im Norden wird der 80. Breitengrad erreicht (Land Nikolaus des II.), im Süden der 35. Grad n. Br. (Kuschka an der afghanischen Grenze). Rußland erstreckt sich also über 45 Breitengrade und überschreitet die Grenzen des gemäßigten Gürtels der Erde nach Norden um ein bedeutendes. Es ist seinem Rauminhalt nach die größte kontinentale Staatenbildung, ist zweimal so groß wie China und dreimal so groß wie die Vereinigten Staaten Nordamerikas. In seinem Gebiet geht das außerrussische Europa ca. viermal, Deutschland ungefähr vierzigmal auf.

Zu den positiven Seiten dieses Gebietes gehören seine Einheit und sein geographischer Zusammenhang, im Gegensatz zu den Kolonialmächten, z. B. zu England und Frankreich. Alle seine Besitzungen bilden ein Ganzes, ein Stück des mächtigsten Kontinents der Erde, Eurasiens. Ein zweiter günstiger Faktor ist für Rußland darin zu erblicken, daß, mit Ausnahme der westeuropäischen Grenze, fast alle staatlichen Grenzen mit den natürlichen übereinstimmen[1]). Abgesehen von dem Westen, schaltet deshalb die Grenzfrage in Rußland beinahe aus. Bedeutungsvoll ist der Umstand, daß, wieder mit Ausnahme der westeuropäischen Grenze und kleiner Gebiete im fernen Osten, die Grenzen in Wüstengebieten liegen, die kaum von Nomadenvölkern besiedelt sind. Aber diese Siedlungsfeindlichkeit ist ja eigentlich auch die Folge naturaler geographischer Eigenschaften. Wir müssen also zunächst anerkennen, daß Rußland in geographischer Hinsicht eine geschlossene Einheit auf einer flachen Festlandsoberfläche bildet, die fast von allen Seiten von der übrigen Welt durch natürliche Grenzen abgeschlossen ist.

Die Gesamtlänge der Grenzen Rußlands beträgt ungefähr 70 000 km, wovon zwei Drittel Meeresküsten sind. Trotzdem ist Rußland keine Meeresmacht, weil es keinen freien Zutritt zu den großen Ozeanen hat. Das ist das erste geographische Paradoxon Rußlands, das eine äußerst negative Bedeutung für die kultur- und wirtschaftspolitische Geschichte des Landes hat. Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß fast die ganze Kriegsgeschichte der letzten Jahrhunderte, von Peter dem Großen ab, ihre Ursache in diesen ungünstigen geopolitischen Verhältnissen hatte und ge-

[1]) Die gegenwärtige westeuropäische Grenze der Sowjetunion fällt fast mit der Linie zusammen, die Prof. A. Penck als „warägischer Grenzsaum" bezeichnet, deckt sich also mit seiner Anschauung über „die natürlichen Grenzen Rußlands". (Meereskunde, H. 133, 1918.) Sie ist aber der Entwicklung der russischen Kultur nicht günstig.

Digitized by Google

kennzeichnet wird durch das Streben nach freien Häfen am offenen Meere. Wir müssen in dem freien Ozeanverkehr ein Hauptmerkmal der Weltkultur erblicken, an der auch Rußland teilhaben sollte, und diesen Ozeanverkehr im normalen Sinne, wie ihn die Großmächte Europas und Asiens betreiben, hat Rußland immer entbehren müssen.

Rußland ist trotz der Länge seiner Meeresküsten außerordentlich arm an brauchbaren Häfen, ein Faktor, der nicht übersehen werden darf. Fast die Hälfte der russischen Meeresküsten entfällt auf das Nördliche Eismeer, wo die Schiffahrt, selbst an der Murmanküste, in dem kurzen Sommer durch Treibeis behindert ist. Die Küste des Stillen Ozeans, die dem Bering-, dem Ochotskischen und dem Japanischen Meer angehört, ist beinahe bedeutungslos; denn die ersten beiden Meeresteile sind der Kategorie der Polarmeere zuzurechnen, die auf lange Zeit zufrieren, und in denen der Verkehr im Sommer durch häufige Nebel behindert wird, die teilweise auch im Japanischen Meer auftreten. Es gibt an der ganzen Ostküste keinen einzigen eisfreien Hafen. Dazu kommt, daß das Japanische Meer durch eine Reihe großer Inseln abgeschlossen, und im Fall militärischer Angriffe der freie Ausgang zum Ozean durch Sperrung der engen Meeresstraßen leicht zu verhindern ist. Die Gefahr ist um so größer, als diese Meeresstraßen nicht im russischen Besitz sind. Dasselbe gilt für die Ostsee und das Schwarze Meer, die an und für sich eine dem Weltverkehr Rußlands günstige Lage haben. Leider besteht keine Aussicht, daß dieser Mangel der russischen Meeresküsten behoben werden könnte. Die Bedeutung der Seegrenzen wird durch ihre Diskontinuität weiter herabgemindert. Alle drei Meere Osteuropas, die Ostsee, das Weiße und das Schwarze Meer, sind voneinander und von dem fernen Osten weit getrennt. Rußland ist also gezwungen, mehrere Flotten zu halten.

Als Häfen, die für die Handelsschiffahrt überhaupt noch in Betracht kommen können, müssen die nur zur Hälfte des Jahres eisfreien Punkte Archangelsk, an der Murmanküste, Petersburg, das in der Ostsee allein Rußland verblieben ist, und die fast eisfreien Häfen des Schwarzen Meeres: Odessa, Sebastopol, Noworossijsk, Batum angesehen werden. Dazu kommen Wladiwostok und Nikolajewsk am Amur.

Die an sich geringe Bedeutung dieser Häfen für den Weltverkehr vermindert sich weiter durch ihre ungeheure Entfernung von den Zentralgebieten Rußlands. Es gibt z. B. in Westeuropa keinen Punkt, der mehr als 600 km von der Meeresküste entfernt liegt, in England übersteigt die Entfernung vom Meere 120 km nicht. Rußland hat nur ein kleines Gebiet in Osteuropa — zu dem Moskau schon nicht mehr gehört — für das westeuropäische Verhältnisse zutreffen, und nur im Amurgebiet, im fernen Osten, finden wir noch ähnliche Bedingungen. Ziehen wir in Rußland

Digitized by Google

den Küstengürtel, der alle Punkte umfaßt, die bis zu 1000 km (die höchstmögliche Grenze des Kontinentaltransports für einen wirtschaftlichen Handelsverkehr) vom nächsten der obengenannten mangelhaften Meereshäfen entfernt sind, so bleibt ein ungeheures Gebiet Sibiriens zwischen Ural- und Amurgebiet übrig, das fast zwei Drittel der gesamten Fläche Rußlands einnimmt.

Erweitern wir den Küstengürtel bis auf eine Entfernung von 1800 km (die größte Entfernung, die nach Tillo in anderen Kontinenten beobachtet wird), so ergibt sich, daß ein Gebiet zwischen Ob und Lena, beinahe die Hälfte Rußlands, nicht in diesen Gürtel fällt, also eine größere Entfernung vom Meere aufzuweisen hat als die Zentren aller anderen Erdteile. Die größte Entfernung in der Luftlinie zwischen dem Zentrum Eurasiens (nach Tillo) bei Kuldja in Ostturkestan und dem Meere beträgt 2600 km. Rechnen wir jetzt den Küstengürtel, auf die halbbrauchbaren russischen Häfen reduziert, bis zu dieser Entfernung, so bleibt ein großes Gebiet in Sibirien übrig, das von den Linien Taimyr-Bai—Balkaschsee-Altai und Lenamündung—Sajanisches Gebirge begrenzt wird, dessen sämtliche Orte von beiden verwendbaren Küsten Rußlands im Westen und Osten viel weiter entfernt sind, als das Zentrum Eurasiens von seiner nächsten Meeresküste. Dieses ungeheure Gebiet mit einem Flächenraum von fast drei Millionen qkm weist also eine äußerst ungünstige Lage zu den Weltverkehrsstraßen auf. Eine Prüfung der Festlandsgrenze, die eine Länge von 20 000 km hat und den dritten Teil der gesamten Grenzlinie Rußlands ausmacht, ergibt, daß auch ihre Entfernung von den Weltverkehrsstraßen, mit Ausnahme der westeuropäischen und der Pontischen Grenze, überaus ungünstig ist. — Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die gekennzeichneten Mängel der angrenzenden Meere und der Häfen, die Entfernung der russischen Festlandsgebiete von den Meeresküsten, die große Ausdehnung des Landes und das unentwickelte, mit Ausnahme von Westrußland für den Verkehr ungünstige Flußsystem (das gilt besonders für Sibirien und ist begründet in dem ebenen Charakter des Landes und seinen Klimaverhältnissen), Rußland kennzeichnen als ein Land mit äußerst ungünstiger Lage zu den Weltverkehrsstraßen. Daraus erklärt sich die Abgeschlossenheit des Landes, die vielleicht seine politische Selbständigkeit gegen äußere Eindringlinge schützt, aber gleichzeitig auch für lange Zeiten seinen kulturellen Rückstand garantiert.

Der glänzende Aufschwung der gesamten Welt setzte in dem Augenblicke ein, in dem dem Menschen die Überwindung der Ozeane gelang. Da erst begann die Ausbreitung der mittelländischen Kultur, denn nun stellten sowohl die Gebirgsgürtel Europas, als auch der Wüstengürtel Afrikas keine großen Hindernisse mehr dar. Seit dieser Zeit sind alle Küstengebiete der Kontinente

Digitized by Google

und Inseln, die nicht in den Polargürteln liegen, durch den Seeverkehr an der Weltentwicklung beteiligt. Die Zentralgebiete der Kontinente sind in ungünstiger Lage zurückgeblieben.

Der Luftverkehr, der erst seine ersten Schritte macht, bedeutet den Sieg des Menschen über den Luftozean und den Ausgleich von Meer und Festland in bezug auf das Verkehrsverfahren. Das Festland hat dabei vielleicht den Vorzug der größeren Sicherheit, und die Fortschritte der Luftfahrt im Hinblick auf Sicherheit und Tragfähigkeit des Flugzeuges werden zur Überwindung der Abgeschlossenheit und Rückständigkeit der Zentralgebiete der Kontinente beitragen. Rußland würde hier vor allem gewinnen, und der Sieg der Luftschiffahrt würde das Ende der Absonderung Rußlands bedeuten.

Die Bedeutung der Abgeschlossenheit Rußlands, die wir als erste geographische Besonderheit angesehen haben, wäre vielleicht für die kulturelle Entwicklung des Landes nicht so groß, wenn das geographische Milieu, d. h. die Naturverhältnisse, der Entwicklung des russischen Lebens günstiger wären, wie z. B. in Westeuropa, in China oder Indien; aber die aus dem großen Kontinentalitätsgrad des Klimas erklärlichen negativen Seiten der Natur bilden ein gewaltiges Hemmnis für den Kulturfortschritt des Landes. Ihr Wirken ist von so einschneidender Bedeutung, daß ich mich mit ihnen näher auseinandersetzen muß.

II.

Wenn wir von den geographischen oder den Naturverhältnissen eines Gebietes reden, so arbeiten wir mit dem Begriff der geographischen Landschaft, unter dem man verstehen muß: ein Gebiet, in dem der Charakter des Bodenaufbaues, des Klimas, der Boden- und Pflanzendecke und schließlich der menschlichen Kultur ein harmonisches Ganzes ergibt und sich in dem Raum der entsprechenden Zone der Erde wiederholt.

In den drei zur Betrachtung stehenden Ebenen des russischen Eurasiens ist das Gebirgsland, das bekanntlich die Mannigfaltigkeit der Klimaverhältnisse bedingt, nahezu ausgeschaltet; deshalb spielt in Rußland das Klima die Rolle des landschaftsbildenden Faktors, es ist als Hauptelement der Landschaft zu betrachten. Die ungeheuren russischen Ebenen zeigen besonders mit dem Wechsel der geographischen Breite sehr klar eine regelmäßige zonale Abwechslung der klimatischen Elemente. Das verursacht einen entsprechenden Wechsel der Boden- und Pflanzenzonen und damit auch der landwirtschaftlichen Provinzen. Rußland bietet ein einzigartiges Beispiel folgerichtiger zonaler Verteilung der Landschaften unter maßgebender Einwirkung des solaren Klimas.

Es ist deshalb gerechtfertigt, die Charakteristik der Klimaverhältnisse Rußlands in den Vordergrund zu stellen.

Digitized by Google

Die Betrachtung der Klimagesetzmäßigkeiten Rußlands muß sich hauptsächlich auf zwei klimatische Faktoren erstrecken, die sich in den russischen Ebenen auswirken. Der erste, der „solare Klimafaktor", wechselt seine Wirkungskraft (von astronomischen Ursachen abhängig) mit dem Breitengrad. Seine Wirkung ist rein thermisch und in Rußland anschaulich ausgeprägt durch die Abnahme der Temperatur mit der Breite, wodurch allein schon das Klima als streng kontinental gekennzeichnet wird.

Den zweiten klimatischen Faktor will ich als „atlantischen Klimafaktor" bezeichnen. Er ist dynamischer Herkunft und wird verursacht durch die allgemeine Zirkulation der Atmosphäre in dem gemäßigten Gürtel der Erde, die sich in der westlichen Richtung der herrschenden Winde auswirkt. Diese Richtung ist in den erwähnten russischen Ebenen in dem Grade vorherrschend, daß beinahe ganz Osteuropa und Westsibirien als das Gebiet der herrschenden Westwinde bezeichnet werden kann. Dieser „atlantische Klimafaktor" führt Rußland, besonders Osteuropa, die warmen feuchten Luftmassen aus dem Gebiet des Golfstromes zu und übt dadurch eine mildernde Wirkung auf das Klima Osteuropas aus. Diese Wirkung ist hauptsächlich hydrometeorologischer Natur und nimmt in östlicher Richtung ziemlich schnell ab. Unter der gemeinsamen Einwirkung dieser beiden Hauptfaktoren bilden sich in den verschiedenen Teilen des Landes verschiedene Klimatypen.

So nehmen z. B. die Jahresmittel der Temperatur von Süden nach Norden und von Westen nach Osten folgerichtig ab, und zwar schneller in der Breiten- als in der Längenrichtung. Der Breiten-Temperaturgradient ist ca. zehnmal so groß als der Längen-Temperaturgradient. Die niedrigste mittlere Jahrestemperatur findet man im Norden der sibirischen Tundra auf den Neusibirischen Inseln und auf dem Lande Nikolaus II. (— 20 °). Das höchste Jahresmittel der Temperatur weist Turkestan in der Nähe der afghanischen Grenze auf (+ 20 °).

Noch größer als im Jahre sind die Temperaturunterschiede im Januar. Der Breiten-Temperaturgradient ist wesentlich größer und erreicht sein Maximum in Ostsibirien. Die Abnahme der Temperatur ist im Winter von Westen nach Osten ebenfalls stärker als im Jahre, sie ist aber trotzdem geringer als die Breitenabnahme. Die niedrigste Temperatur des Winters treffen wir in Ostsibirien (— 50,5 °), wo sich im Gebiet von Werchojansk der sogenannte Kältepol befindet. Dort sind mit — 76 ° (nach Wild) die tiefsten Temperaturen der Erde beobachtet worden. Die wärmste Januartemperatur haben die Gebiete an der afghanischen Grenze (+ 4 °) und an der Batumküste (+ 6 °).

Im Gegensatz zum Winter sind die Temperaturverhältnisse des Sommers viel ausgeglichener. Zwar ist die Wirkung des solaren Klimafaktors auch jetzt an Breitentemperaturdifferenzen

Digitized by Google

erkennbar, sie ist aber weniger bedeutend als im Winter und im ganzen Jahr. Der Breiten-Temperaturgradient des Juli bleibt im Westen von Osteuropa derselbe wie im Winter; aber in Ostsibirien ist er viel geringer. Gleichzeitig zeigt der atlantische Klimafatkor eine umgekehrte Wirkung wie im Januar und im Verlauf des Jahres. Die Sommertemperatur nimmt von Westen nach Osten zu, Ostsibirien ist im Sommer wärmer als Osteuropa. Den kältesten Sommer haben Nordsibirien und die Polarinseln (+ 1 °), den wärmsten Juli hat Turkestan an der afghanischen Grenze (Kuschka + 35 °). Man trifft also in Rußland die kältesten Temperaturen der Erde (den Kältepol) und gleichzeitig gibt es Gebiete — Turkestan —, die im Sommer höhere Temperaturen haben als die Tropenzone (24—26 °). Bezüglich der Temperaturverhältnisse Rußlands würden wir zu folgendem Schluß kommen: Die Temperaturverhältnisse sind, bei allmählicher Änderung, je nach dem Gebiet, folgerichtig in den verschiedenen entgegengesetzten Teilen Rußlands sehr verschieden, und die Temperaturdifferenzen erreichen eine außerordentliche Größe.

Hinzu kommt noch eine andere Besonderheit des Wärmehaushaltes. Es sind die großen Temperaturdifferenzen an demselben Ort im Laufe der Jahreszeiten, d. h. die großen Jahresschwankungen der Temperatur oder die jährliche Amplitude der Temperatur, die charakteristisch ist für die kontinentalen Klimate. Rußland besitzt das kontinentalste Klima der Erde. Die Jahresschwankungen der Temperatur nehmen allmählich vom Westen Osteuropas (24 °) nach Osten zu und erreichen bei Werchojansk die Größe von ca. 70 °. Dieser hohe Grad der Kontinentalität des russischen Klimas steht in engstem Zusammenhang mit dem „atlantischen Klimafaktor", er wächst mit der Entfernung nach Osten, mit der allmählichen Abnahme der mildernden Wirkung des warmen Golfstromes.

Alle diese Eigentümlichkeiten des russischen Wärmehaushaltes geben dem Klima den Charakter scharfer Gegensätzlichkeit.

Die Niederschläge, nach der Temperatur das wichtigste Klimaelement für das organische und wirtschafliche Leben, sind nicht weniger abhängig von dem Golfstrom und den herrschenden Westwinden. Schalten wir die Grenzgebiete Rußlands mit stärkerer Beregnung, wie die Pontischen Küsten der Krim und des Kaukasus, mit mittelländischem und subtropischem Klima, die Küsten des Stillen Ozeans mit Monsumklima, aus unserer Betrachtung aus, so ergibt sich ein ziemlich einfaches Bild der Niederschlagsverteilung. Die maximalen Jahresmengen der Niederschläge erhält die osteuropäische Ebene. In ihrem westlichen Teil beträgt der Mittelwert auf der Linie Petersburg—Odessa 500 mm. Östlich dieser Linie, zwischen dem 50.—60. Breitengrad,

Digitized by Google

über den Ural hinaus nach Sibirien, nimmt die Niederschlagshöhe allmählich ab und erreicht 500 mm im Jahre nicht. Besonders auffallend ist ihre Abnahme in der Richtung von Westen nach Ostsibirien (weniger als 200 mm) und nach Turkestan (unter 100 mm). In Osteuropa treffen wir also ein Gebiet maximaler Bewässerung, das wir als „atlantischen Keil der maximalen Niederschläge Osteuropas" bezeichnen. Die Basis dieses Keils ist nach Westen, seine Spitze zum Ural gewendet. Zwischen dem 50. und 60. Breitengrad setzt sich der Keil der maximalen Niederschläge nach Sibirien hinein fort, die Niederschlagshöhe fällt aber nach Osten zu von 500 mm auf 400 und 300 mm. Der Niederschlagsgürtel zwischen dem 50. und 60. Breitengrad, von dem aus die Regenmengen nach Süden und Norden abnehmen, läßt sich nach Westen bis zum Atlantik verfolgen, dem er seine Entstehung verdankt. Er darf deshalb auch als „atlantischer Breitengürtel der maximalen Niederschläge Eurasiens" bezeichnet werden.

Die Betrachtung der Niederschläge zeitigt also in gewisser Hinsicht ähnliche Resultate, wie die der Temperaturverteilung. Die Niederschlagsmengen des Jahres zeigen unter allmählicher Abnahme von Westen nach Osten und besonders von Norden nach Süden und Südosten große Differenzen.

Das Maximum der Niederschläge im Jahre erhält die Batumküste (2500 mm), das Minimum die Tundrenzone und das Tiefland von Turan. In den Südwüsten von Turkestan fallen im Sommer und in den sogenannten Nordwüsten, den Tundren, im Winter kaum 10 mm.

Die meisten Gebiete des russischen Tieflandgürtels haben ein Sommermaximum der Niederschläge, aber im Frühjahr, dem Beginn der Vegetationszeit, wenn die Kulturpflanzen das meiste Wasser nötig haben, ist Mangel an Niederschlägen.

Die Hauptverteilung der Niederschläge bleibt in den Jahreszeiten ungefähr dieselbe wie im Jahr, aber mit dem Unterschied, daß die Differenz der Verteilung sich im Winter in der Richtung nach Ostsibirien und im Sommer nach Turkestan vergrößert. Die Gesetzmäßigkeiten der Hauptelemente des russischen Klimas: Temperatur, Temperaturamplituden und Niederschläge sind damit in kurzen Zügen umrissen. Bringen wir diese nun in Verbindung mit den sekundären Lokalfaktoren des Klimas, so ergeben sich die Klimate von 5 Landschaftszonen, die in dem russischen Tieflandsgürtel deutlich zu unterscheiden sind.

Der Klassifikation von L. Berg folgend, treffen wir im Norden das Tundrenklima, dann das Klima der Tajga oder das sibirische Klima, dann das Klima des Eichenwaldes, das Steppenklima und das Klima der außertropischen Wüsten mit kaltem Winter. Hinzu kommen noch zwei schon früher erwähnte Klimaprovinzen, die im Süden außerhalb des russischen Tieflandgürtels

Digitized by Google

liegen, aber auch den Klimaten der Niederungen des Landes zugerechnet werden.

Die gesamte Fläche Rußlands läßt sich unter diese 7 Klimaprovinzen aufteilen, die alle Klimate der gemäßigten Zone, teilweise auch die der Polar- und subtropischen Zone umfassen. Es fehlen nur 3 Typen aus der Klassifikation der Niederungsklimate der Erde (nach L. Berg), und zwar das Klima der subtropischen Wüsten mit warmen Wintern (Sahara) und zwei Klimate tropischer Gebiete.

Die Beschreibung der Klimaverhältnisse Rußlands wäre unvollständig, wenn man nicht auf die klimatischen Mängel eingehen wollte, die besonders der Landwirtschaft schaden und dadurch auf die gesamte russische Kultur und das russische Leben einwirken. Der Einfluß dieser Klimaexzesse ist so groß, daß man sie als zweite geographische Hauptbesonderheit Rußlands bezeichnen und ihnen größte Beachtung schenken muß.

Die „Lebensdichte" der Pflanzenwelt ist am größten im Eichenklima, von dort nimmt sie nach Norden und Süden ab. Die Abnahme nach Norden (Laubwald, Nadelwald, Tundrenvegetation) wird verursacht durch die Verminderung der Niederschläge und das Sinken der Temperatur. Die Abnahme der Lebensdichte nach Süden (Laubwald, Steppe, Wüstenvegetation) wird verursacht durch die Abnahme der Niederschläge bei zunehmender Temperatur. Die nördlichen Waldgrenzen werden bestimmt durch Wärmemangel bei reichlich vorhandenem Wasser, die südlichen durch Wassermangel bei hohem Wärmegrade. Dem thermischen Klimaexzeß verdanken also die Tundren im Norden, dem hydrologischen Klimaexzeß die Wüsten im Süden ihre Existenz.

Denselben Gesetzmäßigkeiten ist in Rußland die Intensität des Bodenbildungsprozesses unterworfen. Sein Hauptmerkmal ist der Gehalt an Humus, der in der Schwarzerde am größten ist (in den üppigen Schwarzerden über 10 %, in den sogenannten schokoladenfarbigen Schwarzerden bis 6 %), und im Süden und Norden beinahe vollständig fehlt. Das Vorhandensein von Humus bedingt die Fruchtbarkeit des Bodens, ist also in landwirtschaftlicher Hinsicht von großer Bedeutung. Die erwähnten Klimaexzesse gehören deshalb mit zu den Ursachen der Unfruchtbarkeit der nördlichen und südlichen Gebiete Rußlands.

In Ostsibirien wirken sich vor allem thermische Klimaexzesse aus. Aber gleichzeitig hat das ganze Gebiet, einschließlich der dem Monsumklima unterworfenen Ozeanküste, Winterdürren und zeichnet sich durch beinahe totale Schneearmut aus. Das ruft ein tiefes Einfrieren des Bodens und die Bildung einer ewigen Frostbodenschicht hervor. Der Frostboden hat in Sibirien eine große Ausdehnung (ca. 6 Millionen qkm) und er ist, nach Tanfiliews Meinung, die Ursache dafür, daß in der Tundra der Wald vollständig fehlt; denn der Torfboden taut dort sogar in

Digitized by Google

der Sommerzeit nur bis in die geringe Tiefe von 35—40 cm auf. Die dünne Schneedecke oder ihr vollständiges Fehlen macht den Anbau von Winterkulturpflanzen, der in Osteuropa und Westsibirien bei wesentlich stärkerer Schneedecke betrieben werden kann, ganz unmöglich.

Strenge und lange Winter sind ein charakteristisches Merkmal des russischen Klimas. Das ist ein negativer Faktor, der für die Landwirtschaft äußerst wichtig ist; denn er bedingt die Vegetationsdauer[2]). Mit Ausnahme kleiner Gebiete an den Küsten des Schwarzen Meeres und im südlichen Teil des Tieflandes ist der Winter in allen Ackerbaugebieten Rußlands sehr streng. Sogar die Turkestanwüste, die im Sommer heißer ist als tropische Gebiete, hat ein absolutes Minimum von — 20° (Sultan-Bend), bei einer Januartemperatur von — 10°. Den Kältepol in Ostsibirien haben wir schon erwähnt, und es bleibt noch zu bemerken, daß in Rußland, mit Ausnahme der Batumküste, kein Ort ein geringeres Temperaturminimum als — 20° aufzuweisen hat. Dazu kommt noch die Länge des Winters, die ersichtlich wird aus einer von A. Schönrock vor einigen Jahren ausgeführten Untersuchung über die Zahl der Frosttage im Jahre. Diese Zahl beträgt im äußersten Norden Osteuropas 230 Tage, die Pflanzenwelt der Tundren und der Nordtajga wird also zu einem achtmonatlichen Winterschlaf gezwungen. Im Norden Sibiriens ist die Zahl der Frosttage mit 280 noch größer. In Osteuropa fällt die Zahl in südwestlicher Richtung bis auf 200 und erreicht hier ungefähr die Linie Petrosawodsk—Perm—Tobolsk—Tomsk—Nordspitze des Baikalsees—Nikolajewsk am Amur. Südlich und südwestlich dieser Linie vermindert sich die Zahl der Frosttage weiter und erreicht an den Küsten des Schwarzen und Asowschen Meeres mit 120 Tagen die untere Grenze (dagegen hat Hamburg ca. 240 und Erfurt 170 frostfreie Tage).

Danach muß man annehmen, daß fast ganz Sibirien nicht mehr als 150 Vegetationstage (mit einem Tagesmittel über 5°) hat, und daß die Vegetationsdauer im Süden Osteuropas 200 Tage beträgt (Erfurt hat dagegen 213 Tage), mit Ausnahme kleiner Gebiete im äußersten Süden und in Turkestan, die eine Vegetationsperiode von mehr als 200 Tagen haben. Im Norden der Tundren, auf Nowaja-Semlja und auf Spitzbergen beträgt die Vegetationsdauer nur 2 Monate. im fernsten Norden Sibiriens — Taimyrhalbinsel — nur 10 Wochen.

Das alles bedeutet, daß die Landwirtschaft Rußlands in Osteuropa, in den Steppen im Süden, in mehr als 4 Monaten, im Tajgagebiet bis zu 9 Monaten an den Feldarbeiten verhindert ist.

---

[2]) Der Begriff der Vegetationsdauer oder -periode deckt sich in Westeuropa in der Regel mit dem der frostfreien Zeit. In Osteuropa versteht man darunter gewöhnlich die Periode mit einem Tagesmittel über 5°, einen Zeitraum, in dem die Nachtfröste noch häufig sind und der wesentlich, meist um 1½ bis 2 Monate länger ist als die frostfreie Zeit.

Digitized by Google

Sie ist also gezwungen, einen entsprechend langen Winterschlaf zu halten oder auf dem Lande und in den Städten anderen Gewerben nachzugehen. Selbst in dem Gebiete, das die für den Ackerbau günstigsten Klima- und Bodenverhältnisse aufweist, in den Zentralgouvernements zwischen dem Dnjepr und Don, ist der Landwirt gezwungen, ein halbes Jahr zu feiern. Der deutsche Landwirt hat dagegen 8—9 Monate für die Feldarbeit zur Verfügung.

Die hohe Schneedecke, die sich in den größten Teilen Rußlands vorfindet, unterstützt die niedrigen Temperaturen der kalten Jahreshälfte. Im Durchschnitt bleibt eine ziemlich hohe Schneedecke ein halbes Jahr lang liegen. Die Dauer der Schneedecke schwankt zwischen 200 Tagen im Tundrengebiet und 20 Tagen an der Küste des Schwarzen Meeres. Sie nimmt in südwestlicher Richtung, parallel mit den Frosttagen in Osteuropa, ab.

Zu den unangenehmen Seiten des Wärmehaushaltes Rußlands gehören auch die Nachtfröste. Unter den kontinentalen Bedingungen des Klimas beginnt der Frühling später als an den westlichen Küsten Eurasiens, aber das Tempo des Erwachens der Natur ist bedeutend beschleunigter. Bringen während dieser Zeit Kältewellen stärkere Nachtfröste, so richten diese ungeheuren Schaden unter den jungen, unentwickelten Sprößlingen der Getreidefelder und besonders unter den Obstbaumblüten und in den Weinbergen Südrußlands an.

Leider stehen die hydrologischen Klimamängel den thermischen an schädlicher Wirkung wenig nach und bereiten dem russischen Landwirt viele Sorgen. Als hydrologische Klimaexzesse müssen wir den Wasserüberfluß im Norden und den Wassermangel des Südens ansehen. Der Wasserüberfluß, der nicht durch Niederschläge, sondern durch große relative Luftfeuchtigkeit verursacht wird, begünstigt in der Tundra, in der nördlichen Tajgazone, im Nordwesten Europas, in Poleßje und in Westsibirien die Bildung riesiger Sümpfe und Moore. Die genannten Gebiete fallen unter die Kategorie der Ödländer, die verbesserungsfähig sind. Sie besitzen aber einen so enormen Umfang, daß ihre Urbarmachung, die nur der Staat ausführen könnte, so ungeheure Kosten verursachen würde, daß an die Verwirklichung dieses Planes noch lange Zeit nicht zu denken ist.

Größeren Schaden verursacht aber noch der Wassermangel im Süden und Südosten Osteuropas und in dem Tiefland von Turan. Das ist das Gebiet südlich der Brounoffschen Achse, die er als Achse des subtropischen Hochdruckerdgürtels bezeichnet. und in dem trockene kontinentale Ostwinde vorherrschen. In der Tundrenzone kann man eigentlich, der verhältnismäßig niedrigen Temperatur und der geringen Verdunstung wegen, nicht von Dürren sprechen, obwohl dort weniger als 200 mm Niederschläge fallen; aber die erwähnten Teile Osteuropas und Turkestans leiden gerade während der Vegetationszeit unter großem

Digitized by Google

Wassermangel. Besonders spärliche Niederschläge hat Turkestan. Hier fällt, bei an sich kleinen Jahresmengen, in manchem Sommer, also während der Vegetationszeit, nicht ein Tropfen Regen (das Gebiet der Hungersteppe hat nur eine jährliche Niederschlagshöhe von 70 mm aufzuweisen). Die Hitze ist hier aber größer als in den Tropen und in allen anderen Teilen Rußlands. Die Sonne verbrennt die Gräser, und es ist kein Wunder, daß hier Wüsten entstehen. In nördlicher und nordwestlicher Richtung, nach den Steppen des Südostens zu, bessern sich allmählich die hydrometeorologischen Bedingungen, und wir treffen zunächst auf die Kastanien- und Schwarzerdsteppen. Hier erreichen die Niederschläge eine Höhe von 200—400 mm, die ausreichend ist für eine extensive Landwirtschaft und zur Erzielung einer Mittelernte von 10—15 Zentner pro Hektar. Nach den Berechnungen russischer Ökonomen wäre eine solche Ernte schon bei 100 mm Regenhöhe zu erzielen, wenn diese Menge von den Pflanzen vollständig ausgenützt würde. Den vollkommenen Verbrauch der Niederschläge hindern aber die große Hitze und die unregelmäßige Verteilung der Regen während des Jahres, besonders im Sommer. Das Maximum tritt zwar im Sommer ein, aber das Frühjahr ist gewöhnlich trocken. Die Frühjahrs- und auch die Sommerdürren sind manchmal sehr lang. Im Jahre 1921, dem Jahr der ungeheuren Hungersnot, die in solchem Ausmaße in der Geschichte Rußlands bisher unbekannt war, erstreckte sie sich über 3 Monate. Unter diesen Klimamängeln leidet fast das ganze Steppengebiet, besonders der ganze südliche und südöstliche Teil Osteuropas, der gewöhnlich der Kornkammer Rußlands zugerechnet wird.

Die Dürren Osteuropas sind gewöhnlich von dem sogenannten „Suhovej", einem heißen Winde, begleitet. Dieser kommt aus Zentralasien, aus den Gebieten von Turan und Iran. Er steigert bei einer großen Windgeschwindigkeit (bis 16 mt/sec.) die Lufttemperatur bis auf 40° und vermindert die relative Feuchtigkeit bis unter 15 % (mittags bis auf 8 %). Dieser heiße Wind dauert manchmal Wochen, vertrocknet und verbrennt die Gräser und vernichtet die ganze Ernte. Häufig ist er von Staubfinsternissen und Staubnebeln begleitet. Als andere Folge der Dürre müssen wir auch das Erscheinen großer Heuschreckenschwärme ansehen, die dann die Felder kahl fressen.

Häufig treten neben der Dürre in den Steppen heftige Platzregen auf, die von Gewittern und Hagelschlag begleitet sind. Sie heben die Wirkung der Dürre kaum auf, denn bei Platzregen sickert das Wasser nicht tief in den Boden ein, sondern schwemmt ihn fort und reißt tiefe Furchen hinein.

Bessere Regenverhältnisse hat das Gebiet des atlantischen Keils der maximalen Niederschläge Osteuropas, wo die Ernten beständiger sind. Aber auch hier ist die Verteilung der Sommerregen ungünstig, denn die Getreidefelder leiden unter dem

Digitized by Google

Mangel an Juniregen, das Einbringen der Ernte unter den zu zahlreichen Regen in der 2. Sommerhälfte. Deutlich erkennbar wird dies aus den Arbeiten von W. Doppelmayr über das Gebiet von Petersburg, Estland, Lettland und das große Seengebiet, trotzdem dort die Niederschläge noch am reichlichtsen und regelmäßigsten fallen. Die Jahre mit günstigsten Regenbedingungen, d. h. mit reichlichem Juniregen, sind relativ selten. Günstig ist eine Regenhöhe im Juni von über 70 mm; dann beträgt die Kleernte 120—180 Zentner pro Hektar. In 56 % aller Fälle erreichen aber die Niederschläge solche Höhe nicht und schwanken zwischen 8 und 50 mm. Große Dürren und geringe Kleernten von 40—60 Zentner pro Hektar sind die Folge.

Je kontinentaler das Klima nach Osten und Süden zu wird, um so schlimmer gestalten sich die Regenverhältnisse, um so häufiger treten Dürren auf. Selbst im Waldklima Rußlands leidet der Ackerbau unter diesen feindlichen Elementen, die alle fortschrittlichen Maßnahmen verhindern, denn sie bedeuten für die Kapitalsanlage, die eine intensive Wirtschaftsform erfordert, einen Faktor großer Unsicherheit.

Die durch Wasserüberfluß, von dem schon im Zusammenhang mit den riesigen Sumpf- und Moorstrecken die Rede war, hervorgerufenen Schäden sind nicht weniger bedeutungsvoll. Die enormen Frühjahrshochwasser der Flüsse, besonders der großen südlichen Ströme Dnjepr, Don und Wolga, überschwemmen in einer Breite von vielen Kilometern die niedrigen Ufer und verursachen dadurch Schäden im größten Ausmaße. Die Frühjahrsüberschwemmungen haben in dem schnellen und plötzlichen Eintritt des Frühlings und der Schneeschmelze ihre Ursache. Die an den Stromufern liegenden Gebiete können aus diesem Grunde nicht rentabel ausgenutzt werden. Die Ströme, die in meridionaler Richtung nach Süden fließen, befreien sich vom Unterlauf aus allmählich von der Eisdecke. Bei den nordwärts fließenden Strömen ist das Gegenteil der Fall. Bei ihnen tritt gewöhnlich Eisstauung ein, die im Norden ebenfalls große Überschwemmungen verursacht. Der rasche Abfluß im Frühjahr trägt dazu bei, daß der Boden nicht genügend tief durchfeuchtet wird, was natürlich auch ein Mangel für den Ackerbau ist.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die kurz charakterisierten Klimaexzesse der russischen Ackerbaukultur großen Schaden zufügen und ihre Entwicklung und damit die des ganzen kulturellen Lebens Rußlands hemmen, was noch klarer wird, wenn wir auf die Beziehungen zwischen klimatischen Verhältnissen und Wirtschaftsformen Rußlands eingehen.

Auf die russischen Zustände treffen die „Wirtschaftsformen der Erde" von E. Hann zu. Er unterscheidet bekanntlich 7 Hauptformen der Wirtschaft nach der Erzeugung der Rohstoffe. Von diesen 7 Formen sind in Rußland 3 vorhanden, der zweite höhere Typus der Sammelwirtschaft, dessen Kennzeichen

Digitized by Google

Fischerei und Jagd sind, der vierte Typus mit dem Kennzeichen der Viehzucht bei Hirtenvölkern, und der sechste Typus, unter dem er die Pflugkultur oder die europäische Kulturform versteht.

In großen Zügen ist die geographische Reihenfolge dieser 3 Formen der russischen Wirtschaft erkennbar. Die niedrigste Form der Erwerbswirtschaft, die sich auf Fischfang und Jagd stützt und damit Renntierzucht und Keime von Ackerbau verbindet, finden wir in den Küstenländern des Eismeeres, in den Tundren und im Nordtajgaland bis ungefähr zum 65. Breitengrad.

Südlich des 60. (bis 65.) Breitengrades liegt die Hauptzone der Pflugkultur. Sie umfaßt die Tajga-, Eichen- und Steppen-Klimagürtel und dehnt sich bis zur Schwarzmeerküste, den Vorgebirgen der Krim und des Kaukasus, also ungefähr bis zum 45. bis 50. Breitengrad aus. Südlich dieser Grenze liegt das Gebiet der höheren Kulturpflanzen: Baumwolle, Weintraube, Tabak, Aprikose, Pfirsich usw. Weiter nach Osten wird die südliche Grenze des Pflugkulturgürtels durch das Klima der binnenländischen Steppen und Wüsten Zentralasiens gebildet, der alten Heimat der Hirten- und Nomadenvölker. Die Nordgrenze der Nomadenzone liegt ungefähr auf dem 50. Breitengrad und wird von den Halbwüsten von Astrachan und den südlichen Kirgisensteppen gebildet.

Die Grenzen der höchsten Kulturform, der Pflugkultur, werden also im Norden bestimmt durch den Wärmemangel bei reichlich vorhandenem Wasser und im Süden durch Wassermangel bei reichlich vorhandener Wärme.

Es finden sich in Rußland auch noch Spuren anderer Wirtschaftsformen, der Hackwirtschaft an den Pflugkulturgrenzen und der Plantagenwirtschaft in den Gegenden mit künstlicher Bewässerung.

Diese Tatsache des Vorhandenseins verschiedener Wirtschaftsformen, die natürlich große Verschiedenheiten in den sekundären Kulturzweigen, im Geistesleben und in den Lebensarten bedingen, macht es erklärlich, daß die russische Kultur (Kultur im ethnographischen Sinne des Wortes und nicht als geistige Betätigung der oberen intelligenten Schicht zu verstehen) nicht gleichartig oder monogen ist, obwohl die Pflugkultur ihrer Verbreitung und Bedeutung nach (besonders für das staatliche Budget) den weitaus größten Raum einnimmt.

In noch größter Abhängigkeit von der Verteilung der Klimaexzesse steht ein Element der Landwirtschaft und der Gesamtkultur: die Bodennutzung. Rußlands europäisches Gebiet ist in folgender Weise aufgeteilt: 33 % der gesamten Fläche werden von Wald bedeckt (39 % des ganzen Reiches); 26 % werden für den Ackerbau und Gartenbau ausgenutzt; das Ödland bedeckt 25 % und das Grasland 16 %.

Das ganze nördliche Gebiet der Tundren und der nördliche Teil der Tajga in Osteuropa bestehen vorwiegend aus Ödland, nur

Digitized by Google

5 % sind Ackerland. Diese nördliche Ödlandregion hat die niedrigste Volksdichte, auf 10 qkm wohnen ungefähr 6 Menschen. Nach dem Ödland nimmt der Wald den größten Prozentsatz ein, dann folgt die Grasflur.

In der nächsten Zone, die bis zum Waldsteppengebiet reicht, steht der Wald an erster Stelle. Ihr nördlicher Teil hat noch viel Ödland, im südlichen herrscht das Ackerland vor. Diese Zone hat eine durchschnittliche Volksdichte von 21—55 auf 1 qkm.

Es folgt die Region der Waldsteppen und der Steppen. Hier überwiegt das Ackerland bei weitem, die Volksdichte beträgt durchschnittlich 55. Im südwestlichen Teil nimmt das Ackerland 68 % der Fläche ein und die Volksdichte ist noch größer (in der Ukraine ca. 80). Daran schließt sich im Süden die Region der südlichen Ödländer, die neben einem hohen Prozentsatz Ödland große Grasflächen und wenig Ackerland besitzt. Die Volksdichte ist viel geringer (unter 20) als in dem nördlichen Nachbargebiet.

Im Südteil der Tajgazone, in der ganzen Eichenzone und dem Nordteil der Steppen, also in der Region des atlantischen Keils der maximalen Niederschläge Osteuropas, sind Volksdichte und Anbaufläche am größten. Je weiter man sich in diesem Distrikt nach Süden begibt, um so mehr nimmt das Waldland ab und die angebaute Fläche zu. Nördlich und südlich dieser mittleren Wirtschaftszone sinken mit der Verschlechterung der Klima- und Bodenverhältnisse Volksdichte und Prozentsatz des Ackerlandes.

Interessant ist ein Vergleich mit der Bodenbenutzung in anderen europäischen Staaten. Den größten Prozentsatz an Ackerland hat Frankreich (58 %), es folgen Deutschland (50 %), Italien (42 %) und das höchstindustrielle Belgien (44 %). Rußland folgt erst an 11. Stelle, während es in der Reihe der Staaten mit großen Ödländern nach Norwegen (75 %), Finnland (43 %), Schweden und Portugal den 5. Platz einnimmt.

Das Beispiel Rußlands zeigt den engen Zusammenhang zwischen Naturverhältnissen, Bodenbenutzung und Volksdichte in einem Agrarland. Man kann weiter behaupten, daß in Rußland, wie auch in anderen Ländern, die Dichte der Landbevölkerung um so größer ist, je größer die Niederschlagsmengen sind. Die südlichen Teile des Laubwaldes, die südwestlichen der Steppenzone und die Gebiete an der oberen Weichsel, in Wolhynien und Podolien, wo die Niederschläge am reichlichsten und regelmäßigsten fallen, haben auch die größte Volksdichte. Dies zusammenhängend besiedelte Gebiet Rußlands oder des „atlantischen Keils der maximalen Niederschläge Osteuropas" kann man als Stamm- oder Mutterland des Reiches bezeichnen. Genau der dritte Teil des europäischen Rußlands und fast das ganze Sibirien liegen außerhalb der zusammenhängend besiedelten Regionen der Erde und werden für das Reich durch die Größe und die exzessive Natur ihrer Fläche eher eine Last als durch die Zahl

Digitized by Google

ihrer Bewohner eine Stärkung. Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich in Britisch-Indien, einem ausgesprochenen Agrarland, und in den Vereinigten Staaten, obwohl diese nur ein Halbagrarstaat sind. Selbst England fiel in der Zeit der Naturalwirtschaft bis ins 19. Jahrhundert hinein unter dies Gesetz.

Das Problem des Einflusses der Natur und des Klimas speziell auf die Entwicklung der russischen Landwirtschaft, ihren Rückstand und ihr Ackerbausystem könnte besser beleuchtet werden, wenn man die sozialökonomischen Verhältnisse im Zusammenhang mit den Naturbedingungen betrachten würde. Der beschränkte Raum gestattet nicht, auf dieses große Gebiet der russischen Geopolitik näher einzugehen. Man muß sich darauf beschränken zu betonen, daß außer den historischen und sozialpolitischen Elementen die geographischen Elemente, besonders die klimatischen Verhältnisse eine entscheidende Rolle in der Frage des Ackerbausystems und damit überhaupt in der ganzen russischen Kultur gespielt haben. Die Klimaverhältnisse hindern die Entwicklung des Ackerbausystems, weil sie den Übergang von der Dreifelder- zur Fruchtwechselwirtschaft fast unmöglich machen, denn die für das letzte Wirtschaftssystem erforderlichen Kleefelder erleiden besonders große Schäden durch das Klima, wie Doppelmayr zeigt.

Um einen Vergleich der Ackerbaukultur in den westeuropäischen Staaten und Rußland recht verstehen zu können, müssen wir in erster Linie die Klimabedingungen vergleichen. Ein Klimastudium Westeuropas läßt sich hier nicht ausführen. Von allen Ländern kann man aber sagen, daß sie ein milderes Klima haben als Rußland, ohne große Amplituden (kleiner als 20°), warme oder gemäßigte Winter, gemäßigte Sommer, reichlichere und regelmäßigere Niederschläge und viel längere Vegetationsperioden. Die Pflanzenwelt hat nur eine Winterruhe von 1 bis 3 Monaten. Also schon in Westeuropa sind die Klimaverhältnisse für die Landwirtschaft bedeutend günstiger. Mit den subtropischen und tropischen Klimaten ist ein Vergleich kaum noch möglich. In Java, Indien und China, wo oft mehrere Ernten im Jahre möglich sind, ernährt 1 ha Reisfeld 10 Menschen. Rußland erreicht in dieser Hinsicht nicht einmal Westeuropa, wo 1 ha ungefähr 3 Menschen ernährt.

Die für die Landwirtschaft, besonders für den Ackerbau günstigen Klimabedingungen kennzeichnet Woeikoff, der bekannte russische Klimatologe, in folgender Weise: Die Amplitude des jährlichen Temperaturganges soll 20° nicht übersteigen und die mittlere Jahrestemperatur wenigstens 8° betragen, wie das in Südschottland und in den schlesischen Ebenen der Fall ist. Die Jahrestemperatur dieser Gegenden ist höher als in Ostpreußen und in den meisten Teilen Rußlands. Hierbei reifen Gerste, Hafer und Roggen, aber kein Weizen. Dieser kann sogar in

Digitized by Google

West- und Nordschottland nicht angebaut werden, trotz vieler Versuche, die mit schnellreifenden Arten ausgeführt wurden. Als günstige Bedingungen für eine niedrige Ackerbaukultur (und in Rußland herrscht auf allen Bauernwirtschaften, die 96 % allen Ackerlandes einnehmen, das rückständige Brach- oder Dreifeldersystem) muß man folgende ansehen: Bei einer Jahresamplitude von 10° soll die Julitemperatur nur 14,5° und die mittlere Jahrestemperatur 9,5° betragen, wie in einigen Gegenden Süddeutschlands, wo der Weizen noch reift.

Für die Kultur, besonders in bezug auf die menschliche Gesundheit und die höchste Entfaltung menschlicher Energie und Tätigkeit, verlangt der bekannte amerikanische Antropogeograph Huntington ähnliche Verhältnisse, wie die oben geschilderten: Milde Winter mit geringen Frösten, mäßig warme Sommer, deren Temperaturen 75° F (oder 23,5° C) selten übersteigen, bei beständigem Durchgang von mäßigen Zyklonen und mäßiger Veränderlichkeit des Wetters von Tag zu Tag.

Die geschilderten Klimaverhältnisse Rußlands zeigen alle diese Merkmale nicht. Das Klima weist äußerst scharfe Gegensätze auf, die nur unter dem größten Grad von Kontinentalität möglich sind; die atmosphärische Tätigkeit, die im Westen Europas am stärksten ist, ist in Rußland verhältnismäßig gering. Große Teile Rußlands, besonders Ostsibirien im Winter und Turkestan im Sommer, sind fast ohne Zyklonentätigkeit, also sozusagen wetterlos.

In dem Gebiete des „atlantischen Keils der maximalen Bewässerung Osteuropas" sind die Klima- und Witterungsverhältnisse sowohl für die Pflanzenwelt (Laubwald) und die Landwirtschaft (intensive Form), wie für den menschlichen Organismus, seine Gesundheit und Energieentwicklung (größte Volksdichte) und infolgedessen für die gesamte Kultur Rußlands am besten. Hier befindet sich die uralte Wiege der russischen Geschichte.

Verfolgen wir nach der Huntingtonschen Methode die Parallele zwischen Zivilisation und Klimaten weiter, so zeigt sich, daß das Gebiet des atlantischen Keiles der maximalen Bewässerung Osteuropas tatsächlich den größten Zivilisationsgrad aufweist, der nach E. Huntington von 80 (westliche Teile Osteuropas) bis auf 50 (Ural) sinkt und in einer dem Keil sehr ähnlichen Form verläuft. Das ist also der Keil, welcher der europäischen oder atlantischen Kulturwelt einen Weg nach Osten bahnt und das Licht der Wissenschaft und Technik zur Bekämpfung der strengen Natur über den Ural hinaus in die wilde Dämmerung Subpolariens trägt.

Digitized by Google

Zum Schluß möchte ich die Ergebnisse meiner Ausführungen über die Klimaverhältnisse Rußlands kurz zusammenfassen.

1. Infolge der Kontinuität des Gürtels der russischen Ebene, ihrer ungeheuren Ausdehnung und des fast vollständigen Fehlens von Gebirgen, ist das Klima der Hauptfaktor der Landschaftsbildung. Es wirkt sich unter den ebenen Bedingungen Rußlands in zonaler Form, vor allem in Richtung der Breitengrade aus und ist dem Einfluß des solaren und des atlantischen Klimafaktors unterworfen.
2. Die gesetzmäßige Reihenfolge der klimatischen Breitenzonen ist von einer entsprechenden Ordnung der Landschaften mit gleichen Boden-, Vegetations-, demographischen und wirtschaftskulturellen Elementen begleitet.
3. Fast der vierte Teil des europäischen Gebietes Rußlands ist Ödland, dessen geographisches Milieu, Bodenarten und Klima, mit dem scharfen Wärmemangel im Norden und dem Wassermangel im Süden, jeder Kultur direkt feindlich sind, woraus sich das Vorhandensein der Tundren im Norden und der Wüstengürtel im Süden erklärt.
4. Das Klima der ebenen Teile Rußlands zeigt entweder dieselben, den Ackerbau schädigenden Eigenschaften und erzwingt in der Nordtajga und den Südsteppen den Übergang zu naturvölkischen Wirtschaftsformen, oder das Klima hemmt den Ackerbau bedeutend, wie in fast allen übrigen Teilen der mittleren Waldsteppenzone, die den größten und besten Teil der Anbaufläche Rußlands einnimmt, und deren Hauptproduktion mit 85 % in Osteuropa stattfindet.
5. Die Klimaexzesse der Ackerbauzone erklären sich meist durch äußerste Kontinentalität und lassen sich auf folgende Weise zusammenstellen:
   a) Scharfe Übergänge der Temperatur vom Sommer zum Winter und vom Tag zur Nacht,
   b) allgemein verbreitete, scharfe und lange Winter, besonders in Ostsibirien, heiße Sommer im Süden,
   c) Schneearmut Sibiriens und große Ausdehnung des ewig gefrorenen Bodens,
   d) Mangel an Niederschlägen im Süden und Südosten Osteuropas, den Gegenden mit fruchtbarstem Boden;
   e) Ungleichartigkeit des Niederschlagshaushaltes in dem ganzen Ackerbaugebiet und Regenmangel im Frühjahr und Frühsommer (sogar in der Gegend des atlantischen Keils der maximalen Niederschläge Osteuropas), was den Futterpflanzen, Klee und Luzerne, die für den Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft sehr notwendig sind, schadet,
   f) außergewöhnlich kurze Vegetationsdauer von drei bis fünf Monaten,

Digitized by Google

g) Dürre, heiße Winde, Staubnebel, Platzregen und Hagelschläge im Süden und Südosten und allgemein verbreitete starke Nachtfröste.

6. Diese Klimaexzesse hindern die zusammenhängende Besiedlung von zwei Dritteln des russischen Territoriums und stempeln die Kulturpflanzen in Rußland zu einer „Witterungsformation", die sehr unbeständig ist und geringe Ernteerträge liefert. Dadurch lohnen die Kosten einer intensiveren Ackerwirtschaft, besonders im Süden und Südosten, nicht, und die extensiven Formen des Ackerbaues werden dadurch unterstützt.
7. Das Klima Rußlands ist also, trotzdem es den Ackerbau in der Waldzone und den Steppen zuläßt, der Entwicklung der Landwirtschaft im großen und ganzen nicht günstig, besonders im Vergleich mit den westeuropäischen Staaten, Indien und China.
8. Die Klimabedingungen gestalten den Ackerbau im größten Teile Rußlands wenig einträglich und riskant, erlauben eine Erweiterung der Anbaufläche kaum, und machen die Hebung der Ernteerträge bis zur westeuropäischen Norm (die zwei- bis dreimal so groß ist wie sie in Rußland durchschnittlich vor dem Kriege war) sogar caeteris paribus unerreichbar. Es ist deshalb, besonders unter den jetzigen Verhältnissen mit 96 % kleiner Bauernwirtschaften, nicht möglich, mit dem Ackerbau als alleinigem Faktor der künftigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Rußlands zu rechnen.
9. Für einen weiteren Fortschritt Rußlands, und um den Konflikt des Menschen mit den Naturverhältnissen zu meiden, ist der Übergang zu einer differenzierten Landwirtschaft intensiverer Form und Hausindustrie durchaus notwendig.
10. Ebenso notwendig ist die Entwicklung des Bergbaues, zur Bergung der Bodenschätze, die Entwicklung der Schwer- und der Verarbeitungsindustrie, ohne die eine Hebung des Landwirtschaftssystems unmöglich ist.

III.

Damit könnte ich die Betrachtung der besonderen geographischen Verhältnisse Rußlands schließen. Ich möchte aber das Hauptelement alles kulturellen Lebens der Erde, den Menschen, nicht unberücksichtigt lassen, der in Rußland mit aller Kraft bemüht ist, die ungünstige Natur zu bekämpfen, und will deshalb noch einige vergleichbare demographische Angaben über die Volksdichte, einen schon teilweise besprochenen Kulturfaktor, an-

Digitized by Google

Auch dies ist eine, die dritte geographische Besonderheit
ds, durch die es sich von Westeuropa stark unterscheidet.
and hat die geringste Volksdichte aller
en Europas. Sie betrug vor dem Kriege 9,2 auf 1 qkm
chschnitt für ganz Rußland, 25 für Ostpeuropa und 0,7 für
n. Nach der Revolution ist sie noch geringer geworden und
t für die ganze Sowjetunion nur 7, da nach der Volkszäh-
von 1926 die Bevölkerung Rußlands ca. 145 Millionen be-
Belgiens Volksdichte beträgt dagegen 258, die der Nieder-
214, die Englands 181, die Deutschlands und Italiens 120.
lich der demographischen Eigentümlichkeiten Rußlands
noch betont werden, daß der weitaus größte Teil der Be-
rung — 83 % — nicht in Städten wohnt. In Deutschland
en sind ungefähr 70 % Stadtsiedler. Außerdem verteilt
wie schon erwähnt, der Bestand der Bevölkerung auf eine
Anzahl verschiedener Nationalitäten und Volksstämme.
Zahl beträgt etwa 140, wovon 65 % Russen und 17,7 % Mon-
sind.

Bezüglich der Frage über die Rolle der Naturverhältnisse
er Verteilung der Menschen auf der Erde kann man verschie-
r Meinung sein. Einige, wie Woeikoff und Carey,
upten, daß der Mensch bei der Verteilung über die Erde
tändig vorgehe, daß er zunächst nicht die fruchtbarsten Ge-
besiedle, wie Ricardo und andere annehmen, sondern die,
m leichtesten zu bearbeiten und daß „Handel und Industrie
Hauptfaktoren der Volksdichte sind". Andere dagegen, wie
tington, finden, daß die Natur allmächtig sei, und „der
e Teil der Erde gewöhnlich solche Volksdichte besitzt, die
unterhalten fähig ist unter bestimmten ökonomischen und
en Bedingungen, die an Ort und Zeit gebunden sind".

Was ist stärker, die Natur oder der Mensch? Das ist eine
, für die Rußland ein bestimmtes Beispiel gibt, denn hier
let sich der Mensch unter dem starken Druck der Natur. Es
in Zweifel, daß die geringe Volksdichte und ihre ungleich-
e Verteilung die Kultur, die ganze Lebensart und politische
tur Rußlands nachdrücklichst beeinflussen, und die Frage,
lb ist Rußland kein Westeuropa?, findet hierdurch ihre
Beantwortung.

Titel der wichtigsten Quellenwerke.

ersehene Arbeiten sind in deutscher Sprache veröffentlicht, alle übrigen, die deutsche Überschrift haben, sind russisch erschienen.

r, H. Die wichtigste geographische Literatur über das Russische eich seit d. J. 1914. In russ. Sprache, Hamburg 1926; Veröff. d. Geogr. ist. zu Königsberg, 4, VI.

off-Tjanschansky, P. P. Rossija (Rußland), Sammelwerk, . Petersburg.

Digitized by Google

Tanfiljeff, G. J. Geografija Rossii, Ukrainy i sopredel'nych na zapade stran. (Geographie Rußlands, der Ukraine und der im Westen angrenzenden Territorien in den Grenzen von 1914.) Teil II, Lief. I, II, III. Odessa 1922—24.

Lesgaft, E. Otečestvovedenie (Heimatkunde). Stockholm. 1920.

Aziatskaja Rossija (Das Asiatische Rußland) mit Atlas. Ausg. d. Übersiedlungsverw. d. Landw. Minist. Petersburg 1914.

Estestvennye Proizvoditel'nye Sily Rossii (Die natürlichen Produktionskräfte Rußlands), 6 Bände, Sammelwerk, herausgeg. v. d. Russ. Akademie der Wissensch. Petersburg 1919—1925.

*Hettner, A. Rußland. Berlin 1916.

*Hoetzsch, O. Rußland. Berlin 1917.

Mendelejeff, D. I. K poznanaju Rossii (Zur Kenntnis Rußlands). München 1924.

*Karpinsky, A. P. Übersicht der physiko-geographischen Verhältnisse des Europ. Rußlands, Dritte Folge 1886.

Edelstein, J. S. Über die Bergreichtümer Sibiriens. In: Natur. 1922. Petersburg.

Glinka, K. D. Počvoobrazovanie i geografija russkich počv. (Bodenbildungsprozeß und Geographie der russ. Bodenarten). Petersburg 1913.

*Woeikoff, A. Die Klimate der Erde. 2 Bände. Jena 1887.

Berg, L. S. Osnovy Klimatologii (Grundlagen der Klimatologie). Leningrad 1927.

Klimatologičeskij Atlas Rossijskoj Imperii (Klimatologischer Atlas des russischen Reiches). St. Petersburg 1900.

*Rubinstein, E. Klimat Sojuza SSSR. Temperatura vozducha v evropejskoj časti Sojuza (Klima der UdSSR. T. I. die Lufttemperatur im Eur. Teil d. U.). Atlas mit Text und Tabellen. Leningrad 1927.

Busch, N. A. Botaniko-geografičeskij očerk Rossii (Botanisch-geogr. Skizzen Rußlands). I. Europ. Rußland. Die natürl. Produktionskräfte R., Band IV., Abt. I. Petersburg 1923.

Kuznezoff, N. S. Rastitel'nyj pokrov Rossii kak proizvoditelnaja sila strany (Die Vegetationsdecke Rußlands als Produktionskraft des Landes), in: Natur. 1922, Nr. 10—12.

Regel, R. E. Chlebnye kultury Rossii (Getreide in Rußland), in: Die Reichtümer R. Petersburg 1923.

Den, W. E. Kurs Ekonomičeskoj geografii (Wirtschaftsgeographie) Petersb. Leningrad 1924.

Kovalevsky, M. W. La Russie à la fin du 19—e siècle. Paris 1900.

Poletika, v., W. P. Priroda i selskoe chozjajstvo S.S.S.R. (Die Natur und die Landwirtschaft Rußlands). Artikelserien in: Osteurop. Landwirtschaftszeitung. Königsberg 1927—28.

*Engelbrecht, Th. Landwirtschaftlicher Atlas des Russischen Reiches in Europa und Asien. Berlin 1916.

Alexandroff, I. S. Ekonomičeskoe rajonirovanie Rossii (Ökonomische Rayonierung Rußlands). Moskau 1922.

Liskun, E. F. Životnovodstvo (Tierzucht), in: Die Reichtümer Rußlands. Petersburg 1921.

*Pohle, R. Sibirien als Wirtschaftsraum. Bonn 1921.

Digitized by Google

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.

I. Innere und äußere Politik.

Von Otto Hoetzsch.

I.

Das wichtigste Ereignis aus dem Berichtsmonat ist der Abschluß des sogenannten Schachtyprozesses, der nach 42 Sitzungstagen am 6. Juli mit den Urteilen endete. Von den 53 Angeklagten wurden 11 zum Tode verurteilt: Gorletzki, Bojarinow, Krschischanowski, Jussewitsch, Budny, Matow, Bratanowski, Beresowski, Bojarschinow, Kasarinow, Schadlun. Das Gericht beschloß jedoch, für die sechs Letzten, wegen ihrer Reue und ihrer großen technischen Fähigkeiten, beim Zentralexekutivkomitee um Milderung der Strafe nachzusuchen. 34 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von einem bis zu zehn Jahren, darunter Rabinowitsch sechs und Kusma drei Jahre, vier Angeklagte wurden unter Zubilligung von Bewährungsfrist verurteilt und vier Angeklagte freigesprochen. Die deutschen Angeklagten Meyer und Otto wurden freigesprochen; der deutsche Angeklagte Badstieber wurde unter Zubilligung von Bewährungsfrist zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Freispruch Meyers und Ottos erfolgte, da das Gericht die gegen sie erhobenen Beschuldigungen nicht für erwiesen erachtet. Badstieber wurde von der Anklage der Zugehörigkeit zu der gegenrevolutionären Organisation freigesprochen, dagegen der Bestechung schuldig befunden.

Das Gericht hat 50 Stunden zu dem Urteil gebraucht, das mit äußerster Spannung erwartet wurde. Krylenko hatte 22 Todesurteile beantragt; 11 wurden ausgesprochen. Davon wurden fünf vollstreckt; begnadigt, d. h. zu Gefängnis verurteilt wurden Matow, Bratanowski, Beresowski, Bojarschinow, Kasarinow und Schadlun. Die Urteilsbegründung steht in der „Iswestija" vom 7. Juli. Wir geben das Wesentliche nach dem Auszuge der „Tass" wieder:

„Es wird festgestellt, daß die Anfänge der konterrevolutionären Organisation im Donezbecken im Jahre 1924 aus ursprünglich getrennten Gruppen früherer Angestellter und ehemaliger Grubenbesitzer entstanden waren. Die Organisation wurde von Paris aus von der sogenannten „Vereinigung ehemaliger Bergindustrieller Südrußlands" und der „Polnischen Vereinigung ehemaliger Grubenbesitzer des Donezbeckens" mit Dworschantschik an der Spitze geleitet. Die Pariser Zentrale zog nicht nur Auskünfte über Arbeit und Zustand der Bergwerke ein, sondern leitete auch die Schädigungsarbeit bei der Kohlenförderung, bei Export- und Importoperationen usw. Während verschiedener Beratungen im Jahre 1926 wollte die Pariser Zentrale den Bruch zwischen der Sowjetunion und Frankreich herbeiführen und erörterte gleichzeitig die Frage der Vorbereitung eines Krieges, der Schädigungsarbeit usw. Eine analoge Rolle

Digitized by Google

spielte die Polnische Vereinigung, die ihre Verbindung mit der Schädigungsaktion nicht nur durch einzelne Angestellte der Sowjet-Bergindustrie, sondern auch durch Personen einiger ausländischer Institutionen aufrecht erhielt. Gemäß den Weisungen suchte die Charkower Zentrale nicht nur die wertvollsten Bergwerke der ehemaligen Grubenbesitzer unter ihren Einfluß zu bekommen, sondern auf die Wirtschaft des Donezbeckens derart einzuwirken, daß der Weg zur Rückgabe der nationalisierten Unternehmungen, wenn auch nur in Gestalt von Konzessionen, die für Konzessionäre besonders rentabel sein sollten, gebahnt werde. In das Ressort dieser Zentrale fällt auch die Propaganda gegen die Sowjetmacht und die Unterstützung der Feinde der Sowjetunion im Falle eines Krieges durch Einstellung der Kohlenförderung, Zerstörung der Bergwerke, sowie direkte Diversionsakte.

Die Beweisaufnahme stellt fest, daß die Schädigungsorganisation einerseits von der Vereinigung ehemaliger Grubenbesitzer und gewissen kapitalistischen Kreisen, andererseits von gewissen Institutionen einiger Auslandsstaaten finanziert wurde. In den letzten drei Jahren empfing die Organisation mehrere hunderttausend Rubel, wobei die Gelder entweder persönlich von Mitgliedern der Organisation bei deren Rückkehr von dienstlichen Auslandsreisen, oder mit Unterstützung ausländischer Institutionen an die betreffenden Stellen überführt wurden. Eine der Finanzquellen waren auch die Prozentbeiträge von Bestellungen, die durch Mitglieder der Organisation an deutsche Firmen vergeben wurden. Der Empfang der Gelder aus diesen Quellen wurde in einzelnen Fällen dadurch erleichtert, daß bei diesen Firmen bedeutende Posten mit russischen Emigranten besetzt wurden, die sich bereit erklärt hatten, der Schädigungsaktion allseitige Unterstützung angedeihen zu lassen. Auch wurde vom Gericht festgestellt, daß die Moskauer so, wie die Charkower Zentrale arbeitete, indem sie Trusts und Volkskommissariate für ihre Zwecke zu gewinnen suchte.

Die vier öffentlichen Ankläger hatten noch einmal alle Register gezogen, um die Aufmachung dieses Prozesses als eines ausgesprochenen Klassenprozesses wirksam zu machen. Würdig und klar waren die Verteidigungsworte der Angeklagten Gorletzki, Kusma, Rabinowitsch und Ismenitow, die alte verdiente Ingenieure an verantwortlichen Stellen der Sowjetwirtschaft gewesen waren und ihr gut gedient haben.

Die „Iswestija" (4. Juli) suchten schon vor dem Urteil die Bilanz zu ziehen, daß der Prozeß die Existenz einer gegenrevolutionären Organisation mit ausgebreiteten Verbindungen drinnen und draußen enthüllt habe. Aber das, was erwiesen ist, steht in keinem Verhältnis zu dieser Behauptung oder zur Aufmachung im ganzen. Es sind einzelne Beziehungen von Ingenieuren zu den früheren Inhabern nachgewiesen worden, auch einzelne Akte der Sabotage. Was dabei über die Beziehungen mit dem Auslande behauptet worden ist, kann nicht nachgeprüft werden, weil diese Untersuchungen in Geheimsitzungen stattgefunden haben. Man wollte Beziehungen mit Paris und Warschau wohl nicht gefährden, aber fest steht, daß irgendeine deutsche Beteiligung nicht nachgewiesen ist. Wenn auch jener „Iswestija"-Artikel davon noch spricht, so ist die Prozeßführung allmählich immer vorsichtiger geworden, weil sie, so wie die Sowjetregierung, wohl

Digitized by Google

eingesehen hatte, welcher Schaden durch diese ungerechtfertigte Belastung der deutsch-russischen Beziehungen angerichtet würde.

Was nachgewiesen wurde, kann nicht im entferntesten eine Gefährdung für den russischen Staat bedeuten. Daß der Prozeß ein Klassen- und Tendenzprozeß sein sollte, kann nicht bestritten werden. Der Klassengedanke der Arbeiter hier gegen die Ingenieure und sogenannten „Spezialisten" sollte in voller Reinheit herausgearbeitet werden. Man kann sich nicht denken, daß das im ganzen sehr wirksam gewesen ist, aber ein Urteil im einzelnen darüber entbehrt einer genaueren Unterlage. Irgendetwas Durchschlagendes jedoch im Sinne eines großen gefährlichen organisatorischen Zusammenhangs zwischen den einzelnen straffälligen Handlungen ist nicht bewiesen und bekannt geworden. Wer sich durch die Prozeßberichte durcharbeitete, muß gefühlt haben, daß der Prozeß selbst der Schlagkraft entbehrte. Und wenn, wie es sicher der Fall ist, etwas von dieser mit Gewalt aufgemachten Psychose in der Masse zurückbleibt, so ist es die Stimmung der Arbeiter gegen die Ingenieure, gegen die Spezialisten, ist es eine Schädigung des Verhältnisses zwischen beiden, von der Einzelheiten schon jetzt berichtet werden und die nur zum Schaden der industriellen Produktion Sowjetrußlands sein kann.

Der Prozeß hat zudem die Zustände in der Sowjetindustrie und Sowjetwirtschaft im ganzen mit einem düsteren Lichte beleuchtet. Viele Einzelheiten der Mißwirtschaft sind auf diese Weise, gerade in der „Selbstkritik, mit Gewalt an das Licht gezogen worden. Die Gesamtwirkung des Prozesses ist für Rußland denkbar ungünstig. Überall wird die Wirtschaft im Ausland sich drei- und viermal überlegen, ob sie in ein Land mit so unsicheren Rechtszuständen riskierend hineingehen kann. Der Prozeß hat den Kredit Rußlands weithin in der Welt untergraben. Ja, man kann sagen, daß er die öffentliche Meinung im Auslande gegen Rußland stärker zusammengeführt hat, als es in bezug auf die in Moskau immer behauptete Antisowjethaltung der großen Mächte der Fall war und ist.

Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei im Juli, von der noch genauer zu sprechen ist, hat sich nun auch mit der Frage der Spezialisten für die Industrie beschäftigt. Sie hat den Mangel an wissenschaftlich und praktisch vorgebildeten Ingenieuren anerkannt, hat anerkannt, daß die Ausbildung sehr langsam vor sich geht sowohl von hochqualifizierten Ingenieuren als auch von Technikern verhältnismäßig niedriger Ausbildung. Sie hat anerkannt, daß es so nicht bleiben könne und eine sofortige entschiedene Umkehr in dieser Beziehung nötig sei. Wie will man das in aller Schnelligkeit machen, während man zugleich die Hilfe von ausländischen Ingenieuren und Technikern durch den Prozeß und seine Behandlung so gefährdet hat?

Digitized by Google

Gleichzeitig stellt ein Prozeß gegen Vertreter schwedischer Firmen die Frage noch unter einem anderen Gesichtspunkt, was eigentlich Wirtschaftsspionage sei. Beides ergänzt einander, der Vorwurf der Sabotage und die Sorge vor der Wirtschaftsspionage. Es sind russische Vertreter schwedischer Firmen verurteilt worden und die Feststellungen dabei rufen die Frage wach, wie überhaupt Geschäfte zu führen seien, wenn Angelegenheiten, die überall als übliche Arbeit der Firmenvertreter betrachtet werden, nach Auffassung der russischen Gerichte schon Wirtschaftsspionage darstellen. Dadurch ist man auch in Schweden mißtrauisch und stutzig geworden.

Daß aber der Schachtyprozeß mit seinem nun wohl klar zutage liegenden Charakter nicht über die materielle Not und Unordnung hinwegtäuschen konnte, hat sich in sehr bedeutsamer Weise genau zur gleichen Zeit gezeigt, mit einem Vorgang, der schon als eine grundlegende Änderung in der Bauernpolitik aufgefaßt wird.

II.

Zur Wirtschaftslage sei auf den Monatsbericht von Professor Auhagen in diesem Heft hingewiesen. Die Aussichten der Ernte sind heute noch in keiner Weise bestimmt zu erfassen. Dagegen liegen in einer Rede Rykows Mitteilungen über die Getreidebereitstellungen in der nunmehr abgelaufenen Kampagne 1927/28 vor. Danach sind diese erheblich niedriger als 1926/27. Sie erreichten 1927/28 nur 726—774 Millionen Pud (11,9—12,7 Mill. to) gegenüber 865 Mill. Pud (14,2 Mill. to) 1926/27 und 791 Mill. Pud (12,9 Mill. to) 1925/26. Dabei waren planmäßige Bereitstellungen der staatlichen Wirtschaftsorgane 1927/28 nur 626 Mill. Pud (10,2 Mill. to) gegenüber 662 Mill. Pud (10,8 Mill. to) 1926/27 und 516 Mill. Pud (8,4 Mill. to) 1925/26, während sich die nichtplanmäßigen Bereitstellungen 1927/28 nach Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung auf 100 Mill. Pud, nach Berechnungen des Handelskommissariats aber auf 148 Mill. Pud stellten gegenüber 203 Mill. Pud 1926/27 und 275 Mill. Pud 1925/26.

Dieser Rückgang der Getreidebereitstellungen ist um so bemerkenswerter, als die Sowjetunion drei Jahre nacheinander Mittelernten hatte. 1926/27 konnten 140 Mill. Pud Getreide exportiert werden, im laufenden Jahr nur etwas über 25 Mill. Pud.

Man kann danach nicht sagen, daß die Getreidekampagne dieses Jahr einen großen Erfolg erzielt habe, obwohl Anfang dieses Jahres zu sogenannten „außerordentlichen Maßnahmen" gegriffen wurde, d. h. zu einem sehr starken Druck auf die Bauern. Das hat jedenfalls für die Ernährung nicht ausgereicht, die in den letzten Wochen in eine kritische Lage ge-

Digitized by Google

raten ist, so daß die russische Regierung am 30. Juni überraschend und plötzlich mit erheblichen Weizenkäufen fast auf allen europäischen Märkten eingriff. Man spricht von 100 000 Tonnen. Wir können für die Schätzung nicht bürgen, aber es wird auch von russischer Seite nicht bestritten, daß, um die Zuschußgebiete, besonders die Stadt Leningrad, bis zur Einbringung der Sommerweizenernte zu sichern, ohne auf die Inlandvorräte zurückgreifen zu müssen, tatsächlich in ziemlich großem Umfange im Auslande Getreide eingekauft worden ist.

Die ganze Lage ist ja nur durch einen Schleier zu überblicken. Immerhin ging ihr Ernst aus den Verhandlungen des Zentralkomitees der Partei vom 4. bis 12. Juli hervor (die Resolutionen, die sich, wie erwähnt, auch mit der Spezialistenfrage beschäftigten und sodann vor allem mit der Getreidebereitstellung, stehen „Iswestija", 13. Juli). Sie gingen nach einem Berichte des Handelskommissionärs Mikojan kurzerhand auf den Beschluß hinaus, die sogenannten außerordentlichen Maßnahmen sofort einzustellen, die überhaupt nur als zeitweilig gedacht gewesen seien, und dazu noch die Getreidepreise etwas zu erhöhen.

Das ist die Hauptsache. Die übrigen üblichen Auseinandersetzungen über die Intensivierung der Landwirtschaft, über den mittleren und kleineren Besitz, über die Kollektivwirtschaften, sind interessant, aber nur von theoretischer Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß dieses wichtigste Organ der Partei eingestand das Versagen der Stalinschen Druckpolitik gegen die Bauern und die Notwendigkeit, mit einem Wort doch auf das kapitalistische Interesse der Bauern anreizend zu wirken. Denn was tut man anderes, als wenn man höhere Getreidepreise in Aussicht stellt, die eben das mit Erfolg zurückgehaltene Getreide auf den Markt bringen sollen? Das ist, wozu man sich auch in den Äußerungen bekannt hat, eben die Leninsche „Nep" in der Fortsetzung.

Sehr ausführlich haben am 13. Juli zwei so bedeutende Männer wie Rykow und Stalin über diese Zentralfrage gesprochen, der eine auf einer Moskauer Parteiversammlung über das Thema: „Der gegenwärtige Moment und die Aufgaben der Partei", der andere vor demselben Gremium der Leningrader Parteigenossen: „Die Ergebnisse der Juli-Plenarversammlung des Zentralkomitees". Beide Berichte sind in den „Iswestija" (15. Juli) wiedergegeben.

Sie sagen in der Hauptsache übereinstimmend dasselbe, was eben mitgeteilt wurde. Stalin gab „das unerfreuliche Verhältnis der Preise für Getreide im Verhältnis zu den Preisen für andere Produkte der Dorfwirtschaft" zu, die Fehler der planmäßigen Leitung in Sachen der Warenbereitstellung und der Besteuerung

Digitized by Google

und erklärte als notwendig die sofortige Liquidation der Haussuchungen bei den Bauern und dergleichen, vor allem Punkt 3 „eine gewisse Erhöhung der Preise für Getreide, mit Staffelung nach Gebieten und Kornkulturen", sowie die richtige Leitung von Waren in die Getreidelieferungsgebiete und schließlich die obligatorische Bildung einer staatlichen Getreidereserve.

Es ist nicht mehr zu verheimlichen, daß die Bewegung der Bauern gegen die Regierungsmaßnahmen seit Anfang des Jahres ernste, vielleicht gefährliche Formen angenommen hatte, und darauf konnte nur geantwortet werden mit dem Eingeständnis abermals der Schwäche, der Unfähigkeit, das mit Gewalt zu überwinden.

Zunächst ist die Frage, ob diese Maßnahmen, diese Wendung nicht schon zu spät kommt. Die „Iswestija" (17. Juli) beschäftigt sich mit der naheliegenden Frage, weshalb man im Winter, als die Bereitstellungen zurückgingen, nicht zu der naheliegenden Maßnahme der Preiserhöhung gegriffen habe und das jetzt tue, wo die neue Kampagne beginnt und die Ernteaussichten nicht schlecht seien. Die Antwort der Zeitung, daß dann gerade diejenigen, die das Getreide abgeliefert hätten, gewissermaßen dafür bestraft worden wären, scheint nicht sehr schlagkräftig. Denn es ist kein Zweifel, daß Getreide zurückgehalten worden ist und der, der es jetzt herausgibt, den besseren Preis dafür erhält.

Weiter erhebt sich die Frage, wie die höheren Preise für Getreide mit den Löhnen im Verhältnis bleiben sollen, wie die Unzufriedenheit der Arbeiter, die man im vorigen Winter glaubte dadurch beschwichtigen zu können, daß man auf die Bauern drückte, jetzt beschwichtigt werden soll, wenn statt dessen höhere Getreidepreise eintreten.

Es erhebt sich ferner die Frage, ob in dieser Kapitulation der Regierung, also Stalins, vor den Bauern wirklich eine große dauernde Wendung liegt. Sie ist erzwungen worden, genau wie 1920/21 die Nep. Vorläufig aber sieht es so aus, als wollten die leitenden Männer das nur taktisch behandeln und sei von einer inneren Überzeugung, daß in der Richtung auf die Nep hingegangen werden müsse, noch nicht die Rede. Es wäre das auch seltsam, weil damit ja gesagt wäre, daß die bisherige Bauernpolitik als Ausdruck sehr bestimmter und tiefliegender Befürchtungen unmöglich sei. Also, wie wir immer wieder sagen: der verhängnisvolle Zirkel, aus dem auch Stalin einen Ausweg nicht findet.

In der Rykowschen Rede aber war das Interessanteste, daß er zugestehen mußte, die russische Landwirtschaft sei am unrentabelsten von allen Wirtschaftszweigen, der Index der Getreidepreise stehe um 100, also ungefähr dem Vor-

Digitized by Google

kriegspreise gleich, der der Industrie wäre um 200: „Wir stellten also fest, daß die Körnerproduktion im Unionsgebiet unter den ungünstigsten Bedingungen arbeitet." Also auch die russische Landwirtschaft ist in der Krise, wie ein großer Teil der Landwirtschaft der Welt. Mit der Betonung aber, „daß der sozialistische Aufbau auch die Landwirtschaft erfassen müsse", kann man die Frage nicht lösen, in der die jetzige Maßnahme der Aufhebung der außerordentlichen Bestimmungen und die Erhöhung der Getreidepreise gewiß etwas Wichtiges ist, aber noch keine grundlegende Abhilfe einer Wirtschaftskrise, die immer düsterere Farben annimmt.

III.

Auch dieser Monat hat eine Reihe Jubiläen gebracht. Zunächst eine schreckliche Erinnerung: in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 1918, also genau vor 10 Jahren, wurde in der Jekaterinburg Nicolai II. mit seiner ganzen Familie getötet. (Wir weisen in dem Zusammenhang hin auf zwei interessante Neuerscheinungen: Markow: „Rasputin und die um ihn. Beitrag zur Geschichte der letzten Regierungsjahre der Romanows". Königsberg 1928, und Poljakow: „Die Tragödie einer Kaiserin. Lebensgeschichte der Zarin Alexandra von Rußland." München 1928.)

Am 9. Juli war der 5. Jahrestag der Verfassung der Sowjetunion, am 10. der 10. Jahrestag der Verfassung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik. In den Gedenkartikeln wurde die Lösung der Nationalitätenfrage besonders hervorgehoben.

Am 11. Juni war der 8. Gedenktag der Befreiung von Minsk durch die rote Armee und der Begründung der weißrussischen Sowjetrepublik.

Im Juli feierte die ukrainische kommunistische Partei ihr 10jähriges Bestehen mit interessanten Erörterungen über die ukrainische Politik in der Sowjetunion. —

Neben dem Schachtyprozeß und dem Prozeß gegen die Vertreter schwedischer Firmen spielte noch ein anderer gegen den früheren Leiter der Zollagentur der russischen freiwilligen Flotte Halperin, der zum Tode verurteilt wurde. In der Anklageschrift erschienen wieder Angriffe auf deutsche Firmen.

Am 6. Juli abends wurde in die Lokalitäten der GPU in Moskau, in dem Gebäude an der früheren Lubianka, nicht weit vom Außenministerium, eine Bombe geschleudert. Täter waren zwei junge Menschen; der eine wurde bei der Verfolgung erschossen, der andere sehr bald verhaftet, beides wohl nach Rußland gekommene Emigranten. Der Überwachungsdienst erwies sich bei der Verfolgung der Täter in ausgezeichneter Funktion.

Digitized by Google

Das Attentat selbst hat nur einen geringen Sachschaden angerichtet und hatte schwerlich größere Hintergründe im Staate selbst. Immerhin fiel es in eine Zeit, die sowieso schon durch den Prozeß und die Nahrungskrise nervös war.

Aus dieser Nervosität nahm wohl auch Stalin Veranlassung („Iswestija" 26. Juni), in einem langen Artikel sich gegen Übertreibungen der sogenannten „Selbstkritik" auszusprechen, zu der er selbst aufgerufen hatte, die aber anscheinend unangenehm ausgeartet ist. In ähnlicher Weise hat sich auch die Witwe Lenins gegen die Selbstkritik, die wochenlang die ganze Sowjetpresse erfüllt hat, ausgesprochen. Auch das ist kein Zeichen von Sicherheit.

Ebenfalls hierher gehört, daß die Opposition wieder in Gnaden aufgenommen wird. Im Juli lief die Frist ab, die für eine Wiederaufnahme gesetzt war, und begann die Prüfung der Gesuche um Wiedereintritt. Etwa 39 Anhänger der Opposition sind so, nachdem sie vorbehaltlos ihre Reue bekannt haben, wieder aufgenommen worden, darunter vor allem Sinowjew und Kamenew, ferner Bakajew und Jewdokimow, dessen Kampfreden während der innerpolitischen Streitigkeiten so großes Aufsehen erregten, und endlich Laschewitsch, der seinerzeit bei der bekannten „Verschwörung im Walde" eine führende Rolle spielte. Die Gesuche anderer Oppositionsführer, wie von Safarow, Wujowitsch, Naumow u. a. haben noch nicht zu diesem Ziel geführt: diese Oppositionsführer sind zurzeit bemüht, durch neue Unterwerfungserklärungen den Rückweg zur Partei zu finden. Von Trotzki aber hört man noch nichts.

Diese Erscheinung ist nun ein sehr merkwürdiger Vorgang und auch wohl nur dadurch zu erklären, daß man in der Leitung sieht, man müsse sich in der Partei wieder zusammenfinden. Der große Schlag gegen die Opposition vor einem halben Jahr und das positive Ergebnis der damit freigewordenen Stalinschen Politik ist die jetzige kritische und gefährliche Lage der Wirtschaft, die Isolierung in der Außenpolitik und der Fehlschlag des Schachtyprozesses.

Über diese kritische Lage, mindestens eine Stagnation, aus der man nicht vorwärts kommt, sich mit den Bauern nicht zusammenfindet, täuscht natürlich auch nicht hinweg der Kongreß der 3. Internationale, der 6., der am 17. Juli in Moskau an derselben Stelle, wo der Prozeß sich abspielte, begonnen hat. Von deutschen Kommunisten gehören dem Präsidium an Thälmann und Remmele. Das Programm der Kominterntagung enthält: 1. Bericht des Exekutivausschusses der Komintern, Bericht der Internationalen Kontrollkommission und des Exekutivausschusses der Kommunistischen Jugendinternationale; 2. Programm der Kommunistischen Internationale; 3. Bekämpfung der imperialisti-

Digitized by Google

schen Kriegsgefahr; 4. Probleme der revolutionären Bewegung in den Kolonien; 5. die Lage in der Sowjetunion und in der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands; 6. Wahlen zum Exekutivausschuß der Komintern. Über die letzten vier Jahre wird berichtet unter dem Gesichtspunkt, daß die Stabilisierungsperiode des Kapitalismus mit der Verschärfung der Klassengegensätze eine Radikalisierung der Arbeitermassen herbeigeführt habe, besonders in Deutschland, Frankreich und Polen, so daß nunmehr die Taktik in erster Linie auf einen verschärften Kampf gegen die Sozialdemokratie zu richten sei, um so eine Einheitsfront des Proletariats zu schaffen. Dementsprechend gibt die letzte Nummer der Zeitschrift „Bolschewik" (30. Juni) in einem Artikel „Das Programm der Komintern und der Reformismus" die Parole aus: „Der Bolschewismus steht auf dem Standpunkt, daß der Kampf um die Massen ihre Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand gegen den Imperialismus sichern muß, den bewaffneten Aufstand, der die höchste Form der Arbeiterbewegung ist und zur Diktatur des Proletariats führt. Dieser Grundsatz fand einen scharfen Ausspruch im Projekt des Programms der Komintern. Der Reformismus wirft die Aussichten des bewaffneten Aufstandes und der Diktatur des Proletariats entschieden beiseite, so wie seine ganze Generaleinstellung zum Ziel hat, den Imperialismus zu befestigen, zu „sanieren", die bolschewistische Revolution auszuschließen und die Entwicklung des Kapitalismus „zu normalisieren". Nicht der Kapitalismus, sondern der Kommunismus ist der Feind des Reformismus usw." Diese bewußt extremen Formeln, die bekannte Gedankengänge wiederholen, werden weder die ernste Lage Sowjetrußlands verschleiern, noch verhindern können, daß diese auch hier auf der Tagung der Komintern, über die erst das nächste Mal abschließend berichtet werden kann, eine Erörterung erzwingen wird.

IV.

Am 18. Juni ist in Pokrowsk der Rätekongreß der Räterepublik der Wolgadeutschen zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen die Fragen der Eingliederung der Wolgadeutschen Republik in das Untere Wolgagebiet. Die Sowjetregierung hatte beschlossen, mehrere Gouvernements am unteren Laufe der Wolga mit dem Gebiete der Kalmücken in einem besonderen „Unterwolgabezirk" zusammenzuschließen. Jener Rätekongreß der Wolgadeutschen hat sich dafür ausgesprochen, so daß die Verwaltungsmaßnahme durchgeführt wird. Der Zik veröffentlichte in der „Iswestija" (30. Juni) die Erklärung, daß das für die Wolgadeutschen durchaus nicht eine Verminderung ihrer Rechte bedeute, sondern ihre Autonomie aufrecht erhalten bleibe.

Digitized by Google

Die Sowjetrepublik der Wolgadeutschen tritt einem neuen größeren Verwaltungsbezirk als ein autonomes Staatswesen bei, ohne daß ihre Besonderheiten beeinträchtigt werden: „Der Eintritt autonomer Republiken in einen Verwaltungsbezirk geht bei Sicherstellung ihrer nationalen Entwicklung, ihres kulturell-wirtschaftlichen Wachstums und ihres nationalen Eigentums vor sich. Alle Beschlüsse, welche die Behörden der neugegründeten Verwaltungsbezirke fassen, müssen auf dem Territorium autonomer Sowjetrepubliken durch deren eigene Regierungen durchgeführt werden. Alle etwaigen Unstimmigkeiten werden dem Präsidium der Zentralexekutive zur Schlichtung vorgelegt."

Im Juni ist der Generalstabschef der Roten Armee Tuchatschewski, der sich mit dem Kriegskommissionär nicht stellen konnte, von seinem Posten abgelöst und nach Leningrad versetzt worden. Sein Nachfolger als Generalstabschef wurde der Kommandeur des Moskauer Militärbezirks Schaposchnikow, ein in der Mitte der vierziger Jahre stehender Berufsoffizier, Generalstäbler des alten Regimes, im Weltkriege in Kommandostellungen an der Front, in der Roten Armee schnell emporgestiegen, seit 1924 stellvertretender Chef des Generalstabes, dann Kommandeur des Leningrader und jetzt Moskauer Militärbezirks, auch als militärischer Schriftsteller anerkannt.

Die Brücke zwischen Militär und Außenpolitik stellt her die neue „Woche der Verteidigung", die vom 9. Juli in Moskau begann. Sie wurde mit den üblichen Gedankengängen und Aufrufen begründet, als Demonstration gegen die bourgeoisen Staaten, die den Abrüstungsentwurf der Sowjetregierung abgelehnt hätten, und sollte natürlich den Wehrgedanken fördern.

V.

In der auswärtigen Politik ist lediglich zu registrieren; gehandelt hat die russische auswärtige Politik im Berichtsmonat wenig oder gar nicht.

Man beobachtet und diskutiert die chinesische Entwicklung, über die sich der aus China verwiesene Borodin geäußert hat, und die mandschurische Frage, sowie die Ermordung Tschangtsolins. Nur ein Beispiel für die charakteristische Art der Behandlung, die „Krasnaja Gazeta" (28. Juni) sei zitiert: „In der Mandschurei beginnt der japanische Imperialismus eine neue Ära. Noch ist es unbekannt, wohin das Spiel aller am Problem des Stillen Ozeans interessierten Spieler führen wird. Jedenfalls steht aber fest, daß die Wege nicht nur des japanischen Imperialismus, sondern aller am Stillen Ozean aufmarschierten Mächte nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führen."

Canada hat die Beziehungen mit der Sowjetregierung gleichfalls abgebrochen.

Digitized by Google

Die Harriman-Konzession in Tschiatury ist in eine Krise geraten und wird wohl bestimmt liquidiert. Sie hat, wie alle ausländischen Konzessionen, von Anfang an große Schwierigkeiten gehabt, arbeitete unter schweren Bedingungen des Konzessionsvertrages, hatte mit den Gewerkschaften Konflikte, so daß Harriman wohl sicher die Konzession aufgibt, in die er 7½ Millionen Dollar hineingesteckt hat. Die deutsche Wirtschaft ist dabei insofern interessiert, als die Manganerzgruben, die von der Harriman-Gesellschaft seit 1925 ausgebeutet werden, vor dem Kriege zumeist deutschen Unternehmungen gehörten. Die Aufgabe der Harriman-Konzession würde auch die alten Rechtsfragen und Ansprüche des deutschen Vorbesitzes wieder aufrollen.

Der Vertrag zwischen der Türkei und Persien, der am 15. Juni in Teheran unterzeichnet wurde, wird in Zusammenhang mit dem älteren Vertrag zwischen der Türkei und Afghanistan vom 25. Mai und dem noch älteren Vertrag zwischen Afghanistan und Persien als Abschluß des Horizontal-Systems der auswärtigen Politik begrüßt, d. h. des Dreiecks direkter Beziehungen zwischen diesen Staaten, zu dem das Vertikal-System, die Verbindung von allen dreien mit der Sowjetunion in den bekannten älteren Verträgen kommt. Das ganze System wird als ein Vertragsverhältnis des Friedens und des Kampfes für den Frieden charakterisiert.

Der in Wien verhaftete Bela Khun wurde von Österreich nicht an Ungarn ausgeliefert, und da der Weg über Polen und die Tschechoslowakei Schwierigkeiten machte, über Deutschland nach Rußland zurückgeführt.

Weiter in die Welt hinaus greift der Kelloggpakt und die Entwicklung der Petroleuminteressen.

Rußland ist zur Unterzeichnung des Paktes nicht eingeladen und aus der großen Aktion vorläufig ausgeschaltet, weshalb die „Iswestija" von einem „Pseudopazifismus" spricht, der den Imperialismus der Großmächte nur verschleiern wolle. Indes ist keineswegs abgelehnt, daß Rußland sich dem Vertrage auch anschließe, und vermutlich findet sich bald eine Form, in der der Anschluß durchgführt werden kann.

In der Petroleumfrage ist es dem russischen Naphtha-Syndikat gelungen, den Export für die zweite Hälfte dieses Jahres zu erweitern. Im dritten Vierteljahr des Wirtschaftsjahres (April, Mai, Juni) hat Rußland 855 000 Tonnen nach dem Auslande exportiert, welche Zahl in der Vorkriegszeit nicht erreicht worden sein soll. In Deutschland ist der Benzolverband Abnehmer. Desgleichen arbeitet das Syndikat mit Ungarn, Österreich und der Tschechoslowakei, auch in belgischen und holländischen Häfen. In Frankreich geht das Geschäft zwischen „Naphthe russe und Petrofine française", in England arbeitet man mit der „Meadway Oil Company".

Digitized by Google

Die letztere hat nun am 18. Juli in der Londoner Presse mitgeteilt, daß sie 5 % des Bruttokaufpreises der in England abgesetzten russischen Naphthaprodukte für die früheren Eigentümer der Petroleumquellen sicherstellen will. Damit will die Gesellschaft alle Gefahren ausschließen, daß gegen den Handel mit russischem Petroleum in England gerichtlich eingeschritten werde. Da nun diese englische Gesellschaft mit der Sowjetregierung zusammen arbeitet (daß sie finanziell von ihr unterstützt werde, bestreitet sie), so hat sicherlich die Sowjetregierung diesem Zugeständnis an die früheren Besitzer zugestimmt. Das aber geht wohl zurück auf die Verhandlungen, die zwischen Royal Dutch und Standard Oil schweben und auf einen „Petroleumfrieden" hinarbeiten. Dadurch scheint sich die Sowjetregierung veranlaßt gesehen zu haben, um nicht die Petroleumausfuhr aus Rußland zu gefährden, hier ein Zugeständnis in der Nationalisierungspolitik zu machen, insofern nun die 5 % an die früheren rechtmäßigen Eigentümer der von der Sowjetregierung ermittelten Petroleumquellen gezahlt werden. Man rechnet, daß das etwa 220 sind.

Zuletzt die deutsch-russischen Beziehungen. Es wurde schon gesagt, daß sie durch den Schachty-Prozeß schwer belastet worden sind, wenn auch sowohl die Sowjetregierung wie die Vertreter der Anklage dann immer vorsichtiger geworden sind. Es bleibt aber natürlich ein Rest sowohl für die deutsche Wirtschaft wie für die deutsche Politik.

Das wirkt zurück auf die Frage, wann und wie die im Februar abgebrochenen Wirtschaftsbesprechungen zwischen Deutschland und Rußland wieder aufgenommen werden sollen. In der vierten Juliwoche ist der deutsche Botschafter in Moskau zur Erörterung dieser Fragen in Berlin eingetroffen.

Dazu hat Professor Lenghyel, Mitglied der Sowjethandelsvertretung in Berlin in der „Iswestija" (13. Juni) eine Betrachtung über die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen veröffentlicht, die wieder auf die Anregung hinausläuft, eine deutsch-russische Handelskammer oder etwas Ähnliches zu begründen. Für diesen Gedanken dürfte aber die Zeit noch nicht reif sein.

Im letzten Heft (Seite 710) haben wir den „Iswestija"-Artikel vom 17. Juni über die deutsch-russischen Beziehungen mitgeteilt, der diese mit der Umbildung der Reichsregierung behandelte und neue Verträge anregte. Das offiziöse Organ des auswärtigen Amtes, die „Deutsche diplomatische politische Korrespondenz" antwortete darauf am 19. Juni:

„Auch auf deutscher Seite wird wie bisher jede Anregung Moskaus begrüßt, die einer Förderung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen dienen kann. Dabei ist selbstverständlich, daß derartige Bestrebungen nicht eine Lockerung oder Umstellung der deutschen Westpolitik, der Beziehungen zu den Westmächten zum Ziele haben dürfen. Denn das Bestreben eines Ausgleichs mit unsern ehemaligen Kriegsgegnern, das Hand in Hand und pari passu mit der Befestigung unserer Beziehungen nach Osten

Digitized by Google

hin betrieben wurde, ist gleichfalls eine sichere Gewähr für den Frieden Europas. Wenn in den Ausführungen des Sowjetblattes die einzelnen Mängel der Entwicklung in den politischen Beziehungen Deutschlands zu andern Mächten hervorgehoben und mit dem Verlauf der deutsch-russischen in einen gewissen Gegensatz gestellt werden, so ist dazu zu bemerken, daß auch in den letzterwähnten Beziehungen nicht immer den Bedürfnissen und Erwartungen des deutschen Volkes entsprochen wurde. Man wird sich in Moskau inzwischen davon überzeugt haben, daß der Schachty-Prozeß in seiner ganzen Anlage und in seinen Einzelheiten in Deutschland ein Verständnis nicht finden konnte, und daß er deshalb auf die angestrebte Weiterentwicklung der Beziehungen, die ja nicht nur von Staatsverträgen, sondern auch von der Volksmeinung geschaffen und getragen werden, keinen besonders günstigen Einfluß ausübt. Es ist selbstverständlich, daß man nach wie vor auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen den größten Wert legt und auf einen Wunsch, der ihre Vertiefung bezweckt, mit größter Bereitwilligkeit reagiert."

Darauf kam die „Iswestija" (21. Juni) noch einmal zurück, mit einer Beschwerde über die Moskauer Berichterstatter in der deutschen Presse: „Das mangelnde Vertrauen, welches diese Berichterstatter dem Sowjetgericht entgegenbringen, die Kampagne, die sie in der deutschen Presse im Zusammenhang mit dem Schachty-Prozeß entfesselt haben, die unrichtigen Informationen, die sie „im Interesse dreier deutscher Reichsangehöriger" geben, die vor dem Sowjetgericht stehen, das sein letztes Wort noch gar nicht gesprochen hat, die Tendenz zu verdeckter, zuweilen aber auch offener Teilnahme für die Mehrheit der an der Schachty-Verschwörung Beteiligten — alle diese Momente können den deutsch-russischen Beziehungen ernsten Schaden zufügen, bzw. haben sie es schon getan." Dazu ist auch der Artikel der „Iswestija" vom 11. Juni heranzuziehen: „Wie früher am Scheidewege", an dem Deutschland nämlich stünde in der internationalen Politik: „Offensichtlich haben die deutschen Versuche, ein neues System der Beziehungen der Westmächte an Stelle des Systems von Versailles zu setzen, nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. England ist nicht gewillt, sich mit Deutschland gegen Frankreich zusammenzutun. Frankreich, in der Regierung Poincaré, will keine weiteren Schritte in der Annäherung an Deutschland tun. Die Wege einer aktiven Politik Italiens in Südosteuropa und auf dem Balkan kreuzen sich mit den Wegen der deutschen Politik, die beträchtlich intensiver in Südosteuropa geworden ist. Die italienisch-deutschen Gegensätze in diesem Gebiet treten noch nicht klar hervor, aber da die in jenem Gebiet Europas liegenden Länder ein wichtiges Feld der wirtschaftlichen Tätigkeit für Deutschland und Italien bedeuten, so ist klar, daß die Pläne einiger deutscher Kreise über ein enges Zusammengehen zwischen den beiden Ländern keinen festen Boden unter sich haben. Man darf auch nicht vergessen, daß Deutschland Italien ernsthafte Unterstützung in den beiden anderen wichtigen Gebieten der italienischen Politik weder gewähren kann noch will, nämlich im Wettbewerb mit Frankreich im Mittelländischen Meere und in

Digitized by Google

der Expansion im nahen Osten. Wenn man von Berlin nach Westen sieht, so findet man nicht eine einzige europäische Hauptstadt, wo Deutschland in seiner Außenpolitik auf eine ernsthafte Unterstützung rechnen könnte." Daran wird eine Auseinandersetzung über die westliche und im besonderen die englische Orientierung für Deutschland geknüpft. Alles das dränge zu einem Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen, in denen ein deutsches Entgegenkommen den Übergang zu praktischen Schritten ermöglichen würde.

Zu den deutsch-russischen Beziehungen verweisen wir noch auf einen umfassenden, sehr ruhigen und richtigen Artikel: „Deutsch-russische Verstimmungen" im „Osteuropa-Markt" (15. Juli), der auch das ganze Ziffernmaterial über die deutsche Ausfuhr nach Rußland, das gegenwärtige Wirtschaftsinteresse usw. bringt und zu dem auch von uns geteilten Ergebnisse kommt, daß genügend Gründe dafür sprechen, die bisherige Rußlandpolitik Deutschlands fortzuführen, in der Klärung über die Meinungsverschiedenheiten aus den Wirtschaftsverträgen, in der Abwehr von Übergriffen, aber auch einer positiven Politik zur Förderung der Ausfuhr nach Rußland, einer grundsätzlich anderen Behandlung der Kreditfrage in Rußland, die eine, wie dort richtig gesagt wird „konstruktive Behandlung des Rußlandgeschäftes" ins Auge fassen müßte. Auch darin stimmen wir dem Artikel zu, daß die gegenwärtige Krise keine vorzeitigen Schlüsse auf einen bevorstehenden Zusammenbruch des Sowjetsystems gestattet.

Diese Übersicht sei geschlossen mit dem Hinweis auf die erfolgreiche, tapfere und selbstverleugnende Hilfe, die in einem musterhaften Zusammenarbeiten zwischen Radio, Flugzeug und Schiff der russische Eisbrecher „Krassin" der italienischen Expedition im hohen Norden gebracht hat. Der Leiter des „Krassin", Professor Samoilowitsch, der zugleich Kapitän ist, hat im vorigen Jahre vor der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas" über seine Forschungen in Nowaja Semlja gesprochen. Ferner sei geschlossen mit dem Hinweis auf die russische Historikerwoche vom 9.—14. Juli in Berlin, über die dieses Heft an anderer Stelle einen ausführlichen Bericht bringt und die einen großen Fortschritt in den geisteswissenschaftlichen Beziehungen beider Länder gebracht hat.

Abgeschlossen am 21. Juli 1928.

Digitized by Google

II. Wirtschaftsumschau.

Von Otto Auhagen.

Am 30. Juni ist das alte Landwirtschaftsjahr zu Ende gegangen; die Sorge um die Getreidebeschaffung ist in das neue Jahr mit hinübergenommen. Der Juni brachte 354 851 t auf (gegen 281 262 t im Vormonat und 309 076 t im Juni 1927). Im ganzen schneidet das abgelaufene Jahr mit einer Beschaffung seitens der planmäßigen Organe im Betrage von 11 455 000 t gegen 11 510 000 t im Vorjahre ab. Da die städtische Bevölkerung der Union durchschnittlich um 6 % jährlich wächst und die ergänzende Tätigkeit des Privathandels bei der Versorgung der Städte sehr eingeschränkt worden ist, so bedeutet die gegen das Vorjahr nur wenig veränderte Ziffer eine sehr empfindliche Verschlechterung der Lage. Moskau kann sich unter den Hauptstädten der Erde des schlechtesten Brotes rühmen, in manchen Städten sind Brotkarten eingeführt, im Süden ist vielfach den Bauern das Brotkorn auf das knappste bis zur neuen Ernte zugemessen, ausgeführt sind an Getreide etwa 410 000 t gegen 2,3 Millionen t im Vorjahr, und trotz aller dieser Beschneidungen ist die Lage so kritisch, daß die Regierung — ausländischen Nachrichten zufolge — sich zu umfangreichen Weizenankäufen (man spricht von 100 000 t und mehr) entschlossen hat, um bis zur neuen Ernte durchhalten zu können. Was dies bei der Handelsbilanz und den Valutaverhältnissen Rußlands bedeutet, bedarf keiner näheren Ausführung.

Unter diesen Umständen wird der neuen Ernte mit besonderer Spannung entgegengesehen. Zweifellos hat sich der Saatenstand im großen und ganzen derart gebessert, daß die zu Anfang der Tätigkeit gehegten Befürchtungen zurücktreten dürfen. Die Lage war damals recht ungünstig, ganz besonders für das hauptsächliche Ausfuhrgetreide, den Weizen. Infolge der ungünstigen Witterung im vorigen Herbst war ein beträchtlicher Teil des Winterfeldes (allein in der RSFSR 4,7 Milionen ha) unbestellt geblieben; der Ausgang des Winters vernichtete in der Ukraine und im Nordkaukasusgebiet (auch auf den beiden deutschen Landkonzessionen in diesem Gebiet) einen großen Teil des Wintergetreides; die ausgewinterte Fläche ist zum mindesten auf 3 Millionen ha zu schätzen. Im ganzen hat die Wintersaatfläche, die im Vorjahr 39 Mill. ha umfaßte, eine Einbuße von 8½ bis 9 Mill. ha erlitten, wovon etwa 2½ Mill. auf Roggen, 6 bis 6½ Mill. auf Weizen entfallen mögen. Es soll gelungen sein, 90 % der ausgewinterten Fläche im Frühjahr neu zu besäen und auch die Versäumnisse der Herbstbestellung auszugleichen. Sicher ist aber eine im ganzen unerwünschte Verschiebung in dem Flächenverhältnis der einzelnen Früchte eingetreten. Die Einbuße an Roggenfläche ist wohl zu geringem Teil wieder einge-

Digitized by Google

holt, da Sommerroggen kaum gebaut wird (1926/27 in der Union nur 478 000 gegen 25,3 Mill. Deßj. Winterroggen). Für den Weizen liegen die anbaustatistischen Voraussetzungen günstiger, da in Rußland umgekehrt wie beim Roggen die Sommerfrucht überwiegt (mit 18,1 gegen 10,0 Mill. Deßj.). Ein voller Ausgleich wird aber auch beim Weizen nicht eingetreten sein; aus manchen Gebieten wird berichtet, daß es an Sommerweizen zur Saat gefehlt habe, aus anderen, daß es zu spät zu seinem Anbau gewesen sei. Die gesamte Weizenfläche (Winterung und Sommerung) mag daher in diesem Jahre um 2 bis 3 Mill ha gegen die 28 Mill Deßj. des Vorjahres zurückstehen. Rechnet man als Flächenverlust des Roggens noch 2 Mill. ha hinzu, so ergibt sich für Brotgetreide insgesamt ein Rückgang um 4 bis 5 Mill. ha gegen rund 58,9 Mill. ha (53,9 Mill. Deßj.) im Jahre 1926/27.

In die Lücke sind die sogenannten zweitklassigen (wtorostepennyje) Kulturen wie Hirse, Mais, Sonnenblume, Buchweizen getreten, da es an Saatgut hierfür nicht fehlte und diese Früchte späte Aussaat gestatten. Die Neigung zu deren Anbau soll auch dadurch verstärkt sein, daß für sie der harte Zugriff der amtlichen Beschaffungs-Organe nicht so zu befürchten ist wie nach den schlimmen Erfahrungen der letzten Zeit für die Hauptgetreidearten. Die Frage, wie im allgemeinen der neueste Kurs der russischen Agrarpolitik auf den Bauern und den Umfang seines Ackerbaus gewirkt hat, will ich weiter unten besprechen.

Durch den langen Winter wurde die Frühjahrsbestellung sehr aufgehalten, im Süden des europäischen Teiles um 2 bis 4 Wochen, und auch im Frühjahr blieb die Temperatur zunächst noch kühl; die Entwicklung der Saaten wurde daher in den meisten Gegenden zurückgehalten. Dann aber trat im Süden und Osten Erwärmung ein, es fehlte nicht an Niederschlägen (mit Ausnahme des Südens der Ukraine und der Krim, wo die Saaten durch Trockenheit geschädigt wurden). Die heißen Steppenwinde, die in manchen Jahren verheerend wirken, blieben aus, und so wurde das Bild im Durchschnitt in der Ukraine, im zentralen Schwarzerdgebiet und im Nordkaukasusgebiet freundlicher. Weiter nördlich und nordwestlich hielt bis in die letzte Zeit kühle und übermäßig nasse Witterung an, wodurch das Wachstum sehr zurückgehalten wurde; doch ist jetzt auch hier sommerliche Wärme eingekehrt, die Feldfrüchte machen gute Fortschritte (eine gute Heuernte war hier ohnehin schon zu erwarten, wie überhaupt in Rußland Grünfutter reichlich gewachsen ist). Besonders günstig sind die Ernteaussichten im Unter-Wolga-Gebiet, im Uralgebiet, in der Kirgisensteppe (Kasakstan) und in Sibirien; hier waren nach starker winterlicher Schneedecke die Wärme- und Niederschlagsverhältnisse von Beginn des Frühjahrs ab günstig. Für die Weizenernte ist dies

Digitized by Google

insofern von besonderer Bedeutung, als hier der zum Ersatz des vernichteten Winterweizens berufene Sommerweizen in besonders großem Umfang gebaut wird; 1927 umfaßte diese Frucht in den genannten 4 Gebieten im ganzen 10,1 Mill. Deßj. Zählt man 4 weitere Gebiete hinzu, wo die Aussichten für Sommerung weniger gut, aber doch noch erheblich über Mittel sind (zentrales Schwarzerdgebiet, Ukraine, Mittelwolga und Nordkaukasus), so ergibt sich nach der Anbaustatistik von 1927 eine Fläche von 16,9 Mill. Deßj. Sommerweizen gegenüber einer Gesamtfläche in der Union von 18,1 Mill. Deßj. Sommerweizen und 28,1 Mill. Deßj. Weizen überhaupt. Angesichts dieses Zahlenverhältnisses erscheint es nicht ausgeschlossen, daß — wie die Regierung hofft — der Ausfall an Winterweizen durch Sommerweizen mehr als voll gedeckt wird. An Roggen ist dagegen eine Verminderung der Ernte mit Bestimmtheit zu erwarten.

Der Saatenstandsbericht der Statistischen Zentralverwaltung, der auf den Meldungen von 62 000 Korrespondenten beruht, gibt das prozentuale Verhältnis zum mittleren Saatenstand für den Durchschnitt der ganzen Union zum 1. Juli auf 118 an, gegen 112 am 1. Juni; Winterung stand auf 103, Sommerung auf 126. Im Vorjahr wär das Qualitätsverhältnis umgekehrt; Winterung hatte am 15. Juni 1927 die Note 118, Sommerung 98; die Gesamtnote lautete 106, also ungünstiger als in diesem Jahre. Rykow wagt bereits (in seiner Rede vom 13. Juli vor einer Moskauer Parteiversammlung) die Nennung des absoluten Betrages der Ernte: 4920 Mill. Pud gegen 4433 im Vorjahr. Diese Schätzung dürfte verfrüht sein; auch ist einstweilen fraglich, in welchem Maße an einer Mehrernte das Brotgetreide beteiligt sein wird.

Jedenfalls aber hat die Regierung allen Anlaß aufzuatmen; sehr, sehr drückender Sorgen fühlt sie sich enthoben und nun scheint auch schon die im vorigen Heft von mir aufgeworfene Frage entschieden zu sein, wie ein günstiges Ergebnis der Ernte auf den weiteren Gang der Agrarpolitik einwirken wird. Die Regierung hat inzwischen eingesehen, daß der Bogen überspannt wurde und daß sich daraus ernste politische Gefahren entwickelt haben.

Zugegeben ist, daß der Regierung im Winter nichts anderes übrig blieb, als eine scharfe Kampagne zum Zwecke erhöhter Getreidebeschaffung zu eröffnen. Die Lage war Ende des Jahres sehr bedrohlich. 128 Mill. Pud waren weniger beschafft als im Vorjahr; die Ernährung der Arbeiter und Soldaten war in Frage gestellt. Dem gegenüber erschien es als das geringere Übel (aber doch als ein „Übel", wie Rykow jetzt wieder betont), mit außerordentlichen Maßnahmen an die Vorräte der Bauern heranzugehen. Grundsätzlich war die Aktion wohl berechtigt, wobei nicht auf die Frage eingegangen werden soll, ob nicht durch eine

Digitized by Google

andere Wirtschaftspolitik die Krise hätte verhütet werden können. Falsch aber war die Art und Weise, in der die Getreidekampagne inszeniert wurde. Sie hätte als Notstandsmaßnahme den Bauern plausibel gemacht werden müssen; der großen Masse der Bauern hätte es dann wahrscheinlich nicht an Verständnis dafür gefehlt, daß in erhöhtem Maße abgeliefert werden mußte; eine mäßige Preiserhöhung hätte den Erfolg sicher sehr gefördert (wo doch jetzt zu ungleich höherem Preise Getreide im Ausland angekauft ist). Statt dessen wurde die Parole „gegen den Kulak" ausgegeben, die ganze Aktion wurde zu einer Kampfmaßnahme, der Neid der Kleinen gegen die Größeren wurde aufgestachelt, Denunziationen über Denunziationen, Bestrafungen über Bestrafungen, Bedrückungen über Bedrückungen durch Herabsetzung der Preise wegen angeblich geringerer Qualität, durch Aufdrängung der Bauernanleihe usw., Verhinderung des freien Getreideverkehrs, Schließung der Wochenmärkte und was sonst alles zu dem Kapitel der Übergriffe der örtlichen Gewalten gehört. Die bösen Zeiten des Kriegskommunismus schienen zurückzukehren. Diese Vergewaltigung erstreckte sich aber keineswegs auf die „Kulaken" oder die Gesamtheit der wohlhabenden Bauern, sondern, wie das Ausland es vorausgesehen hatte, auch auf einen großen Teil der Mittelbauern und selbst der Kleinbauern oder armen Bauern (alles im Sinne der russischen Terminologie; nach deutschen Begriffen kann man ja in Rußland fast nur von Kleinbauern, Zwergbauern und Parzellenwirten reden). Anfangs schien die Regierung wenigstens noch die Kleinbauern auf ihrer Seite zu haben; sie sahen wohl ihren Vorteil darin, die Großbauern anzugeben, um aus deren beschlagnahmten Vorräten Brot- und Saatkorn zu erhalten. Dies änderte sich aber bald; abgesehen davon, daß die amtlichen Organe manchmal auch bei den Kleinbauern requirierten und auch ihnen Zwangsanleihe aufdrängten, um sie zum Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu zwingen, brachte das Frühjahr große Brotnot über sie. Regelmäßig sind dann die Getreidevorräte des Kleinen zu Ende, sie müssen von den Größeren auf dem Hofe oder von ihnen oder Händlern auf dem Wochenmarkt kaufen. Jetzt aber konnten oder wollten die Großen nicht aushelfen, die Wochenmärkte waren geschlossen, und so blieb den Kleinen nichts übrig, als in der Stadt nach Brot und Mehl anzustehen und dadurch die Schwierigkeiten für die Stadtbevölkerung zu vergrößern. In einer kleinen Stadt wurden jetzt Bauern gesehen, die statt des Brotes Kohl als Wegzehrung in ein Tuch eingeschlagen hatten. Groß-, Mittel- und Kleinbauern wurden hierdurch sich ihrer Interessen-Solidarität wieder bewußt. Der Keil, der anfänglich zwischen die verschiedenen Schichten der Bauernschaft getrieben zu sein schien, hatte sich plötzlich verschoben; es klaffte ein Riß zwischen Stadt und Land.

Digitized by Google

Mit frappierender Offenheit hat sich Rykow in der oben erwähnten Rede hierüber ausgesprochen. Wörtlich: „Auf der Grundlage der Verschärfung der Getreidefrage und der umfangreichen Anwendung der sogenannten außerordentlichen Maßnahmen gehen derartige Veränderungen in den Beziehungen der breiten bäuerlichen Schichten, der Mittelbauern und armen Bauern, zu uns vor sich, daß sie sich, wenn es uns nicht gelingt, die Elemente der Unzufriedenheit zu beseitigen, zu einer ernsten Bedrohung für die Ssmytschka (Zusammenschluß) von Arbeitern und Bauern entwickeln kann. Zwar kann man nicht sagen, daß wir jetzt die Zerreißung unseres Bundes mit den Mittelbauern erleben, denn das ist jedem klar, daß der Bruch mit den Mittelbauern in unsern Verhältnissen die allgemeine Krise bedeuten würde. Das ist nicht der Fall. Doch dies bedeutet nicht, daß sich die Partei gleichgültig zu allen Fällen massenhafter Unzufriedenheit verhalten darf, daß sie die Symptome der Verschlechterung der Beziehungen zum Dorfe ignorieren darf." Kurz und drastisch spricht sich Stalin an demselben Tage vor der Leningrader Parteigruppe in gleichem Sinne aus.

Durch Rykow erfahren wir, in welchem Umfang der berüchtigte Artikel 107 des Strafgesetzbuches (betr. böswillige Preistreiberei durch Aufkauf, Verbergung und Zurückhaltung von Waren) Anwendung auch gegen Mittel- und arme Bauern gefunden hat; von 837 Verurteilungen seitens des Bezirksgerichts Tjumen bezogen sich 25,5 % auf arme Bauern, 64 % auf Mittelbauern und nur 7 % auf Kulaken. Im allgemeinen sind allerdings die armen Bauern wohl wenig belangt worden, in beträchtlicher Zahl aber die Mittelbauern. Im April wurden in der ganzen RSFSR auf Grund des genannten Artikels 6697 Personen zur Verantwortung gezogen, davon Kulaken und Händler 66 %, „wohlhabende" Bauern (die nicht dem Kulak-Begriff entsprechen) 10 %, Mittelbauern 18,5 %, arme Bauern über 1 %; der Rest fällt auf sonstige Berufsklassen.

Mit Recht wendet sich Rykow gegen die Ansicht, daß es nichts zu bedeuten habe, wenn von 25 Millionen Bauern einige tausend Mittelbauern zu hart angefaßt worden seien. Es komme auf die politische Resonanz an, auf die Gefahr, daß bei der ganzen Masse der Mittelbauern der Eindruck von der Ungewißheit ihrer Lage erweckt werde. Die Dinge lägen heute ganz anders als zur Zeit des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus; den Druck jener Zeit habe der Bauer auf sich genommen, da er damals noch für sein Land kämpfte; heute fürchte der Bauer die Rückkehr der Gutsbesitzer nicht mehr, und in den Übergriffen der örtlichen Gewalten sehe er daher nur die negative Seite.

Nun — eine gute Mittelernte wird erwartet, und die Regierung ist froh zu erklären, daß die außerordentlichen Maßnahmen

Digitized by Google

nur als zeitweilig gedacht waren, daß sie sofort aufgehoben werden sollen, um die gute Nep wieder in volle Wirksamkeit zu setzen. Optimistisch wird gehofft, daß die Bauern sich alsbald beruhigen und die vorübergehende Bedrückung schleunigst vergessen werden.

Die Rückkehr zu den normalen Methoden der Getreidebeschaffung kündigt sich schon vor einigen Wochen an durch geharnischte Auslassungen gegen die örtlichen Übergriffe (obgleich es für die örtlichen Instanzen immer geratener ist, bei der Durchführung von „Stoßaufgaben" zu scharf als zu lasch zu handeln), besonders auch durch einen Erlaß des Handelskommissars Mikojan, der sich gegen die Unterbindung des örtlichen freien Handels, insbesondere gegen die Schließung der Wochenmärkte, wendet. Rykow weist jetzt in seiner Rede darauf hin, eine wie große Rolle der örtliche Getreideaustausch im Dorfe und auf den Wochenmärkten spielt; er gibt hierbei eine bemerkenswerte Gegenüberstellung der planmäßigen und nichtplanmäßigen Getreidebeschaffung. In Millionen Pud seien beschafft worden:

	1925/26	1926/27	1927/28	
planmäßig	516	662	626	
nichtplanmäßig	275	203	100	nach Angabe der Statistischen Zentralverwaltung, 148 nach Angabe des Handelskommissariats
zusammen	791	865	726	bzw. 774

Der starke Rückgang des Privathandels im letzten Jahre wird hierdurch bestätigt. Außerdem kauft aber die Stadtbevölkerung von Bauern und Händlern auf den Wochenmärkten ungefähr 100 Mill. Pud; dazu kommt der Getreideverkehr zwischen den Bauern, der sich einschließlich der als Arbeitslohn gewährten Mengen auf 800 bis 900 Millionen und im reinen Marktverkehr auf 500 bis 600 Millionen Pud stellt. Durch die Abdrosselung dieses Verkehrs in vielen Bezirken sei das amtliche Getreideregime überlastet worden; man dürfe diesen örtlichen Ausgleich in Zukunft nicht unterbinden.

Die eigentliche Entscheidung brachte die am 10. Juli gefaßte Resolution des Zentralkomitees der Partei. Alle jene Übergriffe werden verurteilt, die außerordentlichen Maßnahmen sollen sofort aufhören. Die Versorgung des Dorfes mit gewerblichen Waren soll verbessert werden. Von besonderer positiver Bedeutung ist die Forderung, daß die Preise für Getreide unter Differenzierung nach Art und Gebiet erhöht werden sollen. Rykow äußert sich über das Maß der Erhöhung: Landwirtschaftliche und industrielle Warenproduktion dürften nicht als Äquivalente behandelt werden, vielmehr müsse im Interesse der Industrialisierung, die letzten Endes ja auch im Interesse der Landwirtschaft liege, Kapital aus der Landwirtschaft auf dem Wege der Preis-

Digitized by Google

politik in die Industrie hinübergeleitet werden, um so mehr, da eine nennenswerte Befruchtung der Industrie mit ausländischem Kapital nicht erfolge. Diese Politik dürfe aber nicht überspannt werden, wie es der oppositionelle Preobraschenskij gefordert habe, wonach die Landwirtschaft verarmen und die Industrie ihre Basis verlieren würde. Die „Schere" muß bleiben, aber nicht in der jetzigen allzu weiten Öffnung und vor allem nicht mit der besonderen Zurücksetzung der Getreidepreise.

Die bedeutsamste Wendung des Kurses erblicke ich aber in der Wiederanerkennung der Wichtigkeit der bäuerlichen Individualwirtschaft. Die Resolution stellt die Ausführungen hierüber an die Spitze ihres Programms. Im Winter schien es so, als ob das Allheilmittel in der Entfaltung des „vergesellschafteten" Sektors der Landwirtschaft durch Bildung großer Rätegüter und Zusammenfassung der Bauern in leistungsfähigen Kollektivbetrieben gesehen würde, daß dies Ziel in wenigen Jahren erreicht werden müßte und daß es daher auf die Individualwirtschaft gar nicht mehr ankäme. Die Politik der örtlichen Gewalten schien vielfach darauf hinauszulaufen, die Individualwirtschaft möglichst zu schwächen und dadurch für die Kollektivierung — als einziges Rettungsmittel — reif zu machen. Jetzt hat man eingesehen, daß es mit der Kollektivierung gute Weile hat und daß es sehr schwer fällt, den Kollektivbetrieb gut zu organisieren. Stalin sprach vor einem Monat (vgl. vor. Heft) die Hoffnung aus, daß es gelingen würde, in drei bis vier Jahren die Marktleistung der Kollektivwirtschaft um 40 bis 50 Mill. Pud Getreide zu steigern; größere Hoffnungen wird auf die jetzt im Werden begriffene Bildung staatlicher Latifundienbetriebe gesetzt, die nach fünf bis sechs Jahren 100 Mill. Pud Handelsgetreide liefern sollen. Beides bedeutet aber wenig gegenüber den Möglichkeiten der Ertragssteigerung in der Individualwirtschaft, die 4½ Milliarden Pud erzeugt, und so fordert die Resolution des Zentralkomitees zur Lösung der Getreidefrage und „zur Anwendung der Gefahr eines Bruchs zwischen Stadt und Dorf" an erster Stelle die Hebung der klein- und mittelbäuerlichen Individualwirtschaft, „die noch für geraume Zeit die Basis der Getreidewirtschaft des Landes bleiben wird". Daß eine richtige Wirtschaftspolitik den Fortschritt der bäuerlichen Wirtschaft beschleunigen kann, steht außer allem Zweifel; die ersten landwirtschaftlichen Autoritäten haben in den letzten Wochen in der Tagespresse lange Aufsatzreihen darüber veröffentlicht, welche großen Möglichkeiten vorhanden sind. Zu gern neigen indessen die Parteimänner, sobald die Spitze der Partei ein Ziel aufgestellt hat, zu optimistischer Überschätzung bezüglich des Zeitmaßes, in welchem das Ziel zu erreichen ist, und bezüglich der zu erwartenden Größe des Erfolges. So schreibt Jakowlew, einer der leitenden Männer in der Arbeiter- und

Digitized by Google

Bauerninspektion (RKI) in der „Ekon. Shisn" einen temperamentvollen Artikel mit der Überschrift „Für die Verdoppelung der Ernte!". Scharf geht er mit Wainstein ins Gericht, der die wahrscheinliche Steigerung der vegetabilischen Produktion im Laufe der nächsten fünf Jahre nach Analogie des letzten Jahrfünfts vor dem Kriege auf 6 % schätzt. Es würden also keine besseren Entwicklungsbedingungen angenommen, als sie im zaristischen Rußland geherrscht hätten, wo die Landwirtschaft vertreten gewesen sei einerseits durch die halbversklavte, zugrunde gerichtete Bauernschaft, andererseits durch die knechtenden Gutsbesitzer, die ihr Land mit dem bäuerlichen Haken bewirtschaften ließen. Jakowlew verwechselt hier die Zeit früherer Stagnation und die Periode starken Aufschwungs, die dem russisch-japanischen Kriege und der Stolypinschen Agrarreform folgte. Auch die Schätzung von Professor Oganowskij in der Staatsplankommission, der für die nächsten fünf Jahre den Erfolg aller Fortschrittsfaktoren nach ihrer jetzigen Wirkung auf dem Gebiete des Getreidebaus auf 9,2 % und bei Verstärkung dieser Faktoren auf 11,4 % bemißt, verwirft J. als viel zu niedrig. Drohend ruft er aus: „Wir sind berechtigt, von der landwirtschaftlichen Wissenschaft, nachdem diese durch die Rätemacht der verächtlichen Dienerei vor dem Gutsbesitzer enthoben worden ist, einen Plan revolutionärer Weiterentwicklung der Landwirtschaft zu fordern!" Ich glaube, daß Rußland sich glücklich schätzen darf, wenn nur die Schätzung von Oganowskij in Erfüllung geht; das wäre eine Hebung der bäuerlichen Getreideproduktion binnen fünf Jahren um 500 Mill. Pud.

Es bleibt nun allerdings abzuwarten, welche wirtschaftspolitischen Wirkungen das Sichwiederbesinnen auf die Bedeutung der Individualwirtschaft zeitigen wird. Sicher wird man ja so bald nicht wieder derart auf ihr mit Füßen herumtreten, wie es im letzten halben Jahre geschah. Wird aber auch positiv etwas zu ihrer Hebung erfolgen? Es scheint so: der Staat hat höhere Aufwendungen zu diesem Zweck beschlossen. Wichtig ist aber, daß bei der Verwendung dieser Mittel (Bereitstellung von Geräten und Maschinen, von Saatgut und Düngemitteln, Gewährung von Kredit, Durchführung der Agrarreform) die Kollektivwirtschaft nicht so exorbitant bevorzugt wird, wie es der neue Gesetzentwurf über Landnutzung und Landeinrichtung vorsieht; sonst würde für die Individualwirtschaft wenig übrigbleiben. Eine große Änderung in dieser Beziehung ist wohl kaum zu erwarten. Vielleicht aber wird man sich entschließen, auf die in dem Gesetzentwurf enthaltene Bestimmung zu verzichten, wonach die kräftigsten Individualwirtschaften durch Majoritätsbeschluß in die Kollektivbetriebe hineingezwungen werden können. Diese Bestimmung würde der Individualwirt-

Digitized by Google

schaft den festen Boden entziehen, den ihm der Agrarkodex von 1922 verlieh.

Die Achillesferse der Resolution des Zentralkomitees sehe ich in dem Bekenntnis zu dem Beschluß des 15. Parteikongresses (Dezember 1927), die „nastuplenije na kulatschestwo" den Angriff gegen das Kulakentum weiter zu entwickeln. Allerdings wird hinzugefügt, daß der Kampf nicht mit den Methoden der „raskulatschiwanije", d. h. der gewaltsamen „Entkulakung" geführt werden soll. Lediglich durch den wirtschaftlich-sozialen Fortschritt des Dorfes soll dem Kulakentum der Boden entzogen werden, im Sinne der Nep, die nach den in der Resolution zitierten Worten Lenins „ökonomisch und politisch die Möglichkeit der Fundamentierung der sozialistischen Ökonomik vollkommen sichert". Aber nach wie vor wird der Kulak als der Gegner hingestellt, und nach wie vor ist daher mit Bestimmtheit zu erwarten, daß nicht nur er, sondern auch jeder, der ihm wirtschaftlich oder seelisch verwandt erscheint, von den örtlichen Gewalten als Feind behandelt wird. Die Gesetzgebung richtet ihn durch die Entziehung des politischen Wahlrechts, und jener Gesetzentwurf über Landnutzung und Landeinrichtung will ihn auch in der Agrargemeinde mundtot machen. Durch diese Deklassierung und das System wirtschaftlicher Schikanen wird der Großbauer erst in feindliche Stimmung versetzt. An sich liegt ihm nur daran, wirtschaftlich vorwärts zu kommen. Daß er nicht zu mächtig wird, kann die Regierung durch Progressivität der Steuer und durch die bodenreformerischen Grundsätze des Agrarkodex erreichen. Wenn die Regierung heute wieder die Hebung der Individualwirtschaft als wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft hinstellt, so sollte sie nicht vergessen, daß der Großbauer die Spitze der Individualwirtschaft bildet und daß eine Bekämpfung der Spitze sich nicht nur gegen diese Spitze selbst richtet, sondern auch gegen alle Mitglieder der unteren Schichten, die sich durch Tüchtigkeit und Fleiß, durch Sparsamkeit und Nüchternheit zur Spitze emporzuarbeiten hoffen. Die russische Bauernschaft ist im Grunde ein einheitlicher Körper; die „Ssmytschka" kann auch in dem beschränkten Sinne der Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitern und Bauern m. E. nur gelingen, wenn mit der tüchtigsten und kräftigsten Schicht der Individualbauern Friede geschlossen wird.

Über die Ssmytschka in dem eigentlichen Wortsinn des Zusammenschlusses stellte Stalin in seiner Leningrader Rede einige Betrachtungen an, die in die Tiefe des landwirtschaftlichen Sozialisierungsgedankens führen. Es sei aus der Partei angeregt worden, die Ssmytschka von seiten der Industrie dadurch zu fördern, daß das Schwergewicht der industriellen Entwicklung von der Schwerindustrie auf die leichte Industrie, insbesondere die

Digitized by Google

Textilindustrie, gelegt werde (um der bäuerlichen Nachfrage besser zu entsprechen). Das sei eine Bauernphilosophie, die nicht vorwärts, sondern rückwärts blicke. Die Hauptrolle falle der Schwerindustrie zu. „Die Ssmytschka ist nicht dazu nötig, um die vorhandenen Klassen zu erhalten und zu verewigen, sondern dazu, um die Bauern- und Arbeiterklasse einander ähnlich zu machen, die Bauernschaft umzuerziehen, seine individualistische Psychologie umzubilden, ihn selbst umzuarbeiten im Sinne des Kollektivismus und so die Liquidierung der Klassen auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten", und welche Bedeutung zur Erreichung dieses Zieles der Schwerindustrie zukomme, beantwortet Stalin mit den Worten Lenins: „Die Umarbeitung der Kleinlandwirtschaft, die Umarbeitung ihrer Psychologie und Gewohnheiten ist eine Angelegenheit von Generationen. Lösen kann diese Frage nur die materielle Basis, die Technik, die Anwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die Elektrifizierung in größtem Maßstabe."

Mit Besorgnis wurde der Frage entgegengesehen, ob der Druck der letzten Zeit nicht zu einer Einschränkung der bäuerlichen Frühjahrssaaten führen würde. Zu verwundern wäre es nicht gewesen, wenn die größeren Bauern die Lust verloren hätten, durch persönlichen Fleiß, durch Zupachtung von Land aus schwachen Händen und durch Beschäftigung von arbeitslosen Dorfmitgliedern Überschüsse zu erzeugen und zum Dank dafür der politischen Deklassierung und wirtschaftlichen Drangsalierung zu verfallen. Für die gesamte Anbaufläche Rußlands würde dies allerdings nicht viel zu bedeuten haben, da der Anteil der größeren Bauern nur klein ist; wie Stalin Anfang Juni mitteilte, entfielen auf die Kulaken von der gesamten Getreideproduktion der Union 13,0 %, vom Handelsgetreide 20,0 %. Dabei entspricht der größte Teil der „Großbauern dem deutschen Begriff des Kleinbauern und darf im Interesse seiner Existenz — der Bauer weiß ja auch nie, wie die Ernte ausfällt — seine Produktion absichtlich nicht stark vermindern. Lehrreich ist, daß die bäuerliche Zuckerrübenfläche, an der das „Kulakentum" erheblich beteiligt ist, sich in diesem Jahre gegen das Vorjahr stark vergrößert hat. Wohl aber ist damit zu rechnen, daß die Landpachtung und Lohnarbeiterbeschäftigung durch die größeren Bauern abgenommen haben; der stärkere Andrang von ländlichen Arbeitsuchenden in der Stadt steht damit vielleicht im Zusammenhang. Alles in allem glaube ich, daß die Bedrückungspolitik der letzten Zeit bezüglich der bäuerlichen Produktion mehr zu einer Hemmung des Fortschritts als zu einer tatsächlichen Verminderung geführt hat. Bestätigt wird dies im ganzen auch durch Zahlen, die Rykow über den Umfang der diesjährigen Frühjahrsbestellung im Vergleich zum Vorjahr mitteilt. Einschließlich der

Digitized by Google

Neubestellung der ausgewinterten Herbstsaaten ist die Frühjahrssaatfläche in der Ukraine um 28 %, im Nordkaukasusgebiet um 8,4 %, im Zentralen Schwarzerdgebiet um 5 %, an der Unter-Wolga (wo nur wenig ausgewintert war) um 5,9 % gewachsen. Für die eigentlich planmäßige Frühjahrssaat (ohne die Neubesäung der ausgewinterten Fläche) ist das Bild allerdings ungünstiger; eine Zunahme fand statt an der Unter-Wolga um 5,4 %, im zentralen Schwarzerdgebiet um 0,9 %, dagegen eine Verminderung in der Ukraine um 4,2 und im Nordkaukasus um 8,7 %.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch die Ausführungen eines Statistikers in der „Prawda", die sich auf die Zahlen für ein bis zwei Tausendstel der bäuerlichen Wirtschaften stützen. Wo die Frühjahrsbestellung nicht durch die Umsaat des Winterfeldes belastet war, hat sie fast überall an Umfang gewonnen; dasselbe ist in den vom Auswintern betroffenen Gebieten der Fall, wenn die umgesäte Winterungsfläche mitgerechnet wird. Bemerkenswert ist aber, daß die Saatfläche auf Pachtland fast überall stark abgenommen hat. Der Statistiker kommt zu dem Schluß, „daß vom Standpunkt der Entwicklung der produktiven Kräfte der Landwirtschaft die Partei keinen Grund hat, die auf Grund der Beschlüsse des 15. Parteikongresses durchgeführte Dorfpolitik zu revidieren"; hiermit hinkt er hinter dem neuesten Kurse der Partei einher. Die Redaktion fügt hinzu: „Der Autor überschätzt offenbar unsere Erfolge, wenn er von einer Hebung der bäuerlichen Wirtschaft im Zusammenhang mit den Getreidebeschaffungen spricht. Wenn dies Tatsache wäre, so würde sich der Bund des Proletariats mit den Hauptschichten der Bauernschaft in den letzten Monaten noch gefestigt haben. Dem widersprechen allein schon die Aussagen zahlreicher Briefe, die bei der Redaktion eingingen, und zweifellos die Stimme der Masse wiedergeben."

Zum erstenmal ist seit der Beendigung des Bürgerkrieges und den Unruhen des Winters 1920/21 eine ernste politische Krise zum Ausbruch gekommen, wie dies von der Regierung auf das offenste zugegeben wird. Das besonders Bedenkliche in diesem Falle ist der Umstand, daß die Dorf und Stadt einander entfremdende Getreidenot nicht durch eine Mißernte herbeigeführt wurde; 1927 ergab eine Mittelernte, aber was vor Jahren ausreichte, langt jetzt nicht mehr zu. Es ist eben eine ungeheure Veränderung im Vergleich zur Vorkriegszeit eingetreten. Die von Stalin vor einem Monat mitgeteilte Statistik, daß vor dem Kriege 1300 Mill. Pud Getreide, 1926 nur 630 Millionen (einschließlich des Privathandels mehr) auf den Markt kamen, hat auf die russische Öffentlichkeit gewaltigen Eindruck gemacht. Ob die baldige Hebung der russischen Landwirtschaft gelingt, ist von entscheidender Bedeutung. Die Bevölkerung wächst jährlich

Digitized by Google

um 2,2 %; es fragt sich, ob auf den bisher eingeschlagenen Wegen die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hiermit Schritt halten kann oder ob nicht schließlich doch tief einschneidende Systemänderungen notwendig werden.

Abgeschlossen 16. Juli 1928.

Bücherschau.

Dr. Reinhart Maurach, System des russischen Strafrechts. Verlag Hermann Sack. Berlin 1928. 207 S.. 8 RM.

Die Arbeit stellt weniger eine kommentarmäßige Erläuterung des positiven russischen Strafrechts als die Zusammenfassung seiner leitenden Gesichtspunkte dar, wenn schon auch der besondere Teil des Strafrechts der RSFSR hierbei weitgehende Berücksichtigung findet. Der Verfasser geht bei seiner Darstellung auf die Zwecklehre des kommunistischen Übergangsstaates zurück. Er entwickelt den Verbrechensbegriff des Sowjetrechts, welcher nicht als eine rechtswidrige und namentlich schuldhafte Handlung, sondern lediglich als eine für den Sowjetstaat gefährliche Handlung aufgefaßt wird. Aus der kommunistischen Staatslehre wird weiterhin die Aufstellung des Begriffes eines materiellen Delikts und die Theorie des sogenannten gefährlichen Zustandes abgeleitet. Es wird die Sozialgefährlichkeit besonderer Verbrechen und Verbrechensformen gemäß dem Strafrecht der RSFSR, bei dem das Politische und Wirtschaftliche besonders betont wird, und in dem z. B. die Tötungsdelikte nicht unter den Kapitalverbrechen rangieren, in all ihrer Eigenartigkeit dargestellt. Schließlich werden die „Maßnahmen des sozialen Schutzes" im einzelnen geschildert. Auch die auf dem offenen Klassenprinzip aufgebauten Richtlinien der Bemessung der „gerichtlich bessernden" Maßnahmen, welche in Wirklichkeit den hergebrachten Strafen entsprechen, aber theoretisch denselben gegenübergestellt werden, finden im letzten Abschnitt des Buches ihre Darstellung. Das Strafprozeßrecht der RSFSR wird vom Verfasser allerdings nicht behandelt.

Die theoretische Fundierung des Sowjetstrafrechts und die hergeleitete Beziehung zwischen Theorie und Wirklichkeit dürften in manchem Punkte strittig sein. Es müssen einige Form- und Übersetzungsmängel verzeichnet werden, so z. B. die Übersetzung der isključitelnyje obstojatelstwa auf S. 188 mit „ausschließliche Umstände". Dieses mindert jedoch nicht den Wert des Buches, welches große Sachkenntnis aufweist. Es wird über den Kreis der Fachleute hinaus um so größeres Interesse beanspruchen, als das Strafrecht zu den umstrittensten Gebieten des russischen Rechts gehört und auch bei den westeuropäischen Reformbestrebungen jedenfalls nicht unberücksichtigt bleiben kann. E. R.

Die Verfassung des Memelgebietes. Ein Kommentar zur Memelkonvention von Albrecht Rogge. Deutsche Rundschau G. m. b. H., Berlin, 1928. (In: Handbücher des Ausschusses für Minderheitenrecht. Herausgegeben von Max Hildebert Boehm.) XVI u. 494 S. Brosch. 16 RM.

Der Memeler Landgerichtsrat Rogge legt hier ein Werk vor, das jedem, der sich aus irgendeinem Grunde mit der Memelfrage zu beschäftigen hat, in steigendem Maße unentbehrlich sein und das auch der künftigen Forschung wertvolle Quellen bieten wird. Schon als vollkommene Zusammenstellung

Digitized by Google

aller Verträge, Gesetze und anderen Dokumente, die für die Beurteilung der Rechtslage des Memellandes von Bedeutung sind, wäre die Veröffentlichung eine höchst schätzenswerte Materialsammlung, zumal sie die Texte in mehrsprachiger Fassung bringt. Sie erhält ihren besonderen Wert jedoch erst durch den äußerst gründlichen Kommentar, den Rogge der Memelkonvention vom 8. Mai 1924 (sonst auch, nicht völlig korrekt, Memelstatut genannt — das Memelstatut ist ein Teil dieser Konvention) mit ihren schwierigen staats- und völkerrechtlichen Problemen gibt.

An einem staatlichen Zwittergebilde wie dem Memelgebiet lassen sich viele grundsätzliche Probleme des Staatsrechts in außerordentlich lehrreicher Weise abhandeln; Rogge tut dies, indem er auch die ausländische Literatur und das ausländische Staatsrecht gebührend heranzieht. In erster Linie ist das Werk jedoch für den juristischen und politischen Praktiker bestimmt; so ist auf den Vergleich des Memelgebietes mit anderen Staatsgebilden zwiespältigen Charakters — wie vor dem Kriege Elsaß-Lothringen und Finnland, heute Saargebiet und Danzig — besonderer Wert gelegt. Die praktische Berührung mit den Problemen durch seinen Beruf ist dem Verfasser dabei nützlich, ohne ihn je zum Verlassen des Bodens unbedingter wissenschaftlicher Objektivität zu verleiten. Für die Rechtsprechung in Memel und Kowno, aber auch für die internationale Diskussion memelländischer Fragen, besonders in Genf und im Haag, hat Rogge wertvolle Vorarbeit geleistet. Es mag noch bemerkt werden, daß auch Literaturverzeichnis und Register allen Ansprüchen genügen. R. R. B.

Kittel, Arthur. (Königsberg) — 37 Jahre Landarzt in Preußisch-Litauen 1869/1906. 56 S. Memel 1926 (Verlag Memeler Dampfboot A. G.).

An seinem Lebensabend schrieb der 1919 erblindete Arzt seine Erinnerungen aus der nordöstlichsten Ecke unseres Vaterlandes, dem jetzt litauischen Kreis Heydekrug, nieder. Als Kulturdokument einer versunkenen Zeit (Lachsfischerei in der Memel, russischer Holzhandel auf der Memel, Elchwald, Ibenhorst, litauische Volkssitten, ostpreußische Landarztpraxis mit ihren Leiden und Freuden) verdient dies Schriftchen doch Erwähnung. Der Wunsch wird laut, es möchten doch noch mehr Deutsche, die in diesen Gegenden als Arzt, Tierarzt, Lehrer, Apotheker, Beamter usw. gelebt haben, ihre Beobachtungen aus diesem Grenzgebiet schriftlich niederlegen. H. Z.

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Zehn Jahre Sowjetrecht. „Pravo i Žizń" — Moskau. („Recht und Leben", eine von den Professoren *A. M. Winawer*, *M. N. Gernet* und *A. N. Trainin* redigierte, den Fragen des Rechts und des wirtschaftlichen Aufbaus gewidmete Zeitschrift.) 6. Jg. 1927, Heft 8/10.

„Pravo i Žizń" kann als die vornehmste Fachzeitschrift des heutigen Rußland auf dem Gebiete des gesamten Rechts gelten und ist allen der russischen Sprache Mächtigen, an den einschlägigen Problemen der Sowjetunion Interessierten um so mehr zu empfehlen, als die Zeitschrift vornehmlich die großen Zusammenhänge berücksichtigt.

Das Berichtsheft ist dem zehnjährigen Bestehen des Sowjetstaates gewidmet und liefert aus diesem Anlaß eine Übersicht der Gesetzgebung, welche für weiteste Kreise geradezu als eine Einführung in den Rechtszustand der Union dienen kann. Pontowitsch behandelt die staatsrecht-

Digitized by Google

liche Natur der UdSSR und vertritt die Ansicht, daß die Union infolge ihrer Zwecksetzung weder unter den hergebrachten Begriff eines Staatenbundes noch den eines Bundesstaates falle. Die Gesetzgebung Rußlands auf dem Gebiete des Finanzwesens wird aus der berufenen Feder von Kotljarewsky dargestellt. Eine kurze aber interessante Übersicht über das russische Strafrecht liefert Trainin. Weiten Raum nimmt weiterhin die sonst zu oft vernachlässigte Darstellung der Gerichtsverfassungsfragen und des Prozeßrechts ein. Aufsätze über die Revolutionstribunale oder die Staatsanwaltschaft und freie Advokatur, Anklage und Verteidigung im Sowjetrecht führen dem Leser vor Augen, wie wechselnd die diesbezüglichen Wege des Gesetzgebers in Rußland sind. Lediglich das Privatrecht kommt in dem Berichtsheft zu kurz; denn der Aufsatz von Serebrowsky über die Entwicklung der zivilrechtlichen Gesetzgebung der RSFSR geht nicht über die äußere Geschichte des russischen BGB. hinaus. E. R.

II. Wirtschaft.

Die Arbeitsbedingungen in der Heimindustrie. (Uslovija truda v kustarnoj promyšlennosti.) Von *B. Markus.*
„Voprosy Truda", Mai 1928, S. 31—34.

Der Verfasser untersucht die Arbeitsbedingungen für Lohnarbeiter und Lehrlinge in der sogenannten Kustarindustrie (Heimindustrie). Er kommt zu folgenden Ergebnissen:
Die Arbeitsbedingungen für die Gesamtheit der Arbeitnehmer in der Kustarindustrie sind durchaus unbefriedigend. Die Zahl der Lehrlinge deckt nicht die Nachfrage, und die Ausbildungszeit ist unzureichend. Die Arbeitskräfte der Heimindustrie rekrutieren sich in erster Linie aus den nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung. Es wird Aufgabe der Berufsverbände, der Komsomoly (kommunistische Jugendverbände) und der Arbeitsinspektoren sein, auf die Arbeitsbedingungen in der Heimindustrie ihr besonderes Augenmerk zu richten. Durch neue Gesetze muß die Lohnarbeitsfrage in der Heimindustrie neu geregelt werden mit dem Ziel der Herbeiführung einer gerechten Lösung des erörterten Problems. R. S.

System und Praxis der Regulierung des Handels. (Sistema i praktika regulirovanija torgovli.) Von *N. Vinogradski.*
„Ekonomičeskoe Obozrenie", Juli 1928, S. 32—53.

Die in bezug auf die Regulierung des sowjetrussischen Handels im Vordergrund stehenden Probleme sieht V. vorzugsweise in folgendem:
1. in der Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Aufkaufsorganen und den Genossenschaften im Bereiche der Finanzierung, Kreditierung und Preisstellung. Auf diese Weise könnte auch das Interesse an den Rohstoffmärkten am besten gewahrt werden;
2. in dem Verzicht auf das Prinzip der starren Aufkaufspreise und in der Notwendigkeit, sie zwecks systematischer Regelung des Aufkaufs beweglich zu gestalten;
3. in der Notwendigkeit der Überprüfung der Praxis der sogenannten gendogovorov (Generalverträge), die zwischen der Industrie und den Aufkaufsorganisationen abgeschlossen werden und in deutlicherer Abgrenzung der Kompetenzen von rein regulierenden Organen und den Aufkaufsorganisationen im engeren Sinne;
4. in dem Verzicht auf die bedingungslose Verdrängung des Privathandels aus dem Markte in Anbetracht der unzulänglichen finanziellen und technischen Hilfsmittel der staatlichen und genossenschaftlichen Aufkaufsorganisation. Die wirtschaftlichen Interessen des Landes verlangen gegenwärtig immer noch die Existenz des Privathandels, dessen Erfahrungen sich die erstgenannte Organisation zunutze machen müsse. R. S.

Digitized by Google

Die Lage des Arbeitsmarktes und die Maßnahmen zu seiner Regulierung im Wirtschaftsjahr 1926/27. (Sostojanie rynka truda i mery ego regulirovanija v 1926/27 chos. godu.) Von *S. Tarasov.*
„Voprosy Truda", Mai 1928, S. 22—28.

Die Dynamik der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion während des Wirtschaftsjahres 1926/27 wird durch folgende Zahlen charakterisiert: Es gab am 1. 10. 1926 1 070 759, am 1. 4. 1927 1 477 869 und am 1. 10. 1927 1 041 167 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit war also in der ersten Hälfte des genannten Wirtschaftsjahres am größten. Von erheblicher Bedeutung für das Arbeitslosenproblem ist, daß die Städte der Union durchschnittlich eine Million Arbeitskräfte vom Lande erhalten. Von den Arbeitslosen entfielen auf die Industriearbeiter 15,9 % (nur gelernte und angelernte Arbeiter), auf die ungelernten Arbeiter 48,8 % und auf die sogenannten „intelligenten" 20,8 %. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen betrug 46,8 %, der der Jugendlichen 16 %. Die gesetzlichen Maßnahmen zwecks Regulierung des Arbeitsmarktes (Verordnung des Zik vom 4. 3. 1927 u. a.) führten zu stärkerer Erfassung der Arbeitskräfte durch die Arbeitsbörsen und zu einer Besserung der Qualität der Arbeit dieser Börsen (Versorgung der staatlichen Wirtschaftsorgane mit entsprechend qualifizierten Arbeitskräften). R. S.

III. Geistiges Leben.

Die Museen und Altertumsdenkmäler in der Sowjetunion. (Museums and ancient monuments in the USSR.)
„Soviet Union Review" — Washington, Nr. 2, Februar 1928, S. 26—29.

Das Museumswesen erlebte nach der Oktoberrevolution einen ungewöhnlichen Aufstieg. Obgleich bereits durch das Dekret vom 10. Oktober 1918 alle Kunstgegenstände, die sich im Privatbesitz befanden, nationalisiert wurden, konnte man erst sieben Jahre später an die Sonderung der Privatsammlungen herangehen. Einige dieser Sammlungen — wie die von Schtschukin, Morosow, Ostrouchow und die wunderbaren Familienkollektionen der Jussupow, Stroganow, Schuwalow und Scheremetjew bilden Museen für sich. Die Regierung sorgte ferner für die Restaurierung der Architekturdenkmäler — nicht nur in der RSFSR, sondern auch in Turkestan und Samarkand, wo alte Moscheen und Paläste des 14.—17. Jahrhunderts von Fachleuten restauriert wurden.
Die Zahl der Museen wuchs nach der Revolution mit phantastischer Schnelligkeit: 1921 gab es 636 Museen in Rußland (gegen 98 vor der Revolution). Allein in den folgenden Jahren ging diese Zahl zurück, so daß man heute in der UdSSR 381 Museen zählt (darunter zahlreiche „Museen der Revolution"). Besonders reges Leben herrscht in der Leningrader Eremitage, die durch Nationalisierung privater und kaiserlicher Sammlungen stark bereichert wurde (ca. 7000 neue Bilder, 70 000 Porzellangegenstände, 35 000 Münzen usw.). An zweiter Stelle steht in Leningrad das Russische Museum, das neben Sammlungen der russischen Malerei eine einzigartige ethnographische Abteilung besitzt.
Die hohe Zahl der Besucher — 1 033 300 in Moskau, 980 200 in Leningrad im Jahre 1926 — zeugt allein von dem Interesse der Bevölkerung für das Kunstleben und von der überaus wichtigen kulturellen Rolle, die die Museen im heutigen Rußland spielen. E. S.

Die bibliographische Arbeit in der Ukrainischen Republik im Jahre 1926. (Bibliografična robota na Radjans'kij Ukraini v 1926 roci.)
Von *M. I. Jasins'kij.*
„Žurnal Bibliotekoznavstva ta bibliografii", Nr. 1, Kiew 1927, N. 64—72.

Der Verfasser charakterisiert die bibliographische Arbeit, die im Jahre 1926 auf dem Territorium der Ukraine geleistet wurde und gibt eine Zusam-

Digitized by Google

menfassung von Verzeichnissen, die im genannten Jahr auf diesem Territorium gedruckt wurden.
Im ganzen sind 432 Verzeichnisse erschienen; von diesen 48 als Einzelwerke, 181 in Zeitschriften, 203 als Materialien, die in Werken einzelner Autoren verzeichnet sind. Ihrer Bestimmung nach zerfallen die Verzeichnisse in wissenschaftliche (166) und für allgemeine Benutzung bestimmte (266).
Das Material, welches die Verzeichnisse umfassen, bilden größtenteils die in der Ukraine und in den Sowjetrepubliken erschienenen Werke. Die ausländische Literatur ist nur in verhältnismäßig geringem Umfange erfaßt, und dabei sind es meist Veröffentlichungen, die vor dem Weltkriege erschienen sind. Einen verhältnismäßig kleinen Teil (19 %) bilden die Arbeiten, welche die Ukraine betreffen. Die Gesamtzahl der Veröffentlichungen, die für die Verzeichnisse verwertet sind, übersteigt 32 962.
Die Methoden der Beschreibung und Anordnung sind keinewegs mustergültig. Nur in vereinzelten Fällen ist das Material systematisiert und nur ausnahmsweise stößt man auf die Anordnung nach dem Brüsseler Dezimalsystem. Häufiger findet man die Schlagwortanordnung.
Die Verzeichnisse erfassen am meisten die historische Literatur; sodann folgen Medizin und Kunst, Landwirtschaft, Revolution und Technik (von 320 bis 1071 Titel). Die Veröffentlichungen, die andere Gebiete behandeln, sind in geringerer Zahl vertreten.
Die Schlußfolgerungen, zu denen der Verfasser gelangt, sind folgende: die bibliographische Arbeit muß so angelegt werden, daß sie möglichst den Bedürfnissen der Kulturentwicklung in der Ukraine entspreche und in der Methode sich den Anforderungen der Gegenwart anpasse. Die Leitung muß der im Jahre 1927 begründete Bibliographischen Kommission bei der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften obliegen.

B. Polen.

Drei Jahre deutsch-polnischer Zollkrieg! Von *r.*—
„Deutsche Einheit", Berlin, 10. Jahrg., Nr. 27 (7. 7. 28), S. 567—583.

Der ungenannte Verfasser gibt einen kritischen Überblick über den Gang der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen seit dem Juni 1925. Von seinen Werturteilen seien die folgenden kurz wiedergegeben: Die Absperrung der polnischen Kohlen im Juni 1925 durch Deutschland war berechtigt, aber unklug, „wirtschaftspolitisch ein Schlag ins Wasser, psychologisch ein Stich ins Wespennest". Polen hatte die internationale öffentliche Meinung auf seiner Seite. Völlig selbstverständlich war es dagegen, daß die deutsche Regierung bei den Verhandlungen auch die Erledigung der sogen. „politischen Fragen", wie Einreise- und Niederlassungsrecht, forderte. Die an den Regierungswechsel in Polen vom Mai 1926 geknüpften Hoffnungen auf eine sachlichere Haltung der polnischen Unterhändler haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil wurde die Atmosphäre allmählich so vergiftet, daß die Ausweisungsaffäre vom Februar 1927 nur noch den Anlaß zum Verhandlungsabbruch darstellte. Die Wahl dieses Anlasses — schließlich einer innerpolitischen Polizeiangelegenheit — war nicht geschickt. Umgekehrt mußte jedoch die polnische Grenzzonenverordnung vom Dezember 1927 als ein Bruch der — allerdings noch nicht in Kraft getretenen — deutsch-polnischen Abmachung vom Juli 1927 über die Niederlassungsfragen betrachtet werden. Der Verfasser kommt mithin zu dem Schluß, daß die Schuld an der Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 1925 die deutsche Regierung, die Schuld am Nichtzustandekommen des Handelsvertrages in der Folgezeit jedoch allein die polnische Seite trifft. Im Interesse einer für beide Teile dringend erforderlichen endlichen Einigung begrüßt der Verfasser mit Hoffnung die Initiative der Wirtschaftskreise. R. R. B.

Digitized by Google

Der Handel der SSSR mit Polen und über Polen. (Handel ZSSR. z Polska, i przez Polske.) Von *J. Butler.*
„Przemysl i Handel"—Warschau, 1928, Heft 27, S. 1108—1111.

Die Hoffnungen, daß Polen bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands eine große Rolle spielen werde, haben getäuscht. Das liegt daran, daß die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion von politischen Motiven geleitet wird. Dies gilt insbesondere auch für die Wahl der Wege des Wirtschaftsverkehrs. Immerhin haben die letzten Jahre einen Fortschritt der Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion mit Westeuropa gebracht, wozu die Herstellung direkter wirtschaftlicher Kommunikation von der Sowjetunion aus nach Polen, Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich beigetragen hat.

Der Verfasser bespricht nun an Hand statistischer Tabellen den Handel Polens mit der Sowjetunion sowie den Transitwarenverkehr von der Sowjetunion aus über Polen nach Deutschland, der Tschechoslowakei, Österreich und Danzig sowie umgekehrt. Aus den Tabellen des Transitverkehrs, die die Zahlen der Waggons für 1927 und für die ersten vier Monate von 1928 gegenüberstellen, ergibt sich durchweg eine auffallende Steigerung des Transitverkehrs durch Polen, während früher beispielsweise im deutsch-sowjetrussischen Warenverkehr eine Tendenz zur Vermeidung des kürzesten Weges über Polen wirksam war. Die Einführung direkter Tarife wird ohne Zweifel den Transit durch Polen weiter steigern.

P. R.

Die Technik des polnischen Außenhandels. (Technika Polskiego Handlu Zagranicznego.) Von *Dr. Feliks Hilchen.*
„Przemysl i Handel" — Warschau 1928, Heft 24, Seite 973—974.

Der Verfasser beklagt, daß der polnische Außenhandel fast durchweg in fremden Händen liege und daß es polnische Import- und Exportfirmen beinahe überhaupt nicht gebe. Als besonderes Beispiel führt er hierfür den polnischen Kohlenexport an. Dieser Mangel gehe mit zurück auf das Fehlen von Betriebskapital, von Kredit und Vertrauen des ausländischen Kapitals auf die Technik des polnischen Außenhandels. Polen müsse aufhören, das Objekt des Außenhandels fremder Firmen zu sein. P. R.

Niemcewicz in Amerika (Niemcewicz en Amérique.) Von *W. M. Kozlowski.*
„Revue de littérature comparée" — Paris, Januar-März 1928.

Der hier zum ersten Male veröffentlichte Briefwechsel des polnischen Dichters mit Jefferson (während des Aufenthaltes von Niemcewicz in Amerika in den Jahren 1797—1810) enthält zahlreiche für den Biographen äußerst wertvolle Angaben über die politischen Ansichten von N. und sein Verhältnis zu Kosciuszko, dem unzertrennlichen Freund, mit dem er die Verbannung teilte. E. S.

Drei Gesichter von Boy-Zelenski — Dichter, Kritiker, Gelehrter. (Trois faces de Boy-Żeleński — poète, critique, savant.) Von *Irena Krzywicka.*
„Pologne littéraire" — Warschau, 15. Februar 1928, Nr. 17.

In dem Dichter Boy-Zeleńsky hat Polen einen seiner begabtesten literarischen Vertreter. Im Auslande — vornehmlich in Frankreich, wo seine Vorträge in der Sorbonne einen lebhaften Nachklang in vielen Zeitschriften gefunden haben, — kennt man ihn in erster Linie als einen erstklassigen Übersetzer: seine Übersetzungen von Molière, Villon, Rabelais, Balzac und den modernen Dichtern sind adäquate Kunstwerke, die den polnischen Literaturschatz ungemein bereichert haben. Aber den geistvollen originellen Theaterkritiker Boy-Zeleńsky (seine Theaterkritiken sind in den 7 Bänden „Flirt mit der Melpomene" veröffentlicht) und den Verfasser eines in Polen sehr populären Gedichtbandes kennt das Ausland noch

Digitized by Google

nicht. Auch die Wissenschaft hat ihm wertvolle Beiträge zu verdanken: seine zahlreichen literarkritischen Aufsätze, die die polnische und französische Literatur behandeln, zeugen von seinem Talent. E. S.

Polen im Leben und in den Werken von Joseph Conrad. (Polska w zyciu i dzielach Josepha Conrada.) Von *G. Jean Aubry.*
„Droga", Nr. 12, 1927, 18 ff.

Joseph Conrad (Corzeniowsky) hat bereits als 17jähriger Jüngling (1874) Polen verlassen, aber die Eindrücke seiner Kindheit — der unglückliche Aufstand von 1863, die Leiden seiner Eltern und ihrer Freunde (sein Vater war ein hervorragender polnischer Patriot, einer der Gründer des Volkskomitees — Komitet narodowy von 1861) mußten ihm für sein ganzes in der Fremde verbrachtes Leben unvergeßlich bleiben und ihn mit Polen innerlich verbinden. Die Nachwirkungen der polnischen Einflüsse findet der Verfasser in manchen Werken Conrads (wie z. B. „Amy Foster" und „Fürst Roman"), in der Schilderung der Charaktere, ja sogar in der Sprache, die nach der Bemerkung eines englischen Kritikers ein frisches Element in die englische Literatur gebracht hat. Auch seine melancholisch-romantische Weltanschauung trägt einen typisch polnischen Charakter. — Die polnischen Elemente in dem Schaffen Conrads genauer zu untersuchen, wird der Literaturforschung eine interessante Aufgabe sein. E. S.

Polnische Filmchronik. (Kronika filmowa.) Von *Irving* und *Marina.*
„Droga", Nr. 8—10, 1927, S. 165 ff.

Irving gibt einen Überblick über das polnische Filmwesen und weist auf den Mangel an moderner psychologisch begründeter Reklame und auf das wahllose Durcheinander der guten und schlechten Filme, die dem Warschauer Publikum geboten werden, hin. Es werden vornehmlich ausländische Filme in Warschau gezeigt, darunter erfreuen sich manche amerikanische und deutsche (wie z. B. „Metropolis" und „Varieté") der größten Beliebtheit. — Marina macht auf den neuesten polnischen Film „Zew morza" (Meeresschlucht) aufmerksam, der trotz des banalen Inhalts sich durch künstlerische Aufnahmen und talentvolle Regie auszeichnet. Die Verfasserin spricht die Hoffnung aus, daß dieser Film auch ins Ausland gelangen wird, um dort eine Vorstellung von der polnischen Filmproduktion zu geben. E. S.

C. Litauen.

Lebensfragen des Deutschtums in Litauen. Von *Walter Sturm.* Mit Karte.
Volk und Rasse, München, 3. Jahrg., Heft 3 (Juli 1928), S. 156—164.

In Litauen leben etwa 40 000 Deutsche. Die deutsche Einwanderung ist hauptsächlich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erfolgt, und zwar vornehmlich aus Ostpreußen. Abgesehen von Nordlitauen, sind diese Deutschen sozial zur bäuerlichen Unterschicht zu rechnen. Im Gegensatz zu den katholischen Litauern sind sie evangelisch-lutherisch. Die Hauptlebensfrage des Deutschtums in Litauen ist die, wie es aus der bäuerlichen Grundschicht eine gewerbliche Mittelschicht und eine geistige Oberschicht entwickeln kann. Vorläufig reicht allein schon die Versorgung mit Schulen für diese Aufgaben in keiner Weise aus. R. R. B.

G. Deutscher Osten.

Bevölkerungsprobleme der deutschen Ostmark.
Von Medizinalrat *Dr. Rehberg.*
Volksaufartung, Erbkunde, Eheberatung. 3. Jahrg., Heft 3, 15. 3. 28, S. 53—57.

Trotzdem die Geburtenziffer in Ostpreußen 26,97 gegenüber 20,4 im Reichsdurchschnitt ist, hat Ostpreußen seine Bevölkerung von 1890 bis 1910, als die Einwohnerzahl Preußens von 30 auf 40 Millionen stieg, nur um $^1/_{10}$ vermehren können. Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt in der

Digitized by Google

Abwanderung; sie bedeutet eine um so gefährlichere innere Aushöhlung des deutschen Volkstums, als die polnischen Mütter fruchtbarer sind als die deutschen. Eine Hauptursache der Abwanderung bilden die — ihrerseits durch die Unrentabilität der Landwirtschaft bedingten — niedrigen Löhne; andererseits ist freilich festzustellen, daß Ostpreußen, was den Bau neuer und guter Landarbeiterwohnungen angeht, die beste Leistung unter allen preußischen Provinzen aufzuweisen hat. Auch das rauhe Klima spricht, jedoch nicht entscheidend, für die Abwanderung. Als Hilfsmittel ist die Siedlung wichtig, aber nicht ausschlaggebend; jährlich können etwa 500 Stellen (= 2500 Köpfe) angelegt werden. Neben kulturellen und hygienischen Maßnahmen muß vielmehr in erster Linie auf eine Rentabilisierung der Landwirtschaft Bedacht genommen werden. Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, an sich sehr lohnend, weil Ostpreußen bei richtiger Bewirtschaftung $^1/_{10}$ der deutschen Gesamtbevölkerung ernähren könnte, müssen freilich durch das Vorhandensein des Korridors beeinträchtigt werden. R. R. B.

Notizen.

Russische Dichter in Berlin.

Der kürzlich gegründete russische literarische Zirkel der „Hauptgemeinschaft der ausländischen Studierenden" veranstaltete am 11. Juli 1928 in den Räumen der Humboldt-Villa einen Festabend zu Ehren der in Berlin weilenden russischen Dichter Konstantin Fedin und Nikolaj Nikitin. Nach kurzen Begrüßungsreden des Vorsitzenden des Zirkels und des Schriftstellers Arthur Holitscher begann das interessante Programm: Konstantin Fedin las einen Teil seiner Novelle „Transvaal" in deutscher Übersetzung vor, Nikolaj Nikitin — eine Erzählung („Ljubow — Die Liebe") aus seinem neuen Novellenband „Obojanskije rasskazy" (Erzählungen aus Obojansk) und Arnold Zweig — ein Kapitel aus dem Roman „Der Streit um den Sergeanten Grischa". In den hinteren Räumen konnte das deutsch-russische Publikum eine Miniaturausstellung der Veröffentlichungen des Malik-Verlags besichtigen. — Der „Literarische Zirkel" beabsichtigt eine Reihe von ähnlichen Abenden zu veranstalten, die der Annäherung des deutschen und russischen Schrifttums zur Förderung der gemeinsamen kulturellen Arbeit dienen sollen. E. S.

Die Sexualgesetzgebung der Sowjetunion auf dem Internationalen Kongreß für Sexualreform in Kopenhagen.

Vom 1. bis 5. Juli d. J. hat in Kopenhagen ein durch die Weltliga für Sexualreform organisierter internationaler Kongreß stattgefunden. Am Kongreß nahmen die Vertreter von 14 Ländern teil. Es wurden ca. 40 Vorträge aus folgenden Hauptgebieten gehalten: 1. Sexualreform; 2. Sexualpädagogik; 3. Geburtenregelung; 4. Sexualgesetzgebung.

Der Sexualgesetzgebung der Sowjetunion hat der Kongreß eine außerordentliche Aufmerksamkeit zugewandt, was schon daraus ersichtlich ist, daß das Hauptreferat über die Sexualgesetzgebung im allgemeinen das Referat über die Sowjetsexualgesetzgebung war. Der Vortragende, Professor an der Universität Kiew, Dr. Nicolaus Pasche-Oserski, hat in seinem Referate ausführlich die geltende Sexualgesetzgebung in der UdSSR beleuchtet. Er unterstrich, daß diese Gesetzgebung eine ganze Reihe von sogenannten „Sexualverbrechen" über Bord geworfen habe, welche heute noch die bourgeoise Strafgesetzgebung belasten, wie Ehebruch, Konkubinat, Sodomie, Päderastie, lesbische Liebe, Blutschande, Prostitution, Fruchtabtreibung und Anwendung der Verhütungsmittel. Der Sowjetstaat stellt jedes geschlechtliche Zusammenleben von Mann und Frau der registrierten Ehe gleich. Deshalb besteht in der Sowjetunion kein Problem der unehelichen Kinder

Digitized by Google

und unehelichen Mütter. Die Verweigerung der Alimentenzahlung wird in der UdSSR bestraft. Die Prostitution ist vom Gesichtspunkte des proletarischen Staates ein soziales, durch ökonomische Ursachen bedingtes Übel. Nicht der Kampf mit den Prostituierten, sondern der Kampf mit der Prostitution, — das ist die Aufgabe der Sowjetsexualgesetzgebung. Die Hauptaufmerksamkeit in diesem Kampf ist auf die Erweisung sozialer Hilfe für die Prostituierten gerichtet. Das Problem der Fruchtabtreibung und der Verhütungsmittel hat die Sowjetsexualgesetzgebung vom Standpunkt der Arbeiterklasse und vom Standpunkt der Proletarierfrau gelöst. Kann die Frau aus wirtschaftlichen Gründen das Kind nicht aufziehen und ist der Staat noch heute nicht imstande, für jedes neugeborene Kind zu sorgen, so muß er nicht nur Verhütungsmittel, sondern auch Abtreibung in weitem Umfange erlauben. Deshalb unterliegt wegen Abtreibung die schwangere Frau selbst nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit; deshalb ist die Abtreibung, wenn sie durch einen entsprechenden Spezialisten und unter entsprechenden Bedingungen vorgenommen wird, nicht strafbar. Zum Unterschied vom modernen bürgerlichen Sexualstrafrecht schützt das Sowjetsexualstrafrecht vor Sexualverbrechen beide Geschlechter gleich, d. h. nicht nur die Frau, sondern auch den Mann. Es schützt nur die sexuelle Freiheit der erwachsenen Personen und die Gesundheit der Personen, welche ihre Geschlechtsreife noch nicht erreicht haben.

Der Vortrag von Professor Pasche-Oserski wurde mit großem Interesse von den Mitgliedern des Kongresses angehört. In seinen Resolutionen brachte der Kongreß zum Ausdruck, daß die UdSSR als erster Staat das Sexualproblem richtig gelöst habe, und daß ihre Sexualgesetzgebung als Muster für eine auf wissenschaftlicher Grundlage durchzuführende Sexualreform auch in anderen Ländern dienen könne. N. N.

Zur Besprechung eingegangen:

Asiaticus: Von Kanton bis Schanghai 1926/27. Wien-Berlin 1928. Agis-Verlag. 352 S.

Berka, G.: Die tschechischen Irredenta in Deutschösterreich. Graz 1928. Verlag der Alpenland-Buchhandlung Südmark. 40 S. (Schriften des Deutschen Schulvereins Südmark über das Grenz- und Auslandsdeutschtum.)

Die Böttcherstraße. Internationale Zeitschrift. Bremen 1928. 1. Jahrgang, 1. Heft (Mai). 56 S.

Dellingshausen, Frhr. Eduard v.: Die baltischen Ritterschaften. Ihre Entstehung, Entwicklung und aufbauende Tätigkeit. Langensalza 1928. Verlag Hermann Beyer & Söhne. 52 S. Preis: M. 1,20. (Pädagogisches Magazin, Heft 1190, Schriften zur politischen Bildung, V. Reihe, Grenzlande, Heft 8).

Deng-Bao-Sjang: Das blutende China. Berlin 1928. Mopr-Verlag. 40 S. Preis: 20 Pfg.

Dennert, E.: Die Krisis der Gegenwart und die kommende Kultur. Eine Einführung in die Geschichtsphilosophie Berdjajews. Leipzig 1928. Verlag Buchhandlung Klein. 97 S. Preis: M. 3.—.

Ein Sechstel der Erde unser! Wirtschaftliche und politische Tatsachen in Bildern aus der Sowjetunion. Herausgegeben von der 3. Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion. Berlin 1928. Verlag „Die Einheit". 48 S. Preis: M. 0,30.

Foelckersam, Baron: Das russische Problem und Deutschland. Zeitschrift „Der völkische Sprechabend", 4. Jahrgang. Heft 58. Leipzig 1928. Verlag Theodor Weicher. 32 S. Preis: M. 0,80.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 26b, Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

...ls

...esetzsammlungsamt

...Berlin NW 40, Scharnhorststraße 4, vertreibt ...Verlag des amtlichen Veröffentlichungsorgans ...deutschen Reichsgesetze, der Rechtsveröffent...ungen des Reichs sowie der Staatsver...äge das

Reichsgesetzblatt.

Daneben verlegt das Amt das Reichssteuerblatt, das Reichszollblatt und das Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung.

Die Einzelnummern des Reichsgesetzblatts werden vom Jahrgang 1867 an ständig auf Lager gehalten.

Die Reichsgesetze für die Wirtschaft und Technik, die Land- und Forstwirtschaft, die Schiffahrt, die Verwaltung und Polizei sind materienweise zusammengestellt. Die Lieferung der Materien erfolgt auf Wunsch auch mit fortlaufender Ergänzung. Prospekte stehen kostenfrei zur Verfügung.

Digitized by Google

Im 8. Jahrgang

Der Ost-Europa-Markt

Organ des Wirtschaftsinstituts für Rußland und die Oststaaten, E. V.

Herausgeber: Konsul Dr. **Erich Wiegand.**
Schriftleitung: **Franz Steiner** u. **Carl Claus von der Decken.**

Die Zeitschrift für die praktischen wirtschaftlichen Interessen der Handelsbeziehungen mit Rußland, Polen, Finnland, Lettland, Estland, Litauen usw.

Umfassender Nachrichtendienst. Korrespondenten in allen Oststaaten. Warennachfragen. Vertretergesuche- und Angebote. Rechtsverhältnisse. Handelsvertragsabkommen. Statistische Mitteilungen. Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten. Zollabkommen. Verkehrswege.

Monatlich 2 Hefte. 4°. Vierteljährlich 6.— RM.
Ausland 8.40 RM. (2 Dollar).

Verlangen Sie ein unberechnetes Probeheft unter Bezugnahme auf diese Anzeige!

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 u. KönigsbergPr.

In wachsendem Maße

entwickelt sich

Königsberg Pr.

der Vorort deutscher Wirtschaft und Kultur im Osten, zum

Tagungsort

für wirtschaftliche, wissenschaftliche und berufliche Verbände

Anfragen sind zu richten an das Städtische Verkehrsamt Königsberg Pr., Hansaring, Ostmessehaus

Digitized by Google

LES PUBLICATIONS INTERNATIONALES

Verlagsbuchhandlung, Anzeigenannahme
Bibliographisches Büro

Brüssel
37, Rue de l'Ecuyer (Belgien)

Editeurs de:

„LA NOUVELLE ECONOMIE POLITIQUE" (N. E. P.)
Organe mensuel de documentation et de statistique.
Traite spécialement de la situation en Belgique et des rapports commerciaux belgo-russes.
Abonnement: 1½ dollar par an.

„LE BULLETIN BELGO-RUSSE"
Organe trimestriel traitant des rapports intellectuels entre la Belgique et l'U. R. S. S.
Abonnement: 0.75 dollar (4 numéros).

„LE BULLETIN DES PUBLICATIONS INTERNATIONALES"
Organe mensuel de publicité.
Spécialement recommandé aux Editeurs étrangers pour la vente de leurs livres en Belgique.
Envoi gratuit sur demande.

Baltische Monatsschrift

59. Jahrgang 1928

Herausgegeben von
Woldemar Wulffius, Riga
Werner Hasselblatt, Reval
Max Hildebert Boehm, Berlin

Stimmen der Presse:

Zu den ältesten und es darf wohl gesagt werden wertvollsten deutschen Zeitschriften gehört die nun schon im 59. Jahrgang in Riga erscheinende Baltische Monatsschrift" . . .
Königsberger Allgemeine Zeitung.

Immer klingen mir noch die Worte Kolbenheyers in den Ohren: „Ihr Reichsdeutsche wißt ja eigentlich gar nicht, was Deutschland ist, das müßt ihr von außen euch ansehen. Die Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenze für ihr Wesen zu kämpfen und sich zu schlagen haben, die wissen etwas davon; dort erscheint deutsche Kraft und deutsche Zukunft in anderer Art als innerhalb des sogenannten Deutschen Reichs". An diese Worte dachte ich wieder, wie ich die neue Ausgabe der „Baltischen Monatsschrift" vor mir liegen sah . . .
Eiserne Blätter.

Bezug vierteljährlich M. 4.—, Einzelheft M. 1.60

Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga

Das kirchliche Bildungswesen in Ermland, Westpreußen und Posen von Beginn der Reformation bis 1773

Auf Grund zahlreicher Archivnachrichten

Von Professor Dr. **Emil Waschinski**

Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft Nr. 16
Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel, Band XIII

Beide Bände geheftet 60.— RM.

I. Band: Die von der Kirche eingerichteten Lehranstalten: Pfarrschulen, Höhere Schulen, Priesterseminare

Mit einem Anhang von archivalischen Mitteilungen und einer Geschichte des evangelischen Danziger Landschulwesens vom Zeitalter der Reformation bis zum Beginn der preußischen Herrschaft 1793. 1928. 558 Seiten.

Inhalt: 1. Teil: Die Pfarrschulen. 2. Teil: Die Höheren Schulen. 3. Teil: Die Priesterseminare.

II. Band: Die Klosterschulen

Mit einem Anhang von archivalischen Mitteilungen. 1928. 324 Seiten.

Inhalt: 1. Teil: Die Jesuitenschulen. 2. Teil: Die Schulen der Zisterzienser, Franziskaner-Reformaten und Regular-Chorherren. 3. Teil: Die Vorbildung der Ordenszöglinge. 4. Teil: Die Klosterschulen für die weibliche Jugend.

Das vorliegende Werk des durch seine Schriften auf dem Gebiete der Geschichte des Bildungswesens bekannten Verfassers bildet den Abschluß einer langjährigen und umfangreichen Forschungsarbeit. Das Werk ist eine unerschöpfliche Fundgrube für den Historiker, Heimatforscher und vor allem für den Lehrer, zumal der Verfasser der genaueste Kenner der Schulverhältnisse Ermlands, Westpreußens und Posens in der Vergangenheit ist. Bei den veränderten politischen Verhältnissen der Gegenwart gewinnt es nicht nur für die nationalen Minderheiten in Polen, sondern für jeden gebildeten Deutschen aktuellste Bedeutung.

FERDINAND HIRT IN BRESLAU

Digitized by Google

Sorgfältige, geschmackvolle
preiswerte Herstellung von

Werken aller Art
Zeitschriften
Broschüren
Dissertationen

und allen anderen Druckarbeiten

Ostpreußische Druckerei
und Verlagsanstalt A. G.

Königsberg Pr., Tragheimer Pulverstraße 20
Schließfach 14 — Fernruf 7162—7164

Deutsche Blätter in Polen.

Monatshefte für den geistigen Aufbau des Deutschtums in Polen.

Herausgegeben von **Dr. Paul Zöckler**
begründet von **Dr. Hermann Rauschning.**

*

Ein bisher vom Gesamtdeutschtum wenig beachteter Volksteil meldet sich hier zum Wort. Es wird gezeigt, welchen Beitrag zum geistigen Leben des deutschen Volkes dieses ostdeutsche Volkstum geleistet hat. In reicher, umfassender Fülle erstehen Gestalten, von Gelehrten und Künstlern, erwacht das Volkstum in Sage, Tracht und Industrie. So entsteht ein beachtliches, abgerundetes Bild der geistigen Lage des Deutschtums in Polen, gleich wertvoll für den Historiker, den Geographen, den Staatswissenschaftler, für die Wirtschaft und den Politiker.

*

Bezugspreis Mk. 3.80 vierteljährlich.

Verlag: „Das junge Volk" zu Plauen i. Vogtl.

Digitized by Google

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN FRAGEN DES EUROPÄISCHEN OSTENS

Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover; Arthur Luther, Leipzig; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich Schöndorf, Osteuropa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher, Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig herausgegeben von
OTTO HOETZSCH

Ost-Europa-Verlag / Berlin W 35 / Königsberg Pr.

Herausgeber: Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin W 10, Bendlerstraße 18
Redaktion: Generalsekretär Hans Jonas, Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas, Berlin W 35, Potsdamer Straße 26 b
Die monatlich erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich RM. 9.—.

3. Jahrgang **Heft 12** **September 1928**

INHALT:

OTTO HOETZSCH: Die osteuropäischen Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens (Zweiter Teil) 819

HANS KOCH: Die orthodox-autokephale Kirche der Ukraina 833

A. PINKEWITSCH: Pädagogische Briefe (Vierter Brief) 847

Rußland und Osteuropa, Monatsübersichten:
Geistiges Leben von ARTHUR LUTHER 854

Bücherschau 861

Zeitschriftenschau 863

Notizen 870

Digitized by Google

OSTEUROPÄISCHE FORSCHUNGEN

OSTEUROPÄISCHE FORSCHUNGEN

Herausgegeben im Auftrage der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ von Professor Dr. Otto Hoetzsch

Der **2.** Band
der „Neuen Folge“ erscheint soeben:

Hryhorij Skoworoda

1722—1794

Der ukrainische Philosoph des 18. Jahrhunderts und seine geistig-kulturelle Umwelt

Von Dr. Domet Oljančyn

Oktav / 168 Seiten und eine Abbildung / Geheftet Rm. 6.50

Aus dem Vorwort:

In der Ukraine des 18. Jahrhunderts steht die Persönlichkeit Skoworodas im Brennpunkt des geistigen Lebens. Er war in dieser Periode der einzige bedeutende Philosoph aller slavischen Völker. In Westeuropa war er wenig bekannt und fast nicht verständlich, weil hier nicht genügend Material vorhanden war, um Aufschluß über sein Lebenswerk zu geben. Um Skoworoda der Vergessenheit zu entreißen, habe ich die vorliegende Arbeit unternommen; ihr geht eine Skizze über den geistig-kulturellen Gehalt im Leben der Ruś-Ukraine voran. Ein solcher einführender Teil wird am besten zum Verständnis dieses eigenartigen ukrainischen Philosophen beitragen und zeigen, ob unter den damaligen Umständen in der Ukraine ein Philosoph wie Hume oder Kant möglich war.

In dieser Arbeit betrachte ich ausschließlich den historisch-kulturellen Gehalt der Ruś-Ukraine von dem Standpunkt des Ukrainertums aus. Die anderen Kultureinflüsse, wie des Orients und des Okzidents, werden weniger berücksichtigt. Dieser Standpunkt wurde von mir bewußt gewählt, um den ukrainischen Philosophen vom Gesichtspunkt des ukrainischen 18. Jahrhunderts sachlich behandeln zu können. Allerdings soll damit nicht gesagt sein, daß ich mein eigenes Denken dem geistigen Kulturgut der Ruś-Ukraine untergeordnet habe.

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35, Königsberg Pr.

Digitized by Google

Die osteuropäischen Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens.

Von Otto Hoetzsch.

Zweiter Teil*).

IV. Litauen.

Am 16. Februar 1928 feierte Litauen den zehnten Gedenktag seiner Entstehung. Aus diesem Anlaß erließ der Staatspräsident Smetona einen Aufruf, in dem zugleich das Kernproblem der Gegenwart bezeichnet war: „Am 16. Februar 1928 ist ein Dezennium vergangen seit dem Tage, an dem das litauische Volk nach langer Fremdherrschaft wieder in die europäische Völkergemeinschaft eingetreten ist. Schwer war der Leidensweg des litauischen Volkes unter dem Joch der Fremdherrschaft. Der zehnte Jahrestag der Auferstehung Litauens muß in zweckvoller Weise und in ernster Freude gefeiert werden, denn noch ist unser Festtag von schwarzen Wolken überschattet. Wilna, die Stadt unserer Ahnen, ist uns genommen worden, und es ist unser sehnlichster Wunsch eines Großlitauens noch immer nicht erfüllt. Wir hoffen aber, daß wir unsere frühere Hauptstadt Wilna durch Einigkeit wiedergewinnen werden."

Am 23. März 1918 wurde der Staat von Deutschland anerkannt, die vorläufige Verfassung wurde am 18. Oktober 1918 proklamiert. Im November desselben Jahres trat der Ministerpräsident, der heute noch an der Spitze Litauens steht, Professor Woldemaras, sein Amt an. 1920 schloß Litauen mit Moskau Frieden und wurde von ihm als unabhängiger Staat anerkannt. Im September 1921 wurde es Mitglied des Völkerbundes, 1923 wurde ihm von der Botschafterkonferenz die Souveränität über das Memelgebiet übertragen.

Es ist ein verhältnismäßig armes Bauernvolk und Bauernland, ohne Adel und ohne großes Bürgertum, ohne Industrie und ohne Handel, das sich mühselig im Kampf gegen die Russen und die Polen zu einem Selbständigkeitswillen emporgearbeitet hat und immer noch glaubt, um die wirkliche Anerkennung der anderen ringen zu müssen. Daher dieses Mißtrauen und die Schwierigkeit in den internationalen Verhandlungen, die das Arbeiten

*) Vgl. „Osteuropa", 3. Jahrg. S. 677—689.

Digitized by Google

mit Litauen besonders schwer macht. Es ist 70 000 qkm groß und zählt 1,9 Millionen Einwohner, zu denen es freilich selber die Bewohner des ihm entrissenen Wilnagebiets rechnet. Es verfügt im Frieden über ein Heer von 20 000 Mann, könnte im Kriege kaum einmal 100 000 Mann aufstellen. Es ist in jeder Beziehung Polen machtpolitisch und militärpolitisch unterlegen und würde einem polnischen Angriff auf sich wehrlos gegenüberstehen, wenn es nicht Hilfe von außen finden würde.

In der Hauptsache ein Agrarland hat Litauen auch eine Agrarreform durchgeführt, die den in Litauen allerdings fast nicht vorhandenen Großgrundbesitz enteignete. Die Folge ist auch hier der Rückgang der Getreideproduktion. Das Arbeitsergebnis bestimmt die Wirtschaftskonjunktur in diesem reinen Agrarland und da verhältnismäßig wenig zu exportieren ist, andererseits aus dem Auslande doch gar manches hereingenommen werden muß, so ist die Handelsbilanz sehr leicht passiv. Auch im ersten Halbjahr 1928 ist die Einfuhr mit 148 Millionen Lit höher als die Ausfuhr mit 118 Millionen Lit. Die Hauptschwierigkeit ist die, daß das handelspolitische Verhältnis zu Deutschland noch nicht gebührend geregelt ist, das als wichtigster Absatzmarkt vor allem in Frage kommt. Die wirtschaftliche Lage ist nicht gerade glänzend, aber doch nicht bedenklich, auch die Währung ist sicher. Man braucht Absatzmärkte, billige Kredite, intensivere Landwirtschaft, Abbau der Steuern. Das aber setzt wieder ein gutes und ruhiges Verhältnis zum Auslande, Handelsverträge, Auslandskredite und dergleichen voraus, was wiederum eine Frage der politischen Beruhigung im Innern ist.

Seit dem Staatsstreich vom 17. Dezember 1926 herrscht in Litauen eine auf das Offizierkorps gestützte Diktatur unter reichlich unsicheren Verhältnissen. Die Unreife der politischen Zustände und Meinungen läßt das Land nicht zu einer wirklichen Beruhigung kommen. Die Regierung ist abhängig vom Militär. Die Diktatur hat sich immer an das Volk wenden wollen zur Genehmigung einer Verfassungsrevision und hat schließlich die Verfassung selber oktroyiert, in der Wilna als Hauptstadt in Anspruch genommen wird. Am 25. Mai wurde diese neue Verfassung verkündet, nach der der Präsident auf fünf Jahre gewählt wird. das Kabinett dem Parlament verantwortlich sein soll, das Wahlrecht an das 24. Lebensjahr gebunden ist. Von der Absicht, diese Verfassung durch eine Volksabstimmung sanktionieren zu lassen, ist keine Rede. Derselbe Präsident, der 1920 die erste Verfassung unterzeichnete, hat sie jetzt aufgehoben. Die Volksvertretung ist in ihren Rechten sehr beschränkt. Der Staatspräsident und die Regierung sind weithin unabhängig, das Land wird, wie gesagt, in einer vom Militär abhängigen Diktatur regiert.

Liegt die Schuld daran, daß dieses Land im Gegensatz zu Finnland, Estland und Lettland nicht zu einer wirklichen inneren

Digitized by Google

e gekommen ist und Europa jedenfalls ein rechtes Zutrauen iesem Staate nicht hat, gewiß zu einem großen Teil an Litauen st, so darf nicht vergessen werden, daß von allen Randstaaten auen in der prekärsten und gefährlichsten Situation ist. Ihm Wilna abgerissen worden, und die Botschafterkonferenz und Völkerbundskonferenz haben diesen Raub sanktioniert. Es g das nationale Recht auf Wilna strittig sein, aber die heutige enannte Lösung der Frage widerspricht dem Selbstbestimngsrecht der Nationen, ist nicht Recht, sondern Gewalt. Und hr als das: Litauen fürchtet noch mehr, daß nämlich der Dikor Polens, der Marschall Pilsudski, noch weiter geht, daß dem ndstreich auf Wilna im Jahre 1920 ein gleicher auf Kowno ge, und daß diese vollendete Tatsache, gegen die sich Litauen ein gar nicht wehren könnte, vom Völkerbund ganz gewiß ht verhindert oder rückgängig gemacht werde. Kann man beeiten, daß diese Besorgnisse eine gewisse Begründung in sich gen? Muß man nicht deshalb verstehen, daß sich dieser wache und in der großen Staatenwelt naturgemäß noch nicht imische Bauernstaat so mißtrauisch, starr und eigensinnig verlt, wie es Woldemaras tut? Kann man ihm einen Vorwurf chen, daß es sich gegen ein übermächtiges und unberechenres Polen verzweifelt wehrt, daß man nicht den kleinen Finger t den Verhandlungen über den Grenzverkehr usw. geben chte, weil man befürchtet, daß Polen dann die ganze Hand hme und im Umsehen in Kowno sich einen großen Einfluß beinde?

Nun, das Ergebnis ist die fortdauernde litauisch-polnische annung, die mit am meisten Osteuropa nicht zur Ruhe kommen t. Sie beschäftigt unausgesetzt den Völkerbund, der sich im zember 1927 bemüht hat, die beiden miteinander zu Verhandgen zu bringen. Man hat in Königsberg im Frühjahr 1928 verndelt, und im Juli sind diese Verhandlungen mit einem vollen sko ausgegangen. Man streitet unausgesetzt um dieselben ge, daß Polen die Wilnafrage als nicht vorhanden betrachtet l Litauen sich mindestens sein Recht auf Wilna wahren will. d tatsächlich ist zwischen den beiden Staaten Kriegszustand. zehnten Jahr nach Beendigung des Krieges gibt es noch eine enze, über die kein Verkehr geht, weder Telephon noch Teleph usw.

Der Staat hat in den englischen und französischen Kombiionen eine Rolle gespielt, die heute doch auch keine Realität hr ist. Litauen spürt in Genf immer die Sympathie für Polen diesen beiden Großmächten und die Feindschaft gegen sich. ist mit Rußland seit 1926 in klaren Verhältnissen, wobei Rußd Litauens Recht auf Wilna anerkannt hat (Vertrag vom September 1926). Es hat mit Deutschland am 21. Januar 1928 en Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag abgeschlossen, was

Digitized by Google

ein Fortschritt war. Dann aber sind die Verhandlungen mit Deutschland auch nicht weitergegangen, weder um Handelsvertrag und Kredite, noch um die Memelfrage. Denn in Memel hat Litauen trotz aller Besprechungen und Versprechungen fortgesetzt gegen das Memelstatut verstoßen, obwohl der Ausfall der Wahl 1927 den Deutschen einen vollen Sieg mit einer glatten Mehrheit im Landtag brachte. Daß Woldemaras mit dem Vatikan ein Konkordat abschließen konnte, war gewiß ein Erfolg, nützt aber dem, worauf es Litauen in seiner schwierigen Situation ankommen muß, nichts. Die Einzelheiten seien noch nachher im Abschnitt über Polen mitgeteilt, damit Wiederholungen vermieden werden. Berücksichtigt man den Bildungsgrad und die Wirtschaftsstufe und die Gedrücktheit des litauischen Volkes bis 1914, so wird ohne Zweifel anerkannt werden müssen, daß das Land doch allerlei erreicht hat. In seiner Organisation und Konsolidation versucht man zu verstehen, warum sich seine Staatsmänner, insonderheit Woldemaras, immer so verhalten. Aber das Ergebnis ist doch das: daß Litauen mit Polen nicht anders steht, als es heute der Fall ist, ist zum allergrößten Teil nicht seine Schuld, zumal ja Polen der mächtigere ist. Daß Litauen mit Deutschland aber noch nicht in ein wirkliches Verhältnis gekommen ist, das ist ein Mangel seiner Staatskunst. Über die Memelfrage läßt sich bei gutem Willen eine Verständigung finden, über die handelspolitischen Fragen desgleichen. Je mehr diese Einigungen aber hinausgezogen werden, um so weniger kann sich Deutschland für Litauen einsetzen, kann es dessen Unabhängigkeit und territoriale Integrität schützen. Deutschland hat dasselbe Interesse wie Rußland. Beide Großstaaten werden ja heute mit Litauen wie durch eine Brücke verbunden, und daß diese Brücke von Polen nicht eingenommen werde, ist das Interesse des Deutschen Reiches wie der Sowjetunion.

V. Polen.

Auch der polnische Staat ist nunmehr zehn Jahre alt. Seine nationalen und wirtschaftlichen Probleme sind bekannt. Es galt für ihn, wirtschaftlich die Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die gewaltsame Loslösung seiner einzelnen Teile aus den wirtschaftlichen Organismen Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns entstehen mußten. Oft genug habe ich das mit einer Amputation verglichen, bei der man versäumt habe, die nötigen Prothesen anzusetzen, so daß offene Wunden am polnischen neuen Wirtschaftskörper geblieben seien, durch die das Blut ausströmte. Man könnte sich dieses Bild ja dann auch in die Entwicklung der polnischen Währung fortgesetzt denken, die immer im Rückgang war, obwohl das Land als einziges ohne einen Pfennig Schulden aus dem Kriege hervorgegangen war.

Digitized by Google

Es ist ebenso bekannt, daß die polnische Währung mit Hilfe vor allem der amerikanischen Anleihe saniert wurde, die im Oktober 1927 endlich zustande kam. Aber mit dieser Anleihe und der gesetzlichen Stabilisierung des Zloty scheint erst eine richtige Stabilisierungskrise eingetreten zu sein. Die Wirtschaftsverhältnisse sind durchaus nicht sicher. Vor allem wächst ständig die Passivität im Außenhandel: in den ersten fünf Monaten 1928 hat sie die Summe von 463 Millionen Zloty erreicht. Das läßt sich auch in der Verschlechterung bei der Bank Polski erkennen. Die Metall- und Devisenbestände des Noteninstitutes sind von 1207,4 Millionen Zloty Ende 1927 um rund 120 Millionen, d. i. fast 10 Prozent der Reserven auf 1090,8 Millionen Zloty zu Juniende 1928 zurückgegangen. Im Einklang damit ist die Metall- und Valutadeckung des Banknotenumlaufes von 72,61 Prozent Ende 1927 auf 64,76 Prozent in der letzten Junidekade 1928 zurückgegangen.

Man kann nicht bestreiten, daß auch in Polen die Kapitalbildung Fortschritte macht. Die Einlagen bei den Banken und Sparkassen steigen, aber die Decke ist immer noch zu kurz. Das Land, reich an Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne, hat Mangel an Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne, braucht noch weitere Anleihen im Auslande und die Entwicklung der Wirtschaftskräfte im Innern, also Ruhe, Ordnung, Friedens- und sparsame wirtschaftliche Arbeit, dazu eine Außenpolitik, die vor allem die Außenhandelsverhältnisse in Ordnung bringen muß. Für diese aber sind weitaus am wichtigsten die Beziehungen mit Deutschland, das in regulären Zeiten über die Hälfte des ganzen polnischen Exportes aufnahm. Wie eng Polen mit seinem Nachbarn verbunden ist, beweist die Tatsache, daß trotz des Wirtschaftskrieges von drei Jahren Deutschland heute noch mit 30 % in der Ausfuhr und 25,9 % in der Einfuhr die erste Stelle unter allen Staaten, die mit Polen in Wirtschaftsbeziehungen stehen, einnimmt.

Die Wirtschaftslage in Polen ist kürzlich (Deutsche Rundschau in Polen, Bromberg 25. 5. 28) ausgezeichnet dargestellt worden auf der Generalversammlung der Westpreußischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in einem Vortrage des Senators Dr. Busse (früher Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses). Daraus heben wir das Wichtigste noch einmal hervor:

„Wenn ich zunächst auf die Währungsfrage eingehe, so ist der Wendepunkt in der Stabilisierung unzweifelhaft die Aufnahme der amerikanischen Anleihe gewesen. Die gegenwärtige Regierung hat auf ihrem Konto einen großen Erfolg buchen können, indem es ihr geglückt ist, nach vielen vergeblichen Versuchen die Anleihe unter Dach und Fach zu bringen. Durch den Zustrom der Anleihegelder ist die Bank Polski so gekräftigt, daß unsere Valuta zurzeit gesichert dasteht. Dieser erfreulichen Fest-

Digitized by Google

stellung steht leider die bedauerliche Tatsache gegenüber, daß die Anleihe ihrem Betrag nach zu klein gewesen ist, um der Geldnot abzuhelfen. Der Geldumlauf beträgt bei uns zurzeit nicht mehr als 3,9 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, während z. B. in Deutschland — allerdings unter anderen Verhältnissen — 20,3 Dollar im Verkehr sind. Die Folgen dieses Geldmangels sind ein ungesunder Wechselverkehr, hohe Zinssätze, damit hohe Gestehungskosten und eine große Unsicherheit im Wirtschaftsleben. Besonders der Landwirt ist nicht in der Lage, 10 Prozent Zinsen und mehr zu zahlen, da er seine Produkte nur einmal im Jahre umsetzt. An den hohen Zinssätzen wird auch die Aufnahme von neuen Anleihen nichts ändern."

An dem günstigen Stand der Staatsfinanzen kritisierte Dr. Busse nichts. Diese sind seit zwei Jahren völlig im Gleichgewicht und ergeben sogar zeitweilig einen Überschuß. Für das Budget 1928/29 gilt freilich, daß, während das Budget für das Vorjahr mit Eingängen in Höhe von 1993 Millionen und Ausgaben von 1991 Millionen Zloty abschloß, die Einnahmen für die neue Periode mit 2665 Millionen, also einem Mehrbetrag von 672 Millionen, die Ausgaben mit 2528 Millionen (+ 537) präliminiert sind. Zur Handelsbilanz stellte der Redner fest: „Die Handelsbilanz, die bisher stets bis auf das Jahr 1926, das Jahr des englischen Kohlenstreiks, passiv gewesen ist, schließt im Jahre 1927 mit einem Minus von etwa 380 Millionen Zloty ab. Diese Passivität bedeutet zwar nicht eine unmittelbare Gefahr; dennoch müßten alle Kräfte angespannt werden, um eine Besserung herbeizuführen. Zweifellos würde eine starke Belebung des Außenhandels und eine günstige Beeinflussung der Bilanz erfolgen, wenn Handelsverträge mit den Nachbarstaaten zustande kämen. Besonders Deutschland würde für viele Rohstoffe und viele landwirtschaftliche Produkte ein guter Abnehmer sein, während Polen wiederum zu günstigen Bedingungen Industriewaren von dort beziehen könnte." Dazu wurde folgende sehr wichtige Bemerkung gemacht: „Ich glaube nicht, daß ein heute sehr bedeutsamer Posten in der Exportbilanz — nämlich das Holz — sich in der bisherigen Höhe wird aufrechterhalten lassen. Im letzten Jahre hat die Holzausfuhr ¼ des gesamten Exportes ausgemacht und den Betrag von 368 Millionen Goldfrank betragen. Damit ist Polen das größte Holzausfuhrland in Europa geworden. Schon heute behaupten ernsthafte Kenner der Verhältnisse, daß die Ausfuhr auf Kosten der Nachhaltigkeit geht, und daß binnen wenigen Jahren ein empfindlicher Holzmangel entstehen muß. Es wäre wünschenswert, daß, nachdem unsere Privatwaldungen in Westpolen mit sehr strengen Schutzmaßregeln bedacht worden sind, auch die staatlichen Wälder und die Wälder in den Ostgebieten, die das meiste Holz liefern, mit der gleichen Sorge behandelt werden. Was die Maßnahmen zur Verringerung der

Digitized by Google

Einfuhr anbelangt, so wird auch in Zukunft der Import von Rohstoffen, von Industrieprodukten, von Gebrauchs- und Genußmitteln, die nicht im Inlande hergestellt werden können, nicht zu umgehen sein. Aber ein Posten in der Importliste muß auf alle Kreise, die für diese Frage Interesse haben, den größten Eindruck machen: nämlich die ungeheure Summe, die für den Import von Lebensmitteln ausgegeben werden mußte. Es sind das 388 Millionen Goldfrank. Wenn auch in dieser Summe Beträge für Reis, Heringe, Tabak, Tee, Kaffee und Kakao enthalten sind, so entfällt doch ein sehr großer Posten auf Brotgetreide und Mehl. Auch im laufenden Jahre finden sehr große Mengen von Korn ihren Weg nach Polen und im nächsten Wirtschaftsjahr werden es sicher mindestens ebensoviel sein. Diese Tatsache ist geradezu erschütternd, wenn man bedenkt, daß Polen ein Agrarland ist, daß die Hauptrolle im Wirtschaftsleben die Landwirtschaft spielt, daß 65 Prozent der Bewohner des Landes in der Landwirtschaft tätig sind und nur 15—20 in der Industrie und daß vom Ministertisch immer wieder versichert wird, daß die Hauptfürsorge der Landwirtschaft gelten soll."

„Unter diesen Umständen faßt man sich an den Kopf und fragt, wie so etwas möglich ist. Die beiden letzten ungünstigen Jahre können nicht die alleinige Ursache sein; denn die Wetterschäden werden zum Teil durch die nicht abzuleugnende Intensität und durch die statistisch festgestellte vermehrte Anwendung von künstlichem Dünger in gewissem Grade wieder aufgewogen. Die Antwort kann nur lauten: Für den großen Ausfall von Brotgetreide kann nur die heutige Agrarpolitik verantwortlich gemacht werden, die ihren Ausdruck findet in der überstürzten, mit unzureichenden Mitteln arbeitenden Agrarreform." Und zu diesem wichtigen Punkte der durch die Agrarreform bewirkten polnischen Landverteilung, die, wie bekannt, ganz überwiegend die deutschen Besitzer getroffen hat (man rechnet, daß das Deutschtum im Durchschnitt des ganzen Staates dreimal so stark dafür herangezogen worden ist wie das Polentum), führte Dr. Busse aus: „Ich kann mich mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die in Ländern mit vorwiegendem Ackerbau in kontinentalem Klima gesammelt sind, auf die Feststellung beschränken, daß umgerechnet auf dieselbe Fläche der kleinere Besitz dem größeren überlegen ist in bezug auf die Erzeugung von Vieh aller Art, insbesondere Schweinen — daß aber der Großbesitz der Lieferant von Massenwaren ist, insbesondere von Brot und Futtergetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Eine starke Verschiebung der Betriebsform auf Kosten des Großbetriebes muß unweigerlich zu einem Mangel an denjenigen Massenwaren führen, die er bisher geliefert hat." Daraus wurden dann die Formulierungen abgeleitet: „Es muß eine gesetzliche Änderung des ganzen Systems erfolgen. Geht die Parzellierung so weiter wie bisher, so

Digitized by Google

gehört wahrlich keine prophetische Gabe dazu, um folgendes vorauszusagen: Die Einfuhr von Brotgetreide, von Mehl und Futtermitteln muß immer größer werden; ein immer größerer Prozentsatz des Volksvermögens muß alljährlich als Äquivalent für eingeführte Lebensmittel nach dem Ausland abfließen; schließlich muß die Handelsbilanz immer tiefer passiv werden, und die Erschütterung der Valuta kann nur noch eine Frage der Zeit sein. Ich glaube, daß es keinen Staat auf der Welt gibt, der es sich leisten kann, jedes Jahr 200 000 Hektar Acker, die für die Volksernährung und für die Aufbringung von Steuern notwendig sind, aus dem Gesamtorganismus der Volkswirtschaft auszuschalten."

Wir haben absichtlich so viel Raum für diese durchaus sachkundigen, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt getragenen Ausführungen verwendet, um die wirtschaftliche Situation Polens gründlich zu kennzeichnen. Zu der Agrarreform, die überhaupt nur den fünften Teil des Bevölkerungszuwachses aufnehmen kann und spätestens in zehn Jahren das überhaupt besiedlungsfähige Land des Großgrundbesitzes erschöpft hat, sei noch auf die Schrift von W. Studnicki: „Agrarsünden und Agrarreform im nachkriegszeitlichen Europa" hingewiesen, die eine sehr scharfe Kritik an der polnischen Agrargesetzgebung übt.

Im ganzen kann daher wohl von einer Sanierung Polens gesprochen werden oder besser von einem nicht erfolglosen Kampf um diese, aber die wirtschaftliche Grundlage ist durchaus nicht sicher und fest, obwohl man in Europa leicht über dem jetzigen, scheinbar ruhigen und konsolidierten Wirtschaftszustand vergißt, wie Polen noch vor zwei Jahren wirtschaftlich am Rande des Abgrundes gestanden hat. Es hat seit Gelingen der amerikanischen Anleihe im Herbst 1927 den Zloty stabilisiert und steht seitdem unter der „Finanzbeobachtung", die der frühere Unterstaatssekretär im amerikanischen Finanzministerium, Charles Dewey, ausübt. Was er tut, ist nichts anderes als eine Finanzkontrolle auf achtzehn Jahre. Genau wie Herr Gilbert berichtet er auch von Zeit zu Zeit über die Wirtschaftslage in Polen. In wie weit er von da einen Einfluß auf die politische Geltung Polens ausübt, ist nicht zu erkennen. Sehr weitgehend kann bisher, wenn man die polnische Politik des letzten Jahres überfliegt, dieser Einfluß nicht gehen. Zuletzt hat sich Mr. Dewey in einem Interview in der „Christian Science Monitor" geäußert aus Anlaß der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im September 1928. Er sagte dabei:

„Polens ungünstige Handelsbilanz für die erste Hälfte dieses Jahres, welche über 600 Millionen Zloty beträgt und wegen der schlechten Ernteaussichten in den kommenden Monaten noch zunehmen dürfte, gibt der polnischen Regierung genügende Veranlassung, die Verhandlungen mit Deutschland so bald wie möglich zu Ende zu führen."

Digitized by Google

„Es ist selbstverständlich, daß diese ungünstige Bilanz gegen Polen kein Dauerzustand werden darf. Also ist es vor allen Dingen nötig, daß der normale Handelsverkehr zwischen Polen und seinen Nachbarn, besonders Deutschland, wieder hergestellt wird. Zurzeit nämlich ist der Warenaustausch zwischen Polen und Deutschland durchaus nicht auf einer normalen Höhe, wobei zu bemerken ist, daß die polnische Ausfuhr nach Deutschland unter dem jetzigen vertraglosen Zustand außerordentlich gelitten hat. Ich erwarte also, bei gegenseitiger Opferwilligkeit, eine Regelung der bisher ausstehenden Fragen zwischen den beiden Regierungen und das Zustandekommen eines für beide Teile annehmbaren Handelsvertrages im Laufe der nächsten Zeit."

Über die wirtschaftliche Lage Polens meinte Dewey weiter, daß diese im allgemeinen gesund sei, und daß die im Monat März erhöhten Einfuhrzölle, die durchschnittlich zwischen 30 und 72 Prozent heraufgesetzt wurden, mit der Zeit einen ungünstigen Einfluß auf die Finanzlage der Regierung und die Industrie des Landes ausüben würden. „Kredite für die normale Regierungstätigkeit hat Polen nicht nötig", schloß der Finanzkommissar. „Es kann aber für den Ausbau des Verkehrswesens, wodurch weite landwirtschaftliche Gebiete mit der Außenwelt verbunden würden, große langfristige Kapitalien gebrauchen. Kredite sind auch für die Entwickelung der Industrie in hohem Grade nötig, während die wirksame Ausbeutung der Bodenschätze des Landes — Petroleum, Holz und Salz — ohne ausländisches Geld nicht weiterkommen kann. Das sind jedoch alles Fragen der Zeit. Polen ist wirtschaftlich und finanziell gesund genug, um für diese Zwecke jährlich eine bedeutende Summe aus dem Ausland zu erhalten. Die Aufbautätigkeit sollte jedoch nicht übereilt werden, und Polen dürfte nicht mehr Kredite während eines bestimmten Zeitraumes aufnehmen, als es zu Hause verarbeiten und nachher wieder bezahlen kann." (Deutsche Rundschau in Polen vom 21. 7. 28.)

Im ganzen ist es nun einmal so, daß Polen das ausländische Kapital braucht, und daß es sein Handelsverhältnis zu Deutschland regeln muß. Denn allein das öffnet sozusagen das Fenster in die Welt hinaus und macht Polen eine Verbindung mit der Weltwirtschaft möglich, die es bisher jedenfalls nicht erreicht hat.

Seit dem Mai 1927 herrscht in Polen die Militärdiktatur Pilsudskis, die doch eine eigentliche Diktatur nicht ist, sondern die Zusammenarbeit mit einer großen Schicht unpolitischer Richtung unbedingt braucht. Pilsudski hat versucht, mit den Konservativen ein Verhältnis zu finden und hat damit auch erfolgreich die National-Demokraten geschädigt. Er hat dann im November vorigen Jahres den Sejm aufgelöst. Die Wahlen haben am 4. und 11. März stattgefunden. 33 Parteien kämpften in diesem Wahlkampf, in den durch einen Hirtenbrief auch die höchsten

Digitized by Google

geistlichen Würdenträger eingriffen. Der Kampf vollzog sich in einer Verbindung zwischen Pilsudski und der Linken gegen die Opposition der Rechten, ging also in der Hauptsache um das Schlagwort: für oder gegen Pilsudski! Das Ergebnis war eine Niederlage der Rechten und ein Anwachsen der Linken. Dazwischen stehen die 86 Abgeordneten der nationalen Minderheiten, darunter 21 Deutsche. Die Deutschen haben sich ausgezeichnet behauptet.

War das nun ein Erfolg Pilsudskis oder nicht? Ja und nein. Ja, weil unzweifelhaft eine Mehrheit für ihn herauskam, nein, weil die Verbindung zwischen ihm und der Linken, in der die sozialistischen und kommunistischen Stimmen sehr stark angewachsen sind, durchaus nicht fest ist. Aber darin hat man wohl recht, wenn man sagt, daß auch mit dieser Wahl die Mehrheit des polnischen Volkes den Frieden will, daß die herausfordernde und übernationalistische National-Demokratie entscheidend zurückgedrängt wurde.

Überblickt man nun die innere Politik Polens seit den Wahlen, so hat man nicht den Eindruck, daß sich der Diktator vollkommen klar darüber ist, was er eigentlich mit dem Sejm will. Daß er ihn schlecht behandeln, sogar nach Hause schicken kann, daran zweifelt kein Mensch; denn er hat ja die Macht dazu. Aber dazu entschließt er sich nicht. Der Sejm verhandelt und arbeitet und weiß wohl im Grunde so wenig wie die Welt sonst, was eigentlich mit Pilsudski ist. Es scheint unbestreitbar zu sein, daß er einen Schlaganfall erlitten hat, an Arteriensklerose leidet, und daß die Staatskrise, in der Polen ist, tatsächlich eine Krise in der physischen Existenz des Marschalls ist. Man hat das Budget erörtert, und man erörtert in der Regierung die Frage der Abänderung der Verfassung. Es ist, wie gesagt, ein sonderbares politisches Leben, daß eine Diktatur zwar da ist, diese aber parlamentarisch arbeitet mit wechselnden Mehrheiten und mit einer inneren Politik, deren Richtlinie nicht durchaus klar ist.

Der Staatshaushalt wurde am 15. Juni 1928 genehmigt. Am 27. trat Pilsudski ganz überraschend von dem Posten als Ministerpräsident zurück, behielt aber das Amt des Kriegsministers und des Generalinspekteurs der Armee. Ministerpräsident wurde der Abgeordnete Prof. Bartel. Dann kamen widersprechende Nachrichten über die Erholungsreise, zu der der Marschall gezwungen war, Erörterungen über seinen Nachfolger und am 30. Juni ein Interview an die Presse mit überaus scharfen in der Form denkbar ungehörigen Angriffen gegen das Parlament und mit einem Maße von Unbeherrschtheit, das nur auf starke Neurasthenie zurückzuführen war. Es liegt auf der Hand, daß die Frage, ob der Diktator Polens noch im vollen Besitz seiner Kräfte ist, nicht nur für Polen, sondern für Europa überhaupt

Digitized by Google

außerordentlich viel Bedeutung hat. Die Überlastung mit den verschiedensten Ämtern, die Pilsudski wie Mussolini auf sich genommen hat, hat seine Gesundheit offenbar sehr stark untergraben. Und die Sicherheit in der Führung der Politik wird nicht erleichtert durch einen Kampf um die Macht, der vielleicht hinter den Kulissen schon entbrannt ist. Die dafür genannten Namen sind die des Obersten Slawek, der der Vertraute Pilsudskis und Chef der Regierungspartei ist, des Generals Sosonkowski und des Generals Sikowski.

Was die Außenpolitik anbetrifft, so ist richtig, daß die Zeit Pilsudskis zwar die Beziehungen zu den Nachbarstaaten nirgends im günstigsten Sinne weitergeführt hat, daß sie aber auch nicht zu einem Ausbruch, einer Störung des Friedens geführt hat, die man nach Ergreifung der Macht durch den Marschall allgemein fürchtete. Die Außenpolitik wird durch den Minister Zaleski geführt, der mehrmals interessante Gesamtäußerungen darüber gegeben hat, so am 8. Mai im auswärtigen Ausschuß des Sejm. Er rückte dabei die polnische Politik so nah wie möglich an die französische heran, nachdem er einen Besuch in Rom gemacht hatte. Mit Rußland sind die Beziehungen nicht vorangekommen; die lang hingezogenen Verhandlungen über einen Sicherheitspakt sind auf dem toten Punkt. Mit Litauen geht der Streit ununterbrochen weiter. Wie erwähnt, haben beide Staaten gemäß der Empfehlung des Völkerbundsrates vom 10. 12. 27 Verhandlungen geführt, die im einzelnen nicht besprochen zu werden brauchen, weil sie mit einem völligen Fiasko ausgegangen sind. Die Noten fliegen hin und her und verschärfen ständig den Konflikt, der nun glücklich ohne jedes positives Ergebnis im September 1928 wieder vor dem Völkerbundsrat landet.

Die zwischen Warschau und Kowno über den litauischen Sicherheitsvorschlag gewechselten Noten sind veröffentlicht. Der litauische Vorschlag enthielt 15 Artikel und ging davon aus, daß das Litauen von der Sowjetregierung 1920 im Friedensvertrage und andererseits vom Botschafterrat 1923 Polen zuerkannte Gebiet als strittig gelten müßte, die gegenwärtige Grenze aber nur als „Verwaltungsgrenze". Nach dieser Auffassung müßte die Entschädigung wie die Sicherheitsfrage geregelt werden. Dazu kam der Vorschlag der Bildung einer 50 km breiten „entmilitarisierten" Grenzzone. Am 23. Juni wurde dieser litauische Vorschlag den Polen übermittelt, und am 9. Juli erfolgte die polnische Antwort, worin die Warschauer Regierung ihr Befremden über den litauischen Entwurf ausdrückte, der der Empfehlung des Völkerbundsrates vom 10. Dezember 1927 widerspreche und die polnische Gebietshoheit antaste. Infolgedessen seien die litauischen Vorschläge unannehmbar.

Digitized by Google

Auch mit Deutschland ist Polen nicht in ein Verhältnis gekommen. Die Handelsvertragsverhandlungen haben kein Ergebnis gebracht, und die Beziehungen sind von Polen verschärft worden durch die Weiterführung des Agrarreformgesetzes vom Januar 1926 und die Ausführungsverordnungen vom November 1927, sowie durch die sogenannte Grenzzonenverordnung vom 23. 12. 27 und ihre Abänderung vom 16. 3. 28. Diese Bestimmungen richten sich durchaus gegen die Deutschen und machen Besitz und Betrieb in dieser Grenzzone vollständig abhängig von der Willkür der polnischen Verwaltungsorgane. Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz, das sich in seinen wesentlichen Bestimmungen gegen die Deutschen richtet. Es erstreckt sich auf alle polnischen Grenzen und eine Strecke von 30 km von diesen Grenzen, wo eben Aufenthalt und Ausübung von Handel und Gewerbe von der Genehmigung der Verwaltung abhängig ist. Dadurch fällt z. B. fast der gesamte polnische Korridor unter dieses Gesetz. Ebenso sind die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen im Haag und in Genf weitergegangen (Streitigkeit um Chorzow, die oberschlesischen Schulverhältnisse und Auseinandersetzungen über das Genfer Abkommen). Mit keinem Staat ist Deutschland in so gespannten Verhältnissen; auf dem wirtschaftlich-politischen Gebiete herrscht seit nunmehr drei Jahren (Beginn 15. 6. 1925) der Zollkrieg.

Dieses deutsch-polnische Verhältnis lastet auf das schwerste auf der Beruhigung und dauernden Befriedung Europas. Die Spannung in Litauen stellt Europa unausgesetzt vor die Sorge, daß dort ein großer Konflikt entstehen könne, der unabsehbare Folgen nach sich zieht. Und das Verhältnis zu Deutschland, wie es Polen bewußt angelegt hat und durchhält, ist einer dauernden Befriedung Europas um so mehr im Wege, als sich Polen um so mehr bemüht, nicht nur seine Politik an der Seite Frankreichs zu führen, sondern seine Beteiligung und seine Ansprüche auch in den großen deutsch-französischen Fragen durchzusetzen. So hat der polnische Außenminister Zaleski nacheinander die Ansprüche erhoben, bei dem Dawesplan mitsprechen zu dürfen, dann bei der Frage der Rheinlandsräumung und schließlich auch Stellung genommen zu der Erörterung des Artikels 19, zu der Revisionsmöglichkeit der Friedensverträge. In Sachen des Dawesplanes hat er im auswärtigen Ausschuß des Sejm am 25. 5. das folgende gesagt:

„Unzweifelhaft wird die zahlungspflichtige Seite bei einer Revision in zwei Richtungen streben, erstens eine möglichst geringe Entschädigungssumme festzusetzen, zweitens zur Abzahlung der Entschädigung Kredite zu finden. In zwei Punkten betreffen die zu erwartenden Rückwirkungen auch Polen, nämlich erstens in den allgemeinwirtschaftlichen Folgen, zweitens in den politischen Folgen. Gegenwärtig ist die Frage noch zu sehr

Digitized by Google

im Fluß, um sich darüber zu verbreiten. Ich wollte nur die Aufmerksamkeit darauf lenken und insbesondere darauf hinweisen, daß mit der Abzahlung der Entschädigung die Frage der Rheinlandräumung zusammenhängt. Diese Frage aber betrifft uns unmittelbar, und ohne auf die Einzelheiten einzugehen, möchte ich nur hervorheben, daß sie Polen nicht gleichgültig sein kann." Zur Rheinlandsfrage, die er im Juni in Paris besprochen hat, verlangt er, daß eine Räumung nur eintreten dürfe gegen bestimmte Garantien und Leistungen, und zu der Frage, in wie weit die Friedensverträge einer friedlichen Revision unterworfen werden könnten, hat er in einem Interview in der „Epoka" im Juni den extremen Standpunkt ausgesprochen, daß, wer mit friedlichen Mitteln die Friedensverträge ändern wolle, dasselbe tue, was der mit den Waffen in der Hand in Frage stellen wolle. Man kann so eine gewisse Einheitlichkeit und Geschlossenheit der polnischen Politik nicht abstreiten, die aber in ihrer Starrheit die eigenen Interessen schlechterdings nicht weiterbringt.

Zuletzt: Polen ist auch bei den letzten Entwürfen und der eigentlichen Einladung Kelloggs mit herangezogen worden und hat sich zum Beitritt in einer Note vom 18. 7. bereit erklärt, indem es dabei ausführte, daß die Interpretation der amerikanischen Note vom 23. 6. bestätige, daß der Pakt die Konsolidierung friedlicher Beziehungen auf der Grundlage der bestehenden internationalen Verpflichtungen sichern solle, und dementsprechend festgestellt, 1. daß der Pakt die Befugnis zur berechtigten Verteidigung nicht verletze, 2. daß, welcher unterzeichnende Staat auch immer seine nationalen Interessen mittels eines Krieges erstreben wollte, der Vorteile dieses Paktes verlustig gehe und 3. daß keinerlei Widerspruch zwischen den Verpflichtungen des Kelloggpaktes und denjenigen der Mitglieder des Völkerbundes bestehe.

Polen wird sich dem Beitritt der Sowjetunion schwerlich widersetzen können, aber ihn auch nicht gerade begrüßen. Wenn man in Polen erwartete, daß die Wirkung des Kelloggpaktes vor allem sein würde, das Kapital Amerikas in stärkerem Maße heranzuziehen, so hängt sehr viel mehr davon ab, daß man sich wirklich konsolidiert und man eine wirklich ruhige und berechenbare Politik treibt.

* * *

So zeigt der Gesamtüberblick über die Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens, daß sie alle doch eine stärkere Lebenskraft erwiesen haben, als man ihnen bei ihrer Begründung zutraute, trotz der großen wirtschaftlichen, finanziellen

Digitized by Google

und nationalen Probleme, mit der sie alle, wenn auch in verschiedener Stärke, zu kämpfen haben. Es ist ein neues Staatensystem zwischen Deutschland und Rußland entstanden, das freilich in sich noch nicht die für den europäischen Frieden wünschenswerte Balance gefunden hat. Die Unsicherheit liegt heute wesentlicher in den inneren Verhältnissen der einzelnen Staaten und auch nicht in der Gefahr einer etwaigen Bedrückung von seiten Rußlands. Wenn diese Staaten eine Ordnung ihrer Verhältnisse untereinander noch nicht gefunden haben, etwa nach dem Vorbild von Locarno, oder in der Form eines Randstaatenblocks, so liegt das an bestimmten natürlichen Gründen, die schwerlich überwunden werden können. Die „geopolitische Lage" ist tiefgreifend verschiedenartig, insofern Finnland, Estland und Lettland zu den Ostsee- und Nordstaaten gehören, Litauen und Polen zu den Oststaaten, für die die Meeresprobleme gar nicht oder nur gezwungen in Betracht kommen und für die die kontinentale Nachbarschaft das wichtigere ist. Aber die Hauptsache bleibt doch im Rückblick auf das Jahrzehnt vor allem, daß das polnische Nationalbewußtsein mit der Schaffung des eigenen selbständigen Staates weder im Innern noch maßgeblich in der Außenpolitik für sich die Ausgeglichenheit und Beruhigung gefunden hat, die notwendige Voraussetzung dafür wäre, daß Polen ein einflußreiches Mitglied der europäischen Friedensordnung werden könnte. Die Wirtschafts- und vor allem die nationalen Minderheitenprobleme sind nicht gelöst, und die Grenzen sind an einer großen Reihe von Stellen so unmöglich, daß sie eben schlechthin nicht als endgültig betrachtet werden können. Statt in Ruhe diese Probleme mit den anderen lösen zu helfen, erweckt der polnische Nationalismus in seiner Unberechenbarkeit und mit seinem Zurückgreifen auf die historischen Erinnerungen das Gefühl der Unruhe, das Europa und die Welt zu einem wirklichen Glauben an die Festigkeit der Verhältnisse im nahen Osten Europas nicht kommen läßt. Der Historiker dieses Jahrzehnts muß feststellen, daß die Schuld daran nicht bei Deutschland oder den anderen Randstaaten und auch nicht bei Rußland liegt, sondern ganz in erster Linie bei Gefühlen und Tendenzen in Polen, die in der großen Politik ihre Stütze in dem Bündnis mit Frankreich finden.

Digitized by Google

Die orthodox-autokephale Kirche der Ukraina.

Von Dr. theol. u. phil. Hans Koch, Wien.

Die letzten Folgen des Weltkrieges sind zurzeit weder erkannt, noch überhaupt erkennbar. Immerhin lassen sich hierin auch jetzt schon wenigstens gewisse Tendenzen aufweisen, und zu diesen gehört auf dem Gebiete osteuropäischer Kirchengeschichte eine wohl nie mehr rückgängig zu machende Tatsache: der geschlossene Block einer einstigen russisch-orthodoxen Staatskirche besteht nicht mehr.

Zwar kam es auch in der alten „zaristischen" Kirche wohl immer wieder zu gelegentlichen religiösen Neubildungen, die ihre Anhänger mitunter nach Millionen zählen konnten (z. B. das große Schisma im 17. Jahrhundert, der sog. „Raskol"), aber über lose Gruppen von „Sektanten" haben es diese Bewegungen nie gebracht und gar zu verfaßten Kirchen sind sie nicht emporgewachsen: den Anspruch „orthodox" und „Kirche" zugleich zu sein, hat mit Erfolg nur die Staatskirche allein behauptet.

Die Revolution hat diesem Zustand ein Ende gemacht, mit Dekret der Sowjetregierung vom 23. Januar 1918 wurde die Kirche vom Staate getrennt und damit ihrer Vorzugsstellung beraubt. An Stelle des einstigen geschlossenen Blocks russischen Staatskirchentums mit früher fast 90 Millionen Seelen besteht heute auf dem Gebiete der Sowjetrepubliken eine ganze Reihe von mehr oder weniger verfaßten Kirchen, deren Einteilung mir am günstigsten nach religiösen, sozialen und volklichen Gesichtspunkten erscheint.

1. Zu den Kirchen, deren Loslösung vorwiegend rein religiösen Ursachen zuzuschreiben ist, zählen die großen protestantisch-ostslawischen Freikirchen: die Stundo-Baptisten und die sog. Evangeliumschristen; die ersteren gehen auf die reformierten Pastoren Bohnekämper (Vater und Sohn) in der deutschen Siedlung Rohrbach bei Odessa zurück (etwa 1860), letztere auf den religiösen Einfluß des einstigen Gardeobersten W. A. Paschkow, der seinerseits selbst wieder durch den englischen Lord Radstock in Petersburg bekehrt wurde (1874). Beide Gruppen waren in der Zarenzeit bis 1905 verfolgt, seither geduldet, aber nur lose organisiert und nicht über eine „Bewegung" hinausgewachsen. Bis zum Weltkriege hatten sie zusammen etwa 700 Gemeinden, nach dem Umsturz organisierten sie sich in regelrechte Freikirchen und zählen gegenwärtig zusammen etwa 7000 Gemeinden mit rund vier Millionen Mitgliedern.

Digitized by Google

2. Unter die kirchlichen Neubildungen mit vorwiegend sozialem Einschlag sind jene einzurechnen, die (mit Unterstützung der Sowjetregierung) in den Jahren des schärfsten Kampfes zwischen Staat und Kirche entstanden sind (1922—1924) und die neben Reformen kirchlichen Charakters (Aufhebung des Zölibats und der Klöster, Reformen des Gottesdienstes oft mit Abschaffung von Liturgie und Kultus) auch solche sowjetistischen Gepräges vertreten, wie Anerkennung der sozialen Revolution, Unterstützung der Regierung, Säuberung der Kirche von „reaktionären" Elementen u. a.; sie sind unter einander nicht einig, vielmehr unter Führung von manchmal fragwürdigen Persönlichkeiten in mehrere Gruppen zersplittert („Lebendige", „Altapostolische" und „Erneuerungs"-Kirche) haben aber auch altrussische Bischöfe in ihren Reihen und dürften vor allem in den großen Städten sehr viele — vielleicht mehrere Millionen — Anhänger zählen. Ihre Bedeutung hat in den letzten Jahren etwas abgenommen.

3. Die „nationalen" Kirchen sind wohl die stärksten. Hierzu gehört vor allem der übriggebliebene Rest altrussischen Staatskirchentums, die sog. „Tychonovcen", die einerseits den Geist der früheren gesamtstaatlichen Kirche wahren möchten, andererseits durch die Macht der Tatsachen zu einer nur großrussischen Nationalkirche geworden sind; sie haben im eigentlichen Großrußland noch immer den stärksten Anhang und werden eben deshalb von der Regierung auch besonders „beobachtet", d. h. verfolgt. Mit Kompromiß vom 16./29. Juli 1927 schloß die gegenwärtige Kirchenleitung wenigstens äußerlich Frieden mit den Sowjets und wurde dafür von diesen de jure anerkannt. —

In die Reihe der „nationalen" Religionsgruppen gehören notgedrungen auch die direkten Gegner altrussischen Staatskirchentums — die schismatischen Raskolniki. Der volkliche Standpunkt ist nämlich der einzige positive Nenner, auf den diese zahllosen zersplitterten Sekten zu bringen sind, die ja schon ihren Ursprung im 17. Jahrhundert dem gemeinsamen Kampf gegen das damals in die Staatskirche neu eingeführte Griechentum verdanken und sich auch heute noch stolz „Altgläubige" nennen. Ihre Zahl ist statistisch nicht zu erfassen, geht aber sicher in die Millionen und ist gegenwärtig um so gewichtiger, als gerade die Raskolniki von der Regierung gerne zur Durchsäuerung des altkonservativen, „tychonitischen" Kirchentums benützt werden. —

Nationalkirchen in des Wortes eigentlicher Bedeutung sind ferner die beiden Kirchen im Kaukasus: die armenisch-gregorianische (umfassend die sechs, seit 1836 als Staatsreligion anerkannten Metropolien der gegenwärtigen „armenischen Sowjetrepublik") mit nicht ganz 1 Million von Mitgliedern — und die grusinische Kirche der neuen Sowjetrepublik Georgien mit rund zwei

Digitized by Google

Millionen von Gläubigen. Die tatsächliche Bedeutung beider Kirchen übertrifft ihre zahlenmäßige Stärke um ein Vielfaches, da die Sowjetregierung aus politischen Gründen die kaukasischen Völker bedeutend wohlwollender behandelt als die Bürger im Innern des Reiches.

Eine reine Nationalkirche ist endlich die orthodox-autokephale Kirche der Ukraina und von dieser soll im folgenden eingehend die Rede sein.

I.

Das ukrainische Volk (rund 32 Millionen; davon etwa 26 Millionen in geschlossenem Siedlungsgebiet) hat Anteil an allen drei christlichen Bekenntnissen: 1. Kirchlich vorzüglich organisiert sind die überwiegend im Westen wohnenden Griechisch-Unierten (etwa 4 Millionen). 2. Von gewaltiger religiöser Kraft, aber kirchlich noch nicht genügend zusammengefaßt, sind die protestantischen Freikirchen (Stundo-Baptisten und Evangeliumschristen), von denen auf ukrainischem Gebiet zusammen rund 3500 Gemeinden siedeln. 3. Den größten Teil des Volkes bilden die Griechisch-Orthodoxen, die seit dem 17. Jahrhundert und nach Verlust der ukrainischen kirchlichen Selbständigkeit mit der zaristischen, altrussischen Kirche verschmolzen waren und von denen sich nunmehr die „Autokephalen" absonderten.

Einen ungefähren Begriff über das religiöse Leben allein auf dem Gebiete der Sowjet-Ukraina gibt die Tatsache, daß hier (nach kommunistischen Quellen) seit der gesetzlichen Freigabe religiöser Druckerzeugnisse im Jahre 1927 zusammen 11 verschiedene religiöse Zeitschriften in einer Auflage von insgesamt 33 000 Exemplaren erschienen sind und daß überdies in demselben Jahre etwa 180—200 000 Stück nicht periodische Erbauungsbücher gedruckt wurden.

Die ukrainische Autokephalie ist formal ein Produkt kirchlicher Revolution. Als im Jahre 1917 das russische Zarentum gestürzt wurde und die einzelnen Nationalgebiete ihre Autonomie zu erlangen begannen, wurden auch in kirchlicher Beziehung die Sonderwünsche immer lauter; auf ukrainischem Gebiet äußerten sich diese Wünsche in Form von zahlreichen Provinzialsynoden, die — auch unter Teilnahme von Laien — in stürmischer Weise vorerst die Einberufung einer all-ukrainischen Synode begehrten, auf der dann auch die weiteren Forderungen erörtert werden sollten: Erweiterung der Laienrechte, Ukrainisierung der altslavischen Liturgie und größere nationale Selbständigkeit. Von einer kirchlichen Sonderstellung (Autokephalie) war damals noch nicht die Rede.

Digitized by Google

Tatsächlich trat auch am 7. Januar 1918 eine all-ukrainische, vom russischen Patriarchen nur sehr zögernd anerkannte Synode in Kiew zusammen (rund 400 Mitglieder), aber die einzelnen Phasen des damals gerade erneut aufflammenden Bürgerkrieges machten ihre Tagungen unmöglich, ja bei Änderung des politischen Schicksals wurde durch eine russenfreundliche Gegensynode im Mai 1918 auf den durch Mord gerade erledigten Metropolitenstuhl von Kiew der russophile Kirchenfürst Antonij Chrapowizkij berufen, der allerdings infolge politischer Wirren seine Diözese sehr bald verlassen und einem Vertreter übergeben mußte[1]).

Die einmal geweckten nationalen Hoffnungen ließen das kirchliche Leben jedoch nicht mehr zur Ruhe kommen: der Zusammenbruch des erträumten eigenen Nationalstaates unter Ataman Petljura mochte eine wenigstens kirchliche Einigung der national erwachenden Bauernmassen immer mehr beeinflußt haben und der inzwischen ans Ruder gelangten Sowjetregierung konnte es nur willkommen sein, wenn sich — auch unter der gefährlichen nationalen Losung — eine neue Kirchengruppe vom alten russisch-orthodoxen Block loslöste.

So bildete sich in Kiew eine Gemeinde ukrainisch-kirchlicher Separatisten, erwirkte (März 1919) von der Sowjetregierung die Zuweisung eines eigenen Gotteshauses (des St. Nikolaus-Domes) und erreichte auch von dem zuständigen bischöflichen Verweser die Erlaubnis zur Abhaltung eines Gottesdienstes in ukrainischer Liturgiesprache. Der Tag dieses Festes, der 9. Mai 1919, gilt als Geburtstag der ukrainisch-autokephalen Kirche. —

Die Bewegung griff nun aus Kiew rasch um sich. Immer neue Einzelgemeinden in der Provinz wurden gegründet, die altslavische Liturgie vollständig ins Ukrainische übersetzt und bis zum Dezember 1919 in Kiew selbst vier weitere Kirchen in eigenen Besitz gebracht, darunter die ehrwürdigste ukrainische Kirche überhaupt, die tausendjährige Sophienkathedrale, bisher Sitz des altrussischen Metropoliten und durch lange Jahrhunderte Krönungskathedrale der Kiewer Großfürsten.

Die ungeahnten Erfolge der neuen Bewegung erregten aber den Widerstand des ohnehin schon mißtrauischen altrussischen Episkopats und am 30. April 1920 wurde vom Bistumsverweser in Kiew die Abhaltung ukrainischer Gottesdienste verboten. Hierauf antwortete der seit langem bestehende „ukrainische Kirchenrat" mit einem feierlichen Sendbrief, der die Loslösung

[1]) Gegenwärtig lebt er als Emigrant in Sz. Karlowtzy (Serbien); von ihm stammen die beiden russischen Arbeiten: „Versuch eines christlich-orthodoxen Katechismus", Karlowtzy 1924, und „Das Dogma von der Erlösung", Karlowtzy 1926.

Digitized by Google

vom bisherigen Kirchenverbande erklärt und die Gründung einer eigenen Nationalkirche proklamiert[2]).

„Seit altersher" — heißt es da — besitzt das ukrainische Volk den Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit. Diese Eigenschaft zeigte es auch beim Verfassungsbau seiner Kirche. Von den Anfängen des Christentums in der Ukraine bis zur Unterjochung unseres Volkes durch Moskau war die ukrainische Kirche 600 Jahre hindurch selbständig, d. h. autokephal und nur in gewissem Maße dem byzantinischen Patriarchen untertan. Nach dem Beispiel der ersten Christen wählte sich das ukrainische Volk seine Kirchenfürsten und Priester selbst und lenkte seine Geschicke auch durch die eigen gewählten Synoden selbständig: es war synodal . . . Aber durch den Anschluß an Moskau hat die moskowitische Geistlichkeit im Verein mit den bürgerlichen Behörden durch Verbote, Verbannungen, Gewalttätigkeiten und Terror die Unabhängigkeit und die synodalen Vorrechte des ukrainischen Kirchentums vernichtet, damit aber auch die schöpferischen nationalen Kräfte des Volkes überhaupt. Die Folgen dieser moskowitischen Herrschaft waren tief traurig: das ukrainische Volk verlor seine Anteilnahme an der Leitung unserer Kirche und die Kirchengewalt kam in die Hände von Fremdlingen . . .; statt der lebenden ukrainischen Zunge und des Altkirchenslavischen mit ukrainischer Aussprache setzte man das tote Altkirchenslavisch mit moskowitischer Aussprache, die unserem Volke ganz unbekannt war; man verbot den Gottesdienst mit unseren alten Sitten und Bräuchen und man verbannte aus den Kirchen den ukrainischen Gesang . . . Aber die Idee einer Befreiung unserer Kirche aus der fremden moskowitischen Knechtschaft . . . war niemals unter unseren besseren Söhnen ausgestorben: im Jahre 1917 . . . beriefen wir eine allukrainische Synode, die jedoch durch die Intrigen des Moskauer Episkopats der Kirche eher schadete, ja die nationale Bewegung teilweise wieder eindämmte. Jedoch schon im Frühjahr 1919 erwachte die Bewegung mit neuer Kraft besonders unter der nationalen Intelligenz und der Arbeiterschaft von Kiew und ergriff sehr bald auch weitere Kreise sowohl des flachen Landes, als auch der Großstädte Poltawa, Kamenetz, Odessa und anderer. Die Losung dieser unserer Bewegung heißt: Autokephalie und Synodalregiment. . . . Bei Durchführung dieser kirchlichen Tätigkeit hat die ukrainisch-rechtgläubige Bürgerschaft niemals die Absicht gehabt, sich von der höheren, priesterlichen Gewalt loszulösen; im Gegenteil: sie versuchte, alle ihre Arbeit an der Wiedergeburt der Kirche stets im Einvernehmen mit dem

[2]) Der Sendbrief ist abgedruckt in „Materialien aus der Geschichte der Wiedergeburt der ukrainisch-orthodoxen autokephalen Kirche" („Cerkva i žyttja" — „Kirche und Leben", Charkow 1927, Heft 1, S. 120 ff.).

Digitized by Google

Episkopat . . ., dieser jedoch wünschte gar nicht in Verhandlungen mit den ukrainischen Gemeindevertretern einzutreten, in einzelnen Fällen wurde letzteren sogar die Tür gewiesen . . .

In Anbetracht daher der Umstände:

1. daß die ukrainische kirchliche Bewegung in allen ihren Formen nichts antikanonisches enthält, indem sie ja nur auf altukrainischen Rechten fußt . . .;
2. daß die ukrainische kirchliche Bewegung eine lebendige und volkliche ist . . .;
3. daß der Kiewer Episkopat, als Vertreter Moskauer Kirchenregiments die autokephale-ukrainische Bewegung nur hindert und sich daher nicht als guter Hirte erwiesen hat, sondern als Feind des ukrainischen Volkes, so daß er sich daher von der ukrainischen Kirche selbst losgelöst hat;
4. daß infolge dieses Verhaltens die ganze ukrainisch-rechtgläubige Kirche, bestehend aus den ukrainischen Einzelgemeinden nunmehr ohne Bischöfe dasteht . . .

hat der ukrainische Kirchenrat beschlossen:

1. Das Verbot ukrainischer Gottesdienste durch den in Vertretung moskowitischer Kirchengewalt handelnden Bischof Nazarios (v. Czerkasy, als Verwesers des Bistums von Kiew) ist unmoralisch und unukrainisch, daher nichtswürdig und darf von den ukrainischen Gemeinden nicht befolgt werden.

2. Von heute an hat die rechtgläubig-ukrainische Kirche, bestehend aus den ukrainischen Einzelgemeinden keine Bischöfe, und daher nimmt es der Kirchenrat auf sich, vorläufig bis zur Wahl eines eigenen ukrainischen Episkopats und Bildung eines ordentlichen Kichenregiments, die Leitung der ukrainisch-rechtgläubigen Kirche in Stadt und Land selbst zu bewerkstelligen. Es ist daher die Durchführung sämtlicher etwaiger Befehle des bisherigen Episkopats zu unterlassen, jeder Verkehr mit ihm einzustellen und in allen Angelegenheiten nur die Weisung des ukrainischen Kirchenrates einzuholen.

3. Die ukrainische rechtgläubige Kirche ist frei von jeglicher Moskauer Oberhoheit: sie ist autokephal, unabhängig und synodal.

4. Die Wahl ukrainischer Bischöfe durch das ukrainische rechtgläubige Volk ist ehestens vorzubereiten und gesetzlich durchzuführen.

5. Die ukrainische rechtgläubige Bevölkerung wird aufgefordert, diese Maßnahmen recht zu verstehen, den Kirchenrat entsprechend zu unterstützen, die eigenen Kirchengebäude sorgsam in Schutz zu nehmen und die jeweiligen religiösen Bedürfnisse nur bei den ukrainischen Pfarrämtern zu befriedigen.

Digitized by Google

6. Die Gemeinderäte werden ersucht, diesen Sendbrief sofort nach Erhalt sowohl im Gotteshaus, als auch in den Gemeindeversammlungen zu verlautbaren."

Trotz dieser so scharfen Absage an den russischen Episkopalismus versuchten es die Neuerer immerhin noch zweimal, in Verbindung mit Bischöfen der alten Staatskirche zu treten: zuerst unterordneten sie sich im August 1920 dem Erzbischof von Poltawa, Parfenij, der sie anfänglich freundlich aufnahm und unter dem 8. August als neue Kirche segnete, „auf daß sie im Glauben an Gott und seine heilige Hilfe die Arbeit fortsetzen und eine lebendige Kirche bauen, die dem ukrainischen Volke vertraut ist in Sprache, Bräuchen und Kultus, die synodal ist, frei, ukrainisch und rechtgläubig . . .[3])" — und die er selbst unter seinen erzpriesterlichen Schutz nehmen wolle. In Erfüllung dieser seiner freiwillig übernommenen Hirtenpflicht weihte Erzbischof Parfenij denn auch in den Monaten August bis September (1920) über 30 ukrainische Priester der neuen Kirche, ging dann aber plötzlich wieder zur altrussischen Staatskirche über und lehnte sogar seine mittlerweile auf einer Kiewer Gouvernement-Synode erfolgte Wahl zum ukrainischen Metropoliten ab.

Ein zweiter Versuch der Neuerer, ihre eigenen Bischofskandidaten diesmal durch die mittlerweile ebenfalls selbständig gewordene georgische (grusinische) Kirche im Kaukasus weihen zu lassen, scheiterte an den unmöglichen Verkehrs- und politischen Verhältnissen, und als im Februar 1921 vollends ein Sendschreiben des auf ukrainischem Volksgebiet residierenden altkirchlichen Gesamtepiskopats alle ukrainischen Priester ihres Amtes entsetzte, ihres priesterlichen Charakters entkleidete und den „ukrainischen Kirchenrat" für aufgelöst erklärte, schien es, als sei die neue presbyterial-synodale Richtung zum Schweigen gebracht.

Da schritten die Neuerer abermals zu einer revolutionären Tat: Sie beriefen für Oktober 1921 eine ukrainische Synode nach Kiew ein (rund 400 Mitglieder, darunter sehr viele Laien) und wählten — als die zur Synode ebenfalls eingeladenen alten Bischöfe durch ihren Vertreter die Anerkennung der Kirchenversammlung von vornherein verweigerten — zwei neue Bischöfe, darunter den in ihrer eigenen Mitte befindlichen Priester Wasyl Lipkiwskij zum „Erzbischof von Kiew und Metropoliten der gesamten Ukraina".

Die Form, in der diese Wahl dann zur sakralen Liturgie der Bischofsweihe erhoben wurde, war ebenfalls „revolutionär". Sie erfolgte nämlich nicht, wie üblich, durch mindestens zwei andere Bischöfe, sondern geschah mangels dieser durch Handauflegung der versammelten Priesterschaft: 30 Priester und

[3]) „Materialien", S. 123.

Digitized by Google

12 Diakone wurden zur Durchführung dieses Aktes besonders gewählt, schritten vor der Liturgie gemeinsam zum heiligen Abendmahl und „legten ihre Hände auf das Haupt des Gewählten, getreu dem Brauche im apostolischen Zeitalter (1. Tim. 4. 14)[4]".

Das Ungewöhnliche des Vorganges wurde von der Synode auch noch nachträglich besonders hervorgehoben:

„Obwohl dieser Akt in der alten Kirche schon seine Beispiele hat, so hat trotzdem das Konzil eine solche Form der Cheirotonie (Handauflegung zur bischöflichen Weihe) nur ganz ausnahmsweise anerkannt . . . um die ukrainische Kirche aus tödlicher Gefahr zu erretten. Die weiteren Bischofsweihen geschahen und geschehen bereits in der alten, traditionellen Form . . .[5]".

Unter der Leitung des neuen Metropoliten entwickelte sich die junge Kirche nun rasch zu einem geschlossenen Organismus. Ein Jahr nach der großen Synode von Kiew fand eine „erweiterte Ratsversammlung" statt, an der neben 82 Laien und 69 Klerikern bereits 17 Bischöfe teilnehmen konnten[6]), im Jahre 1925 zählte die Kirche 30 Bischöfe und 1200 Gemeinden[7]) und im Mai 1927 meldete die erste Folge einer, von den Sowjetbehörden endlich genehmigten offiziellen kirchlichen Zeitschrift das Anwachsen der Bewegung auf 30 Bischöfe und über 2300 Priester[8]), was, da sehr viele Priester wohl mehr als eine Gemeinde betreuen, zumindest 3000 Gemeinden bedeutet. Unter den 30 Bischöfen befinden sich zwei, die sich aus der alten russischen Staatskirche zur neuen Bewegung geschlagen haben.

Im Oktober 1927 fand in Kiew die zweite ukrainische Landeskirchensynode statt, deren Akten bisher noch nicht herausgegeben sind. Nach privaten, aber zuverlässigen Mitteilungen hat in ihr der bisherige Metropolit Wasyl Lipkiwskij — wohl aus politischen Konzessionen an die Sowjetregierung — sein Amt

---

[4]) Immerhin war in der Synode von vornherein beschlossen worden, daß diese ungewöhnliche Form der Bischofsweihe nur dann stattfinden solle, wenn bei namentlicher Abstimmung sich 11/12 der Synodalen dafür aussprechen. Die Abstimmung ergab 360 Stimmen dafür, 5 dagegen und 7 Enthaltungen (Protokolle der Synode).

[5]) „Istoryčna zapiska" — „Geschichtliche Denkschrift" des ukrainischen Kirchenrates vom November 1925, abgesandt an alle orthodoxen Kirchenleitungen des Ostens, nachträglich abgedruckt in „Cerkva i žyttja" — „Kirche und Leben", Charkow 1927, 2.—3., S. 144. — (Vgl. auch Kanon IV., 8 der Kiewer Synode vom 1921 . . . „von nun an findet die Bischofsweihe in der ukrainischen Kirche Christi unter Teilnahme von zwei und mehr Bischöfen statt, nach der Vorschrift der ökumenischen orientalischen Kirche . . ." Kiew 1922.)

[6]) „Protokolle der erweiterten Ratsversammlung", besprochen in „Religijno naukovyj vistnyk", Szczypiórno, 1923/9—10, S. 27.

[7]) „Istoryčna zapiska", S. 145.

[8]) „Cerkva i žyttja", 1927/1, S. 59.

Digitized by Google

niedergelegt, an seiner Stelle wählte die Synode den jungen Erzbischof Nikolaus Bowetzkyj.

Von weiteren Beschlüssen der Synode sind zu erwähnen: Einführung des Diakonissenamtes, Festsetzung von „brüderlichen Agapen", sowie das Institut von „abendlichen Gemeinschaftsstunden" — also wohl durchweg Maßnahmen zur Belebung der Gemeinde- und Bibelfreudigkeit.

II.

Die Neugründung „autokephaler Kirchen" ist im Rahmen des morgenländischen Kirchenwesens nichts Anorganisches; sie entspricht der alten griechisch-orthodoxen Überlieferung, daß die kirchliche Ordnung sich den staatlichen Veränderungen anzupassen hat, ja die „griechische Kirche überhaupt bildet die Gesamtheit der autokephalen Schwesterkirchen, die an Rang einander gleich und nur durch gleichen Glauben und gegenseitige Liebe verbunden sind".

Aber gerade die letztere Forderung nach „gleichem Glauben", die der griechische Kirchenhistoriker neuester Zeit[9]) erhebt, ist innerhalb der ukrainischen Synodalkirche gegenwärtig nicht ganz zu übersehen. Was wir nämlich an Quellen aus dem Leben der neuen Kirchenbildung besitzen, zeigt uns immer nur, wie die neue Autokephalie sein soll oder sein will, und mangels unmittelbaren Einblicks in die tatsächlichen Verhältnisse gelingt es uns nur in matten Lichtstrahlen festzustellen, wie das religiöse Leben wirklich pulsiert. Dies ist daher bei der Lektüre des Folgenden besonders festzuhalten.

1. Die neue Kirche sieht sich dogmatisch als Teil der orientalischen Orthodoxie an; die dogmatischen Fragen spielten im allgemeinen während des ganzen Entstehungskampfes eine sehr untergeordnete Rolle und waren offensichtlich auch im Volksempfinden nicht das Wesentlichste. Kanon I,1 der Kiewer Synode bestimmt kurz und bündig[10]): „. . . wir beschließen, unerschüttert festzuhalten an dem rechtgläubig-christlichen Glauben, wie er beschlossen wurde durch die sieben ökumenischen Konzilien und angenommen durch unsere Vorfahren zur Zeit des heiligen Vladimir."

Ähnlich besagt auch Kanon XI, 1: „Die ukrainische Orthodoxe Autokephale Kirche ist eine freie brüderliche Vereinigung

[9]) Diomedes Kyriakos, „Geschichte der orientalischen Kirchen von 1453—1898", übersetzt von Erwin Rausch, Leipzig 1902, S. 34.

[10]) „Dijania vse-ukrainskoho pravoslavnoho cerkovnoho soboru v Kyjivi 1921" (Beschlüsse der allukrainisch-orthodoxen Synode von Kiew 1921). 1. Aufl. Kiew 1921, 2. Aufl. Kiew 1927, nach dieser wird zitiert.

Digitized by Google

des gläubigen Volkes, mit der Absicht: das irdische Leben zur Erreichung des Gottesreiches einzurichten. Sie steht auf dem Grunde wahrhaften und unerschütterlichen Verstehens des heiligen Evangeliums unseres Herren Jesus Christus, der apostolischen Verordnungen und der Dogmen, sowie Kanons der heiligen orthodoxen ökumenischen und apostolischen Kirche . . ."

Aber die in den angeführten Zitaten kanonisch festgelegte Gültigkeit der Tradition wird in einer Weise abgeschwächt, wie sie in den anderen orthodoxen Kirchenbildungen bisher nicht üblich war; so sagt gleich Kanon I, 2a der Kiewer Synode: „Indem wir die im heiligen Geist beschlossenen kirchlichen Rechts- und Verfassungsnormen der ökumenischen Konzilien, der Provinzialsynoden und der heiligen Kirchenväter als für ihre Zeit richtig und zweckmäßig anerkennen . . ., sind wir der Ansicht, daß die Lebensbedingungen der Kirche, die solche Normen geschaffen haben, diese unter der Oberleitung des heiligen Geistes auch aus dem Gebrauch ausschließen können . . ."

Gleich das erste Gebiet, auf dem die neue Kirche diese ihre Überwindung des unbedingten Festhaltens an der Überlieferung wirklich ins Leben setzt, ist die für die Kirchen des Ostens ungemein wichtige Frage der Hierarchie. Bekanntlich ist die morgenländische Orthodoxie im wesentlichen episkopal und dieser Episkopalismus machte sich auch dort geltend, wo er in Synodalismus umgebogen wurde: die orthodoxe Kirche des Ostens ist in den allermeisten Formen ihrer Erscheinung eine hierarchische ohne wesentlichen Einfluß des Laienelementes.

Die Neuerer in der Ukraina haben mit diesem Zustand gebrochen, indem sie einmal das Synodal-Presbyterialprinzip einführten, andererseits ihren Laien wesentliche Rechte einräumten.

„Wir beschließen", sagt Kanon I, 2b der Kiewer Synode, „daß die episkopale Verfassung der Kirche . . . nicht mehr zu Recht bestehen darf und durch das kirchlich-synodale Prinzip geändert werden soll . . .; Synoden, die (wie es bisher war und noch ist) nur aus Bischöfen allein bestehen . . ., sind durch Synoden aus allen Schichten der ukrainischen rechtgläubigen Bevölkerung zu ersetzen . . ."

Demgemäß verwaltet sich (Kanon III, 2) die neue Kirche durch eine periodisch zu wählende „Allukrainische Synode", durch den „Allukrainischen orthodoxen Oberkirchenrat", bestehend aus Bischöfen und Vertretern der Gemeinden, sowie durch Bezirks- Gemeinde- und Ortskirchenräte mit ihren Versammlungen.

Das strenge Betonen gerade des Versammlungs- und Laienelements entspricht durchaus dem ukrainischen Volkscharakter. Gerade im Unterschied zum moskowitisch-zentralistischen Prinzip waren nämlich die Ukrainer seit jeher die Nation der Volksversammlung, des sogenannten „witsche", die sich stets ihre Rechte

Digitized by Google

sowohl im staatlichen als auch im kirchlichen Leben zu wahren wußte und die nach Vernichtung der ukrainischen Staatlichkeit ihren klassischen Ausdruck in der ordensähnlichen, demokratischen Organisation der Zaporoger Kosakenbrüderschaft gefunden hatte. Diese Zaporoger Kosaken beeinflußten durch das 16. und 17. Jahrhundert auf das entschiedenste das damals freilich schon absterbende und durch Unionskämpfe überdies erschütterte ukrainische Kirchenwesen[11]) — im Westen der Ukraina haben gerade die Laienbrüderschaften (z. B. die von Lemberg) im Kampf gegen die unionsfreundliche Hierarchie durch über ein Jahrhundert die Orthodoxie verteidigt, ja zeitweilig sogar die rechtliche Kontrolle über ihre Bischöfe ausgeübt. Diese, im monarchischen Rußland den Ukrainern genommenen Laienrechte sollen in der neuen Synodalkirche wieder aufleben! Die einzelnen Provinzialräte erhalten das Recht der Pfarrwahl, der Vermögensverwaltung, der Kontrolle über geistliche und kirchliche Funktionäre sowie über Organisationen oder Laienbrüderschaften, ja sie haben auch das Recht der Absetzung von Klerikern und der Kirchenzucht[12]).

Das allgemeine Priestertum, das in der orthodoxen Kirche bisher nur theoretisch anerkannt war, wird von der neuen Kirche der Praxis insofern etwas näher geführt, als der Kanon XI, 12 bestimmt, daß die Anwartschaft auf den Priesterstand in erster Linie durch Wahl und erst in zweiter Linie durch Priesterweihe zu erfolgen habe, letztere aber ist freilich unerläßlich: an dem sakramentalen Charakter der Priesterweihe wird eifersüchtig festgehalten; andererseits ist die Wahl eines noch nicht Geweihten möglich (Kanon XI, 14), die Ausbildung zum Priester kann sowohl in einem Institut, als auch außerhalb irgendwelcher Schulen erfolgen (Kanon XI, 12); selbst zur Anwartschaft auf den Metropolitenstuhl ist das geistliche Amt nicht Voraussetzung: als Kandidat hierfür kommt sowohl eine Person geistlichen Standes, als auch sonst ein Gläubiger in Betracht, wenn er sich durch seine bisherigen Dienste die Achtung der Kirche erworben hat[13]). Aber nach erfolgter Wahl muß er, wenn er etwa bisher noch nicht Bischof war, feierlich geweiht werden. —

Daß der Einfluß der Laien nicht nur auf dem Papier blieb, sondern auch tatsächlich sehr beachtenswert sein muß, erfahren wir neben ständig wiederkehrenden Berichten über stattgefun-

---

[11]) Mikola Čubatij, „Pro pravne stanovišče cerkvi v kosackij deržavi" — „Die Rechtsstellung der Kirche im Kosakenstaat" in „Bohoslovia", Bd. III, 19—55 und 181—203, Lemberg 1925.

[12]) „Cerkovni visty", Charkow 1927, S. 26—38. „Erlaß (des Metropoliten) an die Kirchenräte der Ukr. A. O. Kirche".

[13]) „Erlaß des Metropoliten", II., 34. Anm. („Cerkovni visty", 2.—3., S. 31.).

Digitized by Google

dene Provinzial- oder Diözesansynoden auch aus einem sowjetistischen Anklageakt, in dem der bolschewistische Untersuchungsrichter „feststellt, daß in den Reihen der ukrainischen autokephalen Kirche auch das nichtkirchliche Element anwesend ist und dessen Beseitigung energisch fordert[14])".

Die Vorrechte der Mönchsorden (etwa Anwartschaft auf höhere Kirchenämter usw.) werden in der neuen Kirche beseitigt (Kanon IX, 1—3); die einzelnen Klostersiedlungen unterstehen unmittelbar ihren Ortsgemeinden, sind aber in Arbeits- oder charitative Bruderschaften umzuwandeln; nur das ehrwürdige Kiewer Höhlenkloster darf dem Oberkirchenrat direkt unterstellt werden. Die alten griechischen Mönchsregeln werden für abgeschafft erklärt und an ihre Stelle soll eine neue Ordnung treten, „die mehr an die Wirklichkeit des Lebens angepaßt ist, mehr auf Allgemeinbildung und soziale Fürsorge ausgeht und das allgemein kirchliche Leben zu fördern hat". Von dem alten Unterschied zwischen der „weißen" und „schwarzen" Geistlichkeit bleibt praktisch nur ein einziger Rest übrig: die Mönche behalten auch weiterhin ihr freiwilliges Zölibat, während die Priester aller Grade, also auch (was bisher verboten war) die Bischöfe (!) das Recht zur Heirat zugebilligt erhalten (Kanon XI, 16—18)[15]). und zwar sowohl vor, als auch nach der Priesterweihe: „in Angelegenheiten der Eheschließung und Ehescheidung unterstehen die Geistlichen den allgemeinen staatlichen Gesetzen." Auch sonst wird der bisher streng festgehaltene äußerliche Kleidungsunterschied zwischen Laien und Priestern verwischt, indem (Kanon XI, 19) bestimmt wird, daß der Priester außerhalb des Dienstes das Recht hat, bürgerliche Kleidung anzulegen und im übrigen auch seine Haare nach Belieben tragen darf.

Nur in der Frage der successio apostolica will die neue Kirche grundsätzlich beim alten bleiben. Die Kanones halten streng an der befugten Weihe durch einen Bischof fest, auf die Echtheit der Bischofsweihe selbst wird besonderer Wert gelegt und in den theologischen Abhandlungen der ukrainischen Kirchenfürsten steht nichts so sehr im Vordergrund, wie der Beweis, daß die ukrainischen Bischöfe tatsächlich und sakramental die apostolische Nachfolge unverändert beibehalten haben.

Welchen Einfluß die ungewöhnlich hohe Zahl der neuen Bischöfe in Wirklichkeit auf das kirchliche Leben ausübt, kann angesichts der nur „papierenen Quellen" von hier aus nicht recht übersehen werden.

2. Ein wesentliches Merkmal der neuen Kirche ist ihre bewußt nationale Einstellung: die „Mutter Ukraina", oft

[14]) „Kirchliche Chronik" in „Cerkovni visty" 1, 5.

[15]) Vgl. auch „Istorična zapiska", S. 147.

Digitized by Google

in Verbindung mit dem „Vater Metropoliten", ist eine ständige Redewendung in der pathetischen Kirchensprache; der „rauschende Dnjepr" wird oft als Sinnbild der Kirche angewendet; in den Gottesdiensten wird gebetet für „die gottgeliebte und von Gott bewahrte, unsere Mutter Ukraina", aber auch für ihre „Regierung und gesamte Bevölkerung".

Der radikalste Schritt jedoch erfolgte durch Abschaffung des bisher üblichen Altkirchenslawischen aus dem Gottesdienste und Einführung der lebenden ukrainischen Volkssprache in Liturgie, Gesang, Evangelium und Predigt; zu diesem Zwecke wurden vom Oberkirchenrat die „gottesdienstlichen Bücher" bereits übersetzt und mit Kanon VII, 3 deren allgemeine Einführung angeordnet. Ukrainische Komponisten sind eifrig mit der Vertonung der Kirchengesänge in eigene ukrainische Motive beschäftigt und auch das kirchliche Schrifttum in der bisher als „unwissenschaftlich" angesehenen Volkssprache ist in ständigem Steigen.

Die bis zur Moskowisierung bestandenen kleinen Unterschiede zwischen ukrainischer und russischer Liturgie werden zugunsten der ersteren scharf betont; die Verbreitung der Bibel erfolgt selbstverständlich in ukrainischer Übersetzung. Die Priester werden auf die nationalen Formen des Gottesdienstes amtlich verpflichtet, sind jedoch berechtigt, auch einer allfälligen russischen Minderheit in der von ihr gewünschten Form zu dienen[16]).

Von kirchlicher Literatur in der Volkssprache dulden die Sowjets ein wissenschaftlich-theologisches Blatt („Cerkva i Žyttja"), ein Nachrichtenblättchen („Cerkovni visty"), ferner Kalender, gottesdienstliche Bücher, die Herausgabe der „Kanones", der Gemeindeverfassung und (technisch erschwert) die Verbreitung der Bibel. Über den Grad des Einflusses der letzteren kann kein genaues Urteil gebildet werden, doch ist ihre Lektüre schon um der nationalen Sprache willen und angesichts der zahlreichen „Erweckungen" sehr begehrt.

Über die Volksfrömmigkeit selbst sagen uns unsere Quellen nicht soviel, um ein endgültiges Urteil fällen zu können.

III.

1. Die Entwicklung der autokephal-ukrainischen Kirche kann noch lange nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Dafür spricht das immer steigende Nationalbewußtsein innerhalb der ukrainischen Volksmassen, das noch durch die bolschewikische Minderheitenpolitik gefördert wird, sowie die auf starken Missionsdrang hindeutenden Einrichtungen der neuen Kirche selbst:

[16]) „Vorschriften für den Priesterstand" („Služinnja presviterskie" Pkt. 3, 7. Anm. 2 in „Cerkovni visty", 4., 64).

Digitized by Google

eigene Missionare, als beamtete Einrichtungen — Gründung einer theologischen Schule in Kiew — und vor allem sehr starke Gemeindebildungen in der Emigration. So gibt es z. B. größere ukrainisch-autokephale Gemeinden in Frankreich (darunter eine mit eigener Kirche in Paris), Jugoslavien (z. B. drei Kirchengebäude in Bosnien), besonders aber in Nordamerika, wo sich rund 190 Gemeinden mit zusammen 48 Priestern zu einer eigenen Nationalkirche unter einem „ukrainisch-orthodoxen Erzbischof von Amerika und Kanada" zusammengeschlossen haben. In Amerika erschienen bis vor kurzem zwei eigene Zeitschriften, gegenwärtig hat sich diese Zahl auf vier erhöht. Neue Gemeindegründungen plant man in Sofia und Berlin, die bisherigen elf europäischen Emigrantengemeinden unterstehen dem amerikanischen Erzbischof.

Den großen kirchlichen Einigungsbestrebungen gegenüber verhalten sich die Ukrainer sehr wohlwollend, sie hatten in Stockholm zwei Vertreter (allerdings aus den Reihen der Emigranten und gegen nachträgliche Repressalien seitens der Sowjetregierung!), darüber hinaus aber bestimmt einer ihrer Konzilsbeschlüsse (Kanon X, 5), daß „am ersten Sonntag der Fastenzeit statt des bisher üblichen Anathemagottesdienstes (Verfluchung der Kirchenfeinde) nunmehr eine feierliche Bittliturgie zu begehen sei: für Einigung der Kirchen".

An kirchlichen „Außenvertretungen" besitzen die ukrainischen Autokephalen endlich je eine „Mission" in Prag und Genf; in letzterem erscheint eine Sonderzeitschrift „Blagovisnyk", herausgegeben von E. Batschynskyj.

2. Die weitere Entwicklung der ukrainischen Autokephalkirche ist noch aus einem anderen Grunde nicht abzusehen — und das ist die im Schoße zukünftiger Geschichte gelegene Frage nach dem ukrainischen Staate. Denn unzweifelhaft besitzt die neue Kirche alle Voraussetzungen, um einst zur ukrainischen Nationalkirche zu werden — wie sie es ja zum großen Teile schon jetzt ist. Aber während die gegenwärtige Sowjetform der ukrainischen Staatlichkeit eher hemmend auf eine großzügige Organisation wirkt, ja die neue Kirche sofort bekämpfen muß, sobald sie allzu große Dimensionen annehmen sollte, würde eine gemäßigtere Staatsform mit einem Schlage auch den Neubau der Kirche beeinflussen — und dann würde der Augenblick gekommen sein, wo der bisherigen „zaristischen" Kirche auf ukrainischem Gebiet die allergrößte Gefahr drohen muß.

Digitized by Google

Pädagogische Briefe.

Von A. Pinkewitsch,
Professor und Rektor der II. Staats-Universität in Moskau.

Vierter Brief.

Die soziale Erziehung in der Sowjetunion.

(Schluß.)

Aus meinem letzten Brief („Osteuropa" III. Jahrg. S. 697 bis 703) weiß der Leser, daß wir in der Sowjetunion die verschiedenen allgemeinbildenden Einrichtungen vom Kindergarten bis zur höheren Schule als „Schulen für soziale Erziehung" bezeichnen. Da ich in meinen vorhergehenden Briefen die Grundlagen der Sowjetschule und das allgemeine Schema unseres Bildungssystems ziemlich ausführlich behandelt habe, will ich im folgenden nur noch die Fragen berühren, die nach meiner Auffassung bisher unerörtert geblieben sind.

Die Sowjetmacht übernahm vom Zarismus ein fast kulturloses Land, in dem die große Mehrzahl der Bevölkerung Analphabeten waren, ein Land, in dem es sehr wenige Schulen gab, ein Land, in dem man die Aufklärung fürchtete und ihre Pflege vernachlässigte. Infolgedessen ist es durchaus begreiflich, daß es für die neue revolutionäre Regierung zur Hauptfrage ihrer ganzen Kulturarbeit wurde, die Bevölkerung des Lesens und Schreibens kundig zu machen.

Die Forderung der allgemeinen Schulbildung wurde in Rußland noch vor der Abschaffung der Leibeigenschaft von einigen fortschrittlichen Leuten erhoben, und bis zur Revolution des Jahres 1905 lagen bereits sehr viele Projekte vor; verwirklicht wurden sie allerdings nicht. Nach der Revolution des Jahres 1905 befaßte sich die Reichsduma mit dieser Frage. Das Ministerium für Volksaufklärung legte im Jahre 1907 der Duma einen Gesetzentwurf vor, der die Einführung der allgemeinen Schulpflicht vorsah und dessen wesentlicher Inhalt in folgendem bestand: vier Jahresstufen der Anfangsschule, Umfang der Schulklassen (Zahl der Schüler auf einen Lehrer) 50, Radius des Schulbezirks 3 Werst (= 3,2 km) usw. Aber dieses Projekt erhielt keine Gesetzeskraft, und so wurde die Frage der allgemeinen Schulbildung bis zur Oktoberrevolution nicht gelöst.

In den ersten Jahren der Revolution war unsere Schule so zerrüttet und lag das ganze kulturelle Leben derart danieder, daß von der Einführung einer allgemeinen Schulbildung keine Rede sein konnte. Als dann aber Ende 1922 der 10. Rätekongreß den Beschluß faßte, den Rückzug auf der sogenannten „Dritten Front" einzustellen, bahnte sich in der Schulfrage ein entschei-

Digitized by Google

dender Umschwung an. Am 20. August 1923 erachtete es der Rat der Volkskommissare für notwendig, sofort einen zehnjährigen Plan zur Einführung der allgemeinen Schulbildung ausarbeiten zu lassen. Von diesem Zeitpunkt an datiert die gründliche Erörterung des Problems. Man mußte sich darüber Rechenschaft geben, ob in unserem Lande die Einführung der allgemeinen Schulpflicht im Verlauf von zehn Jahren — so wie es der Rat der Volkskommissare vorsah — überhaupt möglich war. Zweijährige besondere Arbeiten führten am 31. August 1925 zu dem Beschluß des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der RSFSR, in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik die allgemeine Schulpflicht einzuführen und ein entsprechendes Schulnetz zu schaffen. Das Dekret setzte als abschließenden Termin für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht in der RSFSR das Jahr 1933/34 fest. In ihm wurden folgende Momente als wesentlich für die planmäßige Durchführung der ganzen Angelegenheit bezeichnet: Das Verhältnis der Schulen der zweiten zu denen der ersten Stufe beträgt 1 : 12,5, die Schülerzahl einer Klasse 40, ein Lehrer unterrichtet höchstens zwei Gruppen, der Schulradius beträgt 3 Werst und schließlich: der Staatshaushalt wird für die Gehälter der Lehrer der ersten und zweiten Stufe und für die Einrichtung der Schulen in Anspruch genommen. Die vorläufigen Berechnungen zeigten, daß man zur Verwirklichung des Planes der allgemeinen Schulbildung — ohne die Neubauten und die Renovationen — etwa 1400 Millionen Rubel braucht, und außerdem für Bauten noch etwa 1 Milliarde Rubel, d. h. die Gesamtkosten für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht werden auf etwa 2½ Milliarden Rubel veranschlagt.

Nach dem Jahre 1925 hat der Rat der Volkskommissare noch eine Reihe sehr wichtiger Dekrete erlassen, die sich auf die allgemeine Schulbildung beziehen. So hat er am 10. Oktober 1927 für das Gebiet der RSFSR ein Gesetz herausgegeben, das die Bildung lokaler Darlehnsfonds für Schulbauten vorschreibt, aus denen langfristige Kredite zum Bau von Schulhäusern gewährt werden sollen. Am 16. März 1927 hat der Rat der Volkskommissare der RSFSR bestimmt, daß aus den Gemeinde- und Staatswäldern das Holz zum Schulhausbau unentgeltlich abgegeben werden muß, in Gouvernements ohne Waldbestand aus den benachbarten Gouvernements mit eigenem Waldbestand. Am 22. April 1927 wurde eine Reihe von ergänzenden Anweisungen beschlossen, die sich auf die Einführung der allgemeinen Schulpflicht beziehen. (Bisher bestand bekanntlich in der Sowjetunion keine allgemeine Schul p f l i c h t.) Am 30. Juni 1927 wurde im Rat der Volkskommissare eine Verordnung angenommen, die Maßnahmen vorschreibt, um den Kindern der armen ländlichen und städtischen Bevölkerung die ungehinderte Aufnahme in die

Digitized by Google

Schulen zu gewährleisten. Am 11. Juli 1927 verfügte die Regierung der Sowjetunion für den Dezember 1927 eine — inzwischen bereits durchgeführte — allgemeine Schulzählung, die in diesem Ausmaße zum letzten Male im Jahre 1911 stattgefunden hatte. Unter dem gleichen Datum wurde eine Verfügung erlassen, die eine stufenweise Steigerung des Lehrergehalts vorschreibt und dieses Gehalt vom 1. Oktober 1927 an beträchtlich erhöht. Schließlich hat die Jubiläumstagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion auf Grund eines Berichts von A. W. Lunatscharski beschlossen, daß aus den Mitteln des Sowjetbundes 15 Millionen Rubel zum Bau von Schulhäusern verwendet werden sollen; es ist dies das erste Mal, daß die Finanzen des Sowjetbundes für Schulzwecke in Anspruch genommen werden.

Auch die Kommunistische Partei hat der Frage der allgemeinen Schulbildung große Aufmerksamkeit geschenkt. So hat die 15. Parteikonferenz im Dezember 1927 in einer Resolution zu dem Bericht von W. M. Molotow über die Arbeit auf dem Lande beschlossen, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um die allgemeine Schulpflicht zu verwirklichen und insbesondere die Initiative der Bevölkerung und der lokalen Sowjets in dieser Richtung zu unterstützen.

Zugunsten der allgemeinen Schulbildung wird heute in der ganzen Sowjetunion ein großer Feldzug geführt. Alle Organisationen, von den Gewerkschaften bis zu den freiwilligen Vereinigungen, studieren dieses Problem aufs eifrigste und bemühen sich, in der einen oder anderen Form dieses große Kulturwerk zu fördern. Fast täglich bringt unsere Presse interessante Beispiele, die diese Mitarbeit beleuchten.

Große Bedeutung hat auch das Gesetz über die Selbstbesteuerung der Bevölkerung, das für das Gebiet der Sowjetunion am 24. August 1927 angenommen worden ist. Die Eigenart des neuen Gesetzes besteht darin, daß es an Stelle der freiwilligen individuellen die freiwillige kollektive Selbstbesteuerung vorsieht. Auf Grund dieses Gesetzes gilt der Beschluß einer Selbstbesteuerung, der in der allgemeinen Versammlung eines Dorfes angenommen wird, für alle Angehörigen dieser Siedlung — auch dann, wenn sie an der Versammlung nicht teilgenommen oder gegen die Einführung der Selbstbesteuerung gestimmt haben. Wir bemerken hierzu, daß die Selbstbesteuerung nur für kulturelle und wirtschaftliche Bedürfnisse, nicht aber zur Deckung von Verwaltungsausgaben zugelassen wird. Das Gesetz vom 10. Januar 1928 sieht als Maximum der Selbstbesteuerung 35 % der Summe der landwirtschaftlichen Einheitssteuer vor; es gibt allerdings den Gouvernements- und Bezirksexekutivkomitees das Recht, für einzelne Woloste und Rayons diesen Prozentsatz zu erhöhen. Unzweifelhaft schafft es die

Digitized by Google

Möglichkeit, den Bau der Schulen zu beschleunigen und überhaupt die Einführung der allgemeinen Schulbildung auf dem Lande zu fördern. Alle diese Anzeichen weisen darauf hin, daß die Einführung der allgemeinen Schulbildung für unser Land eine Tatsache ist, deren Verwirklichung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

* * *

Nunmehr möchte ich noch einige Fragen behandeln, die unsere Schule von der inneren Seite charakterisieren. Ich wiederhole noch einmal, daß ich auch hier die allgemeinen Grundlagen, von denen unser Schulwesen ausgeht, nicht mehr erörtern, sondern nur bei einigen konkreten Äußerungen dieser Prinzipien verweilen werde, die ich für besonders charakteristisch und eigenartig halte.

Professor Wilhelm Rein teilt in seinem Buch „Pädagogik in systematischer Darstellung" die ganze Schularbeit in zwei große Gebiete: in die sogenannte Didaktik und Hodegetik, d. h. in die Lehre vom Unterricht und in die Lehre von der Führung. Im allgemeinen ist diese Einteilung annehmbar. Nur bezüglich des zweiten Punktes, d. h. der Lehre von der Führung, muß man hinzufügen, daß diese infolge unserer besonderen Bedingungen in eine Lehre von der Organisierung des Kinderkollektivs umgewandelt wird.

Beginnen wir mit der Lehre vom Unterricht. Hier verdienen zwei Grundprobleme hervorgehoben zu werden: das Problem vom Inhalt des Unterrichts und das Problem der Durchführung dieses Inhalts. Das erste Problem betrifft das Programm und den Lehrplan, das zweite die Unterrichtsmethoden.

Die Programmfrage hat in der Sowjetunion eine kurze, aber sehr markante Geschichte. Die ersten Programme, die in den Jahren 1918—1921 aufgestellt wurden, unterscheiden sich im Prinzip in keiner Weise von dem fortschrittlichen Programm Westeuropas oder Amerikas. In ihrem Aufbau enthielten sie nichts Neues, wenn man von der neuen Beleuchtung der Tatsachen absieht. Erst in den Jahren 1922/23 beginnt man, die Programme vom Standpunkt einer eigentlichen Sowjetanschauung zu bearbeiten. Geleitet wird diese Tätigkeit von N. K. Krupskaja, und im engsten Einvernehmen mit ihr werden die heute den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannten „Programme des GUS" ausgearbeitet. Für den westeuropäischen Leser wird diese Abkürzung im ersten Augenblick unverständlich sein. Sie bedeutet: Programme, die von der Wissenschaftlich-Pädagogischen Sektion des Staatlichen Gelehrtenrates ausgearbeitet und danach von dem Kollegium des Volksbildungskommissariates genehmigt worden sind und so Gesetzeskraft erlangt haben.

Digitized by Google

Die Programme des GUS wurden auf deduktivem Wege geschaffen: zunächst wurde ein Schema dieser Programme entworfen. Diese Schemen sind dann ganz allmählich und nach einer Reihe von Prüfungen zu Programmen für alle Schulstufen erweitert worden. Das Programm ruht auf drei Säulen: der Natur und dem Menschen, der Arbeit und der Gesellschaft. Die Zentralachse des Programms ist die Arbeit. Die im Jahre 1927 veröffentlichten Programme, die man in einem gewissen Grade schon als stabil bezeichnen kann, formulieren den Begriff der Arbeit folgendermaßen: „Die wichtigste Idee der Sowjetpädagogik ist die Idee der Arbeitserziehung (trudowoje wospitanie): ihre praktische Verwirklichung erfolgt durch eine Verbindung der physischen Arbeit mit der geistigen, der bildenden Arbeit mit dem Leben. Die Teilnahme an der physischen Arbeit, die Teilnahme an den verschiedenen Formen der allgemeinnützlichen Arbeit führt zu der Notwendigkeit, diese oder jene Kenntnisse zu erwerben, hilft besser, anschaulicher und kräftiger, sich Kenntnisse anzueignen, die mit der in Angriff genommenen Arbeit in Verbindung stehen, lehrt diese Kenntnisse auf das Leben anwenden, was besonders wichtig erscheint." Und an einer anderen Stelle heißt es: „Die Arbeit steht im Mittelpunkt der Schule, nicht nur als wichtiger Bestandteil im Leben des Schulkollektivs, sondern auch als Unterrichtsgegenstand. Den Mittelpunkt des Schulunterrichts bildet die tätige Arbeit der Menschen in Vergangenheit und Gegenwart."

Eine andere Grundidee der neuen Programme ist die Idee der „Komplex-Methode" („Komplexnost"), ein Terminus, für den es keinen deutschen Ausdruck gibt. Die Komplex-Idee erfaßt sowohl die ideelle Seite des Programms als auch die technische Verteilung des Stoffes. In dem Kommentar zu dem Programm des Staatlichen Gelehrten Rates wird unterstrichen, daß die Komplexmethode die Widerspiegelung der Verbindungen zwischen den verschiedenen Lebensäußerungen (der Natur, der Arbeit, der Gesellschaft) im Auge hat. Das Verständnis dieser Zusammenhänge macht das Wesen der Bildungsarbeit aus.

Einer der Schöpfer der GUS-Programme, Prof. Blonski, charakterisiert sie folgendermaßen: „In der Welt gibt es keine abgesonderten, voneinander isolierten Erscheinungen; alle sind in höchstem Grade durch eine Masse von Fäden eng miteinander verknüpft. In Wirklichkeit ist die gesamte Komplexmethode nichts anderes wie eine der Anwendungen der dialektischen Methode in der Pädagogik."

In der Tat bemüht man sich, soweit die ideelle Seite des Lehrplans in Frage kommt, in dem Gesamtunterricht das Prinzip des dialektischen Materialismus zur Anwendung zu bringen. Hierbei muß die Verteilung des Unterrichtsstoffes die Möglichkeit

Digitized by Google

schaffen, dieses dialektische (synthetische) Prinzip zur Durchführung zu bringen. Wenn die Gliederung des Stoffes in der alten Weise nach Fächern erfolgt, kann es nicht zur Anwendung kommen. Deshalb stellen wir die Gliederung des Stoffes nach Themen (Komplexen) in den Vordergrund, wobei wir die Arbeit in ihren verschiedenen konkreten Formen als das Hauptthema des ganzen Lehrplans betrachten.

In meinem kurzen Artikel kann ich keine Einzelheiten aus den Programmen anführen. Ich begnüge mich, sie in ihren besonders charakteristischen Zügen darzustellen. Die Programme des GUS haben nicht nur das Studium des Milieus im Auge, sondern sie wollen auch die Kinder in den Wechsel des sie umgebenden Lebens einbeziehen. Dieser letztere findet seinen Ausdruck in der Pflege der sogenannten „allgemeinnützlichen" Arbeit. Die Formen dieser allgemeinnützlichen Arbeit können äußerst verschiedenartig sein. In meinem „Kurs der Pädagogik" habe ich ein allgemeines Schema der Klassifizierung der verschiedenen Arten der allgemeinnützlichen Arbeit gegeben. Ich will es hier nicht vollständig wiederholen, sondern ich beschränke mich darauf, zu sagen, daß alle Arten der allgemeinnützlichen Arbeit in zehn Gruppen eingeteilt werden können: die Wirtschaft, das politische Leben des die Schule umgebenden Bezirks. die Volksaufklärung, die Gesundheitspflege, die Gemeindearbeit. die Herstellung von Verbindungen zwischen den verschiedenen Schulen, die Genossenschaftsbewegung, der Naturschutz und die individuelle Hilfe für die Bevölkerung. Um nicht bei der Theorie stehen zu bleiben, führe ich einige Beispiele an. So kann die Schule die Verbesserung der Formen der Landwirtschaft in dem Dorfe fördern helfen — sei es durch Agitation und Propaganda unter der Bevölkerung, sei es durch praktische Arbeit im Garten oder auf dem Felde. Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege kann die Schule eine sehr große und wertvolle Arbeit leisten, indem sie den Regeln der Hygiene im häuslichen Leben unserer Bauernschaft zur Einführung verhilft. Auch in diesem Fall ist, wie bei dem vorher genannten Beispiel, Agitationsarbeit möglich, andrerseits aber auch der unmittelbare Anteil an der Arbeit zur Gesundung der Bevölkerung. Eine wertvolle Tätigkeit entfalten unsere Schulen auch innerhalb der Kommunalverwaltung durch die Anlage von Gärten, die Sorge für öffentliche Parks usw.

Ich schließe meine Betrachtungen des sowjetrussischen Lehrprogramms mit dem Hinweis, daß unsere Schule einen polytechnischen Unterricht durchführt, d. h. den Unterricht der Produktion in Theorie und Praxis. Allerdings muß man zugeben. daß dieser Gedanke von seiner vollen Verwirklichung noch weit entfernt ist.

Wenn ich nunmehr zu den Fragen übergehe, die sich auf Durcharbeitung des Stoffes beziehen, so muß ich bemerken, daß

Digitized by Google

die Sowjet-Pädagogik sehr vieles von den didaktischen Prinzipien übernommen hat, die die bedeutendsten Pädagogen der Welt gelehrt haben, daß sie aber auch deren Lehren zu verbessern sucht. Abgesehen von den bereits früher behandelten Prinzipien will ich in diesem Zusammenhange noch einige andere behandeln: Die Sowjetpädagogik versucht, in den Mittelpunkt des Unterrichts den spontanen Zielakt zu stellen als die Grundlage des Interesses, des Aktivismus und der Emotion im Unterrichtsprozesse. Hieraus entspringt ihre Sympathie gegenüber dem amerikanischen „Projekt-System". Die konkreten Formen des Unterrichts unterscheiden sich sehr von jenen Formen, die z. B. in der deutschen Schule angewendet werden. Sie nähern sich mehr den in den fortschrittlichen amerikanischen Schulen üblichen. Die Sowjetpädagogik will die passive „Klasse" mit ihrem dogmatischen, vom Leben abgetrennten Unterricht liquidieren und an ihre Stelle das Laboratorium, die Werkstatt, das Kabinett, die Produktion oder die Exkursion setzen, weil sie der Auffassung ist, daß nur unter diesen Voraussetzungen eine möglichst vollständige Aktivierung des Unterrichts zu erzielen ist. Andererseits kämpft die Sowjetpädagogik gegen die dogmatische Methode, hält sie die heuristische Methode für unzureichend und macht sie den Versuch, die „Forschungs"-Methode durchzuführen. Gleichzeitig kämpft die Sowjetpädagogik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Individualismus im Unterricht und fordert einen möglichst weiten Kollektivismus. Es ist daher durchaus begreiflich, daß solche Arbeitsmethoden wie der Dalton-Plan und die Methode der Projekte in unseren Schulen eine weitgehende Verbreitung gefunden und die alten Formen des dogmatischen klassen- und fächermäßigen Unterrichts verdrängt haben.

Ich schließe meine Ausführungen mit einigen Worten über die Organisation des Schülerkollektivs. Die Sowjetpädagogik strebt danach, die unter dem Druck der Eltern und Lehrer versammelte Kindergruppe zu einem freien selbständigen Kollektiv umzugestalten. Denn nur in der Atmosphäre des freien Schaffens ist eine schöpferische und erfolgreiche Arbeit möglich. Deshalb kämpft die Sowjetpädagogik gegen die Strafen und rückt die öffentliche Meinung des Kollektivs in den Vordergrund. Die verschiedenen Arten der Selbstverwaltung, die Pionierbewegung u. a. sind der mächtigste Regulator für das Betragen der Kinder. Mit Bestimmtheit können wir sagen, daß sich die Sowjetschule an die Selbstverwaltung bereits sehr gewöhnt hat. Ohne diese ist sie undenkbar. Überall formen die Kinder ihr Leben in der Schule, überall sind sie in stärkerem oder geringerem Maße an dem Lehrprozeß interessiert, an dem sie teilnehmen. Natürlich werden das Programm und die Unterrichtsmethoden nicht von ihnen bestimmt, aber in der Festsetzung der Ordnung ihres täg-

Digitized by Google

lichen Lebens sind sie im allgemeinen — unter Anteilnahme ihres Lehrers — weitgehend selbständig. Eine sehr große Bedeutung hat auch die Pionierbewegung für die Schule. Sie wird den Kindern nicht aufgezwungen; gewöhnlich bemühen sich die Kinder selbst, ihr beizutreten. Dabei ist die Schule nicht etwa den Pionieren unterstellt, wie man in der ausländischen Presse lesen konnte, obwohl man es natürlich nicht abstreiten kann, daß der Einfluß der Pioniere auf das Schulkollektiv sehr groß ist.

Es gibt noch viele Gebiete unserer Schularbeit, auf die ich überhaupt nicht eingegangen bin. Es sind dies die Fragen der physischen und ästhetischen Erziehung, der sexuellen Aufklärung usw. Ich begnüge mich mit dem Hinweis darauf, daß all diese Probleme von der Sowjetpädagogik und der Sowjetlehrerschaft aufmerksam verfolgt und in den verschiedenen Versammlungen und in der Literatur lebhaft erörtert werden, was ihrer Lösung etwas neues, gewissermaßen Sowjetmäßiges gibt. Falls der Raum es mir erlaubt, will ich mich bemühen, auf diese Fragen in einem meiner nächsten Briefe zurückzukommen.

Rußland und Osteuropa.

Monatsübersichten.*)

Geistiges Leben.

Von Arthur Luther.

Zum hundertsten Geburtstag Leo Tolstojs.

Die Feier des hundertsten Geburtstags von Leo Nikolajewitsch Tolstoj ist keine nur russische Angelegenheit. Wenn ein russischer Dichter der Weltliteratur angehört, so ist es Tolstoj. Die Presse der ganzen Welt wird in diesen Tagen von Tolstoj-Gedächtnisartikeln überflutet sein; insbesondere in Deutschland hat man sich schon seit langem zu dieser Feier gerüstet. Wohl sah es in den ersten Jahren nach dem Kriege so aus, als sollte Tolstoj in Deutschland völlig von Dostojewskij verdrängt werden, doch hat sich allmählich das Bild wieder geändert. Es ist sicher nicht bloße Verlegerspekulation, wenn die deutschen Tolstoj-Publikationen in den letzten Jahren immer zahlreicher geworden sind. Es genügt, auf die Tatsache hinzuweisen, daß wir zurzeit nicht weniger als vier neue Gesamtausgaben von Tolstojs Werken besitzen (zum Teil sind es allerdings nur revidierte und ergänzte Neuauflagen) — vom Inselverlag, von Diederichs, von Cassirer und die vom Verlag Ladyschnikow übernommene, soeben erscheinende Ausgabe des Malik-Verlags. Dazu die Neuausgaben der Briefe Tolstojs (Diederichs, Rotapfelverlag, Biblio-

*) Die Monatsberichte über Politik und Wirtschaft fallen wegen Auslandreisen der Herren Professor Hoetzsch und Professor Auhagen in diesem Heft aus.

Digitized by Google

graphisches Institut), die zahlreichen neuen deutschen Arbeiten über Tolstoj, wie die für weiteste Kreise bestimmte Biographie von Witkop, die Untersuchungen von Allerhand über Tolstoj als Dramatiker, von Prox über Tolstoj als Pädagogen, die Übersetzungen russischer Tolstoj-Literatur (Schestow: „Tolstoj und Nietzsche", Gorkijs Erinnerungen an Tolstoj, die Erinnerungen der Witwe Tolstojs usw.).

Deutschland wird den „großen Dichter der russischen Erde" also würdig feiern, vielleicht weniger „preisend mit viel schönen Reden" (obgleich es auch daran nicht fehlen wird) als dadurch, daß jedem die Möglichkeit geboten wird, sich mit dem Werk und der Persönlichkeit des Gefeierten vertraut zu machen.

Was gedenkt man nun in Rußland zu Ehren Tolstojs zu tun? Daß man sich auch hier schon seit langem auf das Jubiläum vorbereitete, war in der Tagespresse oft genug zu lesen; auch verschiedene Einzelheiten wurden mitgeteilt. Vor allem war sehr viel die Rede von der Gesamtausgabe der Werke Tolstojs, die zum erstenmal alles bringen sollte, was aus seiner Feder geflossen, und deren Bändezahl mit neunzig angegeben wurde. Diese Ausgabe ist, wie übrigens schon zu erwarten war, nicht fertig geworden; nur die ersten Bände sollen zum Jubiläum erscheinen. Ferner soll am 10. September, dem für die Hauptfeier festgesetzten Tage, die Einweihung der als Tolstoj-Denkmal gedachten Volksschule in Jasnaja-Poliana stattfinden und daselbst eine überlebensgroße Tolstoj-Statue (von Koroliow) zur Aufstellung gelangen. Es sollen ferner dem Sohne des Dichters, Sergej Lwowitsch, und seinem treuen Freunde und Herausgeber seiner Werke (nach der Ansicht der Witwe des Dichters und einiger seiner Kinder allerdings auch bösen Dämon) Tschertkow Ehrengehälter zugebilligt werden usw. usw.

Auch die Hochflut der Tolstoj-Literatur hat in Rußland schon lange vor dem Jubiläum eingesetzt. Zahlreiche Publikationen wurden jetzt erst, nach Aufhebung der zaristischen Zensur, möglich. Vieles davon ist ja auf diesen Blättern schon genannt worden. Schon 1923 erschien der letzte (vierte) Band der großen Tolstoj-Biographie von Biriukow, dieser unschätzbaren Materialsammlung, deren fortlaufende Lektüre allerdings eine Qual ist, weil der völlig unkritische Verfasser Wesentliches und Unwesentliches nicht zu scheiden weiß und Menschen und Dinge nur mit den Augen seines angebeteten Meisters sieht (wie er ihn versteht). Es ist daher sehr erfreulich, daß daneben noch eine zweite große Tolstoj-Biographie erscheint, von der hier noch einmal zu reden sein wird, — die vom Tolstoj-Museum herausgegebene Biographie von N. N. Gusew, deren zweiter Band, die Jahre 1862—1877, also die eigentlichen Schöpferjahre umfassend, in diesem Frühling herausgekommen ist. Von sonstigen erschienenen oder zu erwartenden biographischen Publikationen wäre noch

Digitized by Google

das umfassende Werk von W. Shdanow „Die Liebe im Leben Tolstojs" zu nennen, das der Moskauer Verlag Sabaschnikow ankündigt.

Es ist doch wohl kein Zufall, daß die Mehrzahl der neueren russischen Veröffentlichungen über Tolstoj biographischer Art ist, während man sich mit der Weltanschauung, den sozialen, politischen und religiösen Lehren des Meisters nur zögernd auseinandersetzt. Die Ursachen dafür liegen ja auf der Hand. Eine völlig objektive Erörterung über den Denker und Gottsucher Tolstoj ist im heutigen Rußland ebensowenig möglich wie im alten. Schon lange vor dem Jubiläum wurde in der russischen Presse heftig darüber gestritten, ob und wie man Tolstoj feiern solle. Es wurden Stimmen laut, daß Tolstoj als in religiösen Vorurteilen befangener Reaktionär überhaupt nicht gefeiert werden dürfe; es wurde die Befürchtung ausgesprochen, die bourgeoisen Elemente würden die Feier zu ihren Zwecken ausnützen, und daher solle sie lieber ganz unterbleiben; Übereifrige rieten, man solle ein scharfes Auge auf die Jubiläumsliteratur haben usw. usw. Schließlich mußte, wie in solchen Fällen immer, der Volksbildungskommissar Lunatscharskij sich in eigener Person in den Streit mischen und — natürlich mit der obligaten Berufung auf Lenin — den kommunistischen Heißspornen klar machen, daß Tolstoj allerdings einer versunkenen und abgetanen Welt angehöre, daß seine „Ideologie" anfechtbar, ja gefährlich sei, daß er aber trotzdem ein tiefer Denker und vor allem ein großer Dichter gewesen sei, der eben diese versunkene Welt, der er angehört habe, meisterhaft geschildert habe, und zwar gerade als eine Welt, die nicht mehr lebensfähig sei; ihre innere Haltlosigkeit, ihren Zerfall habe er erkannt und schonungslos dargestellt, wenn er auch von dem, was kommen müßte, nicht immer richtige und klare Vorstellungen gehabt habe. Darum sei er als Vorkämpfer der neuen großen Zeit zu feiern, wenn er das Neue auch nicht immer richtig, mitunter überhaupt nicht gesehen habe. Sache der Kritik und der Volkserzieher sei es, die Spreu vom Weizen zu sondern, das Große und Ewige an ihm aufzudecken, und vor dem Falschen und Unzulänglichen zu warnen, — mit Zweifel bewundernd und mit Bewunderung zweifelnd.

Es ist ja wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn Tolstoj heute noch lebte, sein Verhältnis zu der in Rußland herrschenden Partei ein ganz ähnliches wäre, wie einst sein Verhältnis zur zaristischen Regierung war. Wie er sich der Revolution von 1905 ablehnend gegenüber verhielt, so würde er sich auch zu der von 1917 gestellt haben. Bürgerkrieg und Terror würden in ihm einen unerbittlich schroffen Verurteiler gefunden haben und zur neu organisierten Roten Armee würde er dasselbe gesagt haben, was er zur alten „imperialistischen" Armee sagte, und würde ebenso wie vor dreißig Jahren seine Anhänger aufgefordert

Digitized by Google

haben, gegebenenfalls sich zu weigern, Kriegsdienste zu leisten. Die Auffassung des Dienstes in der Roten Armee als besondere Ehre, die nur den Werktätigen zuteil kommen dürfe, wäre ihm völlig unbegreiflich gewesen. Und nicht viel anders würde er, für den der wahre Mensch immer nur der Bauer war, sich mit der Diktatur des Proletariats und der Bürokratisierung der Verwaltung haben versöhnen können. In einer neuen deutschen Ausgabe der Briefe Tolstojs heißt es im Vorwort des Übersetzers: „Die Welt, die sich in diesen Briefen spiegelt, ist seit der russischen Oktoberrevolution historisch geworden. Die Welt aber, in der Tolstoj ideell lebte und die er liebte — die Welt der arbeitenden russischen Leute, besonders der Bauern — hat seitdem eine Umwandlung erfahren, der Tolstoj, wenn er sie erlebt hätte, seinen Beifall wohl kaum versagt hätte. Die Bauern, denen das Land von Adligen und Gutsbesitzern geraubt worden war, haben das Land zurückbekommen. Die Fundamentalforderung Tolstojs, daß die ‚Erde', der Grund und Boden, niemandes Privateigentum sein dürfe, ist in der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken unveräußerlicher Staatsgrundsatz und unmittelbare Wirklichkeit geworden. Die heuchlerische Religion der Zaren, der Tschinowniki, der Latifundienbesitzer, der Auspresser fremder Arbeitskraft, die Tolstoj so leidenschaftlich bekämpft hatte, ist in Rußland auf den Aussterbeetat gesetzt. Sehr viel von dem, was Tolstoj tauben Ohren gepredigt hat, ist dennoch gehört und verstanden worden und hat seine Wirkung getan."

In diesem reichlich naiven Erguß, für dessen Urheber die Begriffe „unveräußerlicher Staatsgrundsatz" und „unmittelbare Wirklichkeit" Synonyma zu sein scheinen, steckt doch ein Körnchen Wahrheit. Daß Tolstoj den gegenwärtigen Zuständen in Rußland Beifall gespendet hätte, ist kaum anzunehmen; auch die Vertreter der Regierung, die sein Gedächtnis heute feiern, würden ihn, wenn er noch lebte, wahrscheinlich ebenso behandeln, wie er von der zaristischen Regierung behandelt wurde, — das heißt: man würde ihn gewähren lassen, weil man sich klar bewußt wäre, daß jede Maßregelung Tolstojs ein europäischer Skandal wäre, aber man würde dafür sorgen, daß seine Schriften keine Verbreitung finden, und man würde gegen seine Anhänger, gegen alle die, welche es wagen würden, seine Ideen in „unmittelbare Wirklichkeit" umzusetzen, ähnlich verfahren, wie die Militärgewaltigen in Tolstojs Nachlaßdrama „Und das Licht leuchtet in der Finsternis" es mit dem jungen Schwärmer machen, dessen tragisches Geschick des Helden des Dramas so tief erschüttert. Da Tolstoj nun aber bald zwanzig Jahre tot ist, hat das heutige Rußland das volle Recht, sein Gedächtnis zu feiern, denn trotz aller schroffen Gegensätze zwischen Tolstoj und dem Kommunismus russischer Prägung bestehen doch auch zahlreiche Berührungspunkte, und in weit höherem Maße als man gewöhnlich annimmt

Digitized by Google

hat Tolstoj der Umwälzung in Rußland vorgearbeitet. 1918 sah es oft genug so aus, als wollten Lenin und Genossen einfach verwirklichen, was Tolstoj schon vor Jahren gepredigt hatte; und wie sehr Tolstojs Lehren schon damals ins russische Volk gedrungen waren, davon konnte man sich gerade in Deutschland in der Kriegszeit leicht überzeugen, wenn man russische Gefangenenbriefe las, besonders solche, in denen die Schreiber zu den innerpolitischen Ereignissen in ihrer Heimat Stellung nahmen. Es war überraschend, wie in den orthographisch und stilistisch oft ganz unbeholfenen Ergüssen dieser einfachen Leute einem immer wieder die Gedankengänge des großen Meisters begegneten.

Es soll hier nicht eingehend erörtert werden, in welchen Punkten die Lehren Tolstojs mit den Tendenzen des Bolschewismus übereinstimmen. Nur flüchtig sei auf drei solche Punkte hingewiesen: die Beurteilung des Nationalitätenproblems, des Kapitalismus und der Agrarfrage. Es ist genugsam bekannt, daß Tolstoj ein heftiger Gegner der zaristischen Nationalitätenpolitik war; er ging dabei aber keineswegs von der Anschauung aus, daß die Erhaltung der nationalen Eigenart eines jeden Volkes wünschenswert sei, — im Gegenteil, sie war ihm das Haupthindernis für die Verwirklichung des von den Menschen schon erkannten Ideals der brüderlichen Einigung aller Völker. Die Unterdrückungspolitik gegen „Polen, Finnen, Elsässer, Tschechen" fand er verwerflich, weil sie seiner Meinung nach das Nationalgefühl der Unterdrückten stärkte, sie dazu verführen mußte, das eigene Volkstum mit denselben verwerflichen Mitteln durchzusetzen, wie die Gegner es zu vernichten bemüht waren. Man erinnere sich an sein Verhalten zum Burenkrieg, über das man allgemein erstaunt war, das aber vollkommen seiner Grundeinstellung entsprach.

Genau so ist die Nationalitätenpolitik der Räteregierung nicht von dem Wunsch beherrscht, das Volkstum der Weißrussen, Kirgisen, Armenier usw. zu erhalten, sondern die freie Entfaltung der nationalen Eigenart wird nur als Etappe zum Kommunismus angesehen.

Daß Tolstojs Beurteilung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit völlig der heute in Rußland geltenden offiziellen Anschauung entspricht, läßt sich sehr leicht beweisen, — man braucht nur eine der sozialpolitischen Schriften Tolstojs an irgend einer beliebigen Stelle aufzuschlagen. Hier ein Zitat aus der „Sklaverei unserer Zeit":

„Alle Gegenstände, die von den Arbeitern hergestellt werden, werden ihren Verfertigern abgenommen. Zuerst sprach man den Arbeitern das von ihnen Geschaffene ungerechterweise ab, dann setzte man die Regeln fest, wonach diese ungerecht abgesprochenen und gewaltsam weggenommenen Dinge als unveräußerliches Eigentum der Räuber zu gelten hätten. Das Eigentum der

Digitized by Google

Fabrik, das durch Betrug an den Arbeitern gewonnen ist, wird als Produkt der Arbeit angesehen und als heiliger Besitz bezeichnet; dagegen wird das Leben der Arbeiter, die an der Arbeit in der Fabrik zugrunde gehen, sowie ihre Arbeit nicht als ihr Eigentum anerkannt, sondern als das des Fabrikanten, der die Notlage des Arbeiters zu seinem Vorteil ausnutzt."

Den Ausweg sieht Tolstoj ebenso wie die Marxisten in der Sozialisierung der Produktion und der Produktionsmittel. Der Begriff des Kapitals als solcher existiert für ihn überhaupt nicht; das Kapital ist wie das Geld etwas, was die Unterdrücker erfunden haben. (Man erinnere sich, daß in den ersten Jahren der Sowjetherrschaft ernsthaft an eine völlige Abschaffung der Geldwirtschaft gedacht wurde!) Dann trennen sich allerdings die Wege Tolstojs und der Bolschewisten: für Tolstoj ist der eigentliche, einzig wahre Beruf des Menschen, — den Boden selbst zu bebauen, der ihn ernährt; der Industriearbeiter ist nur ein vom rechten Wege abgekommener Landarbeiter. Die einzige Rettung ist die Rückkehr zur Scholle. Die ist aber nur möglich — und hier begegnen sich Tolstoj und Lenin von neuem —, wenn Grund und Boden wieder Gemeingut aller Menschen geworden sind, wie Licht und Luft. Diese Anschauung liegt ja auch heute noch theoretisch der russischen Agrargesetzgebung zugrunde, wenn auch praktisch zahlreiche Einschränkungen und Abstriche gemacht werden mußten.

Wenn Tolstoj trotzdem heute nicht zu allem Ja und Amen sagen würde, was in Rußland geschieht, so läge das freilich nicht bloß an den eben angedeuteten Einschränkungen und Abstrichen. Tolstoj, der Gegner jeglicher Kompromisse, hat selbst sein ganzes Leben lang Kompromisse machen müssen (allerdings auch schwer darunter gelitten). Es ist auch noch ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen der Weltanschauung Tolstojs und der des Bolschewismus, und dieser Grundsatz macht die Bedenken begreiflich, mit denen viele in Rußland der Tolstoj-Feier entgegensahen. Den „Arbeiter- und Bauernstaat" würde Tolstoj nie gelten lassen, es sei denn als Übergang zu einer Zeit, wo es nur noch Bauern geben würde, wo keine Industrie mehr nötig sein werde, weil jeder das, was er für seinen Beruf braucht, sich selbst anfertigen würde. Die in Rußland heute immer wieder gepredigte „Industrialisierung", „Elektrifizierung", „Amerikanisierung", „Taylorisierung" und wie die Schlagwörter sonst alle heißen mögen, wäre für Tolstoj ein Greuel. Während man im heutigen Rußland alle technischen Fortschritte begrüßt und (sei es auch nur theoretisch) bestrebt ist, sie dem Interesse der bisher unterdrückten Bevölkerungsklassen dienstbar zu machen, verhält sich Tolstoj auch den bescheidensten technischen und hygienischen „Errungenschaften" gegenüber skeptisch (man lese nur die köstlichen Betrachtungen des alten Akim in der „Macht der Finster-

Digitized by Google

nis" über die — Wasserklosetts!), weil er fürchtet, sie könnten den Menschen ablenken von dem einen, was nottut. Denn Tolstojs Weltanschauung ist religiös fundiert, das Verhältnis des Menschen zu Gott ist für ihn das einzige wirkliche „Problem", mit dem er sein ganzes Leben gerungen hat, und die Weltanschauung des Marxismus ist materialistisch.

Ob eine Tolstoj-Feier, wie sie heute in Rußland geplant wird, vor fünf oder gar vor zehn Jahren möglich gewesen wäre? Man kann das mit Fug und Recht bezweifeln. Wie zaghaft klang alles, was man 1921 zum hundertsten Geburtstage Dostojewskijs zu sagen wagte. Heute wird auch der ganz Unpolitische wenigstens den Dichter Tolstoj feiern dürfen, ohne sich Verdächtigungen auszusetzen. Und wer weiß, ob diese Feiern des Dichters nicht die ehrlichsten und fruchtbarsten sein werden. Denn die Größe — und die Tragik! — Tolstojs beruht doch durchaus auf seinem Dichtertum. Der große Wahrheitssucher — vorbildlich für alle Zeiten in seinem leidenschaftlichen Suchen, nicht im Finden — hat sein Ziel, meist ohne selbst sich dessen bewußt zu sein, immer nur erreicht, wenn er schaffend gestaltete. Es ist kein Zufall, daß alle die neuen deutschen Tolstoj-Ausgaben, die hier erwähnt wurden, sich auf das dichterische Werk des Meisters beschränken. In seinen Gestalten lebt Tolstoj für die heutige Welt, diesen Gestalten, die längst keine Romanhelden mehr sind, sondern lebende Menschen wie wir selbst. Anna Karenina und Pierre Besuchow, Nikolaj Lewin und Dmitrij Nechliudow leben ihr eigenes Leben, unabhängig von der Dichtung, in der von ihren Schicksalen berichtet wird, sie sind mythisch geworden wie Achill und Siegfried, wie Faust und Marquis Posa. Sie haben sich sogar von ihrem Dichter losgelöst, wir sehen sie anders, als er sie sah oder von uns gesehen haben wollte. Wir beobachten oft, wie der Denker, der Moralphilosoph dem intuitiv gestaltenden Dichter in den Arm fällt und ihn zwingen will, das Bild seines Helden der Tendenz zuliebe zu verzerren. Aber wir lassen uns dadurch nicht irre machen. Denn gerade hier werden wir der großen Tragik dieses Lebens bewußt, fühlen wir den ewigen, nie zum endgültigen Austrag gelangten Kampf zwischen den zwei Seelen in der Brust des Großen: dem Dichter und Sinnenmenschen, der das Leben in seiner ganzen Fülle ergreifen wollte, der sich nicht sattsehen konnte an seiner Mannigfaltigkeit, der immer wieder gefesselt wurde von dem unerschöpflichen Reichtum der Gestalten und Erscheinungen, und dem grübelnden Moralisten, der immer nach dem Warum fragte, der gewaltsam in feste Normen zwängen wollte, was sich nicht zwingen läßt . . .

Digitized by Google

Bücherschau.

Romain Rolland: Das Leben Tolstojs. Verlag Rütten & Loening, Frankfurt a. M.

Das Buch von Romain Rolland ist keine Neuerscheinung auf dem Büchermarkt, und trotzdem muß auf die neue deutsche Auflage in diesen Tagen, wo der infolge der letzten jähen Wendung in der Geschichte der geistigen Entwicklung Rußlands überhörte Name Leo Tolstoj einen neuen lebendigen Klang erhält, hingewiesen werden. Es ist keine Biographie im üblichen Sinne des Wortes; Rolland gibt zwar die äußeren Etappen des Lebens Tolstojs an, zieht die Briefe von ihm und von seinen Verwandten, sowie die zahlreichen Memoiren heran, allein der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Deutung des geistigen Weges, den Tolstoj, der aristokratische Bauer, der Führer der Massen und Knecht Gottes, der große Dichter, der die Kunst verneinte, stolz und demütig gegangen ist. Es ist eine Auseinandersetzung des nunmehr reifen Mannes mit Lebensproblemen, die bereits den Studenten Romain Rolland gequält haben und die er früher zu lösen nicht vermocht hat. Damals hat er dem Prediger Tolstoj einen flammenden Brief geschrieben und ihn um Rat und Beistand gebeten; durch sein etwa 25 Jahre später geschriebenes Buch hat der große Franzose dem großen russischen Dichter und Denker, dem unermüdlichen Kämpfer für die allgemeinmenschlichen, hohen sittlichen Werte ein Denkmal errichtet. L. J.

Tichon Polner: Tolstoj und seine Frau. Geschichte einer Liebe. Hensel & Co., Verlag, Berlin, 364 Seiten, geb. 6,50 M.

Selten wurde einer Ehe so viel Aufmerksamkeit geschenkt, selten wurde das Verhältnis zweier Gatten so bis in die intimsten Einzelheiten erforscht und untersucht, wie dies bei der Ehe von Leo Tolstoj der Fall gewesen ist. Der „große Zauberer" wohnte mit der Gräfin Sofie Andreevna wie in einem Glaskasten, den Augen aller Freunde, Anhänger, Forscher und Neugierigen zugänglich, und jeder, der sich mit Tolstoj beschäftigte, sei es mit dem Dichter, mit dem Lebensphilosophen oder mit dem Prediger, — konnte nicht umhin, zu der komplizierten Frage — wessen war die Schuld — Stellung zu nehmen. Das kommt davon, weil das Werk von Tolstoj und seine innere Entwicklung mehr als bei jemand anderem mit den äußeren Lebensumständen verflochten waren; die Geschichte seines Verhältnisses zu der Frau, die ihm durch das Glück der ersten Ehejahre die Möglichkeit gegeben hat, „Krieg und Frieden" zu schaffen und die er auf seinem Sterbelager in dem kleinen Zimmer in Astapowo nicht wieder sehen wollte, — diese Geschichte mit all ihren Krisen und gegenseitigen Kompromissen läßt sich nicht von der Geschichte des geistigen Werdeganges des Dichters trennen.

So hat seine Aufgabe auch der bekannte russische Schriftsteller und Anhänger Tolstojs, Tichon Polner, aufgefaßt. Gestützt auf großes, sorgfältig zusammengetragenes, zum größten Teil unveröffentlichtes Material, schildert er, die wilde von Gegensätzen erfüllte Jugend Tolstojs nur kurz streifend, dessen Bekanntschaft mit der Familie Bers, das Erwachen der Liebe, die Heirat, die klaren, ungetrübten Jahre in Jasnaja Poljana und dann — den langen, qualvollen, erbitterten Kampf von Tolstoj, der sich in seinem Allerheiligsten bedroht fühlte, mit der Frau, deren einzige Schuld darin lag, daß sie zu sehr „von dieser Welt" war. L. J.

Die Finanzlage Polens im Jahre 1927. Von Stefan Starzynski, Ministerialdirektor im Finanzministerium. Warschau 1924. Verlag des Finanzministeriums. 63 S.

Wohl im Zeichen der langsam, doch unverkennbar fortschreitenden Wirtschaftsverständigung mit Deutschland läßt das polnische Finanzministe-

Digitized by Google

rium im Rahmen seiner — bisher nur englisch oder französisch geschriebenen — Aufklärungsschriften über das Wirtschaftsleben Polens zum ersten Male auch eine Veröffentlichung in deutscher Sprache erscheinen, die amtliches Zahlenmaterial leicht faßlich aufarbeitet.

Das Jahr 1927 als das der endgültigen Sloty-Stabilisierung war zweifellos für die polnische Finanzentwicklung besonders bedeutungsvoll und verdient gerade unter diesem Gesichtspunkte auch deutsches Interesse. Die Starzynskische Schrift wird dieses Interesse nur bedingt befriedigen können. Sie gibt viele Einzelheiten in übersichtlichen Tabellen und graphischen Darstellungen, aber manche besonders wünschenswerte und aufschlußversprechende Angabe fehlt. So sucht man z. B. vergeblich nach einer klaren Übersicht über das Budget. Starzynski hat das erklärliche Bestreben, die Maßnahmen seiner Regierung in ein möglichst vorteilhaftes Licht zu setzen. Der günstige Einfluß des Pilsudski-Regimes auf die polnische Wirtschafts- und Finanzentwicklung ist ja auch nicht zu verkennen. Trotzdem scheint der amtliche Optimismus dieser Schrift etwas übertrieben. Gerade die neueste Entwicklung nicht nur der polnischen Handelsbilanz, sondern, was gefährlicher werden könnte, des Budgets zeigt, daß auch Polen eine Stabilisierungskrise nicht erspart bleibt.

R. R. B.

Baltischer Almanach für das Jahr 1928. Herausgegeben von der „Baltischen Presse". Erster Jahrgang. Freie Stadt Danzig. 1928. Danziger Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H. 128 S.

Durch die herausgebende Zeitung — die deutschgeschriebene Vertreterin der polnischen Interessen in Danzig — ist der vorliegende Kalender als Werkzeug der polnischen Propagandaarbeit in den Ostseeländern gekennzeichnet und mit entsprechender Vorsicht zu bewerten. Sein Charakter kommt z. B. in der Wahl der Gedenktage, in der betonten Angabe der Staatsbezeichnung „Freie Stadt Danzig" als Erscheinungsort im Titel, stärker noch in den Aufsätzen und im Anzeigenteil zum Ausdruck. Infolge der Beschränkung auf die Länder, die keine andere als die Ostseeküste haben, d. h. also infolge der Nichtberücksichtigung Deutschlands und Rußlands, muß das Gesamtbild des Almanachs schief werden.

Die einzelnen Beiträge lassen die wünschenswerte Objektivität zum Teil vermissen. So ist der Aufsatz des Esten Mari stellenweise etwas unfreundlich gegen das Deutschtum gehalten. Wenig angenehm berührt es den deutschen Leser auch, daß der Danziger Senator, Dr. Kamnitzer, gerade an dieser Stelle den inneren Hader der Danziger Parteien aufrollt. Bemerkenswert ist die Mitarbeit eines freilich ungenannten litauischen Politikers, der, bei voller Wahrung der litauischen Ansprüche auf Wilna, eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Litauen und Polen fordert.

Nützlich ist an dem Almanach die Zusammenstellung amtlicher statistischer Angaben über Danzig, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden.

R. R. B.

Digitized by Google

Zeitschriftenschau.

A. Sowjetrußland.

I. Politik.

Das deutsche Problem. (Germanskaja problema.) Von *E. Goldenberg.* *„Bol'ševik"-Moskau, 1928 Nr. 5, S. 27 und ff.*

Die Konjunktur des Jahres 1927, sagt der kommunistische Verfasser, stellte den Rekord in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Kapitalismus dar. Gründe: Wachstum von Industrie, Absatz, Rationalisierung, Mehrmillionenanleihen, hohe Dividenden und Bargewinne. Alsdann wird das als sehr beachtenswert bezeichnete „pessimistische" Memorandum Gilberts in Verbindung mit der Dezemberabrechnung des Generalagenten für Reparationszahlungen der Prüfung unterzogen, ob es den Ausdruck einer nahe bevorstehenden deutschen Krise darstellt.

I. „Die jetzige Konjunktur". Als Grundlage der Beurteilung dient der Index der industriellen Produktion beim Berliner Konjunkturinstitut. Tabelle ergibt, daß die Produktion den Durchschnitt von 1924—26 um mehr als 20—25 % übertrifft. Im Verhältnis zu 1926 ist die Produktion, welche das Vorkriegszeitniveau längst verlassen hat, fast um 35 % gewachsen. Betont wird Gußeisenindustrie, Steinkohlenförderung, Braunkohlenproduktion, besonders aber Bauwesen. — Rückgang der Arbeitslosenziffer, im Februar 1927 noch 2 Millionen betragend, bis Oktober auf 453 000. Wesentliche Besserung der Arbeiterbezahlung wird verneint.

Ob sich diese Konjunktur halten werde, behandelt Abschnitt II: „Die näheren Perspektiven". Nach Besprechung der treibenden Kräfte, darunter der Kurven der Arbeitslosigkeit, kommt Verfasser zu dem Ergebnis, daß zwar eine Ermäßigung des Tempos der Unternehmungsaktivität und vielleicht 1928 ein mäßiges Sinken des Niveaus zu erwarten ist, daß aber keine einzige Tatsache für das nahe Bevorstehen einer Krise in der deutschen Wirtschaft spreche, wenn auch das Fehlen solcher Fakta kein Beweis sei. Zum Vergleich für Rationalisierungsergebnisse werden Ziffern angeführt für Stahlindustrie, Ruhrkohle, Maschinenindustrie und Eisenbahnen, letztere gestiegen bis zu 18,5 %. — Mächtiger Zufluß ausländischer Kredite und seine Auswertung für Deutschland wird betont. Gilbert und Schacht sehen darin eine Gefährdung der Konjunktur und gewisse Inflationszeichen. Hieran knüpft Verfasser die Erörterung einer etwa bevorstehenden Krise des deutschen Umsatzes. In theoretischer Analyse wird auch diese verneint. Man solle nicht aus Verlangsamung Depression, aus Depression Krise konstruieren.

III. Abschnitt „Das deutsche Problem" erklärt zunächst, daß das Vorgehen Gilberts und Schachts vom rein konjunkturalen Standpunkt aus ohne Fundament sei. Abschnitte des Memorandums im Lichte der Freunde und Gegner (u. a. Weber) werden erörtert. Das deutsche Problem ist ein wirtschaftliches und kann nur durch eine ungeheure Expansion Deutschlands auf dem Weltmarkt gelöst werden. Ob eine solche möglich sei? Vom abstrakt-wirtschaftlichen Standpunkte aus: nein. Aber „Politik ist konzentrierte Wirtschaft", und je konzentrierter, desto aktionsfähiger. Der klaffende Widerspruch zwischen den kolossalen Möglichkeiten des Produktionsapparates in Deutschland, des kolossalen Bedarfs auf den auswärtigen Märkten einerseits und die Schwäche seiner militärpolitischen Position andererseits, das ist die spezifische Eigentümlichkeit im Zentrum des deutschen Problems. Die Stellung Amerikas, Englands und Frankreichs gegenüber solcher Möglichkeit wird erörtert. Der objektive Sinn des Gilbertschen Memorandums, schließt Verfasser, liegt in dem Vorschlag einer Aufhebung des Transferkomitees und damit Stellung der Reparationspflichten auf eine Basis ohne jeden Transferschutz. Der Reparationsagent wolle damit die Hände freibekommen, um im nötigen Moment Deutschland

Digitized by Google

an seiner empfindlichsten (Valuta) Stelle zu treffen. Allgemeinergebnis: Das „in Eisen gelegte" Deutschland von heute stellt nicht wie 1914 eine Gefahr dar und erfordert kein Risiko. Je höher die Konjunktur steigt, desto akuter und offensichtig aktueller wird das Mißverhältnis zwischen der Produktionskraft und der militärpolitischen Ohnmacht der deutschen Bourgeoisie. Das aber bedeutet: je üppiger die Früchte der Stabilisierung reifen, desto brüchiger, desto näher ihrem Ende wird die Stabilisierung selbst. O. B.

Die entfesselte Gemeinschaft. Beitrag zu einer neuen Betrachtung Rußlands. Von *Erich Müller.*

Die Tat, Monatsschrift für die Zukunft deutscher Kultur, Jena, 19. Jahrgang, Heft 10, Januar 1928, S. 727—737.

Die bisherige Betrachtung Rußlands durch Westeuropa konnte nicht zum eigentlichen Wesen vordringen, weil die russische Bauernschaft keine Gelegenheit zur Herausstellung ihrer kollektivistischen Grundhaltung hatte. Die ausländischen Herrscherfamilien, die Invasionen des byzantinischen, des tatarisch-asiatischen und des europäisch-zivilisatorischen Geistes haben die Entwicklung der russischen Bauernschaft verhindert, haben sie aber auch nicht innerlich ergriffen. Die Intelligenz machte die westliche Entwicklung mit und verlor den Kontakt mit ihrem Volke; nur einige Wenige, u. a. Tolstoj und Lesskow, erkannten das wahre Wesen ihres Volkes. Erst die Leninsche Revolution — eine nationale, nicht eine marxistische Tat — befreite das Landvolk, sie „hat der russischen Gemeinschaft nur die Entfesselung gebracht". „Die russische Losung: Rechtgläubigkeit (an das kommunistisch-urchristliche Dogma), Selbstherrschaft (Sowjetismus) und Volkstum (Kollektivität) ist endlich von falschen Auslegungen befreit und eindeutig, lebendig geworden. Die elementare Kraft dieser Losung . . . wird noch einmal die Welt erschüttern." R. R. B.

II. Wirtschaft.

Die Finanzwirtschaft der Syndikate. (Finansovoe chozjajstvo sindikatov.) Von *M. V. Cencov.*

„Ekonomičeskoe Obozrenie"-Moskau, Juni 1928. S. 128—139.

Es handelt sich hier um die Beziehungen der Syndikate zu den Trusts der staatlichen Industrie, um den Prozeß ständig sich verstärkender Bedeutung der Syndikate für Beschaffung, Absatz und Rechnungswesen der Trusts. Charakteristisch ist für die Syndikate ihr relativ geringes Eigenkapital (durchschnittlich 11 % der Bilanzsumme) und die ständig zunehmende Bedeutung der Fremdfinanzierung. Der Koeffizient des Kapitalumschlages der Syndikate betrug 1923/24 2,02; 1924/25 2,35; 1925/26 2,75; 1926/27 3,22. Das Fremdkapital entstammt folgenden Quellen (die Zahlen sind die Kreditbeträge am 1. 10. 1926 und 1. 10. 1927 in Millionen Rubel):

Staatskredite	(9,7	und	22,2)
Bankkredit	(217,4	„	286,3)
Industriekredit	(487,1	„	488,6)
Kundenvorschüsse	(61,2	„	65,1)
Lieferantenkredite	(68,6	„	124,5)
Blankoakzeptverbindlichkeiten	(55,9	„	114,1)

Der relativ größte Anteil des Fremdkapitals entfällt also auf den Industriekredit. Die zunehmende Bedeutung der Bank- und Lieferantenkredite und der Blankoakzeptverbindlichkeiten ist aber unverkennbar. Die Bedeutung der Konzentration von Beschaffung, Absatz und Abrechnung der Trusts bei den Syndikaten liegt in folgendem: Die Zentralisation des Rechnungswesens der Trusts bei den Syndikaten bedeutet Rationalisierung durch Vereinfachung des Zahlungsverkehrs (des Barmittel- und Wechselumlaufes); die Konzentration bewirkt erhöhte Planmäßigkeit in der Verwendung von disponiblem Industriekapital, und die Trusts gelangen schneller in den Besitz der Barerlöse für ihre Absatzmengen.

Digitized by Google

Č. hält es für sehr wünschenswert, daß auch die einzelnen Kreditinstitute (vor allem die Staatsbank, die noch immer mit den Trusts in direkter Verbindung steht) sich von der Wirtschaftlichkeit des Ausbaues der Syndizierung überzeugen und ihren Kredit danach umstellen. R. S.

Die Wohnungsverhältnisse in Westeuropa und bei uns. (Žiliščnye uslovija na zapade i u nas.) Von *R. Sifman.*
„Statističeskoe Obozrenie"-Moskau, Dezember 1927, S. 88—90.

Der Verfasser unterzieht sich der dankenswerten Aufgabe, die Wohnungsverhältnisse der Sowjetunion mit denen in Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung zu vergleichen. Er verwendet dabei das amtliche statistische Material der einzelnen Staaten (u. a. England, Belgien, Norwegen, Deutschland, Schweiz, Polen und Bulgarien). Als geeignete Vergleichsgröße betrachtet er die Zahl der auf ein Zimmer entfallenden Personen (der Küchenraum ist eingeschlossen). Hierbei stellt er fest, daß die Verhältnisse am traurigsten in Polen liegen (durchschnittlich 2,1 Personen auf ein Zimmer). Dann kommen die Sowjetunion mit 2,0 und Bulgarien mit 1,85. In den übrigen Ländern liegen die entsprechenden Zahlen dicht über oder unter 1,0 (Deutschland 1,2).

Sowohl in Sowjetrußland wie auch in Westeuropa spricht man gegenwärtig von einer Wohnungskrise. Das Problem hat aber in beiden Fällen ein ganz verschiedenes Gesicht. In Westeuropa handelt es sich darum, nach Möglichkeit jeder Familie abgeschlossene, nur ihr allein gehörige Wohnräume zuzuweisen (in Deutschland standen 1927 nur 10 969 000 Wohnungen 11 629 000 Haushalten gegenüber). Die obige Zahl zeigt aber, daß in Sowjetrußland an die Erfüllung einer solchen Forderung nicht im entferntesten zu denken ist.

Der Verfasser untersucht zuletzt, in welchem Lande die größten Unterschiede zwischen der dichtesten und der geringsten Belegung des einzelnen Zimmers bestehen. Am gleichmäßigsten ist die Beanspruchung der Wohnräume in der Sowjetunion, am ungleichmäßigsten in Polen. Auf die Erörterung der interessanten Frage, inwieweit die Wohnungsverhältnisse bei den einzelnen Bevölkerungsklassen verschieden sind, muß der Verfasser leider wegen Materialmangel verzichten. R. S.

III. Geistiges Leben.

Die Höheren Bibliothekskurse bei der Öffentlichen Staatsbibliothek in Leningrad. (Višči Kursi Bibliotekoznavstva pri Deržavnij Publičnij Biblioteci v Leningradi.) Von *Gal. D. Bila.*
„Žurnal Bibliotekoznavstva ta Bibliografii." Nr. 1, Kiew 1927, S. 93—101.

Die Bibliothekskurse, die seit dem Jahre 1919 existieren, dienen der Ausbildung für den mittleren Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und sollen zur Verbreitung bibliothekarischer Fachkenntnisse beitragen, sowie auch Forschungen auf dem Gebiete der Bibliothekskunde betreiben. Die Dauer der Ausbildung beträgt zwei Jahre. Die Kurse umfassen drei Katheder: für praktische Bibliothekskunde, für theoretische Bibliothekskunde und für Buchkunde.

Im ersten Jahr wird besondere Aufmerksamkeit auf die praktischen Disziplinen gerichtet; im zweiten stehen die theoretischen Disziplinen im Vordergrund.

Der Lehrplan des ersten Kursus umfaßt 497 Stunden, des zweiten 548 Stunden. Außerdem absolvieren die Hörer eine Praxis von 250 Stunden. Personen, die sich durch ihre Begabung auszeichnen, werden bei den Kursen belassen behufs Ausbildung zu Lektoren. Die Kurse erhalten Zuwendungen von der Verwaltung für professionelle Bildung und von der Öffentlichen Staatsbibliothek; von den Hörern wird Schulgeld erhoben. Die wissenschaftlichen Arbeiten der Kurse werden in den „Materialien für Bibliothekswesen" veröffentlicht.

Digitized by Google

B. Polen.

Die Bedeutung der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Litauen. (Znaczenie Nawiazania stosunkow z Litwa.) Von *Zenon Pietkiewicz.* *„Przemysl i Handel"-Warschau 1928, Heft 32, Seite 1299—1301.*

Verfasser meint, daß Litauen bei der Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Polen Vorteil hätte, insbesondere durch den Transithandel durch Polen. Polen dagegen habe in Danzig und Gdingen Ausfuhrhäfen und sei an Memel als Exporthafen nicht sonderlich interessiert. Die Memel biete gegenwärtig für die Schiffahrt viele Hindernisse und müßte zunächst erst reguliert werden. Dasselbe gilt für das Kanalsystem, das die Ostmarken Polens mit der Memel verbindet. Weit vorteilhafter und mit geringeren Unkosten verbunden sei die Regulierung der Wasserwege zur Weichsel, dem Hauptverkehrsweg Polens. Das bedeute keinen Wirtschaftskrieg mit Litauen. Vielmehr habe das polnische Volk die größten Sympathien für das litauische Volk und werde den Augenblick freudig begrüßen, wenn Litauen sich von der für es gefährlichen Suggestion befreien werde. G. W.

Charakteristik des Systems der direkten Steuern und der beabsichtigten Reform. (Charakterystyka systemu podatkow bezposrednich i zamierzonej reformy.) Von *Jerzy Michalski.* *„Przeglad Gospodarczy"-Warschau 1928, Heft 14, Seite 693—701.*

Die amerikanischen Kreditgeber Polens stellten u. a. die Bedingung, daß die polnischen Finanzen reformiert werden. Verfasser gibt eine Übersicht des Systems der polnischen Ertragssteuern und der Regierungsentwürfe zu deren Reform. Die Regierung habe es unterlassen, einen Entwurf zur Reform der Gewerbesteuer einzubringen, indessen sei die Ermäßigung der unerträglich hohen Umsatzsteuer unumgänglich. Verfasser plaidiert für geringere Differenz bei der steuerlichen Erfassung des fundierten Einkommens und des Arbeitseinkommens. Es sei immer leichter, Steuererhöhungen durchzusetzen, wenn man sie mit Steuerermäßigungen für andere Wirtschaftsgruppen verbindet. Die Vermögenssteuer, als Hauptglied des Systems der direkten Steuern, sei als ständige Einrichtung in Polen nicht berechtigt. Sie beeinflusse ungünstig auch die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande. Jedenfalls müsse ihre Struktur wesentlich geändert werden. G. W.

Die Juden in Polen. „Mit dem nassen Handtuch." Von *Ilja Ehrenburg.* *Die Weltbühne, Berlin, 10. Juli 1928 S. 49—52.*

Der Aufsatz beschäftigt sich mit der Lage der Juden in Polen, deren Behandlung mit einem Verfahren der Pariser Polizisten verglichen wird; diese prügeln nach Angabe des Autors die Arretierten mit nassen Handtüchern, was äußerlich keine Spuren hinterlasse, aber oft den Tod zur Folge habe. So herrsche in Polen äußerlich für die Juden unbeschränkte Gleichberechtigung, während in Wirklichkeit der Antisemitismus auf allen Lebensgebieten Triumphe feiere. „. . . das Ghetto lebt noch bis zu unseren Tagen . . . Es gibt keinen Ausgang, ausgenommen den zum Friedhof." R. R. B.

Polnische Filmkritik. Von *Stefania Sahorska.* *„Droga" Nr. 11, 1927, S. 101 ff.*

Der Aufsatz behandelt die polnische Filmkritik, die noch einen ziemlich primitiven Charakter trägt. Nur die wenigsten der Kritiker haben eine Ahnung vom Wesen des Films, die meisten beurteilen ihn ausschließlich vom Standpunkte des Inhalts und des Spieles der Darsteller. Dabei wird mit Lob und Begeisterung nicht gespart. — Noch schlimmer aber ist es, daß einige angesehene Filmkritiker im Dienste der Filmverleiher und Kinobesitzer stehen, was auf die Objektivität ihres Urteils nicht ohne Einfluß bleiben kann. E. S.

Digitized by Google

Die Entwicklung der polnischen Kinematographie und der Katholizismus. (Rozwój kinematografii a katolicysm.) Von *J. Czarnecki.*
„Przegląd powszechny", Mai 1928, Nr. 563, S. 263—271.

Der Artikel behandelt das Problem der Stellung des Katholizismus zum Film. Ein außerordentlich wichtiger kultureller Faktor unserer Zeit, kann der Film, dem technische und künstlerische Mittel zur Verfügung stehen, die Massen wirksamer beeinflussen, als irgend eine andere Äußerung des kulturellen Lebens — die Literatur, das Theater oder die Malerei. Jedoch muß die Wirkung des Films im heutigen Polen als eine recht negative bezeichnet werden: die Bilder (es handelt sich hauptsächlich um ausländische Produktion, da die polnische noch auf einer niedrigen Entwicklungsstufe steht) erzeugen Lust nach Sensationen, erwecken bei der weiblichen Jugend Träumereien von der Karriere eines Stars, bei der männlichen — Sehnsucht nach spannenden Cowboy-Erlebnissen. Der Verfasser findet es unbegreiflich, daß die polnische katholische Kirche noch nicht daran gedacht hat, den Film als religiöses Propagandamittel zu benutzen. Folgende Postulate werden von ihm aufgestellt: 1. Gründung eines katholischen Komitees für Filmangelegenheiten; 2. Einbeziehung der Vertreter der Kirche in die Arbeit der lokalen Zensurkomitees; 3. eine polnische Filmproduktion im Geiste der Kirche muß ins Leben gerufen werden; 4. die katholischen Blätter müssen sich mit den Filmproblemen eingehend beschäftigen.
Der Verfasser weist auf das Beispiel des Auslandes hin: die Deutschen haben „mit dem ihnen eigenen praktischen Sinn" die Bedeutung des Films als eines ethisch-sozialen Werbemittels längst erkannt; der Kampf mit der demoralisierenden Wirkung des Films begann hier bereits in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts. Auch Filme rein religiösen Inhalts werden in der ganzen Welt produziert: in Amerika („Der König der Könige"), in Deutschland („Luther"), in Italien, besonders aber in Frankreich, wo viele religiöse Filme auf den Markt gebracht werden, darunter solche, die polnische Themata behandeln („Der heilige Stanislaus"), „Czestochowa" u. a.). Auch Holland entwickelt eine rege Tätigkeit auf diesem Gebiete: auf den Vorschlag der Internationalen Union der katholischen Frauenverbände hin, die in Rotterdam tagte, wurde die Zusammenberufung eines „Internationalen Katholischen Kongresses für kinematographische Angelegenheiten" in Haag beschlossen. An diesem Kongreß wird sich auch die polnische Geistlichkeit beteiligen. E. S.

C. Litauen.

„Die Handelsbeziehungen Litauens mit Lettland und den übrigen baltischen Staaten." (Prekybiniai Lietuvos santykiai su Latvija bei Kitomis Pabaltes valstybemis.) Von *M. Ambraziejute.*
„Lietuvos Ukis"-Kowno, 1928, Band 6, Heft 5, S. 152—157.

Von den Nachbarstaaten Litauens haben Deutschland und Lettland besondere Bedeutung für den litauischen Außenhandel. Der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland steht unmittelbar bevor. Handelsvertragsverhandlungen mit Lettland werden folgen. Die Verfasserin bespricht nun an Hand statistischer Tabellen den Handel Litauens mit Lettland. Aus den Tabellen ergibt sich, daß Litauens Ausfuhr nach Lettland doppelt so groß ist, als Lettlands Ausfuhr nach Litauen. Während Litauen nach Lettland Rohstoffe und Halbfabrikate ausführt, führt es aus Lettland vorzugsweise Fertigfabrikate ein. Die Entwicklung des litauisch-lettischen Handels zeigt, daß, während 1924 große Posten Getreide und Futtermittel nach Lettland ausgeführt wurden, in den letzten Jahren bei diesen Artikeln ein starker Rückgang erfolgt ist. Die Ursache liegt zum Teil in dem Rückgang der litauischen Getreideausfuhr im allgemeinen, zum Teil in der Konkurrenz des billigeren russischen Roggens in Lettland. Litauen führt nach Lettland Flachs, Leinsamen, Hörner, Felle, Lumpen und Holzmaterialien aus. Aus Lettland werden Gummiwaren, Papier, baumwollene Gewebe,

Digitized by Google

Landmaschinen u. a. m. eingeführt. Etwa ein Drittel der litauischen Ausfuhr nach Lettland ist Transithandel. Eine gewisse Rolle spielt beim litauischen Export nach Lettland auch der Veredelungsverkehr (Leder, Flachs, Hede). Während Litauens Export nach Estland abnimmt, nimmt der Export nach Finnland zu. Die litauische Einfuhr aus Estland und Finnland nimmt von Jahr zu Jahr zu. Während die litauisch-lettische Handelsbilanz zugunsten Litauens aktiv ist, ist Litauens Handelsbilanz mit Estland und Finnland passiv. Am 15. Januar 1929 läuft das vorläufige litauisch-lettische Handelsabkommen, das Litauen die lettischen Minimalzölle gewährleistet, ab. Verfasserin drückt den Wunsch aus, daß bis dahin die litauisch-lettischen Handelsbeziehungen vertraglich geregelt werden, sowie mit den übrigen baltischen Randstaaten Handelsverträge abgeschlossen werden. G. W.

Litauens Industrie vor dem Krieg und 1918—1928. (Lietuvos Pramone pries Kara in 1918—1928 m.) Von *Dr. Z. Dusnickis.*

„Lietuvos Ukis"-Kowno, 1928, Band 6, Heft 6—7, S. 181—189.

Vor dem Weltkriege bestanden auf dem Territorium des Kownoer Gouvernements 151 Industriebetriebe mit 6603 Arbeitern. Diese Industrie hatte einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 18 Millionen Rubeln (1910—12) gegen 13,9 Millionen Rubel im Jahre 1908. Neben der Lebensmittelindustrie, den Mühlen und Sägemühlen, die mit Inlandsrohstoffen arbeiteten, entwickelten sich die Leder- und Metallindustrie (letztere in den Händen deutscher Unternehmer), die für den russischen Markt arbeiteten. Verfasser weist an Hand statistischer Tabellen rapides Wachsen der Industrie in den Inflationsjahren nach, dem 1924 eine starke Depression folgt, die viele neue Betriebe stillegt. Unter den gegenüber der Vorkriegszeit veränderten Absatzbedingungen (Fortfall des russischen Absatzmarktes) haben sich Klein- und Mittelbetriebe behauptet, die inländische Rohstoffe verarbeiten resp. mit der Landwirtschaft zusammenhängen. Neben den alten Industriezweigen haben auch neue Fuß gefaßt, so insbesondere Betriebe, die Flachs bearbeiten. G. W.

D. Lettland.

Entwicklungstendenzen im baltischen Raum. Von *Walter Aßmus.*

Zeitschrift für Geopolitik, 5. Jahrgang, Heft 7 (Juli 1928), S. 560—570.

Die baltischen Staaten kann man nur dann nicht als einen integrierenden Bestandteil Rußlands ansehen, wenn man mit Schiemann die russische Revolution als „Revolution der asiatischen Volksseele" gegen die durch Peter den Großen eingeleitete seelische Vergewaltigung betrachtet. Die baltischen Staaten selbst fürchten politisch die Wiederaufsaugung durch Rußland, dessen sie wirtschaftlich bedürfen. Man suchte Schutz vor Rußland. Der Völkerbund schied aus, da er keine reale Macht bewies und gerade in den Randstaaten (Memel und Wilna!) versagte. England ist nicht geneigt, bindende Garantien für einen dauernden Bestand der baltischen Staaten zu übernehmen, da es sie vielleicht später einmal Rußland gegenüber als Kompensationsobjekt gebrauchen kann. Ein Fünferblock der Randstaaten einschließlich Polens scheitert an der Wilnafrage; der Zeligowski-Handstreich hat Polen die Möglichkeit genommen, die Vormacht im baltischen Raum zu werden. Finnland treibt seit 1922 eine von den übrigen Randstaaten recht selbständige Politik. Nachdem die gegen Rußland gerichteten Bündnispläne sich zerschlagen hatten, trat der Gedanke an einen Garantiepakt in den Vordergrund. Zuerst brachte Litauen einen derartigen Vertrag mit Rußland zustande; aber infolge des inneren Um-

Digitized by Google

schwunges in Litauen blieb er auf dem Papier stehen. Die in Estland und Lettland auf Grund dieses Vertrages entstandene Nervosität führte zum Abkommen über eine Zollunion zwischen diesen beiden Staaten; der lettisch-russische Handelsvertrag brach diese Entwicklung wieder ab. Augenblicklich steht der Gedanke eines „baltischen Locarno" im Vordergrund der Debatte.
Im ganzen ist zu sagen, daß die Interessen im baltischen Raum sich vielfältig überschneiden und daß es infolgedessen keine eigentlich baltische Politik, geschweige denn eine Ostseepolitik gibt. R. R. B.

G. Deutscher Osten.

Das Danziger und das Korridorproblem. Von *Otto Loening.*
Zeitschrift für Politik, Berlin, XVII. Band, Heft 8, S. 705—714.
Von der augenblicklichen Grenzziehung ist weder Deutschland noch Polen befriedigt; Deutschland erstrebt die Rückgewinnung des Korridors, Polen den Erwerb Ostpreußens. Die öffentliche Meinung der Welt fordert eine friedliche Änderung der unhaltbaren Lage. Der vor Jahren erwogene Plan, Westpreußen zu einem eigenen Staat mit Durchfahrtsrechten für die beiden beteiligten Mächte zu machen, kommt heute praktisch nicht mehr in Frage und würde bei dem Rückgang der deutschen Bevölkerung im Korridorgebiet vom deutschen Standpunkt sogar eine Verschlechterung bedeuten. Noch weniger geeignet, eine Lösung des Problems herbeizuführen, ist ein rein wirtschaftlich gesehener Vorschlag von Dr. Zint (1925 in der „Glocke"), eine Weichselföderation zwischen Deutschland, Danzig und Polen zu bilden. Eine Lösung ist nur möglich bei Änderung der gegenwärtigen staatlichen Grenzen.
Westpreußen hat für Polen seine wirtschaftliche Hauptbedeutung als Zugang zum Meere; im übrigen ist es für Polen nicht lebensnotwendig. Der Verfasser schlägt deshalb folgende Lösung des Korridorproblems vor, die freilich voraussetze, daß Deutschland und Polen ein enges freundschaftliches Verhältnis eingehen und diese Lösung aufrichtig als endgültig betrachten, womit gesagt ist, daß die Zeit für diese Lösung noch nicht reif ist: Längs der Weichsel wird ein verhältnismäßig schmaler Streifen mit dem jetzigen Freistaat Danzig und Gdingen, vielleicht auch mit dem ganzen jetzt polnischen Küstenstreifen aus dem jetzigen Korridorgebiet herausgenommen; dieses Gebiet wird deutsch-polnisches Kondominat. Das ehemalige nördliche Westpreußen mit der sogenannten Ostbahn wird gegen eine Geldentschädigung an Deutschland abgetreten, während der Rest des Korridors endgültig bei Polen bleibt. Diese Regelung wäre durch Verkehrs- und Wirtschaftsabmachungen im einzelnen auszubauen. R. R. B.

Digitized by Google

Notizen.

Die erste Gesamtausgabe der Werke Leo Tolstojs.

Der russische Herausgeber der ersten Gesamtausgabe der Werke Leo Tolstojs, W. Tschertkow, der mit Leo Tolstoj eng befreundet war, versendet aus Moskau folgende Erklärung:

„Angesichts des allgemeinen Interesses für die zur bevorstehenden Jahrhundertfeier des Geburtstages Lew Nikolajewitsch Tolstojs in Vorbereitung befindliche vollständige Ausgabe seiner Werke halte ich es für notwendig, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß gemäß dem Willen Tolstojs, wie er in seinen testamentarischen Verfügungen ausgedrückt ist, mir von ihm die Veranstaltung der ersten vollständigen Ausgabe seiner sämtlichen Werke anvertraut worden ist. Dabei wurde mir persönlich von L. N. Tolstoj die Verantwortung hinsichtlich der Redaktion und der Herausgabe dieser vollständigen Ausgabe übertragen, seiner Tochter A. L. Tolstoj hingegen wurde von ihm durch ein formelles Testament das juristische Eigentum an allen seinen Schriften übergeben, damit niemand sie als sein persönliches Eigentum verwende und kein einziges zum erstenmal gedrucktes Werk ohne mein Wissen und ohne endgültige Redaktion erscheine. Zugleich damit hat L. N. Tolstoj in bestimmter Form den Wunsch ausgedrückt, daß nach seinem Tode auf jeder ersten Ausgabe seiner unveröffentlichten Werke die Worte gedruckt werden: „Nachdruck erlaubt", wie dies auch in der letzten Periode seines Lebens geschehen ist.

In Übereinstimmung mit dieser Bedingung hat in gegenwärtiger Zeit der Staatsverlag der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik eine Jubiläumsausgabe der ersten vollständigen Ausgabe der Werke L. N. Tolstojs unternommen, die nach dem Material hergestellt wird, das unter meiner Redaktion, unter Mitwirkung der Gesellschaft zum Studium und zur Verbreitung der Werke L. N. Tolstojs, deren erste Vorsitzende Alexandra Lwowna Tolstoj ist, zum Druck vorbereitet worden ist.

Zur Vermeidung jeglicher Mißverständnisse halte ich es für notwendig zu erklären, daß niemand, weder in der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, noch im Auslande, sich im Besitz einer Vollmacht zur Publikation irgendeines unveröffentlichten Werkes L. N. Tolstojs befindet, und daß zur Veröffentlichung irgendwelcher noch nicht erschienener Schriften L. N. Tolstojs meine Genehmigung notwendig ist. gez. W. Tschertkow.

Mit dem oben Angeführten ist einverstanden:

gez. Alexandra Tolstoj."

Das Sowjetschrifttum in Zahlen.

Ende 1927 gab es in der Sowjetunion 556 Zeitungen in einer Auflage von 7 683 747 Stück. Hiervon kamen 52,2 % auf Moskau. Man zählte in Moskau Ende 1927: 48 Zeitungen mit einer Auflage von 3 690 289 Stück.

Die Zeitungen können wie folgt gegliedert werden: 7 große Tageszeitungen, 19 Gewerkschaftszeitungen, 58 Arbeiterzeitungen, 107 Bauernzeitungen, 49 Jugendzeitungen, 14 Militärzeitungen, 8 Genossenschaftsblätter, 77 verschiedene Blätter, 9 Wirtschaftszeitungen, 6 Abendzeitungen, 10 Sonderzeitungen und 201 Zeitungen der nationalen Minderheiten. Diese Zeitungen erscheinen in 49 Sprachen.

1925 betrug die Zahl der Korrespondenten 216 000, jetzt dagegen 335 448, darunter 115 607 Arbeiterkorrespondenten und 192 888 Dorfkorrespondenten.

Auch die Zeitschriften zeigen eine ständig wachsende Auflage. 1925 gab es 1165 Zeitschriften, jetzt beträgt ihre Zahl 1291 Zeitschriften mit

Digitized by Google

einer Gesamtauflage von 8 403 540 Stück. In der RSFSR allein erscheinen 1082 Zeitschriften.

Auch die Bücherproduktion zeigt dasselbe Bild. Das Maximum der Bücherproduktion wurde vor der Revolution 1912 erreicht und betrug damals 133 561 886 Bücher. 1918 war ein starker Rückgang in der Bücherproduktion eingetreten; sie betrug damals nur 77 743 939 Exemplare. Bereits 1924 konnte das Maximum der vorrevolutionären Zeit erreicht werden, und 1926 betrug die Gesamtauflage der erschienenen Druckwerke 179 265 582 Exemplare. Diese Auflage entfällt auf 24 772 Titel.

(Bulletin der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande. 30. 6. —7. 7. 1928, Nr. 26/27.)

Ausstellung deutscher Kinderbücher in Moskau.

Im historischen Museum in Moskau wurde eine Ausstellung deutscher Kinderbücher eröffnet. Die Ausstellung ist in drei großen Sälen untergebracht. Sie ist sehr reichhaltig; fast alle deutschen und österreichischen Verlagsanstalten, Sammler usw. haben sich an der Ausstellung beteiligt, so daß diese eine sehr vollständige Übersicht über die Geschichte und Entwicklung des deutschen Kinderbuches in allen seinen Erscheinungsformen (Bilderbuch, Märchenbuch usw.) zeigt. Die Ausstellung enthält u. a. wertvolle Ausgaben von Zeichnungen von Ludwig Richter, Franz Pocci, Busch, Oberländer, Meggendorf, daneben auch die Modernen: George Grosz, Hermann Mühlen usw.

Die Ausstellung wurde von dem Präsidenten der Staatlichen Akademie der Kunstwissenschaften, Prof. P. S. Kogan, eröffnet. Anläßlich der Ausstellung fanden vier Vorträge statt, und zwar von Prof. L. Orschanskij „Eineinhalb Jahrhunderte deutsches Kinderbuch", A. Pokrowskaja „Der deutsche Einfluß auf das russische Kinderbuch", J. Meksin „Bilderbücher" und K. Wachramejew „Die polygraphische Technik der deutschen Kinderbücher".

Die Ausstellung erfreut sich bei dem Publikum eines sehr großen Zuspruches, im Durchschnitt wird sie täglich von über 100 Personen besucht, namentlich von Künstlern und Kunsthistorikern, Lehrern, Studenten und Bibliothekaren.

(Bulletin der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande. 30. 6. —7. 7. 1928, Nr. 26/27.)

Zur Besprechung eingegangen:

Sir Galahdd: Idiotenführer durch die russische Literatur. München 1925. Verlag Albert Langen. 164 S.

Gegetschkori, M.: Der Verband der Sowjet- und Handelsangestellten der Sowjetunion. Seine Geschichte, Aufbau und Tätigkeit. Berlin 1928. Führer-Verlag. 62 S. Preis: M. 2,—.

Greiffenhagen, O.: Die ältesten Kämmereibücher der Stadt Reval. 1363—1374. Reval 1927. Buchdruckerei A. G. „Uehiselu". 116 S. (Publikationen aus dem Revaler Stadtarchiv, Nr. 3.)

Janschewsky, K.: Lettländisches Eisenbahn-Gesetz. Libau 1927. Druckerei G. D. Meyer. 86 S.

Kemal-Pascha, Gasi Mustafa: Der Weg zur Freiheit 1919—1920. (Die neue Türkei 1919—1927.) Leipzig 1928. Verlag K. F. Koehler. 450 S. Preis: Geh. M. 11,—.

Digitized by Google

Deutsch-Russisches, Russisch-Deutsches Militärwörterbuch nebst Anlagen. Berlin 1928. Verlag „Offene Worte". Preis: M. 12,— Hlb.

Ossendowski, F.: Schattenbilder aus dem neuen Rußland. Wien 1928. Phaidon-Verlag. 255 S. Preis: geh. M. 3,—; Lw. M. 5,—.

Rogge, A.: Die Verfassung des Memelgebiets. Ein Kommentar zur Memelkonvention. Berlin 1928. Verlag Deutsche Rundschau G. m. b. H. XVI u. 494 S. Preis: M. 16,—. (Handbücher des Ausschusses für Minderheitenrecht.)

Wagner, R.: Die Entwicklung der Danziger Presse seit 1919. Danzig 1928. Pressestelle des Senats der Freien Stadt Danzig. 42 S.

* * *

Pleyer, K.: Sudetenraum und Deutsch-Österreich. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Geopolitik, verbunden mit der Zeitschrift Weltpolitik und Weltwirtschaft. V. Jahrgang 1928, Heft 5 (Mai). Berlin 1928. Vowinckel-Verlag. S. 394—402.

* * *

Die Welt um Deutschland. Ein Bücherverzeichnis. Leipzig 1927. Deutsche Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen. 136 S.

Harrassowitz, Otto: Bücherkatalog Nr. 412. Uraltaische Völker und Sprachen. Enthaltend einen Teil der Bibliothek des dänischen Sprachforschers Prof. V. Thomsen-Kopenhagen. Leipzig 1928. 136 S. (Leipzig, Querstr. 14).

Hellersberg, Dr.: Soziologie, Soziale Frage, Sozialismus, Anarchismus. Katalog XVII. Charlottenburg o. J. 105 S. (Antiquariat und Verlag Dr. Hellersberg, Charlottenburg, Knesebeckstr. 20/21.

Voß' Sortiment (G. W. Sorgenfrey): Systematisches Verzeichnis über die Veröffentlichungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR 1917—1925. Leipzig C. 1, Rosstr. 5. 132 S.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegen Prospekte der Firmen Antiquariat Altmann, G. m. b. H., Berlin W 50, Kurt Vowinckel, Verlag G. m. b. H., Berlin-Grunewald und Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 und Königsberg i. Pr. bei, die wir der Beachtung empfehlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Jonas; für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Berlin. Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 26b, Fernspr. Kurfürst 4681/4682. Druck: Ostpreußische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Königsberg Pr.

Digitized by Google

Bücher und Zeitschriften,

die im vorliegenden Heft oder an anderer Stelle besprochen oder angezeigt worden sind, liefert

Ost-Europa-Verlag,
Sortiments-Abteilung,
Berlin W 35

DER VOLKSSTAAT

REPUBLIKANISCHE TAGESZEITUNG nimmt täglich zu den wichtigsten Fragen des Staates und der Wirtschaft Stellung. Erfolgsicheres Insertionsorgan. Inserat-Annahme: Dresden 1, Jakobsgasse 5/7. In unserer Druckerei fertigen wir alle Drucksachen in moderner Ausführung. Verlangen Sie bitte unverbindlich Angebote und Skizzen. / Fernruf 17444

Digitized by Google

Geschäftshandbuch für Osteuropa

Fünfte neubearbeitete Auflage

Herausgegeben vom

Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten, E. V.

8°, 196 Seiten Text und 25 Abbildungen. Kartoniert 2.50 RM.

Aus dem Inhalt:

Währungen, Maße und Gewichte der Oststaaten — Der Verkehr nach dem Osten (Konsulate, Paß- und Visabestimmungen, Verkehrswege) — Die Wirtschaft von Rußland, Polen, Danzig, Litauen, Memelgebiet, Lettland, Estland und Finnland (Handel, Zollbestimmungen, Rechtslage der Ausländer, Niederlassungsrecht ausländischer Firmen, Gewerblicher Rechtsschutz, Geld- und Bankwesen usw.) — Die wichtigsten Handelsplätze in den Oststaaten, Messen usw.

OST-EUROPA-VERLAG

Berlin W 35 und Königsberg Pr.

LES PUBLICATIONS INTERNATIONALES

Verlagsbuchhandlung, Anzeigenannahme
Bibliographisches Büro

Brüssel

37, Rue de l'Ecuyer (Belgien)

Editeurs de:

„LA NOUVELLE ECONOMIE POLITIQUE" (N. E. P.)
Organe mensuel de documentation et de statistique.
Traite spécialement de la situation en Belgique et des rapports commerciaux belgo-russes.
Abonnement: 1½ dollar par an.

„LE BULLETIN BELGO-RUSSE"
Organe trimestriel traitant des rapports intellectuels entre la Belgique et l'U. R. S. S.
Abonnement: 0.75 dollar (4 numéros).

„LE BULLETIN DES PUBLICATIONS INTERNATIONALES"
Organe mensuel de publicité.
Spécialement recommandé aux Editeurs étrangers pour la vente de leurs livres en Belgique.
Envoi gratuit sur demande.

WILLE UND WEG

EINE POLITISCHE HALBMONATSSCHRIFT

herausgegeben von Richard Bahr

Dem deutschen Bürgertum ist in diesen Blättern eine Heimstatt bereitet. Sie dienen der Pflege des vom Humanismus der klassischen Epoche und vom deutschen Idealismus uns hinterlassenen Erbguts. Dieses Erbe der Gegenwart anzupassen und sie reif zu machen für den Zusammenschluß mitteleuropäischer Deutschheit, so weit sie nach solchem Zusammenschluß verlangt, ist Ziel und Streben eines sorgsam ausgelesenen Mitarbeiterstabs. Wer in diesem Sinne mithelfen, sich anregen und leiten lassen will, versäume nicht, auf „Wille und Weg" zu abonnieren!
Preis vierteljährlich Mk. 2.50

Probenummern stehen gern zur Verfügung

Bestellungen nimmt entgegen der Verlag

BERNARD & GRAEFE, BERLIN-CHARLOTTENBURG 1

Digitized by Google

Zum 100. Geburtstag
Lew Nikolajewitsch Tolstois
(9. September 1928)
erscheint rechtzeitig

L. N. TOLSTOI IM SPIEGEL DES MARXISMUS

Ein Sammelband mit Beiträgen von Lenin, Plechanow und Prof. W. M. Fritsche, Moskau
(Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie in Moskau)

AUS DEM INHALT:

L. N. Tolstoi, Vortrag, gehalten von Professor W. M. Fritsche in der Sektion für Literatur und Kunst der Kommunistischen Akademie in Moskau. N. Lenin: Lew Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution. N. Lenin: Lew Nikolajewitsch Tolstoi und seine Epoche. G. V. Plechanow: Begriffsverwirrung. G. V. Plechanow: Karl Marx und Lew Tolstoi. Anmerkungen. 4 Bilder

ca. 120 Seiten — In Ganzleinen RM. 3.—

Verlag für Literatur und Politik
Berlin SW 61

Baltische Monatsschrift
59. Jahrgang 1928

Herausgegeben von
Woldemar Wulffius, Riga
Werner Hasselblatt, Reval
Max Hildebert Boehm, Berlin

Stimmen der Presse:

Zu den ältesten und es darf wohl gesagt werden wertvollsten deutschen Zeitschriften gehört die nun schon im 59. Jahrgang in Riga erscheinende Baltische Monatsschrift' ...
Königsberger Allgemeine Zeitung.

Immer klingen mir noch die Worte Kolbenheyers in den Ohren: „Ihr Reichsdeutsche wißt ja eigentlich gar nicht, was Deutschland ist, das müßt ihr von außen euch ansehen. Die Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenze für ihr Wesen zu kämpfen und sich zu schlagen haben, die wissen etwas davon; dort erscheint deutsche Kraft und deutsche Zukunft in anderer Art als innerhalb des sogenannten Deutschen Reichs'. An diese Worte dachte ich wieder, wie ich die neue Ausgabe der „Baltischen Monatsschrift' vor mir liegen sah ...
Eiserne Blätter.

Bezug vierteljährlich M. 4.—, Einzelheft M. 1.60

Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga

Zum hundertsten Geburtstag

LEO TOLSTOI

GESAMTAUSGABE DES DICHTERISCHEN WERKES

Herausgeber: Erich Böhme
in 14 Bänden

Übersetzer: Erich Böhme, Arthur und Eva Luther, Aug. Scholz, Erich Müller, Ilse Frapan
Ausstattung von John Heartfield
Umfang: 8°, ca. 560 Seiten der Band

I: **Auferstehung**
Roman
II/III: **Anna Karenina**
Roman in 2 Bänden
IV/VII: **Krieg und Frieden**
Roman in 4 Bänden
VIII: **Kindheit**
Jugenderinnerungen
IX: **Der Überfall**
9 Novellen
X: **Der Schneesturm**
11 Novellen
XI: **Der Leinwandmesser** 15 Erzählungen
XII: **Hadschi Murat**
20 Erzählungen
XIII: **Herr und Knecht**
23 Volkserzählungen
XIV: **Bühnenwerke**
7 Dramen

Die Bände sind einheitlich ausgestattet, aber unnumeriert. Jedes Werk ist einzeln käuflich. **Ungekürzte Texte. Unerreicht billig**
Jeder Band in Halbleder mit echtem Goldschn. RM. 6.—, in Leinen RM. 3.80
Die 14 Bände in zwei Kassetten in Halbled. RM. 84.—, in Leinen RM. 52.—
Die Ausgabe ist in jeder guten Buchhandlung vorrätig
Illustrierte Prospekte gratis

MALIK-VERLAG

Digitized by Google

DIE SPRACHE DES STEINES

Von Teresa Feodorowna Ries

In Wien, der Stadt der Künste lebt und wirkt seit einem Menschenalter Teresa Feodorowna Ries, der der Ruhm gebührt, die bedeutendste Bildhauerin unserer Zeit zu sein.

T. F. Ries ist in der Tat die erste Frau, die durch wahrhaft grandioses Schaffen auf dem bisher fast ausschließlich Männern vorbehaltenen Gebiet der Plastik sich ebenbürtig in die Reihe der großen Meister dieser Kunst gestellt hat.

Für den Weltruhm ihres Namens zeugt, daß der Künstlerin schon in ganz jungen Jahren der für eine Frau seltene Titel „Officier d'Académie" zuteil wurde, daß die älteste Akademie Europas, Ravenna, sie zu ihrem Ehrenmitglied ernannt und Wien sie früher bereits durch die goldene Medaille ausgezeichnet hat und nunmehr ein Monumentalwerk auf einem öffentlichen Platz der Stadt aufstellt.

Über ihren Entwicklungsgang, ihr ungemein interessantes Leben und Schaffen, ihre Reisen (namentlich ihre Sibirienfahrt) sowie über Begegnungen mit bedeutenden Zeitgenossen (Tolstoi, Rodin, Mark Twain usw.) erzählt T. F. Ries in ihrem Buche „Die Sprache des Steines", das Abbildungen der meisten Werke der Künstlerin enthält.

Ausgabe L	(Nr. 1 bis 20) in Ganzleder	S 120.—	RM. 72.—
Ausgabe H	(Nr. 21 bis 500) in Halbleder	S 50.—	RM. 30.—
Ausgabe C	in Ganzleinen	S 40.—	RM. 24.—

In jeder Buchhandlung erhältlich

KRYSTALL-VERLAG / WIEN I

Im 8. Jahrgang

Der Ost-Europa-Markt

Organ des Wirtschaftsinstituts für Rußland und die Oststaaten, E. V.

Herausgeber: Konsul Dr. **Erich Wiegand.**
Schriftleitung: **Franz Steiner.**

Die Zeitschrift für die praktischen wirtschaftlichen Interessen der Handelsbeziehungen mit Rußland, Polen, Finnland, Lettland, Estland, Litauen usw.

Umfassender Nachrichtendienst. Korrespondenten in allen Oststaaten. Warennachfragen. Vertretergesuche- und Angebote. Rechtsverhältnisse. Handelsvertragsabkommen. Statistische Mitteilungen. Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten. Zollabkommen. Verkehrswege.

Monatlich 2 Hefte. 4°. Vierteljährlich 6.— RM.
Ausland 8.40 RM. (2 Dollar).

Verlangen Sie ein unberechnetes Probeheft unter Bezugnahme auf diese Anzeige!

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 u. KönigsbergPr.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03590 5961

Digitized by Google